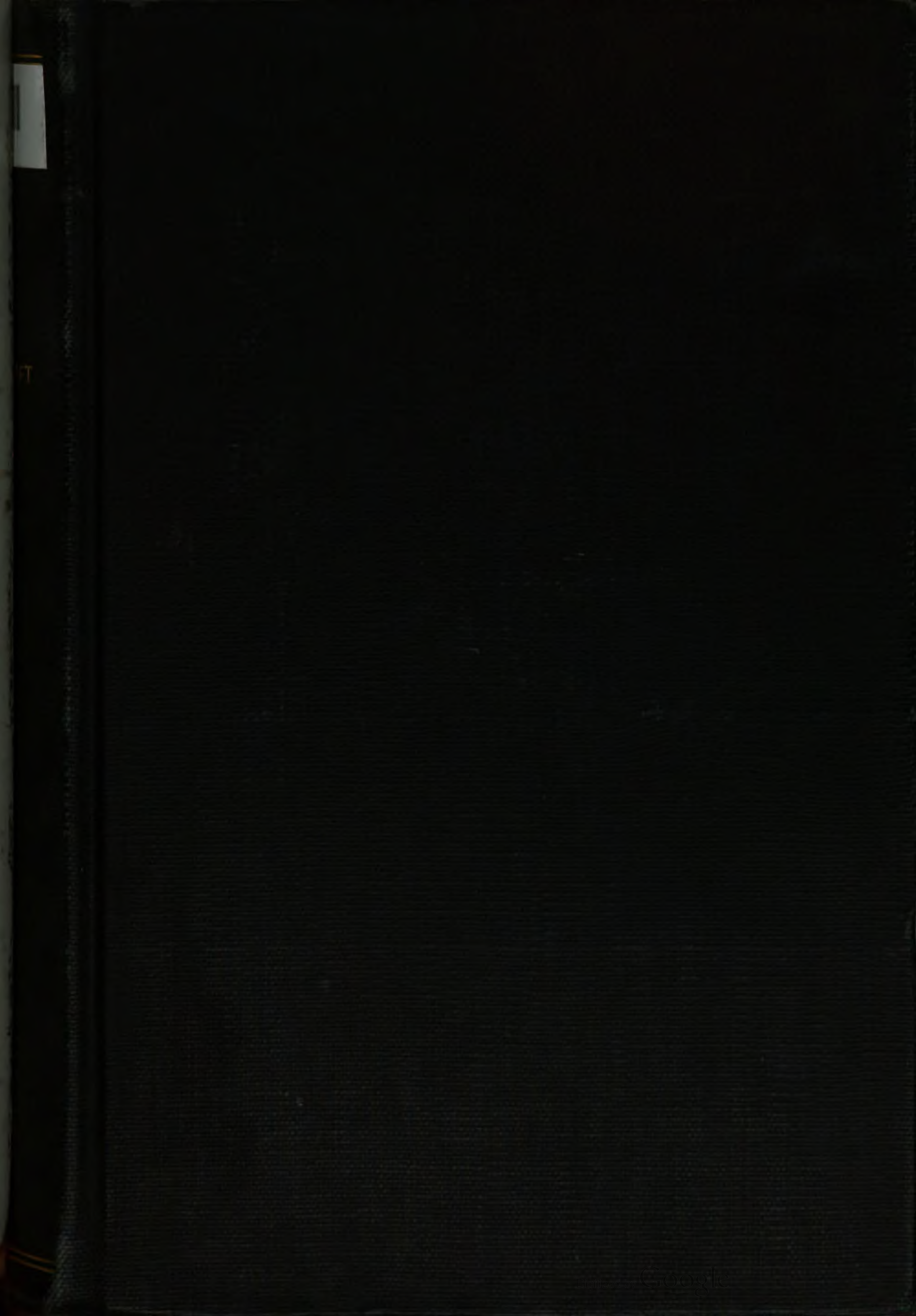
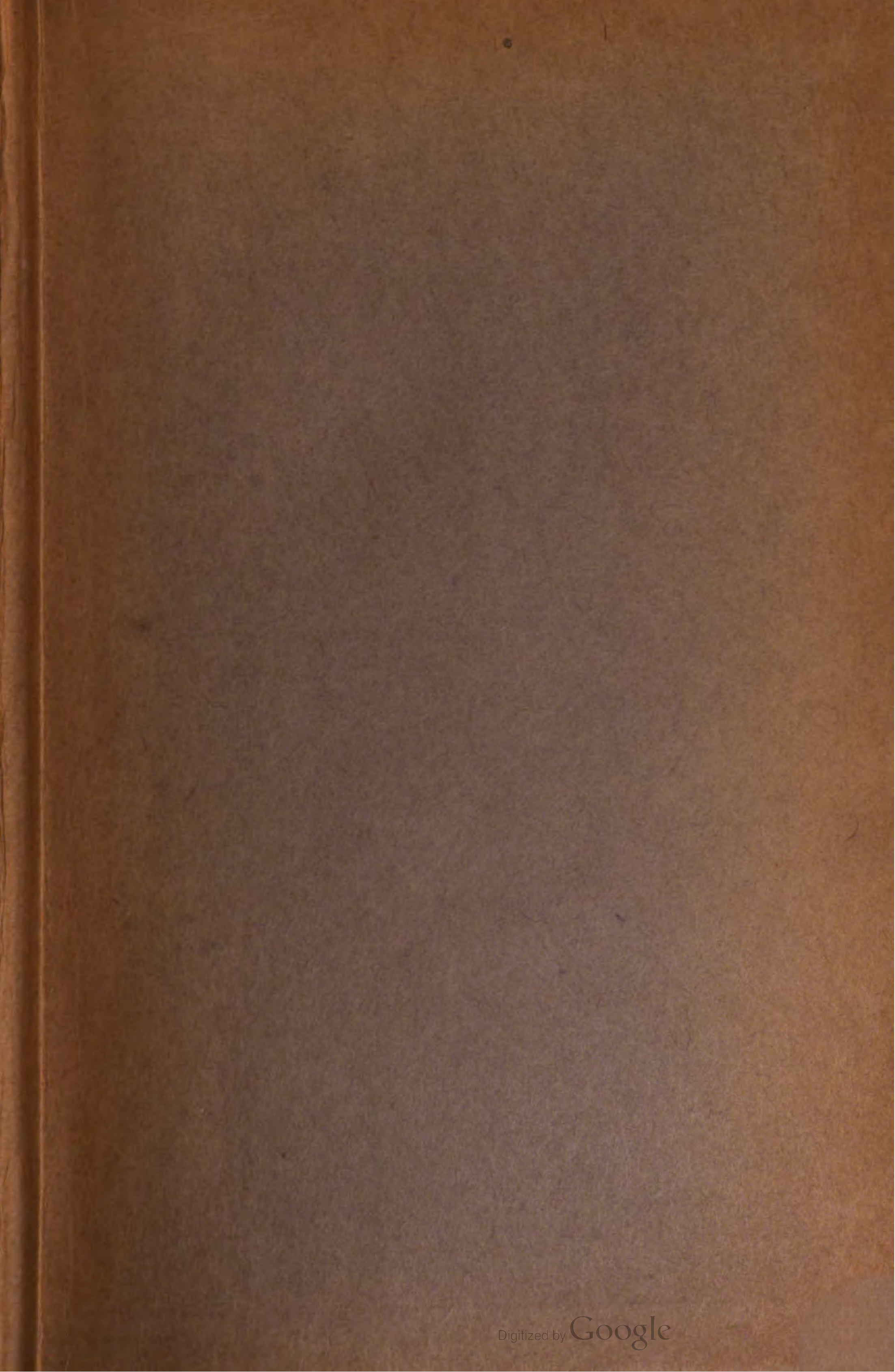
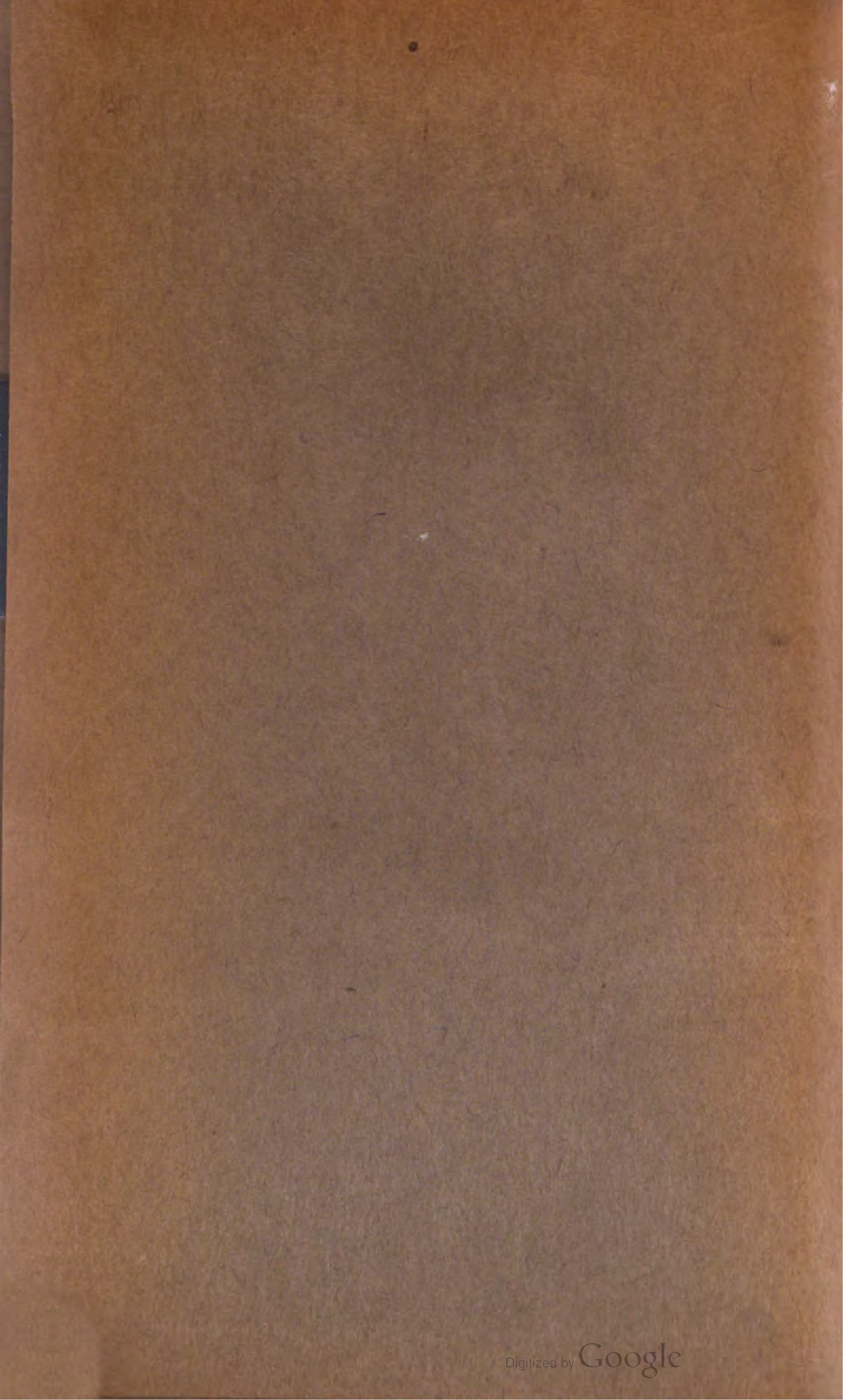






ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

60. BAND

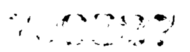


TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1928

Druck von H. Laupp jr Tübingen

INHALT

I. ABHANDLUNGEN



II. LITERATUR

EINZEL-VERZEICHNIS

der im Literaturanzeiger und in den Literaturübersichten besprochenen Werke mit Angabe der Referenten

ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

60. BAND / 1. HEFT





TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1928

Band 60

INHALT DES ERSTEN HEFTES
(August 1928)

Seite

I. ABHANDLUNGEN

II. LITERATUR

Voranzeige.

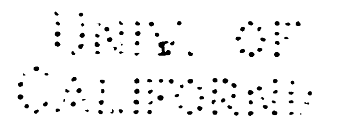
Das 2. Heft des 60. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

Abhandlungen: 1. Prof. F. W. Taussig, Cambridge (Mass.): Deutschlands Internationaler Handel und das Reparationsproblem. 2. Prof. John D. Black, Cambridge (Mass.): Die Lage der amerikanischen Landwirtschaft. 3. Dr. Redvers Opie, Cambridge (Mass.): Die Quasirente in Marshalls Theorie. 4. Prof. Dr. Alfred Amonn, Prag-Tokio: Oppenheimers Theorie der »Reinen und Politischen Oekonomie« II. Monopoltheorie und Verteilungslehre. 5. Prof. P. D. Phillips, Melbourne: Die Britische Reichskonferenz von 1926 vom australischen Standpunkt aus. 6. Dr. Paul Eppstein, Mannheim: Die Frage nach der Wirklichkeit im historischen Materialismus. 7. Dr. Elsas, Vizepräsident des Deutschen Städtetages: Rationalisierung der kommunalen Sozialpolitik.

II. Literatur: 1. Prof. Dr. Oskar Engländer, Prag: Böhm-Bawerk und Marx. 2. Dr. Melchior Palyi, Berlin: Ein Jahrhundert Preise und Reallöhne.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg, zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.
Die Aufnahme eines dieser Zeitschrift zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripts steht selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verfasser nicht gleichzeitig in einer anderen Zeitschrift denselben Gegenstand behandelt.

Mit 2 Beilagen der Verlagsbuchhandlung.



Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren (Zum Problem der relativen Dynamik und Konjunktur) *) **).

Von

N. D. KONDRATIEFF.

(Mit 12 Abbildungen.)

I. Vorbemerkungen.

In der vorliegenden Arbeit sind die Materialien einer Untersuchung unterzogen worden, die für das Preisniveau und für das Preisverhältnis der industriellen und der landwirtschaftlichen Waren in ihrer Dynamik charakteristisch sind. Das Niveau und das gegenseitige Verhältnis der Preise dieser Waren in jeder gegebenen Periode kennzeichnet in gewissem Maße die Lage der beiden wichtigsten Zweige der gesellschaftlichen Produktion: der Industrie und der Landwirtschaft. Daher bietet die Erörterung des Problems der Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren ein nicht geringes Interesse, und zwar nicht allein theoretischer, sondern auch praktischer Natur. Ein besonderes Gewicht hat diese Frage nach dem Weltkrieg und der Weltkrise von 1920—21 bekommen, als in allen wichtigsten Ländern der Erde eine tiefe Entwertung und ein Preissturz landwirtschaftlicher Erzeugnisse zutage trat und als das wechsel-

*) Aus dem Russischen von A. v. Schelting übersetzt.

**) Der statistische Teil dieser Abhandlung ist mit Frau O. E. Prjachin gemeinsam gearbeitet, welcher der Verf. den tiefsten Dank schuldet. Vieles verdankt der Verfasser der Unterstützung und den wertvollen Hinweisen seiner Mitarbeiter im Konjunktur-Institut: N. S. Tschetwerikoff, Ja. P. Gertschuk, M. W. Ignatjeff, A. L. Weinstein, E. E. Slutzky, W. E. Schprink, T. J. Rainow u. a.

Mit besonderem Dank für die bereitwillige Zur-Verfügung-Stellung des Materials und die erteilten Literaturhinweise muß der Verfasser noch erwähnen: Prof. W. M. Persons (Harvard University), Prof. Al. H. Hansen (Univ. of Minnesota), Dr. O. C. Stine (Department of Agriculture, Washington).

seitige Verhältnis der industriellen und der agrarischen Warenpreise zu einer der grundlegenden Fragen des Gleichgewichts sowohl der einzelnen Volkswirtschaften als auch der Weltwirtschaft wurde [1]).

Die gegenwärtige Preislage der industriellen und landwirtschaftlichen Waren bildet nicht im besonderen den Gegenstand dieser Arbeit. Sie verfolgt in erster Linie die Absicht, einige allgemeine Gesetzmäßigkeiten in der Preisdynamik dieser Waren, auf Grund faktischer Daten für eine ausreichend lange Zeitperiode, festzustellen. Doch ganz gewiß rückt die Feststellung solcher Gesetzmäßigkeiten auch die gegenwärtige Verfassung auf dem Markte industrieller und landwirtschaftlicher Waren in ein helleres Licht. Die Preisbewegung der landwirtschaftlichen und industriellen Waren wird hier indessen nicht nur als solche, als eine selbständige wirtschaftliche Frage von ungeheurer theoretischer und praktischer Tragweite behandelt; in dieser Arbeit wird die Frage nach der Bewegung des Niveaus und des wechselseitigen Verhältnisses der Preise landwirtschaftlicher und industrieller Waren auch unter dem Gesichtspunkt einer allgemein theoretischen Problemstellung, nämlich der der relativen Dynamik und Konjunktur betrachtet.

Es ist daher erforderlich, daß wir diese Begriffe (der relativen Dynamik und der relativen Konjunktur) noch kurz erläutern.

[1]) Die Literatur über die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft und die Preisgestaltung ihrer Produkte ist außergewöhnlich stark angewachsen. Im besonderen sei hingewiesen auf: Mémoire communiqué par M. Gautier, Dr. Hermes et M. H. A. F. Lindsay: L'Agriculture et la crise économique internationale (Société des Nations. Conference économique internationale. Genève, 1927); Warren and Pearson, The Agricultural Situation, New York 1924; Enfield, The Agricultural Crisis, 1924; Max Sering, Die Agrarkrisen und Agrarzölle, 1925; Ders., International Price Movements and the Conditions of Agriculture in non- tropical Countries, 1927; N. Ossinskij, Die Weltkrise der Landwirtschaft, 1923, Moskau (russisch); Ders., Grundzüge des landwirtschaftlichen Weltmarktes, Moskau 1925 (russisch); M. W. Ignatjew, Zur Frage der Preisdiskrepanz der industriellen und landwirtschaftlichen Waren im Ausland (Oekonom. Bulletin des Konjunktur-Instituts, N. 7, 1924 [russisch]).

Eine geringere Bedeutung für die Erklärung der landwirtschaftlichen Nachkriegskrise wird dem relativen Preisfall der Agrarprodukte von Prof. C. v. Dietze beigemessen: Die Bedeutung der Preisverhältnisse für die Lage der deutschen Landwirtschaft (S. Berichte über Landwirtschaft. Bd. IV, H. 2, Berlin 1926).

bevor wir an die Untersuchung der konkreten Daten über die Preisbewegung der beiden Warenarten herangehen.

II. Zum Begriff der relativen Dynamik und Konjunktur.

1. Die Erforschung der wirtschaftlichen Dynamik umfaßt zum mindesten zwei Problemgruppen: a) die Probleme der Grundtendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des gegebenen Strukturprinzips der Volkswirtschaft und b) die Problematik jener Schwankungen, welche im Prozesse dieser Entwicklung zutage treten und üblicherweise unter den Begriff der ökonomischen Konjunktur gebracht werden [2]). Die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung haben, insbesondere in der letzten Zeit, eine immer regere Aufmerksamkeit der Forscher auf sich gezogen. Es ist indessen unschwer zu erkennen, daß im Zentrum dieses Interesses vorwiegend nicht die Fragen der allgemeinen Entwicklungstendenzen, sondern die Konjunkturschwankungen stehen.

2. Bei der Untersuchung dieser letzteren hat man entweder die allgemeine Konjunkturbewegung der Volkswirtschaft oder eines Zweiges derselben besonders im Auge [3]). Wenn das Problem der allgemeinen Konjunktur gestellt wird, so handelt es sich um den Zustand und um die Veränderungen aller oder wenigstens der meisten (differenzierten, jedoch miteinander verbundenen) Grundzweige der wirtschaftlichen Tätigkeit, wie die Produktion, der Handel, der Transport und der Kredit, und gleichzeitig um die Veränderungen in der Verfassung der wesentlichsten untereinander verbundenen Märkte: des Warenmarktes, des Geld- und Kapitalmarktes und des Arbeitsmarktes [4]).

Dabei ist die gegenwärtige Konjunkturtheorie, bei der Ana-

---

[2]) E. H. Vogel, Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und das Krisenproblem, 1917, II. Teil; Alfred Amonn, Grundzüge der Volkswohlstandslehre, Jena 1926, III Abschn.; N. D. Kondratieff, The static and dynamic view of economics (Quarterly Journal of Economics, N. 4, 1925); Ders., Zum Begriff der ökonomischen Statik, Dynamik und Konjunktur (russisch, in »Sozialistische Wirtschaft« N. 4, 1924).

[3]) Vgl. W. Röpke, Die Konjunktur, Jena 1922, S. 17; A. Mühlenfels, Spezielle und allgemeine Konjunktur (Jahrb. f. Natök. u. Stat., 1924, S. 606 ff.).

[4]) Vgl. W. C. Mitchell, Business Cycles (Memoires of the University of California, vol. 3, 1913, part. II); A. Aftalion, Les crises périodiques de surproduction, vol. I et II. Paris 1913.

lyse der Zustands- und der dynamischen Indices für verschiedene Zweige der Wirtschaftstätigkeit und für verschiedene Marktsphären, mit diesen oder jenen Abweichungen bestrebt, auf folgende Grundfragen eine Antwort zu geben: 1. ob und welche zyklischen Bewegungen in der Dynamik der untersuchten Indices zu beobachten sind; 2. inwieweit diese Zyklen synchron verlaufen; 3. in welchem Maße und in welcher Art sie untereinander im Zusammenhang stehen; und schließlich 4. wodurch die zyklischen Konjunkturschwankungen und die volkswirtschaftlichen Krisen bedingt sind [5]).

Daraus geht deutlich hervor, daß die gegenwärtige Konjunkturtheorie ihre Aufmerksamkeit auf den allgemeinen Rhythmus der volkswirtschaftlichen Tätigkeit konzentriert, auf das Problem der einheitlichen Aufstiege, Krisen und Abstiege im Prozesse ihrer Entwicklung [6]).

Gewiß hat man, wie schon bemerkt, ab und zu auch die spezielle Konjunktur eines bestimmten Zweiges oder einer einzelnen Sphäre der Volkswirtschaft zum Objekt konjunkturtheoretischer Untersuchungen erhoben. Es ist indessen klar, daß man solche partiellen Schwankungen nicht außer Zusammenhang mit den anderen Zweigen und Sphären des volkswirtschaftlichen Lebens erfassen kann. Auch da, wo von Spezialkonjunkturen die Rede war, hat man daher im wesentlichen, wenn man sich nicht direkt auf die einfache Tatsachenbeschreibung beschränkt hatte, nur jenes Problem der rhythmischen Schwankungen der Gesamtkon-

---

[5]) Vgl. z. B. die neueren Arbeiten: W. M. Persons, Indices of General Business Conditions (The Review of Economic Statistics, Jan.-April, 1919); W. C. Mitchell, op. cit.; Ders., Business Cycles (The Problem and its Settling), New York 1927 (dieses Buch stellt eine radikale Neubearbeitung des ersten Werkes Prof. Mitchells dar); A. Spiethoff, Krisen (Handwb. d. Staatswiss., IV. Aufl.); A. Aftalion, op. cit.; A. C. Pigou, Industrial Fluctuations, London 1927; G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig 1921; J. Schumpeter, Theorie der wirtsch. Entwicklung, 1926; E. H. Vogel, op. cit.; W. Röpke, op. cit.; D. N. Robertson, A Study of industrial fluctuations, London 1915; Prof. S. A. Perwuschin, Wirtschaftliche Konjunktur, Moskau 1928 (russisch).

[6]) Vgl. M. J. Tugan-Baranowskij, Die periodischen Industriekrisen, 3. Aufl. 1914, S. 175 ff., 244 ff. (russisch); A. Aftalion, Le rhythme de la vie économique (Revue de metaphysique et de morale, N. 2, 1921, S. 247—248); J. Schumpeter, Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens (Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpol. B. 39).

junktur untersucht, nur daß man sie in solchen Fällen durch das Prisma eines bestimmten Zweiges oder einer speziellen Sphäre der Volkswirtschaft gesehen hatte [7]).

Die Konzentration des Interesses auf das Problem der Entstehung und des Verlaufs der allgemeinen Konjunkturschwankungen bildet somit den charakteristischen Grundzug in der gegenwärtigen Richtung der Konjunkturtheorie.

3. Die reale Existenz der allgemeinen Konjunkturschwankungen unterliegt keinem Zweifel. Man kann daher auch kaum an der großen Bedeutung zweifeln, welche der Untersuchung dieser Bewegungen zukommt. Doch kann man wohl fragen, ob mit der Erforschung dieses Problems allein die Aufgaben einer Konjunkturtheorie wirklich erschöpft sind.

Der Grund der Allgemeinheit und einer approximativen Synchronität in den Schwankungen der verschiedenen volkswirtschaftlichen Indices liegt in dem engen wechselseitigen Zusammenhang der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft. Ein jeder Wirtschaftszweig bildet, direkt oder indirekt, in höherem oder geringerem Maße, den Absatzmarkt für einen anderen und umgekehrt, und eine Veränderung in einem der Produktionszweige (z. B. eine Belebung) muß gleichzeitig oder bald darauf eine solche auch in den anderen Zweigen hervorrufen. Und ebenso muß weiter eine Belebung in der Produktionssphäre von entsprechenden Veränderungen im Handel, im Transport, auf dem Arbeitsmarkt und in der Geld- und Kreditsphäre begleitet sein.

Indessen fehlt es diesen gemeinsamen Schwankungen in dem Zustand der einzelnen Zweige und der verschiedenen Sphären der Volkswirtschaft an strenger Korrespondenz der Bewegungen. Die Nichtübereinstimmung dieser Verschiebungen in ihrer wechselseitigen Lage entsteht äußerlich betrachtet: 1. weil die Veränderungen zeitlich nicht vollständig zusammenfallen, 2. weil sie verschiedene Ausmaße aufweisen; oder 3. infolge der Kombination dieser beiden Sachverhalte.

Aber was auch der eigentliche Grund für den Mangel einer

[7]) Vgl. z. B. J. Eßlen, Konjunktur und Geldmarkt 1902—1904, Stuttgart u. Berlin 1909; P. Krebs, Konjunktur und Eisenbahngüterverkehr, Berlin 1926; siehe auch die vom Verein für Sozialpolitik unter dem Titel »Die Störungen im Deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.« veranlaßte Untersuchung, welche alle Grundzweige der deutschen Volkswirtschaft erfaßt hat (Schriften des Ver. f. Sozialpol. B. CV—CXII).



vollen Korrespondenz der Veränderungen in der Lage der einzelnen Zweige und Sphären sein mag, die Tatsache selbst kann nicht bestritten werden [8]). Wenn in der Tat, von rein zufälligen Abweichungen abgesehen, die Veränderungen in der Lage der verschiedenen Zweige und Sphären zwar vorhanden wären, aber in strenger gegenseitiger Entsprechung vor sich gingen, so würde sich die Volkswirtschaft stets im Zustande eines dynamischen Gleichgewichts befinden. Wir hätten zwar eine sich verändernde Volkswirtschaft vor uns, doch ginge diese Veränderung gleichmäßig, ohne Erschütterungen, vor sich. In diesem Fall würde die Volkswirtschaft das Idealbild einer in Uebereinstimmung mit den Marxschen Schemata der erweiterten Reproduktion sich vollziehenden Entwicklung bieten [9]) oder sich dem Casselschen Idealtypus einer sich stetig und gleichmäßig entwickelnden Wirtschaft annähern [10]).

Ohne jedoch hier die Frage zu berühren, ob eine Volkswirtschaft ohne Konjunkturschwankungen überhaupt bestehen und sich entwickeln könnte [11]), konstatieren wir, daß solche Schwankungen in Wirklichkeit vorkommen. Das bedeutet, daß es keine völlige Uebereinstimmung in der Veränderung der einzelnen Zweige und Elemente der Volkswirtschaft gibt.

4. Ist dem aber so, so ist es klar, daß in dem Prozeß der volkswirtschaftlichen Entwicklung nicht nur die allgemeine Konjunktur, sondern auch die vergleichsweise oder relative Lage der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft einem Wechsel unterworfen sein muß.

Von hier aus gelangen wir zum Begriff der relativen Konjunktur. Wenn wir unter Konjunktur schlechthin die Schwan-

---

[8]) Vgl. E. H. Vogel, op. cit. II. Teil, Kap. 3.

[9]) Vgl. K. Marx, Das Kapital, B. II, Kap. 21.

[10]) Vgl. Cassel, op. cit. S. 27 ff. Cassel hat eine Volkswirtschaft im Auge, die sich gleichmäßig entwickelt. Vom Standpunkt jener Sätze, die wir hier entwickeln, kommt die grundlegende Bedeutung der Stetigkeit und deshalb Konjunkturlosigkeit, nicht der Gleichmäßigkeit zu. Zudem ist es grundsätzlich irrelevant, ob es sich um eine sich fortschreitend oder rückschreitend »entwickelnde« Volkswirtschaft handelt.

[11]) Zu dieser Frage siehe E. Lederer, Konjunktur und Krisen (Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt., S. 405 ff.); T. Veblen, The theorie of business enterprise, New York 1923, ch. VII; I. Fisher, Stabilising the Dollar, New York 1920; J. M. Keynes, A tract on monetary reform, ch. I, IV, 1923; A. Hahn, Die konjunkturlose Wirtschaft (Wirtschaftsdienst, H. 16, 17. 1925, April); Langelütke, Zur Frage der konjunkturlosen Wirtschaft, ebenda, H. 35. 14. August 1925.



kungen verschiedener Zweige und Elemente der Volkswirtschaft um ihr sich veränderndes, dem Zustand des dynamischen Gleichgewichts der sich entwickelnden Volkswirtschaft entsprechendes Niveau verstehen, so haben wir die Schwankungen in dem Zustand bestimmter gegebener Zweige und Sphären der Volkswirtschaft im Vergleich mit dem Zustande anderer Zweige und Sphären als relative Konjunktur aufzufassen.

Liegt aber dem Begriff der relativen Konjunktur ein besonderes und wirkliches wissenschaftliches Problem zugrunde? Soweit die relative Konjunktur nichts anderes darstellt als den Prozeß der Veränderung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen den verschiedenen Zweigen und Gebieten der Volkswirtschaft und soweit das veränderte Verhältnis zwischen denselben durch den Charakter der Veränderungen in jedem einzelnen unter ihnen bestimmt wird, kann gesagt werden, daß das Problem der relativen Konjunktur keine selbständige Bedeutung habe und nur ein Scheinproblem darstelle: es genügt, den Zustand der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft zu kennen, um sich die Vorstellung von ihrem gegenseitigen Verhältnis im Wege einfacher analytischer und rechnerischer Operation zu verschaffen. Wären die Veränderungen in der Lage der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft voneinander unabhängig und wäre für ihren Veränderungsprozeß selbst ihre relative Lage gleichgültig oder bedeutungslos, dann könnte die eben dargelegte Antwort auf unsere Frage angenommen werden. Indessen verhält es sich damit in der Wirklichkeit anders. In Wirklichkeit tritt die relative Konjunktur als ein aktiver und sehr wirksamer Faktor der wirtschaftlichen Dynamik auf.

5. Schon weiter oben sind wir zu dem Resultat gelangt, daß, theoretisch gesehen, die allgemeinen Konjunkturschwankungen die Existenz relativer Konjunkturschwankungen (verschiedener Zweige und Sphären der Volkswirtschaft) zur Voraussetzung haben. Ist dem so, so müssen wir annehmen, daß die relative Konjunktur realiter besteht und in dem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung eine bestimmte Rolle spielt. Ohne uns in Einzelheiten einzulassen, beschränken wir uns zum Beweis dieser These auf folgende Bemerkungen:

a) Die Produktion erfordert in jedem ihrer Zweige einen gewissen Aufwand an Realkapital. Der Vorrat (Fonds) an Realkapital, welcher der Gesellschaft zur Verfügung steht und in der Produktion investiert werden kann, verändert sich im Laufe der Zeit. Doch stellt er in jedem gegebenen Moment eine bestimmte und dabei begrenzte Größe dar, die als die wesentlichste Schranke des Produktionsausmaßes fungiert [12]).

Wenn jedoch der Umfang der gesellschaftlichen Produktion vorwiegend durch die Größe des Kapitalfonds bestimmt wird, der in der gegebenen Lage des Warenmarktes zu Produktionszwecken verwertet werden kann, so ist das verhältnismäßige Ausmaß der Produktion in den einzelnen Produktionszweigen durch jene Quote dieses Fonds bestimmt, welche gerade in diesem bestimmten Zweige in demselben Sinne verwendet werden kann.

Unter diesen Bedingungen und unter der Voraussetzung einer ungehinderten Kapitalbewegung wird der Teil des Kapitals, der in einem gegebenen Produktionszweig Verwendung findet, in erster Linie durch die relative Konjunktur dieses Produktionszweiges bestimmt. In der Tat, nehmen wir an, daß im Gefolge irgendwelcher Umstände die Preise für die Produkte eines bestimmten Produktionszweiges einen im Vergleich zu den anderen Produktionszweigen günstigeren Stand erreichen. Der Erfolg wird sein, daß dieser Produktionszweig sich als besonders rentabel erweist, daß er eine verhältnismäßig größere Kapitalmenge heranzieht und daß die Produktion in ihm absolut und relativ zunimmt. Mit andern Worten, die relative Konjunktur dieses Erzeugungszweiges, die sich zuerst in einem relativ erhöhten Preisniveau äußert, übt sodann einen aktiven Einfluß auf den Gang der Veränderungen, die sich in dem Verhältnis aller Indices des betreffenden Produktionszweiges zu den entsprechenden Indices der anderen Zweige einstellen, und verwandelt sich im Enderfolg in eine verhältnismäßig hohe Konjunktur dieses Produktionszweiges überhaupt. Bei der umgekehrten Veränderung des Preisverhältnisses, als die hier angenommene, hätten sich auch entgegengesetzte Resultate ergeben. Auf diese Weise tritt — auf dem Hintergrund eines gewissen Antagonismus der einzelnen Produktionszweige in Hinsicht auf die Kapitalverteilung — die aktiv-regulierende Rolle der relativen Konjunktur vollkommen deutlich hervor.

[12]) Vgl. J. St. Mill, Principles of Political Economy, ch. 5, § 1.



kungen verschiedener Zweige und Elemente der Volkswirtschaft um ihr sich veränderndes, dem Zustand des dynamischen Gleichgewichts der sich entwickelnden Volkswirtschaft entsprechendes Niveau verstehen, so haben wir die Schwankungen in dem Zustand bestimmter gegebener Zweige und Sphären der Volkswirtschaft im Vergleich mit dem Zustande anderer Zweige und Sphären als relative Konjunktur aufzufassen.

Liegt aber dem Begriff der relativen Konjunktur ein besonderes und wirkliches wissenschaftliches Problem zugrunde? Soweit die relative Konjunktur nichts anderes darstellt als den Prozeß der Veränderung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen den verschiedenen Zweigen und Gebieten der Volkswirtschaft und soweit das veränderte Verhältnis zwischen denselben durch den Charakter der Veränderungen in jedem einzelnen unter ihnen bestimmt wird, kann gesagt werden, daß das Problem der relativen Konjunktur keine selbständige Bedeutung habe und nur ein Scheinproblem darstelle: es genügt, den Zustand der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft zu kennen, um sich die Vorstellung von ihrem gegenseitigen Verhältnis im Wege einfacher analytischer und rechnerischer Operation zu verschaffen. Wären die Veränderungen in der Lage der einzelnen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft voneinander unabhängig und wäre für ihren Veränderungsprozeß selbst ihre relative Lage gleichgültig oder bedeutungslos, dann könnte die eben dargelegte Antwort auf unsere Frage angenommen werden. Indessen verhält es sich damit in der Wirklichkeit anders. In Wirklichkeit tritt die relative Konjunktur als ein aktiver und sehr wirksamer Faktor der wirtschaftlichen Dynamik auf.

5. Schon weiter oben sind wir zu dem Resultat gelangt, daß, theoretisch gesehen, die allgemeinen Konjunkturschwankungen die Existenz relativer Konjunkturschwankungen (verschiedener Zweige und Sphären der Volkswirtschaft) zur Voraussetzung haben. Ist dem so, so müssen wir annehmen, daß die relative Konjunktur realiter besteht und in dem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung eine bestimmte Rolle spielt. Ohne uns in Einzelheiten einzulassen, beschränken wir uns zum Beweis dieser These auf folgende Bemerkungen:

a) Die Produktion erfordert in jedem ihrer Zweige einen gewissen Aufwand an Realkapital. Der Vorrat (Fonds) an Realkapital, welcher der Gesellschaft zur Verfügung steht und in der Produktion investiert werden kann, verändert sich im Laufe der Zeit. Doch stellt er in jedem gegebenen Moment eine bestimmte und dabei begrenzte Größe dar, die als die wesentlichste Schranke des Produktionsausmaßes fungiert [12]).

Wenn jedoch der Umfang der gesellschaftlichen Produktion vorwiegend durch die Größe des Kapitalfonds bestimmt wird, der in der gegebenen Lage des Warenmarktes zu Produktionszwecken verwertet werden kann, so ist das verhältnismäßige Ausmaß der Produktion in den einzelnen Produktionszweigen durch jene Quote dieses Fonds bestimmt, welche gerade in diesem bestimmten Zweige in demselben Sinne verwendet werden kann.

Unter diesen Bedingungen und unter der Voraussetzung einer ungehinderten Kapitalbewegung wird der Teil des Kapitals, der in einem gegebenen Produktionszweig Verwendung findet, in erster Linie durch die relative Konjunktur dieses Produktionszweiges bestimmt. In der Tat, nehmen wir an, daß im Gefolge irgendwelcher Umstände die Preise für die Produkte eines bestimmten Produktionszweiges einen im Vergleich zu den anderen Produktionszweigen günstigeren Stand erreichen. Der Erfolg wird sein, daß dieser Produktionszweig sich als besonders rentabel erweist, daß er eine verhältnismäßig größere Kapitalmenge heranzieht und daß die Produktion in ihm absolut und relativ zunimmt. Mit andern Worten, die relative Konjunktur dieses Erzeugungszweiges, die sich zuerst in einem relativ erhöhten Preisniveau äußert, übt sodann einen aktiven Einfluß auf den Gang der Veränderungen, die sich in dem Verhältnis aller Indices des betreffenden Produktionszweiges zu den entsprechenden Indices der anderen Zweige einstellen, und verwandelt sich im Enderfolg in eine verhältnismäßig hohe Konjunktur dieses Produktionszweiges überhaupt. Bei der umgekehrten Veränderung des Preisverhältnisses, als die hier angenommene, hätten sich auch entgegengesetzte Resultate ergeben. Auf diese Weise tritt — auf dem Hintergrund eines gewissen Antagonismus der einzelnen Produktionszweige in Hinsicht auf die Kapitalverteilung — die aktiv-regulierende Rolle der relativen Konjunktur vollkommen deutlich hervor.

[12]) Vgl. J. St. Mill, Principles of Political Economy, ch. 5, § 1.



Gerade die Anerkennung dieser aktiven Rolle der relativen Konjunktur liegt der ganzen klassischen Lehre von der Gleichheit der Profitrate in den verschiedenen Produktionszweigen, von den Beziehungen der »natürlichen« und der Marktpreise zugrunde [13]). Von den Klassikern haben diese Lehre in dieser oder jener Form auch die anderen Richtungen übernommen. Zwar haben die Klassiker den Terminus »relative Konjunktur« nicht verwendet, doch ändert das nichts am Wesen der Sache.

b) Die verschiedenen Zweige des Handels bilden eine mehr oder weniger direkte Fortsetzung der entsprechenden Produktionszweige. Es gilt daher alles hier unter a) Dargelegte »mutatis mutandis« auch für das Problem der relativen Konjunktur der verschiedenen Handelszweige.

c) Gleichermaßen, und im ganzen von den gleichen Grundlagen aus, ließe sich die Anwendbarkeit und die Bedeutung des Begriffs der relativen Konjunktur auch für die Sphäre der Wechselbeziehungen zwischen der Produktion einerseits und dem Handel anderseits aufweisen.

d) Indessen ist der Begriff der relativen Konjunktur nicht nur auf die verschiedenen Zweige der Warenerzeugung und des Warenverkehrs, sondern gleichfalls auf die verschiedenen Sphären des Geld- und Kreditverkehrs anwendbar. Die Menge des angebotenen Leihkapitals ändert sich im Laufe der Zeit, doch ist sie wie diejenige des Realkapitals, in jedem gegebenen Moment, bei der gegebenen Verfassung auf dem Warenmarkte, fest bestimmt.

Das Leihkapital kann verschiedene Arten von Anlage aufsuchen: in den festverzinslichen – oder in Dividendenpapieren, langfristige oder kurzfristige usw.[14]). So findet unter den verschiedenen Sphären der Kapitalnachfrage eine Art von Kampf statt, und es herrscht auch hier ein bestimmter Antagonismus. Und die Frage, wohin und in welchem Maße das Kapital fließen wird, entscheidet sich auch hier nach der verhältnismäßigen Günstigkeit der Anlagebedingungen in den verschiedenen Sphären. Mit anderen Worten, diese Frage wird durch den Stand der relativen Konjunk-

---

[13]) Vgl. D. Ricardo, On the principles of political Economy and Taxation, ch. IV—VI.

[14]) Siehe Z. S. Katzenellenbaum, Die Lehre von Geld und Kredit, Teil II, 1922, Moskau (russisch, S. 44 ff.); A. Spiethoff, Die äußere Ordnung des Kapital- und Geldmarktes (Schmollers Jahrbuch, Bd. 33, 1909, S. 444 ff.).

tur auf den verschiedenen Anlagemärkten bestimmt, und zwar letzten Endes auf den Waren- und Fondsmärkten [15]).

Das Gesagte genügt, um zu zeigen, daß auf allen Gebieten des volkswirtschaftlichen Lebens, überall, wo unter ihnen nicht nur eine solidarische Beziehung besteht, sondern auch eine Art antagonistischen Zusammenhangs Platz greift, die Erscheinung der relativen Konjunktur mit voller Deutlichkeit hervortritt, und zwar als ein im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung entscheidend mitwirkender Faktor.

6. Es wäre daher nur ganz natürlich, daß, wenn auch der Begriff der relativen Konjunktur bisher offen steht und noch nicht in den wissenschaftlichen Begriffsapparat eingegangen ist, die Erscheinung selbst, die dieser Begriff meint, in der ökonomischen Theorie irgendeine Art Widerspiegelung gefunden haben würde. Die wirkliche wissenschaftliche Sachlage bestätigt diese Vermutung vollauf. Daß für die Formulierung der Lehre von der Beziehung des natürlichen (normalen) zu dem Marktpreis und der These von der Ausgleichstendenz der Profitraten sowohl bei den Klassikern als auch bei ihren Nachfolgern die Erscheinungen der relativen Konjunktur die Grundlage abgegeben haben, haben wir bereits bemerkt.

Doch besonders deutlich wird dieser Sachverhalt der (unwillkürlichen, aber unvermeidlichen) Einbeziehung der Erscheinungen der relativen Konjunktur in die theoretische Betrachtung bei den verschiedenen Krisentheorien. Man kann direkt behaupten, daß fast alle Theorien, welche so oder anders die Konjunkturzyklen oder Krisen mit dem Aufkommen von Disproportionalitäten in der Entwicklung verschiedener Zweige und Elemente der Volkswirtschaft in Zusammenhang bringen, logisch notwendig auf die Erscheinungen der relativen Konjunktur führen.

Vor allem kann dies von jenen Theorien ausgesagt werden, die in dieser oder in jener Form die Existenz der Wirtschaftszyklen mit der Disproportionalität in der Entwicklung der einzelnen Produktionszweige in Zusammenhang bringen.

Von dieser Art sind die Krisentheorien von Tugan-Baranow-

---

[15]) Vgl. K. G. Karsten, The Harvard Business Index — a new interpretation (Journal of the American Statistical Association, Dec. 1926); v. Beckerath, op. cit. S. 96 ff.

skij, Marx, Bouniatian, Aftalion, Spiethoff, Cassel, Sombart u. a.[16]). Indessen nicht nur diese Theorien der allgemeinen Konjunktur stoßen auf die Erscheinungen der relativen Konjunktur, sondern auch viele andere. Das gilt vor allem für jene Theorien, welche die Wirtschaftszyklen und -krisen mit der differenzierten Bewegung verschiedener Preiskategorien in Zusammenhang bringen. Von dieser Art ist unter den neuesten diejenige von E. Lederer [17]). Und schließlich kann hier noch auf diejenigen Theorien der zyklischen Wirtschaftsbewegungen hingewiesen werden, welche diese Bewegungen speziell mit der differentiellen Dynamik der Warenpreise und des Zinsfußes verknüpfen, d. h. in unserer Terminologie mit der relativen Konjunktur des Warenmarktes einerseits und des Kapitalmarktes anderseits. Unter diesen Theorien muß die von I. Fischer hervorgehoben werden, wie er sie bis in die neueste Zeit entwickelt hat [18]).

Neben diesen allgemeinen Konjunkturtheorien verwenden de facto vielfach auch Spezialuntersuchungen über einzelne Fragen der wirtschaftlichen Dynamik den Begriff der relativen Konjunktur, insbesondere solche über die Fragen der dynamischen Entwicklung des relativen Preisniveaus und deren Einfluß auf die Produktionsbewegung u. a.[19]).

7. Aus dem Vorhergehenden ist zu ersehen, daß die Wirtschaftswissenschaft faktisch in verschiedenen Fällen den Begriff

---

[16]) Vgl. M. J. Tugan-Baranowskij, op. cit. S. 222 ff.; K. Marx, Das Kapital, B. II, Kap. XX—XXI, B. III, Kap. VI, XIV, XV; Ders., Theorien über den Mehrwert, 5. Aufl., 2. Teil, S. 262 ff., Berlin 1923; R. Hilferding, Das Finanzkapital, 1909, Kap. XVI—XVII; M. A. Bouniatian, Wirtschaftskrisen, Moskau 1915, S. 184 ff. (russisch); A. Aftalion, op. cit. vol. II, ch. II—VII; vol. I, ch. I—XV; G. Cassel, op. cit., S. 47 ff.; Spiethoff, op. cit., S. 70 ff.; Sombart, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, II. Band, S.563 ff., München u. Leipzig 1927; Ders., Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. (Schr. d. V. f. Sozialpol. B. 113, S. 131 ff.).

[17]) E. Lederer, op. cit. S. 387 ff. Hierher gehört auch die in weniger entwickelter Art formulierte Theorie von R. E. May. Siehe sein »Grundgesetz der Wirtschaftskrisen«, 1902.

[18]) Vgl. I. Fisher, The Purchasing Power of Money, 1902; Ders., The Business cycle largely a dance of the dollare (Journal of the American statist. Association, vol XVIII). In der neuesten Zeit kommt Fisher zu der Leugnung der Existenz der ökonomischen Zyklen überhaupt. Siehe: sein Our unstable Dollar and the so-called Business Cycle (ebenda, Vol. XX).

[19]) S. z. B. Max Sering, op. cit.; G. F. Warren and F. A. Pearson, The Agricultural situation, passim; R. C. Engberg, Industrial prosperity and the Farmer, New York, 1907, bes. Kap. VIII; Ch. F. Sarle,

der relativen Konjunktur verwendet. Doch wird er nicht genau formuliert, und das Problem der relativen Konjunktur entbehrt bisher eine konsequente und systematische Bearbeitung, wie man sie der allgemeinen Konjunkturbewegung angedeihen ließ. Es ist indessen klar, daß dem Problem der relativen Konjunktur eine außerordentlich große Bedeutung zukommt, und es liegen durchaus Gründe vor, anzunehmen, daß seine systematische Erforschung zu einer Reihe fruchtbarer theoretischer Ergebnisse führen und insbesondere auch die Bearbeitung der Fragen allgemeiner Konjunkturbewegung vertiefen kann.

8. In den bisherigen Darlegungen haben wir der Einfachheit halber nur von der relativen Konjunktur gesprochen, d. h. von den Schwankungen in der relativen ökonomischen Lage der verschiedenen Zweige und Sphären der Volkswirtschaft. Indessen können in ihrer verhältnismäßigen Lage gegeneinander und in ihrem Wandel im Laufe der Zeit nicht nur Schwankungen, sondern bestimmte Tendenzen zur Veränderung in der einen oder in der andern Richtung festgestellt werden. Diese können wir nicht mehr unter den Begriff der relativen Konjunktur bringen. Diese Veränderungstendenz in der verhältnismäßigen Lage der untersuchten Zweige und Sphären der Volkswirtschaft gegeneinander, die sich in der einen oder anderen Richtung bewegt, bezeichnen wir als die relative Tendenz ihrer allgemeinen Entwicklung. Die Erscheinungen der relativen Konjunktur und der relativen Entwicklungstendenzen zusammen bilden den Komplex der relativen volkswirtschaftlichen Dynamik.

Die Bedeutung der Erforschung der relativen Entwicklungstendenzen ist, mutatis mutandis, dieselbe, die wir oben im Zusammenhang mit dem Begriff der relativen Konjunktur erörtert haben. Wir wollen daher bei dieser Frage jetzt nicht weiter verweilen. Zu unterstreichen ist nur: stellt man auf die eine oder die andere Art die entsprechenden Indices der untersuchten volks-

---

Forecasting the Price of Hogs (The American Economic Review, vol. XV, N. 3, Supplement N. 2, Sept. 1925); H. A. Wallace, Forecasting Corn and Hog Prices (in dem Sammelwerk: The Problem of Business Forecasting, 1924); F. A. Cerewanin, Der Einfluß der Ernteschwankungen auf die Landwirtschaft im Laufe von 40 Jahren (1883—1923) (in dem russ. Sammelwerk: »Der Einfluß der Mißernten auf die Volkswirtschaft Rußlands«, B. 1, Moskau 1927); A. Aftalion, La crise de l'industrie linière et la concurrence victorieuse de l'industrie cotonnière.

wirtschaftlichen Sphären gegeneinander, so dürfen in den auf diese Art erhaltenen Reihen die Prozesse der relativen Konjunktur und der relativen Entwicklungstendenzen nicht miteinander vermischt werden. Sie müssen vielmehr auseinandergehalten werden. In den auf diese Art gewonnenen Reihen mit entsprechenden Indexpaaren ihres gegenseitigen Verhältnisses müssen zunächst die relativen Entwicklungstendenzen festgestellt und aus ihnen eliminiert werden. Erst dann kann man behaupten, daß die sich nun ergebenden Reihen des relativen Verhältnisses der untersuchten Gebiete (von zufälligen Schwankungen abgesehen) die Schwankungen der relativen Konjunktur widerspiegeln.

9. Wir wollen uns bei der allgemeinen Problemstellung der relativen Konjunktur und Entwicklungsdynamik auf das bisher Gesagte beschränken. Eine systematische Behandlung dieses Problems gehört nicht zu der Aufgabe, die wir uns *hier* gestellt haben: die Aufgabe der weiteren Darlegungen ist vielmehr eine Untersuchung *der Preisdynamik der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren*. Doch freilich, wie schon gesagt, untersuchen wir hier auch das relative dynamische *Verhältnis* der Preisbewegung dieser Sphären. Mit anderen Worten, die Untersuchung der Preisbewegung wird von uns auch unter dem Gesichtspunkt des Problems der relativen Dynamik und Konjunktur in Angriff genommen. In diesem Sinne stellt die vorliegende Arbeit den Versuch dar, eine konkrete Untersuchung des Problems der relativen Dynamik und der Konjunktur der Landwirtschaft und der Industrie durchzuführen.

III. Die Dynamik und die Schwankungen des absoluten Preisniveaus der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren.

1. *Vorbemerkungen.* Die folgende Untersuchung der Preisbewegung der beiden Warenarten und im Zusammenhang damit der relativen Dynamik und Konjunktur der Landwirtschaft und der Industrie ist von uns auf Grund von Daten für England und die Vereinigten Staaten durchgeführt worden, die sich auf den Zeitraum seit Ende des 18. Jahrh. erstrecken.

Wenn wir die Daten für zwei und gerade für diese zwei Länder zugrunde gelegt haben, so haben wir uns dabei von folgenden Erwägungen leiten lassen.



Erstens könnten die Resultate, die durch die Bearbeitung eines nur ein Land betreffenden Materials gewonnen wären, als nicht typisch erscheinen, und es wäre gewagt, sie zur Grundlage irgendwelcher Verallgemeinerungen zu machen. Freilich wäre es noch zuverlässiger gewesen, nicht nur zwei, sondern eine größere Anzahl von Ländern in die Betrachtung einzubeziehen. Doch bildet bei einer sich auf einen so großen Zeitraum erstreckenden Untersuchung der Zustand der erreichbaren Daten ein wesentliches Hindernis, — von der starken Komplizierung der Arbeit, die dadurch entstanden wäre, ganz abgesehen. Zweitens gestaltet sich die Dynamik und die Konjunktur der beiden untersuchten Sphären in den Ländern mit landwirtschaftlichem Import einerseits und in Ländern mit landwirtschaftlichem Export anderseits in mancher Beziehung verschieden. Es schien uns daher zweckmäßig, beide Typen in die Untersuchung einzubeziehen. Drittens erschien es uns deshalb angebracht, unsere Wahl auf die besonders mächtigen Länder zu richten, weil deren Markt die allgemeinen Bedingungen des Weltmarktes viel deutlicher widerspiegelt als der der anderen. Viertens war es notwendig, nur solche Länder zu nehmen, für welche ein ausreichendes Tatsachenmaterial und zwar für eine längere Periode vorliegt.

2. Das Material und die Methode seiner Bearbeitung. Für England sind die Preisdaten für die Periode von 1782 bis inklusive 1924 untersucht worden. Nach dem Zustand der Daten, die uns zur Verfügung standen, erwies es sich dabei als möglich, die Preise für folgende 25 Warenarten in die Verarbeitung einzubeziehen: 1. Roggen, 2. Weizen, 3. Hafer, 4. Gerste, 5. Erbsen, 6. Bohnen, 7. Reis, 8. Landbutter, 9. Fleisch, 10. Wolle, 11. Baumwolle, 12. Seide, 13. Lein, 14. Hanf, 15. Tabak, 16. Leinöl, 17. Palmöl, 18. Olivenöl, 19. Baumwollgespinnste, 20. Eisen, 21. Kupfer, 22. Zinn, 23. Zink, 24. Steinkohle und 25. Forstprodukte. Diese Zahl ist ausreichend groß. Die Liste noch mehr zu erweitern, ging hauptsächlich mit Rücksicht auf die notwendige Bewahrung der Stetigkeit der Reihen, die für uns die leitende Maxime war, nicht an. Nur in ganz wenigen Fällen haben wir von ihrer Beachtung Abstand genommen: die Kohlenpreise werden erst von 1805 ab und die der Baumwollgespinnste von 1814 ab in die Berechnung eingeführt. Alle Preisdaten sind in Goldwert genommen worden [20]).

Auf Grund der ursprünglichen Preisdaten sind Indexzahlen für jede Warenart gewonnen worden. Als Indexbasis sind die arithmetischen Mittel der Preise für die Jahre 1901—1910 genommen worden. Die individuellen Warenindices sind dann mit Hilfe des geometrischen Mittels auf Gruppenindexzahlen reduziert worden. Die Warenmengen sind innerhalb der Gruppen nicht gewogen worden. Ferner ist aus den einzelnen Gruppenpreisindices der allgemeine Gruppenindex für die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Warenarten 1—15) und der allgemeine Index für Industrieprodukte (Warenarten 16—25) gewonnen worden. Diese beiden Indices sind ebenfalls ungewogene geometrische Mittel. Schließlich ist aus den Preisindexzahlen sämtlicher landwirtschaftlicher und sämtlicher

[20]) Die Quellen für die Preisdaten für England: Tooke, History of prices and of the state of the circulation from 1793 to 1837. Vol. II, London 1838. Ders., Thoughts and Details on the high and low prices, 1823, part. 1; Mulhall, The Dictionary of Statistics, London 1903; Ders., History of prices since the Year 1850, London 1885; Jevons, The Variation of prices and the value of currency since 1782 (vgl. seine Investigations in Currency and Finance, London 1909); Mc. Culloch, A statistical account of the British Empire, Vol. II, Part III, Ch. IV; verschiedene Jahrgänge des Journal of the Royal Statistical Society; Report on Wholesale and retail prices, London 1903; Statistical Abstract of the United Kingdom (verschiedene Jahrgänge).

Industriewaren mit der gleichen Methode ein allgemeiner Preisindex gewonnen worden. Dabei sind die Indices der landwirtschaftlichen- und der Industriewaren mit gleichen Gewichten genommen worden.

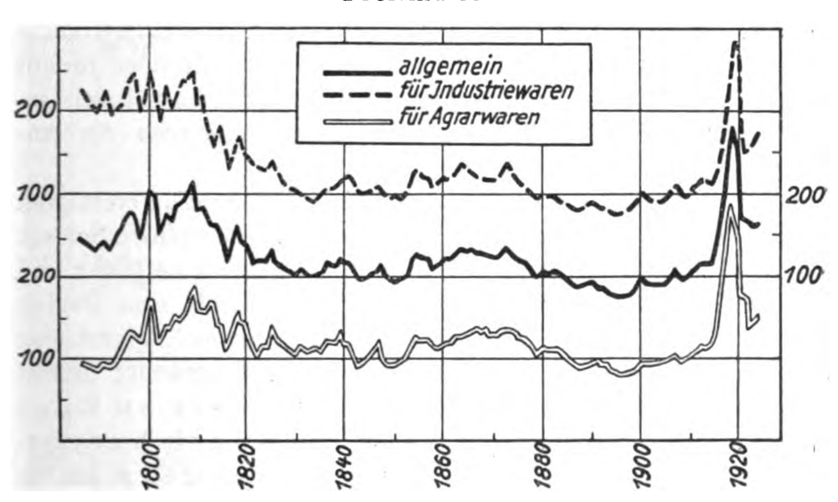
Für die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind für den Zeitraum von 1801—1924 die Preise folgender 18 Warenarten untersucht worden: 1. Weizen, 2. Hafer, 3. Mais, 4. Rindfleisch, 5. Schweinefleisch, 6. Butter, 7. Wolle, 8. Häute, 9. Weizenmehl, 10. Zucker, 11. Baumwollgewebe, 12. Roheisen, 13. Blei, 14. Zinn, 15. Kupfer, 16. Kohle, 17. Petroleum, 18. Forstprodukte [21]).

Die Methode der Bearbeitung war die gleiche wie bei den englischen Daten. Dabei sind in den landwirtschaftlichen Gruppenpreisindex die Warenarten 1—9 und in den industriellen die Warenarten 10—18 aufgenommen worden.

Daraus geht zwar hervor, daß die von uns für England und für die Vereinigten Staaten gewonnenen Preisindices nicht ganz gleichartig, wohl aber ausreichend nahe verwandt sind.

Diagramm Nr. 1.

Preisindices



[21]) Die herangezogenen Quellen für Preisdaten der Verein. Staaten von Amerika sind: Der Anhang zu der Abhandlung von Alvin Hansen, Wholesale prices in the U. St. 1801—40 (Bulletin of the Un. St. Bureau of Labour Statistics Nr 367); Report by Mr Aldrich from the Committee on Finance, published in Senate Documents Nr 1394; Bulletin of the U. St. Bureau of Labour Statistics. Verschiedene Hefte, insbesondere Nr. 415; Statistical Abstract of the U. St. (verschiedene Jahrgänge); Department of Agriculture, Year Book (verschiedene Jahrgänge); American State Papers: Commerce and Navigation. Class IV vol. II and VII; J. E. Boyle, Chicago Wheat prices. Der größte Teil der Daten seit 1840 ist dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden von Dr. O. C. Stine (Department of Agriculture, Washington) und von Prof. Alvin H. Hansen (University of Minnesota).

Erstens könnten die Resultate, die durch die Bearbeitung eines nur ein Land betreffenden Materials gewonnen wären, als nicht typisch erscheinen, und es wäre gewagt, sie zur Grundlage irgendwelcher Verallgemeinerungen zu machen. Freilich wäre es noch zuverlässiger gewesen, nicht nur zwei, sondern eine größere Anzahl von Ländern in die Betrachtung einzubeziehen. Doch bildet bei einer sich auf einen so großen Zeitraum erstreckenden Untersuchung der Zustand der erreichbaren Daten ein wesentliches Hindernis, — von der starken Komplizierung der Arbeit, die dadurch entstanden wäre, ganz abgesehen. Zweitens gestaltet sich die Dynamik und die Konjunktur der beiden untersuchten Sphären in den Ländern mit landwirtschaftlichem Import einerseits und in Ländern mit landwirtschaftlichem Export anderseits in mancher Beziehung verschieden. Es schien uns daher zweckmäßig, beide Typen in die Untersuchung einzubeziehen. Drittens erschien es uns deshalb angebracht, unsere Wahl auf die besonders mächtigen Länder zu richten, weil deren Markt die allgemeinen Bedingungen des Weltmarktes viel deutlicher widerspiegelt als der der anderen. Viertens war es notwendig, nur solche Länder zu nehmen, für welche ein ausreichendes Tatsachenmaterial und zwar für eine längere Periode vorliegt.

2. Das Material und die Methode seiner Bearbeitung. Für England sind die Preisdaten für die Periode von 1782 bis inklusive 1924 untersucht worden. Nach dem Zustand der Daten, die uns zur Verfügung standen, erwies es sich dabei als möglich, die Preise für folgende 25 Warenarten in die Verarbeitung einzubeziehen: 1. Roggen, 2. Weizen, 3. Hafer, 4. Gerste, 5. Erbsen, 6. Bohnen, 7. Reis, 8. Landbutter, 9. Fleisch, 10. Wolle, 11. Baumwolle, 12. Seide, 13. Lein, 14. Hanf, 15. Tabak, 16. Leinöl, 17. Palmöl, 18. Olivenöl, 19. Baumwollgespinnste, 20. Eisen, 21. Kupfer, 22. Zinn, 23. Zink, 24. Steinkohle und 25. Forstprodukte. Diese Zahl ist ausreichend groß. Die Liste noch mehr zu erweitern, ging hauptsächlich mit Rücksicht auf die notwendige Bewahrung der Stetigkeit der Reihen, die für uns die leitende Maxime war, nicht an. Nur in ganz wenigen Fällen haben wir von ihrer Beachtung Abstand genommen: die Kohlenpreise werden erst von 1805 ab und die der Baumwollgespinnste von 1814 ab in die Berechnung eingeführt. Alle Preisdaten sind in Goldwert genommen worden [20]).

Auf Grund der ursprünglichen Preisdaten sind Indexzahlen für jede Warenart gewonnen worden. Als Indexbasis sind die arithmetischen Mittel der Preise für die Jahre 1901—1910 genommen worden. Die individuellen Warenindices sind dann mit Hilfe des geometrischen Mittels auf Gruppenindexzahlen reduziert worden. Die Warenmengen sind innerhalb der Gruppen nicht gewogen worden. Ferner ist aus den einzelnen Gruppenpreisindices der allgemeine Gruppenindex für die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Warenarten 1—15) und der allgemeine Index für Industrieprodukte (Warenarten 16—25) gewonnen worden. Diese beiden Indices sind ebenfalls ungewogene geometrische Mittel. Schließlich ist aus den Preisindexzahlen sämtlicher landwirtschaftlicher und sämtlicher

[20]) Die Quellen für die Preisdaten für England: Tooke, History of prices and of the state of the circulation from 1793 to 1837. Vol. II, London 1838. Ders., Thoughts and Details on the high and low prices, 1823, part. 1; Mulhall, The Dictionary of Statistics, London 1903; Ders., History of prices since the Year 1850, London 1885; Jevons, The Variation of prices and the value of currency since 1782 (vgl. seine Investigations in Currency and Finance, London 1909); Mc. Culloch, A statistical account of the British Empire, Vol. II, Part III, Ch. IV; verschiedene Jahrgänge des Journal of the Royal Statistical Society; Report on Wholesale and retail prices, London 1903; Statistical Abstract of the United Kingdom (verschiedene Jahrgänge).

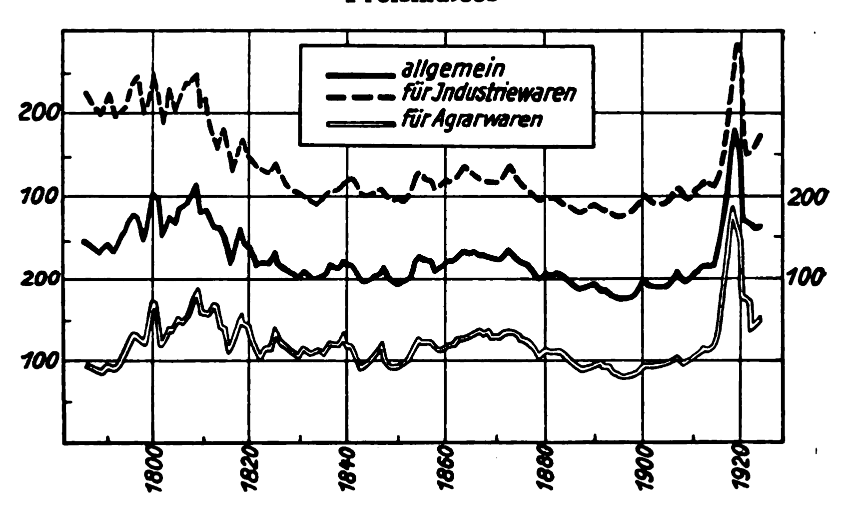
Industriewaren mit der gleichen Methode ein allgemeiner Preisindex gewonnen worden. Dabei sind die Indices der landwirtschaftlichen- und der Industriewaren mit gleichen Gewichten genommen worden.

Für die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind für den Zeitraum von 1801—1924 die Preise folgender 18 Warenarten untersucht worden: 1. Weizen, 2. Hafer, 3. Mais, 4. Rindfleisch, 5. Schweinefleisch, 6. Butter, 7. Wolle, 8. Häute, 9. Weizenmehl, 10. Zucker, 11. Baumwollgewebe, 12. Roheisen, 13. Blei, 14. Zinn, 15. Kupfer, 16. Kohle, 17. Petroleum, 18. Forstprodukte [21]).

Die Methode der Bearbeitung war die gleiche wie bei den englischen Daten. Dabei sind in den landwirtschaftlichen Gruppenpreisindex die Warenarten 1—9 und in den industriellen die Warenarten 10—18 aufgenommen worden.

Daraus geht zwar hervor, daß die von uns für England und für die Vereinigten Staaten gewonnenen Preisindices nicht ganz gleichartig, wohl aber ausreichend nahe verwandt sind.

Diagramm Nr. 1.



---

[21]) Die herangezogenen Quellen für Preisdaten der Verein. Staaten von Amerika sind: Der Anhang zu der Abhandlung von Alvin Hansen, Wholesale prices in the U. St. 1801—40 (Bulletin of the Un. St. Bureau of Labour Statistics Nr 367); Report by Mr Aldrich from the Committee on Finance, published in Senate Documents Nr 1394; Bulletin of the U. St. Bureau of Labour Statistics. Verschiedene Hefte, insbesondere Nr. 415; Statistical Abstract of the U. St. (verschiedene Jahrgänge); Department of Agriculture, Year Book (verschiedene Jahrgänge); American State Papers: Commerce and Navigation. Class IV vol. II and VII; J. E. Boyle, Chicago Wheat prices. Der größte Teil der Daten seit 1840 ist dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden von Dr. O. C. Stine (Department of Agriculture, Washington) und von Prof. Alvin H. Hansen (University of Minnesota).

3. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen des Preisniveaus. Verweilen wir zunächst bei der Charakteristik der Bewegung des absoluten Niveaus der gewonnenen Preisindices. Dabei wollen wir unsere Aufmerksamkeit 1. auf die Grundtendenzen der Bewegung und 2. auf den Charakter der Schwankungen, die sie offenbaren, konzentrieren.

Den allgemeinen Bewegungscharakter des mittleren Preisniveaus als auch der Preise für gewerbliche und agrarische Erzeugnisse verdeutlicht für England das folgende Diagramm Nr. 1 (s. vorhergehende Seite!).

Aus dem Diagramm geht hervor, daß seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts sowohl der allgemeine Preisindex als auch die Indices der agrarischen und der industriellen Erzeugnisse eine sinkende Tendenz aufweisen. Dabei tritt die sinkende Tendenz bei den gewerblichen Erzeugnissen deutlicher als bei den landwirtschaftlichen hervor. Während des Weltkrieges haben sich sämtliche Indices bis zu dem ursprünglichen Niveau und selbst darüber hinaus gehoben. Doch fallen sie scharf seit 1918/19 und halten sich gegenwärtig auf einem Niveau, das unter demjenigen des Anfangs des 19. Jahrhunderts liegt.

Die Bewegung der allgemeinen Preisindices für die Vereinigten Staaten ersieht man aus dem Diagramm Nr. 2 (s. nächste Seite!).

Das Diagramm zeigt deutlich, daß der allgemeine Index und auch der Index der gewerblichen Erzeugnisse bis zum Beginn des Weltkrieges in den Vereinigten Staaten wie in England eine ausgesprochen sinkende Tendenz aufweisen. Umgekehrt drückt der Index für Agrarerzeugnisse, im Gegensatz zu England, hier eine, wenn auch schwach hervortretende, so doch steigende Tendenz aus[22]). Zu bemerken ist, daß diese Tendenz hauptsächlich auf dem Preisanstieg der tierischen Nahrungsmittel und zum Teil auf demjenigen des Brotgetreides beruht. Umgekehrt verhalten sich die Preise des technischen Rohmaterials in dieser Zeitperiode im ganzen fast stationär.

---

[22]) Zu den gleichen Resultaten betr. den Charakter der Preisbewegung in den Vereinigten Staaten führen auch die anderen vorhandenen Indices. Vgl. den allgemeinen in »European Currency and Finance« angeführten Index (Commission of Gold and Silver inquiry. United States Senat, Washington 1925, S. 436); vgl. auch den von Alv. Hansen für Agrarerzeugnisse gewonnenen und in seiner Arbeit »The effect of price fluctuations on agriculture« (The Journal of Political Economy, April 1925) angeführten Indexpreis.



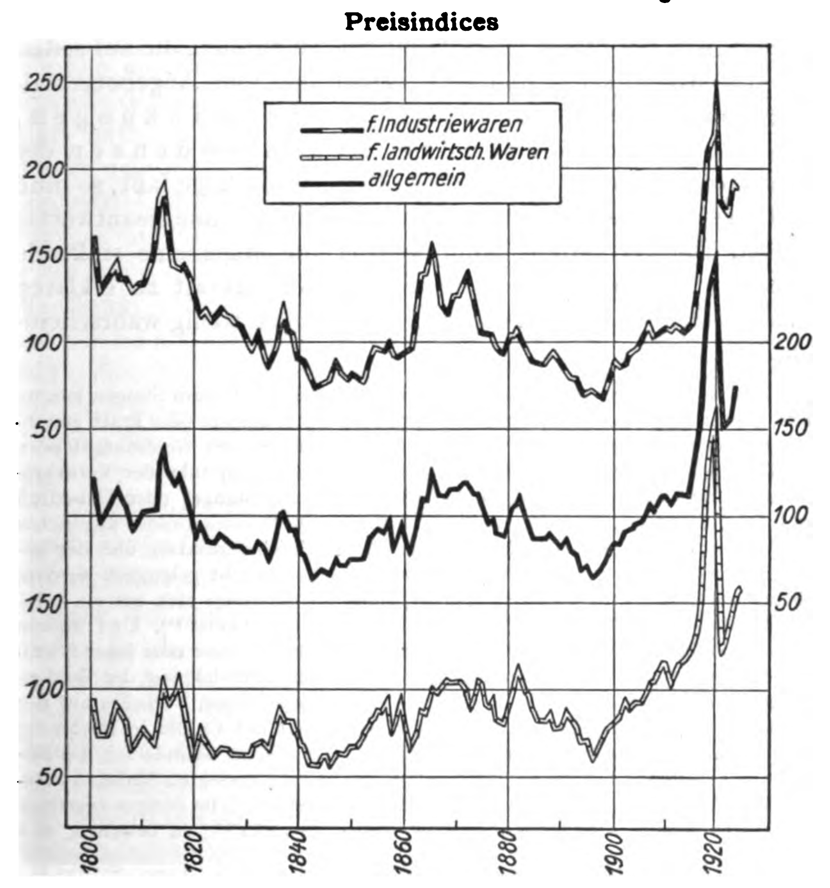
Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt uns nicht, hier auch eine detaillierte Analyse der Gruppenindexbewegung zu geben [23]).

4. Die Ursachen der Preisniveauveränderung. Wir haben die Tatsachen, die die Grundtendenzen der Bewegung des absoluten Preisniveaus betreffen, dargelegt. Diese

Diagramm Nr. 2

Vereinigte Staaten

Preisindices



Tatsachen lassen ganz deutlich mindestens zwei gewichtige Probleme hervortreten: a) Warum tritt in dem allgemeinen Preisniveau, in dem Preisniveau der gewerblichen Erzeugnisse (in Eng-

[23]) Darüber vgl. unseren Aufsatz: Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte (Die Probleme der Konjunktur, B. IV, Moskau 1928, im Druck); vgl. auch den Anhang Nr. 1.

land und in den Vereinigten Staaten) und der Agrarprodukte (in England) eine dauernd sinkende Tendenz zutage? b. Warum zeigt das agrarwirtschaftliche Warenpreisniveau in den Vereinigten Staaten keine solche sinkende Tendenz?

a. Das Sinken des allgemeinen Preisniveaus bedeutet gleichzeitig das Ansteigen der Kaufkraft des Goldes. Aber: sinkt das allgemeine Preisniveau deshalb, weil die Kaufkraft des Goldes steigt, und somit infolge von Bedingungen, die auf seiten des Goldes liegen, oder umgekehrt, steigt die Kaufkraft des Goldes deshalb, weil die Preise fallen Bedingungen zufolge, die auf seiten der Warenproduktion und ihrer Nachfrage- und Angebotgestaltung wirken? Wenn man nicht die Schwankungen, sondern die dauernden Grundtendenzen der Preisbewegung in der untersuchten Periode ins Auge faßt, so muß die Frage offenbar in dem zuletzt erwähnten Sinne beantwortet werden. Die Hypothese, nach welcher die allgemeine sinkende Preistendenz durch das Ansteigen der Goldkaufkraft zu erklären ist, erscheint aus einer Reihe von Erwägungen wenig wahrscheinlich.

Eine selbständige säkulare Tendenz der Goldkaufkraft zum Steigen könnte Platz greifen entweder kraft eines zunehmenden Goldmangels oder kraft zunehmender Kostspieligkeit seiner Gewinnung. Wenn man vom Goldmangel oder -überfluß spricht, so tut man das unter dem Gesichtspunkt der Verkehrsgleichung, und folglich hat man dabei einen relativen Mangel oder Ueberfluß des Goldes im Auge, d. h. ein zuwenig oder ein zuviel des Goldes angesichts des gegebenen Zustandes der Kreditverfassung, des Warenumsatzes und der gegebenen Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Es kann nicht geleugnet werden, daß in einzelnen Zeitabschnitten die vorhandene Goldmenge sich als ein relativer Goldmangel bzw. als ein relativer Goldüberfluß erweist [24]). Und diesem Umstand ist bei der Erklärung der Preisschwankungen in dieser oder jener Form-Rechnung zu tragen. Wenn man jedoch nicht nur die Entwicklung der Goldgewinnung selbst, sondern auch die Zunahme des bargeldlosen Verkehrs auf der Goldbasis und die wachsende Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in Rechnung stellt, dann kann man weder theoretische noch faktische Gründe für die Behauptung aufweisen, daß der Goldmangel in dem oben dargelegten Sinne seit Beginn des XIX. Jahrhunderts seiner allgemeinen Tendenz nach im Steigen begriffen war [25]). Der neueste sehr interessante Versuch Cassels [26]), zu beweisen, daß

---

[24]) I. Fisher, The Purchasing power of money, 1922, S. 234 ff.; W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1922, B. I, Kap. 31; H. Denis, La depression économique et sociale et l'histoire des prix. Bruxelles, 1895, S. 179 ff; G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, S. 404 ff.; W. T. Layton, An introduction to the study of prices. London 1922, Passim.

[25]) Auf diesem beschränkten Raum ist es uns leider nicht möglich, den Beweis dieser These weiter zu entwickeln. Vgl. dazu die eben erwähnte Arbeit, S. 23 ff. (Siehe Anm. 23).

[26]) Cassel, op. cit. S. 416 ff.

das allgemeine Preisniveau (und seine langfristigen Schwankungen) seit Beginn des XIX. Jahrhunderts den Veränderungen der relativen Goldmenge gleichmäßig folgen, kann nicht als überzeugend betrachtet werden [27]).

Von den hier angedeuteten Thesen ausgehend, glauben wir behaupten zu können, daß die seit Beginn des XIX. Jahrhunderts sinkende Tendenz des allgemeinen Preisniveaus nicht in Abhängigkeit von dem zunehmenden relativen Goldmangel gebracht werden darf.

Was nun die Gewinnungskosten des Goldes betrifft, so kann — angesichts der fortgesetzten Entdeckung neuer reichster Goldlager und der, bei dem allgemeinen technischen Fortschritt, fallenden gewerblichen Produktionskosten (siehe unten) — gleichermaßen nicht behauptet werden, daß seit Beginn des XIX. Jahrhunderts ihre allgemeine Tendenz eine steigende war.

Die entscheidende Bedeutung für die allgemeine sinkende Tendenz des absoluten Preisniveaus seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte der technische Fortschritt (im weiteren Wortsinne, welcher die Vervollkommnung der Produktionsmittel, der Verkehrsmittel und der Organisation der Produktion umfaßt) und die hauptsächlich mit ihm verbundene wachsende Arbeitsproduktivität. Dieses Wachstum der technischen Mittel und der Arbeitsproduktivität hat ein Sinken der Produktionskosten herbeigeführt, das, in den Bedingungen einer angespannten inländischen und internationalen Konkurrenz, die wichtigste und die primäre Ursache der oben beschriebenen dauernd sinkenden Preistendenz war.

Es könnte scheinen, als ob diese These einen circulum vitiosum in ihrem Innern trüge: dieser These gemäß sind die fallenden Produktionskosten die nächste und unmittelbarste Ursache der sinkenden Preistendenz. Da nun die Erzeugungskosten (in ihrem geldlichen Ausdruck) in hohem Maße eine Funktion der Preise darstellen, so sieht es so aus, als ob wir, indem wir das Sinken der Preise auf das Sinken der Kosten zurückführen, das Sinken der Preise eben durch das Sinken der Preise erklären [28]). Indessen ist es in Wirklichkeit nicht der Fall. Die Produktionskosten bilden nicht allein eine Funktion der Preise, sondern auch eine solche der natural-technischen Produk-

[27]) Darüber ausführlicher siehe im unseren oben (Anm. 23) zitierten Aufsatz S. 25; ferner: W. Mildschuh, Kreditinflation und Geldtheorie (Archiv für Sozialw. und Sozialpol. Bd. 52, S. 95 ff.); A. Amonn, Cassels System der theoretischen Nationalökonomie (Archiv f. Sozialwiss. und Sozialpol. Bd. 51, S. 327 ff.).

[28]) Fr. Eulenburg, Die Preisbildung in der modernen Wirtschaft (Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, I. Teil, S. 286 ff.).

tionsbedingungen. Im Zusammenhang damit erscheint es zweckmäßig, die Produktionskosten in ihrem Geldausdruck und die Produktionskosten in ihrem real-physischen Ausdruck zu unterscheiden [29]).

Der oben formulierte Grundsatz über die Ursachen der Preissenkung hat die Kosten in ihrem real-physischen Ausdruck im Auge und somit ihre Senkung unter dem Einfluß der technischen und der organisationsmäßigen Produktionsbedingungen [30]), die ihren integralen Niederschlag in dem Wachsen der Arbeitsproduktivität finden.

Die These von der wachsenden Arbeitsproduktivität und den abnehmenden Realkosten der Produktion seit Beginn des 19. Jahrhunderts kann auch durch einige statistische Daten gestützt werden. Zu diesem Zwecke haben wir spezielle Indices für die Produktivität der industriellen und der landwirtschaftlichen Arbeit gewonnen.

Für England konnten solche Indexzahlen, bei dem Zustand der Daten, nur für die Zeit seit dem zweiten Viertel des 19. Jahrh gewonnen werden. Um die Indexzahlen der Arbeitsproduktivität zu errechnen, war es vor allem notwendig, die Indices des physischen Volumens der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion zu gewinnen. Als Basis haben wir die arithmetischen Mittel der Daten für die Jahre 1901—1910 genommen [31]). Für die Landwirtschaft haben wir den Index des physischen Produktionsvolumens nach vier Gruppen errechnet.

Die erste Gruppe bildet die Brotgetreideproduktion. In diese Gruppe ist eingegangen die Produktion von Gerste, Weizen, Hafer, Erbsen und Bohnen. Die Indexzahlen sind für die Jahre 1830, 1846, 1866, 1876, 1884 und von da ab bis 1924 für jedes Jahr ermittelt worden. Die zweite Gruppe bilden die tierischen Erzeugnisse. Mangels unmittelbarer Daten über Endprodukte der tierischen Erzeugung (Milch, Wolle, Häute, Eier usw.) waren wir gezwungen, unseren Index nur auf Grund von Daten über die Mengen von Hornvieh, Schafen und Schweinen [32]) aufzustellen. Die Indexzahlen sind für die Jahre 1812, 1831

---

[29]) Vgl. A. Aftalion, Op. cit. V. I, S. 213—214; Taussig, Principles of Economics, New York 1923, vol. II, S. 153—155.

[30]) Vgl. Cassel, op. cit. S. 133 ff.

[31]) Die Indexzahlen des physischen Produktionsvolumens sind auf Grund folgender Quellen erarbeitet worden: Mulhall, The Dictionary of statistics, London 1903; W. Page, Commerce and Industry, London 1919, vol. II; Porter, Progress of Nation, London 1851; Statistical Tables and charts relating to British and Foreign Trade and Industry. London 1909; Statistical abstract for the United Kingdom (Verschiedene Jahrg.); Statesman's Yearbook 1926; Annuaire international de Statistique Agricole. Rome 1925/26; The mineral Industry, edited by Roush, 1923—25.

[32]) Da die naturale Größe jeder einzelnen Produktionseinheit von Vieh im Laufe der Zeit stieg, so drücken wir, indem wir an Stelle des naturalen Produktionsindex im eigentlichen Sinne denjenigen für die Kopfzahl nehmen, das Wachstumstempo des Index für das physische Produktionsvolumen der Viehzucht etwas herab.

1855, 1867 und von da ab für jedes Jahr bis einschließlich 1924 gewonnen worden.

Daraus geht hervor, daß wir bis 1884 für die erste, und bis 1867 für die zweite Gruppe nur für einzelne Zeitpunkte Indices besitzen. Indem wir in jeder Reihe diese Werte miteinander verbanden, erhielten wir ununterbrochene Indexreihen.

Die dritte Gruppe bildet die Produktion der intensiven Kulturen. Hierher gehören: die Produktion von Kartoffeln, Rüben, roten und weißen Rüben. Bei dem Zustand der Daten konnte dieser Index nur für die Zeit von 1884 an für jedes Jahr errechnet werden. Die vierte Gruppe bildet die Heuproduktion. Dieser Index konnte für die Zeit von 1887 an ermittelt werden.

Auf Grund der Gruppenindices ist dann der ungewogene allgemeine Index des physischen Volumens der Agrarproduktion errechnet worden. Für die Zeit vom zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts bis 1884 konnten wir dabei, wie aus dem Vorhergehenden klar ersichtlich ist, diesen Index nur nach zwei Gruppen ermitteln — der der Brotgetreideproduktion und der der tierischen Erzeugnisse. Von 1884 ab konnte der gemeinsame Index für drei und von 1887 ab für alle vier Gruppen gewonnen werden. Indessen waren wir in der Lage, auf Grund des Verhältnisses des vollständigen Index und der Indices für zwei und drei Gruppen in der Periode 1884—1893 die Indices für alle vier Gruppen und für die ganze Periode angenähert zu rekonstruieren [33]).

Für die industrielle Produktion wurden die Indices des physischen Volumens gleichermaßen nach vier Gruppen aufgestellt. Die erste Gruppe bildet die Produktion der Textilindustrie. In diese Gruppe sind eingegangen: die Baumwoll-, Woll- und Leinenproduktion, berechnet nach der Menge des verbrauchten Rohstoffs. Dieser Gruppenindex ist für die Zeit seit 1801 ermittelt worden, wobei die einzelnen Zweige mit Gewichten aufgenommen wurden, die nach dem mittleren Wert der Nettoproduktion für die Jahre 1821—1887 bestimmt worden sind. Die zweite Gruppe bildet die Metallindustrie. Der Index ist auf Grund von Daten über Roheisenerzeugung für folgende Zeitpunkte gewonnen worden: 1800, 1810, 1818, 1820, 1823, 1825, 1827, 1828, 1830, 1833, 1835, 1839—1845, 1847, 1850, 1852, 1854 und von da ab für jedes Jahr. Die dritte Gruppe bildet die Produktion der Montanindustrie. Der nach dem Produktionswert für die Periode von 1801—1888 gewogene Gruppenindex ist auf Grund der Berechnung der Produktion von Steinkohle, Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink und Zinn aufgestellt worden. Die vierte Gruppe bildet die holzverarbeitende Industrie, deren Produktion nach der Menge des eingeführten Holzes seit 1803 berechnet worden ist.

Aus den verzeichneten Gruppenindices der industriellen Produktion ist dann der allgemeine Index des physischen Volumens dieser Produktion abgeleitet worden. Dabei sind die einzelnen Gruppenindices mit gleichen Gewichten in die Rechnung gestellt worden und der gemeinsame Index ist mit Hilfe des geometrischen Mittels errechnet worden [34]).

Endlich haben wir aus den, mit gleichen Gewichten genommenen, Indices der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktion den allgemeinen Index des physischen Produktionsvolumens mit Hilfe des geometrischen Mittels abgeleitet.

---

[33]) Siehe Anhang Nr. III.

[34]) Bei allen Indexzahlen der industriellen Produktion für die Jahre 1922 bis 1924 ist die Produktion des Freistaats Irland nicht in Rechnung gestellt.



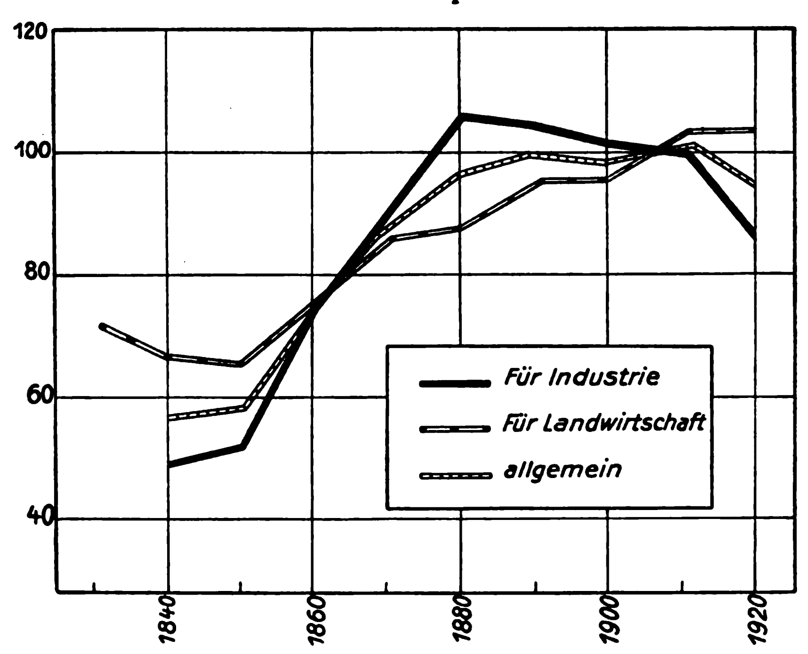
Nachdem wir die Indexzahlen des physischen Produktionsvolumens der Landwirtschaft und der Industrie ermittelt haben, haben wir die Indices für die Mengen der in der Landwirtschaft und in der Industrie erwerbstätigen Bevölkerung gewonnen. Diese Indices der beschäftigten Arbeitskräfte waren bei dem Stand des Materials nur für diejenigen Jahre zu ermitteln, in welchen Volkszählungen stattgefunden hatten, d. h. für jedes zehnte Jahr. Als Indexbasis sind die Mittel für die Jahre 1901—1910 genommen worden [35]). Nachdem wir auf diese Art die Indexzahlen sowohl für das physische Produktionsvolumen als auch für die Menge der beschäftigten Arbeitskräfte ermittelt und die ersteren durch die letzteren dividiert haben, erhielten wir die Indexzahlen für die Dynamik der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie und den allgemeinen Index der Arbeitsproduktivität.

Die in diesen Indexzahlen zutage tretende Dynamik der Arbeitsproduktivität haben wir in dem folgenden Diagramm zum Ausdruck gebracht:

Diagramm Nr. 3



Indices der Arbeitsproduktivität



Bei der Analyse dieses Diagramms müssen folgende Erwägungen streng beachtet werden: die angeführten Indices der

[35]) Die Mengen der Arbeitskräfte, die in der Landwirtschaft bzw. in der Industrie beschäftigt war, sind auf Grund der oben zitierten Arbeiten bestimmt worden: Mulhall, The Dictionary usw. und »Abstract of Labour Statistics« (verschiedene Jahrg.). Siehe die Indices in dem Anhang Nr. IV.



Arbeitsproduktivität sagen über den absoluten Stand der Arbeitsproduktivität in dem einen oder in dem andern Zweig der Volkswirtschaft gar nichts aus. Sie bringen nur die Dynamik zum Ausdruck; daß die verschiedenen Indices für die Periode 1904—10 sich überschneiden, ist nur der Ausdruck der Tatsache, daß als Basis aller Indexzahlen die Mittel der Daten für 1901—10 genommen worden sind. Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen erhalten wir auf Grund des Diagramms folgendes Grundergebnis: die Arbeitsproduktivität ist in der untersuchten Periode sowohl in der Agrarwirtschaft als auch in der Industrie beträchtlich gestiegen. Wenn auch in verschiedenem Tempo, so nahm sie doch ununterbrochen zu. Ausnahmen bilden die Periode von 1830—1840 für die Landwirtschaft, in welcher sich zu dieser Zeit eine gewisse, sehr schwache Senkung der Arbeitsproduktivität beobachten läßt, und die Zeit von den 80er Jahren an für die Industrie, deren Arbeitsproduktivität in dieser Periode eine deutlich bemerkbare Senkung aufweist. Auf diese letztere Frage kommen wir noch weiter unten zurück. Vorläufig sei nur bemerkt, daß, wenn man die Kriegsperiode ausschließt, die Senkung der Arbeitsproduktivität sich als unbedeutend erweist und an unserem allgemeinen Resultat über das Wachstum der Arbeitsproduktivität im 19. Jahrh. nichts ändert. Die angeführten Indices umfassen die Zeit seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Soweit jedoch dieser Steigerung der Arbeitsproduktivität in erster Linie die Entwicklung der Technik zugrunde liegt und soweit England schon seit Ende des 18. Jahrh. in die Phase einer industriellen Revolution und eines raschen technischen Progresses eingetreten ist, insoferne sind alle Gründe vorhanden für die Annahme [36]), daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität auch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrh. stattgefunden hat.

Selbstverständlich können wir für die von uns errechneten Indexzahlen des physischen Produktionsvolumens und der Arbeitsproduktivität angesichts des Zustandes der Daten keine strenge Exaktheit beanspruchen. Doch reichen sie aus für die Begründung der aufgestellten Thesen über die zunehmende Arbeits-

---

[36]) Vgl. E. C. A. Knowles, The industrial and commercial revolution in Great Britain during the nineteenth century. London 1922, S. 15 ff.; W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. II, Kap. 36, 66 u. 67; G. v. Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb, 1892, Kap. 11.

produktivität, um so mehr als die wichtigsten von uns für England gewonnenen Resultate in dem entsprechenden Material für die Vereinigten Staaten ihre Bestätigung finden.

Für die Vereinigten Staaten haben wir die Berechnungen Kings über das Nationaleinkommen aus der Industrie und aus der Landwirtschaft benutzt [37]). Die Daten über das Nationaleinkommen in seinem geldlichen Wertausdruck haben wir durch den allgemeinen Index der Warenpreise [38]) (das Mittel der drei Jahre: des Zensusjahres, des ihm vorangehenden und des ihm nachfolgenden) dividiert, um die Einflüsse der Preisschwankungen zu eliminieren und unsern Daten somit den Charakter eines quasi-physischen Ausdrucks (des Produktionsvolumens in seiner Entwicklung) zu verleihen. Den auf diese Weise erhaltenen Daten haben wir dann die Indexform, mit dem Mittel aus den Jahren 1900—1910 als Basis, gegeben. Parallel damit haben wir dann die Indexzahlen für die in der Landwirtschaft und in der Industrie beschäftigten Arbeitskraftmengen errechnet [39]). Indem wir endlich die zuerst gewonnenen Indices durch die Indices der beschäftigten Arbeiter dividierten, erhielten wir die Indexzahlen der Produktivitätsdynamik der landwirtschaftlichen und der industriellen Arbeit in den Vereinigten Staaten. Nachdem wir dann diesen Indices gleiche Gewichte verliehen hatten, errechneten wir den generellen Index der Arbeitsproduktivität (siehe Tabelle auf folgender Seite).

Es ist deutlich zu sehen, daß, die Zeit, in der sich der Bürgerkrieg mit seinen Verwüstungen (1861—1865) ausgewirkt hatte, ausgenommen, in der Arbeitsproduktivität eine Steigerung zutage tritt. Diese Schlußfolgerung wird im wesentlichen auch durch Berechnungen bestätigt, die wir mit der dem englischen Material gegenüber angewandten Methode vorgenommen haben.

---

[37]) W. King, The Wealth and Income of the People of the United States, New York 1923; Ders., The National Totals (Vgl. M. Leven, Income in the various States, New York 1925).

[38]) Die Indexbasis ist das Mittel für die Jahre 1901—10.

[39]) Auf Grund der Daten von King und des Census of Occupation für 1920. Da in den Kingschen Angaben über die Zahlen der Beschäftigten für die Jahre 1850—60 die Zahl der Neger nicht in Rechnung gestellt ist, was zu einem übertriebenen Ergebnis für die Arbeitsproduktivität in diesen Jahren in der Landwirtschaft führen muß, so hielten wir es für erforderlich, darin eine entsprechende Korrektur auf Grund von Koeffizienten anzubringen, die nach dem Census späterer Jahre festgestellt wurden. Die in dieser Weise nicht verbesserten Daten sind in der folgenden Tabelle in Klammern gesetzt.

Die Indexzahlen der Arbeitsproduktivitätsdynamik in den Vereinigten Staaten:
(1900—1910 = 100)

Jahre	Allg.	Landwirtschaft	Industrie
1850	46,7	/65,6/ 50,2	43,2
1860	57,2	/68,6/ 53,8	61,2
1870	51,7	46,2	58,1
1880	50,3	38,9	64,9
1890	73,2	60,2	88,9
1900	92,5	84,0	101,9
1910	106,4	114,6	98,6
1920	101,3	100,3	102,1

Auch die anderen vorhandenen Berechnungen bekräftigen unsere Resultate [40]). Auf diese Weise bestätigen die Daten für die Vereinigten Staaten vollauf jene allgemeinen Ergebnisse über die Dynamik der Arbeitsproduktivität, die wir aus der Analyse des englischen Materials gewonnen haben. Soweit dabei der Fortschritt der Technik und der Organisation zugrunde liegt und soweit er auch in den anderen, in den weltumspannenden Warenverkehr einbezogenen Ländern Platz griff, kann die angegebene Entwicklungstendenz der Arbeitsproduktivität als ein Prozeß weltwirtschaftlicher Ordnung angesehen werden [41]).

Dieser Prozeß der steigenden Arbeitsproduktivität bildet den wirksamsten Faktor der allgemeinen Senkung der realen Produktionskosten. Diese These könnte auf den ersten Blick angreifbar scheinen. In Aufwendungen an Arbeit erschöpft sich nicht der Gesamtaufwand: es kommen noch die

---

[40]) Vgl. Productivity of Labour (Monthly Labour Review, October 1927, S. 25—32); Productivity of Labour in Eleven Industries (ebenda January 1927, S. 35—49); Ann Jamba, Productivity of a New-England cotton mill 1833 to 1925 (ebenda, Oktober 1925, S. 21—32); Et. Stewart, Blast-furnace productivity in the United States (ebenda, June 1928); E. C. Young, The Movement of Farm Population (Published by the Cornell University, Agricult. Experim. Station. Ithaka, 1928, S. 7—10).

[41]) Vgl. Fr. von Gottl-Ottlilienfeld, Wirtschaft und Technik (Grundriß der Sozialökonomik, II. Abteilung, S. 47 ff.); G. Neudeck, Geschichte der Technik, 1923, S. 177 ff.; Sombart, op. cit.; Ders., Die deutsche Volkswirtschaft im XIX. Jahrhundert, Berlin 1903, S. 153—191; Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 1923. I. Teil, S. 214 ff.; K. Ballod, Die Produktivität der Landwirtschaft (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, 132 Bd., S. 428 ff.); J. Bybark, Die Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, Berlin 1905 (passim); A. Aftalion, op. cit. V. I, S. 216; Fr. Simiand, Les Salaires des ouvriers des mines des charbon en France. Paris 1907, Tableau A.

Kapitalaufwendungen hinzu, und somit könnte es scheinen, als ob die wachsende Arbeitsergiebigkeit als solche noch nichts über die sinkende Tendenz der Realkosten überhaupt aussagt. Die letzteren könnten auf Grund der Kapitalaufwendungen sogar überhöht werden infolge: 1. der steigenden realen Kostspieligkeit des Kapitals, 2. seiner weniger effektiven Anwendung, schließlich 3. des Prozesses der Kapitalintensivierung der Produktion. Doch vermögen diese Erwägungen die oben aufgestellte These von sinkenden Kosten nicht umzuwerfen.

Der erste der angeblichen Gründe für die Zunahme der Kosten infolge des Aufwandes an Kapital könnte sich nur in dem Fall geltend machen, daß die Berechnung des Wachstums der Arbeitsproduktivität nur irgendeinen einzelnen Produktionszweig betreffen würde. Wenn jedoch diese Rechnung die Gesamtproduktion, also alle ihre Grundzweige umfaßt, die Erzeugungszweige der Kapitalgüter eingeschlossen, dann verliert er seine Bedeutung. Der zweite Grund für die Produktionskostenzunahme könnte nur unter der Voraussetzung einer absteigenden technischen und organisatorischen Entwicklung Kraft haben. Es ist indessen klar, daß für die untersuchte Periode gerade das Gegenteil als Regel angenommen werden muß. Was nun den dritten Grund betrifft, den Prozeß der Kapitalintensivierung der Produktion, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dieser Prozeß in der Tat stattgefunden hat. Doch diente, historisch-empirisch gesehen, diese Kapitalintensivierung, neben den qualitativen Verbesserungen der Technik und der Organisation, als grundlegender Faktor gerade der Hebung der Arbeitsproduktivität und der Herabdrückung der Produktionskosten [42]). Somit konnte die Kapitalintensivierung der Produktion als solche nicht die allgemeine Grundlage für die Kostenzunahme abgeben. Als Beweis dieser These können auch die oben für die Vereinigten Staaten angeführten Berechnungen über die Arbeitsproduktivität dienen. Die Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten ist zweifellos durch den Prozeß einer raschen Kapitalintensivierung hindurchgegangen. Die von uns angeführten Berechnungen sind indessen auf Grund

---

[42]) Increased productivity in various industries 1899 to 1925 (Monthly Labour Review, October 1927; Ann Jamba, op. cit. S. 28—32; O. Kammerer, Ueber den Einfluß des technischen Fortschrittes auf die Produktivität (Schriften des V. f. Sozialpol. Bd. 132, S. 371 bis 425).



von Daten über die Dynamik des volkswirtschaftlichen Reinertrages gemacht worden. Mit anderen Worten, es ist darin den zunehmenden Kapitalaufwendungen Rechnung getragen, indem sie aus dem Bruttoertrag der Produktion ausgeschlossen worden sind. Und wenn die nach den Werten des Reinertrages gewonnenen Daten eine Zunahme der Arbeitsproduktivität offenbaren, so ist es klar, daß der Prozeß der Kapitalintensivierung nicht eine allgemeine Grundlage der Kostenzunahme sein konnte. Die Grundlage der Kostenzunahme kann dieser Prozeß nur dann und nur in denjenigen Wirtschaftszweigen sein, wenn und wo er bei einer abnehmenden Technik sich vollzieht und weitergreift, als dies das Prinzip der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren zulassen würde.

Auf diese Weise gelangen wir zu dem Schluß, daß der oben dargelegte Wachstumsprozeß der Arbeitsproduktivität als ein ausreichend überzeugender symptomatischer Ausdruck einer allgemeinen Senkung der durchschnittlichen realen Produktionskosten gelten darf (wobei der Genauigkeit halber noch hervorzuheben ist, daß gleichzeitig und kraft desselben technischen Prozesses auch eine Transportkostensenkung stattgefunden hat).

Ist dem aber so, so muß, unter der Bedingung einer ausreichend angespannten Konkurrenz auf dem Gütermarkte, das Sinken der Realkosten auf die Dauer unvermeidlich zu einer Senkung der Kosten auch in ihrem Geldausdruck und zu einer Senkung der Preise führen. In der Tat, nehmen wir an, daß bei einer gegebenen Marktlage und bei einem gegebenen Preisniveau die Realkosten in dem einen oder dem andern Zweig der Volkswirtschaft sich vermindern. Das bedeutet, daß hier die Produktionskosten auch in ihrem Geldausdruck entsprechend sinken. Unter dem Einfluß der Nachfrage brauchen die Marktpreise für die Produkte dieses Zweiges nicht gleich den gesunkenen Geldunkosten zu folgen. Doch kann sich — unter den Bedingungen der angespannten Konkurrenz — eine solche Lage nicht auf die Dauer erhalten, denn über kurz oder lang tritt der bekannte Mechanismus in Tätigkeit. Wenn der Marktpreis nicht den Geldkosten entsprechend sinkt, so erweist sich die betreffende Produktionsbranche als besonders rentabel, ihr Produktionsumfang erweitert sich, ihr Warenangebot steigt und die Preise werden letzten Endes fallen. Wiederholt sich die Realkostensenkung in dem betreffenden Produktionszweig, so muß sich im wesentlichen der sich daran

anschließende Prozeß[43]) wiederholen, d. h. der Marktpreis wird von neuem sinken. Wenn diese Senkung der Realkosten Schritt für Schritt auch die anderen Produktionszweige erfaßt, so müssen auch die Preise ihrer Produkte fallen.

So muß, unter dem Gesichtspunkt der Dynamik, der Molekularprozeß der Realkostensenkung, unter der Voraussetzung einer ausreichend angespannten Konkurrenz, zu einem Fallen der Marktpreise führen. Dies wird nur dann nicht der Fall sein, wenn gleichzeitig mit der Realkostensenkung in dem gleichen oder in stärkerem Grade die Einkommen der Bevölkerung und ihre Nachfrage wachsen. Diese Erscheinung k a n n freilich infolge dieser oder jener Ursachen eintreten. Da jedoch, auf die Dauer betrachtet, die Nachfrage sich in direkter Abhängigkeit von der in der Produktionssphäre herrschenden Lage befindet, und da diese — unter den Bedingungen des industriellen Kapitalismus — in der Regel durch eine scharfe (die Gewinne reduzierende) Konkurrenz unter den Verkäufern charakterisiert ist, so kann die erwähnte Erscheinung einer (die Realkostensenkung kompensierenden oder überkompensierenden) Nachfragesteigerung nur eine temporäre Ausnahme darstellen.

Auf Grund des bisher Dargelegten dürfen wir wohl behaupten, daß die Grundursache der allgemeinen sinkenden Preistendenz seit Beginn des 19. Jahrh. bis zum Weltkrieg in dem technischen Fortschritt in weiterem Sinne zu suchen ist, welcher ein dauerndes Wachstum der Arbeitsproduktivität bedingte, in deren Gefolge wiederum sich eine Senkung der Realkosten in der Produktion und dem Transport ergeben hat. Umgekehrt ist es offensichtlich, daß eine der wichtigsten, wenn auch durchaus nicht die einzige Ursache der Warenpreissteigerung während des Weltkrieges die Zunahme der Realkosten der Produktion gewesen ist.

Selbstverständlich darf die aufgestellte These nicht zu »gradlinig« aufgefaßt werden, und es darf nicht etwa angenommen werden, daß die allgemeine Preisbewegung in jedem einzelnen Lande oder in jedem einzelnen Produktionszweig gerade und nur durch die in diesem Lande oder in diesem Zweige vor sich gehende Entwicklung der Produktionskosten bedingt sei. Bei der

---

[43]) M a r s c h a l l, Principles of economics, 1910, Book V, ch. III, V, VIII—XII; T a u s s i g, op. cit. vol. I, ch. XII—XIV; K e m p e r S i m s o n, A statistical analysis of the relation between cost and price (Quart. Journal of Economics, vol. 35, 1920, S. 264—289).



Anwendung des hier gewonnenen Ergebnisses ist es notwendig, das ganze komplizierte System der Wechselbeziehungen der Konkurrenz im Rahmen der Weltwirtschaft in Rechnung zu stellen. Es kann sich dabei herausstellen, daß den entscheidenden Einfluß auf die Preisdynamik bestimmter Produkte nicht die Produktionsbedingungen des betreffenden Landes selbst geübt haben, sondern diejenigen anderer Länder. Von besonderer Bedeutung ist dieser Sachverhalt für das Verständnis der landwirtschaftlichen Preisdynamik in England (siehe weiter unten). Doch erschüttert dieser Vorbehalt in keiner Weise die aufgestellte allgemeine These.

b) Wir haben oben, bei der Analyse der allgemeinen Preisbewegung, festgestellt, daß eine wesentliche Abweichung von der generell sinkenden Tendenz darin liegt, daß die Preisindices der landwirtschaftlichen Waren für die Vereinigten Staaten eine steigende Tendenz aufweisen. Dieser Sachverhalt erfordert eine Klärung. Der steigenden Preisbewegung fast aller landwirtschaftlichen Waren der Vereirigten Staaten liegen folgende Sachverhalte zugrunde: eine wesentliche Zunahme der Nachfrage, die veränderten Absatzbedingungen auf dem Weltmarkte, aber auch der Wandel in den agrarischen Produktionsbedingungen dieses Landes. Die intensiv wachsende Nachfrage ging sowohl vom Weltmarkte als auch vom inneren Markte aus und war hervorgerufen: 1. durch den seit Beginn des 19. Jahrhunderts [44]) erhöhten Wohlstand der Bevölkerung und 2. durch den zunehmenden Industrialisierungsprozeß (beides sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten). Mit dem erhöhten Wohlstand stieg die Konsumtionsnorm, vor allem bei teueren Produkten (insbesondere bei tierischen Nahrungsmitteln), welche der Befriedigung von Bedürfnissen höheren Elastizitätsgrades dienen [45]). Der Industrialisierungsprozeß, welcher auf der einen Seite die Wohlstandszunahme begünstigte, wirkte gleichzeitig in der Richtung einer Vermeh-

---

[44]) Vgl. Mulhall, Industries and Wealth of Nations, London 1896; J. G. Stamp, British incomes and property, London 1916; W. King, op. cit.; Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1923, Zweiter Teil, S. 146; A. Lavergne et L. P. Henry, La richesse de la France, Paris 1908; A. L. Bowley, Wages in France, United States and Great Britain 1840 to 1891 (Economic Journal, 1898); G. H. Wood, Course of average wages, 1790—1860 (ebenda, 1899); Ders., Real Wages and the Standart of Comfort since 1850 (Journal of the Royal Stat. Society, vol. LXXII, 1909); Porter, Progress of the Nation (revised by Hirst, ch. IX); C. Tyszka, Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert, 1914, passim; E. Notz, Die säkulare Entwicklung der Kaufkraft des Geldes, Jena 1925, S. 242 ff.

[45]) A. Marshall, op. cit. ch. IV—V; L. Brentano, Versuch einer Theorie der Bedürfnisse (Gesammelte Werke: Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft, 1924, S. 106 ff.); K. Oldenberg, Die Konsumption (Grundriß der Sozialökonomik, II. Abt., 1923, S. 222 ff.); Mayo-Smith, Statistik und Oekonomie, Moskau 1902, S. 16 ff. (russisch); Notz, op. cit. S. 256 ff.; Eßlen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reichs, Stuttgart 1912, S. 242 ff.; W. Lexis, Konsumtion (Schönbergs Handbuch der Polit. Oekonomie, 4. Auflage. Vol. I, S. 801 ff.); Neumann-Spallart, Uebersichten der Weltwirtschaft 1885 bis 1889, S. 226 ff.

rung derjenigen Bevölkerungsgruppen, welche die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen entwickelten.

Die steigernde Wirkung der wachsenden Nachfrage auf die Preise wurde jedoch bekanntlich wesentlich verstärkt durch die radikale Verbesserung der Absatzbedingungen auf dem Weltmarkte. Als die Vereinigten Staaten am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts zuerst auf dem Weltmarkte erschienen, stand dort das Preisniveau der Agrarprodukte weit unter demjenigen der europäischen Märkte, insbesondere des englischen. Diese Diskrepanz erklärt sich bekanntermaßen durch die äußerste Kostspieligkeit des Transports, sowohl des binnenländischen als auch des Seetransports. Die in den 30er Jahren beginnende und dann besonders in den folgenden Jahrzehnten ein sehr beträchtliches Ausmaß annehmende Transportkostensenkung dürfen wir hier als bekannt voraussetzen [46]). Die dadurch herbeigeführte enorme »wirtschaftliche Annäherung« der Vereinigten Staaten an den europäischen Markt hatte zwei wesentliche Konsequenzen [47]). Für die Vereinigten Staaten, das Land der extensiven Agrarkultur, der niedrigen Preise und niedrigen Rente wurden dadurch die ungeheuren Absatzmöglichkeiten eröffnet und aus der wachsenden Nachfrage entsprang die Erhöhung der Preise der Agrarerzeugnisse. Für die europäischen Länder, darunter für England, die Länder der intensiveren Agrarkultur, relativ hoher Preise und hoher Rente, ergab sich daraus eine beträchtliche Angebotszunahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf ihren Märkten und auf dem Wege des oben angegebenen Mechanismus die sinkende Preistendenz. Der scharf zunehmende Charakter der transatlantischen Konkurrenz wurde dann seit den 70er Jahren bekanntlich zu einem der Faktoren der landwirtschaftlichen Dauerkrise in Europa [48]).

Durch diese Entwicklung wurde eine Expansion der landwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten angeregt und eine stetige Verschiebung der extensiven Vieh- und dann auch Kornwirtschaft nach dem Westen [49]). Umgekehrt mußten die Oststaaten den Weg einer Intensivierung der Landwirtschaft betreten [50]). Auf diese Weise war die erwähnte Verschiebung der Vieh- und Kornwirtschaft immer weiter nach Westen nur auf Grund der steigenden Preise möglich. Doch andererseits hat diese Verschiebung bis zu einem gewissen Grade die Bedeutung der sinkenden Transportkosten für die Dynamik der landwirtschaftlichen Preisgestaltung paralysiert. Unter diesen Verhältnissen, angesichts der wachsenden Nachfrage und der sich verändernden Absatzbedingungen auf dem Weltmarkte, wird die steigende Tendenz der meisten amerikanischen Preise für

---

[46]) Vgl. Statistical Abstract of the United States 1922, p. 696. Report of the Committee on Stabilisation of agricultural prices. London. S. 102.

[47]) Siehe die theoretische Analyse der Bedeutung der wachsenden Nachfrage und des technischen Fortschritts im Transport für die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Waren bei: Brinkmann, Die Oekonomik des landwirtschaftlichen Betriebes (Grundriß der Sozialökonomik, VII. Abt., S. 47 ff.).

[48]) Vgl. Max Sering, Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft, Leipzig 1887, S. 541 ff.; Parvus, Der Weltmarkt und die Agrarkrise, 1898, S. 127 ff. (russisch).

[49]) Vgl. O. Spann, Theorie der Preisverschiebung, Wien 1913, S. 10 ff.; E. W. Sheets, O. E. Baker u. a., Our Beef Supply (United States Department of Agriculture. Yearbook 1921, S. 226—321); D. A. Spenser, M. S. Hall u. a., The Sheep Industry (Un. St. Dep. of Agriculture. Yearbook 1923, S. 228—310); N. Makaroff, Die Kornwirtschaft von Nordamerika, Moskau 1924, S. 45 ff. (russisch).

[50]) Vgl. Max Sering, op. cit., 562 ff.; Makaroff, op. cit. S. 45 ff.

Agrarprodukte, insbesondere für tierische Nahrungsmittel, vollkommen verständlich.

Als Endresultat der allgemeinen steigenden Preisbewegung der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten Staaten bei der sinkenden Tendenz derselben in England konstatieren wir die charakteristische Annäherung der beiderseitigen Preisniveaus. So bildete der amerikanische Weizenpreis in den Jahren 1801—10 nur 31% des englischen, 1851—60 aber 50% und 1901—10 105,3% desselben. Entsprechend machte für dieselben Perioden der amerikanische Fleischpreis 18,4%, 32,4% und 51,5% des englischen aus [51]).

5. Die großen zyklischen Schwankungen des Preisniveaus. Sieht man sich die oben angeführten Diagramme näher an, so bemerkt man ohne weiteres, daß die Preisdynamik nicht nur bestimmte allgemeine Tendenzen, sondern auch wellenartige Schwankungen verschiedener Dauer aufweist. Wir wenden uns jetzt der Betrachtung dieser wellenartigen Schwankungen zu und wollen zunächst bei den Schwankungen von langer Dauer verweilen. Um sie jedoch deutlicher herauszustellen, mußten wir die gewonnenen Indices einer weiteren Bearbeitung und zwar in folgender Art unterwerfen: nach der Methode der kleinsten Quadrate ist der secular trend der Preisindices (ihr stetiges Bewegungsniveau) bestimmt worden; ferner sind die Abweichungen der empirischen Reihe von diesem Niveau in Angriff genommen und mit Hilfe erst des neunjährigen und dann fünfjährigen beweglichen Mittels ausgeglichen worden. Die Kurven, die wir als Resultat dieser Ausgleichung gewonnen haben, sind auf dem Diagramm Nr. 4 (nächste Seite!) aufgetragen, das sich auf England bezieht.

Aus dem Diagramm geht hervor, daß alle Indices 2½ große Zyklen aufweisen. Der Index der landwirtschaftlichen Waren ergibt am Ende des 18. Jahrh. eine ansteigende Welle, die nach der unausgeglichenen Reihe im Jahre 1809 und nach der ausgeglichenen im Jahre 1810 abbricht [52]) und durch eine absteigende Welle abgelöst wird, die bis 1848 anhält. Hier ist der erste große Zyklus in der Preisbewegung landwirtschaftlicher Waren abgeschlossen. Mit dem Jahre 1848 beginnt die zweite ansteigende Welle, welche bis 1872 (1870) anhält, um dann ihrer-

[51]) Das Verhältnis der englischen und der amerikanischen Preise, besonders für Fleisch, erklärt sich z. T. natürlich auch aus den Sortenunterschieden der herangezogenen Waren.

[52]) Im weiteren werden überall die Daten der Umschläge nach der nicht ausgeglichenen Reihe ohne Klammern und solche nach der ausgeglichenen Reihe in Klammern gesetzt.

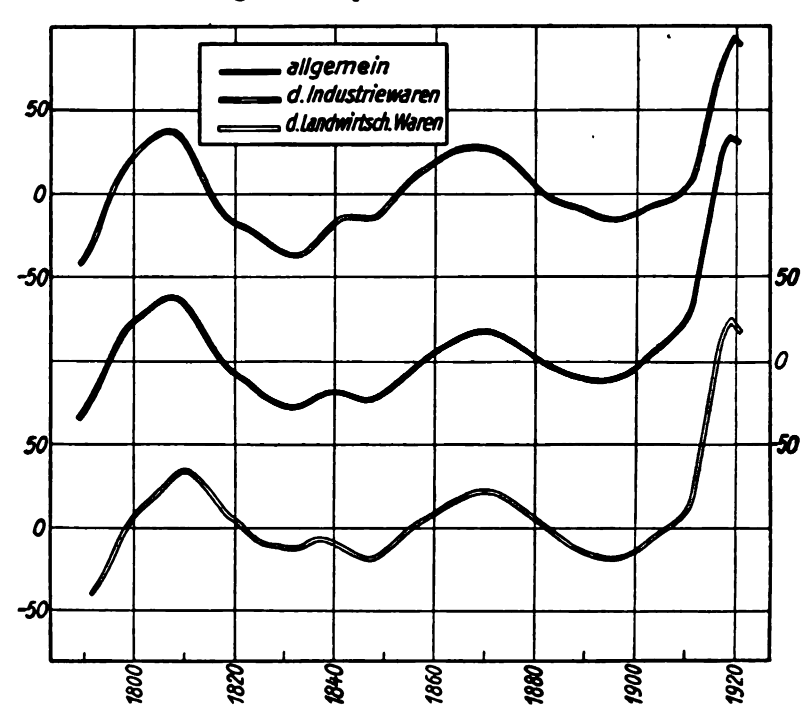
seits von einer abflauenden Bewegung abgelöst zu werden, die im Jahre 1894 (1895) ihren Abschluß findet. Hier endet der zweite große Zyklus. Es beginnt die dritte ansteigende Welle, die bis zum Jahre 1918 andauert, um hier von einer sinkenden Preisbewegung abgelöst zu werden.

Indem wir uns nunmehr dem Index der industriellen Warenpreise zuwenden, sehen wir, daß auch dieser am Ende des 18. Jahrh.

Diagramm Nr. 4



Die großen Zyklen der Preisindices



eine ansteigende und bis 1809 (1808) anhaltende Welle ergibt. 1809 kommt die absteigende Bewegung ins Rollen, die nach der unausgeglichenen Reihe (siehe Diagramm Nr. 1) bis 1849 anhält und noch ein anderes Minimum für 1834 aufweist. Nach der Ausgleichung hat sich eine Verschiebung des Minimums ergeben, und zwar hat sich dabei das Minimum von 1834 als grundlegend erwiesen. Nimmt man das Minimum der unausgeglichenen Reihe, so ist es klar, daß am Ausgang der 40er Jahre der erste große Zyklus in der Preisbewegung der

Industrieprodukte zu Ende geht. Dann beginnt ihre zweite ansteigende Welle und dauert bis 1873 an (1868), um hier der absteigenden Tendenz zu weichen. Die letztere bricht um 1895 ab. Der zweite große Zyklus ist hier zu Ende. Von 1895 an ist eine dritte ansteigende Welle zu beobachten, die bis 1919 reicht und dann von einer neuen beträchtlichen Abstiegstendenz der Preise abgelöst wird. Auf diese Weise wird es deutlich, daß die industriellen Preisindices fast dieselben 2½ großen Wellenbewegungen durchmachen, wie die landwirtschaftlichen. Angesichts dieses Umstandes ist es verständlich, daß wir dieselben Wellen auch in dem allgemeinen Index wiederfinden, wobei allerdings — bei genauerer Betrachtung — sein Charakter eine nähere Verwandtschaft mit der Preisbewegung der industriellen Waren offenbart, als mit derjenigen der Agrarerzeugnisse.

Das Vorliegen großer Zyklen in der Preisbewegung kann auch für die Vereinigten Staaten festgestellt werden. Zu diesem Resultat führt schon die Analyse der anderweitig vorhandenen Indexzahlen [53]). Zu dem gleichen Resultat führt auch die Analyse der von uns für die Vereinigten Staaten ermittelten und oben beschriebenen Indices (siehe Diagramm Nr. 2).

Nach der nichtausgeglichenen Reihe ergibt sich folgende Periodisierung für die Bewegung der amerikanischen Indices:

Große Zyklen		Allgem. Index	Landwirtsch. Index	Industrieller Index
		Anfangsdaten der Halbwellen		
Erster Zyklus	1. Beginn der ansteigenden Welle [54])	1791	1791	1791
	2. Beginn der absteigenden Welle	1814	1817	1814
Zweiter Zyklus	1. Beginn der ansteigenden Welle	1843	1843	1843
	2. Beginn der absteigenden Welle	1865	1874	1865
Dritter Zyklus	1. Beginn der ansteigenden Welle	1896	1896	1896
	2. Beginn der absteigenden Welle	1920	1919	1920

[53]) Siehe den allgemeinen Index der Ver. Staaten in dem Annuaire Statistique 1924, S. 340—47. Die Analyse des allgemeinen Index siehe in meinem Aufsatz »Die langen Wellen der Konjunktur« (im Archiv für Sozialwiss. und Sozialpol. B. 56, H. 3). Speziell wegen der Indices der landwirtschaftlichen Produktpreise siehe den oben zitierten Aufsatz von Hansen.

[54]) Die von uns ermittelten Indexzahlen beziehen sich auf die Zeit seit 1801. Der Beginn der ansteigenden Welle wird hier in Uebereinstimmung mit den Indices angegeben, auf die in der vorhergehenden Anmerkung hingewiesen ist.

Daraus ist klar zu ersehen, daß in den Vereinigten Staaten die großen Zyklen sowohl in der Preisbewegung der landwirtschaftlichen Waren als auch in derjenigen der Industrieprodukte hervortreten, wobei jedoch zu bemerken ist, daß bei den agrarwirtschaftlichen Produktpreisen die erste ansteigende Welle nur äußerst schwach angedeutet ist.

Ohne hier in eine ausführliche Analyse einzugehen, möchten wir darauf hinweisen, daß das Vorhandensein großer Zyklen, sowohl für England als auch für die Vereinigten Staaten, sich nicht nur in der Dynamik der allgemeinen industriellen und landwirtschaftlichen Preisindices, sondern auch in derjenigen der Indices der besonderen Warengruppen feststellen läßt, wenn auch die zyklischen Bewegungen dieser letzteren weniger regelmäßig verlaufen [55]).

Die langen Wellen in der Preisbewegung sind bereits von verschiedenen Autoren mit mehr oder weniger großer Bestimmtheit hervorgehoben worden [56]). Dabei haben die einen sich mehr auf die äußere Konstatierung derselben beschränkt, ohne eine Erklärung zu geben [57]), während die anderen wieder geneigt waren, sie als das Resultat von mehr oder weniger »zufälligen« und episodischen Ursachen, wie Kriege und Revolutionen, Schwankungen in der Goldgewinnung usw., aufzufassen [58]). Die dritten brachten sie nicht nur mit den Veränderungen in der Goldgewinnung, sondern mit dem Zustand des Geld- und Kreditverkehrs überhaupt in Zusammenhang [59]). Die vierten wieder mit den Zins-

---

[55]) Vgl. darüber unseren schon zitierten russischen Aufsatz: Preisdynamik der industriellen und der landwirtschaftlichen Waren.

[56]) Den Hinweis auf solche Autoren und deren Werke findet man in unserer Arbeit »Die großen Zyklen der ökonomischen Konjunktur« (»Fragen der Konjunktur«, B. I, S. 30 u. ff.).

[57]) Siehe A. Aftalion, op. cit. V. I, S. 5 ff.; Moore, Generating economic cycles, New York 1923, Ch. III—IV; Spiethoff, op. cit.; Parvus, Handelskrisen und Gewerkschaften; Ders., Die kapitalistische Produktion und das Proletariat; S. de Wolf, Prosperitäts- und Depressionsperioden (Der lebendige Marxismus, Jena 1924, S. 13—43); J. v. Gelderen, Springflut. Betrachtungen über industrielle Entwicklung und Preisbewegung (De Nieuwe Tijd 1913, zitiert nach de Wolf); Sombart, Das Wirtschaftsleben usw., Zweiter Hlbb. S. 564.

[58]) Siehe K. Kautsky, Gold, Geld und Teuerung. Verlag »Kniga« (S. 3—38, russische Uebersetzung). Cassel, op. cit. S. 404 ff.; L. March, Mouvement des prix et des salaires pendant la guerre, S. 29—35; A. de Pietri-Tonneli, Traité d'économie rationelle, Paris 1927, S. 610—16.

[59]) Vgl. W. Layton, op. cit. Ch. ch. IV—VIII; C. Bresciani-Turroni, Movimenti di lunga durata dello sconto e del prezzi (Giornale

fußschwankungen, welche ihrerseits von dem Wandel der sozialökonomischen Bedingungen der Kapitalakkumulation abhängig sind [60]. Die fünften schließlich betrachten jene Zyklen als den partiellen Ausdruck der langfristigen Schwankungen in dem Zustand der Gesamtvolkswirtschaft und erklären diese letzteren wiederum durch die Veränderungen in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage [61] oder in diesem und in dem Umfang der Goldgewinnung [62].

Auf Grund von Spezialuntersuchungen über die großen Zyklen der Konjunktur [63] sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die langen Wellen in der Preisbewegung einen integrierenden Teil der allgemeinen langfristigen Schwankungen in der Dynamik der Volkswirtschaft darstellen, und daß diese langfristigen Schwankungen überhaupt und die Preisschwankungen im besonderen nicht durch den Einfluß »äußerer«, »episodischer« Ursachen, auch nicht durch den Einfluß der Goldgewinnung, erklärt werden können. Was freilich nicht bedeuten soll, daß diese Erscheinungen, und im besonderen der Wandel in der Goldgewinnung, ganz ohne Einfluß auf die Preisschwankungen bleiben. Das soll nur besagen, daß die sogenannten »äußeren«, »zufälligen«, »episodischen« Ursachen im Grunde genommen selbst in den allgemeinen Prozeß der sozialökonomischen Dynamik eingebettet sind und daher nicht aufgefaßt werden dürfen als vollkommen »von außen« einströmende und die zyklischen Bewegungen »zufällig« bewirkende Faktoren [64].

Von unserem Standpunkt aus muß die Erklärung der großen

---

degli economisti et rivista di statistica, Vol. V, Nr. 1, 1917); W. Mildschuh, Kreditinflation und Geldtheorie (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik, Bd. 51—52); W. Röpke, Kredit und Konjunktur (Jahrbücher f. Nationalökon. u. Statist. 1926, März-April).

[60]) Vgl. K. Wicksell, Geldzins und Güterpreise, 1898, S. 73 ff., 150 ff.

[61]) Vgl. J. Lescure, Hausses et baisses générales des prix (Revue d'Economie Politique, Nr. 4, 1910).

[62]) M. Lenoir, Etudes sur la formation et mouvement des prix, 1913, S. 148—160; R. H. Hooker, The course of prices of Home and Abroad (Journ. of the Royal Statistical Society, vol. LXXV, December 1911, S. 1—36).

[63]) Siehe meinen oben zitierten Aufsatz: Die langen Wellen der Konjunktur; auch N. D. Kondratieff und D. J. Oparin, Große Konjunkturzyklen, Verl. der »Ekonomitscheskaja Schisnj«, Moskau 1928 (Unser Bericht und das Schlußwort nach der Diskussion) (russisch).

[64]) Siehe unsere oben zitierten Arbeiten. Der Frage des Einflusses der Goldgewinnung auf den Verlauf der ökonomischen Dynamik wird der Verfasser in nächster Zeit eine Spezialuntersuchung widmen.

Zyklen, und im besonderen der großen Zyklen der Preisbewegung, in dem Charakter des Mechanismus und der inneren Gesetzmäßigkeit des Gesamtprozesses sozialökonomischer Entwicklung gesucht werden. Ohne hier in Einzelheiten einzugehen, beschränken wir uns auf einige ganz allgemeine Erwägungen zum Problem dieses Mechanismus der langfristigen Bewegungen der Konjunktur überhaupt und der Preise im besonderen [65]).

Theoretisch können alle Arten von Konjunkturwellen als Abweichungen der Elemente einer Volkswirtschaft von jenem Zustand derselben betrachtet werden, in welchem sie sich befunden haben würden, wenn die Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung das dynamische Gleichgewicht beibehielte. Doch wenn man vom volkswirtschaftlichen Gleichgewicht spricht, ist es dringend angebracht, die einzelnen Typen desselben auseinanderzuhalten [66]). Man kann damit das Marktgleichgewicht (und die Gleichgewichtspreise) auf der Grundlage einer gegebenen Nachfrage, eines gegebenen und unveränderlichen Angebots meinen. Das wäre das Gleichgewicht *kurzer Perioden*. Man kann von Gleichgewicht (und von Gleichgewichtspreisen) *in Anwendung auf langfristigere Zeitstrecken* sprechen, in deren Verlauf sich nicht nur die Nachfrage, sondern auch das Angebot verändert, wobei indessen die letztere Veränderung sich im *ganzen* auf Grund eines unveränderlich bleibenden Fonds der wichtigsten Kapitalgüter (Produktionsfaktoren) vollzieht. Schließlich kann von Gleichgewicht (und von Gleichgewichtspreisen) in Anwendung auf eine noch längere Periode gesprochen werden, in deren Verlauf sich nicht nur der laufende Vorrat und das Angebot der Waren, sondern auch die Menge der eben erwähnten Kapitalgüter ändert.

Diese Güter (die großen Anlagen, Meliorationen, die Cadres qualifizierter Arbeit usw.) besitzen die Fähigkeit langfristiger Brauchbarkeit. Indessen erfordert ihre Errichtung oder Erzeugung ebenfalls längere Zeitperioden, die über den Rahmen der gewöhnlichen kommerziellen und industriellen Zyklen hinausragen. Die Erweiterung des Fonds solcher Kapitalgüter geht nicht stetig und nicht gleichmäßig vor sich. *Die Existenz der*

[65]) Ausführlicher in dem bereits erwähnten Bericht über große Zyklen, S. 56 ff.

[66]) Vgl. A. *Marshall*, op. cit. S. 363—380; *ders.*, Elements of economics of industry, London 1903, S. 190 ff.

langen Konjunkturwellen ist eben an den Mechanismus gebunden, durch welchen sich die Erweiterung dieses Fonds vollzieht, wobei die Periode seiner gesteigerten Ausweitung mit der ansteigenden Welle und die Periode der Beruhigung oder des Stillstandes in der Erzeugung der betreffenden Kapitalgüter mit der absteigenden Welle des großen Zyklus zusammenfällt.

Die Erzeugung der hier gemeinten Art von Kapitalgütern erfordert einen ungeheuren Aufwand an Kapital und zwar auf eine relativ lange Sicht. Deshalb ist das Eintreten solcher Perioden gesteigerter Kapitalgütererzeugung, d. h. der Perioden langer ansteigender Wellen an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Diese Voraussetzungen sind die folgenden: 1. Hohe Intensität der Spartätigkeit, 2. ein relativ reiches Angebot und Billigkeit des Leihkapitals, 3. seine Akkumulation in der Hand von mächtigen Unternehmen und Finanzzentren, 4. ein niedriges Warenpreisniveau, welches Spartätigkeit und langfristige Kapitalanlagen anregt. Das Vorliegen dieser Bedingungen bildet jene Situation, aus welcher früher oder später eine gesteigerte Erzeugung der erwähnten Art von grundlegenden Kapitalgütern und somit die lang ansteigende Konjunkturwelle herauswächst.

Das niedrige Preisniveau zu Beginn der ansteigenden Wellenbewegung bedingt eine relativ hohe Kaufkraft des Goldes, wodurch die Goldgewinnung besonders rentabel gemacht und ihre Erweiterung angeregt wird. Die erweiterte Goldgewinnung, falls sie Platz greift, begünstigt ihrerseits den beginnenden Konjunkturanstieg. In der gleichen Richtung wirkt die unter diesen Bedingungen unvermeidlich eintretende Kreditexpansion. Die lang ansteigende Konjunkturwelle ist dann in ihrem Verlauf durch die Erweiterung der Produktionstätigkeit und des Warenumsatzes und durch verschärfte Konkurrenz charakterisiert. Dieses Wachsen der Produktivkräfte und die verschärfte Konkurrenz bedingen eine intensive Ausnützung alter und die Einbeziehung neuer Gebiete und Länder in den Herrschaftsbereich des kapitalistischen Weltmarktes, wodurch gleichzeitig der Kampf um die äußeren Märkte noch zugespitzt wird und Voraussetzungen für außerpolitische und innersoziale Konfliktlagen geschaffen werden.

Im Verlauf der ansteigenden Welle tritt allmählich ein relativer Mangel an Kapital hervor und seine wachsende Kostspielig-

keit macht sich geltend. Brechen dann außenpolitische oder innere Konflikte aus, so bedeuten sie eine Erweiterung unproduktiven Verbrauchs und geradezu wirtschaftliche Zerstörungen und verschärfen noch die schon vorhandene Tendenz. Das progressierende (d. h. in Maß und Tempo zunehmende) Ansteigen der Warenpreise schließlich und somit das entsprechende Sinken der Kaufkraft des Goldes bremsen die weitere Zunahme der Goldgewinnung ab und vermindern die Möglichkeiten eines weiteren Konjunkturanstiegs.

Alle diese Tendenzen bringen schließlich, sich verschärfend, die ansteigende Welle zum Stillstand, und es beginnt die rückläufige Bewegung: die Preise fallen, der Zinsfuß sinkt, das Produktions- und Handelstempo verlangsamt sich. Diese lange Welle der wirtschaftlichen Depression ist wiederum durch eine relative Befriedung der außenpolitischen und der innersozialen Beziehungen charakterisiert. Doch gleichzeitig steigt die Intensität der Spartätigkeit, besonders in denjenigen sozialen Schichten, deren Realeinkommen unter dem Einfluß des sinkenden Warenpreisniveaus relativ steigen [67]). Ist dem aber so, dann ist es klar, daß die Entwicklung in der absteigenden langen Phase allmählich selbst zur Ausbildung von Voraussetzungen für einen neuen langfristigen Anstieg führen muß.

Freilich trägt dieser Anstieg k e i n e absolute Notwendigkeit in sich. Der organische Wandel des volkswirtschaftlichen Systems selbst kann den Charakter der wirtschaftlichen Dynamik überhaupt deformieren. Hat sich indessen kein solcher Wandel vollzogen, so wird auf die absteigende Welle ein neuer Anstieg folgen. Der neue Zyklus stellt jedoch keine exakte Wiederholung der ihm vorhergehenden dar, denn die Volkswirtschaft als Ganzes hat am Ende des ersten Zyklus bereits eine neue Stufe ihrer Entwicklung erklommen. Doch bleibt der allgemeine Mechanismus auch im neuen Zyklus im wesentlichen derselbe.

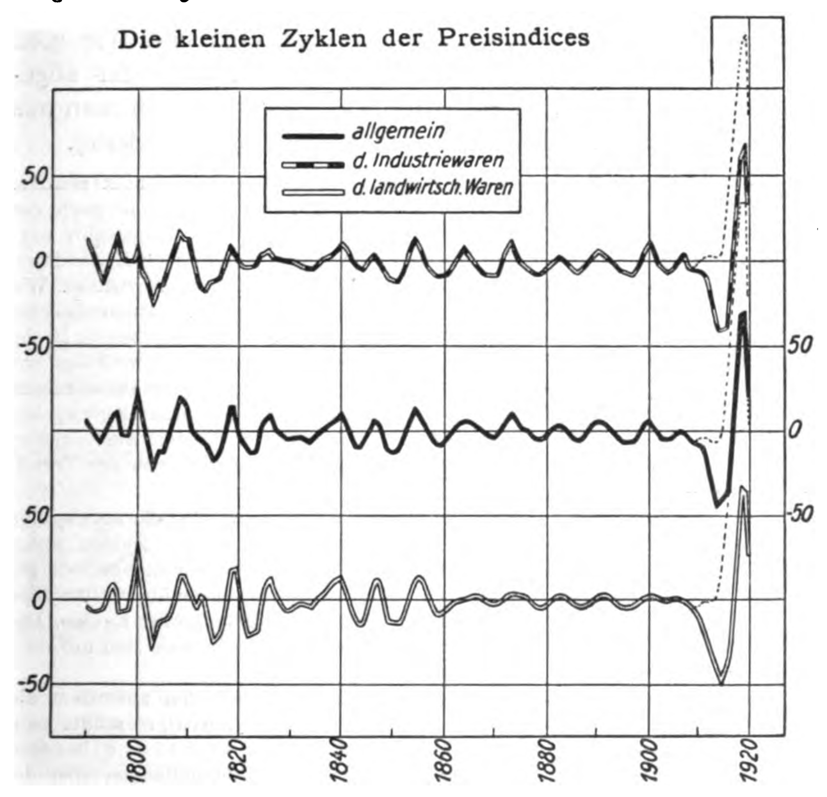
In Wirklichkeit gestaltet sich der Ablauf der großen zyklischen Bewegungen, insbesondere derjenige der Preisbewegungen, noch viel komplizierter und diese Komplizierung empfängt er vor allem durch das gleichzeitige Hervortreten von zyklischen Schwankungen kürzerer Dauer. Diesen Schwankungen wenden wir uns jetzt zu.

---

[67]) L a y t o n, op. cit., S. 9 ff.; W i c k s e l l, op. cit., S. 150 ff.

6. **Die kurzen zyklischen Schwankungen des Preisniveaus.** Um diese herauszustellen, betrachten wir das Auseinandergehen zwischen der empirischen Reihe der Abweichungen der Indices von der Trendlinie und der Kurve der von uns ermittelten großen Zyklen. Dabei gleichen wir dieses Auseinandergehen, um rein zufällige Schwankungen auszuschließen, mit Hilfe des dreijährigen beweglichen Mittels aus. Wir übertragen sie sodann auf das Diagramm[68]) und erhalten folgendes Bild:

Diagramm Nr. 5



[68]) Dieses Diagramm betrifft das Material für England. — Da die Epoche des Weltkrieges von einer außergewöhnlichen Warenpreissteigerung begleitet war, so hat sich bei Ermittlung der Kurve großer Zyklen, durch Ausgleichung der Abweichungen der empirischen Reihe vom secular trend nach der Methode des neunjährigen und fünfjährigen beweglichen Mittels, für die dem Weltkrieg unmittelbar vorangehenden Jahre unvermeidlich eine etwas künstliche starke Hebung ergeben. Infolgedessen sind ferner bei der Herausstellung der kurzen Zyklen — durch Ermittlung des Auseinandergehens der ursprünglichen Reihe der Abweichungen und der Kurve großer Zyklen — für die Jahre unmittelbar vor Kriegs-

Aus dem angeführten Diagramm ersieht man, daß sowohl die Preisindices der industriellen als auch diejenigen der landwirtschaftlichen Waren zyklische Bewegungen mit einer Dauer von 6—11 Jahren aufweisen. Im weiteren werden wir diese zyklischen Schwankungen als kleine Zyklen bezeichnen [69]).

Bekanntlich bilden die Preise eines der wichtigsten Anzeichen des Konjunkturzustandes, und die Schwankungen in der Preisgestaltung, die wir eben angegeben haben, bilden den genauen Ausdruck jener kleinen Zyklen der allgemeinen Konjunktur in Handel und Industrie, wie sie besonders regelmäßig seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts hervorgetreten sind. Wie groß die Uebereinstimmung zwischen den kleinen Zyklen der allgemeinen Konjunktur und der Preisbewegung ist, kann man aus folgender Tabelle für England ersehen (siehe nächste Seite).

Die angeführte Tabelle ist auf folgenden Grundlagen aufgebaut worden. Zunächst haben wir die Krisenjahre festgestellt. Diese Jahre sind nach der Gesamtheit der symptomatischen Konjunkturmerkmale ausgewählt worden, so daß man sie wohl als die historisch einwandfrei festgelegten Krisendaten betrachten darf. Dabei verstehen wir hier Krise im weiteren Wortsinne. Wir rechneten dazu nicht nur die »klassischen« Fälle allgemeiner Zusammenbrüche, sondern auch sowohl die ausreichend bekannten Geld- und Kreditkrisen (z. B. die Krisen der Jahre 1839 und 1864) als auch die weniger scharfen Umschläge der allgemeinen Konjunktur vom Anstieg zur Depression. Die Jahre der »klassischen« Krisen und Depressionen sind in unserer Tabelle durch ein Sternchen hervorgehoben. In den ersten drei Rubriken der Tabelle sind die Daten von dem Auseinandergehen zwischen den empirischen Abweichungen der Preisindices von der Trend-

---

ausbruch tiefe nach unten strebende Wellen entstanden. Um die notwendige Korrektur anzubringen, haben wir eine andere Kurve großer Zyklen unter Ausschaltung des plötzlichen Preisanstiegs im Kriege für die Kriegsperiode gewonnen und fanden dann die Kurve kleiner Zyklen durch Gegenüberstellung der empirischen Reihe der Abweichungen mit der neuen Kurve großer Zyklen. Die verbesserten Wellen der kurzen Zyklen für die angegebene Periode sind auf dem Diagramm punktiert aufgetragen.

[69]) Dies ist nicht ganz exakt: da verschiedene Autoren außerdem die Existenz noch kürzerer Zyklen verzeichnen (von 3—3½ Jahren), so müßte man die im Text untersuchten zyklischen Schwankungen als mittlere bezeichnen. Dementsprechend verfuhren wir auch in unseren Abhandlungen über die großen Zyklen in den »Problemen der Konjunktur«, B. 1, und in diesem »Archiv«, B. 56, H. 3. Da wir jedoch in dieser Arbeit die ganz kurzen zyklischen Schwankungen nicht untersuchen und nur zwei Arten von zyklischen Bewegungen im Auge haben, wäre der Terminus »mittlere Zyklen« nicht angebracht.

[70]) Die Krisenjahre sind auf Grund folgender Arbeiten bestimmt: W. L. Thorp, Business Annals. National Bureau of Economic Research, New York 1926, S. 150—180; M. Bouniatian, Geschichte der Handelskrisen in England, München 1908, Kap. IV—XII; M. J. Tugan-Baranowskij, Periodische Industriekrisen, Kap. I—VIII (russisch). Die Charakteristik der Preisgestaltung ist auf Grund der von uns berechneten Indexdaten vollzogen.

Die Jahre des allgemeinen Konjunkturumschlags und die Jahre des Umschlags der Preisbewegung[70]).

Krisenjahre	Die Jahre des maximalen Preisanstiegs im Laufe der allgemeinen Konjunktur					
	Nach den Abweichungen der ausgeglichenen Indices v. d. Linie d. großen Zyklen			Nach den Abweichungen der unausgeglichenen Indices		
	Allgem. Index	Index der Industriewarenpreise	Index der landwirtsch. Warenpreise	Allgem. Index	Index der Industriewarenpreise	Index der landwirtsch. Warenpreise
1796	+	+	+	+	+	+
1803	+	+	—	+	+	—
1810	+	+	+	+	+	+
1815	+	+	—	—	—	—
1819	+	+	+	+	+	+
1825 *)	+	+	+	+	+	+
1828	—	+	—	—	—	—
1836 *)	+	+	+	+	+	+
1839	+	—	+	+	—	+
1847 *)	+	+	+	+	+	+
1854	+	+	+	+	+	+
1857 *)	—	—	—	+	+	+
1864	+	+	—	+	+	—
1866 *)	+	—	+	+	+	+
1873 *)	+	+	—	+	+	+
1883 *)	+	+	+	+	+	+
1890 *)	+	+	+	+	+	+
1900 *)	+	+	+	+	+	+
1907 *)	+	+	+	+	+	+
1913	+	+	+	+	+	+
1920 *)	—	+	—	—	+	—
Die Gesamtzahl der berechneten Fälle	21	21	21	21	21	21
Darunter: Fälle des Zusammentreffens der Daten der Krisen und der Preisumschläge	18	18	14	18	18	16
Fälle des Nichtzusammentreffens	3	3	7	3	3	5
Fälle des Zusammentreffens, wobei der Preisumschlag kommt auf: das Jahr der Krise	12	12	9	13	12.	10
das vorhergehende Jahr	5	6	4	4	5	5
das folgende Jahr	1	0	1	1	1	1
Zahl der maximalen Preisanstiege, die nach Ausgleichung mit der Methode des dreijährigen beweglichen Mittels verschwinden	4	4	3	—	—	—

linie und der Kurve der großen Zyklen verwendet worden. Wobei bei der Bestimmung der Höhepunkte die unausgeglichenen Reihen der Abweichungen benutzt wurden, aus der Erwägung heraus, daß die Ausgleichung der Abweichungen nach drei Jahren manchmal geeignet ist, nicht nur die zufälligen Höhepunkte zu verwischen oder zu verschieben, sondern auch solche, die durch organische Ursachen hervorgerufen sind. Damit erklärt es sich, warum zwischen den in der Tabelle angegebenen Höhepunkten und den Höhepunkten des Diagramms, in welchem die ausgeglichenen Abweichungen aufgetragen wurden, keine volle Uebereinstimmung besteht. Alle Fälle, in welchen der Umschlag zur absteigenden Preisbewegung mit dem Umschlag der allgemeinen Konjunktur zusammenfällt, sind in der Tabelle durch ein Pluszeichen gekennzeichnet. Da wir die Jahresmittel der Preise benutzt haben und da sich die Jahreszeit, in welcher die Krise begonnen hat, nicht immer exakt feststellen läßt, haben wir in all den Fällen ein Zusammenfallen des Preisumschlags mit dem Konjunkturumschlag angenommen, in welchen die Preise im Krisenjahr selbst, im Vorjahr oder im Nachjahr, zur sinkenden Tendenz übergehen. Alle anderen Fälle haben wir als solche der mangelnden Uebereinstimmung betrachtet und durch Minuszeichen in unserer Tabelle hervorgehoben. Zur Kontrolle der Resultate sind von uns in den drei letzten Rubriken der Tabelle, auf die gleiche Art, Indexdaten verwendet worden, die einer vorherigen Bearbeitung und Ausgleichung nicht unterworfen wurden.

Das wesentliche, das uns die angeführte Tabelle lehrt, ist dies, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Krisenjahre mit dem maximalen Anstieg der Preise zusammenfallen. Ausnahmen begegnen uns bei den Preisen der landwirtschaftlichen Waren häufiger als bei denen der Industrieprodukte. Beim Zusammentreffen überwiegen die Fälle, in welchen die Preisumschläge und die Krisen auf dasselbe Jahr kommen. Seltener ist das Eintreten des Preisumschlags in dem der Krise vorangehenden Jahr. Diese Ergebnisse entsprechen sowohl den Daten über die ausgeglichenen empirischen Abweichungen von den großen Zyklen als auch den unbearbeiteten Daten der Indexschwankungen.

Mit Rücksicht auf größere Klarheit der folgenden Erörterungen ist es notwendig hervorzuheben, daß zwar eine beträchtliche Synchronität zwischen den Bewegungen der landwirtschaftlichen und der industriellen Warenpreise besteht, doch hat sie keinen ganz strengen Charakter. Auch sind die Amplituden und Schwingungsweiten ihrer Schwankungen verschieden. Dies alles wäre leicht durch Ermittlung entsprechender Korrelationskoeffizienten zu zeigen.

Zu denselben allgemeinen Resultaten gelangt man auch, wenn man die kurzen zyklischen Schwankungen in der Bewegung der Gruppenpreisindices untersucht[71]).

[71]) Vgl. unseren schon zitierten Aufsatz: »Die Preisdynamik der industriellen und der landwirtschaftlichen Waren« (russisch).

Mit diesen Bemerkungen wollen wir die Frage der kleinen oder genauer mittleren Zyklen der Preisschwankungen abschließen. In die Analyse ihrer allgemeinen Ursachen können wir hier nicht eingehen. Soweit oben gezeigt worden ist, daß diese kleinen Preiszyklen sich in ziemlicher Uebereinstimmung mit den Schwankungen der allgemeinen kommerziellen und industriellen Konjunktur befinden, soweit sind auch ihre Ursachen im wesentlichen die gleichen.

IV. Die Dynamik des relativen Preisniveaus und seine Schwankungen.

1. Vorbemerkungen. Die vorangegangene Untersuchung der Dynamik des absoluten Preisniveaus gibt uns ausreichende Grundlagen, um an die Frage der Dynamik des relativen Preisniveaus und seiner Schwankungen heranzugehen. Bei der obigen Untersuchung der allgemeinen Bewegungstendenzen des absoluten Preisniveaus haben wir bereits festgestellt, daß, wenn auch diese Tendenzen bei der Mehrzahl der Indices gleichartig sind, die Neigungswinkel der Preisbewegungen in der Regel verschieden sind. In einzelnen Fällen weichen selbst die Richtungen der verschiedenen Bewegungstendenzen voneinander ab. Als wir weiterhin die großen und die kleinen Zyklen des absoluten Preisniveaus untersuchten, mußten wir uns auch davon überzeugen, daß, wenn die Preisschwankungen verschiedener Warengruppen auch eine gewisse Synchronität offenbaren, diese letztere doch keinen strengen Charakter trägt. Und gleichzeitig hat sich herausgestellt, daß die Schwingungsamplitude bei den einzelnen Indices verschieden ist.

Ist dem jedoch so, dann ist es klar, daß in dem Entwicklungsprozeß der allgemeinen Preisbewegungstendenzen und in dem Verlauf ihrer zyklischen Schwankungen das Verhältnis zwischen den Preisbewegungen verschiedener Warengruppen sich notwendig verändern mußte. In der Veränderung des wechselseitigen Verhältnisses der Preise für ihre Produkte liegt aber notwendig auch ein Wandel der relativen Konjunktur der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion enthalten.

Somit kommen wir zu der Frage der relativen Preisdynamik, und damit zum Problem der relativen Dynamik und Konjunktur der industriellen und der landwirtschaftlichen Pro-

duktion, soweit diese auf Grund von Preisdaten erschlossen werden kann. Notwendig ist indessen, hervorzuheben, daß, wenn auch das relative Preisniveau einen der wichtigsten Ausdrucksmomente der relativen Dynamik und Konjunktur darstellt, es doch nicht imstande ist, deren Charakter vollständig erschöpfend und genau wiederzugeben.

2. Bevor wir uns nun dem Problem des relativen Preisniveaus zuwenden, seien noch einige Bemerkungen über die Methode seiner Untersuchung gemacht. Um das relative Preisniveau der verschiedenen Warengruppen zu bestimmen, errechnen wir für jedes Jahr das Verhältnis der Preisindices der betreffenden Warengruppen zu dem allgemeinen Preisindex nach der Formel: $X_n = \frac{i_n}{I_n}$, wo i_n den Wert dieses oder jenes besonderen Index für das n-te Jahr bei einer gegebenen Basisperiode, I_n den Wert des allgemeinen Preisindex für dasselbe Jahr und bei derselben Indexbasis, und X_n den Wert des besonderen Preisindex bedeutet, ausgedrückt in seinem Verhältnis zum allgemeinen Index.

Es ist klar, daß die nach dieser Formel für jede Warengruppe ermittelte Preisindex-Reihe die K a u f k r a f t d y n a m i k d i e s e r W a r e n g r u p p e in bezug auf alle anderen in den allgemeinen Index einbezogenen Waren widerspiegeln wird [72]). In der Tat: in jeder gegebenen Zeitperiode bringen die Preise einer gegebenen Warengruppe das Niveau ihres Tauschwertes und das Geldwertniveau zum Ausdruck; theoretisch gesprochen wirkt sich der Einfluß des Geldwertes gleichermaßen in den Preisen aller Waren aus und geht als Multiplikator sowohl in den Nenner als auch in den Zähler der angeführten Formel ein. Es ist offensichtlich, daß das Resultat einer nach dieser Formel wiederholt vollzogenen Berechnung: die neue Reihe der besonderen Indices, die relative Dynamik des Tauschwertes der betreffenden Warengruppe in bezug auf alle anderen in den allgemeinen Index einbezogenen Waren zum Ausdruck bringen wird, ohne dabei dem Einfluß der Geldwertveränderungen unterworfen zu sein.

Faktisch freilich wirken sich die Geldwertschwankungen in den Preisen verschiedener Waren nicht ganz gleichzeitig aus und in jeder gegebenen Periode in etwas anderem Grade. Bei der Untersuchung genügend langer Perioden indessen hat dieser Umstand keine wesentliche Bedeutung und vermag die Grundtendenzen in der Veränderung der Kaufkraft verschiedener Warengruppen nicht zu entstellen.

Die auf dem beschriebenen Wege gefundenen neuen Reihen der relativen Preisindices oder der Indices der Kaufkraft der Waren, ausgedrückt in den Werten des allgemeinen Preisindex, bilden nun den Gegenstand der folgenden Verarbeitung.

---

[72]) Streng genommen müßte bei der Ermittlung der Kaufkraft dieser oder jener Warengruppe der Index der betreffenden Warengruppe in seinem Verhältnis zu dem allgemeinen Index aller übrigen Waren e x k l u s i v e der in Frage stehenden Gruppe errechnet werden, n i c h t inklusive, wie hier geschieht. Für die Zwecke dieser Arbeit kann indessen diese höhere Exaktheit entbehrt werden. Haben wir zwei Warengruppen und bezeichnen wir ihre Indexwerte durch »a« und »b«, so ist der gemeinsame Index (bei der angenommenen Gleichheit der Gewichte und bei der Berechnung des Indexwertes auf Grund des geometrischen Mittels) gleich $\sqrt{ab}$. Die Kaufkraft der ersten Gruppe ist dann, nach der hier ange-

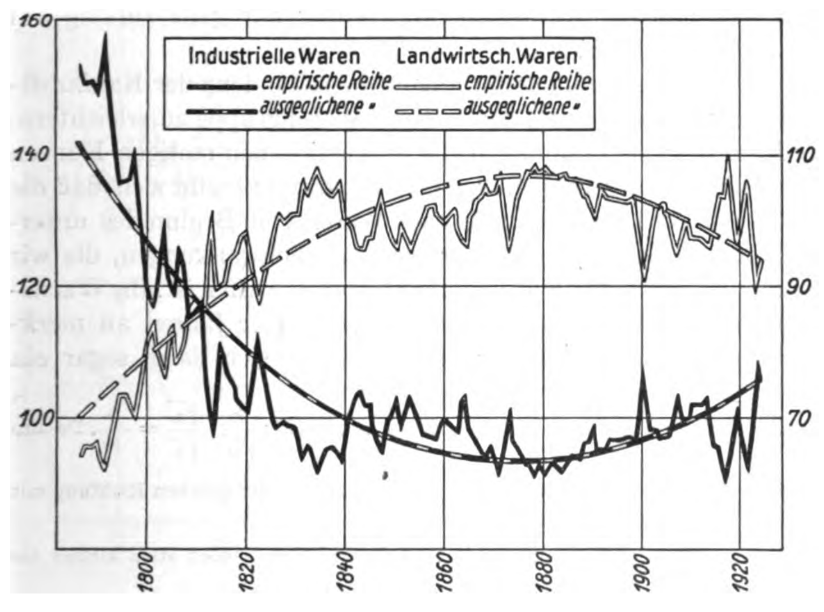
Dabei untersuchen wir, wie bei den Erörterungen über das absolute Preisniveau, getrennt: 1. die allgemeinen Veränderungstendenzen in den Reihen des relativen Preisniveaus, 2. die langfristigen und 3. die kurzfristigen Schwankungen derselben.

3. Die allgemeinen Tendenzen der Kaufkraft landwirtschaftlicher und industrieller Waren.

Wir nehmen zuerst die für England ermittelten Indices des relativen Preisniveaus aller landwirtschaftlichen und aller industriellen Waren und übertragen ihre Bewegung auf das folgende Diagramm:

Diagramm Nr. 6

Die Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren



---

wandten Berechnungsart, gleich $\frac{a}{\sqrt{ab}}$. Der wahre Wert der Kaufkraft der ersten Warengruppe ist indessen $\frac{a}{b}$. Es ist nun klar, daß man, um aus der Größe $\frac{a}{\sqrt{ab}}$ den wahren Wert für die Kaufkraft der ersten Warengruppe zu erhalten, diese Größe mit dem Quotienten aus der Division $\frac{a}{b} : \frac{a}{\sqrt{ab}}$, d. h. mit der

Bei der Analyse dieses Diagramms muß folgendes beachtet werden. Da bei der Ermittlung des allgemeinen Index die landwirtschaftlichen und die industriellen Warengruppen mit gleichen Gewichten genommen wurden, so verlaufen die relativen Indices der einen und der anderen Gruppe vollkommen symmetrisch. Ferner ist zu beachten, daß die angeführten empirischen Kurven der Kaufkraft sich in der Periode 1901—1910 eigentlich hätten überschneiden sollen, da die arithmetischen Mittel dieser Periode uns als Basis für die ermittelten Indices dienen. Wenn sie sich auf dem angeführten Diagramm nicht überschneiden, so liegt dies nur daran, daß wir sie, zur Vermeidung der Kurvenverwischung, zwar in dem gleichen Maßstab, doch jede mit ihrem besonderen Ausgangspunkt aufgetragen haben. Es ist selbstverständlich, daß auch die nach dem Diagramm in die Jahre 1807—11 fallende Kurvenüberschneidung nur ganz zufällig auf diese Periode trifft.

Um die Feststellung der allgemeinen Tendenz der Kaufkraftänderung der einen und der anderen Warengruppe zu erleichtern, sind auf das Diagramm auch die ausgeglichenen stetigen Kurven (Trendlinien) aufgetragen. Aus dem Diagramm ergibt sich, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren vom Beginn des untersuchten Zeitraums an — unter gewissen Schwankungen, die wir später untersuchen werden — im Steigen begriffen ist. Ihr Wachstumstempo schwächt sich jedoch von den 40er Jahren an merklich ab, und mit den 80er Jahren macht sich darin sogar ein

---

Größe $\frac{\sqrt{a}}{\sqrt{b}}$ multiplizieren muß, d. h. anders ausgedrückt: $\frac{a}{\sqrt{ab}} \cdot \frac{\sqrt{a}}{\sqrt{b}} = \frac{a}{b}$. Da nun in dieser Gleichung der Multiplikator $\frac{\sqrt{a}}{\sqrt{b}}$ sich stets in der gleichen Richtung mit der wahren Größe der Kaufkraft $\left(\text{d. h. } \frac{a}{b}\right)$ verändern, jedoch stets kleiner als diese Größe bleiben wird, so ist es klar, daß auch der zweite Multiplikator $\frac{a}{\sqrt{ab}}$ (d. h. die Formel, die wir im Text für die Kaufkraft anwenden) sich immer in der genau gleichen Richtung verändern muß. (Diese Erwägungen sind im wesentlichen auch auf solche Fälle vollauf anwendbar, in welchen es sich nicht um zwei, sondern um eine größere Zahl der Warengruppen handelt).

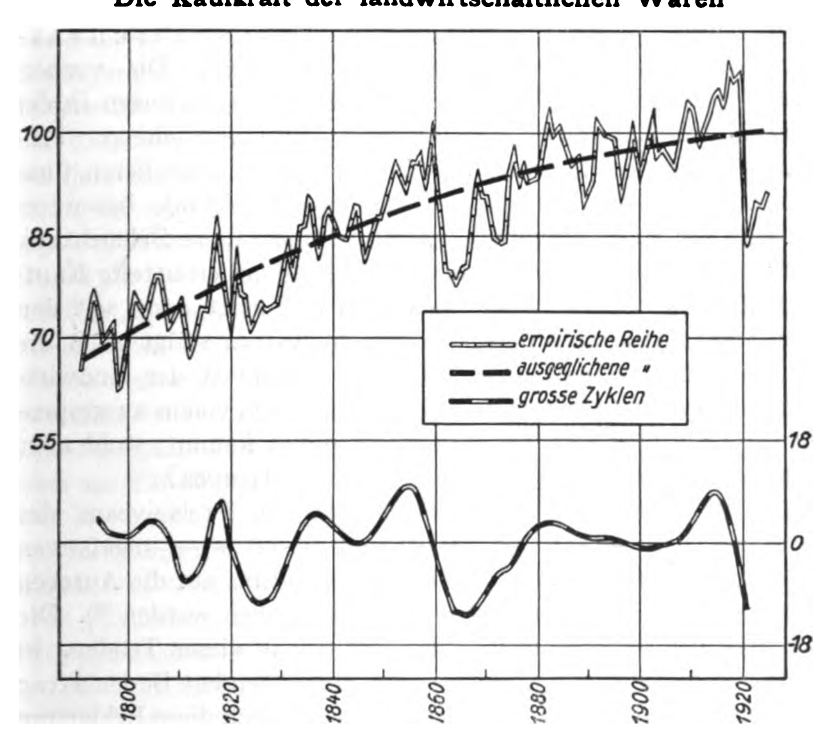
Daraus geht nun hervor, daß die von uns bei der Bestimmung der Kaufkraft im Text angewandte Methode unvermeidlich dieselbe Kurvenform ergibt, wie sie sich nach der Formel des wahren Werts ergeben müßte. Die angewandte Methode kann höchstens zu einer gewissen Verminderung der Schwingungsamplitude der Kaufkraft führen, was ohne große Bedeutung ist.

Sinken bemerkbar. Die Kaufkraftkurve der Industriewaren verläuft naturgemäß in direkt entgegengesetzter Richtung. Das relativ-dynamische Verhältnis der Kaufkraft landwirtschaftlicher und industrieller Waren hat auf dem englischen Markte die Form einer geschlossenen Schere, deren Schneiden eine bogenartige Form aufweisen. Dies zeigt sich besonders plastisch auf dem Diagramm Nr. 8 (siehe Seite 51), in welchem die beiden ausge-

Diagramm Nr. 7

Vereinigte Staaten

Die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren



glichenen Kurven um dieselbe Basis aufgetragen sind. Ein im Grunde gleiches, doch in den Details und zwar in nicht unwesentlichen Details etwas abweichendes Bild finden wir auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, was aus dem Diagramm Nr. 7 zu ersehen ist, auf welches wir die Kaufkraftindices der landwirtschaftlichen Waren für die Vereinigten Staaten aufgetragen haben.

Aus dem oberen Teil des Diagramms sieht man deutlich, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten

Staaten, wenn man von ihren temporären Schwankungen absieht, eine steigende Tendenz hat. Diese Tendenz verlangsamt sich allmählich. Von den 80er Jahren an bis zum Beginn des Weltkrieges wächst sie kaum noch, fällt jedoch, im Unterschied zu England, nicht. Daher hat hier das relativ-dynamische Verhältnis der landwirtschaftlichen und der industriellen Warenpreise die Form einer offenen Schere mit fast geraden Schneiden. Dies entspricht vollkommen den oben über die Bewegung des absoluten Preisniveaus für Amerika gewonnenen Ergebnissen.

4. Die Ursachen der allgemeinen Entwicklung der Kaufkraft landwirtschaftlicher und industrieller Waren. Die vorhergehende Analyse der allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Kaufkraft verschiedener Warengruppen läßt eine Reihe von Problemen hervortreten. Ohne bei einigen Fragen spezielleren Charakters hier stehen zu bleiben, wollen wir folgende besonders wichtige Probleme hervorheben, welche eine nähere Beleuchtung erfordern: a) Warum steigt erst die für England ermittelte Kaufkraft aller landwirtschaftlichen Waren und zeigt dann seit den 80er Jahren eine sinkende Tendenz, b) warum steigt auch die für die Vereinigten Staaten ermittelte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren an, ohne daß es zu solch einem ausgesprochenen Umschlag der Tendenz nach unten kommt, wohl aber zu einer Verlangsamung des ursprünglichen Tempos?

a) Die steigende Tendenz des relativen Preisniveaus der landwirtschaftlichen Waren ist in der Literatur — angefangen mit den Arbeiten der klassischen Schule und bis auf die Autoren der Gegenwart — schon vielfach hervorgehoben worden [73]). Die Mehrzahl der Autoren hat dabei die Ursache dieser Tendenz in der Wirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag erblickt. Aus folgenden Erwägungen muß jedoch diese Erklärung in ihrer bisher üblichen Form abgelehnt werden:

1. Die Erklärung der steigenden Tendenz des relativen Preisniveaus landwirtschaftlicher Waren durch die Wirksamkeit jenes Gesetzes setzt entweder seine unrichtige Formulierung oder Schlußfolgerungen voraus, die aus ihm gar nicht gezogen werden dürfen. In exakter Formulierung besagt jenes Gesetz, daß unter sonst gleichbleibenden Bedingungen

---

[73]) Vgl. Ricardo, On the Principles of Political Economy and Taxation, ch. II; Fr. Aereboe, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1923, S. 243 usw.

(Stand der Technik, Bodenmenge, Bodenzusammensetzung usw.) die Produktivität und die Rentabilität der zusätzlichen Aufwendungen von einem bestimmten Grenzpunkt an zu sinken beginnen[74]). Mit anderen Worten gilt dieses Gesetz nur unter statischen Verhältnissen in der landwirtschaftlichen Produktion. Will man daher die auf die Dauer in der Zeit gegebene steigende Entwicklungstendenz des relativen Preisniveaus landwirtschaftlicher Waren durch die Wirksamkeit jenes Gesetzes erklären, so müßte man ihm eine ganz andere Formulierung geben. Der Vorbehalt der »sonst gleichbleibenden Bedingungen« müßte aus ihr ausgeschlossen werden. Eine so abgeänderte Formulierung wäre aber kaum noch gültig. Sie würde auf alle Fälle ein seinem Wesen nach anderes Gesetz zum Ausdruck bringen, das erst bewiesen werden müßte. Bleibt man bei einer genügend exakten Formulierung des Gesetzes, dann gibt es uns a priori noch keinerlei Grundlage für die Behauptung, daß im Verlauf der Zeit eine Senkung der Produktivität und Rentabilität der zusätzlichen Aufwendungen eintreten muß. Ob eine solche Senkung der Produktivität de facto stattfindet oder nicht, darüber entscheidet das Gesetz als solche nicht. Eine Antwort auf diese Frage kann nur auf Grund einer speziellen empirischen Untersuchung der Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion und der Effektivität der Aufwendungen in ihr gegeben werden.

Ist dem so und zieht man den Zeitraum vom Beginn des 19. Jahrhunderts in Betracht, so läßt es sich, wie wir gesehen haben, auf Grund einer solchen Untersuchung deutlich zeigen, daß im Verlaufe dieser Periode in der Regel eine Senkung der Produktionskosten in der Landwirtschaft stattgefunden hat.

2. Gibt man zu, daß der ansteigenden Tendenz in der Kaufkraftbewegung landwirtschaftlicher Waren das Gesetz vom abnehmenden Ertrag zugrunde liegt, so wird es unverständlich, wieso denn die für England ermittelte Tendenz dieser Kaufkraftbewegung seit den 80er Jahren in eine sinkende umschlägt.

3. Bei einer solchen Erklärung wird schließlich die sinkende

---

[74]) Vgl. I. B. Eßlen, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages (Archiv, f. Sozialwissenschaft u. Sozialpol. 1910, 30. Band., S. 333 ff.); Mill, op. cit. S. 108—111; Marchall, op. cit. S. 150 ff.; Taussig op. cit. Vol. II, S. 65 ff.; Aereboe, op. cit. S. 690; E. David, Sozialismus und Landwirtschaft 1922, S. 367 usw.

Tendenz des absoluten Preisniveaus landwirtschaftlicher Waren, die wir weiter oben untersucht haben, wenig verständlich.

Bleibt man auf dem Boden der Tatsachen, so kann — ohne jeglichen Widerspruch mit der Theorie und in völliger Uebereinstimmung mit der vorhergegangenen Analyse der Dynamik des absoluten Preisniveaus — die steigende Kaufkrafttendenz der landwirtschaftlichen Waren (bzw. die sinkende der industriellen Waren) folgendermaßen erklärt werden. Wenn im 19.—20. Jahrh. die Arbeitsproduktivität auch in der Landwirtschaft im ganzen steigt und die Produktionskosten derselben sinken, so vollzieht sich hier dieser Prozeß langsamer als in der Industrie. Das Zurückbleiben der fallenden Produktionskostentendenz der Landwirtschaft hinter derselben und gleichgerichteten Tendenz in der Industrie bildet die Grundursache des allgemeinen Anstiegs der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren im Laufe der untersuchten Periode. Dieses Zurückbleiben wird in seinen Ursachen leichtverständlich, wenn man sich solche Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse vergegenwärtigt, wie: ihr organischer Charakter, ihre damit zusammenhängende geringere Mechanisierungsfähigkeit, ihre größere Abhängigkeit vom verfügbaren Raum usw.[75]). Soweit ferner bei gegebener Technik und gleichbleibenden übrigen Bedingungen die Landwirtschaft dem Gesetz vom abnehmenden Ertrag unterworfen ist, und soweit wesentliche technische Verbesserungen des Produktionsprozesses nicht ohne Unterbrechung aufeinander folgen, insoweit kann auf bestimmten Entwicklungsetappen der Landwirtschaft die Tendenz zum Ansteigen der Produktionskosten aufkommen, insoweit wird also die Einwirkung des technischen Fortschritts auf die Produktionskosten der Landwirtschaft im Sinne ihrer Senkung unzweifelhaft auch durch die Wirksamkeit jenes Gesetzes abgeschwächt. Aber auch nur in diesem Sinne kann ihm ein Einfluß auf die Kaufkraftdynamik der landwirtschaftlichen Waren zugesprochen werden[76]).

Die oben aufgestellte Grundthese von dem Zurückbleiben des

---

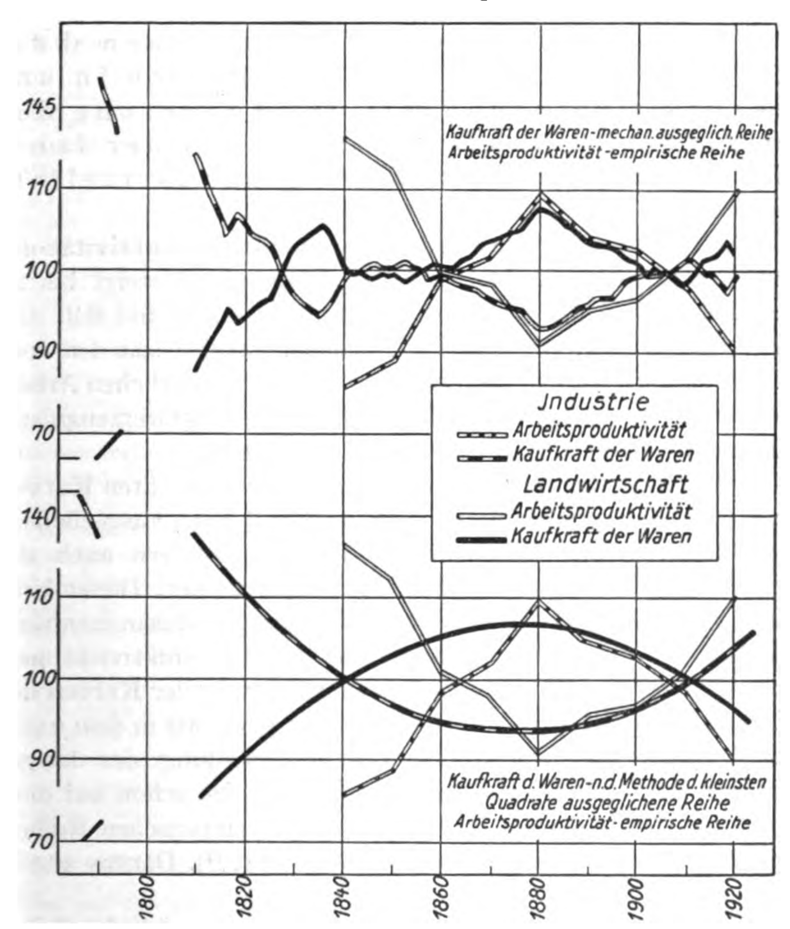
75) Vgl. David, op. cit., S. 38 ff.

76) M. J. Tugan-Baranowskij, Grundzüge der politischen Oekonomie. 1918, S. 482—83.

Produktivitätswachstums und der Produktionskostensenkung in der Landwirtschaft hinter demselben Prozeß in der industriellen Produktion stützt sich auf bestimmte faktische Daten. Die allgemeinen für England und für die Vereinigten Staaten ermittelten

Diagramm Nr. 8

Die Kaufkraft der Waren und die relative Arbeitsproduktivität



Daten über die Dynamik der Arbeitsproduktivität haben wir bereits oben angeführt. Wenn wir nunmehr die für England ermittelten Indices der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie in ihrem Verhältnis zu dem Generalindex der Arbeitsproduktivität berechnen und die dann erhaltenen

Indices der relativen Arbeitsproduktivität den Kurven der Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren gegenüberstellen, so bekommen wir das äußerst bezeichnende Diagramm Nr. 8.

In dem oberen Teil des Diagramms sind die Indices der relativen Arbeitsproduktivität den nach 9 Jahren mechanisch ausgeglichenen Indices der Kaufkraft gegenübergestellt. Wir ersehen daraus die klar zutage tretende Gesetzmäßigkeit: die Kaufkraft der landwirtschaftlichen (bzw. der industriellen) Waren bewegt sich in umgekehrter Richtung mit der Aenderung des relativen Produktivitätsniveaus der landwirtschaftlichen (bzw. der industriellen) Arbeit.

Bis zu den 80er Jahren sinkt die relative Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit und dementsprechend steigt bis zu diesem Zeitpunkt die Kaufkraft der Agrarprodukte und fällt diejenige der Industrieerzeugnisse. Umgekehrt wächst seit den 80er Jahren die relative Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit und dementsprechend sinkt die Kaufkraft der Agrarerzeugnisse, während diejenige der Industrieprodukte steigt.

Die in dem oberen Teil des Diagramms angebrachten Kurven der Kaufkraft, obwohl mechanisch nach 9 Jahren ausgeglichen, spiegeln nicht nur die generelle Tendenz, sondern auch die verschiedenen Schwankungen der Kaufkraft wieder. Dieser Umstand verdunkelt etwas den eben formulierten Zusammenhang zwischen der Dynamik der relativen Arbeitsproduktivität und derjenigen der Kaufkraft (siehe die Verschlingung der Kurven der Kaufkraft in den Jahren 1825—60). Daher geben wir in dem unteren Teil des Diagramms eine Zusammenstellung der ausgeglichenen Reihen der Kaufkraft (Trendlinien, die schon auf dem Diagramm Nr. 6 gezeigt wurden) und der empirischen Reihen der relativen Indices der Arbeitsproduktivität [77]). Daraus ergibt

[77]) Die Gegenüberstellung der ausgeglichenen und der empirischen Reihen ist an sich freilich nicht ganz richtig. Doch im vorliegenden Fall ist sie unbedenklich. Erstens deshalb, weil die untere Hälfte des Diagramms, verglichen mit der grundlegenden oberen, nichts wesentliches ändert. Zweitens deshalb, weil die Indices der Arbeitsproduktivität (s. oben) durch Division der Produktionsvolumenindices durch die Indices der beschäftigten Arbeitskraft gewonnen sind: die von uns durchgeführte Spezialuntersuchung hat ja gezeigt, daß die Produktion und die Arbeiterzahl geringere Schwankungen aufweisen, als die

sich der oben gewonnene Zusammenhang zwischen der relativen Arbeitsproduktivität und der Kaufkraft mit noch größerer Anschaulichkeit.

Auf diese Weise haben wir eine Erklärung sowohl für das Ansteigen der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren bis in die 80er Jahre als auch umgekehrt für ihr Sinken in der nachfolgenden Zeit.

Die von uns gegebene Erklärung wird indessen unvermeidlich mindestens zwei Einwände hervorrufen.

Der erste Einwand ist der folgende. Wir haben die Bewegung der Kaufkraft landwirtschaftlicher und industrieller Waren auf dem englischen Markte der Bewegung der ebenfalls für England ermittelten relativen Produktivität der landwirtschaftlichen und der industriellen Arbeit gegenübergestellt. Es ist indessen vollkommen klar: wenn die englische Produktivitätsdynamik der industriellen Arbeit in der Tat einen mehr oder weniger bestimmenden Einfluß auf den englischen Markt und die Preisbildung auf demselben übt, so kann dies nicht gesagt werden von der Arbeitsproduktivität in der englischen Landwirtschaft, deren spezifisches Gewicht bei der Versorgung des inneren Marktes Schritt für Schritt sank und schon seit den 70er Jahren eine ganz untergeordnete Bedeutung hat. Nehmen wir an, daß dies alles so sei; was folgt aber daraus?

Schon oben war davon die Rede, daß die These von dem Zusammenhang der Arbeitsproduktivität (genauer: der Produktionskosten)[78]) und der Preise nicht zu gradlinig, d. h. hier unter Beschränkung auf ein bestimmtes Land, aufgefaßt werden darf, daß vielmehr die Bedingungen der internationalen Konkurrenz in Rechnung gestellt werden müssen. Wir wollen daher hier für einen Augenblick annehmen, daß die Grenzkosten, nach welchen sich (im Rahmen einer genügend langen Periode) die Marktpreise der landwirtschaftlichen Waren bestimmen, nicht in der englischen Landwirtschaft, sondern in derjenigen irgendeines anderen (exportierenden) Landes zu suchen sind, z. B. der Vereinigten Staaten, und daß sie gleich C sind. Die Kosten des Transports aus den Vereinigten Staaten nach England (im ganzen genommen, d. h. einschließlich des Zinses usw.) sollen dabei M betragen. Dann kann gesagt werden, daß in England, theoretisch gesehen, die Grenzkosten der Agrarproduktion gleich C + M sind. Die landwirtschaftlichen Produktionen mit höheren Kosten werden hier unter dem Drucke der Konkurrenz eine solche Veränderung erfahren müssen, daß ihre Kosten bis auf jene Norm herabsinken, und die Produktionen mit einem darunter liegenden Kostenaufwand werden sich solange erweitern, bis ebenfalls jene Norm erreicht ist. Wenn unter diesen Verhältnissen sich nun ferner die Grenzkosten der Agrarproduktion in den Vereinigten Staaten in der einen oder in der anderen Weise verändern, so muß beim Gleichbleiben der übrigen Bedingungen eine entsprechende Aenderung auch in den Grenzkosten der landwirtschaftlichen Erzeugung Englands eintreten.

Preise und daß gleichzeitig in den Schwankungen der Produktion und der beschäftigten Arbeiterzahl ein beträchtlicher Parallelismus besteht. Demzufolge besitzt der Index der Arbeitsproduktivität seinem Wesen nach eine relativ höhere Stetigkeit als die Preis- und die Kaufkraftindices. Dies nähert ihn gewissermaßen dem Charakter eines Trends an, und erlaubt uns — unter ausdrücklichem Vorbehalt — seine Gegenüberstellung mit der ausgeglichenen Warenkaufkraft.

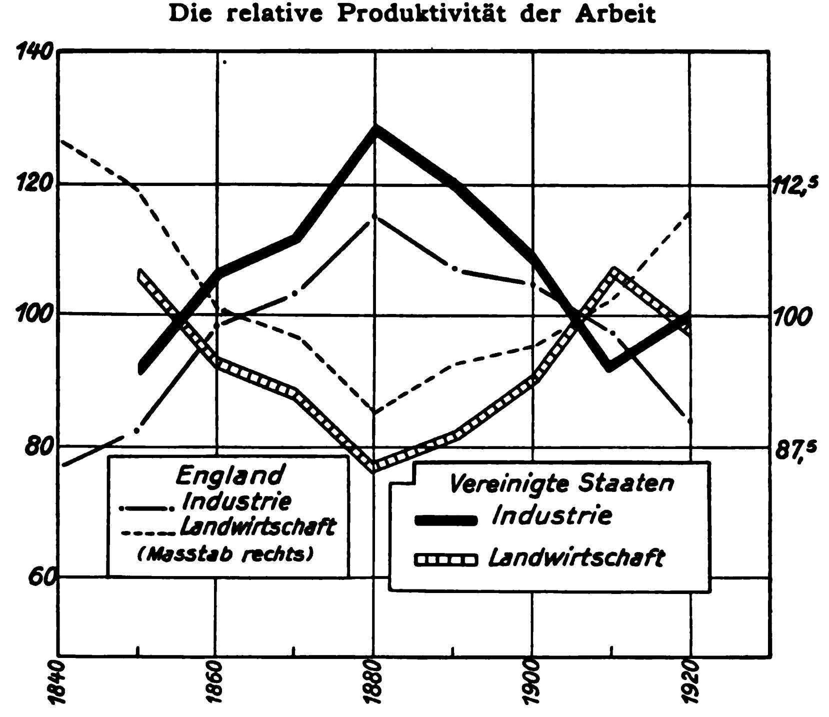
[78]) Dabei gehen wir ständig von der oben erwiesenen Voraussetzung aus, daß die Dynamik der Arbeitsproduktivität als ein ausreichender Ausdruck gleichzeitig für die Bewegungstendenzen der Produktionskosten dienen kann.

Daraus folgt, daß, theoretisch gesehen, unter den Bedingungen der freien Konkurrenz die Grenzkosten der Agrarproduktion der exportierenden und der importierenden Länder sich auf die Dauer in genügend strenger Uebereinstimmung befinden und sich parallel entwickeln müssen. Temporäre Abweichungen von dieser Regel, die theoretisch zulässig sind, beschränken sich auf die Fälle unerwarteter Veränderungen der Transportkosten und der Zölle, wenn solche bestehen, und finden in deren Höhe ihr Maß. Wenn sich z. B. der Transport verbilligt, so können die Grenzkosten in der englischen Landwirtschaft vorübergehend etwas

Diagramm Nr. 9

England und Vereinigte Staaten

Die relative Produktivität der Arbeit



höher bleiben, als dies der Formel C + M entspräche. Die aufgestellte These von dem Parallelismus der Kostenbewegungen ist im wesentlichen auch auf die Kostendynamik der industriellen Produktion exportierender und importierender Länder anwendbar. Selbstverständlich können in der Realität sehr beträchtliche Abweichungen von dieser Regel vorkommen. Doch bei langfristigen Perioden muß diese Regel auch in der Tendenz der empirischen Daten zum Ausdruck gelangen.

Die Vereinigten Staaten sind in der Tat das Land, aus welchem in hohem Maße der englische Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gedeckt wurde. Auf der andern Seite verband diese Länder ziemlich eng auch der industrielle Warenaustausch. Ist dem aber so und ist die obige These vom Parallelismus der Produktionskostenänderungen des exportierenden und des importierenden Landes

richtig, dann müssen die von uns über die Dynamik der relativen Arbeitsproduktivität in der Industrie und der Landwirtschaft für England und für die Vereinigten Staaten ermittelten Daten sich genügend nahekommen. Diese unsere Vermutung bestätigt nun die Wirklichkeit vollauf, was aus dem Diagramm Nr. 9 ersichtlich wird, welchem wir die oben angeführten Daten zugrunde gelegt haben.

Wir sehen, daß die Bewegung der relativen Arbeitsproduktivität in England und in den Vereinigten Staaten fast identisch verläuft.

Somit dürfen wir den Zusammenhang zwischen der Bewegung der relativen Arbeitsproduktivität (und folglich auch der Produktionskosten) einerseits und der Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren anderseits als erwiesen betrachten.

Der zweite Einwand gegen unsere These bezieht sich auf folgende Frage: Warum ist in der Richtung der Dynamik der relativen Produktivität landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit seit den 80er Jahren eine so beträchtliche Veränderung eingetreten? Diese Frage ist indessen so schwierig, daß wir sie hier aus Raumgründen nicht ausreichend behandeln können [79]).

b. Wenn wir uns nun der Frage zuwenden, warum die von uns für die Vereinigten Staaten ermittelte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren im Gegensatz zu England vorläufig kein Sinken aufweist und, wenn auch unter Verlangsamung des Tempos, weiter ansteigt, so brauchen wir nicht lange dabei zu verweilen, denn die Antwort darauf ergibt sich aus der ganzen bisherigen Analyse ohne weiteres. Die Ursachen bleiben im wesentlichen dieselben, die wir für die allgemeine steigende Tendenz des absoluten Preisniveaus der landwirtschaftlichen Waren in Amerika, beim gleichzeitigen Fallen der Industriewarenpreise, angegeben haben.

Im Zusammenhang damit sei noch bemerkt, daß, wenn die relative Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit im Verhältnis zu der industriellen in den Vereinigten Staaten seit den 80er Jahren im Steigen begriffen ist, und die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren trotzdem weiter wächst, es klar wird, daß im ganzen (mit Ausnahme bestimmter Perioden) die Entwicklungsbedingungen der amerikanischen Landwirtschaft ganz außerordentlich günstig waren, insbesondere für die Kapitalintensivierung und das rasche Wachstumstempo der landwirtschaftlichen Produktion, was auch in Wirklichkeit beobachtet wurde.

4. Die großen Zyklen der Kaufkraft der landwirtschaftlichen und industriellen Waren. In den vorhergehenden Abschnitten haben wir die allgemeinen dauernden Tendenzen in der Bewegung des relativen Preisniveaus bzw. der Kaufkraft der Waren betrachtet. In Wirklichkeit hat diese Bewegung keinen stetigen gleichmäßigen Verlauf, sondern weist verschiedene Schwankungen und Abweichungen von der Grundrichtung auf. Den früher aufgestellten und begründeten Thesen gemäß können wir diese Schwankungen der Kaufkraft der Waren als den Wechsel der relativen Konjunktur in verschiedenen Produktionszweigen auffassen.

Indem wir die oben angeführten Diagramme näher betrach-

---

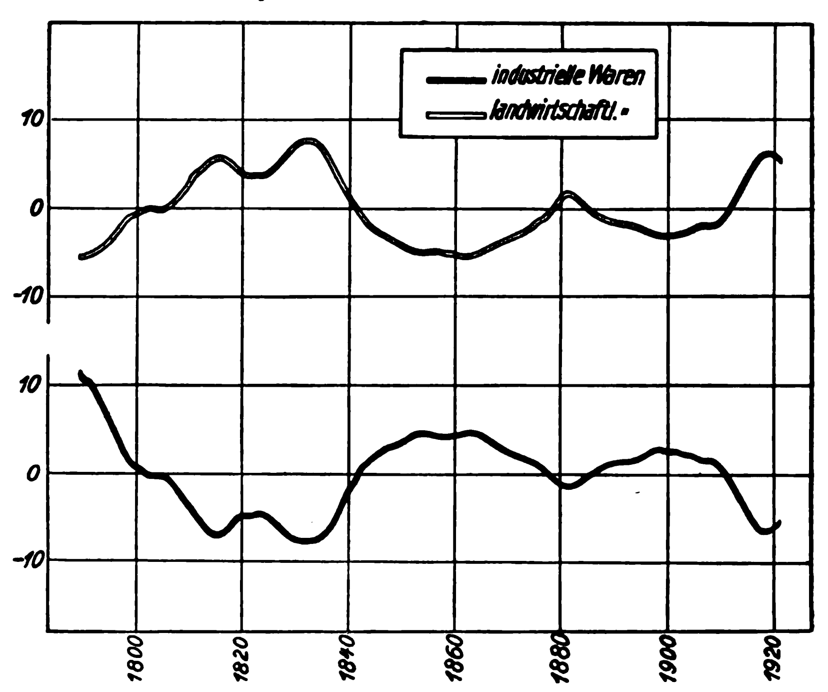
[79]) Siehe einiges zu dieser Frage in unserem schon erwähnten Artikel »Die Preisdynamik der landwirtschaftlichen und industriellen Waren«, S. 57 ff.



ten, sehen wir, daß die Kaufkraft der Waren eine Reihe langfristiger zyklischer Schwankungen aufweist. Wir wollen uns zunächst diesem Typus von Schwankungen zuwenden. Um sie möglichst klar herauszustellen, gehen wir denselben Weg, den wir schon bei der Untersuchung der langen Wellen des absoluten Preisniveaus gegangen sind. Wir nehmen die für England ermittelten Abweichungen der empirischen Reihe der Kaufkraftindices von ihrem Trend, gleichen sie nach der Methode des 9jährigen und dann des 5jährigen beweglichen Mittels aus und tragen die Resultate auf das folgende Diagramm auf.

Diagramm Nr. 10





Dieses Diagramm eröffnet ein äußerst interessantes Bild: Seit Ende der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts zeigt die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren eine bedeutende Steigerung, die ihr Maximum im Jahre 1813 nach der unausgeglichenen (und im Jahre 1815 nach der ausgeglichenen) Reihe erreicht. Von da ab fällt sie, und zwar ist ihre Senkung nach der unausgeglichenen

Reihe recht beträchtlich; sie hält unter einigen Schwankungen bis 1822 an. Seit 1822 nimmt die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren ihre ansteigende Bewegung wieder auf, und zwar bis 1834. Dieser — im Gefolge der Ausgleichung der ursprünglichen Reihe der Abweichungen nach der Methode des 9jährigen und 5jährigen beweglichen Mittels sich ergebende — Anstieg hat erstens zu einer Abschwächung der Intensität des im Diagramm hervortretenden Kaufkraftabstiegs seit 1813 und zweitens zur Bildung eines zweiten Höhepunktes der Kaufkraft im Jahre 1834 geführt; dabei liegt dieser Höhepunkt nach der unausgeglichenen Reihe unter, nach der ausgeglichenen aber (und daher im Diagramm) sogar über demjenigen von 1815. Die Analyse der ursprünglichen Daten zeigt jedoch, daß der angegebene »Rückfall« der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren zur ansteigenden Bewegung in den Jahren 1822—1834 fast ausschließlich den zollpolitischen Maßnahmen der Regierung zuzuschreiben ist, welche einerseits das Sinken der Getreidepreise — und somit die Senkung des landwirtschaftlichen Gesamtindex überhaupt [80]) — aufgehalten und andererseits einen scharfen Fall der Kohlenpreise und damit eine entsprechende Senkung des Gesamtindex der Industriewaren hervorgerufen haben [81]). Unter den angegebenen Umständen ist in der Periode 1822—1834 die Kaufkraft aller Agrarerzeugnisse gestiegen und diejenige aller Industrieprodukte — umgekehrt — gefallen. Wenn man indessen den Einfluß der erwähnten Regierungsmaßnahmen in Rechnung stellt, dann wird es klar, daß im Grunde die sinkende Grundtendenz der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren schon seit 1813 (1815) einsetzt und bis Anfang der 50er Jahre anhält. Hier erst geht der erste große Zyklus in der Kaufkraftbewegung der Agrarwaren zu Ende. Seit den 50er Jahren bemerken wir jedoch eine neue ansteigende lange Welle, die, nach der unausgeglichenen Reihe der Abweichungen, ihren Höhepunkt im Jahre 1878 erreicht, um dann einer absteigenden langen Welle bis zum Jahre 1900 Platz zu machen [82]). Hier gelangt der zweite große Zyklus in der Kaufkraft-

---

[80]) Vgl. Ernle, English Farming past and present, 1922, S. 270—273; Vgl. auch Customs Tariff of the Un. Kingdom from 1800 to 1897. London, 1897, S. 237, 257.

[81]) Vgl. Porter, op. cit., S. 216; vgl. noch Report on Wholesale and Retail Prices, S. II.

[82]) Das für die 70er Jahre ermittelte verhältnismäßig niedrige Maximum der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren ist das Resultat der großen Schwierig-

bewegung der landwirtschaftlichen Waren zum Abschluß. Die neue ansteigende lange Welle derselben beginnt mit dem Jahre 1900, um, nach der unausgeglichenen Reihe, 1916 abgebrochen und durch absteigende Bewegung abgelöst zu werden.

Die bisherige Analyse erlaubt drei wesentliche Schlußfolgerungen: erstens darf das Vorliegen von zweieinhalb großen Zyklen in der Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen Waren als mit ausreichender Deutlichkeit herausgestellt gelten; die Kaufkraft der Industriewaren beschreibt dieselben $2^1/_2$ großen Zyklen, nur daß hier die einzelnen Etappen der zyklischen Bewegungen jeweils in gerade umgekehrter Richtung verlaufen.

Das zweite Ergebnis kann folgendermaßen formuliert werden: die festgestellten großen Zyklen in der Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren fallen der Zeit ihres Verlaufs nach fast vollkommen mit den früher untersuchten großen Zyklen des absoluten Preisniveaus zusammen.

Das dritte Ergebnis schließlich kann auf die folgende These reduziert werden: der ansteigenden Welle der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur und des allgemeinen Preisniveaus entspricht annähernd, wenn auch nicht ganz genau, die Periode, in welcher die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren steigt, während diejenige der Industrieprodukte sinkt; umgekehrt, der absteigenden Welle der ökonomischen Konjunktur und des absoluten Preisniveaus entspricht die Periode, in welcher die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fällt, während diejenige der Industriewaren zunimmt.

---

keiten, auf welche die Ermittlung des Trend für eine so lange Periode stößt, und der Ausdruck ihres notwendig nicht absoluten Charakters. Dadurch wird jedoch die Existenz einer großen Welle in der Zeit zwischen 1850 und 1900 als solche nicht in Frage gestellt. Sie ist ja auch mit »unbewaffnetem Auge« und sogar auf der unausgeglichenen Reihe sichtbar (s. das Diagramm Nr. 6). Bemerken wir noch, daß bei der Ausgleichung nicht der ganzen Reihe, sondern nur der Etappe von dem 10. Jahre des XIX. Jahrhunderts ab der Anstieg der 70er Jahre (das Maximum) viel deutlicher hervortritt. Aus Raumgründen kann hier das entsprechende Diagramm nicht gebracht werden.



Die festgestellten großen Wellen in den Kaufkraftschwankungen der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren wurzeln einerseits in jenen Bedingungen, durch welche die großen Zyklen der ökonomischen Konjunktur überhaupt zu erklären sind (siehe oben), während sie andererseits selbst in dem Erscheinungsverlauf der großen Zyklen eines der wesentlichen Glieder bilden.

Oben haben wir versucht, den Mechanismus aufzudecken, durch welchen die großen Zyklen in Erscheinung treten. Es fragt sich nun, wie sie in dem Verlauf einerseits der landwirtschaftlichen und andererseits der industriellen Wirtschaftstätigkeit und im besonderen in der Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen und industriellen Waren zum Ausdruck gelangen.

Damit diese Frage beantwortet werden kann, müssen jene Besonderheiten der Landwirtschaft in Betracht gezogen werden, welche für sie im Unterschied von der Industrie charakteristisch sind. Für die hier behandelte Frage haben vor allem folgende Besonderheiten der Landwirtschaft wesentliche Bedeutung: 1. Die Agrarproduktion ist weniger elastisch und ihr Umfang kann nicht so rasch erweitert oder verengt werden, wie derjenige der industriellen Erzeugung[83]); 2. der Verbrauch eines beträchtlichen Teiles der landwirtschaftlichen Produkte (der große Teil der Nahrungsmittel) weist eine geringere Elastizität auf und ist relativ unbedeutenden Schwankungen unter dem Einfluß der Preisveränderungen unterworfen; 3. die landwirtschaftlichen Produzenten sind in der Regel weniger organisiert und daher weniger imstande, ihre Interessen auf dem Markte zu vertreten.

Unter diesen Bedingungen und bei Fortbleiben anderer ablenkender Einwirkungen, müssen die großen Zyklen der Konjunktur eben von jenen gesetzmäßigen Schwankungen in der Kaufkraftbewegung einerseits der landwirtschaftlichen und andererseits der industriellen Waren begleitet werden, die oben ermittelt wurden. In der Tat: im Verlauf der ansteigenden Konjunkturwelle des großen Zyklus wächst, wenn auch in verschiedenem Grade, die Nachfrage nach allen Waren; es steigt auch die Nachfrage nach Agrarprodukten: nach Rohstoffen aller Art — im Zusammenhang mit der Erweiterung der industriellen Produktion —, nach Lebensmitteln — im Zusammenhang mit der

[83]) Vgl. Warren and Pearson, op. cit., S. 22 ff; H. Belshaw, The profit cycle in agriculture, Economic Journal., March, 1926, S. 29—32.

Zunahme der Industriebevölkerung und ihrer Einkommen. Da nun die industrielle Produktion einer rascheren Expansion fähig ist als die landwirtschaftliche [84]), so wächst die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen relativ schneller als das Angebot dieser Waren. All das und die relativ niedrige Elastizität des Verbrauchs der meisten Agrarprodukte ruft einen Preisanstieg der landwirtschaftlichen Waren hervor, in erster Linie einen solchen der landwirtschaftlichen Rohstoffe, und zwar ist dieser Anstieg schneller als derjenige der industriellen Warenpreise. Daher die ansteigende Tendenz in der Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in erster Linie der agrarischen Rohstoffe, im Verlauf der ansteigenden Welle des großen Zyklus. Daher die für die Landwirtschaft sich ergebende relativ günstigere Konjunkturlage in dieser Periode und der Zufluß verhältnismäßig großer Mittel in die Hand der landwirtschaftlichen Bevölkerung, was bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeiten für das weitere Anhalten der langen Anstiegswelle in der Industrie beschränkt.

Ein anderes Bild tritt uns entgegen, wenn wir uns der Betrachtung der absteigenden Welle des großen Zyklus unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt zuwenden. Die Nachfrage nach Waren sinkt in dieser Periode. Da sich nun die Industrie den veränderten Verhältnissen leichter anpaßt, da das Wachstumstempo der industriellen Produktion schneller verlangsamt wird, als dies in der Landwirtschaft der Fall ist, so fällt die Nachfrage nach den Produkten der letzteren intensiver als ihr Angebot, welches, dem Beharrlichkeitsgesetz zufolge, eine Zeitlang unverhältnismäßig erhöht bleibt. Dies führt zu einer im Verhältnis zu der ebenfalls sinkenden Preisbewegung der Industriewaren intensiveren Preissenkung der Agrarprodukte. Die angegebene Tendenz wird nun durch mindestens drei hinzukommende Bedingungen weiter verstärkt. 1. Da die absteigende Welle des großen Zyklus gewöhnlich nach großen kriegerischen oder anderen Erschütterungen historisch einsetzt, unter welchen die Industrie stark leidet, so wird die Disproportionalität zwischen dem Wachstumstempo der agrarischen und der industriellen Produktion, besonders am Anfang

[84]) Vgl. die Erörterungen von Sombart über das Verhältnis des Wachstumstempos der Produktion organischer und unorganischer Art und ihren Zusammenhang mit Konjunkturschwankungen (Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., S. 131 ff. und Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 2. Halbband, S. 578 ff.).



der absteigenden Welle, noch stark verschärft. 2. Die geringe Elastizität des landwirtschaftlichen Warenverbrauchs bringt es mit sich, daß die einsetzende Preissenkung der Agrarprodukte keine wesentliche Steigerung ihres Verbrauchs herbeizuführen und somit ihrem weiteren Preisfall und dem Sinken ihrer Kaufkraft kein Hemmnis entgegenzusetzen vermag. 3. Die Industrie, als die besser organisierte Sphäre der Volkswirtschaft, vermag einen größeren Einfluß auf den Preisbildungsprozeß auszuüben und die Last der Depression bis zu einem gewissen Grade auf die Landwirtschaft abzuwälzen.

Alle diese Bedingungen wirken in dieser oder jener Folge und Kombination dahin zusammen, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren sinkt. Diese Erscheinung bildet eine der Ursachen jener anhaltenden Schwierigkeiten, welche die Landwirtschaft in der absteigenden Phase des großen Zyklus gewöhnlich durchzumachen hat [85]).

Diese Schwierigkeiten sind um so beträchtlicher, als auch andere für die Landwirtschaft ungünstige Momente ihre Wirksamkeit in dieser Periode entfalten: die Verluste, die auf dem Boden der hypothekarischen Verschuldung im Zusammenhang mit dem Ansteigen des Geldwerts erwachsen; der relativ hohe Stand der Steuern, der Eisenbahntarife usw., deren langsam sinkende Höhe hinter dem Sinken der landwirtschaftlichen Preisindices zurückbleibt [86]).

Infolge aller dieser Bedingungen wird die absteigende Welle des großen Zyklus von einem gewissen Abfluß der Kapitalmittel aus der Landwirtschaft in die Industrie, den Handel und die Banken begleitet, in welchen dadurch die Akkumulation befördert wird. Soweit die Initiative des langfristigen Konjunkturanstiegs von diesen Sphären des volkswirtschaftlichen Lebens ausgeht, was gewöhnlich der Fall ist, soweit ist die eben erwähnte Akkumulation auf Kosten der Landwirtschaft eine der Bedingungen, welche die Voraussetzungen bieten für die Liquidierung der absteigenden langen Welle und den Beginn eines neuen Konjunkturanstiegs.

So sehen wir, daß die oben festgestellte sehr eigenartige und

---

[85]) Vgl. Warren and Pearson, op. cit. S. 237 ff; Hansen, op. cit., S. 205 ff.

[86]) Vgl. Warren and Pearson, op. cit. Ch. V—VII; Hansen, op. cit., S. 209 ff.

auf den ersten Blick fast rätselhafte Gesetzmäßigkeit in dem Wandel der Kaufkraftniveaus der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren im Verlauf der großen Zyklen seine Erklärung findet. Wir sehen ferner, daß dieser Wechsel der relativen Konjunktur der Landwirtschaft und der Industrie seinerseits einen der Faktoren bildet, welche die gesetzmäßigen Schwankungen der allgemeinen Konjunktur in den großen Zyklen bestimmen.

5. In sehr klarer und dem hier theoretisch gewonnenen Bild entsprechender Form tritt die Gesetzmäßigkeit der langen Schwankungen der relativen Konjunktur in Landwirtschaft und Industrie in den Daten für England hervor — das Land agrarischen Warenimports, das mit dem Weltmarkte eng verbunden ist; in den Daten für die Vereinigten Staaten kommt diese Gesetzmäßigkeit mit einer weniger großen Klarheit zum Ausdruck (s. den unteren Teil des Diagramms Nr. 7).

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob die Schwankungen in der Kaufkraft der landwirtschaftlichen und industriellen Waren in den Vereinigten Staaten sich im Widerspruch befinden mit den oben festgestellten Gesetzmäßigkeiten dieser Bewegungen in England. In Wirklichkeit können indessen die für die Vereinigten Staaten ermittelten Daten gerade nur auf der Grundlage dieser Gesetzmäßigkeiten verstanden werden, doch freilich *unter Beachtung der hinzukommenden besonderen Entwicklungsbedingungen* dieses Landes.

Der erste große Zyklus der Kaufkraftbewegung in den Vereinigten Staaten hat in den dafür ermittelten Daten keinen ausreichenden Ausdruck gefunden. Die Gründe dieses Sachverhalts reduzieren sich im wesentlichen auf folgendes: 1. Die Vereinigten Staaten betreten erst am Anfang des 19. Jahrhunderts den Weg einer selbständigen Entwicklung, der industriellen Revolution, des Industriewachstums, der Etablierung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Unter diesen Umständen und in Uebereinstimmung mit der oben entwickelten Konzeption der großen Zyklen konnten hier die langen Wellen der allgemeinen Konjunktur *nicht klar* hervortreten und es konnte sich auch kein bedeutender Bruch zwischen der Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren im Gefolge einer inneren Expansion der Volkswirtschaft ergeben. 2. Da die Vereinigten Staaten damals ein Land mit landwirtschaftlichem Export und industriellem Import waren, so haben jene kriegerischen und politischen Verwicklungen, welche die Periode der ersten ansteigenden Welle des großen Zyklus (bis zum Sturz Napoleons) sowohl in Europa als auch zwischen Amerika und Europa erfüllen, die Verteuerung der Industriewaren in den Vereinigten Staaten begünstigend, gleichzeitig das Anwachsen des Agrarexports aufgehalten, somit aber auch den Preisaufstieg der landwirtschaftlichen Waren. Und das hat wiederum die Entwicklung der ansteigenden Welle der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten Staaten verzögert.

Umgekehrt gelangt die absteigende Welle des ersten Zyklus in der Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten Staaten ausreichend bestimmt zum Ausdruck (seit 1817). Sie geht jedoch sehr früh zu Ende und schon seit den 30er Jahren (nach der unausgeglichenen Reihe) beginnt hier die neue ansteigende Welle. Ein so frühes Einsetzen der (der zweiten derartigen Welle in England entsprechenden) ansteigenden Welle in der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten Staaten erklärt sich durch die Tatsache, daß, unter dem Einfluß der verbesserten Verkehrsmittel und anderer Ursachen,

gerade von dieser Zeit an der Agrarexport der Vereinigten Staaten zu wachsen beginnt und Kräfte in Wirksamkeit treten, welche, wie oben dargelegt, die allgemeine ansteigende Tendenz des absoluten landwirtschaftlichen Warenpreisniveaus in diesem Lande, im Gegensatz zu England, hervorriefen und welche, zumal bei dem starken Fall der industriellen Warenpreise, auch einen Anstieg in der Kaufkraft der Agrarprodukte herbeiführen mußten. So haben wir in den Vereinigten Staaten, im Gefolge besonderer Bedingungen, die lang ansteigende Welle der Kaufkraftbewegung schon seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts vor uns. Diese früh einsetzende Welle bricht auch früh, nach der unausgeglichenen Reihe ganz am Anfang der 60er Jahre, ab. Das ist ganz und gar dem Einfluß des Bürgerkrieges zuzuschreiben, welcher den Niedergang des ganzen volkswirtschaftlichen Lebens dieses Landes und der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren hervorrief. Das Sinken dieser letzteren war beträchtlich. Doch die Wirksamkeit der Faktoren, welche die allgemeinen ansteigenden Tendenzen des absoluten landwirtschaftlichen Warenpreisniveaus hervorriefen, hat dieses Sinken nur relativ kurz anhalten lassen. Seit der Mitte der 60er Jahre, unter dem Einfluß der eben erwähnten Faktoren und der allgemeinen Welle des wirtschaftlichen Aufstiegs, ergibt die Kaufkraftbewegung der Agrarprodukte eine neue ansteigende Welle, deren Höhepunkt nun fast genau mit dem für England ermittelten Maximum derselben zusammenfällt. Die Senkung, die dann einsetzt, tritt zwar (infolge der Gegenwirkung jener im Sinne des Aufstiegs wirkenden Faktoren) nur schwach hervor, doch bildet die Bewegungsform der Kaufkraftkurve der landwirtschaftlichen Waren in den Vereinigten Staaten seit der Mitte der 60er Jahre eine fast genaue Reproduktion der Bewegung, welche die englische Kurve der Kaufkraft dieser Waren durchläuft.

Je mehr sich somit das amerikanische Niveau der landwirtschaftlichen Warenpreise an das Weltmarktniveau annäherte (siehe oben), um so schwächer wurde der perturbierende Einfluß der im Sinne des Anstiegs auf das absolute Niveau der landwirtschaftlichen Warenpreise in den Vereinigten Staaten wirkenden Faktoren, um so mehr wurde die amerikanische Kaufkraftkurve der landwirtschaftlichen Waren der englischen identisch. Dem hier Dargelegten zufolge muß nun anerkannt werden, daß, der ganzen Eigenart der Kaufkraftdynamik der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren in den Vereinigten Staaten (in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts) ungeachtet, diese Dynamik doch ausreichend verständlich gemacht werden kann und im Grunde die für England aufgestellte Gesetzmäßigkeit bestätigt, wenn sie auch diese in einem etwas anderen zeitlichen Verlauf zum Ausdruck bringt.

6. Die kleinen Zyklen in der Kaufkraftbewegung der industriellen und landwirtschaftlichen Waren. Die Kaufkraft der Waren weist genau so, wie das absolute Preisniveau, nicht nur langfristige, sondern auch kürzere zyklische und auch zufällige Schwankungen auf.

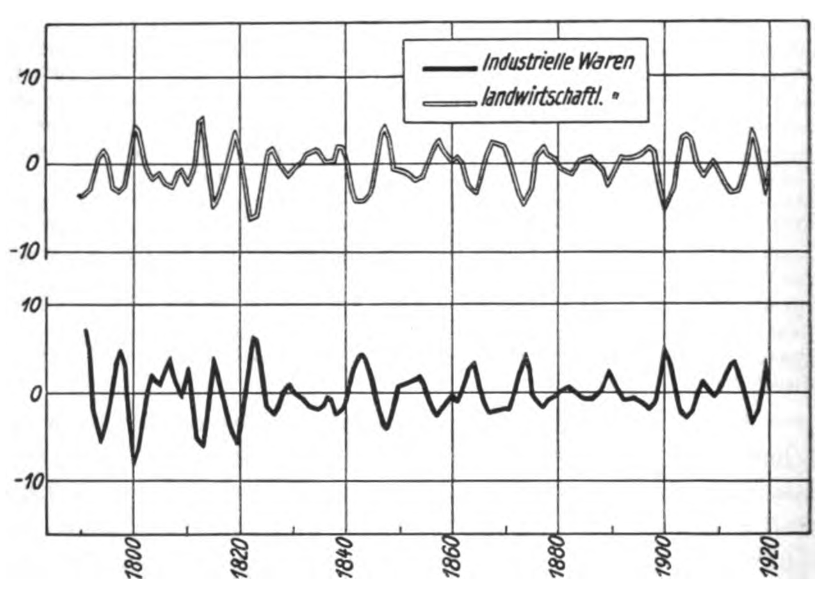
Wenn wir die Abweichungen der empirischen Reihe der

Kaufkraftschwankungen vom Trend und den großen Zyklen nehmen und sie dreijährig ausgleichen, so erhalten wir das allgemeine Bild von dem Verlauf jener kleineren Zyklen. Der allgemeine, für England ermittelte Gang dieser Zyklen ist auf dem folgenden Diagramm deutlich zu sehen.

Diagramm Nr. 11



Kleine Zyklen der Kaufkraft der Waren



Man überzeugt sich leicht auf Grund dieses Diagramms, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren einem mehr oder weniger regelmäßigen Rhythmus kleiner Zyklen folgt. Schon im Zusammenhang mit der zur Ermittlung der Kaufkraft aller landwirtschaftlichen und aller industriellen Waren angewandten Methode selbst verlaufen die Zyklen derselben ineinander entgegengesetzter Richtung. Aber in welchem Verhältnis stehen diese Kaufkraftzyklen der beiden Warengruppen zu den üblicherweise verzeichneten zyklischen Konjunkturbewegungen in Handel und Industrie?

Die Antwort auf diese Frage gibt die nachfolgende für England zusammengestellte Tabelle [87]) (s. nächste Seite!):

[87]) Die Quellen dieser Tabelle sind dieselben, wie bei der analogen Tabelle auf S. 41; außerdem sind die von uns für die Kaufkraft der Waren errechneten Indices als Grundlage genommen. Die »klassischen« Krisenjahre sind durch ein Sternchen hervorgehoben.

Die Gegenüberstellung der allgemeinen Konjunkturschwankungen, des allgemeinen Preisniveaus und der Kaufkraft der Waren.

Krisenjahre	Maximumjahre nach den Abweichungen vom Trend und den großen Zyklen			Maximumjahre nach der Bewegung der Indices ohne Ausgleichung		
	All-gem. Preis-niveau	Kaufkraft d. Waren		All-gem. Preis-niveau	Kaufkraft d. Waren	
		Indu-strie-Waren	Land-wirtsch. Waren		Indu-strie-waren	Land-wirtsch. Waren
1796	+	+	—	+	+	—
1803	+	+	—	+	+	—
1810	+	+	—	+	+	+
1815	+	+	—	—	+	—
1819	+	—	+	+	—	+
1825 *)	+	—	+	+	—	+
1828	—	—	—	—	—	—
1836 *)	+	+	—	+	+	—
1839	+	—	+	+	—	+
1847 *)	+	—	+	+	—	+
1854	+	+	—	+	+	—
1857 *)	—	—	+	+	—	+
1864	+	+	—	+	+	—
1866 *)	+	—	—	+	—	—
1873 *)	+	+	—	+	+	—
1883 *)	+	+	—	+	+	—
1890 *)	+	+	—	+	+	+
1900 *)	+	+	—	+	+	—
1907 *)	+	+	—	+	+	—
1913	+	+	—	+	+	—
1920 *)	—	+	—	—	+	+
Gesamtzahl der zusammengestellten Fälle	21	21	21	21	21	21
Fälle der Uebereinstimmung	18	14	5	18	14	8
Fälle der Nichtübereinst. .	3	7	16	3	7	13
Zahl der Fälle, in welchen der Umschlag nach unten kommt . . . . auf das Krisenjahr . . .	12	8	2	13	7	2
auf das nächste Jahr . .	1	2	2	0	3	5
auf das Vorjahr.	5	4	1	5	4	1

Die angeführte Tabelle ist auf denselben Grundlagen aufgebaut, wie die früher (siehe S. 41) zusammengestellte Tabelle der Konjunkturschwankungen und des absoluten Preisniveaus.

Man ersieht aus der Tabelle, daß die Beziehung zwischen den Höhepunkten der Kaufkraft landwirtschaftlicher und industrieller Waren einerseits und den Krisendaten andererseits eine weniger enge ist, als diejenige zwischen diesen letzteren und den Schwankungen des absoluten Preisniveaus. Sie ist indessen doch auffallend, und es läßt sich daraus folgende ziemlich feste Tendenz entnehmen. Die Jahre des maximalen Aufstiegs der allgemeinen Konjunktur und des allgemeinen Preisniveaus fallen gewöhnlich zusammen mit der Periode maximaler Hebung der Kaufkraft industrieller Waren und umgekehrt maximaler Senkung der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren[88]). Es sind dabei die Fälle recht häufig, in welchen der Höhepunkt in der ansteigenden Kaufkraftbewegung industrieller Waren auf das Vorjahr des maximalen Konjunkturanstiegs fällt. Der größte Teil der Ausnahmen von diesen Regeln kommt auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, genauer auf die Periode 1819 bis 1857. Umgekehrt, von den 60er Jahren an weisen die festgestellten Regeln keine Ausnahmen mehr auf.

Diese allgemeinen Regeln finden auch in dem folgenden Diagramm Nr. 12 ihre Veranschaulichung, in welchem die kleinen Kaufkraftzyklen landwirtschaftlicher und industrieller Waren einerseits und die dreijährig ausgeglichenen zyklischen Bewegungen des allgemeinen Preisindex andererseits gegenübergestellt sind.

Angesichts der hier gewonnenen Ergebnisse über das gegenseitige Verhältnis der Kaufkraftschwankungen verschiedener Warengruppen und der Schwankungen der allgemeinen Konjunktur stellen wir fest, daß dieses Verhältnis im Rahmen der kleinen Zyklen einerseits und der großen Zyklen andererseits eine tiefe Verschiedenheit aufweist. Wenn im Rahmen des großen Zyklus, wie oben gezeigt, die Phase der ansteigenden Wellenbewegung gleichzeitig die Periode des Kaufkraftanstiegs der landwirtschaftlichen Waren bildet, so fällt im Rahmen des kurzen Zyklus, umgekehrt, die Phase der Hochkonjunktur mit der Periode

[88]) Vgl. L. M. Kowalskaja, Die Kaufkraft des Weizens (Probleme der Konjunktur, Bd. III, 1927, S. 128 ff., russisch).

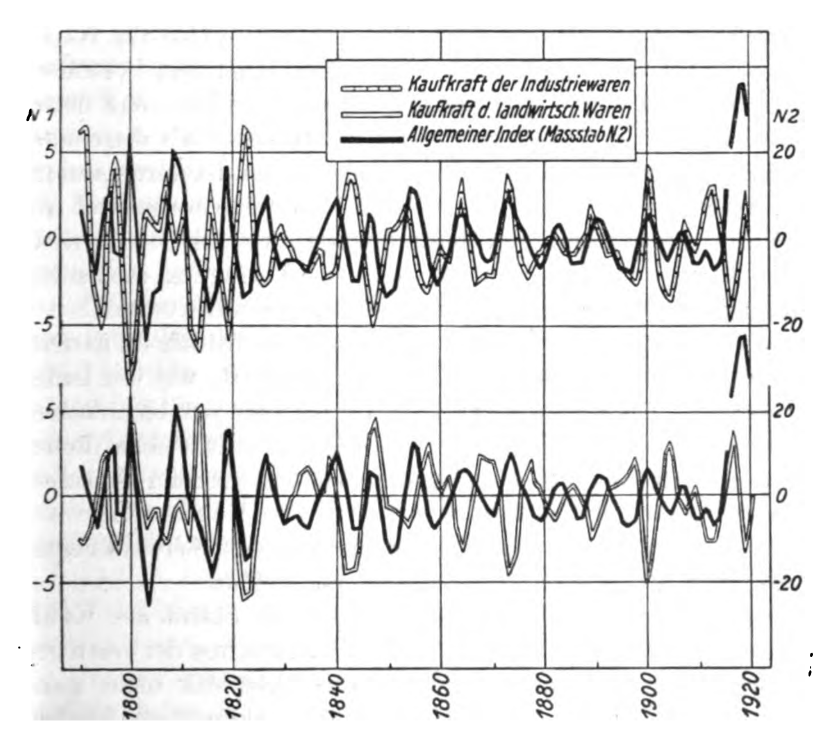


der sinkenden Kaufkraftbewegung dieser Warenart zusammen.

Der Grund dieser so eigentümlichen Kaufkraftbewegung der landwirtschaftlichen Waren im Rahmen des kleinen Zyklus liegt in der Eigenart dieses Zyklus selbst und in den Besonderheiten des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses. Der kleine Zyklus der Konjunktur ist in erster Linie ein kommerzieller und in-

Diagramm Nr. 12

Zyklische Bewegungen des allgemeinen Preisniveaus und Kaufkraft der Waren



dustrieller Prozeß: er ergreift in tiefgehender Weise die Industrie-, Handels- und Kreditsphäre und nur verhältnismäßig schwach berührt er die Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion, die nur relativ langsam vor sich gehenden Veränderungen unterworfen ist und in starkem Maße dem Einflusse außerökonomischer Faktoren unterliegt, weist im Verlauf der kleinen kommerziellen und industriellen Zyklen keine oder wenigstens keine scharfen und auffallenden Verschiebungen auf [89]). Die Tatsachen zeigen, daß

[89]) Vgl. Belschaw, op. cit.; Engberg, op. cit. passim.

sie nur dann auf die kurzfristigen Konjunkturschwankungen reagiert, wenn es sich um besonders scharfe und tiefgreifende Erschütterungen handelt.

Dies war z. B. in der Krise der Jahre 1920/21 der Fall, welche die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, aber auch diejenige Kanadas und anderer Länder weitgehend erfaßt hat [90]). Wenn all dem so ist, so sind die Schwankungen der Preise und der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren im Verlauf der kleinen Zyklen hauptsächlich von dem Wechsel der Nachfrage abhängig, wie er sich aus den Wandlungen der allgemeinen kommerziellen und industriellen Konjunktur ergibt. Da im Verlauf der ansteigenden Welle dieser Zyklen die Nachfrage sich am stärksten auf die Industrieerzeugnisse, besonders auf die Produktionsmittel konzentriert, so ist es klar, daß deren Preise in dieser Periode relativ schneller wachsen als diejenigen der Agrarprodukte und daß die Kaufkraft der letzteren sinken muß. Gewiß, die Industrie erhält ihre Produktionsmittel (in der Form des technischen Rohmaterials) von der Landwirtschaft. Eine detaillierte Analyse der zur Verfügung stehenden Daten zeigt jedoch, daß unter allen Gruppen landwirtschaftlicher Waren eben nur die Gruppe der technischen Rohstoffe im ganzen dieselben Schwankungen der Kaufkraft aufweist, wie die Industriewaren [91]). Diese besondere Lage der Gruppe der technischen Rohstoffe unter allen anderen Gruppen landwirtschaftlicher Waren bestätigt die hier dargelegte Auffassung von den Ursachen des umgekehrten Verhältnisses zwischen den Kaufkraftschwankungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Schwankungen der allgemeinen Konjunktur im kleinen Zyklus.

Schon oben haben wir bemerkt, daß der Stand der Kaufkraft, wenn er auch ein sehr wesentliches Anzeichen der relativen Konjunktur bildet, doch für deren Charakteristik nicht ganz ausreicht. Und wenn die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren in der Depressionsphase des kleinen industriell-kommer-

[90]) Vgl. Warren and Pearson, op. cit. passim.; M. Sering, International Price Movements, S. 15 etc.; Enfield, op. cit. ch. III; Nourse, American Agriculture and European Market, 1924; National Industrial Conference Board — The Agricultural problem in the United States 1926. passim; W. Ossinskij, Die landwirtschaftliche Weltkrise. Moskau, 1923, russ.

[91]) Vgl. unseren Aufsatz, Die Preisdynamik der industriellen und der landwirtschaftlichen Waren, Probleme der Konjunktur, Bd. IV.



ziellen Zyklus relativ ansteigt, so bringt das zweifellos den Sachverhalt zum Ausdruck, daß in dieser Periode die Bedingungen für die Landwirtschaft verhältnismäßig günstiger liegen als für die Industrie. Doch bedeutet das natürlich nicht, daß die Landwirtschaft in dieser Periode einen besonderen Aufschwung nimmt. Man soll nicht vergessen, daß im Verlauf des kleinen Zyklus das absolute Preisniveau der landwirtschaftlichen Waren in der Regel fällt (siehe oben); und daß es schneller sinkt, als der Arbeitslohn, und weil die Steuern, Zölle, Tarife, der Pachtzins und eine Reihe anderer Ausgabeposten der Landwirtschaft sich nicht oder nur sehr wenig vermindern, so empfindet auch die Landwirtschaft die Last der allgemeinen ungünstigen Konjunktur, wenn auch nicht in demselben Grade, wie die Industrie [92]).

V. Der gegenwärtige Konjunkturzustand der Landwirtschaft und der Industrie.

Die Konjunkturlage der Weltwirtschaft (in der Industrie und besonders in der landwirtschaftlichen Sphäre) ist seit 1920 und nunmehr schon für eine beträchtliche Zeit aller nachfolgenden Jahre im ganzen wohl als Depression zu charakterisieren [93]). Die vorangegangene Analyse der Preisdynamik — vorausgesetzt, daß sie richtig ist — wirft Licht auf einige Grundursachen dieser lange (und besonders scharf in der Agrarsphäre) anhaltenden Depression der Weltwirtschaft.

In den Jahren 1920/21 hat die Weltwirtschaft eine schwere und tiefgreifende Krisis durchgemacht, die auch die Landwirtschaft erfaßte. Doch dabei allein blieb es nicht. Nach der Krise ist die Weltwirtschaft in die Phase einer dauernden Senkung des absoluten Preisniveaus sowohl der industriellen als auch der landwirtschaftlichen Waren eingetreten. Und es liegen alle Gründe vor für die Annahme, daß dieser Zustand kein schnell vorübergehender ist, sondern die absteigende Welle eines neuen großen Zyklus darstellt. Jedes abgelaufene Jahr bestätigt die Richtigkeit dieses Satzes immer mehr. Die andauernd sinkende

---

[92]) Vgl. Belshaw, op. cit. S. 32 ff.

[93]) Siehe die in der Anm. 1 angegebene Literatur.

Bewegung des absoluten Preisniveaus dezimiert die industrielle Entwicklung. Im Zusammenhang mit der Ueberlastung der Landwirtschaft der kapitalistischen Länder durch hypothekarische Verschuldung erschwert sie nicht weniger erheblich auch die Lage dieser letzteren.

Indessen sind, vom Standpunkt der Landwirtschaft, die Schwierigkeiten ihrer gegenwärtigen Situation damit noch nicht erschöpft. Wie wir oben gezeigt haben, bedeutet die Periode der absteigenden langen Welle des großen Zyklus gleichzeitig einen tiefen Stand und eine sinkende Bewegung in der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren. Gerade diese Situation läßt sich im ganzen seit 1920 beobachten, und das verschlimmert seinerseits die Lage der Landwirtschaft noch mehr [94]).

Die gegenwärtig in der Weltwirtschaft überhaupt und in der Agrarsphäre im besonderen herrschende ungünstige Konjunktur ist das Resultat eines Zusammenwirkens jener Ursachen, welche nicht nur die wirtschaftliche Krise von 1920 hervorgerufen, sondern auch die anhaltende Senkung des allgemeinen Preisniveaus und den dauernden Abstieg der Kaufkraft landwirtschaftlicher Waren bedingt haben. Diese Ursachen in ihrer allgemeinen Form haben wir oben beleuchtet. Eine Analyse ihrer konkreten Gestalt, ihres Zusammenhanges und der besonderen Form ihrer Wirksamkeit in der gegenwärtigen Situation gehört nicht zu den Aufgaben dieser Abhandlung.

Ist das hier Entwickelte richtig, dann kann der Schluß gezogen werden, daß die Quellen des in der Weltwirtschaft überhaupt und in der Agrarsphäre im besonderen herrschenden Depressionszustandes noch keinesfalls ausgeschöpft sind [95]). Gewiß kann sich die Konjunktur des Weltmarktes in den einzelnen Perioden verbessern. Doch wird sie im ganzen, beim Gleichbleiben der übrigen Bedingungen, noch viele Jahre auf dem gesunkenen Niveau verharren. Dieser Satz gilt insbesondere in seiner Anwendung auf die Agrarsphäre.

---

[94]) Vgl. ebenda.

[95]) Vgl. E. G. Nourse, The Outlook for Agriculture; vgl. auch den Bericht von Warren, Stine u. a. und die Diskussionsreden darüber (Journal of Farm Economics 1927); Warren and Pearson, op. cit. Ch. XXV; M. Sering, op. cit. S. 36—74.

Anhang.

Bemerkungen zu den nachfolgenden Tabellen.

I. Da wir bei der Zusammenstellung der Indexzahlen — um ununterbrochene Reihen zu gewinnen — manchmal gezwungen waren, die Daten aus verschiedenen Quellen heranzuziehen, und da diese Daten (infolge der Verschiedenheit der Warensorten, der Märkte, der Art der Preisfeststellung usw.) ihrem Charakter nach ungleichartig waren, so wurden von uns die einzelnen Teile unserer Reihen dadurch auf dasselbe Niveau mit den anderen gebracht, daß wir sie mit einem Faktor multiplizierten, der sich aus dem Vergleich der verschiedenen Daten in der Periode ergab, für welche sie in den beiden Quellen vorlagen.

II. Die in den Anhängen 1 und 2 angeführten Reihen sind folgendermaßen bearbeitet worden: 1. Nach der Methode der kleinsten Quadrate ist erst für die fünfjährigen Mittel der secular Trend gewonnen worden, dessen Ordinaten dann für die einzelnen Jahre berechnet wurden; dabei sind, bei der Ermittlung der Preisindices (siehe Anhang 1), die Daten für die Jahre 1915—1924 nicht in Rechnung gestellt worden. 2. Dann sind die Abweichungen der empirischen Reihen von diesem Trend gefunden worden. Diese Abweichungen wurden nach 9 Jahren und dann nach je 5 Jahren mechanisch ausgeglichen. Um die Entstellungen zu beseitigen, welche die mechanische Ausgleichung in die Reihen der Abweichungen hineinträgt, haben wir die ausgeglichenen Abweichungen mit bestimmten Koeffizienten multipliziert, wobei als solche Koeffizienten das Verhältnis der algebraischen Summe der unausgeglichenen Abweichungen zu der Summe der ausgeglichenen Abweichungen für je eine halbe Welle genommen wurde. Die im Gefolge dieser Multiplikation der mechanisch ausgeglichenen Abweichungen mit den angegebenen Koeffizienten erhaltenen Reihen sind in der Tabelle unter der Rubrik »große Zyklen« angeführt. 3. Die Abweichungen, die sich nach Ausschluß des Trend und der großen Zyklen aus der empirischen Reihe der Indices ergeben haben, wurden mechanisch nach drei Jahren ausgeglichen. Um die Entstellungen der Reihe infolge einer solchen Ausgleichung zu beseitigen, wurden die ausgeglichenen Abweichungen gleichfalls mit entsprechenden Koeffizienten multipliziert. Doch in diesem Falle wurden die Koeffizienten nicht gesondert für je eine halbe Welle, sondern für gleichartige Teile der Reihe errechnet. Es wurden dabei die algebraischen Summen der unausgeglichenen Abweichungen je einer halben Welle genommen, nach ihrer absoluten Größe miteinander addiert und durch die Summe der absoluten Werte der ausgeglichenen Abweichungen im Rahmen des betreffenden (gleichartigen) Teiles der Reihe dividiert. Die Ergebnisse der Multiplikation der mechanisch ausgeglichenen Reihen mit den so gewonnenen Koeffizienten sind in den Tabellen unter der Rubrik »kleine Zyklen« angeführt.

III. Die Quellen, die uns bei der Aufstellung der nachfolgenden Tabellen als Grundlage dienten, sind jeweils in den entsprechenden Anmerkungen zu unserem Text angegeben.



England

Anhang I, Nr. 1.

Indices der Warenpreise.

Jahre	x	Allgemeine			Landwirtschaftliche			Industrielle		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1786	—64	148,6	—	—	96,5	—	—	228,7	—	—
87	—63	144,6	—	—	95,7	—	—	218,5	—	—
88	—62	140,4	—	—	93,0	—	—	212,0	—	—
89	—61	134,5	—34,0	—	88,7	—48,2	—	204,0	—40,0	—
90	—60	141,6	—29,3	7,2	94,6	—44,3	—2,3	212,0	—34,4	13,3
91	—59	145,8	—24,4	1,1	91,9	—40,7	—6,1	231,1	—27,8	7,3
92	—58	134,6	—18,7	—3,2	91,4	—36,3	—6,6	198,3	—21,0	0,2
93	—57	147,8	—11,9	—7,2	105,8	—31,2	—3,0	206,4	—12,6	—13,3
94	—56	155,4	—4,0	2,8	114,5	—25,0	6,5	210,9	—4,2	—3,2
95	—55	176,5	3,5	9,3	129,8	—17,7	9,8	240,0	3,6	7,5
96	—54	181,1	9,4	11,3	132,5	—10,6	5,4	247,5	9,2	18,4
97	—53	176,9	15,2	—3,6	125,2	—3,8	—7,7	250,0	15,2	3,8
98	—52	158,7	19,8	—3,9	120,3	2,0	—6,2	209,5	19,7	0,2
99	—51	192,3	23,0	7,1	151,9	6,5	10,1	243,4	22,9	0,3
1800	—50	208,6	25,0	24,4	173,0	9,6	29,1	251,6	24,9	11,0
01	—49	201,8	27,5	6,9	171,8	13,1	14,1	237,1	27,8	—5,9
02	—48	159,6	29,8	—8,2	128,3	16,6	—5,6	198,5	30,0	—12,2
03	—47	181,3	32,4	—23,8	139,7	20,1	—23,3	235,1	32,9	—22,4
04	—46	173,1	34,5	—13,3	142,3	22,8	—13,6	210,6	35,8	—13,6
05	—45	187,3	36,9	—11,3	157,4	25,7	—12,0	222,8	39,5	—12,1
06	—44	189,9	38,4	—2,8	150,6	28,4	—8,7	239,6	41,0	0,0
07	—43	194,0	39,1	6,8	156,9	31,1	—2,1	239,8	41,1	10,6
08	—42	208,4	39,1	21,4	178,4	33,0	14,3	243,5	40,2	19,1
09	—41	219,4	38,6	19,2	191,6	34,8	14,3	251,2	37,9	14,6
10	—40	184,3	35,9	13,6	160,1	35,0	5,6	212,2	32,6	13,8
11	—39	187,3	32,1	—0,6	159,2	33,7	—1,5	220,4	26,4	—3,6
12	—38	175,7	27,3	—3,1	171,2	31,1	4,5	180,3	19,5	—12,7
13	—37	163,3	22,2	—6,9	165,7	28,4	2,2	160,8	12,0	—16,9
14	—36	161,6	16,9	—9,9	144,9	25,5	—8,7	180,2	4,5	—11,1
15	—35	152,3	12,1	—17,5	138,0	22,3	—23,7	168,1	—1,4	—9,9
16	—34	130,2	7,6	—13,6	121,9	18,4	—17,2	139,2	—5,7	—8,9
17	—33	154,5	3,3	0,8	146,8	14,2	0,8	162,7	—9,3	—0,1
18	—32	168,7	—0,8	14,9	164,2	10,1	16,9	173,1	—12,5	9,8
19	—31	147,5	—3,5	14,6	144,6	6,7	19,1	150,4	—13,9	8,0
20	—30	143,0	—5,7	0,7	140,6	4,1	2,9	145,4	—15,3	—0,5
21	—29	129,4	—8,1	—8,9	119,6	2,0	—12,0	140,1	—17,2	—2,8
22	—28	118,0	—10,4	—13,8	104.4	—0,1	—20,8	133,3	—19,2	—2,8
23	—27	123,4	—12,7	—12,4	114,1	—2,4	—18,0	133,5	—21,0	—2,4
24	—26	122,7	—15,9	1,8	117,1	—5,4	1,4	128,6	—23,8	5,2
25	—25	138,8	—18,4	7,1	138,4	—7,6	10,6	139,2	—26,2	6,5
26	—24	125,1	—20,4	10,0	126,6	—8,9	14,6	123,6	—28,3	8,2
27	—23	120,8	—22,0	1,1	120,9	—9,6	4,8	120,6	—30,3	1,8
28	—22	112,6	—23,6	—2,5	113,5	—10,2	—1,2	111,7	—32,3	0,5

Jahre	x	Allgemeine Empirische Reihe	Allgemeine Große Zyklen	Allgemeine Kleine Zyklen	Landwirtschaftliche Empirische Reihe	Landwirtschaftliche Große Zyklen	Landwirtschaftliche Kleine Zyklen	Industrielle Empirische Reihe	Industrielle Große Zyklen	Industrielle Kleine Zyklen
1829	— 21	109,7	— 25,2	— 6,2	110,7	— 10,8	— 6,5	108,7	— 34,3	— 2,1
30	— 20	105,1	— 26,5	— 4,7	106,3	— 11,7	— 3,4	103,8	— 35,7	— 1,2
31	— 19	110,7	— 27,5	— 4,3	117,4	— 12,2	— 2,2	104,4	— 36,3	— 1,2
32	— 18	106,0	— 27,9	— 4,3	110,6	— 12,5	— 1,0	101,6	— 36,3	— 2,2
33	— 17	102,5	— 27,1	— 6,7	108,3	— 11,3	— 3,7	97,1	— 34,9	— 4,8
34	— 16	104,4	— 25,7	— 7,5	113,0	— 9,7	— 4,7	96,4	— 32,6	— 6,2
35	— 15	106,0	— 23,9	— 2,8	112,2	— 7,9	0,3	100,1	— 29,7	— 1,6
36	— 14	117,6	— 22,0	0,5	123,2	— 6,4	2,5	112,3	— 26,3	2,4
37	— 13	116,0	— 20,3	3,0	120,8	— 5,6	5,8	111,2	— 23,0	4,2
38	— 12	115,1	— 19,2	5,6	120,7	— 5,8	11,2	109,8	— 19,9	4,7
39	— 11	125,6	— 18,6	7,7	133,8	— 6,7	13,1	118,0	— 17,3	7,3
40	— 10	121,1	— 18,5	10,3	121,8	— 7,9	14,2	120,4	— 15,5	11,4
41	— 9	120,3	— 18,6	5,2	118,9	— 9,0	3,7	121,6	— 14,0	9,9
42	— 8	110,3	— 19,0	— 2,8	106,2	— 10,6	— 6,5	114,6	— 13,1	3,3
43	— 7	98,0	— 19,9	— 9,4	94,0	— 12,5	— 13,4	102,1	— 13,0	— 3,6
44	— 6	99,4	— 21,1	— 9,1	97,3	— 14,5	— 11,7	101,5	— 13,2	— 4,4
45	— 5	105,7	— 22,4	— 2,5	103,2	— 16,3	— 0,6	108,2	— 13,7	— 0,6
46	— 4	108,9	— 23,5	6,2	111,7	— 18,2	13,5	106,2	— 14,2	5,1
47	— 3	116,8	— 23,7	4,9	122,6	— 18,8	13,4	111,3	— 13,8	2,4
48	— 2	100,0	— 22,7	— 1,4	100,6	— 17,9	4,1	99,5	— 12,2	— 2,7
49	— 1	93,8	— 20,8	— 10,4	92,6	— 16,2	— 10,6	94,9	— 9,6	— 8,5
50	0	97,5	— 18,5	— 12,9	94,4	— 14,1	— 13,9	100,7	— 6,5	— 11,4
51	1	98,6	— 15,8	— 11,8	98,8	— 11,6	— 13,4	98,3	— 3,0	— 9,9
52	2	102,6	— 13,1	— 4,9	100,1	— 8,9	— 6,5	105,2	0,3	— 2,8
53	3	120,5	— 10,6	5,3	116,2	— 6,3	3,7	125,0	3,4	8,3
54	4	130,2	— 7,8	12,4	128,0	— 3,5	12,1	132,4	6,5	14,6
55	5	126,9	— 4,8	11,3	126,3	— 0,2	13,5	127,5	9,7	10,6
56	6	124,0	— 2,3	6,7	127,0	2,6	9,8	121,1	12,3	4,1
57	7	124,5	— 0,1	— 0,6	127,4	4,9	2,5	121,6	14,6	— 4,5
58	8	113,6	1,9	— 5,0	116,6	6,8	— 3,4	110,7	16,9	— 8,0
59	9	116,8	3,6	— 7,4	117,4	8,2	— 7,0	116,2	18,8	— 9,4
60	10	121,6	5,0	— 5,4	121,7	9,5	— 5,7	121,6	20,5	— 6,9
61	11	121,6	6,8	— 2,5	123,2	10,9	— 2,3	120,1	22,5	— 5,0
62	12	127,3	8,8	0,7	129,9	12,7	— 0,7	124,8	24,7	— 0,4
63	13	133,5	10,7	5,0	130,3	14,7	0,7	136,8	26,5	6,5
64	14	136,2	12,6	6,1	131,7	16,8	0,6	140,9	28,0	8,5
65	15	133,3	14,1	5,6	134,4	18,6	2,3	132,2	29,2	5,6
66	16	135,2	15,4	3,0	139,3	20,3	2,4	131,1	29,8	— 0,4
67	17	131,3	16,5	1,3	136,1	21,6	2,9	126,6	30,3	— 4,0
68	18	130,6	17,3	— 1,7	138,6	22,6	— 0,2	123,1	30,7	— 6,8
69	19	128,2	17,8	— 3,2	133,1	23,1	— 2,1	123,4	30,6	— 8,1
70	20	126,9	18,0	— 3,8	132,2	23,4	— 2,5	121,8	30,2	— 8,6
71	21	127,9	17,9	0,4	137,0	23,2	— 0,2	119,5	29,6	— 2,8
72	22	136,0	17,3	7,0	137,7	22,6	2,9	134,4	28,4	7,5
73	23	139,9	16,2	10,3	137,4	21,4	3,9	142,4	26,6	12,8
74	24	131,1	14,9	7,8	135,6	19,9	3,2	126,7	24,7	9,1
75	25	123,9	13,3	2,5	130,2	18,1	2,2	118,0	22,1	0,1
76	26	119,7	11,1	0,5	128,5	16,0	1,3	111,5	18,9	— 2,7
77	27	117,8	8,8	— 2,0	126,2	13,8	— 0,2	110,0	15,5	— 5,6

Jahre	x	Allgemeine			Landwirtschaftliche			Industrielle		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1878	28	109,0	6,5	— 5,2	118,7	11,5	— 4,3	100,2	12,1	— 7,3
79	29	102,9	4,2	— 5,5	110,0	9,1	— 4,7	96,3	8,5	— 7,1
80	30	107,9	1,8	— 3,4	117,0	6,5	— 3,2	99,5	5,3	— 4,0
81	31	105,9	— 0,2	1,6	114,0	3,8	1,7	98,2	2,6	1,1
82	32	107,1	— 2,1	3,4	114,4	1,4	3,3	100,3	0,3	3,1
83	33	104,9	— 3,7	3,5	112,5	— 1,1	3,7	97,8	— 1,5	3,0
84	34	99,5	— 5,0	1,2	107,2	— 3,2	1,8	92,2	— 3,0	0,4
85	35	95,5	— 6,0	— 2,8	101,9	— 5,1	— 2,2	89,5	— 4,1	— 3,3
86	36	90,2	— 6,7	— 5,2	95,5	— 6,8	— 4,7	85,2	— 5,2	— 5,4
87	37	88,9	— 7,6	— 4,8	94,3	— 8,5	— 4,7	83,7	— 6,3	— 4,6
88	38	92,0	— 8,3	— 1,7	95,7	— 10,2	— 2,1	88,5	— 7,5	— 1,1
89	39	93,7	— 9,1	2,6	96,7	— 11,8	0,9	90,8	— 8,8	4,5
90	40	95,5	— 9,8	5,4	96,5	— 13,1	4,3	94,5	— 9,9	6,5
91	41	94,9	— 10,4	5,0	99,6	— 14,4	4,9	90,4	— 11,2	5,3
92	42	89,2	— 10,9	4,0	93,5	— 15,6	4,9	85,0	— 12,5	3,3
93	43	89,3	— 11,2	— 0,1	92,3	— 16,5	0,7	86,4	— 13,6	— 0,4
94	44	81,9	— 11,2	— 3,2	84,7	— 17,1	— 2,5	79,2	— 14,3	— 3,3
95	45	79,5	— 10,8	— 6,4	82,4	— 17,5	— 5,0	76,7	— 14,5	— 6,7
96	46	81,0	— 10,0	— 6,7	83,7	— 17,5	— 4,9	78,4	— 14,3	— 7,6
97	47	81,4	— 8,7	— 5,8	83,9	— 17,1	— 3,3	79,0	— 13,6	— 7,1
98	48	84,1	— 6,8	— 3,2	87,2	— 16,1	— 1,5	81,0	— 12,6	— 3,7
99	49	90,6	— 4,9	3,4	90,4	— 14,7	1,6	90,8	— 11,7	6,3
1900	50	101,7	— 2,7	6,2	95,3	— 12,9	2,7	108,4	— 10,6	11,1
01	51	96,4	0,1	5,5	94,5	— 10,8	3,0	98,4	— 8,9	9,6
02	52	94,5	2,9	0,0 [1])	96,0	— 8,7	1,0	93,1	— 7,3	0,6
03	53	94,0	5,3	— 3,2	95,7	— 6,7	0,0	92,4	— 6,2	— 4,6
04	54	93,9	7,6	— 4,9	96,7	— 4,9	— 1,0 [1])	91,1	— 5,3	— 6,7
05	55	95,3	9,7	— 3,0	97,9	— 3,2	0,1	92,7	— 4,4	— 3,9
06	56	103,3	11,9	1,2	102,7	— 1,6	1,8	103,8	— 3,8	3,1
07	57	109,3	14,4	1,1	105,6	0,3	1,1	113,2	— 2,8	3,9
08	58	100,7	17,4	— 2,9	100,8	2,6	— 1,9	100,6	— 0,8	— 0,8 [1])
09	59	100,5	20,9	— 7,6	101,1	5,6	— 6,2	99,8	1,6	— 6,1
10	60	107,2	25,8	— 9,2	104,5	10,4	— 9,5	110,0	4,8	— 6,4
11	61	110,8	33,4	— 11,0	107,9	18,7	— 13,9	113,7	10,2	— 6,0
12	62	117,9	44,8	— 19,9	114,9	31,2	— 25,0	121,0	19,2	— 13,7
13	63	117,0	59,7	— 34,1	113,4	47,5	— 40,4	120,8	31,9	— 28,1
14	64	117,3	77,3	— 44,7	116,7	66,5	— 49,7	117,8	47,1	— 41,2
15	65	139,4	94,5	— 39,3	145,1	85,1	— 41,4	133,8	61,8	— 39,7
16	66	178,3	109,5	— 7,8	186,6	101,2	— 1,3	170,4	74,8	— 16,6
17	67	237,6	121,2	35,9	261,2	113,4	42,1	216,0	84,6	26,9
18	68	281,2	129,4	67,4	287,7	121,6	58,4	274,7	91,0	63,2
19	69	279,5	134,2	70,6	274,6	125,3	65,3	284,7	95,1	71,9
20	70	254,3	131,8	25,7	260,1	121,1	23,4	248,5	91,9	23,8
21	71	168,7	130,9	—	179,7	117,5	—	158,4	91,0	—
22	72	167,4	—	—	173,7	—	—	161,3	—	—
23	73	159,0	—	—	144,5	—	—	174,9	—	—
24	74	164,3	—	—	154,7	—	—	174,6	—	—

Trendgleichungen: des allgemeinen Index: $y = 125{,}836 - 0{,}6464\,x$
des landwirtschaftl.: $y = 119{,}276 - 0{,}3095\,x$
des industriellen: $y = 113{,}692 - 1{,}0891\,x + 0{,}016461\,x^2$

[1]) Die verbesserten Wellen der kleinen Zyklen (siehe Bemerkungen zu diesen Tabellen) werden von dem Jahre an angeführt, von welchem an die Abweichung von dem unausgeglichenen Wert 0,1 übersteigt. (Die Fortsetzung dieser Anmerkung siehe auf folgender Seite.)

Anhang I, Nr. 2.

Vereinigte Staaten

Indices der Warenpreise. Nr. 2.

Jahre	Allgem.	Landwirtschl.	Industrielle	Jahre	Allgem.	Landwirtschl.	Industrielle	Jahre	Allgem.	Landwirtschl.	Industrielle
1801	123,1	95,0	159,6	1830	79,5	62,7	100,6	1859	94,8	96,8	92,8
02	97,8	73,8	129,6	31	80,4	68,1	95,0	60	90,5	86,7	94,5
03	100,6	74,2	136,4	32	85,6	68,5	107,0	61	81,9	70,2	95,7
04	108,6	82,9	142,2	33	82,1	70,9	95,0	62	93,5	74,9	116,5
05	116,4	92,4	146,6	34	75,6	65,8	86,9	63	110,8	88,6	138,5
06	109,2	86,9	137,1	35	86,9	79,6	94,9	64	109,5	86,5	138,6
07	104,8	80,5	136,4	36	100,4	89,8	112,4	65	128,1	103,0	159,4
08	93,5	67,5	129,6	37	103,2	86,5	123,1	66	120,6	97,7	148,9
09	97,9	72,2	132,8	38	93,7	82,1	107,0	67	112,0	102,4	122,6
10	102,0	77,7	134,1	39	92,4	82,4	103,7	68	111,4	105,7	117,4
11	102,5	74,3	141,4	40	79,4	69,7	90,4	69	115,3	104,9	126,8
12	103,4	70,1	152,4	41	75,7	64,8	88,3	70	116,1	105,5	127,7
13	130,8	93,1	183,7	42	68,0	58,0	79,7	71	119,3	105,9	134,4
14	144,1	107,6	193,0	43	64,5	55,9	74,3	72	119,7	101,5	141,2
15	126,1	93,4	170,1	44	68,7	61,9	76,3	73	111,7	94,0	132,8
16	118,7	97,5	144,3	45	69,0	61,8	77,0	74	112,3	106,6	118,3
17	124,8	109,6	142,2	46	68,1	56,3	82,5	75	104,4	103,5	105,4
18	119,9	100,0	143,7	47	75,6	63,5	90,1	76	97,1	91,2	103,4
19	107,8	84,2	138,2	48	72,3	63,7	82,2	77	100,0	96,6	103,5
20	90,2	65,8	123,8	49	70,9	62,5	80,4	78	89,6	83,9	95,6
21	96,5	80,8	115,3	50	74,5	67,7	81,8	79	87,8	82,6	93,3
22	92,3	70,8	120,4	51	74,4	69,4	79,7	80	101,0	97,2	104,9
23	86,3	65,9	113,0	52	75,0	72,1	78,1	81	105,4	105,5	105,3
24	85,1	61,7	117,4	53	86,6	82,1	91,3	82	112,1	116,7	107,6
25	90,1	66,9	121,3	54	89,7	82,9	97,1	83	101,6	101,9	101,2
26	87,6	66,3	115,8	55	92,6	89,2	96,2	84	94,3	95,7	92,9
27	84,8	62,9	114,3	56	90,4	86,8	94,2	85	87,3	87,0	87,5
28	83,3	62,5	111,1	57	99,9	97,3	102,5	86	85,1	83,3	86,9
29	82,8	62,6	109,5	58	84,2	77,8	91,2	87	86,4	83,3	89,6

Indices \ Jahre	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
allgemeine	0,2	— 2,8	— 4,2	— 2,2	2,3	2,4	— 1,3	— 5,4	— 5,2	— 2,7
landwirtsch.					1,9	1,3	— 1,3	— 3,7	— 3,3	— 0,2
industrielle							— 0,6	— 5,1	— 3,1	2,0

Indices \ Jahre	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
allgemeine	— 3,9	— 7,3	— 5,0	11,5	48,6	93,7	124,8	126,0	81,6
landwirtsch.	0,5	0,9	8,7	31,4	78,8	125,5	153,2	149,5	108,4
industrielle	2,8	0,9	1,6	15,2	45,7	91,1	126,8	133,0	86,0

Jahre	All-gem.	Land-wirt-schl.	Indu-strielle	Jahre	All-gem.	Land-wirt-schl.	Indu-strielle	Jahre	All-gem.	Land-wirt-schl.	Indu-strielle
1888	90,4	88,1	92,9	1901	85,3	84,6	85,9	1914	112,3	118,6	106,4
89	85,5	78,1	93,6	02	91,0	94,8	87,4	15	117,4	125,3	109,9
90	83,8	78,6	89,3	03	91,8	89,6	94,1	16	137,5	144,4	130,9
91	86,5	89,2	83,8	04	94,5	93,0	96,0	17	195,1	217,2	175,3
92	81,4	82,8	80,0	05	95,9	93,2	98,7	18	226,7	246,2	208,7
93	78,1	78,5	77,8	06	99,7	95,5	104,0	19	237,8	260,0	217,4
94	70,8	71,0	70,7	07	108,2	104,7	111,9	20	252,6	243,0	262,6
95	72,0	71,7	72,2	08	105,2	107,0	103,5	21	152,7	130,8	178,4
96	66,2	60,7	72,3	09	111,3	116,9	106,0	22	155,7	140,6	172,5
97	68,3	66,0	70,5	10	112,1	116,3	107,9	23	173,8	156,1	193,5
98	72,1	74,3	70,0	11	107,3	106,4	108,2	24	174,1	160,3	189,0
99	80,6	78,6	82,6	12	113,0	115,3	110,7				
1900	85,4	80,8	90,3	13	112,2	115,9	108,6				

England Anhang II, Nr. 1.

Kaufkraft der landwirtschaftlichen und der industriellen Waren.

Jahre	x	Landwirtschaftliche Waren			Industrielle Waren		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1786	— 69	64,9	—	—	153,9	—	—
87	— 68	66,2	—	—	151,1	—	—
88	— 67	66,2	—	—	151,0	—	—
89	— 66	65,9	— 5,4	—	151,7	11,5	—
90	— 65	66,8	— 5,1	— 3,0	149,7	10,8	6,3
91	— 64	63,0	— 5,0	— 3,2	158,5	10,5	6,7
92	— 63	67,9	— 4,7	— 2,3	147,3	9,7	4,7
93	— 62	71,6	— 4,4	1,0	139,6	9,1	— 2,6
94	— 61	73,7	— 4,0	1,9	135,7	7,9	— 4,5
95	— 60	73,5	— 3,2	0,9	136,0	6,5	— 2,6
96	— 59	73,2	— 2,4	— 2,2	136,7	4,8	3,2
97	— 58	70,8	— 1,7	— 3,0	141,3	3,4	4,8
98	— 57	75,8	— 1,0	— 1,9	132,0	2,2	3,2
99	— 56	79,0	— 0,7	1,8	126,6	1,4	— 3,2
1800	— 55	82,9	— 0,4	4,8	120,6	1,0	— 7,5
01	— 54	85,1	— 0,2	4,1	117,5	0,6	— 6,6
02	— 53	80,4	0,1	0,6	124,4	0,1	— 0,9
03	— 52	77,1	0,2	— 1,4	129,7	— 0,2	2,2
04	— 51	82,2	0,2	— 0,8	121,7	— 0,2	1,2
05	— 50	84,0	0,1	— 0,7	119,0	0,0	0,9
06	— 49	79,3	0,3	— 2,0	126,2	— 0,3	2,9
07	— 48	80,9	0,8	— 2,5	123,6	— 0,9	3,8
08	— 47	85,6	1,4	— 1,0	116,8	— 1,5	1,1
09	— 46	87,3	2,2	— 0,3	114,5	— 2,5	— 0,3
10	— 45	86,9	3,2	— 2,1	115,1	— 3,7	2,5

Jahre	x	Landwirtschaftliche Waren			Industrielle Waren		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1811	— 44	85,0	4,0	0,1	117,7	— 4,5	— 0,5
12	— 43	97,4	4,5	4,9	102,6	— 5,1	— 5,7
13	— 42	101,5	5,1	5,4	98,5	— 5,9	— 6,5
14	— 41	89,7	5,8	1,0	111,5	— 6,7	— 1,3
15	— 40	90,6	6,1	— 3,3	110,4	— 7,0	3,6
16	— 39	93,6	5,9	— 1,8	106,9	— 6,8	1,8
17	— 38	95,0	5,6	0,8	105,3	— 6,4	— 1,2
18	— 37	97,3	5,1	2,6	102,6	— 5,8	— 3,2
19	— 36	98,0	4,5	4,0	102,0	— 5,0	— 4,8
20	— 35	98,3	4,1	1,7	101,7	— 4,5	— 2,1
21	— 34	92,4	4,1	— 3,0	108,3	— 4,5	3,2
22	— 33	88,5	4,1	— 6,0	113,0	— 4,4	6,7
23	— 32	92,5	4,0	— 5,4	108,2	— 4,3	6,0
24	— 31	95,4	4,0	— 1,3	104,8	— 4,2	1,3
25	— 30	99,7	4,3	1,4	100,3	— 4,5	— 1,8
26	— 29	101,2	4,8	2,2	98,8	— 4,9	— 2,6
27	— 28	100,1	5,4	1,3	99,8	— 5,6	— 1,7
28	— 27	100,8	6,2	— 0,4	99,2	— 6,3	0,1
29	— 26	100,9	6,9	— 1,4	99,1	— 7,0	1,0
30	— 25	101,1	7,4	— 0,3	98,8	— 7,4	0,1
31	— 24	106,1	7,6	0,2	94,3	— 7,5	— 0,4
32	— 23	104,3	7,7	1,2	95,8	— 7,6	— 1,3
33	— 22	105,7	7,8	1,5	94,7	— 7,6	— 1,5
34	— 21	108,2	7,6	1,8	92,3	— 7,4	— 1,8
35	— 20	105,8	7,2	1,4	94,4	— 7,0	— 1,5
36	— 19	104,8	6,6	0,2	95,5	— 6,3	— 0,4
37	— 18	104,1	5,6	0,5	95,9	— 5,3	— 0,7
38	— 17	104,9	4,3	2,1	95,4	— 4,0	— 2,2
39	— 16	106,5	3,0	1,8	93,9	— 2,7	— 1,9
40	— 15	100,6	1,6	0,5	99,4	— 1,5	— 0,6
41	— 14	98,8	0,6	— 2,8	101,1	— 0,5	2,6
42	— 13	96,3	— 0,2	— 4,2	103,9	0,3	3,9
43	— 12	95,9	— 1,0	— 4,1	104,2	1,1	3,8
44	— 11	97,9	— 1,6	— 3,1	102,1	1,7	2,8
45	— 10	97,6	— 2,2	0,0	102,4	2,2	0,0
46	— 9	102,6	— 2,6	3,2	97,5	2,6	— 3,1
47	— 8	105,0	— 2,9	4,5	95,3	2,9	— 4,4
48	— 7	100,6	— 3,1	2,8	99,5	3,2	— 2,7
49	— 6	98,7	— 3,5	— 0,6	101,2	3,4	0,6
50	— 5	96,8	— 3,9	— 0,7	103,3	3,9	0,6
51	— 4	100,2	— 4,2	— 0,9	99,7	4,2	0,9
52	— 3	97,6	— 4,6	— 1,1	102,5	4,4	1,2
53	— 2	96,4	— 4,8	— 1,9	103,7	4,6	2,0
54	— 1	98,3	— 4,9	— 1,3	101,7	4,7	1,4
55	0	99,5	— 4,8	0,7	100,5	4,6	— 0,6
56	1	102,4	— 4,7	1,9	97,7	4,4	— 1,8
57	2	102,3	— 4,6	2,8	97,7	4,3	— 2,7

Jahre	x	Landwirtschaftliche Waren			Industrielle Waren		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1858	3	102,6	—4,7	1,9	97,4	4,4	—1,8
59	4	100,5	—4,8	0,9	99,5	4,5	—0,8
60	5	100,1	—4,9	0,4	100,0	4,6	—0,2
61	6	101,3	—5,2	0,9	98,8	4,8	—0,8
62	7	102,0	—5,3	0,0	98,0	4,9	0,3
63	8	97,6	—5,2	—2,3	102,5	4,9	2,5
64	9	96,7	—5,0	—3,2	103,5	4,7	3,4
65	10	100,8	—4,7	—1,5	99,2	4,4	1,6
66	11	103,0	—4,3	0,8	97,0	4,1	—0,9
67	12	103,7	—4,0	2,5	96,4	3,7	—2,4
68	13	106,1	—3,7	2,3	94,3	3,4	—2,2
69	14	103,8	—3,5	2,1	96,3	3,2	—1,9
70	15	104,2	—3,1	2,1	96,0	2,9	—2,0
71	16	107,1	—3,0	0,8	93,4	2,8	—0,7
72	17	101,3	—2,7	—2,1	98,8	2,5	2,1
73	18	98,2	—2,4	—4,1	101,8	2,2	3,9
74	19	103,4	—2,1	—3,0	96,6	1,9	2,8
75	20	105,1	—1,7	0,4	95,2	1,6	—0,5
76	21	107,4	—1,1	1,2	93,1	1,1	—1,2
77	22	107,1	—0,5	2,0	93,4	0,5	—1,8
78	23	108,9	0,0	0,9	91,9	0,0	—0,9
79	24	106,9	1,1	0,6	93,6	—0,7	—0,7
80	25	108,4	1,8	—0,6	92,2	—1,2	0,1
81	26	107,6	2,0	—1,0	92,7	—1,4	0,4
82	27	106,8	2,0	—1,3	93,7	—1,4	0,6
83	28	107,2	1,5	—0,6	93,2	—1,0	0,1
84	29	107,7	0,7	0,4	92,7	—0,5	—0,5
85	30	106,7	0,0	0,6	93,7	0,0	—0,6
86	31	105,9	—0,3	0,8	94,4	0,3	—0,6
87	32	106,1	—0,7	0,1	94,2	0,7	—0,1
88	33	104,0	—1,0	—0,5	96,2	1,0	0,4
89	34	103,2	—1,2	—2,2	96,9	1,1	2,1
90	35	101,0	—1,4	—1,3	99,0	1,3	1,3
91	36	105,0	—1,6	—0,3	95,3	1,4	0,3
92	37	104,8	—1,6	0,9	95,3	1,4	—0,8
93	38	103,4	—1,6	0,6	96,8	1,4	—0,6
94	39	103,4	—1,8	0,6	96,7	1,7	—0,5
95	40	103,6	—2,0	0,9	96,5	1,9	—1,1
96	41	103,3	—2,2	1,4	96,8	2,2	—1,4
97	42	103,1	—2,6	2,1	97,1	2,5	—2,1
98	43	103,7	—2,9	1,3	96,3	2,9	—1,3
99	44	99,8	—2,9	—2,2	100,2	2,9	2,2
1900	45	93,7	—2,8	—4,4	106,6	2,8	4,4
01	46	98,0	—2,8	—3,2	102,1	2,8	3,4
02	47	101,6	—2,8	0,5	98,5	2,8	—0,4
03	48	101,8	—2,6	2,7	98,3	2,5	—2,7
04	49	103,0	—2,3	3,2	97,0	2,3	—3,4

Jahre	x	Landwirtschaftliche Waren			Industrielle Waren		
		Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen	Empirische Reihe	Große Zyklen	Kleine Zyklen
1905	50	102,7	—2,1	2,3	97,3	2,1	—2,5
06	51	99,4	—1,8	—0,3	100,5	1,8	0,3
07	52	96,6	—1,7	—1,0	103,6	1,7	1,2
08	53	100,1	—1,8	—0,1	99,9	1,8	0,3
09	54	100,6	—1,7	0,5	99,3	1,7	—0,5
10	55	97,5	—1,3	—0,7	102,6	1,3	0,6
11	56	97,4	—0,6	—2,2	102,6	0,7	2,2
12	57	97,5	0,4	—3,2	102,6	—0,2	3,2
13	58	96,9	1,5	—3,2	103,2	—1,5	3,2
14	59	99,5	2,7	—1,6	100,4	—2,6	1,5
15	60	104,1	4,0	0,5	96,0	—3,9	—0,6
16	61	104,7	5,1	4,1	95,6	—5,0	—3,9
17	62	109,9	5,9	2,8	90,9	—5,9	—2,6
18	63	102,3	6,6	0,0	97,7	—6,4	0,1
19	64	98,2	6,6	—3,0	101,9	—6,5	2,6
20	65	102,3	6,3	—0,1	97,7	—6,2	0,0
21	66	106,5	5,5	—	93,9	—5,4	—
22	67	103,8	—	—	96,4	—	—
23	68	90,9	—	—	110,0	—	—
24	69	94,2	—	—	106,3	—	—

Trendgleichungen:

Kaufkraft der landw. Waren: $y = 10^{2,018142 + 0,0009360x - 0,0000226618x^2}$

» » industr. Waren $y = 10^{1,981805 - 0,0009361x + 0,000022624x^2}$

Anhang II, Nr. 2.

Vereinigte Staaten

Kaufkraft der landwirtschaftlichen Waren.

Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen	Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen
1791	—137	65,5	—	1804	—111	76,3	2,8
92	—135	72,8	—	05	—109	79,4	2,8
93	—133	77,1	—	06	—107	79,6	2,4
94	—131	74,2	3,1	07	—105	76,8	1,6
95	—129	69,9	2,5	08	—103	72,2	0,8
96	—127	71,3	1,8	09	—101	73,7	—0,7
97	—125	72,8	1,2	10	—99	76,2	—3,2
98	—123	62,6	1,1	11	—97	72,5	—4,3
99	—121	64,0	1,0	12	—95	67,8	—3,9
1800	—119	71,3	1,0	13	—93	71,2	—3,2
01	—117	77,2	1,4	14	—91	74,7	—2,1
02	—115	75,5	1,9	15	—89	74,1	0
03	—113	73,8	2,5	16	—87	82,1	3,0

Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen	Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen
1817	— 85	87,8	4,5	1866	13	81,0	—8,1
18	— 83	83,4	5,2	67	15	91,4	—7,9
19	— 81	78,1	4,5	68	17	94,9	—7,2
20	— 79	72,9	—0,1	69	19	91,0	—6,1
21	— 77	83,7	—1,5	70	21	90,9	—5,1
22	— 75	76,7	—3,1	71	23	88,8	—4,3
23	— 73	76,4	—4,5	72	25	84,8	—3,4
24	— 71	72,5	—5,9	73	27	84,2	—2,9
25	— 69	74,3	—6,5	74	29	94,9	—2,7
26	— 67	75,7	—6,9	75	31	99,1	—2,1
27	— 65	74,2	—6,6	76	33	93,9	—1,1
28	— 63	75,0	—6,0	77	35	96,6	0,1
29	— 61	75,6	—4,8	78	37	93,6	0,9
30	— 59	78,9	—3,4	79	39	94,1	1,8
31	— 57	84,7	—1,8	80	41	96,2	2,3
32	— 55	80,0	—0,3	81	43	100,1	2,5
33	— 53	86,4	1,2	82	45	104,1	2,6
34	— 51	87,0	2,3	83	47	100,3	2,6
35	— 49	91,6	3,0	84	49	101,5	2,4
36	— 47	89,4	3,6	85	51	99,7	2,1
37	— 45	83,8	3,6	86	53	97,9	1,8
38	— 43	87,6	3,4	87	55	96,4	1,4
39	— 41	89,2	3,0	88	57	97,5	1,1
40	— 39	87,8	2,5	89	59	91,3	1,0
41	— 37	85,6	1,9	90	61	93,8	0,8
42	— 35	85,3	1,2	91	63	103,1	0,6
43	— 33	86,7	0,7	92	65	101,7	0,7
44	— 31	90,1	0,3	93	67	100,5	0,7
45	— 29	89,6	0,1	94	69	100,3	0,7
46	— 27	82,7	0,4	95	71	99,6	0,6
47	— 25	84,0	0,8	96	73	91,7	0,6
48	— 23	88,1	1,4	97	75	96,6	0,4
49	— 21	88,2	2,2	98	77	103,1	0,0
50	— 19	90,9	3,2	99	79	97,5	—0,1
51	— 17	93,3	4,0	1900	81	94,6	—0,1
52	— 15	96,1	4,9	01	83	99,2	—0,4
53	— 13	94,8	6,0	02	85	104,2	—0,5
54	— 11	92,4	6,9	03	87	97,6	—0,3
55	— 9	96,3	7,0	04	89	98,4	—0,2
56	— 7	96,0	6,4	05	91	97,2	—0,1
57	— 5	97,4	5,3	06	93	95,8	0,3
58	— 3	92,4	3,4	07	95	96,8	0,7
59	— 1	102,1	1,0	08	97	101,7	1,1
60	1	95,8	—1,5	09	99	105,0	1,6
61	3	85,7	—3,5	10	101	103,7	2,5
62	5	80,1	—5,4	11	103	99,2	3,8
63	7	80,0	—6,8	12	105	102,0	4,8
64	9	79,0	—7,8	13	107	103,3	5,8
65	11	80,4	—8,0	14	109	105,6	6,4

Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen	Jahre	x	Empirische Reihe	Große Zyklen
1915	111	106,7	6,3	1920	121	96,2	— 3,9
16	113	105,0	5,5	21	123	85,7	— 7,2
17	115	111,3	4,2	22	125	90,3	—
18	117	108,6	2,1	23	127	89,8	—
19	119	109,3	— 0,4	24	129	92,1	—

Trendgleichung:

$$y = 90{,}955 + 0{,}1244\,x - 0{,}000373\,x^2.$$

Anhang III.

England

Indices des physischen Volumens der Produktion.

Jahre	Allgemein	Landwirtschaft: Allgemein	Landwirtschaft nach Gruppen: Brotgetreide	Tierische Produkte	Intensive Kulturen	Heu	Industrie: Allgemein	Industrie nach Gruppen: Textilindustrie	Metallindustrie	Holzverarbeitende Industrie	Montanindustrie
1800									2,0		4,6
01								5,7			
02								5,7			
03								5,5		13,6	
04								6,2			
05								5,8			
06								5,7	2,6		
07								6,7			
08								4,5			
09								7,6			
10							6,7	9,9	2,7	13,8	
11								7,9			
12								6,1			
13								5,6			
14								6,2	3,2		
15								8,9			
16								8,4			
17								10,6			
18								13,7	3,5		
19								11,8			
20							8,4	12,5	4,0	15,3	6,5
21								12,8			
22								13,4			
23								15,6	4,9		
24								13,7			

Jahre	Allgemein	Landwirtschaft						Industrie				
		Allgemein	Nach Gruppen					Allgemein	Nach Gruppen			
			Brotgetreide	Tierische Produkte	Intensive Kulturen	Heu			Textilindustrie	Metallindustrie	Holzverarbeitende Industrie	Montanindustrie
1825									18,3	6,3		
26									15,0			
27									20,5	7,5		
28									18,5	7,6		
29									18,3			
30	34,0	97,6	146,7	75,3				11,9	21,9	7,3	16,0	7,7
31									22,3			
32									22,1			
33									24,5	7,5		
34									25,2			
35									26,2	10,8		
36									30,3			
37									29,0			
38									34,5			
39									28,7	13,5		
40	44,6	99,9	145,1[1])	79,6[1])				19,9	36,7	15,1	17,4	16,3
41									32,9	16,2		
42									33,7	11,9		
43									39,0	13,1		
44									38,6	21,6	18,1	
45									44,0	16,3	23,8	
46		101,1	144,2	82,1[1])					30,9	19,0[1])	24,6	
47									30,7	21,6	23,0	
48									43,0	22,5[1])	21,8	
49									49,8	23,4[1])	19,8	
50	51,5	101,8	143,2[1])	83,9[1])				26,0	40,7	24,3	20,2	23,0
51									43,2	26,7[1])	25,7	
52									51,6	29,1	25,0	
53									51,6	31,1[1])	30,7	
54								34,8	49,2	33,1	30,2	29,9
55	57,6	102,7	142,0[1])	86,0				32,3	48,7	34,7	22,4	28,7
56								37,5	55,4	38,7	29,6	31,2
57								37,5	54,1	39,5	30,3	30,6
58								35,9	54,2	37,3	27,2	30,3
59								40,1	60,7	40,0	31,8	33,4
60	66,9	105,3	140,8[1])	91,3[1])				42,5	65,2	41,3	33,0	36,7
61								41,9	56,1	40,0	36,1	38,2
62								35,7	29,8	42,5	34,3	37,5
63								40,7	35,6	48,6	39,6	39,9
64								45,7	48,3	51,4	41,1	42,7
65								47,3	47,5	52,0	45,1	44,9
66	73,1	108,4	139,4	97,7				49,3	61,0	48,8	43,0	40,0

[1]) Interpoliert.

Jahre	Allgemein	Landwirtschaft						Industrie				
		Allgemein	Nach Gruppen					Allgemein	Nach Gruppen			
			Brotgetreide	Tierische Produkte	Intensive Kulturen	Heu			Textilindustrie	Metallindustrie	Holzverarbeitende Industrie	Montanindustrie
1867				98,1				48,5	57,3	51,3	39,9	47,2
68				92,1				51,5	62,9	53,6	44,4	46,9
69				89,3				51,8	58,5	58,7	42,9	48,9
70	77,2	104,6	134,5[1]	94,2				57,0	68,5	64,3	47,5	50,4
71				97,2				62,6	81,0	71,5	49,4	53,6
72				99,7				62,0	68,6	72,7	53,2	55,9
73				97,6				66,0	78,1	70,8	60,1	57,0
74				98,6				66,5	78,8	64,6	68,9	55,9
75				96,6				63,3	73,0	68,6	54,7	58,7
76	83,9	103,2	127,2	97,0				68,2	74,5	70,7	68,9	59,6
77				98,2				69,3	73,9	71,3	72,9	60,2
78				96,8				64,0	70,9	68,8	58,1	59,2
79				91,8				61,2	72,4	64,6	50,7	59,2
80	84,5	96,5	124,9[1]	86,5				74,0	80,5	83,5	68,2	65,5
81				87,0				72,0	78,7	87,8	56,5	69,0
82				93,2				76,6	83,6	92,6	63,5	70,2
83				95,2				77,1	80,0	92,0	66,1	72,6
84	86,2	99,9	122,6	96,8	89,6			74,3	82,9	84,2	61,7	70,9
85	82,1	94,8	115,9	97,0	80,9			71,1	72,6	80,0	63,2	69,9
86	83,3	98,9	113,9	94,1	96,3			70,2	84,0	75,6	55,9	68,4
87	81,5	91,7	111,5	95,9	81,7	81,0		72,5	83,8	81,5	57,6	70,2
88	88,0	99,6	114,0	95,0	85,2	106,6		77,8	86,1	86,2	66,5	74,0
89	94,3	104,3	114,9	96,4	93,0	114,7		85,3	95,7	89,8	80,7	76,3
90	91,3	102,2	123,7	104.1	83,1	101,9		81,6	90,4	85,2	74,0	77,7
91	91,0	101,3	118,9	107,2	92,5	89,3		81,8	101,7	80,0	70,0	78,5
92	86,2	93,3	103,9	98,6	91,3	81,1		79,5	90,9	72,3	80,0	76,1
93	78,2	82,9	90,3	96,0	85,1	64,0		73,7	77,4	75,2	73,1	69,4
94	91,4	100,3	110,6	97,6	84,6	110,6		83,4	92,2	80,1	83,0	78,8
95	87,6	91,8	89,3	100,9	91,3	86,2		83,5	94,9	83,1	77,8	79,3
96	90,8	91,6	100,9	103,2	84,2	80,4		89,9	95,4	93,4	89,8	81,8
97	93,6	93,8	99,4	97,9	80,5	98,9		93,3	91,2	94,8	104,2	84,1
98	98,3	101,8	109,5	99,2	88,4	112,1		94,8	111,5	92,8	92,3	84,5
99	94,3	94,1	105,2	102,9	80,6	90,9		94,3	86,7	101,6	98,3	91,2
1900	95,8	95,6	96,6	99,6	89,9	96,8		96,0	91,0	96,6	103,9	93,1
01	91,6	91,7	92,5	97,1	98,3	80,0		91,6	95,9	85,5	96,0	89,4
02	98,6	103,4	105,8	98,0	102,5	107,4		94,0	89,6	93,6	100,3	92,7
03	96,0	96,2	95,6	101,5	83,9	105,3		95,8	87,4	96,3	105,9	94,3
04	95,7	96,8	85,4	102,3	96,2	104,7		94,6	92,5	93,7	97,2	95,0
05	99,0	98,7	100,4	97,5	101,6	95,5		99,4	103,5	103,6	93,6	97,1
06	101,8	99,3	106,3	97,5	98,7	95,2		104,4	99,6	109,8	105,3	103,1
07	105,8	102,7	107,2	101,6	92,9	109,9		108,9	116,7	109,0	101,3	109,2
08	102,5	103,5	98,7	104,1	108,3	103,1		101,5	102,6	97,6	99,9	106,0

[1]) Interpoliert.



Jahre	Allgemein	Landwirtschaft Allgemein	Landwirtschaft nach Gruppen: Brotgetreide	Tierische Produkte	Intensive Kulturen	Heu	Industrie Allgemein	Industrie nach Gruppen: Textilindustrie	Metallindustrie	Holzverarbeitende Industrie	Montanindustrie
1909	102,5	101,6	106,4	100,2	109,7	91,2	103,4	107,7	102,8	97,3	106,2
10	104,2	103,3	99,5	99,6	106,4	107,7	105,2	103,0	107,9	103,2	106,6
11	99,7	94,3	96,0	105,2	95,4	82,1	105,4	111,3	102,7	98,8	109,3
12	101,9	96,9	94,3	101,4	93,2	98,8	107,3	131,7	94,4	102,3	104,1
13	106,7	99,6	95,4	93,8	101,1	108,4	114,3	114,2	110,6	117,2	115,2
14	95,2	96,7	99,4	100,7	99,9	87,4	93,8	98,1	96,2	79,7	102,8
15	97,6	95,3	93,6	99,6	101,1	87,7	99,9	142,1	94,1	73,9	101,0
16	93,7	95,2	88,5	99,5	87,3	107,1	92,2	117,9	96,2	62,8	101,4
17	83,0	94,6	86,1	92,3	108,6	92,7	72,8	101,5	100,7	27,9	98,5
18	80,1	99,9	119,1	89,2	107,9	86,9	64,2	82,2	98,2	23,1	91,1
19	86,3	87,7	102,3	88,6	86,5	75,4	84,8	107,5	80,0	67,1	89,8
20	90,5	95,4	98,7	86,6	93,7	103,5	85,8	99,0	86,6	70,5	89,8
21	61,6	82,5	93,8	92,7	80,5	66,1	45,9	65,5	28,2	41,5	58,1
22	83,0	89,9	88,1	91,2	101,7	79,7	76,6	92,9	52,9	78,1	89,8
23	87,6	89,6	86,6	96,8	83,8	91,9	85,6	71,4	80,2	91,4	102,6
24	92,3	93,4	87,3	101,3	85,8	100,5	91,1	86,0	78,9	100,3	101,0

Anhang IV, Nr. 1.

England

Indices der Arbeitsproduktivität.

Jahre	Allgem. (Industr. + Landwirtsch.)	Landwirtschaft	Industrie: Allgemein	Rohstoffindustrie	Verarbeitende Industrie
1820	—	—	—	32,5	—
30	—	72,4	—	—	—
40	57,1	66,5	49,0	54,9	47,3
50	58,3	65,5	51,9	63,5	48,5
60	75,1	75,6	74,4	83,8	71,5
70	86,7	84,3	89,3	99,8	86,2
80	94,9	84,8	106,3	114,3	103,9
90	100,0	95,5	104,6	110,2	102,9
1900	98,6	95,6	101,7	106,4	100,2
10	101,6	103,3	100,0	94,8	101,8
20	94,3	104,0	85,5	72,8	90,1

Anhang IV, Nr. 2.

ngland

Indices der beschäftigten Arbeitskräfte

hre	Allgemein		Landwirtschaft	Industrie			
	Landwirtschaft + Industrie (alle Zweige)	Landwirtsch. + Industrie (Zweige, die im Index des physischen Volumens enthalten sind)		Allgemein		Rohstoffindustrie	Verarbeit. Industrie, die in dem Index des phys. Volum. enthaltenen Zweige
				Alle Zweige der Industrie	Die in dem Index des phys. Volum. enthaltenen Zweige		
20	—	—	129,5	—	—	20,0	—
30	—	—	134,8	—	—	—	—
40	81,5	78,1	150,3	44,2	40,6	29,7	45,0
50	92,5	88,3	155,5	55,0	50,1	36,2	55,9
60	92,3	89,1	139,2	61,2	57,1	43,8	62,4
70	90,4	89,0	124,1	65,8	63,8	50,5	68,9
80	89,5	89,0	113,8	70,4	69,6	57,3	74,2
90	92,8	91,3	107,0	80,4	78,0	70,5	80,6
00	97,0	97,2	100,0	94,0	94,4	87,5	96,8
10	103,0	102,6	100,0	106,0	105,2	112,5	102,8
20	105,1	96,0	97,1	120,5	100,4	123,3	93,8

Wohlstandsindex und sozialer Wohlstand.

Von

MORITZ ELSAS.

(Mit 1 Abbildung.)

Ob der Wohlstandsindex des Dawesplans dereinst in Anwendung kommen, oder ob er bis dahin durch eine neue Regelung sich erübrigen wird, bleibt abzuwarten. Sein Vorhandensein nötigt auf alle Fälle, uns mit dem Problem einer konkreten Wohlstandsberechnung zu befassen. Das Problem der Wohlstandsbestimmung reicht selbst weit über die Bedeutung, die es für die Reparationsfrage gewinnt, hinaus; denn nur bei exakter Erfassung der Wohlstandsveränderung einer Volksgemeinschaft und deren Verteilung, läßt sich allein zielsichere Wirtschaftspolitik treiben.

Man müßte sich daher eigentlich wundern, daß nirgends schon früher versucht wurde, die Veränderung des Volkswohlstands qualitativ zu berechnen; wenn nicht die Gründe dieser Unterlassung so naheliegend wären. Zunächst ist es niemals möglich, den wahren Wohlstand einer Nation durch irgendwelche Berechnungen zu erfassen, weil er zum großen Teil nichtökonomischer Art ist; eine rein materielle Berechnung des Volkswohlstands bleibt daher immer defektiv [1]). Auch wenn man sich auf den ökonomischen Wohlstand beschränkt, bleibt immer noch die Schwierigkeit der Wahl völlig eindeutiger Symptome, die den Volkswohlstand anzeigen sollen. Schließlich ist bei der unterschiedlichen Bedeutung der gewählten Kriterien auch die Bestimmung der Gewichtsziffern der einzelnen Symptome schwierig,

[1]) A. C. Pigou, The Economics of Welfare. . . . »The real objection then is, not that economic welfare is a bad index of total welfare, but that an economic cause may affect non-economic welfare in ways that cancel its effect on economic welfare«. . . .

schon weil deren Bedeutung durch strukturelle Veränderungen wechselt; der Dawesplan hat sich allerdings über solche Bedenken hinweggesetzt.

Im Rahmen der Reparationslasten, für die erst im Jahre 1929/30 die kritische Zeit der Höchstleistung beginnt, steht oder fällt die Bedeutung des Wohlstandsindex, vor allem mit der Möglichkeit eines ungestörten Transfers, weil im Falle auftretender Schwierigkeiten der Transferschutz Platz greift.

Die herrschende Meinung über die Aussichten der Erfüllbarkeit der Lasten aus dem Dawesabkommen geht heute dahin, daß der inneren Aufbringung, selbst der Höchstleistungen nach den Uebergangsjahren, vermutlich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen werden; daß jedoch die Uebertragung an die Aufnahmewilligkeit der Empfangsländer geknüpft ist, die Tribute zum größten Teil in Sachgütern in Empfang zu nehmen. Gelingt der Transfer, so bedeutet die innere Aufbringung einen Entbehrungsfaktor und somit eine entsprechende Senkung des deutschen Lebensstandards. Im nächsten Jahre, in dem allerdings der Wohlstandsindex noch nicht in Kraft tritt, beträgt die Last ungefähr 4 % des Volkseinkommens und kommt somit einer Wohlstandsminderung in dieser Höhe gleich. Die Folgen treffen aber nicht nur Deutschland allein; denn darüber hinaus drückt die Minderkonsumtion in Deutschland einerseits, die Gratislieferungen großer Mengen Sachgüter an andere Länder andererseits, auf den Welthandel und damit wieder auf den Wohlstand aller, auch der empfangenden Länder, in erster Linie also auf den europäischen Wohlstand, der dadurch auf ein vergleichsweise niedrigeres Niveau sinkt.

Wenn auch ein Tribut von 4 % des Volkseinkommens tragbar erscheint, so bedeutet er dennoch außerordentlich viel für ein Land, dessen Lebensstandard, trotz der inzwischen eingetretenen außergewöhnlichen Produktionssteigerung infolge technischer Vervollkommnungen, keinesfalls höher liegt als in der Vorkriegszeit. Besonders schwer treffen aber diese 2 ½ Milliarden Mark ein Land, das durch den Krieg seine Auslandsguthaben verloren hat, dessen mobiles Kapital durch Inflation dezimiert und dessen Spartrieb infolge dieser Inflation geschwächt wurde. Noch sinnfälliger wird die Schwere der Leistung, wenn man berücksichtigt, daß diese Lasten einem Lande auferlegt sind, dem infolge außerordentlichen Mangels an mobilem Kapital die Be-

triebskapitalien in großem Umfange vom Ausland geborgt werden müssen, und das dafür Zinssätze zahlen muß, die bisweilen doppelt so hoch liegen als in den Ländern, mit denen es zu konkurrieren hat. Nun kann die Senkung des Lebensstandards in einem Lande wie Deutschland ohne tiefgreifende soziale Störungen hervorzurufen, sicher nur bis zu dem Grade durchgeführt werden, bis zu dem kein allzu schroffer Kontrast in der Lebensführung mit anderen Industrieländern, mit denen Deutschland weltwirtschaftlich verflochten ist, und kulturell auf gleicher Stufe steht, entsteht. Eine Außerachtlassung dieser Grenze müßte, neben der Unzufriedenheit der Massen, mangels genügenden Konsums zu industrieller Rückständigkeit führen und damit ebenfalls wohlstandsmindernd wirken. Ein solcher Kontrast in der Lebensführung mit anderen Industrieländern läßt sich bereits vielleicht jetzt schon, obwohl die Daweslasten bisher noch nicht einmal in voller Höhe wirksam waren, im Wohnungs- und Verkehrswesen feststellen; und als Folge ein gewisses Zurückbleiben sowohl konsumtiv als auch produktiv im Wohnungsbau und in der Autoindustrie. Doch das ist nicht ganz sicher; der Grund nämlich, warum die Lasten des Dawesabkommens in ihren Kontrastwirkungen zu anderen europäischen Ländern bislang nicht oder nur wenig erkennbar sind, ist eben der, daß die deutschen Reparationsleistungen, wenn es auch noch nicht allgemein erkannt wird, Wohlstandsminderung auch für die Empfangsländer darstellen, weil sie automatisch eine Herabdrückung der Lebenshaltung in allen Ländern, gebenden sowohl wie empfangenden, bewirkt, und dadurch die Relativitätsstörungen, die man hätte erwarten müssen, aufhebt. Eine weitere schwerwiegende Folge der Daweslasten ist, daß durch die Aufbringung und Belastung der Wirtschaft die Mittelbetriebe mehr noch als die ganz kleinen zerrieben werden und eine Entwicklung zugunsten der großen damit vorwärts getrieben wird, von der noch nicht feststeht, ob sie segensreich wirkt. Zu befürchten steht jedenfalls, daß durch diese Entwicklung zu überragenden Großbetrieben, die allein die Lasten tragen oder, was dasselbe besagt, sie auf die Konsumenten abwälzen können, die Bürokratisierung der Wirtschaft gefördert wird.

Naturgemäß muß im Regelfalle der Zuwachs an Kaufkraft in den Empfangsländern dem Verlust an Kaufkraft in den Tribut zahlenden Ländern gleich sein. Aehnlich jedoch wie bei manchen

physikalischen Gesetzen (z. B. den Gasgesetzen und der Jonentheorie), die in Extremfällen ihre Gültigkeit verlieren, glaube ich, daß auch gewisse Wirtschaftsgesetze in Extremfällen nicht mehr anwendbar sind. Bei der angeführten Gleichung sind nämlich m. E. gewisse Imponderabilien, die allerdings in extremen Fällen erst Gewicht erhalten, nicht berücksichtigt.

1. Die Wirkung der deutschen Leistungen tendiert in den Empfangsländern nach der Seite der Konsumtion, während in Deutschland die Produktion gesteigert wird. Da nun unglücklicherweise die Empfangsländer selbst Industriestaaten sind, verletzen die deutschen Leistungen dort das Produktionsprinzip, während es bei uns gefördert wird.

2. Die Lasten, vornehmlich die Barleistungen, werden Deutschland zum Export um jeden Preis zwingen, wenn auch diese Wirkung bislang durch reichliche Auslandskredite noch nicht zur vollen Geltung kam; doch ist bereits auch jetzt schon im Fertigwarenexport eine zunehmende Steigerung festzustellen.

3. Durch die Sachleistungen werden zum Teil Bedürfnisse auch minderen Grades befriedigt, die also nicht im gleichen Maße wohlstandsfördernd wirken, wenn sie nicht manchmal sogar Fehlinvestitionen bedeuten. Dies hängt zusammen mit dem Zwang, Sachlieferungen ausfindig zu machen, die der heimischen Industrie der Empfangsländer möglichst wenig Abbruch tun. Reparationen im extremen Ausmaß sind eben ein Danaergeschenk; wäre es anders, so wäre es nicht zu erklären, warum in fast allen Siegerländern zähe, wenn auch vergebliche, Kämpfe geführt werden, um zu erreichen, daß die Sachlieferungen möglichst für Aufschlußarbeiten in *fremden* Ländern abgeleitet werden.

Es könnte vielleicht eingewandt werden, daß nach dem oben Ausgeführten die Reparationen keine allzu große Schädigung für Deutschland bedeuten. Diese Auffassung ist irrig, weil Fehlleitungen und Desorganisation der Weltwirtschaft auch wieder Deutschlands Wohlstand mindern [2]).

Daß das Uebertragen riesiger Reparationen auch für die Empfangsländer wohlstandsmindernd wirkt, schon weil der Vor-

---

[2]) Es gibt eben wirklich ein »microbe des transfers« ohne die ironische Nebenbedeutung, die Stéphan Lauzanne ihm unterlegt hat; siehe dazu Dr. Stern-Rubarth, Wirtschaftspolitisches Glaubensbekenntnis, Deutsch-französische Rundschau, Januar-Heft 1928.



teil einer Erleichterung für die Steuerzahler durch den Nachteil vermehrter Arbeitslosigkeit zum großen Teil kompensiert wird, wird von den Einsichtigen in den industriellen Ententeländern heute bereits zugegeben. Es sind bald 100 Jahre her, daß Friedrich List [3]) in ähnlichem Zusammenhange schrieb: »Seitdem die Trojaner von den Griechen ein hölzernes Pferd geschenkt bekommen haben, ist es für die Nation eine bedenkliche Sache geworden, von anderen Nationen Präsente anzunehmen«. Leider ist die Mentalität unserer Gläubiger nicht überall die gleiche und daher besteht nur geringe Aussicht für die baldige Verwirklichung einer besseren Lösung. Selbst aber gesetzt der Fall, eine Revision des Dawesplans würde in absehbarer Zeit stattfinden, so ist auch dann nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Gedanke einer variablen Zusatzleistung auf Grund künftiger Wohlstandszunahme wieder fallen gelassen wird. Nichts wäre daher mehr verfehlt, als diesen kommenden Zusatzleistungen, die als Konzession an die wirtschaftlich Unbelehrbaren im Dawesplan nun einmal verankert sind, nicht die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei sind die Zusatzleistungen mit den Lasten, die aus dem Wohlstandsindex dereinst erwachsen werden, unter Umständen nicht erschöpft. Die im Dawesplan vorgesehene Goldklausel, die jedem einzelnen Land, das an den Reparationen Teil hat, allerdings auch Deutschland, das Recht gibt, zu verlangen, daß die Veränderung der Kaufkraft des Goldes, wenn sie mindestens gegen das Jahr 1928 10% beträgt, ebenfalls berücksichtigt und abgegolten wird, kann leicht noch zu einer weiteren zusätzlichen Leistung führen. Da die Goldwährung heute einer Dollarwährung ziemlich gleichkommt, so bedeutet dies, daß ein künftiger Anstieg des amerikanischen Preisniveaus uns neue Lasten aufbürden wird. Eine Abbürdung ist weniger wahrscheinlich, da zum Basisjahr das Jahr 1928 bestimmt wurde, und das Preisniveau in den Vereinigten Staaten seit Inkrafttreten des Dawesplans bereits ziemlich gesunken ist. Die Wahl des damals in der Zukunft liegenden Jahres 1928 war also, wenn auch unbeabsichtigt, für uns relativ ungünstig gewählt.

Zum ersten Male ist nun mit der Aufstellung eines Wohlstandsindex im Dawesplan der interessante Versuch unternommen worden, die Veränderung des Wohlstands einer Nation qualitativ zu erfassen. Dieser Versuch war allerdings völlig unzu-

[3]) Das nationale System der politischen Oekonomie.

länglich, und kann vor der Kritik in keiner Weise bestehen; denn selbst bei besser gewählten Kriterien und wenn die Zahl der Symptome, nach denen der Wohlstand im Dawesplan berechnet wird, wesentlich erhöht würde, könnte stets nur ein Zufallsresultat erwartet werden; einmal weil dem Plan das Prinzip zugrunde liegt, sich bloß an Folgeerscheinungen des Wohlstands zu halten, zum anderen, weil diese, als ob sie völlig gleichwertig wären, ohne Gewichtszahlen koordiniert sind und schließlich, weil man Basisjahre gewählt hat, die damals vorwiegend in der Zukunft lagen und die Tragweite einer solchen Wahl man daher gar nicht überschauen konnte.

Von den 6 Kriterien des Wohlstandsindex (1. Ein- und Ausfuhrhandel, 2. Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes, einschließlich derjenigen Preußens, Sachsens und Bayerns, 3. Eisenbahnverkehr, 4. Verbrauch an Zucker, Tabak, Bier und Alkohol, 5. Gesamtbevölkerung, 6. Verbrauch an Kohle) ist streng genommen nur die Veränderung der Bevölkerungszahl keine abgeleitete, sondern primäre; allerdings ist die Berechtigung, die Veränderung der Bevölkerungszahl als Wohlstandssymptom zu werten, wenigstens in der Art, wie es hier geschieht, recht problematisch. Wenngleich zwar zugegeben ist, daß im allgemeinen eine größere Bevölkerung gegenüber einer ehedem kleineren auch erhöhte Lasten tragen kann, so trifft das doch nur von dem Zeitpunkt an zu, an dem die Zunahme der Bevölkerung sich in den arbeitsfähigen Altersklassen auswirkt; denn nur der Altersaufbau ist ausschlaggebend. Dennoch ist bei dem System der Bevölkerungszahl die Wirkung auf die Lastenerhöhung, wie Würzburger [4]) nachgewiesen hat, aus rechnerischen Gründen, die wenigst drückende. Bedenklicher ist die Verwendung der Veränderung des Außenhandels als Kriterium des Volkswohlstandes, schon weil der Durchfuhrhandel dabei doppelt gezählt wird, da er auf der Ein- und Ausfuhrseite erscheint, und weil der Zwang zur Ausfuhrsteigerung für ein durch Reparation und Zins überlastetes, dabei rohstoffarmes Land auch ebensogut als ein Beweis negativen Wohlstands dienen kann.

Es soll hier nicht auf die zahlreichen Angriffspunkte, die der Wohlstandsindex sowohl seiner Zusammenstellung sowie auch seiner Berechnung nach bietet, eingegangen werden. Nach der

---

[4]) Eugen Würzburger, »Nochmals der Wohlstandsindex des Dawes-Gutachtens«. D. Stat. Zentralblatt 1926 (Nr. 11/12).

Kritik von Helander [5]), v. Mühlenfels [6]) und Würzburger [7]), um nur einige zu nennen, bedarf es keiner weiteren Gründe, um den Wohlstandsindex des Dawesplans als verfehlt abzulehnen. Hier sollen vielmehr die Resultate eines Wohlstandsindex aufgezeigt werden, der vor mir seit 1924 fortlaufend berechnet wird [8]), und der auf einer vom Wohlstandsindex des Dawesplans völlig verschiedenen Grundlage beruht. Folgender Leitgedanke war mir dabei maßgebend. Die Quelle alles materiellen, von der Natur und von der Gesellschaftsorganisation nicht gebotenen Wohlstands, ist die Arbeitskraft eines Volkes und seine Arbeitsmittel im weitesten Sinne, gemeinhin als Kapital bezeichnet. Der ökonomische Wohlstand eines Volkes findet daher vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, seinen Ausdruck in dem Ertrag von Arbeit und Kapital, d. h. also in der Höhe seines Einkommens. Alle Symptome, an denen in der Regel und auch im Dawesplan der Volkswohlstand repräsentiert oder zu messen versucht wird, sind lediglich mehr oder weniger willkürlich herausgegriffene Folgeerscheinungen des Volkseinkommens. Daher können fast niemals oder nur gelegentlich rein zufällig, und dann nur örtlich und zeitlich begrenzt, Kriterien, die lediglich symptomatisch und wahllos aneinander gereiht sind, den Wohlstand eines Volkes in richtiger Weise aufzeigen.

Die Veränderung des Volkseinkommens jedoch, natürlich in seiner realen Bedeutung, gäbe quantitativ ein richtiges Bild von der Veränderung des Wohlstandes einer Volksgemeinschaft, wenn gleichzeitig die Veränderung der Bevölkerungszahl dabei berücksichtigt würde. Für den durchschnittlichen bzw. typischen Wohlstand besagt allerdings auch die Veränderung des Volkseinkommens nur wenig. Bekannt ist, daß zum Beispiel vor dem Kriege in England $^1/_9$ der Bevölkerung fast die Hälfte des gesamten Volkseinkommens bezogen hat; hier hätte also ein Index der Veränderung des Gesamteinkommens nicht den typischen Wohlstand zum Ausdruck gebracht. Zudem ist es nicht leicht möglich, das gesamte Volkseinkommen und die Veränderung der

[5]) Helander, Wirtschaftsdienst 1924, Nr. 22.

[6]) v. Mühlenfels, »Steuerkraft und Wohlstandsindex«.

[7]) Würzburger, D. Stat. Zentralblatt 1926, Nr. 11/12.

[8]) Wirtschaftsdienst, Jahrg. 24, Heft 36, Elsas, »Entwurf eines sozialen Wohlstandsindex«, s. auch M. Elsas, »Ein sozialer Wohlstandsindex«, jeden zweiten Monat, Verlag Blazek u. Bergmann, Frankfurt a. M.

Volkszahl laufend in kurzen Zwischenräumen festzustellen. Wichtiger, und auch für die praktische Verwendung geeigneter, erscheint mir die Feststellung des typischen Durchschnittseinkommens der Massen als Repräsentant des qualitativen Massenwohlstandes. Das typische Durchschnittseinkommen der Massen läßt sich ziemlich gut erfassen. (Fehlerquellen liegen lediglich in dem zu Gebote stehenden statistischen Material, das vielleicht nicht erschöpfend genug ist.) Berücksichtigt man zur Feststellung des Massenwohlstandes ferner auch die Bewegung der Arbeitslosigkeit, positiv ausgedrückt, die Höhe des Beschäftigungsgrades, so dürfte ein solcher Index des Wohlstands der Massen, da darin die jeweilige Verschiebung ihrer realen Kaufkraft in vollem Umfange zum Ausdruck kommt, auch für die Praxis brauchbar sein. Selbstverständlich werden bei dieser Berechnungsmethode auch die konjunkturellen Schwankungen erfaßt; aber der Volkswohlstand ist, glaube ich, von den konjunkturellen Phasen nicht zu trennen, insbesondere, wenn es sich darum handelt, die jeweilige in ihrer Höhe wechselnde Tragbarkeit der Besteuerung einer Volksgemeinschaft festzustellen. Es ist sicher zweifelsfrei, daß in Zeiten guter Konjunktur, höheren Realeinkommens der Massen und geringerer Arbeitslosigkeit Lasten leichter zu tragen sind, als in Zeiten konjunkturellen Niedergangs. Andererseits wäre auch die rein strukturelle Veränderung des Volkswohlstands, oder der säkulare Trend, wahrscheinlich nur im Verlauf von größeren Zeitspannen feststellbar, was eine praktische Verwertbarkeit ausschlösse.

Der von mir berechnete Massenwohlstand basiert lediglich auf zwei Symptomen: dem Reallohn und dem Beschäftigungsgrad. Nun ist zwar der Massenwohlstand keineswegs der Wohlstand der Gesamtheit, sondern allein auf den Wohlstand der Massen beschränkt; aber immerhin umfaßt er den weitaus größten Teil der Volksgemeinschaft. Wenn nun die Forderung fast aller, die sich bisher mit Semiologie beschäftigt haben, dahin geht, daß eine möglichst große Zahl von Symptomen der Kompilierung eines Wohlstandsindex zugrunde zu legen sei, so ist dies wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß sie alle unter Wohlstand einen solchen der Gesamtbevölkerung, und zwar unter jedwedem Gesichtspunkt, im Auge hatten. Daß es logisch unmöglich ist, einen solchen Wohlstandsbegriff auf einen Nenner zu bringen — (teilweise divergiert er sogar. Die Landwirtschaft braucht zum Wohl-

ergehen niedrige Zinssätze; die Rentnerklasse fährt am besten bei hohem Zinsfuß) — ist dabei wohl übersehen worden; und weiterhin wohl auch, daß die Verteilung des Wohlstands unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen an sich ein Wohlstandsfaktor von sehr ausschlaggebender Bedeutung ist [9]). Es sei nur an die Länder erinnert, in denen größte Armut der Massen neben außerordentlichem Reichtum einer kleinen Oberschicht herrscht. Dabei ist zuzugeben, daß vom Standpunkt der Besteuerung die weniger soziale Verteilung des Einkommens vorzuziehen sein mag, weil sie, wegen der einfacheren Erhebung und möglichen prozentual höheren Besteuerung Weniger, größere Steuerergebnisse zeitigt [10]). Meines Erachtens darf aber der Volkswohlstand nur unter sozialem Gesichtspunkt bewertet werden; unter sozialem Gesichtspunkt ist aber der Wohlstand der Massen die Dominante des Volkswohlstands und muß daher der Massenwohlstand für jede Wohlstandsbetrachtung die Grundlage abgeben. Für die Bestimmung des Massenwohlstands reichen aber die beiden Kriterien: Reallohn und Beschäftigungsgrad, wie ich glaube, aus, weil sie zur Bestimmung des Arbeitseinkommens der Massen erschöpfend sind. Jedes weitere Kriterium, das man zur Bestimmung des Massenwohlstands hinzufügen würde, wäre, fürchte ich, keine Verbesserung, sondern könnte im Gegenteil der Bestimmung des Massenwohlstands nur Abbruch tun.

Wenn ich neben dem Massenwohlstand noch einen Kapitalindex [11]) berechne, und aus beiden einen sozialen Wohlstandsindex kombiniere, so hat mich dabei folgende Ueberlegung geleitet: Der Massenwohlstand repräsentiert vom sozialen Gesichtspunkt aus nicht nur den wichtigsten und den weitaus größten Teil des Volkswohlstandes, sondern vor allem den Teil, der einwandfrei und eindeutig festgestellt werden kann. Darüber hinaus ist der Stand des Massenwohlstandes selbst wieder symptomatisch, um nicht zu sagen identisch, mit der Lage von Handel,

---

[9]) A. L. Bowley: The Measurement of Social Phenomens. »The values included in incomes are values in exchange, which are dependent, not only on the goods or services in question, but also on the whole complex of the income and purchases of the whole of a society... The numerical measurement of total national income is thus dependent on the distribution of income and would alter with it.«

[10]) Josiah Stamp, Wealth and Taxable Capacity.

[11]) Die Bezeichnung »Index des Kapitalwohlstands«, die ich bisher gebraucht habe, habe ich aufgegeben und sie durch »Kapitalindex« ersetzt, weil erstere zu anspruchsvoll und mißverständlich war.

Industrie und Landwirtschaft, auch von der Unternehmerseite aus gesehen, weil naturgemäß die Kurve des Beschäftigungsgrades und des Massen-Einkommens mindestens mit der konjunkturellen Lage der Unternehmungen gleichgerichtet ist; daß hier eine, wenn auch zeitlich hinkende Korrelation besteht, ist zu sinnfällig, als daß es des Beweises bedürfte.

Wir wissen nun aus der Erfahrung, daß es für den Volkswohlstand von besonderer Bedeutung ist, daß seine beiden Quellen Arbeitskraft und Kapital in ihrer Relation gleich bleiben. Störungen treten oft auf, wenn sich die Arbeitsmethoden wandeln und eine Neubeschaffung von Arbeitsmitteln erforderlich wird, die wiederum Anforderungen an die Kapitalversorgung zur Folge hat. Da sich infolge erweiterter Erkenntnisse und Verbesserungen in der Technik die Arbeitsmethoden fortwährend, jedoch in verschiedenem Tempo, ändern, steigern sich häufig die Anforderungen an die Kapitalversorgung. Bei einer normalen Wirtschaftslage werden diese Neuanforderungen an den Kapitalmarkt durch die Spartätigkeit der Bevölkerung gedeckt. Hält jedoch das Sparkapital den vermehrten Ansprüchen an den Kapitalmarkt nicht die Waage, und wird der fehlende Kapitalbedarf auch durch im Ausland aufgenommene Kredite nicht voll befriedigt, so drückt sich die Störung der Beziehung zwischen Beschäftigungsgrad und Kapitalversorgung im Zinsfuß aus: ferner an der Börse durch Druck auf das Kursniveau und schließlich durch Senkung der Umsätze im Inland, bis endlich wieder eine Gleichgewichtslage herbeigeführt ist.

Der Stand der Kapitalversorgung ist daher von außerordentlicher Bedeutung für den gesellschaftlichen Wohlstand, weil diese ein integrierender Bestandteil des Volkswohlstandes ist. Auch der Wohlstand der Massen ist abhängig von der Kapitalversorgung, weil nur bei genügender Kapitalversorgung der zur Erzielung eines hohen Massenwohlstandes notwendige Beschäftigungsgrad erreicht werden kann, während bei Kapitalknappheit der Massenwohlstand sich früher oder später senken muß. Dem Kapitalindex kommt daher auch ein wichtiger prognostischer Wert zu.

Der soziale Wohlstandsindex, aus Massenwohlstand und Kapitalindex kombiniert, will nicht den Gesamtwohlstand darstellen. Er repräsentiert aber den Wohlstand der zahlenmäßig weitaus größten und daher ausschlaggebenden Schichten der

Volksgemeinschaft, und dadurch mittelbar auch die Lage der Unternehmungen selbst; und ferner den Grad der Kapitalversorgung. Die Bezeichnung »sozialer Wohlstand« bedeutet, daß hier der gesellschaftliche Wohlstand lediglich in seiner vom sozialen Gesichtspunkte relevanten Seite zum Ausdruck gebracht werden soll.

Zur Bestimmung des Kapitalindex wurden 3 Symptome herangezogen.

1. Die Veränderung des Zinsfußes für Bankguthaben (selbstverständlich sein reziproker Wert);
2. der Aktienindex;
3. die Höhe des Abrechnungsverkehrs der Reichsbank (unter Eliminierung der Saisonschwankungen).

Es ist klar, daß diese 3 Kriterien allein die Kapitalversorgung nicht erschöpfend zum Ausdruck bringen können. Sicher wäre es ratsam, auch noch die Veränderung der Depositen bei den Banken und der Sparkassenguthaben zu berücksichtigen; doch nur wenn es möglich wäre, die inländischen von den ausländischen Depositen zu sondern. Da dies zur Zeit nicht geschieht, würde die Verwendung dieses Symptoms ein verzerrtes Bild geben. Ein weiteres gutes Kriterium wäre der Versicherungsbestand der Lebensversicherungsgesellschaften, doch wird derselbe leider nicht laufend bekanntgegeben. Bedenken habe ich auch, die Aktienemissionen in den Index der Kapitalversorgung hereinzunehmen, weil dieses Kriterium nicht immer ganz eindeutig ist. Eindeutig halte ich vorläufig nur die Kriterien Zinsfuß, Aktienindex und Abrechnungsverkehr.

Bei dem Massenwohlstand, der sich als Produkt von Reallohn und Beschäftigungsgrad darstellt, bedurfte es keiner Gewichtszahlen. Anders jedoch bei dem Kapitalindex, der auf der Summe der Verhältniszahlen dreier Symptome beruht. Wenn demselben keine Gewichtsziffern beigefügt wurden, so bin ich mir dabei völlig im klaren, daß trotzdem eine Wägung auch ohne Gewichtszahlen stattfindet, weil eben dann die Gewichtsziffern 1 : 1 : 1 automatisch Platz greifen. Von differenzierten Gewichtsziffern wurde deshalb Abstand genommen, weil ich für solche logisch keine Begründung fände; vielmehr glaube ich, daß allen 3 Symptomen schon deshalb gleiches Gewicht zukommt, weil sie derselben Ursache entspringen, nämlich der Verschiebung der Kapitaldecke. Ein erkennbarer gradueller Unterschied besteht

hier meines Erachtens kaum; wohl aber ein zeitlicher und zwar ist der Zinsfuß meist die primäre Ursache der Veränderung der Kapitaldecke. Aus diesem Grunde könnte man sich vielleicht dafür entscheiden, dem Zinsfuß eine höhere Bedeutung beizumessen, doch unterließ ich es, weil gerade die Festsetzung der Diskontrate mehr oder weniger willkürlich, nämlich gefühlsmäßig, bemessen wird; wobei auch Fehlgriffe unterlaufen, was die Bedeutung dieses Symptoms wieder zurückdrängt

Wenn Achner [12]) in seiner sehr beachtenswerten Arbeit bei meinem Index beanstandet, daß die Kreditzinsen und nicht die Debetzinsen der Banken herangezogen wurden, während letztere symptomatischer seien, so läßt sich vielleicht darauf erwidern, daß letzten Endes beide durch die Diskontrate der Reichsbank bestimmt werden, also beide Kurven in meist sich gleichbleibendem Abstand, oberhalb bzw. unterhalb derselben verlaufen, und daß daher wohl das Gesamtniveau der Kurvenlage davon beeinflußt, aber der Kurvenverlauf kaum davon berührt wird.

Bei dem Kapitalindex werden die Symptome (Aktienindex und Reichsbank-Clearing) mit ihren Realwerten miteinander verglichen, indem die Kaufkraft des Geldes, wie sie in den Großhandelsindexziffern des Statistischen Reichsamts zum Ausdruck kommt, berücksichtigt wird. Ich gebe, um es ausdrücklich nochmals zu betonen, ohne weiteres zu, daß die Kompilierung des Kapitalindex nicht erschöpfend ist, doch erscheint es mir richtiger, Symptome fortzulassen, deren Bedeutung für die Kapitalversorgung nicht eindeutig ist.

Auf den Einwand, daß der von mir berechnete Wohlstandsindex die Beamten, die freien Berufe und die Rentner nicht einschlösse, ist zu sagen: Der Wohlstand der freien Berufe kann selbstverständlich zahlenmäßig nicht ausgedrückt werden, schon wegen seiner unübersehbaren Verschiedenheit. Das Rentnereinkommen, das übrigens gegen früher in Deutschland außerordentlich zurückgegangen ist, muß schon deshalb außer Betracht bleiben, weil es mit einem Wohlstandsindex auf sozialer Grundlage nichts gemein hat, und, wie bereits schon vorher angedeutet, ihm zeitweilig eher entgegengesetzt ist. Dagegen ist der Wohlstand der Beamten für ein Land wie Deutschland mit verhältnismäßig starker Beamtenschicht recht wichtig; doch muß er, glaube ich, ebenfalls außer Betracht bleiben, weil das Einkommen

[12]) Allg. Stat. Archiv, 1925, Nr. XV.



der Beamten für den Wohlstand eines Landes nicht symptomatisch ist, da sich die Beamtenbesoldung nicht nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage richtet, sondern meist das Ergebnis innerpolitischer Konstellation bildet.

Bezeichnet man den Reallohn des Basisjahres mit R, den Prozentsatz der Erwerbslosen mit E, so lautet die Formel für den Index des Massenwohlstandes im Zeitpunkt 1

$$M_1 = 100 \cdot \frac{R_1 \cdot \left(1 - \frac{E_1}{100}\right)}{R \cdot \left(1 - \frac{E}{100}\right)}$$

Bezeichnet man den Zinsfuß im Basisjahr mit Z, den Aktienindex mit A, die Höhe des Reichsbahnclearings mit C, die Kaufkraft des Geldes im Großhandel, bzw. die Großhandelsindexziffer, mit G, den Kapitalindex im Zeitpunkt 1 mit K_1, so lautet die Formel für den Kapitalindex

$$K_1 = 100 \cdot \left(\frac{z}{z_1} + \frac{A_1 \cdot G}{A \cdot G_1} + \frac{C_1 \cdot G}{C \cdot G_1}\right) \cdot 1/3$$

Nimmt man an, daß die Bedeutung des Massenwohlstandes zur Kapitalversorgung sich wie 7: 3 verhält, so lautet die Formel für den Index des sozialen Wohlstandes im Zeitpunkt 1

$$W_1 = 70 \frac{R_1 \cdot \left(1 - \frac{E_1}{100}\right)}{R \cdot \left(1 - \frac{E}{100}\right)} + 30 \cdot \left(\frac{Z}{Z_1} + \frac{A_4 \cdot G}{A \cdot G_1} + \frac{C_1 \cdot G}{C \cdot G_1}\right) \cdot 1/3$$

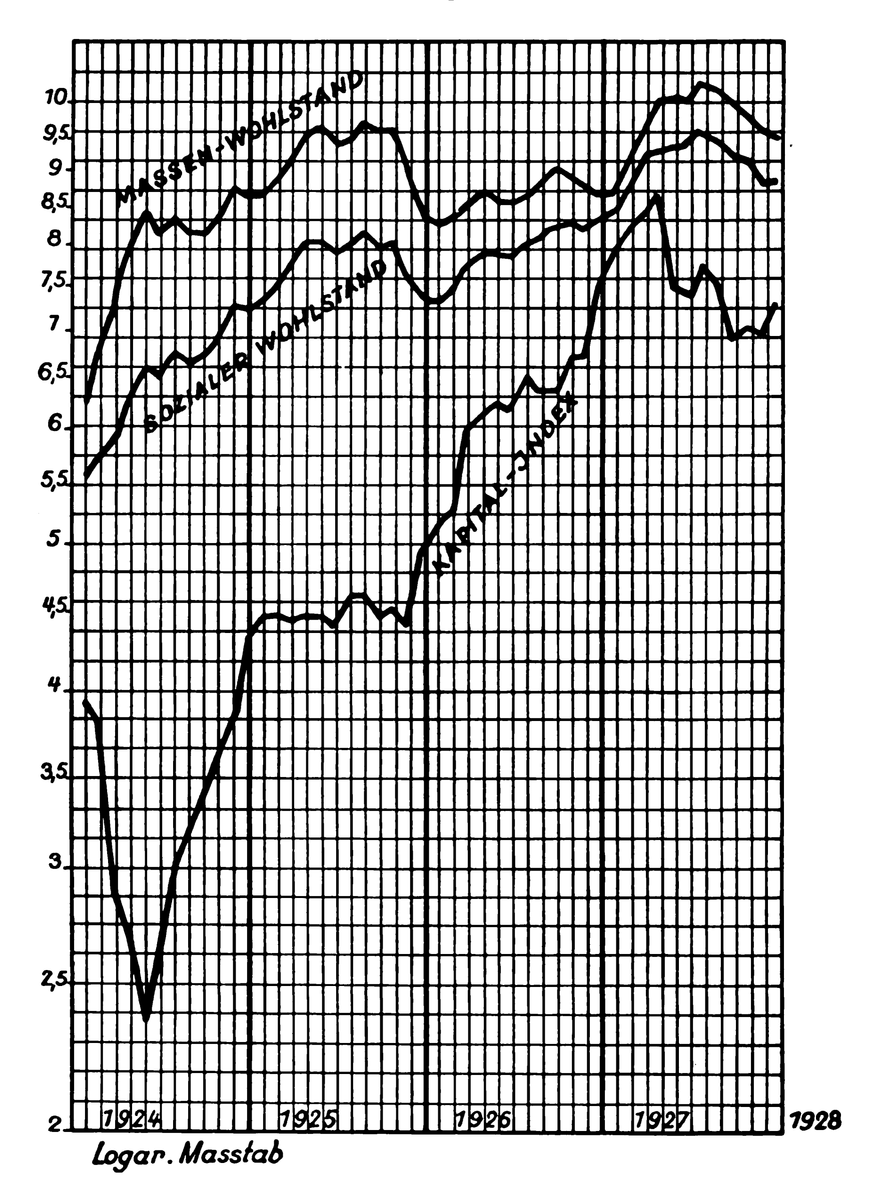
Die Gewichtsziffern 7 und 3 beruhen vorwiegend auf Symptomatik. Sie lassen sich vielleicht dadurch rechtfertigen, daß in der Zeit der letzten 35 Vorkriegsjahre die Quote des Arbeitseinkommens fast einer Konstanten gleichkam, da sich die beiden untersten Steuerstufen, die, wie man annehmen darf, sich ausschließlich aus Arbeitseinkommen zusammensetzten, zwischen 71½ und 72,12% des Gesamteinkommens bewegten. Dennoch sei zugegeben, daß die Zahl 7 für den Massenwohlstand bzw. 3 für die Kapitalversorgung recht willkürlich ist, schon weil ja keine Gewähr gegeben ist, daß sich das Verhältnis der Vorkriegszeit auch auf die Nachkriegszeit übertragen läßt.

Auf Grund der dargelegten Berechnungsmethode ergeben sich folgende Indizes (nächste Seite!):

Der soziale Wohlstand ist danach in den 4 Jahren seit Februar 1924 bis Ende Januar 1928 von 56% seiner Vorkriegshöhe auf 88½% gestiegen. Er bleibt somit zur Zeit noch um 11½% hinter dem Vorkriegsstand zurück.

		Index des Massenwohlstands	Kapitalindex	Sozialer Wohlstandsindex
	1913	100	100	100
Februar	1924	63¼	39½	56
März	,,	66¾	38	58
April	,,	72¾	28¾	59½
Mai	,,	80¼	27¼	64¼
Juni	,,	85	23¾	66½
Juli	,,	82¼	27½	65¾
August	,,	83¾	30½	67¾
September	,,	82½	30½	67
Oktober	,,	82	34¼	67¾
November	,,	84½	36¼	70
Dezember	,,	88¼	38½	73¼
Januar	1925	85¾	43½	73
Februar	,,	86¼	45	73¾
März	,,	89½	45¼	76¼
April	,,	92½	44¾	78¼
Mai	,,	96½	45	81
Juni	,,	96¾	45	81¼
Juli	,,	94½	44½	79½
August	,,	95¼	46¼	80½
September	,,	97¼	46½	82
Oktober	,,	96¾	45	81¼
November	,,	96¾	45½	81½
Dezember	,,	89¾	44½	76¼
Januar	1926	84¼	49¾	74
Februar	,,	83¼	52¼	74¼
März	,,	84½	53¼	75¼
April	,,	85½	60¼	78
Mai	,,	87¼	61¾	79½
Juni	,,	86½	63	79½
Juli	,,	86	62½	79
August	,,	86¾	65¾	80½
September	,,	89¼	64¼	81½
Oktober	,,	90½	64¼	82½
November	,,	90	67¾	83¼
Dezember	,,	88½	67¾	82¼
Januar	1927	87¼	75	83½
Februar	,,	87½	79¼	85
März	,,	91	82½	88½
April	,,	96¼	84¾	92¾
Mai	,,	100½	87¼	96½
Juni	,,	101½	75¼	93½
Juli	,,	100¾	74½	92¾
August	,,	103½	78¼	95¾
September	,,	103¾	75½	95¼
Oktober	,,	102¼	69¼	92½
November	,,	100¾	70½	91¾
Dezember	,,	96	70¼	88¼
Januar	1928	95	73½	88½

Der Kapitalindex hat infolge seines tiefen Anfangsstandes prozentual den größten Anstieg aufzuweisen, nämlich über



80%. Er steht knapp ¾ so hoch wie in der Vorkriegszeit. Im Mai 1927 hat er sein Maximum mit 87¼% erreicht und ist seitdem um fast 14 Punkte wieder herabgeglitten.

Der Wohlstand der Massen ist seit Februar 1924 um gut 50% gestiegen; dabei ist aber zu bedenken, daß zu Beginn des Jahres 1924, also nach der Stabilisierung der Mark, die Reallöhne einen außergewöhnlichen Tiefpunkt im Vergleich zur Vorkriegszeit erreicht hatten. Der Wohlstand der Massen bleibt zur Zeit noch um 5% hinter dem Stand der Vorkriegszeit zurück, nachdem er im September vorigen Jahres vorübergehend um 3¾% den Vorkriegsstand überschritten hatte. Der Anstieg des Massenwohlstandes ist, was nicht übersehen werden darf, wohl zum größten Teil als Korrektur gegen die vorangegangene Senkung in der Kriegs- und Inflationszeit aufzufassen und nicht als säkularer Trend; vielleicht wäre der Anstieg stärker gewesen, wenn nicht das Rationalisierungsbestreben der Wirtschaft der letzten Jahre dahin gewirkt hätte, daß die Arbeitslosigkeit oft weit über den normalen Stand hinaus sich erhöht hätte, und so ein Reserveheer von Arbeitskräften zur Verfügung stand, das naturgemäß auf den Arbeitsmarkt, und damit auf die Lohnhöhe, gedrückt hat. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die lohndrückende Wirkung der großen Arbeitslosenzahl noch stärker gewesen wäre, wenn nicht die manipulierten Löhne — infolge staatlicher Lohnpolitik, mit der Zielsetzung, das Abgleiten der Löhne zu verhindern — dem entgegengewirkt hätten.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob heute ein mit 1914 in Vergleich gesetzter 100proz. Massenwohlstand mit dem Lebensstandard der Vorkriegszeit gleichzusetzen ist. Zu bedenken ist, daß in der Zwischenzeit infolge technischer Fortschritte (neuer Entdeckungen, z. B. Radio, Kino, Popularisierung des Motorrades), ferner durch erhöhte Freizeit und Ausdehnung des Sports eine Bedürfnissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist. Selbst ein 100proz. Massenwohlstand, der also die Lebenshaltung der Vorkriegszeit ermöglicht, enthält daher heute einen Entbehrungsfaktor, weil ihm der Trend, den der Lebensstandard eines Volkes in normalen Zeiten aufweisen müßte, fehlt. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Effizienz der Industrie infolge Rationalisierung in den letzten Jahren gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich gewachsen ist; es sei nur an die Eisen- und Stahlproduktion erinnert. Wenn nun der Massenwohlstand an der Vorkriegszeit gemessen um 100% oszilliert, während sich das Sozialprodukt mengenmäßig erhöht hat, und zwar prozentual stärker als die Bevölkerungszunahme, so muß

der Anteil der Massen an der Verteilung des Sozialprodukts zurückgegangen sein.

Eine Korrelation zwischen Kapitalindex und Massenwohlstand ist unverkennbar. Zeitlich schwankt sie zwischen 2 und 5 Monaten; während zum Beispiel der Rückgang der Kapitalversorgung von Mai auf Juni 1927 erfolgte, fand der Abstieg des Massenwohlstandes erst im Oktober des gleichen Jahres statt. (Um ein völlig klares Bild zu erhalten, müßte man allerdings auch die Saisonschwankungen des Massenwohlstandes wieder eliminieren.) Verfolgt man die Kurve des sozialen Wohlstandsindex, so läßt sich feststellen, daß er mit einer rein symptomatischen Betrachtung ziemlich gut übereinstimmt; zum Beispiel wenn man seine Kurve mit dem monatlichen Zuwachs der Einlagen der deutschen Sparkassen, oder den monatlichen Umsätzen der Konsumvereine je Kopf der Mitglieder vergleicht.

Es sei schließlich noch angedeutet, welchen Zwecken die hier aufgezeigten Wohlstandsindizes dienen können. Zunächst könnten sie der Kreditpolitik und der damit aufs engste verknüpften Anleihepolitik Fingerzeige geben; ebenso der Diskontpolitik; auch in der Steuerpolitik könnte man sie bezüglich der Lastenverteilung zwischen Arbeit und Kapital mit heranziehen. Wichtig ist auch der prognostische Wert, der in der zeitlichen Divergenz beider Indizes liegt, zumal anzunehmen ist, daß sich künftig, nachdem die Uebergangszeit mit ihren Korrekturvorgängen abgeschlossen ist, die Korrelation zwischen Kapitalindex und Massenwohlstand schärfer herausarbeiten wird. Schließlich dürfte es nicht wertlos sein, wenn erst der Wohlstandsindex des Dawesplans zu wirken beginnen wird, in dem aufgezeigten Index eine gewisse Unterlage zu haben, wenn es notwendig werden sollte, sinnwidrige Auswirkungen des Dawesindex zu widerlegen.

Die Angestelltenbewegung nach der Währungsstabilisierung*).

Von

FRITZ CRONER.

Die »Vergewerkschaftung« der Angestelltenbewegung.

Im Jahre 1920 erschien die letzte zusammenfassende Uebersicht über die Angestelltenbewegung [1]). Es ist unmöglich, heute die ereignisreiche Zeitspanne, die seitdem verstrichen ist und die grundlegende Veränderungen innerhalb der Bewegung hervorgebracht hat, in allen Einzelheiten darzustellen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die allgemeine Tendenz der Entwicklung zu skizzieren; dabei sollen die Jahre seit 1924 eine eingehendere Behandlung erfahren.

Man kann das Charakteristische der letzten 10 Jahre Angestelltenbewegung in dem Begriff: V e r g e w e r k s c h a f t u n g der Angestelltenorganisationen zusammenfassen. Was im Jahre 1918, nach dem Zusammenbruch, in den meisten Fällen noch Firmenänderung war, die Uebernahme der Bezeichnung »Gewerkschaft«, was — wie Lederer richtig bemerkt hat [2]) — geschah, um in die Arbeitsgemeinschaften aufgenommen zu werden, es ist jetzt unter dem Zwang der ökonomischen Entwicklung und der damit gegebenen Veränderungen in der sozialen Stellung des Angestellten zum Wesen der Angestelltenbewegung geworden. Es spielt heute keine Rolle mehr, ob diese grundlegende Umstellung in Haltung und Politik der Angestelltenorganisationen von allen freudigen Herzens mitgemacht wird oder nicht. Natürlich

---

*) Abgeschlossen mit dem 31. Dezember 1927.

[1]) Lederer, Die Bewegung der Privatangestellten seit dem Herbst 1918. Archiv Bd. 47, 2.

[2]) Archiv Bd. 47, 2, S. 614.

sperren sich die bürgerlichen — insbesondere die »christlich-nationalen« — Verbände gegen diese Tendenz, aber sie verfallen ihr zwangsläufig, können sie höchstens hin und wieder zu bremsen und abzuschwächen versuchen, um sich aber damit nur vor den eigenen Mitgliedern zu desavouieren und so aus Selbsterhaltungsinteresse wieder zu konsequenterer Haltung gezwungen zu werden. Es wird noch zu zeigen sein, wie dabei die Verbandsideologie fortwährend in Widerspruch gerät zu der eigenen Praxis.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich und nicht nötig, die wirtschaftliche Entwicklung im einzelnen darzustellen, die die Grundlage für die Richtungsänderung in der Angestelltenbewegung gebildet hat. Es genügt, die Hauptmomente dieser Entwicklung mit einigen Erläuterungen festzuhalten:

1. Die Konzentrationsbewegung: Auf die Bedeutung dieser Erscheinung für die Radikalisierung der Angestelltenbewegung ist schon früher hingewiesen worden. Sie stellt also keinen grundsätzlich neuen Faktor dar; trotzdem ist sie durch das Ausmaß, das sie im letzten Jahrzehnt angenommen hat, von entscheidendem Einfluß auf die Haltung der Angestellten geworden. Auch die konservativste Verbandsideologie muß hilflos werden, wenn sie mit Gebilden wie etwa den Vereinigten Stahlwerken mit ihren Tausenden von Angestellten zusammenstößt. Es geht nicht an, vor solchen Riesenorganisationen die Theorie des persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Angestellten oder der Betriebsverbundenheit des Angestellten aufrechtzuerhalten. Insofern bringt die Quantität der Konzentrationsbewegung hier tatsächlich etwas qualitativ Neues, was für die Angestellten von um so größerer Bedeutung ist, als damit auch vor dem größten Romantiker die Vernichtung der alten sozialen Position des Angestellten schonungslos enthüllt wird.

2. Die Rationalisierung der Arbeit bedeutet für den Angestellten nicht nur Entpersönlichung der Arbeit, sondern in weitem Umfange auch Funktionsminderung. Das gilt insbesondere auch für die Werkmeister, für die das Ergebnis der Rationalisierung in einem immer stärkeren Zurückdrängen der Leitungsbefugnis und dem In-den-Vordergrund-treten der Aufsichtsbefugnis besteht. Daher hat die Rationalisierung nicht die Zahl, wohl aber die betriebliche Position der Werkmeister vermindert, die auf diese aus der Funktionsteilung herrührende Degradierung mit einer weitgehenden Radikalisierung reagiert haben.

3. Unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegswirtschaft, die den Angestellten ihre unlösbare Verbundenheit mit der Arbeiterklasse überzeugend zum Bewußtsein brachten, ist neben der Geldentwertung während der Inflation (Vernichtung der sozialen Differenzierung!) in erster Linie die besonders große Arbeitslosigkeit zu nennen. Zum kleineren Teil aus den Fehlleitungen während der Inflation erklärlich, zum größeren Teil als unmittelbare Wirkung der Rationalisierung auftretend, wird die Arbeitslosigkeit als Dauerzustand zu einer besonderen Erscheinung und zu einer besonderen Last für die Angestelltenberufe. Es ist für die veränderte Einstellung gerade der höheren Angestellten charakteristisch, daß die Deutsche Werkmeister-Zeitung, das Organ des (freigewerkschaftlichen) Deutschen Werkmeisterverbandes, während der Auseinandersetzung über die Gestaltung der neuen Arbeitslosenversicherung mit an führender Stelle stand.

Es sind diese Hauptmomente der wirtschaftlichen Entwicklung, die zusammen mit den von der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze ausgehenden Wirkungen die Vergewerkschaftung der Angestelltenbewegung herbeiführen. Der unbezweifelbaren Tatsache, daß sich die Angestellten heute in sehr viel stärkerem Maße als früher aus den Kindern von Arbeitern rekrutieren, möchten wir in diesem Zusammenhange kein entscheidendes Gewicht beimessen. Die Geschichte des Deutschen Werkmeisterverbandes, dessen Mitglieder ja durchweg aus Arbeiterkreisen stammen und stets gestammt haben, zeigt, daß die ausschlaggebenden Triebkräfte der neuen Entwicklung an anderer Stelle zu suchen sind: in der allgemeinen Entwicklung der hochkapitalistischen Wirtschaft, in den besonderen Bedingungen der deutschen Nachkriegswirtschaft, in den sozialen Auswirkungen der Macht- und Reichtumskonzentration, die in den Köpfen der Angestellten zwangsläufig die Erkenntnis ihrer Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft und damit ihrer Verbundenheit mit der Arbeiterschaft erwecken. Es ist eine Revolution des Bewußtseins, die hier von den Angestellten vollzogen wird, von ihren führenden Gruppen bereits vollzogen ist: die Erkenntnis, daß sie trotz ihrer verschiedenen rechtlichen und betrieblichen Position Teil der Arbeitnehmerklasse sind. Die »Vergewerkschaftung« der Angestelltenverbände bedeutet ja nichts anderes als ihre Erfüllung mit Klassenbewußtsein.

Diese Entwicklung darf natürlich nur als Tendenz, nicht als ein bereits gegebener Zustand betrachtet werden. Wie folgerichtig aber die Linie dieser Entwicklung ist, kann man ermessen, wenn man sich die *Stadien* vergegenwärtigt, die das Bewußtsein der Angestellten von ihrer eigenen sozialen Position bisher durchlaufen hat. Dazu kann folgendes Schema aufgestellt werden:

	Soziale Position		Dazu gehörige Ideologie
1. Stadium:	Gehilfe des Arbeitgebers	—	*Noch nicht* Arbeitgeber
2. Stadium:	»Neuer Mittelstand«	—	*nicht* Arbeiter, sondern *neue* Klasse *zwischen* »den« Klassen
3. Stadium:	»Angestellter«	—	*nicht* Arbeiter, aber *Teil* des Proletariats.

Das erste Stadium würde etwa der Zeit des vorherrschenden Kleinbetriebes, insbesondere Handelsbetriebes, entsprechen; dem »Angestellten« ist in der Regel noch der Aufstieg zur Selbständigkeit gestattet. Das zweite Stadium erfaßt die ganze Periode neuerer kapitalistischer Entwicklung, die vor allem den *technischen* Angestellten in Massen hervorbringt, ihn geradezu zum Rückgrat des Betriebsorganismus macht und ihm, bei entsprechender »Behandlung«, die »erforderliche« Ideologie liefert. Das dritte Stadium ist als Erscheinung größeren Maßstabes erst etwa von 1913 an zu datieren (Gründung der Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht), von organisationspolitisch wesentlicher Bedeutung existiert es erst seit 1917 (Gründungsjahr der »Afa«).

Es entspricht der Eigenart dieser Entwicklung, die ja — um es nochmals zu betonen — in erster Linie eine Entwicklung des *Bewußtseins* ist, daß wir ihre einzelnen Stadien gegenwärtig noch in der Ideologie der bestehenden Angestelltenorganisationen wiederfinden. Wir können unser Schema folgendermaßen ergänzen:

	Ideologie		Heutige Organisation
1. Stadium:	*noch nicht* Arbeitgeber	—	Vereinig. leitender Ang. (Vela)
2. Stadium:	*nicht* Arbeiter, sondern *neue* Klasse *zwischen* »den« Klassen	—	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV.) — Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA.)
3. Stadium:	*nicht* Arbeiter, aber *Teil* des Proletariats	—	Afa-Bund

Zu der Ergänzung des Schemas ist folgendes zu bemerken: die Vela ist die einzige wichtigere Angestelltenorganisation, die

keinem anerkannten Spitzenverband angeschlossen ist. Sie dokumentiert damit auch organisatorisch ihre Trennung von der Arbeiterschaft. Daß ihre Verbandsideologie wirklichkeitsfremd ist, obwohl die Vereinigung zahlreiche Prokuristen und andere leitende Angestellte in ihren Reihen zählt, ist von ihr neuerdings in Wort und Tat selbst zugegeben worden [3]).

Die Ideologie der beiden — kaufmännischen! — Verbände DHV. und GdA. mußte sich ebenfalls als wirklichkeitsfremd erweisen, als in den Nachkriegsjahren die Stabilisierung einer Existenzsicherheit für die Angestellten — und ohne diese verliert die Theorie des »neuen Mittelstandes« ja jeden Inhalt — mißlingt. Die nicht verminderten, sondern vermehrten Momente der Existenz*unsicherheit* der Angestellten haben das mit dem Programm »neuer Mittelstand« gesetzte Ziel einer Einordnung der Angestellten in die bürgerliche Gesellschaft endgültig zerstört. Die so entstehende Diskrepanz zwischen Verbandsideologie und Verbandspraxis haben die bürgerlichen Angestelltenverbände zum Teil durch Verwässerung der Mittelstandsideologie abzuschwächen versucht, zum Teil bewußt in Kauf genommen, um einen »Trennungsstrich« zwischen ihren Organisationen und den Angestelltengewerkschaften des Afa-Bundes zu ziehen.

Die Frage, wie sie eine solche zweiseitige Haltung bewahren konnten, ohne auf ernsthaften Widerspruch ihrer Mitglieder zu stoßen, führt uns an ein interessantes Problem. Es zeigt sich nämlich, daß alle bedeutenden Organisationen der *technischen* Angestellten dem Afa-Bunde angeschlossen sind. Die Einheitsorganisation des GdA., die für die einzelnen Berufssparten nur Fachgruppen hat, besitzt von vornherein eine geringere Anziehungskraft auf die technischen Angestellten, er ist im wesentlichen Organisation der kaufmännischen Angestellten geblieben. Im Gedag, den der DHV. vollständig beherrscht, sind die angeschlossenen Technikerverbände überwiegend künstlich geschaffene bzw. künstlich aufrechterhaltene Konkurrenzorganisationen gegen die quantitativ wie qualitativ überragenden Verbände des Afa-Bundes. *Der technische Angestellte kann sich eben den Realitäten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht entziehen.* Er erlebt ihre Wirklichkeit täglich unmittelbar und praktisch bei seiner Arbeit in den Werkstätten des Betriebes; da kann die Sehnsucht,

[3]) Vgl. S. 108, 109.

»Mittelstand« zu sein oder zu werden, so stark sein wie sie will, die Stellung des technischen Angestellten im Betriebe, seine Verbundenheit mit der Arbeiterschaft, die gewerkschaftspolitisch außerordentlich wichtigen Ausstrahlungen der seit Jahrzehnten freigewerkschaftlich organisierten und geschulten Arbeiter zwingen ihm die Erkenntnis seiner wirklichen sozialen Stellung auf [4]). Daher sind die führenden Gewerkschaften der technischen Angestellten: Deutscher Werkmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund, Afa-Verbände (daher ist die Domäne des Zentralverbandes der Angestellten seit jeher der Handel). Der DHV. hingegen ist besonders stark in den kaufmännischen Büros der Industrie. Das ist sicherlich auf den ersten Blick auch nicht ohne weiteres verständlich, denn man kann nicht gut behaupten, daß die wirtschaftliche Lage der Büroangestellten etwa besser oder »gesicherter«, demnach dem Mittelstand benachbarter wäre, als die der Techniker und Werkmeister. Nach drei Jahren Rationalisierung können wir gerade das Gegenteil feststellen: die Technisierung der Betriebe hat keinen Angestelltenberuf so gefährdet wie die Tätigkeit der Büroangestellten, wenn man den Maßstab der gesicherten Stellung anlegt; der Typus des »angelernten Angestellten« begegnet uns als Folge der Büromaschine und der bis ins kleinste gehenden Arbeitsteilung nur bei den Büroangestellten. Die Rationalisierung hat den Büroangestellten in einem innerhalb der Angestelltenberufe bisher unerhörten Ausmaße fungibel gemacht. Daß trotzdem die Vorherrschaft der bürgerlichen Verbände im Büro der Industrie unbestreitbar ist, ist ein neuer Beleg für die Bedeutung, die das Bewußtsein ihrer sozialen Position für die gewerkschaftspolitische Einstellung der Angestellten besitzt. Die Ideologie der Büroangestellten hat sich gegenüber ihrer wirtschaftlichen Basis verselbständigt und hat — gewiß nicht der einzige Fall in der Geschichte der deutschen sozialen Ideologien — einen der wirtschaftlichen Entwicklung entgegengesetzten Weg eingeschlagen: der DHV. — als

---

[4]) Im Ergebnis ähnlich ist die Lage im Handel, also für diejenigen Angestellten, die »dem Unternehmer direkt als letzte Hand im Betriebe gegenüberstehen« (Lederer), wo infolge des Fehlens der Arbeiterschaft nicht die Möglichkeit besteht, sich, wenn auch nicht im Einkommen, so doch in der Einbildung über die Handarbeiter zu stellen.

Prototyp dieser Verbände — behält seine Position in der Industrie nicht trotz, sondern fast wegen der jüngsten Entwicklung in der Stellung des Büroangestellten. Daß der technische Angestellte aus einer ähnlichen Entwicklung eine so viel konsequentere Haltung entnahm, zeigt nur, welche Rolle bei der Bewußtseinsbildung die tägliche Arbeitsumgebung, ja auch die Art der Arbeit spielt. Während der Techniker aus der täglichen Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft seine Verbundenheit mit dem proletarischen Befreiungskampfe folgert, scheint der Büroangestellte aus seiner Entfernung vom Arbeitsplatz der Werkstätte gleichermaßen seine Entfernung von der Arbeiterschaft zu deduzieren [5]). Der kaufmännische Angestellte der Industrie scheint jedenfalls nur zu sehen, daß er keine »gewöhnliche« Arbeit zu leisten braucht, er sieht nur den Abstand vom »Handarbeiter« und übersieht das Gemeinsame; er legt den sehr oberflächlichen Maßstab der mehr oder weniger schmutzigen Hand an, — um die bedrohte Ideologie zu retten. Das ist bei dem einzelnen Angestellten natürlich nicht immer ein bewußter Prozeß, aber auf diesem Wege würde es verständlich, wie der DHV. die alte Verbandsideologie aufrechterhalten und gleichzeitig die neue Gewerkschaftspraxis durchführen konnte, ohne auf den Widerspruch seiner Mitglieder zu stoßen. Der in seiner sozialen und betrieblichen Geltung am stärksten bedrohte Angestelltenberuf flüchtet in die Ideologie, um auf diesem Wege zu ersetzen, was ihm an Bedeutung und damit Einfluß abhanden gekommen ist. Bei aller Anerkennung der konservativen und konservierenden Natur der sozialen Ideologie würde daraus folgen, daß die scheinbar außerordentlich starke Stellung des DHV. auf die Dauer unhaltbar werden muß, sobald nämlich noch härtere wirtschaftliche Tat-

---

[5]) Wie die Ideologie die Erkenntnis der Wirklichkeit trüben kann, zeigen in neuester Zeit besonders deutlich die viel beachteten Artikel eines alten DHV.-Mitgliedes in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Dort heißt es in Nr. 19, 1928: »Mit dem Arbeitgeber zusammen hält er (der »Handlungsgehilfe«) die Fäden in der Hand, trifft Anordnungen und Entscheidungen und übersieht das Unternehmen, den Betrieb in seiner Gesamtheit. In seiner Eigenschaft als Gehilfe, oft als Vertreter des Unternehmers, ist er Vorgesetzter der Arbeiter, und wenn er das Zeug dazu hat, ist er eines Tages selbst Unternehmer, Arbeitgeber. Die natürliche Kluft, die zwischen dem Kaufmannsgehilfen als Arbeitnehmer und seinem Arbeitgeber vorhanden ist, ist viel geringer als die Kluft, die zwischen dem Kaufmannsgehilfen und dem Arbeiter besteht. Jene wird täglich durch die Tätigkeit des Kaufmannsgehilfen vollkommen überbrückt, diese wird täglich immer wieder erneut betont und hergestellt.«

sachen die Verbandsideologie endgültig ad absurdum geführt haben [6]).

---

[6]) Einen vorzüglichen Beleg für unsere Erklärung bietet der Aufsatz von Dr. Joseph Jahn, »Der soziologische Sinn der Gehaltspolitik« in »Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht« Nr. 3, 1928 (Zeitschrift des DHV.). Er bestätigt die besonderen Wirkungen der Rationalisierung auf die Büroangestellten: ». . . die Gefahr einer tatsächlichen und vielleicht künftig auch rechtlichen (!) Ablösung von den Angestellten besteht für manche Glieder des durchrationalisierten Bürobetriebs«, a. a. O. S. 98; er leitet die Tätigkeit des »Kaufmannsgehilfen«, will sagen des Büroangestellten in der Industrie, aus der »Aufspaltung der Unternehmertätigkeit« ab und folgert daraus (S. 99): ». . . sie bilden mit dem Unternehmer und seinen Delegierten ein von den eigentlich (!) ausführenden Organen, den Arbeitern, geschiedenes Ganzes . . . Ihr (der Kaufmannsgehilfen) Verhältnis zur Unternehmung ist ein engeres als zwischen den übrigen Angestelltenschichten und der kapitalistischen Unternehmung. Denn sie sind unmittelbar oder mittelbar an der Rentabilitätskontrolle (?!) des Kapitals beteiligt, sind infolgedessen in ihrer heutigen Gestalt und Funktion für die kapitalistische Wirtschaft typisch.« Der an der Rentabilitätskontrolle des Kapitals beteiligte Büroangestellte, dessen Existenz durch die Rationalisierung ökonomisch gefährdet, ja rechtlich in Frage gestellt ist, ist eine so kühne Konstruktion, daß sich auch Jahn zu einer Erklärung des Widerspruchs genötigt sieht, die nun die ganze Flucht in die Ideologie enthüllt. Er sagt (a. a. O. S. 100): »Der kaufmännische Angestellte hat auch heute noch am meisten von allen Arbeitnehmergruppen Sinn und Verständnis für die Unternehmerfunktionen und die Rentabilität des Kapitals. Das kaufmännische Büro der Unternehmung hat im Gefühl der übrigen Arbeitnehmergruppen eine besondere Würde, die auch dadurch, daß man schlechte Witze über »Portokassenjünglinge, Schreiber und Rechenkünstler« macht, nicht bestritten, sondern widerwillig anerkannt wird. Es ist natürlich klar, daß die fortschreitende Rationalisierung auch des kaufmännischen Büros die zunehmende Verwandlung bisher selbstverantwortlicher Tätigkeiten in mehr oder minder mechanische Leistungen diese Besonderheit des kaufmännischen Angestellten und sein Verhältnis zur kapitalistischen Unternehmung abschwächt. Es spricht aber viel dafür, daß die Erhaltung des Sonderverhältnisses trotz Rationalisierung nicht nur im Angestellteninteresse liegt, sondern für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft wesentlich ist. Für die übrigen delegierten oder subdelegierten Angestelltengruppen gilt, wie schon angedeutet, die größere Einsicht in das Wesen und das größere Verständnis für die kapitalistische Wirtschaft sehr viel weniger. Der Techniker hat durchaus recht, wenn er seine Sonderfunktionen als für die sozialisierte Wirtschaft genau so geartet und genau so notwendig ansieht, wie für die kapitalistische; der kaufmännische Angestellte ist in seiner heutigen Eigenart nur in der kapitalistischen Wirtschaft denkbar.« Der »in seiner besonderen Würde nur widerwillig anerkannte Büroangestellte«, der nach Jahns Ansicht »in seiner heutigen Eigenart nur in der kapitalistischen Wirtschaft denkbar« sein soll, ist eben — der im DHV. organisierte, dessen Flucht vor der Erkenntnis der Realität und dessen recht eigenartige Konstruktionen im luftleeren Raume allerdings nur im gegenwärtigen Uebergangsstadium denkbar sind!

Jahn sieht übrigens auch die Gefahr, die dem DHV. in der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft droht (a. a. O. S. 103): ». . . einmal würde die oben besprochene Einsicht der Angestellten, insbesondere der Kaufmannsgehilfen, in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft und ihre bereit-

Die technische Rationalisierung der Industriebetriebe hat auch innerhalb der Angestelltenberufe einen interessanten Umlagerungsprozeß eingeleitet. Sie hat den technischen Angestelltenberufen — darauf haben wir bereits hingewiesen — eine weitgehende Arbeitsteilung gebracht und damit dem einzelnen Techniker und Werkmeister eine Minderung der betrieblichen Position beschert. Diese Minderung der betrieblichen Position bedeutet aber nicht einen Verlust an Bedeutung für den Produktionsprozeß. Man kann sogar eher feststellen, daß die Rationalisierung der technischen Angestelltenarbeit die »potentielle« Macht der Techniker und Werkmeister im Betriebe vergrößert hat. Weniger denn je wäre der heutige Betriebsorganismus imstande, eine Arbeitsverweigerung etwa der Werkmeister zu ertragen; er müßte sofort zum Stillstand kommen. Der Betrieb bleibt auch bei theoretisch noch so vorgetriebener Technisierung auf das fachliche Wissen und Können der die technische Apparatur Beaufsichtigenden und Leitenden angewiesen. Es gibt hier — das gilt auch für bestimmte Gruppen der Arbeiterschaft — einen Grad von Vorbildung, der sich nicht »wegrationalisieren« läßt. Beim Techniker und Werkmeister liegt dieser Grad verständlicherweise ziemlich hoch; daher trotz Arbeitslosigkeit auch in ihren Berufen, trotz Technisierung und »Amerikanisierung« ihre Unentbehrlichkeit: *die technischen Angestelltenberufe werden nicht fungibel.* Wir sahen bereits, daß für die sogenannten »kaufmännischen« Angestelltenberufe, soweit sie in den Büros der Industrie tätig sind, das Gegenteil zutrifft. Es ist geradezu das Ziel der Rationalisierung ihrer Arbeitsstätten, die Büroangestellten fungibel zu machen, so wie der an der modernen Maschine stehende Arbeiter fungibel wird. Je weiter diese Entwicklung fortschreitet, um so weiter wird das praktisch werden, was heute in Ansätzen bereits erkennbar ist: daß die Büroangestelltentätigkeit ebenso »ersetzbar« wird wie die des angelernten Arbeiters. Für die betriebliche Position des kaufmännischen Angestellten bedeutet das eine nicht zu unterschätzende Schwächung seiner Einflußmöglichkeit (was sich übrigens um so gefährlicher auswirken wird, je länger die Zersplitterung der kaufmännischen Angestelltenorganisationen andauert).

---

willige Mitwirkung am Funktionieren dieser Wirtschaftsweise nachlassen, wenn sie infolge der Fortentwicklung des Kapitalismus sich als deklassiert betrachten müßten.«

Diese Entwicklungstendenz begünstigt einmal diejenige Spitzenorganisation der Angestellten, in der die technischen Angestellten stark vertreten sind, also den Afa-Bund, gegenüber den Techniker-armen gegnerischen Spitzen. Sie führt aber auch innerhalb der Gesamtverbände selbst logischerweise zu einer Verlagerung des Schwergewichtes des Einflusses von den kaufmännischen zu den technischen Organisationen, wenn solche überhaupt in nennenswerter Stärke vorhanden sind.

Die zahlenmäßige Bedeutung der Angestellten.

Alle Angestelltenzählungen der letzten Jahre zeigen übereinstimmend das gleiche Resultat: daß nämlich die Zahl der Angestellten nicht nur absolut in schnellem Tempo, sondern auch relativ innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung überhaupt steigt. Damit erhöht sich naturgemäß die Bedeutung der Angestellten nicht nur für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch für die allgemeine Staatspolitik, es steigt gleichzeitig entsprechend der Einfluß ihrer Organisationen auf die Politik und — was nicht vergessen werden darf — auf die Arbeiterorganisationen.

Diese Tatsache ist, insbesondere nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Berufszählung, so häufig erörtert worden, daß wir uns hier auf die Wiedergabe der wichtigsten Ziffern beschränken können.

Die Berufszählung von 1925 weist eine Gesamtziffer von 5 273 774 Angestellten und Beamten aus, darunter 1 437 328 weiblichen [7]). Das bedeutet eine Zunahme von rund 1,9 Millionen Angestellten gegenüber 1907. Nach Wirtschaftsabteilungen gegliedert ergibt sich folgender Zuwachs:

Landwirtschaft	plus	76 464	=	plus	89,6%
Industrie und Handwerk ..	»	819 507	=	»	129,6%
Handel und Verkehr	»	1 003 694	=	»	82,5%
Gesamtzunahme	plus	1 899 665	=	plus	98,2%

In dem gleichen Zeitraum haben die Arbeiter insgesamt um 22,3% zugenommen, und zwar in der Landwirtschaft um 9,6% abgenommen, in Industrie und Handwerk um nur 29,7%, im Handel und Verkehr um 62,6% zugenommen. Gerade die Ab-

[7]) Die Berufszählung trennt bedauerlicherweise die Angestellten nicht von den Beamten. Eine genauere Auszählung der Angestellten aus den Ergebnissen der Berufszählung wird zur Zeit vom Afa-Bund durchgeführt.



teilung: Industrie und Handwerk mit 130% Zunahme der Angestellten und nur 30% Zunahme der Arbeiter zeigt jene Entwicklung, von der wir oben sprachen und die nach den Erfahrungen in allen Ländern eine gesetzmäßige ist: die Zunahme des Schwergewichts der Angestellten gegenüber den Arbeitern in der hochkapitalistischen Wirtschaft. Sie kommt am klarsten in der nachstehenden Zahlenreihe zum Ausdruck. In der Wirtschaftsabteilung »Industrie und Handwerk« waren von je 100 Erwerbstätigen:

im Jahre 1882 . . . . 2 Angestellte (und Beamte)
» » 1895 . . . . 3,3 »
» » 1907 . . . . 5,7 »
» » 1925 . . . . 11 »

Die Verschiebung innerhalb der Belegschaften zugunsten der Angestellten wird durch eine Untersuchung bestätigt, die der Afa-Bund veranstaltet hat.

Belegschaftsstatistik des Afa-Bundes.
Arbeiter und Angestellte.

Untersuchungsgebiet: Industriezweig	Untersuchungsgebiet: Unternehmen	Von 100 Arbeitnehmern waren Angestellte: 1913	1925	1926
Waggonindustrie	11	7	11	13
Werftindustrie	30	8	12	14
Eisen-, Hoch- u. Brückenbau .	10	13	22	21
Maschinenbau	45	14	18	22
Metallindustrie (verschiedene Branchen)	28	13	17	18
Elektroindustrie	10	28	32	32
Chemische Industrie	13	16	20	20
Schuhindustrie	54	8	9	10

Auch die jährlichen Ausweise der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zeigen das außerordentlich schnelle Wachstum der Zahl der versicherten Angestellten.

Zahl der versicherten Angestellten.

1913 . . . . 1,5 Millionen
1925 . . . . 2,5 »
1926 . . . . 2,8 »
1927 . . . . 3,1 »

Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich der gesetzliche Umfang der Angestelltenversicherung seit 1913 erweitert hat, ist doch die ungewöhnlich rapide Zunahme der Angestelltenziffern

evident. Es genügt zur Erklärung dieses Wachstumsprozesses zweifellos nicht, auf die vergrößerte Ausdehnung von Industrie und Handel und die seit 1913 trotz aller Kriegsverluste ganz allgemein gestiegene Zahl der Erwerbstätigen hinzuweisen. Die Zunahme der Angestellten erfolgt nicht nur absolut, sondern auch relativ zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Das ist die notwendige Folge des Umschichtungsprozesses, dem die berufliche Zusammensetzung des Proletariats durch die fortschreitende Konzentration und die »Rationalisierung« ausgesetzt ist. Der modernen organisatorischen und technischen Betriebsform entspricht eine andere Belegschaftszusammensetzung als etwa der Betriebsform von 1913 oder 1918. Je »moderner«, d. h. je besser durchorganisiert und maschinenmäßig ausgerüstet der Betrieb ist, desto größer ist der Anteil der Angestellten an der Belegschaft. Die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals führt vorläufig innerhalb des einzelnen Betriebes in stärkerem Maße zur Freisetzung von Arbeitern als von Angestellten [8]).

Die Zahl der Organisierten.

Mit voller Absicht wird hier das bisher in diesen Uebersichten übliche Einteilungsschema nach »technischen« und »kaufmännischen« Angestelltenorganisationen verlassen und die Unterscheidung nach den Spitzenorganisationen gewählt. Damit soll bereits bei dieser zahlenmäßigen Zusammenstellung zum Ausdruck kommen, um wieviel entscheidender die Zügehörigkeit zu einem »Spitzenverband« heute für die gesamte Gewerkschaftspolitik der Angestellten geworden ist, als die Zugehörigkeit zu einem »Beruf«. Alle entscheidende sozialpolitische Arbeit erfolgt heute durch oder vermittels der Spitzenorganisation. Der Einzelverband ist auf die Wahrnehmung seiner bestimmten relativ eng begrenzten Berufsinteressen beschränkt. Er schließt die Tarifverträge, er führt die Arbeitskämpfe, er bildet den Unterbau für die Spitze, die natürlich um so bedeutender ist, je aktiver in der täglichen Kleinarbeit, je geschlossener und werbekräftiger jeder der ihr

[8]) Es ist sehr interessant, daß Jahn diese Entwicklung zugibt, im Widerspruch zur Haltung des DHV., z. B. während der letzten Angestelltenversicherungswahlen: »Die Rationalisierung des Wirtschaftslebens drängt die eigentliche Handarbeit in den Hintergrund und bedingt eine Zunahme der überwachenden Tätigkeiten, also ein Anwachsen des Büros bei relativ sinkender Personalbesetzung der eigentlichen Werkstätten« (a. a. O. S. 103).

angeschlossenen Einzelverbände ist. Aber fast alle Gesetzgebungsarbeit, fast die ganze Beeinflussung der Parlamente und Regierungen, die Entscheidung aller grundsätzlichen Fragen erfolgt durch den Spitzenverband, in dessen Händen ja auch das Delegationsrecht (in der Regel rechtlich, fast immer praktisch) für die wirtschafts- und sozialpolitischen Selbstverwaltungskörperschaften ruht. Hier bereits zeigt sich der vollständige Sieg der »freien« Gewerkschaftsideologie auch bei den Angestelltenverbänden, denn mit Fug und Recht hatten sich die bürgerlichen Verbände gegen den Gedanken eines »Spitzenverbandes« gewehrt, da er dem Prinzip einer Standesorganisation ins Gesicht schlägt, und sie haben, ohne viel Aufhebens davon machen zu dürfen, vor den Notwendigkeiten der neuen Entwicklung kapituliert. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes zu beobachten, wie etwa der DHV. als ausschlaggebende Organisation im Gedag versucht, das Prinzip des Gesamtverbandes und das Prinzip der Standesorganisation dadurch miteinander zu »versöhnen«, daß er — nie gleichzeitig von beiden spricht!

Im folgenden geben wir die Zahlen der großen Spitzenverbände sowie der ihnen angeschlossenen Organisationen. Für die wichtigsten Einzelverbände haben wir die Mitgliederzahlen, soweit verfügbar, bis 1927 vervollständigt:

Spitzenorganisationen nebst angeschlossenen Verbänden.

	1924	1925	1926	1927
1. Afa-Bund	*543 596*	*471 949*	*399 855*	*395 756*
Zentralverband der Angestellten	223 130	190 200	150 000	149 673
Deutscher Werkmeister-Verband	160 000	148 431	130 000	129 384
Bund der technischen Angestellten und Beamten	77 040	60 812	58 000	53 297
Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten	25 000	15 288	11 000	12 526
Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger	11 902	11 900	11 900	9 889
Polier-, Werk- u. Schachtmeister-Bund für das Baugewerbe Deutschlands	15 018	13 673	12 560	14 335
Internationale Artistenloge	6 387	6 387	4 000	3 824
Verband deutscher Schiffsingenieure	4 838	4 984	4 033	5 100
Werkmeister-Verband der Schuhindustrie	3 740	3 740	3 600	3 242
Afa-Bund Polnisch-Oberschlesien	4 465	3 500	2 500	2 500

	1924	1925	1926	1927
Deutscher Chorsängerverband u. Tänzerbund	—	3 454	3 454	3 550
Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen u. Direktricen .	3 500	3 400	3 408	3 200
Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute	3 100	3 100	2 400	2 400
Deutscher Fördermaschinisten-Verband	3 080	3 080	3 000	2 836
2. **Gedag** (Gesamtverband Dtsch. Angestellten-Gewerkschaften) . .	—	*411 113*	*420 000*[9])	*460 000*[9])
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband	254 032	271 852	291 486	316 612[9])
Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten	67 547	68 498	66 332	70 000[9])
Deutscher Werkmeisterbund . .	15 000	13 687	14 526	14 000
Reichsverband dtsch. Guts- und Forstbeamten	—	13 500	15 000	—
Bund angestellter Akademiker technisch-naturwissenschaftl. Berufe	—	10 000	10 000	—
Fachverband der Privateisenbahner	—	9 000	9 000	—
Verband Deutscher Techniker .	—	7 000	9 500	—
Reichsverband deutscher Bergbauangestellter	—	6 700	6 200	—
Berufsverband deutscher Dentisten	—	3 726	2 356	—
Bund Deutscher Assistenzärzte .	—	2 500	2 000	—
Reichsverband d. Büroangestellten	—	2 000	6 000	—
Reichsverband deutscher Berufsmusiker	—	1 500	3 000	—
Reichsverband der Molkerei- und Käsereiangestellten	—	1 000	500	—
Verband angestellter Zahnärzte .	—	150	—	—
3. G.d.A.	260 796	273 016	*275 352*	*290 000*
Deutscher Bankbeamtenverein .	53 731	40 386	—	32 000
Allgemeiner Verband der Versicherungsangestellten	16 757	16 914	—	17 000[10])
4. »**Vela**« Vereinigung der leitenden Angestellten	—	*23 344*	—	*15 000*
»Vela«	19 809	16 800	—	8 000
Verein von Oberbeamten im Bankgewerbe	—	4 300	—	}
Verband oberer Bergbeamten .	—	2 184	—	} 7 000
Verband der Landmesser . . .	—	60	—	}

[9]) Angaben des DHV.-Berichts 1927.
[10]) Nach Angaben des Verbandes.

Die Spitzenorganisationen und die wichtigsten Berufsverbände.

Der Afa-Bund.

Die am 28. September 1917 gebildete Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) [11], der bereits alle freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen angehörten, hatte in vier Jahren gemeinschaftlicher Arbeit eine solche Konsolidierung erfahren, daß sich ein festerer Zusammenschluß durchführen ließ. Die Gründung der heutigen Spitzenorganisation der freien Angestelltengewerkschaften, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bundes) erfolgte auf dem 1. Afa-Gewerkschaftskongreß in Düsseldorf am 3. Oktober 1921. Der Afa-Bund trat völlig gleichberechtigt neben die Spitze der Arbeitergewerkschaften, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), er bildet die sogenannte »2. Säule« der freien Gewerkschaftsbewegung (die dritte ist der im Jahre 1923 gegründete freigewerkschaftliche Allgemeine Deutsche Beamtenbund).

Die »Freigewerkschaftlichen Grundsätze«, das in Düsseldorf angenommene Programm des Afa-Bundes, enthalten trotz mancher vorsichtigen Stilisierung ein unzweideutiges Bekenntnis zum Sozialismus. Dieses für die Geschichte der deutschen Angestelltenbewegung hochbedeutsame Dokument hat folgenden Wortlaut:

I.

»Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Entwicklung zum Großbetrieb und ihrer immer weiter getriebenen Arbeitsteilung hat ein Heer von Angestellten geschaffen, die ebenso wie die Arbeiter Zeit ihres Lebens darauf angewiesen sind, als besitzlose Arbeitnehmer ihren Unterhalt zu erwerben.

Um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben und ihre Rechte gegenüber dem Unternehmertum zu wahren, sind auch die Angestellten gezwungen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Parteipolitische und religiöse Ueberzeugung darf hierbei kein Hinderungsgrund für die gemeinsame Arbeit sein.

II.

Die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer zwingt die Angestellten zum gemeinsamen Kampf um:

1. die Steigerung ihres Anteils am Produktionsertrage,
2. die Erringung günstigerer und die Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen,
3. die rechtliche Sicherung des arbeitenden Menschen vor den schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Lohnarbeit.

---

[11]) Ueber die Vorgeschichte vgl. Lederer, Bewegung der Privatangestellten Archiv 47, 2, S. 598.

III.

Die Freien Gewerkschaften der Angestellten fordern:

1. die rückhaltlose Anerkennung des Vorrechts des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes,
2. die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit,
3. die Kontrolle der Warenerzeugung und -verteilung,
4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung,
5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

IV.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend, bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden.

Die Betriebsräte haben im Einverständnis mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen.

Aufgabe der Freien Angestelltengewerkschaften ist es, die wirtschaftliche und soziale Bildung der Angestellten zu fördern und sie für ihre Tätigkeit in der vergesellschafteten Wirtschaft zu schulen.

V.

Die Satzung einer gewerkschaftlichen Organisation muß klar erkennen lassen, daß nur Arbeitnehmer die Mitgliedschaft erwerben können, und zwar ohne Rücksicht auf Geschlecht, Glaubensbekenntnis, Rasse, Partei-, Staatszugehörigkeit und Vorbildung. Unternehmer dürfen als Mitglieder nicht aufgenommen werden. Jede Unterstützung von ihrer Seite ist abzulehnen.

Eine gewerkschaftliche Organisation muß bereit sein, gegebenenfalls alle gewerkschaftlichen Kampfesmittel anzuwenden und darf in ihrem Programm keinen Zweifel darüber lassen. In den Satzungen muß für den Fall der Anwendung gewerkschaftlicher Kampfesmittel die Bereitstellung von Unterstützung in Form von Streik-, Solidaritäts- und Gemaßregeltenhilfe vorgesehen werden.

VI.

Zur gemeinsamen Durchführung ihrer Ziele und Forderungen und zur gegenseitigen Unterstützung im wirtschaftlichen und sozialen Kampf bilden die Freien Gewerkschaften der Angestellten Deutschlands den Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund). Die Gemeinschaft der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer ist die einzige Möglichkeit, die gesteckten Ziele zu erreichen. Der Afa-Bund bildet deshalb in organisatorischer Zusammenarbeit mit dem ADGB., als Vertretung der freigewerkschaftlichen Handarbeiterschaft, die einheitliche Front aller freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer Deutschlands.«

Unter bewußter Einreihung in die große Kampffront der Arbeiterbewegung wird das Ziel des Kampfes nach zwei Richtungen gesteckt: auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung

Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, aber zur endgültigen Sicherung des »Vorrechtes des arbeitenden Menschen« die Ablösung des Kapitalismus durch den »wirtschaftlichen Sozialismus« oder, wie es im nächsten Absatz glücklicher heißt: durch die vergesellschaftete Wirtschaft. Damit ist, auch ohne daß es noch ausdrücklich in das Programm aufgenommen wurde, die mittelständlerische Einstellung für die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung liquidiert. In Ausführung der Ziffer VI der »Grundsätze« wurde im Jahre 1921 der Organisationsvertrag mit dem ADGB. abgeschlossen [12]).

Einen guten Einblick in die Tätigkeit und Entwicklung des Afa-Bundes gibt der Geschäftsbericht, der unter dem Titel »Angestelltenbewegung 1921/1925« dem 2. Afa-Gewerkschaftskongreß in München vorgelegt wurde. Das umfangreiche Buch ist zugleich eine Geschichte der deutschen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik in jenen bewegten Jahren. In den Jahren der Hochinflation und der Stabilisierung »hat der Afa-Bund ... seine Feuerprobe gehabt, und er ist heute gefestigter denn je«, konstatiert der Bericht. Seit dem Jahre 1925 hat sich auf dem gefestigten Fundament ein wesentlicher organisatorischer Ausbau des Bundesapparates vollzogen. Die Führung der Wirtschaftspolitik, die Funktionärbildung und -instruktion ist weitgehend beim Bundesvorstand zentralisiert, der Ausbau der Bezirks- und Ortskartelle mit dem entsprechenden Aufbau neuer Abteilungen bei der Zentrale in Angriff genommen worden. Unaufhaltsam, weil als notwendig erkannt, ist die organisatorische Weiterentwicklung zur Zentralisierung im Afa-Bund, ein ehrenvolles Zeugnis für die Einsicht, aber auch für die Kraft der ihm angeschlossenen Gewerkschaften.

Politisch repräsentiert der Afa-Bund die republikanische Kerntruppe der Angestelltenbewegung [13]). Dabei betont er nachdrücklich die besonderen politischen und sozialen Aufgaben der Gewerkschaften in der Republik [14]). Seine Unterschrift steht zusammen mit der des ADGB. unter den Forderungen der drei

[12]) Abgedruckt in Seidel-Göring, Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, S. 151 (Verlag Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam).

[13]) Vgl. die Rede des (damaligen) Vorsitzenden Süß auf dem Düsseldorfer Kongreß (»Angestelltenbewegung 1921/1925«, S. 427/28).

[14]) Z. B. »... es mußte die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaft sein, diesen sozialen Grundgedanken (der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer) der Republik in lebendige Wirklichkeit umzusetzen« (a. a. O., S. 426).

sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften anläßlich des Rathenaumordes, er fordert in einem gemeinsamen und in einem besonderen Aufrufe auf zur Arbeitsruhe und Rathenaudemonstration am 27. Juni 1922, ebenso zum Schutz der Republik beim Hitler-Putsch 1923 und zum Eintritt in das Reichsbanner 1924.

Mit dem ADGB. verbinden den Afa-Bund enge Bande täglicher Gemeinschaftsarbeit, die den »Organisationsvertrag« mit wirklichem Leben erfüllt haben.

Der große Bericht über die Jahre 1921—1925 zeigt besonders deutlich, welche Bedeutung die Spitzenorganisation auf sozialpolitischem Gebiete gewonnen hat. Dadurch, daß alle entscheidende Arbeit vom Bund und seinen Arbeitsausschüssen geleistet wurde, erlangte er einen außerordentlichen Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung. Die Tätigkeit des Bundesvorsitzenden Aufhäuser im Reichstage und in der sozialdemokratischen Fraktion gestattete eine ständige und direkte Einflußnahme auf die gesamte sozialpolitische Arbeit des Reichstages.

Die Afa-Bewegung hat bereits, als sie noch numerisch schwach war, einen geistigen und ordnenden Einfluß auf die gesamte Angestelltenbewegung ausüben können, die weit über ihr zahlenmäßiges Gewicht hinausging. Heute ist der Afa-Bund zu einem Magneten geworden, der die Kraftfelder der Gesamtbewegung in entscheidender Weise richtunggebend beeinflußt. Er kann, unbehindert durch die antisozialistische Einstellung und die den Realitäten der Entwicklung sich entgegenstemmende Ideologie der bürgerlichen Verbände, den Wünschen und Bedürfnissen der Angestellten Ausdruck verleihen; seine Tagesarbeit weist über den Tageskampf hinaus und prädestiniert ihn dadurch, ebenso zum Sammelbecken der Gesamtbewegung zu werden, wie es der ADGB. bei der Arbeiterschaft geworden ist. Je klarer und konsequenter der Afa-Bund seine nur ihm eigentümlichen Wesenheiten betonen wird, je besser es ihm gelingen wird, die ganze Besonderheit seiner Bewegung, die Verbindung des praktisch erfolgreichen Tageskampfes mit dem über die heutige Gesellschaft hinausweisenden Ziele durchzuführen, desto eher wird es ihm zweifellos möglich sein, die ererbten ideologischen Ueberbauten der Mehrheit der Angestellten zu liquidieren und auch organisatorisch zum Führer der Angestelltenbewegung zu werden.

Der Deutsche Werkmeister-Verband schloß in den Jahren seit 1921 ein entscheidendes Kapitel seiner Ge-

schichte ab. Als der Elan des jungen Nachwuchses, der in den Großbetrieben tätig war und die Kerntruppe des Verbandes bildete, den Verband in das freigewerkschaftliche Lager trug, konnte man diese Entscheidung schwerlich schon als Ausdruck des Gesamtwillens der Mitglieder ansehen. Noch war zu viel nationalistisches und kleinbürgerliches Ressentiment, zu viel Vertrauen auf die patriarchalisch-wohlwollende Einstellung der Unternehmer zu »ihren« Werkmeistern vorhanden, als daß die Afa-Politik, damals ganz und gar beherrscht von dem vorwärtsstürmenden Zentralverband der Angestellten, von allen Mitgliedern des Verbandes verstanden und zur eigenen Sache hätte erklärt werden können. Zur entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den aktivsten Gruppen, die die Vertreter des Afa-Gedankens im Deutschen Werkmeister-Verband waren, und den Resten der Anhänger der »Mittelstands«ideologie kam es auf dem Würzburger Verbandstag 1924. Die alte Führung des Verbandes, insbesondere der Vorsitzende Leonhardt, hatte den Versuch gemacht, die Afa-Unwilligkeit eines Teils der Mitgliedschaft zu einem Generalvorstoß gegen den Afa-Bund auszunutzen und den Deutschen Werkmeister-Verband aus dem freigewerkschaftlichen Lager herauszuführen. Leonhardt übersah vollkommen, wie schwach im Grunde die Kräfte waren, auf die er sich noch stützen konnte. Der von dem in Berlin tätigen Mitvorsitzenden Buschmann geführte Kerntrupp der Werkmeister bereitete unter tatkräftiger Mitwirkung Aufhäusers der Gruppe Leonhardt in Würzburg eine vernichtende Niederlage. Leonhardt schied aus dem Verbande aus, Buschmann wurde Vorsitzender des Verbandes. Die großen Auseinandersetzungen während dieser Krise haben das Ihrige dazu beigetragen, die Gedanken und Grundsätze der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung auch an das letzte Mitglied heranzubringen. So hat der reaktionäre Vorstoß Leonhardts gerade das Gegenteil erreicht: er hat Gelegenheit zu einer tiefgehenden Auseinandersetzung der Werkmeister mit dem freigewerkschaftlichen Prinzip gegeben, mit dem Ergebnis, daß seitdem der Afa-Gedanke zu einer selbstverständlichen Grundlage der Gesamtpolitik des Deutschen Werkmeister-Verbandes geworden ist. Daß allein diese Politik den Interessen der Werkmeister entspricht, daß nur von der freigewerkschaftlichen Basis aus auch Einfluß auf den Nachwuchs und die Unorganisierten zu gewinnen ist, zeigt der völlige Mißerfolg, den die »christlich-nationale«

Gegengründung, der Deutsche Werkmeister-Bund, gehabt hat. Er spielt neben dem Deutschen Werkmeister-Verband praktisch überhaupt keine Rolle; auch sein heutiger Mitgliederbestand dürfte einer Prüfung auf die Werkmeistereigenschaft hin nur zum Teil standhalten können. Unter der Währungsstabilisierung, die den Gewerkschaften ganz allgemein schwere Mitgliederverluste gebracht hat, hat der Deutsche Werkmeister-Verband relativ wenig gelitten. Sein Mitgliederrückgang dürfte im wesentlichen auf das Ausscheiden der sogenannten »Inflationswerkmeister«, also von behelfsmäßig in Werkmeisterstellungen übernommenen Arbeitskräften, zurückzuführen sein. Der Mitgliederstand des Deutschen Werkmeister-Verbandes, dem wir zum Vergleich die Zahlen des Deutschen Werkmeister-Bundes gegenüberstellen, zeigt folgende Entwicklung (in 1000):

	Deutscher Werkmeister-Verband	Deutscher Werkmeister-Bund
1924	148	15
1925	139	13
1926	132	14
1927	129	14

Im übrigen brachten die Jahre nach 1924 für den Verband die schwersten finanziellen Belastungen. Die bis dahin unbekannte Erscheinung einer Arbeitslosigkeit der Werkmeister nahm während der Stabilisierungsjahre und dann während der »Rationalisierungskrise« bedrohliche Ausmaße an. Der Deutsche Werkmeister-Verband mußte allein an Stellenlosenunterstützung aufwenden (in 1000 M.):

1924	696
1925	759
1926	2362
1927	766

Es ist ein Beweis für die innere Kraft der Organisation, daß sie zur gleichen Zeit einen Ausbau ihrer Verbandseinrichtungen vornehmen und der Ausbildung der organisierten Werkmeister — als Gegengewicht gegen die Bestrebungen bestimmter Unternehmerschichten — eine ganz besondere Aufmerksamkeit und Förderung widmen konnte.

Für den Zentralverband der Angestellten bedeuten die Jahre seit 1921 ebenfalls eine Konzentration und Konsolidierung der Kräfte. Am 1. September 1921 nimmt er den

Angestellten-Verband des Buchhandels in sich auf, im Oktober desselben Jahres den Arbeitnehmer-Verband der Bekleidungsindustrie, im Dezember 1922 erfolgt die Vereinigung mit dem Verband der Rechtsanwalts- und Notariats-Angestellten (Leipzig), dessen Ersatzkrankenkasse vom Zentralverband der Angestellten übernommen und ausgebaut wird. Diese innere Festigung des Verbandes vollzieht sich unter den schwierigsten äußeren Bedingungen. Nach der künstlichen Züchtung von Angestellten in den letzten Inflationsjahren erfolgt im Verlauf der Währungsstabilisierung der unvermeidliche Rückschlag. Das Pendel schlägt nach der anderen Seite aus: ungeheure Massenentlassungen von Angestellten finden statt und verursachen einen Massenverlust von Mitgliedern. Das Ausscheiden von Zehntausenden von Mitgliedern hat schwerwiegende Folgen für die Finanzlage des Verbandes, der gerade noch durch tatkräftige internationale Solidarität über die Schreckenszeit der Hochinflationsmonate hinweggekommen war. Innerorganisatorisch kommt es — vorwiegend wegen persönlicher Konflikte — zu einer Abspaltung von der Ortsgruppe Berlin und zur Bildung einer sogenannten »Freien Angestelltengewerkschaft«, die aber bereits 1924 als erledigt anzusehen ist. Besonders heftig tritt die kommunistische Opposition im Zentralverband der Angestellten auf und führt an vielen Orten zu einer Lahmlegung des Verbandslebens. Der Verbandsvorstand geht gegen die Kommunisten mit organisatorischen Mitteln vor; es gelingt ihm auch, auf diesem Wege eine Liquidierung der kommunistischen Aktionen herbeizuführen. Bei diesen organisatorischen Maßnahmen hat man es bisher bewenden lassen; nach nunmehr erfolgter Konsolidierung des Verbandes, die nach außen ihren vorläufigen Abschluß in einer weitgehenden Zentralisierung des organisatorischen Aufbaues auf dem Verbandstag in Köln (1927) erfuhr (Anstellung der Gaubeamten durch den Hauptvorstand), wird die Erfüllung der gefestigten Organisation mit neuer positiver Zielsetzung zu einer der wichtigsten Aufgaben im Interesse der Werbekraft und des Eigenlebens des Verbandes werden.

Wie schwer die Arbeitslosigkeit der Mitglieder den Verband belastete, zeigen die Geschäftsberichte für 1924/1925 und 1926. Aus ihnen ergibt sich, daß bei der Stellenvermittlung des Verbandes als stellenlos im Jahresdurchschnitt gemeldet waren:

1924	. . . .	7 504 Mitglieder
1925	. . . .	6 647 Mitglieder
1926	. . . .	10 204 Mitglieder
I. Quartal 1927	. . . .	9 494 Mitglieder [15])

Diese Ziffern geben noch ein zu günstiges Bild, da damit zu rechnen ist, daß nicht alle stellenlosen Mitglieder Meldung beim Nachweis ihres Verbandes machen.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten ist entstanden aus dem im Jahre 1919 erfolgten Zusammenschluß des Bundes technisch-industrieller Beamten (Butib) und des Deutschen Techniker-Verbandes. Aus der Kampfzeit des Butib hat der Bund die freigewerkschaftliche Tradition und einen Stamm geschulter Funktionäre geerbt. Er ist der kleinste der drei »Großen« im Afa-Bunde. Seine geistige Regsamkeit und die ausgezeichnete Qualität seiner Führung sichern ihm aber die völlige Gleichberechtigung in der Leitung des Afa-Bundes.

Die Verbandstage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten verraten durch die Energie der Sprache recht deutlich die freigewerkschaftliche Tradition des Verbandes. Auf dem letzten Bundestage (Dresden 1924) nahm der Vorsitzende des Bundesausschusses in seinem Referat über die Tätigkeit dieses von den Vertretern der Bezirke gebildeten Organs folgendermaßen zu den Fragen der Zentralarbeitsgemeinschaft und der Ruhrbesetzung Stellung:

»Eine außerordentlich wichtige Frage war die Frage des Austritts aus der Zentralarbeitsgemeinschaft. In dieser Frage hat es im Bundesausschuß mit dem Bundesvorstand nicht zweierlei Meinung gegeben. Für jeden freien Gewerkschaftler, der das Einmaleins einigermaßen begriffen hat, war die Zentralarbeitsgemeinschaft von vornherein ein Verbrechen gegen die Theorie, und die Praxis hat gezeigt, daß es unmöglich ist, mit unseren größten Gegnern eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Wir haben deshalb in einer Entschließung auch vom Bundesausschuß einstimmig festgestellt, daß wir den Austritt des Afa-Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft begrüßen.

Die Ruhrbesetzung und das aktive Eingreifen der Gewerkschaften hat zu vielfacher Kritik geführt. Ich glaube nicht, daß das aktive Eingreifen der Gewerkschaften, vor allem der freien Gewerkschaften, in späterer Zeit günstig beurteilt werden wird.«

Die Arbeitslosigkeit der technischen Angestellten hat dem Bund schwere Lasten auferlegt. Im Jahre 1926 erreichte die Arbeitslosenziffer 12% der Mitgliedschaft. Erst in 1927 ist eine

[15]) Angabe des Vorsitzenden Urban auf dem Kölner Verbandstag 1927.

Erleichterung eingetreten, die sich auch im Ausgabeetat bemerkbar machte. Es betrugen die Ausgaben des Bundes für Stellenlosenunterstützung:

1925	166 000 Mark
1926	613 000 Mark
1927	145 000 Mark.

Besonderes Gewicht legte der Bund der technischen Angestellten und Beamten auf den Kampf um die Neugestaltung des Erfinderrechtes. Ein besonders eingesetzter Patentausschuß stellte einen eigenen Entwurf auf, der das Erfinderrecht als einen Teil des allgemeinen Arbeitsvertragsrechtes behandelt. Der Entwurf wurde wegen seiner Bedeutung für die Weiterentwicklung dieser hart umkämpften Frage vom Reichsarbeitsministerium im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht [16]).

Der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (»Gedag«).

Der Gedag ist die Spitzenorganisation des »christlich-nationalen« Flügels der Angestelltenbewegung. Wir wiesen bereits darauf hin: seine Bildung ist eigentlich ein Widerspruch in sich selbst. Aber auch die Angestelltenverbände, die gern Standesorganisationen und nichts als das bleiben wollen, werden von der sozialen Entwicklung nicht nach ihren Wünschen gefragt. Der Gedag mußte gebildet werden, und der DHV. wurde — er mochte sonst reden, wie er wollte! — nur einer seiner Verbände, allerdings sein größter und ganz und gar ausschlaggebender. Daß der Gedag praktisch vorläufig nur eine »Verlängerung« des DHV. ist, zeigt schon der Umstand, daß es einen Tätigkeitsbericht des Gedag nicht gibt. Tätig ist eben der DHV., der es mit seinem »Standescharakter« vereinbaren kann, einmal als DHV. die »Standesinteressen« der kaufmännischen Angestellten, ein anderes Mal als Gedag die »Standesinteressen« der technischen Angestellten wahrzunehmen. Da er zu letzterem bei der geringen Zahl von technischen Angestellten im Gedag nicht allzuviel Mühe verwenden muß, wird es für uns wichtiger sein, die Arbeit des DHV. als Organisation der kaufmännischen und Büroangestellten zu betrachten.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-

[16]) Vgl. Reichsarbeitsblatt 1926, Nr. 12 und 13.

Verband ist zum Prototyp jener Entwicklung geworden, die wir die »Vergewerkschaftung« der Standesorganisationen genannt haben. Er wurde zur »Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten« dem Namen nach, als der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaften den Titel »Gewerkschaft« voraussetzte. Er wurde zu einer Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten in der Praxis, als die stürmische Entwicklung der Nachkriegswirtschaft die Methoden des organisierten Klassenkampfes zur selbstverständlichen Grundlage jeder Arbeitnehmerpolitik machte. Er leugnete die Existenz des Klassengegensatzes — und stellte seine Verbandspolitik auf die Existenz des Klassengegensatzes ein. Er sprach von volklicher Verbundenheit — und führte Streiks. Er predigte die Einheit des »Kaufmannsstandes« — und lief Sturm gegen die gewollte Tarifunfähigkeit der Unternehmerverbände. Wir haben oben eine Erklärung für die Existenzmöglichkeit dieses Aufeinanderklaffens von Ideologie und Praxis zu geben versucht. Wir haben weiter gezeigt, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar werden muß. Es liegt auf der Hand, daß in der Praxis die Gegensätzlichkeit nicht immer in voller Reinheit aufrechterhalten werden konnte: die ständisch-fascistische Ideologie beeindruckt die Praxis, das Ergebnis ist Abschwächung des Kampfes, Unsicherheit in der gewerkschaftlichen Führung des Verbandes; oder die Praxis zieht die Ideologie hinter sich her, das Ergebnis ist zeitweilige Preisgabe des »Programms«, Widersprüche in dicht aufeinanderfolgenden Aeußerungen; oder — in neuester Zeit — die Antithese von Wort und Tat wird so auffällig, daß es auch die Mitglieder des DHV. merken; das Ergebnis ist Revolte im Verband, Austragung der Gegensätze in der Oeffentlichkeit der politischen Presse.

Die »Vergewerkschaftung« setzt sich am reinsten in der Tagesarbeit der Organisation durch. In den Fragen des Tarifvertrages, der Gehaltspolitik und des Arbeitskampfes gab es kein Paktieren mit der Vergangenheit.

Der Angestelltentarifvertrag, dessen zunehmende Bedeutung man mit Angst und Bangen (»Proletarisierungstendenzen«!) verfolgt hatte, wird unumwunden anerkannt und bejaht. Im Geschäftsbericht für 1924 entrüstet man sich über die — von den Arbeitgebern! — aufgestellte Behauptung, der Tarifvertrag eigne sich nicht für Angestellte [17]). Die Forderung der Arbeitgeber, für

[17]) »Die Tarifverträge für Angestellte lehnten die meisten Arbeitgeber grundsätzlich ab, am liebsten hätte man sie beseitigt. Der Tarifvertrag soll sich für

Angestellte nur den »Leistungstarif« zuzulassen, wird strikt abgelehnt [18]). Ein scharfer Kampf wird gegen die Versuche vieler Arbeitgeberverbände, sich tarifunfähig zu machen, geführt [19]). Am drastischsten ist der Bruch mit der Vergangenheit in der Stellungnahme zum Streik. Der Streik war einmal für den DHV. eine »proletarische Kampfesweise«, die von den Angestellten fernzuhalten sei, ein »frivoles Spiel mit Schlagworten, wodurch praktische Erfolge für die Fortentwicklung der allgemeinen Standeslage nicht errungen werden können«. Damit vergleiche man etwa die Stellungnahme des Geschäftsberichtes 1926 zum Angestelltenstreik in der Berliner Gesundheitsindustrie (Geschäftsbericht DHV. 1926, S. 127):

»Der Ausgang des Streiks hat den Angestellten der Berliner Gesundheitsindustrie also einen schönen Erfolg gebracht, ist aber weit über das in Rede stehende Tarifgebiet hinaus von Bedeutung, weil er bewiesen hat, daß die Angestellten noch immer in der Lage sind, die Waffe des Streiks erfolgreich zu handhaben und gewillt sind zu kämpfen, wenn die Arbeitgeber den Bogen überspannen.«

Auf allen diesen Gebieten treibt der DHV. nichts weiter als die einstmals wütend bekämpfte Politik der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände. Es ist durchaus gewerkschaftlich gedacht, wenn der Geschäftsbericht 1924 Stellung nimmt gegen die Illusion einer Steigerung des Realeinkommens durch Preissenkungen und statt dessen auf die Notwendigkeit der Gehaltssteigerung hinweist. Wenn der Geschäftsbericht von 1925 (S. 16) die Preisabbauversuche der Reichsregierung (Luther!) begrüßt und sich nach der deutlichen Ablehnung im Vorjahr zu der Behauptung

---

Angestellte überhaupt nicht eignen, da er die Bezahlung der Angestellten schematisiere und untüchtige und träge Angestellte in ihrer Bequemlichkeit stütze, die Fleißigen und Tüchtigen dagegen in ihrem Aufstieg hemme. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß dem Tarifvertrag diese Tendenz durchaus nicht eigen ist« (a. a. O. S. 67).

[18]) »Der Tarifvertrag soll dem Kaufmannsgehilfen nicht nur ein Existenzminimum sichern, sondern er soll ihnen eine Mindestbezahlung für eine bestimmte Arbeitsleistung gewährleisten« (a. a. O. S. 56). »... Im Kampf um den Leistungstarifvertrag geht es den Arbeitgebern in erster Linie gar nicht darum, die Bezahlung des Kaufmannsgehilfen entsprechend seiner Leistung zu sichern, sondern vielmehr darum, die Gewerkschaft als Machtfaktor bei der Bestimmung der Gehaltshöhe möglichst auszuschalten. Bei den Arbeitgebern überwiegt noch immer die Abneigung gegen jeden Tarifvertrag für die Kaufmannsgehilfen, insbesondere aber gegen jede tarifvertragliche Gehaltsfestsetzung ...« (Geschäftsbericht 1926, S. 147).

[19]) Vgl. u. a. Geschäftsbericht 1924, S. 30 ff.; 1925, S. 68 ff.; 1926, S. 82 ff, sowie das besondere Gutachten von Gerber (2. Schriftenreihe des DHV. Nr. 8).

versteigt: »Wir haben allen auf Preisabbau gerichteten Bestrebungen stets fördernd gegenübergestanden, weil die Wirtschaftskrisis und die langandauernde Erwerbslosigkeit nur dann überwunden werden kann, wenn die Starrheit der deutschen Preise aufhört«, so dürfte das einer der Punkte sein, an dem sich die gewerkschaftliche Praxis noch schwächer erwies als — andere Einflüsse [20]). Diese Uneinheitlichkeit in der Haltung tritt überall dort in Erscheinung, wo es sich nicht mehr um »rein« gewerkschaftliche Fragen handelt. Schon bei der Stellungnahme zum Achtstundentag sehen wir etwas Aehnliches. Für eine gesetzliche Verankerung des Achtstundentages sind außerhalb der Arbeiterparteien nicht viele Freunde zu finden, bei der politischen Haltung des DHV. Grund genug, um — die gesetzliche Fixierung des Höchstarbeitstages überhaupt abzulehnen und alles von der Macht und Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen zu erwarten [21]). 1926 ist man allerdings schon eines Besseren belehrt (Geschäftsbericht des DHV. 1926, S. 87):

»... es ist festzustellen, daß die Gewerkschaften bei Abschluß der Tarifverträge vielfach ein zu starkes Vertrauen auf die Loyalität der Arbeitgeber gesetzt haben.«

Der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern steht der DHV. durchaus positiv gegenüber, zum mindesten grundsätzlich. In der Praxis werden auch hier neuerdings Stimmen laut, die eine kritische Einstellung verraten [22]). Dem Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) tritt man mit deutlichem Mißtrauen entgegen, ohne daß bisher wenigstens die unbedingte Ablehnung des Instituts ausgesprochen wäre.

Auf sozialpolitischem Gebiet wird dem DHV. die Einstellung mehr oder weniger zwingend von seinen gewerkschaftspolitischen Tagesaufgaben vorgeschrieben. Wie langsam aber die Ideologie der neuen Praxis folgt, zeigt die Unsicherheit der Haltung auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Der Geschäftsbericht 1924 lehnt die landwirtschaftlichen Zölle ab [23]); der Geschäftsbericht 1926 billigt

---

[20]) Allerdings muß bereits am 12. Januar 1927 der Verbandsvorsitzende Bechly in der »Deutschen Handelswacht« feststellen: »Die berühmte Preissenkungsaktion der ehemaligen Regierung Luther ist sang- und klanglos begraben worden. Die Regierung hatte ihre Kräfte gegenüber dem Interessenklüngel erheblich überschätzt und kapitulierte sehr bald, um ihr eigenes Leben zu retten.«

[21]) Geschäftsbericht DHV. 1924, S. 62/63.

[22]) Geschäftsbericht DHV. 1926, S. 115/116.

[23]) Geschäftsbericht DHV. 1924, S. 17.

sie und verteidigt sie, nachdem sie vom Reichstage beschlossen worden waren [24]). 1924 werden die industriellen Hochschutzzollforderungen für »bedenklich« erklärt [25]), 1925 ist die Gegnerschaft nur noch »grundsätzlich«, der Zolltarif dagegen eine »handelspolitische Notwendigkeit« [26]).

Je näher solche Stellungnahmen der politischen Sphäre kommen, desto unsicherer und unbestimmter werden sie. Nicht so sehr die Erkenntnis oder das Aussprechen des Klassengegensatzes in der kapitalistischen Wirtschaft ist es, was der DHV. zu vermeiden sucht: er würde aber seine Existenzberechtigung als selbständiger, den freien Gewerkschaften »entgegengesetzter« Verband selbst negieren, wollte er aus seiner gewerkschaftlichen Klassenpolitik auch die politischen Konsequenzen ziehen.

Wie weitgehend man bereit (oder gezwungen) ist, die Existenz des Klassengegensatzes anzuerkennen und in Rechnung zu stellen, zeigen eine Reihe von Veröffentlichungen insbesondere der letzten Zeit: »Es hat aber eine neue Zusammenschlußbewegung eingesetzt, die aller Wahrscheinlichkeit nach von Bestand sein wird und die den wirtschaftlichen Charakter des nächsten Menschenalters bestimmen wird. Herauf dämmert die Herrschaft der privaten Monopole (im Original gesperrt) und es entsteht die Gefahr, daß wir als Verbraucher wie als Arbeitnehmer, ja vielleicht sogar, daß der Staat der Gewalt der Monopolverbände ausgeliefert sein wird« [27]). Oder noch viel schärfer in einem Artikel des Hauptschriftleiters des DHV., Zimmermann, im »Deutschen«:

»Im bürgerlichen Lager machten sie andere Erfahrungen. Man redete dort viel und nachdrücklich von Vaterlandsliebe — aber diese Vaterlandsliebe war den an einfaches, natürliches Denken gewöhnten Arbeitern zu kompliziert und zu theoretisch. Sie hatten sich eingebildet, daß die Liebe zum deutschen Volk sich auf alle Volksgenossen erstrecken müsse. Diese Liebe fand man nicht. Man fand, daß die Liebe eines großen Teils des Bürgertums eben nur diesem begüterten Bürgertum, ja, genau besehen, nur den Gütern dieser Welt galt. Die Arbeitnehmer liebte man nur insofern, als man in ihnen Bundesgenossen zum Schutze dieser Güter erblickte. Die Arbeiter sollten einmal nationale Gesinnung bekunden und zum andern bescheiden sein. Die erste Forderung betonte man öffentlich, auf die Erfüllung der zweiten rechnete man im geheimen mit noch größerer Inbrunst. Man empfand es als ein ganz natürliches Verhältnis, daß das Bürger- und Arbeitgebertum versuchen müsse, sich wieder emporzuarbeiten,

[24]) Geschäftsbericht DHV. 1926, S. 42/43.
[25]) Geschäftsbericht DHV. 1924, S. 18.
[26]) Geschäftsbericht DHV. 1925, S. 28.
[27]) Geschäftsbericht des DHV.s 1925, S. 28.

und daß die Masse der Arbeitnehmer die verdammte nationale Pflicht habe, dabei selbstlos den Steigbügel zu halten.

Man fand nichts dabei, daß man aus theoretischen Erwägungen, ja, aus bloßem Machtkitzel, gelegentlich Zehntausende von Arbeitern aussperrte, mit anderen Worten: daß man sie mit Frauen und Kindern auf Wochen hinaus dem Elend preisgab. Man hielt es für selbstverständlich, daß man gegen jeden, auch den bescheidensten sozialen Fortschritt kämpfte und daß man bei jeder unbedeutenden Gelegenheit so oft von dem Erliegen der deutschen Wirtschaft sprach, bis — — — kein Mensch diese Lamentationen mehr ernst nahm. . . .

Der Arbeitnehmer von heute ist nicht mehr der von 1880. Er ist freier, selbständiger, weitblickend geworden. Nur dann, wenn man bereit ist, diese Entwicklung anzuerkennen, kann der deutsche Arbeiter für den nationalen Gedanken, für das deutsche Volkstum gewonnen werden. Sonst zwingt man ihn dazu, seine eigenen Wege zu gehen« [28]).

Wollte man aber die politische Gesamthaltung des DHV. nach seinen Aeußerungen beurteilen, so käme man in einige Verlegenheit. Klar ist nur seine scharf antisozialistische Einstellung, die ihm als Existenzgrundlage (»Abgrenzung« gegen die freien Angestelltengewerkschaften) geradezu diktiert wird. Wahrscheinlich zur wirksameren Ausgestaltung dieser Politik wird sie nicht selten mit antisemitischen Anrempelungen verziert. Alles andere aber ist unsicher und uneinheitlich, ein deutliches Spiegelbild der Schwierigkeiten, in die eine Gewerkschaft gerät, die bewußt »bürgerliche« Politik treiben will.

Nach den Angaben des DHV.-Geschäftsberichtes für 1926 verteilen sich die »als politische Vertrauensmänner des Verbandes amtierenden Mitglieder« auf folgende Parteien:

Völkische Parteien	101
Deutschnationale Volkspartei	302
Deutsche Volkspartei	291
Bürgerliche Einheitslisten	745
Zentrum	98
Bayerische Volkspartei	9
Demokratische Partei	37
Deutsch-Hannoversche Partei	8
Großdeutsche Volkspartei (Oesterr.)	2
	1593

Die politischen Funktionäre gehören also fast ausschließlich den rechten Flügelparteien an. Trotzdem wäre es verfehlt, daraus nun etwa auf eine extremnationale Politik des Verbandes schließen zu wollen. Im Grunde treibt er jederzeit die Politik des gängigen Schlagwortes; er schwimmt mit der Masse der Unpolitischen, und es ist ganz unmöglich, ihn nach innen oder nach außen

[28]) Der Deutsche Nr. 18 vom 21. 1. 28.

auf eine bestimmte politische Linie festzulegen [29]). Er ist 1924 antiwilhelminisch und antisozialdemokratisch, er ist 1924 gegen den Dawes-Plan (»in seinem Wesen ein Ausbeutungsplan«) und 1925 für Locarno. Am krassesten ist die völlige Verwirrung im Geschäftsbericht für 1926, wo auf Seite 20 der Reparationsagent folgende Lobpreisung erfährt:

»Am 30. November 1926 hat der Reparationsagent seinen zweiten Jahresbericht erstattet. Seine Darlegungen zeichnen sich in gleicher Weise wie die vorhergegangenen Berichte, der erste Jahresbericht und die beiden Zwischenberichte vom Mai 1925 und Juni 1926, durch politischen Takt und das Streben nach Sachlichkeit aus. Wenn wir auch nicht allen Darlegungen des klugen Amerikaners über die Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung und den Stand der deutschen Wirtschaft beipflichten können, ist seine Leistung in der „Durchleuchtung" der deutschen Wirtschaft im Gegensatz zu vielen deutschen offiziellen und Handelskammerberichten und den Veröffentlichungen großer wirtschaftlicher Verbände als vorbildlich in ihrer Gründlichkeit, Klarheit und Uebersichtlichkeit zu werten.«

und wo zwei Seiten später aus dem »politischen Takt« des »klugen Amerikaners« der verblüffende Schluß gezogen wird:

»Der Kampf gegen den Dawes-Plan wird leider von den Arbeitnehmern, die doch die Hauptleidtragenden sind, nicht so energisch geführt, wie es ihr eigenstes Interesse erheischt. Der Grund dieser scheinbaren Gleichgültigkeit ist wohl darin zu suchen, daß die Blutsaugpumpe des Dawes-Planes am Körper der Wirtschaft des deutschen Volkes außerordentlich raffiniert und geräuschlos arbeitet und die Schwächung des Patienten nicht so unmittelbar sichtbar wird. . . Die deutschen Arbeitslosen, von denen ein großer Teil als Opfer des Dawes-Planes anzusehen ist, sind schlimmer daran als Zuchthäusler« [30]).

Es ist eine Frage von größter Bedeutung für die Zukunft der deutschen Angestelltenbewegung, wieweit dieser Bogen gespannt werden kann. Ist es wirklich unbegrenzt möglich, Gewerkschaftspolitik in der Arbeitnehmerfront zu verbinden mit der Standesideologie der »Soll- und Haben«-Periode? Alle Anzeichen der letzten Jahre scheinen diese Frage zu verneinen, am deutlichsten der in voller Oeffentlichkeit ausgetragene Konflikt »mit einem alten DHV.-Mitglied«, der die gewerkschaftspolitisch einwandfreie Haltung des DHV. gegenüber der Stillegungsdrohung der

[29]) Geradezu klassisch ist die Formulierung, die der Verbandsvorsitzende Bechly auf dem Verbandstag 1926 für die »Politik« des Verbandes gefunden hat: »Der Verband ist demokratisch, aber nicht parteidemokratisch, deutschnational, aber nicht parteideutschnational, völkisch, aber nicht parteivölkisch, nicht monarchisch, aber auch nicht republikanisch, nicht schwarz-weiß-rot, aber auch nicht schwarz-rot-gold. Der Verband ist als etwas Eigenes entstanden, aus deutschem Blut für sich erzeugt.«

[30]) Geschäftsbericht DHV. 1926, S. 22.

Eisenindustrie im Dezember 1927 zum Anlaß nahm, um — vom Standpunkt des alten DHV.-Mitgliedes aus durchaus richtig — die inkonsequente und auf die Dauer unhaltbare Politik der DHV.-Führung anzugreifen [31]). Er wirft dem DHV. vor, daß er alle gute Tradition vergessen habe. Immer mehr habe er sich der überlebten (!) und starren Gewerkschaftsform genähert, er ergehe sich in Argumentationen und Ausdrücken, die sich in keiner Weise von denen der Arbeitergewerkschaften unterscheiden, er ließe jede Objektivität vermissen, rede phrasenhaft im Jargon der Freien Gewerkschaften vom großen Schlage des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften usw. Daher wirft das »alte Mitglied« folgende Fragen auf (Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 740 vom 14. 12. 27):

»Welches ist nun das wahre Gesicht des DHV.? Jenes, das seine Führer bei allen sich bietenden Gelegenheiten zeigen oder dieses, das aus der Erklärung zum Konflikt in der Eisenindustrie heraussieht? Man ist geneigt, an das letztere zu glauben, denn die Bindung an die christlichen Gewerkschaften scheint so stark zu sein, daß jene Kräfte in der Leitung des DHV., die in einer rein gewerkschaftlichen Entwicklung unter Anlehnung an die Arbeiterschaft, die Zukunft des DHV. sehen, den stärksten Einfluß haben. Ist es so, dann muß es über kurz und lang zu Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes kommen. Die Mentalität der Mitglieder des DHV. im Reiche ist eine andere als die der Mitglieder im Westen. Je mehr mit der Zeit wieder weltanschauliche Fragen in den Vordergrund treten, desto mehr wird das Bündnis des DHV. mit den christlichen Gewerkschaften, der einflußreichsten Gruppe des Zentrums, eine auf die Dauer untragbare Last für den DHV. werden, die ihren Druck auch auf seine Führung ausüben wird.«

Die Antwort des DHV.-Hauptschriftleiters darauf ist mager und vorsichtig. Er versucht, mit Hinweisen auf die großzügige Bildungsarbeit des DHV. um den Kern der Frage herumzukommen. In der Entgegnung des Angreifers wird daher noch einmal ganz klar und eindeutig die krisenhafte Situation, in der sich der DHV. befindet und die sich immer mehr verschärfen muß, aufgezeigt:

»Allen, die die Entwicklung des DHV. vollkommen objektiv betrachten, ist es heute Gewißheit, daß die Richtung, in die der DHV. treibt, zu Auseinandersetzungen führen muß, die an die Wurzel des Verbandes greifen werden.« Und etwas später: ». . . es muß zu einer Krise im DHV. kommen, wenn nicht das Steuer im letzten Augenblick herumgeworfen wird.«

Da die Bahnen der Gewerkschaftspolitik dem DHV. vorgezeichnet sind, kann »das Steuer« nicht herumgerissen werden. Es

[31]) Rheinisch-Westfälische Ztg. Nr. 740 v. 14. 12. 27; Nr. 759 v. 24. 12. 27; Nr. 19 v. 11. 1. 28.

ist also damit zu rechnen, daß die Konflikte zwischen der »alten« und der »neuen« Richtung im DHV. demnächst noch sehr viel gründlicher zum Austrag kommen.

Der DHV. ist im Gedag nicht nur zahlenmäßig ausschlaggebend. Er gibt der gesamten christlich-nationalen Angestelltenbewegung auch das politische Gesicht. Die kleineren Verbände verraten nirgends eine eigene Stellungnahme. Soweit sie überhaupt Geschäftsberichte veröffentlichen, kommen sie nicht über allgemeine Redensarten hinaus. Das gilt auch für den zahlenmäßig nicht unbedeutenden »Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten« (V.w.A.), dessen Sonderexistenz neben dem DHV. ja nur dadurch erklärlich ist, daß der DHV. weibliche Angestellte nicht aufnimmt [32]). Die Tätigkeit der christlich-nationalen Technikerorganisationen (Deutscher Werkmeister-Bund und Deutscher Techniker-Verband) erschöpft sich in den bisher vergeblichen Versuchen, sich gegen die überragenden freigewerkschaftlichen Verbände durchzusetzen.

Von sehr viel größerer Bedeutung als die »Nebenverbände« im Gedag ist der »Gewerkschaftsbund der Angestellten«, der zusammen mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein und neuerdings mit dem Allgemeinen Verband der Versicherungsangestellten die Hirsch-Dunckersche Gruppe der Angestelltenbewegung bildet. An Mitgliederzahl erreicht er fast den DHV. Im Unterschied zu diesem aber ist er ein Einheitsverband, d. h. er organisiert die Angestellten aller Berufe und bildet für die einzelnen Berufsgruppen nur Reichsberufsgruppen (für die technischen Angestellten) oder Reichsfachgruppen (Bankangestellte — trotz dem Bündnis mit dem Deutschen Bankbeamten-Verein! —, Bergbau, Versicherung, Behörden usw.). Er entsteht 1920 aus dem Zusammenschluß mehrerer Verbände, insbesondere aus dem Kaufmännischen Verein von 1858, dem Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig und dem Verband deutscher

[32]) Der VwA. nimmt z. B. folgendermaßen zur Zollpolitik Stellung (Geschäftsbericht VwA. 1924/1926, S. 46): »Zollpolitik und Handelsverträge sind andere überaus wichtige Fragen des staatlichen Wirtschaftslebens. Der VwA. hat sich, soweit er mitzuwirken Veranlassung nehmen konnte, wie immer auf den Standpunkt gestellt, daß die nationale Wohlfahrt den Eigeninteressen einzelner Personen oder Schichten voranzugehen habe, getreu seinen christlich-nationalen Grundsätzen; denn letzten Endes kommt eine solche Politik auch dem Arbeitnehmer zugute.« (!)



Kaufleute. Sein Organisationsbereich ist auch heute noch im wesentlichen das der Einzelverbände vor dem Zusammenschluß, d. h. er beschränkt sich ganz überwiegend auf die kaufmännischen und Büroangestellten, während die technischen Angestellten einen relativ geringen Teil der Mitgliedschaft stellen. Die Geschäftsberichte des Gewerkschaftsbundes der Angestellten versichern zwar, daß die Reichsberufsgruppe der technischen Angestellten einen erfreulichen Aufschwung nähme [33]), Zahlenbelege werden dafür aber nicht geliefert und von den freigewerkschaftlichen Verbänden wird eine solche günstige Entwicklung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten energisch bestritten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten offenbar selbst auf eine Organisierung von Werkmeister nur dann rechnet, wenn sie noch keine Verbindung mit dem Deutschen Werkmeister-Verband gefunden haben [34]).

In der gewerkschaftspolitischen Praxis ist ein Unterschied zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und den Afa-Gewerkschaften kaum zu konstatieren [35]). In der Theorie des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wird die »Bekehrungsarbeit«, die er mit Erfolg bei den Unternehmern zu leisten glaubt,

---

[33]) Vgl. Jahresbericht des GdA. für 1925, S. 83; für 1926, S. 167.

[34]) »Uebertritte aus anderen Verbänden waren stärker als in den Vorjahren. Bemerkenswert ist der Zugang an jüngeren Werkmeistern, die noch in keinerlei Bindung zum DWV. standen.« Jahresbericht des GdA. für 1926, S. 169.

[35]) In wie stürmischem Tempo auch der GdA. seine Vergewerkschaftung vollzogen hat, zeigt ein Vergleich seiner heutigen Haltung mit der programmatischen Broschüre des Herrn Dr. Köhler, Vorsitzenden des (ehemaligen) Kaufmännischen Vereins von 1858, also eines der Gründerverbände des GdA. Aus dieser Schrift »Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege«, Bonn 1916, hat Lederer bereits 1921 zitiert (vgl. Archiv Bd. 47, 2, S. 613, Anm. 80). Wir zitieren ferner: »Was heißt gewerkschaftliche Organisationsarbeit? Reine Arbeitnehmerpolitik! Ja treiben denn die Berufsvereine nicht auch in wirtschaftlicher Beziehung reine Arbeitnehmerpolitik? Wollen denn die gewerkschaftlichen Verbände wirklich leugnen, daß diejenigen Privatbeamtenvereine, die nur Standespolitik treiben wollen, nicht aber Arbeitnehmerpolitik in Gemeinsamkeit mit der Arbeiterschaft, daß diese Verbände auf falschem Wege seien?« (a. a. O. S. 21 bis 22). . . . »Weil wir den Streik nicht als brauchbares Mittel zur Durchsetzung unserer Ziele ansehen und anwenden wollen, sollen wir keine „energischen Standesvertreter" sein . . . Was der Arbeiterschaft möglich ist, muß doch nun nicht auch gezwungenermaßen bei der Angestelltenschaft und ihrer Politik angewandt werden.« . . . »Es würde nie möglich sein, die Prokuristen, die Korrespondenten, die Abteilungschefs, die Verkäufer, die Verkäuferinnen und die Hilfsarbeiter zu einer Aktion, nicht einmal wahrscheinlich in einer Firma, wieviel weniger in einem ganzen Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete zusammenzuschließen« (a. a. O. S. 25/26).

hin und wieder stärker betont [36]), ohne daß dadurch die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Machtpolitik der Arbeitgeber beeinträchtigt würde. Ideologisch ist der Gewerkschaftsbund der Angestellten bewußt republikanisch-demokratisch; er steht »auf dem Boden der Republik«. Er erfüllt damit in der deutschen Angestelltenbewegung die gleiche Funktion wie etwa der monarchistische DHV. in der Vorkriegszeit: er sammelt die Angestellten unter einer formal-politischen Losung, die dem berühmten »Boden der gegebenen Tatsachen« entspricht. Bei dem relativ langsamen Tempo der sozialen Entwicklung der Vorkriegszeit genügte dem DHV. das Bekenntnis zur Monarchie und gegen die Sozialdemokratie vollkommen. Heute aber, nachdem die ökonomische Basis und die Ideologien der Angestellten sich in sehr schnellem Tempo umbilden, ist das formal-politische Bekenntnis als Leitmotiv einer gewerkschaftlichen Organisation notwendigerweise unzureichend. Sie wird durch die Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes gezwungen, bei solchen Gruppen in der Bewegung Ablehnung zu suchen, die auch über eine soziale Zielsetzung verfügen oder zu verfügen behaupten. Nach der Zusammensetzung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und seiner ideologischen Haltung kann dafür auf die Dauer nur der Afa-Bund in Frage kommen. Es entspricht aber durchaus der traditionsbelasteten Entwicklung der Angestelltenbewegung, daß die einzige Bindung, die der Gewerkschaftsbund der Angestellten bisher offiziell eingegangen ist — gerade nach der anderen Seite geht. Seine Vorgänger waren seit den Kämpfen um die Angestelltenversicherung Mitglieder des »Hauptausschusses für die soziale Versicherung der Privatangestellten«; ihm gehört der Gewerkschaftsbund der Angestellten heute noch an, von hier aus hat er, Seite an Seite mit dem DHV., den Afa-Bund bekämpft, als im Jahre 1927 die Wahlen in der Angestelltenversicherung stattfanden. Es muß bezweifelt werden, ob diese falsche Frontstellung dem Gewerkschaftsbund der Angestellten sehr gut bekommen ist. Die Kampfgemeinschaft mit dem DHV. hat insbesondere in der Provinz, wo die Mitgliedschaft des DHV. noch scharf nationalistisch eingestellt ist, starke Beunruhigung unter den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes der Angestellten hervorgerufen. Es darf wohl damit gerechnet werden, daß gerade der mit falscher Frontrichtung geführte Kampf des Jahres 1927 die

[36]) Z. B. Jahresbericht für 1925, S. 44.

Klärung im Gewerkschaftsbund der Angestellten beschleunigen wird.

In die tabellarische Uebersicht haben wir am Schluß die »Spitzenorganisation« der Vereinigung der leitenden Angestellten mitaufgenommen [37]). Die »Spitzenorganisation« besteht praktisch aus der gleichnamigen Vereinigung der leitenden Angestellten. Sie findet hier nicht deshalb Erwähnung, weil wir sie für eine Gewerkschaft halten; ihr Programm, auch ihre neuesten Veröffentlichungen, lehnen die Kampfmittel der Gewerkschaften ausdrücklich ab [38]). Aber auch die Vereinigung der leitenden Angestellten zeigt, daß eine noch so bewußt a-gewerkschaftlich eingestellte, mit Unternehmerfunktionären stark durchsetzte Organisation sich der allgemeinen Tendenz der Entwicklung nicht entziehen kann. Dieselbe Organisation, deren Programm eine einzige romantische Rebellion gegen die »Entpersönlichung im Hochkapitalismus« darstellt [39]), die sich »das individualistische Gewissen der deutschen Wirtschaft« nennt [40]), muß heute die Einbeziehung der leitenden Angestellten in die Sozialversicherung (durch Erhöhung der Gehaltsgrenze) fordern, die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf die leitenden Angestellten verlangen, sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, sie wolle keine »reine Gewerkschaftspolitik« treiben [41]) usw. Sie führt zwar einen heftigen Kampf gegen die »Monopolgewerkschaften«, d. h. gegen die den anerkannten Spitzenorganisationen angeschlossenen Verbände; aber sie muß selbst resigniert feststellen, daß die leitenden Angestellten — denen eben die gewerkschaftliche Vertretung noch fehlt — bisher von der Anpassung ihrer Gehälter an die Preissteigerungen ausgeschlossen worden seien [42]). Die Vereinigung der leitenden Angestellten repräsentiert heute noch theoretisch das »erste Stadium« in der Entwicklung der Angestelltenorganisationen, das Stadium des »Noch-nicht-Arbeitgeber«. Praktisch aber ist sie bereits in großem Maße, wie

[37]) Der »Reichsbund deutscher Angestellten-Berufsverbände«, die Zusammenfassung der gelben (wirtschaftlich-friedlichen) Angestelltenvereine ist fortgelassen worden. Er spielt praktisch keine Rolle in der Bewegung; eine ausführliche Behandlung dieser von gewissen Unternehmerkreisen künstlich gezüchteten Verbände würde den Rahmen der Arbeit sprengen.

[38]) Vgl. z. B. »Der leitende Angestellte« 1927, S. 121.

[39]) »Der leitende Angestellte« 1927, S. 211.

[40]) »Der leitende Angestellte« 1927, S. 239.

[41]) »Der leitende Angestellte« 1927, S. 42.

[42]) »Der leitende Angestellte« 1927, S. 238.

es nach der Entwicklung der modernen Unternehmungsform ja gar nicht anders sein kann, ein Verband von gehobenen Angestellten geworden, die keine Unternehmerfunktion mehr haben. Ueber kurz oder lang wird sich auch die Vereinigung der leitenden Angestellten zwischen ihren Unternehmerfunktionären und ihren echten Angestellten entscheiden müssen. Es ist nicht zweifelhaft, wohin ihre Entscheidung fallen muß. Mit dem Aufgehen der Vereinigung der leitenden Angestellten in einer anerkannten Spitzenorganisation wird dann das »erste Stadium« der Angestelltenbewegung auch nach außen hin liquidiert sein. Praktisch ist diese Liquidierung bereits erfolgt, als die Vereinigung der leitenden Angestellten die Ausdehnung der Sozialversicherung auf ihre Mitglieder verlangte, denn das bedeutete das Aufgeben der »Arbeitgeber«ideologie.

Die wirtschaftliche Lage der Angestellten.

Der ausschlaggebende Faktor für die wirtschaftliche Lage der Angestellten ist der Tarifvertrag. Die Zahl der Angestelltentarife nahm seit Kriegsende ständig zu, nach den Geschäftsberichten des Zentralverbandes der Angestellten ist sie von 1919 bis 1926 auf über das Doppelte gestiegen (von 387 auf 869). Es ist nicht leicht, sich über das tatsächliche Einkommen des deutschen Angestellten ein Bild zu machen, da fast alle Statistiken nur die Tarifgehälter berücksichtigen, von denen die realiter ausgezahlten Gehälter noch mehr abweichen als bei den Arbeitern. Einen allgemeinen Ueberblick gestattet die Statistik der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die die Verteilung aller versicherten Angestellten auf die verschiedenen Gehaltsklassen berechnet. Danach entfiel im Dezember 1927 die Hauptmasse der Angestellten (31,1%) auf Gehaltsklasse C mit einem Monatsgehalt von 100—200 Mark, mehr als 2/3 aller deutschen Angestellten (67,3%) verdienten weniger als 200 Mark monatlich, 85% aller bis zu 300 Mark, nur 5% aller verdienten mehr als 400 Mark. Das Institut für Konjunkturforschung errechnete aus den Angaben der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein durchschnittliches Arbeitseinkommen der Angestellten von 159,50 Reichsmark im Januar, von 170,76 Reichsmark im Juni 1927. Den besten Einblick in die Gestaltung der Gehälter bei den verschiedenen Gruppen von Angestellten und in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erhält man durch die Statistik des Afa-

Bundes. Sie führt die durchschnittlichen Tarifgehälter der kaufmännischen, der technischen Angestellten und der Werkmeister getrennt nach 7 Industrien auf, außerdem die Gehälter im Einzel- und Großhandel und in den Banken. Sie zeigt eine sehr große Differenz in der Bezahlung derselben Angestelltenkategorien in den verschiedenen Branchen. In der Gehaltsgruppe 2 erzielten die kaufmännischen Angestellten z. B. im 4. Quartal 1927 in der Metallindustrie Gehälter von 160 Mark, ähnlich ist es in der Textilindustrie und im Großhandel, wo sogar nur 147 Mark bezahlt wurden, dagegen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 188 Mark, in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken 174 Mark, im Verkehrsgewerbe sogar 291 Mark; auch bei den Technikern und den Werkmeistern zeichnen sich die Metall- und Textilindustrie durch besonders niedrige, das Verkehrsgewerbe durch die höchsten Tarifsätze aus. Innerhalb der einzelnen Industrien differieren wieder die Sätze zwischen den 3 Angestelltentypen sehr stark, meistenteils, aber nicht immer, werden Techniker und Werkmeister besser bezahlt als die kaufmännischen Angestellten.

Wie hat sich nun die Gehaltslage der Angestellten seit der Stabilisierung verändert? Diese Frage kann nur durch die statistischen Erhebungen der einzelnen Verbände beantwortet werden [43]). Danach läßt sich eine — trotz aller Verschiedenheiten im einzelnen — doch annähernd einheitliche Tendenz konstatieren.

[43]) Nach den Angaben des DHV. haben sich die durchschnittlichen Tarifgehälter des ledigen männlichen kaufmännischen Angestellten in den vier verschiedenen Gehaltsgruppen folgendermaßen entwickelt:

in Mark	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gruppe IV
Dez. 1923	50.28	85.01	131.19	166.08
» 1924	69.51	113.64	166.42	213.56
» 1925	82.68	131.84	190.98	246.54
» 1926	82.66	131.77	190.98	245.71
» 1927	89.70	142.32	205.08	264.11

Die Veröffentlichung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten zeigen folgende Entwicklung:

Tarifliche Gesamtdurchschnittsgehälter in der Industrie.

in Mark	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gruppe IV
bei Einführung der Goldmark	87.52	121.—	153.85	199.60
Ende 1924	110.19	153.50	201.10	261.45
Ende 1925	128.17	177.18	233.56	305.03
Mitte 1926	126.23	173.08	229.76	300.70
Ende 1927	138.48	191.73	253.92	331.93

Nach dem ungeheuerlichen Tiefstand der Gehälter bei der Goldmarkumstellung trat im Jahre 1924 eine starke Steigerung ein, die in vielen Fällen 30—40% betrug. Das Jahr 1925 brachte neue Erhöhungen, wenn auch in wesentlich bescheidenerem Maße. Das Krisenjahr 1926 kennzeichnete sich überall durch Stillstand der Gehaltssteigerungen oder durch ganz geringe Senkungen aus [44]). Im Jahre 1927 zeigt die Entwicklung wieder nach oben, etwa entsprechend dem Tempo der Verteuerung der Lebenshaltung.

Einem Vergleich der heutigen Angestelltengehälter mit denen der Vorkriegszeit stellen sich große Schwierigkeiten entgegen mangels umfassender Erhebungen aus Friedenszeiten und mangels einer allgemein anerkannten Vergleichsbasis. Soweit sich die Verbände der Mühe einer Realeinkommensvergleichung unterzogen haben, kommen sie übereinstimmend zu dem Schluß, daß die Kaufkraft der heutigen Gehälter immer noch weit hinter derjenigen der letzten Friedensjahre zurückbleibt.

In bezug auf die Bezahlung der weiblichen Arbeit haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren gewisse, wenn auch noch geringe Fortschritte erzielt. In der Mehrzahl der Fälle wurde die Frauenarbeit bei gleicher Leistung beträchtlich schlechter bezahlt als die der Männer. Der Zentralverband der Angestellten, der seit jeher das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Leistung« verficht, gibt folgende Zahlen bekannt: von 645 untersuchten Tarifverträgen sahen 1926 nur 17,8% (1925 erst 7%) gleiche Bezahlung vor; alle anderen setzten Abzüge für weibliche Angestellte fest, und zwar Abzüge bis zu 10% in 63,2% (1925: 73,5%) der Fälle, Abzüge von 10—15% in 12,6% (1925: 14,5%) der Fälle, Abzüge bis zu 20% und darüber immer noch 6,4% (1925: 5,0%) der Tarifverträge.

Das zweite, für die ökonomische Lage der Angestellten ausschlaggebende Moment ist die Arbeitszeit. Auf diesem Gebiet war der Zeitpunkt der Stabilisierung der Beginn der größten Verschlechterungen. Seit dem Erlaß der Arbeitszeit-Verordnung von 1923 stand der Achtstundentag hier wie bei den Arbeitern fest nur auf dem Papier. Die große Mehrzahl der Tarifverträge spricht zwar von einer 48stündigen Wochenarbeitszeit, gleichzeitig aber enthält mindestens die Hälfte, oft 3/4 aller Tarifverträge Bestimmungen über Mehrarbeit bis zu 6 Stunden, viele

---

[44]) Gerade in der Widerstandsfähigkeit der Angestelltengehälter in dieser Krise zeigte sich der Wert der besseren gewerkschaftlichen Organisation.

bis zu 12 Stunden und darüber. Das Streben der Arbeitgeber war auch hier darauf gerichtet, die Ueberschreitung des Achtstundentages zur Regel zu machen, was sich für die Angestellten noch schwerer als für die Arbeiter auswirken mußte, da sie für die Mehrarbeit bis zu 54 Stunden meistens gar keine, für noch längere Ueberarbeit eine völlig unzureichende Vergütung erhielten. Mit dem 1. Mai 1927, d. h. mit dem Inkrafttreten des Arbeitszeit-Notgesetzes trat eine Wendung zum Besseren ein, sowohl in bezug auf die vereinbarte Mehrarbeit wie auf die dafür festgesetzten Zuschläge, z. B. regelten bei den Werkmeistern vor dem 1. Mai nur 4,9%, nach dem 1. Mai bereits 95,1% der Tarifverträge die Arbeitszeit und Ueberarbeit. In bezug auf den Sonnabendfrühschluß für kaufmännische Angestellte hat sich die Lage von Jahr zu Jahr verbessert. Nach der Tarifstatistik des Zentralverbandes der Angestellten legten im Jahre 1925 287 von 725 Verträgen den Sonnabendfrühschluß fest, im Jahre 1926 waren es bereits 347 von 797.

Auch der Urlaub wird immer mehr tarifvertraglich geregelt, was für die Krisenzeiten besonders wichtig ist, weil sich der Angriff der Arbeitgeber gewöhnlich zuerst gegen diese »Vergünstigung« richtet. Bei den kaufmännischen Angestellten war in der überwiegenden Mehrzahl der Verträge eine Mindestdauer des Urlaubs von 6 Tagen festgelegt, nur $^1/_6$ der Tarifverträge geht darüber hinaus; die Höchstdauer betrug in $^4/_5$ der Fälle weniger als 18 Tage.

Einen sehr interessanten Einblick in die Lebenshaltung des deutschen Angestellten erhält man durch die Erhebungen über die Haushaltsbudgets, die 1927 fast gleichzeitig vom Afa-Bund und vom DHV. durchgeführt wurden. Obgleich der Umfang der beiden Erhebungen sehr verschieden ist, stimmen doch die Ergebnisse so weitgehend überein, daß sie die Verallgemeinerungsmöglichkeiten der Untersuchungen beträchtlich erhöhen. Schon das Durchschnittseinkommen der untersuchten Familien differiert kaum; 369,54 RM. bei den Familien der Afa-Statistik, 364,02 RM. beim DHV. Es liegt natürlich wesentlich höher als das Durchschnittseinkommen des deutschen Angestellten — auch wenn man berücksichtigt, daß in diesen Summen außer dem Gehalt des Mannes alle Gehälter und Nebeneinnahmen der Frau und der Kinder und etwaige Unterstützungen enthalten sind —; da aber von den Familien mit den geringsten Einkommen

erfahrungsgemäß keine systematisch geführten Haushaltsbücher zu bekommen sind, mußte man diesen Schönheitsfehler mit in Kauf nehmen. Die Familie setzte sich bei beiden Erhebungen aus durchschnittlich 3—6 Personen (darunter kennzeichnenderweise aber nur 1 bzw. 1,4 Kinder unter 14 Jahren) zusammen. Als wichtigste Schlußfolgerungen, die beide Erhebungen bestätigen, wären folgende zu nennen. Von dem errechneten Durchschnittseinkommen von nahezu 370 Mark entfallen nach der Afa-Statistik 36,51% der Ausgaben auf Ernährung, 14,25% auf Wohnung (einschl. Reinigung und Neuanschaffung), 3,25% auf Kleidung und 33,58% auf »Sonstiges«, d. h. Steuern, Versicherungen, Organisationsbeiträge, Fahrgeld, Arztrechnungen, geistige und gesellige Bedürfnisse, Geschenke, Unterstützungen usw. (Die entsprechenden Prozentzahlen des DHV. sind 33,1 bzw. 14,85 bzw. 3,92 bzw. 11,81 bzw. 36,22.) Ein Vergleich der Haushaltsführung in den verschiedenen Einkommenstufen bestätigt das Engelsche Gesetz: je höher das Einkommen, desto geringerer Prozentanteil der Ernährungsausgaben. Bei einer Gegenüberstellung dieser Budgets mit denen der Hamburger Familien, auf die die bisher einzige größere Haushaltsstatistik nach dem Kriege sich bezog (1925), die fast nur Arbeiter erfaßt, zeigt sich vor allem dieser Unterschied: im Haushalt der Arbeiter spielten die Ernährungsausgaben eine viel größere Rolle (45,04%), die »sonstigen Ausgaben« eine viel geringere (25,84%). Es erscheint als typisch für die Haushaltsführung des Angestellten, daß er — auch im Vergleich zu gleichbezahlten Arbeiterschichten — seine Ernährungsbedürfnisse beträchtlich einschränkt zugunsten der sogenannten »Kulturbedürfnisse«. Aus der viel größeren Bedeutung der letzteren Gruppe von Ausgaben einerseits, aus der Tatsache, daß gerade die Preise dieser Gruppe wesentlich höher gegen die Vorkriegszeit gestiegen sind als die der anderen Gruppen (nämlich um 180%) andererseits, erhellt zur Genüge, daß der amtliche Lebenshaltungsindex (in dem die Gruppe »Sonstiges« nur 9,28% ausmacht) für die Angestellten noch viel unbrauchbarer ist als für die Arbeiter.

Die Arbeitslosigkeit der Angestellten überstieg in den Berichtsjahren jedes bisher bekannte Maß. Der Tiefstand der Beschäftigungsmöglichkeiten für Angestellte wurde erreicht, als im Sommer 1926 bei den deutschen Arbeitsämtern über 260 000 arbeitssuchende Angestellte eingetragen waren, von denen

nur 144 000 Unterstützung aus Erwerbslosen- oder Krisenfürsorge erhielten. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Angestellten im Laufe der Konjunktur weicht ziemlich beträchtlich von dem der Arbeiter ab; das erklärt sich einerseits aus der Tatsache, daß wegen der längeren Kündigungsfristen die bei Eintritt der Depression oder Krise ausgesprochenen Kündigungen sich erst 1 bis 2 Monate später auswirkten, andererseits spielen hier die speziellen Erscheinungen der »Rationalisierungskrise« eine große Rolle. So waren die Beschäftigungsverhältnisse der Angestellten im Jahre 1925 wesentlich ungünstiger als die der Arbeiter; schon im Januar 1926 trat eine Wendung ein, denn damals, also in dem Monat der höchsten Krise waren 14,6% der Arbeiter, aber nur 6% der Angestellten als Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern eingetragen. Im Konjunkturjahr 1927 wechselte das Bild wieder, die Arbeitslosigkeit der Arbeiter nahm wesentlich rascher ab als die der Angestellten. So zeigte die amtliche Erhebung über die Krisenfürsorge vom Juli 1927, daß von den im Juli 1926 erwerbslosen Arbeitern ca. 10%, von den stellenlosen Angestellten aber 19,4% noch nicht wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert waren. War im Januar 1927 jeder zehnte Arbeitsuchende ein Angestellter, so war es im November bereits jeder fünfte. Aus alledem zeigt sich, daß die Veränderungen im Arbeitsmarkt der deutschen Angestellten mehr den Charakter einer Strukturwandlung als einer Konjunkturwandlung aufweisen. Innerhalb der verschiedenen Angestelltenkategorien sind auch noch große Unterschiede in bezug auf den Beschäftigungsgrad festzustellen. Nach der Statistik des Afa-Bundes war die Prozentzahl der stellenlosen Verbandsmitglieder bei den Technikern immer höher als bei den kaufmännischen Angestellten, im August 1926 erreichte sie fast das Doppelte (13,46 gegen 7,14); in den letzten Monaten ist die Differenz immer geringer geworden, sie betrug Dezember 1927 sogar nur 4,80 gegen 4,36. Dieselbe Entwicklung zeigen die Ziffern des Arbeitsangebots auf eine offene Stelle. Auch hier ist die Ziffer der Techniker weitaus am höchsten, sie erreicht in der schlimmsten Zeit die Größe von 35 je offene Stelle (bei den kaufmännischen Angestellten 23,7, bei den Büroangestellten sogar nur 11,5) und betrug selbst in den letzten Monaten des Jahres 1927 noch 12 je offene Stelle (10 bei den kaufmännischen Angestellten, 6 bei den Büroangestellten).

Die Angestellten-Sozialpolitik.

Entsprechend der stärkeren gewerkschaftlichen Erfassung und Betätigung der Angestellten und dem dadurch gewachsenen Einfluß und Machtbewußtsein hat die Angestellten-Sozialpolitik einen erheblichen Raum in der sozialpolitischen Gesetzgebung der letzten Zeit eingenommen. Hinzu kam, daß die besondere Notlage der Angestelltenberufe schnelles sozialpolitisches Handeln erforderlich machte.

Der Ausbau der Angestelltenversicherung hat seit der Stabilisierung langsam Fortschritte gemacht. Am 1. Januar 1924 betrug die Einheitsrente monatlich 30 Mark. Im März 1925 erfolgte die teilweise Aufwertung der im Kriege und in der Inflationszeit geleisteten Beiträge der obersten Gehaltsklassen durch Gewährung einer Zusatzsteigerung von 1—4 Mark; gegen den Widerspruch des Afa-Bundes und der Sozialdemokratie wurden die unteren Gehaltsklassen von dieser Teilaufwertung ausgeschlossen. Im Juli 1925 wurde eine größere Novellierung des Angestelltenversicherungsgesetzes vorgenommen, deren wichtigste Ergebnisse waren: die Erhöhung des monatlichen Grundbetrages auf 40 Mark, des zum Grundbetrag hinzutretenden Steigerungssatzes von 10 auf 15% der Beiträge nach dem 1. Januar 1924 sowie des Kinderzuschusses von 3 auf 7.50 Mark monatlich; der vom Afa-Bund geforderte Rechtsanspruch auf das Heilverfahren wurde nicht gewährt. Die Beiträge wurden gleichzeitig um etwa ⅓ erhöht; für die unterste Gehaltsklasse (bis 50 M.) wurde die Beitragspflicht dem Arbeitgeber allein auferlegt. Vorher, im April 1925, hatte der Reichsarbeitsminister die Versicherungspflichtgrenze auf 6000 Mark jährlich festgelegt, wodurch die Grenze der Vorkriegszeit (5000 M.), an der Kaufkraft gemessen, noch nicht einmal erreicht war. Weitergehende Anträge des Afa-Bundes (9000 M.) wurden auch hier abgelehnt.

Das Vermögen der Angestelltenversicherung hat in den Jahren seit der Stabilisierung einen außerordentlich schnellen Wiederaufbau erfahren, ultimo 1927, also am Ende des vierten Stabilisierungsjahres, betrug es bereits 733 Millionen Reichsmark. Die Durchschnittsrente belief sich zu gleicher Zeit auf etwa 65 Mark monatlich. Diese günstige finanzielle Lage der Angestelltenversicherung gab den Angestelltenverbänden Veranlassung

zur Aufstellung einer Reihe von Ausbauforderungen. Am umfassendsten ist auch hier das Programm des Afa-Bundes, das unter Ablehnung des kapitalmäßigen Deckungsverfahrens die Rückkehr zum Umlageverfahren verlangt und unter Zugrundelegung dieses Finanzierungssystems vor allem folgende Forderungen erhebt: die Erhöhung der Barleistungen durch Steigerung des Grundbetrages auf 60 Mark und des Kinderzuschusses auf 15 Mark monatlich sowie des Steigerungssatzes auf 20%, die Heruntersetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr und der Wartezeit von 120 auf 60 Beitragsmonate, den Rechtsanspruch auf das Heilverfahren bei zustimmendem Gutachten des Vertrauensarztes sowie den Ausbau der Selbstverwaltung durch Ausschaltung der Beamten aus dem Direktorium und Uebertragung der Mehrheit der Direktoriumssitze an die Versicherten nebst direkter Wahl des Verwaltungsrats durch die Versicherten (heute indirektes Wahlsystem über die Vertrauensmänner). Dieses Programm ist das Wahlprogramm des Afa-Bundes bei den Wahlen der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung im November 1927 gewesen und wörtlich in einen Reichstagsantrag der Sozialdemokratischen Partei übernommen worden. Die Wahl der Vertrauensmänner im Jahre 1927 hat dem Afa-Bund eine Verdoppelung der Stimmen gegenüber der letzten Wahl (1921) gebracht, von 136 000 auf 270 000, die im »Hauptausschuß« gemeinsam kämpfenden bürgerlichen Verbände unter Führung des DHV. und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten erzielten rund 700 000. Das gute Stimmergebnis für die bürgerlichen Verbände ist ein Beweis für die gute Organisation insbesondere des DHV. im Lande.

In der Krankenversicherung erfolgte im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze von 2700 auf 3600 Mark (Juli 1927). Gleichzeitig wurde das bisher aus dem § 503 RVO. resultierende Monopol der bürgerlichen Verbände auf Ersatzkrankenkassen dadurch beseitigt, daß dem Reichsarbeitsminister eine bis zum 31. Dezember 1927 befristete Befugnis erteilt wurde, weitere, genügend große »Berufskrankenkassen« der Angestellten zuzulassen. Beim Afa-Bund wurden daraufhin neu errichtet:

die Berufskrankenkasse der Angestellten beim ZdA.,

die Berufskrankenkasse der Techniker beim Butab,
die Berufskrankenkasse der Polierer beim Polierbund.

Eine Erweiterung ihres Versicherungskreises erfuhr die Berufskrankenkasse der Werkmeister beim DWV.

Unter der Herrschaft der Erwerbslosenfürsorgeverordnung mußte ein energischer Kampf um die Einbeziehung der Angestellten geführt werden, da die Verordnung ihren Kreis ursprünglich auf die Arbeiter und auf die Angestellten bis zu 2700 Mark Einkommen jährlich beschränkte. Der Kampf wurde dadurch erschwert, daß sich der DHV. gegen die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten zur Wehr setzte, so daß der Afa-Bund zuerst isoliert kämpfen mußte. Am 1. Januar 1926 erfolgte dann die Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung für die Angestellten auf den Umfang des Angestelltenversicherungsgesetzes. Dieser Versicherungsumfang wurde bei der Neuschaffung der Arbeitslosenversicherung übernommen. Bei der Schaffung dieses neuen Sozialversicherungszweiges versuchten die bürgerlichen Verbände gemeinsam die Zulassung von Ersatzkassen für Arbeitslosenversicherung bei ihren Verbänden durchzusetzen. Da dadurch eine Zersplitterung der einheitlichen Reichsorganisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen worden wäre, lehnte der Afa-Bund dieses Verlangen nachdrücklich ab. Es gelang der Sozialdemokratie im Reichstage, die Annahme des DHV.-GdA.-Antrages zu verhindern. Dagegen wurden vom Afa-Bund die nunmehr gestaffelten Unterstützungssätze für die höher bezahlten Angestellten für unzureichend erklärt und durch Vermittlung der Sozialdemokratie Ausbauanträge gestellt, die aber abgelehnt wurden.

Die Not der älteren Angestellten führte zu einer eingehenden Aussprache im Reichstage und zur Einsetzung eines besonderen Unterausschusses beim Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages. Dieser Unterausschuß, der unter dem Vorsitz Aufhäusers tagte, kam zu einer einstimmigen Resolution, die insbesondere verlangte: für die Arbeitsvermittlung die Einführung der Meldepflicht für offene Stellen und die Verhinderung des Mißbrauches von Chiffreanzeigen, auf arbeitsrechtlichem Gebiet die Beschäftigungsverpflichtung von älteren Angestellten (1 Angestellter über 40 Jahre auf je 5 Angestellte) mit Einstellungszwang für widerstrebende Arbeitgeber, einen verschärften Kündigungsschutz für ältere Angestellte, die Zahlung eines gestaffelten Ab-

kehrgeldes nach dreijähriger Beschäftigung im Betriebe sowie die reichsgesetzliche Festsetzung von Höchstzahlen der Lehrlinge im Handelsgewerbe. Das praktische Ergebnis dieser Resolution ist bisher das Kündigungsschutzgesetz für die älteren Angestellten vom Juli 1926, das dem Angestellten über 30 Jahre nach mindestens fünfjähriger Tätigkeit im gleichen Betriebe eine Mindestkündigungsfrist von 3 Monaten zum Schluß des Kalendervierteljahres gewährt, die allmählich ansteigend nach einer Beschäftigungsdauer von 12 Jahren 6 Monate beträgt.

Bei der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes (Dezember 1926) wurden die besonderen Kaufmannsgerichte beseitigt; dafür wurde bei den Arbeitsgerichten die Bildung besonderer Angestelltenkammern vorgesehen.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik (1869—1914).

Von

MAX VICTOR.

I n h a l t. I. Außenpolitische Probleme im Marxschen System. — II. Die Entwicklung der außenpolitischen Prinzipien in der SPD. A. Bejahung des deutschen Staats. B. Herausbildung einer liberalen Ideologie. C. Stellung zum Imperialismus. — III. Die Stellung der SPD. zu den internationalen Vorgängen.

Die deutsche Sozialdemokratie steht in ihrer Stellungnahme zu den Fragen der auswärtigen Politik vor einer doppelten Aufgabe: als P a r t e i hat sie sich jeweils zwischen staatlichem Gesamtheits- und parteilichem Sonderinteresse zu entscheiden und als m a r x i - s t i s c h e Partei hat sie den Konflikt zwischen zwei sich widersprechenden politischen Gesellschaftsidealen zu einer Lösung zu bringen. Die zweite Antithese ist sowohl vom Standpunkt der marxistischen Idee als der deutschen Staatsidee die entscheidende, weil für beide das Proletariat den letztmöglichen Träger ihrer Verwirklichung bedeutet. Wir werden, um das Problem möglichst scharf zu fassen, die Frage der Souveränität als für staatlich-politisches Denken entscheidend in den Mittelpunkt stellen und vorausschickend ihre Lösungsmöglichkeiten in einem idealiter konstruierten marxistischen System anzudeuten suchen, um den Lösungsversuchen der deutschen Partei den richtigen Hintergrund zu geben [1]).

I.

Das marxistische dialektische System setzt im politischen Denken des 19. Jahrhunderts an die Stelle der — emotionale, geistige und

[1]) Wir halten das politische System der Persönlichkeit Karl Marx als Ausgangspunkt für ungeeignet, weil Marx bereits eine spezifische Lösung gefunden hat und als Politiker und Denker so vielfältig und kompliziert war, daß eine Scheidung des Menschen von seinem eigenen Gedankensystem notwendig erscheint; als konsequenteste Durchführung des von Marx skizzierten Systems betrachten wir das Buch von Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923.

machtpolitische Werte in sich vereinigenden — Nation ein Gesellschaftsideal, das, seiner Idee nach unpolitisch, dennoch keine geringere politische Integrationskraft besitzt, weil es der notwendige Endpunkt ist einer durchgehend immanenten und von irrationalen Störungen freien Entwicklung. Denn die Errechenbarkeit, d. h. die absolute Gewißheit der Realisation des Zukunftsideales aus der Erkenntnis der historischen Gesetzmäßigkeit heraus gibt dem Proletariat als einzig möglichem Subjekt dieser Erkenntnis [2]) sowohl die Schwungkraft als Sicherheit und Freiheit zu sachgemäßer Entscheidung im gegebenen Moment.

Die Politik erhält in diesem rationalen System eine eigenartige Stellung: da das Politische, als das blind Schicksalhafte, schlechthin Unbestimmbare und triebhaft Unbegrenzte gefaßt, keine Seinsmäßigkeit besitzen kann, vielmehr nur als eine Existenzform des gesellschaftlichen Seins, eine Aeußerungsform der ökonomischen Spannungsverhältnisse erscheinen kann, so kann es eine eigentliche politische Theorie, d. h. eine Analyse politischer Gruppierungen, Ideen und Begriffe aus dem Wesen des Politischen als eines eigengesetzlichen Seinsbereichs heraus, gar nicht geben. Andrerseits tritt logisch wie psychologisch Politik in den Mittelpunkt der Bewegung, weil sich das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Sphäre desselben politischen Mittels bedienen muß, mit dem die herrschende Klasse ihre ökonomische Machtposition errungen hat und nun bis aufs äußerste verteidigt; auch der entscheidende Punkt des Systems, die Machtergreifung durch das Proletariat, ist eine politische Erscheinung, die für die ganze Bewegung den politischen Kampf ins Zentrum rückt, wenn auch die Kriterien für die Möglichkeit zum Umschlag in der ökonomisch-technischen Struktur jedes Landes liegen mögen. Politik wird so identisch mit Taktik, Auswahl der zweckdienlichsten Mittel, mögen diese auch nach bourgeoiser Ansicht unsittlich sein; denn die ewigen Moralkategorien sind eine Mystifizierung der Bourgeoisie, die kapitalistische Aera ist an sich verderbt und sittliche Wertung erst im neuen Reiche möglich. Für die praktische Auswirkung bedeutet diese Trennung, daß einerseits machtpolitischen Instinkten keine begrifflich festgelegte Orientierungsschemen im Wege stehen und andrerseits feste Kriterien fehlen, wenn dieser Instinkt weniger ausgebildet ist und es sich um Massen handelt, die eine gewisse Dogmatisierung der bewegenden Kräfte suchen; die Gefahr, sich vorgefundene politische Begriffe eigen zu machen, wird dann naheliegen.

Ebenso wie der politische Kampf überhaupt erhält die Außenpolitik ihren notwendigen Platz im System, sowohl aus der gegebenen historischen Realität der bürgerlichen Gesellschaft wie aus taktischen Erfordernissen des revolutionären Kampfes. Das bedeutet eine Durchleuchtung der Außenpolitik der kapitalistischen Staaten

---

[2]) Weil es sich als Gruppe im fortschreitenden Prozeß der Technisierung und Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen aus seiner ökonomischen und psychischen Not heraus von aller ideologischen Bindung freizumachen vermag.

bis auf ihre letzten (ökonomischen) Gründe, um aus der Antithese zu eigenem Bewußtsein zu kommen und um den richtigen Moment zum Handeln zu erfassen. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Bewegung wird die außenpolitische Frage aber erst, wenn die Zeit zur Machtergreifung gekommen ist; entsteht nun von hier aus ein Hemmnis, so steht das Schicksal der ganzen Bewegung auf dem Spiel. Hier entsteht das Problem einer »marxistischen Außenpolitik«[3]; ihre Notwendigkeit liegt in der verschiedenen Umschlagsreife der kapitalistischen Länder, weil das revolutionierende Proletariat mit der Gegnerschaft aller anderen Staaten zu rechnen hat. Bei einer solchen Verflechtung von zwischenstaatlicher und revolutionärer Politik tritt die Frage der Souveränität des Staates in den Mittelpunkt[4], weil für eine marxistische Partei allein die Möglichkeit ihrer Negierung besteht. Für sie kann auch die Anormalität der Entscheidung — in der gerade der Prüfstein für Wert oder Unwert der Bewegung liegt — keinen Entschuldigungsgrund bilden, weil sie im Gegensatz zum Liberalismus jede Erscheinungsform der bürgerlichen Welt in den Kreis ihrer Erkenntnismöglichkeit einbeziehen will.

Betrachtet man das Problem, wie es im Rahmen des Systems nötig ist, als ein taktisches, so stellt zunächst der Staat die gegebene Basis für die Austragung der allein wesentlichen Klassenkämpfe dar, die auch das Proletariat anerkennen[5] und auf der sie sich als Partei konstituieren muß[6]. Von hier aus wäre jede außenpolitische Betätigung Störung — ein unerreichbares Ideal in der kapitalistischen Sphäre, in der »die Bourgeoisie jedes Landes in fortwährendem Kampf gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder steht«. Vor allem hat die herrschende Klasse ihre Position durch einen ausgebildeten militärischen Apparat gegen jeden Angriff von innen zu festigen gewußt, so daß dem Proletariat zu einer Machteroberung nur drei Wege offen stehen: Beschreiten des parlamentarischen Weges und Erlangung der Majorität, Gewinnung des Heeres für die Sache des Proletariats und proletarische Revolution in Verbindung mit einer Erschütterung eben dieser Staatsmacht von außen. Ebenso könnte das revolutionierende Proletariat sich gegen die feindliche kapitalistische Umwelt nur durch vertragliche Garantierung der Nichtintervention, Sieg der Revolution nach dem Muster von 1793 oder Uebergriff der Revolution auf den feindlichen Staat (nach vorherigem Einverständnis oder unter der Gunst

[3]) Von einer marxistischen oder sozialistischen Außenpolitik kann man streng genommen nicht sprechen, weil es nur staatliche Außenpolitik gibt; aber es gibt jedenfalls ein Analogon dazu, weil der Zukunftsstaat als ein eigenes politisches Ideal Situationen schafft, die aus zwischenstaatlichen Beziehungen entspringen und selbst wieder auf zwischenstaatliche Verhältnisse einwirken.

[4]) Vgl. zum folgenden Carl Schmitt, Politische Theologie, und: Die Kernfrage des Völkerbundes. Den Schmittschen Schriften verdanke ich entscheidende Anregung zu dieser Fragestellung.

[5]) Vgl. Kommunistisches Manifest: »Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler.«

[6]) Wenn auch mit dem Zweck, »Trägerin des Klassenbewußtseins des Proletariats« zu sein (Lukács, l. c., S. 53).

der Situation) schützen. Das bedeutet, daß es im Grunde zwei Wege gibt: einen friedlichen, der außenpolitische Verwicklungen ausschließt und seine Grundlage in einem optimistischen Glauben an den Sieg der menschlichen Vernunft und die absolute Gültigkeit von Verträgen innerhalb der kapitalistischen Sphäre hat, einen Weg, der zu Erfolgen nur führen kann, solange er die Bourgeoisie nicht in ihren vitalen Interessen bedroht, — und einen andern, der sehr viel labiler und gefährlicher ist, weil er mit den Risiken politischer Entscheidungen und der Wandelbarkeit der menschlichen Psyche rechnen muß; er erfordert psychologisch ein so starkes Klassenbewußtsein des Proletariats, daß auch bei einer eventuellen (und wahrscheinlichen) Aufgabe der Souveränität des Heimatstaats — wenn auch nur auf kurze Zeit — das nationale Sentiment nicht die Oberhand bekommt, und er erfordert politisch eine autoritative Zentralinstanz, die ein errechenbares Verhalten der Proletariate im Notfall garantiert [7]), eine Voraussetzung, die in einem rein immanenten System gar nicht erfüllt werden kann. Damit sind aber — und das ist für unsere Untersuchung wesentlich — schon in einem idealen marxistischen System gerade die Vorbedingungen gegeben, um die Souveränität der kapitalistischen Staaten zu festigen und die prinzipielle Verneinung des Staates faktisch wieder aufzuheben.

Als die für unser Thema bedeutungsvollsten Beispiele mögen die Versuche zur Bildung einer Internationale und die politischen Ideen von Karl Marx kurz unter diesem Gesichtspunkt beleuchtet werden. Die taktische Notwendigkeit solidarischen Zusammengehens der nationalen Proletariate wird sich am brennendsten bei der erwähnten Verbindung von Krieg und Revolution erweisen; die Aussichten einer proletarischen Internationale aber werden zum großen Teil davon abhängen, ob sich feste Prinzipien finden lassen, nach denen die national getrennten Proletariate der Revolution zum Durchbruch verhelfen können. Man hat ein solches Prinzip in dem »Recht der Revolution« gesucht, oder, wie es Marx nennt [8]), dem »Recht der Zivilisation«; die Kriterien dafür lägen in den ökonomisch-technischen Bedingungen eines Landes einerseits, dem Klassenbewußtsein des betreffenden Proletariats andrerseits; nicht prinzipiell, aber taktisch eventuell entscheidend käme die politische Reife hinzu. Ob bei derart komplizierten und teilweise inkommensurablen Faktoren eine klare Entscheidung überhaupt möglich ist, ist mehr als unwahrscheinlich [9]). Jedenfalls

---

[7]) Eine weitere Verstärkung der staatserhaltenden Tendenzen ergibt sich, wenn man den problematischen Satz des Kommunistischen Manifests, daß der Proletarier nichts zu verlieren habe als seine Ketten, fallen läßt und den Widerspruch zwischen augenblicklichem Interesse des Lohnempfängers und zukunftsorientiertem proletarischen Klasseninteresse aufdeckt. Psychologisch bedeutet das einen starken Anreiz zum friedlichen Weg.

[8]) So Lit.-Nachl. III, S. 189 und 250, Ges. Schr. I, 147.

[9]) Man vergegenwärtige sich etwa die Situation im Jahre 1870; für Frankreich sprachen die stärkeren Ansätze zu einer hochkapitalistischen Entwicklung und der stärkere revolutionäre Wille, für Deutschland die größere theoretische Begabung (»Marx gegen Proudhon«); dazu eine auf die Bourgeoisie gestützte Militärdiktatur gegen eine halbfeudale konstitutionelle Monarchie! Vgl. Marx an

müßte sie von einer autoritativen Zentralinstanz gefällt werden, die (auf Grund von Macht oder Glauben) Garantie für die Durchführung ihrer Beschlüsse bieten kann. Die erste Internationale genügt solchen Anforderungen in keiner Weise; sie bleibt eine »internationale Diskussionsgesellschaft« [10]), der Generalrat eine »internationale Agentur« [11]). Jedes Proletariat behält umgekehrt seine volle Souveränität und hat mit der gleichen Selbstbestimmung bei seinen Bundesgenossen zu rechnen; das souveräne Proletariat aber wird sich aus den genannten Gründen für die Souveränität seines Heimatstaates entscheiden: der Versuch einer proletarischen Internationale ist von vornherein gescheitert.

Wenn wir im folgenden bei Karl Marx Gedankengänge feststellen, nach denen man auf seine liberale oder demokratische Haltung schließen könnte, so soll doch über seine politische Gesamthaltung gar nichts ausgesagt sein [12]), vielmehr nur konstatiert werden, daß auch er für unsere Fragestellung keine »marxistische« Lösung gefunden hat, eine Tatsache, die bei dem Fehlen dogmatischer Anhaltspunkte und seinem Einfluß auf die deutsche Partei von größter Wichtigkeit ist. Bezeichnenderweise fehlen trotz seines außerordentlichen außenpolitischen Interesses und Verständnisses bei ihm alle Ansätze zu einer theoretischen Einfügung der Außenpolitik in das System. Daß aber auch er in die bürgerliche Ideologie und damit in die Anerkennung des souveränen Nationalstaats hinübergleitet, wird etwa an der Anerkennung eines Begriffes wie dem des »Verteidigungskrieges« klar [13]), die gleichbedeutend ist mit der Anerkennung des Existenzrechts des Staats und des Primats der Außenpolitik im Notfall, vollends dann, wenn ein — beim Fehlen einer autoritativ entscheidenden Instanz — exakt überhaupt nicht feststellbares Kriterium wie »die allgemeine historische Situation« [14]) gewählt wird. In derselben Richtung weist

---

Engels 12. 2. 70 und 20. 7. 70; an Kugelmann 28. 3. 70; Engels, Schriften der Frühzeit, S. 268. [10]) Rjasanoff in Marx-Engels Archiv I.

[11]) Seine Aufgaben sind Ueberwachung der diplomatischen Aktionen, evtl. Entgegenwirken »mit allen zu Gebote stehenden Mitteln«, Anklage und Protest. Auch die 2. Internationale kann nicht als politischer Bund gewertet werden; der »Pacte d'union«, der »heilige Bundesvertrag des internationalen Proletariats«, von dem Liebknecht 1889 auf dem internationalen Kongreß in Paris redet, ist nicht viel mehr als eine Phrase.

[12]) Dazu müßte der Aufbau seiner Persönlichkeit und die jeweilige taktische Lage berücksichtigt werden; wir halten Marx jedenfalls nicht für einen »Liberalen«.

[13]) Vgl. die beiden Adressen des Generalrats vom 23. 7. und 9. 9. 1870 sowie Brief an Engels vom 15. 8. 1870. In der ersten Adresse schenkt er alle Sympathie den Deutschen, weil sie einen Verteidigungskrieg führen und versteht aus diesem Grund auch die nationale Begeisterung des Parteivorstands (Bracke); in der zweiten Adresse spricht er von der Verteidigungspflicht der französischen Arbeiter »als Bürger«. Umgekehrt verliert Deutschland die Sympathien des Proletariats, als mit der Annexion des Elsaß der Krieg »seinen defensiven Character« verliert.

[14]) Ebenso spricht jetzt — post festum — Sinowjew (Der Krieg und die Krise des Sozialismus) von »Verteidigungskriegen in historischem Sinn« (so

es, wenn nach Marx der Staat, bei dem die größeren Revolutionschancen liegen, als Sieger aus dem Krieg hervorgehen soll und so nur die Macht seiner herrschenden Klasse gestärkt wird. Er scheint überhaupt die Wirkung des Krieges wohl in der Beschleunigung der Bewegung [15]), sonst aber mehr in der Hemmung als in der Auslösung der Revolution zu sehen, wie der Briefwechsel zwischen ihm und Engels 1870 zeigt [16]); trotz Berücksichtigung der taktischen Lage [17]) muß hier wohl eine liberale Ausklammerung des Ausnahmezustandes angenommen werden. Auf seine inhaltliche Annäherung an das Staatsideal des Liberalismus in der Abkehr von den Methoden der Feudalität werden wir noch zu sprechen kommen [18]).

II.

Eine marxistische Partei konnte, wie wir gesehen haben, als Partei nur in einer zwiespältigen Haltung zur gegebenen Staatsform stehen, so daß die inhaltliche Verarbeitung und die Art der Staatsbejahung wesentlicher wird als die — auch taktisch verständliche — Tatsache selbst. Gerade bei der prinzipiellen Mittelfreiheit, die das System gab, kam alles auf die politische Sinngebung an und die Bewegung stand unter den gegebenen Umständen letztlich vor der Entscheidung, ob sie in ein liberal-ausgleichendes oder ein demokratisch-ausschließendes [19]) Fahrwasser gleiten wollte. War für das letztere im System in der ethischen Indifferenz der kapitalistischen Epoche und der Auserwähltheit des Proletariats als allein möglichem Träger der Menschheitsidee ein starker Anreiz gegeben, so näherte sich doch auch der allen eigenen Wertes entkleidete, aber aus taktischer Notwendigkeit konservierte Staat stark einem liberalen Ideal.

A. [20]) Es kann nicht entschieden genug betont werden, daß die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an die Sou-

---

etwa 1870 zugunsten Deutschlands; auch Marx war damals sicherlich von außermarxistischen Gesichtspunkten mitbestimmt).

[15]) An Engels 20. 7. 1870.

[16]) Marx an Engels: »Glücklicherweise ist der war of classes in beiden Ländern so entwickelt, daß kein Krieg abroad das Rad der Geschichte ernsthaft rückwälzen kann« (28. 7. 1870); Engels an Marx: »Die Regierungen werden sich wundern, wenn nach dem Krieg die Arbeiter ihre unterbrochene Aktion ruhig wieder aufnehmen, als wäre nichts vorgefallen« (31. 7. 1870); vgl. die sonstigen (positiveren Aeußerungen) von Marx über diese Zusammenhänge: an Engels 1. 5. 1866; 16. 5. 1866; 7. 5. 1867; 5. 10. 1867; an Sorge 1. 11. 1870.

[17]) An Sorge: »Wir müssen da durchgehen (sc. durch einen europäischen Krieg), bevor an irgendeine entscheidende Wirksamkeit der europäischen Arbeiterklasse zu denken ist« (4. 4. 1874).

[18]) Es sei vor allem hingewiesen auf den Kampf gegen die Annexion des Elsaß' und den Zarismus.

[19]) Vgl. zum Gegensatz von Liberalismus und Demokratismus Carl Schmitt, Hochland 1926, und Archiv, Bd. 58.

[20]) Als Quellen dienten in erster Linie die offizielle Parteipresse: Volksstaat (Vst.), Sozialdemokrat (Sozdem.), Vorwärts (Vorw.) und die Reichstagsberichte, wobei die Presse größere Vollständigkeit und stärkere Beziehung zur

veränität des Staates in formeller und materieller Beziehung anerkannt und damit den Staat eindeutig bejaht hat. Der Streit um die Herrschaft in diesem Staat und um die außenpolitischen Maximen erhält dieser Tatsache gegenüber sekundäre Bedeutung.

Wenn auch nicht von entscheidender, so ist es doch von symptomatischer Bedeutung, daß die bürgerlich-demokratische Bejahung des Staates als solchen ohne Gefühl einer Problematik übernommen wird. So erschien der »freie Volksstaat« 1869 im Eisenacher und der »freie Staat« 1875 im Gothaer Programm »als ein selbständiges Wesen, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt«, »statt die Gesellschaft als Grundlage des bestehenden Staates zu behandeln« [21]. Verherrlichungen der jungen französischen Republik [22], programmatische Erklärungen innerhalb und außerhalb des Reichstags [23] auch während des Sozialistengesetzes zeigen dasselbe und selbst im Kautskyschen Programm von 1891 bleibt der Staat als Gehäuse für die sozialistische Genossenschaft als Ziel.

Mögen hierfür taktische Erwägungen, wie die Abgrenzung gegen den slawischen und romanischen Anarchismus, genügende Erklärung bieten, so erscheinen sie schon weniger ausschlaggebend bei einer Einstellung zum Deutschen Reiche von 1871, die durchaus nationales Bewußtsein verrät. Man kann die immer wieder betonten Bekenntnisse der führenden Sozialdemokraten zur deutschen Nation trotz aller Opposition gegen das Werk Bismarcks schlechterdings nicht als Phrasen nehmen [24]. Lassen sich auch in der Forderung der Unterstützung Deutscher im Ausland [25], der Kritik der Ausweisung russischer Flüchtlinge und der »Schergendienste« gegenüber Rußland, der Reden Wilhelms II. oder sonstiger Blamagen [26] Deutschlands leicht parteitaktische Erwägungen als Motiv erkennen, so steckt doch auch

---

Masse besitzt, aber auch weniger Verantwortlichkeit zu tragen hat; in zweiter Linie Parteitags-Protokolle und Zeitschriften, besonders die Neue Zeit (NZ.). Dem Archiv der SPD. in Berlin bin ich für die Erlaubnis zur Einsicht des Materials zu besonderem Dank verpflichtet.

[21]) Marx in seiner Kritik am Programmentwurf (NZ. 1890/91), wobei er freilich in seinem »Bürgerkrieg in Frankreich« kein anderes Ideal entworfen hatte.

[22]) Bebel und Liebknecht im RT. 26. 9. 1870.

[23]) Motteler, RT. 20. 4. 1874: »Wir sind nicht Gegner des Reichs als solchem, als eines nationalen, staatlichen Ganzen, sondern jener Einrichtungen, unter denen wir leiden.« Wahlaufruf 1881: »Die SPD. will die Organisation der Arbeiter durch den Staat, die äußerste Potenzierung des Staates.« Ebenso Sozdem. 18. 4. 1880; Bebel, Unsere Ziele, 1886. Vgl. auch Kelsen, Sozialismus und Staat, 1921.

[24]) Vgl. etwa Bebel RT. 26. 9. 1870; Hasenclever RT. 16. 2. 1874; Auer, Sozdem. 13. 6. 1880; Liebknecht RT. 4. 3. 1885.

[25]) So RT. 26. 4. 1897 und Parteitag zu Bremen 1904 (Diskussion über die Stimmenthaltung der Fraktion bei der Kreditbewilligung für den Herero-Aufstand wegen der Bedrohung des Lebens deutscher Ansiedler).

[26]) Vorw. 20. 8. 1891; RT. 7. 4. 1898 und 11./12. 12. 1900; z. B. Liebknecht: Fahrt des Prinzen Heinrich nach China Schande und Gespött der Welt, daß ich schamrot wurde.

ein gutes Stück nationales Prestigegefühl darin, das den Bekenntnissen zur Internationale mindestens die Wage hält.

Die nationale, staatsbejahende Tendenz wird verstärkt durch das zunächst rein quantitative Erlebnis des Volkseins, das zu einer Identifizierung von Volk, Proletariat und Nation führt [27]). So sind die Ansätze zu einer nationalen Demokratie, einem »Pangermanismus«, den das Ausland so gern hervorhebt [28]), sicher vorhanden im Kampf gegen das zaristische Rußland, sowie in dem Eintreten für deutsche Kultur und ihrer Bewahrung vor dem Feind von Osten und wir werden zu untersuchen haben, warum es bei Ansätzen geblieben ist. Jedenfalls führt eine kontinuierliche Linie von den großdeutsch-demokratischen Idealen der Achtundvierziger zu Liebknecht und Bebel und von hier über die Zeit des Sozialistengesetzes hinweg weiter, bis mit den steigenden Wahlerfolgen der »Nationalismus« zur Selbstverständlichkeit wird.

Fragen wir nach den außenpolitischen Auswirkungen solcher Einstellung, so läßt sich zunächst sagen, daß der Raum, den die Außenpolitik im Parteileben einnimmt, nie groß war [29]), verständlich für eine emporsteigende Schicht, der jede politische Tradition fehlt [30]) und die sich in erster Linie die materielle Grundlage erobern will; daß es für einen marxistischen Führer eine solche Entschuldigung nicht geben kann, ist sicher und weder Bebel noch Liebknecht haben sich ihrer in Wort oder Tat bedient, gerade der letztere nicht, trotz seines viel zitierten Ausspruches, daß die beste auswärtige Politik gar keine sei [31]), ein Wort, das nicht etwa faktisches Desinteressement verrät, sondern ein — allerdings sehr bezeichnender — Ausdruck eines rational-optimistischen Kulturidealismus ist, der an Bismarcks echter Politik Anstoß nimmt. Man muß immer wieder anerkennen, daß im Parlament nur ein Liebknecht und ein Bebel Bismarcks »geheiligtes Gebiet der auswärtigen Politik« [32]) anzutasten wagte.

»National« ist auch die eindeutige Bejahung der territorialen Integrität des Reiches, die bei der überaus scharfen und fortdauernden Opposition der Partei gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen immerhin problematisch sein mußte; trotzdem wird auch hier still-

[27]) Vgl. etwa Kautsky, NZ. 1887: Eine der Nation feindliche Politik wäre »reiner Selbstmord des Proletariats«, oder Wahlaufruf von 1884, also während des Sozialistengesetzes.

[28]) Vgl. außer Bakunin und Guilleaume die ressentimenthaften Kriegsbücher von Andler und Laskine.

[29]) Schippel erklärt noch 1899 auf dem Parteitag, daß die Partei der auswärtigen Politik wenn nicht unbeteiligt, so doch als kühler Zuschauer gegenüberstehe. Vgl. auch Antrick in Gotha 1896.

[30]) Vgl. Bebel in Erfurt 1891 und Engels an Bebel im März 1875 (Aus meinem Leben II, S. 318): »Wie kann der ‚Volksstaat' fast seinen ganzen politischen Inhalt aus der kleinbürgerlich-demokratischen ‚Frankfurter Zeitung' entnehmen?«

[31]) RT. 24. 4. 1882.

[32]) Sozdem. 17. 2. 1886.

schweigend oder ausgesprochen [33]) die Möglichkeit einer Ausgliederung des Elsaß aus dem Reich abgelehnt und so der Kern der Frage bewußt oder unbewußt umgangen [34]). Mag auch die Motivation in der Elsaßfrage weniger national als liberal sein, so ist sie doch jedenfalls nicht anational; ein Deutscher spricht jedenfalls, wenn Bebel immer wieder die Ostseeprovinzen von Rußland und das linke Rheinufer von Frankreich bedroht glaubt und darauf seine antirussische Politik aufbaut [35]).

Die positive Einstellung der SPD. zur Frage der Wehrhaftigkeit bedarf bei dem Bemühen um günstige außenpolitische Kombinationen in den jährlichen Etatsreden kaum eines besonderen Beweises; immer handelt es sich bei der Opposition [36]) nur um die Vertrauensfrage für die Regierung, die Lastenverteilung [37]) und den Kampf gegen eine antiproletarische Heeresorganisation. So ist das regelmäßig geforderte Milizheer [38]) nicht nur eine Realisierung demokratischer Ideen, sondern auch (unter Hinweis auf die Zeit der Freiheitskriege) eine nationale Tat und nach außen höchstens eine Verstärkung der Wehr- und Schlagkraft; und wenn die Milizforderung entsprechend der wachsenden Bedeutung der Flotte zurücktritt, bedeutet die erstrebte Abrüstung eine ökonomisch rationalere [39]) Rüstungsbeschränkung [40]), die mit einem kleinen Berufsheer wohl vereinbar bleibt. Die Forderung eines starken Deutschlands wird ge-

---

[33]) Die offizielle Erklärung erfolgt 1891 durch Auer (RT. 9. 2.) unauffällig anläßlich der Wahlprüfungen; vgl. Bebel im RT. 2. 12. 1892: Die Partei habe nie eine glatte Rückgabe, aber stets eine Verständigung »unter allen Umständen« (?) befürwortet; ebenso RT. 19. 2. 1880 Vorschlag eines Volksentscheids und Entmilitarisierung; 4. 3. 1880 Versicherung der Abwehr jeder Fremdmacht von deutschem Gebiet (bekräftigt im Sozdem. 18. 4. 1880 gegen Angriffe eines süddeutschen Genossen); ebenso Liebknecht RT. 28. 11. 1888 und Sozdem. 1. 9. 1888.

[34]) Auch für die Elsaß-Diskussion anläßlich der verstärkten Verständigungsversuche mit Frankreich unmittelbar vor dem Krieg gilt nichts anderes; vgl. Vorw. 21. 5. 1913 und Haase RT. 7. 4. 1913 (Autonomie im Rahmen des Reiches als weitgehendster Vorschlag), Vorw. 1. 11. 1913 (der [Hervésche] Gedanke eines Austausches von Elsaß-Lothringen gegen Kolonialland für die SPD. undenkbar).

[35]) S. u. III und RT. 13. 12. 1892, 7. 12. 1905.

[36]) Am charakteristischsten Bebel RT. 28. 3. 1898.

[37]) Vgl. das Desinteressement der Massen beim Wehrbeitrag (Protokoll der Jenaer Parteitags 1913, S. 227).

[38]) Die Unklarheit über die praktische Ausgestaltung und die Problematik eines solchen »stehenden Milizheeres« (Schippel) am deutlichsten in der Debatte Kautsky-Schippel, NZ. 1898 (17, 1), und in Bebels verschiedentlicher Skizzierung einer Verbindung von Turnunterricht, Pädagogik und militärischer Unterweisung in jedem Ort. Für die Kleinbürgerlichkeit der Auffassung vgl. auch den ständigen Hinweis auf die Schweiz als Musterland (z. B. RT. 26. 3. 1892).

[39]) Vgl. Kautsky, NZ. 1911/12 (31, 2).

[40]) So David RT. 16. 3. 1910 als Gegensatz zur Abrüstungsideologie eines Virchow.

rade als Vorspann für eine demokratische Zielsetzung [41]), eine liberale Bündnispolitik [42]), gegen neue steuerliche Inanspruchnahme der sonst bei Kriegsausbruch erschöpften Kassen benutzt.

Könnte man das bisher Angeführte zur nur programmatischen Erklärung entwerten, die sich auch taktisch verstehen läßt, so wird die Fragestellung vital, wenn die Souveränitätsfrage mit der Möglichkeit der proletarischen Revolution in Zusammenhang gebracht wird. Mag auch eine Machtergreifung im Staat durch Revolutionierung des Heeres praktisch und taktisch beinahe unmöglich sein, so ist es doch charakteristisch, wie scharf die relativ harmlosen Forderungen Karl Liebknechts als einzigen »Antimilitaristen« abgelehnt wurden [43]); der Ausklammerung des Militärdienstes [44]) gegenüber kann auch die marxistisch formulierte, aber unmarxistisch gedachte »Dialektik des Militarismus«, seine Selbstaufhebung aus der wachsenden Proletarisierung, nicht überzeugen [45]).

Ein endgültiges Urteil über die reale Stellung der Partei zum Staat aber erlaubt ihre Haltung im Kriegsfall; die Zusammenhänge beleuchtet der »Vorwärts« selbst am klarsten [46]): »Man könnte beinahe als Regel aufstellen: je stärker die militärische Macht des Staates, desto größer der politische Druck auf die ausgebeuteten Klassen; je mehr dieser Druck steigt, desto eher kommt der Augenblick, da eine Schwächung des Staates durch einen Krieg zur Vorbedingung wird seiner freiheitlichen Entwicklung.«

Ein Jahr nach Gründung der Partei bereits vor die Entscheidung gestellt, wird in der Proklamierung des »Verteidigungskriegs« nach dem Vorbild von Marx [47]) die Möglichkeit gefunden, durch eine positive Stellungnahme sich den Weg zur Wählerschaft nicht zu versperren [48]) bzw. das Klassenbewußtsein nicht auf die Probe stellen zu müssen und doch die Oppositionsstellung wahren zu können, eine Kompromißlage, die sich in der — später allgemein gepriesenen — Stimmenthaltung Liebknechts und Bebels bei Abstimmung über die Kriegskredite ausdrückt. Durch die Heranziehung von Kriterien, die — unter den gegebenen Umständen [49]) — der Situation nicht gerecht werden können und die Entscheidung auf jeden Fall in eigenen Händen lassen, wird dann jeder Krieg zum nationalen Verteidigungskrieg. Bei der Gespanntheit und Gedrängtheit des Augenblicks, in dem eine Entschließung

---

[41]) Vorw. 18. 10. 1878 als Grund gegen das Sozialistengesetz.

[42]) RT. 4. 12. 1886; 26. 3. 1906; vgl. dagegen Rosa Luxemburg, NZ. 1907/08 (26, 1).

[43]) Parteitag 1904 und Stuttgarter Kongreß 1907. Liebknecht verlangte Beeinflussung der Jugend vor Eintritt ins Heer.

[44]) »Wir sagen jedem, solange du in Königs Rock bist, halt deinen Mund und laß dir nicht merken, daß du ein Sozialdemokrat bist«; Bebel RT. 28. 11. 1891, 30. 10. 1871, David 20. 3. 1909.

[45]) Victor Adler auf dem Stuttgarter internat. Kongreß 1907.

[46]) Vorw. 8. 4. 1907.

[47]) S. Anm. 13.

[48]) Der Kampf gegen die Lasallsche Arbeiterpartei war noch keineswegs entschieden.

[49]) Vor allem Fehlen einer autoritativen Zentralinstanz.

gefordert ist, scheidet natürlicherweise jede Festlegung nach den militärischen (Eröffnung der Feindseligkeiten) und nach den politisch-diplomatischen Grundlagen aus, die meist überhaupt nicht einwandfrei festzustellen sind [50]); so bleibt als entscheidend der notwendig zufällig formale Akt der Kriegserklärung, an den sich die Partei 1870 anscheinend auch gehalten hat, oder aber ein undefinierbares Gefühl für die »Gerechtigkeit« [51]) oder den Angriffscharakter [52]) des Krieges.

Es bildet nur die Kehrseite dieser Einstellung, wenn jede Verbindung von Krieg und proletarischer Revolution abgelehnt wird. Wieder nach dem Vorbild von Marx und Engels sieht Bebel wohl die grundlegende Veränderung des sozialen Mechanismus im Gefolge eines Krieges und erhebt deshalb warnend seine Stimme im Reichstag [53]); aber auch für ihn bedeutet wie für die Partei der Krieg das größte Unglück für Partei, Staat, Menschheit und eine Störung der Entwicklung, während derer die Existenz als Sozialist aussetzt [54]). So findet auch die vornehmliche Waffe in der Hand des Proletariats zur Abwehr eines Krieges, der Massenstreik, weder praktisch [55]) noch theoretisch [56]) Anklang, weil er für den deutschen Geschmack — auch im Zusammen-

---

[50]) Vgl. den Begriff der allgemeinen historischen Situation bei Marx und Sinowjew. Bebel hätte die Kredite abgelehnt, wenn er von der »Emser Depesche« schon damals gewußt hätte. (Aus meinem Leben II, S. 177; vgl. RT. 2. 3. 1880.) — Bezeichnenderweise stellte sich die Redaktion des »Volksstaats« 1875 hinter die Regierung (15. 4. 1875), obwohl der Angriffscharakter eines evtl. Krieges offenkundig war.

[51]) So Grillenberger RT. 4. 12. 1886 und Liebknecht auf dem Erfurter Parteitag.

[52]) So Bebel gegen Kautskys Versuche in Essen 1907, eine neue Orientierung nach proletarischem Interesse durchzusetzen (vgl. Kautsky, in NZ. 1905, 23, 2). Ein Angriff liegt nach David (RT. 3. 12. 1912) auch dann vor, wenn die Kriegspartei eines Landes das andere so reizt, daß es sich wehren muß. Ein Vorschlag Otto Bauers in Stuttgart 1907, als Angreifer zu betrachten, wer sich nicht einem obligatorischen Schiedsgericht unterwerfe, wurde nicht beachtet.

[53]) Z. B. RT. 28. 9. 1891; 13. 1. 1899; 16. 3. 1905; vgl. die Kontroverse Vollmar-Bebel in Erfurt 1891.

[54]) Vgl. Vst. 23. 7. 1870, 16. 4. 1875, Vorw. 18. 12. 1897; Vollmar RT. 9. 12. 1904; Sozdem. 18. 4. 1880; Engels an Bebel 22. 12. 1882 in »Aus meinem Leben«, III S. 232; Engels an Marx 9. 9. 1879, an Bernstein 2. 2. 1882 (»kommt er, dann können wir nichts machen«). Für Bebels evolutionäre Einstellung vgl. auch David, Eroberung der politischen Macht, in Soz. Monatsh. 1904. Für die späteren Jahre s. u. bei Behandlung des Imperialismus.

[55]) 1870 wird die Aufforderung ausländischer Genossen im »Volksstaat« strikt abgelehnt (24. 9. 1870), ebenso 1878 durch Liebknecht, obwohl es sich um ein evtl. Zusammengehen Deutschlands mit Rußland handelte (Vorw. 29. 4. 1877 und 27. 1. 1878).

[56]) Von 1891 an auf allen internationalen Kongressen; nach der russischen Revolution von 1905 bildete sich auf dem linken Flügel eine kleine Minorität unter Rosa Luxemburg, die den Massenstreik als reguläre Waffe auch für unsern Fall propagiert. Vgl. bes. die Argumentation Bebels contra Luxemburg in Stuttgart 1907 (wie ist Militärstreik möglich, wenn 2 Millionen Sozialdemokraten = 1/3 des Heeres eingerückt sind?).

hang mit dem Krieg — immer etwas Planloses, Anarchistisches beibehält. Gerade die deutsche Sektion ist auf den internationalen Kongressen allen Anregungen gegenüber zurückhaltend unter besonderem Hinweis auf ihre Unzureichendheit und die exponierte Lage Deutschlands und stimmt nur weitgefaßten, praktisch bedeutungslosen Resolutionen zu [57]), eine interessante Parallele zur kritisierten Haltung der deutschen Politik gegenüber den Haager Schiedsgerichtsverhandlungen.

Hier, wie bei der ganzen Einstellung zur Frage der Souveränität, wird der Versuch gemacht, die Tatsache zu verschleiern, daß das Klassenbewußtsein des eigenen Proletariats einer Belastungsprobe im Ernstfall nicht ausgesetzt werden darf, wie vor allem, daß die politische Bedeutung der proletarischen Internationale nur in psychologischer und moralischer Wirkung besteht, wie Kautsky 1915 resignierend feststellt [58]). Zugrunde liegt schließlich eine gesinnungsethische (und d. h. liberale) Haltung, die sich mit der Dokumentierung des guten Willens begnügt und die Verantwortung auch dort den Umständen zuschiebt, wo eine Voraussicht der Dinge und eine Orientierung an ihren Folgen im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte [59]).

B. Die deutsche Sozialdemokratie ist also einem Konflikt zwischen staatlicher Realität und revolutionärem Ideal ausgewichen und wird aus dieser Zwischenlage leicht verständlich zu einer Haltung kommen, die den Staat in seinem augenblicklichen Bestand beläßt (um national genug zu sein) und sich in Passivität zurückzieht (um nicht zu national sein zu müssen), d. h. die SPD. geht den Weg der liberalen bürgerlichen Opposition. Für eine solche Entwicklung sprachen — teilweise als Rückwirkungen andrer Ausdrucksformen desselben Prozesses — weitere Zusammenhänge. Beschränkte sich die Bewegung immer mehr auf den gesetzlichen Weg, so wurde das kapitalistische System zwar noch nicht als von ewiger Dauer empfunden wie beim Liberalismus, aber der Prozeß entwickelte sich so langsam und selbsttätig, daß eine politische Zielsetzung auf ein Minimum herabgeschraubt werden konnte, während Marx eben durch die Absehbarkeit und zeitliche Be-

---

[57]) Die Parteien sollen im Kriegsfall »mit den am zweckmäßigsten erscheinenden Mitteln« vorgehen; vgl. auch Kautsky, Wert der Internationale, NZ. 1915/16, 34, 1) (Uebersetzung von »devoir de s'entremettre« mit »einzutreten« für rasche Beendigung des Krieges).

[58]) NZ. 34, 1.

[59]) So heißt es in der Reichstagserklärung vom 4. 8. 1914: »Die Verantwortung hierfür (für die imperialistische Politik und ihre Folgen) fällt den Trägern dieser Politik zu; wir lehnen sie ab«, aber gleichzeitig wird die Verantwortung durch Gewährung der Kriegskredite übernommen. Aus diesem Bruch erklären sich manche Widersprüche (gegenüber der Regierung Drohen mit allen Eventualitäten bei Kriegsausbruch, gegenüber den Massen beruhigende Gewährleistung des Friedens wegen der Furcht der Regierung vor den Massen). Man kann von hier aus auch behaupten, daß es sich 1918 von vornherein um keine marxistische Revolution handeln konnte, weil das proletarische Bewußtsein und der Wille zur Tat fehlte, daß es vielmehr ein innerpolitischer Vorgang bleibt, über dessen Verlauf nicht das Klassen-, sondern das Staatsinteresse entscheidet.

schränktheit des ökonomischen Mechanismus den politischen Fatalismus des Liberalismus zu überwinden suchte. Allerdings war die politisch-gesellschaftliche Lage Deutschlands besonders verlockend: die Opposition gegen das feudal-ständische Regime stellte den vom Bürgertum begonnenen Kampf um politische Gleichberechtigung auch weiterhin dem Fortschritt zur Aufgabe und machte die Grenzziehung zur Bourgeoisie gerade auf außenpolitischem Gebiete zum schwierigen Problem, weil hier die Gegensätze weniger augenfällig und die Verhältnisse labiler sind [60]; andrerseits bot der neue Staat dem Lohnarbeiterinteresse immer mehr die Garantierung eines gewissen wirtschaftlichen Standards und so schiebt sich dem vierten wie dem dritten Stand eine »Demokratie« als Staatsideal vor, »deren öffentliche und private Rechtsordnung der kapitalistischen Entwicklung Raum und Unterstützung zu geben geeignet ist« [61]).

Hinter solcher Entwicklung steht als tragende Grundhaltung ein politisches Ethos, das in seiner Zielsetzung den Blick von der Veränderung einer ökonomischen Gesetzlichkeit auf gesellschaftsethische Ideale abzog. Diese Ethik ging aus von dem Glauben an den »stets fortschrittlichen, naturbewältigenden, höchsterzogenen, ganz sich selbst bestimmenden Menschen« [62]) und an den unbedingten Primat seines Geistes [63]) und der Vernunftsidee, weshalb sie umgekehrt Nichtevidentes aus ihrer Wertung ausschließen und die realen dynamischen Kräfte übersehen konnte, die hinter einer äußerlichen Verwirklichung der Rechtsidee standen. Von Kants personaler Ethik herkommend, trat diese Anschauung in unvereinbaren Gegensatz zu dem Marxschen Versuch, die zwangsmäßige Interessenlage des kapitalistischen Mechanismus durch Selbstobjektivierung einer Gruppe aufzuheben [64]); nun stand dem ökonomisch-technischen Fortschritt nicht mehr die geistig sittliche Degeneration der Bourgeoisie gegenüber, sondern die ethische Norm konnte, befreit von allem Historismus, wieder jederzeit realisiert werden. Von einem Absolutismus des Geistes aus wurde so das Politische als das auf Gegensätzlichkeit und physischen Kampf Abgestellte verworfen [65]) und als Ziel bot sich, den bestehenden Staat in einen Zustand innen- wie außenpolitischer Harmonie mit dem Zweck rationaler Kulturpflege zu überführen [66]). Marx

[60]) Engels an Marx 31. 5. 1860 (»daß in der auswärtigen Politik mit ,reaktionär' nichts gemacht ist« usw.)

[61]) Brinckmann, Die moderne Staatsordnung und der Kapitalismus, im Grundr. d. Sozialök. IV, 54.

[62]) Vorw. 6. 7. 1877.

[63]) Vgl. Liebknecht (Hochverratsprozeß, S. 2[illegible]1): »Des Menschen menschlichste Waffe ist das Hirn, nicht die Faust.«

[64]) Vgl. das zitierte Buch von Lukács und Heimann, Sozialismus als sittliche Idee und die materialistische Geschichtsauffassung, in ds. Archiv, Bd. 52.

[65]) Wobei dann wieder Macht und Gewalt identifiziert wurde, d. h. man übersah die Macht- und Interessenposition, die hinter solchem Kulturidealismus stehen konnte.

[66]) Als Beispiel sei angeführt: Liebknecht RT. 19. 2. 1878: »Zweck des Staatsmanns ist, Ordnung und Freiheit zu sichern, Frieden zu erhalten, Wohl-

selbst hatte in Fortführung der Ideen von 1848 und mit seinem ganzen politischen Temperament und ethischen Pathos für ein solches sofort zu realisierendes Zivilisationsideal gekämpft [67]), wenn er »die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit« von der privaten in die politische Sphäre übertragen wissen wollte [68]), wenn er in Napoleon III. nur den »Vertreter der geistlosen Herrschaft von Säbel und Kutte« [69]) sah, wenn er in der Annexion von Elsaß-Lothringen neben der Bedeutung der politischen Kräfteverschiebung auch für die proletarische Bewegung einen ethisch zu verwerfenden Schritt sieht [70]), und wenn er schließlich — wiederum bei Würdigung aller taktischen Notwendigkeiten [71]) — der begeisterte Vorkämpfer westlicher Zivilisation gegen den Hort atavistischer Barbarei, das zaristische Rußland und eine neue »Heilige Allianz« wird. In einer geistig unkomplizierten und geradlinigen, oft bis zur Engstirnigkeit dogmatischen Persönlichkeit wie Wilhelm Liebknecht [72]), die für die deutsche Bewegung sehr viel

---

stand zu pflegen.« Vorw. 31. 12. 1899 zur Jahrhundertwende: »Noch niemals hat die Kultur der Welt einen so hohen Stand erreicht, wie gegenwärtig.« Vorw. 2. 9. 1894: »Deutschland im Zukunftsstaat wird nicht mehr den 2. September, sondern die Gedenktage Lessings, Schillers, Goethes, Marx' und Lassalles feiern.« Hierher gehört auch die Idealisierung der französischen Republik und Englands »als einzigen Horts von einer Art Vernunft in der Politik der europäischen Großmächte« (Vorw. 16. 5. 1877). Kautsky kritisiert NZ. 1899/1900, S. 201 gerade die echt demokratische Ausschließung der Kolonien als ebenso verwerflich wie die Ungerechtigkeit der athenischen Demokratie.

[67]) Das er an andern Stellen vernichtend kritisiert (so Lit.-Nachl. III, S. 246/49). Ueber das Nebeneinander von harmonistisch-liberalen und dialektisch-kommunistischen Ideen bei Marx vgl. Lenz, Staat und Marxismus, sowie Troeltsch, Historismus, S. 336.

[68]) Schluß der Inauguraladresse von 1864, wiederholt in der 1. Adresse des Generalrats vom 23. 7. 1870; diese Worte scheinen doch nicht wie die »duty and right Phrasen« (an Engels 4. 11. 1864) in den Statuten und die ganze Erste Internationale nur Kompromißprodukt sein. Vgl. den Widerspruch im Kommunistischen Manifest, daß die zwischenstaatlichen Gegensätze schon in der kapitalistischen Aera verschwinden (vgl. Lenz l. c. II, S. 154 f.).

[69]) 18. Brumaire, S. 10 und 24.

[70]) »Die Geschichte wird ihre Vergeltung (!) bemessen nicht nach der Ausdehnung . . ., sondern nach der Größe des Verbrechens, das . . . eine Politik der Eroberungen aufs neue ins Leben gerufen hat« (2. Adresse des Generalrats vom 5. 9. 1870).

[71]) Besonders wenn Rußland ohne eigene revolutionäre Chancen die Reaktion in Westeuropa stärkt (vgl. Marx an Vera Zasulič in Marx-Engels Archiv I, S. 309 ff., und den Passus von Engels ib. S. 312; Engels an Bernstein 30. 6. 1885). Eine vertikal gedachte Front Revolution—Konterrevolution stärkt nur die Souveränität der westlichen Bourgeoisiestaaten.

[72]) Vgl. Engels an Marx 13. 10. 1867: »Ein wahres Glück, daß er noch ein gut Stück in der süddeutschen föderalistischen Sauce befangen ist, so daß er mit größter singleness of purpose und mit ungebrochener sittlicher Entrüstung gegen die Bismärckerei auftreten kann. Eine etwas kritischere und dialektischere Ansicht würde in seinem Kopf nur Konfusion anrichten.« Eisner (WL. 1906, S. 16/17) spricht vom Weltpolitiker als »Weltschulmeister«. Die Charakteristika eines idealen marxistischen Politikers fehlen ihm (als deutschem Kleinbürger)

repräsentativer ist und ihr viel näher stand als Marx, konnte dann das ethische Pathos und der Kampf gegen die Unmoralität der Bismarckschen Politik [73]) zum beherrschenden Prinzip werden. Für die Staatsauffassung der deutschen Arbeiterschaft konnte diese Einstellung sowohl eine stärker integrierende Wirkung haben, wenn sie sich als Träger einer kulturellen Mission des Staates fühlt und sich realpolitischer Mittel zu ihrer Durchführung bedient, als auch eine politisch lähmende, wenn der Blick sich auf die materielle Kulturpflege und den Schuletat fixiert und zu einer »Legalisierung des Zwecks durch die Mittel« führt; wir werden im folgenden sehen, daß höchstens Ansätze einer Art von »ethischer Machtpolitik« festgestellt werden können.

War jede Beziehung zwischen revolutionärer Tat und außenpolitischer Situation ausgeschaltet, so gab es nur noch eine Außenpolitik: Erhaltung des Status quo; sie mußte jetzt sogar als Vorbedingung der Entwicklung zur innerstaatlichen Harmonie erscheinen. Ein annähernd ausbalanciertes Kräftesystem, wie es durch die deutsche und italienische Nationalstaatsbildung für Westeuropa geschaffen war, schien das Prinzip der Stabilität am besten garantieren zu können [74]); von hier aus wurde eine Vergrößerung [75]) wie eine Verkleinerung des Reiches von 1871 [76]) — in faktischer Uebereinstimmung mit Bismarcks Politik der Saturiertheit — abgelehnt und umgekehrt eine überseeische Expansion anderer Mächte als Pfand größerer Sicherheit in Westeuropa gutgeheißen [77]). Die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Gegensatz zum Nationalitätsprinzip [78]), die Forderung der Unverletzlichkeit internationaler Verträge [79]), die spitzfindige Unterscheidung zwischen Arbeits- und Aus-

---

völlig: relativierender Intellektualismus, aber trotzdem ungebrochene Tatkraft auf der Grundlage von religiös-ethischem Fanatismus und geschichtsphilosophisch-messianischem Prophetismus (am meisten näherte sich vielleicht die Jüdin Rosa Luxemburg diesem Idealtyp).

[73]) Charakteristisch Liebknechts Enthüllungen und Verurteilung der »Emser Depesche«, ebenso der Doppelseitigkeit der Rückversicherungsvertragspolitik.

[74]) Wobei die Notwendigkeit gerade dieser Gleichgewichtslage immerhin problematisch bleibt, da sie mehr westeuropäisch-kapitalistischem als weltpolitisch-proletarischem Denken nahezukommen scheint. Auch Marx, der die Bewegung ausdrücklich auf Westeuropa beschränkt (an Vera Zasulic l. c.) und auf einen »letzten Krieg dieser Sorte« mit Rußland wartet (an Engels 8. 8. 1870 und an Sorge 1. 9. 1870), steht dieser Anschauung nicht fern.

[75]) Die evtl. wiederum »der Zentralisation der Arbeiterklasse nützlich« gewesen wäre (vgl. Marx an Engels 20. 7. 1870).

[76]) Wegen der Anerkennung der Annexion von Elsaß-Lothringen s. o.; Bebel verlangte z. B. 1893 die Einrichtung von Schiedsgerichten nur für künftige Fälle (RT. 28. 2. 1893).

[77]) Ebenso blieben die Zustände im Orient offen (so RT. 2. 12. 1912 [Ledebour] und 14. 4. 1913 [David]).

[78]) Vgl. Bebel im RT. des Norddeutschen Bundes 26. 9. 1870.

[79]) Auch wenn sie offensichtlich imperialistischen Motiven entspringen, wie die Marokkoverträge und das englisch-japanische Bündnis (vgl. Vorw. 3. 2. 1902). Hilferdings Kritik an solchen Prinzipien in NZ. 1910/11 (Parteitag u. ausw. Pol.), über die prinzipielle Stellung zum Imperialismus s. u.

beutungskolonien [80]), das Postulat der Abrüstung [81]) und vereinzelt auch der Völkerbundsgedanke [82]) mußten demselben Zwecke dienen, ohne Rücksicht darauf, welche Zustände stabilisiert würden.

Zur Verhütung innerpolitisch störender Konflikte wird auch die Forderung absoluter Neutralität und Nichtintervention erhoben, selbst wenn im Einzelfall ein revolutionäres Bestreben dadurch unterstützt werden könnte [83]). Nur im »höheren Interesse des Weltfriedens« [84]), zur Verwirklichung humanitärer Bestrebungen [85]) und für die Autonomie der kleinen Staaten ist eine Intervention zulässig, ja geboten [86]), allerdings nur soweit die höhere sittliche Norm des Friedens nicht verletzt wird; wie weit man sich über die Unsicherheit der Abgrenzung klar war, steht nicht fest [87]), ebensowenig, ob etwa die moralische Wirkung wichtiger erschien als der tatsächliche Erfolg [88]). Eingreifen gegen die armenischen Greuel, für die Reformbestrebungen in Mazedonien, gegen Judenverfolgungen in Rumänien, gegen die Greuel des Zarismus waren die wichtigsten Ansatzpunkte für das ethische Postulat [89]).

Zur Verhinderung einer gewaltsamen Konfliktsaustragung werden die alten bürgerlichen Forderungen von Schiedsgericht und Abrüstung aufgenommen, denn »jeder Schritt, der die Katastrophe erspart, wird als Verdienst für die gesamte Menschheit betrachtet« [90]). Die Schiedsgerichtsidee trat nie sehr stark in den Vordergrund, vielleicht unter dem Bewußtsein der Problematik ihrer Aus-

---

[80]) Kautsky zuerst in NZ. 1883.

[81]) Z. B. schlägt Bebel (RT. 13. 1. 1899) statt Abrüstung eine Stabilisierung auf 15—20 Jahre durch internationalen Vertrag vor.

[82]) So wünscht Bebel 1884 im RT. die Besiegelung der in der Thronrede verheißenen Garantierung des Statuts quo durch einen Bund aller Kulturnationen: ebenso RT. 1. 3. 1900.

[83]) Bebel RT. 22. 1. 1903 (Kritik der Unterstützung einer Revolution in Haiti durch deutsche Truppen) und RT. 16. 3. 1905 (isolierte Aufforderung der »Schwäbischen Tagwacht« zum Eingreifen zugunsten der russischen Revolution).

[84]) Gradnauer RT. 3. 3. 1902 (Burenkrieg).

[85]) Ledebour RT. 3. 3. 1901 (gegen Dum-Dum-Geschosse).

[86]) Weil es sich dann theoretisch um keine Vergewaltigung und keine Verletzung des Souveränitätsprinzipes handelt.

[87]) Vgl. die Haltung im Burenkrieg: 3. 1. 1896 Krüger-Telegramm, 4. 1. Billigung der Intervention zugunsten der Autonomie der Buren im »Vorwärts«; 5. 1. Kritik des Telegrammes wegen Ueberschreitung des Zulässigen (nach dem Echo in England) 1900: RT. 1. 3. Antrag auf Intervention durch Bebel und Gradnauer; 1902: RT. 3. 3. Ledebour über das Interventionsrecht; 4. 3. Gradnauer: Nicht Intervention, sondern »Geltendmachung freundschaftlicher Ratschläge«.

[88]) Vgl. etwa Ledebour RT. 5. 3. 01 und Bebel RT. 28. 2. 1893 (Prestigegewinn Deutschlands bei Schiedsgerichtsvorschlägen); jedenfalls kann von eigentlich politischer Auswirkung solcher Ideen nicht gesprochen werden.

[89]) Am 28. 7. 1914 wurde in einer Resolution eine Intervention Deutschlands zur Erhaltung des Friedens gefordert.

[90]) Bebel RT. 28. 2. 1893; ähnlich 5. 12. 1904.

dehnung auf »vitale Interessen« [91]); es steht nur fest, daß, wie wir gesehen haben [92]), für die elsässische Frage als einer offenbar vitalen ein Schiedsgericht nicht verlangt wurde. Daß mit der Abrüstungsforderung, der mit wachsender Belastung des Etats immer größere programmatische Bedeutung zukam, keine Souveränitätsbeschränkung verbunden war, haben wir schon gesehen [93]); wiederum frägt es sich, ob mangelnde Einsicht oder eine bewußte Prestigepolitik hinter der Proklamierung der Idee stehen [94]).

Daß die zusammenfassende Formel für diese Forderungen, der Friede, proklamiert wurde, braucht nicht mehr besonders nachgewiesen werden; programmatische Erklärungen, Flugblattagitation und Massenversammlungen [95]) zeigen die Intensität, mit der Partei und Internationale von der revisionistischen Rechten bis zur radikalen Linken [96]) dafür eintraten. Die Motivation liegt für diesen Pazifismus einerseits in der Schädigung der materiellen Interessen durch Störung des wirtschaftlichen Mechanismus vor, während und nach dem Krieg, andererseits in der Zerstörung menschlichen Lebens als Wert an sich und in der — allen Geist verhöhnenden — wahllosen Wertevernichtung, d. h. es ist die Motivation der Aufklärungsethik. Wenn die Partei, die zweifellos die Idee ernst genommen hat, in dieser Ethik Arbeitgeberinteressen vertritt [97]), zeigt sich nur, daß der Arbeiter selbst Bourgeois geworden ist, der sich des ideologischen Charakters seiner Gedankenwelt nicht bewußt werden kann, weil er materiell zu stark mit

[91]) Vgl. die zutreffende Kritik Gradnauers RT. 1. 3. 1900. Die Stellung der deutschen Regierung zu den Haager Konferenzen wurde natürlich ebenso kritisiert, wie ein englischer Schiedsgerichtsvorschlag im Juli 1914 begrüßt wurde (Vorw. 28. 7. 1914).

[92]) S. Anm. 74, 85, 32/33.

[93]) Siehe oben.

[94]) So werden die Vorschläge im Haag mit den saturierten Interessen der englischen Bourgeoisie in Zusammenhang gebracht (Vorw. 1. 4. 1907), aber Vollmar kritisiert die Nichtbeteiligung Deutschlands an den Beratungen wegen des moralischen Verlustes (RT. 30. 4.). Zweifel an der Verwirklichungsmöglichkeit werden verschiedentlich laut (z. B. Bebel RT. 13. 5. 1907, Ledebour RT. 3. 4. 1911), aber den Kern trifft nur Radek, wenn er auf dem Kopenhagener Internationalen Kongreß 1910 das Fehlen einer Exekutivarmee als entscheidend anführt. Die alljährlichen Abrüstungsanträge können wohl taktisch zur Abwälzung der Verantwortung von der Partei aufgefaßt werden, sollen aber auch dem Staat ein besonderes Prestige sichern (vgl. z. B. RT. 30. 3. 1911).

[95]) So 1900 (Chinafeldzug), 1904 und 1911 (Marokkokonflikte), 1912 (Balkankrieg) und am 27. 7. 1914.

[96]) Sie fordert den Frieden aus taktischen Gründen, weil sie von einem Krieg nur einen Rückschlag in der Psyche des Arbeiters fürchtet; eine evtl. Bejahung des Krieges findet sich bei Kautsky, Vorw. 16. 12. 1905, falls er proletarischen Interessen dienen kann. Sonst bildet in der ganzen Bewegung der Kriegsaufruf Bebels gegen Rußland (NZ. 1886, s. u.) die einzige Ausnahme.

[97]) Charakteristisch für die Annäherung an den Manchesterliberalismus ist die Lobpreisung Cobdens und Brights als wirklicher Männer des Friedens durch Bernstein (Chemnitzer Parteitag 1912) und sein Eintreten für die christliche Forderung des Friedens auf Erden.

dieser Lebenslüge verhaftet ist; dem marxistischen System wird aber damit die Grundlage entzogen.

C. Kam einer Theorie der außenpolitischen Passivität und Stabilität eine Situation weitgehend entgegen, wie sie durch die saturierte Bismarcksche Politik und ihre anscheinende wirtschaftlich-soziologische Indifferenz gegeben war, so mußte sich auch die taktische Lage der Partei ändern, wenn gegen Ende des Jahrhunderts die deutsche Politik von einer ganz neuen Schwungkraft ergriffen wurde, die neben den politisch-militärischen zu spürbaren wirtschaftlichen Veränderungen führte. Die Verbindungslinien zum kapitalistischen System und damit ein Grund zur Opposotion war leicht gegeben, aber als entscheidend war von neuem und zum letztenmal die Frage gestellt, ob »das Neue« nur eine vorübergehende Störung der ökonomischen Gesetzlichkeit bedeutete, deren — abstellbare — Gründe diesem Mechanismus nicht immanent waren, oder ob es sich um eine neue Phase des wirtschaftlichen Systems selbst, und zwar um die letzte handelte, so daß auch das Proletariat »zum letzten Gefecht« sich vorzubereiten hatte. Die wirtschaftliche Anschauung der Partei, die im Sinne der Freihandelsschule von einem harmonischen und stabilen Austauschverhältnis arbeitsteiliger Einzelwirtschaften mit unveränderlicher Produktion ausging, sprach von vornherein gegen eine Ableitung politischer Expansion aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Für die Versuche zur Schaffung eines Kolonialreiches war leicht nachzuweisen, daß sie wirtschaftlich unrentabel und unbegründet waren [98]) und daß sie die soziale Frage nur »exportieren« [99]) konnten, während ihre Motivation auf andrer Ebene liegen mußte, nämlich, wie Caprivi selbst andeutete, in der Absicht, das nationale Empfinden aufzupeitschen [100]). Als mit den politischen Ereignissen seit 1895 und den programmatischen Ankündigungen einer Weltpolitik offenbar eine grundsätzlich neue Situation geschaffen war, mußte tiefer gegriffen werden. Charakteristisch bleibt eine Art historisch-soziologischer Erklärung des Imperialismus im »Vorwärts« [101]): die Weltpolitik des kapitalistischen Absolutismus entwickelt sich zu der des bürgerlichen Handelskapitals, diese zur Weltpolitik der großen Industrie als Gipfel [102]), auf die, von Napoleon III. und vom Zarismus inauguriert, die Weltpolitik des krachenden Kapitalismus folgt; die Weltpolitik des Proletariats aber führt wieder zum Gipfel der industriellen zurück, weil sie auch auf Friede und Freiheit gebaut ist. Die Gewalt-

[98]) Vgl. Kautsky, NZ. 1883, S. 365 gegen das Argument der Uebervölkerung und Ueberproduktion. Die Unrentabilität und die wachsenden Kosten wurden jährlich an Hand von Statistiken im RT. nachgewiesen.

[99]) Liebknecht RT. 4. 3. 1885.

[100]) Vollmar RT. 12. 5. 1890; vgl. Liebknecht 21. 6. 1899: »Den circenses entspricht Kiautschou, aber das panis fehlt.«

[101]) Vorw. Februar/März 1900.

[102]) Gegründet auf den Satz von Adam Smith, daß die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist.

samkeit ist also das störende und abzuschaffende Element. Aussprüche in diesem Sinne lassen sich häufen [103]); die offizielle Behandlung auf den Parteitagen greift zwar weiter aus und bringt die Weltpolitik in Zusammenhang mit erschöpften Ausbeutegelegenheiten im Inland und Drang nach neuen Absatzmärkten, biegt aber dann um in sittliche Verdammungsurteile (Mainz 1900) [104]), oder sie erklärt die sich häufenden Konflikte aus der Konkurrenz des Kapitals, hält aber Wettrüsten und Krieg für keineswegs notwendig, mit Hinweis auf englische Abrüstungsvorschläge und neue zwischenstaatliche Verknüpfungen [105]) (Chemnitz 1921). Die Kritik konzentriert sich so auf die Opposition gegen die Auswüchse der Politik Wilhelms II. [106]) und bemüht sich nach einem Ausdruck Rosa Luxemburgs, dem Imperialismus »den Stachel zu nehmen« [107]); nicht nur die Bourgeoisie befand sich nach dieser optimistischen Auffassung über ihre wahren Interessen im Irrtum, sondern die Weltgeschichte selbst machte gewissermaßen einen Fehler [108]).

So kann die Partei selbst Vorschläge zu einem friedlichen Imperialismus machen; Kolonisation, »Erziehung der unzivilisierten Völker«, kann ein zivilisatorisches Werk sein, wenn sie nur in der Mittelwahl den rechten Weg geht, und steht in keiner notwendigen Verbindung mit dem Kapitalismus [109]); ja, eine sozialistische Weltpolitik würde sogar größeren wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringen [110]). Der alte Idealstaat der deutschen Sozialdemokratie von Marx an, England, scheint wiederum die glücklichste Form gefunden zu haben:

---

[103]) So Bebel RT. 10. 2. 1900: »Das ist der Geist des vorigen Jahrhunderts, der Geist des Absolutismus, das ist der Geist des Imperialismus, wie er seinerzeit im alten Rom herrschte«; Bernstein, Soz. Monatshefte 1900, Imperialismus = Cäsarismus, Byzantinismus, Bonapartismus; Eisner ib. S. 657: »Indem das kapitalistische Weltmanchestertum sich mit der rohen Rückständigkeit des feudalen Militarismus verband, wurde es utopisch«; Schönlanck RT. 6. 12. 1897; Vorw. 14. 12. 1906, 19. 1. 1907; Ledebour RT. 27. 3. 1909: deutsche Weltpolitik »verpfuschte Imitation historischer Beispiele aus früheren Jahrhunderten«. Man vergleiche zu dieser Auffassung den Aufsatz von Schumpeter: zur Soziologie der Imperialismen, in ds. Archiv, Bd. 46.

[104]) Referent: Singer; er betonte, eine Theorie der Weltpolitik sei unnötig.

[105]) Schienensyndikat und Stahlverband (Referent: Haase).

[106]) Vgl. die Kontroverse Schönlanck kontra Ledebour auf dem Parteitag 1900. Die in Anm. 103 zitierten Definitionen fallen zum großen Teil in eine Zeit, in der Wilhelm II. besonders auffällig hervortrat.

[107]) Antikritik, S. 118, zit. nach Lukács, l. c., S. 49.

[108]) Darauf weist Lensch in Chemnitz hin; Bernstein hält ihm entgegen, die Weltgeschichte sei sehr oft auf falschem Wege und ganze Kulturen seien an politischen Selbsttäuschungen zugrunde gegangen.

[109]) Vgl. die Stellung Bebels (RT. 8. 2. 1898) zur Pachtung Kiautschous und vor allem das Eintreten Bernsteins von 1900 ab. In Amsterdam 1904 und Stuttgart 1907 wurde die Frage der »sozialistischen Kolonialpolitik« aufgeworfen und in Essen 1907 und der »Neuen Zeit« bejahend beantwortet.

[110]) Vgl. Gradnauer RT. 19. 3. 1903 und Liebknecht 27. 4. 1898 (Expansion nach Südost; s. u.); Bebel RT. 23. 11. 1900.

nicht nur der Revisionismus [111]), sondern auch die Parteimitte, sieht in englischem und analog in amerikanischem Imperialismus eine vorbildlich unkriegerische, rein handelspolitisch orientierte, zivilisatorisch segensreiche Politik [112]); damit ist aber schlagend bewiesen, daß Kapitalismus und Gewaltpolitik keine funktionalen Begriffe darstellen. — In diese Reihe gehört schließlich als friedliches Mittel, der amerikanischen Konkurrenz zu begegnen, und gleichzeitig als Sicherung des europäischen Friedens der parteioffiziell vereinzelt vertretene Gedanke der »Vereinigten Staaten von Europa«, d. h. einer mitteleuropäischen Zollunion [113]). Gerhard Hildebrand aber wurde 1912 aus der Partei ausgeschlossen, weil er den mitteleuropäischen Gemeinschaftsgedanken gegenüber dem Klassenbewußtsein zu stark betont habe, obwohl seine Begründung, wachsende Enge des Lebensspielraums des europäischen Kapitalismus infolge der Industrialisierung der unterdrückten Staaten, für eine marxistische Partei sehr fruchtbar hätte sein können [114]).

Solche Konsequenzen zog als erste marxistische Theorie des Imperialismus die »Akkumulation des Kapitals« von Rosa Luxemburg; weil aus der Gesetzlichkeit der Kapitalakkumulation der inländische Lohnarbeiter das zuschüssige Produkt nicht aufnehmen kann, muß die Bourgeoisie den Mehrwert unter schärfster gegenseitiger Konkurrenz und daher auch mit den Mitteln der Gewalt in dem nichtkapitalistischen Raum zu realisieren suchen; da die Erschöpfung auch des auswärtigen Marktes in ermeßbarer Ferne liegt, muß die proletarische Bewegung die letzte Intensität auf den politischen Kampf verwenden, um der nahen Entscheidung gewachsen zu

---

[111]) Vgl. Bernstein »Sozialismus und Kolonialfrage« und »Sozialdemokratie und Imperialismus« in Soz. Monatsh. 1900. Mit seiner These vom »Recht der höheren Kultur vor der niederen« verficht er faktisch die typische kapitalistische Ideologie.

[112]) So im Wahlaufruf 1907; Vollmar RT. 12. 5. 1890; Liebknecht 27. 4. 1898 (englische Reform — gegen russische Gewaltpolitik), Vorw. 12. 10. 1899 (das kulturell und wirtschaftlich rückständige Burenvölkchen sucht sich einer geschichtlichen Notwendigkeit zu entziehen); für Amerika: Vorw. 23. 3. und 22. 7. 1898 (Recht der U.S.A. im spanisch-amerikanischen Krieg), ib. 3. 6. 1899. (Prinzip Amerikas: Freiheit nach innen, Friede nach außen.) Bei dem deutsch-englischen Gegensatz muß so die Schuld auf jeden Fall auf deutscher Seite liegen.

[113]) So Ledebour als Etatsredner RT. 3. 4. 1911 als Abwehr gegen den Meistbegünstigungsvertrag zwischen U.S.A. und Kanada; im übrigen war der Gedanken Spezialität von Calwer vom rechten und Parvus vom linken Flügel.

[114]) Gerhard Hildebrand, Die Erschütterung der Industrieherrschaft und der Industriesozialismus, Jena 1910, eines der wenigen wichtigen Bücher aus dem sozialistischen Lager (kürzer: Sozialistische Auslandspolitik, Jena 1911). Bei dem wissenschaftlichen Charakter des Buches von Hildebrand und dem großen Spielraum der Meinungen in der Partei fällt, seine Ausschließung besonders auf.

sein [115]) [116]). Daß Rosa Luxemburg in der Partei nur wenig Anhänger zählte, daß die Kritik (Eckstein und Otto Bauer) gerade die Begrenztheit der Akkumulation ableugnet, daß Hilferdings »Finanzkapital« viel mehr Anklang in der Partei fand [117]), weil es zwar durch Nachweis der Selbstorganisierung des Kapitals in Kartellen und deren internationalen Verflechtung zu verstärktem politischen Widerstand führte [118]), aber die prinzipielle Möglichkeit der ewigen Akkumulation offen ließ — all dies beleuchtet e contrario die liberal-ethische Haltung der Partei.

Damit bleibt also die Partei — undialektisch auch hierin — bei ihrer festgelegten Haltung bestehen; wie weit ihre Prinzipien reale Unterlagen in der Stellungnahme der Partei zu der jeweiligen weltpolitischen Situation finden, werden wir im folgenden noch zu untersuchen haben.

III.

Es gäbe ein falsches Bild, wollte man die unbestreitbare Tatsache der antirussischen Einstellung der SPD. isoliert beurteilen und daraus den staatsfeindlichen oder zumindest den — staatlichen Aufgaben gegenüber wirklichkeitsfremden — Charakter der Partei feststellen [119]); denn bei aller aus der bürgerlich-demokratischen Gedankenwelt übernommenen prinzipiellen Russophobie stand im Mittelpunkt außenpolitischer Erwägungen doch die Sorge um eine gesicherte außenpolitische Position des Reiches als folgerichtige Uebertragung liberalen Interesses an der garantierten und gleichmäßigen Erhaltung des staatlichen Mechanismus auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Vom staatlichen Denken her gesehen bedeutet diese Haltung mehr als eine marxistische, die zwar nicht passiv-ablehnend, aber doch kritisch-distanziert zu außenpolitischem Geschehen und Schicksal des Staates steht, und weniger als eine demokratische, die ein auch aggresives Handeln des Staates nach außen aus einem Ganzheitsgefühl heraus bejaht.

A. 1871—1894. Die außenpolitische Situation nach 1871 war für die Partei bestimmt durch die Ueberlegenheit Rußlands auf Grund der Annexion von Elsaß-Lothringen, die Marx mit seinem scharfen politischen Blick wenige Tage nach Sedan bereits in ihrer Bedeutung

[115]) Die jüngst veröffentlichte Imperialismustheorie von Sternberg (Der Imperialismus, Berlin 1926) erhält ihren neuen revolutionär-marxistischen Charakter weniger durch Einfügung der äußeren Surplusbevölkerung als durch die Möglichkeit, die faktische revisionistische Stagnation der Bewegung als notwendige Schonzeit einer frühimperialistischen Epoche zu relativieren.

[116]) Vgl. zu den Voraussetzungen einer politischen Aktivität, siehe oben unter II, B.

[117]) Vgl. etwa Gradnauer, RT. 24. 4. 1912.

[118]) Vgl. Lederer, Von der Wissenschaft zur Utopie, in Grünbergs Archiv, VII.

[119]) Friedrich Lenz in seiner »Deutschen Sozialdemokratie« (Staat und Marxismus II, Stuttgart 1924) neigt von seinem einseitig konservativen Standpunkt aus zu dieser Betrachtungsweise, wobei über sein ausgezeichnetes Werk kein Urteil gesprochen werden soll.



erkannt hatte [120]), und die der Partei bei starker Betonung des ethischen Moments ein geeignetes Schlagwort zum Kampf gegen die Regierung bieten konnte. Noch bis 1876 wartet die Partei auf den von Marx prophezeiten Zusammenstoß mit Rußland [121]), zieht aber doch bei Gefahr einer angeblichen italienisch-französisch-österreichischen Allianz ein Bündnis mit Rußland der Isolierung vor [122]). Als erste zu bewältigende taktische Aufgabe gibt die orientalische Frage von 1878 Liebknecht die Gelegenheit, gewissermaßen den Präzedenzfall für eine aktive Stellungnahme der Partei zu schaffen und außerdem sein ganzes 48er-Pathos gegen Rußland aufzubieten [123]). Zwar läßt sich taktisch die Forderung der Erhaltung der Türkei als »Damm gegen Rußland« [124]) wohl halten, aber aus mangelnden Kenntnissen und aus Voreingenommenheit [125]) begibt er sich nach Levy an die Lösung der »Quadratur des Zirkels«, indem er die Aufrechterhaltung des türkischen feudalen Regimes mit der Gleichberechtigung aller seiner Bewohner verbinden will; dabei ist seine Motivation so durchaus großdeutsch-national [126]), daß jeder marxistische Maßstab verfehlt erscheint. Allerdings kommt Liebknecht in diesem Standpunkt zu keinen fruchtbaren Konsequenzen, sondern beschränkt sich auf eine

---

[120]) 2. Adresse des Generalrats vom 9. 9. 1870.

[121]) Ein Feldzugsplan wird 1872 zurückgestellt, weil sich Deutschland und Rußland auf antiösterreichischer und antitürkischer Basis einigen (Volksstaat 12. 10. 1873; 11. 3. 1874; 6. 6. 1876).

[122]) Vst. 14. 4. 1875, ähnlich Vorw. 6. 6. 1876; dagegen sieht Engels hier eine Möglichkeit zur Niederwerfung der Bourgeoisie (Vst. 2. 6. 1874). Liebknechts Argument gegen ein Zusammengehen mit Rußland, Vorw. 13. 10. 1876: »Deutschland braucht Rußland, aber nicht umgekehrt«, entspricht durchaus Bismarcks Erwägung, daß Rußland am »längern Arm des Hebels« sitzt.

[123]) Außer den Artikeln im »Vorwärts« vgl. seine Broschüre: »Die orientalische Frage oder soll Europa kosakisch werden?« Die Gegenschrift von H. L. (Heinrich Levy, Ein Berliner Bankbeamter, vgl. Mehrings Geschichte IV, S. 118, Marx an Sorge 19. 10. 1877, und Hertneck, Arch. f. Pol. u. Gesch. 1926: »Zur o. F. oder soll die sozialistische Arbeiterpartei türkisch werden?«), irrt im ersten Punkt, wenn sie vom marxistischen Standpunkt aus reine Negation verlangt, behält aber im zweiten Punkt recht, wenn sie die distanzlose Russophobie Liebknechts tadelt.

[124]) Auch Marx und Engels vertreten diese Theorie (Wiederherstellung Polens!, vgl. Liebknecht im RT. 19. 2. 1878), solange keine Chance auf Beseitigung des Zarismus von innen her besteht und in den unterstützten Ländern keine Reaktion gezüchtet wird, die den Vorteil überkompensiert (vgl. Engels an Bernstein, 22. 2. 1882 und 9, 10. 1886).

[125]) Beeinflußt durch Urquhart, den »romantischen Hochländer und die Autorität für alle englischen Liberalen« (Marx, Ges. Schr. 19. 4. 1853). Auch Marx ist nicht »vorurteilsfrei«; seine Parteinahme für die Türkei ist davon mitbestimmt, daß der türkische Bauer »einer der tüchtigsten und sittlichsten Repräsentanten des Bauerntums in Europa ist«. (Brief an Liebknecht; Liebknecht, l. c. S. 51).

[126]) Vgl. ib. z. B. Sozialdemokratie als einzige nationale Partei; die Arbeiter »Deutschlands, des denkenden Volkes«, müssen eingreifen. Deutschland hat Interessen in der Türkei, weil die Donau ein deutscher Strom ist und Oesterreich zu Deutschland gehört und nicht slawisch werden darf.

einseitige Kritik an der Politik seines Todfeindes Bismarck, dem er selbst während des Berliner Kongresses sklavische Abhängigkeit von Rußland vorwirft und in dessen Neutralität er nur eine Rückendeckung für Rußland sieht [127]), während er mit seiner Forderung »ehrlicher Neutralität« [128]) doch dasselbe Ergebnis erzielt. Denn gerade in diesen Jahren vollzieht sich in der Person Liebknechts und mit ihm in der Partei die entscheidende Hinwendung zu liberaler Passivität.

Mußte selbst Liebknecht bald die Spannung zwischen Deutschland und Rußland anerkennen [129]), so gab es für die Partei zwei Möglichkeiten der Orientierung, die Bebel, der künftige Führer, — widerspruchsvoll genug innerhalb von zwei Wochen — in zwei Reichstagsreden [130]) skizziert: entweder den Anschluß an Frankreich und die westliche Zivilisation durch Herausfinden eines Kompromisses über Elsaß-Lothringen oder die Schaffung eines notwendig aggressiven antislawischen Blockes mit Oesterreich und der Türkei zusammen, unter der Voraussetzung eines neutralen, aber nicht unbedingt freundlichen Frankreichs [131]). Die Partei ging den ersten Weg; auf dem zweiten begegnet man nur B e b e l , dessen Temperament einer nur rationalen Politik etwas verständnislos gegenüberstehen mochte und zu greifbarem Geschehen drängte [132]).

Ein Aufsatz Bebels in der »Neuen Zeit« anläßlich der bulgarischen Krise von 1885/86 ist das repräsentative Zeugnis dieser Richtung und gerade wegen seiner Isoliertheit interessant [133]). Bismarck verkennt das vitale Interesse an einer Zurückdämmung Rußlands, dessen Balkanpolitik den ersten Schlag gegen Ost- und Westpreußen bedeutet [134]), und außerdem das »l e b h a f t e s t e« [135]) ökonomisch-politische Interesse an einem nichtrussischen Konstantinopel, weil die Donauländer ein sehr viel geeigneteres Absatzgebiet darstellen, als

[127]) So RT. 19. 2. 1878; vgl. Vorw. 3. 2. 1878 (Versuche zur Vereitlung der Konferenz); ib. 10. 2., 28. 4., 2. 6. 1878. (Orientfrage gehört zu den dunkelsten Punkten der deutschen Geschichte.)

[128]) Vorw. 3. 2. 1878 und zur orient. Frage S. 36. Auch einen Generalstreik hatte er ja abgelehnt, s. o.

[129]) Vst. 30. 8. und 6. 9. 1879.

[130]) 19. 2. und 2. 3. 1880.

[131]) Er rechnet mit der Nicht-Agressivität einer Republik, weil er die Unnötigkeit der Rüstungsvorlage beweisen will; vgl. aber Vorw. 10. 6. 1877 anläßlich des Staatsstreiches Mac Mahons: Die Republik ist kein Haar besser als die Monarchie.

[132]) Und auch er nur in den achtziger Jahren in dieser Ausgeprägtheit. Vgl. zu seiner gedanklichen Uneinheitlichkeit Michels in ds. Archiv, Bd. 37, der seine Sorge um die Erhaltung der Partei und um die Einhaltung des Mittelwegs in den Mittelpunkt stellt.

[133]) NZ. 1886 (IV), »Deutschland, Rußland und die oriental. Frage.«

[134]) Der erste Schlag wird Oesterreich gelten, das durch Wühlereien in Bosnien schließlich zum Angriff gezwungen wird, so daß die Defensivallianz nicht in Kraft tritt (vgl. die Situation von 1918!); dann werden Rußland und Frankreich (!) über das isolierte Deutschland herfallen.

[135]) Im Text unterstrichen.

die fernen Kolonien. Der Krieg wäre — wie schon auf dem Berliner Kongreß — die einzig richtige Antwort auf Rußlands Wühlereien im Balkan und gerade jetzt verpaßt Deutschland-Oesterreich die günstigste Gelegenheit, weil Türkei, Bulgarien, Rumänien und Serbien auf seiner Seite stehen; so wird er später unter schlimmern Auspizien zu führen sein [136]). — Taktisch bedeutet der Artikel ein Heraustreten aus der prinzipiellen Opposition, weil er auf die von Bismarck im Zweibund von 1879 eingeleitete Politik eingeht und sie in positivem Sinne ausbaut [137]). So kommt er zu einem geschlossenen politischen System: dem Kontinentalblock von Berlin bis Konstantinopel mit gegebener Feindschaft nach der einen und wohlwollender (England) oder erzwungener (Frankreich) Neutralität auf Basis des Status quo nach den andern Seiten, also schließlich einer Umkehrung des politischen Systems Bismarcks, das ebenfalls rein kontinental-politisch und an der Mittellage Deutschlands orientiert ist; dabei braucht Bebel die Gegensätze Oesterreich-Rußland und England-Rußland nicht zu überbrücken, übersieht aber alle Vorteile einer deutsch-russischen Allianz und überschätzt seinerseits die Beziehungen zu Frankreich, da ihm ein Zweifrontenkrieg gar nicht in seine Pläne passen würde. Wichtiger als der Inhalt, ist in unserem Zusammenhang die Tatsache einer wirklich politischen Denkweise, die ohne Sentiment auf die Vernichtung des erlebten Feindes sinnt und sich realer Wege dazu bedient; von den besten Köpfen, die sich in Deutschland um eine nationale Demokratie bemüht haben, von einem Friedrich List, Harkort, Rodbertus, Lassalle führt so eine Linie hinein in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie, wo dem Gedanken zum erstenmal ein geeigneter Boden zur Realisierung geschaffen scheint, wo er sporadisch auftaucht und dann langsam versiegt.

Löst ein Bebel [138]) das Problem des Zweifrontenkrieges, das durch die außenpolitische Gefahr einen starken Druck auf die innern Verhältnisse auszuüben droht, indem er sich auf die faktische Ueberlegenheit der Dreibundskombination und den Gegensatz zwischen England und Rußland verläßt [139]), so sucht Liebknecht gerade während der Zeit der Boulangerkrise den Anschluß an Frankreich um der brüderlichen Gesinnung des Volkes in beiden Ländern staatspolitischen Ausdruck zu geben, eine Maxime, die, wie wir gesehen haben, sich mehr

[136]) Elsaß-Lothringen und Unterdrückung Polens fehlen nicht in der aufgezählten Reihe der Fehler Bismarcks.

[137]) Und das gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes; daß taktische Erwägungen besondere Hervorhebung des nationalen Charakters der Partei verlangten (s. II A), mag richtig sein, aber es wäre doch wohl eine Verkennung der Grundhaltung Bebels an dieser Stelle, wenn man ihn nur als Taktiker ansehen wollte.

[138]) Der Gegensatz Bebel—Liebknecht darf nicht zu schroff aufgefaßt werden, sondern nur als Tendenz, weil die vielen Widersprüche keine feste Grenzziehung erlauben.

[139]) Auch die Unverläßlichkeit Italiens nach dem Sturze Crispis, die von den Ideologen als Sieg der Verständigungsidee gefeiert wurde, ändert daran nichts, weil Deutschland die Südostkombination bleibt.

an dem ideellen Postulat als an dem realen Problem Elsaß-Lothringen orientierte [140]).

Das Ideal des demokratischen Frankreichs erhält einen schweren Stoß durch den Abschluß des französisch-russischen Bündnisses, das die Partei aus ideologischen wie realpolitischen Gründen noch 1895 für eine unmögliche Kombination hält [141]). Die neugeschaffene Situation hat aber den großen Vorzug, in dem Gegenüberstehen von Zwei- und Dreibund eine neue Gleichgewichtslage zu schaffen, die stabile Verhältnisse zu garantieren scheint, und das positive Schwergewicht in Europa von Petersburg nach London zu verlegen, wo es in unparteiischen und friedensfreundlichen Händen liegt [142]). Allerdings — faktisch behält der Dreibund das Uebergewicht, denn die Partei übernimmt von Marx die Unversöhnlichkeit Englands und Rußlands in ihre Berechnungen [143]) und dieses Faktum bleibt zu berücksichtigen, wenn sie in den folgenden Jahren ihre von Frankreich so getäuschten Hoffnungen auf England überträgt.

B. 1895—1914. Die kontinentalpolitische Orientiertheit der Partei schien einer neuen Einstellung weichen zu müssen, als von 1895 ab durch das Eintreten der großen überseeischen Mächte in die Weltpolitik ein Wendepunkt unverkennbar war [144]). Aber sah man auch die Bedrohung des kapitalistischen Systems aus der Verengerung des Lebensspielraums [145]), so bleibt das Lohnarbeiterargument [146]) doch stärker als das proletarische: eine Macht wie die Vereinigten Staaten wird in das wirtschaftlich-politisch harmonische Staatensystem westlicher Zivilisation aufgenommen und jede Annäherung an sie bedeutet einen realen Vorteil; die politische Erwägung, daß eine so ungeheure Mächtekombination wie ein englisch-amerikanisch und evtl. auch japa-

---

[140]) Vgl. etwa Vorw. 16. 1., 3. 2., 2. 3. 1891 (Zwietracht zwischen so hoch zivilisierten Völkern eine Kulturschande); Hasenclever RT. 12. 1. 1887; Liebknecht RT. 28. 1. 1888, 15. 5. 1890 (Unmöglichkeit einer Aggressivität von seiten einer demokratischen Republik); NZ. 1884, 326 (Verschwinden der Tradition der Bourbonen und Napoleoniden, daß starkes Frankreich durch schwaches Deutschland bedingt sei).

[141]) Frankreich übt an der ganzen zivilisierten Menschheit Verrat. Vgl. Vorw. 22. 3., 18. 6., 14. 7., 25. 7. 1891; 8. 11. 1893, 1. 10. 1894; Vollmar in Erfurt 1891. Als politische Gegensätze werden ins Feld geführt: Die Interessenkollision im Orient und Ostasien, die schlimmen Erfahrungen Frankreichs in Schimonoseki (Vorw. 7. 5. 1895); das Interesse Rußlands an einem Krieg zur Amortisation der Zinsschuld (ib. 7. 4. 1895).

[142]) Vgl. Engels in der NZ., zur auswärtigen Politik des Zarentums, und Vorw. 30. 6. 1891, 13. 7. 1891.

[143]) Liebknecht RT. 1. 12. 1892 und Vorw. 4. 6. 1893 rechnen mit einem aktiven Eintreten Englands in eine antirussische Verbindung; auch der Balkan wird sich ja an den Dreibund anschließen.

[144]) Vgl. Liebknecht RT. 12. 12. 1894 und Vorw. 19. 4. 1895.

[145]) So Vorw. 7. 5. 1895 und RT. 8. 2. 1898.

[146]) Vgl. dazu den Hinweis Kautskys (NZ. 1886, Chinas Eisenbahnen und das europäische Proletariat) auf die billigen Arbeitskräfte Chinas und die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen.

nisches Bündnis verhindert werden muß, daß Deutschland in Amerika einen starken Rückhalt zur See hätte, besonders wenn die Freundschaft mit England gefährdet scheint, bildet wieder die nationale Seite einer liberalen Politik [147]). Die Trübung der Beziehungen zu Japan seit 1895 wird aus denselben Motiven kritisiert [148]). Aber auch bei einem Staat wie China, der trotz formaler Souveränität kein gleichgestellter Partner im politischen wie wirtschaftlichen Verkehr ist, wird aus jener Legalisierung des Zwecks durch die Mittel jeder wirtschaftliche Vorteil für Deutschland bejaht und begrüßt, solange nicht russische Gewaltpolitik die englische Politik der Reformen und der offenen Tür verdrängt [149]). So wird die rechtswidrige Pachtung Kiautschous [150]) und die Beteiligung Deutschlands an der Niederwerfung des Boxeraufstandes [151]), besonders das Stellen des Oberbefehlshabers, das den ganzen Haß Chinas auf Deutschland konzentriert, ebenso verurteilt, als der Abschluß des Yangtsevertrags anerkannt wird, weil er die offene Tür verheißt und Deutschland China und England näher bringt [152]).

Für die deutsche Afrikapolitik als anderen Versuch der Schaffung eines deutschen Interessengebiets gilt prinzipiell dasselbe. Transvaal kam als wirtschaftliches Interessengebiet kaum, als politisches gar nicht in Frage, weil es zur englischen Interessensphäre gehörte [153]) und die Beziehung zu England der entscheidende Gesichtspunkt in der Beurteilung der Burenfrage bildete [154]). Um gleichzeitig der Sympathie für das Recht der unterdrückten Buren Ausdruck

---

[147]) So Vorw. 19. 3. 1897, 19. 3. 1898, 18. 2. 1902; nur großagrarische Interessen verhindern die Annäherung (ib. 10. 12. 1898); das Auftreten Deutschlands in Venezuela (ib. 19. 3. 1903) und die Hill-Affäre (ib. 1. 7. 1908) sind entsprechend zu verurteilen. Die Beziehung zu England bleibt der Partei doch noch wichtiger, wie bei Zollverhandlungen Bülows mit den U.S.A. deutlich wird (ib. 25. 2. 1906).

[148]) Japan als ausgezeichnetes Absatzgebiet mit zivilisatorisch äußerst tüchtiger Bevölkerung bei Liebknecht, Weltpolitik, Chinawirren und Transvaalkrieg, Berlin 1900. — Das englisch-japanische Bündnis wird als Niederlage Deutschlands empfunden (Vorw. 13. 2. 1902).

[149]) Liebknecht RT. 27. 4. 1898 und l. c. England will China zivilisatorisch und geistig erobern.

[150]) Vorw. 25. 10. 1897; Bebel RT. 19. 11. 1900, während die Schaffung eines Absatzmarktes nicht zu verurteilen ist (Bebel RT. 8. 2. 1898).

[151]) Vgl. die Debatte über Weltpolitik in Mainz 1900, die ganz unter dem Eindruck der »militärischen Ruhmsucht und chauvinistischen Leidenschaft« steht; Rosa Luxemburg verlangte Volksversammlungen, weil im RT. die Bedeutung der Wende des kapitalistischen Europas nicht genügend hervorzuheben sei.

[152]) Bebel RT. 19. 11. 1900; Vorw. 19. 10. 1900. Das Bündnis zwischen Japan und England wird als Schritt zur Garantierung des Status quo in Ostasien begrüßt (Vorw. 13. 2. 1902, 12. 8. 1905, Bebel RT. 7. 3. 1905).

[153]) Vorw. 12. 10. 1899. Aber das benachbarte deutsche Gebiet und das Leben deutscher Siedler muß bei dem Jamesoneinfall geschützt werden (Bebel RT. 13. 2. 1896).

[154]) S. o. (Recht der Intervention).

geben zu können, wird strengste Zurückhaltung Deutschlands in Südafrika verlangt, die auch durch eine Aufteilung Angolas zwischen England und Deutschland aufgegeben würde [155]; immerhin scheint es, daß im letzten Fall einem Machtzuwachs Deutschlands weniger Widerstand entgegengesetzt worden wäre [156].

In Marokko hat Deutschland dagegen sehr wohl wirtschaftliche Interessen zu wahren, die im Marokkoabkommen von 1909 einen gemäßen Ausdruck finden [157], während das englisch-französische Abkommen von 1904 eine Schädigung Deutschlands bedeutete [158], d. h. also wieder, daß wirtschaftliche und politische Interessen auf unmögliche Weise getrennt wurden und die realen Konsequenzen außer acht gelassen wurden [159]. Weil der Regierung selbst Annexionsabsichten fernliegen, besteht weitgehende Einigkeit mit ihrem Vorgehen; auch die Partei hält an der Erhaltung der Souveränität Marokkos fest, schon aus der Erwägung, daß ein französisches Marokko Deutschland die Gibraltarstraße und damit evtl. den Zugang zu seinen Kolonien versperrt [160]. Der prinzipielle Widerstand gegen die Kolonialpolitik wird so in den Jahren vor dem Krieg immer schwächer; in der Frage der Kongokompensation beschränkt sich die Opposition fast ganz auf die Armseligkeit des Erreichten [161]. Die für eine Agitation besonders geeigneten Ausdrucksformen wilhelminischer Politik, wie Krügertelegramm, Hunnenrede, Tangerreise und Panthersprung rücken dafür in den Mittelpunkt der Kritik, wobei beim Panthersprung die Agitation entsprechend der allgemeinen Entwicklung der Partei zur Gemäßigtheit bereits an Schärfe verloren hatte [162].

---

[155]) Bebel RT. 11./12. 12. 1900; Ledebour 5. 3. 1901.

[156]) Bebel fragte im RT. (l. c.) an, ob die Veröffentlichung des Vertrags unterblieben sei, weil Deutschland hereingefallen ist. Auch wurde 1911 in Jena ein Amendement Luxemburg-Zetkin abgelehnt, wonach auch jede auf dem Weg des diplomatischen Länderschachers erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands abzuweisen ist.

[157]) Vgl. Vorw. 10. 2. 1909; 7. 7.; 13. 8. 1911.

[158]) Bebel RT. 29. 3. 1905; Vorw. 26. 3. 1905. Auch die Partei trat also dem Abkommen erst ein Jahr später entgegen und hatte der Regierung nur die Art des Einspruchs vorzuwerfen.

[159]) Bebel sieht zwar (RT. 9. 11. 1911), daß der Vertrag Frankreich auch die Annexion als ein »politisches Interesse« ermöglicht und verlangte auf dem Parteitag 1911 die Aufrechterhaltung deutscher Interessen, aber ohne die Kernfragen zu berühren.

[160]) Bebel RT. 23. 3. 1908.

[161]) Vgl. Vorw. 7. 7. 1911 (Kompensation in Kamerun hätte mehr Chancen gehabt); Bebel RT. 9. 11. 1911; Radek, Liquidation der Marokkofrage, NZ. 1911/12 (30, 1). Bernstein: Mit einer Lösung, die Frankreich freie Hand in Marokko läßt, gegen ein bißchen Kongogebiet, kann die SPD. nicht zufrieden sein (Vorw. 13. 8. 1911).

[162]) Vgl. die Korrespondenz zwischen Parteivorstand und internationalem Büro, die von Luxemburg 1911 auf dem Parteitag veröffentlicht wurde. Am 2. 7. erfolgte der Panthersprung, am 29. 7. eine Kundgebung der Gewerkschaften und erst am 9. 8. ein Aufruf der Partei zu einer Protestaktion (vgl. Luxemburg, Vorw. 5. 8. 1911).

Die deutsche Interessenpolitik im Balkan und Orient begegnete von vornherein geringerem Widerstand, weil sie nach außen weniger kolonial-expansiven Charakter trug und sich in den Rahmen sozialdemokratischer Kontinentalpolitik einspannen ließ. Die Bebelschen Weltpolitikträume tauchen nur noch einmal auf[163]), aber die Theorie des Dammes gegen Rußland lebt weiter, wenn auch nun mit verändertem Vorzeichen, denn seit den Erfahrungen in der Kretafrage scheint der Opposition von beiden Flügeln[164]) die Türkei wegen ihres feudalen Regimes als Bollwerk gegen Rußland unmöglich und ihre Rolle wird auf die fortschrittlicheren aufstrebenden Balkanstaaten übertragen — seltsamerweise gerade zu der Zeit, in der sich die Regierung für die Türkei interessiert. Das Interesse der Partei an den Balkanstaaten erhält um diese Zeit eine neue Motivation in der Verherrlichung ihrer Autonomiebestrebungen, die sie an die Seite des unterdrückten Proletariats stellen[165]); den Gegensätzen zwischen diesen Staaten und zwischen Balkan- und andern Staaten wurde dabei ebensowenig Beachtung geschenkt, wie dem Gedanken, daß im Balkan sich die Gegensätze der großen europäischen Staaten untereinander konkretisieren können[166]).

Dem Ideal einer politisch-ökonomischen Expansion zum Imperium bleibt so der in sich hinreichend gefestigte Kontinentalstaat gegenübergestellt, der — politisch saturiert — nur als ökonomischer Interessent auf dem Weltmarkt auftreten will, d. h. die Partei bleibt in einer Zeit weltpolitischer Dynamik die eigentlich konservative Partei. In ihrer europäischen Orientierung mußte sie entsprechend Anschluß an die Mächte suchen, die den Weltmarkt auch politisch beherrschten, wobei England seiner außerpolitischen Macht und seiner innerpolitischen Verfassung nach am nächsten liegen mußte.

Der ostasiatische Dreibund von 1895 war auf die Dauer eine politische Unmöglichkeit und nur Ausdruck einer Inkonsequenz[167]), weil weder Frankreichs noch Rußlands Verhältnis zu Deutschland sich gebessert hatte, und höchstens Frankreich durch diese Politik England in die Arme getrieben wurde[168]). Nachdem auch durch die Annähe-

[163]) Liebknecht im RT. 27. 4. 1898: »Hätten wir Staatsmänner in Deutschland gehabt, so hätten wir überschüssige Kräfte nach den fruchtbaren Donauländern geschickt, das alte Oesterreich hätte sich vorgeschoben nach Süd und Ost und heute hätten **wir** das leitende Wort in Konstantinopel zu sprechen; dann hätten wir in Europa unser Indien gehabt, ... das wäre Weltpolitik gewesen.«

[164]) Bernstein, Vorw. 4. 3. 1897 (aber RT. 20. 3. 1903); Kautsky NZ. 1897; Luxemburg Vorw. 25. 11. 1896; sie wirft Liebknecht Festkleben an Marxscher Tradition vor. Den Vorteil hat in diesem Fall England, das eben damals Interesse an einer Zerbröckelung der Partei hatte.

[165]) Otto Bauer baut darauf später seine Theorie vom »Erwachen der geschichtslosen Nationen« auf.

[166]) Ueber die Orientfrage seit 1908 s. u.

[167]) Damals wurde zum erstenmal das spätere Schlagwort: »Zickzackkurs« gebraucht (Vorw. 23. 4. 1895). Vgl. Liebknecht RT. 3. 12. 1896.

[168]) Bebel hält zu dieser Zeit abwechselnd den Gegensatz zu Frankreich für überwunden und nicht (vgl. RT. 6. 3. 1899, aber 6. 6. 1900, ebenso 14. 8. 1902,

rung Italiens an Frankreich seit dem Sturze Crispis dem (ersten) Dreibund eine notwendige Voraussetzung genommen wurde [169]), blieb der Anschluß an England immer mehr ultima ratio der deutschen Außenpolitik; die ideologischen, politischen und nicht zumindest die wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Allianz ließen eine entgegengesetzte Politik fast wahnwitzig erscheinen [170]). Von der ersten Aeußerung wilhelminischer Politik an, von der Schwenkung zum Zweibund hin, über Krügerdepesche, Tangerreise, Veröffentlichung im »Daily Telegraph«, bei der erst die bürgerliche Opposition einsetzte, zum Panthersprung wird so die schärfste Kritik an der romantischen und prunksüchtigen Politik Wilhelms II. geübt, »der persönlichen Inkarnation der Nervosität in diesem nervösen Zeitalter« [171]); daß ein politisches Beamtentum ohne eigene Verantwortung die Aeußerungen des Kaisers deckt, wird mit gutem Blick als Kernpunkt erkannt [172]).

Im Abschluß der Entente cordiale zwischen England und Frankreich wurde jedoch viel weniger die Spitze gegen Deutschland als ein Sieg der Zivilisation durch Verbrüderung zweier großer Kulturnationen gesehen [173]). Durch die russische Revolution scheint nun noch Rußland als Bundesgenosse für lange Jahre auszuscheiden, eine »heilige Allianz« so endgültig unmöglich zu werden und der Anschluß Deutschlands an die Westmächte beinahe zwangsläufig bevorzustehen [174]).

---

aber Vorw. 27. 8. 1898); auch wartet er immer noch auf Rußlands Ueberfall auf die Ostseeprovinzen (RT. 6. 6. 1900). Vgl. auch seine Kritik der Aufnahme russischer Anleihen RT. 13. 2. 1896. Aber auch der offiziellen Parteimeinung erscheint das Verhältnis zu England jetzt wichtiger und aussichtsreicher als das zu Frankreich. Vgl. Vorw. 22. 4. 1895; 5. 1. 1896; 7. 7. 1897. Die staatspolitische Orientierung bleibt also weitgehend unbeeinflußt von der persönlichen Neigung, die immer mehr zur französischen als zur englischen Partei tendierte.

[169]) Der Vorwärts rechnete mit einem französisch-italienischen »Rückversicherungsvertrag« nach deutschem Vorbild (26. 1.; 28. 10. 1896; 3. 1. 1902; 9. 5. 1904). Bezeichnenderweise begrüßt die deutsche Partei den Anschluß Italiens an die westliche Zivilisation, während die italienische im Anschluß an den Zweibund Förderung der Reaktion sieht (Vorw. 28. 8. 1902).

[170]) Vgl. Bebel RT. 13. 2. 1896 über die Vorteile einer Verbindung der größten Land- und größten Seemacht und die Gefahr einer deutschen Isolierung, und ib. 10. 2. 1900: »Wenn aber der für mich undenkbare Fall, der unmöglichste Fall, der Deutschland je treffen könnte, eintreten sollte, daß Deutschland mit England in Zerwürfnis käme ...«

[171]) RT. 12. 1. 1899 (Bebel).

[172]) Vgl. Bebel 13. 2. 1896: »Wenn es bei uns Gebrauch werden sollte, daß in unsern auswärtigen Beziehungen über die Köpfe der Leitung der auswärtigen Politik hinweg oder sie dazu zwingend dergleichen Meinungsäußerungen stattfinden, dann sind wir keinen Tag sicher, daß wir nicht eines Morgens vor einer Katastrophe, vor einem Krieg stehen«, und RT. 14. 12. 1905: Hätte Bismarck an Bülows Stelle gestanden, so wäre entweder Wilhelm II. nicht nach Tanger gefahren oder Bismarck gegangen.

[173]) Vgl. Vorw. 26. 1. 1896; 26. 2. 1898; 13. 4. 1904; 17. 4. 1905; RT. 17. 3. 1914; Deutschland wird höchstens an schädlicher Expansionspolitik gehindert (Vorw. 17. 5. 1904; 24. 10. 1904).

[174]) RT. 5. 12. 1904 und 20. 3. 1905; Vorw. 9. 7. 1905.

Selbst als aus der »Demonstrationsreise« nach Tanger eine »Provokationsreise«[175]) wurde, die das englisch-französische Bündnis gerade nicht zu zerreißen vermochte, als in Rußland sich eine antideutsche Bourgeoisie erhob[176]) und aus der Schwäche des Zarismus wider alle Erwartung die Tripleentente hervorging[177]), fand man trotz der Ungunst der Lage für Deutschland darin keine Gefahr, weil England eine aggressive Absicht auch jetzt nicht zu unterschieben war[178]). So ist trotz der Isolierung Deutschlands weder der Friede noch die Stellung Deutschlands in ernstlicher Gefahr.

Die Jahre von 1908—1914 stehen auch für die Partei unter dem Zeichen der Balkanfrage. Daß die Partei an den Südosten Europas besonderes Interesse fesselt, zeigt sich — unter spezifischer Abwandlung ins Unpolitische — gleich bei Auftauchen des Projekts des Bahnbaues durch den Sandschak, der als »gesunde ökonomische Ausdehnung« Oesterreichs empfunden wird[179]). Aber über der weltpolitischen Intention steht jetzt beherrschend das Prinzip des Friedens, von dem aus die Tatsache der Annexion Bosniens verdammt werden mußte, auch wenn man einsah, daß es nur die äußere Dokumentierung einer längst bestehenden Realität war[180]), und von dem aus es nur eine Lösung der Balkanfrage gab, die völlige Autonomie der Balkanstaaten und ihr Zusammenschluß zu einer förderativen Balkanrepublik. Wie die Grenzen im einzelnen zu ziehen waren, stand noch nicht fest[181]), aber auf jeden Fall mußte Serbien durch einen Zugang zum Meere lebensfähig gemacht und befriedigt werden, weil es sonst ein fruchtbarer Boden für russische Hetzarbeit blieb[182]); ebenso hätte man 1908 der jungtürkischen Bewegung ganz anders entgegenkommen müssen[183]), und hätte in den Balkankriegen eine sehr einfache

---

[175]) Bebel RT. 29. 3. 1905 und 7. 12. 1905; vgl. Vorw. 17. 6. 1905 und 8. 3. 1906.

[176]) Aus vitalen Interessen wird sie nach den Ostseeprovinzen streben müssen (Bebel RT. 7. 12. 1905).

[177]) Nur Kautsky hatte 1899 auf die einsetzende Entspannung zwischen England und Rußland hingewiesen (NZ. 1899/1900 [18, 1], Krieg in Südafrika).

[178]) Vor allem, weil das saturierte England Interesse an einer Verständigung haben mußte (Vorw. 29. 7. 1908). Deutschland hatte auch durch sein Wettrüsten und seine Schutzzollpolitik diese Allianz selbst zustande gebracht (Vorw. 16. 6. 1908). Ebenso sprach die deutsch-russische Annäherung um diese Zeit (Björkö) für die Friedlichkeit des Bündnisses (Vorw. 29. 7. 1907 und 23. 12. 1906).

[179]) RT. 26. 3. 1908.

[180]) RT. 5. 12. 1908.

[181]) Alle optimistischen Hoffnungen wurden einer solchen Republik entgegengebracht: Herstellung der »natürlichen Grenzen« (RT. 15. 4. 1913), Ausschaltung aller Interessengegensätze und Lösung der Souveränitätsfragen, nichtaggressiver Charakter einer Republik (RT. 12. 6. 1913).

[182]) Vorw. 9. 10., 13. 10. 1908, 22. 2. 1909; RT. 2. 12. 1912 und 7. 4. 13.

[183]) Die bosnische Annexion in unmittelbarem Zusammenhang damit muß natürlich in jeder Hinsicht verdammt werden (RT. 29. 3. 1909). Sicher genießt

Lösung finden können: Autonomie Albaniens im Rahmen eines Balkanbundes [184]). Wie sich liberale und demokratische Tendenzen vereinigen, zeigt ein Vorschlag im ersten Balkankrieg, Oesterreich solle mit der neuen Balkanrepublik in immer engere Beziehungen treten, die in dem Zusammenschluß zu einer Eidgenossenschaft nach dem Muster der Schweiz gipfeln sollen [185]). Wo der Kern des Balkanproblems für Deutschland liegt, wird sehr klar erkannt: einerseits muß die Bündnispflicht gegenüber Oesterreich schärfer präzisiert werden, damit sie nicht jedes Annexionsgelüst der österreichisch-ungarischen Militärkamarilla deckt [186]), andrerseits muß Deutschland bei seinem Bundesgenossen durchsetzen, daß er die für den Weltfrieden notwendigste Reform durchführt, die Schaffung eines serbisch-kroatischen Staates innerhalb des österreichischen Reiches [187]).

Die Verwicklungen auf dem Balkan können an der europäischen Orientierung nichts ändern, vielmehr nur die besondere Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Westmächte erweisen. Da auch die wirtschaftlichen Gegensätze zu England, soweit sie anerkannt werden [188]), keinen hinreichenden Grund zu politischer Spannung geben, müssen die beiderseitigen Rüstungen immer sinnloser erscheinen und die Abrüstungsvorschläge der Partei immer dringlicher werden. Der nicht zu verkennende Gegensatz zwischen Deutschland und England und die — seit der zweiten Marokkokrise und der Verlegung des Schwerpunkts europäischer Politik nach dem Balkan — weniger offen zutage-

---

die jungtürkische Bewegung besondere Sympathie, weil nun der alten Turkophilie wieder Platz geschaffen wird (vgl. Vorw. 6. 10. 1908, RT. 5. 12. 1908).

[184]) Beschluß des internationalen Kongresses in Basel 1912. Vgl. Ledebour RT. 2. 12. 1912 und Wendel 15. 5. 1914.

[185]) Ledebour RT. 2. 12. 1912. Eine ähnliche versteckte Machtpolitik liegt etwa in der Bemerkung, daß Oesterreich sich Bosnien hätte so einverleiben müssen, daß dem Panslavismus in Serbien der Wind aus den Segeln genommen würde und Oesterreich das moralische Recht behielte.

[186]) Hier wird mit aller Schärfe darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, wer darüber entscheidet, wann ein vitales Interesse verletzt wird (Vorw. 7. 3. 1909; RT. 29. 3. 1909, 2./3. 12. 1912). Für die Sozialdemokratie hatte Oesterreich jedenfalls keine vitalen Interessen im Balkan zu verteidigen und Deutschland noch viel weniger (Vorw. 13. 10. 1908, 24. 5. 1909; 2. 10. 1912).

[187]) Z. B. Ledebour RT. 2. 12. 1912.

[188]) Bebel RT. 11. 11. 1911: »... Grund zum Neid vorhanden, aber daraus läßt sich doch kein Haß folgern.« Auch die Bagdadfrage läßt sich gütlich beilegen (Scheidemann RT. 30. 3. 1911) und auf dem Balkan hetzt wohl Rußland, nicht aber England (Vorw. 13. 10. 1908, 24. 2. 1909, 2. 10. 1912, 1. 6. 1913).

Nur die radikale Linke sieht einen prinzipiellen Gegensatz zu England, der die Flottenrüstungen erklärlich macht: Hilferding, NZ. 1910/11 (29, 2), Parteitag und auswärtige Politik; Radek ib., Neuer Marokkokurs (Einkreisungspolitik als Gegensatz des alternden englischen zum jungen deutschen Kapitalismus), Luxemburg NZ. 1907/08 (26, 2), offener Brief an Jaurès (Entente cordiale als Verbindung der heiligen Allianz der westeuropäischen Bourgeoisie mit der russischen konterrevolutionären).

liegende Spannung zwischen Deutschland und Frankreich [189]), hauptsächlich auch die immer steigende Intensivierung des sachlichen und persönlichen Einvernehmens zwischen der deutschen und französischen Sozialdemokratie [190]) lassen in den beiden letzten Jahren vor dem Krieg noch einmal die Forderung der Versöhnung mit Frankreich in den Mittelpunkt treten, zumal da bei eventuellem Ausbruch des Krieges die Entscheidung über die Beziehung zum benachbarten französischen Proletariat zuerst zu treffen war.

Aus dem Glauben an die schließliche Vereinigung der Westmächte und den weiteren Sieg der Zivilisation über alle Wühlereien im Balkan und alles Wettsrüsten der Mächte bleibt die Grundeinstellung der Partei bis kurz vor Ausbruch des Krieges [191]) doch optimistisch; den realen Hintergrund aber bildet der Glaube an die Kraft und die Unbesiegbarkeit [192]) des deutschen Staates.

Wird der orthodoxe marxistische Kritiker in der Haltung der Partei überall nur Verrat und Schwäche sehen — wie wir gesehen haben, nicht mit vollem Recht, weil die marxistische Theorie kaum eine Lösung der Souveränitätsfrage bietet — so muß die Würdigung vom Standpunkt des deutschen Staates zwiespältiger sein: die Bedeutung der auswärtigen Politik der SPD. als einziger Oppositionspartei in einem halbabsolutistischen Staat wird nicht unterschätzt werden dürfen; ihre oft treffende und berechtigte Kritik an der unzureichenden deutschen Vorkriegspolitik, sowie das Herausstellen der polaren Antithese einer in Ziel und Mittelwahl auf ausgeprägter Machtideologie aufgebauten Politik hat seinen notwendigen Platz im Aufbau eines deutschen Nationalstaates, um so mehr als der liberalen Ideologie der Partei zum mindest diskutable politische Orientierungen zugrunde lagen; auch die — teilweise gewollte — moralische Wirkung ihrer Politik auf das Ausland, insbesondere auf die westlichen Demokratien, wird gerade bei den Unterlassungsfehlern der offiziellen Politik nicht zu verkennen sein. Auf der andern Seite wird man es bedauern müssen, daß es der Partei nach dem Versagen der bürgerlichen Parteien nicht gelungen ist, die große Masse als historisch und im staat-

---

[189]) Vgl. etwa Vorw. 1. 11. 1913: Die deutsche Bourgeoisie steht in schärfstem Gegensatz zu England, nicht aber zu Frankreich. Die Revancheidee gilt noch 1913 beim Besuch Poincarés in London (Vorw. 27. 6.) als wirkungslos. Vgl. RT. 30. 3. 1911 (Interesse des Rentnerstaats Frankreich am Frieden).

[190]) Die sich entgegen den ersten Ansätzen der Entwicklung in einer Annäherung der deutschen Partei an die weniger radikale französische vollzog. Bekanntlich waren die Grenzen zur bürgerlichen Linken in dieser Frage schon ganz verwischt (Berner Konferenz, Mai 1913).

[191]) Eine genauere Untersuchung der Ereignisse unmittelbar vor dem Krieg und der Kriegsschuldfrage würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten, doch ist die Linie ja gezeichnet.

[192]) Vgl. RT. 30. 3. 1911, 24. 4. 1912, Hilferding NZ. l. c. (Einzigartigkeit der deutsch-österreichischen Militärmacht); Vorw. 27. 3. 1914 (zum mindesten Ungewißheit der Chancen für den Ausgang eines Krieges).

lichen Aufbau letztes und entscheidendes Glied der Staatswillensbildung zu einer eigentlich politischen, d. h. auf Realitäten und Gegensätzlichkeiten eingestellten Haltung zu bringen. Gerade in Zeiten der Umwälzung der Machtmittel ökonomisch-politischen Herrschaftsstrebens wäre eine solche Stabilisierung eines allzu großen Idealismus für den staatlichen Aufbau von unermeßlicher Bedeutung.

Internationale Uebereinkommen betreffend die Sozialversicherung.

Von

HANS FEHLINGER.

Die Bestrebungen auf internationale Angleichung des Arbeiterschutzes wurden von allem Anfang an nicht nur mit Ueberlegungen humanitärer Art, sondern auch mit wirtschaftlichen Erwägungen motiviert [1]. Viele Autoren suchten zu erweisen, daß unter dem Druck des wirtschaftlichen Wettbewerbs die sozialpolitisch fortschrittlichen Gemeinwesen in Nachteil gegenüber den rückständigen geraten können. Die Geltung des Wettbewerbsmotivs wurde allerdings auch bezweifelt und es wurde der Standpunkt vertreten, daß die gut ausgebaute Arbeiterschutzgesetzgebung eines Landes dessen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigte, ja sogar erhöhte, weil sie zur Ertüchtigung der Arbeitskraft beitrage. Selbst wenn es zutrifft, daß nationaler Arbeiterschutz ohne internationale Regelungen möglich und vorteilhaft ist, muß doch zugegeben werden, daß internationales Vorgehen die Durchführung weitgehender sozialer Reformen erleichtert.

Diese Einsicht war mit maßgebend für die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation und die von ihr in Angriff genommene internationale Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung.

Es ist zweifellos, daß der Arbeiterschutz Lasten für Staat und Wirtschaft mit sich bringt, die fühlbar werden, auch wenn man sie als produktive Lasten ansprechen darf. Besonders hinsichtlich der Sozialversicherung ist dies ohne weiteres klar und es ist zu begrüßen, daß die Internationale Arbeitsorganisation in den letzten Jahren ihr Augenmerk der Angleichung der bezüglichen Gesetzgebung zuwandte, die schließlich auch einen gewissen Lastenausgleich zur Folge haben muß.

Arbeitsrechtliche Beschlüsse, die internationale Grundsätze für die beiden wichtigsten Zweige der Sozialversicherung, nämlich die Unfall- und die Krankenversicherung enthalten, wurden erst von den Internationalen Arbeitskonferenzen in den Jahren 1925 und 1927 gefaßt.

---

[1]) Vgl. Häfner, Motive der Internationalen Sozialpolitik, Berlin 1922 Ver. wiss. Verleger (W. de Gruyter & Co.).

Das im Jahre 1925 beschlossene Uebereinkommen über Entschädigung von Betriebsunfällen gilt für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge aller Wirtschaftszweige mit Ausnahme der Landwirtschaft, Seeschiffahrt und Fischerei. Es enthält folgende wichtigste Grundsätze:

1. Den Verletzten oder ihren Hinterbliebenen ist Entschädigung zu zahlen; bei dauernder Erwerbsunfähigkeit oder Tod ist in der Regel eine Rente zu gewähren, die aber unter bestimmten Voraussetzungen ganz oder teilweise durch eine Abfindung abgelöst werden kann.

2. Hilflos gewordene Verletzte haben Anspruch auf Zusatzentschädigung.

3. Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers oder Versicherungsträgers ist die Zahlung der Entschädigung anderweitig durch die Gesetzgebung sicherzustellen.

4. Den Verletzten ist Anspruch auf Arzthilfe, Arznei, Körperersatzstücke usw. zu gewähren.

Bis jetzt haben dieses Uebereinkommen ratifiziert: Belgien, Lettland, Luxemburg, die Niederlande, Schweden, Ungarn und Jugoslawien.

Nachdem das Uebereinkommen nur Verpflichtungen gewissermaßen selbstverständlicher Art festlegt, wäre anzunehmen, daß ihm die Mehrzahl aller Länder beitreten können, ohne daß sie ihre Gesetzgebung wesentlich zu ändern brauchen.

In weitaus den meisten Ländern Europas ist durch Gesetz die Haftung für die Folgen von Betriebsunfällen der Gesamtheit der Betriebsunternehmer auferlegt, die gemeinsam die Lasten zu tragen haben. Teilweise ist diesen die Wahl des Versicherungsträgers freigestellt, in der Mehrheit der Staaten aber sind sie an bestimmte Versicherungsträger gebunden. In Großbritannien, manchen britischen Kolonien, den Vereinigten Staaten usw. wurde hingegen die Frage der Tragung der Lasten durchaus individualistisch gelöst; der Geschädigte kann sich dort ausschließlich an seinen Arbeitgeber halten. In Frankreich obliegt die Schadloshaltung des Geschädigten zwar ebenfalls dem einzelnen Arbeitgeber, doch kann im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers der Geschädigte die Bürgschaft eines durch Beiträge der Gesamtheit der Arbeitgeber gespeisten Sicherheitsfonds in Anspruch nehmen.

Mit dem Uebereinkommen von 1925 sind alle diese Systeme vereinbar, da es diesbezügliche Vorschriften nicht enthält. Ein Hindernis der Ratifikation des Uebereinkommens ist jedoch für eine erhebliche Zahl von Ländern die Ausschließung bestimmter Arten von Betrieben oder Berufen vom Geltungsbereich ihrer Gesetze.

Die Zahlung von Renten an die Unfallbetroffenen oder ihre Rechtsnachfolger ist gegenwärtig die Regel, die Zahlung von Abfindungsgeldern dagegen, die vor einigen Jahrzehnten noch vorherrschte, die Ausnahme. Leistungen beider Art richten sich gewöhnlich nach dem Arbeitsverdienst.

Die Gewährung einer höheren Entschädigung an Unfallverletzte, die fremder Hilfe bedürfen, ist in den meisten Gesetzen bereits vor-

gesehen, ebenso der Anspruch auf die in dem Uebereinkommen genannten Sachleistungen [2]).

Zur Ergänzung des Uebereinkommens nahm die Arbeitskonferenz von 1925 zwei Vorschläge für die Gesetzgebung an, die sich auf die Höhe der Entschädigung und die Spruchbehörden in Entschädigungssachen beziehen. Nach dem erstgenannten Vorschlag soll die Entschädigung im Falle des Todes oder der dauernden Arbeitsunfähigkeit wenigstens ⅔ des Jahresarbeitsverdienstes und bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit ⅔ des für die Entschädigungszwecke errechneten Grundlohnes betragen. Bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit ist ein entsprechender Teil der Vollrente zu zahlen. Die derzeit bestehenden Gesetze sehen für den Todesfall oder dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit Dauerrenten von 50—100% des Arbeitsverdienstes vor; Sätze von 60—70% sind am häufigsten.

Die Arbeitskonferenz von 1925 beschloß ferner einen Uebereinkommensentwurf, welcher die ratifizierenden Staaten verpflichtet, gewisse Berufskrankheiten bezüglich der Entschädigung den Betriebsunfällen gleichzustellen. Vorläufig sollen folgende Berufskrankheiten unter das Uebereinkommen fallen: Vergiftungen durch Blei, seine Verbindungen oder Zusammensetzungen, sowie unmittelbare Folgen dieser Vergiftungen; Vergiftungen durch Quecksilber, seine Verbindungen und Zusammensetzungen sowie unmittelbare Folgen dieser Vergiftungen; Verseuchung durch Milzbrand. Den Mitgliedstaaten bleibt es freigestellt, die Reihe der Krankheiten zu erweitern, die in Gemäßheit mit dem Uebereinkommensentwurf zu entschädigen sind. Beigetreten waren diesem Uebereinkommen bis Juli 1928 Belgien, Finnland, Großbritannien, Indien, Irland, Luxemburg, die Schweiz, Ungarn und Jugoslawien.

Ein weiteres Uebereinkommen von 1925 betrifft die Gleichbehandlung von Ausländern in der Unfallentschädigung. Es sieht vor, daß die ratifizierenden Staaten sich verpflichten, Angehörige irgendeines anderen Mitgliedstaates der Internationalen Arbeitsorganisation, der ebenfalls ratifiziert hat, wenn ihnen auf ihrem Gebiete ein Betriebsunfall zustößt, hinsichtlich der Unfallentschädigung die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen, wie ihren eigenen Staatsangehörigen. Diese Gleichbehandlung ist ohne Rücksicht auf den Wohnsitz zu gewähren. Ratifiziert haben das Uebereinkommen Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Lettland, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Schweden, Südafrika, die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien.

Die Arbeitskonferenz von 1921 verhandelte über die Frage der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Landwirtschaft und einigte sich auf einen Uebereinkommensentwurf, dessen wichtigste Bestimmung lautet, daß jeder ratifizierende Mitgliedstaat sich verpflichtet, seine Gesetze und Vorschriften über die Entschädigung der Arbeiter für Unfälle infolge der Arbeit oder gelegentlich der

[2]) Die Entschädigungen von Betriebsunfällen. Genf 1925. Internationales Arbeitsamt.



Arbeit auf alle landwirtschaftlichen Lohnarbeiter auszudehnen. Diesem Uebereinkommensentwurf sind bisher beigetreten: Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Polen und Schweden. — Ein Vorschlag für die Staatsgesetzgebungen, der von derselben Konferenz ausgeht, empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Vorschriften über Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung usw. auf die Arbeiter in der Landwirtschaft auszudehnen, und zwar unter den gleichen Bedingungen, die für die Arbeiter in Gewerbe- und Handelsbetrieben gelten.

Ein Uebereinkommen über die gewerbliche Krankenversicherung, das 1927 aufgestellt wurde, verpflichtet die Staaten, die es ratifizieren, in der Hauptsache zur Einhaltung folgender Punkte:

1. Pflichtversicherung der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge der Gewerbe- und Handelsunternehmungen, der Heimarbeiter und Hausgehilfen.

2. Gewährung eines Anspruches auf Krankengeld, Arztbehandlung und Heilmittel mindestens während der ersten 26 Wochen der Arbeitsunfähigkeit.

3. Durchführung der Versicherung durch selbstverwaltende Organe, an denen die Versicherten nach Maßgabe der Landesgesetze mitwirken.

4. Tragung der Kosten durch die Versicherten und ihre Arbeitgeber. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu gewähren bleibt den Landesgesetzen überlassen. Einschränkungen und Ausnahmen sind bei den meisten Punkten vorgesehen.

Ein zweites gleichlautendes Uebereinkommen hat auf die Landwirtschaft Bezug.

Ratifiziert wurden beide Uebereinkommen bisher erst von Deutschland, Luxemburg und Ungarn. In einigen anderen Ländern wurden Gesetzentwürfe, welche die Ratifikation bezwecken, den Parlamenten vorgelegt.

Die Gesetzgebung über die Krankenversicherung ist tatsächlich erst in wenigen Ländern so weit vorgeschritten, daß sie mit den Bestimmungen des Uebereinkommens völlig in Einklang steht. Das ergibt sich aus dem kürzlich vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Buch »Die obligatorische Krankenversicherung«. Daraus ist zu entnehmen, daß irgendeine obligatorische Versicherung gegen Krankheit gegenwärtig in 23 Ländern besteht. In manchen davon ist ihr Anwendungsbereich noch sehr beschränkt. In 18 Ländern erstreckt sie sich auf sämtliche Arbeitnehmer der Industrie und des Handels, in 11 Ländern unterstehen ihr auch die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die absolute Zahl der gegen Krankheit versicherten Personen, ohne ihre zum Bezug gewisser Leistungen berechtigten Familienmitglieder, ist mit rund 20 Millionen in Deutschland am größten; dann folgen Großbritannien mit etwa 10 Millionen, Rußland mit 8,8 Millionen, die Tschechoslowakei mit 2,7 Millionen, Oesterreich mit 2,3 Millionen, Polen mit 2,1 Millionen, Japan mit 2 Millionen und Ungarn und Rumänien mit je 1 Million. Die überwiegende Mehrzahl der Ver-

sicherten trifft auf Deutschland, das Gebiet der ehemaligen Habsburger Monarchie, sowie Großbritannien-Irland [3]).

Die Voraussetzungen für den Bezug des Krankengeldes, dessen Höhe und die Dauer des Bezuges sind in den einzelnen Ländern noch sehr verschieden. In 9 Ländern und 2 Schweizer Kantonen wird Krankengeld nur dann gewährt, wenn Beiträge für einen bestimmten Zeitabschnitt bezahlt worden sind. Das Ausmaß des Krankengeldes entspricht gewöhnlich einem Prozentsatz des Lohnes, und zwar in den meisten Fällen 50—66⅔%. Darüber hinaus gehen Chile, Lettland, Litauen (Höchstausmaß je 100%), Oesterreich (66⅔—80%), Ungarn (60—75%) und Rußland (100%, höchstens aber 7,50 Rubel am Tag). In festen Geldbeiträgen bemessen ist das Krankengeld in Großbritannien und Irland (Männer 15 sh, Frauen 12 sh wöchentlich), Bulgarien (12—30 Leva täglich, 1 Leva für jedes Kind), Portugal (0,06 bis 0,30 Escudos täglich, je nach Lohnstufe und Krankheitsdauer) und in 3 Schweizer Kantonen.

Das oben erwähnte Uebereinkommen enthält keine Bestimmungen über die Höhe des Krankengeldes. Ein zugleich beschlossener Vorschlag für die Staatsgesetzgebung empfiehlt die Bemessung des Krankengeldes nach der Lohnhöhe, doch soll in gewissen Fällen davon Abstand genommen werden können.

Die Bezugsdauer des Krankengeldes schwankt in den verschiedenen Ländern gewöhnlich zwischen 26 und 52 aufeinanderfolgenden oder nicht aufeinanderfolgenden Wochen. Ein Jahr währt sie in Oesterreich (bei weniger als 30wöchentlicher Mitgliedschaft 26 Wochen), der Tschechoslowakei, Ungarn und Portugal; 39 Wochen (in manchen Fällen 26 Wochen) in Polen, 9 Monate in Bulgarien. Die Gesetze von Rußland und Chile enthalten keine Befristung. Viele Gesetze ermächtigen die Versicherungsträger zu Mehrleistungen an Krankengeld.

Die zur Wiederherstellung der Gesundheit und zur Krankheitsvorbeugung gewährten Sachleistungen neigen in vielen Ländern bereits dazu, die Oberhand über die Barentschädigung zu gewinnen. Die Liste dieser Leistungen verlängert sich nach und nach überall. Wichtig sind die Aufwendungen für Personen, die zu Krankheiten neigen, und noch mehr der Kampf gegen die sozialen Krankheiten, der auf eine Hebung der allgemeinen Volksgesundheit abzielt.

Vom Freistaat Irland abgesehen geben alle Gesetze über Krankenversicherung dem Versicherten ein mehr oder weniger ausgedehntes Recht auf ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arzneien. Im allgemeinen ist die Gewährung von ärztlicher Hilfe an keine Bedingungen gebunden; der Anspruch darauf besteht vom ersten Krankheitstag an.

In die Aufbringung der Mittel teilen sich am häufigsten die Versicherten und deren Arbeitgeber; nur in einer Minderzahl der Länder nehmen auch der Staat oder die Gemeinden daran teil. Der Versichertenanteil beträgt zwei Drittel des Gesamtbeitrages in Deutschland, Elsaß-Lothringen, Italien (neue Provinzen), Luxemburg, Oesterreich

[3]) Seither ist die obligatorische Krankenversicherung auch in Frankreich allgemein eingeführt worden. Die Zahl der Versicherten beträgt hier 8,5 Millionen.

und in der nun zu Rumänien gehörigen Bukowina. Gleichgeteilt ist die Beitragsleistung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Estland, Frankreich (Bergarbeiter), Griechenland, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und einem Teil von Rumänien. Je ein Drittel des Beitrages wird von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat aufgebracht in Bulgarien, Lettland und Litauen. Auch in Chile, Norwegen und der Schweiz wird aus Staats-, bzw. Gemeindemitteln ein Teil des Beitrages beigesteuert. In Großbritannien und Irland wird aus Staatsmitteln ein bestimmter Zuschuß pro Versicherten gezahlt, auch beteiligt sich der Staat an den Versicherungsleistungen. Von diesen zwei Ländern abgesehen ist die Beteiligung des Staates an den Versicherungsleistungen unbedeutend.

In der Organisation der Versicherungsträger prägen sich nationale Unterschiede scharf aus. In Großbritannien z. B. wurde die Durchführung der Versicherung bereits vorhanden gewesenen Hilfsvereinen, Versicherungsgesellschaften, Gewerkschaften usw. übertragen. In Deutschland dagegen treffen mehr als sieben Zehntel der Versicherten auf Bezirkskassen und ein Viertel auf berufliche Kassen; Vereinskrankenkassen sind nur schwach entwickelt. Auch in den übrigen Ländern des festländischen Europa ist ein Anwachsen der Bezirkskassen zu verzeichnen. Weitgehend zusammengefaßt sind die Versicherungsträger in Bulgarien, Rußland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Der Staatsbetrieb besteht zur Zeit nur in Bulgarien und teilweise in Japan.

Es wird sicher noch manches Jahr verstreichen, ehe die Gesetzgebung über die Krankenversicherung auch nur in den europäischen Staaten allgemein den ohnehin bescheidenen Grundsätzen des internationalen Uebereinkommens angepaßt sein wird.

Ein von der ersten Internationalen Arbeitskonferenz (1919) beschlossener Vorschlag bezieht sich unter anderem auf die Arbeitslosenversicherung. Er empfiehlt den Staaten die Einführung einer wirksamen Arbeitslosenversicherung, sei es in Form einer staatlichen Einrichtung oder durch Förderung der Arbeitslosenkassen von Verbänden. Die Arbeitslosenversicherung der Seeleute hat ein Vorschlag der zweiten Arbeitskonferenz (1920) zum Gegenstand. Ein Uebereinkommensentwurf der gleichen Konferenz geht dahin, daß bei Verlust eines Schiffes durch Schiffbruch der Reeder oder derjenige, mit dem der Seemann einen Vertrag über seine Beschäftigung an Bord des Schiffes abgeschlossen hat, jedem auf diesem Schiffe beschäftigten Seemann eine Entschädigung für die Arbeitslosigkeit zu leisten hat, die infolge des Verlustes des Schiffes entsteht. Diesem Uebereinkommen sind bisher 10 Staaten beigetreten.

Es ist zu bemerken, daß die Uebereinkommensentwürfe die Herbeiführung in Form und Inhalt übereinstimmenden Vertragsrechts bezwecken. Sie werden für die Staaten durch den Beitritt wirksam, der in der Form der Ratifikation erfolgt, welche vom Generalsekretär des Völkerbundes einzutragen ist. Die Tatsache, daß die Vertreter einer Regierung bei der Beschlußfassung über einen Ent-

wurf dafür stimmten, bindet die Regierung selbst in keiner Weise. Die Entwürfe werden auch nicht von den Regierungsvertretern unterzeichnet, was sonst bei Vorbereitung internationalen Vertragsrechtes üblich ist.

Die Vorschläge für die Gesetzgebungen der Staaten wollen nicht formell gleichartiges, aber doch sachlich übereinstimmendes Arbeitsrecht anbahnen. Für die Durchführung ratifizierter Uebereinkommen sind die Mitgliedstaaten dem Völkerbund verantwortlich, für die Durchführung von Vorschlägen besteht eine solche Verantwortlichkeit nicht. Die Vorschläge beziehen sich zu einem großen Teil auf dieselben Gegenstände wie die Uebereinkommen und geben in diesen Fällen Richtlinien für die Regelung von Einzelheiten, die in die Uebereinkommen selbst aufzunehmen nicht ratsam erscheint. Andere Vorschläge wieder stellen selbständige arbeitsrechtliche Maßnahmen dar.

Neue Schriften zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung *).

Von

LUDWIG MISES.

Die Frage, ob innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung Wirtschaftsrechnung möglich ist, hat wieder eine Reihe von Schriftstellern beschäftigt.

Jakob Marschak [1]) versucht dem Problem in der Weise beizukommen, daß er die Wirtschaftsrechnung der auf dem Sondereigentum beruhenden Gesellschaftsordnung kritisiert. Die kapitalistische Wirtschaftsrechnung sei kein genauer Wertkalkül. Zu diesem sonderbaren Ergebnis gelangt Marschak dadurch, daß er aus der Monopoltheorie einige Theoreme herausgreift. Der Gedanke, daß an seinen Ausführungen doch irgend etwas nicht stimmen müsse und stimmen könne, da wir doch tatsächlich mit der Geldrechnung rechenhaft arbeiten, scheint Marschak nicht gekommen zu sein. Und ebensowenig scheint er sich die Frage vorgelegt zu haben, ob durch eine Kritik an der Wirtschaftsrechnung der kapitalistischen Gesellschaft irgend etwas zum Beweise der Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in einer sozialistischen Gesellschaft gewonnen werden könnte. Er befolgt einfach das Beispiel, das alle sozialistischen Autoren geben: möglichst wenig vom Sozialismus und möglichst viel von Unzulänglichkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu sprechen. Marschak sucht dann nachzuweisen, daß auch im Syndikalismus Wirtschaftsrechnung möglich ist. Das ist niemals bestritten worden, am wenigsten von mir. Aber das wissenschaftliche Problem, das zur Erörterung steht, ist eben: Wirtschaftsrechnung im sozialistischen, und nicht: Wirtschaftsrechnung im syndikalistischen Gemeinwesen. Der Behandlung dieses allein zur Erörterung gestellten Problems weicht Marschak jedoch in weitem Bogen aus und verschwendet seine Dialektik an Dinge, die mit ihm in gar keinem Zusammenhang stehen.

---

*) Vgl. meinen Artikel »Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung« (in diesem Archiv, 51. Band, S. 488—500).

[1]) Vgl. Marschak, Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Misesschen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung (in diesem Archiv, 51. Band, S. 501—520).

Otto Neurath hat wieder eine Schrift veröffentlicht, die sich mit der Naturalrechnung befaßt [2]). In dieser Schrift wiederholt Neurath seinen schon oft vorgetragenen Glauben an die Naturalrechnung, ein Glauben, mit dem er, wie man feststellen kann, denn doch allein steht. Auch Neurath zieht es vor, von vielen anderen Dingen lieber zu sprechen als von der Naturalrechnung, begreiflicherweise, da er zur Lösung des Problems, wie Aepfel und Birnen addiert werden können, nichts Neues zu bieten vermag. Es ist natürlich richtig, daß man auch, wie Neurath feststellt, ohne Zuhilfenahme des Geldes zwei konkrete Teilmengen verschiedenartiger Güter miteinander vergleichen und die eine als wertvoller, die andere als weniger wertvoll bezeichnen kann. Das ist niemals bestritten worden, hat aber mit der Frage, wie man zu einer rechnerischen Zusammenfassung und Gegenüberstellung von Mengen verschiedenartiger Sachgüter und Dienstleistungen gelangen kann, nicht das geringste zu tun.

Im Gegensatz zu Neurath gelangt Horn [3]) in seiner Arbeit über die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft zu dem Ergebnis: »Kapitalistische Rechnungsweise, durch das Geld generalisierte Vermögensmacht eines Unternehmens als Mittel zur Feststellung eines Nutzens, eines Geldertrags, wird auch eine mehr gemeinwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsverfassung aufweisen müssen, wenn sie auf ökonomisches Verhalten Wert legt. So aufgefaßt ist der Kapitalismus unabänderlich und unvergänglich allen Umwälzungen und Sozialisierungen trotzend, weil Urform der Wirtschaft.«

Die kleine, aber außerordentlich instruktive Schrift, die ein Russe, Boris Brutzkus, über die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution veröffentlicht hat, verdient ganz besondere Beachtung [4]). Die Schrift von Brutzkus wurde bereits im Jahre 1922 in russischer Sprache veröffentlicht und führte dazu, daß der Verfasser von der Tscheka eingekerkert und schließlich aus Rußland ausgewiesen wurde. Nun erscheint die Arbeit auch in deutscher Uebersetzung. Auf 90 Seiten werden hier alle Fragen der sozialistischen Gesellschaftsordnung behandelt, wobei auch das zentrale Problem des Sozialismus, die Wert- und Wirtschaftsrechnung, eine eingehende Bearbeitung findet. Die Schrift von Brutzkus knüpft da an die mißglückten Versuche von Tschajanow, Strumilin und Varga an, die sich unmittelbar nach der ersten Veröffentlichung meiner Abhandlung über »die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« bemüht haben, ein System sozialistischer Rechnungslegung zu finden [5]). Diese Diskussion, führt

---

[2]) Vgl. Otto Neurath, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Von der sozialistischen Lebensordnung und vom kommenden Menschen. Berlin, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., 1925.

[3]) Vgl. Erich Horn, Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft. Eine wirtschaftstheoretische Untersuchung über die Durchführbarkeit des Sozialismus. Halberstadt, H. Meyers Buchdruckerei, 1928, S. 60 f.

[4]) Vgl. Boris Brutzkus, Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution. Berlin, Verlag Hermann Sack, 1928.

[5]) Ueber diese Diskussion vgl. in diesem Archiv, 51. Band, S. 496.

Brutzkus aus, habe zur Erkenntnis geführt, daß ohne Wertrechnung ein rationelles Wirtschaftsgebaren unter einem wie immer gearteten Wirtschaftssystem gänzlich unmöglich sei. Da Varga und Strumilin neuerdings die Arbeit zum Wertmaßstab proklamiert haben, untersucht Brutzkus auch das grundsätzliche Problem der Arbeitswertrechnung und gelangt zu dem Ergebnis, daß die Tatsache, daß die Produktion stets ein Zusammenwirken dreier Faktoren: der Arbeit, des Kapitals und der Natur darstellt, ihre Bedeutung auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung behält und sich nicht ignorieren läßt. Der Arbeitskostenkalkül könne also keine irgendwie brauchbaren Hinweise über die größere oder geringere Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen liefern. Damit ist auch die Aufstellung eines einheitlichen Arbeitsplanes, die der tragende Gedanke des Marxismus ist, unmöglich. »Somit ist das sozialistische Gemeinwesen selbst mit dem ganzen Rüstzeug der wissenschaftlichen Theorie und eines statistischen Riesenapparates nicht imstande, den Bedarf seiner Bürger zu ermessen, nicht imstande, ihn abzuwägen und daher auch nicht in der Lage, der Produktion die erforderlichen Direktiven zu geben". Die sozialistische Wirtschaft ermangle daher „eines Mechanismus zur Koordinierung jeder einzelnen Produktion mit der Volkswirtschaft.«

Die Arbeit von Brutzkus ist die erste und bisher einzige wissenschaftliche Publikation, die sich mit den Problemen des russischen Sowjetstaates grundsätzlich befaßt. Alle anderen Arbeiten sind deskriptiver Natur, wobei die Darstellung der Tatsachen meist darunter leidet, daß sie durch kritiklosen Haß gegen das Sowjetprinzip und, viel öfter noch, durch seine kritiklose Verhimmelung getrübt wird. Hier zum ersten Male begegnet uns eine Schrift, die nicht pikante und sensationelle Einzelheiten über die russischen Zustände mit mehr oder weniger Geschick und reklamehafter Aufmachung bringt, sondern auf die Probleme des Sozialismus wissenschaftlich eingeht. Aus der Flut von wertlosen Publikationen über Rußland, die uns der Büchermarkt Tag für Tag bringt, ragt die Arbeit von Brutzkus als ein Werk unvoreingenommenen wissenschaftlichen Denkens hervor.

Man kann heute bereits ein abschließendes Urteil über die sozialistische Literatur des Jahrzehnts fällen, das auf die unvergleichlichen politischen Erfolge des kompromißlosen Sozialismus, die mit der russischen Revolution einsetzten, gefolgt ist. Ein dem Sozialismus sehr freundlich gesinnter Autor, Cassau, hat (in der zum 80. Geburtstag Lujo Brentanos herausgegebenen Festschrift) vom proletarischen Sozialismus gesagt, alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts wären an seiner Ideologie vorübergegangen, ohne sie zu beeinflussen. Diese Ideologie habe kaum jemals soviel Ausbaumöglichkeiten gehabt und sei kaum jemals so steril gewesen wie in der Blütezeit der Sozialisierungsdebatten. Dieses Urteil klingt sehr hart, doch es gilt ohne jede Einschränkung von der gesamten Literatur des Sozialismus, nicht bloß von der des marxistischen oder — wie man ihn heute mitunter zu benennen pflegt — proletarischen Sozialismus.

Adolf Weber faßt in seiner eben erschienenen »Allgemeinen

Volkswirtschaftslehre« das Ergebnis der unserem Problem gewidmeten Erörterungen in folgender Weise zusammen: »Fragen wir nun aber weiter, wie das Ziel, die sozialistische Wirtschaft, auf Grund der ernsten Gedankenarbeit, die sich in der neuesten Zeit damit befaßt hat, aussehen muß, so lassen sich, falls man am Rationalprinzip festhalten will, immer drei wichtige Voraussetzungen machen, die heute wohl allgemein anerkannt werden: 1. Der Wettbewerb der Verbraucher läßt sich nicht umgehen. Ganz abgesehen von der psychologischen Unmöglichkeit, an Stelle des freien Verbrauches irgendeine Verbrauchsschablone zwangsweise festzusetzen, spricht dagegen, daß erst bei freier Konkurrenz der Käufer auf Grund der sich dabei bildenden Marktpreise angegeben werden kann, wie sich eine Erweiterung oder Verengerung der Produktion — und damit muß von Zeit zu Zeit jede denkbare Wirtschaftsordnung rechnen — in der Ordnung des Güterbedarfes auswirkt. 2. Ohne Geldrechnung kann es keine Rentabilitätsrechnung in der Volkswirtschaft geben, kein Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, um aus der komplizierten Arbeitsteilung eine rationelle Arbeitsgemeinschaft zu gestalten. Es ist zu dem Zwecke notwendig, daß nicht nur für das Fertigprodukt, sondern auch für alle vorbereitenden Stadien, insbesondere aber für die knappen Produktionselemente Arbeit und Kapital ein Preis sich bildet. 3. . . . .« [6]).

Man wird diesen Ausführungen Webers kaum irgend etwas entgegensetzen können.

---

[6]) Vgl. Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. München und Leipzig, Duncker & Humblot, S. 485 f.

Veränderungen der englischen Wirtschaft und Sozialverfassung an Hand neuerer Literatur.

Von

HERMANN LEVY.

1. Factors in Industrial and Commercial Effiency. Part. I. London. 1927.
2. Factors in Industrial and Commercial Efficiency. Part. II. London. 1928.
3. Patrick Fitzgerald. Industrial Combination in England. 2. Aufl. 1927. London (Sir I. Pitman and Sons).
4. Lord (Sir Alfred) Mond. Industry and Politics. London. 1927. Macmillan.
5. Survey of Industrial Relations. Committee on Trade and Industry. London. 1926.
6. Dr.-Ing. W. Müller, Englands Industrie am Scheidewege. Berlin. 1928 (Vdi-Verlag).
7. Dr. Charlotte Leubuscher, Liberalismus und Protektionismus. Jena. 1927 (G. Fischer).
8. Dr. Erich Obst, England, Europa und die Welt. Berlin. 1926 (Verlag Vowinkel).
9. F. W. Hirst, Safeguarding and Protection. With a Preface by Sir Hugh Bell. London. 1926.
10. Britains Industrial Future. Report of the Liberal Industrial Enquiry. London. 1928 (Ernest Benn. Lmtd.).

I.

Der schon vor 1914 erkennbare Wandel der englischen Wirtschaft und Sozialverfassung zu einer immer stärkeren Hinneigung zur Organisierung, sei es durch staatliches und kommunales Eingreifen, sei es durch Zusammenschluß der Unternehmer, durch Genossenschaften oder die organisatorische Regelung des Arbeitsverhältnisses hat in der Nachkriegszeit außerordentliche Fortschritte gemacht. Die englische Wirtschaft und Sozialverfassung *hat sich in den letzten 15 Jahren um ein weiteres, gewaltiges Stück von der individualistisch-liberalistischen Struktur ihrer Verfassung*, die in der Zeit von 1850 bis etwa 1900 ihre Höhepunkte erreicht hatte, *fortbewegt*. Diese Wandlung gehört sicherlich zu den interessantesten Erscheinungen der heutigen englischen Wirtschaft

und Sozialpolitik. Wer von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß individualistische (entfaltungsmäßige) und organisatorische (ordnende) Tendenzen in der Wirtschaftsentwicklung nichts Feststehendes sind, sondern daß sie, miteinander in Wechselbeziehungen stehend, lediglich bald stärker, bald schwächer dem Charakter der jeweiligen Wirtschaftsverfassung entsprechen, wird nicht von einer »Ueberwindung« des Induvidualismus noch von dem »Siege« des sozialen Staates sprechen und sonst dergleichen Phrasen im Hinblick auf solche Wandlungen anwenden. Er wird vielmehr zu erkennen suchen, welche Elemente des Vergangenen in der Gesamtentwicklung der Gegenwart wiederkehren, welche wirklich neuen Momente eingesetzt haben und inwieweit eine Synthese beider möglich geworden ist; auf diese Weise erst wird der Versuch gemacht werden können, ohne Ueberschätzung des »Neuen« die Gesamtlinie der Entwicklung klarzulegen, welche sich in der Regel niemals in völligen Extremen zu bewegen pflegt. Es sei dies hier besonders im Hinblick darauf betont, daß vieles, was uns heute an der englischen Wirtschaft und Sozialverfassung als »neue Errungenschaft« anmuten könnte, durchaus noch nicht so ausstabilisiert erscheint, daß man von abgeschlossenen Tatsachen sprechen dürfte. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben vielmehr viele Entwicklungen, wie gerade heute an Hand der einschlägigen Literatur zu erkennen ist, forciert und beschleunigt. Die starke Fortentwicklung der industriellen Monopolorganisationen der Unternehmer ist z. B. gerade in England durch die Kriegsorganisationen, welche einen Zusammenschluß bedingten, gesteigert worden, während in der Nachkriegszeit diese Entwicklung nicht unerhebliche Rückschläge erlebt hat. Ebenso haben sich in letzter Zeit Enttäuschungen auf dem Gebiete der Whitley Councils und der Gewinnbeteiligung der Arbeiter ergeben. Wissenschaftliche Skepsis gegenüber der Standhaftigkeit und Allgemeingültigkeit vieler hier als Momente einer Wandlung zu besprechenden Tatsachen ist also vonnöten.

Dieser Vorbehalt sei einer Betrachtung der organisatorischen und wirtschaftspolitischen Veränderungen des heutigen Englands vorausgeschickt, wie wir sie hier an Hand zwar nicht der vollständigen, aber der wichtigsten Literatur vornehmen wollen.

II.

Die englische Oefffentlichkeit hat es besser als die unsrige. Sie wird in einer Weise über wirtschaftliche Geschehnisse unterrichtet, die ihresgleichen in der Welt sucht. Dies bewiesen von neuem die ausgezeichneten Berichte des Committee on Industry and Trade — es sind bisher fünf Bände erschienen —, welche die Ergebnisse amtlicher Enqueten und Untersuchungen in systematischer, klarer und verständlicher Weise wiedergeben. Vergeblich warten wir, daß die Enquetekommission uns derartige Gut-

achten beschere, die überdies noch den Vorzug der Billigkeit haben. Es ist immer noch ein Privileg der englischen Politik, daß man etwas für die Durchdringung der Gesamtheit mit wirtschaftlicher Erkenntnis tut. Das beweisen diese fünf Berichte von neuem.

Bezüglich der Wandlungen der englischen Industrieverfassung verdienen vor allem die Bände 3 und 4 dieses Enqueteausschusses von 1927 und 1928 besondere Beachtung, die sich mit »Factors in Industrial and Commercial Efficiency« befassen. Diese beiden Bände enthalten eine Fülle von Material aus allen Sparten industrieller Organisationsfragen und Organisationsvorgänge. Der erste Band enthält die interessantesten Darlegungen in den Abschnitten über die »Struktur der Industrie«, den Fortschritt der Standardisierung, die sogenannte »Researchbewegung«, die Lage des Handwerks und des Kunsthandwerkes und über verschiedene staatliche Nachkriegsmaßnahmen zur Ueberwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Es ist von erheblichem Wert, daß bezüglich der Bildung von Trusts und Kartellen dieser Band die etwas summarischen Veröffentlichungen des Report on Trusts vom Jahre 1919 in vollem Umfange bestätigt und ergänzt. In dem zweiten Bande wird dann unter anderem ein besonderes Kapitel der Frage der Ueberkapitalisierung gewidmet, welche übrigens zu denjenigen Momenten gehört, welche von trustgegnerischer Seite in England hauptsächlich gegen dieselben ins Feld geführt werden. Im übrigen befaßt sich der zweite Band des Berichts mit Fragen der Erzeugungskosten, den Ergebnissen des Dritten Industriezensus, den Problemen der Beweglichkeit großer Industrien, dem Konjunkturproblem, der amtlichen Statistik und anderem. Aus beiden Berichten wird der Leser außerordentlich wertvolle Beispiele für die heutige aktive Stellungnahme des Staates gegenüber den Industrieproblemen entdecken. Schon die starken Bestrebungen zur Erweiterung der Standardspezifikationen, die ganze, wesentlich von staatlicher Hilfe oder Förderung durchdrungene Researchbewegung sind typische Beispiele. Bis zum Jahre 1926 hatten sich nach dem Muster des sogenannten Government Scheme 26 Research Associations gebildet. Heute gibt es kaum eine bedeutende englische Industrie mehr, in welcher sich nicht eine Research Association gebildet hat. Die wissenschaftliche Durchdringung, die die einsichtigen Engländer schon so lange ihren Landleuten gepredigt hatten — z. B. noch in dem amtlichen Bericht von 1918 Industrial and Commercial Policy after the War —, hat Riesenfortschritte gemacht, obschon das Department of Scientific and Industrial Research erst im Dezember 1916 gegründet worden ist. Es ist interessant, festzustellen, daß die bisher vorliegenden Schlußfolgerungen dieser Berichte (ein endgültiges Urteil soll erst nach Abschluß der ganzen Serie erfolgen) Wert darauf legen, zu betonen, daß bei aller Anerkennung der staatlichen und behördlichen sowie verbandsmäßig-organisatorischen Versuche, die englische Industrie neuzugestalten, die Frage des

»persönlichen Elementes« nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Auf S. 66 des ersten Berichtes heißt es im Anschluß an diese Mahnung: »In Zeiten nationaler Gefahr oder des Uebergangs können die Grenzen, welche der staatlichen Tätigkeit zur Ermunterung der Industrie gesetzt sind, sich wesentlich von denjenigen unterscheiden, welche normalen und dauernden Vorbedingungen der Wirtschaft angemessen sind; Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Unternehmungslust, welche wohl geeignet sein können, eine nützliche Entwicklung in ihren Anfängen zu fördern, können unnötig und sogar schädlich werden, wenn diese Entwicklung zu einer gewissen Reife gelangt ist.«

Eine besondere Frage dieses Gebietes ist naturgemäß das Kartell- und Trustproblem. Hier hat Patrick Fitzgerald in seinem Buche »Industrial Combination in England« neues beachtliches Material geliefert. Er hat sich schon seit Jahren als Redaktionsmitglied des »Statist« mit der Frage der monopolistischen Organisation der englischen Industrie befaßt, die sein Blatt in einer längeren Artikelserie behandelte; ein Zeichen für die Aufmerksamkeit, welche seine neue Arbeit erregte, ist die Tatsache, daß die zweite Auflage kaum ein Jahr auf sich warten ließ. Fitzgerald ist kein Theoretiker. Er beschreibt die vorhandenen Monopolorganisationen gründlich und sachlich, und wir lernen vor allem die Tatsache, daß es in den großen Krisenjahren nach 1920 den alten englischen Kartellen und Trusts, die zum Teil schon vor 1900 begründet wurden, weit besser gegangen ist als denjenigen neueren Datums, die zum Teil Kinder der Gründerzeit waren, welche nach 1918 eine kurze Zeitlang in der englischen Industrie bemerkbar gewesen ist. Als Parallelerscheinung wird von Fitzgerald dankenswerterweise die Entwicklung der Konzentrationsbewegung im englischen Bankwesen (big five) und im Verkehrsgewerbe mitbehandelt. Zu dieser Arbeit wiederum liefert der obengenannte zweite Band über »Efficiency«, wie schon angedeutet wurde, in dem Abschnitt über Ueberkapitalisierung eine interessanteErgänzung. Freilich erstreckt sich die heutige Ueberkapitalisierung in der englischen Industrie durchaus nicht etwa nur auf Fusionsgründungen. Im Gegenteil, man findet sie vornehmlich in Zweigen der Textilbranche, welche nicht vertrustet oder kartelliert sind, nämlich in den gewöhnlichen Baumwollspinnereien von Lancshire. Der Bericht kann nicht umhin, in scharfer Weise die Machenschaften von »Gründern und Finanzspekulanten« zu geißeln, welche diese Ueberkapitalisierung herbeigeführt und damit die heute so schwere Lage der englischen Spinnerei zumindest verstärkt haben.

Einen beachtenswerten Beitrag zu den Strukturproblemen der heutigen englischen Großindustrie, freilich zu einem großen Teil vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers gesehen, liefert das Buch Lord (Sir Alfred) Monds über Industrie und Politik. Es handelt sich in der Mehrzahl der Kapitel um eine Sammlung von Aufsätzen und Reden. Lord Mond hat gewiß ein

besonderes Recht, über diese Themen zu sprechen. Er vereinigt die praktischen Kenntnisse, die er schon als junger Mann in den Werken seines Vaters (Brunner, Mond and Co) gesammelt hat und heute im englischen Chemietrust weiter betätigt, mit einer intimen Kenntnis des politischen Lebens Englands, das er sowohl als Liberaler wie neuerdings als Mitglied der konservativen Partei lange Jahre hindurch studieren konnte. Im Zusammenhang mit der ganzen Entwicklung der englischen Wirtschaftspolitik nach der Seite der Staatseinmischung hin ist gerade die Gestalt Monds insofern charakteristisch, als ihn die bodenreformerischen Vorschläge der Liberalen und Radikalen zum Konservativen gemacht haben, obschon anzunehmen ist, daß die neue Staatsauffassung auf diesem Gebiete nicht das einzige gewesen ist, was ihn mit dem Liberalismus entzweite (vgl. The Land Question und Why I joined the Conservatives). Wir begegnen im übrigen in dem Mondschen Buche denselben Problemen, welche in der vorgenannten Enquete an prominenter Stelle behandelt werden. Ein ganzes Kapitel handelt von der Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie, ein anderes über Industrial Research, es reihen sich Kapitel über die Kohlenwirtschaft (Fuel Technology), und die Rationalisierung der Industrie an. Man spürt auch hier die Auseinandersetzung mit den neuen »organisatorischen« Tendenzen. Die Sätze der Einleitung (S. 12) sind bezeichnend: »Die alte industrielle Revolution muß durch eine neue ersetzt werden. Die alte industrielle Revolution war das Zeitalter des Dampfes und die Anwendung von Kraft auf die Erzeugung. Die neue industrielle Revolution, in der wir schon mitten drin stehen, wird das Zeitalter der Organisationsmaschinerie werden.«

III.

Was die Berichte über Commercial and Industrial Efficiency für die Erkenntnis der industriellen Strukturprobleme sind, ist der zweite Band des Committee on Industry and Trade für die Probleme von Arbeit und Armut. Seit dem berühmt gewordenen Minority Report der Poor Law Commission von 1909 ist wohl kaum ein gleich bedeutendes amtliches Dokument über die soziale Frage erschienen. Dieser Bericht nennt sich »Survey of Industrial Relations«. Einleitende Kapitel dieses Berichtes handeln von Bevölkerungs- und Lohnfragen, ein Schlußkapitel gibt wichtiges statistisches Material. Die in der Mitte liegenden drei Kapitel sind die aufschlußreichsten und anregendsten; sie behandeln die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitslosigkeit und vorhandene Organisationen des Schlichtungs- und Schiedswesens. Man wird nicht umhin können, nach einigem Studium dieser Arbeit von einer »Neugestaltung des englischen Arbeitsverhältnisses« zu sprechen. Die Zeiten, in welchen ausschließlich die Frage Lohn und Arbeitszeit im Vordergrund standen, sind vorüber. Heute und besonders nach Abschluß des Krieges hat sich der Radius derjenigen Fragen,

welche im Brennpunkt des Interesses stehen über Lohn und Arbeitszeit weit hinausgeschoben; das ganze Arbeitsverhältnis wird von den Problemen einer Organisation, sei es mit oder ohne staatliche Einmischung, erfaßt. Was die Lohnfrage angeht, so stehen die Probleme der Lohndifferenz in den sogenannten »sheltered-industries«, das heißt den vor ausländischer Konkurrenz geschützten Industrien (z. B. Transportgewerbe, Bäckerei, Gasthausgewerbe usw.) und den ungeschützten, ferner die Erweiterung und Sicherstellung der Minimallöhne (Trade Boards Acts, Cavebericht von 1922) im Vordergrund der Diskussion; die Arbeitszeitfrage bietet, nachdem sich ohne besondere Legalisierung die 48 Stunden-Woche in England durchgesetzt hat, kein besonderes Moment des Interesses, es sei denn im Kohlenbergbau, in welchem bekanntlich die Arbeitszeit nach dem Kriege unter 8 Stunden herabgegangen ist und dann wieder erhöht wurde, ohne daß hier eine endgültige, zufriedenstellende Festlegung erreicht zu sein scheint. Während natürlich ein jeder Leser auch in den Abschnitten über die Lohnfrage vieles von ergänzender Wichtigkeit finden wird (vgl. z. B. den Bericht über Lohnskalen), so sind doch andere Teile des Werkes von stärkerer Anziehungskraft. Zur Frage der Psychophysik der Arbeit liefert zum Beispiel das, was über die Tätigkeit des Industrial Fatigue Research Board (errichtet 1918) gesagt wird, interessante Beiträge, ferner ist die Erörterung des Welfare Movement, der privaten sowohl wie der staatlichen Wohlfahrtsbewegung von besonderem Wert. Hier wird der Workmans Compensation Act von 1923, die Wirksamkeit der Welfare Orders (Anordnungen über Heizung, Sitzgelegenheiten, Mahlzeiten, Ambulanzen, Ruheräume usw.), die Erweiterung der Fabrikinspektion, Tätigkeit der beiden großen Wohlfahrtsorganisationen, der Industrial Welfare Society und der Institution of Welfare Workers, erörtert.

Aber sicherlich der bedeutsamste und aufschlußreichste Abschnitt ist derjenige über die Negotiation.

Die ganze neue, erst seit dem Kriege entstandene »englische« Betriebsratsverfassung kreist immer wieder um das Ziel, die Streitigkeiten, welche trotz aller sozialen und sozialpolitischen Fortschritte, sich nicht vermindert haben in ihren Keimen abzutöten. So hat sich ein ganzes Gewebe, neuartig und noch nicht bis zur Vollendung durchgeführt, von Einrichtungen und Organisationen um den Arbeitsvertrag herumgelegt. Die Betriebsräte in den Fabriken, nach ihrem Anreger Whitley Councils genannt, bilden gewissermaßen die erste Zelle, der sich dann Distriktsräte — district councils —, dann Joint Industrial Councils überordnen. Diese Organisationen sind naturgemäß in die »machinery of negotiation« hineinverflochten, für welche wiederum der Industrial Courts Act von 1919 der gesetzgeberische Ausgangspunkt geworden ist. Die Behandlung dieser Schlichtungsämter (Industrial Court, Court of Enquiry) ist von besondrem Werte, zumal da den einzelnen Zweigen, in welchen

die Verhandlungsmaschinerie tätig gewesen ist und noch ist, besondere Abschnitte gewidmet werden (Kohle, Eisen, Baumwolle, chemische Industrie, Eisenbahnen, elektrische Industrie, Schiffahrt). Man kann heute freilich nicht von einem unbedingten und ungehemmten »Fortschritt« dieser Einrichtungen sprechen. Es hat nicht an Zusammenbrüchen von Councils gefehlt. Die Ursachen liegen zum Teil in Organisationsfehlern, zum Teil in der immer noch bestehenden Schwierigkeit, die oft nicht harmonierenden Interessen und Forderungen der dezentralisierenden Distrikt-Councils und Betriebsräte der Fabriken mit denen der Spitzenkommission in Einklang zu bringen. Aber auch bezüglich der Betriebsräte kann man nicht von einem unbedingten Fortschritt sprechen. Nach den Angaben des Berichtes lösen sich zahlreiche Betriebsräte wieder auf, während Neubildungen nicht in gleichem Umfange hinzukommen. Als Ursache wird angegeben, daß die Betriebsräte in engem Zusammenhang mit gewissen Kriegs- und Nachkriegserscheinungen in den Fabriken standen, deren Ueberwachung oder Begrenzung heute nicht mehr in Frage kommt. Bezüglich der Schlichtung selbst steht der Bericht trotz des Beispiels Deutschlands und Australiens auf dem Standpunkt, daß die Hilfe des Staates keinem Zwange gleich kommen dürfe. Auf S. 48 heißt es ausdrücklich: »Durch die ganze englische Praxis zieht sich das System der Freiwilligkeit. Während des Krieges aufgehoben, ist es sofort wieder hergestellt worden.« Aehnlich wie bei den Betriebsräten hat auch die Entwicklung der Gewinnbeteiligung, auf die eine Zeitlang große Hoffnungen gesetzt wurden, nicht durchweg angehalten. Als in den Jahren 1919 und 1920 nicht weniger als 101 derartige Versuche ins Leben gerufen wurden, bestand bezüglich der Fortentwicklung des Labour-Copartnership großer Optimismus. Aber die folgenden Krisenjahre brachten schwere Rückschläge. Dabei ist zu beachten, daß die Gewerkvereine (Trade Union Congress von 1923) sich durchaus nicht auf die Seite dieser Bewegung gestellt, sie zum Teil sogar desavouiert haben.

Das Problem der Arbeitslosigkeit und der Armut ist gegenüber der erfreulichen Breite, mit welcher von dem Bericht on Industrial Relations die den Arbeitsvertrag und die Arbeitsstreitigkeiten betreffenden Fragen behandelt werden, etwas kurz weggekommen. Man hat den Eindruck, daß es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, dieses brennendste Problem der sozialen Lage Englands in einem gesonderten Bericht zu behandeln. Inzwischen ist eine Neuregelung durch den Unemployment Insurance Act 1927 eingetreten, der im April 1928 in Kraft getreten ist. Auch das neue Gewerkvereinsgesetz von 1927, das sich als Auswirkung des Kohlenstreiks dokumentiert, hat die Ergebnisse des Berichtes in manchem überholt. Es ist deshalb begrüßenswert, daß eine im Jahre 1928 von Prof. W. Müller verfaßte Arbeit über »Englands Industrie am Scheidewege« (eine sozial- und wirtschaftspolitische Reisestudie) die Darstellungen des amtlichen Berichtes nach

mancher Richtung hin ergänzt. Eine solche Ergänzung bildet unter anderm auch seine Darstellung des privaten Wohlfahrtswesens, der Safety-First-Bewegung, des Copartnership und der Gewinnbeteiligung. Die Arbeit dieses in erster Linie nach der technischen Seite hin bewanderten Beschauers der englischen Wirtschaft ist, soweit sie sich auf das Referierende beschränkt, vortrefflich. Vor seinen nationalökonomischen und soziologischen Kenntnissen aber bekommt man eine gelinde Angst. So z. B., wenn auf S. 8 an Hand der generellen Einfuhrstatistik behauptet wird, daß es unberechtigt von England sei, Deutschland als überschwemmende Konkurrenz zu bezeichnen, während »der größte Konkurrent in den Vereinigten Staaten zu suchen« sei. Dies aus einer Statistik zu folgern, welche amerikanische Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhren nach England von deutschen Halbzeug- und Fabrikateinfuhren nicht differenziert, ist ein erstaunlicher Mißgriff. Ebenso seltsam mutet es an, wenn der Verfasser auf S. 179 erklärt, daß »die deutsche Wirtschaft in nach Tausenden zählenden Kartellen, Syndikaten und Verbänden organisiert sei, und damit dem freien Spiel der Kräfte eine starke Fessel anlege, während in Amerika der freie wirtschaftliche Wettbewerb bestehe«; man versteht nicht, wie der Verfasser, welcher das Amerika der Trusts gut kennt und die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit dort selbst studiert hat, zu solchen Thesen gelangen konnte; sie erklären sich leider aus dem Bestreben, der sachlich gut bearbeiteten Materie besonders geistvolle Hypothesen abringen zu wollen. Je mehr man die gerade heute recht komplizierten Entwicklungen des sozialen Gefüges der englischen Wirtschaft beobachtet, um so mehr sollte man zu der Erkenntnis gelangen, daß hier noch so viele widerstreitende Kräfte im Kampfe miteinanderstehen, daß Folgerungen, die den Anspruch auf Festlegung haben könnten, nur mit größter Vorsicht zu ziehen sind. Das eine läßt sich sagen: daß seit 1914 und besonders nach 1918 die Durchorganisierung des gesamten Arbeitsverhältnisses, zum Teil unter direkter, zum Teil unter ergänzender Mithilfe des Staates vorgeschritten ist. Ob diese Entwicklung, die sich zunächst in der Schaffung einer Fülle von neuen organisatorischen Gebilden wie Aemtern, Ausschüssen vorübergehender und permanenter Art, verbandlichen Zusammenfassungen vom Betriebe zum Distrikt und zur Gesamtbranche, zahlreichen Schieds- und Schlichtungsstellen und einer Reihe neuer »Bewegungen« äußert, von Dauer oder durchweg von Dauer sein wird und inwieweit sie nach Abklingen der Nachkriegszeit die Struktur der englischen Sozialverfassung weiteren Wandlungen unterwerfen wird, das wird man weder heute noch morgen mit gutem Gewissen sagen können.

IV.

Merkwürdigerweise gelten ähnlich skeptische Gesichtspunkte auch für die Veränderungen der englischen Handelspolitik. Es ist durchaus nicht unberechtigt, zunächst einmal zu

fragen: ist England von heute noch freihändlerisch oder ist es bereits unter die Schutzzolländer zu rechnen ? Der später von uns noch zu erörternde Witrschaftsbericht der Liberalen Partei vom Frühjahr 1928, Britains Industrial Future, scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß die heute bestehenden Zölle, die auf Grund des Safeguarding of Industries Act und des White Paper vom 3. Februar 1925 bestehen, noch keineswegs die englische Handelspolitik als allgemein schutzzöllnerisch charakterisieren; er schreibt auf S. 54: »Unser Markt ist in der Hauptsache noch frei. Denn im ganzen unterliegen nur 3% unsrer Einfuhr (Werteinfuhr) Schutzzöllen«. Freilich seien die vorhandenen Zölle der Ausdruck des »verrücktesten Zolltarifs« der Welt. Die Auffassung der Liberalen ist nicht einwandfrei. Denn auch hier — ähnlich wie im Falle des Müllerschen Buches — kommt es auf die »Art« der Einfuhr an. Man kann den Standpunkt vertreten, daß im Rahmen der überhaupt zunächst in England »möglichen« Zölle, nämlich des Zollschutzes auf Fabrikate, die Anzahl der heute bestehenden Zölle durchaus nicht gering ist. Diese Betrachtung wäre auch Frl. Dr. Charlotte Leubuscher zu empfehlen gewesen, welche sich ebenfalls am Schluß ihres Buches im Zweifel darüber zu befinden scheint, ob man sich in England nun eigentlich schon in einer Schutzzolläramitten drin befindet oder nicht. Ihre Ansicht ist: »Keine der bisherigen protektionistischen Abbiegungen erscheint für sich genommen bedeutend genug, daß ihnen erhebliches Gewicht im Sinne einer wirtschaftlichen Umgestaltung beigelegt zu werden braucht. Bei vielen Maßnahmen ist der Charakter der Uebergangszeit deutlich erkennbar, sei es, daß sie als Residuum aus dem Arsenal der Kriegswirtschaft in die Friedenszeit hinüberragen, sei es, daß sie als außerordentliches Mittel zur Ueberbrückung der Wirtschaftskrisis ergriffen oder durch anormale Verhältnisse — besonders die Währungswirren — im Auslande ausgelöst sind.«

Diese etwas vorsichtig zu beurteilende Bemerkung Dr. Leubuschers darf uns aber nicht hindern, gerade ihrer Arbeit unumwundene Anerkennung zu zollen. Die Verfasserin hat sich mit ihrem »Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege« ein wirkliches und bleibendes Verdienst geschaffen. Vor allem interessiert an dem Buche, daß es sich keineswegs auf den bloßen handelspolitischen Protektionismus beschränkt. Die Arbeit behandelt vielmehr jenen weitergreifenden Protektionismus, der — heute zunächst — charakteristischer für die veränderte Stellung des englischen Staates zur Wirtschaft erscheint als die bloße Zollpolitik. Dahin gehört die heutige Kapitalbeschaffungs- und Kapitalanlagepolitik Englands, hier wieder einmal die unmittelbare Hilfe des Staates bei der Kapitalbeschaffung und zweitens eine nur protektionistische Beeinflussung des Kapitalmarktes. Zu 1. gehört die allgemeine Kredithilfe, wie sie vor allen in den Exports Credits Scheme und den Trade Facili-

ties Acts inauguriert worden ist, zweitens die eigentlichen Subventionen an einzelne Wirtschaftszweige; es kommen in Frage der Rübenzuckerbau, dessen Einbürgerung ja schon seit langem ein Ziel gewisser englischer Wirtschaftskreise war; ferner die Frage der Subsidierung des englischen Kohlenbergbaues, die heute als überwunden gelten kann. Zu der von Lord Mond aufgeworfenen Frage, ob man nicht die Arbeitslosenunterstützung mit staatlicher Hilfe in eine Unterstützung von Unternehmungen umwandeln solle, welche Arbeitslose beschäftigen — also die Arbeitslosenunterstützung von einem »Almosen« zu einer »produktiven« Leistung umwandeln solle —, nimmt ebenfalls Dr. Leubuscher eingehend in diesem Zusammenhang Stellung; man vergleiche hierbei ihre Ausführungen mit denen Monds selbst in seinem oben erwähnten Buche »Industry and Politics«. Den zweiten Abschnitt dieses nichtzollpolitischen Protektionismus bildet die Frage der protektionistischen Beeinflussung des Kapitalmarktes mit besonderer Berücksichtigung der Frage, ob es der englische Staat weiter zulassen kann, daß ausleihbare Kapitalien sich lediglich an die »besten« Märkte wenden und ob es weiter möglich ist, die Bevorzugung der kolonialen Geldnehmer aufrechtzuerhalten. Auch hier macht sich eine Strömung geltend, angesichts der gegenüber der Vorkriegszeit stark veränderten Verhältnisse (man vergleiche die starke Veränderung der Ueberschüsse aus der Zahlungsbilanz, besonders im Jahre 1926!), die Verwendung der Anleihekapitalien stärker dem Inlande zu reservieren. C. K. Hobson und J. M. Keynes werden von der Verfasserin mit freilich zum Teil noch etwas schüchternen Aeußerungen als Zeugen für eine solche Strömung herangezogen. Aus solchen und anderen Stimmen »geht hervor, daß in der Nachkriegssituation der englischen Wirtschaft starke Momente auf eine protektionistische Kontrolle auch der Kapitalbewegung hindrängen.«

Zwei Schriften, welche den Einblick in die heutige handelspolitische Situation Englands vertiefen können, seien noch erwähnt. Erstens die Arbeit von Prof. Erich Obst, »England, Europa und die Welt«, welche besonders im Hinblick auf die gut durchgeführte Behandlung der materiellen Unterlagen der heutigen englischen Ein- und Ausfuhrwirtschaft wertvoll ist (es werden behandelt: die Nahrungsmittelversorgung und die Genußmittelversorgung, die Textil- und Lederindustrie, die Bergwerks- und Hüttenindustrie, Maschinen- und Schiffsbau, chemische und Gummiindustrie). Freilich sieht Obst, da er ein bestimmtes Ziel vor Augen hat: »nicht England-Europa-Uebrige Welt«, sondern »England und Europa-Uebrige Welt«, die Lage der englischen Industrie und ihrer Verfassung vielfach zu trübe; besonders die inzwischen veröffentlichten Berichte über Industrial Efficiency dürften ihn belehrt haben, daß die technisch-wirtschaftliche Organisation nicht so im argen ist,

wie er annehmen möchte. Aber, wenn man von diesen Färbungen der Schrift absieht, so ergibt sich ein rundes und sachliches Bild von der heutigen Lage Englands und den Veränderungen derselben seit 1914. Eine zweite Schrift, die noch erwähnt werden soll, ist diejenige von Francis W. Hirst, dem früheren langjährigen Herausgeber des Economist, die sich Safeguarding and Protection betitelt. Sie ist mit einem Vorwort des alten Freihandelsvorkämpfers Sir Hugh Bell versehen, der als Führer der englischen Eisenindustrie ein besonders reiches Wissen industrieller Vorgänge in England aufweist. Die Schrift wäre vielleicht in vielen Bestandteilen von derjenigen Dr. Leubuschers überholt, wenn nicht die Kapitel V und VI besondere Einblicke in die Art des Verfahrens gewähren würden, welches bei der Dekretierung von Zöllen heute üblich geworden ist und welches nach Hirst in der Tat recht befremdlich anmutet. Man wird eigentlich schon ohne diese besonderen Belege sich rein theoretisch sagen können, daß es einigermaßen schwierig ist, Zölle auf Grund der Wünsche der Interessenten zu erlassen, während man andererseits sich gewissermaßen verpflichtet hat, strenge »Objektivität« bezüglich der einzelnen einzusetzenden Zölle walten zu lassen. Wo ein allgemeines Prinzip des Schutzzolls fehlt, kann man ja eigentlich weder das eine noch das andere. Entweder man wird völlig Unbefangene befragen müssen, die dann von der Sache »nichts verstehen«, oder man wird sich an die »Interessenten« selbst halten müssen, die dann selbstverständlich mit ihren egoistischen Wünschen nicht zurückhalten werden. Berichtet doch z. B. Hirst von dem Fall einer Deputation schutzzollsuchender Fabrikanten, welche im März 1925 den englischen Handelsminister aufsuchten, um ihn zu veranlassen, daß die Ausschüsse von Persönlichkeiten gebildet werden sollten, welche »der Sache des Antragstellers Sympathie entgegenbrächten« und daß man »Importeuren und Kaufleuten« das Erscheinen nicht erlauben solle, da es sich doch um eine Maßnahme zum Schutze der »Arbeit« handle. Man kommt, wenn man dergleichen erfährt, zu der Auffassung, daß eben auch für das Schutzzollsystem — gleichviel welchen Wert man ihm beimißt —, ein wirtschaftspolitischer Apparat nötig ist, welchen die Engländer, wenn sie sich wirklich entschließen sollten, mit dem Freihandel zu brechen, erst organisieren müßten, um dann nicht in der Tat den »most crasy tariff« in der Welt zu besitzen. Für diejenigen, welche sich für diese spezielle Wirkungen der heutigen englischen Zölle — freilich von freihändlerischer Warte gesehen — interessieren, leistet die englische Monatsschrift der Free Trade Union »The Free Trader« gute Dienste.

V.

Aus der von uns hier besprochenen Literatur geht durchweg hervor, wie sehr sich das englische Wirtschafts- und Sozialleben

seit dem Beginn des Weltkrieges mit Veränderungen durchsetzt hat und wie sehr diese Wandlungen heute noch im Werden sind. Charakteristisch ist ihnen allen, ob man den Schutzzoll oder die Frage der Arbeitsorganisation, das Schlichtungswesen oder die Trustorganisation, die Welfare- oder die Researchbewegung herausgreift, das stärkere Eingreifen des Staates, die stärkere Tendenz zur Organisation, das Verlassen der individualistischen Linie zugunsten einer systematisch durchorganisierten Verfassung mit Hilfe von Staat, Kommunen und Verbänden. Wie steht zu dieser Entwicklung die englische Oeffentlichkeit, wie die Parteien? Wenn man auch in den aufgezeigten neuen Tendenzen starke materielle Strömungen und Triebkräfte erblickt, ohne eine gewaltige Veränderung der wirtschaftspolitischen Ideologien werden sie nicht tragfähig bleiben, selbst wenn man annimt, daß sie teilweise stark genug sind, neue Ideologien zu schaffen.

Eine Stellungnahme zu diesen Veränderungen liegt vor. Es ist der schon erwähnte Wirtschaftsbericht der Liberalen Partei, den wir nicht als Ganzes würdigen können, dessen sozialpolitischen Einstellung aber als Ergänzung der genannten Literatur man nicht übersehen darf. Dieses »Britains Industrial Future« ist ein Werk von unbedingt bleibender Bedeutung[1]). Es ist die Auseinandersetzung eines vom Manchesterum lange entfernten, aufgeklärten Liberalismus mit den Fragen der Staats- und Verbandseinmischung, die seine Vorfahren auf das Bitterste bekämpft haben. Der englische Liberalismus hat endlich das Wort genommen, um klar und eindeutig zu erklären, wie er sich zu den organisatorischen Veränderungen der Gegenwart stellt. Er hält nach wie vor am Freihandel fest. Er bekämpft heute Schutzzölle stärker als je, weil sie den notwendigen Unterbau einer weltwirtschaftlichen Wiederanbahnung der Handelsbeziehungen immer wieder erschüttern. Er bekämpft vor allem das Prinzip der S. O. I.-Gesetzgebung, weil man mit dem Argumente, jede Industrie sei zu schützen, die teurer arbeite als das Ausland, den Handel der Welt überhaupt zerstören muß. Andererseits erkennt der Bericht die Notwendigkeit der organisatorischen Veränderungen der englischen Wirtschaft und Sozialpolitik an. Er begreift in den industriellen Monopolorganisationen Gebilde, welche nicht nur darauf abzielen, die Preise zu erhöhen, sondern welche wirtschaftlich-technische Verbesserungen mit sich bringen können. Er erkennt die Wichtigkeit der Betriebsräte und der Schlichtungsorganisationen an. Er stellt sich selbstverständlich auf die Seite der Gesetze, welche den Arbeiter vor den Folgen der Arbeitslosigkeit, der Krankheit und Invalidität schützen. Er bekämpft die altenglische Auffassung, welche Armut als selbstverschuldet ansah und dementsprechend behandelte. Aber er stellt den Grundsatz auf, daß im Rahmen aller dieser notwendigen Veränderungen,

[1]) Näheres über diesen Bericht findet der Leser in der Besprechung von Dr. F. Heyer in diesem Archiv, Bd. 59, H. 3, S. 623 ff.

welche staatliches, verbandliches, organisatorisches Eingreifen bedingen, spezifische Grundsätze des Liberalismus, soweit es geht, gewahrt bleiben sollten. Nach wie vor und trotz aller zentralistischen Tendenzen, welche die neuen Formen der englischen Wirtschaft mit sich bringen müssen (man denke an die neuen Ministerien, zu denen die Liberal Enquiry ein weiteres für die Industrie hinzugefügt sehen möchte), bleibt das Prinzip der Dezentralisierung ein »Ideal«, weil es »die Verantwortlichkeit des einzelnen näher an die Handlung selbst verlegt und nicht eine Kette von Zwischenstufen dazwischenschiebt.« Der englische Liberalismus will ferner die Empirie des Wirtschaftslebens, wie sie durch die Konkurrenz der Individuen gegeben ist und eine Stoßkraft des Fortschritts bedeutet, nicht vertilgt wissen. Drittens wünscht er nicht, daß die »Methode« den endgültigen Sieg über den einzelnen und sein zunächst unmethodisch scheinendes Vorgehen davontrage. Aber er bleibt sich bewußt, daß die Durchführung aller solcher Grundsätze nicht an Schemen gebunden sein darf. So ist das alte »Familien«-Geschäft, einst ein Glanz individualistischer Industrie, auch nach der Ansicht des liberalen Berichtes heute schon deshalb veraltet, weil Tüchtigkeit sich nicht »vererben« läßt. Die Pflege individualer Unternehmertüchtigkeit liegt heute auf anderen Gebieten. Andererseits tritt der Bericht für eine größere Beweglichkeit der Arbeiter gegenüber den bindenden Beschränkungen der Trade Unions ein und erklärt sich mit dem neuen Arbeitslosengesetz einverstanden, welches den Arbeiter veranlaßt, auch solche Arbeit in der Arbeitslosigkeit anzunehmen, welche nicht in seiner unmittelbaren Berufssphäre liegt. Als ganzes bietet der Bericht eine überaus wertvolle Erläuterung zu der Abgrenzungsmöglichkeit und Abgrenzungsnotwendigkeit, welche durch eine allzu einseitige Bestärkung der Veränderungen in der englischen Wirtschaft jeder Zeit gegeben sein kann. Es würde oberflächlich sein, die »moderne« Richtung der englischen Wirtschaft mit ihren Gegensätzen zu der alten individualistisch-wettbewerblich-privatwirtschaftlichen Denkweise einfach als eine »Errungenschaft« für alle Zeiten zu betrachten. Der liberale Wirtschaftsbericht sieht die Veränderungen der Organisation auf dem monumentalen Hintergrund der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung. Er vermag die Geschichte der englischen Wirtschaft nicht, wie man es neuerdings in der wirtschaftshistorisch gewiß sehr wertvollen Arbeit Brentanos erlebt, lediglich als eine Aufeinanderfolge schlechter und guter Gesetze, schlechter und guter Einrichtungen, schlechter und guter Einfälle zu betrachten. Es ist vielmehr ein Zeichen für die hohe Gedanklichkeit dieses Berichtes, daß er die Entwicklung des Organisatorischen in seiner Anwendbarkeit auf die Praxis von der jeweiligen Entwicklung und Eigenart des Wohlstandes abhängig sieht. So dürfte er zu den Ausführungen Brentanos auf S. 580—582 von Bd. III der »Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands« in einem recht scharfen Wider-

spruch bezüglich der Gewerkvereinsfrage stehen. Während Brentano in dem von den Trade Unions nach dem Kriege und trotz der, für sie ungünstigen, Kriegszeit Erreichten »Triumphe« sieht und die außerordentliche Verstärkung der Solidarität der Gewerkvereine lebhaft begrüßt, hat der liberale Bericht eine etwas andere Linie der Betrachtung eingeschlagen. Er glaubt an Hand historischer und statistischer Betrachtungen (vgl. vor allem S. 184 ff.) auf einen anderen Zusammenhang der Dinge aufmerksam machen zu müssen: »Niemand bezweifelt, daß der ständige Druck der Gewerkvereine wesentlich dazu beigetragen hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihnen nicht nur in Form von höheren Löhnen, sondern auch in größerer Muße und in besserer Vorsorge gegenüber Unsicherheit einen größeren Anteil am Gesamtwohlstand der Nation zu gewährleisten. Aber die höheren Löhne sind nicht in erster Linie, ja nicht einmal hauptsächlich, der Tätigkeit der Trade Unions zu danken. Diese hätten sehr wenig erreichen können, wenn der Reichtum der Nation nicht gewachsen wäre; die grundlegende Voraussetzung des Steigens der Löhne war ein Anwachsen der Leistungsfähigkeit in der Erzeugung unseres Reichtums.« Und weiter heißt es: »Als unsre Produktivkraft sich rasch steigerte und unsre Märkte sich erweiterten, stiegen auch die Löhne rapide, obschon die Gewerkvereine damals noch schwach waren; als unsere Fortschritte sich verlangsamten und unsre Märkte sich einengten, stiegen die Löhne nur langsam weiter, ja sie blieben stationär, wie stark auch der Tradunionismus sein mochte.« Diese Auffassung dürfte weite Kreise auch über das Inselreich hinaus interessieren. Wie denn überhaupt der ganze liberale Bericht als eine besondere Einstellung gegenüber den Veränderungen in der englischen Wirtschaft und Sozialpolitik von besonderem Werte bleibt. Es wäre zu wünschen, daß sowohl die Konservativen wie die Arbeiterpartei zu den großen Fragen der Wandlungen, die wir hier skizziert haben, eine ebenso offenherzig und ehrlich niedergelegte Stellungnahme veröffentlichen würden.

LITERATUR-ANZEIGER.

I. Sozial-, Kultur- und Rechtsphilosophie.

II. Soziologie und Sozialgeschichte.

Sartorius von Waltershausen, A.: Weltwirtschaft und Weltanschauung. Jena, G. Fischer, 1927. 172 S. Preis brosch. M. 9.—.

Es ist gewiß anerkennenswert, wenn der Versuch gemacht wird, den Begriff der Weltwirtschaft zu vertiefen. Da man sich trotz der fortschreitenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens immer stärker zu der Erkenntnis bekennen wird, daß es Wirtschafts»gesetze« völlig neuer Art, die sich auf die Weltwirtschaft beziehen, nicht gibt, vielmehr diese nur einen neuen Bedürfniskomplex mit einem neuen Wirtschaftsträger darstellt, so wird man gerade eine begriffliche Durchleuchtung des Wesens der Weltwirtschaft nach der soziologischen Seite hin dankbar begrüßen. Denn von hier aus gesehen gibt es neue Gesichtspunkte. Das vorliegende Buch strebt solche Betrachtungen an. Es setzt die Probleme »Individualismus« und »Sozialismus« in eine besondere Beziehung zu dem Begriff der Weltwirtschaft und gipfelt in der Herausarbeitung einer sogenannten »Soziologie der gegliederten Totalität«. Dieser Begriff wird an Hand der Lehrmeinungen sowohl von Philosophen wie von Nationalökonomen und Soziologen deutlich gemacht. Es ergibt sich nach dem Verfasser eine besondere Wechselwirkung zwischen dem logisch-begrifflich vorhandenen Zuerstdasein des »Ganzen«, der darauf erfolgenden besonderen Einstellung der noch vorhandenen Glieder zueinander und der Rückwirkung wiederum dieser Neueinstellung auf das frühere Ganze. Diese Ausführungen, besonders weil durch eine Kenntnis der zahlreichen Lehrmeinungen unterstützt, sind interessant. Dagegen versandet der Verfasser in seinem zweiten Teile — der prak-

tischen Seite seiner Ausführungen — völlig. Er will seine Ganzheittheorien auf das Heute anwenden und verfällt hierbei in das schlimmste Phrasentum. Von einer Ausscheidung von »feststehenden« Werturteilen aus der Nationalökonomie will er anscheinend nichts wissen. Er stellt den Grundsatz auf: »Diejenige staatlich geordnete Verkehrswirtschaft steht am höchsten (!!), die, indem sie das Streben nach Selbständigkeit und Vielseitigkeit nicht einen Augenblick vernachlässigt, ihre Ausfuhrqualität in ihr Ganzes richtig (!) eingegliedert hat.« Hier und an andern Stellen wird mit subjektiven Postulaten nicht gegeizt. Die Schrift nimmt schließlich im besten Falle den Charakter einer volkstümlichen Propagandaschrift an, ruft sogar die Erinnerungen an 1914 herbei, »als Deutschland von seinen Feinden überfallen wurde, als Kaiser Wilhelm der Volksmasse im Schloß zurufen konnte, daß er keine Parteien mehr kenne« usw. und beschwört das deutsche Volk, das »politisch fast erdrosselt, wirtschaftlich ausgesogen, kulturell zu Boden geworfen (!)« sei, zur Einheit. Mit Wissenschaft hat das nichts mehr zu tun. Schade nur, daß man noch immer solche feuilletonistischen Darlegungen in wissenschaftlich angelegten Büchern entdeckt.

(Hermann Levy.)

Sorokin, Pitirim: Die Soziologie der Revolution. Uebersetzt von Kaßpohl. München, J. F. Lehmanns Verlag, 1928.

Selten wohl nur tritt der zwiespältige Charakter einer bestimmten Leistung sofort mit einer derartigen Plastizität in die Erscheinung wie bei der von Major a. D. Dr. Hans Kaßpohl ins Deutsche übertragenen, und mit einer Einleitung versehenen »Soziologie der Revolution« des früheren Petersburger, jetzt Minnesotaer Professors Pitirim Sorokin. Der Titel des Werkes läßt auf eine in die distanzierte Sphäre wissenschaftlicher Betrachtung gerückte Untersuchung schließen; hinter der abstoßend häßlichen Umschlagszeichnung jedoch, die die vertierten, zugleich rohen und stumpfen Züge eines russischen Revolutionärs zeigt, vermutet man ein Pamphlet gegen die Revolution. Und zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Darstellung, und zwar in einer ziemlich scharf gegeneinander abgrenzbaren Weise: der erste Abschnitt des Buches (Teil 1—2) entspricht, von einigen Ausführungen abgesehen, der Titelzeichnung, der zweite (Teil 3—5) der wissenschaftlichen Ueberschrift.

Was den ersten Abschnitt anbelangt, läßt sich seine Quintessenz dahin zusammenfassen, daß die Revolution den potenziertesten Ausdruck alles nur denkbar Argen bedeutet: es gibt kein Verbrechen, das in der Revolution nicht begangen wird, kein Laster, das in ihr nicht zur vollsten Entfaltung gelangt; sie bahnt eine »Biologisierung« des sozialen Zusammenlebens, ein Zurückfallen der Gesellschaft in längst überwundene Tierheitszustände an.

Die Möglichkeit, die Revolution als den Inbegriff alles Infernalischen zu deuten, erreicht der Verfasser mit Hilfe von ein paar außerordentlich einfachen methodischen Kunstgriffen. Der erste besteht darin, daß das Kapitel über die Ursachen der Revolution (Teil 5) weit, weit hinter die Darstellung des typischen Ablaufs versetzt wird; und doch stellt gerade dieses Kapitel eines der besten, wissenschaftlichsten in dem ganzen Werk dar. Da aber die Schilderung des Ablaufs der Analyse der Kausalfaktoren vorangeht, nimmt der erste Teil den Charak-

ter einer im Stile alter Chroniken gehaltenen Erzählung an; wir erfahren von lauter Greueltaten, und wundern uns, wie so etwas in der Welt geschehen kann, weil wir gar nichts darüber hören, warum es so geschehen muß.

Das zweite methodische Hilfsmittel besteht darin, daß der Verfasser mit einer unzweckmäßigen, weil dem sozialen Inhalt der revolutionären Phänomene nicht gerecht werdenden Vorstellung der »Revolution« arbeitet. Sein Revolutionsbegriff ist im Grunde genommen gar nicht soziologisch, sondern biologisch und triebpsychologisch (vgl. S. 34 ff.). Jede Revolution setzt sich — seiner Meinung zufolge — aus zwei verschiedenen Phasen zusammen: einer ersten, in der die in der vorrevolutionären Zeit unterdrückten Triebe gewaltsam nach Befreiung drängen, und die Gesellschaft mit der Zertrümmerung ihrer Ordnung die Richtung auf die Anarchie nimmt (das ist die eigentliche Revolution) und einer zweiten, in der die ausgebrochenen Triebe nun wieder unter ein neues Gesetz gebeugt werden: das ist die Reaktion. Diese Identifikation von Revolution = Zügellosigkeit und Reaktion = Zwang (vgl. insbesondere S. 59) ermöglicht es dem Verfasser, Licht und Schatten in der seiner Einstellung entsprechenden Art und Weise zu verteilen. Wäre er nämlich von einem soziologischen Begriff der »Reaktion« ausgegangen, der die Gesamtheit der Bestrebungen bezeichnet, die sinnhafterweise als auf die Wiederherstellung eines vergangenen Sozialzustandes gerichtet betrachtet werden müssen, so hätte er unbedingt entdeckt, daß einige wichtige Epochen, die er der »Reaktion« zurechnet, wie die Herrschaft Cromwells und die Diktatur Robespierres zur »Revolution« gehören und zwar in einer ganz anderen als der von ihm eingeräumten Bedeutung. Dann konnte er aber auch die Auffassung nicht aufrechterhalten, daß die Entfesselung aller Instinkte das charakteristische Merkmal der eigentlich revolutionären Epochen sei. Die Zeit der »muscadins« und der »jeunesse dorée« setzte in Frankreich n a c h der Thermidorreaktion ein; die Erscheinungen, die in dieser Phase zutage traten, stellten eine entschiedene Wendung zur Libertät und Libertinage dar, im Gegensatz zur Herrschaft des »tugendhaften Bürgers«, der aus Liebe zu einem Idealbild des Menschen die empirischen Menschen der Guillotine überlieferte, und dessen »Diktatur der Tugend« nicht nur Aristokraten, Priester, Armeelieferanten, Grundstückspekulanten, Inflationsgewinnler, sondern alle »Sittenlosen« ohne Rücksicht auf soziale Herkunft bedrohte. Aehnlich haben sich die Dinge in England gestaltet. Die Restauration und nicht die Revolution erhöht die Anzahl der Feiertage und hebt mit dem »Book of Sports« das Verbot der Hahnenkämpfe und Bärenhetzen auf [1]). In Rußland bedeutet der Zusammenbruch der Revolution von 1905 den Beginn der Aera des »Ssaninismus«, und man kann bei ein klein wenig Vertrautheit mit dem sozialen Zusammenleben der Menschen sicher voraussagen, daß sich nach einem etwaigen Sturze der Bolschewiki der heute nur heimlich und mit einem ängstlichen Seitenblick nach der G.P.U. genossene Reichtum der »Nepleute«, der »Spek« und »Spez«, der »Kulaki« ganz anders herauswagen und dem öffentlichen Leben seinen Stempel aufprägen würde. — Eine notgedrungene kurze Kritik kann die hier angedeuteten Erscheinungen nicht in ihrer ganzen Trag-

[1]) Vgl. H. Levy, Soziologische Studien über das englische Volk. Jena 1920, S. 44 ff.

weite analysieren und den Notwendigkeitsgehalt aufweisen, der ihnen innewohnt. Hier nur soviel: wenn wir »Revolution« und »Reaktion« überhaupt von »Triebentladung« und »Triebhemmung« her konstruieren können, so müssen wir sagen, daß sich der Wunsch nach Entladung sehr wohl des Vorspannes reaktionärer Tendenzen bedienen kann und de facto häufig genug bedient hat. Aber der Verfasser schlägt nun noch mit Hilfe eines anderen Gedankenganges eine gewisse Verbindungsbrücke zwischen seinem Begriff: Reaktion = Zwang = Wiederherstellung der Ordnung und dem soziologischen Begriff der Reaktion, der auf die Rekonstruktion vergangener Sozialzustände abzielt; für ihn ist nämlich Ordnung = Ordnung. Die Revolution bringt gewiß einige, aber im allgemeinen unbedeutende Veränderungen in der Sozialstruktur zustande; aber — säkular betrachtet — kehrt die Gesellschaft in den zuvor eingenommenen Gleichgewichtszustand zurück. — Diese Behauptung wird bewiesen mit Hilfe einer rein formalen Bestimmung der gesellschaftlichen Ordnung. Es ist z. B. gar kein entfaltetes menschliches Zusammenleben denkbar, in dem der »Mord« nicht gesetzlich verboten und unter die Androhung schwerer Strafen gestellt wäre. Wenn absolute Monarchie und demokratische Republik den Mord in gleicher Weise ahnden, so sind sie darum doch nicht noch gleichsinnige politisch-soziale Erscheinungen geworden. Oder etwas anderes: der Schutz des Eigentums. Ein Ständestaat, eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, ein sozialistisches Gemeinwesen werden alle drei das Eigentum schützen; aber eine soziologische Untersuchung darf doch bei aller Anerkennung dieser Uebereinstimmung die Frage nicht vernachlässigen, wie denn nun im einzelnen Falle das beschützte Eigentum beschaffen ist.

Ein dritter methodischer Kunstgriff, der dazu dient, eine aus persönlichen Lebensschicksalen erwachsene, menschlich außerordentlich begreifliche Abneigung gegen die Revolution rational zu rechtfertigen, besteht nun darin, ihre Nachgeschichte möglichst kurz abzuschneiden. Und dennoch hängen die Revolutionen durch lange Geschehnisketten nicht nur mit der Vergangenheit, sondern mit der Zukunft zusammen. Die französische Revolution hat gewiß eine Unsumme von Greueln, von Blut und Tränen über die Menschheit gebracht; aber in ihren Fernwirkungen hat sie eine Sozialverfassung schaffen helfen, die dem einzelnen Menschen ein höheres Maß von Sicherheit, von Selbstbestimmungsrechten und -freiheiten, und mithin von Menschenwürde gewährleistet als irgendeine andere [2]), das mögen die von Max Webers

---

[2]) Die Argumente, die Sorokin gegen diese »populäre Ansicht« vorbringt (S. 262) sind durchweg nicht stichhaltig. Er deduziert: wenn die Revolution in einer späteren Periode einen reicheren Genuß der Freiheit gewährt, so liegt das nicht an der Revolution, sondern an der friedlichen Tätigkeit der Bevölkerung, die von der Revolution genug hatte. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn wir sagen würden: daß dieser Mann wieder gesund geworden ist, liegt nicht daran, daß er sich einen Arzt geholt hat, sondern daran, daß er wieder aufgestanden und seinem Erwerb nachgegangen ist. Sorokin übersieht hier die Kleinigkeit, daß die Revolution und die von der Revolution beeinflußte Gesetzgebung die B e d i n g u n g e n geändert hat, unter denen die Menschen ihre friedliche Tätigkeit wieder aufnehmen. Das von Sorokin zur Unterstützung seiner These von der auch ohne Revolution erfolgenden Liberalisierung der Gesellschaftsinstitutionen herangezogene Beispiel Englands beweist in der Tat das genaue Gegenteil, und zwar

hartem und geradem Wirklichkeitssinn als »Literaten« gekennzeichneten Schriftsteller bestreiten, die von einem romantisch verklärten Mittelalter träumen und im wirklichen Mittelalter keinen Tag leben könnten; die über die »Ideen von 1789« um so heftiger zetern, einen je ausgiebigeren Gebrauch sie von den Errungenschaften dieser Ideen machen. Idealiter betrachtet, können wir natürlich nur wünschen, daß sich die Ergebnisse der Revolution auf friedlichem Wege, und also ohne Revolution durchzusetzen vermöchten (»heureux le peuple dont l'histoire est ennuyant!« sagte Montesquien); aber wer den Geist der Geschichte aufruft, um die Reformprojekte von kühnen Neuerern als der Erfahrung widerstreitend zurückzuweisen, der muß sich diesem Geiste auch dort beugen, wo er der eigenen Auffassungsweise hemmend in den Weg tritt. Und die Geschichte lehrt uns leider, daß die Menschen den kleinsten Schritt auf dem Wege, der vom Tiere fort und hin zum Geist führt, mit ungeheuren Opfern bezahlt haben. Ein hohes Maß von Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich daran in Zukunft wenig ändern wird. »Aus einem krummen Holz kann nichts Gerades werden«, steht in der Anthropologie von Kant; das ist eines der bittersten und zugleich wahrsten Worte, die je ein großer Mensch über die Menschen gesprochen hat.

Die Kritik wäre ungerecht, wenn sie nicht berücksichtigen würde, daß Sorokin in den an die Darstellung der Typologie anschließenden Teilen seines Buches ganz vorzügliche Beiträge zur Soziologie der Revolution liefert. Schon in der »Psychologie der revolutionären Gesellschaft« stehen ein paar ausgezeichnete Sätze über den »Illusionismus« in der geistigen Haltung der revolutionären Gesellschaft (S. 175). Dieser sich in der Flucht vor der Wirklichkeit ausprägende Illusionismus geht desto weiter, je trostloser die gegenwärtigen Zustände sind und je gebieterischer sie also ihre Ueberkompensierung in der Vorstellung von einem nahen Millennium verlangen. »Und das Volk, das im Finstern wandert, siehet ein großes Licht«; und w e i l es das tut, verharrt es in einem Zustand eigentümlicher Gefeitheit und Unempfänglichkeit gegenüber den Leiden, die es erduldet.

Auch die Teile 3 und 4, die die Veränderungen im Aufbau des Gesellschaftskörpers und der gesellschaftlichen Funktionen im Zeitalter der Revolution behandeln, bringen im einzelnen viel Gutes. Im ganzen leiden sie natürlich darunter, daß der Verfasser den Zusammenhang zwischen Revolution und sozialer Dynamik nicht anerkennen darf, da er sonst sein aus irrationalen Tiefen erwachsenes Vorurteil über die letztendliche Ergebnislosigkeit der Revolution nicht aufrechterhalten könnte; so nimmt er immer wieder seine Zuflucht zu der Idee eines gesellschaftlichen ordre naturel, der anscheinend ultra-liberal beschaffen ist, jedenfalls macht Sorokin die sonderbare Bemerkung, daß die

---

aus folgenden Gründen: 1. hat England im 17. Jahrhundert zwei Revolutionen erlebt, die den königlichen Absolutismus in einem Zeitalter zerbrachen, in dem er auf dem Kontinent noch nicht im Zenith seines Ruhmes stand; diese Revolutionen haben die künftige Entwicklung der sozialen und politischen Sruktur Englands tief beeindruckt; 2. stand England zwischen 1830 und 1850 dicht vor Ausbruch einer Revolution, und wenn diese vermieden wurde, so ist das gewiß nicht auf ein Manko an revolutionärem Willen, sondern auf die entschiedene Reformpolitik zurückzuführen, die eine bestimmte Gruppe der herrschenden Schichten zum Segen des Landes durchgeführt hat.

Einmischung der Regierung in den Bereich der Wirtschaft »unangebracht sein muß« (S. 263). Der Versuch, der gesellschaftlichen Dynamik gerecht zu werden, stößt immer wieder an die Grenze der Notwendigkeit, eine Vorstellung von der normalen, höchstens kleine Abweichungen vertragenden, Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Eines der besten Kapitel ist das über die »Ursachen der Revolution«, und man kann nur bedauern, daß es so kurz ist, und so weit hinten steht. Sofern sich die Revolution überhaupt von der triebpsychologischen Seite her deuten läßt, ist das wohl in diesen Ausführungen geschehen. Der Verfasser begnügt sich nicht damit, die Elendschilderung zu geben, die am Eingang so vieler Revolutionsgeschichten und -soziologien steht, sondern dringt durch eine genaue Aufzeigung der einzelnen Triebe, die gehemmt werden und nach Befreiung verlangen, wirklich in die Tiefe hinab. Er erörtert in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die Kriege — und vor allem natürlich: unglücklich auslaufende Kriege — für den Ausbruch von Revolutionen haben und schreibt den Politikern, die vom Kriege gegen den »äußeren Feind« gar nicht genug bekommen können, sich aber über Revolutionen bitter beklagen, ein paar goldene Worte ins Stammbuch (S. 320), die wert sind, aufmerksam studiert zu werden, besonders von solchen Lesern, denen Sorokins antirevolutionäre Einstellung sympathisch ist.

An Sorokins Handhabung des literarischen Apparats fällt auf, daß ihm die in deutscher Sprache zum Thema »Soziologie der Revolution« erschienene Literatur anscheinend unbekannt ist, mit Ausnahme von Vierkandts Aufsatz in Schmollers Jahrbuch. Und doch hat die ältere Literatur immerhin solche Leistungen aufzuweisen, wie A. Bauers bedachtsames, allerdings mehr kompendiöses als wirklich eindringendes Werk, und G. Landauers geistvolle Studie, die dem Begriff der Revolution freilich einen viel zu weiten Inhalt gibt. Von den Autoren, die sich in neuerer Zeit mit dem Phänomen der Revolution beschäftigt haben, bleiben Sombart [3]), Michels, Tönnies, v. Wiese, L. M. Hartmann, Lederer, Szende, Hans Bloch, Kurt Bloch, K. Geyer, Freimark, der Referent und viele andere unerwähnt. Geiger wird zwar nicht von Sorokin, wohl aber in der von Kaßpohl verfaßten Einleitung in einer Anmerkung als »Verherrlicher der Revolution« (S. 27 Anm. 1) genannt. Worauf sich diese Charakteristik bezieht, ist ein wenig unverständlich, aber nicht unverständlicher als die Anmerkung 2 zu derselben Seite, in der zu unserem Erstaunen Marx als Verbesserer der Sprengstofftechnik erscheint! Der arme Marx! Wenn er nur einen kleinen Bruchteil alles dessen, was er gesagt und getan haben soll, erfahren könnte, — er müßte das Wort: »Moi, je ne suis pas Marxiste!« a u s s p r e c h e n , wenn er es noch nie — b e k r ä f t i g e n , wenn er es schon einmal gesprochen hat.

Alles in allem können wir nur bedauern, daß Sorokin die Soziologie der Revolution nicht zehn Jahre später, wenn er seinem eigenen Erleben mit größerem Abstand gegenüberstehen wird, verfaßt hat. D i e Soziologie der Revolution bleibt sicher noch zu schreiben. Und ebenso sicher ist, daß Sorokin sie bis jetzt nicht geschrieben hat, mag er diesem Ziele auch näher als mancher andere gekommen sein.

(Alfred Meusel.)

---

[3]) Die Erwähnung Sombarts auf S. 31 bezieht sich nur auf dessen Unterscheidung zwischen geschichtswissenschaftlicher und soziologischer Betrachtungsweise.

Fülöp-Miller, René: *Lenin und Gandhi.* Mit 105 Abbildungen. Zürich-Leipzig-Wien, Amalthea-Verlag, 1927. 307 S.

Nicht das schlechteste literarische Werk der unübersichtlich gewordenen Lenin-Literatur; einmal weil es das Leben und die Gedanken mit reicher photographischer Illustrierung wiedergibt, dann auch, weil es Lenin mit Gandhi, den Westasiaten mit dem Südostasiaten zusammen behandelt.

Fülöp-Miller glaubt die gemeinsame Basis des Schaffens Lenins und Gandhis im Haß beider gegen den modernen Kapitalismus, den sie für das Elend ihres Volkes verantwortlich halten, erblicken zu dürfen. Darin ist grosso modo manches richtig. Natürlich ist mit Kapitalismus wenigstens bei Lenin (bei Gandhi liegen die Dinge anders) nicht Technizismus gemeint. Lenin war umgekehrt ein begeisterter Freund der Rationalisierungsbestrebungen in der Industrie, denen er einen an Fanatismus und »Romantizismus« streifenden Glauben entgegenbrachte (Gründung des Moskauer Instituts zur Erforschung der menschlichen Arbeitskraft, vgl. p. 111 ff.), während sich die indische Antipathie vielmehr gegen die überlegene europäische Industrietechnik, welche die einheimische Stoffverfertigung schwer geschädigt hatte, und sich zudem mit der indischen Weltanschauung und Philosophie nicht recht verträgt, wendet. Dieses wichtige Vergleichsmoment nur angedeutet und nicht entwickelt zu haben, dürfte wohl als Fehler des sonst tüchtigen, auf Sach- und Personenkenntnis beruhenden, gut geschriebenen und sich vollster Unvoreingenommenheit befleißigenden (dem letzten Kapitel über Lenin fehlt es hie und da dennoch an historischer Distanz) Buches anzusehen sein. Die beigedruckten Briefe Lenins sind großenteils belanglos und stehen mit dem Text in keinem Zusammenhang. (Robert Michels.)

Gundolf, Friedrich: Paracelsus. Berlin, Verlag G. Bondi, 1927.

Dieses klare, eindringliche und suggestive Buch Friedrich Gundolfs, das die Gestalt des Paracelsus in ihrer Einmaligkeit und ursprünglichen Einzigkeit zur Darstellung bringt, dürfte gerade den Soziologen zu einer Ergänzung auffordern. Bei Gundolf wird gezeigt, wie in Paracelsus Wanderleben der Wille nach Erkundung und Findung wirksam ist, der in »den Dingen die Kräfte und in den Erscheinungen die Gründe sucht«. Die Natur — nicht mehr ein Grenzbegriff gegen das Gottes- oder Geistesreich — wird hier zum ersten Male eine »lockende und atmende, wogende und trächtige Schöpfung«, die zu leben und zu wandeln anfängt. Naturerfahren, ohne theoretisch eingekapselt zu sein, wird bei Paracelsus zum ersten Male seit dem Mittelalter wirksam und zeigt sich ebenso im werktätigen Christentum wie im ärztlichen Helfertum, der aufklärenden Lehre in Schrift und Wort und der allseitigen Erforschung des Makrokosmus als des Weges zum Mikrokosmus. Der Soziologe wird über diese einmalige Darstellung eines heroischen Lebens, eines Rückganges auf Unmittelbarkeiten und Ursprünge hinaus, danach fragen müssen, wie die landfahrende Einsamkeit und die von Schulregeln befreite sinnenfrohe sprengende Lebendigkeit des Paracelsus jenseits von Denkautoritäten und Riten, aus den Bedingungen ihres Zeitalters heraus überhaupt zustande kommen konnte. Er wird weiter fragen, warum sich ein neues Lebensgefühl der mittelalterlichen Ausdrucksweise bedienen mußte und nur vereinzelt

zu eigenen Sprach- und Ausdrucksmitteln vordringen konnte. Auch das eigenständige Leben des Paracelsus bleibt in seinem Widerstand und in seiner Freizügigkeit eine nur damals mögliche geschichtliche Wirklichkeit, ohne daß diese — von Gundolf nicht untersuchte ideengeschichtliche und soziologische Bedingtheit — ihm Rang und Wesen zu mindern vermöchte. (Benno von Wiese.)

Rimscha, Hans von: Rußland jenseits der Grenzen 1921—1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. Jena, Verlag Frommann'sche Buchdruckerei (W. Biedermann), 1927. 238 S. Preis M. 6.—.

Diese Darstellung der Entwicklung in der russischen Emigration in der Zeitspanne 1921—26 schließt sich an eine frühere Schrift desselben Verf.s (»Der russische Bürgerkrieg und die russische Emigration« 1917—21), die ich seinerzeit auf den Seiten dieser Zeitschrift gewürdigt habe (Bd. 54, H. 3), als direkte Fortsetzung an. Sie gewährt naturgemäß einen tieferen Einblick in das Wesen dieser Folgeerscheinung der russischen Revolution als jene frühere Schrift, da manches, was in der russischen Emigration keimhaft enthalten war, erst in diesen letzten Jahren zur Entfaltung kam. Rimscha stellt die Frage, ob denn die russische Emigration einer eingehenden Behandlung überhaupt wert sei und er bejaht sie, indem er mit Recht nachzuweisen sucht, daß sie kein über kurz oder lang dem Untergange geweihter, abgesprengter Teil des russischen Volkstums sei, den wir als solchen in einem geschichtlichen Zusammenhang nicht weiter zu beachten brauchten, sondern daß sie ihren spezifischen Emigrationscharakter immer mehr verliere und sich zu einem sozialen Gebilde von andersartigem Gepräge umwandle, dem vielleicht eine aktive Rolle in der Gestaltung der russischen Zukunft zufallen werde.

Rimscha gibt zunächst eine ausführliche Schilderung von dem das Leben der russischen Emigranten erfüllenden parteipolitischen Hader — dem Erbe des Bürgerkrieges. Die Negation des Bolschewismus und die Hoffnung auf dessen baldigen Sturz durch europäische Intervention waren den politischen Gruppen und Grüppchen der russischen Emigration ursprünglich gemeinsam. Ueber die nach dem erhofften Umschwung einzuführende staatliche Ordnung dagegen entbrannte sofort ein erbitterter Streit. Da sich die Hoffnungen auf eine bewaffnete Einmischung der europäischen Großmächte als illusorisch erwiesen, gewann die Ueberzeugung, daß dieser Streit zwecklos sei, immer mehr an Boden. Die Einsicht in die Zweck- und Fruchtlosigkeit parteipolitischer Auseinandersetzungen führte zu einer Lahmlegung des Parteilebens. R. gibt eine lebendige, auf gewissenhaftem Quellenstudium beruhende Schilderung der unerfreulichen Vorgänge, in denen der Bankerott der alten Parteien offenkundig wird. Die bedeutsame Wendung, welche nunmehr in der geistigen Haltung der Emigration eintritt, ist gekennzeichnet durch eine immer entschiedenere Absage an alle Parteipolitik, durch einen Bruch mit der parteipolitischen Mentalität. Die sich immer mehr zersetzenden politischen Parteien werden von neuentstehenden berufständischen Organisationen verdrängt. Ueberdies macht sich in wachsendem Maße das Bestreben geltend, die gesamte Emigration auch in einer politischen, aber zugleich überparteilichen Organisation zusammenzufassen — eine Bestrebung, die

in den drei großen Emigrantenkongressen (Januar und Juni 1921, April 1926) einen Niederschlag gefunden hat. Namentlich der letzte Kongreß gilt dem Verf. als Ausdruck dafür, daß innerhalb der Emigration etwas Neues entstanden sei, das er als russischen Faszismus bezeichnen zu dürfen glaubt, indem er mit Recht darauf hinweist, daß hier etwas in Erscheinung tritt, was nicht den Charakter eines Zweckverbandes, sondern den Charakter einer auf einer ideologischen Grundlage ruhenden Gesinnungsgemeinschaft hat, welche durch ausgesprochene faszistische Züge gekennzeichnet ist. Damit gelangte man in der Emigration zu einer dem Bolschewismus wesensverwandten prinzipiellen Einstellung: »Man verließ in der Emigration wie in Sowjetrußland den Weg der Demokratie.« Somit hat sich die Emigration in ihrem lebensfähigen Kern infolge einer zwar unbeabsichtigten, aber zwangsläufigen Entwicklung nach Ausscheidung der aus der Vergangenheit überkommenen zersetzenden Elemente in einer bestimmten Hinsicht dem Bolschewismus grundsätzlich angenähert. Die Annäherung zwischen dem »Rußland jenseits der Grenzen« und dem »Rußland unter dem Joch« wird außerdem begünstigt durch eine bedeutsame und folgenschwere Wandlung im Bolschewismus selbst, welche ebenfalls als ungewollter, aber zwangsläufiger Prozeß aufzufassen ist: die Abkehr vom Internationalismus und das Betreten einer nationalen Entwicklungsbahn. Als eine in den Tiefen des russischen Volkstums verwurzelte und ihnen entsprossene Lebenserscheinung unterschied sich der Bolschewismus von vornherein sehr erheblich von der kommunistischen Doktrin, die von seinen Theoretikern als seine Wesensgrundlage ausgegeben und verkündet wurde. Die »nationale Wirklichkeit« siegte über die »internationale Lehre« und zwang auch die Führer in ihren Bann. Auch die Sammlung der Geister in der Emigration vollzieht sich im Zeichen der nationalrussischen Idee, und somit besteht gute Aussicht, daß die Kluft überbrückt wird und der abgebrochene Ast des russischen Volkstums mit seinem Stamm wieder zusammenwächst. Gegenwärtig freilich dürfte die Zeit dafür noch nicht reif sein. In der Emigration ist das belastende Erbe der Vergangenheit noch nicht restlos abgestoßen, und der nationale Läuterungsprozeß des Bolschewismus hat seine Vollendung noch nicht erreicht. Daher nahm auch die 1921 von den sog. »Umstellern der Ackerpfähle« unter der Losung: »Zurück nach Rußland!« eingeleitete Bewegung einen tragischen Ausgang.

Soweit kann ich den Ausführungen des Verf.s durchaus zustimmen. Seiner Beurteilung der geistigen Entwicklung in Sowjetrußland und in der russischen Emigration kann ich mich aber nicht anschließen. Ich glaube, daß er den Bolschewismus in dieser Hinsicht überschätzt und der Emigration nicht ganz gerecht wird. In Sowjetrußland ist die russische Geisteskultur bis auf den gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer aufs schwerste bedroht, da die bolschewistischen Machthaber alle Tradition bewußt und methodisch zerstören und namentlich die religiöse Basis dieser Kultur zu vernichten suchen. Zur Zeit hat die nationale Evolution des Bolschewismus das Prinzip des Klassenkampfes noch nicht überwunden. Daher wird auch der Kampf gegen die »bourgeoise« Kultur unentwegt weitergeführt und alles, was der geschichtsmaterialistischen Grundansicht widerspricht, nach Möglichkeit unterdrückt. Unter diesen Umständen kann von einer freien Entfaltung des Geisteslebens natürlich keine Rede sein, vielmehr

stehen alle seine Aeußerungen unter schärfster Kontrolle. Solange in Sowjetrußland der geistigen Produktion im Namen der geschichtsmaterialistischen Weltanschauung Fesseln angelegt werden und das gesamte Geistesleben gewaltsam in eine bestimmte Richtung hineingezwungen werden soll, kann es zu keiner schöpferischen Entfaltung der Geisteskultur kommen. Jedenfalls scheint mir R. die schöpferischen Leistungen auf den Gebieten der Literatur, Kunst und Wissenschaft unter bolschewistischer Herrschaft allzu günstig zu beurteilen. Auch darf man nicht übersehen, daß das auf diesen Gebieten entstandene Wertvolle größtenteils irgendwie mit der Tradition zusammenhängt, die natürlich auch in Sowjetrußland allen Gewaltmaßregeln zum Trotz nicht völlig ausgemerzt werden konnte, sondern im stillen weiter wirksam ist. Andererseits wird R. der in der Emigration geleisteten geistigen Arbeit nicht völlig gerecht, was allerdings zum Teil damit zusammenhängt, daß er die vielleicht bedeutendsten in der Diaspora lebenden Repräsentanten des russischen Geisteslebens nicht eigentlich zur Emigration rechnet und die geistige Bewegung des Eurasiertums in den Ideenkreis der Emigration nicht mit einbezieht. Ich halte das für unzulässig und die von R. dafür angeführten Gründe nicht für stichhaltig. Dagegen ist es freilich durchaus richtig, wenn er prinzipiell darauf hinweist, daß die Loslösung vom heimatlichen Mutterboden für die geistige Produktivität der emigrierten Russen von größtem Nachteil ist und daß namentlich die Dichter und Künstler in der Fremde allmählich unfruchtbar werden müssen, was von ihm auch durch konkrete Beispiele erhärtet wird. Hier liegt in der Tat eine große Gefahr für das weitere Schicksal der russischen Emigration, da die weitgehendste Freiheit der geistigen Entwicklung die den Geist befruchtende und seine schöpferischen Kräfte erhaltende und fördernde Berührung mit dem Mutterboden nicht ersetzen kann. Die bewußte und entschlossene Betonung der national-russischen Idee allein kann die russische Emigration auf die Dauer nicht davor bewahren, ihrer nationalen Eigenart durch einen fortgesetzten Europäisierungsprozeß verlustig zu gehen. Denn die nationale Idee bedarf einer ständigen Erneuerung und Erfüllung mit konkreten, der Lebensfülle des nationalen Gesamtorganismus entspringenden Inhalte. Es liegt mir demnach fern, die Bedeutung des von R. aufgezeigten Moments zu verkennen. Nur darf man sich dadurch zu keiner Geringschätzung der Emigration verleiten lassen. Unter allen Umständen steht fest — das möchte ich mit Nachdruck geltend machen —, daß die russische Emigration trotz aller ihr anhaftenden Mängel und Gebrechen die Hüterin der Kontinuität der russischen Geisteskultur, die Bewahrerin des im Mutterlande bedrohten geistigen Kulturerbes ist, und bei der Richtung, welche die Entwicklung des Bolschewismus neuerdings immer entschiedener eingeschlagen hat, darf man erwarten, daß ihr die Heimat in Zukunft dafür dankbar sein wird. Diese eminente Bedeutung der russischen Emigration hat R. bei seiner Würdigung derselben zwar beiläufig berücksichtigt, aber doch allzusehr zurücktreten lassen. Der Wert seiner gründlichen und zuverlässigen Darstellung eines charakteristischen und relativ geschlossenen Abschnittes russischer Zeitgeschichte soll durch diese kritische Bemerkung natürlich nicht herabgemindert werden. In der Beurteilung zeitgeschichtlicher Entwicklungen werden die Ansichten unvermeidlich stark

auseinandergehen, und nur die Zukunft kann das spezifische Gewicht der russischen Emigration in der Gestaltung des nationalen russischen Schicksals offenbaren. (N. v. Bubnoff.)

III. Oekonomische Theorie und Dogmengeschichte.

IV. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Krischanowski, M., Vorsitzender des Staatlichen Planwirtschaftsamtes der UdSSR.: *Die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion.* Ergebnisse des ersten Jahrzehnts. Wien-Berlin SW 48, Verlag für Literatur und Politik. 124 Seiten.

Im gegenwärtigen Rußland befinden sich eine Reihe wichtigster Zweige der Volkswirtschaft in den Händen des kommunistischen Staates als seine »Kommandohöhen«. Die elementaren Kräfte, die gut oder schlecht die kapitalistische Wirtschaft automatisch regulieren, haben hier nur wenig Geltung, und die Planwirtschaft ist hier ein Gebot der Notwendigkeit. Um diese zu verwirklichen, wurde die Staatsplankommission (Gosplan) geschaffen, in der viele führende russische Fachleute tätig sind. Die zahlreichen Veröffentlichungen des Gosplans, insbesondere seine sehr ausführlichen sog. »Kontrollziffern«, sind trotz der kommunistischen Tendenzen, die sie selbstverständlich durchdringen, für die Erkenntnis der russischen Volkswirtschaft von einem großen Wert. Man konnte darum glauben, daß der Vorsitzende der Staatsplankommission Herr Kryzhanovskij mehr als jeder andere dazu berufen sei, das Ausland, das mit gespannter Aufmerksamkeit die russische Entwicklung verfolgt, über die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion zu unterrichten.

Das Inhaltsverzeichnis zeigt, daß Herr Kryzhanovskij eigentlich nicht nur über die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion spricht; er unternimmt es, auf 113 kleinen Seiten des Textes eine Uebersicht über die zehnjährige Entwicklung der russischen Volkswirtschaft zu geben. Der Vorsitzende des Gosplans scheint der Ansicht zu sein, daß alles, was in der russischen Volkswirtschaft geschieht, dem Plane entspreche.

Im Vorworte wendet sich der Verfasser an den Leser mit folgenden Worten: »In eiliger Durchsuchung der Archive der Staatlichen Planwirtschaftskommission und unter ständiger Ablenkung durch die Anforderungen der laufenden Arbeit, haben wir diese Zeilen unserer »Ergebnisse des Jahrzehnts« skizziert. Sie sind voll von Mängeln, wie sie einer solchen Eile anhaften. Der Leser wird uns diese Mängel verzeihen ...« (S. 7). Wir haben aber keine Gründe, eine solche Nachsicht dem Vorsitzenden des Gosplans gegenüber zu üben. Die vorhandenen russischen statistischen Materialien sind so inhaltsreich, daß, wenn der Leiter des Gosplans nur die Veröffentlichungen seines eigenen Ressorts benutzen wollte, so hätte er damit schon genug, um das kleine Büchlein zu verfassen, und er hätte es nicht nötig gehabt, eine »eilige Durchsuchung der Archive« vorzunehmen. An tüchtigen Mitarbeitern konnte es dem Leiter des Gosplans nicht fehlen.

Auch aus anderen Gründen haben wir keine Veranlassung, nachsichtig zu sein: Der Verfasser beansprucht mit einigen Zeilen weiter für die im Buche aufgeführten »Ziffern und Tatsachen« einen »unvergleichlichen Wert«. Er ist auch keineswegs in seiner Einschätzung der wirtschaftlichen Ergebnisse der Revolution und auch der Planarbeit, die er selber leitet, zurückhaltend. Das Vorwort beginnt mit einem umfangreichen Zitat aus einem »bemerkenswerten« Artikel des amerikanischen Journalisten Williams über die Errungenschaften der Sowjetregierung, der in dem offiziellen Blatte »Izvestija« gedruckt wurde. Die Ausführungen des Journalisten klingen in folgenden Worten aus: »Jede einzelne dieser Errungenschaften ist grandios, alle zusammen aber verschmelzen sie zu einem majestätischen Bild, das den Triumphmarsch der Revolution verkündet.« Der Verfasser »wird nicht müde«, diese Zeilen zu zitieren, und sie dem »haltlosen Gekläffe einiger Intellektuellen« gegenüberzustellen. Es scheint aber, der Verfasser ist überzeugt, daß auch der Leser nicht müde werde, solche Phrasen zu lesen. Trotz des sehr knappen Raumes des Buches ist ein bedeutender Teil desselben neben allgemeinen theoretischen Ausführungen über die Vorzüge des Sozialismus dem Kapitalismus gegenüber, die in jeder marxistischen Broschüre zu finden sind, überschwenglichsten Lobpreisungen der wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetregierung gewidmet: »Keine andere politische und sozialökonomische Organisation wäre in dem gegebenen Stadium der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte imstande gewesen, die Erfolge zu erzielen, die wir erzielt haben« (S. 93). »Das Tempo des stürmischen Aufschwungs der Industrie ist nicht nur im Vergleich zu unserer Vorkriegsentwicklung ganz außerordentlich, sondern auch im Vergleich mit dem Tempo der führenden industriellen Länder der Welt ganz außergewöhnlich« (S. 14). »Die Rationalisierung unserer Brennstoffwirtschaft ist eine der glänzendsten Seiten im Kampfe für eine planmäßige Grundlage der Sowjetwirtschaft« (S. 49) usw. Betrachten wir kurz die »Ziffern und Tatsachen«, die dieses maßlose Entzücken über die Errungenschaften der Oktoberrevolution und über die eigene Tätigkeit rechtfertigen sollen.

Der Verfasser, der es sich zur Aufgabe stellt, die Ergebnisse des Jahrzehnts klarzulegen, hätte eigentlich beide Perioden der russischen Wirtschaftsentwicklung nach dem Oktoberumsturz berücksichtigen sollen, die Periode des integralen Kommunismus und diejenige der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP.). Die Auswirkungen der ersten Periode, die 3½ Jahre dauerte, waren aber so katastrophal, daß die Kommunisten später für sie die Verantwortung nicht tragen wollten und sie als diejenige des Kriegskommunismus bezeichneten. Der Verfasser zieht es vor, sich in die wirtschaftliche Entwicklung dieser Periode nicht zu vertiefen, obgleich er es an Lobgesängen für das System des integralen Kommunismus nicht fehlen läßt (siehe S. 62, 63, 92 u. a.).

Das Buch ist der Erforschung der Ergebnisse des Systems der Neuen Wirtschaftspolitik gewidmet, das, obgleich gegenwärtig durch die teilweise Rückkehr zu den Zwangsmethoden bedeutend erschüttert, im großen ganzen noch besteht.

Daß d i e s e s System einen gewissen Wiederaufbau der Volkswirtschaft ermöglichte, unterliegt keinem Zweifel. Um aber das ganze System und besonders die staatswirtschaftlichen Gebilde, die in ihm eine so hervorragende Rolle spielen, richtig einzuschätzen, muß man

erstens den gegenwärtigen Zustand der russischen Volkswirtschaft mit dem der Vorkriegszeit vergleichen und zweitens die Qualität der Arbeit der staatssozialistischen Unternehmungen in Betracht ziehen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß in einem kolossalen Agrarlande, wie Rußland es einmal ist, die staatssozialistischen Unternehmungen auf Kosten der großen Bauernbevölkerung ausgebaut werden können. Kryzhanovskij macht sich die Aufgabe leicht. Vor der Verkündung der Neuen Wirtschaftspolitik befand sich die russische Volkswirtschaft in einem katastrophalen Zustande. Bei einer solchen Sachlage mußte der Aufstieg der Produktion unter der NEP. im Vergleich mit dem Jahre 1921 sehr bedeutend sein; das besagt noch wenig über den gegenwärtigen Zustand der russischen Volkswirtschaft. Kryzhanovskij aber schließt aus dem bedeutenden verhältnismäßigen Aufstieg der Produktion gerade auf den unvergleichlichen Wert des bestehenden Wirtschaftssystems. Was die vielen heiklen und schwierigen Fragen des bestehenden Systems betrifft, so läßt er sie einfach unberührt.

Betrachten wir Kryzhanovskijs Ausführungen über die verstaatlichte Großindustrie, dieses gut versorgte und gut gepflegte Lieblingskind der Sowjetregierung. Laut Kryzhanovskijs Angaben war ihre Produktion vor der Erklärung der Neuen Wirtschaftspolitik auf 18%, laut den Angaben des Höchsten Wirtschaftsrats sogar auf 12% gefallen. Auf Seite 11 bringt Kryzanovskij eine Tabelle, die das absolute Wachsen der Produktion der Großindustrie vom Jahre 1921/22 bis zum Jahre 1926/27 darstellt. Dieses schnelle Wachsen der Produktion muß auf den Leser einen sehr günstigen Eindruck machen. Kryzhanovskij unterläßt aber, einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zu machen. Bei einem solchen Vergleich (siehe die Kontrollziffern des Gosplans für das Jahr 1927/28 S. 498) zeigt es sich, daß von den acht angeführten Industriezweigen nur in vier der Vorkriegszustand etwa proportional dem Anwachsen der Bevölkerung überholt ist. In den vier anderen Industriezweigen ist der Vorkriegszustand bei weitem noch nicht erreicht; und zwar die Erzeugung von Gußeisen macht nur 70,5%, von Metall 71,3%, von Baumwollgespinsten 88,4%, von Zucker 65,2% (Raffinade 58,6%) aus. Mit der Versorgung des Verbrauchs steht es aber noch viel schlimmer, als diese Ziffern zeigen. Von dem heutigen Rußland ist eine Reihe von stark industrialisierten Provinzen, die das Innere des Landes mit ihren Erzeugnissen versorgten, abgetrennt worden, und außerdem bestand früher eine bedeutende Einfuhr von Gebrauchsartikeln, die jetzt fast vollkommen weggefallen ist.

Obwohl Kryzhanovskij immer wieder über die Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise spricht, unterläßt er, Zahlenvergleiche mit der Entwicklung der Industrie in den kapitalistischen Ländern zu machen. Diese Vorsicht ist verständlich, da diese Vergleiche für Rußland sehr ungünstig ausfallen würden.

Der Verfasser ist sehr stolz darauf, daß in den letzten drei Wirtschaftsjahren in die Industrie 2,1 Milliarden Rubel inverstiert wurden (S. 13). Er macht Vergleiche mit der Vorkriegszeit, läßt aber dabei die Tatsache ohne Erwähnung, daß der Baukostenindex gegenwärtig 2,65 ausmacht (S. 55). Durch diesen Index sollten eigentlich die zwei Milliarden dividiert werden. Außerdem zeigt die Detaillierung der Kapitalinvestitionen, die wir in den Kontrollziffern fürs Jahr 1927/28 (S. 32) finden, daß es richtiger wäre, eine gute Hälfte des erwähnten Betrages auf Amortisationskonto zu buchen; in diesem Betrag sind auch Hun-

derte von Millionen, die für den Bau der Arbeiterwohnungen verausgabt wurden, inbegriffen. Obgleich alle Kräfte der Volkswirtschaft zwangsweise zum Ausbau der Industrie herangezogen werden, sind die eigentlichen Neuinvestitionen bescheidener als vor dem Kriege.

Die Kardinalfragen der Produktionskosten und der Qualität der Erzeugnisse läßt Kryzhanovskij unberührt. Diese Vorsicht des Verfasser ist verständlich, denn die Vergleiche mit der kapitalistischen Industrie der Vorkriegszeit fallen für die Staatsindustrie auch in dieser Beziehung höchst ungünstig aus.

»Die Planmäßigkeit, die Organisiertheit und durch und durch zentralisierter Charakter der Arbeit unterscheidet unsere Elektrifizierung am stärksten von der Elektrifizierung anderer Länder« (S. 16). So etwa wird dem Auslande vorgetragen, obgleich die ganze kommunistische Presse voll von Klagen über die Planlosigkeit und hohen Kosten der neuen Industriebauten ist, als deren Folge zum Anfang des laufenden Jahres über 500 Millionen Rubel in Industriebauten investiert waren, die noch gar nicht in Betrieb genommen werden konnten. Man braucht nicht viel Worte darüber zu verlieren, was das für ein so kapitalarmes Land wie Rußland bedeutet!

Die Frage ist so akut, daß der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare Rykov in seinem Vortrage auf der letzten Parteikonferenz ein besonderes Kapitel der traurigen Lage auf diesem Gebiete widmete (siehe den Bericht in »Pravda« vom 17. Dezember 1927). Er führte haarsträubende Beispiele an. Das Interessanteste ist aber das, was er gerade über die »Planmäßigkeit« der Elektrifizierung berichtete. Für ein kapitalarmes Land riesige Summen wurden für die Elektrifizierung verausgabt, mit dem Erfolg, daß das Elektrizitätswerk Ster im Donezbecken nur bis auf 60%, das Kraftwerk Balachna bei Nizhnij-Novgorod nur bis auf 50%, das Kraftwerk Semo-Avtschal (das erste in Transkaukasien) sogar nur bis auf 25% ausgenutzt werden kann. Eine kapitalistische Wirtschaft, die mit Rentabilität jedes einzelnen ihrer Unternehmen zu rechnen hat, kann sich eine derartig schlechte Ausnutzung des Kapitals, wie es sich die »planmäßige sozialistische« Wirtschaft erlaubt, nicht leisten.

»Ungeachtet vieler Mängel steht das Eisenbahnwesen in seinen wichtigsten Zweigen gegenwärtig zweifellos über dem Vorkriegsniveau" (S. 35), behauptet der Verfasser. Vor dem Kriege, im Jahre 1913, brachten die russischen Eisenbahnen nach amtlichen Angaben 473 Millionen Goldrubel Reingewinn. Für das Jahr 1926/27 berechnet der Verfasser einen Reingewinn von 220 Millionen Tschervon.-Rubel (S. 36). Jedoch laut den Angaben des Bulletins des Konjunkturinstituts (Nr. 11—12, 1927), die auch mit den Kontrollziffern für das Jahr 1926/27 übereinstimmen, überstiegen die Ausgaben im Jahre 1926/27 den Voranschlag um 150 Millionen Rubel. Dabei entstand das Defizit ganz unerwartet und führte zu großen finanziellen Schwierigkeiten. Auch Kryzhanovskij, trotz des angewiesenen Reingewinns, erwähnt die »gespannte finanzielle Lage« der Eisenbahnen und die »wachsenden Zuschüsse« aus dem Staatsbudget. Das »hohe Niveau« der Eisenbahnwirtschaft hat also tatsächlich mit der prosaischen Rentabilität nichts zu tun.

Kryzhanovskij widmet auch der Arbeit ein Kapitel, verliert dabei aber kein Wort über die Arbeitslosigkeit. Diese sollte bekanntlich nur das Kennzeichen der »anarchischen« kapitalistischen Wirtschaft sein

und durfte in einem sozialistischen Lande, wo »planmäßig« gewirtschaftet wird, nicht vorkommen. Merkwürdiger- und unglücklicherweise existiert sie hier dennoch, und zwar in solchem Umfange, wie in keinem kapitalistischen Lande: die Zahl der Arbeitslosen (2,1 Millionen) ist nicht viel kleiner als die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter.

Die Erfolge der Landwirtschaft unter der neuen Wirtschaftspolitik sind allerdings unverkennbar. Und gerade sie wird mit keinen Krediten und keinen Dotationen unterstützt, sie arbeitet sich aus eigenen Kräften empor. Ihre Erfolge kann man keineswegs auf das Konto des Sozialismus buchen, denn 97% der landwirtschaftlichen Produktion entfallen auf bäuerliche Wirtschaften.

Die zentrale Frage der russischen Wirtschaft ist diejenige des Verhältnisses des platten Landes und der Stadt zueinander, — die Frage, was der Bauer auf dem Markte beim Eintausch seiner Erzeugnisse gegen Industriewaren erhält? Diese heikle Frage beantwortet Kryzhanovskij nicht durch »Ziffern und Tatsachen«, sondern durch einige hoffnungsvolle Redensarten. Das ist aber gerade der Knotenpunkt aller Schwierigkeiten, an welchen die Sowjetwirtschaft leidet.

Höchst zufrieden ist Kryzhanovskij auch mit dem Gange der »Vergesellschaftungsprozesse«. Auf die Betrachtung der Maßnahmen, durch die den sozialistischen Handels- und Industrieunternehmungen zum Siege über die Privatunternehmungen vom kommunistischen Staate verholfen wird, geht der Verfasser indessen nicht ein. Wenn die Regierung im Jahre 1926/27 die privaten Pachtverträge auf Mühlen einfach anulliert, die privaten Gerbereien schließt, wenn sie durch Verbote, Rohstoffe einzukaufen, die kleinen Oelmühlen, Tabakfabriken zum Erliegen bringt, — und das alles aus dem Grunde, daß die Privaten dem Bauern zu hohe Preise für die Rohstoffe zahlen, — so bezeichnet das alles Kryzanovskij einfach als einen »absoluten Zerfall« der privaten Industrie.

So bleibt es für den Leser ein Rätsel, wie es kommen konnte, daß Rußland, nachdem es der kommunistischen Regierung gelungen ist, »ein Gleichgewicht zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen herzustellen, das man als optimal bezeichnen kann« (S. 93), in die tiefe Krise, in der es sich gegenwärtig befindet, hineingeraten ist. — Diese Frage, wie alle ernsten Fragen, die die russische Volkswirtschaft betreffen, läßt Herr Kryzhanovskij unberührt.

Das Gesagte berechtigt uns, das Urteil auszusprechen, daß das Buch Kryzhanovskijs keine Aufklärung über den gegenwärtigen Zustand der russischen Volkswirtschaft dem Leser gibt.

Vielleicht besitzt aber das Buch doch einen Wert seines Zahlenmaterials wegen? Obwohl es von dem Leiter der Plankommission geschrieben ist, können wir auch das nicht sagen. Kryzhanovskij hat eine ganz eigentümliche Vorliebe nicht nur für großartige Redewendungen, sondern auch für großartige Ziffern. »Das russische Volk verlor im imperialistischen Krieg über 40 Milliarden Goldrubel (gesperrt von Kryzhanovskij), während der Bürgerkrieg und die Blockade über 50 Milliarden Rubel kosteten. In diese Verluste an Arbeit sind nicht eingeschlossen, die direkten Ausgaben zur Führung des Krieges und zur Herstellung der Kriegsgeräte, nicht der Wert der durch den Krieg verursachten Zerstörungen, nicht die durch das Sinken der Ar-

beitsproduktivität hervorgerufenen Verluste, sowie eine ganze Reihe anderer wichtiger Punkte.« (S. 8.) Also die 90 Milliarden Goldrubel bilden eigentlich nur einen unbedeutenden Bruchteil aller Verluste.

»Der Verlust an männlichen Arbeitern bis zum Jahre 1920 überstieg 14 Millionen. Außerdem verloren wir in der Zeit der Hungersnot von 1921 weitere 2—3 Millionen Arbeiter männlichen Geschlechts« (S. 23). Die zweite Ziffer stimmt ungefähr mit den vorhandenen statistischen Materialien; sie wirft auch ein gewisses Licht auf die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Was die erste Ziffer anbelangt, so ist sie selbstverständlich aus der Luft gegriffen.

Kryzanovskij nimmt aber selber seine eigenen Worte und Ziffern nicht sehr ernst. Auf der Seite 28 lesen wir: »Vor dem Krieg gab es keine Kühlhausbetriebsanlagen«, und auf der Seite 73: »Die gesamte Kapazität der Kühlhäuser, die wir aus der vorrevolutionären Epoche übernahmen, betrug 4 Millionen Pud.« Diese Kühlhäuser wurden gerade vor dem Kriege gebaut. Die Erdölgewinnung wird fürs Jahr 1926/27 auf der Seite 11 mit 8318 Tausend Tonnen, auf der Seite 51 mit 10 191 000 Tonnen angegeben. Die letztere Ziffer ist gerade die richtige. So steht es mit den »Ziffern und Tatsachen«, für die der Verfasser einen »unvergleichlichen Wert« beansprucht.

Wenn der Leser aus dem Gesagten den Schluß ziehen wollte, daß auch die in der U.d.S.S.R. erscheinende Wirtschaftsliteratur keinen wissenschaftlichen Wert besitzt, so wäre es durchaus irrig. Sie ist sehr reichhaltig und wertvoll; es fehlt in Rußland nicht an tüchtigen wissenschaftlichen Kräften. Es versteht sich wohl, daß alle Veröffentlichungen einer strengen kommunistischen Zensur unterworfen sind. Damit muß man bei ihrer Benutzung immer rechnen, und doch für sapientes geben sie eine vielseitige Beleuchtung der russischen Volkswirtschaft.

Diese Veröffentlichungen sind aber nur für den inneren Gebrauch bestimmt. Das Ausland hofft man noch immer mit solchen Werken, wie das besprochene Büchlein, abspeisen zu können. Soll das Werk keine Zweifel erwecken, so läßt man es von einem Mann, der den höchsten Posten im Wirtschaftsleben der Sowjetunion bekleidet, unterzeichnen. Wer wird es wagen, die Autorität so eines Mannes anzutasten?! (Boris Brutzkus.)

V. Rechtswesen.

VI. Politik.

Meinecke, Friedrich: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. München-Berlin, R. Oldenbourg, 1927.

In den unübersehbaren Reigen der deutschen Historiker, die auf Grund der deutschen Aktenpublikation über die Geschichte der Zeit vor dem Weltkrieg gearbeitet haben, ist nunmehr auch Friedrich Meinecke eingetreten. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen, so oft schon das Objekt unserer Nachkriegshistoriker, erneut zu behandeln und zu durchleuchten, in deren Verlauf und Scheitern der Verfasser die grundlegende Wandlung in Deutschlands historischem Schicksal beschlossen liegen sieht. Daß diese vom Weltkrieg her perspektivisch gewonnene Zäsur richtig gewählt ist, kann man u. E. bezweifeln.

Die Arbeit bringt kein Material bei, das nicht bereits bekannt wäre. Wenn sie sich über das Niveau einer Paraphrase der deutschen Akten und die Fadheit mancher zeitgenössischen Publikationen heraushebt, so deshalb, weil der Verfasser sich nicht auf den einfachen Tatsachenbericht beschränkt hat, sondern als »politischer Historiker« schreibt, es auf eine Kritik und Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten des politischen Vorgehens abstellt: »Es ist die eigentliche Aufgabe des politischen Historikers, den Druck der Verantwortung für das Staatsganze, den Zwang der Staatsräson ganz nachzuerleben. Die Staatsräson muß der Maßstab für alle seine politischen Werturteile, das Kontrollmittel für alle seine politischen Wünsche sein« (S. 9). Da diese kasuistische Diskussion mit Vorsicht und Weitblick geführt ist, und da der Verf. auch keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß das von ihm entworfene Bild nur als provisorisch, weil auf einseitigen und unzulänglichen Quellen aufgebaut, anzusehen sei, so ist eine Abhandlung zustandegekommen, für die die Wissenschaft allen Anlaß hat, dankbar zu sein.

Die Verhandlungen über einen politischen Zusammenschluß Deutschlands und Englands läßt der Verf. beginnen mit Salisburys Anregung von 1895, die Türkei unter Berücksichtigung der verschiedenen europäischen Großmächte aufzuteilen, und führt sie über Chamberlains ersten Vorschlag von 1898 bis zu dem jämmerlichen Versanden des großen Gedankens im Jahre 1901. In allen diesen Bemühungen der englischen Staatsmänner sieht der Verf. letzten Endes das Bestreben, durch Ausgleich der Interessen eine Befriedung des europäischen Kontinents (1895), ja möglichst der ganzen Welt (1901) herbeizuführen. Daneben freilich spiele der Wunsch eine Rolle, sich gegen Rußland zu sichern unter gleichzeitiger Verlegung des Kampffelds vom nahen zum fernen Orient, will also sagen: den chinesischen Markt gegen politische Eingriffe des Zarenreichs zu schützen. So habe das Angebot von 1898 noch eine stark antirussische Spitze, während 1901 dieses Motiv ganz in den Hintergrund trete: »Das überwiegende Interesse Englands war defensiv, war auf Weltfrieden, auf eine pax anglogermanica gerichtet« (S. 252).

Daß Deutschland die Verhandlungen scheitern ließ, verurteilt der Verf. scharf; das unbedingte Festhalten am Bündnis mit der Donaumonarchie war falsch, Deutschland hätte sich von dieser Macht und vor allem von ihrer Balkanpolitik lösen müssen. Ob man tatsächlich für das Scheitern der Verhandlungen einen Grund so herausheben kann, wie der Verf. das tut, erscheint zweifelhaft. Dieser fühlt das auch selbst, wenn er später allgemeiner sagt (S. 261): »Das Interesse der Konservativen an den Agrarzöllen und an der Erhaltung der Freundschaft mit Rußland, das Interesse der Großindustrie an der Flotte, die Flottenbegeisterung des Kaisers, das Interesse aller an der Erhaltung der Herrenstellung von Staat und oberer Gesellschaft gegenüber den Massen — das alles wirkte ineinander und schuf einen atmosphärischen Druck, der auch die Außenpolitik unmerkbar beeinflußte. Vielleicht liegt hier doch eine der tiefsten Ursachen für das Scheitern der Bündnisverhandlungen.«

Die damit angedeuteten allgemeineren Aspekte hat der Verf. leider nicht in seine Darstellung verwoben, die sich vielmehr als rein diplomatisch-politische Geschichtsschreibung darstellt. In dem so gesteckten Rahmen scheinen dem Verf. für die falschen Entschlüsse

der deutschen Regierung drei fundamentale Irrtümer verantwortlich: daß England in Deutschland einen »kontinentalen Degen« gegen seine weltpolitischen Gegner gesucht habe; daß eine friedliche Auseinandersetzung zwischen England und Rußland unmöglich sei; daß für Deutschland der Anschluß an Rußland ebenso möglich sei wie an England. Verkörpert sind diese drei Irrlehren dem Verf. in Bülow und Holstein. Dieses Urteil entspricht dem, was in der Literatur fast immer zu finden ist. Soweit Holstein in Frage kommt, ist es u. E. verfrüht; es gibt bisher kein genügendes Material zur Beurteilung von Holsteins Bedeutung und Motiven. Der Verf. äußert sich charakterisierend so: »Sein ganzes politisches Wirken war eine feige Nebenzimmerpolitik, die sich begnügte, das Hauptzimmer geistig zu beherrschen, ohne dies doch vollkommen leisten zu können« (S. 64); seine Ausführungen selbst aber rechtfertigen solches Urteil in keiner Weise. Holsteins — freilich späte — Instruktionen für Cowes hält der Verf. für politisch richtig (S. 39 f. und 49); bei Wilhelm II. wurde eine Stimmung erzeugt, die Holstein verwünschte (S. 63); bei den Verhandlungen von 1901 ist Holstein »zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein deutsch-englisches Bündnis den Weltfrieden zu erhalten geeignet sei« (S. 194 f.). Angesichts dessen erscheint die Uebernahme des konventionellen Urteils über Holstein ohne nähere Begründung als etwas gewaltsam.

Wenn der Verf. nun zu dem Ergebnis kommt, daß England ein Bündnis ehrlich wollte, Deutschland es bei seiner damaligen Lage annehmen mußte und die Ablehnung ein Fehler war, so macht er bei diesem Urteil aus der »Staatsräson« drei Voraussetzungen, die u. E. nicht so einfach hinzunehmen sind. Zunächst ist der Verf. der Meinung, daß der Gedanke eines europäischen Kontinentalbundes — Frankreich, Rußland und Deutschland — ein »Phantom« (S. 22), »unnatürlich« (32), »anormal« (35), »von Haus aus zum Scheitern verurteilt« (68) gewesen sei. Das sind starke Ausdrücke, für die man leider jede Rechtfertigung oder auch nur eine erklärende kasuistische Erörterung der zugrunde liegenden Fragen gemäß der »Staatsräson« sucht. Solche Auffassung ist unter deutschen Historikern üblich, aber dieser consensus vermag niemand darüber hinwegzutäuschen, daß sie objektiv nicht haltbar ist oder jedenfalls einer sehr unvoreingenommenen eingehenden Untersuchung bedürfte. Es hat auch in Frankreich zu verschiedenen Zeiten starke Kräfte gegeben, die für diesen Gedanken zu haben waren. Die Ueberlegung: »Der Kontinentalbund war ja eine Utopie und ... eine contradictio in adjecto, denn er bedeutete, daß die drei Kontinentalmächte ihre divergierenden Interessen vergessen und sich ausschließlich außereuropäischen Interessen zuwenden sollten, während doch der Primat ihres europäischen Interesses nicht nur von Deutschland, sondern auch von Frankreich und Rußland empfunden wurde« (S. 86), ist jedenfalls u. E. nicht geeignet, des Verf. grundsätzliche Ablehnung der Möglichkeit eines Kontinentalbundes irgendwie zu stützen. Sie setzt ja gerade voraus, was politisch und historisch durchaus zu bezweifeln ist, einen »Primat« der kontinentalen Interessen. Davon noch später.

Zweitens hält der Verf. dafür, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Rußland über eine eventuelle Teilung der Habsburger Monarchie unmöglich gewesen sei: »Die Zukunft Böhmens allein war schon ein Problem, an dem die deutsch-russische Allianz in die Brüche

gegangen wäre« (138); »die die freie Verfügungsgewalt des Zaren untergrabenden«, »von der Idee des slawischen Berufs Rußlands geleiteten Schichten« — waren das dieselben? — »hätten eine auch für Deutschland erträgliche Aufteilung Oesterreich-Ungarns nie verwunden«. Auch diese Konstruktion scheint uns nicht so ohne weiteres gesichert, und wenn wir sie näher untersuchen, stellen wir fest, daß auch sie unter anderem daher stammt, daß der Verf. für Rußland ohne weiteres einen Primat der europäischen Interessen annimmt.

Dies ist nun endlich die grundlegende Frage, die wir der Darstellung gegenüber aufzuwerfen haben: sieht der Verf. überhaupt die um die Jahrhundertwende doch schon ganz klar zutage liegende weltpolitische Situation richtig, den immanenten Expansionsdrang der kapitalistischen Imperialismen mit ihrem Drang nach Kolonialgebieten dieser oder jener Form, nach neuen Märkten, deren Bedeutung für sie wichtiger war als jede eventuell mögliche Erwerbung kleiner europäischer, selbst schon industrialisierter Gebiete? Sieht er auch etwa wirklich den Gegensatz, der zwischen dem Bismarckschen Deutschland und dem des neuen Kurses aus der wirtschaftlichen Situation heraus bestand und ihre Außenpolitik in verschiedene Bahnen zwang? Wir glauben nicht. Wie wäre sonst der Satz verständlich, daß »wir uns zu weit in der Weltpolitik vorgewagt« hätten (221). Oder wie könnte sonst »die kontinentale Sicherung die Grund- und Hauptaufgabe deutscher Politik« (88) sein, nämlich in dem Sinn, daß die querelles européennes jegliche politische Verständigung in größerem Rahmen unmöglich machen sollten, wie wir das oben gezeigt haben. Waren nicht gerade Verständigungen in weltpolitischem Rahmen, die die Möglichkeit eröffneten, stabilisierte Auswirkungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Art zu schaffen, das beste Mittel, kleinere noch so ernste Differenzen zu überbrücken, wie die späteren deutsch-englischen, die englisch-russischen, die englisch-französischen Verhandlungen gezeigt haben? Warum nicht auch z. B. französisch-deutsche? Und konnte es für das hochindustrialisierte Deutschland überhaupt eine Wahl geben, mußte es nicht so, wie die Dinge lagen, »Weltpolitik« treiben?

War Weltpolitik nicht das Gebot der damaligen »Staatsräson«? Wie ist es eigentlich mit dieser Staatsräson bestellt, die »den Maßstab für die politischen Werturteile« des Historikers abgibt, »dem reinen Interesse des Staatsganzen«? Wir glauben, daß es diese Staatsräson nicht in dem Sinne gibt, daß wir sie als eindeutig ansehen und als das Maß unseres Urteils benutzen können. Sie ist immer »eng verwachsen mit Traditionen, konservativen Neigungen und doktrinären Vorurteilen« (114). Ob sie den handelnden Politiker beseelt und narrt oder dem betrachtenden Historiker den Richtpunkt seiner kasuistischen Darstellung gibt; ob sie konservativ-schutzzöllnerische Interessen deckt oder eine liberal-kleinindustrielle Auffassung entwickelt. (Gerhart Lütkens.)

VII. Nebengebiete.

Kries, J. von: Die Prinzipien der Wahrscheinlichkeitsrechnung. 2. Abdruck. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1927.

Diese logischen Untersuchungen bedeuteten bei ihrem Erscheinen im Jahre 1886 Wesentliches. Sie stellten Forderungen für die Zulässigkeit der Bildung numerischer Wahrscheinlichkeiten, formulierten das zur Bestimmung von Wahrscheinlichkeiten notwendige Prinzip der meßbaren, indifferenten, ursprünglichen Spielräume, postulierten gegenüber dem bei der Aufstellung der gleichmöglichen Fälle üblichen Prinzip des mangelnden Grundes das Prinzip des zwingenden Grundes, verteidigten den objektiven Charakter der Wahrscheinlichkeit, zeigten den Unterschied zwischen nomologischer und ontologischer Wirklichkeit. Zahlreiche philosophische Untersuchungen knüpften an sie an. Noch heute wird kein Wahrscheinlichkeitstheoretiker, der sich für die Fundamente seiner Wissenschaft interessiert, an ihnen vorübergehen, denn diese Probleme sind noch heute aktuell. Die skeptische Auffassung des Verfassers: »Soviel ich sehe, haben die Gedanken, von denen aus ich alle jene zahlreichen und verschiedenartigen Probleme in Anspruch genommen habe, nur kleinen Teils und in geringem Umfang Zustimmung gefunden«, halte ich nicht für richtig.

Indessen ist der Anwendungsbereich der Wahrscheinlichkeitstheorie in den letzten 40 Jahren stark gewachsen. Damit sind zahlreiche, neue logische Probleme entstanden. Der Verfasser versucht, dem Rechnung zu tragen, indem er einige dieser Arbeiten in einem kurzen Vorwort erwähnt, und bemerkt, daß hier nicht der Platz zu ihrer eingehenden Behandlung sei.

Von den seit 1886 erschienenen philosophisch bedeutsamen Arbeiten, die nicht erwähnt sind, sei nur auf die originelle Kollektivmaßlehre Fechners, auf Poincarés Artikel über den Zufall, auf Borels populäres Buch Le Hazard, auf Zilsels »Anwendungsproblem«, endlich auf das umfassende Buch von Czuber und die stochastischen Untersuchungen von Bortkiewicz hingewiesen. Keynes hat das Indifferenzprinzip und die Beziehungen der statistischen Methode zur Wahrscheinlichkeitstheorie detailliert behandelt. Sein groß angelegtes Buch wäre wenigstens der Erwähnung wert gewesen. Tschuprow endlich hat den logischen Problemen der Korrelationstheorie allein ein ganzes Buch gewidmet und die Fundamente der mathematischen Statistik in zahlreichen Arbeiten untersucht. Der logische Bau der Wahrscheinlichkeitstheorie ist vielleicht auch heute nicht ganz befriedigend, aber vermutlich enthält die Mengentheorie den Schlüssel zu manchen noch ungelösten logischen Problemen. Es ist ohne weiteres klar, daß eine Entwicklung von 40 Jahren in einem Vorwort von 11 Seiten nicht ausreichend behandelt werden konnte. (E. J. Gumbel.)

Berichtigung:

In der Bd. 59, H. 3, S. 647—49 erschienenen Besprechung von Dr. M. Palyi über die Schrift von W. Susat »Ueber die Beziehungen zwischen Außenhandel und Volkswohlstand« fehlt der Schlußabsatz folgenden Wortlautes:

Der wissenschaftliche Kritiker dürfte also einiges an der Schrift auszusetzen haben. Er wird aber gerechterweise zugeben müssen, daß sie glänzend geschrieben ist und daß sie eine Aufgabe, die dem Verfasser vielleicht als die einzige vorgeschwebt hat, ebenso glänzend erfüllt: den Appell an den gebildeten Laien, sich von merkantilistischen Platitüden und Schlagworten nicht betören zu lassen. Das erreicht zu haben, ist allein ein Verdienst, das nicht hoch genug angerechnet werden kann.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen — Printed in Germany



ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER

60. BAND / 2. HEFT



TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1928

Band 60

INHALT DES ZWEITEN HEFTES

(Oktober 1928)

Seite

I. ABHANDLUNGEN

II. LITERATUR

III. LITERATUR-ANZEIGER

Voranzeige.

Das 3. Heft des 60. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

I. Abhandlungen: 1. Prof. John D. Black, Cambridge (Mass.): Die Lage der amerikanischen Landwirtschaft. 2. Prof. Boris Brutzkus, Berlin: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution. 3. Dr. Paul Wittek, Konstantinopel: Türkentum und Islam II. 4. Dr. Paul Eppstein, Mannheim: Die Frage nach der Wirklichkeit im historischen Materialismus. 5. Dr. W. Leontieff, Kiel: Der Kreislauf der Wirtschaft. 6. Prof. P. D. Phillips, Melbourne: Die britische Reichskonferenz von 1926 vom australischen Standpunkt. 7. Dr. Julius Deutsch, Wien: Das Abrüstungsproblem in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

II. Literatur: 1. Prof. Dr. Albert Hensel, Bonn: Staatslehre und Verfassung. 2. Prof. Dr. Paul Mombert, Gießen: Neuere Literatur auf dem Gebiet der Bevölkerungslehre.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.

Die Aufnahme eines dieser Zeitschrift zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripts steht selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verfasser nicht gleichzeitig in einer anderen Zeitschrift denselben Gegenstand behandelt.

Deutschlands internationaler Handel und das Reparationsproblem.

Von

F. W. TAUSSIG.

Die Grundfrage, die ich behandeln will, ist folgende: Besteht die Möglichkeit einer solchen Anpassung des internationalen Güterverkehrs, daß Deutschland in der Lage sein wird, seine Zahlungsverpflichtungen aus dem Dawesplan zu erfüllen? Wir brauchen nicht daran zu erinnern, daß vom 1. September 1928 ab für jedes weitere Reparationsjahr (vom 1. September bis 1. September) Deutschland die Summe von 2½ Milliarden bereit zu stellen haben wird. Nach den jetzt geltenden Bedingungen läuft die Verpflichtung unbeschränkt weiter; keine zeitliche Begrenzung ist festgesetzt, andrerseits ist weder bestimmt noch vorausgesetzt, daß sie für immer weiter laufen soll. Für den Augenblick genügt es, sich gegenwärtig zu halten, daß sie fortdauert, so lange nichts ausdrücklich unternommen wird, um sie abzulösen oder zu beenden.

Ich befasse mich nicht mit der staatsfinanziellen Seite der Sache, d. h. Deutschlands Zahlungsverpflichtungen als solchen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die finanziellen Verpflichtungen erfüllt werden und erfüllt werden können. Man darf erwarten, daß der Reichsfinanzminister dem Reparationsagenten die geforderten Gelder zur Verfügung stellen wird. Die größere Schwierigkeit liegt, wie allgemein bekannt, in der Bewirkung des Transfers an die ausländischen Empfangsberechtigten. In welcher Weise und in welchem Umfang können die Ueberweisungen aus Deutschland erfolgen? und welche Ver-

hältnissen des internationalen Handels setzen solche Ueberweisungen voraus?

Diese Fragen und ihre Beziehungen zum internationalen Handel sind es, um es noch einmal zu wiederholen, die uns im folgenden beschäftigen werden.

Es gehört zu den Elementarsätzen der ökonomischen Theorie. daß eine solche Verpflichtung, wenn sie die einzige ihrer Art ist (letztlich) nur durch einen Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr erfüllt werden kann, durch — nach dem englischen Sprachgebrauch — eine günstige, — nach dem kontinentalen — eine aktive Handelsbilanz. Lassen wir die in einer Uebergangszeit zu erwartenden Verschiebungen und Verzögerungen, Unregelmäßigkeiten von einem Jahr zum andern, und derartige gelegentliche Abweichungen außer Acht, so muß unter den oben vorausgesetzten Bedingungen eine aktive Handelsbilanz in der Höhe der erforderten Summe das fundamentale Ergebnis sein. Die Warenausfuhr muß die Einfuhr um die genannte Summe von 2½ Milliarden Mark übersteigen. Da der gesamte deutsche Warenexport und Import etwa 10 Milliarden betrug und auch heute beträgt, ist eine derartige Veränderung nicht nur absolut sondern auch relativ sehr groß. Der Warenverkehr des betreffenden Landes zu anderen Ländern muß sich ganz ungemein verschieben.

Nun zu einigen näheren Bestimmungen dieser unserer ersten generellen Behauptung, die ja auch allgemein bekannt sind. Worauf es ankommt, ist nicht die Handels- sondern die Zahlungsbilanz. Nicht die Warenbilanz allein kommt in Betracht, sondern die Bilanz aller von Deutschland geleisteten und erhaltenen Zahlungen. Um die Reparationen zu leisten, müssen die sichtbaren und unsichtbaren Kreditposten seine Debetposten übersteigen. Mit andern Worten, Deutschland muß Kreditposten haben, unter denen jene für die Ausfuhr weitaus die bedeutendsten sind, die im ganzen genommen genügen müssen, um erstens die Einfuhr — ebenfalls das Wichtigste — auszugleichen, ferner unsichtbare, nicht in den Reparationszahlungen enthaltenen Posten zu decken und endlich die Reparationen selbst zu decken, eben jene 2½ Milliarden Mark.

Was die unsichtbaren Posten anlangt, so wird es genügen, kurz daran zu erinnern, auf welche Weise sie die fundamentalen Tatsachen beeinflussen. Wir können sie in zwei Klassen einteilen,

die beide sowohl für die Soll- als für die Habenseite in Betracht kommen können.

Erstens kann es gewisse Posten verschiedenartiger Natur geben, wie Schiffahrtseinnahmen oder -ausgaben, Ankauf oder Verkauf von deutschem Eigentum durch Fremde, caritative oder aus persönlichen Beziehungen fließenden Zahlungen. Die Posten dieser Art haben für Deutschland wenig Bedeutung; im ganzen scheinen sie einander annähernd auszugleichen. Auch etwaige Aenderungen darin dürften kaum so beträchtlich sein, daß sie für das Ergebnis unserer Untersuchung ins Gewicht fallen. Wir lassen sie daher im folgenden außer Acht.

Zweitens erwachsen aus den Anleihetransaktionen Soll- und Habenposten. Erhält Deutschland eine Anleihe, so steht das ihm zur Verfügung gestellte Kapital auf der Habenseite. Danach aber ergeben sich mit den Zinszahlungen Sollposten, die andauern, bis die Anleihe zurückgezahlt ist.

Wir brauchen kaum auseinanderzusetzen, daß die häufige Vorstellung, ein Gläubigerland habe ipso facto eine aktive Handelsbilanz und umgekehrt, der Grundlage entbehrt. In den ersten Stadien seiner Anleihenentwickelung hat ein Gläubigerland eine aktive Handelsbilanz, dagegen in den späteren Stadien, nachdem jahrelang Kapital im Ausland zunehmend investiert worden ist, eine passive. Umgekehrt hat ein Schuldnerland zuerst, wenn es Anleihen aufnimmt, eine passive, später eine aktive Bilanz. Diese bekannten Uebergänge von einem Stadium zum andern zogen sich meist über lange Zeiträume hin, wie es besonders die Wirtschaftsgeschichte Englands deutlich aufweist. In unsern Tagen ist das auffallende, mit welcher außerordentlichen Schnelligkeit und in welchem Umfang sich der Uebergang von der aktiven zur passiven Situation in der Anleihenbilanz für die Ver. Staaten einerseits, Deutschland andrerseits vollzieht.

Die Anleiheposten — Kapital und Zinsen — wirken also in entgegengesetzter Richtung und laufen zu großen Summen auf. Diese sind es, die nach der Einfuhr und Ausfuhr vor allem in Betracht zu ziehen sind, wollen wir eine Voraussage über Deutschlands Lage im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen versuchen. Unsere Hauptposten ergeben sich also aus der Handelsbilanz und den Kapital- und Zinszahlungen, welche die großen und zugleich fluktuierenden Posten der unsichtbaren Bilanz darstellten. Es erübrigt sich zu sagen, daß die

Posten der Einfuhr und Ausfuhr quantitativ die größeren sind. Das ist in allen Ländern so. Es war immer so im internationalen Handel der Ver. Staaten und Großbritanniens, den beiden Ländern, in welchen früher die Anleihe- und Zinsenposten relativ am größten waren. Trotzdem wurden sie durch den wirklichen Handel, die Güter, die ein- und ausgeführt werden, weit überholt.

Wir kommen also zu unserer Ausgangsthese zurück und betonen vorerst die Vorherrschaft der Warenbewegung für das Reparations- und alle ähnlichen Probleme. Bei der ganzen Diskussion darf nicht aus den Augen verloren werden, daß Deutschland früher oder später einen wesentlichen Ausfuhrüberschuß entwickeln muß, um die vorgeschriebenen Zahlungen zu leisten.

Welches war nun die Lage in den letzten Jahren, die allein in Betracht kommen, da die Zeiten der Unruhe von 1919 bis 1924 mit ihren unstabilen Verhältnissen außer acht gelassen werden können? Die Zahlen für die letzten drei Jahre sind den daran Interessierten vertraut. 1925 zeigt einen gewichtigen Einfuhrüberschuß, 1926 einen kleinen Ausfuhrüberschuß, 1927 überwiegt dagegen wieder die Einfuhr wesentlich. Ich finde im Bericht des Reparationsagenten für 1926—27 folgende Ausgaben, welche die letzten, mir zur Verfügung stehenden korrigierten Ziffern sind (korrigiert im Bezug auf die Irrtümer in der ursprünglichen Bewertung der Einfuhr und Ausfuhr). Für das Jahr bis:

31.	Okt.	1925	übersteigt	die Einfuhr die Ausfuhr um	3618	Millionen	Mark
31.	»	1926	»	» Ausfuhr die Einfuhr um	630	»	»
31.	»	1927	»	» Einfuhr die Ausfuhr um	3066	»	»

Für die drei Jahre im ganzen genommen überwiegt die Einfuhr die Ausfuhr um 6054 Millionen Mark. Das auffallende ist der beständige Ueberschuß der Wareneinfuhr, die Fortdauer der passiven Bilanz. Für das vergangene Jahr beträgt die passive Bilanz rund 3 Milliarden Mark.

Diese Zahl kommt den durch die Reparationsüberweisungen geforderten 2½ Milliarden Mark nahe; sie steht genau auf der falschen Seite der Rechnung. Die Dinge sollten gerade umgekehrt liegen. Soll Deutschland in der Lage sein, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen, so muß es nicht eine passive, sondern eine aktive Handelsbilanz von diesem Umfang haben. Und die Frage, die sich dem Nationalökonomen als ein wissenschaft-

liches, dem Staatsmann als ein politisches Problem stellt, ist die nach der Möglichkeit einer so außerordentlichen Umstellung.

Wenden wir uns wieder der Anleihen- und Zinsverrechnung zu. Auch hier sind die bisherigen Tatsachen bekannt genug. Der Kapitalzustrom nach Deutschland ist sehr beträchtlich gewesen. Von Anfang 1924 bis Ende 1926 hat Deutschland an bekanntgegebenen Anleihen 900 Millionen Dollar oder annähernd 3½ Milliarden Mark erhalten. Außerdem sind langfristige und kurzfristige Darlehen privat untergebracht und nicht öffentlich bekannt gemacht, welche die Summe wahrscheinlich auf mehr als 4 Milliarden Mark erhöhen. Alles in allem genommen, wird man sagen dürfen, daß die Anleihen der letzten Jahre es ermöglicht haben, die passive Handelsbilanz und die bis jetzt geleisteten Reparationszahlungen auszugleichen. Das Kapital, das die Schuldner in Deutschland erhalten haben, ist an die Importeure und den Reparationsagenten weiter gegangen und hat die Zahlungen aus Deutschland ermöglicht.

Diese Verwendung von Anleihen kann — das liegt auf der Hand — nicht unbegrenzt weiter gehen; die Frage ist nur, wie lange sie fortgesetzt werden kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird binnen kurzem schon darin nachgelassen werden und binnen fünf oder längstens zehn Jahren wird dies Verfahren tatsächlich ein Ende gefunden haben. Hier, wie bei so vielem andren, das aus dem großen Krieg und seinen Folgen hervorgewachsen ist, müssen wir raschere Veränderungen, schärfere Ausgleiche erwarten, als wir nach unseren bisherigen Erfahrungen annehmen konnten. So sind z. B. die Ver. Staaten mit ungewöhnlicher Raschheit von einem Schuldner- zu einem Gläubigerstaat geworden, in Deutschland war in der kurzen Periode seit dem Krieg und besonders seit 1924 das Umgekehrte der Fall. Ich sehe voraus, daß binnen kurzem wieder ein Umschlag erfolgen und Deutschland aufhören wird, ein Land zu sein, das Kapital aufnimmt. Es ist bekannt, daß jedes Schuldnerland mit der Zeit durch seine Anleihen einen Ueberschuß auf der Soll-, nicht auf der Habenseite bekommt, da die sich anhäufenden Zinsverpflichtungen die Tendenz haben neue Darlehen auszugleichen, ja sie zu übersteigen. Und diese vorauszusehende Situation wird bei der Lage, in der sich Deutschland befindet, wahrscheinlich beschleunigt eintreten. Während die Zinszahlungen Jahr für Jahr und mit den neuen Anleihen wachsend weiterlaufen, wird das

Kapital einiger älterer Darlehen, entweder freiwillig oder weil es fällig ist oder eingefordert wird, zurückgezahlt werden. Vor allem — und das wird die Veränderung am schnellsten herbeiführen — werden in ein paar Jahren die Anleihen selbst abnehmen. Der Charakter des deutschen Volkes neigt dahin es eher zu einer Gläubiger- als einer Schuldnernation, wenigstens es auf dem Kapitalmarkt eher selbstgenügsam als abhängig zu machen. Ich habe wenig Sorge, daß die innere Steuerbelastung oder der innere Druck auf sein ökonomisches System die Quellen seiner Kapitalkraft zerstören wird. So halte ich also den Einfluß der Anleihen auf Deutschland für kurzlebig, kurzlebig wenigstens in Beziehung auf den Zeitraum, über den berechtigterweise ein Nationalökonom etwas vorauszusagen vermag. Wie lang die gegenwärtige ungewöhnliche Situation andauern wird, kann niemand genau voraussagen. Plötzliche dramatische Umschläge sind nicht zu befürchten. Wahrscheinlich ist ein rascherer Uebergang von Schuldner- zu Gläubigerbeziehungen, als es sonst der Fall ist, zu erwarten, der sich aber immerhin über einige Jahre erstrecken wird. Er kann in ein oder zwei Jahren eintreten; die gegenwärtige Situation kann sich aber auch noch über zehn Jahre ausdehnen; im ganzen würde es mich überraschen, wenn nicht binnen fünf Jahren ein wesentlicher Ausgleich einsetzte.

Halten wir uns nun die Uebergangszeit mit ihrem voraussichtlichen Resultat vor Augen, ferner die Tatsache, daß mit Anleihen, so lange sie neu gemacht werden, Auslandsverpflichtungen erfüllt werden können, sehen wir ferner voraus, daß diese Anleihen, mehr oder weniger schrittweise, nachlassen, so müssen wir, falls der Dawesplan ausgeführt wird, folgendes erwarten:

1. Weitere Anleihen, aber in abnehmender Größe.

2. Aufbau der deutschen Warenausfuhr.

3. Auch eine gewisse Zunahme der Einfuhr; da Deutschland Rohstoffe braucht und eine absolute Zunahme dieser Einfuhr die notwendige Voraussetzung der gesteigerten Ausfuhr ist.

4. Die schrittweise Herbeiführung eines Ausfuhrüberschusses und sein verhältnismäßig rasches Anwachsen: eine aktive Handelsbilanz.

5. Allmählicher Rückgang der Anleihen; die Zinsverpflichtungen aus den bestehenden Anleihen laufen weiter; die Dawes-zahlungen werden hauptsächlich aus Deutschlands eigenen inneren Hilfsquellen geleistet.

6. Abschließend eine aktive Bilanz von nicht weniger als 3½, möglicherweise 4 Milliarden Mark. Ich vermute, daß die Zahlen sich der oberen Grenze annähern würden.

Ueberlegen wir uns, durch welche Vorgänge, durch welchen Mechanismus ein solches Ergebnis zu erreichen ist.

Der erste einfache, aber fundamentale Satz lautet, daß es nur durch Preisveränderungen eintreten kann. Die Warenpreise und Geldeinkommen in Deutschland müssen sinken. Das heißt, die Waren müssen relativ billig und die Einkommen relativ kleiner werden. Nicht das absolute Niveau in Deutschland ist maßgebend, sondern das deutsche verglichen mit dem auswärtigen Niveau. Es kann sein, daß Warenpreise und Geldeinkommen in Deutschland niedriger und in andern Ländern höher sind als früher; oder sie bleiben in Deutschland gleich und steigen in der übrigen Welt; und endlich ist es denkbar, daß sie auch in Deutschland steigen, aber in noch größerem Maß in den anderen Ländern. Jedenfalls muß das relative Preisniveau sich verändern, sonst können Waren nicht in größeren Mengen aus Deutschland abfließen. Durch diese Verschiebung aber werden sie immer mehr ausströmen. Zölle und Einfuhrbeschränkung in andern Ländern können diesen Zustrom erschweren, wie sie es jetzt tun, aber auch nicht mehr als jetzt. Jedenfalls liegt der entscheidende Faktor im relativen Preisniveau.

Damit kommen wir dem Zentralproblem näher: können so große Aenderungen im relativen Preis- und Einkommenniveau herbeigeführt werden, daß der notwendige Umschlag im Verhältnis zwischen Export- und Import eintritt? Und durch welchen Mechanismus kann das geschehen?

Was die Frage der bloßen Möglichkeit anlangt, so bietet uns der Anfang unseres Jahrhunderts lehrreiche und bedeutungsvolle Beispiele. England von 1900—10 und die Ver. Staaten von 1897—1903 haben einen bemerkenswerten und raschen Umschwung ihres internationalen Handels erlebt. Die Ver. Staaten, die bereits einen Ausfuhrüberschuß hatten, steigerten diesen ganz beträchtlich. England, bei dem lange der Import überwog, erfuhr einen beträchtlichen Rückgang dieses Ueberschusses, d. h. ein relatives Steigen des Exportes. Der Umschwung in England kam einer Bilanzverschiebung von 200 Millionen Dollar im Jahre gleich, in den Ver. Staaten einem Steigen des Exportes um 500 Millionen Dollar jährlich. Dies sind Vor-

kriegsziffern, nach Vorkriegspreisen berechnet. Der Goldpreis einer entsprechenden Warenmenge beträgt heute mindestens 50% mehr als um 1900/01. Berücksichtigen wir das Ansteigen der Warenpreise in Gold ausgedrückt, so würde die erwähnte Summe heute 300 Millionen jährlich für England bedeuten und für die Ver. Staaten jährlich 750 Millionen Dollar. Das sind große Summen, wenn sie auch nicht ganz an die zukünftigen deutschen Verpflichtungen heranreichen. Aber sie sind gewichtig genug, um zu zeigen, daß rasche Veränderungen von vergleichbarer Größe nicht unmöglich sind.

Immerhin müssen diese Erfahrungen, wollen wir sie für das gegenwärtige Problem nutzbar machen, noch näher nachgeprüft werden und zwar müssen zweierlei Umstände in Betracht gezogen werden: einmal das Geld- und Bankwesen der betreffenden Länder und dann die Entwickelung des allgemeinen Preisniveaus auf dem Weltmarkt.

Erstens das Geld- und Bankwesen. Der englische und amerikanische Umschwung vollzog sich bei einer unmanipulierten Goldwährung und bei freiem Funktionieren des privaten Handels- und Zahlungsverkehrs. Das Gold konnte sich frei bewegen und das Kräftespiel des Geldmarktes, das von jeher mit dem Mechanismus des internationalen Handels verknüpft ist, war ungehemmt. Goldkernwährung und manipulierte Währung gab es nicht.

Beides aber besteht im heutigen Deutschland. Die Goldvorräte der Reichsbank sind verhältnismäßig gering. Im Umlauf befindet sich kein Gold. So lange Deutschland der Zwang auferlegt ist, die Goldwährung intakt zu erhalten, geschieht das auf eine Weise und durch Mittel, die sich wesentlich von denen der Vorkriegszeiten unterscheiden. Das Bankwesen Großbritanniens und der Ver. Staaten vor dem Krieg hatten volle Handlungsfreiheit. Die im Dawesplan vorgesehene Ueberwachung des deutschen Bankwesens dagegen verändert die Situation wesentlich. Es ist erstaunlich, was ein freibewegliches Bank-, Handels- und Industriewesen zu vollbringen, wie rasch es sich ganz veränderten Umständen anzupassen vermag. Die schwere Hand des Staates oder irgendeiner aufgezwungenen Kontrolle hemmt die Beweglichkeit und erschwert die Anpassung. Ich singe der Privatindustrie keine Lobgesänge und habe keine Vorurteile gegen staatliche Aktivität und Ueberwachung,

aber die Langsamkeit und Unelastizität, die Unfähigkeit des staatlichen Apparates, neue Situationen rasch und mit Erfolg zu beherrschen, muß offen eingestanden werden. Was in Amerika und Großbritannien bei freiem Handel vor dem Krieg geschah, gibt keinen sicheren Fingerzeig für das, was in dieser unserer Nachkriegszeit im durchorganisierten Wirtschaftsleben Deutschlands sich vollziehen wird.

Zweitens muß die Nachkriegspreisentwicklung in Betracht gezogen werden. Von 1900—14 zeigten die Preise und Einkommen eine fast ständige Aufwärtsbewegung und daran haben England und die Ver. Staaten teilgenommen. Wäre diese allgemeine Aufwärtsbewegung nicht gewesen, so hätten wir erwartet, daß der auffallende Umschwung in den internationalen Handelsbeziehungen, den wir eben für diese beiden Länder erwähnten, eine Tendenz zu sinkenden Preisen und Einkommen nach sich gezogen hätte. Wie die Dinge lagen, scheint das wesentliche Resultat — nämlich die Anpassung der Warenbewegung an eine neue Zahlungsbilanz — durch einen bloß relativen Umstand herbeigeführt worden zu sein; nicht durch ein S i n k e n der Preise, sondern dadurch, daß die Preise in Großbritannien und den Ver. Staaten nicht so sehr stiegen, wie in der übrigen Welt. Jedenfalls war die Situation für Großbritannien klar: die Preise stiegen, aber nicht entsprechend der Aufwärtsbewegung in den meisten übrigen Ländern. In den Ver. Staaten war dagegen der ökonomische Verlauf damals nicht übersichtlich und vielleicht anormal. Ich will hier darauf nicht näher eingehen, es genügt, festzustellen, daß in beiden Fällen die Anpassung sich ohne ein tatsächliches Sinken der Preise und Geldeinkommen vollzog [1]).

Kommen wir nun zu unserer Annahme stabiler Goldpreise auf dem Weltmarkt und daher eines sinkenden Preisniveaus für Deutschland als Begleiterscheinung der Reparationszahlungen zurück, so sind weitere Möglichkeiten zu bedenken.

Das Sinken der Preise für Exportwaren und daher die Zunahme ihrer Ausfuhr ist der wesentliche Faktor für den notwendigen Ausgleich der deutschen internationalen Bilanz. Bis jetzt haben wir dieses Sinken als unvermeidliche Teilerscheinung der gesamten deutschen Preis- und Einkommengestaltung betrachtet. Aber es braucht nicht notwendigerweise ein allgemeiner

---

[1]) Ich habe diese Episoden ausführlicher in meinem vor kurzem veröffentlichten Buch: »International Trade« behandelt.

Rückgang der Preise und Einkommen einzutreten, er kann sich möglicherweise auf die Exportpreise beschränken. Das ist denkbar, wenn die wachsenden Zahlungen an das Ausland Hand in Hand gehen mit verbesserten Produktionsmethoden und billigeren Herstellungskosten speziell für die Exportware und der Auslandsmarkt zugleich positive Elastizität aufweist. Vollzöge sich eine solche Entwicklung von selbst, d. h. in einer Welt ohne Reparationsproblem und sonstige störende Faktoren, so hätte sie die Tendenz, die Preise und Einkommen in Deutschland zu steigern. In der Welt, wie sie die nächsten 5 oder 10 Jahre sein wird, könnte sie höchstens die Wirkungen der Reparationszahlung neutralisieren.

Diese Möglichkeit ist nicht ohne weiteres beiseite zu schieben. Im Gegenteil, die Anzeichen sprechen dafür, daß die deutschen Exportindustrien Kraft, Fortschritt und sinkende Kosten aufweisen werden. Das vergrößerte Ausmaß, in welchem sie ihre Produkte (zu einem vermehrten Gesamtgeldwert) absetzen können, hängt allerdings nicht nur von der Elastizität der Nachfrage ab, sondern auch von der Bereitwilligkeit der anderen Länder, ihre Tarifsysteme in statu quo zu belassen und so mehr von der deutschen Ware hereinzulassen. Alle diese Dinge sind jedoch so unsicher, daß jede Voraussage sehr gewagt ist. Wie eben erwähnt, ist mein Eindruck der, daß eine gewisse Senkung in den Produktionskosten des deutschen Exportes zu erwarten steht; andererseits darf keineswegs angenommen werden, daß die Veränderung so groß und die Zunahme des deutschen (in Geld ausgedrückten) Exportes so groß sein wird, daß jene allgemeine, oben erwähnte Art der Anpassung ganz vermieden werden kann. Im besten Fall wird die Tendenz zur Preissenkung in Deutschland abgemildert werden; in gewissem Maß wird sie für die Inlandspreise und Einkommen eintreten. Die Exportpreise werden mit den übrigen fallen, wenn auch, wegen der verbesserten Technik und Organisation, noch stärker als die übrigen.

Gehen wir nun einen Schritt weiter in unserer theoretischen Analyse. Angenommen, daß Deutschland durch eine Periode sinkender Preise hindurchgeht — welche Wirkung wird das vermutlich haben, nicht nur auf die deutschen Preise, Löhne und andern Geldeinkommen, sondern auch auf das Sozialprodukt, auf den anscheinenden und wirklichen Wohlstand?

Die Geldeinkommen werden sinken, aber auch die Inlands-

preise, d. h. die Preise für die im Land produzierten Güter. Bezüglich der Tauschakte untereinander werden die Deutschen nicht besser oder schlechter stehen als zuvor. Dagegen werden eingeführte Güter teurer sein als früher, während ihnen ein geringeres Geldeinkommen gegenüber steht. Die Bedingungen, zu denen Deutschland eingeführte Waren erhält, werden zu seinem Nachteil verändert. Die quantitativen Verhältnisse des internationalen Handels — die „Tauschbedingungen des Handels", wie ich sie genannt habe, — werden weniger günstig sein.

Dies ist ein Verlust, aber nicht notwendigerweise oder sogar nicht einmal wahrscheinlich ein verhängnisvoller oder unerträglicher. Überall überwiegen die Inlandshandelstransaktionen die auswärtigen. Die Bedeutung des internationalen Handels nimmt in der Phantasie leicht zu große Dimensionen an und wird oft als Gradmesser der Prosperität der Industrie eines Volkes genommen. Und doch ist er überall kleiner als der Inlandshandel. Die Veränderung im Geldwesen und in der Preisbildung bedeutet, daß die Deutschen schlechter daran sein werden, weil sie weniger Verfügung über ausländische Güter haben; sie bedeutet nicht, daß die Grundlagen ihres Wohlstandes zerstört werden.

Selbstverständlich tritt noch ein weiterer Verlust ein. Die Deutschen werden bei ihren Inlandstransaktionen weniger Güter zum Tausch und Konsum haben. Ein Teil ihrer Hilfsquellen aus Arbeit, Land und Kapital wird der Erzeugung von Waren für den Export und der Erfüllung der Reparationen dienen. Dementsprechend werden weniger Güter für den Inlandsmarkt produziert. Während die gesunkenen Preise der Inlandsgüter an sich nichts bedeuten, wird ihre geringere Menge relevant. Aber auch dieser Nachteil kann übertrieben werden. Vergleicht man die Gesamtsumme der Reparationsforderung mit dem deutschen Gesamteinkommen, so ist sie zwar groß aber nicht unerfüllbar oder verhängnisvoll. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen muß unvermeidlich eine wesentliche und schwere Last auferlegen; doch scheint sie mir nicht so groß, daß sie die Deutschen unter ein unerträgliches Joch beugen oder ihre Vitalität zerstören würde.

III.

Bisher haben wir nur das Endresultat, nicht die Wirkungen in der Uebergangsperiode in Betracht gezogen und die Fragen

nach dem Mechanismus, den Mitteln und Wegen, durch welche die endlichen Resultate erzielt werden, ignoriert. Aber gerade diese Fragen des Mechanismus, der Zwischenoperationen sind außerordentlich kompliziert und deuten bedenklich auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die die Ausführung des ganzen Programmes in sich schließt. Es ist ein charakteristischer Kommentar für die überragende Wichtigkeit, die in unserer kapitalistischen und privatwirtschaftenden Gesellschaft den Preisen, Preisbewegungen, den Geldeinkommen und ihren Veränderungen zukommt, daß diese Faktoren für die von uns betrachtete Situation von so ausschlaggebender Bedeutung sind.

Was wir bis jetzt sagten, bezog sich auf die Situation, wenn die Abwärtsbewegung vollzogen ist, nicht auf jene, während sie sich vollzieht. Der Prozeß einer Abwärtsbewegung in Preisen, Geldeinkommen und Löhnen — der Uebergang von höhern zu niedrigern — ist immer bedrückend. Sogar die sogenannten Gebildeten, freie Berufe und Festangestellte, beklagen ein Sinken des Einkommens, selbst wenn es mit einem entsprechenden Preisrückgang zusammenfällt. Und der gewöhnliche Lohnarbeiter ist noch empfindlicher dagegen. Eine Zeit fallender Löhne ist eine solche hartnäckigen Widerstandes gegen das Unvermeidliche, sie kennt Lohnkämpfe, Streiks, Bitterkeit auf der einen, Härte auf der anderen Seite. Für die Geschäftsleute bedeutet sie Schwierigkeiten, die seelisch nicht weniger bedrückend und in den sachlichen Folgen ernsthafter sind. Schulden werden schwerer abgestoßen, das Inventar schrumpft zusammen, die Zukunft ist sorgenvoll, die Geschäftswelt steht unter einer Depression. Das alles hat seine Folgen für den gesamten Wirtschaftskörper, dessen Lebenskraft zeitenweise herabgesetzt ist.

Aber auch diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, und der Kampf gegen sie hat oft genug letztlich eine gesundende und belebende Wirkung gehabt. Die entgegengesetzte Situation, wenn die Preise steigen, hat auch ihre Schattenseiten — der bekannte Kreislauf von Ueberproduktion und Ueberinvestierung, auf die dann der Umschlag folgt. So lange es indessen dauert, ist eine Zeit steigender Preise eine anregende. Eine Uebergangszeit dieser Art wird mit guter Laune durchlebt und diese hat ihre guten materiellen Folgen. Die andere Ubergangszeit erzeugt Bitterkeit und Gereiztheit und ist von materiellen Folgen begleitet, die übel sind.

Es muß also zugegeben werden, daß die Lösung dieses Stadiums der Nachkriegsverwickelungen bei steigenden Weltmarktpreisen leichter sein wird. Eine ähnliche Preisentwickelung wie die der Jahre 1900—14 würde helfen, eine solche, wie wir sie in der Zeit von 1921—23 hatten, hinderlich sein. Der Uebergang zu einer neuen Weltstruktur der relativen Preisniveaus, wie sie die Durchführung des Dawesplanes vor hat, wird leichter sein, wenn sie nicht durch die psychologischen und wirtschaftlichen Begleitumstände eines sinkenden Preisniveaus in Deutschland erschwert wird.

Nun zu einer andern Seite unseres Gegenstandes. Sinkende Preise, sinkende Einkommen, Veränderung der Relation des Preisniveaus in den verschiedenen Ländern: — welcher Mechanismus vollzieht diese Veränderung? Vor allem ist das eine monetäre Frage. Sie hängt eng mit den Erscheinungen des internationalen Handels zusammen, schließt aber auch tiefgreifende Probleme der Geldtheorie und ihrer praktischen Anwendung in sich. Wir können uns zu dieser Frage nur mit Vorsicht äußern: es handelt sich z. T. um neue Probleme und selbst dort, wo es sich um eine vertraute Materie handelt, sind die Ansichten keineswegs geklärt.

Die Reichsbank ist unter dem neuen Regime in einer besonderen Lage. Es ist ihr auferlegt eine Währung, die tatsächlich eine Goldkernwährung ist, zu verwalten, und doch steht ihr nicht frei, wie sie das tut. Sie soll um jeden Preis die Goldparität aufrecht erhalten und muß sich im Bezug auf Notenausgabe, Depositenverpflichtungen und Reserve an bestimmte Vorschriften halten. Der Dawesplan entstand zu einer Zeit, als noch die Panik vor den Folgen der Papiergeldwirtschaft herrschte. In den Jahren 1920—25 schien der Welt das »Valuta-Dumping« ein gewichtiges Problem; meiner Ueberzeugung nach ist es ungeheuerlich übertrieben worden und die Angst der andern Länder vor den Folgen eines durch die Geldentwertung subsidierten Exportes hatte wenig Grund. Aber sie erklärt jene Vorkehrungen des Planes gegen eine erneute Entwertung der deutschen Währung. Zweifellos war das Ergebnis im ganzen für Deutschland und die mit ihm in Beziehung stehenden Länder günstig. Aber die daraus entspringende Situation fesselt die Reichsbank und läßt in mancher Beziehung neue Probleme, auf welche Weise sich die Preisregulierung in Deutschland vollziehen soll, auftauchen.

Die sich ergebenden Probleme der allgemeinen Geldtheorie sind einmal diejenigen, die sich auf den Einfluß der Diskontopolitik der Banken auf die Preise beziehen, und zweitens die mit der Quantitätstheorie zusammenhängenden. In den letzten Jahren ist der Diskontrate als Mittel der Herrschaft über die Kreditexpansion und dadurch der Preisbeeinflussung immer mehr Beachtung geschenkt worden, selbstverständlich der Diskontrate der Zentralinstitute. Die Frage, inwieweit die Diskontopolitik einer Zentralbank überhaupt geeignet ist, die Bankgeldrate im allgemeinen zu beeinflussen, können wir hier außer Acht lassen. Wo die Banken im allgemeinen ihre Fonds bis zum äußersten ausnützen, wie jetzt in England und Deutschland, darf angenommen werden, daß die Zentralbank die Oberhand hat und der Diskontsatz im wesentlichen von ihr abhängt. Schwieriger ist die Frage, ob dadurch ein dauernder Einfluß auf das Preisniveau zu erreichen ist. Gewiß kann der Einfluß an sich nicht geleugnet werden, aber sein Ausmaß und vor allem seine Dauer stehen zur Debatte. Wir brauchen uns nur an vertraute Erscheinungen zu erinnern, um zu bemerken, daß ein fortgesetzt hoher Diskont nicht notwendigerweise niedere Preise bedeutet und umgekehrt. Vor dem Krieg war der Diskont in Deutschland meist höher als in England, aber das Preisniveau eher etwas tiefer. Andererseits war der deutsche Diskontsatz höher als der französische, aber das Preisniveau der beiden Länder differierte nicht entsprechend.

Es liegt auf der Hand, daß die Diskontrate keine isolierte Erscheinung ist; sie hängt mit der allgemeinen Höhe des Kapitalertrags zusammen, hält sich darüber oder darunter, ist aber nicht unabhängig davon. Der Preisstand im Allgemeinen hängt mit der Höhe der Kapitalverzinsung im Allgemeinen nicht zusammen. Dagegen scheint es richtig, daß *Aenderungen* des Diskontsatzes das Geschäftsleben unmittelbar und beträchtlich beeinflussen und ebenso die Preisbewegung für *eine gewisse Zeit*. Die Bankrate an sich ist nicht das Bedeutsame, sondern ihre Auf- und Abwärtsbewegung. Ein stetiger Diskontsatz, sei er hoch oder niedrig, beeinflußt den Markt nicht; man kann annehmen, daß er mit dem, in dem betreffenden Lande vorherrschenden Zinssatz übereinstimmt. Das Geschäftsleben findet sich mit ihm ab und rechnet damit. Preis- und Gewinnkalkulationen gleichen sich ihm an und die Industriebewegung vollzieht sich nach ihren eigenen Gesetzen. Erst wenn Kalku-

lationen, Verträge, Engagements, Pläne, Gründungen, Kapitalanlagen und Spekulation einem andern als dem gewohnten Diskontosatz gegenüberstehen, macht sich ein wirklich wesentlicher Einfluß fühlbar.

Ich weiß, daß diese Unterscheidung gewöhnlich nicht in Evidenz gehalten wird. Viele Schriftsteller erwarten eine dauerndere Wirkung als ich auf Handel und Preisgestaltung. Es ist begreiflich, daß Geschäfts- und Bankleute solche Erwartungen hegen. Sie, besonders die Bankleute, haben es mit der unmittelbaren Wirkung, der nächsten Zukunft, zu tun und unterscheiden nicht immer zwischen dem, was zunächst und dem, was endgültig geschieht. Sie sehen die unmittelbare Wirkung eines Anziehens oder Nachlassens des Diskontosatzes und denken nicht darüber hinaus. Aber auch Volkswirte, denen ein weiterer Blick zugetraut werden sollte, vertreten die Anwendung der Diskontopolitik als eines dauernden Regulativs der Preisrichtung. Ich persönlich kann nicht umhin zu glauben, daß nur die momentane Preisbewegung beeinflußt wird, oder wenigstens beeinflußt werden kann. Der Einfluß kann einige Zeit fortdauern, aber selbst für eine kurze Periode hängt viel von andern Faktoren ab, über die auch die größten Banken keine Herrschaft haben können. Jedenfalls sind es die kurzfristigen Preisschwankungen, auf die eine Wirkung ausgeübt wird, nicht die langfristige Preisbewegung [2]).

Diese aber kommen für uns allein in Betracht. Wir haben zu fragen, welches die dauernde Preisrelation zwischen Deutschland und anderen Ländern auf Jahre hinaus sein wird und ob sie den notwendigen Warenabfluß aus Deutschland bewirken wird. Diese fundamentale Frage ruft eine andere, mit der sog. Quantitätstheorie zusammenhängende, wach.

Diese Theorie hat viele verschiedene Bedeutungen. Doch wird man darin übereinstimmen, daß die Gesamtmenge der

[2]) Es ist zu bemerken, daß die vorübergehenden Wirkungen des Diskontsatzes größer sind, wenn er steigt als wenn er fällt. Die hemmende Wirkung einer steigenden Diskontrate ist größer als die anregende einer fallenden. Auf keinen Fall aber darf man erwarten, daß die Wirkung eine dauernde sei. Eine Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens und der Preise kann anhalten, selbst wenn der Diskontsatz ungewöhnlich hoch ist und weiter steigt. Umgekehrt kann eine lange Periode der Erschlaffung verbunden sein mit einem niederen Diskontsatz und erleichterten Kreditbedingungen, die neue Unternehmungen in jeder Weise fördern würden. Dies sind aus der Geschichte des Kreislaufs der Konjunkturen vertraute Dinge.

Umlaufsmittel ein, wenn nicht das ausschlaggebende Moment für die Höhe des Preisniveaus ist; d. h. die Menge der gesamten Umlaufsmittel, alle Dokumente, mit deren Hilfe Käufe vollzogen werden können, mit inbegriffen, also nicht bloß Metallgeld und Banknoten, sondern Depositen und andere Kredite, Wertpapiere, die dazu benutzt werden, Käufe zu effektuieren usw. Für die gegenwärtige Diskussion können wir von den »abnormen« Preisphänomenen unter der Herrschaft einer Inflation absehen. Für Deutschland gehören derartige abnorme Zustände der Vergangenheit an. Für Deutschland und fast alle anderen Länder ist die Versorgung mit unmittelbarem Hand- zu Handgeld relativ stabilisiert und genau geregelt. Die Gesamtsumme aller Geldäquivalente, die in einem Gemeinwesen im Gebrauch sind, ruht aber gewissermaßen auf dieser begrenzten Menge. Ueber die Art, in welcher dieser Ueberbau auf seiner Basis errichtet ist, kann man verschiedener Ansicht sein, aber daß eine bestimmbare Beziehung besteht, kann nicht bezweifelt werden. Ferner wird allgemein zugegeben werden, daß eine sehr beträchtliche Kontraktion der Geldbasis mit der Zeit eine Verminderung des Ueberbaus und damit ein Fallen der Preise zur Folge haben wird, und umgekehrt. Und halten wir uns endlich gegenwärtig, daß wir es mit Preisbewegungen auf lange Sicht zu tun haben und deshalb mit den Faktoren, die auf große Perioden den gesamten Umlauf beeinflussen.

Wenden wir uns, unter diesem Gesichtspunkt, wieder den Folgen von Bankoperationen und der Politik einer Zentralbank zu. Letztlich beeinflussen Veränderungen des Diskontsatzes die Preise durch ihren Einfluß auf die Umlaufsmittel. Gewiß haben solche Veränderungen auch psychologische Wirkungen, aber m. E. mehr auf den Effektenmarkt und die Börse als auf Warenpreise im allgemeinen — von Geldeinkommen ganz zu schweigen. Außer in seltenen Fällen — am Höhepunkt einer Spekulationsperiode, wenn ein Krach bevorsteht — beeinflußt die Diskontrate das Preisniveau nicht unmittelbar, sondern allein durch den größeren oder kleineren Bankkredit, den Notenumlauf, Depositen- und Giroverkehr. Daher muß eine Zentralbank, wenn sie den Export fördern will, nicht nur ihre Diskontpolitik von Monat zu Monat, ja von Jahr zu Jahr überlegen, nicht nur ihre Kreditpolitik gegenüber den Exportindustrien bedenken, sondern auch den Einfluß, den ihre

Operationen auf die Preise und Einkommen des Landes im allgemeinen haben. Wo nur eine Goldkernwährung besteht, fehlt der automatische Mechanismus, den die volle und freie Goldwährung durch das Einströmen des Goldes in die Geldmenge des Landes oder sein Ausströmen aus ihr darstellt. Bedarf es nicht planmäßigen Verhaltens, einer bestimmten Politik? Wie weit kann und muß die Reichsbank — ihre gegenwärtige Stellung und Verfassung vorausgesetzt — in der Krediteinschränkung gehen, um das Volumen des Währungsgeldes zu vermindern und eine Preissenkung herbeizuführen?

Betrachten wir beispielsweise zwei Wege, welche der Reparationsagent und die Reichsbank denkbarerweise einschlagen könnten. Der eine führt zu drastischen Maßregeln, die kaum je in Betracht kämen, ist aber umso instruktiver, weil er zeigt, welche geld- und banktheoretischen Fragen entstehen.

Nehmen wir an, der Reparationsagent sei reichlich mit deutschen Geldern versehen, aber nicht in der Lage, genug Devisen zu kaufen, um die vorgeschriebenen Zahlungen an die Gläubiger-Länder zu effektuieren; er entnimmt daher der Reichsbank eine große Summe in Banknoten, d. h. er veranlaßt, daß ein Teil des Notenvorrates der Bank als ihm gehörig zurückgehalten wird. Diese so in seine Hände übergegangenen Noten ständen für die Bank auf der Sollseite; sie wäre verpflichtet, die entsprechende Deckung an Bargeld und fremden Wechseln aufrechtzuerhalten. Die Möglichkeit, ihre Noten zur Gewährung von Kredit an Deutsche zu benutzen, wäre also um so viel eingeengt.

Wäre die so reservierte und tatsächlich gesperrte Summe groß — eine Milliarde oder zwei — und würde man den Prozeß sich rasch vollziehen lassen, so würden im deutschen Handel und der Industrie sich scharfe Veränderungen vollziehen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß eine große Veränderung in der Menge der Umlaufsmittel die Preise annähernd der entsprechenden Quantitätsänderung beeinflußt, könnten wir erwarten, daß die Preise sinken. Und verfolgen wir an Hand der klassischen Theorie die Ergebnisse weiter, so ständen wachsender Export und sinkender Import zu erwarten. Die Handelsbilanz würde aktiver, die ausländischen Wechselkurse für Deutschland günstiger werden und da mehr Devisen zur Verfügung ständen, könnten die Reparationszahlungen sich leicht und glatt vollziehen. Man

lasse den Prozeß weit genug vor sich gehen, und es müssen zuletzt genügend Wechsel zur Verfügung stehen. Es ist alles höchst einfach. Eine energische Drehung des Rades verändert ein für allemal die Bewegungsrichtung der Preise, des Handels und der Industrie.

Aber in der Realität liegen die Dinge nicht so einfach. Wie viel Zeit ist nötig, bis diese vorherzusehenden Konsequenzen sich auswirken? Der Prozeß kann sich n i c h t glatt vollziehen; er kann rasch verlaufen, vielleicht auch nicht. Und das letztere scheint mir wahrscheinlich. Gewiß, eine Verengung der Geldbasis zieht ein Sinken der Preise nach sich; aber wie und wie schnell? Eine industrielle und psychologische Lage ist denkbar, in der solche Veränderungen eine Zeitlang ganz ignoriert würden: eine leise Mahnung, mehr nicht. Es gibt Verhältnisse, und in unserem Fall sind sie wahrscheinlicher, wo die Veränderung nicht nur schnell wirken, sondern eine Panik, einen allgemeinen Krach hervorrufen würde. Und obgleich ein Sinken der Preise ganz etwas anderes ist, als ein Sinken der Warenproduktion, so könnte die zu erwartende Lahmlegung der Industrie auf lang hinaus eben diesen Verlust an Produkt m e n g e herbeiführen. Was nun den Export anlangt, so gäbe es für spekulative Geschäftsleute gewiß unmittelbar ein gutes Geschäft. Aber eine wesentliche und stetige Zunahme des Exportes, wie sie allein die benötigte Menge von Devisen sichern würde, könnte sich erst entwickeln, nachdem Deutschland durch bittere und lähmende Erfahrungen hindurch gegangen wäre und zuletzt die Exportindustrien und die Produktion von zu Export geeigneter Ware ausgedehnt und sich endgültig mit dem veränderten Preis- und Einkommenniveau abgefunden hätte. Niemand kann voraussagen, wie viel Zeit ein solcher Prozeß brauchen würde, dagegen kann man wohl mit Sicherheit voraussehen, daß ehe er zu Ende gekommen, das ganze Reparationsprogramm zerfetzt und ein neues internationales Chaos zu durchleben wäre. Solche Erwägungen, wie die, in denen ich mich eben versuchte, mögen hübsche dialektische Spielereien für den ökonomischen Theoretiker sein: aber sie fassen das Problem nicht.

Wenden wir uns nun einem weniger drastischen und unpraktischen Vorgehen zu, dabei von derselben Anfangssituation ausgehend. Wir nehmen wieder an, der Reparationsagent verfüge über mehr deutsche Gelder, als er zum Kauf auslän-

discher Wechsel verwenden kann. Er deponiert sie bei der Reichsbank. Dies braucht keinen unmittelbaren oder unvermeidlichen Einfluß auf die Operationen der Bank zu haben. Sie hat nur die Gläubiger gewechselt. Der Reparationsagent tritt als großer Kreditor an Stelle des Reichsfinanzministeriums. Es liegt keine zwingende Veranlassung vor, den Notenumlauf oder die Politik der Bank in ihrer allgemeinen Geschäftsführung zu verändern, aber sie kann in dieser neuen Situation einen Grund zu einer anderen Geschäftspolitik finden. Sie muß einsehen, daß jeder große Gläubiger, wer er auch sei, einen Druck auf die Bank ausüben kann, und daß es ein großer Unterschied ist, ob das Reichsfinanzministerium oder der Reparationsagent dieser Gläubiger ist. Er ist in der Lage, energische Beschneidungen der Kreditgewährung an andere zu erzwingen.

Wie er diese Macht ausüben wird, hängt ja im wesentlichen von seinem Ermessen und dem, was er auf die Dauer für rätlich hält, ab — rätlich nicht nur für seine Auftraggeber, sondern für die Bank selbst, ihre Aktionäre und die Nation, deren Zentralinstitut sie ist. Er wird sowohl die politischen als die ökonomischen Konsequenzen radikaler Forderungen vor Augen haben. Er wird sich zweifellos mit den Direktoren der Bank ins Benehmen setzen; er wird ihnen vorschlagen, daß alles geschehen muß, um den Umfang der verfügbaren Devisen zu vermehren, daß geschäftliche Transaktionen zur Förderung des Imports erschwert, solche, die den Export steigern, ermutigt werden. Sowohl der Reparationsagent als die Bank werden die Tatsache ins Auge fassen, daß eine Politik allgemeiner Einschnürung auf das deutsche Wirtschaftsleben in einem gewissen Maß verstimmend wirken muß und werden sich gegen Klagen über fallende Preise und schlechte Geschäfte wappnen. Niemand wird voraussagen können, wie weit eine solche Politik ohne schwere Erschütterungen und Schäden für das Geschäftsleben durchgeführt werden kann. Sicher würden die deutschen Bankfachleute weniger weit gehen, als sie es unter dem Druck des Reparationsagenten tun müssen. Es kann sein, daß sie unter dem Druck dieses großen Gläubigers zu weit gehen könnten. Wird die Bremse zu plötzlich angezogen, so kann ein Krach hervorgerufen werden. Andererseits wäre ein zu vorsichtiges Vorgehen nur eine leere Geste. Es läßt sich nicht voraussagen, welches Maß von Druck noch mit Sicherheit angewendet werden kann, und wie groß es

sein muß, um den nötigen Erfolg zu sichern. Es bleibt kein anderer Ausweg, als die gute alte Methode, durch Irrtum zu lernen.

Es bleibt eben die Tatsache bestehen, daß von der finanziellen Tradition nicht abgewichen werden kann. Die Reichsbank muß sich im allgemeinen in den durch Erfahrung ausgeprobten Bahnen halten. Setzt ein Abfluß des Geldes nach dem Ausland ein, — sei es durch Reparationszahlungen oder Importforderungen — so muß die Bank der Nachfrage, so gut sie kann, mit Hilfe ihrer Vorräte an Gold und Devisen und ihrer Auslandsguthaben gerecht werden. Sie muß ihre Diskontorate erhöhen und dadurch die ausländischen Bankiers veranlassen, ihre Gelder längere Zeit in Deutschland zu belassen, ja sogar Kapital dorthin zu übertragen. Das Steigen des Diskontsatzes an sich wird unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung des Außenhandels haben, den Import hemmen und den Export fördern. Diese Wirkung wird sich nur eine kurze Frist fühlbar machen, aber so lange es geschieht — sei es ein oder zwei bis drei Jahre — muß man sie ausnützen. Einen weiteren, bedeutsameren und dauernderen Nutzen wird das Verfahren haben, indem es den inländischen Kredit herabsetzt und damit die Geschäftstätigkeit und die Preise — und auf diese Weise den Import hemmt und den Export fördert und das vielleicht auf längere Zeit. In all dem wird der Bank die Hilfsquelle früherer Zeiten n i c h t zur Verfügung stehen: ein Goldzustrom aus der inneren Zirkulation in ihre Kassen. Nur ihre Noten allein können wieder in ihre Hände kommen und dadurch wird die innere Zirkulation vermindert und die Tendenz zur Preissenkung verstärkt. Aber kann dies, — d i e s e Art der Einengung des Geldquantums — sich Monat um Monat, Vierteljahr um Vierteljahr fortsetzen und so in wenigen Jahren jene Revolution der Handelsbilanz, jenen großen Exportüberschuß herbeiführen, der das sine qua non eines endgültigen Ausgleiches ist?

Man gerät in Versuchung, die Sache ein für allemal als unmöglich zu erklären. Und doch müssen wir uns vergegenwärtigen, daß in der Vergangenheit große internationale Zahlungsoperationen sich auf unerwartete Weise vollzogen haben. Erinnern wir uns z. B. wie Frankreich in den Jahren 1872—73 die ihm durch den Frankfurter Frieden auferlegten Verpflichtungen erfüllte. Die Geschichte der französisch-deutschen Kriegsentschädigung ist wohl bekannt: sie war sehr groß und wurde mit erstaunlicher

Leichtigkeit geleistet. Ohne Zweifel waren die Umstände damals außergewöhnlich und der Fall eignet sich wenig als Präzedenzfall. Immerhin deutet er Möglichkeiten an. Weniger extreme, aber vielleicht um so lehrreichere Fälle sind jene schon erwähnten im Welthandel Englands und der Ver. Staaten zu Anfang unseres Jahrhunderts. In beiden Fällen vollzogen sich große Umstellungen, die zu einer Exportzunahme und verbesserten Handelsbilanz führten, mit so wenig Reibung, daß die Geschäftswelt kaum bemerkte, daß etwas ungewöhnliches sich vollzog. Durch welchen Mechanismus geschahen diese Uebergänge? Es ist anzunehmen, daß die ausländischen Devisenkurse, die Diskontosätze und die Bargeldbewegung zwischen den verschiedenen Ländern sich änderte, daß die Preise dort stiegen, hier fielen. Niemand hat im einzelnen den Verlauf dieser Erscheinungen untersucht, wir wissen kaum mehr als das Ergebnis. Aber der Umschwung vollzog sich.

Die so angeregte Frage kann in allgemeinerer Form gestellt werden. Nicht nur große Veränderungen in der Handelsbilanz, sondern auch geringfügige sind durch einen bis jetzt noch nicht entsprechend geklärten Mechanismus hervorgerufen worden. Man weiß allgemein, daß die Handelsbilanz sich mit anscheinender Leichtigkeit und gewiß mit erstaunlicher Schnelligkeit der Zahlungsbilanz anpaßt. Wenn z. B. etwas geschieht, was die Zahlungsbilanz zu Ungunsten des Landes beeinflußt — wenn es aus irgendeinem Grund größere Zahlungen als bisher an fremde Länder zu machen hat — wächst seine Warenausfuhr rasch und ermöglicht so die Zahlungen. Einem bedeutenden Kapitalexport z. B. folgt eine bedeutende Warenausfuhr. Sie folgt so rasch, daß man versucht ist zu sagen, Kapitalexport rufe ein für allemal durch einen automatischen Prozeß ein Ausströmen der Waren hervor. Diese rasche Reaktion hat sich bei jedem Geldsystem gezeigt. Sie ist in Erscheinung getreten, wenn die betreffenden Länder eine Goldwährung, wenn einige eine Gold-, andere eine Silberwährung hatten, oder wenn sich Metall- und Papierwährung gegenüberstanden, oder alle eine Papierwährung hatten. Diese Erscheinung hat mich nicht wenig beschäftigt und doch muß ich eingestehen, daß ich keine Erklärung, die standhält, dafür zu geben vermag. Wir mögen mit einiger Zuversicht theoretisieren, aber auf festem Grund stehen wir nicht. Wir sehen, was geschieht; wie es geschieht, wissen wir nicht mit Sicherheit.

Auffallend ist, wie ich schon angedeutet habe, eines: daß diese Dinge sich anscheinend leichter zu ordnen scheinen, wenn die schwere Hand des Staates nicht auf ihnen lastet. Wenn Handel und Industrie sich selbst überlassen bleiben, haben sie eine ungewöhnliche Fähigkeit, sich neuen Situationen anzupassen. Wir können nicht so weit gehen, zu sagen, alles könne erreicht werden, wenn man nur die Bankiers, die Exporteure und Importeure und Industriellen ihren Geschäften nachgehen läßt, und vertraut, daß sie auch den schwierigsten Anforderungen gewachsen sind. Trotzdem ist es richtig, daß sie große Schwierigkeiten bewältigen können, wenn sie sich selbst überlassen bleiben. Sie vollziehen eine Folge versuchsweiser Anpassungen; jede der aufeinander folgenden Phasen wird behandelt, wie sie es erfordert; kommt eine Geldklemme, so arrangiert man Stundungen und zuletzt sind irgendwie Dinge geschaffen, die zuerst unmöglich schienen.

So stehen wir nach verschiedener Richtung auf unsicherem Grund. Wir können nichts über die Wirkung einer Bankpolitik und der Diskontorate, wenn sie lange Zeit auf dieselbe Weise festgehalten werden, mit Sicherheit aussagen; ebensowenig darüber, wie ein vermehrter Preisdruck den erwünschten Zweck — vermehrte Ausfuhr — fördert, oder wie vorsichtig er sein muß, um eben diesen Zweck nicht zu vereiteln. Wir kennen die genaue Art in der sich die wechselnden Ströme der Warenbewegung zwischen den Ländern tatsächlich vollziehen, nicht. Wir sehen allerdings, daß der ökonomische Organismus oft eine unerwartete Fähigkeit zeigt, sich neuen Bedingungen und einer neuen Umwelt anzupassen. Ich bin kein Freund der biologischen Analogie, doch deutet sie die Komplexheit des Problemes an.

Es mag scheinen, als verzichte der Volkswirt, wenn er so zögernd und bedingt spricht, auf seine Funktionen. Kann er, trotz all seines Fachwissens und langen Studiums, keine positive Antwort, keinen Rat geben? Er könnte antworten, daß seine Aufgabe nicht das Beraten, sondern das Erklären, nicht die Prophezeiung, sondern die Analyse ist. Aber er kann wenigstens versuchen, mit einem Rat zu helfen und so sehr er sich hinter eine rein wissenschaftliche Haltung zurückzieht, ist er bereit genug, zu raten und vorherzusagen, wenn er klar sieht. Aber es ziemt ihm mehr, gewisse Grenzen seiner Wissenschaft zuzugeben. Er kann sagen, daß nach dem jetzigen Stand der

ökonomischen Theorie er besser die Richtung einer Entwickelung vorauszusehen vermag, als ihr Tempo. Und er kann ferner sagen, daß während der längeren oder kürzeren Zeitspanne, die eine gewisse Entwickelung fordert, neue und unerwartete Faktoren auftreten können, welche die Vorhersage des Unterrichtetsten, des Gelehrtesten und Weisesten zunichte machen können.

Trotzdem und nachdem alles gesagt ist, fragt uns jeder, so wie jeder sich selbst frägt: »Kann der Dawesplan, so wie er vorgesehen ist, ausgeführt werden? Kann man keine Meinungsäußerung wagen? Liegt alles im Schoße der Götter?« Ich riskiere eine Antwort — nicht ohne Bangen und in dem vollen Bewußtsein, daß die Tatsachen mich Lügen strafen können. Meiner Ansicht nach kann die Sache nicht ausgeführt werden. Die volle Erfüllung des Dawesplanes, wie er heute steht, scheint wir sehr unwahrscheinlich. Der ungeheure Umschwung im deutschen Welthandel kann durch den zur Verfügung stehenden Finanz- und Geschäftsmechanismus in der durch den Plan vorgesehenen Periode nicht herbeigeführt werden. Zugegeben, daß für ein oder zwei und drei Jahre die weitere Gewährung von Darlehen durch die Ver. Staaten und anderen Ländern an Deutschland die geforderten Zahlungen ermöglichen, zugegeben, daß große Umwälzungen ähnlicher Art in der Vergangenheit stattgefunden haben, daß die Geschäftswelt sich mit erstaunlicher Findigkeit neuen und unerwarteten Situationen anpaßt; zugegeben, daß der Mechanismus des internationalen Zahlungsverkehrs außerordentlich zweckmäßig und manchmal mit erstaunlichen substantiellen Resultaten arbeitet: trotzdem scheint es mir doch unwahrscheinlich, daß das festgesetzte Programm ausgeführt werden kann.

IV.

Aber der Dawesplan ist ja ein Plan, keine Tatsache und auch keine eiserne Notwendigkeit. Seine Autoren hatten keine vollkommene Lösung im Auge, sondern etwas, das der unmittelbaren Not abhelfen und einer endgültigen, dauernden Vereinbarung den Weg bereiten könne. Schon durch den Umstand, daß für die jährliche Zahlung von 2½ Milliarden kein Zeitpunkt fixiert ist, an dem sie aufhören soll, wird zugegeben, daß man nicht annimmt, sie solle unbegrenzt weiter laufen. Niemand kann sich vorstellen, daß sie für immer dauern soll; fast jeder wird zugeben, daß sie sich nicht auf eine lange Reihe von Jahren

erstrecken kann. Sie läuft nur, bis irgendein Uebereinkommen erreicht ist, das — nicht provisorisch und vorübergehend, sondern endgültig und dauernd — die Natur, die Art und die Daten der Verpflichtungen festsetzt und den Weg für ein eventuelles Aufhören aller Verpflichtungen bereitet.

So etwas ähnliches hat offensichtlich dem Reparationsagenten vorgeschwebt, als er den folgenden Satz seines letzten Berichtes entwarf:

> »Mit der Zeit und der Zunahme praktischer Erfahrung wird es immer deutlicher, daß weder das Reparationsproblem noch die andern mit ihm zusammenhängenden Probleme endgültig gelöst werden, ehe nicht Deutschland eine bestimmte Aufgabe gestellt ist, die es auf eigene Verantwortung, ohne fremde Ueberwachung und ohne Transfer-Protektion lösen kann. Dies ist, meiner Ansicht nach, die Hauptlehre, die aus den verflossenen drei Jahren zu ziehen ist und sie sollte allen Beteiligten stets gegenwärtig sein, während die Durchführung des Planes fortfährt, sich auszuwirken.«

Etwas derartiges dachten auch viele andere, Funktionäre, Sachverständige, unbeteiligte Beobachter. Es wäre durchaus voreilig, vorauszusagen, wann, auf welche Weise und in welchem Ausmaß das gegenwärtige Programm modifiziert werden wird, aber das stetige und weitverbreitete Anwachsen der Ansicht, die für Modifikationen ist, läßt es durchaus möglich erscheinen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein zweites und endgültiges Abkommen erreicht wird.

Indessen darf nicht vergessen werden, daß keine Revision Deutschlands Verpflichtungen auslöschen kann. Sie wird sie bloß modifizieren, die Art ihrer Erfüllung umwandeln und eine größere Freiheit im Bezug auf die kürzere oder längere Zeit lassen, über die sich die Transaktionen hinziehen. Deutschland wird weiterhin gewichtige Zahlungen an das Ausland zu leisten haben, vielleicht werden sie nicht so hoch sein, wie die jetzt in Kraft stehenden und weniger starr in bezug auf die Termine, aber trotzdem schwer. Im wesentlichen muß dasselbe materielle Resultat erreicht werden. Derselbe Umschwung in Deutschlands Welthandel muß eintreten. Daher müssen die Vorkehrungen für die Zukunft im wesentlichen so getroffen werden, als bleibe der Dawesplan mit unerbittlicher Strenge in Kraft.

Zum Schluß möge es daher erlaubt sein, kurz anzugeben,

welchen Weg die deutschen verantwortlichen Stellen einschlagen können, um ihr Land aus den Fesseln zu lösen, die die Kriegsabrechnung ihm auferlegt.

1. Eine Bank- und Finanzpolitik, die jede Tendenz zu Preissteigerungen und spekulativer Aktivität ablehnt und entschlossen die entgegengesetzte Tendenz akzeptiert, die sich aus Vorsicht und Einschränkung der Inlandskredite ergibt. Der Diskontmechanismus möge sein äußerstes leisten; eine manipulierte Währung möge leisten, was sie vermag.

2. Eine Bankpolitik, welche zugleich die Exportindustrien begünstigt, ihnen großzügig Kredit gewährt und ihre Entwickelung zur Leistungsfähigkeit unterstützt.

3. Weitere Auslandsanleihen, aber nicht für längere Zeit. Sie mögen noch einige Jahre geduldet, ja sogar begünstigt werden, aber nicht länger. Und so lange sie weitergehen, sollten sie vor allem für die Exportindustrien fruchtbar gemacht werden. Ueberhaupt sollten sie auf Zwecke beschränkt werden, die unmittelbar der Stärkung des industriellen Lebens von Deutschland zugute kommen. Die Tatsache, daß unter allen Umständen diese Anleihen nur eine vorübergehende und Uebergangserscheinung sein dürfen, muß aufrichtig erfaßt werden.

4. Sofortiges Aufhören von Anleihen, deren Ergebnisse für staatliche und Gemeindezwecke gedacht sind, die nur dem unmittelbaren Komfort und der Bequemlichkeit dienen. Eine derartige Kapitalverwendung kann gewiß gelegentlich die physische und intellektuelle Leistungsfähigkeit steigern; aber diese Erwägungen müssen für die Gegenwart und unmittelbare Zukunft beiseite geschoben werden. Dasselbe gilt für die im engeren Sinn produktiven Darlehen, die sich aber erst auf längere Frist nutzbar machen: große Investierungen in Anlagen, deren endgültiger Gewinn durch Verbilligung von Arbeitsleistung und Güterproduktion erst nach ein oder zwei Jahrzehnten in Erscheinung tritt. All dies ist ein quasi-Luxus, auf den Deutschland vorerst verzichten muß.

5. Eine Handels- und Zollpolitik, die nach beiden Seiten großzügig ist, die andere Länder anreizt, deutsche Ausfuhr aufzunehmen und sie zugleich nicht durch eine Zurückweisung ihres Importes verstimmt. Schutzzoll für Landwirtschaft ist ein höchst zweifelhaftes Verfahren. Die Kosten sind enorm, die erreichbare Einfuhrherabsetzung ist gering. Im allgemeinen ist es nicht die

Verminderung des Importes, durch den die notwendige Veränderung der Handelsbilanz erreicht wird, sondern durch die Zunahme des Außenhandels überhaupt und eine relative Zunahme der Ausfuhr.

Ueber diesen letzten Punkt noch ein Wort. Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen wird durch ein Anschwellen des Welthandelsvolumens gewinnen. Ich gebe mich keinen utopischen Erwartungen im Bezug auf eine Revolution in der Handelspolitik der europäischen Staaten hin — Vereinigte Staaten Europas oder einen allumfassenden Zollverein sehe ich nicht voraus. Was mit Aussicht auf Erfolg angestrebt werden kann, ist eine Herabsetzung der allgemeinen hohen Zollschranken. Eine umfassende Ausdehnung der Meistbegünstigungspolitik ist der meistversprechende Schritt. Gegenseitiges Herabsetzen der Zollschranken, gegenseitiges Hinnehmen einer vergrößerten Einfuhr und Ausfuhr, ein System nicht des Freihandels, sondern gemäßigten Schutzzolls — nach dieser Richtung liegen die wesentlichen Möglichkeiten eines Fortschrittes. Deutschland hat den Weg zu einer allgemeinen Meistbegünstigungspolitik zuerst beschritten, ist aber in seiner eigenen Tarifpolitik nicht eindeutig gewesen. Abschaffung der Nahrungsmittel- und Rohstoffzölle und ein gegenseitig gemäßigtes System von Industriezöllen, — das scheint der Weg, auf welchem der Wiederaufbau Europas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen gefördert werden kann. Beide Punkte dieses Programmes sollte es nebeneinander fördern.

Alles oben gesagte bietet wenig Neues. Es ist dem Wesen nach eine Skizze des Verhaltens der deutschen Regierung und der führenden deutschen Geschäfts- und Finanzleute in den Jahren nach Feststellung des Dawesplanes. So weit ein Fremder zu urteilen vermag, haben die verschiedenen Beteiligten sich durch sonstige Meinungsverschiedenheiten nicht an der Durchführung der so gekennzeichneten Politik hindern lassen. Und so dürfen wir in der Zukunft mit noch mehr Mut und Ausdauer rechnen, mit weiterem geduldigem Hinnehmen unwillkommener Bedingungen und ihrer unwillkommenen Begleiterscheinungen, einer gemäßigten und versöhnlichen Haltung, der schrittweisen Vorbereitung für den Bedarf jedes neuen Jahres, wie er sich herausstellt — ohne daß dabei das letzte wirtschaftliche und politische Ziel aus dem Auge verloren wird, das mit unerschütterbarer Entschlossenheit angestrebt wird. —

Die Quasirente in Marshalls Lehrgebäude.

Von

REDVERS OPIE.

»Wir können wirtschaftlichen Dogmen keine Allgemeingültigkeit zuschreiben. Denn derjenige Teil der Wirtschaftstheorie, der allein auf Allgemeingültigkeit Anspruch machen kann, hat keine Dogmen. Die Theorie ist keine Sammlung konkreter Wahrheiten, sondern ein Werkzeug zur Entdeckung konkreter Wahrheiten . . .« »Die eigentliche philosophische Begründung (der Wirtschaftstheorie) liegt darin, daß sie uns ein Werkzeug darbietet, das unser Denken unterstützt [1])«. In diesen Sätzen drückte Marshall in seiner Antrittsvorlesung im Jahre 1885 aus, daß die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft darin besteht, ein Werkzeug zur Analyse des Wirtschaftslebens zu schaffen. Obgleich er glaubte [2]), daß schließlich ein Teil dieses Werkzeugs die Form einer reinen oder abstrakten Theorie annehmen werde, hielt er es für zweckmäßig, diese Theorie auf der Arbeit der älteren Nationalökonomen aufzubauen, selbst wenn dadurch »in gewissem Maße die Allgemeingültigkeit des Ausdrucks« geopfert werden müßte. In seinen Bemühungen, das »Rüstzeug der Forschung« zu vervollkommnen, führte er sowohl neue Begriffe als auch neue Namen für alte Begriffe ein, von denen einige in die zeitgenössische Wirtschaftswissenschaft aufgenommen worden sind. Mit Hilfe von Edgeworth hat J. M. Keynes in seinem Nachruf für Marshall die hervorstechendsten davon zusammengestellt [3]), und in dieser Uebersicht wird ein wichtiger Platz der »ausdrücklichen Einführung der Zeit als Faktor der Wirtschaftsanalyse« zu-

---

[1]) »Memorial of Alfred Marshall«. Herausgegeben von A. C. Pigou. S. 158 bis 159.

[2]) A. a. O. S. 160.

[3]) A. a. O. S. 41—46.

gewiesen [4]). Keynes hielt es für angebracht, mit diesem »zeitlichen Element« eine Anzahl von anderen Begriffen zu verbinden, die alle für eine klare Wirtschaftsanalyse wesentlich sind und zu denen die Theorie der Quasirente und die Unterscheidung zwischen »direkten« (prime) und »zusätzlichen (supplementary) Kosten« [5]) gehörte. Nicht zum wenigsten weil das zeitliche Element »im Mittelpunkt der Hauptschwierigkeit fast jedes ökonomischen Problems« steht, erlaubte sich Keynes das Urteil, daß dies der unvollständigste und unbefriedigendste Teil von Marshalls Analyse sei [6]). Wahrscheinlich ist das der Grund dafür, daß man nicht behaupten kann, die Theorie der Quasirente sei allgemein in die volkswirtschaftliche Literatur aufgenommen worden. Es mag auch die Tatsache erklären, daß mindestens ein bedeutender europäischer Nationalökonom nicht »der ungeheuren Wichtigkeit« gerecht wird, »die Marshall der Unterscheidung zwischen kurzen und langen Perioden bei der Bildung von rentenähnlichem Einkommen beilegt [7]).

Der Grundgedanke stammt jedenfalls aus der Analyse des Zeitfaktors, und Marshall war sich bewußt, daß der Begriff der Quasirente daraus erwachsen ist. Dagegen hat er etwas anderes nicht so ausdrücklich und so befriedigend herausgearbeitet, nämlich die Beziehung zwischen der Quasirente und den verwandten Begriffen: direkten und zusätzlichen Kosten, der repräsentativen Firma und dem Begriff des normalen Werts. Darauf wies Edgeworth hin, als er schrieb [8]): »Ihm, der zuerst die Bedeutung der

---

[4]) A. a. O. S. 43.

[5]) Die Marshallsche Unterscheidung zwischen prime und supplementary costs ist nicht ganz entsprechend wiederzugeben. Die erstere Kategorie umfaßt Roh- und Hilfsstoffe, Löhne, aber nur soweit als sie täglich oder wöchentlich gezahlt werden, d. h. bei Betriebseinschränkungen wegfallen, und jenen Teil der Abnützungsquote der Anlagen, um welchen die Abnützung bei Einschränkung oder Stillegung des Betriebs geringer wird. Je nach Zweck und Standpunkt der jeweiligen Untersuchung oder Ueberlegung verschieben sich beide Kategorien gegeneinander. Vgl. Marshall, Principles, V. Buch, 4. Kap., § 4. (Anmerkung des Uebersetzers.)

[6]) Die Notwendigkeit, den Einfluß der Zeit zu erforschen, wurde von Marshall zum erstenmal festgestellt, als er (1908) aufzählte, in welchen Richtungen noch »ungeheuer viel zu tun wäre«. Memorial, S. 417.

[7]) Dagegen: F. A. Fetter: »Er (der Begriff der Zeit) mag vielleicht als ein unentwickelter Gedanke angesehen werden infolge des neuen Modus, nach dem Kosten und Rente behandelt werden.« (»The Passing of the Old Rent Concept« [Das Verschwinden des alten Rentenbegriffs], Quarterly Journal of Economics, Band XV, S. 431.)

[8]) Papers Relating to Political Economy, Band I, S. 94.

Quasirente einsah und ihre Merkmale kennzeichnete, überlasse ich es, die Beziehung dieses Begriffs zu den ‚direkten‘ und ihrem Korrelat, den ‚zusätzlichen‘ Kosten auseinanderzusetzen«. So unvollständig der Gedanke auch ausgeführt sein mag, so gehörte Edgeworth doch zu denjenigen, die seine Wichtigkeit sofort erkannten und die die Unterscheidung zwischen Rente und Quasirente freudig begrüßten, da es sich vielleicht »erweisen würde, daß diese Unterscheidung ebenso wichtig ist wie die Entdeckung des Rentenprinzips selbst« [9]). Wie hoch er den Begriff schätzte, und wie bereit er war, ihn anzuwenden, zeigte Edgeworth dadurch, daß er ihn beim Problem der Belastung durch eine städtische Grundstückssteuer bei der Aufstellung zweier Gesetze zugrunde legte, von denen das eine sich auf die eigentliche Rente, das andere auf die Quasirente bezog [10]). Er war ein hervorragender Geist: Geringere als er haben die von Marshall ausgesäten Gedankengänge nicht so bereitwillig aufgegriffen und so fruchtbar verarbeitet. Selbst Professor Pigou, »Marshalls Lieblingsschüler und Nachfolger«, der in mancher Beziehung die Gedanken seines Meisters zur vollen Reife brachte [11]), hat nicht versucht, den Begriff der Quasirente ausdrücklich seinem System einzufügen. Und obgleich eine enge Beziehung zwischen der Quasirente und den direkten und zusätzlichen Kosten besteht, hat Professor J. M. Clark es zustande gebracht, eine ganze Abhandlung über »Die Theorie der Generalunkosten« (»The Economics of Overhead Costs«) zu schreiben, ohne den Begriff der Quasirente anzuwenden.

Es gibt nichts in Marshalls Analyse, was deutlicher seine Ansicht von der Wirtschaftstheorie als einem Werkzeug ausdrückt, oder was mehr im Zentrum seiner analytischen Methode steht, als dieser Begriff der Quasirente. Daher wollen wir untersuchen, in welcher Beziehung sie bei Marshall zu dem zeitlichen Element, dem Begriff, von dem sie abgeleitet ist, steht, ehe wir dazu übergehen, ihre Beziehung zu anderen Begriffen zu betrachten und zu prüfen, was sie möglicherweise leisten kann.

Die Genesis des Begriffs hat Marshall uns übermittelt, als er die Anwendung des Ausdrucks Quasirente und die damit verwandte Unterscheidung zwischen Rente und Zins gegen Professor J. B. Clark verteidigte. Das Wesentliche des Gedankens wurde im Jahre 1868 formuliert — wenn er auch erst allmählich ent-

---

9) A. a. O. Band III, S. 10.
10) A. a. O. Band II, S. 215.
11) »Memorial«, S. 45.

wickelt wurde — unter der Anregung der Kritik der orthodoxen Kostenwerttheorie durch Macleod. Er gestand Macleod alles zu, was dieser für kurze Perioden behauptete. Und tatsächlich, wenn auch (noch) nicht dem Namen nach, betrachtete er Löhne und Profite so, als hätten sie »die Natur von Renten für kurze Perioden« [12]). Es ist bemerkenswert, daß Marshall, obgleich er bei anderen Gegenständen Meinungsänderungen häufig zugab, in diesem Punkte derselben Ansicht geblieben ist, wie vor 1870, und daß er für die Aufrechterhaltung dieses Standpunkts kämpfte. Nicht etwa, daß er Wert auf die Anwendung der Ausdrücke als solcher legte, denn diese betrachtete er als eine »bloß opportunistische Angelegenheit«, bei der jedermann sogar »gegen seine eigene Meinung positiv nachgeben sollte, wenn er glaubt, dadurch die gegenseitige Verständigung zu erleichtern« [13]). Aber hier handelte es sich um eine bestimmte Lehre, und hierbei »ist nur Wahrheit von Wert: nicht Frieden« [14]). Und Marshall nahm es damit so ernst, daß es ihn irritierte, wenn man behauptete, er versuche divergierende Grundanschauungen zu »versöhnen«. Wenn Marshall also der Kritik gegenüber an seinem Begriff der Quasirente festhielt, so muß man annehmen, daß das deshalb geschah, weil er fest an den Nutzen dieses theoretischen Hilfsmittels glaubte, und nicht weil er für einen von ihm selbst geschaffenen Ausdruck voreingenommen war.

Ein Ausdruck kann zuviel einschließen, um noch nützlich zu sein: bei oberflächlicher Betrachtung scheint diese Gefahr bei dem Begriff der Zeit vorzuliegen; bei näherer Untersuchung wird man jedoch sehen, daß das »Element der Zeit« nur ein umfassender Ausdruck ist, um diejenigen Schwierigkeiten zu bezeichnen, die aus der Tatsache entstehen, daß nur die Götter in die Zukunft sehen können, und daß »selbst Jupiter, wie die Alten gesagt haben würden, keine Pläne für die Vergangenheit macht« [15]). Entfernung war früher ein ernstes Hindernis für den Ausgleich wirt-

[12]) »Memorial«, S. 414. In den »Principles« werden Mac Leods Verdienste nicht anerkannt, dagegen wird Senior angeführt als derjenige, der darauf hingewiesen hat, daß das »Element der Zeit den Schlüssel für die Trennung zwischen Renten und Profiten enthält«. (»Principles of Economics«, 2. Aufl. 1891, S. 453, Fußnote. Siehe auch 1. Aufl., S. 493, Fußnote.)

[13]) »Memorial«, S. 418. »Aus diesem Grunde habe ich den Gebrauch des Wortes Kapital gewechselt, aber ich habe meine Lehren über das Kapital nicht um eines Haares Breite geändert.« (Sperrungen vom Verfasser.)

[14]) »Memorial«, S. 418.

[15]) Edgeworth a. a. O., Band I, S. 94.

schaftlicher Kräfte: mit der fast zeitlosen Uebertragung von Tönen und Bildern ist das Element der Unsicherheit bei diesem Faktor enorm vermindert worden. Aber die wissenschaftliche Phantasie hat noch keinen ähnlichen Erfolg mit dem Zeitablauf gehabt. Es scheint keine Möglichkeit zu bestehen, die in weiter Zukunft liegenden Jahre kaleidoskopartig auf eine Leinwand zu projizieren, und das menschliche Handeln wird weiter von einem Faktor verschieden beeinflußt werden, je nachdem er in der Gegenwart liegt oder in der Zukunft. Die Bedeutung dieser Tatsache kommt in der Behauptung zum Ausdruck, daß der Begriff der Quasirente überflüssig wäre, wenn im Wirtschaftsleben die Wirklichkeit immer den Erwartungen entspräche [16]). Wenn ein Mann Konsols kauft, und wenn ein Mann in seiner Fabrik eine neue Maschine zur Zigarettenherstellung einstellt, so tut er das in beiden Fällen aus demselben Grunde, nämlich wegen des Einkommens, das er beziehen will oder zu beziehen erwartet. In dem ersteren Falle schaltet jedoch das Recht viele unvorhergesehene Zwischenfälle aus, die im Fall der Maschine im Laufe der Zeit bemerkbar werden können. Diese Zufälligkeiten können sämtlich unter den Begriff der Abweichung vom Gleichgewichtszustande gefaßt werden, der zur Zeit der ursprünglichen Anlage herrschte. Bei den täglichen Geldern, die dem Phänomen des reinen Zinses am nächsten kommen, ist der Lage keine Zeit gelassen, sich zu verändern. Wenn dagegen eine Maschine einmal angeschafft worden ist, ist das Einkommen während einer kurzen Zeitperiode (kurz im Verhältnis zu der Lebensdauer der Maschine und zu der Zeit, die zum Bau einer neuen gebraucht wird) nicht nur von den Produktionskosten, sondern auch von den auf lange Sicht gerechneten Ertragserwartungen unabhängig. Für kurze Perioden ist dieser Ertrag verschieden von dem Zins auf tägliche Gelder. Für längere Perioden jedoch werden die Menschen, vorausgesetzt, daß der Ertrag dieser Art Anlagen ihren Erwartungen nicht entspricht, durch ihre Erfahrungen lernen, solche Anlagen nicht zu machen. So ist dann also der Ertrag auf lange Sicht analog dem Zins, da ein Zusammenhang zwischen Ausgaben und Ertrag (Kosten und Wert) besteht, ähnlich wie beim Kapitalzins.

Die Verhältnisse und Bedingungen der kurzen Perioden sind in hohem Grade individuell, darum sind sie sehr schwer auf Regeln oder Schemata zurückzuführen. Sie sind in einem Sinne mehr

[16]) Siehe Marshall »Principles«, 2. Aufl., S. 482.

dynamisch als die Umstände langer Perioden, insofern sie nämlich Gleichgewichtszustände darstellen, die weniger stabil sind; aber in einem anderen Sinne sind sie statisch, insofern nämlich, als Veränderungen, die in langen Perioden unvermeidlicherweise eintreten werden, hier ausgeschaltet sind. Dennoch steht eine jede Situation einer kurzen Periode in enger Beziehung zu langen Perioden, da sie die Erwartungen der Menschen von der Zukunft beeinflußt, und sich in der Erinnerung der Menschen erhält und sich so in die Zukunft projiziert. Es ist nicht paradox, wenn Marshall gleichzeitig sagt, daß es in langen Perioden keine Quasirenten gibt (d. h. daß der Begriff der Quasirente da nicht notwendig ist, weil sie aufhört als besondere Kategorie zu existieren), und daß Quasirenten zwar in kurzen Perioden kein notwendig auftretender Einkommenszweig, aber in langen Perioden unvermeidlich sind [17]). Denn der Betrag einer Reihe von Quasirenten über eine längere Zeitperiode bestimmt die Stellung des Produzenten zu der Frage der Erzeugung von Produktionsmitteln für die Versorgung der Zukunft. Die meisten Entscheidungen auf industriellem Gebiet stellen ein Problem der Quasirente dar: Der Begriff ist von allgemeiner Anwendbarkeit und wenn man sagt, daß die Quasirente eine Form von Einkommen ist, das nur in kurzen Perioden existiert, so betont man einfach eben die Vorgänge, durch die der Gleichgewichtszustand »langer Perioden« zustande kommt, wie kurzlebig diese Vorgänge selbst auch sein mögen. Einige derselben erstrecken sich über eine längere Zeit als andere, in diesem Falle gebrauchen die Kräfte eine größere Zeit, um sich bis zur Erreichung eines Gleichgewichtszustandes auszuwirken. Es gibt Gleichgewichtszustände kurzer und Gleichgewichtszustände langer Perioden, aber sie sind von verschiedener Art [18]), mit verschiedenen Graden von Stabilität, je nach den latenten Kräften, die Zeit gebrauchen, um sich bemerkbar zu machen.

Es ist notwendig, diese Beziehung zwischen der Analyse langer und kurzer Perioden bei Marshall zu betonen, denn sie bedeutet zugleich einen Unterschied und einen Vorzug seines Werks gegenüber dem seiner Zeitgenossen. In seiner Korrespondenz mit Professor Clark [19]) schrieb er: »Was ich als statischen Zustand betrachte, ist eine Ruhelage, die aus dem Gleichgewicht entgegen-

[17]) Siehe Marshall »Principles«, 7. Aufl., S. 424, Fußnote.

[18]) Siehe »Subnormal equilibria«, a. a. O., 2 Aufl., S. 428.

[19]) »Memorial«, S. 415 und »Principles«, 7. Aufl., S. 306 und 461.

gesetzter Kräfte entspringt, die die Tendenz haben, Bewegung hervorzurufen. Ich kann mir keinen statischen Zustand vorstellen, der der wirklichen Welt stark genug ähnelt, um einen Gegenstand nutzbringenden Studiums zu bilden, einen Zustand, in dem der Begriff der Veränderung auch nur einen Augenblick weggelassen ist.« Er hält seinen statischen Zustand für »untrennbar« von seinem dynamischen, und Begriffe, die für den einen notwendig sind, sind es auch für den anderen. Es gibt für ihn keine solche Trennung, wie Clark [20]) sie annimmt, wenn er erklärt: »Die Normalwerte, um die die Preise schwanken, werden von statischen Kräften festgesetzt, und die Schwankungen rühren von dynamischen her.« In Marshalls Analyse sind die gleichen Kräfte wirksam oder können wirksam werden. So gebraucht er den Ausdruck »statisch« mehr, um eine Methode als um ein System zu beschreiben [21]). Daher der Satz: »Die Verwendung der statischen Methode bei Problemen, die sich auf sehr lange Zeitperioden beziehen, ist gefährlich« [22]). In Uebereinstimmung mit seiner Ansicht, daß die Wirtschaftswissenschaft nicht »durch lange Gedankenreihen deduktiver Ueberlegung« [23]) fortschreitet, sieht er »die Aufgabe . . . der Analyse und der Deduktion nicht darin, wenige lange Ketten von Ueberlegungen zu machen, sondern viele kurze Ketten und einzelne verbindende Glieder zu schmieden« [24]). »Alle Annahmen eines wirtschaftlichen Ruhezustandes sind nur vorläufig und nur dazu bestimmt, besondere Stufen in der Argumentation zu beleuchten, und — wenn das getan ist —, wieder weggelassen zu werden« [25]). Diese Ausführungen möge man mit Marshalls Ausspruch über die Untrennbarkeit von Dynamik und Statik vergleichen. Vielleicht ist die Wahl der Ausdrücke Statik und Dynamik unglücklich [26]): sie darf jedenfalls nicht dazu verleiten, eine falsche Analogie zwischen dieser Unterscheidung und derjenigen zwischen langen und kurzen Perioden heraufzubeschwören.

Man kann sagen, daß die Zeit selbst durch wirtschaftliche Kräfte gemessen wird. Geradeso wie in der Physik »der Begriff

---

[20]) Distribution of Wealth, S. 32 und S. 59 und 71.

[21]) »Principles«, 7. Aufl., S. 366.

[22]) A. a. O. S. 379.

[23]) A. a. O. S. 781.

[24]) A. a. O. S. 773.

[25]) A. a. O. S. 366, Fußnote 2. (Unterstreichungen vom Verfasser.)

[26]) »Memorial« S. 314—318. Marshall warnt davor, die Analogie mit der Physik zu weit zu treiben. »Das Mekka des Wirtschaftstheoretikers ist eher die Wirtschaftsbiologie als die Wirtschaftsdynamik« (S. 318).

der Zeit durch die Art bestimmt wird, wie sie gemessen wird« [27]), so daß verschiedene Schätzungsmethoden angewandt werden können, so können wir auch in der Wirtschaftstheorie die Zeit nicht durch eine Uhr oder durch die Drehung der Erde um ihre Achse messen. Tage oder Monate sind kein genügender Maßstab, um kurze Perioden klar von langen Perioden zu unterscheiden, daher nahm Marshall ein anderes Kriterium an, nämlich Zahl und Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen Kräfte, welche innerhalb einer Periode bei der Erzeugung eines Gleichgewichtszustandes wirksam sind [28]). Hierin liegt der Schlüssel zum Verständnis für die Analyse der kurzen und langen Perioden, und es entspricht seiner Methode, bestimmte Ursachen mit der Redewendung »ceteris paribus« auszuschalten. Denn, wie Marshall nachweist, bieten sich die Probleme der kurzen Perioden einer Analyse durch diese Methode willig dar dank der Tatsache, daß man der Wirklichkeit keine große Gewalt antut, wenn man annimmt, daß die nicht speziell betrachteten Faktoren innerhalb kurzer Zeit nicht wirksam sind [29]). Nach dieser »Zeit im wirtschaftlichen Sinn« ist eine kurze Periode eine solche, in der man die Hypothese machen darf, daß nur eine ausgewählte Zahl von Ursachen wirksam ist und sich völlig auswirkt. Die Willkürlichkeit ist dabei kein Fehler, vorausgesetzt, daß die Methode zur Klärung des Problems beiträgt. Zwar können kurze und lange Perioden ineinander übergehen [30]); ein paar Jahre können in bezug auf ein Problem eine kurze Periode und in bezug auf ein anderes Problem eine lange Periode sein, aber für die Analyse können wir uns in dem Gebrauch dieses Maßstabs ganz sicher fühlen; ein Einkommen, das in einer langen Periode einen unnötigen Anreiz zum Handeln bildet, muß von einem Einkommen unterschieden werden, das nur für kurze Perioden unnötig ist. Für Probleme, die sich mit Gleichgewichtszuständen kurzer Perioden befassen, kann es zweckmäßig sein, bestimmte Einkommen als Quasirenten anzusehen, obwohl diese gleichen Einkommen in langen Perioden sich als etwas anderes darstellen mögen und anders bezeichnet werden können.

Wenn man behauptet, daß die Anerkennung des Begriffs der Quasirente den Unterschied zwischen Rente und Zins verwischt, so mißversteht man Marshall vollkommen. In kurzen Perioden

[27]) P. W. Bridgman: »The Logic of Modern Physics«, 1927, S. 68—69.
[28]) Marshall: »Principles«, 7. Aufl., S. 348 u. 379, Fußnote, und 1. Aufl., S. 498.
[29]) Marshall a. a. O., 7. Aufl., S. 579, Fußnote.
[30]) A. a. O. S. 378.



haben Zins und Rente die gleiche Beziehung zum Produktpreis; das Einkommen aus Kapital (und menschlicher Arbeit) ist hier »rentenähnlich«. Für lange Perioden sind die Zusammhänge von Zins und Rente mit dem Produktpreis völlig verschieden [31]). Und auf lange Perioden ist der Begriff der Quasirente nicht anwendbar; als Einkommensform hört sie hier auf zu existieren! In solchen Situationen also, wo man den Begriff der Quasirente anwendet. wird ein Unterschied zwischen Zins und Rente nicht gemacht, weil der Ertrag von Kapitalanlagen einer Rente ähnlich ist. Die Quasirente ist das Kind des Zusammentreffens von Aehnlichkeiten und Verschiedenheiten zwischen Rente und Zins und diese Aehnlichkeiten und Verschiedenheiten können n u r m i t R ü c k s i c h t a u f d i e L ä n g e d e r Z e i t, auf welche die Einkommen bezogen werden, deutlich wahrgenommen werden [32]). Sowohl der reine Zins als auch die reine Rente sind Grenzfälle [33]), abhängig von der Anpassungsfähigkeit des Angebots: Unbegrenzte Anpassungsfähigkeit ist der eine Grenzfall, welcher das Auftreten von Zins, und absolut gegebene Menge ist der andere Grenzfall, der das Auftreten von Rente bedeutet. Daher »Marshalls klärende Auffassung jenes Einkommens, das von produzierten Produktionsmitteln herrührt, als ‚Quasirente'« [34]).

Hier haben wir die Verbindung zwischen der Quasirente und der Analyse der Zeit, die in Marshalls Werk eine zentrale Stelle einnimmt. Er beschränkte sich indessen nicht auf diese Seite der Quasirente; noch hat er die Lehre immer so dargestellt, daß das Zeitmoment deutlich der Ausgangspunkt war. Infolge dieses mangelnden Nachdruckes auf die Beziehung zwischen der Quasirente und der Zeitanalyse scheint es mitunter, als erkläre er die Quasirente durch andere Hilfsbegriffe. Man würde zu weit gehen, wenn man behaupten würde, daß daraus Verwirrung entstanden ist; wenn man sich jedoch nur auf diese untergeordneten Beziehungen stützte, um eine Erklärung für das Wesen der Quasirente zu finden, würde man den Begriff nur unvollkommen verstehen

[31]) »Memorial« S. 413.

[32]) Cf. »Official Papers by Alfred Marshall«, S. 343 und »Memorial«, S. 414 bis 415.

[33]) Professor F. H. Knight hat die Annahme gemacht, daß die Lehre von der Quasirente so weit ausgedehnt werden könnte, daß die alte Lehre von der Bodenrente nur noch ein Grenzbegriff wird (Q.J.E., Band XXXVI, S. 147). Marshall betrachtete sowohl den reinen Zins als auch die reine Rente als Grenzbegriffe.

[34]) E. Cannan: »Theories of Production and Distribution«, S. 400.

können. Wir wollen die Ausführungen prüfen, die Marshall über die Beziehung zwischen der Quasirente und dem Begriff des »Ueberschusses« (surplus), sowie dem Begriff der »direkten« und »zusätzlichen« Kosten gemacht hat. Wie man erwarten kann, hat Marshall diese Problemreihen nicht vollkommen getrennt. Doch wollen wir hier den Versuch machen, das zu tun.

Der Begriff des Ueberschusses selbst ist natürlich einfach eine Seite der ganzen Rentenanalyse. »In einem gewissen Sinne sind alle Renten Knappheitsrenten, und alle Renten sind Differentialrenten.« Der Unterschied ist »nicht fundamental«, sondern methodologisch; »in manchen Fällen ist es angebracht, die Rente eines bestimmten Produktionsmittels durch Gegenüberstellung des Ertrags eines minderwertigen derselben Art auszudrücken . . ., und in anderen Fällen ist es das beste, direkt auf die fundamentalen Beziehungen zwischen Nachfrage und Seltenheit oder Ueberfluß an Produktionsmitteln der Waren einzugehen, zu deren Herstellung der betreffende Produktionsfaktor dient« [35]). Wenn der Begriff der Quasirente also mit dem Ueberschußmoment in Verbindung gebracht wird, so können wir uns auf die Autorität von Marshall selbst berufen, wenn wir sagen, daß dies nicht die fundamentalste Beziehung ist [36]).

Will man überhaupt den differenziellen Gesichtspunkt ins Auge fassen, so kann die Rechtfertigung dafür nur auf dem Gebiet der Motivationen liegen. Darauf allein beruht der Wert einer Unterscheidung zwischen Grund und Boden und anderen Produktionsmitteln. Da zwischen dem Angebot an Land und dem daraus bezogenen Einkommen nicht dieselbe Wechselwirkung besteht wie im Falle anderer Produktionsfaktoren, so ist es zweckmäßig, diesen Unterschied dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß man das Einkommen aus Land als einen Ueberschuß bezeichnet. Nur das bedeutet es, wenn man den Differentialcharakter der Rente betont. Man hat gemeint, daß selbst darin ein zu großes Zugeständnis an Marshall liegt, aber für den Zweck dieser Untersuchung genügt es festzustellen, daß das seine Auffassung ist.

[35]) Marshall »Principles«, 7. Aufl., S. 422—423. (Sperrungen vom Verfasser.) Es ist unmöglich, auf die Kontroverse über Renten und Produktionskosten einzugehen. Der Ausspruch von Edgeworth scheint annehmbar zu sein, daß es ein »bloßer Streit um Worte ist, ob wir die alte Formel: ‚die Rente geht nicht in die Produktionskosten ein' beibehalten sollten« (Papers, Band III, S. 69).

[36]) Kann jedoch Marshall folgerichtig diese Seite die fundamentalere nennen, nachdem er bestreitet, daß die Unterscheidung zwischen der Differentialseite und der Mehrertragsseite fundamental ist?

Denkt Marshall an diese Dinge, wenn er die Quasirente als einen Ueberschuß betrachtet? Die Antwort geht aus seinen »Principles« nicht ganz klar hervor, weil die Unvermehrbarkeit des Angebots an Produktionsmitteln in kurzen Perioden von selbst so scharf hervortritt, daß das Moment der Seltenheit das Differentialmoment überschattet. In den späteren Auflagen scheint der Begriff des Ueberschusses geradezu störend, weil die Darstellung sich folgerichtig in Wendungen von Knappheit bewegt, und der Begriff des Ueberschusses scheint nur widerstrebend verwandt zu werden, um der Kritik die Stirn zu bieten. Es ist bezeichnend, daß Marshall in den früheren Auflagen Renten und Quasirenten den Profiten gegenüberstellt [37]), während der Vergleich mit dem Zins für »einige Ausnahmefälle« [38]) zurückgestellt wird; in den späteren Auflagen jedoch steht der Vergleich mit dem Zins im Vordergrund, und obgleich der Ausdruck Profit in der Regel in Parenthese hinter den Ausdruck Zins gesetzt wird, ist es dennoch der Begriff des Zinses, der dem Begriff der Rente gegenübergestellt wird. Wie oben festgestellt wurde, sind Rente und Zins die Grenzfälle. Man würde zu weit abschweifen, wenn man die volle Bedeutung dieses Wandels bei Marshall erschöpfend behandeln wollte, denn das hieße, die ganze Frage der Theorie des Profits bei ihm aufrollen. Aber es scheint fast, daß, je mehr der Begriff der Knappheit in den Vordergrund rückte, desto stärker die Tendenz wurde, die Gegenüberstellung mit dem Zins durchzuführen. In den späteren Auflagen hält Marshall zwar noch einen besonderen Abschnitt über das Element der Quasirente im Profit aufrecht: Das ist jedoch mehr die Folge seiner Behandlung des Moments natürlicher und erworbener Qualifikation und des Ertrags aus immateriellem im Gegensatz zu materiellem Kapital, nicht aber ein Versuch, Renten und Profite in kurzen Perioden zusammenfallen zu lassen. Er geht an Löhne und Profite auf demselben Wege heran, um die Unterschiede zwischen ihnen in kurzen Perioden auseinanderzusetzen, und hierbei erweist sich die Betonung der Motivation als wichtig wie auch die Tatsache, daß das Einkommen der Unternehmer als das rentenähnlichere, das keinen aktiven preisbestimmenden Faktor darstellt, betrachtet werden kann.

In Schwierigkeiten gerät Marshall, wenn er sich mit der über-

---

[37]) Aber in der Vorrede zur 1. Aufl., S. VIII zeigt er klar den Unterschied zwischen Rente und Zins.

[38]) 1. Aufl., S. 492.



schußartigen Natur verschiedener Kategorien von Einkommen in kurzen Perioden befaßt. Der Begriff des Ueberschusses impliziert die Notwendigkeit einer Basis, von welcher aus er gemessen werden kann: er impliziert einen Ueberschuß über etwas. Wenn Marshall (in den früheren Auflagen) Quasirenten in Beziehung zu Profiten brachte, so fand er es leicht, zu einem solchen Vergleich zu gelangen und einen meßbaren Ueberschuß aufzuzeigen, indem er eine bestimmte Höhe der Vergütung voraussetzte; diese ergibt sich ihm aus seinem Begriff der direkten im Unterschied zu den zusätzlichen Kosten. In kurzen Perioden müssen bestimmte Aufwendungen gemacht werden für »neue und zusätzliche« Arbeit und »neues und zusätzliches« Kapital: diese stellen eine direkte Ausgabe dar. Arbeit und Kapital, die vorher aufgewendet worden oder deren Ergebnisse schon vorhanden sind, erfordern keine Bezahlung, die sofort geleistet werden muß, und daher geht die Vergütung dafür nicht in die unmittelbaren Kalkulationen der Produzenten ein. In diesem Sinne existiert ein Ueberschuß, den man nur versteht auf Grund der Unterscheidung zwischen direkten und zusätzlichen Kosten: er hat aber keine anderen Unterscheidungsmerkmale an sich, weshalb der Ausdruck »Ueberschuß« vielleicht irreführend ist. Die Analogie mit der reinen Rente beruht auf der für das Angebot in kurzen Perioden entscheidenden Motivation, und stellt einen Weg dar, um die Rentenähnlichkeit der Unternehmer»profite« zu erkennen. Marshall scheint sich klar darüber zu sein, daß hier nicht der Differenzialrentengesichtspunkt in seiner gewöhnlichen Bedeutung vorliegt, denn er sagt [39], daß der Gesichtspunkt der Differenzialrente nur für die Betrachtung der Bestandteile des Einkommens eines Individuums relevant ist. Und er hält es für notwendig, vor der Neigung zu warnen, die Analogie zwischen reinen Renten und den Einkommen aus außergewöhnlichen natürlichen Fähigkeiten zu weit zu treiben, weil die wirklichen differenziellen Gewinne erst einige Zeit, nachdem die Individuen eine bestimmte Tätigkeit aufgenommen haben, entdeckt werden können. »Die Zukunft derjenigen, die eine Beschäftigung aufnehmen, kann nicht mit Gewißheit vorausgesagt werden«, denn Talente sind erst wahrzunehmen, wenn sie sich geübt haben [40]; daher müssen große Vermögen vom Standpunkt langer Perioden im allgemeinen in den Angebotspreis solcher Art von Fähigkeiten eingeschlossen werden.

[39]) 1. Aufl., S. 609 und 660. [40]) 1. Aufl., S. 609.

Große Vermögen bilden ein notwendiges Motiv, gewisse Tätigkeiten aufzunehmen. Dennoch fällt für kurze Perioden die Rentenartigkeit auf, insofern die Einkommen »natürlicher schon vorhandener Begabungen« nicht direkt in den Preis eingehen, »sondern eher als eine von jenem Preise bestimmte Quasirente betrachtet werden können« [41]). Das trifft jedoch für alle anderen Einkommen in kurzen Perioden ebensosehr zu, ob sie nun durch alltägliche oder durch außergewöhnliche Fähigkeiten verdient werden, weil die entscheidende Tatsache die momentane Unvermehrbarkeit des Angebots ist. Wieder einmal wird daher Marshall auf die Knappheitsseite der Quasirente geführt. Indem er die Gültigkeit der Ueberschußanalogie für ganze Berufszweige verneint, unterscheidet er sie von der fundamentaleren Knappheitsanalyse. Sogar in der Sphäre, wo sie gültig ist, nämlich »in der Analyse der Einkommensquellen von Individuen«, führt seine Anwendung der Ueberschußanalogie zu Schwierigkeiten, die die Klarheit der Analyse der wirklichen Quasirente verdunkeln. Natürliche Fähigkeiten setzen ihren Besitzer in den Stand, »ein Mehr an Einkommen über das hinaus, was Durchschnittsmenschen für ähnliche Anstrengungen erwarten könnten, zu erlangen . . . ein Mehreinkommen, welches die Natur einer Rente trägt« [42]). Aber ist es ein Mehreinkommen über das hinaus, was Durchschnittsmenschen tatsächlich erwarten? Nach Marshalls früherer Analyse [43]) offenbar nicht, denn sonst würden diese Einkommen seltener Fähigkeiten nicht einen Teil des normalen Angebotspreises für besondere Fähigkeit vom Gesichtspunkt des Industriezweiges als eines Ganzen darstellen. Nur insofern im Laufe der Zeit verschieden große Fähigkeiten zu einer Tätigkeit herangezogen werden, heften sich die differentiellen Unterschiede im Einkommen an bestimmte Individuen, obgleich alle, die in die Tätigkeit eintreten, sich in der Hoffnung wiegen, unter den Begünstigten zu sein, weshalb diese differenziellen Gewinne nötig sind, um sie anzuziehen. Haben sie den Schritt einmal getan, so hat wenigstens für einige Zeit das Angebot von Dienstleistungen nichts mit der Zufriedenheit oder Enttäuschung der auf diese Weise in die Tätigkeit Hereingezogenen zu tun. Vom Standpunkt des Industriezweigs aus sind alle bezogenen Einkommen Quasirenten. Die Differenzierung, die sich in einem bestimmten Zeit-

[41]) A. a. O.

[42]) 1. Aufl., S. 660.

[43]) A. a. O. S. 610.

punkt zeigt, beeinflußt diese Quasirenten nicht direkt, aber diese können insgesamt größer oder kleiner sein als das Einkommen, das auf lange Sicht notwendig ist, um das normale Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Dienstleistungen der betreffenden Art zu sichern.

Diese Tatsache führt Marshall zuweilen dazu, einen Ueberschuß in der Quasirente selbst zu unterscheiden, einen Ueberschuß, dessen Größe an der normalen Entlohnung der betreffenden Dienstleistungen gemessen wird. Diese Anwendung des Wortes Ueberschuß in Verbindung mit dem Begriff der Quasirente trägt am allermeisten zur Verwirrung bei. Sie bringt die Schwierigkeiten der Beziehungen zwischen normalem und durchschnittlichem Angebotspreis [44]) mit sich und ist für den Hauptzweck, dem der Begriff Quasirente dient, überflüssig. Außerdem würde sie u. U. eine negative Bilanz involvieren. Der Mangel ist nicht so groß, daß er Marshall zu Irrtümern führt, aber er erhöht die Schwierigkeit seiner Interpretation. Bei dem Beispiel der Textilmaschinen spricht er von der »hohen Quasirente«, dem Ueberschuß des Ertrags über »direkte Auslagen (einschließlich Abnutzung [45])«, der in dem Maße zunimmt, wie die Nachfrage nach Maschinen plötzlich wächst. »Hoch« ist die Quasirente im Verhältnis zu normalen Erträgen, sie ist das »Nettoeinkommen« gemessen an den direkten Kosten. Es ist nützlich, auf die temporäre Natur dieses Gleichgewichtspreises hinzuweisen, und dieses Nettoeinkommen mit dem durchschnittlichen Nettoeinkommen während der ganzen Lebensdauer der Maschinenanlage zu vergleichen, das gerade genügt, um die zusätzlichen Kosten zu decken. Man kann jedoch darüber im Zweifel sein, ob es zweckmäßig ist, diese Quasirenten Ueberschüsse zu nennen, oder den Unterschied zwischen dem tatsächlichen Ertrag und dem Ertrag, der vom Standpunkt langer Perioden normal ist, als Ueberschuß zu bezeichnen. Dennoch sagt Marshall bei der Analyse der Bedingungen, welche bei einer Verminderung der Nachfrage bestehen, daß die Maschinen, deren Betrieb sich gerade noch lohnt, »keinen Ueberschuß« liefern, während die besseren »einen Ueberschuß oder eine Quasirente« abwerfen.

Diese Nettoeinkommen Ueberschüsse zu nennen, heißt dem Ausdruck »Ueberschuß« zu viel zumuten. Der neue Ausdruck Quasirente wurde eingeführt, um in der Analyse die feineren Unterschiede zum Ausdruck zu bringen, die zwischen den An-

[44]) 2. Aufl., S. 429. [45]) 1. Aufl., S. 499.

gebotsbedingungen in langen und kurzen Perioden existieren, und man kommt dabei nicht weiter, wenn man sich gelegentlich auf den alten Ausdruck »Ueberschuß« stützt. Natürlich schadet das weiter nichts, wenn man sich dabei erinnert, was mit dem Ausdruck Ueberschuß eigentlich gemeint ist. Immerhin wird dadurch einiges verdunkelt, was klarer sein könnte. Es ist bedauerlich, daß die Schärfe des analytischen Hilfsmittels in Marshalls Werk durch irrelevante Abschweifungen in das Gebiet des Ueberschusses vermindert worden ist. Seine Lehre von der Quasirente wurde dadurch unnötigerweise verschleiert und überflüssigen Angriffen und Ablehnungen durch alle diejenigen ausgesetzt, die die alte Rentenlehre kritisieren [46]).

Gleichzeitig jedoch hat sich Marshall trotz dieser Abirrungen nicht so weit von der ursprünglichen Verwendung des Quasirentenbegriffes entfernt, daß er auch den Begriff einer negativen Quasirente zugelassen hätte, obgleich er zuweilen nahe genug hieran war [47]). Einer seiner Schüler tut das aber. Flux [48]) assimiliert die Angebotsbedingungen der Arbeit in kurzen Perioden mit denen des Kapitals und führt den Ausdruck »negative Rente« ein, um dasjenige Arbeitseinkommen zu erfassen, das unter demjenigen liegt, welches notwendig ist, um »einen genügenden Strom neuer Arbeit in den Industriezweig« hineinzuführen [49]). Entsprechend dem Geist dieser Analyse würde der Begriff der Quasirente nicht angewendet werden können in solchen Fällen, wo die Einkommen kurzer Perioden mit dem Durchschnittseinkommen zusammenfallen, das nötig ist, um ein dem Gleichgewicht entsprechendes Angebot aufrecht zu erhalten. Im Gegensatz dazu würde Marshall alle Nettoeinkommen in kurzen Perioden, gleichgültig in welchem Verhältnis sie zu Normalerträgen stehen, Quasirenten nennen, wenn die wahre Bedeutung der Quasirente in der

[46]) Siehe Fetter, loc. cit., S. 455.

[47]) »Principles«, 7. Aufl., S. 622 und 664.

[48]) A. W. Flux: »Economic Principles«, 1. Aufl., S. 127.

[49]) Man fragt sich, ob Flux von der Betonung der Ueberschußanalogie in den früheren Auflagen von Marshall beeinflußt worden ist. Der Ausdruck Quasirente wird nicht in dem Kapitel über den »Zins« eingeführt, obgleich Flux in dem Kapitel über »Löhne« zeigt, daß ihre Beziehung zu den Kapitalerträgen von ihm erkannt worden ist. Er führt den Ausdruck in dem Kapitel über »Rente« ein (das dem über den »Zins« folgt), wo er über die Versuche redet, den Rentenbegriff auf Zins und Löhne auszudehnen. Dann wird das Element der Quasirente wieder in das Kapitel über Profite hereingebracht, was auch in Uebereinstimmung mit den früheren Auflagen bei Marshall steht, wo die Beziehung zwischen Renten und Profiten mehr in die Augen springend ist, als die zwischen Rente und Zins.

Unvermehrbarkeit des Angebots in kurzen Perioden besteht. Flux ist wohl logisch in seiner Benutzung des Ausdrucks, aber in seiner wirtschaftlichen Logik ist dessen Gebiet enger als bei Marshall.

Wichtiger als die allgemeine Anwendbarkeit des Begriffs ist die Frage, ob er eine scharfumrissene Bedeutung erhalten kann. Wenn der Ausdruck überhaupt angenommen werden soll, so dürfte seine Aufnahme in die ökonomische Terminologie nur gefördert werden, wenn er in dem Sinn gebraucht würde, den sein Erfinder ihm gegeben hat, außer wenn eine andere Bedeutung sich als überlegen erwiese. Im Wesen sollte der Ausdruck eine Seite der Erträge von Produktionsfaktoren erfassen, deren Angebot für kurze Perioden unvermehrbar ist, welche Perioden je nach der Natur des Problems von sehr kurzen bis zu sehr großen Zeiträumen variieren. Indessen ist hier nicht der Platz, Gründe für die Annahme oder Ablehnung des Begriffs anzuführen

Die Tatsache bleibt bestehen, daß Marshall sich Abirrungen zuschulden kommen ließ, welche den Forscher dazu verleiten, von dem Hauptthema abzuweichen. So redet er z. B. von enormen Gewinnen oder Quasirenten aus erfolgreicher Anpassung an die Umwelt [50]). Zweifellos würde er die kleineren Einkommen von anderen Produzenten ebenfalls Quasirenten nennen, aber es liegt die Versuchung vor, ausschließlich die übermäßigen Gewinne für Quasirenten zu halten, weil sie als Ueberschüsse über die geringeren aufgefaßt werden können. Ein anderes Mal schreibt er von den »geringeren Quasirenten«, welche zusammen die Quasirente einer Firma ausmachen. »In einigen Fällen und für einige Zwecke kann fast das ganze Einkommen einer Firma als Quasirente bezeichnet werden« [51]). Um folgerichtig zu sein, müßte er das ganze Einkommen kurzer Perioden als rentenähnlich ansehen.

Der Gebrauch des Begriffs der Quasirente bei sachlichen Produktionsmitteln ist relativ frei von der Verwirrung, welche das Wort Ueberschuß sonst leicht mit sich bringt, weil das Nettoeinkommen, das Quasirente genannt wird, in der kurzen Periode aus dem Ueberschuß über die direkten Kosten besteht [52]). Diese direkten Auslagen sind ausreichend scharf umschrieben, wenn wir von den buchhalterischen Problemen bezüglich der in die lau-

---

[50]) »Principles« 2. Aufl., S. 427.
[51]) A. a. O. S. 713—715.
[52]) A. a. O. 7. Aufl., S. 832.

fenden Erträge einzuschließenden Lasten absehen. Bei den immateriellen Produktionsmitteln ist der Weg nicht so klar, denn hier liegen keine festen direkten Auslagen vor, von welchen aus man messen kann, und der Unterschied zwischen direkten und zusätzlichen Kosten kann hier nicht zur Unterstützung des Quasirentenbegriffs herangezogen werden. Dennoch versucht Marshall, hier direkte Auslagen zu unterscheiden, indem er für die Abnutzung der Arbeitskraft und noch allgemeiner für die Kompensation für Arbeitsanstrengung Abzüge macht, bevor er Quasirenten berechnet. Der nebelhafte Charakter dieses »Ueberschusses« ist sehr unbefriedigend.

Wenn der Nachdruck auf die Motivationen gelegt wird, wird die Situation klarer. Selbst in kurzen Perioden müssen die direkten Produktionskosten gedeckt sein, wenn es zur Produktion kommen soll: bei sachlichen Produktionsmitteln sind diese direkten Kosten bestimmbar. Daher darf das Nettoeinkommen, das ebenfalls bestimmbar ist, nicht geringer als Null sein, um Angebot hervorzurufen. Außer dieser einen unteren Grenze gibt es jedoch keine präzisere Beziehung zwischen Einkommen und Angebot, so daß der Ertrag nicht als Angebotspreis bezeichnet werden kann, weil seine Größe kein Motiv zu Veränderungen im Angebot von Produktionsmitteln in der kurzen Periode ist. Die Analyse der direkten und zusätzlichen Kosten ist wichtig, weil sie einen tatsächlichen Unterschied beschreibt, der uns eine Klassifizierung der Motive ermöglicht, die auf die Produzenten zu verschiedenen Zeitperioden wirken.

Keine solche klare Trennung besteht bei den immateriellen Produktionsmitteln. Und dennoch kann nicht geleugnet werden, daß ein rentenähnliches Element auch hier in Erscheinung tritt. Man kann z. B. nicht sagen, daß die Kosten des Arbeiters in irgendeiner Weise klar in zwei Arten von Kosten unterschieden werden können. Es läßt sich hier nicht buchhalterisch darlegen, wie bestimmte Kosten die Gegenwart belasten, während andere sich erst im Laufe der Zeit geltend machen; wenigstens kann ein solcher Unterschied nicht einfach mit Hilfe der Geldrechnung ausgedrückt werden. Daher tritt die Analyse der direkten Kosten in den Hintergrund. Trotzdem ist es möglich, auch hier zwischen den Motiven zu unterscheiden, je nachdem sie schnell oder langsam wirksam werden. Besondere Arbeitsanstrengungen auf seiten des Produzenten gehören nach Marshall in eine andere Kategorie

als solche beim Arbeiter. Ueberstundenarbeit bedeutet für den Arbeiter »direkte Kosten in Gestalt von Ermüdung«, was sich in seiner »Buchführung« zeigt, so daß in der kurzen Periode eine sehr bestimmte Beziehung zwischen Angebot und Vergütung besteht. Und die progressive Bezahlung für Ueberstundenarbeit zeigt, daß selbst in der kurzen Periode ein Angebotspreis für Arbeit existiert. Trifft dasselbe auch für Unternehmer zu? Nach Marshall nicht, weil der Unternehmer jeden Zuwachs der Nettoeinnahmen in der kurzen Periode als einen reinen Gewinn betrachtet, ohne dabei die Größe seiner Ermüdung gegen den Mehrertrag abzuwägen. Daraus ergibt sich, daß infolge dieses Unterschieds in der Motivation die Einkommen der Unternehmer in der kurzen Periode eine viel engere Analogie zur Rente aufweisen, als die Löhne.

Diese ganze Diskussion exemplifiziert Marshalls Behauptung, daß, je kürzer die betrachtete (kurze) Zeit ist, desto weiter das Anwendungsfeld für den Begriff der Quasirente ist. In einer sehr kurzen Zeitperiode, z. B. innerhalb eines Tages, während die Leute noch frisch bei der Arbeit sind, ist es denkbar, daß eine besondere zusätzliche Ermüdung nicht berücksichtigt und infolgedessen keine Extrabezahlung für Ueberstunden verlangt wird; aber keine Verkürzung der Zeit könnte die quantitative Beziehung zwischen Arbeit und Bezahlung auf die Bedingung reduzieren, daß die Bezahlung positiv sei. Andererseits ist es offenbar, daß mit Zunahme der Länge der betrachteten Periode der Unternehmer zunehmenden Wert auf die Beziehung zwischen Entlohnung und verschiedener Arbeitsanstrengung legen wird. Ein Beispiel dafür liegt vor, wenn ein Bücherantiquar in einer Universitätsstadt seinen Laden zu Beginn des Semesters an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen noch spät abends offenhält, ohne seine Mehreinnahmen mit seiner Mehranstrengung zu vergleichen. Nach zwei oder drei Tagen wird er diesen Vergleich anstellen und früher schließen, und nach zwei oder drei Jahren wird er vielleicht diese Praxis völlig einstellen.

Dieser Unterschied zwischen der Wirksamkeit der Motive in kurzen und langen Perioden bedeutet dasselbe, wie der Unterschied zwischen der Veränderlichkeit des Angebots in den beiden Perioden. Bei immateriellen Produktionsmitteln sind die Motive mehr in die Augen springend, weil sie direkter mit den betreffenden Leistungen, deren Angebot wir betrachten, in Verbindung

stehen. Maschinen haben keine Motive, aber ihr Angebot ist in langen Perioden veränderlich wegen der Motivationsbedeutung der aus ihnen abgeleiteten Einkommen. Wenn der Geschäftsmann die besonderen Anstrengungen einer härteren Arbeit geldlich berechnen könnte, so wäre es möglich, seine Arbeit und seine Einnahmen in der kurzen Periode in gleicher Weise in Ausdrücken von direkten und zusätzlichen Kosten zu analysieren wie bei Maschinen. Die Unterscheidung zwischen direkten und zusätzlichen Kosten könnte mit der Unterscheidung zwischen den in kurzen und langen Perioden wirksamen Motiven verbunden werden, um die Beziehung zwischen Kosten und Quasirenten zu beleuchten. Direkte und zusätzliche Kosten können selbst mit Hilfe der zu verschiedenen Zeiten wirksamen Motive definiert werden. Direkte Kosten sind alle Ausgaben, welche laufend gedeckt werden müssen, wenn die Produktion nicht aufhören soll: zusätzliche Kosten müssen im Laufe der Zeit gedeckt werden. Quasirenten, die für kurze Perioden ein Anreiz zur Produktion sind, brauchen kein genügender Grund zu sein, um diese Produktion auf die Dauer fortzusetzen. Demgemäß kann die »Furcht, den Markt zu verderben« als ein Faktor angesehen werden, der diejenigen direkten Kosten vermehrt, deren Deckung durch Quasirenten der Produzent verlangt, damit die Produktion sogar für kurze Perioden fortgesetzt werden kann.

In der kurzen Periode treten bei Maschinen nur die direkten Kosten hervor, und bei Menschen noch nicht einmal immer diese. Im allgemeinen ist eine viel längere Periode zur Anpassung des Angebots der immateriellen Faktoren notwendig als bei Maschinen, und infolgedessen kann der Begriff der kurzen Periode und der Begriff der Quasirente bei der Betrachtung des Einkommens aus menschlicher Arbeit eine viel weitere Anwendung finden, als bei der Untersuchung des Einkommens aus Maschinen. In einem gewissen Sinne also war Marshalls Intuition wohlbegründet, die ihn den Quasirentenaspekt der Profite in den ältern Auflagen betonen ließ. »Nettoeinkommen« in der kurzen Periode bedeutet bestenfalls ein schwer zu fassendes Ding; denn es hängt davon ab, wie viele von den tatsächlich darin enthaltenen »Kosten« wahrzunehmen sind: bei Maschinen tritt deutlich eine direkte Ausgabe für Materialien und für Arbeit und damit ein zusammengesetzter Ueberschuß, der der Maschine und ihrem Eigentümer zuzuschreiben ist, in Erscheinung. Je mehr Marshall an diese Tat-

sache dachte, desto wichtiger mußte ihm die Auffassung der Quasirente als eines »Ueberschusses« erscheinen, weil die direkten Kosten den Vergleichsmaßstab abgaben. Wenn man aber dazu überging, den Begriff der Quasirente speziell auf die Einkommen aus menschlicher Arbeit anzuwenden, wurde die Schwierigkeit, in der Quasirente einen Ueberschuß über solch ein Niveau zu sehen, handgreiflich, und die Verwendbarkeit dieses Begriffs wird hier zweifelhaft, wenn man die Komponenten der Gesamteinkommen analysiert, die eine Bezahlung für Anstrengung, besondere Geschicklichkeit und günstige Gelegenheit darstellen. Wenn man aber als Hauptcharakteristikum der Quasirente anerkennt, daß sie sich auf Produktionsfaktoren bezieht, deren Angebot im Augenblick feststeht, dann kann der Begriff nutzbringend auf das g a n z e Einkommen angewandt werden, das in einer kurzen Periode erzielt wird. Dies wird mit Recht als fundamentalster Gesichtspunkt bezeichnet.

Man kann auf die Frage nach der Nützlichkeit des Begriffs der Quasirente noch mehr Licht werfen, indem man untersucht, was die Folge eines Versuchs wäre, ökonomische Phänomene ohne ihn zu analysieren.

Offensichtlich sind die Begriffe Rente und Zins für sich allein unzureichend, insofern als strenge Logik uns immer wieder auf den Punkt stößt, wo sie reine Grenzbegriffe werden, und wo ihre Verwendbarkeit in der Analyse nahezu aufhört. Sidgwick war sich dieses Mangels bewußt, als er den Begriff des reinen Zinses, in seinem ganzen Kapitel über den Zins, auf »neu geborgtes Kapital, welches man allgemein für vollkommen sicher hält«, beschränkte, in welchem Falle der Zins »annähernd die a l l g e m e i n e E r w a r t u n g des Durchschnittsertrags alles Kapitals, das zu derselben Zeit investiert wurde, repräsentierte« [53]). Infolge der Notwendigkeit, künftige Resultate zu kalkulieren — das gerade meinte Marshall mit dem »Element der Zeit« —, betrachtet Sidgwick »den Zins als den in dieser Höhe vom Kapitalisten e r w a r t e t e n Produktionsanteil«, denn die Handlungen der Geldbedürftigen und Geldanleger werden nur »indirekt durch den Profit, der verdient worden ist, oder verdient wird«, beeinflußt [54]). Hier zielt er deutlich auf die Unterscheidung hin, die im Begriff der Quasirente liegt; aber der Unterschied, den es macht,

[53]) H. Sidgwick: »Principles of Political Economy«, 1. Aufl., S. 127.
[54]) A. a. O. S. 292.

daß er den Ausdruck nicht benutzt, kann aus seiner Behauptung ersehen werden: »Wenn nun danach gefragt wird, inwieweit in langen Perioden der tatsächliche Durchschnittsertrag neu investierten Kapitals mit dem erwarteten Ertrag zusammenfällt, kann meiner Meinung nach keine genaue Antwort gegeben werden.«

Dieser Satz zeigt, daß sein Gedanke nach dem Durchschnittsertrag alles neu investierten Kapitals abbiegt, anstatt bei der Vorstellung von einem Durchschnittsertrag einer Gesamtmenge von Kapital während einer Zeitperiode zu verweilen, die lang genug ist, um Veränderungen dieser Gesamtmenge zuzulassen. Er erfaßt zwar die Bedeutung der mannigfachen Wirkungen der Konkurrenz auf eine Investition, die im Falle der Maschinen dazu führt, den Ertrag im Laufe der Zeit zu senken und ihn zu heben im Falle gewisser dauernder Verbesserungen; aber er kann dennoch das Problem der Beziehung zwischen Erwartungen und Verwirklichungen mit seinem technischen Apparat nicht bewältigen [55]). Er stellt eine schwierige Frage, und er stellt sie nicht ganz richtig. Es ist eine Frage, die Marshall großes Kopfzerbrechen machte, als er sich mit dem Problem der Durchschnitte befaßte. Man kann nicht sagen, daß Marshall der Behauptung zustimmen würde, daß der arithmetische Durchschnitt einer Reihe von Quasirenten in langen Perioden gleich dem Normalertrag sein müsse; denn der Gleichgewichtspunkt ist beweglich, und Fehlurteile, die zu abnormal niedrigen Einkommen führen, brauchen nicht durch Fehlurteile, die zu abnormal hohen führen, gerade ausgeglichen zu werden. Sidgwick behauptet das auch nicht; immerhin wandte er dieser Frage seine ganze Aufmerksamkeit zu, ohne imstande zu sein, sie richtig zu formulieren: welche Faktoren ermöglichen es, daß diese Quasirenten in langen Perioden als Normalerträge bezeichnet und daher als ein Angebotspreis des betreffenden Produktionsfaktors angesehen werden können? Wie nahe er daran war, seine Meinung so zu formulieren, geht aus seinem bewundernswerten Kapitel über die Rente [56]) hervor, in welchem er seine starken kritischen Fähigkeiten in der Beurteilung von Ricardos Theorien zeigt. Er betont in diesem Kapitel die Knappheitsseite der Rente, besonders in kurzen Perioden. Er erfaßt die Bedeutung dieser Unvermehrbarkeit der Produktionsfaktoren während bestimmter Zeitperioden ausreichend klar,

[55]) A. a. O. S. 293. [56]) A. a. O. Kap. VII.

um gegen Ricardo und Mill für die Einrechnung des Ertrags von Meliorationen in die landwirtschaftliche Bodenrente eintreten zu können. Er erkennt die Wichtigkeit einer anderen Behandlung, die Notwendigkeit, die Rente für bestimmte Zwecke in ihre Komponenten zu zerlegen; und schließlich dehnt er den Rentenbegriff auf die Erträge bestimmter Arten von industriellem Kapital (sachlichem und immateriellem) aus, wobei er die Wichtigkeit der Motive zeigt und betont, daß die »bloße Macht der Gewohnheit« ein gegebenes Angebot von immateriellen Produktionsmitteln unvermindert erhält [57]). Dennoch kristallisiert sich Sidgwicks Analyse nicht zu einem brauchbaren Werkzeug, das ihn in den Stand setzen könnte, das Problem, dem er gegenübergestellt ist, ganz scharf zu durchleuchten.

Wir haben Sidgwick herangezogen, weil er ein Zeitgenosse von Marshall war, der Marshall manches zu danken hatte, der jedoch schrieb, bevor die Analyse der Quasirente veröffentlicht wurde. Beide gingen aus der gleichen Tradition hervor, aber Sidgwick führte seine Analyse in vielen Punkten nicht so weit wie Marshall. Es mag darauf hingewiesen werden, daß Marshall bei der Behandlung unseres Problems deshalb der Ueberlegenere war, weil er die Ideen, denen beide nachgingen, bis zu dem Punkte ausarbeitete, wo der neue Ausdruck notwendig wurde. Sidgwick hätte das Problem in den Brennpunkt rücken können, wenn er über den Begriff der Quasirente verfügt hätte.

Weiter wollen wir uns mit einem Theoretiker beschäftigen, der Marshall nicht so nahe stand, der jedoch derselben englischen Tradition angehörte, und dessen Hauptwerk 20 Jahre nach Erscheinen der »Principles« veröffentlicht wurde, nämlich Wicksteed. Er war vorsätzlich und eingestandenermaßen Eklektiker [58]) und sah in der Wirtschaftstheorie die Gelegenheit zur Beschaffung eines »Präzisionsinstruments« für die Analyse der Phänomene des Wirtschaftslebens [59]); das Neue seiner eigenen Darstellung erblickte er in dem »Aufsuchen von Aehnlichkeiten, wo früher der Ton auf Verschiedenheiten gelegt worden war«, so daß für eine besondere Rententheorie oder für eine besondere Lohntheorie ebensowenig Raum bleibt, »wie für besondere Theorien der Preise verschiedener Waren« [60]). In ähnlicher Weise betonte Marshall,

---

[57]) A. a. O. S. 293—298, 308.

[58]) P. H. Wicksteed: Common Sense of Political Economy«, Vorrede.

[59]) A. a. O. S. 9. [60]) A. a. O. S. 5.

daß alle Einkommen Unterarten einer großen Gattung sind, und indem er die Aehnlichkeiten aller Unterarten mit der f ü h r e n - d e n darlegte, führte er den Begriff der Quasirente ein. Hierin folgt Wicksteed Marshall nicht. Sein Instrument nimmt eine andere Form an, obgleich er dieselben Probleme sieht. Wir können wohl mit Wicksteed übereinstimmen, daß »wahrscheinlich unter ernsthaften Denkern keine Meinungsverschiedenheiten über die Tatsachen selbst herrschen«[61]), obgleich wir eine andere Erklärung als er für die verschiedenen Theorien finden mögen, die zur Erklärung dieser Tatsachen aufgestellt worden sind; denn er sieht die Verschiedenheiten der Theorien in der Hauptsache in dem schwankenden Gebrauch der Ausdrücke begründet[62]). Viele verschiedene Lösungen haben deutliche methodologische Vorteile, und Wicksteeds System ist zweifellos ein Erklärungsversuch, der nicht ohne weiteres abgewiesen werden kann. Seine Methode gehört dem Typus an, der gewöhnlich mit der »psychologischen Werttheorie« und mit der Theorie der anderweitigen Verwendungen (opportunity cost) in Verbindung gebracht wird. Diese beiden Charakteristika führen ihn dazu, den Nachdruck auf die Bedingungen der Nachfrage und die Gleichheit der Grenznutzen im Preisprozeß zu legen. Selbst in langen Perioden können nach ihm die Produktionskosten nur »indirekt« auf die Preise wirken, außer in dem einen Sinne, — dem einzigen, der in »ernsthaften Diskussionen« in Frage kommt — daß nämlich »die Kosten, die noch nicht aufgelaufen sind«, die untere Grenze »des Preises bestimmen, zu dem ein Produktionsversprechen gemacht worden ist«[63]). Wie unsicher diese Analyse ist, kann man ermessen, wenn

[61]) A. a. O. S. 384.

[62]) Hier ist die kritische Bemerkung notwendig, daß Wicksteed selbst in bezug auf die Unbestimmtheit beim Gebrauch von Ausdrücken gesündigt hat. So hat er es fertig gebracht, sowohl zu sagen, daß die »Unterscheidung zwischen Rente und Zins geringen theoretischen Wert hat« (S. 314), als auch, daß »in der Theorie kein Unterschied zwischen Rente und Pachten« besteht (S. 312); es ist dies eine Folge seiner Weigerung, den Ausdrücken Rente und Zins die strenge Bedeutung zu geben, die in der Wirtschaftstheorie gebräuchlich ist. Anstatt dessen nimmt er sie, wie das im gewöhnlichen Sprachgebrauch geschieht, als Bruttozahlungen an, bei denen sämtlich die Prämie für den »Vorteil, Akkumulationen zu genießen, ohne akkumuliert zu haben«, eine Rolle spielt (S. 314). Marshall würde sagen, daß die Unterscheidung zwischen Rente und Zins hauptsächlich, wenn nicht nur, t h e o r e t i s c h e n Wert hat, in Uebereinstimmung mit seiner Ansicht von der Wirtschaftstheorie als einem begrifflichen Hilfsmittel zur Erleichterung der Analyse konkreter Tatsachen.

[63]) Wicksteed a. a. O. S. 389—390.

gesagt wird, daß »es hundert verschiedene Wege gibt, diese Kosten zu schätzen« [64]), wobei die Ungewißheit dadurch entsteht, daß der Produzent nicht weiß, welche aus der Reihe jener Kosten er einzurechnen hat, die von Marshall durch seine Klassifikation von direkten und zusätzlichen Kosten katalogisiert worden sind.

Wir können hier nicht auf die ganze Kostenfrage eingehen. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß Wicksteed die Probleme, die Marshall durch Klarlegung der Beziehung der Quasirente zu den Kosten behandelte, weder übersehen konnte noch wirklich ignorierte. Das Element der Zeit, das für Marshall den Kern des Problems bildete, drängte sich auch Wicksteed auf. Er stellt das Phänomen des bruchstückweisen Verbrauchs großer Einheiten fest, das das Problem der Verteilung des Verbrauchs in der Zeit in sich schließt, und er rollt dabei die schwierigen Fragen der »laufenden Kosten«, die in den Preisprozeß eingepaßt werden müssen, auf. Er stellt dieses Problem in eine Reihe mit der »Gesamtheit der Vorsorge für ungewisse zukünftige Ereignisse, denen am besten durch Abschluß von Versicherungen begegnet wird« [65]). Man könnte sich wohl eine Theorie denken, die auf dem Prinzip der Versicherung aufgebaut ist, um diejenigen Dinge zu erklären, welche Marshall durch die Analyse der Quasirente aufhellt, aber Wicksteed bietet keine solche Theorie. Tatsächlich erscheinen diejenigen Diskrepanzen, welche in kurzen Perioden zwischen Ausgaben und Erträgen bestehen, dem Produzenten nicht in Form einer Reihe von möglichen Zufällen, wie das diejenigen Ereignisse tun, gegen welche er sich versichert. Wenn Marshall auf das Phänomen unteilbarer großer Einheiten trifft, welches am wichtigsten in der kurzen Periode ist, so besteht die Bedeutung dieser Unteilbarkeit für ihn in der Beziehung zwischen Angebot und Entgelt. Geschäftliches Talent ist vielleicht das beste Beispiel von Unzerlegbarkeit in der kurzen Periode.

Wicksteed weicht bis zu einem gewissen Grade dem Problem der unteilbaren großen Einheiten aus in einer Weise, die auf eine Verwirrung hindeutet, die durch Marshalls Zeitanalyse vermieden worden wäre. Denn einmal geht Wicksteed der Schwierigkeit aus dem Weg, indem er sich auf jene Produktionsmittel beschränkt, die eine gleichartige beliebig teilbare Menge darstellen und bei denen es daher nur beliebig wählbare Verwendungsmöglichkeiten gibt, d. h. er denkt nur an das Problem der langen Periode, in

[64]) A. a. O. S. 39. [65]) A. a. O. S. 312.

welcher die Beweglichkeit der Produktionsmittel größer ist als in den kurzen Perioden [66]). Aber wenn er weiterhin annimmt, daß das Angebot an Produktionsmitteln fest ist, so ist er sich bewußt, daß es zum mindesten möglich ist, die Frage zu stellen, was denn das Angebot von diesen in bestimmter Gestalt gegebenen Faktoren bestimmt. Das Angebot als fest vorauszusetzen, heißt natürlich, das Problem auf die Ebene der kurzen Periode zu bringen. Das macht an sich nichts, nur daß dieser Uebergang bei Wicksteed nicht so klar wie in Marshalls Analyse ist, welche die Unterscheidung zwischen den beiden Perioden nachdrücklich betont.

Sowie endlich Wicksteed den Begriff der psychischen Kosten in Gestalt von Arbeitsunlust oder menschlicher Energieaufwendung zuläßt [67]) (und er tut das unbedenklich trotz all der großen Schwierigkeiten, denen die Messung dieser Kosten begegnet), reißt die Kette der »anderweitigen Verwendungen« (opportunity costs) ab. Das Gleichgewicht zwischen dieser Art von Kosten und den Erträgen stellt ein Problem dar, das durch Marshalls Analyse bewundernswert behandelt wird, denn die Beziehung menschlicher Kosten zu den Einkommen in kurzen Perioden ist eine andere als in langen. Die Energieaufwendung des Unternehmers mag in der kurzen Periode keinen klar definierten Angebotspreis haben, und dennoch einen ganz bestimmten in der langen Periode.

Wicksteed lehnt Marshalls Analyse nicht ausdrücklich ab, bedient sich sogar in einzelnen Teilen seiner Darstellung der gleichen Hilfsmittel. Wahrscheinlich würde er die Differenz zwischen seiner und Marshalls Methode auf ein Minimum reduziert haben, wenn er ausdrücklich darauf eingegangen wäre. Dagegen hat Professor Cassel gerade diesem Begriff von Marshall direkte Aufmerksamkeit zugewandt und ihn ausdrücklich abgelehnt oder wenigstens seine Bedeutung als ein Werkzeug der Analyse herabgesetzt, indem er behauptete, daß für seine Anwendung wenig Spielraum vorhanden sei. Er ist der Ansicht, daß die »Produktion fixen Realkapitals im allgemeinen unter modernen Verhältnissen nur eine kurze Zeit erfordert, und daß entsprechenderweise das Angebot sehr rasch vermindert werden kann . . ., wenn wir eine große Tauschwirtschaft betrachten«. Daher »scheint die enorme Bedeutung, die Marshall dem Unterschied zwischen kurzen und langen Perioden für die Bildung von rentenähnlichen Einkommen

[66]) A. a. O. S. 379, 392.

[67]) A a. O. S. 394.

gibt . . . kaum gerechtfertigt zu sein« [68]). Ebenso wie Wicksteed scheint auch Cassel von vornherein die Natur des Problems, das durch die momentane Unanpaßbarkeit des Angebots in der kurzen Periode dargestellt wird, erkannt zu haben, und er hat sich sogar noch näher mit den Bedingungen befaßt, unter denen der Ertrag dauerhafter Güter rentenähnlich wird. Je individueller ein solches Gut ist, je weniger häufig es reproduziert wird, je kleiner die relative Wichtigkeit seiner Erhaltungs- und Erneuerungskosten und je größer die Unbeständigkeit der technischen Bedingungen und daher der Produktionskosten ist, desto mehr wird das Einkommen die Natur der Rente annehmen [69]). Diese Gründe »sind im allgemeinen entscheidend für den Rentencharakter des Ertrags von festem Realkapital« [70]), und die Tatsache, daß die Produktion Zeit erfordert, ist im allgemeinen »von untergeordneter Bedeutung« [71]). Es ist schwer einzusehen, wie irgendeines dieser »Momente« seine volle Bedeutung gewinnen kann, ohne daß wir spezifizieren, was für eine Zeitperiode betrachtet wird.

Wenn Cassel sich damit begnügt hätte, das Problem mit Hilfe seiner eigenen »Momente« zu behandeln, so würde er Marshall nahe genug gekommen sein. Wenn er jedoch in seinem Versuch, die Analyse von Marshall vollständig zu verwischen, behauptet, daß »der Zins . . . aus den Bruttoerträgen bezahlt werden muß, bevor wir zu einem Nettoertrag vom Charakter der Rente kommen« [72]), dann könnte man sich fragen, ob er in der Frage der Quasirente nicht eine petitio principii begeht: Das heißt ja die Quasirente in einer Weise als Ueberschuß ansehen, wie das Marshall trotz all seiner Verwirrung nicht annähernd getan hat. Bezüglich der Einkommen k u r z e r P e r i o d e n , auf welche der Begriff der Quasirente in diesem Sinne (nicht in Marshalls Sinne) angewandt werden soll, fügt Cassel hinzu, daß selbst in den Fällen, wo erhebliche Zeit für die Anpassung des Angebots notwendig ist und also zur Bildung eines rentenähnlichen Einkommens beiträgt, dieses Einkommen zu kurzlebig ist, um eine w i r k l i c h e

[68]) G. Cassel: »Theory of Social Economy«, S. 262 und Fußnote. (Theoretische Sozialökonomik, 3. deutsche Auflage, S. 251).

[69]) Die umgekehrten Bedingungen machen das Einkommen weniger rentenähnlich, sie werden bei Cassel im Text angegeben. A. a. O. S. 261 (und S. 250 der 3. deutschen Auflage).

[70]) A. a. O. S. 262 (3. deutsche Auflage, S. 251).

[71]) 3. deutsche Auflage, S. 250.

[72]) A. a. O. S. 261 der amerikanischen Auflage. (3. deutsche Auflage S. 250.)

Rente zu sein. Man könnte fragen »quis negavit«? Wer hat denn jemals außer Cassel gefordert, daß für die Rente »eine gewisse Dauerhaftigkeit notwendig ist« [73])? Aber selbst wenn man davon absieht, wie würde er ein dauerhaftes Einkommen kennzeichnen? Wie soll man »ein mehr oder weniger temporäres Auftreten von Renten an bestehenden Anlagen«, welches er als möglich zugibt, in den »wichtigsten Ausnahmefällen wie Eisenbahnen, Wasserwerke« u. dgl. als solches erkennen anders als durch Beziehung auf bestimmte Zeitperioden? Die Ablehnung einer Einteilung in kurze und lange Perioden und der davon abgeleiteten Begriffe scheint lediglich auf der bloßen Behauptung zu beruhen, daß in der modernen Industrie fixes Kapital nicht fix genug ist, um für diese Art der Analyse Raum zu lassen [74]). In seiner eigenen Position muß Cassel sich auf die lahme Feststellung beschränken, daß »es im Ertrag der meisten Realkapitalien kaum ein rentenähnliches Element gibt, oder daß dieses Element jedenfalls relativ unbedeutend ist« [75]). Man muß bedauern, daß Cassel in seiner dritten deutschen Auflage nicht von Edgeworths Rat [76]) profitierte, er möge »seinen Scharfsinn dazu benutzen, die Weisheit zu entdecken, die bei den klassischen Nationalökonomen« — und in mehr als einer Beziehung auch bei Marshall — latent vorhanden ist.

Wir meinen, daß, wenn die Nationalökonomen überhaupt jene kurzfristigen Gleichgewichtszustände behandeln wollen, deren Vernachlässigung man den klassischen Nationalökonomen so oft vorgeworfen hat, erst eine bessere Form der Analyse für die Behandlung der Probleme, die Marshall durch den Begriff der Quasirente bewältigte, gefunden werden müßte, ehe man die seine verwerfen darf. Möglichkeiten zum Ausbau der Analyse über Marshall hinaus sind vorhanden; in Marshalls Werk selbst finden sich Hinweise auf die große Anwendungsmöglichkeit seiner Analyse und Anregungen zu ihrer Ausweitung. Was Marshall z. B. über die »Furcht, den Markt zu verderben«, sagt, zeigt deut-

[73]) Amerikanische Auflage S. 262 (3. deutsche Auflage S. 250).

[74]) Man betrachte im Gegensatz dazu den Plan der »Allied Chemical and Dye Corporation« (Vereinigte Chemische und Farbenfabriken), eine Fabrik in Virginia zu den Kosten von $ 125 000 000 zu errichten, um Salpeter herzustellen, ein Entschluß, zu dem man erst gekommen war, nachdem man viele Jahre hindurch im Laboratorium Versuche angestellt hatte. (Standard Corporation Records. Card A. 56.)

[75]) Cassel S. 261 (3. deutsche Auflage S. 250).

[76]) A. a. O. Band III, S. 271.

lich, daß das Wirken dieses Faktors, so unbestimmt es auch sein mag, in seine Analyse der Zeit und der Quasirente hineingebracht werden kann. Erwartungen in bezug auf die Zukunft beeinflussen das Angebot kurzer Perioden mehr, als sie es tun würden, wenn eine solche Furcht nicht vorhanden wäre.

Weniger offenkundig vielleicht gibt es bei Marshall noch eine andere Anregung zu einer weiteren Ausdehnung der gleichen Analyse. Er argumentiert, daß »diejenigen Organisationsmethoden sich durchsetzen, welche am besten geeignet sind, in ihrer Umwelt zu gedeihen, aber nicht notwendigerweise diejenigen, welche am besten geeignet sind, ihrer Umwelt zu nützen« [77]. Denn die Leistungen, welche entlohnt werden, sind nur die unmittelbar wirksamen, während es viele gibt, die indirekt und in späteren Zeiten wirken. Wenn die Menschen innerhalb der Gesellschaft weiter in die Zukunft sehen könnten, würden die Entgelte diesen indirekten Nutzwirkungen entsprechen, die zusätzlichen Kosten des wirtschaftlichen Organismus involvieren, und die fortfallen können, wenn es sich herausstellt, daß auf eine entmutigend lange Zeit hinaus nur ein Teil der wahren Gesamtkosten gedeckt wird. Vom Standpunkt so langer Perioden, wie sie zuweilen von staatlicher Wirtschaftspolitik ins Auge gefaßt werden, stellen Einkommen, die für kürzere Perioden als Quasirenten betrachtet werden können — und, wie Marshall sagen würde, als h o h e Quasirenten — einen wahren Angebotspreis für jene Art von Wirtschaftsorganisation, welche die »Gesellschaft« hervorzurufen wünscht [78].

Die Probleme, die Marshall mittels des Begriffs der Quasirente zu lösen versuchte, werden weiter bestehen. Die Stellung der Nationalökonomen zu der in dieser Analyse gebrauchten Terminologie sollte ebenso liberal sein, wie die von Marshall selbst es war. Die Kontinuität mit der Vergangenheit, die er erstrebte, und die ihn dazu führte, sich an die Terminologie der Klassiker anzulehnen, ist nicht ganz ohne Nachteil; immerhin

---

[77]) »Principles«, 7. Aufl., S. 596—597.

[78]) Unter (normalem) Angebotspreis versteht der Autor entsprechend der fachtechnischen Terminologie jenen Preis, der a u f d i e D a u e r gerade ausreicht, um ein Angebot hervorzurufen, das die b e i d i e s e m P r e i s e effektive Nachfrage befriedigt. An obiger Stelle weist er auf den für das wirtschaftspolitische Operieren mit dem Begriff der Quasirente sehr wichtigen Satz hin, daß ein bestimmtes Entgelt g l e i c h z e i t i g vom Standpunkt einer kurzen Periode unnötig hoch und vom Standpunkt einer langen Periode nur gerade — oder auch nicht einmal — ausreichend sein kann, um das erforderliche Angebot an der betreffenden produktiven Leistung dauernd sicherzustellen. Anm. der Red.



bringt sie eine sehr wünschenswerte Beständigkeit in die ökonomische Terminologie und dadurch in die Methoden der Analyse hinein [79]). Da es nicht der Hauptzweck der Theorie ist, auf Nichtfachleute zu wirken, so kann es zweckmäßig sein, einen Ausdruck anzuwenden, selbst wenn er mit den unangenehmen Assoziationen des alten Wortes »Rente« behaftet ist und sorgfältige Qualifikation erfordert, um seine moderne Bedeutung festzulegen und unfruchtbare Kontroversen zu vermeiden. Denn der alte Vorwurf, daß die Wirtschaftstheorie mehr als die meisten anderen Wissenschaften unter dem Streit um Worte und Nebensächlichkeiten leidet, ist noch nicht ganz grundlos geworden, und oft wird dadurch die fundamentale Uebereinstimmung zwischen heftigen Gegnern verdunkelt. Wenn daher der Begriff angenommen worden ist, sollte man sich über die Annahme oder die Ablehnung des Ausdrucks Quasirente leicht verständigen können.

[79]) Siehe A. W. Marget, Quarterly Journal of Economics, Band XLII, S. 144, wo der entgegengesetzte Standpunkt vertreten zu sein scheint, nämlich daß es »am besten ist, die Gefahr stereotyper Wendungen zu vermeiden, die wie ‚Statik' und ‚Dynamik' an den Mißbrauch durch spätere Verfasser gebunden sind.« (Sperrungen vom Verfasser.) Man kann schwer zugeben, daß irgendein Schriftsteller das Recht hat, einen neuen Ausdruck zu gebrauchen, wenn er einen alten Begriff anwendet. Natürlich gibt es zweifellos »schwierige Fälle«, wo der einzige Weg, um Verwirrung und Verwechslung zu vermeiden, in dem Verzicht auf die alte Terminologie liegt. Wir wollen jedoch diese »schwierigen Fälle« auf ein Minimum reduziert bleiben lassen.

Ueber Bureaukratie und Parteimaschine in den Vereinigten Staaten.

Von

CHARLOTTE LÜTKENS.

Verglichen mit den hochentwickelten kapitalistischen Staaten Europas zeichnet sich die amerikanische Wirtschaft durch eine relativ überaus starke, im ganzen wahrscheinlich stärkere Anwendung von Maschinen aus. Doch wäre es verkehrt, aus dieser Betonung des Faktors des konstanten Kapitals nun sofort den amerikanischen Kapitalismus als gesamtgesellschaftliche Erscheinung für weiter entwickelt zu halten als die europäischen Parallelerscheinungen. Viel eher wird man das Maß der kapitalistischen Reife in der sozialen Gliederung, in der Richtung der sozialen Strukturlinien zu suchen haben und demzufolge etwa aus dem Fehlen gewisser, für die uns bekannten höchsten Reifestadien des Kapitalismus typischer sozialen Gruppen auf eine grundsätzliche Andersartigkeit und — im Sinne der Entwicklung — größere »Jugend« der amerikanischen Gesellschaft schließen können. Es charakterisiert geradezu den amerikanischen Sozialkörper eine weitgehende Labilität und Undifferenziertheit seiner Gliederung. Die Betrachtung der berufsmäßigen Bevölkerungszusammensetzung, wie sie Statistik und Volkszählungen für einen bestimmten Augenblick aufzeichnen, hilft in solcher Lage wenig zur Erkenntnis der soziologischen Bedeutung der einzelnen Bevölkerungsgruppen für den Sozialbau in seiner Gesamtheit; außerdem ist in einer noch so stark expansiven und unstationären Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wie der amerikanischen auch Gewicht und Rolle jedes einzelnen Tätigkeitsgebietes verschieden von der Bedeutung des entsprechenden Faktors in einer vollentfalteten Gesellschaft.

In dieser noch immer als typisch liberal [1]) zu charakterisierenden Gesellschaftsordnung wird so auch die Tätigkeit des Personenkreises, dem die Führung der eigentlichen Staatsaufgaben aufgetragen ist, nicht nur praktisch geringen Umfang erreichen: wichtiger ist noch, daß der soziale Rang und Einfluß dieser Glieder der öffentlichen Organisation im ganzen gering ist. Eine Bureaukratie als stetige, gefestigte, sozial anerkannte soziologische Schicht, geschweige denn als »Klasse«, gibt es in den Vereinigten Staaten nicht.

Nun ist aber »jeder moderne Großstaat je länger je mehr technisch auf eine bureaukratische Basis schlechthin angewiesen ... und zwar je größer er ist und vor allem je mehr er Großmachtstaat ist oder wird, desto unbedingter« [2]). Kommt also die Union mit relativ wenigen und, das ist das Entscheidende, im Prinzip nicht-stetigen Beamten aus, so ist das wiederum nur ein Anzeichen für die verhältnismäßig geringe Stabilisierung des amerikanischen Kapitalismus und die Geringfügigkeit seiner Staatsaufgaben.

Auf der anderen Seite aber hat gerade der amerikanische Föderalismus allein schon durch die zahllosen durch unmittelbare Wahl besetzbaren Posten in den Legislaturen, in Verwaltung und Justiz, durch die Häufigkeit der Wahlen selber und die ganze Zersplitterung der politischen Stellen den Umkreis der an der Politik Interessierten ganz ungeheuer ausgedehnt. Gemeint sind damit alle die, die nicht durch aktive Stimmabgabe — ein immer bedenklicher einschrumpfender Prozentsatz [3]) —, sondern die als politische Stellenanwärter und Parteimanager am politischen Leben interessiert sind. Die Zahl der Parteifunktionäre und -helfer läßt sich gar nicht abschätzen, ebenso die wohl nicht ganz geringe Zahl der gewissermaßen »inoffiziell« mit einem politischen Posten mit nur Nominal-Gehalt (dollar-a-year-man) Abgefundenen, denen der politische Posten nur zum Aushängeschild für andre Zwecke

---

[1]) Im Sinne der möglichsten Abstinenz des Staates von allen Eingriffen in das Wirtschaftsleben und der Ablehnung der Uebernahme sozialer Funktionen durch den Staat.

[2]) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft S. 659.

[3]) Bei den Präsidentenwahlen von 1924 stimmten weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten, dabei übrigens allem Anschein nach unter 40% der wahlberechtigten Frauen, wie auch eine getrennte Abstimmung in Chicago mit 37% wählender Frauen erwies. Bei Staats- und Kommunalwahlen dürfte etwa 30% der normalen Wahlbeteiligung entsprechen, sie ist aber in Gebieten mit traditionell unangefochtener Herrschaft einer Partei oder mit starker Negerbevölkerung aus nahe liegenden Gründen noch weit geringer, teilweise sogar unter 10%.

dient. »Die Zahl der Angestellten in Bundes-, Staats-, Kommunal-, Bezirks- (county) und Dorfverwaltung wird auf über 2 700 000 mit einem jährlichem Gesamtgehalt von $ 3 500 000 000 geschätzt«[4]). Diesen ist zum großen und meist ausschlaggebenden Teil die politische Leitung und Exekutive, in Staat und Gemeinde auch die Rechtsprechung, anvertraut, welche auf diese Weise einen Charakter bekommen muß, der von der Beamtentätigkeit in den alteuropäischen Kulturländern entscheidend abweicht. Wenn man als Beamtentätigkeit allein jegliche Arbeit ansieht, die für Regierung und Verwaltung eines Großstaates rein technisch nötig ist — dagegen ihre soziale Spiegelung und sonst alles streicht, was an ideeller Beziehung zum Staatsbetrieb als überpersönlicher, außerwirtschaftlicher Gemeinschaftsordnung im modernen Beamtentum lebt, vor allen dem deutschen und französischen aber zunehmend auch im englischen und in gewisser Weise sogar im zaristischen — wenn man mit einem Wort die einzigartige Objektivität und Standesehre des Beamtentypus beiseite läßt: so kann man sagen, die Stelle der Bureaukratie übernehme in Amerika der politician und die Parteimaschine. Beides, staatliche und Parteibureaukratie, sind auch in anderen Ländern anzutreffende Erscheinungen: allein ihre personale Kombination dürfte einzigartig sein. Sogar der Sprachgebrauch unterscheidet diesen Typ des amerikanischen Berufspolitikers vom europäischen Politiker, indem der Amerikaner nicht wie der Engländer ‚politicians' sagt, sondern ‚the politicians' »because the word indicates a class with certain defined characterics« [5]).

Der politician, der gleich ob auf legale oder illegale Weise, aber ohne spezielle Fachausbildung oder sachliches Interesse am öffentlichen Leben die Politik — ganz privatwirtschaftlich kalkulierend — zu seinem Geschäft macht, ist die typische Erscheinung für Länder mit schwachem Staat und einem etwa der Gründerzeit entsprechenden Kapitalismus. Bryce macht darauf aufmerksam, daß Griechenland dasjenige europäische Land sei, in dem im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am meisten Menschen aus der Politik ihren Lebensberuf gemacht haben[6]): also ein Land ganz junger moderner Entwicklung, dabei aber mit einer relativ starken Entfaltung der Handels- und Banksphäre. Ueberhaupt sind wohl

[4]) Charles A. Beard, American Government and Politics 1925 S. 47.
[5]) Bryce, The American Commonwealth, 1924, Kapitel 57.
[6]) A. a. O.



die Balkanländer in Hinblick auf die Rolle der Berufspolitiker am ehesten mit den Vereinigten Staaten zu vergleichen, wenn man an die Skrupellosigkeit der Korruption und das Ausmaß der Bestechlichkeit, das Erwerben von öffentlichen Aemtern allein zum Zwecke außerordentlicher Geldvorteile denkt. Die so nahe liegende Erinnerung an orientalische Verwaltungsmethoden zeigt nur, wie stark die Erscheinung des politician in früh- oder vorkapitalistischen Stadien wurzelt.

Eigenartig ist in der amerikanischen Situation nun aber, daß gleichzeitig mit dieser durchaus unrationalen Politikerpersönlichkeit ein ganz straff durchbureaukratisiertes Gebilde modernkapitalistischer Struktur und mit ihm in engster Personalunion existiert: die Parteimaschine. Weniger wichtig ist daneben, daß dem typischen amerikanischen Politiker jegliche politische Leidenschaft abgeht, wie sie — in Parallele zu gewissen Erscheinungen feudalen und sippenmäßigen Gesellschaftsaufbaus (Blutrache, Familientradition) — den balkanischen und auch oft den vorrevolutionären, besonders den illegalen russischen Berufspolitiker charakterisiert. Ferner ist für Ausbau und Taktik, nicht aber für das Prinzip der Bureaukratisierung der Parteimaschine wichtig, daß es normalerweise in Amerika immer nur zwei Parteien gegeben hat. — —

Nach Max Weber durchlief die Verwaltung des neuzeitlichen Staates zwei Stadien, die Honoratiorenverwaltung und die Verwaltung durch eine Bureaukratie. Bezeichnend wiederum für den Entwicklungsstand des amerikanischen Sozialkörpers gehört die Struktur des politischen Lebens der Union gewissermaßen beiden Stufen gleichzeitig an. Die bureaukratische Verwaltung ist charakterisiert durch die Ausschaltung »aller irrationalen, dem Kalkül sich entziehenden Empfindungselemente. ... Statt des durch persönliche Anteilnahme bewegten Herrn der älteren Ordnungen verlangt eben die moderne Kultur für den äußeren Apparat den menschlich unbeteiligten, daher streng ‚sachlichen' Fachmann« [7]). Die erste Forderung — Ausschaltung einer irrationalen, persönlichen Anteilnahme und menschliche Unbeteiligtheit an den Aufgaben des Amtes — erfüllt der politician: aber ohne dabei für Gesetzgebung, Verwaltung oder Justiz als Fachmann und Sachverständiger gelten zu können. Seine Fachmannschaft besteht vielmehr nicht

[7]) Weber, a. a. O. S. 662.

in einer speziellen objektiven Eignung und wissensmäßiger Vorbildung auf sein Amt, sondern wenn man ihnen einen »berufsmäßigen Fachspezialisten für Politik« nennen kann, so nur in seiner Eigenschaft als Spezialist der »Organisations- und Wahltaktik« [8]), die aber mit dem eigentlichen, öffentlich-politischen Leben sachlich nicht notwendig zu tun hat.

Was auf diese Weise an Rationalisierung gewonnen wird durch die Ausschaltung der aus einem patriarchalischen Verpflichtungsgefühl, Ueberlieferung oder sonst aus sozialen Prestigerücksichten stammenden »ständischen Ehre« der Honoratiorenverwaltung, kann dergestalt auf der anderen Seite doch nicht voll zur Auswirkung gelangen. Die rationalisierende Absicht der Bureaukratisierung wird vielmehr durch das mindestens ebenso lebhafte »unsachliche, unkalkulierbare Interesse«,das rein privatwirtschaftliche Interesse des Mannes durchkreuzt, der die politische Betätigung als Broterwerb und nur als Broterwerb erwählte. Wenn man also etwa in der Auflösung der Honoratiorenverwaltung auch eine Bewegung gegen einen im Stadium des aufblühenden Kapitalismus unerträglichen Konservativismus sehen kann, so wird man demgegenüber sagen müssen: alles was bei dem gegenwärtigen Zustand des politischen und des Parteilebens in den Vereinigten Staaten statt dessen entstanden ist, bedeutet nur die Ersetzung einer wesentlich stabilen durch eine im Grundzug bewegliche, nirgends rational zentrierte Organisationsform.

Wie so ein typischer, und zwar ein erfolgreicher Mann der Parteimaschine sich zum »politischen Geschäft« verhält, sagt er selber in unnachahmlicher Naivität und Gelassenheit; freilich auch in einem so ungeniert ungepflegten Idiom, daß die Uebersetzung kaum den vollen Eindruck widergeben kann: »Ich habe Geld mit Politik gemacht. Gewiß habe ich das. Jeder Mensch mit ein bißchen Verstand weiß das. Ich habe meine Familie nicht ernähren, mir kein Landhaus kaufen und eine politische Organisation nicht aufrechterhalten können mit den Einkünften aus den politischen jobs, die ich gehabt habe. Außerdem habe ich seit 30 Jahren oder mehr keine mehr innegehabt. Ja, wie habe ich es also dann gemacht? Ich will mal zuerst sagen, wie ich es nicht gemacht habe. Nicht durch Beschützung öffentlicher Laster oder verbotener Spiele, auch nicht dadurch, daß ich die Armen ausgeplündert oder erpreßt habe. Niemals habe ich Geld verdient

[8]) A. a. O.

durch Beziehungen mit der Verbrecherwelt [9]), und wenn eine Zeitung sagt, ich hätte mein Geld auf diese Weise gemacht, so lügt sie ganz einfach — mehr ist nicht daran. Mein Geld hab ich ehrlich verdient und ich kann das jedem Menschen ins Gesicht sagen.

Na, wie habe ich's also verdient? Ich habe eine politische Praxis so wie andre eine Rechtsanwaltspraxis haben. Politik ist meine Profession. Der einzige Unterschied zwischen mir und einem Haufen dieser Herren Anwälte ist, daß sie ein Universitätsdiplom haben und bei Gericht zugelassen sind — und ich nicht. Sie verkaufen ihren Grips und Einfluß an ihre Klienten. Und ebenso macht es der politische Führer. Wenn einer in seiner Stadt eine politische Macht wird, ein Führer in seiner Organisation, dann braucht er nicht mehr hinter Klienten und Kunden herzulaufen. Genau wie zu einem tüchtigen Anwalt, kommen sie von selber zu ihm. Sie kommen, weil sie seinen Einfluß brauchen. Sie wollen diese oder jene Vergünstigung, und er soll seine politische Macht dafür mobil machen. Gesellschaften und Geschäftsleute wollen seine Hilfe für dies und das — eine Sache durchbringen, die andere totmachen.

Genau wie ein Anwalt ein Recht hat, seinen Klienten zu vertreten und ihm dafür ein Honorar abzunehmen, hat es der politische Führer. Ich sehe nur den Unterschied, daß er ein Diplom dafür hat und ich nicht. Und das macht einen Unterschied aus? Wenn's für ihn recht ist, so ist's auch für mich recht. Wenn er ein anständiger Kerl ist, so bin ich auch einer. Wenn ich ein grafter [10]) sein soll, dann ist er auch einer. Also: was ist der ganze Unterschied? Es gibt einen, und ich werde Ihnen sagen, welchen: Ich liefere den Leuten die Waren, die sie von mir haben wollen (I deli-

---

[9]) Es gibt allerdings noch tagtäglich solche Fälle schmutzigster Protektion, besonders seit dem Alkoholverbot, bei denen Parteibeamte offen gemeinsame Sache mit Verbrechern und Gesetzesübertretern der verschiedensten Art machen. Man darf annehmen, daß Tammany Hall, seinerzeit unter »Boss Tweed« wohl die Stätte schlimmster politischer Korruption, heute eher besser als die Parteimaschine anderer Städte ist: die Beziehungen der Underworld von Chicago zu politischen Stellen sind bekannt und Fälle offenen Schutzes von Verbrechergangs durch die parteimäßig besetzte Polizei sind in dieser Stadt noch heute keine Seltenheit. Daß sich dort der Führer eines berüchtigten Gangs unter Polizeigeleit im goldenen Sarg zu Grabe tragen ließ, ist nur ein äußerster Fall dieser Duldung und Zusammenarbeit von politicians und Verbrecherwelt.

[10]) Unübersetzbar; graft = »harte Arbeit« (!) amerikanisch für politische Bestechung und die Annahme politischer Aemter zwecks persönlicher Vorteile, bzw. Gewährung und Annahme solcher Vorteile.

ver the good soods; im politischen Jargon Fachausdruck besonders für Zusammenhaltung der Wähler durch den Parteifunktionär); aber eine ganze Menge dieser Burschen kriegt das nicht fertig. Die meisten müssen mich bei ihren Fällen zuziehen, damit ich sie ihnen gewinnen helfe. Ich leiste vielmehr — aber mehr bekomme ich nicht. Sie bluffen und ziehen mit dem Geld ab. I deliver the goods.

Politik ist mein Geschäft und ich mache es profitabel. Sonst wäre ich ein Narr. Keiner bleibt in einem Geschäft, das nichts einbringt... Eine Organisation kostet Geld, und Wahlen kosten auch Geld. Man kann Wahlen nicht ohne Geld gewinnen« . . . [11]).

Besser könnte der Boss und die Parteimaschine kaum dargestellt werden. Alles ist darin angeschlagen: die kühle busineßmäßige Betrachtung des politischen Geschäfts, die so fern von einer Idee des Berufenseins zu politischer Arbeit ist, wie von der unpersönlichen Sachlichkeit ‚um der Sache willen', die den Beamten kennzeichnet; der große Einfluß auf Rechtsprechung, Auftragerteilung und Gesetzgebung, den die Parteiorganisation verleiht; die fast exakte Zuverlässigkeit des Erfolges einer gut geölten Parteimaschine; die freundschaftliche Beschützerrolle gegen die Mittellosen und die selbstverständliche Erwartung von pekuniären Erkenntlichkeiten seitens der vermögenden Interessenten; seitens dieser Interessenten wiederum die konsequente Belagerung einflußreicher Politiker, wie sie bei der mangelnden Sachkunde der politicians und dem System der Vorbereitung sämtlicher Gesetzgebungsarbeiten in Ausschüssen ohne Mitarbeit von Fachleuten der Exekutive (Teilung der Gewalten) zu einer ständigen Institution geführt hat, den lobbyists [12]).

Schließlich kommt in den zitierten Sätzen noch die vollkommene Gleichgültigkeit des hochgekommenen Organisationsführers gegen Verdächtigungen seines persönlichen Rufes zum

---

[11]) John J. Mahon, ein bekannterer »Boss« in the Sunday Sun, Baltimore 15. 10. 22 zit. nach H. E. Buchholz, US. A second Study in Democracy 1926, S. 40—42.

[12]) Lobby = Wandelhalle der Parlamentsgebäude. Alle großen Wirtschaftsinteressenten, aber auch Wohlfahrtsinstitutionen, Reformbewegungen, z. B. die Anti-Saloon League, die etwas bei der Legislative durchsetzen wollen, haben ihre oft sehr hoch bezahlten Lobbysts, gewissermaßen nur für die Bearbeitung der Abgeordneten angestellte Syndizi, mit häufig sehr großen Fonds zu ihrer Verfügung. Daß diese Beeinflussung der Abgeordneten durchaus als etwas Legales angesehen wird innerhalb des amerikanischen politischen Systems, wird dadurch bewiesen, daß die Lobbyists im Kongreß des Staates Newyork sogar offiziell registriert werden.

Ausdruck, d. h. die Bedeutungslosigkeit, die seine politische Macht für sein soziales Ansehen hat. Das nun ist ganz grundlegend anders als in Staaten, in denen die politische Stellung als solche, und nicht wegen des damit verbundenen Geldeinkommens, einen gewissen sozialen Nimbus verleiht, anders auch als in der Bureaukratie der großen europäischen Parteien, wo der Parteifunktionär durch seine Stellung einen gewissen sozialen Vorrang gegenüber dem rank and file einnimmt [13]). Eine gewisse Parallelerscheinung wäre viel eher in dem sozialen Diskredit zu sehen, den eine so alte, gleichzeitg konservativ-bäuerliche wie stark patrizierhaft-bürgerliche Gesellschaft wie die schweizerische dem Berufspolitiker zollt [14]).

Für den amerikanischen Staat wird die Erklärung für die Erhaltung des unbureaukratischen politician und gleichzeitig die geringe soziale Achtung in verschiedenartigen Ursachen zu finden sein. Da ist zuerst die geringe Notwendigkeit, im reichen Siedlungsland eine durchgreifende kraftvolle Staatsverwaltung oder auch ein stehendes Heer als Ansatzpunkt entschlossener bureaukratischer Disziplinierung auszubauen; sodann erschwerte die Ausdehnung des Staatsgebietes noch mehr, was auch psychologisch in der Frontierdemokratie schärfste Widerstände gefunden hätte. Wie auch das englische Beispiel zeigt, läßt sich ferner die Rechtsprechung nach dem Common Law leichter von nicht rein bureaukratisch Eingeordneten fortführen, als die von vornherein auf ein bureaukratisiertes, abstrakt formalistisches Denken aufgebaute römisch-rechtliche Justiz. An der geringen gesellschaftlichen Achtung, die der politician genießt, und die wiederum rückwirkend viele gute Köpfe von der Politik fernhielte, auch wenn die sonstigen Erwerbschancen in den Vereinigten Staaten weniger lockend erschienen, an dieser wiederum ist die Hauptschuld der liberalen Staatsauffassung zu geben: da sie eben die Verfolgung von Staats- und Verwaltungsaufgaben nicht um der Sache selber willen verdienstlich findet und sie eher einzuschränken als zu vertiefen wünscht — jedenfalls die Funktion der Staatsgewalt nach innen aufs stärkste beschneidet. Auch die große Zersplitterung der politischen Stellen und das

---

[13]) Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie 1910, S. 265 ff.

[14]) Ob dabei vielleicht auch eine besondere calvinistische Wertbetonung für den geldmäßig meßbaren Erfolg mitspricht, konnte nicht untersucht werden.

Bruchstückhafte ihrer Kompetenzen bedeutet eine Einschränkung der politischen Möglichkeiten, die einen Menschen mit echter politischer Leidenschaft und Machtwillen abschrecken muß. Die für die Frontierdemokratie und den liberalem Optimismus bezeichnende Vorstellung, daß aus der Gleichheit auch die Fähigkeit jedes normalen Staatsbürgers zu allen, somit auch den Staatstätigkeiten folge [15]), hielt natürlich eine Bureaukratisierung weiter zurück. Verwaltung durch Fachleute ist das gerade Gegenteil der typisch amerikanischen, von den Interessen der Partei und der Stellenjäger nur noch geförderten Vorstellung, es sei »rotation in office a recognition of equality« [16]). Die Dynamik solchermaßen rein mechanistisch zum Prinzip auch der politischen Sphäre zu machen — ein Korrelat zu einem wesentlich negativistischen Staatsgedanken —, ist natürlich nur in einem kapitalistischen Aufschlußstadium möglich, in dem die Notwendigkeit einer kontinuierlichen, berechenbaren und stabilen Verwaltung noch nicht erkannt oder eingetreten ist.

Was die amerikanische Politik in diesem Stadium erhalten hat, sind schließlich die großen Vorteile, die zahlungskräftige Interessenten jederzeit in einem System des Favoritentums, der Regellosigkeit, Undurchsichtigkeit und Unkontrollierbarkeit finden können. Aehnlich wie der staatliche Sektionalismus ist die Parteibureaukratie ein williges Werkzeug für die Erlangung außerordentlicher Profite: der Monopolzustand der Frontier ist sozusagen noch in einem Winkel erhalten, wenngleich sich allmählich auch hier ein Absterben eines soziologisch unhaltbar gewordenen Zustandes anzeigt — in dem Nachlassen der ganz schamlosen Skandale oder doch deren Häufigkeit und Skrupellosigkeit. Enthüllungen wie die jüngsten Untersuchungen über den Tea Pot Dome-Skandal und die republikanischen Wahlfonds, oder der Antrag des Senators Walsh auf Einsetzung eines Senatsausschusses zur Prüfung der Beziehungen zwischen den großen Gas- und Elektrizitätswerken, den Hauptkraftquellen mit, und den Parteikassen bei den Bundeswahlen [17]) sind wohl nicht bloß von partei-

[15]) »Wo are too apt to think both the work of legislation and the work of administration easy enough to be done readily, with or without preparation, by any man of discretion and charakter . . . Administration is regarded as something which an old soldier, an ex-diplomatist, or a popular politician may be rusted to take to by instinct.« Woodrow Wilson, Congressional Government, S. 255.

[16]) Bryce II, S. 243.

[17]) Frankfurter Zeitung 14. 2. 28, Abendblatt.



taktischer Augenblicksbedeutung. Derartiges deutet doch wohl daraufhin, daß Amerika bedenklich werden könnte, ob tatsächlich die politische Konstruktion auf die Dauer haltbar sein kann: ist doch hier ein machtvoller Großstaat politisch abhängig von der ganz unsachlichen Bestimmung durch ein politisch prinzipienloses Kampfspiel zweier am öffentlichen Leben selber gar nicht interessierter Erwerbsorganisationen. Tatsächlich stehen ja sehr häufig große Geldgeber auf der Liste beider Parteien, oder die Bosses selber gehen ein vorher abgekartetes Tauschgeschäft über ihre Kandidaten in den verschiedenen Instanzen oder Bezirken ein.

Wie gefährlich diese wahllose Ueberlassung der Staatsämter an eine unqualifizierte Parteianhängerschaft ist, zeigte sich bei der Erschießung des Präsidenten Garfield durch einen unbefriedigten Stellenwärter, 1881. Das rüttelte die öffentliche Meinung schließlich so weit auf, daß man sich zur Heraushebung einer bis 1926 im Bund auf etwa 560 000 angewachsenen Zahl von Staatsposten [18]) von der Patronage entschloß [19]). Hier ist also, im sog. Civil Service, eine Bureaukratie im Heranwachsen. Sie unterscheidet sich allerdings vom europäischen Beamtentum noch stark dadurch, daß von einer spezifischen »ständischen Ehre«, einer sozialen und moralischen Tradition und schließlich wohl auch von einer Gruppenexklusivität nicht gesprochen werden kann [20]).

Solche auch der Herkunft ihrer Angehörigen nach soziale Sonderstellung, sowie ferner die typische Tendenz einer echten bureaukratischen Verwaltung zum »Ausschluß der Oeffentlichkeit« [21]) und zu geheimrätlicher Ueberheblichkeit des Fachmannes, ja offenbar bereits der Nichtachtung demokratischer Kontrollversuche, diese typischen Merkmale und Nachteile einer Bureaukratie mit eigenem Schwergewicht scheinen sich schon im State Department (Außenministerium) zu finden. Die enge Berührung mit den sozial stets exklusiven Kreisen der internationalen Diplomatie, sodann die hohen, auch vom Gehalt des Amerikaners [22])

---

[18]) World Almanach 1927 S. 427.

[19]) Erster Civil Service Act 1885 für den Bund, dem bis 1924 zehn Staaten und mehr als 300 Städte gefolgt sind.

[20]) Leonard D. White, in diesem Archiv Heft 59, 2.

[21]) Weber, a. a. O. S. 671.

[22]) Nach der im Repräsentantenhaus am 19. April 1928 eingebrachten Porter Bill werden die in Washington verwandten Beamten des Außenministeriums in 7 Gehaltsklassen mit 3—9000 $ Jahreseinkommen eingeteilt werden. Entsprechend nach dem geltenden Gesetz vom 24. 5. 24 die Gehaltsstufen der im Ausland Wirkenden.

häufig nicht zu deckenden Kosten einer standesgemäßen Lebenshaltung spielen natürlich bei der Entstehung einer solchen gesellschaftlichen Beamtenaristokratie eine Rolle; und die beginnende soziale Stabilisierung gerade in den oberen Schichten, die Entstehung einer »müßigen«, durch Rentensicherung »abkömmlichen« Klasse bei gleichzeitiger Entpersönlichung der Leitung der großen Wirtschaftskonzerne führt dieser Gruppe die Kräfte zu.

Schließlich dürfte für die Bureaukratisierung gerade des außenpolitischen Ressorts mitsprechen, daß hier allein die Kompetenz des Bundes herrscht, also das durch die Verfassungsbestimmungen und die Auslegungen des Obersten Gerichtes mögliche Gegeneinander von Bundes- und Staatsbureaukratien nicht hemmend auftaucht wie in anderen Departments. Ferner ist in bezug auf die Außenpolitik die Stimmung der Nation besonders geschlossen: die meisten Amerikaner kümmern sich nicht um auswärtige Fragen, fürchten und bemerken also einen bureaukratischen Betrieb darin nicht selber, wie in anderen, ihr tägliches Leben berührenden Verwaltungsbezirken. Dem kapitalistischen Expansionsinteresse wiederum ist nur gedient mit einer Stetigkeit und einem möglichst exakten Funktionieren der im wesentlichen auf wirtschaftliche Berichterstattung, Auskunfterteilung und Interessenschutz beschränkten Wirksamkeit des Außendienstes. Daneben liegt für eine willfährige Vertretung ihrer Interessen die beste Gewähr in den engen personalen Beziehungen zwischen den Beamten des auswärtigen Dienstes und den interessierten Schichten selber — die Kosten der Lebensführung und vielleicht auch ein besonderer Anspruch auf eine gewisse gesellschaftliche Schulung machen die diplomatische Karriere wesentlich zu einer Domäne der in USA. nach weniger als irgendwo sonst zum Radikalismus neigenden Reichen [23]).

Ueberhaupt darf man sich ja nun nicht etwa, im Stil der billigen Argumente gegen den Parlamentarismus, das Patronagesystem so vorstellen, als ob mit jedem Parteiwechsel die gesamte Politik der Vereinigten Staaten von Grund aus umgeworfen würde. Mindestens schon durch die Aktenkontinuität innerhalb der einzelnen Behörde ist ein gewisses Maß von Stetigkeit festgelegt. Ob die Sachunkundigkeit des politician sowie das Fehlen

[23]) Vgl. New Republic, 6. 6. 27. — Die Botschafterposten werden nicht selten von dem siegreichen Präsidentschaftskandidaten als Entgelt für die freigiebigste Beihilfe in der Wahlkampagne verteilt.

eines eigenen politischen Programms bei den durch Patronage in eine Stellung Gekommenen zu einer Verstärkung der stabilisierenden Tendenzen oder zu ihrere Abschwächung führt, können wir von außen nicht entscheiden. Immerhin spricht die Wahrscheinlichkeit eher dafür, daß mindestens in den größeren Behörden der politische, auf kurze Zeit besetzte Posten im Durchschnitt doch gegen eine amtseingesessene Bureaukratie schon durch deren Kenntnis der Aktenvorgänge und des Bureauweges leicht sehr im Nachteil ist. Ist schon in einem parlamentarisch kontrollierten System, das doch im großen ganzen die politischen Posten etwas mehr nach der sachlichen Eignung und den politischen Fähigkeiten besetzen wird als die klüngelhafte Vereinigung der amerikanischen Parteimaschine, eine Sabotage der Outsider durch die Beamten leicht genug — so wird man es in der amerikanischen Verwaltung kaum besser erwarten dürfen, und je weiter vom Bund entfernt um so weniger. Was in Amerika günstiger ist als in den bureaukratisch verwalteten Ländern Europas, wäre dann lediglich das Fehlen einer bureaukratischen gesellschaftlichen Exklusivität und Solidarität mit deren Ueberheblichkeit gegen den Nichtfachmann, der in einer Demokratie doch letzten Endes der Auftraggeber dieser Bureaukratie ist.

Als Bremse gegen eine schließlich, auch für den amerikanischen Kapitalismus nicht mehr »tragbare« Unstabilität des behördlichen Apparates seien ferner genannt: 1. die geringen Unterschiede zwischen den beiden Parteien sowie die Identität vieler Geldgeber und der Lobbyists. Schließlich hat ja die American Federation of Labor das System der Begünstigung eines Kandidaten oder seines Gegners je nach ihrer bislang bewiesenen Willfährigkeit nur auf eine tabellarische Formel der — typisch amerikanischen — Aufrechnung von Punkten gebracht, das auch sonst oft genug bei der Bevorzugung der einen oder der anderen Partei befolgt wird. 2. Der office-seeker sucht nicht ein Amt um politischer oder sozialer Experimente willen; bei der ganzen quietistischen, allem Ungewöhnlichen und Ungewohnten abgeneigten Einstellung des Amerikaners würde er sich mit derartigen Versuchen auch gar zu leicht bei seinen Wählern oder der Parteimaschine unbeliebt machen oder vielleicht sogar in den Ruf der Radikalismus kommen. Auch ist die normale Amtszeit zwischen zwei Wahlen — längstenfalls vier Jahre — kaum auslangend, wirklich neue Wege und Methoden einzuschlagen. Und 3. sichert die verhältnis-

mäßig geringe Tätigkeit des Bundesstaates überhaupt schon eine gewisse Kontinuität der politischen Gebarung.

Auf der anderen Seite liegt es angesichts der vorläufigen Struktur des amerikanischen Wirtschaftskörpers ganz im Interesse der wirtschaftlich einflußreichen Schichten, die in einer korrumpierbaren und unkontinuierlichen Verwaltung und niederen Justiz gesetzte Unstabilität genau so auszunutzen, wie sie es mit dem Gegeneinander der föderalistischen Staatenpolitik tun können. Die herrschenden Parteien schließlich, die ja aus dem Boß- und Spoilssystem allein noch ihre Lebensberechtigung ableiten können und jedenfalls nicht aus einem politischen Programm oder einem Klassenhintergrund — sie sind natürlich hauptsächlich interessiert an der Erhaltung dieses aufgelockerten Staatsapparates. Sie sind die schärfsten Gegner des Merit-Systems, das von den ständigen Beamten eine bestimmte, durch oft recht rigorose Examina nachweisbare Vorbildung verlangt. Zunächst bringt jede Verminderung der Patronageposten der Maschine nicht nur einen Verlust an Macht und ein Nachlassen der Anziehungskraft der Partei, an die sich ja ein sehr großer Teil der Anhängerschaft nur in der Hoffnung auf ein Pöstchen — und den graft — anschließt [24]). Sodann heißt Einschränkung der Patronageposten aber oftmals nicht nur einen Verlust billiger und einflußreicher Arbeit im Parteiinteresse, sondern auch einen Geldausfall für die Parteikasse. Es ist nämlich Regel, daß Kandidaten sich bei ihrer Aufstellung und durch Parteipatronage Versorgte verpflichten, einen festen Prozentsatz ihres Gehalts — angeblich zwischen 3 und 12% — an die Parteikasse abzuführen. Die Beziehungen der Parteiorganisation zu den finanziell mächtigen Geldgebern dürften durch diesen Ausfall eines fixen Einkommens aus den Spoils nur um so enger werden. Welche Geldsummen durch die Partei für Wahlkampagnen ausgegeben werden, läßt sich mit auch nur einiger Sicherheit nicht feststellen, da begreiflicher Widerstand der Maschine gegen eine zu genaue Rechnungslegung vor der Oeffentlichkeit dagegen

[24]) »In the course of time, the public officers in each party and those who aspired to hold office became closely organized as party workers. . . . In short the political party became to a considerable extent an office-getting machine; the ordinary citizen was elbowed aside by office holders who had an abundance of time to do the active work of parties. Thus administration was perverted from its true purpose of serving the public and made subordinate to the job-hunting interests«, charakterisiert Beard, Americ. Government and Politics S. 48, die Blütezeit des Spoilssystems und der Parteimaschine vor der Civil Service Reform.



wirkt. Es werden als Ausgaben der beiden großen Parteien in den Wahlkampagnen für die Präsidentschaft geschätzt:

in den Jahren	Republikanische Partei	Demokraten
1904	$ 1 900 000	$ 700 000
1908	„ 1 655 518	„ 900 000
1912	„ 1 070 000 (+ Progressive Partei 670 000)	„ 1 130 000
1916	„ 3 829 260	„ 1 958 508
1920	„ 5 319 229	„ 1 318 374
1924	„ 4 000 000	„ 903 908 [25])

Nach Senat Report Nr. 885 des Kenyon Committees setzten sich die nachgewiesenen Ausgaben in der Präsidentschaftskampagne von 1920 folgendermaßen zusammen:

	Republikanische Partei	Demokraten
National Committees	$ 5 319 729	$ 1 318 274
Congressional Committees	„ 375 969	„ 24 498
Senatorial Committees	„ 326 980	„ 6 675
State Committees	„ 2 078 060	„ 888 323
Insgesamt	$ 8 100 738	$ 2 237 770

also schon erheblich mehr als nach den obengenannten Schätzungen. Merriam schätzt, daß unter heutigen Verhältnissen die Ausgaben beider Parteien in einer Präsidentschaftskampagne etwa 20 Millionen erreichen dürften. Betont sei noch, daß die obigen offiziellen Ziffern die Ausgaben für die Primaries, die Vorwahl der Kandidaten durch die Parteimitglieder, nicht enthalten. 1920 sollen in der Republikanischen Partei für die Propaganda von 10 Kandidaten $ 2 859 000, für 7 Demokraten $ 120 482 ausgegeben worden sein, doch muß man auch wohl annehmen, daß bedeutendere Summen ganz ohne Nachweis und Beleg gegeben und genommen worden sind.

Daß gerade diese verschleierten Parteibeiträge oft außerordentliche Höhen erreichen, hat sich erst wieder im Jahre 1926 gezeigt, als einmal durch einen Senatsausschuß hinter die Kulissen der Wahlmache in den Staaten Illinois und Pennsylvaniens geleuchtet wurde. In Illinois kam es zum Skandal, weil wieder einmal ein Magnat versucht hatte, sich auf dem Wege über politische Bestechung und Kandidatenmanipulation Monopolrechte in den public utilities zu sichern. Interessanter ist wegen der beteiligten Personen noch der Fall Pennsylvaniens. Soweit festgestellt werden konnte — und so manches ist wahrscheinlich auch

[25]) Nach Robert C. Brooks, Political Parties and Electoral Problems S. 331.

da nicht ans Licht der Oeffentlichkeit gekommen, wie man nach den Zeugenverhören selber oder etwa auch nach den bruchstückhaften Enthüllungen aus dem Petroleumskandal der Hardingzeit wohl annehmen darf — sind allein rund 3 Millionen ausgegeben worden für die Mache der Primärwahlen (direct primaries), Urabstimmung der Parteimitglieder zwecks Nominierung des Parteikandidaten, also bei einem Kampf innerhalb der lokalen Parteimaschine selber. Für dies Kulissenspiel der Bosses, das sich ebensogut wie innerhalb der einen Partei, auch zwischen den zwei Parteien hätten abspielen können, ist nun bezeichnend, worum hier so erbittert gekämpft wurde. Das eigentliche Interesse der Geldgeber an der Nominierung ging nämlich gar nicht um den einen oder den anderen Kandidaten für den Senat, sondern — die Länderpolitik als eigentliches Zentrum des Interessenkampfes! — um die Bestimmung eines genehmen Mannes für den Gouverneursposten im Staate Pennsylvanien. Er steht mit dem Senator auf derselben Liste (ticket). Die Geldgeber — zumeist Mitglieder eines führenden Unternehmerverbandes — fürchteten nämlich, einen Gouverneur zu bekommen, der etwa die jetzige Anthrazitsteuer, die bislang der Konsument trug, streichen und den entstehenden Ausfall durch eine Steuer auf gewisse, jetzt steuerfreie Fabrikprodukte auf den Produzenten abwälzen würde.

Dieser Fall illustriert in mannigfacher Beziehung das Wirken der Parteimaschine. Die Skrupellosigkeit, mit der die großen kapitalistischen Interessenten die demokratische Institution der Urabstimmung auszunutzen bereit sind, genau so wie vor Einführung der direkt primary den Delegiertenausschuß (convention), sie kommt der Bedenkenlosigkeit gleich, mit der sich die Maschine von den Geldgebern aushalten läßt, und damit in ihre Abhängigkeit gerät. Ferner erfuhr man bei dieser Gelegenheit einmal etwas mehr, mit welchen Mitteln die Parteien ihre Mitglieder für einen Kandidaten interessieren und zur Abstimmung schleppen. So ungeheure Summen, wie sie damals — wohlgemerkt doch immer nur für eine Abstimmung innerhalb einer Partei — ausgegeben wurden, können kaum für die in allen demokratischen Ländern gebräuchlichen Formen der Wahlpropaganda durch Aufklärung und Ueberredung des Wählers ausgegeben worden sein; das liegt von vornherein auf der Hand. Dazu liegen in Pennsylvanien die Verhältnisse für die Republikanische Partei noch besonders gün-

stig: es ist ein sehr dicht besiedelter Staat [26]), so daß also keine großen Reisekosten nötig werden. Seit mindestens 50 Jahren gab es dort ferner keine nicht-republikanische Mehrheit für den Präsidenten — nicht einmal in den Jahren der Bryan- und Wilsonkandidaturen: die republikanische Maschine hat also eine Traditionsstärke, die viel für den Zusammenhalt von selber wirkt. Auch die große Zahl der Zuwanderer und der wesentlich städtisch-industrielle Charakter hat nicht, wie z. B. in dem benachbarten Newyork und den Neuenglandstaaten, eine demokratische Majorität zustande zu bringen vermocht [27]). Das alles hätte eigentlich die Wahlausgaben niedrig halten sollen; mit den legalen Mitteln der politischen Interessierung, oder wenn man so will, selbst der moralischen Korruption ist es aber der amerikanischen Parteimaschine nicht genug. Ein wenig im Stil der gewalttätigen Wildwestperiode ist zwar nicht mehr der Revolver das stärkste und beliebteste Argument, aber ein im kapitalistischen System leicht ebenso überzeugungskräftiges: Geld. Da gibt es alle möglichen Hilfearbeiter, »Wachen« und Schlepper, die bezahlt werden für jeden Weg, und auch noch — in einem so großstädtisch-übersichtlich organisierten Bezirk —, die ganz unverhüllte Bezahlung für den Gang zur Urne, ja Listenfälschung und mehrfache Abgabe der Stimme — Stimmenkauf als Begleiterscheinung zur umgekehrten Form des Aemterkaufs, wie sie gelegentlich das Spoilssystem darstellt, wo nicht nur das Amt wegen privater Gewinne des Trägers erstrebt, sondern dieser für seine Annahme noch außerdem vom Interessenten bezahlt wird. Bezeichnend für den bureaukratischen Charakter der Parteimaschine ist, daß solche Helferdienste und Wählerbestechungen offenbar nach einem festen Satz — z. B. 5 oder 10 $ für die kleinen Posten — abgegolten werden.

Uebrigens gibt es auch heute noch Gegenden in den Staaten, in denen noch viel systematischer und mit weitaus mittelalter-

[26]) Der immer schon zweitgrößte der Union mit einer Bevölkerungsdichte im Jahre 1920 von 194,5 Bewohnern pro Quadratmeile.

[27]) 1924: für Colidge 1 404 431 von insgesamt 2 144 852 abgegebenen Stimmen; bei den Gouverneurswahlen 1926 erhält der republikanische Kandidat 1 102 823, der demokratische nur 365 280 Stimmen, der Bundessenator der Republikaner 822 187 gegen 648 680 Stimmen für seinen Gegner — der Abfall der Republikaner wegen der Skandalaffäre reichte nicht aus, dem Gegner die Mehrheit zu verschaffen. Trotz der großen Zahl der Grubenarbeiter usw. bringen es die sozialistischen Kandidaten für Senat und Gouverneursposten auf nicht mehr als ca. 32 000 Wähler.

lichen Methoden eine Korruption der Wählerschaft oder eine Umdeutung der demokratischen Meinungsäußerung stattfindet. Wie vollkommen Politik als ein Erwerbsgeschäft aufgefaßt wird, zeigt etwa die Institution der »ballot merchants«, vielleicht mit »Stimmenhändler« am ehesten zu übersetzen, die in den wenig zivilisierten und noch beinahe barbarisch lebenden Bergdistrikten einzelner Südstaaten, besonders Tennessee und Kentucky, Stimmen en gros kaufen — »ein Dollar die Stimme« (a vote for a dollar) [28]). Hier gibt es denn auch haufenweise Fälschung der Wahlergebnisse, wie sie in einigen Bezirken bei der Vorwahl in Pennsylvanien auch vorgekommen sein soll, absichtliche Irreführung der Wähler und Falschzählungen, Urnendiebstahl und Bedrohung der Wahllokale, illegale Stimmenabgabe (ballot stuffing) etwa für längst Verstorbene durch bestochene oder aus anderen Bezirken »importierte« Wähler, die als Parteifreunde für diesen Dienst gleichfalls natürlich bezahlt werden; ja in einer Gerichtsverhandlung wurde sogar von Zeugen dargetan, daß sich in Kentucky Bergbewohner hatten bereit finden lassen, »so viele Demokraten ‚umzulegen', daß eine republikanische Mehrheit für den Landtag herauskäme« [29]).

Gewiß sind seit langem, durch den Federal Corrupt Practices Act von 1910, alle auf Bestechung hinauslaufenden Freundlichkeiten der Kandidaten an ihre Wähler verboten, auch die persönlichen Kampagne-Ausgaben des Kandidaten bundesgesetzlich festgelegt: höchstens $ 5000 für den Kongreßmann, $ 10 000 für den Senator; wie wenig damit die Wurzel des Uebels, die Maschine, getroffen wird, hat der Fall Pennsylvaniens wieder deutlich bewiesen. Wir finden hier als Kuriosum, daß das Gesetz den einzelnen Kandidaten als die verantwortliche Stelle ansieht,

---

[28]) Hier sitzen die von der vordringenden Pflanzerwirtschaft vor dem Sezessionskrieg in die unwirtlichen Berggebiete gedrängten weißen kapitallosen sog. Mountaineers, die die aufblühende Industrie der Südstaaten heute wieder als nichtshäbige Arbeiter in die Ebenen zurückzieht. Hier wird teilweise noch das Englisch der elisabethanischen Epoche gesprochen, hier herrscht noch Blutrache und Familienfehde — die, vgl. Mark Twain, Huckleberry Finn, ja überhaupt in Amerika noch nicht lange ausgestorben ist: ein Beweis übrigens gegen die unhistorischen Vorstellungen von einem »Lande ohne Tradition und Geschichte«. In Wirklichkeit hat der rasende Aufsprung des Kapitalismus, der Zug nach dem Westen und der Bevölkerungszustrom wohl nahezu alle Erinnerung an eine Tradition verwischt; jedenfalls ist sie in den kapitalistischen Bezirken kaum mehr spürbar und wird durch die eben beginnende soziale Stabilisierung auch erst jetzt wieder langsam als Notwendigkeit erlebt.

[29]) Gruening, These United States II, S. 228.



indem es die individuellen Bestechungsmöglichkeiten reguliert, während die eigentlich verantwortliche Stelle ignoriert wird, die Parteiorganisation nämlich: obgleich diese sonst als legale, öffentlich-rechtliche Institution anerkannt ist und es heute keinen Staat in der Union gibt, der nicht die Rolle und das Betätigungsfeld der Partei in der politischen Maschinerie bis in die Einzelheiten reguliert hätte [30]). Durch Gesetzgebung sind so geregelt: die Bedingungen, unter denen eine politische Organisation als »Partei« anerkannt wird; die Form der Mitgliedschaftserklärung (offizielle Formulare für die Beitrittserklärung in verschiedenen Staaten); die Art und Methode der Urabstimmungen für die Kandidatenaufstellung und deren Sicherung von Staats wegen (auch hier gelegentlich Lieferung amtlicher Stimmzettel), sie werden durch die Leitung durch Beamte als eine öffentliche, nicht mehr nur innerparteiliche Angelegenheit anerkannt. Auch die Kosten der primaries trägt der Staat genau wie die Kosten der regulären Wahlen. Aber auch in die Zusammensetzung und Kompetenzverteilung der Parteiinstanzen selber, besonders des auf die Abgeordneten und die Parteipatronage sehr einflußreichen Hauptvorstandes der Staatsparteien (central committee und state chairman) — die Bundespartei ist nur der Verband der Staatsparteien anläßlich der Präsidentenwahl — hat der Gesetzgeber fast überall eingegriffen, die Partei damit zu einem notwendigen Organ der Staatspolitik, und nicht nur zu einem privatrechtlichen Zweckverband stempelnd. Mehrere Staaten haben sogar gesetzliche Bestimmungen über die Zusammensetzung derjenigen Parteiinstanz aufgestellt, die die Wahlplattform auszuarbeiten hat.

Auf diese Weise ist eine Legitimation der Parteien geschaffen, die man in gewisser Weise vielleicht mit der Rolle der fascistischen Partei im italienischen Staat vergleichen könnte — »the political party is a state within a state« [31]) — eine eigenartige Form von anerkannter, bureaukratisierter, und zwar notwendig nur einer bureaukratisierten Nebenregierung, die, trotz des fehlenden Diktaturcharakters, mit den Grundprinzipien gerade der individualistischen amerikanischen Demokratie kaum verträglich ist. Daß der Grundsatz der Gewaltenteilung durch die Union von Verwaltungs- und Legislaturpersonal de facto aufgehoben wird,

---

[30]) Beard, Government and Politics S. 542.
[31]) A. a. O. S. 154.

sei nur angemerkt. Möglich aber auch, daß eine offene Parlamentarisierung durch diese Legitimierung des »Parteienstaates« vorweggenommen ist.

Als Gegengewicht gegen die undemokratische Tendenz, die in jeder, also auch der Parteibureaukratie liegt, haben einzelne Staaten denn auch besondere Vorkehrungen zur Sicherung von Minoritätsgruppen innerhalb der Parteien oder der demokratischen Rechte der Parteimitglieder gegenüber der Maschine eingeführt. Immer aber bleibt der Grundsatz der Anerkennung der Parteibildung als des unersetzlichen Unterbaus der politischen Organisation gewahrt: etwa in einem interessanten Experiment des Staates Oregon; dort verschicken offizielle Stellen an die Parteimitglieder vor der primary eine amtliche Drucksache, in der jeder, der sich um die Nominierung bemüht, gegen Zahlung einer bestimmten kleinen Summe, je nach der Bedeutung des erstrebten Amts, eine festgesetzte Seitenzahl zur Vertretung seiner Interessen vor den Wählern zu seiner Verfügung hat. Damit sollen weniger bemittelte Kandidaten wenigstens teilweise für den Vorteil entschädigt werden, den sich wohlhabende durch selbst bezahlte Presseinserate verschaffen können.

Im Vergleich mit den unerhört schamlosen Wahlskandalen des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts — in jeder Beziehung der Zeit der »unbegrenzten Möglichkeiten« — haben alle solche Gesetze und noch mehr die aufklärenden Arbeiten verschiedener Reformverbände, voran der National League of Women Voters, sehr heilsam zu einer Reinigung des politischen Lebens beigetragen. Immerhin, wie wieder der oben betrachtete Fall in Pennsylvanien blitzartig erkennen ließ, geben für einen geschickten und vor allen Dingen einen kapitalkräftigen Parteiboss alle noch so detaillierten Vorschriften immer noch genügend Raum zum Durchschlüpfen; mit einigen Millionen kann man genug Wähler erreichen. In Pennsylvanien war — und das ist wohl allerdings für eine westeuropäische Demokratie nicht mehr ganz vorzustellen — der Schatzsekretär des Bundes, der vielfache Millionär Andrew Mellon oder mindestens seine Familie einer der Hauptgeldgeber für die Wahlarbeit. Und mit Recht fragten Amerikaner, die um die politische Unabhängigkeit und Sicherung der freien Meinungsäußerung besorgt sind: »Wenn man es sich 3 Millionen kosten läßt, eine Parteiabstimmung in einem einzelnen Staat zu machen, wieviel lohnt es sich dann, für die Wahl eines zuverlässigen

Präsidenten gegen einen populären radikalen Gegner auszugeben?«

Die Verbindung von Geschäft und Politik zeigt sich hier in besonders bedenklicher Weise. Der politician geht in die Partei, um Geschäfte zu machen und die kapitalkräftigen Interessenten bedienen sich dadurch der Parteimaschine nur um so leichter, wenn sie nicht selber wie Mellon oder sein erster und größter Vorläufer, der Industriemagnat Markus A. Hannah in den 90er Jahren, Herren der Parteimaschine ihres Heimatstaates sind, und Schwächere, eben die kleinen politicians, zur Vertretung ihrer Interessen »vorschieben«. Das interessanteste Beispiel für jene Vereinigung industrieller und parteimäßiger Vormachtstellung ist übrigens die bekannte Familie Dupont, im Staate Delaware, den eins ihrer Mitglieder auch im Senat zu vertreten pflegt.

Nun muß hier ein Einwurf untersucht werden, der sich leicht bei dieser Darstellung der Parteibureaukratie und ihrer Rolle im Staate einstellt, die Frage nämlich, ob es angesichts solcher Mißstände, der Leichtfertigkeit der Korruption und anti-demokratischen Verachtung der Wähler nicht doch empfehlenswerter sei, Politik ohne Parteien als Durchgangsstation zu betreiben. Wir kennen ja aus Deutschland diese Parole der »parteilosen Politik« sehr gut. Aus der amerikanischen Mißwirtschaft der Maschine wird man aber dafür kaum stichhaltige Argumente ableiten dürfen. Trotz gelegentlicher Verirrungen der letzten Zeit, gedeckt von dem stets sich streckenden Geldmantel der Inflation, dürfte es doch einstweilen nicht zu optimistisch sein, wenn wir in der Tradition eines starken, nun aber sozial gewandelten Staates und einer in echtem Nationalgefühl begründeten Staatsloyalität von vornherein eine Barriere gegen eine durchgreifende, grundsätzliche Wählerkorruption sehen. Vor allem aber hätte sich dem eine konsequente und bewußte Förderung der nationalen Bereitschaft zu echter demokratischer Mitarbeit und Mitverantwortung zuzugesellen, für die in der grundsätzlich liberalen Konzeption eines möglichst schwachen, föderalistischen Staates in Amerika noch kaum Ansätze zu beobachten sind.

Sodann ist die Bedenkenlosigkeit, mit der ungeheure Summen zu so zweifelhaften Zwecken ausgeworfen werden, eben nur begreiflich im Rahmen eines so stark auf Dynamik und die Erhaltung der Dynamik des Kapitalismus gestellten Sozialbaus wie des amerikanischen. Nur, wo noch so viel für den inneren Ausbau

des Wirtschaftslebens, einen Aufschluß neuer, nicht die Rationalisierung bestehender Elemente zu tun ist, wo immer noch so viele neue Wirtschaftsquellen zu verteilen oder zu erschließen sind — daher die public utilities und die Wasserreserven als Hauptquellen des graft und politischen Kampfes — nur da werden sich auch die Geldgeber finden, die sich auf so unkalkulierbare Geschäfte einlassen, wie es Wahlkorruption und Beamtenbestechung sind— die immer, da nicht diffamiert, ebenso auch vom Gegner oder Konkurrenten betrieben werden können. Im Falle der republikanischen Primary in Pennsylvanien ist so z. B. auch der Mellonkandidat trotz eines nachgewiesenen Aufwandes von 1 ½ Mill. Dollar unterlegen, wogegen die gleichzeitigen Enthüllungen in Illinois die öffentliche Meinung nicht entscheidend beeindruckten.

Ferner konnte die amerikanische Parteibureaukratie — an sich eine normale Erscheinung in allen Massenparteien — erst so stark und skrupellos werden, weil ihr keine geschlossene staatliche, grundsätzlich nicht parteiloyale Bureaukratie als Gegengewicht gegenübersteht. Wenn heute die politischen Bosses nicht mehr so machtvoll sind wie z. Z. Markus Hannahs, nicht mehr so ganz ihr Amt für die unsaubersten Geschäfte zugunsten der eigenen Tasche betreiben können wie Tammany Hall unter Tweed, so liegt das kaum so an einer Einsicht und Umkehr der Maschine, sondern neben einer allmählichen Aufklärung des Publikums und der beginnenden Schwächung der Korruptionschancen besonders an der Civil Service Reform und der Entstehung einer objektiven Beamtenschaft [32]). Sehr wichtig ist schließlich, daß die amerikanische Partei durch die partikularistisch zerflatternde politische Konstruktion die örtlichen Sonderinteressen so vollkommen in den Vordergrund stellen kann, somit der Korruption durch geldmächtige Interessenten offen steht — während der zentralistische Faktor ganz in den Hintergrund rückt Die einzigen allgemeinen Bundeswahlen, die für den Präsidenten, werden nicht von einem ständigen obersten Zentralorgan gemacht, sondern von einem ad hoc-Bündnis der Staatsorganisationen jeder Partei: schon auf dem den Kandidaten nominierenden Parteikonvent herrschen zunächst die engeren lokalen Interessen und Eitelkeiten, viele Staaten versuchen ihren »favourite son« durchzudrücken und die Wahl fällt oft wegen dieser sektionalen Diffe-

[32]) Beard a. a. O. S. 557.

renzen auf einen sachlich ungeeigneten oder minderwertigen Kompromißkandidaten, »dark horse«. Auf diese Weise wird, paradox gesprochen, die Politik der Parteimaschine beinahe ganz zu einer Art »parteilloser« Politik, wenn man als »Partei« eine Vereinigung von Menschen mit sachlich oder klassenmäßig bestimmten, gemeinsam auf dem Wege der politischen Machtergreifung erreichbaren Zielen versteht.

Alle die Voraussetzungen für die Konstitution, das Wesen der Partei und die Entstehung einer Parteibureaukratie sind eben in den Vereinigten Staaten so verschieden von den kapitalistisch hochentwickelten demokratischen Staaten Europas, daß man aus Mißständen drüben nicht auch Argumente gegen die Parteibildung in diesen, soziologisch vollkommen anders gelagerten Staaten ableiten darf, selbst wenn die ethisch vielleicht sehr hohe Idee der parteilosen Politik nicht überhaupt mit den Anforderungen und unentrinnbaren Entwicklungstendenzen großstaatlicher Organisation unvereinbar wäre. Die amerikanische Staatsstruktur des bureaukratielosen Dezentralismus wenigstens bietet keine befriedigende Lösung des beängstigenden Problems der Freihaltung der Demokratie von den unkontrollierten Machtansprüchen einer wie immer gearteten Bureaukratie. Vielmehr haben, trotz der Bemühungen um möglichste Erhaltung der unmittelbaren Meinungsabgabe und Beamtenernennung durch den Wähler selber, die amerikanischen Verhältnisse wenn auch aus anderen Ursachen die gleiche Wirkung gehabt wie die undemokratische Beamtenherrschaft im kaiserlichen Deutschland: den politischen Willen zu lähmen und abzulenken, ja noch mehr: ihn außerpolitischen, lokalen Interessen in die Hände zu liefern, die meist nicht einmal die eigenen sind.

Oppenheimers Theorie der »Reinen und Politischen Oekonomie«. II.

Monopoltheorie und Verteilungslehre.

Von

ALFRED AMONN.

5.

Der Grundstein von Oppenheimers Verteilungslehre ist seine »Monopol«theorie. Das »Monopol« ist — neben der »Qualifikation« — »die zweite der Konkurrenz unüberwindbare Hemmung der Tendenz zur vollen Ausgleichung der Einkommen« [1]). Mittels des Begriffs der »Qualifikation« läßt sich die Verschiedenheit der Arbeitseinkommen begreifen. Die Einkommen aus Grund und Boden und aus Kapital lassen sich nach Oppenheimer aber nur aus »Monopol«stellungen begreifen. Der »Monopol«begriff wird daher zum tragenden Begriff der Verteilungslehre. Aber es ist nicht der herkömmliche, in unserer Wissenschaft heimische Monopolbegriff, sondern »Monopol« bedeutet bei Oppenheimer einen ganz anderen und zwar viel weiteren Tatbestand.

Als »Monopol« bezeichnen wir in der herkömmlichen Wert- und Preislehre die Tatsache, daß Angebot oder Nachfrage in einer Hand entweder vollständig vereinigt ist oder doch so weit vereinigt ist, daß der betreffende Anbietende oder Nachfragende die Angebots-, bzw. Nachfragegrößen willkürlich bestimmen oder erheblich beeinflussen und dadurch den Preis regulieren kann. Im ersten Falle spricht man von »vollkommenem Monopol«, im zweiten Falle von »unvollkommenem«, »teilweisen«

---

[1]) A. a. O. S. 475.

oder dgl. »Monopol«. »Konkurrenz« bedeutet demgegenüber die Tatsache, das das Gesamtangebot oder die Gesamtnachfrage auf dem Markte gebildet wird durch eine größere Anzahl von selbständigen, unabhängig voneinander gebildeten Einzelangeboten bzw. -nachfragen, von denen keine derart gestaltet ist, daß sie für sich allein das Ergebnis, das heißt, den Preis in irgendwie erheblichem Maße zu beeinflussen vermag. Diese Unterscheidung ist insoferne von großer Bedeutung — und findet darin ihre logische Berechtigung — daß die Preisbestimmung eben in beiden Fällen verschieden ist und diese Verschiedenheit ganz allgemeiner Natur ist, beide Fälle eine große Zahl von konkreten Einzelpreisfällen umfassen.

Demgegenüber unterscheidet Oppenheimer zunächst einmal die Tatsache, daß die Menge der Produkte, die auf den Markt gebracht werden kann, keine feste Größe ist, sondern vermehrbar ist, und spricht in diesem Falle von »Konkurrenz« und »Konkurrenzprodukten«, und die Tatsache, daß die Menge der Produkte, die zu Markt gebracht werden kann, eine feste Größe ist, »nicht mehr vermehrt werden kann«, und spricht in diesem Falle von »Monopolprodukten« und von »Monopol« [2]). Doch bezieht sich diese Bestimmung zunächst offenbar bloß auf die Angebotsseite. Er sagt dann mit Adolf Wagner: »freie Konkurrenz besteht dort, wo jeder, der sich an einer Produktion beteiligen will, es auch kann und darf« [3]). Und schließlich heißt es: »Als Monopol bezeichnen wir eine gesellschaftswirtschaftliche Machtposition des Inhalts, daß ihr Inhaber, der »Monopolist«, im Marktverkehr infolge des Ausschlusses oder der Beschränkung der freien Konkurrenz einen ‚Monopolgewinn' erhält; d. h. sein Einkommen um einen gewissen Betrag höher als das Einkommen anderer Wirtschaftspersonen, die sich nicht der Verfügung über eine solche Machtposition erfreuen, unter sonst gleichen Umständen ist, nämlich bei gleicher Anspannung gleichqualifizierter Arbeitskraft in gleicher Zeit« [4]).

Nun müssen wir zunächst feststellen, daß diese Definitionen oder Bestimmungen nicht völlig miteinander übereinstimmen. Zuerst wird »Unvermehrbarkeit« oder »Vermehrbarkeit«, der Produkte als Kriterium betrachtet, dann wieder die Stellung der

---

[2]) A. a. O. S. 476 f.

[3]) A. a. O. S. 478.

[4]) A. a. O. S. 480.

»Wirtschaftspersonen« auf dem Markte, die Tatsache, daß der Zutritt zum Markte, die Beteiligung an Angebot bzw. Nachfrage allen Wirtschaftspersonen, bzw. nur einem beschränkten Kreis von Wirtschaftspersonen möglich ist. Besonders verwirrend ist obendrein noch, daß Oppenheimer auch von »Monopolverhältnissen« zwischen den »Monopolisten« und ihren »Konkurrenten« spricht. »Das gesellschaftswirtschaftliche Verhältnis, in dem der Monopolist zu den nichtbegünstigten Personen der Wirtschaftsgesellschaft steht, nennen wir das ‚Monopolverhältnis'. Es gibt für die Oekonomik zwischen den einzelnen Wirtschaftspersonen keine anderen Beziehungen als diejenigen, die den Marktverkehr betreffen. Hier treten die Personen entweder als Kontrahenten eines Tauschgeschäfts oder als Konkurrenten um ein Tauschgeschäft miteinander in Beziehung. Dementsprechend gibt es Monopolverhältnisse zu den Kontrahenten und zu den Konkurrenten« [5]). Was Oppenheimer meint, ist ja klar, aber es ist doch eine höchstverwirrende Terminologie.

Gesteigert wird diese Verwirrung noch durch die Unterscheidung zwischen »Personalmonopolen« und »Klassenmonopolen«, wobei den »Klassenmonopolen« eine ganz besondere Bedeutung zugeschoben wird. Das »Klassenmonopol« ist das »Monopol«, das den »Besitzenden« gegenüber den »Besitzlosen« zukommt. »Zwischen diesen Klassen besteht ein ‚Klassenmonopolverhältnis', das der Oberklasse sowohl als Totalität, wie ihren sämtlichen Mitgliedern als einzelnen Personen einen Monopolgewinn abwirft« [6]).

Bei den »Personalmonopolen« unterscheidet Oppenheimer wieder »Produktionsmonopole« und »Tauschmonopole«. Ein »Produktionsmonopol« liegt vor, wenn ein Produzent gegenüber seinen Konkurrenten einen Produktionsvorteil besitzt, demzufolge er mit niedrigeren Kosten produziert und also einen Gewinn am statischen Preise macht. Hier sagt Oppenheimer ausdrücklich, daß ein »Monopol« vorliegt, auch wenn »sich jeder an der Produktion beteiligen kann und darf, der es will«, also wieder ein Widerspruch zu einer der früheren Bestimmungen oder Definitionen [7]). Ein »Tauschmonopol« liegt vor, wenn »der Gewinn aus den Tauschbedingungen hervorgeht«, das heißt, aus

[5]) A. a. O. S. 481.

[6]) A. a. O. S. 482.

[7]) A. a. O. S. 482.

einem »höherem als dem statischen Konkurrenzpreis« oder einem »Monopolpreis«. Dieses »Tauschmonopol« nennt er »das Monopol eigentlichen, strengen Sinnes« und das ihm entsprechende »Monopolverhältnis« das »Monopolverhältnis« im eigentlichen Sinn«[8]). Es gibt also demnach »Monopole im eigentlichen Sinn« und »Monopole im uneigentlichen Sinn«. Hier muß man dann wieder zwischen »Einkaufsmonopolen« und »Verkaufsmonopolen« unterscheiden. »Nur beim Verkaufsmonopol hat es einen Sinn, von ‚Monopolgütern' zu sprechen, womit alle diejenigen Wertdinge gemeint sind, die einen Mehr-Geld-Preis erzielen«[9]). Ein solches Verkaufsmonopol kann es nun geben: »1. a) an solchen unvermehrbaren Wertdingen, die aus ‚natürlichen' Gründen nicht in solcher Menge beschafft werden können, daß ihr Preis auf den Konkurrenzpreis herabgeht. Das sind die sogenannten ‚natürlichen Monopole' . . . 1. b) an solchen unvermehrbaren Wertdingen, deren Vorrat zwar an und für sich groß genug ist, um ihren Preis auf dem Konkurrenzpreise zu halten, aber durch Sperrung gegen den Begehr zurückgehalten wird. Das ist die erste Art der ‚Rechtsmonopole'; wir wollen sie . . . als ‚Oligopole' bezeichnen; 2. an ‚beliebig vermehrbaren' (produzierbaren) Wertdingen«, bezüglich welcher »der Mitbewerb durch ein vom Staate verliehenes Privileg oder durch Vertrag zwischen den Produzenten ausgeschlossen wird«. Auch das sind »Rechtsmonopole« gegenüber jener ersten Gruppe der »Naturmonopole«[10]).

Unter den »Rechtsmonopolen« haben nun eine besondere Bedeutung die genannten »Oligopole«. Sie werden später definiert als »Machtpositionen, die darauf beruhen, daß ein ‚von Natur aus' im Verhältnis zum Bedarf reichlich vorhandenes unvermehrbares Gut durch Aussperrung seitens der Eigentümer auf Grund ihres Eigentumsrechts künstlich unter der dringenden Nachfrage gehalten wird«[11]). Ein solches »Oligopol« ist »der Grund und Boden«. Oppenheimer meint: »Der Vorrat ist jetzt und für unübersehbare Zeit hinaus überreich,

[8]) A. a. O. S. 486. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

[9]) Später definiert Oppenheimer »Monopolgüter« als »Seltenheitsgüter« im Sinne Böhm-Bawerks, das heißt als Güter, die »wegen irgendeines obwaltenden faktischen oder rechtlichen Hindernisses gar nicht oder doch nicht in unbeschränkter Menge reproduziert werden können«. (A. a. O. S. 709 f. und 786.)

[10]) A. a. O. S. 487 f.

[11]) A. a. O. S. 489.

aber er ist durch das Eigentumsrecht der Oberklasse in der Rechtsform des großen Grundeigentums gegen den Bedarf der Unterklasse gesperrt und dadurch in ein Monopol verwandelt worden«[12]). Hier schiebt Oppenheimer die Höhe des Preises des Gutes als Kriterium des Monopolcharakters in den Vordergrund und betont im Gegensatz zur üblichen Fassung des Monopolbegriffs, daß weder die Zahl der Anbietenden etwas zu bedeuten habe, noch die Tatsache, daß Konkurrenz zwischen diesen besteht, sondern allein die Höhe des Preises entscheidend sei, der sich bilde. »Der Weinberg, der Johannisberger Kabinett trägt, könnte fünfzig verschiedenen Eigentümern gehören, die nicht miteinander verbündet wären, und dennoch stünde der Wert des Produkts über dem natürlichen Preise; — und dasselbe gilt von allen öffentlich-rechtlichen Verleihungsmonopolen, wo mehrere privilegierte Produzenten miteinander konkurrieren, während der weitere Kreis ausgeschlossen ist; die Zunftmeister einer Kantonwirtschaft der beginnenden Neuzeit konkurrierten untereinander in voller Freiheit, und dennoch stand der Tauschwert ihres Produktes oberhalb des natürlichen Preises. Das wichtigste Beispiel solchen Rechtsmonopols, an dem viele Berechtigte partizipieren, ist das Grundeigentumsrecht unserer Gesetzbücher: ein ungeheuerer Kreis von Monopolisten steht unter sich in voller Konkurrenz, und dennoch erzielt jedes Stück Boden einen weit über dem natürlichen Werte stehenden Monopolpreis. Denn hier kann nirgend die Kraft eingreifen, die bei allen nicht monopolisierten Waren im zeitlich-räumlichen Zusammenhang aller Märkte den Preis auf den natürlichen Wert fixiert: die durch den hohen Gewinn eines oder einiger Märkte herangelockte Konkurrenz beliebig vieler Außenstehender. Diese unbeschränkte Konkurrenz ist durch den Begriff des Monopols ausgeschlossen; wo sie möglich ist, besteht kein Monopol: aber die beschränkte Konkurrenz läßt den Monopolgewinn bestehen«[13]). Hier tritt nun klarer hervor, was Oppenheimer unter »Monopol« versteht. Es ist ein rein negativ bestimmter Begriff.

---

[12]) A. a. O. S. 491.

[13]) A. a. O. S. 493 f. Das Hervorgehobene im Original gesperrt.

Er bedeutet schlechthin, daß nicht jede Wirtschaftsperson mitkonkurrieren kann. Er bedeutet also gar keinen Gegensatz zu »Konkurrenz«, auch nicht zu »freier Konkurrenz« im üblichen Sinn. Denn, wenn Oppenheimer später auch sagt: »Freie Konkurrenz und Monopol schließen sich aus; aber beschränkte Konkurrenz und Monopol sind miteinander verträglich . . . Ein Monopol ist eine Vorzugsposition im Preiskampf, beruhend darauf, daß die Konkurrenz nicht völlig frei spielen kann oder darf«, so gebraucht er auch den Ausdruck »nicht freie« oder »beschränkte Konkurrenz« in einem ganz anderen Sinn als es üblich ist, nämlich im Sinn von »nicht jedem mögliche« Beteiligung anstatt in dem von »das Verhalten oder Vorgehen der Konkurrenten beschränkenden« Bedingungen, und versteht unter »freier Konkurrenz« jedermann faktisch mögliche Konkurrenzbeteiligung anstatt jedermann prinzipiell freistehende Beteiligung [14]). Der Unterschied ist nur eine kleine Nuance, er ist aber für das Verständnis der ganzen Monopollehre Oppenheimers von wesentlicher Bedeutung.

Es bedeutet nun natürlich gegen diese Monopollehre gar keinen Einwand, wenn man Oppenheimer entgegenhält: da, wo Du von »Monopol« sprichst, da besteht doch in Wirklichkeit »gar kein Monopol«, sondern »Konkurrenz«; es ist eine Täuschung, wenn Du da die Gegebenheit eines »Monopols« annimmst. Eine solche Argumentation muß notwendig zu einem Aneinandervorbeireden führen. Denn selbstverständlich kann auch Oppenheimer die Worte gebrauchen, wie er will, und man kann höchstens darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, das Wort »Monopol« in diesem Sinn zu gebrauchen. Selbstverständlich fehlt aber auch Oppenheimer die Berechtigung, seinen Begriff des »Monopols« als den »wahren« und »echten« oder den »richtigen« Monopolbegriff zu bezeichnen. In der Wirklichkeit, in den uns umgebenden Tatsachen, gibt es ebensowenig wie einen »Wirtschaftsbegriff« einen »Monopolbegriff«, den es einfach aufzufinden und »richtig« zu bestimmen gelte, sondern es gibt einfach Tatbestände, die man sich gemeinhin in unserer Wissenschaft als »Monopole« zu bezeichnen gewöhnt hat, und grundsätzlich steht es jedermann frei, diese Bezeichnung »Monopol« auch für

[14]) A. a. O. S. 504.

einen ganz anderen Tatbestand zu verwenden. Wenn man dann einer solchen Bezeichnung gegenüber sagen möchte: aber da liegt doch gar kein »Monopol« vor, so sagt man damit nicht mehr als: da liegt doch gar nicht der Tatbestand vor, den man gewöhnlich als »Monopol« bezeichnet. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Worauf es ankommt, ist einzig und allein, ob der Tatbestand, den Oppenheimer »Monopol« nennt, tatsächlich von der Bedeutung ist oder die Konsequenzen hat, die er ihm zuschreibt, und ob damit ein wesentlicher Fortschritt in unserer Erkenntnis der Zusammenhänge der sozialökonomischen Dinge erzielt ist. Es mag ja sehr unangenehm sein und auch ganz unnotwendig und unzweckmäßig erscheinen, daß Oppenheimer hier von dem in unserer Wissenschaft eingelebten Sprachgebrauch abweicht, aber es nützt nichts, man muß sich, wenn man sich mit ihm auseinandersetzen will, wohl oder übel damit abfinden und sich selbst auf seinen eigenen terminologischen Boden stellen.

Oppenheimers »Monopol«begriff ist enge verwandt mit seinem Begriff der »Qualifikation«, ja eigentlich identisch. »Monopol ist eine Vorzugsposition im Preiskampf, beruhend darauf, daß die Konkurrenz nicht völlig frei spielen kann oder darf«, das trifft offenbar auf die überdurchschnittliche persönliche Qualifikation genau so zu wie auf die von Oppenheimer aufgezählten gesellschaftlichen »Machtpositionen«, die ja auch natürlichen Ursprungs sein können. Aber an anderen Stellen erklärt Oppenheimer in Widerspruch zu dieser Definition wieder, daß er nur die »sachliche Qualifikation« im Gegensatz zur »persönlichen« als »Monopol« betrachten wolle [15]). Auch das steht ihm natürlich frei, nur darf man nicht übersehen, daß im Wesen der Sache keine Berechtigung zu dieser Unterscheidung gegeben ist. Der Grund für diese Unterscheidung ist bei Oppenheimer auch gar nicht ein theoretischer, sondern ein ethischer. Einkommensdifferenzen aus verschiedener persönlicher Qualifikation müssen als berechtigt betrachtet, solche aus verschiedener sachlicher Qualifikation als »ungerecht« gebrandmarkt werden. Darum muß ein grundsätzlicher Unterschied gemacht werden.

Das nächste Problem ist nun das der Bestimmung des »Monopolpreises« bei den »Tauschmonopolen«. Nach

[15]) A. a. O., S. 470 und 480.

Oppenheimer »bestimmt sich nun die Höhe des Monopolpreises auf das einfachste« folgendermaßen: »Derjenige Punkt, wo sich wirksames Angebot und wirksame Nachfrage in der stationären Wirtschaft genau decken, ist der Preis der Monopolware wie jeder anderen Ware«[16]).

Nun, mit dieser Formel der primitiven Angebots- und Nachfragetheorie ist uns offenbar wenig gedient. Eine andere Formel: das »Optimum des Gesamtprofits . . . ist der statische Preis« — es sollte wohl heißen »bestimmt den statischen Preis« — »ebensogut für die Monopolware, wie für die Nicht-Monopolware; nur steht diese auf, die Monopolware aber über ihrem Konkurrenzpreise«, sagt uns etwas mehr, aber auch nichts grundsätzlich Neues und es wäre zu fragen: was ist der »Konkurrenzpreis« einer Monopolware, wenn zwischen »Monopol« und »Konkurrenz« kein grundsätzlicher Unterschied besteht[17]). Nach Oppenheimers Begriffen ist doch bei bestimmten Monopolen — er zählt sie auf als »Naturmonopol«, »Oligopol« und »öffentlichrechtliches Verleihungsmonopol« — »Konkurrenz« vorhanden, sind also demgemäß die »Monopolpreise« »Konkurrenzpreise«, und er betont selbst, daß es Fälle gibt, in welchen zwischen »Monopolpreis« und »Konkurrenzpreis« kein Unterschied der Höhe nach besteht. Was ist der »Konkurrenzpreis« des Johannisbergers im Gegensatz zu seinem »Monopolpreis«, oder: worin liegt der Unterschied zwischen dem »Konkurrenzpreis« und dem »Monopolpreis« des Johannisbergers?

Dann spricht Oppenheimer noch von zwei Grenzen, innerhalb welchen der Monopolpreis liegen müsse. Die eine ist dieser problematische »Konkurrenzpreis«, die andere der »Konkurrenzpreis der Surrogate und Ersatzmittel«. »Der Monopolpreis wird bei allen Monopolgütern, für die Surrogate oder Ersatzmittel existieren, nach oben und nach unten hin durch den Konkurrenzpreis begrenzt, nach unten durch den eigenen Konkurrenzpreis, nach oben durch den Konkurrenzpreis des nicht monopolisierten Ersatzmittels«[18]). Wie aber, wenn keine »Surrogate oder Ersatzmittel existieren« oder die existieren, selbst monopolisiert sind? Dann fingiert man eben ihre Existenz oder setzt sie in einer Definition voraus und

[16]) A. a. O. S. 498. Im Original gesperrt.
[17]) A. a. O. S. 498.
[18]) A. a. O. S. 500 f.

erklärt, an einem grundsätzlich anderen Fall nicht interessiert zu sein. »In der Statik müssen solche Ersatzmittel per definitionem in allen uns interessierenden Fällen existieren, d. h. dort, wo es sich um vertretbare Monopolgüter handelt, die allein einen statischen Preis haben. Nicht eher kann die Konkurrenz zur Ruhe kommen, als bis der Vorteil des Monopolisten durch das Angebot von Surrogaten auf den statischen Monopolgewinn herabgezogen ist. Wo gar kein Surrogat in Frage kommt, handelt es sich offenbar um unvertretbare Güter oder gar um Singularitäten, deren Preis uns nicht interessiert«[19]. Das ist auf jeden Fall eine etwas gewaltsame Lösung, und außerdem läßt sie die Frage noch immer offen: wodurch wird denn der »statische Monopolgewinn« selbst bestimmt? Wenn das Angebot von Surrogaten den Preis auf den statischen Monopolgewinn herabziehen soll, dann muß eine solche Größe ja schon vor dem Angebot an Surrogaten gegeben sein und dann ist nicht klar, was der Preis der Surrogate überhaupt bestimmt. Wenn der statische Monopolgewinn aber durch den Preis der Surrogate selbst bestimmt wird, dann hat es wieder keinen Sinn, diesen als eine bloße »Grenze« zu bezeichnen.

Wenn schließlich das alles zusammengefaßt wird in der »Feststellung, daß die Höhe des Monopolaufschlages auf den statischen Preis der Güter in ziemlich engen Grenzen bestimmt ist durch die Möglichkeit der Konkurrenz«, in der Weise, daß diese »ihn ziemlich nahe am Konkurrenzpreise, als seine Funktion festhält«, und gesagt wird: »Damit haben wir den Zuschlag des Monopolgewinnes mit für unsere Aufgabe genügender Genauigkeit bestimmt«[20], so kann man nur sagen, daß hier sehr bescheidene Anforderungen an die Theorie gestellt werden, was gerade angesichts der Tatsache, daß wir eine bereits in sehr hohem Maße durchgebildete Monopolpreistheorie besitzen, am wenigsten nötig wäre, und muß sich darüber wundern, daß jemand, der nicht mehr an ihre Stelle zu setzen vermag, die vorhandene Monopolpreistheorie so vollkommen zu ignorieren wagt[21].

---

[19]) A. a. O. S. 501. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

[20]) A. a. O. S. 504.

[21]) Unter dieser »Konkurrenz« versteht Oppenheimer sogar »die Konkurrenz mehrerer Produkteinheiten« bei einem einzigen Anbieter, und darunter ist gemeint »der Wunsch, möglichst alle Exemplare des Vorrates zu verkaufen: das Streben nach dem Optimum«. (A. a. O. S. 504.)

Nun wird plötzlich unterschieden zwischen dem »Ueberprofit des Monopolisten« und dem »normalen Profit des mit keinem Personalmonopol ausgestatteten Kapitalisten« und die Erklärung des ersten erst durch Ableitung aus dem zweiten für möglich erklärt. Und auch »wenn das nicht völlig glücken sollte, so bliebe doch das Hauptproblem gelöst«, das eben das der Erklärung dieses »normalen Profits« sei [22]). Dieser aber habe in einem »Klassenmonopol« seinen Ursprung. Von den »Personalmonopolen« könne man behaupten, daß sie »sogar in der kapitalistischen Wirtschaft keine allzu großen sozialökonomischen Schäden verursachen«. Das »Produktionsmonopol« sei überhaupt »in allen seinen Arten sozialökonomisch sehr harmlos«. Dasselbe gelte für die eine »Abart des Tauschmonopols, das Dienstmonopol«, das überhaupt eher in die Kriminalistik als in die Oekonomie« gehöre. »Nicht ganz so unschuldig ist das Gutsmonopol«. Auch »das Monopol an verkäuflichen Verwendungsgütern« sei zwar »eine vergleichsweise harmlose Erscheinung« und »diejenigen Beschaffungsgüter, die zu Monopolgütern werden können«, seien »in der Regel unverkäuflich«. Damit könne wohl »Wucher« und »Exploitation« betrieben werden, aber »nur die Bewucherung ganzer Gruppen hat uns zu interessieren«. »Epidemischer Wucher« jedoch und »Exploitation« oder »Ausbeutung Unselbständiger durch die Eigentümer der Beschaffungsgüter (‚Produktionsmittel')« sei »in sozialökonomisch bedenklicher Weise nur da möglich, wo das Klassenmonopolverhältnis besteht« [23]).

Der »Klassenmonopole« aber gibt es zwei verschiedene Arten: »das öffentlich-rechtliche Klassenmonopol der Staatsverwaltung« und »das privatrechtliche Klassenmonopol des politischen Eigentums«. Auf Grund des »politischen Monopols der Verwaltung und Regierung hält die herrschende Klasse die ‚Staatskrippe' besetzt und läßt niemanden als die Klassengenossen heran« und auf Grund dieses Monopols hat sie vor allem »das Recht des Grundeigentums« so geordnet, daß ihre Mitglieder sich dauernd einen Teil des Arbeitsertrages der beherrschten Klassen unentgolten anzueignen in der Lage sind. »Das Klassenmonopol der Staatsverwaltung setzt sich durch die Mittel der

---

[22]) A. a. O. S 504. Im Original gesperrt.

[23]) A. a. O. S. 515 f. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben.

Klassenpolitik, Klassengesetzgebung und Klassenjustiz in das Privatmonopol des politischen Eigentums um«[24]).

Dieses »politische Eigentum gestattet seinem Besitzer, aus dem Arbeitsertrage der beherrschten Klasse unentgolten bestimmte Teile vorweg an sich zu ziehen«. Von jenem »Verwaltungsmonopol unterscheidet es sich inhaltlich dadurch, daß jenes der ganzen herrschenden Klasse als einer Totalität, einer Kollektivperson, als Beschaffungsmittel dient, während dieses unmittelbar den einzelnen Mitgliedern der Klasse, die sich im Besitze des Monopols befinden, dient«, bzw. »wer sich im Besitze des politischen Eigentums befindet, gehört eo ipso . . . zur herrschenden Klasse«.

Nun ist noch zu unterscheiden zwischen dem »primären« und dem »sekundären« politischen Eigentum. »Es gibt nur ein ,primäres' politisches Eigentum; alle anderen Formen sind nur ,sekundär', sie sind aus dem primären erwachsen, wie die Aeste aus dem Stamm und der Wurzel, und können daher nur mit ihm existieren, müssen aber auch mit ihm zugrunde gehen. Dieses primäre politische Eigentum ist das durch außerökonomische Kräfte, also durch das politische Mittel, entstandene Großgrundeigentum in seiner Gesamtheit«[25]).

Da »der Boden nicht ein beliebig vermehrbares, sondern ein unvermehrbares Gut ist . . . kann er auch ohne Vereinbarung der zahllosen Eigentümer zum Gegenstande eines Monopols und zwar eines Oligopols werden« und »da dieses ein Tausch-, und zwar ein Verkaufsmonopol ist, so ist, wenn der Boden gänzlich monopolisiert ist, jedes einzelne größere Grundstück ein ,Monopolgut'. Seine Substanz und seine Nutzung sind nur zu einem Preise zu kaufen, der über dem ,natürlichen Werte' steht«[26]). Nach Oppenheimers Terminologie ist alles in Ordnung und es hat keinen Sinn, den »Monopolgut«charakter des Bodens mit dem Argument zu bestreiten, daß doch »Konkurrenz« zwischen den »zahllosen Eigentümern«, die keine Vereinbarung miteinander eingehen, bestehe. Aber es ist nicht einzusehen, weshalb da ein Unterschied zwischen »größeren« und »kleineren« Grundstücken gemacht werden soll. Denn sein Kriterium des »Monopolgut«charakters trifft doch schlechthin für jedes Grundstück zu oder doch zumindesten für jedes Grundstück nicht schlechtester

[24]) A. a. O. S. 518 ff.

[25]) A. a. O. S. 526.

[26]) A. a. O. S. 527.

Qualität, wie klein es immer sei, wenn kein »freies«, das heißt »noch nicht besetztes« Stück gleicher Art mehr vorhanden ist.

An dieses »Bodenmonopol« knüpft sich nun nach Oppenheimer ein »Einkaufsmonopol« hinsichtlich »freier«, das heißt nicht mit »Werkgütern« ausgestatteter Arbeit, deren Existenz ebenfalls durch das Bodenmonopol hervorgerufen wird. »Das Bodenmonopol ruft zunächst eine Erscheinung hervor, die nach der richtigen Theorie« — das heißt, nach Oppenheimers Theorie — »in einer reinen Oekonomie, wenn überhaupt, erst in einem viel späteren, auch heute noch in ferner Zukunft liegenden Zeitpunkt auftreten könnte: die Klasse ,freier' Arbeiter, das heißt solcher Wirtschaftspersonen, die nicht nur politisch frei sind, so daß sie das Recht haben, ihre Dienste im freien Arbeitsvertrage zu verkaufen, sondern auch wirtschaftlich frei, das heißt ,los und ledig von allen zur Verwirklichung ihrer Arbeitskraft nötigen Sachen' (Marx). In unserem Ausdruck: sie entbehren der eigenen Werkgüter, vor allem des Grund und Bodens, des entscheidenden Produktionsmittels der Urerzeugung, haben infolgedessen keine Güter anzubieten und müssen ihr einziges Produkt, ihre Dienste, anbieten, müssen, wie Marx sagt, ,ihre eigene Haut zu Markte tragen'. Und ,haben dafür nichts anderes zu erwarten als — die Gerberei'. Denn das soeben beschriebene gesellschaftliche Verhältnis, das durch die Bodensperrung geschaffen worden ist, dieses Verhältnis zwischen der Klasse der Großgrundeigentümer und der der ,freien' Landarbeiter, ist ein charakteristisches Monopolverhältnis: es verwandelt jeden Grundeigentümer, dessen Betrieb groß genug ist, um fremder Arbeitsdienste zu bedürfen, in einen Einkaufsmonopolisten, dem jedes Mitglied der Arbeiterklasse als sein unglücklicher ,Kontrahent' gegenübersteht. Denn hier besteht auf seiten des Arbeiters ein ,Austauschbedürfnis' von solcher ,Dringlichkeit', wie es sonst nur in einer Hungersnot die Konsumenten gegenüber den Eigentümern der Nahrungsmittel zu Objekten der gröblichsten Ausbeutung macht« [27]).

Hierin steckt nun Wahrheit und Irrtum schon in recht bunter Mischung. Zunächst kann man auch hier wieder fragen, weshalb denn ein Unterschied zwischen Großeigentümern und Kleineigentümern gemacht wird. Es steht doch jeder Grundbesitzer schlechthin gegenüber dem nichtbesitzenden Arbeiter in

[27]) A. a. O. S. 527 f.

der Stellung eines begünstigten Einkäufers. Der kleine Grundeigentümer »bedarf« allerdings »fremder Arbeitsdienste« nicht, aber er kann schließlich doch einen Vorteil darin sehen, fremde Arbeitsdienste zu kaufen und für sich, an seiner Stelle, arbeiten zu lassen, und dann ist er ganz so in der Stellung eines begünstigten Einkäufers wie der Großgrundbesitzer. Und dieser wieder »bedarf« im Grunde fremder Arbeitsdienste ebensowenig, er kann sich ja auf die Bewirtschaftung einer Bodenfläche beschränken, die er mit den eigenen Kräften bearbeiten kann, genau so wie der Kleineigentümer. Es besteht also in keiner Hinsicht ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden, was diesen Punkt, ihre Einkaufsmonopolstellung gegenüber fremden Arbeitskräften anlangt.

Wie ist es nun mit der »Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses?« Zweifellos besteht auf seiten der »freien« Arbeiter ein Austauschbedürfnis von höchster Dringlichkeit. Diese »Dringlichkeit« hat darin ihren Grund, daß der »freie Arbeiter« nur über ein einziges Gut und zwar ein Produktionsmittel verfügt, das für sich allein unverwertbar ist. Wie steht es mit dem »Austauschbedürfnis« des Bodenbesitzers? Oppenheimer schreibt: »Was aber ‚das Angebot der eigenen Warenart im Verhältnis zu dem der fremden Warenart' anbetrifft, so ist nichts gewisser, als daß die Besitzer des Bodens zwar der ‚Dienste', die die Arbeiter anbieten, gleichfalls bedürfen, aber mit viel geringerer Dringlichkeit. Sie haben einen Stamm für lange Zeit ausreichender Verwendungsgüter und können ärgstenfalls mit den von ihnen besessenen Werkgütern in eigener Arbeit einen Teil ihres Landes bestellen, so daß sie auch für alle weitere Zukunft gedeckt sind. Unter diesen Umständen muß der Lohnvertrag zwischen einem größeren Grundeigentümer und einem freien Arbeiter dem ersten einen Monopolgewinn bringen, den der zweite sich von seinem Lohn abziehen lassen muß . . . Die Differenz fließt dem Besitzer als der Monopolgewinn seines Einkaufsmonopols zu; sie bildet seinen Profit. Wir haben damit den Nachweis erbracht, daß unter unserer Voraussetzung der Sperrung allen Grund und Bodens durch massenhaftes Großgrundeigentum zunächst die freien Landarbeiter ‚mit dem Angebot ihrer Dienste in der Tat einem Einkaufsmonopol gegenüberstehen', und haben damit das erste Hauptproblem der Distri-

butionslehre vollkommen gelöst, die Frage nach der Ursache des Kapitalprofits. Dieser Lohn wird nämlich der Normallohn, und dieser Profit wird nun der Normalprofit, jener der sämtlichen freien Arbeiter, dieser der sämtlichen Unternehmer der ganzen Wirtschaftsgesellschaft, deren Boden gesperrt ist, auch der städtischen Arbeiter und der Unternehmer in Industrie und Handel. Und zwar geschieht das durch die Konkurrenz. Nach unserer Voraussetzung ist der Arbeiter politisch frei, besitzt die Freizügigkeit und sucht infolgedessen den besseren Markt seines Produkts, der ‚Dienste'. Er bietet sie jedem in erreichbarer Nähe vorhandenen Besitzer von Werkgütern an, der willens ist, fremde Arbeiter daran zu beschäftigen. Dieses Angebot ist ebenso dringlich, wie das soeben betrachtete gegenüber dem Großgrundeigentümer, und ist ebenso ‚einseitig': denn auch der städtische Eigentümer von ‚Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne' kann leben, braucht nicht zu verhungern, wenn er sich ohne fremde Arbeiter behilft. Und so muß auch hier auf der einen Seite der Monopolgewinn des Profits, auf der anderen Seite der um diesen Monopoltribut gekürzte ‚Monopollohn' herauskommen« [28]).

Nun, man braucht diese Ausführungen gar nicht mit besonderer Aufmerksamkeit zu lesen, um zu erkennen, daß da plötzlich eine ganz andere Voraussetzung eingeführt wird als die der Bodensperrung durch Großgrundeigentum und man muß sich nur wundern, daß Oppenheimer selbst sich dieser neuen Voraussetzung gar nicht bewußt geworden sein sollte. Es ist die Voraussetzung des Besitzes eines Stammes für lange Zeit ausreichender »Verwendungsgüter« und von »Werkgütern« anderer Art als Grund und Boden [29]). Deshalb liegt in diesen Ausführungen für Oppenheimers These auch nicht der Schein eines Beweises. Alles, was hier wirklich bewiesen ist, ist lediglich, daß die Besitzer von Arbeit, Grund und Boden, Werk- und Verwendungs-

[28]) A. a. O. S. 528 f. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben. Vgl. auch S. 559 f. und 565.

[29]) Der »Grundeigentümer« besitzt per definitionem Grund und Boden, per conclusionem, da er ein Mensch ist, in der Regel auch Arbeitskraft. Aber aus keiner dieser Bestimmungen, weder aus seiner Eigenschaft als »Grundeigentümer«, noch aus seiner Eigenschaft als Mensch folgt, daß er »einen Stamm von Werkgütern« oder »Kapital« in irgendeinem anderen Sinne besitzt.

gütern ein weniger dringendes Austauschbedürfnis haben, als die Besitzer von bloßer Arbeitskraft, weil sie selbständige Produzenten sein können, was schließlich nur die Kehrseite des Satzes ist, daß alle drei Faktoren, Boden, »Kapital« und Arbeit gleich wichtig und notwendig sind zur Produktion. Das große Grundeigentum spielt in diesem Zusammenhange überhaupt keine Rolle. Denn mit eigener Arbeitskraft kann man doch nur kleinen Grundbesitz bewirtschaften. Der »Beweis« Oppenheimers ist also, um seine eigene Ausdrucksweise zu gebrauchen, nichts als eine ganz »grobe Erschleichung«.

Darüber hilft auch die Berufung auf die rätselhafte Geschichte des »Herrn Peel« nicht hinweg, die Karl Marx in seinem »Kapital« nach E. G. Wakefield erzählt. »Herr Peel« ist zum »Swan River, Neuholland« ausgewandert und hat »Lebensmittel und Produktionsmittel zum Belauf von 50 000 Pfund Sterling« und »außerdem 3000 Personen der arbeitenden Klasse« mit sich genommen. Aber »einmal am Bestimmungsplatz angelangt, ‚blieb Herr Peel ohne einen Diener, sein Bett zu machen oder ihm Wasser aus dem Fluß zu schöpfen'« [30]). Die guten Leute sind ihm offenbar desertiert, weil sie günstigere Bedingungen für die Verwertung ihrer Arbeitskraft gefunden haben. Welcher Art diese waren, das wird uns nicht geradeheraus und präzise erzählt. Es wird uns nur so ganz im allgemeinen angedeutet. Es wird darauf hingewiesen, daß da noch freier Boden vorhanden war, den sich jedermann aneignen konnte, so daß niemand gezwungen war, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die Arbeiter, die besagter Herr Peel mitgebracht hat, hätten also solch freies Land gefunden, sich darauf niedergelassen und es auf eigene Regie in Bebauung genommen. Damit hätten jene »Lebensmittel und Produktionsmittel« aufgehört, »Kapital« zu sein. Aber die Sache klingt immerhin noch überaus merkwürdig, da uns über einen wichtigen Umstand so gar nichts gesagt wird. Haben denn jene Arbeiter auch diese »Lebensmittel und Produktionsmittel« mit sich genommen oder haben sie auch solche auf dem noch freistehenden Boden mit vorgefunden? Es ist ja möglich, daß die »Vorsehung« einmal ganz besonders »vorsehend« war, aber zu den Regelmäßigkeiten des Lebens kann man so etwas doch nicht zählen. Deshalb kann

[30]) A. a. O. S. 531.

uns natürlich dieser rätselhafte Fall schon gar nichts für die allgemeinen Zusammenhänge der Dinge beweisen. Und ebensowenig kann durch eine zweimalige seitenlange Zitierung derselben Stellen aus Turgot, Marx und Kautsky und die Berufung auf den »Consensus sapientium oder prudentium« hier etwas bewiesen werden [31]). Die »Tatsachen liegen klar auf der Hand«, gewiß! Aber was sind das für Tatsachen? Jemand, der über Boden, Kapital und Arbeit, bzw. über »Kapital (als ‚konzentrierte, abstrakte Verfügungsmacht') und Arbeit« verfügt, kann selbständiger Produzent sein, wer nur über seine Arbeitskraft verfügt, kann es nicht sein, sondern ist gezwungen, diese im Dienste eines »Kapitalisten« zu verwerten. Das ist alles. Gerade ursprünglicher Bodenbesitz ist da von der geringsten Bedeutung, die primäre Bedingung ist »Kapital«besitz.

Um im ‚Jargon', den Oppenheimer so liebt, zu sprechen: Die Herren, die Illusionen in dieser Frage zu erwecken suchen, sind Marx, Kautsky und er selbst. Sie suchen die Illusion zu erwecken, daß man dem Arbeiter nur ein Stück Boden zu geben brauche, um ihn von der Notwendigkeit, seine Arbeitskraft zu verkaufen, zu befreien. Wo ihm Land offen stände, da könne er selbständig produzieren. Da ziehe es jeder vor, für sich zu arbeiten, anstatt für andere. »Damit hören Geld, Lebensmittel, Maschinen und andere Produktionsmittel auf, Kapital zu sein. Sie verwerten sich nicht« [32]). Nun, das Experiment ist schon manchmal gemacht worden. Land ist zu haben. Aber von einem Erfolg hat man noch nie gehört. Im Gegenteil hört man von sehr dringenden Warnungen, sich ohne Kapital auf ein derartiges Abenteuer einzulassen und es werden ganz konkrete Kapitalbeträge genannt, die notwendig sind, um sich als selbständiger Landwirt auf jungfräulichem Boden niederzulassen und behaupten zu können. Vielleicht möchte Oppenheimer da einwenden, hiebei handle es sich um Boden, der zwar »vorhanden« aber nicht »im wirtschaftlichen Sinne verfügbar« sei. »Als wirtschaftlich verfügbar kann in Betracht kommen nur solches Land, dessen Erzeugnisse den Markt noch erreichen können ... Derjenige Grund und Boden aber, der mit dem Markte in wirtschaftlicher Beziehung steht, ist völ-

[31]) A. a. O. S. 219 ff. und 529 ff.

[32]) A. a. O. S. 532.

lig appropriiert. Mehr als das! So weit wie in absehbarer Zeit die wirtschaftlichen Beziehungen reichen werden, ist er zwar noch nicht wirtschaftlich, wohl aber schon rechtlich besetzt, durch Spekulanten monopolisiert . . . Aller Boden aber, der noch jenseits dieses ‚schmalen Randes' liegt, ist wohl physisch, aber nicht wirtschaftlich vorhanden: er könnte ebensowohl auf dem Mars vorhanden sein«[33]). Nun, Tatsache ist — man kann sich darüber bei jedem Auswanderungsbüro oder -amt informieren —, daß es freien Boden gibt, und es gibt sogar kostenlose Beförderung dorthin; man muß freilich mit einem »Kapital« ankommen, das ausreicht, um sich während der Zeit der Urbarmachung und bis zur ersten Ernte ernähren und gleichzeitig die erforderlichen Investitionen machen zu können. Daß dieser Boden mit dem Markt in wirtschaftlicher Beziehung steht, wird dadurch bewiesen, daß man auch schon von erfolgreichen derartigen Ansiedlern — denen, die mit genügendem Kapital ankamen und die nötige Ausdauer hatten, — gehört hat. Schließlich ist ja aller Boden in neuen Ländern auf diese Weise »erschlossen« worden und wo zunächst keine wirtschaftliche Beziehung zum Markte bestand, ist sie geschaffen worden. Dazu bedurfte es ja auch wieder nichts anderes als »Kapital«. Wir kommen also immer wieder zum selben Resultat: nicht die Verfügung über Boden ist das primär Erforderliche bzw. Entscheidende, sondern die Verfügung über »Kapital«. Das, woran es fehlt, ist nicht freier Boden, sondern »freies«, kostenloses Kapital.

Nehmen wir aber nun schon einmal an, es gäbe nirgendwo noch freien Boden, der mit dem Markte in wirtschaftlicher Beziehung stehe, aller Boden sei schon endgültig appropriiert, so haben wir uns, wenn wir die Bedeutung dieser Tatsache für unser Problem feststellen wollen, zu fragen: wie wäre es denn, wenn das nicht der Fall wäre, wenn es noch nicht nur ungenutzten, sondern auch unangeeigneten Boden gäbe? Die Antwort auf diese Frage läßt sich durch ein einfaches Gedankenexperiment finden. Stellen wir uns im Geiste vor diesen Boden und fragen wir uns, was wir tun würden. Die Antwort ist einfach und klar. Wir würden uns zunächst einmal darum umsehen, ob wir entsprechendes »Kapital« zu borgen kriegten, mit dem wir uns ein Obdach bauen, Lebensmittel anschaffen, Werkgüter kaufen könnten

[33]) A. a. O. S. 535 f.

und der Eigner dieses Kapitals würde wahrscheinlich von seiner Zinsforderung nicht abstehen, wenn wir ihn darauf aufmerksam machen möchten, daß es ja noch freies Land im Ueberfluß gäbe, auf dem sich jeder niederlassen und selbständiger Produzent werden könnte. Und da wären wir immer wieder vor die Alternative gesetzt, ob wir uns nicht lieber als unselbständige Arbeiter verdingen als so und so hohe Zinsen bezahlen sollten. Das ist im wesentlichen eine wirtschaftliche Kalkulationsfrage. Freilich kann auch der Umstand eine Rolle spielen, daß wir es selbst bei einem geringeren Einkommen vorziehen möchten, als Selbständige zu wirtschaften, aber es gibt immerhin eine Grenze, über die hinaus der Zins nicht steigen könnte, ohne uns zum Entschluß kommen zu lassen, auf den Traum der Selbständigkeit zu verzichten. Nehmen wir aber schließlich an, es gäbe wirklich keine unselbständigen Arbeiter, wir entscheiden uns alle für Selbständigkeit auf eigenem Grund und Boden. Der Zins wäre damit nicht verschwunden. Das Kapital, das wir nötig haben und uns borgen müssen, müssen wir auf alle Fälle verzinsen, ob es neben uns noch unselbständige Arbeiter gibt oder nicht. Das Bestehen des Zinses hat also mit der Tatsache, daß es unselbständige Arbeiter gibt, überhaupt nichts zu tun.

Schließlich könnte man noch den Fall in Betracht ziehen, daß es wirklich möglich wäre, mit unserer bloßen Hände Arbeit einen Ertrag aus einem Stück Boden herauszuwirtschaften. Die Frage wäre dann: wie groß ist dieser Ertrag im Verhältnis zum Ertrag der Arbeit eines unselbständigen Arbeiters sei es auf fremdem Grund und Boden oder irgendwo in Gewerbe, Handel- und Industrie. Von der Beantwortung dieser Frage wird es offenbar abhängen, ob jemand es vorzieht, selbständiger oder unselbständiger Arbeiter zu sein. Die Antwort kann sich jeder selbst geben. In der Tat ist doch der Ertrag auf dem schlechtesten, noch in Bebauung gezogenen Boden — der allein in dieser Frage in Kalkulation gezogen werden darf, denn die anderen Böden haben ja ein »Produktionsmonopol« —, auf dem außerdem ja auch noch ein gewisses Kapital investiert ist, bekanntermaßen so gering, daß er nur das allerdürftigste Auskommen gewährt und selbst der ungelernte Industriearbeiter es sich sehr überlegen würde, ob er einen Tauschvorschlag mit dem Bebauer annehmen sollte. Des-

halb muß der Satz Turgots, den Oppenheimer mehrmals zitiert: »Wo jedermann Zugang zu freiem Lande hat, wird niemand gesonnen sein, für einen anderen zu arbeiten« und von dem Oppenheimer sagt: er »ist niemals bestritten worden und kann niemals bestritten werden«, wohl sehr entschieden bestritten werden, und so ist Oppenheimers eigene Behauptung: »Die Sperrung des gesamten Ackerlandes durch das Monopol des großen Grundeigentums produziert und reproduziert die Arbeiterklasse« ebenfalls eine Behauptung, die ohne Beweis dasteht. Dasselbe gilt dann natürlich auch von dem Folgesatz: »mit der juristischen Bodensperrung müsse das gesellschaftliche Klassen-Monopolverhältnis und daher die Arbeiterklasse als solche, das heißt als eine Klasse von Tributpflichtigen, verschwinden und mit ihr jede Form des Mehrwerts« [34]).

Oppenheimer begibt sich ja allerdings selbst mehrmals auf den Weg des »Gedankenexperimentes«, aber leider — merkwürdigerweise — vergißt er dabei immer gerade die entscheidenden Tatsachen und Fragen in Betracht zu ziehen, bzw. zu stellen, wie die Tatsache des Erfordernisses von ganz erheblichem Kapital bei der Inkulturnahme von noch nicht bebautem Boden und die Frage, woher die Okkupanten dieses Kapital nehmen sollen, oder die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Einkommen, das ein solcher Okkupant (auf nicht durch ein Produktionsmonopol begünstigtem Boden) erzielen kann, insbesondere wenn er sich das Kapital borgen muß, und dem, das ein »freier Arbeiter« in einem modernen Industriebetrieb à la Krupp-Gruson erzielt [35]).

Doch, Oppenheimer möchte uns vielleicht Lügen strafen. Er kommt später, in einem anderen Zusammenhange, doch auf jene Frage zu sprechen, woher der Okkupant das Kapital erhalten soll. Als isolierter Einsiedler würde er es sich selbst während der Produktionsperiode schaffen, aber in der »entfalteten Gesellschaftswirtschaft mit ihrer Arbeitsteilung und Vereinigung braucht niemand sein Werk zu unterbrechen: der Bergmann und der industrielle Produzent leben von der gleichzeitigen Arbeit der Urproduzenten und diese ersetzen ihre Werkgüter aus den gleichzeitig vom Bergmann, Industriellen und

[34]) A. a. O. S. 219, 529 und 559.
[35]) A. a. O. S. 537.

Kaufmann ‚hergestellten' Erzeugnissen« [36]). Hier haben wir eine typische Art des Oppenheimerschen Argumentierens vor uns: Von »schaffen« oder Beschaffen gleitet er unversehens auf »Ersetzen« hinüber und der weniger aufmerksame Leser mag glauben, es sei alles in schönster Ordnung. Tatsächlich bleibt die Frage, woher der Okkupant das Kapital, das er in der modernen entfalteten, technisch hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaft zur Bewirtschaftung des Bodens braucht, nehmen soll, völlig unbeantwortet. Denn daß er es so nebenbei selbst schaffen soll, wird Oppenheimer im Ernste nicht behaupten wollen. Sonst müßte er uns schon das Experiment selbst vormachen.

Hier liegt, nebenbei bemerkt, ein typischer Fall vor, in dem man nicht aus primitiven Zuständen heraus argumentieren kann, während im Prinzip gegen solche Argumentationen nicht das geringste einzuwenden ist. Die Frage muß immer sein, ob gerade in dem Punkte, um den es sich handelt, wesentliche Unterschiede bestehen zwischen unsereren modernen Wirtschaftszuständen und den primitiver Gesellschaften. Hier bestehen sie zweifellos. In primitiven Zuständen sind sowohl die Bedürfnisse, die versorgt werden müssen, sehr klein und die Weisen der Versorgung so einfach, als auch die Kapitalerfordernisse so gering, daß das nötige Kapital tatsächlich nebenbei während der laufenden Produktion beschafft werden kann. In der modernen Gesellschaft dagegen, unter den modernen »Produktionsverhältnissen« ist so etwas ganz ausgeschlossen. Im übrigen sagt Oppenheimer selbst: »Selbstverständlich muß der Unternehmer der entfalteten Gesellschaftswirtschaft, gerade wie Robinson, bei Beginn eines neuen Werkes einen gewissen Stamm von Beschaffungsgütern in der Hand haben.« Aber woher er den hat, darüber gibt er uns keinen Aufschluß [37]). Ferner

---

[36]) A. a. O. S. 595 f.

[37]) An einer anderen Stelle heißt es: »Um ein Grenzgrundstück von irgendeiner Größe zu bewirtschaften, muß der Eigentümer ... über eine je nach dem Entwicklungsstande der Gesellschaft bestimmte Menge von Gütern verfügen: Saatgut, Geräte, Wagen, Zug- und Wuchertiere, Gebäude für die Wohnzwecke seiner eigenen Familie und gegebenenfalls seiner Arbeiter, Wirtschaftsgebäude, Brunnen, Zäune usw. und schließlich eine zur Zahlung der Löhne ausreichende Menge baren Geldes.« (A. a. O. S. 680. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.) Das ist allerhand und Oppenheimer möge uns einmal sagen, wie der Okkupant dazukommt, ohne »zinsen« zu müssen.

sagt er, was ihm sonst fehle an »für die Fertigung des Werkes erforderten Gütern«, werde ihm »auf dem Wege des Kredits« geliefert [38]). Vielleicht; aber gewiß nicht zinsenlos. Wie kommt also der Okkupant darum herum, Zins zu zahlen, und die Gesellschaft um die Notwendigkeit des Kapitalprofits? Schließlich entschlüpft Oppenheimer selbst einmal das Geständnis, daß auch bei der Bewirtschaftung von kleinem selbständigem Grundbesitz »Profit« abfalle — natürlich nur »ein wenig« —, wenn er davon spricht, daß das Einkommen »bei allem Kleineigentum reines, zuweilen durch ein wenig Profit vermehrtes Arbeitseinkommen« sei [39]). Selbstverständlich: wo nur wenig Kapital verwendet ist, gibt es nur »ein wenig« Profit und wo mehr Kapital verwendet ist, ist der aus Profit bestehende Anteil des Einkommens genau entsprechend größer. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Wenn das nach Oppenheimers Lehre der ganze wesentliche Unterschied zwischen dem Einkommen großer und kleiner Eigentümer sein soll, dann befinden wir uns ja im besten akkord. Aber wozu dann die ganze Lehre vom »Klassenmonopolverhältnis«?

Wenn hier ein typischer Fall vorliegt, in welchem man nicht aus einfachen, primitiven Zuständen argumentieren darf, so ist es im Gegensatz dazu gerade da zulässig und zweckmäßig, in welchem es Ricardo tut, wenn er die Annahme der Trennung von Kapital und Arbeit, die Konzentration des Kapitalbesitzes in den Händen einer besonderen Klasse von Wirtschaftssubjekten (im dritten Abschnitt des ersten Kapitels der »Principles«) einführt, um uns die Entstehung des »Profits« verständlich zu machen. Hier liegen die Verhältnisse, was den entscheidenden Punkt anlangt, gar nicht im wesentlichen anders in der modernsten und in der primitivsten Gesellschaft (soferne diese bereits Produktion mit »Werkzeugen« kennt). Und bei Ricardo wird hiebei gar nichts »erschlichen« und gar keine »petitio principii« gemacht, sondern eben nur eine theoretisch durchaus zulässige Annahme in das Raisonnement eingeführt. Dieser mit ein paar breiten Pinselstrichen in meisterhafter Weise hingeworfenen, das Wesentliche erfassenden Zeichnung des Zustandes einer kapitalistischen Gesellschaft gegenüber von »Gipfel

---

[38]) A. a. O. S. 597. Teilweise von mir gesperrt.
[39]) A. a. O. S. 586. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

der Lächerlichkeit«, »Torheit«, »kindisch«, »Puerilitäten« usw. zu sprechen, ist ein starkes Stück [40]).

So ist also alles, was Oppenheimer aus der Tatsache der »Monopolisierung« oder »Sperrung des Bodens« ableiten will, aus neben ihr eingeschmuggelten Behauptungen »erschlichen«. Wie steht es nun aber mit der »Tatsache« der »Bodensperrung« selbst. Wir wollen hier nicht auf die Frage, ob die »Rechnungen«, die Oppenheimer zum induktiven Beweise seiner Behauptung ausführt, »richtig« oder »falsch« sind, des näheren eingehen. Denn wir können sagen: selbst wenn sie richtig sind, beweisen sie nichts. Vor allem aber muß auf einige krasse Widersprüche aufmerksam gemacht werden, die in ihnen bzw. in den mit ihnen ausgeführten Argumentationen enthalten sind. Zuerst berechnet Oppenheimer die auf den Kopf der Erdbevölkerung entfallende Menge von dem ganzen auf dem Planeten vorhandenen »Nutzland« [41]). Von einem Abzug des nicht »mit dem Markt in wirtschaftlicher Beziehung stehenden« Bodens ist keine Rede, obwohl diesem Umstand dort, wo es dem Beweisziele dient, eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird. Dann wird die auf den Kopf der »agrarischen Bevölkerung« in Deutschland entfallende Nutzfläche berechnet und aus dem Resultat geschlossen, daß wenn keine Bodensperrung eingetreten wäre, »jeder Landwirt ungefähr doppelt so viel Boden hätte, wie er unter den Verhältnissen der heutigen Intensität bestellen könnte«, bzw. »fast die Hälfte des Landes noch für die freie Besiedlung offen stände«, mit anderen Worten: »Deutschland wäre heute noch eine ‚freie Kolonie' und die Klassenscheidung könnte noch nicht begonnen haben« [42]). Nun möchte man sich versucht fühlen, zu fragen: Wo bleiben denn die zwanzig Millionen unselbständiger Arbeiter in Gewerbe, Handel und Industrie? Die Lösung dieses Rätsels findet sich erst etwas später und ist wahrhaft verblüffend. Sie gibt es einfach nicht mehr. Und wohin sind sie gekommen? Das Ackerland hat sie »eingeschluckt«. Ist damit nicht das Land »voll besetzt«? Auch nicht annähernd: »es bleibt noch für ungezählte Generationen ‚unbesetztes' Land übrig«. Und was wird aus der Großindustrie? Die gibt es natürlich auch nicht mehr. Und dabei wäre noch dazu der Zustand des Paradieses auf Erden

[40]) A. a. O. S. 571 f. [41]) A. a. O. S. 226.
[42]) A. a. O. S. 227 ff.

wiedergekehrt. Wirklich und wahrhaftig, das sind die Antworten, die Oppenheimer auf diese Fragen gibt. Man würde es wohl nicht glauben, wenn wir sie nicht im Wortlaut des Originals hieher setzen wollten. Also: »Wir wollen uns an einem Gedankenexperiment orientieren . . . Und nun stellen wir uns vor, daß . . . eines Tages die Sperrung des Ackerlandes der Welt durch das Monopol aufhört, das heißt das Großgrundeigentum verschwindet. Niemand erhält mehr Acker, als er dauernd bewirtschaftet, aber so viel erhält auch jeder, der sich meldet — und, wie wir wissen, es bleibt noch für ungezählte Generationen ‚unbesetztes' Land übrig. Was wird aus Krupp-Gruson, wenn er auch ruhig in Essen und Magdeburg sitzen bleibt? Ist sein Eigentum noch Kapital? Kaum! Denn jetzt hat das Ackerland alle ‚freien' Arbeiter eingeschluckt. Sie sind nicht mehr ‚frei', nicht mehr nackt und bloß, los und ledig, haben nicht mehr nötig, sich zu einem Lohn anzubieten, der ihrem Anwender den Monopolgewinn des Profits übrig läßt. Mit anderen Morten: das ‚Kapital' ist verschwunden, als solches verschwunden, was übrig bleibt, ist der Materie und der technischen Form nach unverändert; es sind noch dieselben Gebäude, Maschinen, Vorräte, Transporteinrichtungen; aber es ist kein Kapital mehr, weil es kein Klassenmonopol mehr gibt, weil es keinen Profit mehr abwirft . . . und die freie Menschheit kann und wird diesen Planeten bewohnen als ein Geschlecht von Fürsten, die sich von den Elementen bedienen lassen«[43]).

Und in einem Atem behauptet Oppenheimer von der »bürgerlichen« Theorie, daß sie als »bürgerliche Apologetik, die ihr Ziel der Rechtfertigung des Kapitalismus unmöglich erreichen kann, wenn sie nicht mehr im Trüben unsauberer Begriffe fischen darf, immer wieder« klare Unterscheidungen »zu verwischen« suche und sie, wenn ihr die »Konsequenzen einleuchten, die Prämissen gern in Kauf« nehme[44])!

Wir haben gesagt, daß schließlich auch die Tatsachen, die Oppenheimer zugunsten des Bestehens eines »Bodonmonopols« bzw. der »Bodensperrung« anführt, für den springenden Punkt in unserem Problem gar nichts beweisen. Dieser ist offenbar der Preis der Bodennutzung und des Bodenprodukts (sekundär

[43]) A. a. O. S. 573 und 269. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.
[44]) A. a. O. S. 574 und 572. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

auch der Kapitalnutzung und des Kapitalprodukts) einerseits und der Preis der Arbeit andererseits, bzw. da beide nach der Oppenheimerschen Terminologie ja ein und dasselbe bzw. zueinander gehörende Elemente sind, die das Austauschverhältnis zwischen jenen und dieser konstituieren, dieses Austauschverhältnis oder »der Preis der Arbeit« in Bodennutzung und Bodenprodukt. Nun hat Oppenheimer selbst einmal, wo es gerade zu seinem Beweisziel paßte, darauf hingewiesen, daß, wenn der Monopolist eine bestimmte Menge von Gütern auf den Markt bringe, sich der Preis genau so bilde, wie wenn dieselbe Menge von verschiedenen Verkäufern auf den Markt gebracht worden wäre, daß mithin für den Preis entscheidend eben die zu Markte gebrachte Menge sei und nicht die Zahl der Produzenten, von welchen sie auf den Markt gebracht würde [45]). Es macht mithin für jenes Austauschverhältnis offenbar keinen Unterschied, ob die Bodenprodukte von wenigen Großgrundeigentümern oder von einer großen Zahl von Kleineigentümern auf den Markt gebracht werden. Die entscheidende Frage ist demnach die, ob durch die bestehende Bodenverteilung tatsächlich ein Teil und ein wie großer Teil der Produktion und damit dem Markte entzogen oder »spekulativ zurückgehalten« wird. Nur dadurch könnte das Preisverhältnis zuungunsten der Arbeit beeinflußt werden, aber nicht schon durch die Tatsache des Bestehens eines »Bodenmonopols« an und für sich. Die Rechnung müßte sich also auf diesen Teil des Bodens beziehen. Ein solcher Berechnungsversuch wird aber von Oppenheimer nicht gemacht, er wäre jedoch der einzige, durch welchen wirklich etwas bewiesen werden könnte in der in Frage stehenden Sache [46]).

[45]) A. a. O. S. 493.

[46]) Ich übersehe hiebei nicht, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag, daß es sich bei Oppenheimer nicht um den Verkaufspreis der Bodenprodukte, sondern um den Einkaufspreis der Arbeit, den »Monopollohn« handelt. Das bezieht sich aber auf den Nominallohn oder den Geldpreis der Arbeit. Der Reallohn oder -preis ist aber einfach das Austauschverhältnis zwischen beiden, der Arbeit und den Bodenprodukten, und wenn man diesen betrachtet, liegt in jenem Unterschied keine Bedeutung mehr, das eine ist die Reversseite des anderen. Man kann übrigens auch so argumentieren: Wie der Monopolverkaufspreis nicht verschieden sein kann vom Konkurrenzverkaufspreis, wenn dieselbe Menge angeboten oder zu Markte gebracht wird, so kann auch ein Monopoleinkaufspreis nicht verschieden sein vom Konkurrenzeinkaufspreis, wenn in beiden Fällen die gleichen Mengen nachgefragt werden. Die von Seite des Bodens ausgehende Nachfrage nach Arbeit wird aber — bei gegebener Bewirtschaftungsart

Wenn wir uns nun an die Behauptung Oppenheimers erinnern, daß bei »natürlicher« Besiedlung erst die Hälfte des nutzbaren Bodens in Deutschland wirklich besiedelt und demgemäß auch in Bewirtschaftung genommen wäre, so spitzt sich die Frage daraufhin zu, ob denn heute tatsächlich mehr als die Hälfte dieses Bodens »spekulativ« zurückgehalten, das heißt, gegen die Bewirtschaftung »gesperrt« ist. Es ist wohl nicht nötig, sich hierbei auf einen Gegenbeweis einzulassen.

Aus unserer kritischen Betrachtung geht also als Ergebnis hervor, daß die Behauptung Oppenheimers, daß im »Bodenmonopol« der Ursprung des »Kapitalprofits« zu suchen und zu finden sei, völlig ohne Beweis dasteht. Das »Bodenmonopol« — in dem Sinne, in welchem es Oppenheimer meint, also als die Tatsache, daß nicht jeder mit jedem als Bodenbesitzer konkurrieren kann, sondern der gesamte vorhandene Boden in den Händen einer beschränkten Zahl von Wirtschaftssubjekten sich befindet —, besteht; die »Bodensperrung« gegen willkürliche Okkupation und Besiedlung besteht ebenfalls — das ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß der Boden im Privateigentum steht —; aus diesen Tatsachen folgt aber nichts für das Problem, das Oppenheimer lösen will. Aus ihnen läßt sich die Tatsache des »Kapitalprofits« nicht erklären. Was sich aus ihnen erklären läßt, ist einzig und allein, daß Boden- und Bodennutzung einen Preis haben können — nicht einmal, daß sie einen Preis haben —, und, was bei Oppenheimer bewiesen — oder eigentlich nur festgestellt — wird, ist, daß aus dem Zusammenwirken von Arbeit, Boden und Kapital in der Produktion, wie für den ersten auch für diesen letzten Faktor ein Preis sich

— bestimmt durch die Menge Boden, die bebaut wird, die Gesamtnachfrage nach Arbeit überhaupt durch die Gesamtheit der Werkgüter, also die gesamte Menge Boden und Kapital, die in der Produktion verwendet werden. Wenn die Verwender der sachlichen Produktionsmittel miteinander konkurrieren in der Nachfrage nach Arbeit, so kann der daraus resultierende Wert der Arbeit auf jeden Fall kein anderer sein, als er wäre, wenn die Arbeiter selbst über die Produktionsmittel verfügen würden, der »statische Konkurrenzpreis« der Arbeit. Wenn Boden spekulativ zurückgehalten, also der produktiven Verwendung entzogen wird, dann allerdings wäre die Nachfrage nach Arbeit geringer und demzufolge ihr Preis ein niedrigerer. Erst dann könnte man von einem vom »Konkurrenzpreis« verschiedenen »Monopolpreis« der Arbeit oder einem vom »Konkurrenzlohn« verschiedenen »Monopollohn« sprechen.

ergibt und damit ein besonderes Einkommen für diejenigen, die über ihn verfügen. Eine weitere Frage wäre die, inwieweit der vorhandene Boden auch gegen die Verwendung in der Wirtschaft (als Produktionsfaktor) »gesperrt« ist, das heißt, der Bebauung vorenthalten wird, wieweit also das Angebot — von Boden oder Bodenprodukten, und zugleich die Nachfrage nach Arbeit von seiten der Bodenbesitzer — künstlich beschränkt wird. Erst daraus könnte sich ein vom Konkurrenzpreis und -lohn verschiedener »Monopol«preis und -lohn ergeben. Darüber sagt Oppenheimer aber nichts. Für das Problem des »Kapitalprofits« würde übrigens auch daraus nichts folgen.

6.

Die nächste Frage ist nun: wie bestimmt sich die Höhe der einzelnen Anteile am Nationalprodukt, Lohn, »Profit« und Rente? Nach Oppenheimer ist zunächst der Lohn bestimmt, als »das Einkommen des vermögenslosen selbständigen Produzenten von Gütern«. Der Lohn oder das Einkommen des Unselbständigen kann mit Vernachlässigung der höheren Bewertung der Selbständigkeit als gleichgroß angenommen werden. Dieses Einkommen läßt sich nach Oppenheimer »exakt berechnen«. »Wir stellen zunächst fest, was unter der hier geltenden Bedingung der politischen Okkupation allen verfügbaren Landes der vermögenslose Mensch hier noch in selbständiger Produktion erwerben kann. In der Urproduktion bieten sich ihm, wo auch das nicht bereits verboten ist, die Berufe des ‚Sammlers' von Beeren, Reisig, Besenginster, Arzneipflanzen, Kristallen usw. In den Städten kann er als ‚Dienstmann' selbständige Botendienste und andere Dienste tun, Lumpen und Abfälle sammeln oder als Händler einkaufen, kann als Straßensänger oder Hofmusikant niedere künstlerische Dienste verkaufen oder im Dienste der Reklame als Zettelverteiler oder ‚Sandwichman' tätig sein oder niedere Agenten- und Kommissionärdienste leisten, z. B. als Versicherungsagent und Kolportagebuchhändler auf Hintertreppen, als Stadtreisender überhaupt, usw. Junge Frauen können ferner, soweit sittliche Bedenken sie nicht hindern, als Prostituierte Geschlechtsdienste leisten. Das ist ungefähr alles, was an selbständigen Produktionen erlaubt, das heißt möglich ist. Alle diese selbständigen Berufe, vielleicht mit einziger Aus-

nahme des letztgenannten, der für die Frage des normalen Arbeitslohnes nicht in Betracht kommt, können von Personen stark unter durchschnittlicher Qualifikation ausgeübt werden, deren Arbeitswert gering ist. Und zwar bestimmt den Wert des Produktes . . . der ‚Grenzbeschaffungswert' desjenigen Produktes, das unter den ungünstigsten Umständen hergestellt worden ist und das der Markt gerade noch aufnimmt. Der Grenzproduzent, dessen originärer Arbeitswert z. B. den statischen Preis gesammelter wilder Beeren bestimmt, ist das jüngste Kind oder die älteste Frau, deren Zufuhr der Markt noch aufnimmt. Es ist klar, daß unter solchen Umständen der Lohn des Grenzproduzenten nicht höher sein kann als das Existenzminimum, oder sogar weniger, wenn er ‚chronisch verhungert' oder aus anderen Quellen Zuschüsse erhält. Jedenfalls läßt er sich in Geld berechnen. Er besteht realiter aus x Kilo Roggen, y Kilo Kartoffeln, z Liter Milch, m Meter Gewebe, n Kilo Torf oder Holz usw. und aus dem Verschleiß einer Hütte, die j Jahre ausdauert. Alle diese Gebrauchsgüter lassen sich nach unserer Formel für den statischen Preis exakt dem Geldpreise nach berechnen. Alle Geldpreise zusammen ergeben das Einkommen dieser Grenzproduzenten«[47]).

Das ist auf jeden Fall eine sehr komplizierte — und selbst nach Oppenheimers Theorie ganz unnötig komplizierte — Bestimmung. Aber, was das wichtigste ist: wie lassen sich x, y, z, m, n usw. bestimmen oder »berechnen«??

»Daraus läßt sich nun das Einkommen eines durchschnittlich Qualifizierten wieder exakt berechnen. Er ist dem unterdurchschnittlich qualifizierten selbständigen Grenzproduzenten gegenüber höher qualifiziert.« Sein Einkommen ist dementsprechend höher nach Maßgabe der »Mehrproduktivität«. Wie man bemerken wird, geht hier Oppenheimer im Widerspruch zu seinen grundsätzlichen Ausführungen über den Preis und das Einkommen vom Mindestqualifizierten aus und leitet sekundär das Einkommen des Durchschnittlichqualifizierten ab.

Nun heißt es weiter: »Dieses Einkommen muß immer noch absolut sehr niedrig sein. Denn der durchschnittlich qualifizierte Arbeiter, der sich jenen Berufen zuwendet, wird in der

---

[47]) A. a. O. S. 634 f.

Regel erwachsen und Familienvater sein, hat mithin für seine Angehörigen die Versorgungslast, so daß sein höheres ‚Einkommen' doch kaum ein besseres ‚Auskommen' bedeuten wird. Vielleicht erhebt es sich ein wenig über das physiologische, aber kaum jemals über das ‚soziale' Existenzminimum, das heißt jene Versorgung mit Verwendungsgütern, die nach Maßgabe der zurzeit herrschenden gesellschaftlichen Gewohnheiten nicht unterschritten werden kann, um nicht mehr als ‚Dürftigkeit', sondern als ‚Armut' oder gar ‚Elend' zu gelten«[48]). Nun, »Einkommen« und »Auskommen« sind doch wohl verschiedene Dinge. Das »Einkommen« kann immerhin groß sein, wenn auch das »Auskommen« klein ist. Von einer »exakten« Bestimmung kann jedenfalls auch hier nicht die Rede sein. Was sind »Dürftigkeit«, »Armut«, »Elend« als quantitative Begriffe, die sie doch sein müssen, wenn sie eine exakte quantitative Bestimmung darstellen sollen?

Nach einer anderen Bestimmung ist es »der normale Landarbeiter auf dem Grenzboden . . . ein Arbeiter von normaler Kraft des Körpers und Geistes . . . dessen Lohn die Basis der Pyramide der normalen Löhne darstellt . . . das Einkommen des durch die Bodensperre der eigenen Produktionsmittel beraubten Landarbeiters«. »Was aber bestimmt den Landarbeiterlohn?« Diese Frage stellt Oppenheimer zwar, aber er gibt keine Antwort darauf, wenn man nicht die Bemerkung, daß er »in den Grenzgebieten des höchsten sozialen Drucks dem physiologischen Existenzminimum sehr nahe steht« und »weiter nach dem Mittelpunkt hin« durch die »Transportkosten einschließlich Impfung, Grenzschein usw. und einem kleinen Mehr, das das ‚Gefälle' unterhält«, erhöht wird, als solche betrachten soll[49]). Eine »exakte« Bestimmung ist jedenfalls auch das nicht.

Der Lohn der Höherqualifizierten »staffelt sich auf nach der Qualifikation« oder richtet sich nach der »relativen Seltenheit der Vorbedingungen«[50]). Von einer »exakten« Bestimmung ist hier gar nicht mehr die Rede. Die Voraussetzung, daß in jeder Produktion, in der höher Qualifizierte tätig sind, auch durchschnittlich Qualifizierte arbeiten, und die daraus sich ergebende Konsequenz, daß das Mehreinkommen der höher Qualifizierten

[48]) A. a. O. S. 635 f. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.
[49]) A. a. O. S. 636 f. [50]) A. a. O. S. 637.

durch die Differenz in der Produktgröße bestimmt wird, und diese Differenz bestimmbar ist, scheint Oppenheimer hier fallen gelassen zu haben.

In einen schweren Widerspruch verwickelt sich Oppenheimer hier wieder, wenn er das allgemeine Steigen der Löhne erklären will. Er wirft der »bürgerlichen Oekonomik« vor, daß sie vor diesem Problem »völlig hilflos« dastehe. »Wie ist es zu erklären, daß die industriellen Löhne . . . auf die Dauer eine steigende Tendenz haben, obgleich doch das Angebot auf dem Arbeitsmarkte in der Regel . . . die Nachfrage übersteigt«[51])? Das kann man natürlich schwer erklären, wenn man unter »Angebot« und »Nachfrage« einfach die angebotenen und nachgefragten Mengen versteht. Aber Oppenheimer kann es trotzdem erklären. »Die niederste Lohnklasse, die zahlreichste und schlechtestgestellte, diejenige, deren Konkurrenz das Emporsteigen aller anderen Klassen am stärksten zurückhält, wird nicht durch die ‚Ungelernten' der Industrie gebildet, sondern in jeder Volkswirtschaft mit Freizügigkeit durch die Landarbeiter! Der ländliche Arbeitsmarkt ist nun aber nicht überführt, sondern unterführt! Die Nachfrage nach Diensten wird hier, dank der Massenfortwanderung, durch das Angebot nicht nur nicht übertroffen, sondern bleibt in steigendem Maße unbefriedigt, je mehr die intensive, kapitalistische Agrikultur sich verbreitet. Darum muß auf diesem Teilmarkte der Preis der Dienste regelmäßig steigen — und darum steigt die Lohnklasse der städtischen Ungelernten trotz dem ehernen Lohngesetz, und die höheren Lohnklassen trotz dem Ueberangebot von Arbeit auf ihren Teilmärkten.« Also ‚weil der Preis auf einem Teilmarkt, auf welchem »Unterangebot« herrscht, steigt, muß er auch auf den Teilmärkten, auf welchen »Ueberangebot« herrscht, steigen! »Das ist des Rätsels einfache Lösung!« »Einfach«, ja!, aber »Lösung«?? »Wer Schwierigkeiten hat, sich in abstrakten Formeln zurecht zu finden, kann sich den Vorgang ebenso einfach durch folgende praktische Ueberlegung klar machen: die Industrie braucht fortwährend Zuzug ländlicher Arbeitskräfte, um ihren Bedarf an ‚Händen' zu decken.« Man beachte: obwohl ihr Markt stets überfüllt ist! »Sie muß daher den Landproletariern immer ein Ein-

[51]) A. a. O. S. 650.

kommen anbieten, das ihr bisheriges Lohnniveau genügend übersteigt, um sie zum Fortwandern zu bewegen . . . Dadurch steigt der Landarbeiterlohn auf ein höheres Niveau, da das Angebot auf diesem Teilmarkte mit der Abwanderung sinkt und die Grundherren gezwungen sind, höhere Löhne zu bewilligen. Dieses höhere Lohnniveau muß die Industrie beim nächsten Bedarf wieder überbieten, und so steigt langsam in Stadt und Land der durchschnittliche Lohn aller Stufen, die ihren ‚natürlichen' Abstand bewahren« [52]). Das sind ja glänzende Aussichten! Wozu brauchen wir dann die Beseitigung der »Bodensperre« ?

Also das »Ueberangebot« wird hier einfach wegnegiert. Und früher hat es gerade umgekehrt geheißen, daß der statische Lohn des Landarbeiters »in den Grenzgebieten des höchsten sozialen Drucks« die bestimmende Grundlage für die gesamte Lohngestaltung bildet, daß das »Ueberangebot« hier den Lohn auf das »physiologische Existenzminimum« herunterdrückt und alle anderen Löhne Gleichqualifizierter durch diesen »zuzüglich Transportkosten, einschließlich Impfung, Grenzschein usw. und einem kleinen Mehr, das das ‚Gefälle' unterhält«, bestimmt wird; »einem kleinen Mehr, das das ‚Gefälle' unterhält« und das nicht zu wachsen braucht, ja gar nicht wachsen kann, solange der »Druck« andauert, und dieser ist doch nach Oppenheimer zufolge der »Bodensperre« eine chronische Erscheinung. In facto wird hier auch dieser »Druck« wegnegiert — die notwendige Kehrseite der Behauptung, daß der ländliche Arbeitsmarkt »unterführt« ist [53]).

Uebrigens: wie kommen hier auf einmal »Angebot« und »Nachfrage« als die bestimmenden Faktoren herein? Es hat doch früher geheißen, der Lohn sei objektiv bestimmt durch die Produktgröße des vermögenslosen Arbeiters, das Produkt des »normalen, der eigenen Produktionsmittel beraubten Landarbeiters auf dem Grenzboden« oder des »Sammlers« von Beeren, Reisig, Besenginster, Kristallen, Lumpen und Abfällen usw. Steigt dieses Produkt beständig?

---

[52]) A. a. O. S. 652.

[53]) An einer späteren Stelle heißt es ebenfalls: »Der Arbeitslohn aller Arbeitenden . . . bestimmt sich als Funktion des ‚Grenzkuli' im ‚Grenzbezirk des höchsten sozialen Drucks', der innerhalb oder außerhalb der politischen Grenzen des beobachteten Landes liegen kann. Von ihm hängt der nationale und lokale Landarbeiterlohn, von diesem wieder der Reallohn und der aus von uns dargestellten Ursachen immer höhere Nominallohn der städtischen Ungelernten, von diesen der der Gelernten usw. bis zur höchsten Stufe der Lohnpyramide ab.« (A. a. O. S. 815 f. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.)

Schließlich: Wie kann beim »Sammler« und anderen selbständigen vermögenslosen Arbeitern von einem »Monopollohn« und einem Abzug vom »vollen Arbeitsertrag« die Rede sein, wo doch dem Arbeiter gar kein »Monopolist« als Kontrahent gegenübersteht? Muß man nicht gerade dieses Einkommen ebenso wie als reinen auch als »vollen« Arbeitsertrag bezeichnen, wenn man schon dieses politische Schlagwort gebrauchen will? Und was würde denn das Einkommen des Landarbeiters sein, wenn ihm der »Grenzboden«, auf dem er arbeitet, zu Eigentum gehören würde? Könnte er etwas anderes tun als Beeren, Reisig, Besenginster, Arzneipflanzen, Kristalle usw. sammeln?

Damit kommen wir zugleich zum Problem des »Profits«. Nehmen wir an, diesem Arbeiter würde ein Stück »Grenzboden« oder »unbegünstigter Boden« geschenkt, von welcher Größe immer, er wird dadurch zum »Bodenmonopolisten«, und erhält somit einen »Anteil am Klassenmonopolverhältnis«. Wo ist und woher kommt und wie hoch ist sein »Monopolgewinn«? Davon ist aber bei Oppenheimer nirgends die Rede. Sondern Oppenheimer setzt immer einen Produzenten voraus, der über »die ausreichenden ‚Produktionsmittel', das heißt in personalwirtschaftlicher Betrachtung: die Beschaffungsgüter« — das heißt also, alle erforderlichen Produktionsmittel — »verfügt«[54]). Und er wendet sich nun gleich der Frage der Bestimmung des »Durchschnittsprofits« solcher »Kapitalisten, die über kein Personalmonopol, weder ein Produktions- noch ein Tauschmonopol verfügen«, zu. Ein »solcher unbegünstigter Grenzkapitalist« wird »Normalkapitalist« und »sein Kapital« ein »normales Produktivkapital« genannt. »Von dem Gesamteinkommen, das ein Kapitalist genießt«, muß »sein ‚Unternehmerlohn' abgezogen werden«, um »seinen reinen Profit zu erhalten«. Und »Ausgleichung«, das »bedeutet . . . gleichen Profit auf gleiche Kapitalanlage oder, was dasselbe sagt: Einkommen aus Profit im Verhältnis zu der Größe des ‚vorgeschossenen' Kapitals«. »Dieser Gesamtprofit kann durch nichts anderes realisiert werden, als durch den Verkauf der produzierten Produkte . . . Der Einzelprofit ist daher der Gesamtprofit dividiert durch die Anzahl der Einheiten, durch

[54]) A. a. O. S. 654.

die ‚Ziffer der Produktivität' . . . Auf diese Preisrelation, wo alle Waren ihren Verkäufern denjenigen Einzelprofit bringen, der auf gleiche Kapitalmengen das gleiche Profiteinkommen einträgt, tendiert in der realen kapitalistischen Wirtschaft der Marktpreis aller Waren, die unter keinem Monopolverhältnis stehen, hin« [55]).

Das ist alles, sobald man den »Profit« einmal hat und als seine Grundlage, das »Substrat«, an dem er hängt, das »Kapital« anerkennt, nur selbstverständlich. Der »Gesamtprofit« muß von der Größe des Kapitals abhängen, das zur Verwendung gelangt. Wovon sollte er sonst wohl abhängen? Das Einkommen aus jedem Produktionsfaktor hängt von der Menge ab, die von ihm in der Produktion zur Verwendung gelangt. Für eine natürliche und einfache Auffassung kann es nicht anders sein. Nur für die gekünstelte — man muß fast sagen, monströse — Auffassung, daß der Profit zunächst von Klasse zu Klasse gezahlt wird und die Klasse, die ihn erhält, ihn dann unter ihre Angehörigen verteilt, besteht hier eine Schwierigkeit und ein »Geheimnis«. Wird uns etwas verständlicher und nicht vielmehr nur unverständlicher, wenn Oppenheimer weiter schreibt: »Mit anderen Worten: alle freien Arbeiter zusammen treten den Monopoltribut ab. Und dieser Tribut verteilt sich völlig gleichmäßig als Profit auf das gesellschaftliche Gesamtkapital derart, daß auf jede Geldeinheit seines Wertes der gleiche Geldertrag fällt. Dieser Wert ist exakt bestimmbar durch die Addition der statischen Preise der produzierten Produktivgüter, aus denen das Gesamtkapital besteht. Setzt man diesen Wert mit dem des Gesamtprofits in Proportion, so erhält man den normalen Prozentsatz, der zu dieser Zeit in dieser Gesellschaft besteht . . . Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den Klassenmonopolen und den Personalmonopolen. Bei diesen zieht jeder Monopolist für sich selbst von seinem Kontrahenten den Mehrwert ein: beim Klassenmonopol aber steuert die ganze Unterklasse der ganzen Oberklasse, Gesamtheit an Gesamtheit; und die Oberklasse teilt sich pro rata in gleichmäßiger Weise in den Klassenmonopoltribut. Das ist das Geheimnis der ‚Nivellierung' des Profits auf alles Kapital, die Rodbertus und Marx und den Seinen so viel Kopfzerbrechen gemacht hat« [56]). Das

[55]) A. a. O. S. 655. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben.
[56]) A. a. O. S. 656 f. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

steckt in direktem und offenkundigem Widerspruch zur Erfahrung und das »Geheimnis« wird hier nur noch geheimnisvoller gemacht. Nur wer sich zum Credo quia absurdum bekennt, kann hier mitgehen.

Die Sache wird dadurch nicht besser, daß man sagt: »Wir definieren das Gesamtkapital als das Klassenmonopolverhältnis und jedes Teilkapital als nutzbaren Anteil daran. Und darum ist es von unserem Standpunkt aus nicht verwunderlich, daß gleiche Teilkapitale gleichen Profit abwerfen« [57]). »Verwunderlich« ist es auch vom gewöhnlichen Standpunkt aus nicht, aber auf solche Weise kann man natürlich alles beweisen, wenn man nämlich, wie es hier wieder geschieht, das, was man beweisen will, zum Merkmal einer als Voraussetzung dienenden Definition macht. Oppenheimers »Lösung« des »Profit«problems, die er zum Schluß in dem Satz zusammenfaßt: »Auch der Normalkapitalist, der im Grenzbetriebe beliebig produzierbare Waren herstellt, ist Nutznießer zwar nicht eines personalen, wohl aber eines Klassenmonopols und zwar eines Einkaufsmonopols . . . gegen die Arbeiter in bezug auf seine Werkdienste. Er kauft diese unter ihrem statischen Konkurrenzpreise und verkauft sie im fertigen Produkt zu ihrem statischen Konkurrenzpreise; der Monopolgewinn ist sein Profit«, ist alles eher als »einfach« und auch alles eher als eine »Lösung« [58]).

In eine ganz unlösbare Schwierigkeit gerät Oppenheimer, wenn er bestimmen soll, wer nun eigentlich »Nutznießer« an diesem »Klassenmonopolverhältnis« oder »Kapitalist« ist. Denn nach ihm darf man nicht »wie die Bourgeoisökonomik, alle, auch zersplitterte Produktionsmittel als ‚Kapital' und jeden nicht mehr mit bloßer Hand arbeitenden Produzenten als einen ‚Kapitalisten' auffassen«. Nach ihm »ist nur derjenige ein Kapitalist, der einen Stamm komplementärer Werkgüter besitzt, groß genug, um ‚freie Arbeiter' daran zu beschäftigen«. Und das wird noch folgendermaßen erläutert: »Angewandt auf unser Problem folgt daraus: unter den Grenzproduzenten, deren Produkt der Markt noch braucht und daher zu ihrem Grenzbeschaffungspreise abnehmen muß, befinden sich auch eine Anzahl Nichtkapitalisten, vor allem selbständige Bauern. Ihre Kosten, einbegriffen den Lohn ihrer ‚zusätzlichen Arbeit',

---

[57]) A. a. O. S. 657 f.

[58]) A. a. O. S. 663, 664, 679. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben.

bestimmen den statischen Preis: und an diesem Preise verdienen alle Produzenten, die in der Lage sind, dank dem durch die Bodensperre erzeugten Klassenmonopolverhältnis freien Arbeitern ihre Dienste unter ihrem statischen Konkurrenzpreise abzukaufen. Der Profit ist nichts als der Betrag, den das Monopol dem freien Arbeiter weniger als das Arbeitseinkommen des ‚einfachen Warenproduzenten, des Eigentümers seiner Produktionsmittel' zahlt: solange noch solche Produzenten vorhanden sind . . . ist damit das Normalmaß des Profits und des Lohnes der kapitalistischen Gesellschaft gegeben« [59]).

Nun kann man natürlich den Titel »Kapitalist« beilegen oder absprechen, wem man will, und man kann auch die Bezeichnung »Kapital« verwenden, wie man will. Worauf es aber in der Theorie ankommt, das sind die Gleichartigkeiten und Verschiedenheiten in den wesentlichen, und das sind — in der Theorie — die qualitativen, nicht die quantitativen Beziehungen. Da besteht nun aber offenbar, was die Frage des wirtschaftlichen Ursprungs und der Bestimmung des Einkommens anbelangt, kein Unterschied zwischen solchen Grenzproduzenten, die keine »freien Arbeiter« und die wohl »freie Arbeiter« beschäftigen. Auch das Einkommen eines selbständigen Bauern hängt nicht nur ab von der Art und der Größe des Bodens, den er bewirtschaftet, und der Qualität, Intensität und Extensität der Arbeit, die er auf die Bewirtschaftung verwendet, sondern auch von der Art und Größe des »Kapitals«, das er anwendet. Das Einkommen der »selbständigen Bauern« ist keineswegs durchaus dasselbe und eine unabhängig von dem zur Anwendung kommenden »Kapital« bestimmte Größe. Und übrigens kann ja auch dieser Bauer an seiner Stelle und der seiner mitarbeitenden Familienmitglieder »freie Arbeiter« beschäftigen und dann tritt es ganz deutlich in Erscheinung, daß auch er »Profit« bezieht. Und auch abgesehen davon, tritt es in Erscheinung in dem Wert seines Bodens, da doch gerade auch nach Oppenheimer sein Grundstück als »instradiertes Grundstück« einen Preis haben muß, nämlich »den Preis des auf ihm vorhandenen Inventars und der mit ihm verbundenen Meliorationen«. »Beides besteht aus Gütern von bekanntem statischen Preise. Für ungefähr diesen Preis kann man sie samt dem Boden kaufen und erwirbt damit

[59]) A. a. O. S. 705 f. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

implizite einen ‚nutzbaren Anteil am Klassenmonopolverhältnis'«[60]). Und zu alledem hebt Oppenheimer außerdem noch hervor, daß es nicht nur »vollkommen gleichgültig ist, welche Anzahl von Arbeitern ein Kapitalist beschäftigt«, sondern auch ob er überhaupt Arbeiter beschäftigt. »Auch, wo ein Kapitalist gar keine Arbeiter beschäftigt ... wenn er eine Geldsumme in ein Geschäft hineinsteckt, in dem unmittelbar gar kein ‚Mehrwert' produziert wird, weil kein Arbeiter ‚exploitiert' wird, so hat er dennoch seine sozusagen Aktie an dem Klassenmonopol und erhält seine ‚Dividende' im normalen Profit«[61]). Man sieht, wie leicht man sich bei so gekünstelten Konstruktionen in Widersprüche verwickelt.

Nun bleibt noch die Erklärung der »Grundrente«. Diese ist bei Oppenheimer wieder verhältnismäßig sehr einfach. Sie ist »Differenzialgewinn«, beruhend auf besonderen Produktionsvorteilen bestimmter Böden gegenüber dem Grenzboden. Diese Produktionsvorteile bilden nach der Terminologie Oppenheimers, da sie nicht jedem Mitgliede der Wirtschaftsgesellschaft und auch nicht jedem Bodenbesitzer als solchem zur Verfügung stehen, »Produktionsmonopole« und so kann er sagen: die Grundrente ist »aus Differentialrente fließender Gewinn« eines »Produktionsmonopols« und als solcher »weder Abzug vom natürlichen Lohn des ‚vollen Arbeitsertrages' zu Lasten des Produzenten, noch Aufschlag auf den natürlichen Preis des Bodenproduktes zu Lasten des Konsumenten, sondern Mehrgewinn am natürlichen Preise gegenüber den Konkurrenten«. Das ist klar und verständlich. Wenn er aber dann hinzusetzt: »Das Eigentum an Böden höherer Rentierung gibt das Recht und die Macht, aus dem gesellschaftlichen Gesamtmehrwert, den die ganze Unterklasse der ganzen Oberklasse steuert, einen mehr als aliquoten Teil herauszunehmen. Der Nurkapitalist erhält seinen Profit pro rata seines Kapitals, ebenso der Eigentümer des Bodens geringster Rentierung, des ‚Grenzbodens'. Alle anderen Grundeigentümer erhalten ein Plus entsprechend dem Umfange und der Rentierungsklasse ihres Eigentums: die Differentialgrundrente«,

[60]) A. a. O. S. 683. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

[61]) A. a. O. S. 658. Das Gesperrte im Orginal hervorgehoben.

so trägt das nichts mehr zur Aufklärung, sondern nur wieder zu neuerlicher Verwirrung des Problems bei [62]).

Im Grunde genommen ist es nichts anderes als der Ricardosche »Differentialertrags«gedanke, der von Oppenheimer zur Erklärung der »Grundrente« herangezogen wird. Trotzdem behauptet er aber von der »Ricardoschen Theorie«, daß sie »falsch ist und aufgegeben werden muß« [63]). »In drei Beziehungen ist sie falsch. Erstens: Ricardo war im Irrtum, wenn er glaubte, das große Grundeigentum gegen die Anklage wegen Monopols gerettet zu haben. Zweitens: seine Behauptung ist unhaltbar, die Aneignung des Grund und Bodens habe auf die Verteilung des gesellschaftlichen Erzeugnisses keinen Einfluß. Drittens: seine Theorie ist zwar als Teiltheorie richtig, läßt das gestellte Problem aber völlig ungelöst« [64]).

Nun, das erste Argument hat mit der Frage der »Richtigkeit« oder »Unrichtigkeit« einer Theorie auf jeden Fall nichts zu tun. Aber es ist interessant, auch hier wieder zu beobachten, wie Oppenheimer sich widerspricht, wenn er seinen Einwand näher ausführt. »Wenn auch das Urprodukt nicht ein Monopolgut ist, so ist doch das Großgrundeigentum und sekundär auch alles städtische Eigentum an Miethäusern und sogar das großbäuerliche Eigentum Monopol. Und wenn der Monopoltribut nicht von den Konsumenten als Aufschlag auf den statischen Preis eingezogen wird, so wird er doch als Abzug vom ‚natürlichen Lohn' erpreßt« [65]). Gerade vorher hat er behauptet, daß die Grundrente »weder Abzug vom natürlichen Lohn, noch Aufschlag auf den natürlichen Preis des Bodenproduktes« sei.

Was »die zweite« und »dritte These« anbelangt, so kommt es natürlich ganz darauf an, was man unter »Verteilung« versteht, ob formale oder materiale Verteilung, ob den Verteilungsvorgang oder -»prozeß« oder das Verteilungsergebnis. Wie wir schon gesagt haben, bezieht sich das nationalökonomische Verteilungsproblem auf das erste, das zweite, das materiale Verteilungsergebnis ist etwas, was ohne jede weitere wissenschaftliche Arbeit eingesehen und bestimmt werden kann,

---

[62]) A. a. O. S. 730. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.
[63]) A. a. O. S. 744. Im Original gesperrt.
[64]) A. a. O.
[65]) A. a. O. S. 744 f. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

sobald das erste Problem gelöst ist. Es hängt natürlich ab von der Besitzverteilung. Diese ist aber für die Theorie offenbar ein Datum. Ein Problem kann sie nur für die Wirtschaftsgeschichte sein. Es fehlt hier einfach an einem theoretischen Erkenntnisobjekt. Was in der Grundrentenlehre theoretisch zu erklären ist, ist »die auf die einzelnen Acres entfallende Grundrente« und diesen Faktor, sagt Oppenheimer »bestimmt Ricardo musterhaft und unwiderleglich«. Damit hat er aber das, was von der Theorie zu erklären ist, erklärt und »verfehlt« keineswegs »das ihm gestellte Problem«. Nach Ricardos Darstellung erscheint keineswegs »ein kleiner proletarischer Gärtner, der in einem Londoner Vorort einem Acre allerbesten Bodens mühsam seine nackte Existenz abringt, als differentiell außerordentlich bevorzugt«, weil »er den gleichzeitig durch seine natürliche Bonität und seine Verkehrslage besten Boden, auf den eine enorme Grundrente entfällt, hat«, und »umgekehrt die Herzogin von Sutherland, die in Hochschottland mehrere 100 000 Acres geringen Bodens besitzt, als differentiell außerordentlich benachteiligt«, weil »sie nur Boden, der gleichzeitig durch Bonität und Verkehrslage niedrig klassifiziert ist, besitzt«. Was als »differentiell bevorzugt« bzw. »benachteiligt« erscheint, ist der Boden. So ist es, wenn man Ricardo wirklich versteht. Der »Prozeß, durch welchen jene große Anzahl Acres in das Eigentum der Magnaten gelangt sind«, ist natürlich ein historischer Prozeß [66]).

Zum Schlusse behauptet Oppenheimer, die »kapitalistische Grundrente« sei »mit der altfeudalen Grundrente völlig identisch, identisch dem Ursprung nach, dem Wesen nach und der Höhe nach« [67]). Das hängt nun offenbar ganz von dem Standpunkt ab, von dem aus man die beiden Dinge betrachtet. Zwischen zwei konkreten Dingen bestehen meistens ebensowohl Gleichartigkeiten wie Verschiedenheiten. Ob man beide in einen Begriff zusammenfassen oder in zwei Begriffen auseinanderhalten soll, hängt ganz davon ab, was man untersuchen und studieren will, was man zum »Problem« macht. Nun, das Problem der nationalökonomischen Theorie ist der Mechanismus der Verteilung in der modernen Verkehrswirtschaft oder, wie

[66]) A. a. O. S. 745 ff.

[67]) A. a. O. S. 750.

Oppenheimer gesagt hat »die Distribution in der entfalteten, um ihren Markt zentrierten Wirtschaftsgesellschaft«. Das spezielle Problem der Grundrententheorie ist dann offenbar die Erklärung des Grundrenteneinkommens in dieser Gesellschaftswirtschaft. Identität zwischen diesem Grundrenteneinkommen und dem in der feudalen Gesellschaftswirtschaft mag nun wohl bestehen vom »personalökonomischen« Standpunkt aus, insoferne für den Grundeigentümer in dem, was ihn wesentlich interessiert, ein Unterschied nicht bestehen mag. Aber unter dem Gesichtspunkt dessen, was die Nationalökonomie als Problem interessiert, sind beides toto coelo verschiedene Dinge. Das ist eben die Frage, wie sich dieses Einkommen bildet und wodurch seine Höhe bestimmt ist in der modernen individualistischen um ihren Markt zentrierten Wirtschaftsgesellschaft. Da besteht keine Gleichartigkeit weder dem Ursprung, noch dem Wesen, noch der Höhe nach. Der Ursprung der feudalen Grundrente liegt direkt und unmittelbar in den positiven Normen der feudalen Rechtsordnung, der der »kapitalistischen« Grundrente in dem toto coelo von dem feudalen verschiedenen »kapitalistischen« Wirtschaftsprozeß. Dem Wesen nach ist demnach die feudale Grundrente eine öffentlich-rechtliche Zwangs-, die kapitalistische eine private Vertragsleistung. Was schließlich die Höhe anbelangt, so besteht keinerlei wesentlicher und notwendiger Zusammenhang zwischen der der feudalen und der der kapitalistischen Rente. Die Höhe der kapitalistischen Grundrente wird durch ihr allein eigentümliche Gesetze bestimmt, die in der feudalen Gesellschaft gar nicht existieren. Wenn bei der Umwandlung von feudalen Renten in Pachtrenten zunächst die alte Höhe als Richtschnur genommen wurde, so hat dies gar nichts Notwendiges und Bindendes zu bedeuten. Auch diese Pachtrenten unterliegen der Aenderung nach den die Distribution in der kapitalistischen Wirtschaft bestimmenden eigenartigen Gesetzen und, wenn sie sich nicht ändern sollten, so bedeutete dies nur, daß die durch diese Gesetze bestimmte Höhe zufällig mit der durch die feudale Rechtsordnung bestimmten Höhe der feudalen Rente zusammenfällt. Ebensowenig kann es natürlich für das Wesen der Sache bedeuten, daß Rente einer Art sich in Rente anderer Art »verwandelt«, das heißt, die eine an die Stelle der

anderen tritt. »Personalökonomisch«, vom Standpunkt der Wirtschaft der beziehenden Personen aus, mag ja alles dasselbe sein, aber sozialökonomisch sind es toto coelo verschiedene Dinge [68]).

7.

Das nächste Problem, mit dem sich Oppenheimer beschäftigt, ist das der Bestimmung des Wertes oder »statischen Preises« der »Wertdinge höherer Ordnung« oder »Machtpositionen, das heißt, des »Kapitalisierungswertes« [69]). Damit ist gemeint hauptsächlich der Wert von »Kapitalsanlagen« und Grundstücken. Hier tritt es nun besonders deutlich hervor, daß seine Grundprinzipien, das Kostenprinzip oder Arbeitswertprinzip und das »Monopol«prinzip zur Erklärung in vielen Fällen versagen. An ihre Stelle tritt immer offener das Prinzip der »Nützlichkeit« und das der »relativen ökonomischen Seltenheit«.

Von diesem Prinzip war schon früher öfters die Rede, so bei der Behandlung des Wertes qualifizierter Arbeitsleistungen und der mittels solcher hergestellten Produkte und der Frage der Höhe des Profites verschieden qualifizierter Kapitalsanlagen [70]). In jenem ersten Falle war es aber von keiner wesentlichen Bedeutung, da ja der Wert der Güter nach Oppenheimer nicht beeinflußt wird durch die verschiedene Qualifikation der Arbeit, durch welche sie hergestellt werden, und der Wert der qualifizierten Arbeit bestimmt wird durch das Mehrprodukt, das sie über das der unqualifizierten oder durchschnittlich qualifizierten hinaus herstellt [71]). Bei der Frage der Höhe des Profites verschieden qualifizierter Kapitalsanlagen ist es anders. Da haben wir kein Mehrprodukt oder keinen Differenzialertrag, durch welchen die Profitdifferenzen bestimmt sein könnten. Und dasselbe gilt natürlich auch für die »statischen Preise« verschieden qualifizierter »Wertdinge höherer Ordnung«.

»Der in Geld ausgedrückte Tauschwert einer Machtposition

---

[68]) A. a. O. S. 750 ff. [69]) A. a. O. S. 819 ff.

[70]) A. a. O. S. 629 ff. und 655 ff.

[71]) Von »ökonomischer Seltenheit des Produkts« kann man nach Oppenheimer überhaupt nicht sprechen. Denn, da ja die Produktion aller Produkte als durch unqualifizierte Arbeit möglich gedacht wird, muß die »ökonomische Seltenheit« aller dieselbe sein. Auch dieser Begriff bedeutet also einen Widerspruch zu seiner Grundauffassung. (A. a. O. S. 629.)

muß selbstverständlich immer ein Vielfaches ihres in Geld ausgedrückten Ertrages, ihres Monopolgewinnes sein. Der Prozeß der Bewertung durch die Konkurrenz heißt hier ‚Kapitalisierung', und zwar nennt man den Ertrag die Basis und den Multiplikator den Fuß (Rate) der Kapitalisierung.« Die Frage ist also: wodurch ist dieser »Fuß der Kapitalisierung« bestimmt. Oppenheimers Antwort ist: durch die »Nützlichkeit«, »Gunst« oder »Ungunst« der Anlage. »Da günstigere Anlagen ihrer höheren ‚Nützlichkeit' halber stärker begehrt werden als ungünstigere, so kann das Gleichgewicht der Konkurrenz nur bei einer statischen Preisrelation bestehen, bei der der Kapitalisierungsfuß sich umgekehrt verhält, wie die Ungunst der Anlage. Je geringer die Nachteile, um so größer, je größer die Nachteile, um so kleiner ist der Multiplikator, der ‚relative Fuß der Kapitalisierung', wie wir ihn nennen wollen«, und so, wie »die Profite gleichgroßer Geldkapitale sich staffeln in ihrer natürlichen Distanz nach der Ungunst der Anlage . . . verhält sich der Wert, nicht nur der Kapitale, sondern aller Machtpositionen wie die Gunst der Anlage: eine sichere, angenehmere, chancenreichere, angesehenere Machtposition trägt bei gleichem Ertrage höheren Preis als eine weniger sichere, angenehme, chancenreiche und angesehene«. Oder ganz allgemein: »im Prozesse der Konkurrenz stellt sich der Wert der sämtlichen Machtpositionen fest nach der relativen ökonomischen Seltenheit«[72]). Die Frage ist nur: wie setzt sich diese »Nützlichkeit« und »Seltenheit« in eine genau bestimmte extensive Größe um?

Beim »Grenzurproduzenten des Grenzprodukts auf dem Grenzboden« und anderen »Normalkapitalisten« liegt die Sache einfach und klar. »Hier ist ein Stamm von Beschaffungsgütern von bestimmtem Gesamtwerte, ausgedrückt in Geld, angelegt. Davon entfällt ein genau bestimmter Teil auf das Arbeitseinkommen der unselbständigen Arbeiter und Angestellten einerseits und auf den ‚Unternehmerlohn' des Betriebsleiters andererseits; alles, was danach übrig bleibt, ist Profit«[73]). Hier sind alle Größen direkt gegeben und der Wert des Kapitals ist gleich dem Werte der Kapitalgüter. Einfach und klar ist es auch noch

[72]) A. a. O. S. 820 ff. Das zuletzt Gesperrte von mir hervorgehoben.
[73]) A. a. O. S. 823 ff.

bei den »normalen« »Monopol«anlagen. Der Ertrag, die Basis, ist hier höher, aber unmittelbar gegeben und der Kapitalisierungsfuß ist der »normale«, derselbe wie beim Grenzboden, also auch gegeben [74]). Aber wodurch wird der Wert des Kapitals bei günstigeren und ungünstigeren Anlagen, bzw. die Differenz gegenüber dem Wert der Normalanlage bestimmt?

Hier muß Oppenheimer notgedrungen wieder auf »Angebot und Nachfrage« zurückgreifen, um überhaupt etwas erklären zu können: »Wir haben ein gegebenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage, eine bestimmte ‚ökonomische Seltenheit' der Machtpositionen, aus denen sich nach den Gesetzen der Konkurrenz ihr Preis und im Durchschnitt ihre Wertrelation zu den Wertdingen niederer Ordnung ergibt, als der Indifferenzpunkt des Preises, wo wirksames Angebot und wirksame Nachfrage sich genau decken« [75]). Also hier haben wir offenbar wieder einen Fall, wo sich Oppenheimer gezwungen sieht, seine eigenen Erklärungsprinzipien fallen zu lassen und an ihre Stelle das von Angebot und Nachfrage zu setzen.

Demgegenüber sucht Oppenheimer sein Arbeitswertprinzip und sein Monopolprinzip wieder in der Geldtheorie konsequent zur Anwendung zu bringen. Danach bestimmt sich der Wert frei produzierbaren Geldes einfach nach dem Grenzaufwande an Arbeit seitens eines Normalarbeiters in der Grenzmine des betreffenden Metalles (und natürlich zusätzlich des Grenzaufwandes an Arbeit seitens eines Normalarbeiters in der Münze) [76]), Bei monopolisierter Geldproduktion aber kann der Wert des Geldes »fast beliebig über seinen natürlichen Wert getrieben werden«. Das ist alles, was uns Oppenheimer über das Problem der Bestimmung des Geldwertes zu sagen weiß, wobei er glaubt, gezeigt zu haben, daß sich von seiner Auffassung aus nicht nur verschiedene andere »rätselhafter Tatsachen der Geldwirtschaft erklären lassen, sondern auch das größte aller Rätsel sich leicht lösen läßt«, nämlich eben »die Tatsache, daß minderwertiges Geld, auch Papier, lange auf einem fast beliebigen Wert gehalten werden kann« [77]). Die Geldlehre ist bei Oppenheimer im übrigen merkwürdigerweise in drei Teile auseinandergerissen, die in voneinander gänzlich verschiedene Abschnitte verlegt sind, wofür sich ein sachlicher Grund nicht auffinden läßt.

---

[74]) A. a. O. S. 825 ff. und 833 ff. [75]) A. a. O. S. 831.
[76]) A. a. O. S. 851 ff. [77]) A. a. O. S. 986 f.

Eine eigenartige Auffassung vertritt Oppenheimer in seiner Krisentheorie. »Die Wirtschaftskrisen haben ihre letzte Ursache in der Tatsache, daß der städtische Produzent der kapitalistischen Gesellschaft verhindert ist, den Ordres zu gehorchen, die der Markt durch seine Preisgestaltung an ihn ergehen läßt. Er ist gezwungen, seine Produktion zu vermehren, wenn die Gewinne steigen, aber auch, wenn sie fallen ... Ihre psychologische Lagerung zwingt die kapitalistischen Unternehmer, bei sinkenden Gewinnen ihre Produktion noch auszudehnen — und ihre soziale Lagerung erlaubt es ihnen (denn ihnen stehen die zu dieser Handlung erforderlichen freien Arbeiter in fast beliebiger Zahl zur Verfügung) — und das ist die Ursache der Krisen« [78]).

Das klingt wohl verblüffend einfach, aber nicht ebenso plausibel. »Arbeiter in fast beliebiger Zahl«, das ist vielleicht nur eine kleine Uebertreibung. Aber warum denkt Oppenheimer gerade nur an »Arbeiter«. Wenn man sich schon daran erinnert, daß Arbeiter zur Produktion erfordert sind, so assoziiert sich doch beinahe von selbst damit der Gedanke, daß auch »Kapital« dazu erfordert ist. Und glaubt Oppenheimer wirklich, daß der kapitalistische Unternehmer, wenn er seine Produktion kalkuliert, nicht danach fragt, ob er auch wird verkaufen können, und daß sinkende Preise und Gewinne ihm für diese Kalkulation gar nichts bedeuten werden. Oppenheimers »Unternehmer« müssen eine komische »psychologische Lagerung« haben. »Die Preise . . . sinken für irgendeine Hauptware des Marktes . . . Die Unternehmer aber produzieren nur immer um so toller« [79]). Dabei steigen gleichzeitig noch die Preise der Produktionsmittel, also die Produktionskosten! Höchst merkwürdig! Höchst merkwürdig! Etwas später schreibt Oppenheimer einmal: »niemand produziert zu seinem Vergnügen, sondern um zu verkaufen und am Preise zu gewinnen« [80]). Das ist eine nüchterne Feststellung. Aber in den anderen wird sowohl den Tatsachen wie der Logik Gewalt angetan.

Große Mühe gibt sich Oppenheimer zum Schluß, um

---

[78]) A. a. O. S. 996 f. und 1009. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben.

[79]) A. a. O. S. 999. [80]) A. a. O. S. 1013.

die Malthussche Bevölkerungstheorie zu widerlegen. Der arme Malthus wird dabei nicht gerade glimpflich behandelt: »ein politischer Pamphletist niedrigster Ordnung ... zeichnet sich aus durch den absoluten Mangel an allen Eigenschaften, die einen Schriftsteller und Gelehrten bilden; er ist keines klaren Gedankens, keiner kritischen Sichtung und verständigen Anordnung der Tatsachen fähig ... ein Mann, dem jede deduktive Fähigkeit völlig abging, der jeder gesunden Logik entbehrte« und dieser Mann hat »ein von Widersprüchen wimmelndes Buch geschrieben ... eines der jämmerlichsten pseudowissenschaftlichen Machwerke, die jemals zusammengestümpert worden sind ... Produkte des baren Sitzfleisches ... sinnloses Zeug« [81]).

Und was ist Oppenheimers Argument gegen das Malthussche Bevölkerungsprinzip? Die Tatsache, daß während einer bestimmten Zeitperiode die Bevölkerung langsamer gewachsen ist als die Nahrungsmittelproduktion. Aus dieser Tatsache macht Oppenheimer flugs einen allgemeinen Satz: Die Nahrungsmittelproduktion wächst schneller als die Bevölkerung; oder: »Das Gesetz der sinkenden Erträge (in der Landwirtschaft) wird tatsächlich überkompensiert; die (Kopf-) Quote sinkt nicht, sondern wächst. [82])« Das ist ein Induktionsschluß aus einer einzigen Instanz! Seine Voraussetzung ist nichts anderes als die eine konkrete Tatsache, daß in einer ganz bestimmten konkreten Zeitperiode, also unter einer ganz bestimmten konkreten Verumständung das Gesetz der sinkenden Erträge überkompensiert worden ist, die Quote nicht gesunken, sondern gewachsen ist.

Doch dieser allgemeine Satz Oppenheimers hat scheinbar auch noch eine andere — deduktive — Stütze in einem noch allgemeineren Satz: »Je mehr ein Volk an Zahl zunimmt, um so größer wird die Arbeitsteilung, um so vollkommener die Werkzeuge, mit denen der Landwirt produziert, um so freier von Nebenberufen seine Zeit für den Hauptberuf: und darum wächst der Rohertrag seines Ackerstückes. Und gleichzeitig wird die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten seitens der industriellen Bevölkerung und das Angebot von Gewerbserzeugnissen

---

[81]) A. a. O. S. 1037, 1040 und 1073.

[82]) A. a. O. S. 1034. Im Original gesperrt.

immer größer: und darum wächst in gleichem Maße, von zwei Seiten her, die Kaufkraft der Landwirtschaft, ihr Reinertrag«[83]). Hier verwechselt Oppenheimer offenbar den privatwirtschaftlichen Reinertrag der Landwirte mit dem volkswirtschaftlichen Reinertrag. Ein Steigen der volkswirtschaftlichen Kopfquote könnte man offenbar nur aus einem Steigen des volkswirtschaftlichen Reinertrages ableiten. Oppenheimers Satz beweist offenbar nicht mehr, als daß der Anteil der Landwirtschaft am Nationalprodukt steigt.

Schließlich würde es auch, wenn der Satz Oppenheimers von der Ueberkompensierung des Gesetzes der sinkenden Erträge und dem Wachsen der Kopfquote an Stelle ihres Sinkens wirklich allgemeine Geltung hätte, gar nichts gegen die Malthussche Bevölkerungstheorie bedeuten. Vor allem ist ja schon nach Malthus selbst ein tatsächliches beständiges Sinken der Kopfquote ausgeschlossen; denn er behauptet doch gerade, daß die Bevölkerung nicht steigen kann, ohne daß eine entsprechende Kopfquote produziert wird. Diese kann also nicht fallen. Seine weitere Behauptung ist ferner, daß die Zahl der notwendigen Kopfquoten nicht beliebig, bzw. nicht im selben Tempo, als die Bevölkerung wachsen würde, wenn nur die physiologische Vermehrungstendenz wirksam wäre, wächst. Und wenn selbst die Kopfquote tatsächlich beständig steigen würde, wäre es immer noch kein Beweis gegen die Malthussche Theorie. Denn was diese behauptet, ist, daß das Gleichgewicht zwischen der Nahrungsmittelproduktion und der Bevölkerung nur durch Gegenkräfte (Checks) gegen die physiologische Vermehrungstendenz erhalten werden kann. Ueber die Gesamtstärke dieser Gegenkräfte enthält die Malthussche Theorie im wesentlichen keine Aussage [84]). Sie können also sehr wohl auch stärker sein als die Vermehrungstendenz und dann steigt die Kopfquote.

Nun muß man für die Beurteilung der Tatsache, daß während einer bestimmten konkreten Zeitperiode der Vergangenheit die Kopfquote auch in voll besiedelten Ländern gestiegen ist, offen-

[83]) A. a. O. S. 1043. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

[84]) Was sie darüber enthält, gehört nicht zum wesentlichen Gehalt des Bevölkerungsgesetzes, der ist, daß das Gleichgewicht zwischen der Bevölkerungsgröße und der Nahrungsmittelproduktion, nur durch die »Checks« erhalten werden kann.

bar die besondere konkrete Verumständung in Betracht ziehen, unter welchen sie gestiegen ist. Da fallen denn vor allem zwei durchaus singuläre Faktoren, die dazu beigetragen haben, ins Auge: die Massenabwanderung in ein neues, leicht erreichbares, mit Bodenschätzen überreich ausgestattetes unbesiedeltes Land und der in keiner früheren Zeitperiode beobachtete unerhörte Fortschritt in den technischen Methoden der Produktion. Für die Beurteilung der Gestaltung dieser beiden Faktoren fehlt es uns an jedem Anhaltspunkt. Deshalb kann man jenen Satz von dem tatsächlichen Wachstum der Ertragsquote unmöglich als einen allgemeingültigen Satz anerkennen. Wie gesagt, aber, würde er selbst, wenn er allgemeingültig wäre, nichts gegen den wesentlichen Kern der Malthusschen Theorie beweisen. Es ist nach dieser Theorie immer auch möglich, daß die Gegenkräfte der physiologischen Vermehrungstendenz so stark sind und das Wachstum der agrarischen Produktion so groß ist, daß die Kopfquote steigt. Schon gar nicht ist etwa in der Malthusschen Theorie die These von einem »sinkenden Nahrungsspielraum« enthalten, wie Oppenheimer anzunehmen scheint [85]).

Das allererste, was Oppenheimer beweisen müßte, wenn sein Argument irgendwelche Kraft haben soll, wäre das, daß die tatsächliche Bevölkerungszunahme in der in Betracht gezogenen Periode genau die war, die der natürlichen Vermehrungsfähigkeit entspricht, die also stattgefunden hätte, wenn keine Checks wirksam gewesen wären. Das heißt: er müßte beweisen, daß in dieser Zeit tatsächlich keine Checks wirksam gewesen sind. Darüber findet sich bei ihm aber keine Andeutung. Somit muß sein Gegenbeweis als vollständig mißglückt gelten.

8.

Wir könnten uns noch die Frage vorlegen: Wie kommt ein gewiß ernster Gelehrter, wie Oppenheimer, dazu, eine Theorie aufzustellen, die in allen ihren Bestandteilen so brüchig ist wie diese? Die Antwort ist leicht zu finden. Es hat teils objektive, teils subjektive Gründe. Der objektive Grund ist der, daß seine ganze Denkarbeit nicht durch objektives unvoreingenommenes Streben nach reiner Erkenntnis, sondern durch ein praktisch-politisches Ziel beherrscht wird. »Die in diesem Werke dargelegte

---

[85]) A. a. O. S. 1044.

Theorie gibt ein vollständiges, sofort ausführbares politisches und wirtschaftliches Programm. Die in der Anfangszeit der Staaten durch das unentfaltete politische Mittel geschaffenen Machtstellungen müssen abgebaut werden.... Meine Absicht ist, zum ersten Male in aller Geschichte städtisches und ländliches Proletariat zu einer einzigen Partei zusammenzuschließen, die dann schlechthin unwiderstehlich sein wird.... Das oben skizzierte politische Programm bedeutet ... Dieses ganze Werk ist von der einen großen Absicht beseelt, den Glauben der ersten Klassiker zur fortan unbestreitbaren wissenschaftlichen Gewißheit zu erheben und damit der zerrissenen Menschheit den Glauben wiederzugeben, ohne den sie ein seelenloses Haufwerk vereinzelter, wild gegeneinander getriebener Atome sein muß: denn nur ein gemeinsamer Glaube, und sei er selbst eine Illusion, macht aus einer Menge ein Volk, eine Menschheit«[86]). Oppenheimer fühlt sich wie man sieht, in erster Linie in der Rolle eines politischen Kämpfers für das Recht der Enterbten der Gesellschaft. Das ist ein menschlicher Zug, der nur die wärmste Sympathie auslösen kann und verdient. Aber der Wissenschaft ist diese Verquickung von politischen Absichten und theoretischen Bestrebungen wenig zuträglich. Immer und immer wieder bricht das Vorherrschen der Einstellung auf die Beurteilung unter ethischen und politischen Gesichtspunkten durch. Ethische Urteile werden direkt als Argumente gegen die Richtigkeit von theoretischen Lehrsätzen herangezogen und an erste Stelle gesetzt. So heißt es zum Beispiel in in dieser Hinsicht besonders charakteristischer Weise bei der Behandlung des »Ehernen Lohngesetzes«: »Aber lassen wir die ethische Bewertung vorläufig aus dem Spiel. Auch ohne sie ist das eherne Lohngesetz völlig unwahr ... auch der theoretischen Untersuchung gegenüber stellt es sich als völlig falsch heraus«[87]). Oder ebenso charakteristisch: Zins in der kapitalistischen Wirtschaft wird als ungerechtes Einkommen betrachtet; das muß theoretisch irgendwie begründet werden; das geschieht dadurch, daß er aus einer auf Gewalt beruhenden Tatsache abgeleitet wird, aus der einseitigen oder ungleichen Bodenbesitzverteilung, dem »Bodenmonopol«. Nun muß aber Oppenheimer gelegentlich zu-

[86]) A. a. O. S. 1105 f. und 1030. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.
[87]) A. a. O. S. 648.

geben, daß es doch auch »in der reinen Oekonomie« Zins geben würde. Wie zieht er sich aus diesem Widerspruch? »Das ist nur gerecht, denn der Zins ist hier eine Kategorie der reinen Wirtschaft« [88]). Die ethische Rechtfertigung tritt hier direkt an die Stelle der logischen Begründung. Und dabei zitiert er zweimal gegen die »Burgeoisökonomik« die Sätze Hasbachs: »Die Doktrinen überzeugen leicht, wenn sie beweisen, was man wünscht. Wer mit den Konsequenzen übereinstimmt, nimmt die Prämissen gern in den Kauf« [89]). Also: wer mit der Konsequenz übereinstimmt, daß der Zins ein ungerechtes Einkommen ist, nimmt gerne die Prämisse mit in Kauf, daß er auf einem politischen Gewaltakt beruht. Doch, das wäre ein falscher Schluß, denn Oppenheimer zählt sich nicht zu den »Bourgeoisökonomisten« und jene Sätze gelten natürlich nur für diese.

Dasselbe wiederholt sich bei der Behandlung der Grundrente. Oppenheimer kann schließlich doch nicht leugnen, daß es auch in der »reinen Wirtschaft« grundrentenartiges Einkommen geben würde. Aber — so argumentiert er über diese seiner Theorie offenbar direkt widersprechenden Tatsache hinweg — da »kann es sich nur um Splitter handeln, die die soziale Harmonie nicht berühren«, und wenn es auch Fälle von größeren Differenzialgewinnen aus Grundeigentum gibt, so »soll man sich darüber klar sein, daß solche vereinzelte und harmlose Fälle von Glücksgewinnen einzelner ... ganz anders beurteilt werden wollen, als die Ausbeutung aller durch das Klassenmonopol der Grundrentner: sie allein ist das sozialökonomische Problem, das uns interessiert« [90]).

Immer wieder begegnen wir den Worten »harmlos« und »bedenklich«. Sie werden zum Kriterium von theoretischen Einteilungen und zur Richtschnur der theoretischen Problemstellung gemacht. Es gibt »harmloses« und »bedenkliches« Zinseinkommen, »harmloses« und »bedenkliches« Renteneinkommen, nur das eine ist »unser Problem«, das andere wesentlich davon verschieden — sie sind verschieden vom Standpunkte ethischer und politischer Bewertung aus und müssen darum auch als verschieden für die theoretische Problemstellung und Betrachtung angesehen werden [91]).

---

[88]) A. a. O. S. 935. [89]) A. a. O. S. 572 und 1037.

[90]) A. a. O. S. 729. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.

[91]) A. a. O. S. 505, 514, 637, 729, 752, 933 u. a.

Einmal rügt Oppenheimer mit Recht die ethische Beurteilung oder Charakterisierung mancher Einkommen als »Ueberprofit, Wucherzins, Ausbeutung« durch die Grenznutzentheoretiker und sagt: »Diese Bewertungen folgen nicht aus dem Prinzip und dem Beweisverfahren, sondern werden von außen her, aus mitgebrachten ‚Werturteilen' hineingetragen«[92]). Er glaubt nämlich, daß seine Bewertungen aus seinem Prinzip und Beweisverfahren folgen, was aber nur möglich ist, wenn das Prinzip selbst schon eine Bewertung enthält, wenn diese gleich mit in die Prämissen aufgenommen ist.

Daß dem tatsächlich so ist, das tritt bei Oppenheimer schon im Vorwort ganz klar zutage. Da behauptet er, daß »bisher alle sozialökonomische Theoretik durchaus Deduktion aus einem obersten Axiom, der Lehre von der ‚ursprünglichen Akkumulation' war«, das ist, der Lehre, »daß die wirtschaftlichen Verschiedenheiten der Vermögen und Einkommen sich allmählich aus lediglich wirtschaftlichen Beziehungen zwischen freien und gleichberechtigten Mitbürgern entwickelt haben, und daß daraus die sozialen Verschiedenheiten, . . . die Klassen entstanden sind.« Er aber wolle »das System der Oekonomik aus dem neuen Axiom deduzieren«, daß »die wirtschaftlichen Verschiedenheiten der Einkommen und Vermögen Zweck und Folge« politischer Unterwerfung und dadurch bewirkter Schaffung des »Verhältnisses von Herren und Untertanen« seien. »Aus dieser verschiedenen Auffassung der Tatsachen« folge »mit Notwendigkeit auch ihre verschiedene Bewertung«. Nun folgt aus jener »Auffassung« der Tatsachen an und für sich gar keine Bewertung. Denn sie ist an und für sich eine reine Tatsachenfeststellung. Eine Bewertung kann erst dann folgen, wenn man diese Tatsachenfeststellungen unter eine allgemeine Prämisse als Obersatz bringt, die eine Bewertung enthält. Das ist natürlich einfach die Bewertung der Tatsachen politischer Eroberung einerseits und freier wirtschaftlicher Beziehungen andererseits selbst.

Und nun sagt Oppenheimer von seinem Werke: »Jedenfalls ist es eine Arbeit, die mit ihren Voraussetzungen steht und fällt. Und darum habe ich das gute Recht zu fordern, daß meine Kritiker ihre erste und ernsteste Aufmerksamkeit auf den strategischen Schlüssel meiner Stellung richten, indem sie die

[92]) A. a. O. S. 800 f.

beiden entscheidenden Fragen beantworten, Erstens: Ist die Lehre von der ursprünglichen Akkumulation in der Tat das Axiom aller bürgerlichen Oekonomik? und zweitens: Wenn dem so ist, ist sie wahr oder unwahr? Werden diese Fragen gegen mich entschieden, so ist alles verhältnismäßig bedeutungslos, was die Arbeit vielleicht sonst noch an Neuem und Brauchbarem enthalten möchte: und fällt die Entscheidung für mich, so sind Irrtümer und Fehler in Einzelheiten ... ohne viel Belang. Jede ernste Kritik, die diese beiden Fragen anfaßt, werde ich mit höchster Dankbarkeit aufnehmen, auch dann, wenn sie mich widerlegt: jede Kritik, die dieser Forderung nicht genügt, ehe sie Einzelheiten angreift, werde ich a limine als unzulänglich ablehnen dürfen« [93]).

Nun, es tut uns ernstlich leid, sagen zu müssen, daß die erste Frage mit einem entschiedenen »N e i n« zu beantworten ist, daß O p p e n h e i m e r s Behauptung, alle sozialökonomische Theoretik wäre bisher Deduktion aus dem obersten Axiom von der ursprünglichen Akkumulation gewesen, auch nur des S c h e i n s e i n e r B e g r ü n d u n g e n t b e h r t. Kein einziger theoretischer Lehrsatz, weder über die allgemeine Preisbildung und -bestimmung, noch über die Preisbildung und -bestimmung der Produktionsfaktoren, also der Einkommensbildung und -bestimmung, noch über die Lehre vom Geldwert, noch über die von den Krisen usw. ist von jenem Axiom abgeleitet oder beruht auf ihm als seiner wesentlichen Voraussetzung. Die Beantwortung der zweiten Frage entfällt somit eigentlich. Wir können sie aber ruhig dahin beantworten, daß, so borniert die »bürgerlichen« Theoretiker auch schon sein mögen, s o blind ist doch k e i n e r offenliegenden geschichtlichen Fakten gegenüber, daß er sie einfach wegleugnen möchte. Aber sie haben auch keine Veranlassung, sie zum obersten Ausgangspunkte ihrer Untersuchung zu machen, weil nichts für die Theorie und i h r e Probleme davon abhängt.

Auch in diesem Vorwort ist es ganz klar ausgesprochen, was O p p e n h e i m e r s eigentliches Z i e l ist: ein ganz bestimmtes w i r t s c h a f t s p o l i t i s c h e s System, »das ökonomische System des l i b e r a l e n S o z i a l i s m u s«. »Liberaler Sozialismus — das heißt der G l a u b e an und das S t r e b e n auf eine Gesellschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wett-

[93]) A. a. O. S. XII f.

bewerbe durchsetzt, und in der dennoch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofit und Grundrente bis auf harmlose Splitter verschwunden sind, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht«[94]). Es ist selbstverständlich gegen einen solchen »Glauben« und ein solches »Streben« nicht das geringste einzuwenden, aber — es ist nicht »Wissenschaft«, sondern »Willenschaft«.

Abgesehen davon ist es mehr als zweifelhaft, daß ein solcher Gesellschaftszustand durch das von Oppenheimer vorgeschlagene Mittel wirklich erreicht werden kann. Er soll durch eine Ordnung herbeigeführt werden, »die sich von der unseren in ihren Grundlagen durch nichts anderes unterscheidet, als daß niemand mehr Boden besitzt, als er selbst bebaut«[95]). Oppenheimer meint, daß sich daraus eine Bodenbesitzverteilung ergeben würde, die keine Einkommensverschiedenheiten mehr zuließe. Von den immer noch möglichen Verschiedenheiten im Kapitalbesitz und dem ebenfalls auch nach Oppenheimers eigener Anschauung bestehenden Zins wird, wie wir gesehen haben, einfach abgesehen. Aber auch mit der Bodenbesitzverteilung stimmt die Sache nicht. Es gibt »guten« und »schlechten« Boden. Oppenheimer meint nun, dieser Umstand bilde kein Hindernis für eine solche Verteilung, aus der eine Gleichheit der Einkommen resultieren würde, und bei freier Besiedlung würde sich mit Notwendigkeit eine derartige Verteilung herausstellen, nämlich dadurch, daß diejenigen, die später kommen würden, nachdem der bessere Boden schon besetzt sei, sich eben um so viel mehr vom schlechteren Boden nehmen würden, daß sie auf denselben Gesamtertrag, also dasselbe Einkommen kommen würden wie die Eigentümer von gutem Boden[96]). Oppenheimer vergißt hier offenbar, daß man von gutem Boden mit gleicher Arbeitskraft im allgemeinen mehr bewirtschaften kann als von schlechtem und sich aus diesem Grunde bei freier Besiedlung die Verteilung wahrscheinlich in gerade entgegengesetztem Sinne vollziehen würde als er da annimmt. Und wenn das auch nicht schon von Anfang an der Fall sein wird, weil es in primitiven Zuständen noch keine Möglichkeit der Ver-

---

[94]) A. a. O. S. XVI. Das Gesperrte zum Teil von mir hervorgehoben.
[95]) A. a. O. S. XVIII. Das Gesperrte von mir hervorgehoben.
[96]) A. a. O. S. 726 f..

wertung von Ueberschüssen gibt, so kommt doch irgendwann später einmal der Zeitpunkt, wo es eine solche Verwertungsmöglichkeit gibt und die Okkupanten keinen Grund mehr haben, sich auf jenes Maß von Boden zu beschränken, das zur Selbstversorgung mit Bodenprodukten ausreicht [97]. Auf jeden Fall würde es heute bei Aufhebung der Bodensperre oder wenn man jedem so viel Land zuweisen würde, als er bewirtschaften kann, der Fall sein. So steht also auch Oppenheimers wirtschaftspolitisches Grundprinzip auf einem sehr schwankenden Boden.

[97]) A. a. O. S. 216 ff.

Wirtschaftstheorie im Dienste der Wirtschaftspolitik[1]).

Von

RICHARD STRIGL.

1. Theorie und Praxis.

Es ist nicht zu verwundern, daß das Verhältnis von Theorie und Praxis in vielen Gebieten des menschlichen Wirkens nicht das beste ist. Tritt die Praxis an die Theorie mit der Forderung heran, ihr konkrete Fragen zu beantworten, so findet sie die Theorie damit beschäftigt, fernabliegende Probleme zu erforschen, für welche die Praxis vielleicht gar kein Verständnis zeigt, welche sie im günstigsten Falle als Probleme von minderer Bedeutung zurückgestellt sehen möchte. Und sicher kann sich da die Theorie mit Recht darauf berufen, daß ihr Weg nur von ihr selbst gefunden werden kann, daß die Fragen der Theorie so behandelt werden müssen, wie sie sich aus der Entwicklung von Problemstellungen zu Problemlösungen, die wieder zu neuen Problemstellungen führen, ergeben. Selbst dort, wo das Verhältnis von Theorie und Praxis ein besseres ist, findet man einen Trennungsstrich: Unter den Theoretikern steht ein Teil der Praxis näher, ein anderer ferner, und da vereinen sich wohl Praktiker und für die Praxis arbeitende Theoretiker gegen den »reinen« Theoretiker. An irgendeiner Stelle ist zwischen Praxis und reiner Theorie eine Scheidung wohl überall zu finden. Kaum irgendwo aber ist die Scheidung so tiefgehend, wie auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. Die Praxis des Wirtschaftspolitikers frägt kaum die Theorie, sie erwartet von der Theorie gar nicht eine Antwort auf die Fragen, mit welchen sie befaßt ist, ja sie geht so weit, daß sie die Existenzberechtigung der Theorie, die Möglichkeit einer richtigen und brauchbaren Theorie überhaupt leugnet. Wenn man aber ein Lehrbuch aufschlägt und den zweiten Teil, der sich mit den praktischen Problemen der Wirtschaftspolitik befaßt, vergleicht mit dem theoretischen Teile, so müßte man sagen, daß zwischen den beiden Teilen überhaupt kein Zusammenhang besteht, daß jeder Teil sich mit etwas ganz anderem befaßt, ohne auf den anderen Teil irgendwie Bezug zu nehmen, wenn

[1]) Nach einem im Verband der Staatswissenschaftler an der Karl-Franzens-Universität zu Graz gehaltenen Vortrage.



nicht der theoretische Teil zu einer »Allgemeinen Volkswirtschaftslehre« erweitert wäre, der außer der Theorie noch mit ihr gar nicht enger verbundene Ausführungen über konkrete Fragen enthält, die viel mehr zur Wirtschaftspolitik als zur Wirtschaftstheorie gehören, Ausführungen, deren althergebrachte Einbeziehung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre sich vielleicht vor allem deshalb erhält, weil sie in der üblichen Systematik der Wirtschaftspolitik nicht recht Platz finden können. Nun mag dieses Bild, das ich hier gezeichnet habe, etwas zu dunkel gefärbt sein, es mag nicht überall so sein, es mag in einzelnen Gebieten auch ein Zusammenarbeiten von Theorie und Praxis zu finden sein, es läßt sich aber nicht leugnen: Eine engere Verbindung zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik fehlt. Sicher ist das kein erfreulicher Zustand. Man kann es der Wirtschaftstheorie zubilligen, daß sie ihre eigenen Wege geht, — es ist aber schon lange genug Theorie betrieben worden, daß man von ihr auch etwas für die Praxis verlangen kann, daß sie zeigen sollte, wie der Weg von ihren Theoremen zur Beantwortung von praktisch bedeutenden Fragen geht. Und sollte die Praxis der Wirtschaftspolitik, die sicher nicht immer allzu befriedigend ist, nicht auch von der Theorie etwas gewinnen können? Wenn Wirtschaftstheorie in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt werden soll, so kann es sich nicht darum handeln, daß Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik zu einem einheitlichen Komplex verschmolzen werden sollen. Die Trennung von Theorie und Praxis ist wohl im Wesen der Sache zu tief begründet. Aber ist es nicht möglich, daß wenigstens eine Brücke zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik gebaut wird? Wenn ich die Frage behandeln will, ob die theoretische Erkenntnis der praktischen Wirtschaftspolitik dienstbar gemacht werden kann, so will ich zuerst fragen, wie es zu dem Verhältnisse von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, das heute besteht, gekommen ist, ich will fragen, ob in dem einen oder in dem anderen Bereiche Fehler gemacht worden sind, und endlich will ich fragen, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit ein befriedigenderes Zusammenarbeiten erwartet werden kann[2].

2. Wirtschaftspolitik und liberale Nationalökonomie.

Wenn wir zurückblicken in die Zeit, in welcher die Anfänge der wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre liegen, so sehen wir ganz deutlich, daß damals die Beziehungen der Wissenschaft zur Praxis etwas andere waren[3]. So sehr die Doktrin der Physiokraten von den Lehren der englischen Klassiker sonst unterschieden ist, in einem Punkte

[2]) Während der Durchführung der Korrektur erhalte ich die Schrift von E. Schuster, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis (Mannheim 1928). Diese Schrift behandelt in anregender Weise die Frage, wie Wirtschaftstheorie Regeln für richtige Wirtschaft geben kann.

[3]) Vergleiche zum folgenden die bekannten Darstellungen von Oncken, Hasbach, Gide und Rist u.a.

stimmen beide völlig überein, und gerade dieser Punkt ist hier für uns entscheidend: Beide verlangen die Wirtschaftspolitik des *laisser faire*, des Liberalismus, als Folgerung aus ihren theoretischen Gedankengängen, beide suchen den Nachweis zu erbringen, daß die hergebrachte Wirtschaftspolitik des Interventionismus nur zu Schaden führen kann. Und mit der Verbreitung der Lehren von Adam Smith und seinen Nachfolgern wurde der Liberalismus die herrschende wirtschaftspolitische Ideenrichtung. Die Wirtschaftspolitik war von dem vom Geiste der Theorie getragenen, mit ihr engstens verbundenen Liberalismus beherrscht. Und daß der Liberalismus in der Wirtschaftspolitik sich nicht schneller durchgesetzt hat, daß sein Sieg tatsächlich niemals ein vollkommener gewesen ist, daß es dazu kam, daß er vielfach schon überwunden schien, bevor er sich ganz auswirken konnte, das ist nur dadurch möglich gewesen, daß die Wirtschaftspolitik eine Trennung zwischen sich und der herrschenden Theorie zog. Es ist ganz charakteristisch, daß dort, wo eine Reaktion gegen die liberale Wirtschaftspolitik sich zeigt, auch eine besondere theoretische Begründung der interventionistischen Politik gesucht wurde, wie dies beispielsweise in der deutschen Literatur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Teile der Fall ist. Am Liberalismus ist aber eines auffällig im Verhältnis von Theorie und Praxis. Die Theorie soll Zusammenhänge finden, sie soll diese Zusammenhänge in ein System zu bringen suchen, ihre Aufgabe ist Erkenntnis. Die Politik soll Ziele setzen und die Mittel zur Erreichung dieser Ziele angeben. Wie konnte da Theorie und Politik in der liberalen Nationalökonomie eine Einheit sein? Es ist klar, daß diese Einheit nur eine scheinbare war. Wenn die klassische Nationalökonomie mehr bieten zu können glaubte als Erkenntnisse, wenn sie über diese hinaus auch Forderungen an die Wirtschaftspolitik aufstellt, so mußte sie ein Ziel der Wirtschaftspolitik voraussetzen, und Adam Smith hat dieses Ziel der liberalen Wirtschaftspolitik deutlich verraten, wenn er sein berühmtes Werk betitelt: »Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes«. *Wealth of nations*, Reichtum der Völker, ist das Ziel der liberalen Wirtschaftspolitik. Ich werde noch auseinanderzusetzen haben, daß auch diese Formel des Volksreichtums eine ganz verschiedenartige Auslegung und Deutung zuläßt. Aber im großen und ganzen ist da eine Richtung für die Wirtschaftspolitik gegeben und es ist vielleicht ganz nützlich, wenn ich hier an der Hand eines Anwendungsfalles alle Konsequenzen beleuchte, welche diese Zielsetzung für die Wirtschaftspolitik haben kann.

Einer der großartigsten Gedanken, den wir in der klassischen Lehre finden, ist die Lehre von der internationalen Arbeitsteilung[4]). Wie in der einzelnen Volkswirtschaft außer der Größe des Kapitalbesitzes der Fortschritt der Arbeitsteilung dafür bestimmend ist, wie groß der zur Verteilung gelangende Ertrag der

[4]) Vgl. L. Mises, Vom Ziel der Handelspolitik, Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik, 42. Band, 1916.

Produktion ist, so auch im Zusammenhange aller Volkswirtschaften. Die internationale Arbeitsteilung wird bei freiem Handelsverkehre dazu führen, daß jedes Land gerade das produziert, was es nach seinen gegebenen natürlichen Produktionsstandorten am billigsten erzeugen kann, die internationale Arbeitsteilung wird hindern, daß ein Land mit großen Kostenaufwendungen etwas selbst erzeugt, das es billiger von irgendwo anders beziehen könnte, daß ein Land die Ausnützung günstiger Produktionsmöglichkeiten deshalb unterlassen muß, weil es seine Produktionsmittel in anderen, weniger ergiebigen Produktionen verwenden muß. Unter dem Schutz von Zöllen kann man mit Mistbeeten und Treibhäusern auch in Schottland Wein bauen — so lautet ein Beispiel des Adam Smith —, aber man kann die Weine aus Frankreich billiger beziehen [5]). Schutzzölle erhöhen nicht das Kapital eines Landes, sie können ein Land nicht reicher machen, sie hindern die Arbeitsteilung und machen alle Länder ärmer. Ich will in keiner Weise die Frage untersuchen, ob irgendwelche Aenderungen an der These von der Handelsfreiheit, die da vertreten wird, notwendig oder möglich sind, wenn man ganz allgemein von dem Gesichtspunkte ausgeht, daß Reichtum das Ziel der Wirtschaftspolitik ist. Es ist aber ganz unzweifelhaft, daß das Verfolgen dieses Zieles mit diesem Mittel ganz bedeutende Nebenwirkungen haben kann, welche von verschiedenen Gesichtspunkten, die schließlich auch das Ziel der Politik im allgemeinen und der Wirtschaftspolitik im besonderen bestimmen können, unbedingt abgelehnt werden müssen. Ich verweise nur darauf, daß eine durchgehende internationale Arbeitsteilung alle beweglichen Produktionsmittel nach Maßgabe der Möglichkeit der Ausnützung der günstigsten Produktionsmöglichkeiten verschieben müßte. Im Zusammenhange damit müßte auch eine Verschiebung von Arbeitskräften zwischen den verschiedenen Ländern eintreten, welche weitgehende Aenderungen in der Verteilung der Welt unter die Nationen bedeuten würde. Man sieht hier deutlich, wie der liberale Freihandelsgedanke den wirtschaftlichen Erfolg ganz allein in den Vordergrund rückt. Und gerade das hat dem wirtschaftlichen Liberalismus wohl am meisten Feinde zugezogen, welche nicht den Hinweis darauf unterlassen haben, daß Adam Smith selbst ganz ruhig vom Grundsatze des Liberalismus dort abgegangen ist, wo er darin ein Interesse seines Vaterlandes gesehen hat.

Aber noch mehr. Ich habe vorhin gesagt, daß die Formel vom Volkswohlstand als Ziel der Wirtschaft durchaus nicht eindeutig ist [6]). Es gibt kein Maß für die Größe des Volkswohlstandes. In der Realgütersphäre sicher nicht, — man kann nicht verschiedenartige Güter zusammenrechnen, und der stärkeren Versorgung mit dem einen Gut kann eine geringere mit einem anderen gegenüberstehen;

---

[5]) A. Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, IV. Buch, 2. Kap. (ed. Waentig, 2. Bd., Jena 1920, S. 239.)

[6]) Vgl. die Problemstellung bei A. C. Pigou, The economics of welfare (sec. ed., London 1924).

nicht einmal der Geldwert des Volksvermögens oder des Volkseinkommens kann hier als Maßstab dienen, weil ja die Kaufkraft des Geldes selbst bei ganz gesunden Währungsverhältnissen nicht unbedeutende interlokale Verschiedenheiten zeigt. Aber nehmen wir an, es wäre da eine Formel für die Errechnung des Volksreichtumes im ganzen gefunden, was ist damit gewonnen? Ist der größte Reichtum schlechthin unter allen Umständen wünschenswert, etwa wenn neben einem in wenigen Händen aufgehäuften Reichtum Massenarmut besteht? Ist es nicht besser, wenn ein geringerer Reichtum etwas gleichmäßiger verteilt ist, so daß die Lage der ärmsten Volksschichten etwas gehoben ist oder wenigstens die Zahl der bei der Verteilung der Güter ganz Zurückgesetzten geringer ist? Nicht das Ausmaß des Reichtums allein bestimmt den Umfang der Bedürfnisbefriedigung in der Volkswirtschaft, sondern neben diesem auch die Art der Güterverteilung. Wenn auch der Reichtum Einzelner, wo nicht noch anders so doch jedenfalls insoweit eine nicht abzustreitende wichtige Funktion in der Güterversorgung der Volkswirtschaft hat, als selbst konsumptiv verwendeter Reichtum ganz enger Volksschichten anderen Beschäftigung und Verdienst bringen wird, wenn auch Reichtum an sich für die Volkswirtschaft und für die Bedürfnisbefriedigung wünschenswert ist, soweit dieses Ziel mit anderen Zielen der Wirtschaftspolitik und der allgemeinen Politik vereinbar ist, so muß daneben noch die Frage der Verteilung des Reichtums behandelt werden. Und diese Frage war schon zur Zeit der Klassiker akut, daß diese hier eine befriedigende Antwort nicht geben konnten, das hat wieder vieles dazu beigetragen, daß die Lehren der Klassiker um ihrer Konsequenzen willen abgelehnt worden sind. Hier findet sich die liberale Lehre der Ablehnung des Interventionismus aufgebaut auf der Lehre von der Naturgesetzlichkeit des wirtschaftlichen Geschehens. Auch hier kann man der Lehre der Klassiker Großzügigkeit nicht abstreiten. Durch die Gesetze des freien Marktes ist bestimmt, wie groß der Anteil einer jeden Bevölkerungsschichte am Ertrag der Produktion ist. Keinen Zweck hätte es, wenn die Menschen es versuchen wollten, gegen die Macht dieser Gesetze sich zu wehren. Vor allem das Schicksal der Arbeiterschaft ist nach den Gesetzen der Wirtschaft bestimmt, künstliche Eingriffe können keinen Erfolg zeitigen: Der Lohn kann sich nicht über das Existenzminimum erheben, die künstliche Erhöhung des Lohnes einer Gruppe von Arbeitern geht auf Kosten anderer Gruppen, Notstandsarbeiten bedeuten Kapitalsverschwendung, welche nur einen neuen Druck auf das Lohnniveau mit sich bringen kann. Ich kann hier nicht die Aufgabe übernehmen, mich in ermüdenden wirtschaftstheoretischen Ausführungen mit dem ehernen Lohngesetze, mit der Lohnfondtheorie und ähnlichen Lehren auseinanderzusetzen. Wesentlich für uns ist hier nur ein bestimmter Zug in der Lehre der Klassiker, den wir am besten am sogenannten ehernen Lohngesetz erläutern können.

Wenn der Lohn der Arbeiter über dem dem Lebensstandard ent-

sprechenden Existenzminimum steht, so wird das Angebot an Arbeitskräften wachsen, neben anderen Momenten wird hier eine günstige Gestaltung der Bedingungen für die Fortpflanzung der Arbeiterschaft sich auswirken. Umgekehrt wird der Nachwuchs der Arbeiterschaft ein geringerer werden, wenn der Lohn unter das Niveau des natürlichen Lohnes heruntersinkt. Man hat seither nachgewiesen, daß dieser Zusammenhang nicht besteht[7]), daß gerade bei den gehobeneren Schichten der Arbeiterschaft der Nachwuchs oft ein geringerer, bei den niedrigsten Schichten ein größerer ist. Aber hier kommt es zunächst auf die Art des Gedankenganges an. Darf die theoretische Oekonomie überhaupt so argumentieren? Ueberschreitet sie da nicht den Bereich dessen, was sie mit ihrer Methode bearbeiten kann? Es ist ganz deutlich, daß da das eherne Lohngesetz in einer Weise argumentiert, welche eine vorsichtige Anwendung einer bewußt umschriebenen Methode unbedingt ablehnen müßte. Und dieses Ueberschreiten des Bereiches des rein Oekonomischen in der theoretischen Argumentation finden wir auch sonst in der klassischen Lehre und vielleicht noch stärker bei den Nachfolgern der Klassiker. Ich verweise nur auf die Rechtfertigung des Privateigentums und aller sich aus der gegebenen Eigentumsverteilung ergebenden Folgerungen, aus der Idee, daß Eigentum durch die Arbeit des Tüchtigen entstanden sei. Im freien Konkurrenzkampfe hat der Tüchtige gesiegt und sich den Reichtum erworben. Ich will auch über den Inhalt dieser These nicht streiten[8]). Ich will nicht fragen, ob Tüchtigkeit die Quelle des Reichtums ist, ich will nicht fragen, ob der Erwerber des Reichtums auch immer tüchtig ist, ich will nicht einmal — und das wäre ja das am nächsten Liegende — fragen, ob die These von der Erfolghaftigkeit des Tüchtigen nicht in sich einen Zirkel enthält: Tüchtig ist der, welcher wirtschaftlichen Erfolg hat, das Maß für die Beurteilung der Tüchtigkeit wird von einem ganz enge gesetzten Ziele hergenommen, der wirtschaftlich Tüchtige kann schließlich nach einem anderen Maßstabe auch negativ gewertet werden. Ich will nur die Konsequenz, die sich da für die allgemeine Beurteilung der klassischen Lehre ergibt, kurz andeuten. Eine Lehre, welche die gegebene Verteilung der Güter als gerecht hinstellt, welche die Unabänderlichkeit dieser Ordnung vertritt und jeden Eingriff als schädlich ablehnt, wird den Interessen jener Schichten der Bevölkerung entsprechen, welche von der sich ausweitenden und neue Reichtümer bringenden kapitalistischen Wirtschaft emporgehoben worden sind. Der wirtschaftliche Liberalismus ist sodann mehr als eine Wirtschaftstheorie, er ist die Weltanschauung des aufsteigenden Bürgertums, er ist — um ein markantes Wort hier zu wiederholen — die Theodizee

[7]) Vgl. P. Mombert, Wirtschaft und Bevölkerung (Grundriß der Sozialökonomik, II. Abt., 1914): »Das Leben des Arbeiters ist ... keine Produktion in dem Sinne, wie es Ricardo unter dem Einflusse der Malthusschen Ideen geglaubt hat« (S. 71).

[8]) Vgl. darüber O. Hertwig, Zur Abwehr des ethischen, des sozialen, des politischen Darwinismus, Jena 1918.

des neuen bürgerlichen Reichtums, dessen Besitzer nicht nur reich sein will, sondern auch seinen Reichtum als gerecht begründet sehen will (Max W e b e r). Und es ist klar, daß alles, was andere Interessen vertreten wollte, die liberale Nationalökonomie ablehnen mußte.

Die Wirtschaftspolitik wollte sich einfach über die Naturgesetze der Klassiker hinwegsetzen, sie erklärte sie einfach für null und nichtig, entthronte die theoretische Nationalökonomie und — sie hatte Erfolg. Oder sie glaubte wenigstens Erfolg zu haben. Auch das ist hier nicht wesentlich, ob nicht — wie ja manche behaupten — der Schein trog, ob nicht wenigstens vieles von dem, was als Erfolg einer interventionistischen Wirtschaftspolitik und insbesondere einer Sozialpolitik aufscheint, auch ebensogut ohne diese gekommen wäre, da zunehmender Reichtum und Steigerung der Produktivität den Bereich des wirtschaftlich Möglichen erweiterten. Die alte Nationalökonomie lebte wohl fort, sie verlor Ansehen und Anhang, sie war verfemt als liberal, sie war überwunden und widerlegt durch die Tatsachen der Erfahrung. Und sie mußte es sich gefallen lassen, daß sie — wohl eine der eigenartigsten Skurilitäten der Geistesgeschichte — die Bausteine für die ökonomische Theorie des M a r x i s m u s zu liefern gezwungen ward, für jenes System, das dem liberalen Evangelium der Harmonie eines B a s t i a t die Lehre vom Klassenkampf gegenübersetzte, für jenes System, welches die Lehre von einer unabwendbaren Gesetzlichkeit in der Wirtschaft benützte, um dem Kapitalismus ein baldiges Ende durch die Wirkung von ihm innewohnenden Bewegungstendenzen zu prophezeien. Man kann sagen, daß die Lehren der Klassiker heute nirgends mehr so stark nachwirken, wie in der Lehre von Karl M a r x , wenn sich auch dieses System gerade in seinem wirtschaftstheoretischen Teile nicht als entwicklungsfähig erwiesen hat, zu einem starren System von Dogmen geworden ist. Es steht wohl auch außer Zweifel, daß die große Bedeutung, welche die marxistische Lehre für die Praxis der Wirtschaftspolitik vielfach gewonnen hat, vielmehr als aus jenem Inhalt des Lehrsystems, das der üblichen ökonomischen Theorie entspricht, aus jenen Thesen folgt, welche die bewegenden Kräfte in der Wirtschaft zu erfassen trachten. Die propagandistische Kraft des Marxismus dagegen liegt sicher zum großen Teile darin begründet, daß er die Lehren der Klassiker in einer geeigneten Form sich einzugliedern verstanden hat. Das aber, was sonst aus der Lehre der klassischen Theorie beim Niedergang dieser Schule übriggeblieben war, das war wenig beachtet, nur von wenigen respektiert, in den Hintergrund gedrängt, wo es langsam einen tiefgehenden Umwandlungsprozeß durchmachte.

3. D i e V u l g ä r ö k o n o m i e.

Die Praxis der Wirtschaftspolitik glaubt um so leichter auf die Theorie verzichten zu können, als sich ihr etwas darbot, das einen vollen Ersatz für die Theorie zu bieten schien, die h i s t o r i s c h e N a t i o n a l ö k o n o m i e. Dieser Ausweg lag ja recht nahe. Wenn man es

ablehnte, im Sinne der liberalen Theorie die Naturgesetzlichkeiten des Ablaufes der gegenwärtigen Wirtschaft zu erforschen, wenn man zugleich sah, daß sich die Verhältnisse der Wirtschaft im Laufe der geschichtlichen Entwicklung ganz wesentlich geändert hatten, so war es der nächste Schritt, den Versuch zu unternehmen, aus dem Studium der Geschichte Erkenntnisse zu gewinnen. An Beispielen für die historische Methode auf anderen Gebieten hat es nicht gefehlt. Es ist auch unbestreitbar: Wer immer in einem Gebiete des gesellschaftlichen Lebens der Menschen wissenschaftlich geschult Stellung nehmen will, der muß aus der Geschichte gelernt haben. Und vor allem die Erziehung zur Erringung ethischer Werte wird immer die Geschichte als Lehrmeisterin brauchen. Das wird auch die Wirtschaftspolitik brauchen. Sonst aber ist das Verhältnis von historischer Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik wohl kaum ein engeres gewesen. Die Wirtschaftspolitik wird vielleicht aus der Geschichte gelernt haben, welche Maßnahmen gelegentlich in ähnlichen Situationen ergriffen worden sind, die Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen wird aber wohl kaum aus der Geschichte gelernt haben, welche Wirkungen im Einzelfalle zu erwarten sind. Denn die allgemeine Struktur der Wirtschaft hat sich im Laufe der Geschichte verhältnismäßig rasch viel zu tiefgreifend geändert, als daß man der Situation von heute immer eine völlig analoge Situation von früher an die Seite stellen könnte. So war praktisch die Wirtschaftspolitik auf sich selbst gestellt. Kann sich aber die Wirtschaftspolitik damit begnügen, ist es nicht vielleicht so, daß sie der Ergänzung, der Hilfe durch eine Theorie bedarf? Ich habe früher von den Fehlern des alten Liberalismus gesprochen, nun will ich fragen, welche Fehler eine Wirtschaftspolitik, die von der Theorie losgelöst war, machen mußte.

Die Wirtschaftspolitik will durch ihre Maßnahmen b e s t i m m t e W i r k u n g e n in der Wirtschaft erzielen, die unterschieden sind von dem, was sonst, »bei freiem Spiel der Kräfte«, eingetreten wäre. Und vieles läßt sich da ohne weiteres erreichen [9]). Wenn man will, daß der Preis einer Ware eine bestimmte Grenze nicht überschreitet oder unter eine bestimmte Grenze nicht heruntergeht, so kann die Vorschrift eines Höchst- oder Mindestpreises erlassen werden. Wenn man eine Produktion fördern will, so gibt es verschiedene Mittel, Subventionen, Schutzzölle, Ausfuhrprämien. Wenn man etwas zugunsten der Arbeiterschaft machen will, so war die Sozialpolitik nie verlegen, Maßnahmen zu empfehlen. Und wenn Sozialpolitik und viele andere Aufgaben des Staates und der öffentlichen Körperschaften Mittel erforderten, welche im Wege des Erwerbes nicht zu beschaffen waren, so war ein reiches Musterlager von Steuern dargeboten, man hatte nur die Wahl, für welche man sich entscheiden wollte. Nichts scheint so einfach wie Wirtschaftspolitik. Wenn man sich zur Erreichung eines Zweckes ent-

[9]) Ueber den Interventionismus vgl. die Aufsätze von L. M i s e s , »Interventionismus«, Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik, 56. Bd., 1926; »Sozialliberalismus«, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 81. Bd., 1926.

schieden hatte, so war es nur mehr eine Frage der Verwaltungstechnik, in welcher Weise das gesetzte Ziel zu erreichen war. Aufgaben boten sich in überreicher Zahl dar, man war auch um Mittel nicht verlegen. Man mußte aber solche Maßnahmen auch überlegen und diskutieren und es ist nicht von heute, daß die Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen im weiten Ausmaße das tatsächliche Vorgehen entscheidend bestimmt. Diese Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen nahm immer einen breiten Raum ein. Es war ja ganz klar, daß mit der Verwaltungsmaßnahme und ihrer unmittelbaren Wirkung noch nicht alles erledigt war, man mußte auch fragen, welche weiteren Folgen sich an die unmittelbaren Wirkungen knüpfen können. Man mußte die Zusammenhänge zu erkennen suchen, schon um gegebenenfalls — unerwünschte Nebenwirkungen auch durch Verwaltungsmaßnahmen bekämpfen zu können. Diese Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen hatte die Wirkungen bestimmter Tatbestände zu erforschen, sie suchte Zusammenhänge zu erfassen, sie war jedenfalls Theorie, es ist klar, daß sie zum größten Teil schlechte und falsche Theorie war. Dies mußte vor allem deshalb der Fall sein, weil diese Diskussion immer im engsten Zusammenhange mit menschlichem Wollen gestanden ist. Ein Zusammenhang zwischen diesem Denken über wirtschaftliche Dinge und einer reinen Theorie fehlte. Wo der erste Anlaß zur Diskussion das Wollen eines bestimmten Erfolges war, dort war es nicht zu vermeiden, daß das Wollen zu einem Irregehen des Denkens führte. Und in der Diskussion wurde dann nicht die sachliche Basis tatsächlicher Zusammenhänge zum Gegenstande des Streites, sondern der böse Wille jenes, welcher andere Interessen hat oder dem man andere Interessen unterlegen zu können glaubt. In dieser Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen entstand eine Vulgärökonomie, welche in sich widerspruchsvoll und nur in primitiven Formen ausgebildet ein Zerrbild einer wissenschaftlichen Lehre abgibt. Bruchstücke aus dem System der Klassiker, insbesondere durch Vermittlung der in einigen Grundzügen weit bekannten Lehre von Karl Marx — es gibt auch einen »Vulgärmarxismus« — bilden da eine wichtige Grundlage. Verschiedene Lehren, welche den Gedanken der Ausbeutung vertreten, mußten naturgemäß jenen genehm sein, deren Klassenlage sie zu entsprechen schienen. Daneben ergibt sich für weite Kreise der Bevölkerung ihre Einstellung aus der Blickrichtung, in welcher der Konsument die Wirtschaft sieht, — nicht nur dann, wenn seine wirtschaftliche Lage tatsächlich von den Produktionsverhältnissen nur wenig abhängig ist. So gehen auch die verwaltungstechnischen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik häufig in der Richtung einer Konsumentenpolitik, welche in erster Linie die Niedrighaltung der Konsumgüterpreise zum Ziele hat. Es wäre eine Aufgabe für sich, ein »System« der Vulgärökonomie zu schreiben [10]). Aus ihrem theoretischen Rüstzeuge

[10]) Einen interessanten Beitrag zur Analyse der Vulgärökonomie gibt H. Herkner, »Die Lohntheorien der deutschen Arbeiter- und Arbeitgeberverbände seit der Stabilisierung der Valuta« (Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, herausgegeben von Hans Mayer u. a., 3. Bd., Wien 1928).

seien nur einige Beispiele genannt: Die Ansicht, daß böser Wille der Geschäftsleute die Preise in die Höhe treiben könne, die Ansicht, daß Konsumsteigerung schlechthin produktionsfördernd wirke, daß eine Beschleunigung des Geldumlaufes ein geeignetes Mittel zur Belebung der Wirtschaft sei. Selbst wenn die Vulgärökonomie nicht direkt einen Fehlschluß gemacht hat, so wird sie tieferliegende Ursachen nicht sehen; sie wird oft äußerlich auffallenden Erscheinungen im kausalen Regreß eine übermäßige Bedeutung zuschreiben. Viele Thesen der Vulgärökonomie werden natürlich je nach der allgemeinen Einstellung des Einzelnen verschiedenartig vertreten werden, aber in der Art der Ableitung praktischer Konsequenzen wird sich eine weitgehende Uebereinstimmung finden. Der praktischen Orientierung der Vulgärökonomie werden weitausgreifende Spekulationen ferne liegen und sie wird bestrebt sein, in einer kurzen Formel die Ursachen für einen Uebelstand zu finden, die Wirtschaftspolitik wird dann die Anweisung erhalten, diese Ursachen zu beseitigen. Und die Folge ist, daß dann die Wirtschaftspolitik an Symptomen kurieren will, daß ihr das feinere Mittel der Erreichung ihrer Ziele auf Umwegen fehlt, daß sie oft ihren eigenen Zielen aus Unkenntnis der wahren Zusammenhänge entgegenarbeitet.

4. Die reine Theorie als Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Ich habe vorhin gesagt, daß die ökonomische Theorie nach dem Niedergange der klassischen Schule weit in den Hintergrund gedrängt worden ist, wobei sie für lange Zeit ihre praktische Bedeutung für die Wirtschaftspolitik fast ganz eingebüßt hat. Die neue Blüte der Theorie datiert von den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Anwendung der Grenzanalyse eine wesentliche Aenderung im Inhalt der ökonomischen Theorie mit sich brachte. Nicht über diesen materiellen Inhalt der Theorie will ich hier sprechen, sondern darüber, daß die neuere Theorie eine ganz andere grundlegende Einstellung zu den uns hier interessierenden Fragen ermöglicht. Und da sei gleich im voraus festgehalten, daß die Aenderung, welche hier eingetreten ist, zum Teil schon durch ältere Schriftsteller vorbereitet gewesen ist — ganz so, wie ja auch das Prinzip der Grenzanalyse gelegentlich früher in Anwendung gebracht worden war —, dann aber auch, daß das, was hier als Standpunkt der neueren Theorie entwickelt wird, durchaus noch nicht ohne weiteres als Allgemeingut der Wirtschaftstheorie angesehen werden kann. Es ist aber mein gutes Recht, daß ich hier das, was mir in der Richtung der neueren Entwicklung der Theorie zu liegen scheint, in seiner für unsere Frage überragenden Bedeutung ganz rein darstelle, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß auch noch andere Ansichten vertreten werden [11].

---

[11]) Zur näheren theoretischen Begründung der im folgenden dargelegten Ansichten vgl. mein Buch »Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft«, Jena 1923.



Nun zunächst das Wichtigste, die Frage der Gesetzlichkeit. Kann Wirtschaftstheorie das wirtschaftliche Geschehen tatsächlich voll und ganz erklären? Dieser Frage kann ein ganz verschiedener Sinn unterlegt werden, doch greifen wir hier einmal ein wenig weiter aus.

Jede theoretische Wissenschaft muß von den allgemeinen Formeln irgendeines *primum* ausgehen, ganz gleich, ob dieses als eine Denknotwendigkeit erkannt oder aus der Erfahrung genommen ist. Aus diesem *primum* lassen sich nun Notwendigkeiten ableiten, wobei die Art dieser Gesetzlichkeit und der Weg, auf dem diese zu erfassen sind, hier gleichgültig ist. Wollen wir nun sehen, wie die Dinge sich in der Wirklichkeit abspielen, so müssen wir in diese allgemeinen Formeln konkrete Daten einsetzen. Dabei kann man mehr oder weniger weitgehend diese Daten im einzelnen differenzieren, bis zu dem Ideal, daß die Erfahrung in jedem Detail voll und ganz in diese Formeln eingesetzt ist, derart, daß die Erfahrung restlos als Erfüllung der allgemeinen Gesetzlichkeit erscheinen muß. Dieses Ideal der vollen Erfassung der Wirklichkeit in jedem Detail wird in der Regel nicht zu erreichen sein, das wird aber auch gar nicht notwendig sein. Je nachdem aber, welche Daten man in die allgemeinsten Formeln einer theoretischen Wissenschaft einsetzt, wird auch die Art der Wirkung der allgemeinsten Gesetze dieser Wissenschaft differenziert, bei Einsetzen der Datengruppen A oder B werden verschiedenartige Wirkungen zu erwarten sein. So werden wir z. B. in der Wirtschaftstheorie verschiedene Ergebnisse erhalten, wenn wir die Datengruppen der einfachen Wirtschaft oder der Verkehrswirtschaft verwenden, wir werden verschiedene Ergebnisse erhalten, wenn wir eine Wirtschaft mit freier Konkurrenz oder eine von Monopolen beherrschte Wirtschaft annehmen, wir werden unterscheiden müssen zwischen einer Verkehrswirtschaft, welche von völlig freier Konkurrenz bewegt wird, und einer solchen, in welcher starke Friktionen bestehen. Das Kostengesetz z. B. wird in diesen beiden Wirtschaftsformen ganz verschieden sich auswirken. Wie auf jedem Gebiete, das von einer theoretischen Wissenschaft behandelt wird, so muß es auch auf dem Gebiete der Wirtschaft sein, daß die Gesetze je nach den verschiedenen Daten, welche gegeben sind, verschiedenartig wirken. Die allgemeinsten Gesetze der Wirtschaft aber können die »Naturgesetze« der freien Konkurrenzwirtschaft nicht sein, schon deshalb nicht, weil es auch andere Formen der Wirtschaft gibt, weil eine allgemeinere Gesetzlichkeit erkannt worden ist, für welche die Gesetze der freien Konkurrenzwirtschaft nur Anwendungen unter besonderen Voraussetzungen sind.

Welcher Art sind aber die besonderen Voraussetzungen des jeweiligen wirtschaftlichen Geschehens, die konkreten Daten einer Wirtschaft? Es sind da sicher nicht nur unabänderlich gegebene Naturnotwendigkeiten gesetzt. Außer diesen wird vor allem die soziale Organisation der Wirtschaft eines der wichtigsten Bestimmungsmomente für die konkrete Gestaltung einer Wirtschaft sein, dann die Menschen an sich mit ihren Eigenschaften und Fähigkeiten. Niemals aber werden blindwaltende Naturkräfte allein die Bedingungen der

Wirtschaft gestalten. Die gesellschaftliche Organisation als Ganzes, die einzelnen Menschen und deren Zielsetzungen sind wandelbar, und durch diese hindurch können die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Geschehens, die konkreten Daten einer Wirtschaft geändert werden. Wirtschaftspolitische Maßnahmen bedeuten da nichts anderes als eine Einflußnahme auf die Daten der Wirtschaft, die Theorie wird im Dienste der Wirtschaftspolitik die Aufgabe haben müssen, die Wirkungen, welche solche Aenderungen der Daten herbeiführen, und die Gesetzlichkeiten, welche in den Aenderungen der Daten herrschen, zu erfassen [12]). Auch die Klassiker haben die Möglichkeit von Eingriffen in die Wirtschaft gesehen. Daß aber der Liberalismus diese Eingriffe grundsätzlich abgelehnt hat, erklärt sich aus einer besonderen Einstellung dieser Schule: Man hat eine Datentheorie nicht gekannt und natürliche Gegebenheiten angenommen, wo die Wirtschaft auf der in weitem Ausmaße beweglichen Grundlage sozialer Verhältnisse aufgebaut ist. Man hat insbesondere die in den Menschen liegenden Bestimmungsgründe zum Teile wenigstens als durch Gesetze der Wirtschaft bestimmt angesehen, man hat eine bestimmte soziale Organisation der Wirtschaft — unter Anlehnung an naturrechtliche Gedankengänge — als natürliche Ordnung angesehen. Das alles hat die historische Schule der alten Theorie vorgeworfen, unsere Ausführungen können nur zeigen, wie sehr diese Kritik berechtigt war [13]). Dort aber, wo der Historismus geglaubt hat, aus den sozialen Verhältnissen die Wirtschaft erklären zu können, ohne spezifisch wirtschaftliche Zusammenhänge zu beachten, ist er in den entgegengesetzten Fehler verfallen. Die klassische Lehre hat aber endlich die theoretische Erkenntnis in einen Zusammenhang mit Ideen der Gerechtigkeit gebracht. Und auch in diesem letzten Momente liegt etwas von entscheidender Bedeutung.

Die Geschichte einer Wissenschaft soll die Geschichte eines Weges zu besserer Erkenntnis sein, und wenn eine Wissenschaft ein Gebiet behandelt, in welchem die Menschen mit ihrem Wollen so stark interessiert sind, wie im Bereiche der Wirtschaft, so wird ihr bedeutendster Schritt nach vorwärts darin liegen, daß sie sich in ihrem Forschen völlig unabhängig macht von dem, was die Menschen in diesem Gebiete gestaltet sehen wollen, — sei es, indem sie den gegenwärtigen Zustand bejahen, sei es, daß sie ihn durch einen anderen ersetzen möchten. Solange das Streben nach dem Erkennen beeinflußt ist von dem Streben nach Beeinflussung des Objektes der Erkenntnis, ist es noch weit weg von einer reinen Wissenschaft. Man kann die Bedeutung der Erkenntnisse, welche die neuere Wirtschaftstheorie gezeitigt hat, noch so hoch einschätzen, einen entscheidenden Fortschritt in der Wissenschaft haben sie nicht gebracht, wenn es

[12]) Vgl. meinen Aufsatz: Aenderungen in den Daten der Wirtschaft, Jahrbücher f. Nationalökonomie und Statistik, 128. Bd. (III. Folge. Bd. 73), 1928.

[13]) Vgl. dazu neuestens: Louise Sommer, Zur Methode der exakten und historischen Nationalökonomie, Schmollers Jahrbuch, 52. Jahrgang, 1928.

nicht gelungen ist, die Wissenschaft in dieser Beziehung unabhängig zu machen. Diesen Fortschritt hat aber die Wissenschaft tatsächlich gemacht, indem sie die allgemeinste Theorie entwickelt hat, welche in einer Sphäre sich abspielt, in welcher nicht mehr ein Streit der politischen Ansichten laut werden kann. Das Ausgehen der Klassiker von den Erfahrungen der tatsächlichen Wirtschaft mag vielen sympathisch sein, eben in diesem Momente liegt aber eine große Gefahr für die Theorie, weil hier der Gegenstand der Wissenschaft von Anfang an in einer Gestalt gefaßt werden mußte, in welcher er zum Gegenstande des Streites der Meinungen werden konnte. Die reine Theorie der modernen Schule baut zunächst in weltfremden Höhen ein reines Erkenntnissystem auf, von dem aus absteigend man erst zu den Fragen, welche im Streite der Wirtschaftspolitik liegen, gelangen kann. Und damit ist viel gewonnen. Es haben die wahren Götter nicht verhindern können, daß falsche Götter ausgerufen werden, und die wahre Wissenschaft hat nicht verhindern können, daß falsche Lehren aufgestellt werden [14]). Wenn aber die reinste allgemeine Theorie feststeht, wenn die Fragen, welche dem Streite der Meinungen unterliegen, dann nur in der Weise behandelt werden können, daß von den Sätzen der reinen Theorie heruntergestiegen wird durch Einsetzen besonderer Daten, so kann man eine Lehre daran prüfen, ob sie in diesem festen Bau der wissenschaftlichen Lehre sich einfügen läßt.

Hier liegt das Neuartige in der Grundeinstellung der modernen Theorie, die ruhig sagen kann, daß noch niemals eine ökonomische Theorie diesen Grundsatz mit allen seinen Konsequenzen festgehalten hat: daß Theoreme nicht erst an aktuellen Fragen entwickelt werden, sondern daß ein theoretisches System aufgebaut ist, das an konkreten Fällen zur Anwendung gelangen kann. Erst in dieser Gestalt kann unsere Wissenschaft dazu dienen, der wirtschaftspolitischen Praxis zu dienen. Sie wird dieser Aufgabe sich besser gewachsen zeigen, wenn noch die »Angewandte Theorie«, die Theorie, welche besondere konkrete Daten in die allgemeinsten Formeln einsetzt und die Wirkungen derselben feststellt sowie die Aenderungen in den Daten betrachtet, weiter ausgebaut wird. Die Theorie ist zweifellos auf diesem Wege, sie wird einen weiteren entscheidenden Schritt vielleicht einmal noch machen können, wenn es ihr gelingt, zu einer quantitativen Analyse zu gelangen, welche das Ausmaß dieser Wirkungen erkennt. Dafür aber, daß die Wirtschaftstheorie auch tatsächlich der Wirtschaftspolitik

---

[14]) Selbst heute kommt es vor, daß »neue« Theorien, deren bester Bestandteil längst überwundene Fehler älterer Autoren sind, ernstgenommen werden, obwohl sie schon äußerlich dadurch als befangen zu erkennen sind, daß sie unmittelbar zu »praktischen« Konsequenzen führen.



dienstbar wird, ist noch ein weiteres nötig: daß sich die Wirtschaftspolitik und die Diskussion um wirtschaftspolitische Maßnahmen von der Vulgärökonomie loslöst und auf die sachliche Basis der theoretischen Erkenntnis stellt. Einmütigkeit in der Wirtschaftspolitik ist dann noch immer nicht zu erwarten: Es wird wohl immer umstritten bleiben, was das Ziel der Wirtschaftspolitik sein soll. Aber man wird wenigstens wissen, welche Folgen einer Maßnahme zu erwarten sind und man wird sich fragen müssen, ob man diese Folgen tragen will, man wird nicht mehr sich selbst und andere belügen. Ein Beispiel nur. Wenn eine Steuer eingeführt werden soll, so wird dafür gekämpft, daß nicht die Landwirtschaft belastet wird, oder nicht die Industrie, oder nicht die Arbeiterschaft, oder nicht die Konsumenten, welche man sich immer wieder als selbständige wirtschaftliche Schichte vorstellt. Es ist schon viel, wenn dabei eingesehen wird, daß die Belastung einer Bevölkerungsschichte sich auch auf andere auswirken kann: daß die Belastung der Landwirtschaft u. U. eine Verstärkung des sozialen Druckes auf dem Lande mit sich bringen kann, der sich ja auch in einer Verschärfung des Druckes des Arbeitsangebotes auf dem industriellen Arbeitsmarkte auswirken muß usw. Es wird aber wohl nie in der Diskussion gefragt: Wirkt eine Steuer im Sinne einer Erhöhung der Produktionskosten, welche zu einer Einschränkung der Produktionsmöglichkeiten führt, oder aber findet die Steuer eine Quelle, aus welcher eine Ueberwälzung auf die Produktionskosten nicht möglich ist. Aber wann wird die Finanzpolitik sich eine solche Frage vorlegen?

Wenn die Wirtschaftstheorie anders eingestellt ist als die Vulgärökonomie, so wird sie auch die Maßnahmen, welche diese vorschlägt, kritisch beurteilen. Sie wird die Wirkungen, welche diese Maßnahmen mit sich bringen, erkennen und daraus wird oft die Ablehnung solcher Maßnahmen gefolgert werden müssen. So wird die Wirtschaftspolitik, welche auf der Theorie aufgebaut ist, der Vulgärökonomie gegenüber leicht als »liberal« scheinen. Wer Wirtschaftstheorie versteht, wird sehen, daß das mit dem alten Liberalismus schon gar nichts zu tun hat. Eine unwissenschaftliche Wirtschaftspolitik kann das Blaue vom Himmel versprechen, die Tatsachen sind aber bestimmt durch den Umfang der Bedürfnisse und den Reichtum der Volkswirtschaft; und wenn sich im Laufe der Jahrhunderte der Reichtum vervielfacht hat, so sind auch die Bedürfnisse vervielfacht. Mehr als produziert wird, kann nicht verteilt werden, da nützt kein Experiment, sondern nur Arbeiten und Sparen. Die Wirtschaftspolitik kann nicht mehr herausstampfen. Wenn aber wahre Erkenntnis sie leitet, so wird sie über die primitive Taktik des unmittelbaren Eingreifens in die Wirtschaft hinausgehen und lernen, die Bedingungen für eine Steigerung der Produktion, wo dies möglich ist, günstiger zu gestalten. Und sie wird damit auch sicher mehr Erfolg haben können als die unkritische Wirtschaftspolitik des Interventionismus, der blind auf ein Ziel losgeht und einen Erfolg buchen zu können glaubt, wenn auch die Neben-

wirkungen seiner Maßnahmen mehr Schaden gestiftet haben als Gutes erreicht worden ist. Wenn aber die Bedürfnisse wachsen und sich erweitern, so sind sie immer weniger aus der physischen Natur der Menschen allein bestimmt. Immer mehr bestimmen geistige Werte das Ziel der Wirtschaft des Einzelnen. So kann für den Einzelnen Wirtschaft immer mehr ein Mittel im Dienste der sittlichen Idee werden. Das trifft aber auch für die soziale Gemeinschaft zu. Das Ziel der Wirtschaftspolitik wird, solange die Wirtschaft arm ist, im weitesten Ausmaße bessere Versorgung der Menschen mit materiellen Gütern sein. Andere Ziele wird sich die Wirtschaftspolitik um so leichter stellen können, je reicher sie die Volkswirtschaft mit Gütern ausgestattet sieht. Das Setzen eines Zieles wird für die Wirtschaftspolitik immer außerhalb des Gebietes stehen, das eine Theorie erkennen kann. Wenn aber ein Ziel gesetzt ist, so handelt es sich darum, die Mittel zum Erreichen desselben zu erkennen. Auch Wirtschaft dient nicht nur der Befriedigung der niedersten Bedürfnisse, sie kann im Dienste höherer Ziele stehen. Und Wirtschaftstheorie kann uns lehren, wie wir unsere Mittel zur Erreichung solcher Ziele verwenden können.

Böhm-Bawerk und Marx.

Von

OSKAR ENGLÄNDER.

In dem zweiten Bande der Sammlung kleinerer Abhandlungen Böhm-Bawerks*) findet sich der Wiederabdruck seiner Schrift: Zum Abschluß des Marxschen Systems, die seinerzeit in der Festgabe für Karl Knies und auch in einer Sonderausgabe herauskam. Den Anlaß zu dieser Schrift gab das Erscheinen des dritten Bandes des »Kapital« von Karl Marx, insbesondere die in diesem Bande enthaltenen Ausführungen über die einheitliche Profitrate. Böhm-Bawerk selbst schildert den Tatbestand wie folgt: »Marx hatte in seinem ersten Bande gelehrt, daß aller Wert der Waren sich auf die in ihnen verkörperte Arbeit gründe und kraft des Wertgesetzes dieselben sich somit im Verhältnis der in ihnen verkörperten Arbeit vertauschen müssen; daß ferner der den Kapitalisten zufallende Profit oder Mehrwert die Frucht einer an den Arbeitern geübten Ausbeutung sei, daß jedoch die Größe des Mehrwertes nicht im Verhältnisse zur Größe des ganzen vom Kapitalisten angewendeten Kapitals, sondern nur zur Größe des ‚variablen', das ist zur Bezahlung von Arbeitslöhnen verwendeten Teiles desselben stehe, während das zum Ankauf von Produktionsmitteln verwendete sogenannte ‚konstante' Kapital keinen ‚Mehrwert ansetzen' kann. Tatsächlich steht aber im Leben der Kapitalgewinn in Proportion zum gesamten investierten Kapital . . . Marx selbst war der vorliegende Widerspruch nicht entgangen . . . Aber er fährt damit fort, den Widerspruch für einen bloß scheinbaren zu erklären, dessen Lösung . . . für spätere Bände seines Werkes in Aussicht gestellt wird.« Diese Lösung sollte, nachdem in den 30 Jahren zwischen dem Erscheinen des I. und des III. Bandes des »Kapital« von Anderen verschiedene Lösungen versucht worden waren, der III. Band des »Kapital« bringen und Böhm-Bawerk wirft nun die Frage auf, ob die Lösung befriedige, ob das abgeschlossene System von Marx sich und den Tatsachen getreu geblieben ist oder nicht.

Suchen wir zunächst einmal selbst zu der Frage Stellung zu nehmen. Wir müssen dabei das Marxsche Mehrwertgesetz von dem Marx-Ricardoschen Wertgesetz unterscheiden. Das Mehrwertgesetz können

*) Der gesammelten Schriften zweiter Band. Herausgegeben von Franz X. Weiß. Wien-Leipzig, Hölder-Pichler-Tempsky, A.-G. 1926.

wir so umschreiben, daß der Kapitalist für die Arbeitserzeugnisse deren Wert erhält, für die Arbeit selbst aber nur den Wert der Arbeit bezahlt, so daß der Mehrwert, den die Arbeit gegenüber ihrem eigenen Wert schafft, dem Kapitalisten zufällt. Das Wertgesetz aber sagt, daß sich alle Waren nach ihrem Werte, d. i. nach der in ihnen enthaltenen Arbeitsmenge umtauschen. Wir wollen untersuchen, ob das Wertgesetz und das Mehrwertgesetz durch die Tatsache der Ausgleichung der Profitrate, des Produktivkapitalzinses, widerlegt sind, die Tatsache also, daß bei verschiedener Zusammensetzung des Kapitals, was variables Kapital — menschliche Arbeit — und konstantes Kapital — sonstige Erzeugungsmittel — anbelangt, der Zins nur von der Größe des Kapitals und der Zeitdauer seiner Anwendung, nicht aber von der Zusammensetzung des Kapitals abhängt.

Nehmen wir zu diesem Zwecke einmal an, menschliche Arbeit sei das einzige in beschränkter Menge gegebene Erzeugungsmittel, alle übrigen Erzeugungsmittel, also Naturgaben, seien frei, die Arbeit sei in allen Verwendungen gegenseitig ersetzbar, so daß also nur mit einer einzigen Art von Arbeit gerechnet zu werden braucht; ferner erfolge jede Erzeugung ohne erzeugte Erzeugungsmittel, also einstufig, und schließlich auch ohne jedes Eingreifen des Geldkapitals. In diesem Falle würden sich alle Güter tatsächlich nach dem Verhältnisse der auf das einzelne Erzeugnis aufgewendeten Arbeit vertauschen oder, wenn wir den Ausdruck der Geldwirtschaft gebrauchen, die Geldpreise aller Waren stehen zueinander in dem Verhältnisse der auf das einzelne Stück aufgewendeten Arbeit. Das Ricardo-Marxsche Wertgesetz gilt unbeschränkt, der subjektive Gebrauchswert der Ware ist für den — natürlichen oder beharrenden — Preis ohne Bedeutung. Er bestimmt nur das Verhältnis der von den einzelnen Warenarten zu erzeugenden Mengen.

Aendern wir nun die Annahme in der Richtung, daß die Anwendung der Arbeit zwar noch einstufig, aber mit Dazwischentreten von Kapitalisten erfolgt, die mit Geldkapital die Arbeit kaufen und die Arbeitserzeugnisse verkaufen, wodurch sie einen Gewinn, den Kapitalzins, erzielen. Wie die Trennung des Arbeiters vom Warenmarkte erfolgt, ist nicht weiter zu untersuchen. Es genügt, auf die durch den kapitalistischen Betrieb sich ergebenden Vorteile der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung hinzuweisen. Ebenso wollen wir nicht untersuchen, wodurch und in welcher Höhe sich der Kapitalzins in diesem Falle bildet. Worauf es uns jetzt nur ankommt, ist, ob bei der Aenderung des Tatbestandes durch Auftreten des Kapitalzinses das Ricardo-Marxsche Wertgesetz seine Gültigkeit verliert. Diese Frage ist zu verneinen. Trotz des Auftretens des Kapitalzinses stehen die Preise aller Waren wieder im Verhältnisse der auf die einzelnen Waren aufgewendeten Arbeitsmenge. Die Tatsache des Kapitalzinses, also der Umstand, daß von den erzeugten Gütern, dem Sozialprodukt, ein Teil den Kapitalisten und nur der Rest den Arbeitern als Arbeitslohn zufällt, ändert hieran gar nichts. Nehmen wir nun weiter an, die Erzeugung der Güter erfolge nicht mehr einstufig, sondern mehrstufig,

also mit Hilfe erzeugter Erzeugungsmittel, so wird, wenn die Erzeugung aller Warenarten gleichstufig erfolgt, d. h. das Verhältnis der auf Erzeugung von Erzeugungsmitteln und der auf ihre Verarbeitung zu Verbrauchsgütern verwendeten Arbeit bei allen Warenarten das gleiche ist, das Ricardo-Marxsche Wertgesetz noch immer vollinhaltlich gelten. Erst dann wird die Sache anders, wenn wir berücksichtigen, daß die Erzeugung der verschiedenen Güterarten verschiedenstufig erfolgt, daß also, um dem Gedankengang Böhm-Bawerks zu folgen, auf die gleiche auf ein Stück Genußgut aufgewendete Arbeitsmenge eine verschieden lange Zeit entfällt, auf die sich diese Arbeitsmenge verteilt. In diesem Falle wird sich in der verkehrswirtschaftlich gegliederten Volkswirtschaft das Ricardo-Marxsche Wertgesetz nicht mehr rein durchsetzen. Vielmehr wird nunmehr das Preisverhältnis der Güter außer von der Arbeitsmenge auch von der Zeit abhängen, über die diese Arbeitsmenge verteilt ist. Allein eine Aufhebung des Wertgesetzes tritt hierdurch in keiner Weise ein, sondern eben nur eine Modifizierung. Nehmen wir ein Beispiel: Ein Genußgut koste 10 Arbeitsstunden, ein anderes 20 Arbeitsstunden und bei beiden Gütern verteile sich die erforderliche Arbeitszeit im gleichen Verhältnisse auf zwei Stufen, so ist das beharrende Preisverhältnis ohne Rücksicht auf die Höhe des Zinsfußes 1: 2. Nehmen wir nun an, die Dauer, auf die sich die Arbeit verteilt, sei bei beiden Gütern verschieden, bei dem Gute, das 10 Arbeitsstunden erfordert, 6 Jahre, und bei dem Gute, das 20 Arbeitsstunden erfordert, 4 Jahre und der Zinsfuß sei 10%, wobei wir von Zinseszinsen absehen, so wird das Preisverhältnis der beiden Güter nicht mehr 1: 2, sondern etwa 11: 19 betragen. Der Grund, warum bei verschiedenstufiger Erzeugung das Preisverhältnis nicht mehr allein von dem Verhältnisse der Arbeitsmengen, sondern auch von der Zeit, über die sich die Arbeitsmengen verteilen, abhängt, liegt darin, daß der Zins als Einkommen zu der Zeit in Verhältnis gesetzt wird, für die er erzielt wird. Ein gleicher Zins vom gleichen Kapital in kürzerer Zeit verdient, bedeutet ein größeres Einkommen als der gleiche Zins in längerer Zeit verdient. Es wird nun der Wettbewerb der Kapitalisten dazu führen, daß das Angebot an Gütern, deren Erzeugung über einen längeren Zeitraum ausgedehnt ist, eingeschränkt und jenes der Güter mit kürzerer Zeitdauer vermehrt wird, bis sich ein Mengenverhältnis ergibt, das ein Preisverhältnis mit sich bringt, das nicht mehr nur dem Verhältnisse der auf die Güter aufgewendeten Arbeit, sondern auch dem Zeitraume, über den sich die Arbeit verteilt, entspricht.

Das Ricardo-Marxsche Wertgesetz wird also durch den Ausgleich der Profitrate, ihre Anpassung an die Zeit, nicht aufgehoben, sondern nur modifiziert, was ja schon bei Ricardo ganz klar zum Ausdrucke kommt. Es handelt sich nun um das Verhältnis des Ausgleiches der Profitrate zum Mehrwertgesetz. Hier ist nun festzustellen: Wenn das Ricardo-Marxsche Wertgesetz zunächst allgemein und dann insbesondere auch für die menschliche Arbeit als Ware gilt — was vorläufig dahingestellt bleiben soll —, so ist auch das Marxsche Mehrwertgesetz

richtig. Der Kapitalist erzielt seinen Gewinn dadurch, daß er im Verhältnisse für die Ware so viel erhält, als sie Arbeit kostet, für die Arbeit selbst aber nur soviel zahlt, als sie selbst Arbeit kostet. Dementsprechend ist der Anteil der Kapitalistenklasse am Sozialprodukt gegenüber dem der Arbeiterklasse gleich der Mehrwertrate, d. i. dem Verhältnisse der gesamten in der Volkswirtschaft aufgewendeten Arbeitsmenge abzüglich jener Arbeitsmenge, die erforderlich ist, den Arbeiter zu erhalten und fortzupflanzen, zu letzterer Arbeitsmenge. Was dabei das Verhältnis von Mehrwertrate und Profitrate anbelangt, ist folgendes zu bemerken: Würde alle Erzeugung einstufig-kapitalistisch vor sich gehen, so würde die Profitrate, d. h. das Verhältnis des vom einzelnen Kapitalisten erzielten Geldgewinnes zum Geldbetrage seines Kapitals, mit der Mehrwertrate zusammenfallen, beide wären gleich. Anders, wenn die Erzeugung mehrstufig-kapitalistisch, also in der Weise erfolgt, daß die Kapitalisten neben menschlicher Arbeitskraft auch Erzeugungsmittel verwenden, die sie von anderen Kapitalisten kaufen. In diesem Falle sind Mehrwertrate und Profitrate nicht mehr gleich, sondern die Profitrate ist geringer als die Mehrwertrate, da das jeweils zu verzinsende Kapital größer ist als das auf Arbeitslohn aufgewendete Kapital, der Lohnfonds. Ferner steht infolge des Wettbewerbes der Kapitalisten der im einzelnen Unternehmen erzielte Geldgewinn nicht mehr bloß im Verhältnis zur unmittelbar angewendeten Arbeit (variables Kapital), sondern zum gesamten Kapital (konstantes und variables Kapital). Allein hierdurch wird die Gültigkeit des Mehrwertgesetzes in keiner Weise berührt. Der Entstehungsgrund des Kapitalzinses bleibt der gleiche — Mehrarbeit gegenüber der auf die Erhaltung der Arbeitskraft anzuwendenden Arbeit — und auch der Anteil der Kapitalisten am Sozialprodukt gegenüber dem der Arbeiter ist weiter gleich der Mehrwertrate.

Nehmen wir ein Beispiel. Es erfolge alle Erzeugung einstufig. Der Arbeiter verfertige ein Gut in 16 Arbeitsstunden. Die Erhaltung des Arbeiters während der Anfertigungszeit erfordere 12 Arbeitsstunden. Das Gut wird in diesem Falle 16mal die Geldmaßzahl erzielen, der Arbeitslohn 12mal die Geldmaßzahl betragen. Die Mehrwertrate ist $^4/_{12}$ oder 33%, die Profitrate ebenfalls 33%. Das gilt für alle Güter. Die Kapitalisten erhalten $^1/_3$ des Anteiles der Arbeiter am Sozialprodukt, gleich der Mehrwertrate. Nun erfolge die Erzeugung aller Güter nicht mehr einstufig, sondern zweistufig. Die Arbeitszeit des betreffenden Gutes ist wieder 16 Stunden, sie verteile sich aber so auf zwei Stufen, daß in der ersten Stufe mit 8 Arbeitsstunden Erzeugungsmittel hergestellt werden, aus denen in der zweiten Stufe mit den weiteren 8 Arbeitsstunden erst das Genußgut erzeugt wird. In diesem Falle stellt sich die Rechnung wie folgt: Erste Stufe Arbeitslohn 6 i, Profit $1^1/_3$ i, zusammen $7^1/_3$ i (i = Geldmaßzahl). Um diesen Preis kauft der Kapitalist 2. Stufe das Erzeugungsmittel. In der zweiten Stufe stellt sich die Rechnung, wenn wir von Zinseszinsen absehen, wie folgt: $6\ i + 2^2/_3\ i + 6\ i + 1^1/_3\ i = 16\ i$. Das Erzeugungsmittel ist bei gleichem Arbeitsaufwand infolge des doppelten Zeitaufwandes mit dem doppel-

ten Profit belastet wie die unmittelbar angewendete Arbeit. Die Profitrate ist nicht mehr gleich der Mehrwertrate (33%), sondern nur 22,2%. Allein der Anteil der Kapitalistenklasse am Sozialprodukt gegenüber dem der Arbeiterklasse ist doch gleich der Mehrwertrate. Es beträgt nämlich das von den Kapitalisten am Genußmittelmarkt im beharrenden Zustande eingesetzte Einkommen $1^1/_3$ i (erste Stufe) + $2^2/_3$ i (zweite Stufe) = 4, gegenüber dem von den Arbeitern eingesetzten Lohn = 12, wodurch sich der Anteil der Kapitalisten am Sozialprodukt wieder mit 33% des Anteiles der Arbeiter ergibt. Nehmen wir nun verschiedenstufige Erzeugung, so ändert sich an dem Ergebnisse nichts weiter. Der Ausgleich der Profitrate wird verwickelter, es kommt ferner die oben angeführte Modifikation des Wertgesetzes hinzu, allein hierdurch wird an der Tatsache nichts geändert, daß der Anteil der Kapitalisten am Sozialprodukt im Verhältnisse zum Anteile der Arbeiter der Mehrwertrate gleichkommt.

Wir kommen also zu dem Schlusse, daß durch den Ausgleich der Profitrate das Ricardo-Marxsche Wertgesetz in einer von ihnen beiden selbst angeführten Weise modifiziert, das Marxsche Mehrwertgesetz aber, soweit es die Entstehung des Kapitalzinses und seine Höhe in der Form des Anteiles der Kapitalisten am Sozialprodukt betrifft, nicht berührt wird. Es besteht kein logischer Widerspruch zwischen Wertgesetz und Mehrwertgesetz einerseits und dem Ausgleiche der Profitrate anderseits. Nunmehr wollen wir sehen, welchen Standpunkt dem gegenüber Böhm-Bawerk einnimmt.

Nach einer eingehenden Darstellung der Marxschen Wert- und Mehrwertlehre wiederholt Böhm-Bawerk zunächst die Ansicht, die er bereits vor dem Erscheinen des III. Bandes des »Kapital« in seiner »Geschichte und Kritik der Kapitalszinstheorien« niedergelegt hatte: »Entweder vertauschen sich die Produkte wirklich auf die Dauer im Verhältnisse der daran haftenden Arbeit — dann ist eine Nivellierung der Kapitalgewinne unmöglich, oder es findet eine Nivellierung der Kapitalgewinne statt — dann ist es unmöglich, daß die Produkte fortfahren, sich im Verhältnisse der daran haftenden Arbeit auszutauschen«. Da nun Marx klar und unumwunden lehre, daß sich tatsächlich die einzelnen Waren nicht im Verhältnisse der daran haftenden Arbeit, sondern in jenem davon abweichenden Verhältnis vertauschen, welches durch die Nivellierung der Kapitalgewinne erfordert wird, enthalte die Lösung des scheinbaren Widerspruches gegenüber dem Marxschen Wertgesetz einen wirklichen unversönlichen Widerspruch. Demgegenüber stellen wir nach dem oben Ermittelten fest: Es besteht nicht jener kontradiktorische Gegensatz zwischen Wertgesetz und Ausgleich der Profitrate, den Böhm-Bawerk annimmt, sondern es ergibt sich die Möglichkeit einer Vereinigung beider durch die Feststellung, daß der Ausgleich der Profitrate das Wertgesetz modifiziert, wobei diese Modifikation selbst einen Teil des Systems bildet, sich aus seinen eigenen Voraussetzungen ergibt, also keinen Widerspruch, sondern im Gegenteil eine logische Konsequenz desselben darstellt.

Böhm-Bawerk führt nun aus Marx eine Reihe von Argumenten

an, die dartun sollen, daß das Wertgesetz trotz des Ausgleiches der Profitrate weiter gelte, und bekämpft jedes dieser Argumente. Das erste Argument lautet bei Marx, daß, wenn auch die einzelnen Waren sich untereinander über oder unter ihren Werten verkaufen, sich diese entgegengesetzten Abweichungen doch gegenseitig aufheben, und in der Gesellschaft selbst, die Totalität aller Produktionszweige betrachtet, daher doch die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte bleibe. Böhm-Bawerk wendet gegen dieses Argument ein, daß es auf die Frage des Austauschverhältnisses der Waren nicht anwendbar sei. Das ist richtig. Allein bei Marx hat es sich bei diesem Argument offenbar nicht um das Austauschverhältnis gehandelt, von dem er ja anerkennt, daß es durch den Ausgleich der Profitrate gegenüber dem reinen Wirken des Arbeitwertgesetzes modifiziert sei, sondern, was er meint, ist wohl folgendes: Nehmen wir eine gleichstufig-kapitalistische Wirtschaft, in der das Wertgesetz rein gilt, so repräsentiert die Summe aller Preise die ganze aufgewendete Arbeitsmenge und jeder einzelne Preis eines Gutes jene Arbeitsmenge, die auf dieses Gut aufgewendet wurde. Tritt nun an Stelle der gleichstufigen die verschiedenstufige kapitalistische Wirtschaft, so repräsentiert der Gesamtpreis, der der gleiche bleibt, noch immer die gleiche Arbeitsmenge wie in dem früheren Falle. Nur das Verhältnis der Preise entspricht nicht mehr dem Verhältnisse der auf die einzelnen Güter aufgewendeten Arbeitsmengen, indem der Preis der Güter mit gegenüber dem Durchschnitte erweiterter Stufenleiter verhältnismäßig steigt, der Preis der Güter mit unterdurchschnittlicher Stufenleiter sinkt. In der Preissumme selbst kompensiert sich dieses Steigen und Sinken. In diesem Sinne läßt sich das Argument von Marx aufrechterhalten.

Das zweite Argument lautet bei Marx, daß das Wertgesetz die Bewegung der Preise bestimmt, indem Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen macht. Böhm-Bawerk wendet gegenüber diesem Argument ein, daß die Arbeit ein Bestimmungsgrund der Preise sei, sei eine Tatsache, über die alle Welt einig ist, eine Tatsache, die nicht nur von Marx, sondern ganz ebenso von den Klassikern und Vulgärökonomen anerkannt und gelehrt wird. Marx aber habe mit seinem Wertgesetz behauptet, daß der Arbeitsaufwand der einzige Umstand ist, der die Austauschverhältnisse der Waren regelt. Dazu ist zu bemerken. Nicht nur für Marx, auch für die Klassiker, insbesondere für Ricardo, war der Arbeitsaufwand grundsätzlich der einzige Preisbestimmungsgrund. Denn nur so ließ sich das objektiv-technische Preissystem der Klassiker, das Marx annahm, aufrecht halten. Daher mußten die Einkünfte aus in beschränkter Menge gegebenen Naturgaben von Ricardo zur Gänze als Differentialrenten erklärt werden. Für Ricardo ist jegliche Rente nur Bezahlung nicht geleisteter, weil ersparter Arbeit, ebenso wie bei Marx jeglicher Kapitalzins nicht bezahlte geleistete Arbeit darstellt. Für Ricardo — und für Marx — ist Fruchtbarkeitsrente Bezahlung von Arbeit, die auf Böden besserer Be-

schaffenheit bei Erzeugung einer gleichen Menge Erzeugnis erspart wird, Lagerente kommt von Bezahlung ersparter Beförderungsarbeit, Intensitätsrente kommt von Bezahlung der bei früheren Ertragszuwüchsen gegenüber den späteren infolge des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag ersparten Arbeit. Seltenheits- oder absolute Rente widerstreitet dem objektiv-technischen Preissystem der klassischen Theorie vollkommen. Ist so das Ricardosche Preissystem nur von der technisch erforderlichen Arbeitsmenge bestimmt, so kann auch eine Veränderung der Preise nur durch Veränderung der erforderlichen Arbeitszeit eintreten. Marx hält sich also in dem 2. Argument streng logisch an sein System. Dem widerspricht es nicht, sondern folgt wieder nur aus dem System, daß infolge des Ausgleiches der Profitrate die gegenseitigen Veränderungen der Preise bei Aenderung der erforderlichen Arbeitsmengen dieser Aenderung nicht genau entsprechen.

Das dritte Argument bei Marx geht dahin, das Wertgesetz beherrsche ungeschmälert den Warenaustausch in gewissen ursprünglichen Stadien, in welchen sich die Verwandlung der Werte in Produktionspreise noch nicht vollzogen hat. Es seien also die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern auch historisch als Prius der Produktionspreise zu betrachten. Es gelte dies für Zustände, wo dem Arbeiter die Produktionsmittel gehören und dieser Zustand finde sich in der alten wie in der modernen Welt, beim selbstarbeitenden grundbesitzenden Bauern und beim Handwerker. Böhm-Bawerk bestreitet dies. In Form einer rhetorischen Frage behauptet er, daß auch in den von Marx herangezogenen Fällen das Angebot in den Zweigen mit stärkerem Kapitalerfordernis gegenüber jenem in den Zweigen mit geringerem Kapitalerfordernis eine gewisse Einschränkung erfährt, durch die schließlich der Preis ersterer Erzeugnisse über das verhältnismäßige Niveau des Preises letzterer Erzeugnisse gesteigert wird. Wer nun von beiden recht hat, das kann keine rationalistische, sondern nur eine historische Untersuchung entscheiden. Es wäre also festzustellen, ob im Mittelalter ein Gewerbe mit größerem Erfordernis an Erzeugungsmitteln ein größeres Einkommen verschaffte als ein Gewerbe mit geringerem Erfordernis an Erzeugungsmitteln, also ob etwa, was dem Gedankengange Böhm-Bawerks am ehesten entsprechen dürfte, ein Lohgerber, der die Häute durch Jahre liegen lassen muß, ehe sie verkaufsfähig sind, bei gleichem Arbeitsaufwand ein höheres Einkommen bezieht als etwa der Schuhmacher, oder, was wieder mehr dem Gedankengange von Marx entspricht, etwa ein Goldarbeiter beim Verkauf seiner Erzeugnisse außer seinem Arbeitsverdienst noch einen besonderen Zuschlag auf seinen Anschaffungspreis des Edelmetalles anrechnet. Wie immer nun auch die Antwort ausfallen möge, für die vorliegende Frage ist sie tatsächlich ohne Bedeutung. Denn nur das theoretische Prius kommt in Betracht, für welches das historische Prius nicht entscheidend ist. Es verhält sich dabei ähnlich wie in dem Falle der Fruchtbarkeitsrente nach Ricardo. Auch in diesem Falle war der versuchte historische Nachweis, daß nicht die fruchtbarsten, sondern die minder fruchtbaren Grundstücke zuerst in Anbau genom-

men wurden, für die Richtigkeit der Behauptung einer Fruchtbarkeitsrente ohne jede Bedeutung. So würde auch ein Nachweis, daß schon im Mittelalter Gewerbe mit größeren Erzeugungsumwegen ein größeres Einkommen lieferten als solche mit geringeren Erzeugungsumwegen, nichts an dem Umstand ändern, daß sich objektiv-technisch ein Preisaufbau nur so konstruieren läßt, daß man zunächst alle Waren als bloße Arbeitsprodukte nimmt, wobei alle Preise im Verhältnisse der aufgewendeten notwendigen Arbeit stehen, daß man dann die Grundrente als Differentialrente so einschaltet, daß man als Maßstab der Preise statt der Arbeitskosten im allgemeinen die unter den ungünstigsten Verhältnissen aufzuwendenden Arbeitskosten nimmt, wobei wie oben die infolge günstigerer Verhältnisse ersparten Arbeitskosten die Rente bilden, und daß man schließlich jene Modifikation der Preise nach oben und nach unten vornimmt, die bei bestimmter, aus den Arbeitskosten der Arbeit sich ergebender Mehrwertrate in dem Ausgleich der Profitrate ihren Grund haben. Ob dieser theoretischen Aufeinanderfolge jemals auch eine historische Aufeinanderfolge entsprochen hat, ist für die Richtigkeit ersterer ohne jede Bedeutung.

Das vierte und wohl wichtigste Argument geht bei Marx dahin, daß in der verwickelten Volkswirtschaft das Wertgesetz wenigstens indirekt und in letzter Instanz die Produktionspreise reguliere, indem der nach dem Wertgesetze sich bestimmende Gesamtwert der Waren den Gesamtmehrwert, dieser aber die Höhe des Durchschnittsprofits und daher die allgemeine Profitrate regelt. Wir halten diese Argumentation, wie sich aus dem oben Angeführten ergibt, für logisch unanfechtbar. Um es kurz zu wiederholen: Das Arbeitswertgesetz, auf die Güter einerseits, auf die Arbeitsleistungen selbst anderseits angewendet, ergibt die Masse des Mehrwertes, d. h. den Anteil der Kapitalisten am Sozialprodukt, der sich in einer bestimmten Geldsumme ausdrückt. Diese Geldsumme, auf das Buchkapital bezogen, ergibt die Profitrate, womit zugleich die Geldmenge aus dem Kalkül verschwindet und wieder nur Verhältniszahlen bleiben. Die so bestimmte Profitrate modifiziert dann die Verhältnisse der Güterpreise, die sich nach der bloßen Arbeitszeit ergeben würden, im Hinblick auf die Zeitdauer, über welche die Arbeitsleistung sich ausdehnt. Diesen Zusammenhang meinen wir, wenn wir sagen, die Modifikation des Arbeitswertgesetzes durch den Ausgleich der Profitrate ergebe sich aus dem Gedankensystem selbst, nicht gegen es, sondern als seine Folgerung. Demgegenüber wendet Böhm-Bawerk nun ein, daß nicht die Arbeitsmenge allein, sondern auch die Höhe des Arbeitslohnes für das Preisverhältnis in Betracht komme, was sich darin zeige, daß bei einer Erhöhung des Arbeitslohnes auf Kosten des Kapitalzinses nicht nur die Durchschnittsprofitrate sich senke, sondern auch das Verhältnis der Preise sich verschiebe. Allein Böhm-Bawerk übersieht hier, daß nach dem Gedankengange von Ricardo-Marx der Arbeitslohn sich im Verhältnisse zum Kapitalzins eben nur ändern kann, wenn die für die Anschaffung von Lebensmitteln erforderliche Arbeit sich ändert, so daß eine Aenderung der Höhe des Arbeitslohnes und die damit verbundene Aenderung der

Preisverhältnisse schließlich doch immer auf eine Aenderung der Arbeitsmenge zurückgeht. Ferner wendet Böhm-Bawerk ein, das Mehrwertgesetz gelte nur dann, wenn das Wertgesetz auch für die menschliche Arbeit selbst voll gelte. Marx aber gebe im III. Band jetzt zu, daß auch die notwendigen Lebensmittel der Arbeiter sich zu Produktionspreisen verkaufen können, die von der notwendigen Arbeit abweichen. In diesem Falle könne nach Marx auch der variable Teil des Kapitals von seinem Werte abweichen. Dem ist zu entgegnen, daß letzteres nichts ist als Anwendung der Modifikation des Arbeitwertgesetzes auf die menschliche Arbeit, und daß hierdurch das Mehrwertgesetz, der Satz, daß die Arbeiter im ganzen vom gesamten Arbeitsertrag nur jenen Teil erhalten, der dem zu ihrem Lebensunterhalt erforderlichen Arbeitsaufwand entspricht, nicht weiter berührt wird. Es trifft also nicht zu, wie Böhm-Bawerk meint, daß bei der Bestimmung des Gesamtwertes sonach mindestens ein dem Wertgesetze fremder Bestimmungsgrund teilnehme. Im Gegenteil konnten wir den Gedankengang von Marx aufrechterhalten, ohne irgendeinen dem System fremden Bestandteil einführen zu müssen.

Ein solcher fremder Bestandteil soll nach Böhm-Bawerk auch die Größe des Kapitals sein, da diese bei gleichbleibender Mehrwertsumme die Profitrate und damit das Preisverhältnis mitbestimmt. Dazu ist zu bemerken: Eine Vermehrung des Kapitals bei gleichbleibender Arbeitsmenge kann zunächst nach Böhm-Bawerk, aber in letzter Folgerung auch nach Marx nur in der Form einer erweiterten Stufenleiter der Erzeugung — mehr Erzeugungsumwege — erfolgen. Hierdurch wird in der Regel die Mehrwertsumme bei gleicher aufgewendeter Arbeit wachsen, da infolge der Vorteile der neu eingeschlagenen Erzeugungsumwege die Kosten des Lebensunterhaltes der Arbeiter sinken. Damit ist der Zusammenhang zwischen Aenderung des Kapitals und der Profitrate im System hergestellt. Nehmen wir nun aber an, die Mehrwertrate ändere sich trotz erweiterter Stufenleiter der Erzeugung nicht, weil andere Umstände, wie etwa Erhöhung der Grundrente, entgegenwirken, so ist es zwar richtig, daß die bei gleichem Mehrwert, d. i. gleichem Ueberschuß geleisteter Arbeit gegenüber zum Lebensunterhalte der Arbeiter notwendiger Arbeit, sich ergebende Profitrate um so geringer ist, je höher die Stufenleiter der Erzeugung ist. Allein die Stufenleiter der Erzeugung ist kein fremder Bestandteil des Systems und außerdem gilt das Mehrwertgesetz ohne Rücksicht auf die Höhe der Stufenleiter oder ihre Veränderung. Das Sozialprodukt verteilt sich ohne Rücksicht auf die Höhe der Stufenleiter, die in der Volkswirtschaft und in den einzelnen Erzeugungen herrscht, im Verhältnisse des in der Wirtschaftsperiode geleisteten Arbeitsaufwandes zu dem für den Lebensunterhalt der Arbeiter erforderlichen Arbeitsaufwand zwischen Arbeiter und Kapitalisten.

Zusammenfassend sagt Böhm-Bawerk, Marx habe zu erhärten unternommen, daß das Wertgesetz die Produktionspreise reguliere, daß die Arbeitsmenge der einzige Umstand sei, der dem Austauschverhältnis der Waren zugrunde liegt. Tatsächlich aber müsse er noch zwei

weitere Elemente anerkennen, ein teilweise fremdes, das in der Lohnausgabe enthalten sei und ein vollkommen fremdes, die Masse des Gesellschaftskapitals. Dem gegenüber kommen wir zu dem Ergebnis, daß weder in der Lohnausgabe, noch in der Masse des Gesellschaftskapitals Elemente zu erblicken sind, die dem System fremd wären, daß sich vielmehr beide in das System einfügen lassen — und von Marx auch tatsächlich eingefügt wurden —, ohne seine Folgerichtigkeit, seinen logischen Aufbau irgendwie zu beeinflussen.

Nachdem Böhm-Bawerk so einen Widerspruch zwischen den Ergebnissen des I. und III. Bandes des »Kapital« nachgewiesen zu haben glaubt, geht er zur Kritik des Satzes über, daß aller Wert auf verkörperten Arbeitsmengen beruhe. Dieser Satz sei nicht etwa ein Axiom. Vielmehr seien, wie er an einem anderen Orte nachgewiesen habe, Wert und Mühe keineswegs zwei so zusammenhängende Begriffe, daß man unmittelbar von der Einsicht ergriffen werden müsse, daß die Mühe der Grund des Wertes sei. Dagegen ist nun gleich zu bemerken, daß an dieser Stelle Böhm-Bawerk das Beweisthema vollkommen verschoben hat. Nicht um die Frage handelt es sich, ob und inwiefern die Arbeitsplage — Arbeit als echte Kosten — den subjektiven Wert eines Gutes bestimmt, sondern nur um die Frage, inwiefern der objektive Arbeitsaufwand — Arbeit als unechte Kosten — das Preisverhältnis bestimmt. Im weiteren Verlaufe wirft er dann Marx vor, die Naturgaben auszuschließen. Allein Marx folgt hier, wie schon oben erwähnt, einfach der klassischen Schule, die die Naturgaben dadurch von der Preisbestimmung ausschließt, daß sie sämtliche Rente für Differentialrente erklärt. Marx konnte sich dieser Anschauung um so eher anschließen, als es doch keineswegs seine Absicht war, etwa eine theoretische Nationalökonomie zu schreiben, sondern nur, den verhältnismäßigen Anteil von Kapital und Arbeit am Sozialprodukt zu ermitteln, wobei es von Wichtigkeit ist, daß seine Ergebnisse durch den Bestand der Differentialrente nicht weiter berührt werden.

Im übrigen ist die Kritik Böhm-Bawerks an der Art, wie Marx das Arbeitswertgesetz beweist, vollkommen begründet. Viel einfacher und zutreffender wäre es gewesen, wenn sich Marx nur auf das Wirken des Wettbewerbes berufen hätte. Dieses genügt vollkommen, um bei Annahme einheitlicher Arbeit und stetig abnehmenden Ertrages der Naturgaben für die gleichstufig-kapitalistische Erzeugung das volle und für die ungleichstufig-kapitalistische Erzeugung das modifizierte Wirken des Arbeitswertgesetzes zu begründen. Allein eben deshalb wird durch die unzutreffende Begründung die Richtigkeit des Arbeitswertgesetzes selbst nicht berührt. Uebrigens finden wir einen ganz analogen Fall bei der österreichischen Schule und ganz besonders bei Böhm-Bawerk hinsichtlich der Begründung des Kostengesetzes. Das Kostengesetz, die Erscheinung also, daß der Preis der Genußgüter mit dem Preise der Erzeugungsgüter in einem bestimmten Zusammenhange steht, läßt sich durch das Wirken des Wettbewerbes ohne weiteres erklären und damit zugleich auf seine wirkliche Bedeutung zurückführen. Kostengesetz und Arbeitswertgesetz sind ja überhaupt identisch, wenn

man Arbeit als einheitliche Größe nimmt und alle Rente als Differentialrente erklärt. Allein ebensowenig wie Marx hat der österreichischen Schule die Erklärung mit dem Wettbewerb genügt. Sie hat sich daher nach einer anderen Begründung umgesehen und glaubte sie in der Wertgleichheit von Erzeugnis und Erzeugungsmittel zu finden, hat damit aber eine Begründung gegeben, die ebenso unzutreffend ist wie die von Marx, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß Marx seine Begründung zur Unterstützung seiner Erklärung des Kapitalzinses heranziehen konnte, während sich für die österreichische Schule aus dem Festhalten an ihrer Begründung die größten Schwierigkeiten gerade bei der Erklärung des Kapitalzinses ergaben.

Weiter beanstandet Böhm-Bawerk bei der Arbeitswerttheorie die Erklärung des Preises qualifizierter Arbeit durch Reduktion qualifizierter auf unqualifizierte Arbeit. Allein auch wenn wir diese Reduktion nicht annehmen, läßt sich die besondere Preisbildung der qualifizierten Arbeit erklären, ohne das Arbeitswertgesetz und das Mehrwertgesetz im Wesen aufgeben zu müssen. Wir haben dabei qualifizierte Arbeit in besonderen Betrieben angewendet, und qualifizierte Arbeit neben nicht qualifizierter Arbeit in dem gleichen Betriebe angewendet, zu unterscheiden. Im ersteren Falle erzielt das Erzeugnis der qualifizierten Arbeit einen Preis, der zu dem Preis der gewöhnlichen Arbeitserzeugnisse in einem durch die Nachfrage — subjektiv-soziale Momente — bestimmten Verhältnisse steht. An diesem Preise müssen die Kapitalisten, die die qualifizierte Arbeit anwenden und deren Erzeugnisse auf den Markt bringen, die gleiche Profitrate erzielen wie an gewöhnlichen Arbeitserzeugnissen. Insofern nun als die allgemeine Profitrate durch die Mehrwertrate bestimmt wird, wird die Mehrwertrate mittelbar ein Bestimmungsgrund auch für den Preis solcher besonders qualifizierter Arbeit, für die im Gegensatz zu gewöhnlicher Lohnarbeit das Arbeitswertgesetz nicht gilt. Ein ähnlicher Gedankengang läßt sich dann auch auf qualifizierte Arbeit innerhalb eines sonst unqualifizierte Arbeit verwendenden Betriebes anwenden, die mit einem Mehrfachen des Arbeitslohnes bezahlt wird, ohne daß ihre notwendigen letzten Beschaffungskosten, in Arbeit ausgedrückt, ein mehrfaches der auf gewöhnliche Arbeit aufgewendeten Beschaffungskosten ausmachen würden. Solange wir also Lohnarbeit gewöhnlicher Art als stark überwiegend annehmen, was ja der Wirklichkeit im allgemeinen entspricht, und die Gültigkeit des Arbeitswertgesetzes für diese Lohnarbeit anerkennen — was jetzt nicht zur Diskussion steht —, können wir die bei qualifizierter Arbeit sich ergebenden besonderen Erscheinungen als Modifikationen des Arbeitswertgesetzes bei seiner Anwendung auf den Arbeitslohn und damit auch als Modifikationen des Mehrwertgesetzes hinnehmen, ohne deshalb diese Gesetze als Ganzes aufgeben zu müssen. Freilich ergeben sich diese Modifikationen im Gegensatz zu der aus dem Ausgleich der Profitrate sich ergebenden Modifikation nicht mehr logisch aus dem System, müssen also doch als störendes Moment angesehen werden, ohne jedoch, wie erwähnt, das System als Ganzes zu Falle bringen zu müssen.

Ein weiterer Einwand Böhm-Bawerks gegen das Arbeitswertgesetz bezieht sich wieder auf die Profitrate. Marx habe das Arbeitswertgesetz nur entwickeln können, indem er den Kapitalzins zunächst ignorierte. Er dürfe daher nicht den Kapitalzins als Ausnahme von dem Wertgesetz, als gesetzwidrig, unnatürlich, ungerecht angreifen. Allein dieser Einwand ist ganz ungerechtfertigt. Marx hat das Arbeitswertgesetz nicht unter Absehen vom Kapitalzins, sondern im Gegenteil unter voller Berücksichtigung der kapitalistischen Wirtschaftsform und daher auch des Kapitalzinses entwickelt. Er hat auch den Kapitalzins nicht als etwas dem Arbeitswertgesetz Widersprechendes bezeichnet, sondern seine ganze Argumentation geht doch dahin, wie sich auch aus der eigenen Darstellung Böhm-Bawerks ergibt, daß der Kapitalzins eben dadurch entsteht, daß das Arbeitswertgesetz einerseits für die Güter, andererseits aber auch für die sie hervorbringende Arbeitskraft gilt. Deshalb hat Marx auch nicht den Kapitalzins des einzelnen Kapitalisten, der auf volkswirtschaftlichen Gesetzen beruht, sondern die kapitalistische Wirtschaftsordnung als Ganzes verurteilt, die vom Arbeitswertgesetz zum Mehrwertgesetz führt. Der Kapitalzins wird von Marx nicht als Abweichung vom Arbeitswertgesetz, sondern gerade als Folge des Arbeitswertgesetzes verworfen.

Weiter beschäftigt sich Böhm-Bawerk mit der Stellungnahme von Marx zum Wirken der Konkurrenz. Er beanstandet den von Marx ausgesprochenen Satz, daß, wenn Nachfrage und Zufuhr sich gegenseitig aufheben, sie aufhören, etwas zu erklären, sie nicht auf den Marktwert wirken und ihn daher nicht erklären können. Allein auch in diesem Satze von Marx steckt ein richtiger Kern. Marx wollte offenbar nichts anderes sagen, als daß unter den von ihm selbst festgestellten und auch von Böhm-Bawerk angeführten Bedingungen, nämlich, wenn der Austausch der Waren nicht ein bloß zufälliger ist, die Waren beiderseits in den annähernd dem wechselseitigen Bedürfnis entsprechenden Verhältnismengen produziert werden und kein natürliches oder künstliches Monopol besteht, ein Preisverhältnis, das dem — allenfalls durch den Ausgleich der Profitrate modifizierten — Arbeitsmengenverhältnis entspricht, durch das Spiel von Angebot und Nachfrage nicht weiter geändert werde. Daß auch bei diesem Ruhepreis Angebot und Nachfrage wirken, was Böhm-Bawerk betont, ist zwar richtig, allein Angebot und Nachfrage erklären diesen Preis nicht endgültig, sondern die endgültige Erklärung liegt eben in den Verhältnissen des Arbeitsaufwandes. Die Erklärung des Preises durch Angebot und Nachfrage hat Marx nicht weiter interessiert, dem es eben nur auf die Erklärung des endgültigen Ruhepreises aus seinen letzten Bestimmungsgründen ankam. Wenn ferner Böhm-Bawerk Marx vorwirft, er habe bei der Erklärung des Preises aus dem Arbeitswert die Konkurrenz nicht berücksichtigt, bei der Modifikation durch den Ausgleich der Profitrate ziehe er sie aber heran, so ist dieser Vorwurf in gewisser Weise berechtigt, dem Mangel läßt sich aber dadurch abhelfen, daß man, wie oben ausgeführt, auch zur Erklärung des unmodifizierten Arbeitswertgesetzes den Wettbewerb heranzieht. An dem Marxschen System selbst wird hierdurch zunächst nichts geändert.

Wir kommen zum Schlusse. Der Widerspruch, den Böhm-Bawerk zwischen dem I. und III. Bande des »Kapital« aufweisen wollte, besteht nicht. Vielmehr bilden die Ausführungen des III. Bandes über den Ausgleich der Profitrate und die hiedurch erfolgende Modifikation des Arbeitwertgesetzes nur den folgerichtigen Abschluß der Untersuchungen des I. und II. Bandes, indem sie Ergebnisse, die sich zunächst auf eine gleichstufige kapitalistische Volkswirtschaft beziehen, auf die verschiedenstufige Volkswirtschaft anwenden. So bleibt die logische Geschlossenheit des Marxschen Systems trotz der Kritik Böhm-Bawerks aufrecht. Marx erscheint als eigentlicher Vollender von Ricardo, indem er durch Anwendung des die Grundlage des gemeinsamen Systems bildenden Arbeitswertgedankens auf die menschliche Arbeit selbst den Kapitalzins in das System einarbeitet. Freilich betrifft dies nur die logische Geschlossenheit des Systems. Und diese logische Geschlossenheit ist zunächst nur etwas Negatives. Ebenso wie der pythagoräische Lehrsatz zwar unbedingt richtig ist, doch über die Existenz rechtwinkliger Dreiecke nichts aussagt, sondern nur negativ sagt, daß, falls es rechtwinkelige Dreiecke gibt, der Lehrsatz sich aus dem Wesen des rechtwinkeligen Dreieckes ergibt, so sagt uns das Marxsche System auch in seiner logischen Geschlossenheit nur, daß, wenn gewisse Annahmen zutreffen, sich die von Ricardo-Marx hieraus gezogenen Folgerungen ergeben müssen. Diese Annahmen aber, die dem Ricardo-Marxschen System zugrunde liegen, sind die folgenden: Einheitliche, also sich gegenseitig ersetzende menschliche Arbeit, stetiges Wirken des Gesetzes vom abnehmenden Ertrag bei den in beschränkter Menge gegebenen Naturgaben, Gültigkeit des Arbeitswertgesetzes auch für die menschliche Arbeit. Was die erste dieser Annahmen anbelangt, ist sie vielleicht annähernd gegeben. Abweichungen lassen sich, wie oben gezeigt, als Modifikationen erklären, die freilich den Charakter von Störungen haben, ohne jedoch, solange sie nicht einen größeren Umfang annehmen, das System als Ganzes aufzuheben. Etwas anderes gilt schon von der zweiten Annahme. Hier überwiegen sicher die Ausnahmen. Es gibt Seltenheitsrenten als normale Erscheinung. Damit wird diese Störung tatsächlich zu einer Aufhebung des Systems. Der Arbeitswert, das Verhältnis der erforderlichen Arbeit, ist nicht mehr einziger oder vornehmster Preisbestimmungsgrund, sondern wird zu einem von vielen Bestimmungsgründen eines Preissystems, in dem objektiv-technische und subjektiv-soziale Momente sich vereinigen müssen. Was aber die dritte Annahme anbelangt, so gilt sie überhaupt nicht und zwar schon deshalb nicht, weil die wirkliche Begründung für das Arbeitswertgesetz, der Wettbewerb, auf die menschliche Arbeit nicht angewendet werden kann. Der Wettbewerb erklärt beim Preise menschlicher Arbeit wohl den Ausgleich der Löhne untereinander, nicht aber ihre Angleichung an die Erzeugungskosten der menschlichen Arbeit. Mit der Anwendung des Arbeitswertgesetzes auf die menschliche Arbeit fällt aber auch das Mehrwertgesetz und damit die Erklärung von Entstehung und Höhe des Kapitalzinses im Marxschen System.

So ist das Marxsche System von seinen Annahmen aus, die im

wesentlichen schon die des Ricardoschen Systems sind, anzugreifen, nicht aber in seinem logischen Aufbau. Dieser selbst bleibt, auch wenn man die Annahmen nicht anerkennt, unberührt. Der Versuch Böhm-Bawerks, durch Aufweisung eines Widerspruches zwischen dem I. und III. Bande des »Kapital« einen logischen Riß im System nachzuweisen, ist nicht gelungen.

Ueberproduktion, fixe Kosten und Kartellierung,
in der Auffassung der neuesten deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur.

Von

ARNOLD WOLFERS.

H. v. Beckerath: Reparationsagent und deutsche Wirtschaftspolitik. Eine programmatische Kritik der deutschen Wirtschaft der Gegenwart. Bonn 1928. Kurt Schroeder, 107 S. — Gustav Cassel: Neuere monopolistische Tendenzen in Industrie und Handel. Eine Untersuchung über die Natur und die Ursachen der Armut der Nationen. Memorandum für die Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927. Berlin 1927, Julius Springer, 78 S. — Josef Gruntzel: Die wirtschaftliche Konzentration. Wien 1928, Julius Springer. — O. Lehnich: Kartelle und Staat unter Berücksichtigung der Gesetzgebung des In- und Auslandes. Berlin 1928, Reimar Hobbing, 314 S. — Derselbe: Gutachten über die Frage: Empfiehlt sich eine Aenderung und Vereinheitlichung der deutschen und österreichischen Kartellgesetzgebung? In »Verhandlungen des fünfunddreißigsten Deutschen Juristentages« (Salzburg). Erster Band (Gutachten), 1. Lieferung, Berlin und Leipzig 1928, Walther de Gruyter & Co. — Robert Liefmann: Kartelle, Konzerne und Trusts (siebente umgearbeitete und erweiterte Auflage). Stuttgart 1927, Ernst Heinrich Moritz, 423 S. — H. Mannstaedt: Die monopolistischen Bestrebungen und ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben vor und nach dem Kriege. Rede, gehalten am 18. Januar 1928 in der Aula der Universität Rostock. (Rostocker Universitätsreden). Rostock 1928, Carl Hinstorffs Verlag, 28 S. — Tschierschky, Kartell-Organisation. (In Bücherei der praktischen Betriebsführung, herausgegeben von Prof. Dr. Walter Le Contre), zweiter Band, Berlin und Wien 1928, Spaeth & Linde, 190 S. — Kurt Wiedenfeld: Gewerbepolitik (in der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Herausgeber Arthur Spiethoff, H. XXXIX, Berlin 1927. Julius Springer, 213 S.

Als Schmalenbach [1]) im Mai d. J. verkündete, wir seien gezwungen »von der alten freien Wirtschaft . . . zu scheiden«, erregte er großes Aufsehen. Die von ihm vertretene These vom Ende der freien Konkurrenz und auch die von ihm gegebene Begründung »wachsende fixe Kosten, übergroße Kapazität, Kartellierung« waren aber, wie sich zeigen

[1]) E. Schmalenbach, Rede gehalten auf der Tagung des Verbandes der deutschen Betriebswirtschaftler am 31. Mai 1928 in Wien. (Die folgenden Zitate sind der Wiedergabe der Rede in der Vossischen Zeitung, 4. Beilage, Nr. 255 vom 1. Juni 1928 entnommen.)

wird, so wenig neu, daß man sie eher als die in der neuesten Literatur herrschende Auffassung bezeichnen könnte. Gruntzel [2]) ruft aus (S. 61) »an die Stelle der Anarchie tritt die Organisation«; v. Beckerath [3]) schreibt (S. 56): »Der Wirtschaftsausgleich kann sich nicht mehr automatisch vollziehen«. Ausgangspunkt der Betrachtung ist bei allen die für die Nachkriegszeit und besonders für Deutschland so auffallende »Zusammenschlußbewegung«. Wiedenfeld [4]) warnt zwar davor (S. 135)

---

[2]) Gruntzel, »Die wirtschaftliche Konzentration« ist eine knappe Darstellung und Systematisierung der verschiedenen Formen des Zusammenschlusses. Die Tendenz der Schrift drückt sich in ihrem ersten Satz aus: »Auf wirtschaftlichem Gebiete hat in neuester Zeit die Zusammenschlußbewegung große Aufmerksamkeit erregt, die sich in allen Zweigen der Erwerbstätigkeit bemerkbar macht, weil sie vom Standpunkt der Einzelwirtschaft durch Verminderung der Erzeugungskosten und durch Vermehrung des Absatzes die Gewinne erhöht, aber auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft dem Land eine größere Leistungsfähigkeit verleiht.« G. versperrt sich den Weg zu einer Herausarbeitung der verschiedenartigen Kräfte innerhalb der Konzentrationsbewegung, indem er sich bemüht, dieselbe in eine einheitliche Bewegung zur Steigerung der Produktivität umzudeuten.

[3]) Von H. v. Beckeraths Schrift: »Reparationsagent und deutsche Wirtschaftspolitik« kann in diesem Zusammenhang nur ein Unterabschnitt behandelt werden, der die Kartellverordnung und ihre Handhabung als Einzelfall der »Fehlorientierung in der Behandlung von Einzelfragen der deutschen Wirtschaftspolitik« bespricht. Im gleichen Abschnitt setzt sich v. B. mit der »Handelspolitik«, mit den »Widersprüchen der Sozialpolitik«, mit der »außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands und der deutschen Einkommens- und Verbrauchspolitik«, sowie mit »Besoldungsreform und Lohnerhöhung« auseinander. Der Verfasser will eine programmatische Kritik geben und stellt deshalb wirtschaftliche Forderungen von einheitlicher Tendenz auf. Sein Kampf geht gegen »Preistreibende Maßregeln«. Gemeint sind damit öffentliche Verschwendung und soziale Belastung. Vereinfachung der Verwaltung, Steigerung der Arbeitsleistung und Verminderung der Einkommensansprüche der Arbeiter werden gefordert. Von der Zollpolitik, die doch auch eine preistreibende Maßregel sein kann, wird nur gesagt, daß »eine Reihe zollpolitischer Maßnahmen im Widerspruch zu den gleichzeitigen Bestrebungen auf Preissenkung stünden«. Von den monopolistischen Preiskartellen heißt es, sie hätten einen »konjunkturausgleichenden Einfluß«. Die Notwendigkeit der Vermeidung von Preistreiberei wird in einem letzten Abschnitt näher begründet mit dem Zwang, Reparationen zu bezahlen und mit der Gefahr der Auslandsverschuldung. Die ersten beiden Abschnitte handeln von den Ver. Staaten. Es soll gezeigt werden, daß dort, auf Grund ganz anderer wirtschaftlicher Verhältnisse, Lohnerhöhungen volkswirtschaftlich gute Erfolge haben können. Vor einer mechanischen Nachahmung wird gewarnt; der Geist jener »neuen Wirtschaftsform des sozialbewußten Kapitalismus« wird aber als Vorbild hingestellt.

[4]) Wiedenfelds ausgezeichnete Schrift trägt zu Unrecht den Titel »Gewerbepolitik«, wenn unter Gewerbepolitik die staatliche Wirtschaftspolitik in Hinsicht auf die Gewerbe verstanden wird. Hierüber unterrichtet nur ein kurzes Schlußkapitel, das betitelt ist »Gewerbe und Staat«. W. gibt eine ins einzelne gehende, mit reichen Beispielen dokumentierte Darstellung der gewerblichen Organisationsformen und die für die deutsche Literatur erschöpfendste Betrachtung über den Betriebs- und Unternehmensaufbau vom Kleinbetrieb zu

»von der Tendenz zum Großbetrieb und zur Unternehmerkombination als einem allgemein gültigen und sich restlos durchsetzenden Gesetz der Wirtschaftsentwicklung zu sprechen«. Tatsache ist jedenfalls die Zunahme der Verbände, Kartelle, Trusts, Konzerne, Fusionen usw. Es handelt sich dabei aber nicht um eine einheitliche Erscheinung. Zwei in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung durchaus verschieden zu beurteilende »Bewegungen« werden davon umfaßt. Cassel [5]) kritisiert mit Recht (S. 22), daß in der wissenschaftlichen Diskussion »nicht genügend zwischen den verschiedenen Arten dieser Entwicklung, die mit dem gemeinsamen Titel »Zusammenschluß« bezeichnet werden, unterschieden wird«. Auf der einen Seite gibt es eine Konzentration, die, wie Cassel (S. 22) sagt, »die Senkung der Kosten durch Leistungssteigerung« bezweckt. Mit ihr haben wir es überall dort zu tun, wo durch Zusammenschluß ein Vorstoß in der Richtung auf optimale Betriebs- oder Unternehmensgröße unternommen wird. Sie geht nicht auf Ueberwindung des Prinzips des freien Wettbewerbs, sondern, wie v. Beckerath sagt (S. 55), auf Ersetzung des »freien Wettbewerbskampfes der Individuen« durch »Kampf und Austausch großer organisierter Gruppen«. Auf der anderen Seite gibt es Zusammenschlüsse, die, wie Cassel (S. 23) es ausdrückt, »als Mittel zur Erreichung einer Marktbeherrschung« anzusehen sind. Hier geht es um Ausschaltung oder Beschränkung des freien Wettbewerbs selbst. Gruntzel faßt beide Bewegungen zunächst (S. 2) in einer Definition zusammen und bezeichnet die wirtschaftliche Konzentration schlechthin als »eine Erfassung von Betrieben und Unternehmungen um aus ihnen eine größere und wirksamere Einheit zu bilden«. Später (S. 20) unterscheidet er aber eine Konzentration zum Zwecke der »Stärkung des

---

den gemischten Werken, Konzernen und Kartellen. Hier interessieren vornehmlich die beiden Kapitel über die Kartelle (S. 94—133) und über die Bedeutung des industriellen Aufbaus (S. 133—160).

[5]) Cassel, »Neuere monopolistische Tendenzen in Industrie und Handel« ist eine Streitschrift für die Wirtschaftsfreiheit und richtet sich daher gegen internationale Handelshemmnisse und gegen monopolistische Bestrebungen. Im wesentlichen werden die alten Argumente der liberalen Schule vorgetragen. C. hält den Gewerkschafts- oder Lohn-Monopolismus für gefährlicher als den von ihm auch bekämpften Unternehmer-Monopolismus. Er behauptet, daß Bestrebungen der Gewerkschaften »den Arbeitsmarkt im Interesse besonderer Beschäftigungszweige zu beschränken« in einigen Ländern in einer ganz auffallenden Art vorgeherrscht hätten. Davon sollen die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit (S. 9) und die »weitgehend auf einem künstlich hohen Stand« gehaltenen Löhne der Industrieländer herrühren. Als Beweis für den hohen Lohn trägt C. Lohnstatistiken aus Schweden aus den Jahren 1920—25 vor! C. kennt kein größeres Uebel als die Arbeitslosigkeit; er scheint völlig zu übersehen, daß der Mechanismus der freien Konkurrenz, angewandt auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit unter Umständen nur durch das Mittel der »Ausmerzung der Grenzproduzenten«, d. h. aber durch den Hungertod der Ueberzähligen oder jedenfalls durch langandauernde Hungerlöhne für alle Arbeiter der untersten Produktivitätsstufe überwinden läßt. Es hat mit der »Ware Arbeitskraft« am Ende doch ein eigenes Bewenden!

Wettbewerbes in der Nachfrage«, die auf Senkung der Kosten und Preise gerichtet sei, von einer Konzentration zum Zwecke der »Einschränkung des Wettbewerbs im Angebot«, die durch horizontale Betriebskonzentration, insbesondere also durch Kartellierung, »eine beherrschende Stellung« anstrebt, um durch sie das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Auch hier wird also Konzentration zum Zwecke der Kostensenkung einer Konzentration zum Zwecke der Beschränkung des Wettbewerbes gegenübergestellt.

Die Kartelle nun gehören, nach Auffassung aller hier behandelten Schriftsteller, ihrem Wesen nach, nicht in die Zusammenschlußbewegung zum Zwecke der Kostensenkung. In dieser negativen Feststellung besteht Einmütigkeit. Damit ist nicht gesagt, daß die Kartelle nicht nebenher auch der Kostenersparnis dienen können. So sagt Gruntzel (S. 20): »doch lassen sich auch im Wege der horizontalen Betriebskonzentration Kostenersparnisse erzielen«, und Wiedenfeld (S. 141): »es sei nicht richtig, den Kartellen etwa jede Wirkung in der Richtung auf Kostenverbilligung abzusprechen.« v. Beckerath ist der Auffassung (S. 60), man dürfe nicht übersehen, »daß auch das Konzernkartell indirekt eine große Bedeutung für die Rationalisierung innerhalb der Konzerne haben kann, indem es diesen während der Rationalisierungsperiode marktwirtschaftliche Ruhe verschafft«. Mannstaedt [6]) meint zwar (S. 10), das Kartell sei »unter den Gebilden der Zusammenschlüsse am wenigsten geeignet, den Rationalisierungsbestrebungen zu genügen«; er tröstet sich aber damit, daß sie »dennoch bereits in den Dienst dieser Aufgabe gestellt worden sind« (S. 10) und weiterhin damit, daß der »Gedanke naheliegt, die Renten durch Kostensenkung zu steigern« (S. 18), Tschierschky [7]), der die Kartelle ihrer ganzen

[6]) Mannstaedt, »Die monopolistischen Bestrebungen und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben vor und nach dem Kriege« beginnt mit einem kurzen historischen Rückblick. Nach der Inflationszeit macht sich die Uebersetzung des Marktes und damit das Interesse an monopolistischen Organisationen wieder stärker geltend. Besonders bedenklich sei der Gewerkschafts-Monopolismus; die Kartelle, die zwar auch Monopolorganisationen seien, müßten dagegen »als wenn auch zunächst noch mangelhafte Hilfsmittel der Marktregulierung anerkannt werden«. Die Nachteile der Monopolpreisbildung seien zwar »in dieser Zeit des Wiederaufbaus«, in der die Losung »Rationalisierung« heißt, größer als in Zeiten des Aufschwunges. Aber M. hofft, daß diese Nachteile in dem Maße überwunden würden, in dem sich die monopolistischen wie die nicht-monopolistischen Organisationen »zum Sinnes- und Denkorgan der gesamten Nation« ausbilden und »ein Geist der Gemeinsamkeit der Interessen« sie durchdringen werde.

[7]) Tschierschkys Schrift: »Kartellorganisation« ist nach der Methode eines Kommentars aufgebaut, in der Weise, daß jeweils zuerst Begriff und Tatbestand dargelegt und daran anschließend wirtschaftswissenschaftliche »Erläuterungen« gegeben werden. Damit werden nicht nur den Praktikern, für die die »Bücherei der praktischen Betriebsführung« ein Handbuch sein soll, theoretische Kenntnisse vermittelt; es wird zugleich den Theoretikern wertvolles Anschauungsmaterial aus der Praxis zur Beurteilung der grundsätzlichen Probleme an die Hand gegeben.

organisatorischen Struktur nach für »wirtschafts-konservativ« hält (S. 16), trägt Bedenken (S. 87), die Fertigungskartelle, die auf Produktivitätssteigerung eingestellt sind, »in den üblichen Kartellbegriff einzuspannen« [8]).

Die Kartelle gehören mithin zu der Zusammenschlußbewegung, die auf »Einschränkung des Wettbewerbs« gerichtet ist. Wir wählen zunächst diesen vagen Ausdruck, weil Streit darüber besteht, ob ihr Zweck die Monopolisierung oder eine damit nicht zusammenfallende »Regelung des Marktes« oder »Organisierung des Wettbewerbes« sei. Es zeigt sich allerdings, daß auch mit diesen Begriffen nichts anderes gemeint ist, als das, was in der Theorie unter dem Namen des relativen oder begrenzten Monopols bekannt ist. Lehnich [9]) (S. 35) will die moderne kartellmäßige Beschränkung des freien Wettbewerbs scharf von den früheren Monopolbildungen unterschieden wissen; zu diesem Zweck wählt er den Begriff des »organisierten Wettbewerbs«. In seiner neuesten Schrift [10]) wird näher erläutert, daß ein Monopol nur vorliege, wenn »die Selbständigkeit der Beteiligten durch Zusammenschluß zu einem Gesamtunternehmen aufgehoben wird«. Sonst wirke die »Konkurrenz der selbständigen Unternehmer sich in irgendeiner Form aus«. Damit wird aber nur das Vollmonopol von einem Monopol unterschieden, dessen Ausnutzung durch Rücksichten auf etwaigen künftigen Wettbewerb begrenzt ist. Gruntzel meint auch, daß es durch die Konzentration »niemals zu einer Vernichtung der Konkurrenz . . . komme« (S. 62). Monopolpreise scheinen ihm also in der Praxis der Kartelle unbekannt zu sein. Aus seiner Erläuterung dieser Behauptung geht übrigens hervor, daß auch er nur an die Begrenzung des Monopols denkt. Die Auslandskonkurrenz sei »nur durch Fracht und Zoll behindert«. Im Innern bleibe der »Wettkampf um niedrigste Produktions-

---

[8]) Vgl. hierzu den Aufsatz des Verfassers: »Ueber monopolistische und nichtmonopolistische Wirtschaftsverbände« in diesem Archiv, Bd. 59, Heft 2, 1928, S. 315 f.

[9]) Lehnich: »Kartelle und Staat« ist nur zum kleineren Teil der grundsätzlichen Auseinandersetzung über Kartelle und Monopole gewidmet. Der Hauptteil des Buches ist eine Sammlung und zusammenfassende Besprechung der Kartell- und Trustgesetzgebung Deutschlands, der Ver. Staaten und anderer Länder. Auch in diese Spezialuntersuchungen fließen allerdings allgemeine Behauptungen ein, die ihren wissenschaftlichen Wert nicht erhöhen. So, wenn z. B. von der amerikanischenWirtschaft behauptet wird, sie unterscheide sich von der europäischen dadurch, daß sie »von einem ausgesprochenen Gewinnprinzip beherrscht sei«. Diese Behauptung wird durch einen Hinweis auf Sombart belegt. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht (vgl. Bd. 59, Heft 2, S. 292, Anm. 10), daß Lehnichs Hinweise auf Sombart irreführend sind. L. hat mit seinen Zitaten auch sonst wenig Glück. So ist es recht bezeichnend, daß L. den elementarsten Grundgedanken der klassischen Nationalökonomie, nämlich die Behauptung, die freie Konkurrenz »sollte das Wirtschaftsleben regulieren« mit der Anmerkung versieht: »vgl. Steinbach, a. a. O., S. 14«. So zu lesen bei Lehnich, S. 26.

[10]) Lehnich: »Gutachten« für die Verhandlungen des 35. deutschen Juristentages, S. 272.



kosten«, da die Konzentration »nur kommerzieller, nicht technischer Natur sei« (S. 64). Es ist allerdings beinahe als ein Wortspiel zu bezeichnen, wenn ein Wettkampf, der sich kommerziell, d. h. in den Preisen nicht auswirken kann, jenem freien Wettbewerb, den die Theorie als Gegensatz zum Monopol darstellt, gleichgesetzt wird. Tschierschky wählt den Begriff der »willkürlichen Regelung des Marktes« (S. 12). Die »Vollherrschaft« sei für die Kartelle nicht nötig; es genüge in der Regel ein solcher Grad von Marktbeherrschung, »daß er eine Durchsetzung willkürlicher wirtschaftlicher Forderungen sichert«.

Sind somit die Kartelle festgestellt als Verbände zum Zwecke nicht der Kostensenkung, sondern der vollen oder begrenzten Monopolisierung, bzw. der »Regelung des Marktes« in Abweichung vom freien Wettbewerb, so ist damit ihre Beurteilung vom Standpunkt volkswirtschaftlicher Rationalität nicht vorweggenommen. Die Produktivitätssteigerung des einzelnen Werkes oder Unternehmens, das sich in Kostensenkung und, bei freiem Wettbewerb, auf die Dauer in Preissenkung auswirkt, ist zwar das, was als Rationalisierung im engeren Sinne verstanden wird. Wenn es sich aber herausstellen sollte, daß der freie Wettbewerb selbst unter gewissen Umständen versagt, wenn mithin durch den freien Wettbewerb nicht immer die höchste Rationalität gewährleistet wäre, so könnte »die Beschränkung« oder »Regelung« des Wettbewerbs, auch wenn sie nicht zur Kostensenkung führt, eine Maßnahme der Rationalisierung im weiteren Sinne sein.

Das ist die Meinung der meisten hier genannten Schriftsteller. Mannstaedt nimmt die Kartellierung zwar einfach als naturnotwendiges Ereignis hin. Er schildert die großen Gefahren und Nachteile der Monopolpreisbildung (S. 23), sieht aber die Aufgabe nur darin, »die Nachteile, die uns das Monopol bereitet« (S. 27) zu überwinden. »Ein neuer Geist muß die Organisation durchdringen«, sagt er (S. 27). Schmalenbachs Stellungnahme ist eine andere. Auch er schaut zwar die Entwicklung als unaufhaltsam an. Aber er meint doch, daß diese Wirtschaft der Monopolgebilde »trotz aller ihrer Torheiten der alten freien Wirtschaft zu einem großen Teil überlegen sei«. Für Gruntzel steht fest, daß, ganz allgemein »die Konzentrationsbewegung im Interesse der Allgemeinheit liegt« (S. 70). Um feststellen zu können, ob die Beschränkung des freien Wettbewerbs und ob im besonderen eine durch Kartellierung erlangte monopolistische Beschränkung der Konkurrenz im volkswirtschaftlichen Interesse liege, muß mit der Untersuchung begonnen werden, worin denn das Versagen des Mechanismus der freien Konkurrenz bestehen soll.

Wir finden auch in dieser Frage große Einmütigkeit. Es wird gesagt, daß durch die wachsenden fixen Kosten in manchen Produktionszweigen Ueberproduktion eintritt, die, infolge dieser hohen fixen Kosten, durch den Mechanismus der freien Konkurrenz nicht oder nur mit übermäßigen Verlusten geheilt werden kann.

Die Prüfung dieses Tatbestandes verlangt, daß wir drei verschiedene Arten von »Ueberproduktion« voneinander unterscheiden:

1. Die spezielle Ueberproduktion, die aus der disproportionalen Besetzung eines Produktionszweiges entsteht.

2. die allgemeine, konjunkturbedingte »Ueberproduktion«, die am Ende der Hochkonjunktur auftritt und die Zeit der Krise und des Niederganges kennzeichnet,

3. die imaginäre, allgemeine Ueberproduktion, die in den Köpfen einiger weniger Nationalökonomen und vieler Laien als Vorstellung eines Dauerzustandes »übersättigten Bedarfs« oder »mangelnder Kaufkraft« ihr Unwesen treibt.

Gegen die Theorie dieser dritten Form der Ueberproduktion richtet sich Cassel mit seinem Kapitel über »die Vorstellung von einer Begrenztheit der Kaufkraft« (S. 16 ff.). »In bezug auf die Gesamtproduktion der Gesellschaft« sagt er (S. 19) »ist die Klage über einen Mangel an Kaufkraft unter allen Umständen reiner Unsinn«. Gruntzel hält sich nicht frei von dieser Auffassung, wenn er behauptet, die alte europäische Industrie müsse »mit der Erreichung des Sättigungspunktes im Bedarf« (S. 21) ihr Augenmerk mehr auf die Stabilisierung des Marktes richten. Mannstaedt spricht davon, daß die »Uebersetzung des Marktes . . . als Kriegs- und Nachkriegsfolge eine Weltmarkterscheinung« sei (S. 10). Auch bei Liefmann [11]) finden sich einige Sätze von einer Allgemeinheit, die zum mindesten irreführend sein können. So wenn er davon spricht (S. 26), daß »die Zunahme der Konkurrenz . . . eine Allgemeinerscheinung der modernen Volkswirtschaft« sei. In reinster und naivster Form, so als hätte es keine 150jährige wissenschaftliche Diskussion über diese Frage gegeben, setzt Lehnich seine Theorie vom »allmählichen Ueberwiegen des Angebots« (S. 25) hin. Für ihn ist die Zeit des Spätkapitalismus, in die wir eingetreten seien, schlechthin dadurch vor der vorangegangenen Epoche gekennzeichnet, daß nunmehr das Problem der Anpassung der zu groß gewordenen Produktion an den nicht mehr ausreichenden Bedarf im Vordergrund steht. Es komme für jeden Produktionszweig die Zeit heran, wo »sämtliche Märkte erschlossen sind« (S. 31), wo die Möglichkeit technischen Fortschritts und damit einer Verbilligung der Produktion sich erschöpfen (S. 30). Da aber der »Drang zur Massenproduktion sich weiterhin Geltung verschafft«, so muß nach dieser Auffassung eine Ausdehnung der Produktion bei gleichbleibendem Bedarf und gleichbleibenden Kosten pro Stück, zu fortwährender Preissenkung, damit zu einem Vernichtungskampf und zu gegenseitiger Unterbietung mit Verlustpreisen führen. Eine Widerlegung dieses »vulgärökonomischen« Gedankenganges dürfte sich in einer wirtschaftswissenschaft-

---

[11]) Liefmann: Kartelle, Konzerne und Trusts erscheint in der Form einer neuen umgearbeiteten Auflage des alten Buches das den Titel: »Kartelle und Trusts« führte. Es läßt sich aber fast als neues Werk ansprechen. Die Nachkriegsereignisse, die neuere Gesetzgebung und Rechtsprechung haben in weitestem Umfang Berücksichtigung gefunden. Die Einbeziehung der »Konzerne und Fusionen« und die Besprechung der internationalen Kartelle und Konzerne bedeutet eine wesentliche Bereicherung. Die grundsätzliche Stellungnahme gegenüber den Kartellen, die hier besonders interessiert, ist unverändert geblieben.

lichen Zeitschrift erübrigen. Es ist nur bedauerlich, daß einem deutschen Juristentag als Grundlage für seine Beratungen über eine volkswirtschaftlich so bedeutungsvolle Materie, wie es die Kartellgesetzgebung ist, in dem genannten Gutachten von Lehnich eine Theorie vorgetragen wird, über deren Unhaltbarkeit sich die wissenschaftliche Nationalökonomie seit mehr als 100 Jahren einig ist [12]).

Wir wenden uns jetzt den beiden anderen, die kapitalistische Wirtschaft unbestrittenermaßen kennzeichnenden Formen der Ueberproduktion und ihrer Bedeutung für die Kartellierung zu. Da ist zunächst jene infolge Ueberinvestierung in einzelnen Produktionszweigen entstehende spezielle Ueberproduktion. Es wird gesagt, daß 1. in Produktionszweigen mit hohem Anteil des konstanten Kapitals eine besonders starke Tendenz zur Ueberinvestierung bestehe, und daß 2., falls es in solchen Produktionszweigen zur Ueberinvestierung komme, sie durch den Mechanismus der freien Konkurrenz nicht oder nur mit übermäßigen Verlusten überwunden werden könne.

Die Ueberinvestierung kann die Folge unökonomischen Verhaltens sein. Das ist der Fall, wenn auf Grund falscher Einschätzung der Absatzchancen Fehlinvestitionen vorgenommen werden. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden [13]), daß das erhöhte Risiko der Investierung in jenen Produktionszweigen die große, fixe Kapitalien erfordern, eine »erhöhte Vorsicht und Zurückhaltung gegenüber Kapitalanlagen erwarten ließe«. Wenn hier trotzdem, wie Schmalenbach sagt, ganze Industriezweige ihre Kapazität ausdehnen, »ohne daß ihnen ein Steigen der Nachfrage dazu Veranlassung gibt«, so muß hierfür ein wesentlicher Grund gerade in dem Vorhandensein von Kartellen oder in der Aussicht auf Kartellierung liegen; v. Beckerath meint zwar (S. 57) Preiskartelle »können die volkswirtschaftlich übermäßige Kapitalinvestition verhindern«. Er fährt aber fort: »Andererseits erzielen Preiskartelle, welche sich nicht der sehr engen Möglichkeiten dauernder Beeinflussung des Preisniveaus bewußt sind, genau die entgegengesetzte Wirkung. Sie führen durch die Uebersteigerung der Preise und Gewinne zu neuen Kapitalinvestitionen in der betreffenden Industrie.« Liefmann stellt sogar fest (S. 77), es habe sich »immer mehr und häufiger herausgestellt . . ., daß die Kartellbildung stark zur Vergrößerung der Produktion der Unternehmungen, be-

[12]) In seinem Gutachten spricht Lehnich davon (S. 249), daß die Produktion den Bedarf »wenigstens im Augenblick« überschreitet; er weist auf das »zeitweilige« Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage hin. Darin liegt aber nicht ein Zugeständnis in der Richtung, daß nur im Laufe der Konjunkturbewegung und durch diese bedingt eine allgemeine Ueberproduktion eintrete, L. ist vielmehr der Meinung, daß die Konjunkturbewegung der Ausdruck der von ihm konstatierten dem Spätkapitalismus eigentümlichen Ueberproduktion sei. Die »Tendenz zur Steigerung des Umsatzes« führe zur »Verschärfung der Konkurrenz und damit schließlich zu einer neuen Krise«.

[13]) Vgl. den Aufsatz »Monopolkontrolle oder Monopolverhütung?« im Magazin der Wirtschaft, 4. Jhrg., Heft 24.



sonders aber zur Errichtung immer neuer Unternehmungen anreizt« (S. 78). »Je wirkungsvoller . . . ein Kartell für seine Mitglieder ist . . . um so größer ist natürlich der Anreiz zur Gründung neuer Unternehmungen.« Er gibt hierzu Beispiele aus der Zementindustrie (S. 78), aus der Stahlerzeugung (S. 111) und aus dem Kohlenbergbau (S. 134). Der gleichen Meinung ist Wiedenfeld (S. 142): Straffe Syndikate gäben die Unterlage ab, »daß freie Kapitalien sich ohne Rücksicht auf die voraussichtliche Bedarfsentfaltung in die geschützten Industriezweige ergießen«. Lehnich sieht diese Gefahr überall dort, wo die Kartelle Gewinne ermöglichen, »die über dem normalen Durchschnitt liegen« (S. 80)! Für die unökonomische Ueberinvestierung selbst sind somit die Kartelle nicht nur kein Hinderungsmittel, sondern ein Anreiz. Es gibt aber auch eine Ueberinvestierung auf Grund ökonomisch rationalen Handelns. An sie denkt offenbar Schmalenbach, wenn er sagt: »es rationalisieren sich diese Industriezweige (gemeint sind Industriezweige mit hohen fixen Kosten) automatisch in eine übergroße Kapazität hinein.« Die Durchsetzung von Produktionsfortschritten vollzieht sich in der freien Konkurrenz regelmäßig so, daß produktivere Unternehmungen entstehen oder sich ausdehnen, und den anderen dadurch den Markt entziehen. Solange die unproduktiveren Produzenten sich zu halten vermögen, also noch nicht ausgeschaltet sind, besteht eine vorübergehende Ueberbesetzung des Marktes. Sie äußert sich in Kampf- oder eventuell in Verlustpreisen auch für die produktiveren Unternehmungen. Die Besonderheit bei den Produktionszweigen mit hohen fixen Kosten besteht hierbei erstens darin, daß bei ihnen der Produktionsfortschritt sich sehr häufig in Form einer Ausdehnung der Betriebe in der Richtung auf optimale Betriebsgröße vollzieht, und zweitens darin, daß die Ausschaltung der überschüssigen Grenzproduzenten meistens nur durch lange Kämpfe gelingt. Es kann vorkommen, daß eine ganze Reihe von Unternehmungen gleichzeitig Vorstöße in Richtung auf optimale Größe vornehmen. Da aber für alle die »Ausmerzung« schweren Verlust bedeutet, indem die fixen gebundenen Kapitalien dadurch zu »altem Eisen« werden, so werden sich die »Grenzproduzenten« aufs äußerste und mit Einsetzung ihrer ganzen Reserven zur Wehr setzen. Aehnlich liegen die Dinge, wenn eine nicht voraussehbare Verschlechterung der Nachfragelage für die betreffenden Erzeugnisse eintritt. Daran denken Wiedenfeld (S. 134/5) und Gruntzel (S. 60/1), wenn sie von der »Schwerfälligkeit« dieser Produktionszweige sprechen. Mannstaedt (S. 6) führt die Verhinderung der Niederringung schwächerer Anbieter auf die »modernen Finanzierungs- und Sanierungsmethoden zurück. In der Tat tritt häufig anstelle der Stillegung der überschüssigen Betriebe der Uebergang in andere Hände oder das Akkordieren mit den Gläubigern; das ist übrigens eine Erscheinung, die sich nicht auf Produktionszweige mit hohen fixen Kosten beschränkt.

Ist somit einmal, sei es nun als Folge unökonomischen oder trotz ökonomischen Handelns, die Ueberinvestierung da, so ist ein über lange Zeit hin vergeblicher, für alle Beteiligten verlustreicher Aus-

merzungskampf mittels Schleuderpreisen zu erwarten, der auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als ein Uebel anzusehen ist. Die Kapitalkraft der Unternehmungen wird zugunsten zufälliger Käufer der betreffenden Schleuderwaren aufgezehrt. Das Gleichgewicht der Marktpreise wird gestört. Es liegt hier ein Versagen des Mechanismus der freien Konkurrenz vom privatwirtschaftlichen wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt vor. Daraus folgt aber, wie sich zeigen wird, noch keineswegs, daß die für die interessierten Unternehmer günstigste Form der Ersetzung des freien Wettbewerbs, auch volkswirtschaftlich den Vorzug vor der Konkurrenzmethode verdient. Ehe darauf eingegangen wird, muß die in dieser Hinsicht gleichgelagerte Erscheinung der konjunkturbedingten Ueberproduktion besprochen werden.

In der Kartell- und Monopolliteratur spielt die Frage der Wirkung eines allgemeinen Konjunkturrückganges auf die Produktionszweige mit hohen fixen Kosten die größte Rolle. Ausgehend von der Behauptung, daß diese Produktionszweige von den Verschlechterungen der Konjunktur besonders schwer getroffen werden, wird zu zeigen versucht, daß der Mechanismus der freien Konkurrenz ungeeignet sei, die Schäden zu vermindern oder zu heilen. Liefmann (S. 29/30), v. Beckerath (S. 61), Wiedenfeld (S. 94 u. 145), Lehnich (S. 75) besprechen den Zusammenhang von Kartellierung und Konjunkturrückschlag. Wiedenfeld (S. 94) konstatiert, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krise »ein schneidender Gegensatz« zwischen dem Interesse des einzelnen Werkes und dem des betreffenden Gewerbezweiges entstehe. Bei Verengung des Marktes würde vor dem betreffenden Gewerbe die Aufgabe stehen, Einklang zwischen Angebot und Nachfrage »durch eine entsprechende Einschränkung der zum Markt gelangenden Erzeugung wiederherzustellen«. Das ist richtig, sofern berücksichtigt wird, daß nicht, wie Lehnich meint, der Einklang zwischen Angebot und Nachfrage schlechthin, sondern bei oder oberhalb einer bestimmten Preislage hergestellt werden soll. Wenn nun aber weiter gesagt wird, daß »durch die Betonung des stehenden Kapitals« das einzelne Werk »zu einer schnurgerade entgegengesetzten Produktions- und Marktgebahrung getrieben werde«, so muß daran erinnert werden, daß auch dort, wo das stehende Kapital eine untergeordnete Rolle spielt, die Lage zunächst nicht anders ist. Auch hier ist der einzelne Konkurrent, bei freier Konkurrenz, nicht etwa imstande, bei Verschlechterung der Nachfragelage jeder Verminderung seines Gewinnes dadurch zu entgehen, daß er seine Produktion einschränkt. Der Mechanismus der freien Konkurrenz wirkt, bei Ueberbesetzung eines Produktionszweiges, nicht so, daß die Produktion aller Werke eingeschränkt wird, sondern die Verminderung des Gesamtangebots kommt nur dadurch und nur insoweit zustande, als Grenzproduzenten ausgemerzt werden. Zu dieser Ausmerzung kann es aber nur dadurch kommen, daß die produktiveren Werke es länger aushalten, bei sinkenden Preisen weiter zu arbeiten, und zu verkaufen, als die schwächeren Konkurrenten. Der Unterschied zwischen den Produktionszweigen mit hohen fixen Kosten und denen mit überwiegend proportionalen Kosten liegt anderswo. Wenn Schma-

lenbach schreibt: »Gehen in Industrien mit überwiegend proportionalen Kosten die Preise unter die Selbstkosten herunter, dann schränkt man die Produktion ein«, so liegt die Betonung auf den Worten »unter die Selbstkosten«. Es besteht in diesen Produktionszweigen in der Regel kein Interesse daran, den Unterbietungskampf noch fortzusetzen, wenn einmal die Preise unter die Selbstkosten fallen und mithin effektive Verluste bringen. Die Einschränkung der Gesamtproduktion durch Ausmerzung oder Stillegung von Betrieben setzt hier also ein, sobald die Preise auf das Niveau der Selbstkosten der Grenzbetriebe fallen. »Ist aber der wesentlichste Teil der Selbstkosten fix«, fährt Schmalenbach fort, »dann bringt eine Verringerung der Produktion die Kosten nicht entsprechend herunter . . . Es ist billiger unter den durchschnittlichen Selbstkosten weiter zu produzieren. Zwar arbeitet der Betrieb fortan mit Verlust, aber der Verlust ist kleiner, als er sein würde, wenn man die Produktion verringern würde«.

Sieht man also von den Fällen ab, in denen auch in Produktionszweigen mit geringen fixen Kosten ein Interesse daran besteht, sei es um der Erhaltung der Kundschaft willen, sei es in der Hoffnung, Konkurrenten niederzuringen, auch unter Verlusten weiter zu produzieren, so wird man zugeben können, daß es die Besonderheit der Produktionszweige mit hohen fixen Kosten ist, von Konjunkturrückschlägen, bei freier Konkurrenz, nicht nur Gewinnlosigkeit, sondern langandauernde Verluste erwarten zu müssen. In dem Maße als die Unternehmungen gegen die Ausmerzungstendenz des freien Wettbewerbs widerstandsfähig werden, verstärkt sich das »Versagen« des Konkurrenzmechanismus.

Nun aber erhebt sich erst die Frage, ob die kartellmäßige Aufhebung oder Beschränkung des Wettbewerbs auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als ein Mittel der Vermeidung oder wenigstens der Verminderung der bei freiem Wettbewerb drohenden Schäden anzusprechen ist. Für die betreffenden Unternehmer besteht das Uebel allein in dem Gewinnrückgang oder den Verlusten nach erfolgter Ueberinvestierung. Wenn diese vermieden werden können, oder wenn gar eine Gewinnerhöhung herbeigeführt werden kann, so ist privatwirtschaftlich kein Schaden mehr da. Für die Volkswirtschaft liegen die Dinge wesentlich anders. Für sie ist die Ueberinvestierung selbst, d. h. eine Errichtung kostspieliger fester Anlagen, die nach erfolgter Aufstellung nicht oder nicht voll ausgenutzt werden, das größte Uebel. Ob der Schaden, der dadurch unweigerlich entstanden ist, von diesen oder von jenen getragen wird, ist demgegenüber sekundär, wenn schon, wie bereits gesagt, ein allgemeiner Unterbietungskampf mit Schleuderpreisen volkswirtschaftlich sicher unerwünscht ist. Ist nun die Kartellierung, wenn sie schon kein Mittel gegen die Ueberinvestierung selbst ist, geeignet, die Nichtausnutzung der festen Anlagen auf das Mindestmaß zu reduzieren? »Stehendes Kapital« sagt Wiedenfeld (S. 42) »drängt auf Gleichmäßigkeit des Absatzes«. Gruntzel weist darauf hin (S. 60), daß »Stillegung oder Abänderung des Betriebes gleichbedeutend ist mit einer Kapitalentwertung«. Eigentüm-

licherweise wird nun immer wieder gesagt, die monopolistische Kartellierung führe zu einer »Gleichmäßigkeit der Preise und Beschäftigung«, (Gruntzel, S. 65), des »Absatzes und der Preise« (Liefmann, S. 141). Es genügte auf Pigou [14]) hinzuweisen, um zu zeigen, daß »Stabilisierung der Preise« gleichbedeutend ist mit »Entstabilisierung« der Produktion und umgekehrt. Nach übereinstimmender Meinung aller hier genannten Schriftsteller richtet sich aber die Preispolitik der Kartelle auf »Gleichmäßigkeit der Preise«. Gerade dafür wird sie gelobt. Dann geht sie aber unweigerlich auf Entstabilisierung der Produktion und widerspricht insofern den Notwendigkeiten des stehenden Kapitals. Es ist dabei gleichgültig, ob die Gleichmäßigkeit der Preise erreicht wird durch Niedrighaltung im Aufschwung oder durch Hochhaltung im Niedergang. Das erstere wird als das seltenere angesehen. Wiedenfeld (S. 145) nennt die volle Ausnutzung der Konjunktur eine »Kinderkrankheit« der Kartellbildung; Liefmann (S. 132) meint, es fehle meist die Einsicht, »daß es vorteilhafter ist, eine größere Gleichmäßigkeit der Preise herbeizuführen, als die Phantasiepreise eines kurzen Haussetaumels voll auszunutzen«. Selbst Lehnich drückt sich dahin aus (S. 57): »daß sich die Preiskartelle den Konjunkturschwankungen weitgehend anpassen, indem sie bei günstiger Konjunktur die Marktlage ausnutzen.« Jedenfalls wäre aber eine solche Niedrighaltung nicht durch Beschränkung, sondern am ehesten durch Ausdehnung der Produktion im Aufschwung zu erreichen. Die Preishochhaltung in der Depression, die Mannstaedt (S. 19) »die eigentliche Aufgabe« der Kartelle nennt, ist aber auf jeden Fall nur durch Einschränkung der Produktion zu bewerkstelligen. Man mag daher die Preisstabilisierung mittels Hochhaltung der Preise in der Depression als volkswirtschaftlich nützlich betrachten, weil »vor dem Zusammenschluß Kampfpreise oder Verlustpreise« bestanden, wie Gruntzel sagt (S. 61), oder weil die dadurch gesicherten höheren Gewinne es den Kartellen erlauben, »in der Zeit der gesteigerten Nachfrage mit einem geringeren Preisanstieg auszukommen« (Mannstaedt, S. 19) [15]), oder weil sich die Unternehmer, beim Wegfall jäher Preisschwankungen, mit einem geringeren Unternehmergewinn begnügen können (Gruntzel, S. 65), oder weil, nach Wiedenfelds besonderer konjunkturtheoretischer Auffassung, die Rohstoffkartelle die Verarbeiter unter einen heilsamen Druck stellen, der sie zwingt, »viel früher als bei freiem Rohstoffmarkt . . . ihre Fabrikation einzustellen« (S. 146), auf keinen Fall wird man den Kartellen das widersprechende Verdienst sowohl an der Gleichmäßigkeit der Preise als auch an der Gleichmäßigkeit der Produktion zuschreiben können. Die »Organisierung des Wettbewerbs« durch

---

[14]) Vgl. Pigou: »Preis- und Produktionsstabilisierung in einzelnen Produktionszweigen« in diesem Archiv, Bd. 58, Heft 2, 1927.

[15]) Mannstaedt belehrt uns nicht darüber, ob die Kartelle sich auch wirklich, erfüllt von zünftlerischem Geist, mit den Gewinnen begnügen, mit denen sie »auskommen« können. Ob übrigens ein solcher Geist, falls er durchdringen sollte, geeignet wäre, die Wettbewerbsfähigkeit einer deutschen kapitalistischen Wirtschaft zu sichern?

Kartelle ist gerichtet auf Ermöglichung einer allgemeinen Produktionseinschränkung in Zeiten der Ueberproduktion. Sie hebt nicht den durch Ueberinvestierung verschuldeten volkswirtschaftlichen Schaden der zeitweiligen unvollkommenen Ausnutzung der festen Anlagen auf, sondern überwindet im Gegenteil die für die Unternehmer schädliche Ueberproduktion gerade durch eine Einschränkung der Verwendung der festen Anlagen. Die freie Konkurrenz tendiert auf Vollausnutzung der Anlagen, oft allerdings mit schweren Verlustfolgen für die Unternehmer; das Monopol ermöglicht eine Einschränkung der Produktion, erzeugt aber damit einen volkswirtschaftlich verlustreichen Leerlauf. Liefmann drückt diesen Gedanken dahin aus (S. 131), daß die Kartelle »die Produktion der jeweiligen Nachfrage anpassen, aber nicht die Preise; die freie Konkurrenz dagegen zwar die Preise, aber nicht die Produktion«.

Das volkswirtschaftliche Interesse und das privatwirtschaftliche Interesse der Unternehmer des durch Ueberinvestierung belasteten Produktionszweiges gehen somit nur ein Stück des Weges parallel. Ein gleichlaufendes Interesse besteht an der Vermeidung eines langandauernden Unterbietungskampfes, zumal wenn dieser keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit die Ausmerzung der unproduktivsten Betriebe herbeizuführen. Ebenso einheitlich ist das Interesse daran, daß bei disproportionaler Besetzung eines Produktionszweiges in möglichst schneller und systematischer Weise die unproduktivsten Betriebe oder Unternehmungen stillgelegt oder umgestellt werden. Auch bei Konjunkturrückschlägen besteht ein gemeinsames Interesse nicht bloß an einer vorübergehenden Einschränkung der Produktion bis zur Wiedererweiterung lohnender Absatzgelegenheiten. Aller Erfahrung nach erfordert die Depression zu ihrer Heilung eine Erhöhung der Grenzproduktivität durch Rationalisierung im engeren Sinne, also auch eine Ausmerzung unproduktiver Werke.

Den Schleuderwettbewerb durch Monopolisierung ersetzen heißt aber, volkswirtschaftlich gesehen, den Teufel mit Beelzebub austreiben. Kommt ein monopolistisches Kartell zustande, so wird zwar das Uebel der Unterbietung gründlich aufgehoben, dafür wird aber das Uebel der Unterbeschäftigung der produktiven Anlagen übermäßig vergrößert. Der Monopolist ist in der Lage, die Kostenerhöhung, die durch Senkung unter die optimale Betriebsgröße entsteht, durch eine überkompensierende Preiserhöhung von sich abzuwälzen. Von der Schädigung anderer durch die monopolistische Preiserhöhung abgesehen, verhindert diese auf jeden Fall die volkswirtschaftlich geforderte Stillegung der unproduktiven Werke und hemmt die Rationalisierung im engeren Sinne. Daß sie zudem zu neuen Ueberinvestierungen führt, die der Grund zu den ganzen hier besprochenen Uebelständen sind, ist schon gesagt worden.

Im privatwirtschaftlichen wie im volkswirtschaftlichen Interesse läge mithin nur eine nicht-monopolistische Vereinbarung unter den Konkurrenten; d. h. aber eine Vereinbarung, die, unter dem Zwang fortwirkender Konkurrenz von außen, zwar Schleuderpreise

vermeiden, aber zugleich Monopolpreise verunmöglichen, die einen vergeblichen, verlustreichen Ausmerzungskampf verhindern, aber die Ausschaltung unproduktiver Werke und die Erhöhung der Produktivität der übrigen Betriebe um der Wettbewerbsfähigkeit willen durchsetzen würde. Es mag nicht leicht sein, Konkurrenten zum Zwecke solcher »Rationalisierung im weiteren Sinne« zu verbinden, wo ihnen kein Monopol winkt. Aber es liegt kein volkswirtschaftlicher Vorteil darin, durch schutzzöllnerische Hemmung der Auslandskonkurrenz, durch Zwangssyndizierung oder Entrechtung der Außenseiter monopolistische Möglichkeiten zu schaffen, wenn dadurch die Uebel der freien Konkurrenz durch die unter Umständen viel schwereren Uebel des Monopols ersetzt werden.

Handbuch der Finanzwissenschaft[1]).

Von

EMANUEL HUGO VOGEL.

Unsere Zeit ist auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiete gekennzeichnet durch intensive Detailarbeit, durch einen Reichtum an monographischer Bearbeitung teils theoretischer, teil praktisch-politischer Themen. Doch fehlt ihr, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, der Zug ins Große, zur systematischen Zusammenfassung. Dies gilt in stärkstem Maße vor allem von der Finanzwissenschaft und ihren Problemen. Während die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts in deutschen wie österreichischen Landen sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung ein Zeitalter der großen Kodifikationen, wie auf dem Gebiete der Wissenschaft ein solches der großen Systemwerke waren, ist, von Lehrbüchern abgesehen, die systematische Zusammenfassung der ganzen Wissensdisziplin mit der Absicht möglichst erschöpfender Darstellung schon deshalb um so seltener geworden, als nicht nur der Aufgabenbereich sich immer mehr erweiterte, sondern auch eine »Spezialisierung« innerhalb der früher geschlossenen Wissensgebiete eintrat. (So hinsichtlich der Finanzwissenschaft der autonomen Körper, der Lehre vom Budget, dem Staatskredit oder von den Erwerbsunternehmungen des Staates usf.) Unter diesen Umständen fortschreitender Arbeitsteilung und wissenschaftlicher Zergliederung in Teildisziplinen wird andererseits das Bedürfnis nach Wiederzusammenfassung in einem gemeinschaftlichen Rahmen um so dringlicher. Seit Adolf Wagners Systemwerk der Finanzwissenschaft innerhalb seines fundamentalen Lehr- und Handbuches der politischen Oekonomie wurde ein ähnlich umfassender Versuch seitens eines einzelnen Autors eigentlich nicht mehr gemacht. Und doch verbürgt nur das Prinzip systematischer Behandlung einer Wissenschaft durch eine einzige geistig führende Hand die geschlossene und einheitliche Verfolgung eines Grundplanes und seine sachlich gleichmäßige Behandlung in

---

[1]) Handbuch der Finanzwissenschaft, in Verbindung mit zahlreichen Fachmännern des In- und Auslandes. Herausgeg. von Wilhelm Gerloff und Franz Meisel, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, bisher erschienen I. Band 1926, II. Band 1927, 547 und 614 S.

allen Teilen. Die Weite des Aufgabengebietes hat leider für die meisten Wissenschaften diesen einzig zweckdienlichen Weg verschlossen oder doch sehr erschwert. Kaum vermag ein einziger Autor die gewaltige Arbeit zu leisten, mindestens läuft er Gefahr, während der langen hiezu erforderlichen Zeitspanne fortwährende Aenderungen in der Ausführung des Stoffes eintreten lassen zu müssen.

So ist denn heute jenes andere Prinzip systematischer Erfassung des Gesamtinhaltes eines Wissenszweiges durch eine Mehrheit von Autoren als Bearbeitern je in sich geschlossener Themen im Rahmen eines für das Gesamtwerk im vorhinein bindend aufgestellten Grundplanes bevorzugt worden, welches im übrigen den einzelnen Autoren in den von ihnen übernommenen Zweiggebieten relative Freiheit läßt. Dieses System wie es im vorliegenden Handbuche und auch im Grundriß für Sozialökonomik usf. angewendet wurde, hat in die Augen springende Vorteile: Vor allem eine Mehrheit von Autoren zu Worte kommen zu lassen und damit jede Einseitigkeit der Einstellung zu vermeiden, aber ebenso schwere und gefährliche Nachteile, — daß der Grundplan zu einem mehr oder weniger mechanischen Einteilungsschema wird, innerhalb dessen jeder nach seinem Gutdünken bzw. nach seiner subjektiven Lehrmeinung vorgeht und so der sachliche Zusammenhang zwischen den einzelnen Kapiteln und Teilen des Gesamtwerkes nur ein äußerlicher wird. Es droht die Gefahr, daß das ganze Systemwerk zu einem Konglomerate selbständiger Abhandlungen wird, womit eigentlich bereits der systematische Endzweck geschlossener erschöpfender Gesamtdarstellung verloren ginge. Dieser Gefahr könnte nur dann und dadurch begegnet werden, daß alle Mitarbeiter eines solchen Werkes auf die »persönliche Note« möglichst verzichten und, wie es einzig angemessen und hier eigentlich selbstverständlich, eine objektive Darstellung ihrer Partie unter Berücksichtigung aller oder doch wenigstens der wissenschaftlich wertvollen und anerkannten Auffassungen geben, eine Voraussetzung, die aber meist leider nicht erfüllt wird.

Ob und inwieweit es möglich war, diese Klippe im vorliegenden Handbuch in allen Fällen zu vermeiden, soll später noch bei Besprechung einzelner Beiträge erörtert werden. Zunächst muß es als ein außerordentliches Verdienst der Herausgeber verzeichnet werden, daß sie sich der mühevollen und für den Erfolg des Gesamtwerkes ausschlaggebenden, verantwortungsvollen Aufgabe der Aufstellung eines solchen Grundplanes unterzogen haben und hiebei bemüht waren, allen Grundfragen und Zweiggebieten eine entsprechende Behandlung zu sichern. Das Werk soll, »eine den Tatsachen der jüngsten Vergangenheit wie den Bedürfnissen der Gegenwart gerechtwerdende Darstellung der Finanzwissenschaft bieten« (Vorwort S. V.). Betrachten wir zunächst den Gesamtplan des Werkes, so sehen wir im I. Band den »Allgemeinen Teil der Finanzwissenschaft« vertreten. Das Streben, die Abgrenzung der Finanzwissenschaft von anderen nahestehenden Disziplinen zu sichern, führt oder besser verführt dazu, dem ein volles Drittel dieses Bandes zu widmen. Auf den

ersten 184 Seiten wird von Wilhelm Gerloff »Die Grundlegung der Finanzwissenschaft« (nach Wesen und Aufgaben, Methodik, Wesen und Gliederung der öffentlichen Finanzwirtschaft), dann von Spitzmüller »Die Frage des Geldwesens in seinem Verhältnis zur Finanzwissenschaft«, von Otto Mayer »Das Verhältnis zwischen Finanzwissenschaft und Finanzrecht«, von Friedrich Zahn jenes zur Statistik erörtert und schließlich noch »Wesen und Aufgaben der Fianzwissenschaft vom Standpunkte der Soziologie« durch R. Goldscheid behandelt.

Gegenüber den breit ausgefallenen Abgrenzungsversuchen zu anderen Wissenschaften ist die Geschichte der öffentlichen Finanzwirtschaft für ein so groß angelegtes Werk verhältnismäßig allzuknapp behandelt. Die Finanzgeschichte des Altertums und des frühen Mittelalters hat Bernhard Laum in kurzen Zügen dargestellt (25 S.), jene vom Spätmittelalter bis zum Ende des 18 Jahrhunderts Theodor Mayer (34 S.). Die systematisch wie theoretisch besonders grundlegende »Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart« behandelt Franz Meisel auf 45 Seiten, schließlich die Geschichte der Finanzwissenschaft außerhalb Deutschlands seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Edwin R. A. Seligman auf 17 Seiten. Daß es sich speziell im letzteren Falle, aber auch für die deutsche Finanzgeschichte und die älteren Epochen um nicht mehr als Skizzen handelt, die infolgedessen wenig zur historisch-genetischen Grundlegung der in den späteren Kapiteln behandelten Finanzprobleme und Finanzinstitutionen beizutragen vermögen, ist wohl schon hierdurch klar.

Der zweite Teil des I. Bandes beschäftigt sich in einer einführenden Studie mit den öffentlichen Ausgaben (Karl Engliš). Das eigentliche Gebiet finanzwissenschaftlicher Begriffs- und Problemgestaltung des gesamten Handbuches konzentriert sich auf den III. und IV. Teil des I. Bandes in seinen Abschnitten über »die Einnahmen aus privat- und öffentlich-wirtschaftlichen Unternehmungen einerseits mit den Verfassern Alfred Amonn bzw. Oskar Engländer, über die »Gebühren und allgemeine Steuerlehre« mit den Abhandlungen von Franz Meisel über Gebührenlehre und von Wilhelm Gerloff zur Steuerwirtschaftslehre. Dieser allerdings dem Umfang nach im Verhältnis zu den übrigen einleitenden Abschnitten stark zurücktretende Teil muß vom wissenschaftlich fachlichen Standpunkte naturgemäß in erster Linie beurteilt und gewertet werden, da von seiner Ausgestaltung der systematische Lehr- und Forschungswert des Gesamtwerkes abhängt. Denn in dem Gebiete der Gebühren- und Steuertheorie, wie der modernen theoretischen Fragen des staatswirtschaftlichen Prozesses der außersteuerlichen Einnahmenerzielung gipfeln die aktuellen Fragen sowohl der wissenschaftlichen Theorie als der Finanzpolitik. Daß außerdem die »Steuerwirkungen« von Willibald Mildschuh in einem separaten kleinen Aufsatz und die »Steuertechnik« ebenso von Franz Meisel in einem eigenen verhältnismäßig eingehenden Beitrag behandelt wurden, ist entschieden zu begrüßen und zu den Vorzügen des Grundplanes zu rechnen.

Der Beitrag Rudolf Goldscheids, »Wesen und Aufgabe der Finanzwissenschaft vom Standpunkte der Soziologie« ist ein typisches Beispiel für eine rein subjektive, nur dem Ideen- und Anschauungskreise des Autors, nicht aber dem Gesamtrahmen dieses wissenschaftlichen Systemwerkes entsprechende Darstellung. Denn der im Aufsatz vertretene »Staatssozialismus« oder eigentlich »Staatskapitalismus« ist natürlich in keiner Weise mit einer wirklichen »Soziologie« oder wirklich soziologischer Grundlegung der finanzwissenschaftlichen Probleme identisch. Die vom Autor in seinen Schriften vorgetragene und auch diesem Beitrag zugrunde liegende Theorie von der »Expropriation des Staates«, von »Menschenökonomie und Fiskalismus«, vom Verhältnis »privater und öffentlicher Kapitalakkumulation« ist eine ganz spezifische, vielfach ins politische Gebiet hinüberspielende Betrachtungsweise, welche auch dadurch nicht in höherem Maße zur wissenschaftlichen Klärung des Verhältnisses von Finanzwissenschaft und Soziologie beiträgt, daß zum Schlusse noch die wohl von der Parteien Gunst oder Mißgunst stark umstrittene, nur von politischen Rücksichten geleitete Finanzpolitik der Gemeinde Wien als Beispiel für einen »Staat im Staate« vorgeführt wird. Daß unter dem Titel der »Soziologie« — allerdings im Verstandeskreise des Sozialismus — noch die »traditionelle Finanzwissenschaft« in entsprechend scharfen Gegensatz zur Lehre der staatssozialistischen Bekenner vom »öffentlichen Eigentum« gestellt wird, ist nur eine logische Folge dieses Exkurses auf ein außerfinanzwissenschaftliches Gebiet.

Die geschichtliche Tatsache, daß die öffentlichen Finanzen und insbesondere die Steuern vom außerordentlichen Bedarf und nicht vom ordentlichen ihren Ausgang nehmen, ist noch kein Beweis, daß hiefür immer Kriegszwecke maßgebend waren, und wenn sie es in den älteren Zeiten auch überwiegend gewesen wären, so gilt dies von den durch unsere heutige Finanztheorie zu erfassenden Finanzeinrichtungen gewiß nicht und hat hiefür keine andere Bedeutung als die einer historischen Begleiterscheinung. Die »gerechte Steuer« und der »gerechte Krieg«, welche nach Goldscheid eine gemeinsame soziale und rationale Wurzel haben sollen (S. 149), haben in Wahrheit so viel oder so wenig miteinander zu tun, als eine an der Außenfläche haftende, unter dem Deckmantel der »Soziologie« von einer bestimmten Tendenz getragene Darstellung — mit wahrer wissenschaftlich objektiver Erkenntnis der Dinge zu tun hat. Von der bisherigen Finanzwissenschaft zu sagen, daß sie als gleichsam »zivile Kriegswissenschaft« oder als eine Wissenschaft des »reaktionären Siegerstaates« nur die »Theorie der Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln« liefere, — zeigt von vornherein eine derart einseitige und daher unwissenschaftliche Einstellung zu allen Grundproblemen, daß dem Verfasser wohl die Legitimation zu so schwerwiegenden Anwürfen gegen die gesamte fachwissenschaftliche Literatur dieser Disziplin abgesprochen werden muß, wie sie beispielsweise in nachfolgenden Sätzen des Beitrages gipfeln: »Hiebei ist allerdings zu kon-

statieren, daß die ältere finanzwissenschaftliche Literatur in dieser Beziehung der späteren weitaus voran ist, daß es erst der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart vorbehalten blieb, die Finanzwissenschaft im großen und ganzen in durchaus engherzig-spezialistischer Fachbeschränktheit zu bearbeiten« (S. 149). Es ist durchaus bedauerlich, daß derartige Auslassungen im Handbuch Platz finden konnten, da ein Hinweis auf eine Reihe ausgezeichneter Namen des In- und Auslandes auf dem Gebiete der systematischen wie dogmengeschichtlichen und monographischen Literatur die offensichtliche Unrichtigkeit einer solchen Behauptung unschwer klar macht. Sätze wie: »Jede Seite der Finanzgeschichte ist mit Blut geschrieben« oder »ihrem bisherigen Inhalte nach könnte die Finanzwissenschaft mit gutem Rechte den Satz zum Motto haben: „Alles Menschliche ist mir fremd", oder die »Steuerausbeutung« des »Steuerstaates als Wegbereiter der kapitalistischen Wirtschaft« (S. 150—152) usf. — sind nichts als demagogische Phrasen, welche mit Finanzwissenschaft und mit Wissenschaft überhaupt nichts zu tun haben, obendrein von einer Verwechslung der Finanzgeschichte mit den Ereignissen der Weltgeschichte und ihren treibenden Ursachen zeugen, welchen gegenüber doch die Finanzgeschichte immer nur ein dienendes Glied im Rahmen des jeweiligen Staatsorganismus, seiner Verfassung und der ihm geschichtlich zugefallenen Zwecke bildete, wie die Finanzwissenschaft die stets objektive Aufgabe hat, die Erkenntnis des jeweils relativ ihrem Zweckbereiche angepaßten finanzwirtschaftlichen Apparates, seiner Gesetze und Funktionen zu vermitteln.

Aber freilich die »soziologisch orientierte Finanzwissenschaft« in der Fassung Goldscheids läuft (S. 150) darauf hinaus, die »Steuerkämpfe — als die älteste Form der Klassenkämpfe« hinzustellen, um dann in die bekannten Lehren von der »Expropriation des Staates« und von der Notwendigkeit eines »Staatskapitalismus« einzumünden, der in Wahrheit aber kein finanzwissenschaftliches und auch eigentlich kein soziologisches Problem, sondern ein solches der sozialistischen Klassenkampf- und gesellschaftlichen Umsturzlehre ist. In weitestem Maße wird im Dienste dieses gewollten Endzweckes. die nötigen Verbindungsglieder zum Schlußbild des »Staatssozialismus« künstlich herzustellen, in der Darstellung Goldscheids Ursache und Wirkung verwechselt: Nicht »die Differenzierung des Staates ist das Produkt des Wandels, der sich in den öffentlichen Finanzen vollzieht«. (Hinweis auf die Ständischen Steuerrechte, das an einen Steuerzensus geknüpfte Wahlrecht, auf die »Steuerklassen« usf. S. 152) — sondern gerade umgekehrt, die Wandlungen, welche sich in der staatsrechtlichen Stellung, in der gesellschaftlichen wie sozialen Schichtung und den Staatsbürgerrechten vollzogen, haben sich in den Finanzeinrichtungen ausgewirkt und diese sind ein Produkt des jeweiligen Standes der ersteren. Der Staat und die Weltgeschichte sind das Primäre, die Finanzgeschichte dagegen durchwegs das sekundäre, dienende Mittel anderen Zweckgeschehens.

Von Goldscheids Aufsatz gilt fürwahr das, was Franz Meisel in seinem Beitrage »Geschichte der deutschen Finanzwissenschaft im 19. Jahrhundert usf.« (S. 289) so treffend sagt: »Für den Stillstand und Rückgang der deutschen Wissenschaft sprechen verschiedene Gründe. Die Sozialökonomik hat sich seit dem wirtschaftlichen Aufschwunge Deutschlands mehr und mehr den Fragen der Privatwirtschaft und des Sozialen zugewendet. Die faktischen Zustände in der deutschen Finanzwissenschaft waren unerfreulich, ermüdend, nicht lohnend. Es schien auch, als ob die Wissenschaft ihr Werk vollendet hätte und fertig dastände. Die Kritik begann ihr Werk, aber auch die Politik. Nicht was wir Finanzpolitik nennen, sondern die politisierende Richtung der Klassen und Parteien, zu deren Dienste sich die Doktrin manchmal hergab.« Das typische Beispiel hiefür bietet Goldscheids Beitrag zum Handbuch, er hätte nie in dieses Aufnahme finden sollen. Das Urteil, welches Herbert Sultan in dieser Zeitschrift [2]) zur Goldscheidschen Publizistik, zu seinen Angriffen gegen die bisherige Finanzwissenschaft und speziell seinem Beitrage zum Handbuche gefällt hat, ist so treffend, daß ich mit ihm auch unsere Kritik über diese Art »wissenschaftlicher« Tendenzschrift abschließen möchte. Er sagt: »Diese scharfen Angriffe hängen mit einer prinzipiellen Einseitigkeit der Goldscheidschen Finanzsoziologie zusammen.« Diese beschäftige sich nur mit Teilen der politisch-soziologischen Problematik, sie sei ausschließlich politisch-soziologisch, ja politisch orientiert, unter Vernachlässigung der ökonomisch-soziologischen Problematik.

Wenn wir nun demgegenüber jene zwei Beiträge, welche die fachlichen Hauptprobleme des theoretischen Teiles der Finanzwissenschaft in sich schließen, das ist die Gebühren- und allgemeine Steuerlehre, näher betrachten, — diese beiden im Handbuch wichtigsten Abhandlungen stammen von den Herausgebern Franz Meisel und Wilhelm Gerloff selbst —, so ist zunächst vom Standpunkte des Grundplanes aus zu bedauern, daß methodisch nicht doch der Versuch gemacht wurde, beide Partien unter einem gemeinsamen Gesichtspunkte und Titel, nämlich als allgemeine Abgabentheorie, dann aber natürlich in wechselseitigem Zusammenhang und gemeinsamer Konzeption zu bearbeiten. Nur dann wäre Abgrenzung wie Konnex der Gebühren im Verhältnis zu den Verkehrssteuern, den Erbschafts- und Schenkungssteuern und damit den direkten Vermögenssteuern, wie andererseits der Gebühren im Verhältnis zu den indirekten Steuern, den Konsumabgaben und schließlich der Gebühren wie der Steuern gegenüber den erwerbswirtschaftlichen Einkünften, staatlichen Finanzmonopolen u. s. f. auf gesicherter Basis möglich gewesen. Nur so hätte auch den »obersten Besteuerungsprinzipien« der nötige universelle Hintergrund gegeben werden können.

[2]) Die reine »Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung« und die Finanzsoziologie, 59. Bd., 1. Heft, 1928, S. 150.

Statt dessen geht die »Gebührenlehre« getrennte Sonderwege neben der allzu einseitig auf die direkten Steuern i. e. S. abgestellten Steuerwirtschaftslehre. Es hätten sich dann auch einheitliche Gesichtspunkte für die Beantwortung der in der Abgabentheorie wichtigsten Fundamentalfragen nach dem Rechtsgrund der Abgabenpflicht, nach der Funktion und den ökonomischen Wirkungen der Abgaben, nach den an das ganze Abgabensystem, also Gebühren und Steuern zu richtenden obersten Besteuerungsprinzipien, nach dem systematischen Reihungsverhältnis der verschiedenen Abgabenarten usf. ergeben können. So läuft neben einer Spezialdarstellung der heute nicht einmal mehr theoretisch wie fiskalisch besonders wichtigen Kategorie der Gebühren (i. e. S., sohin ohne Verkehrssteuern) eine allgemeine Darstellung der Steuerlehre, allerdings unter dem leicht Mißverständnissen ausgesetzten Titel einer »Steuerwirtschaftslehre«. Was soll dieser Titel hier besagen? Berechtigt ist nur eine »Staatswirtschaftslehre«, während es sich bei Darstellung der Steuern und ihrer theoretischen Probleme nicht um eine Wirtschaftslehre, sondern um einen Teil der Einnahmenwirtschaft öffentlicher Körper, der Steuern und ihrer besonderen begrifflichen Erkenntnis handelt. Gerade im Rahmen der Steuern übt der Staat keine Wirtschaftstätigkeit, sondern nur seine Hoheitsrechte zwecks Einnahmeerzielung aus [3]).

In der nur etwas zu breit dargestellten »Gebührenlehre« Meisels vermisse ich eine Darstellung der Entwicklung und begrifflichen Sonderung der sog. Verkehrssteuern (Steuern vom entgeltlichen rechtsgeschäftlichen Verkehr), überhaupt eine grundsätzlich hinreichende theoretische Auseinandersetzung zwischen Gebühr und Steuerbegriff. Beides besitzt hier theoretisch wie systematisch angesichts der modernen Umwandlungstendenz und der Uebergänge von Gebühren zu Verkehrssteuern eine ganz besondere Wichtigkeit. Des weiteren fehlt im Zusammenhang damit die in jeder finanzwissenschaftlichen Erörterung der Gebühren systematisch unentbehrliche begriffliche Auseinandersetzung über den Charakter der Transportabgaben (Eisenbahn- und Frachtverkehrssteuern auf den Personen- wie Gütertransport) sowohl gegenüber den Verkehrssteuern vom rechtsgeschäftlichen Verkehr, wie gegenüber den übrigen Gebühren. Wenn Meisel a. a. O. sagt: »Mit unserer Kategorie der Verkehrssteuern scheiden aus den Gebühren des »ehrwürdigen Rau« die Erbschafts-, Schenkungs-, Immobiliar-, Rechtsgeschäftsgebühren und die Stempelsteuern aus« (S. 409), so liegt dem überhaupt kein annehmbarer und wissenschaftlich brauchbarer Verkehrssteuerbegriff zugrunde, da nicht alle Stempelsteuern schon deshalb Verkehrssteuern sind und schon gar nicht Erbschafts- und Schenkungssteuern in eine Parallele mit den rechtsgeschäftlichen Verkehrssteuern des

[3]) Denkt man aber an die ökonomischen Funktionen der Steuern, ihre Ableitung aus dem Verhältnis von Einzelwirtschaft zu Verbandswirtschaft, so sagt hierüber obige Bezeichnung erst recht nichts aus.

entgeltlichen Umsatzverkehrs gestellt werden dürfen. Ebenso ist die Abgrenzung der Gebühren von den Verkehrssteuern auf Seite 410 irrig gefaßt, wenn sie nur darin bestehen soll, daß jene Gebühren ausscheiden, welche nicht nach Kostenprinzip, sondern nach Steuerprinzip das Entgelt in den Gesetzen bestimmen«, usw. nach der bei den Gebührengeschäften sich offenbarenden Steuerkraft. Auch die Gebühren im eigentlichen Sinne, zu denen wohl ohne Ausnahme beispielsweise sämtliche Gerichtsgebühren gehören, werden zwar stets als Gegenleistung für eine gerichtliche Leistung erhoben, aber in heute zunehmendem Maß weitaus nicht immer bloß nach dem Kostenprinzip, sondern ebenfalls mit Abgabencharakter und über die Kosten hinausgehendem Fiskalzweck. Wieder fehlt eben die grundsätzliche Hervorhebung des gemeinsamen Abgabenmomentes, welches auch bei den echtesten Gebührenformen nicht übersehen werden darf.

Außerordentlich dankenswert ist aber, daß die erst in der jüngsten Zeit intensiver in der Gesetzgebung ausgebildeten »Verwaltungsgebühren« (d. h. finanzwissenschaftliche Gebühren für im Privatinteresse gelegene Handlungen in Verwaltungssachen, im Unterschiede von den richtigerweise überhaupt nicht unter die Gebühren als »Abgaben« zu zählenden »Verwaltungseinnahmen« diverser Art) in einem eigenen Abschnitt eine eingehende Behandlung gefunden haben. Ich schließe meine Bemerkungen zu diesem Beitrag damit, daß ich betone, daß m. A. n. Gebühren und Verkehrssteuern theoretisch und systematisch nebeneinander im Rahmen eines Aufsatzes im Handbuch hätten behandelt werden sollen, weil sie historisch-genetisch zusammengehören, andererseits aber dann die theoretisch schwierige, doch wichtige Aufgabe zu lösen ist, hier den Gegensatz des Gebühren- und Steuerbegriffes und die Entwicklung einer Steuerart aus der Gebühr aufzuzeigen, um so zugleich Gebühren und Steuern als zwei hauptsächliche, doch wesensverschiedene Formen aller Abgabenerhebung innerhalb einer systematischen Abgabentheorie vorzuführen.

Gerloffs Steuerwirtschaftslehre, drückt schon in dem nicht gerade glücklich gewählten Titel aus, daß es sich überwiegend mehr um steuerwirtschaftliche oder steuerpolitische Darlegungen als um eigentliche finanzwissenschaftliche Theorie handelt. Die Einbeziehung von zwangsweisen Dienstleistungen ebenso wie von Naturalleistungen in den Steuerbegriff halte ich, wenigstens in seiner den heutigen Verhältnissen notwendig anzupassenden Formulierung, für unzutreffend. Robotte und Zehente waren so wenig Steuern in eigentlichem Sinne als die allgemeine Wehrpflicht und ihre Inanspruchnahme. Sehr gut und zweckmäßig ist im übrigen gerade bei Gerloff die historische Darstellung des Steuerbegriffes und seiner in der Geschichte schwankenden Merkmale. Stärker zu betonen und auszuführen wäre nur der Wandel vom außerordentlichen zum ordentlichen Deckungsmittel gewesen (§ 1). Gut und einwandfrei

ist auch die Darstellung von Zweck und Funktion der Steuern. Viel zu knapp und unvollständig ist dagegen angesichts ihrer geradezu fundamentalen theoretischen Bedeutung die Behandlung des Rechtsgrundes und Ausmaßes der Steuerpflicht (hier »Rechtfertigung der Besteuerung« genannt) bzw. der sog. Steuertheorien, welche leider in dem sonst vielfach neue Gedanken und Anregungen bietendem Aufsatze Gerloffs eine allzu kursorische Behandlung erfahren haben. Die individualistischen Steuertheorien (Tausch-, Genuß-, Interessentheorien usf.) finden ebenso wie die moderne historisch-organische Staats- und Steuertheorie nur mit ganz wenigen Sätzen (S. 446/47) Erwähnung und doch wäre gerade hinsichtlich dieser theoretisch für die Fundierung der ganzen modernen Steuerlehre grundlegenden Partie eine möglichst eingehende, als Ausgangspunkt aller weiteren Ausführungen (insbesondere oberste Besteuerungsprinzipien, Progressionsprinzip usf.) dienende Behandlung zu wünschen gewesen[4]). Dafür folgt die Lehre Gerloffs von den obersten Besteuerungsprinzipien vielfach ganz neuen, sehr beachtenswerten Gesichtspunkten, versucht insbesondere aus den »finanzwirtschaftlichen Steuerprinzipien« die gesamten finanzpolitischen, ökonomischen und Verteilungsprinzipien harmonisch abzuleiten (S. 456—465).

Gegenüber dem I. Bande ist die Aufgabe des II. Bandes des Handbuches, die besondere Steuerlehre und den öffentlichen Kredit zur Darstellung zu bringen. Die direkten Steuern behandeln Karl Bräuer (Ertragssteuern), Hans Teschemacher (Einkommensteuer), Boleslav Fux (direkte Vermögenssteuern), Theodor Pistorius (direkte Zuwachs- und Kriegsgewinnsteuer), die Steuern vom Verbrauch Johannes Popitz (allgemeine Umsatzsteuern und Aufwandbesteuerung im allgemeinen), Erich Siegert (Getränkesteuern), Willy Pilger (Tabaksteuer), Hans Ritschl (Zölle, Mahl- und Schlachtsteuern), Erich Trautvetter (Sonstige Verbrauchssteuern). Die »Steuern vom Verkehr« wurden von Ludwig Mirre (Verkehrssteuern), Richard Büchner (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und Theodor Pistorius (Wertzuwachssteuer) bearbeitet. Zur Systematik ist nur vorweg zu bemängeln, daß hier, ohne jeden inneren Grund, ihrer Funktion und ihrem Wesen nach sehr ungleichartige Steuerkategorien unter der irreführenden Bezeichnung als »Steuern vom Verkehr« zusammengefaßt wurden, zumal z. B. die allgemeinen Umsatzsteuern nach einem anderen Einteilungsgesichtspunkt mit Rücksicht auf ihren Ueberwälzungscharakter unter die »Steuern vom Verbrauch« eingereiht wurden. Finanzwissenschaftlich wäre es weitaus richtiger gewesen, die Erbschafts- und Schenkungssteuern wenigstens in ihrer heutigen modernen Gestalt und mit Rücksicht auf ihren meist deutlich zutage tretenden Charakter unter die Vermögenssteuern von passiven Vermögensübergängen einzureihen, wie auch die Wertzuwachssteuern nach Bemessungsgrundlage und

[4]) Speziell die Ableitungsmöglichkeit der Steuer, ihres Rechtsgrundes, ihrer Funktionen und Verteilungsprinzipien aus einer organisch-universalistischen Wirtschafts- und Staatsauffassung fehlt vollständig.

Funktion viel richtiger mit den letzteren in Verbindung zu bringen sind. Dafür wieder wäre es richtiger gewesen, die Verkehrssteuern mit den allgemeinen Umsatzsteuern zu einer großen, dann logisch und historisch einheitlich aufgebauten Kategorie von Verkehrssteuern auf den entgeltlichen rechtsgeschäftlichen Verkehr in privatwirtschaftlichem Sinne zusammenzufassen.

Warum eine besondere Lehre der Gebühren und mit ihnen auch der Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehrssteuern im Sinne von Transportabgaben insbesondere Fahrkarten-, Gepäck- und Frachtsteuern) in diesem Bande fehlt, ist unklar. Letztere sind übrigens auch im allgemeinen Kapitel der »Gebührenlehre« unberücksichtigt geblieben, obwohl gerade ihre systematische Einreihung theoretisch von ziemlichem Interesse ist. Da andererseits aber die echten Verkehrssteuern vom rechtsgeschäftlichen Verkehr mit Güterwerten in der besonderen Lehre in einem eigenen Aufsatz (Ludwig Mirre), jedoch verbunden mit allgemein begrifflicher Darstellung (II. Bd. S. 274 f.), Behandlung finden, so muß wieder ihre korrespondierende theoretisch in sich geschlossene Behandlung im Zusammenhange mit der Lehre von den Gebühren, aus denen sie hervorgegangen, im allgemeinen Teile um so stärker vermißt werden. Das heute besonders wichtige Kapitel der Abgabenteilung zwischen Staat und unterstaatlichen Verbänden, der Finanzausgleich, (Johannes Popitz), dann die kommunale Finanzwirtschaftslehre (Heinrich Bleicher) finden fachkundige Spezialbehandlung. Daß schließlich der öffentliche Kredit in drei Aufsätzen über die Geschichte des öffentlichen Kredits (Julius Landmann), über Theorie des öffentlichen Kredits (Moritz Rudolf Weyermann) eine verhältnismäßig eingehende und gegenüber dem Stande der bisherigen Lehre auf Grund der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen entsprechend revidierte Behandlung gefunden haben, mag besonders begrüßt werden. Ob es aber zweckmäßig war, die übliche Verbindung mit der Lehre von den öffentlichen Ausgaben (I. Band) und jener des Staatshaushaltes, welche einem künftigen III. Bande vorbehalten bleibt, zu zerreißen, ist eine andere naheliegende Systemfrage.

Sachlich wäre zunächst zu den Kapiteln von der besonderen Steuerlehre zu bemerken: Es fällt auf, daß in Bräuers Beitrag wie überhaupt im II. Bande des Handbuches eine geschlossene Darstellung der besonderen Erwerbssteuerformen von Gesellschaftsunternehmungen, insbesondere in der Gestalt der modernen »Körperschaftssteuer«, sowie der in diese einbezogenen oder auch mitunter von ihr separierten Erwerbssteuern von Eisenbahnen usf. fehlt. Dies beeinträchtigt die Vollständigkeit der gebotenen besonderen Steuerlehre allerdings aufs Schwerste, da gerade diese Partie praktisch wie finanzpolitisch und im nicht geringen Maße auch finanzwissenschaftlich theoretisch im Vordergrunde des Interesses steht. Die Stellen, an denen im II. Bande der »Körperschaftssteuern« Erwähnung getan wird, sind nur auf Seite 54 und 457 zu finden. An ersterer Stelle geschieht es in Bräuers Darstellung der direkten Ertragssteuern unter dem Gesichtspunkte der »Sondergewerbesteuern«, wobei auf einer einzigen

Seite nebeneinander ohne alle weitere Ausführung und zwar die Bergwerksabgabe, die Warenhaussteuer, die Mühlenumsatzsteuer und die Eisenbahnsteuer angeführt werden. Dann werden noch die in Einzelstaaten der amerikanischen Union vorkommenden Körperschaftssteuern genannt. Im übrigen wird auf Seite 54 eine »Stellungnahme« zu den »die modernste Gestalt der allgemeinen Einkommensteuer, namentlich der Körperschaftssteuer« [5]) betreffenden Fragen mit der Begründung unterlassen, daß »an anderer Stelle dieses Handbuches den genannten Steuerformen eine sehr ausführliche Behandlung zuteil wird«. Diese »ausführliche Behandlung« findet sich aber nur hinsichtlich der Einkommensteuer, nicht dagegen auch der Körperschaftssteuer. Denn an der einzigen zweiten Stelle (S. 457), wo von ihr die Rede ist, wird ihrer von Bleicher in der »kommunalen Finanzwirtschaftslehre« nur hinsichtlich der Beteiligung der Gemeinden an Reichssteuern neben den anderen der Verteilung unterliegenden Steuern gedacht [6]).

Unter den Beiträgen zur besonderen Steuerlehre nimmt der Aufsatz Teschemachers über die Einkommensteuer einen inhaltlich besonders hervorragenden Platz ein. Als wertvoll sei u. a. insbesondere auf die Ausführungen verwiesen, welche die Bedeutung der Unternehmerstellung, sowie des ganzen Entstehungs- und Verteilungs-

[5]) Nur nebenbei bemerkt, ist es gar nicht so ausgemacht, mindestens bestritten und finanzwissenschaftlich mehr als fraglich, ob die Körperschaftssteuer wirklich eine Form der allgemeinen Einkommensteuer oder auch nur eine parallele Kategorie derselben für juristische Personen darstellt und nicht vielmehr eine Sonderform der Ertragssteuern als Erwerbssteuern ist. Denn es gibt eine theoretisch ziemlich einwandfrei zu begründende Lehre, welche auch ich vertrete, daß eine Einkommensteuer stets nur physische Subjekte, nie aber juristische Personen zu Steuersubjekten haben kann, da schon der Einkommensbegriff ökonomisch ein nur rein subjektiv faßbarer Begriff ist, während die Bilanzreinerträge der Gesellschaftsunternehmen für letztere eben Reinerträge, in ihrer Ausschüttung als Dividende oder Tantième aber für Aktionäre, Kommaniditsten, Gesellschafter usf. Teilhabereinkommen sind. Systematisch gehört daher eine Darstellung der Körperschaftssteuer grundsätzlich in den Rahmen eines Ertragssteuerkapitels und nicht in jenen der Einkommensteuer. Diese Auffassung der Einkommensteuer als einer grundsätzlichen Steuer nur physischer Subjekte kommt auch in dem vorzüglichen Beitrage Teschemachers »Die Einkommensteuer« im Handbuche zum Ausdruck (siehe insbes. § 2: Der subjektive Ausgangspunkt der Einkommensteuer, S. 66/67).

[6]) Auch eine nähere systematische Ausführung einzelner besonders markanter und namentlich in der autonomen Finanzpolitik wichtig gewordener Spezialsteuerformen wie z. B. der Warenhaussteuer (hierüber 7½ Zeilen auf S. 53) mangelt. Diesbezüglich wie überhaupt hinsichtlich der modernen Ertragssteuerformen der in der Regel fiskalisch wie steuerpolitisch sogar im Vordergrunde des Interesses stehenden gesellschaftlichen Erwerbsunternehmungen als dem Typus einer hochkapitalistischen Entwicklung — sollte in einem Standardwerke der Finanzwissenschaft doch sogar eine eingehende Bearbeitung erwartet werden. Nicht minder hätte die Frage der Kartellsteuern, der modernen Bezugsrechts- und Syndikatssteuern eine wenn auch noch so knappe Behandlung erfahren sollen.

prozesses der Unternehmerroherträge in der Volkswirtschaft für den Aufbau der Einkommensteuer zum Gegenstande haben. Ebenso sind die Ausführungen über die theoretische Behandlung der unperiodischen Einnahmen und Vermögenszugänge (S. 77 f.) und die Auseinandersetzung mit dem Schanzschen Einkommensbegriff besonders instruktiv.

Systematisch ist die Scheidung zwischen »allgemeinen Verbrauchssteuern«, zu denen auch die allgemeinen Umsatzsteuern gerechnet werden, und »Aufwandbesteuerung im allgemeinen« (direkte, indirekte) keine besonders glückliche zu nennen, da beide Kapitel, zumal sie ohnehin vom selben Autor behandelt werden (Johannes Popitz), besser in einem einzigen zusammengefaßt worden wären. Der Ausgangspunkt muß der Begriff des Aufwandes sein und die Wege seiner Erfassung. Die allgemeine Verbrauchssteuer ist hiebei nur die generelle Steuerform gegenüber den besonderen Verbrauchssteuern. Ich halte die hier gemachte Differenzierung: »Es wird vielmehr im Aufwande etwas anderes als eine Ausdrucksform für Verbrauch (und Gebrauch) schlechthin gesehen, nämlich eine Qualifizierung nach der Richtung eines, besondere Aufwendungen an Geld bedingenden Verbrauches oder Gebrauches« (S. 199), für irrig und geradezu verwirrungstiftend. Denn diese Qualifizierung würde eigentlich den Begriff der Aufwandsteuern auf Luxussteuern einschränken, aber gerade diese Konsequenz wird nicht gezogen, im Gegenteil, diese Qualifizierung wird direkt abgelehnt (S. 200). In Wahrheit handelt es sich um die verschiedenen Formen der besonderen, d. h. von bestimmten Anknüpfungspunkten ausgehenden oder auf bestimmte Gegenstände gelegten Aufwandsteuern direkter oder indirekter Art. Eine sprachliche Kuriosität, die mir schlimmer als der Gebrauch von vermeidbaren Fremdworten dünkt, sei hier nur ihrer relativen Seltenheit wegen vermerkt. Wir finden Seite 205 den Satz: »Der Grund, weswegen ein Gegenstand als »aufwändig« gilt, kann ein zweifacher sein . . .«.

Zum ganzen Kapitel der Aufwandbesteuerung muß bemerkt werden, daß eine gesonderte theoretische, wie positiv steuergesetzliche und steuerpolitische Behandlung der Luxussteuern als einer besonderen Unterart von Aufwandsteuern und ihrer verschiedenen Formen außerordentlich wünschenswert gewesen wäre, hier aber, von eingestreuten Bemerkungen im Sammelbecken der gesamten direkten und indirekten Aufwandsteuern abgesehen, leider vollständig vermißt werden muß. Die steuerliche Erfassung des »Luxus« ist ja heute überhaupt nicht mehr bloß im Rahmen der Aufwandbesteuerung, sondern mehr noch der Verkehrbesteuerung, der Zölle, ja sogar der Ertragsbesteuerung (z. B. Haussteuer nach Zahl der Wohnbestandteile, Mietzinssteuern, Steuern von Eigenhäusern usf.) möglich und auch geübt, ohne daß hier von reinen »Luxussteuern« im eigentlichen Sinn gesprochen werden könnte. Die Erfassung von Luxusaufwänden ist vielmehr ein von einer bestimmten Steuerform relativ unabhängiges Problem, gerade im Aufbau des modernen direkten wie indirekten

Steuersystemes ganz im allgemeinen. Darum ist eine systematische Behandlung des Luxusbegriffes und seiner steuerlichen Erfassungswege auch im allgemeinen Teile heute finanzwissenschaftlich unentbehrlich.

Die Behandlung der Zölle (noch dazu zusammen mit Mahl- und Schlachtsteuern auf zusammen sechs Seiten 245—250) entspricht ebenfalls nicht der Bedeutung dieser Abgabenform in den meisten Steuersystemen der heutigen Zeit, zumal eine »besondere Lehre der Zölle«, d. h. die Darstellung ihrer besonderen Gestalt auch nur in den hauptsächlichen typischen Formen unterblieben ist, vielmehr der Hauptsache nach nur die finanzwissenschaftlich weniger bedeutsamen Fragen des Charakters der Schutzzölle im Gegensatz zu den Finanzzöllen zur Darstellung gekommen sind. Die besondere Lehre der Transportabgaben bzw. Fahrkarten-, Fracht- und Gepäcksteuern fehlt ebenso vollständig wie die hierhergehörige Partie der allgemeinen Lehre.

Dafür geht wieder die »kommunale Finanzwirtschaftslehre« Bleichers leider in einem großen Teil ihrer Ausführungen über rein finanzwissenschaftliche Erörterungen weit hinaus, ja sprengt in dieser Art den sonst so folgerichtig angelegten Grundplan vollständig. So handelt es sich in der ganzen lang gedehnten Darstellung über Stadterweiterung, Straßen und Wege, Bau- und Wohnungsfürsorge, Schulwesen, Volksbildung, Kunst-, Wissenschafts- und allgemeine Wohlfahrtspflege im Wege der Gemeinden (etwa von Seite 395—450) eigentlich um eine eingehende Vorführung der ganzen Aufwandszwecke von Kommunen überhaupt — wie auch ihrer diversen Betriebe (insbesondere sanitäre Betriebe, Werke für Licht- und Kraftversorgung, Verkehrseinrichtungen, Kreditinstitutionen usf.). Diese Partien sind für ein Handbuch der Finanzwissenschaft viel zu breit angelegt, fallen als reine Verwaltungslehre der Kommunalwirtschaft zum größeren Teil vollständig außerhalb des Rahmens einer Finanzwissenschaft überhaupt, da sie mit der Einnahmeerzielung nichts zu tun haben. Dem gegenüber sind trotz des großen Umfanges dieses Beitrages der hauptsächlich hierher gehörigen Darstellung des Finanzhaushaltes der Kommunen, der Gemeindesteuern und des Finanz- und Lastenausgleiches nur ca. 25 Seiten gewidmet. Wohin käme man, würde man nach gleichem Maßstab in einem Handbuch der Finanzwissenschaft nun auch noch die gesamten Ausgaben- und Verwaltungszwecke des Staates per extensum beschreiben wollen? Angesichts mehrfacher schwerer Lücken auf finanzwissenschaftlichem Gebiete müssen solche Ungleichmäßigkeiten der Raum- und Stoffverteilung besonders bedauert werden. Dem gegenüber ist trotz präziser Raumbeschränkung als sachlich instruktiv und auch inhaltlich gut disponiert Weyermanns »Theorie des öffentlichen Kredites« hervorzuheben.

Mußte so im allgemeinen eine Reihe sachlicher Einwände erhoben, namentlich eine starke Ungleichmäßigkeit der Darstellung, nicht nur nach Länge, sondern auch nach Inhalt und Vollständigkeit des

gebrachten finanzwissenschaftlichen Stoffes in seinen hauptsächlichen Partien konstatiert werden, so sollte damit der Wert des Handbuches als einer wichtigen und außerordentlich dankenswerten Neuschöpfung auf dem Gebiete der Systematik unserer Wissenschaft in keiner Weise verkleinert werden. Im Gegenteil, es ist seine hohe Bedeutung als Fundgrube und Sammelstelle neuesten Forschungsmateriales durch eine Reihe hervorragender finanzwissenschaftlicher Schriftsteller in vollstem Maße anzuerkennen. Vielleicht ergibt sich in einer späteren Auflage die Möglichkeit, eine harmonischere Durchdringung des Stoffes und vor allem eine vollständigere theoretische Fundierung desselben zu sichern.

Ein Jahrhundert Preise und Reallöhne[1].

Von

MELCHIOR PALYI.

Einen neuen Beweis für das wachsende preisgeschichtliche Interesse bietet der vorliegende, vorzügliche statistische Vergleich von Dr. Notz über Löhne, Lebenskosten und Lebenshaltung in Basel in den beiden Perioden, die im Untertitel des Buches hervorgehoben und voneinander durch rund ein Jahrhundert getrennt sind. Die Wahl der beiden Perioden erfolgte nicht willkürlich, ergab sich vielmehr aus dem zugänglichen Quellenmaterial, das vom Verfasser in der ausgiebigsten Weise dargestellt und ausgewertet wird. Wenn eine kritische Bemerkung angesichts des vielen Fleißes gestattet ist, so sei vorweg gesagt, daß die Ausgiebigkeit der Darstellung zu einer Breite derselben führt, die leicht hätte vermieden werden können — zum Vorteil der Lesbarkeit und zur Verbilligung des Ladenpreises.

Sieht man zunächst von der überflüssigen, weil wissenschaftlich nicht genügend durchdachten, »theoretischen« Einleitung (S. 3—32) ab, so wird das Buch auf einem statistisch-methodischen Fundament aufgebaut. Nach kurzen Ausführungen über die Quellen und ihre Beschaffung aus dem Staatsarchiv von Basel Stadt und aus der Abteilung Privatarchiv des schweizerischen Wirtschaftsarchives in Basel, sowie aus gedrucktem Material (Zeitungen, statistischen Publikationen usw.) wird die statistische Aufbereitung und ihre Methodik besprochen. Mit größter kritischer Vorsicht hält sich der Verfasser zunächst an Lebensmittelpreise, und zwar an Detailpreise, die z. B. im Baseler »Avisblatt« (Butterpreise) seit Anfang April 1805 wöchentlich veröffentlicht wurden. Da fließen also die Quellen reichlicher als bei Wohnungs- und Kleiderpreisen; auch ist die Vergleichbarkeit wesentlich sicherer als bei den letztgenannten Gütern. Für Periode I (1800 bis 1833) sind 24, für Periode II (1892—1923) 31 Artikel erfaßt worden; von der letzteren Gruppe werden allerdings 3 Artikel (Eier, Grieß und Maisgrieß) bei der Berechnung der Gesamtnahrungskosten mit Rück-

---

[1]) Emil Notz, Die säkulare Entwicklung der Kaufkraft des Geldes. Für Basel in den Perioden 1800—33 und 1892—1923 nebst internationalen Vergleichen dargestellt. Mit 9 Diagrammen im Text. (Jena, Gustav Fischer, 1925, VIII und 283. S. M. 12.—.)

sicht auf die Vergleichbarkeit ausgeschaltet. Was die Durchschnittsrechnungen anbelangt, so stellt N. als Beispiel für die Jahre 1800 bis 1815 die Durchschnittspreise für Gerste jeweils 1. nach gewogenem arithmetischen Mittel, 2. nach arithmetischem Mittel aus zwei extremsten Preisen und 3. nach dem Medianwert einander gegenüber, um sich kurzerhand für die erste Methode zu entscheiden (unter Berufung auf I. Fisher). Er macht von Interpolationen ausgiebig Gebrauch, aber meist nur für kürzere Perioden, so daß es unbedenklich sein dürfte.

Hinsichtlich der Geldumrechnung verfährt N. in der Weise, daß zunächst alle alten Währungseinheiten (Gulden, Kreuzer, Schillinge usw.) auf »alte Franken« und Rappen umgerechnet und in diesen Einheiten aufgeführt werden, lehnt aber dann die Methode, Geldarten nach den darin enthaltenen Edelmetallmengen umzurechnen, grundsätzlich ab. Die Argumente, die er dafür aufbringt, lassen sich z. T. hören: tatsächlich pflegen die Preise bei Münzänderungen sich »nicht genau proportional der Verminderung des Geldwertes« (soll wohl heißen: des Metallgehaltes) zu verändern (S. 55 f.). Ist es jedoch richtig, daß der Forderung (z.B. Wiebe's), alle Münzen auf ihren Metallgehalt zu reduzieren, die »unhaltbare Voraussetzung zugrunde [liege], daß bei jeder Abweichung des Kurswertes des Geldes von seinem ursprünglichen Goldwert die Preise direkt proportional der Veränderung steigen oder fallen« (S. 206)? Das Hauptargument ist aber, daß es dem Verfasser auf die Bestimmung von Veränderungen der »subjektiven Kaufkraft des Geldes« ankommt, also des Verhältnisses zwischen Geldlohn und Geldpreisen; dann sei es gleichgültig, ob man Goldlöhne mit Goldpreisen oder Papierlöhne mit Papierpreisen vergleiche, und dementsprechend wird der numismatische Knoten scheinbar mutig durchgehauen, in dem einfach Franken mit Franken verglichen werden. Daraus folgt nun keineswegs, wie man es nach gelegentlichem Wortlaut des Verfassers annehmen könnte, daß er reine Nominalwerte vergleicht. Er bedient sich vielmehr der unter modernen Verhältnissen meist üblichen Methode, den Kurswert zugrunde zu legen; und es ist überflüssige Geistreichelei, wenn das (noch dazu unter Berufung auf Knapp) als fundamental verschieden von der bei Historikern geläufigen Methode (Berechnung nach dem Metallgehalt) hingestellt wird. Allerdings wird dann der Kurswert zunächst in Periode I berechnet; so ferner als derjenige, der beim Uebergang vom alten Schweizer Franken in das neue schweizerische Geldsystem (1850) gesetzlich geherrscht hat. Für die in Periode I selbst geltende Mannigfaltigkeit von Münzen erfolgt die Umrechnung auch nur je einmal; und zwar offenbar deshalb, weil es sich um ziemlich feststehende Relationen zwischen alten Schweizer Franken und anderen umlaufenden Sorten (Schillinge, Gulden usw.) handelte. Ist es aber nicht eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß dies keine Reduktion auf den Metallgehalt sei, während der Kurswert der Münzen doch nur der Ausdruck des wechselseitigen Metallgehaltes war? Wenn es dem Verfasser wirklich nur auf das jeweilige Verhältnis von Nominallohn und Nominalkosten der

Lebenshaltung ankommt, wie er es behauptet, dann bedurfte es eigentlich gar keiner Umrechnung; man sieht aber, daß er dem nicht treu bleibt. Nur für Periode II (Kriegswirtschaft) sieht er effektiv von jeder Berücksichtigung der Kursschwankungen des Franken gegen Gold ab; eine willkürliche Methode, die Vergleiche scheinbar zulässig erscheinen läßt, die es in Wirklichkeit nicht sind. Bei den relativ mäßigen Kursschwankungen, die das Schweizer Geld in beiden Perioden erlebt hat, braucht die Fehlerquelle zwar nicht allzu hoch eingeschätzt zu werden. Jedenfalls dürfte es bei näherem Zusehen etwas zweifelhaft erscheinen, ob man es mit reinen Relationen zwischen Geldlöhnen und Geldpreisen zu tun hat, für die der Kurswert der Währung im Grunde gleichgültig wäre. Das gilt doch allenfalls nur für ein ganz oder überwiegend autarkes Gemeinwesen, in dem es keine oder wenig mit fremden Zahlungsmitteln bewaffnete Käufer gibt. Die Vereinfachung wäre für die Periode I trotz der kleinen Fehlerquelle zulässig gewesen; für die Papierwirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit im Rahmen der Periode II und für die von Ausländern so stark besuchte Stadt Basel ist sie jedenfalls nicht ohne weiteres zulässig.

Damit ist die methodologische Vorarbeit noch nicht fertig. Mit großer Sorgfalt geht der Verfasser an das Problem der Bestimmung von Gewichtskoeffizienten für die Indexberechnung heran. Er schließt sich der bekannten J. Lorenz'schen Berechnung an, um die Jahreskonsummenge einer durchschnittlichen Familie zugrunde legen zu können und korrigiert sie im Hinblick darauf, daß die Zahl der Artikel in den beiden Perioden verschieden ist. Die Schwächen dieser Methode sind N. wohl bewußt: daß die gekauften Mengen mit den Preisen von Jahr zu Jahr und erst recht in längeren Perioden schwanken, und daß überhaupt im Laufe eines Jahrhunderts die Lebenshaltung gründliche Verschiebungen erfahren hat. Beiden Einwänden kann nichts entgegnet werden; hinsichtlich des zweiten schließt sich N. Hanauer und d'Avenel an, die ja für viel längere Perioden (600 Jahre) ein ähnlich konstruiertes Normalbudget zugrunde gelegt haben. Wichtiger ist, daß die Bewegung der Nahrungskosten »als repräsentativer Ausdruck der gesamten Preisbewegung« (S. 59 f.) aufgefaßt wird. Dabei wird der Durchschnitt der Nahrungskosten für 1911—13 gleich Hundert gesetzt, um alle Indexzahlen für beide Perioden darauf zu reduzieren. Die Indexmethode selbst ist die des »aggregativen Formeltypus« (aggregate expenditure method von Knibbs); die Kaufkraft des Geldes wird jeweils als der reziproke Wert dieses Preisniveaus aufgefaßt. Schließlich ergibt sich der Reallohn aus der Division des Nominallohns mit dem Index der Nahrungskosten, den der Verfasser »Preisniveau« nennt. Wiederum ist er sich durchaus bewußt, daß ein solcher Index von Preisen, der auf Heizungs- und Beleuchtungskosten, auf Miets- und Bekleidungsausgaben keine Rücksicht nimmt, alles eher denn völlig einwandfrei ist. Aber er nimmt an (S. 186), »daß die Veränderungen der Lebensmittelpreise auf die Gestaltung des Gesamtpreisniveaus einen ausschlaggebenden Einfluß ausgeübt haben«. Immerhin gibt er zu, daß in Zeiten großer Preisrevolution der Nahrungs-

mittelindex nicht ohne weiteres als repräsentativer Ausdruck des Gesamtpreisniveaus gelten dürfe und macht von seiner eigenen Methode seit Ausbruch des Weltkrieges »nur unter Vorbehalten« (S. 185) Gebrauch. Der kritische Leser wird diese Vorbehalte wohl noch um ein Stück erweitern und insbesondere dem auf diese Grundlage gestellten Vergleich der Gegenwart mit Periode I (Anfang des 19. Jahrhunderts) etwas skeptisch gegenüberstehen. Diese Skepsis bezieht sich aber lediglich auf das Verfahren des Autors, vergleichbare Reallöhne auf dieser Basis errechnen zu wollen; der Vergleich der Nahrungskosten selbst dürfte an sich bis auf die oben angedeuteten Schwierigkeiten unbedenklich sein [2]).

Ebenso wertvoll wie die methodologischen Erörterungen und wie die abgeleiteten Indexzahlen ist in diesem Buche das darin ausgebreitete U r m a t e r i a l selbst. Mit großer Ausführlichkeit wird auf die Preisentwicklung der wichtigsten Lebens- und Genußmittel in den beiden Perioden (1800—33, bzw. 1892—1923) eingegangen. Die Analyse von lokalen und internationalen Faktoren der Preisbildung bringt wertvolle Bestätigungen für manche an sich nicht mehr unbekannten Zusammenhänge; insbesondere wird auch dem Einfluß der Zollbelastung Rechnung getragen. Von den Ergebnissen dieser letzteren Untersuchung verdienen einige besonders hervorgehoben zu werden. Die zahlreichen Zusammenstellungen des Verfassers über die „Zollbelastung" wichtiger Waren, die einfach durch Berechnung des prozentualen Anteils des Zolles an dem Preis der Waren erfolgte, sind an sich schon brauchbares Material; während es allerdings weit weniger wichtige Daten ergibt, wenn die Zollbelastung in Prozenten des Einfuhrwertes (durchschnittlicher Einfuhrwert dividiert durch den Zollansatz) errechnet wird. Für 1811—12 vergleicht N. den rechnerisch um die spätere Zollbelastung erhöhten Durchschnittspreis der Jahre 1802—03 mit dem tatsächlichen Durchschnittspreis von 1811—12, um »die Zollwirkung auf dem Höhepunkt des Kontinentalsystems veranschaulichen« zu können. Das Resultat ist, daß der wirkliche Durchschnittspreis von 1811—12 den konstruierten beim Zucker um 10, beim Kaffee um etwa 6% übersteigt. Unnötig zu sagen, daß die Methode zulässig ist, jedoch Ergebnisse liefert, die für die »Veranschaulichung« der Zollbelastung wenig bedeuten: sie würde ja diese Aufgabe nur erfüllen, wenn zwischen 1802—03 und 1811—12 keine anderen Faktoren als der Zollsatz die Preise beeinflußt hätten. Dagegen wird man dem Verfasser restlos zustimmen müssen, wenn er für die Zeit nach 1891 zeigt, wie bei steigenden Preisen Stück- und Gewichtszölle sich in ihrer Wirkung vermindern, indem die Wertbelastung der Einfuhrgüter fortlaufend sinkt. Das bietet gewiß keine neue Erkenntnis; wie überhaupt die preistheoretischen Erörterungen des Verfassers

[2]) Sehr begrüßenswert ist es, daß der Verfasser sich in den ausgezeichneten graphischen Darstellungen logarithmisch geteilter »Quotient-Skalen« an Stelle der Differenz-Skalen bedient; denn bei der Quotient-Skala kommen »die relativen Veränderungen innerhalb der einzelnen Reihen, wie auch gegeneinander, unmittelbar in den Kurven zum Ausdruck« (S. 67).



sich meist um sehr allgemein bekannte Formulierungen und Probleme drehen. Statistische Verfeinerungen im Sinne der modernen Preistheorie, wie sie z. B. in der preisstatistischen Arbeit des Amerikaners Mills jüngst geboten worden sind, liegen ihm fern.

Damit kommen wir zu der piece de résistance der theoretischen Gedankengänge in dieser Arbeit: zu der eigentlichen Preisniveauanalyse. Zunächst ist es erfreulich, daß die allgemeinen Preistendenzen (Senkung von 1800—07, Steigen in den nächsten fünf Jahren, neuerliche Senkung und darauf folgende Steigerung bis 1817, schließlich außerordentliche Senkung bis 1826, um von da ab wieder etwas anzusteigen bis zum Ende der Periode I) mit sonsther bekannter Preisentwicklung für die gleiche Epoche ungefähr übereinstimmen [3]). Noch auffälliger ist die Parallelität — bis in Einzelheiten — zwischen der Preisniveauentwicklung in Basel auf der einen Seite und den Großhandelspreisen in den U.S.A. und in England auf der anderen, wenn man die II. Periode (1892—1923) ins Auge faßt. N. beschränkt sich nicht auf derartige Feststellungen allein, geht vielmehr an die Frage der Ursachen (S. 188 ff.). Für die I. Periode glaubt er, das Auf und Ab der Preise im wesentlichen durch Faktoren auf der Warenseite, wie durch reiche oder Mißernten erklären zu können. Dabei zeigt sich aber bereits die Schwäche einer Preisniveauanalyse, die als Maßstab des allgemeinen Preisstandes den Stand der Lebensmittelpreise benutzt. Denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß solche, auf Ernteschwankungen zurückgehenden Veränderungen der Lebensmittelpreise vom Standpunkt des allgemeinen Preisniveaus beträchtlich kompensiert sein können durch das gleichzeitige, häufig unvermeidliche Fallen der Kleidungs- und ähnlichen Preise. Der Fehler wird dadurch wesentlich korrigiert, daß N. auch den Einfluß der Edelmetallmenge und ihrer Veränderungen gelten läßt. Nun ist die Silberproduktion gerade Ende des 18. Jahrhunderts sehr beträchtlich gestiegen, was Irving Fisher veranlaßte, die Preissteigerung nach 1789 (bis 1809) auf diese Zunahme der Edelmetallbestände zurückzuführen. N. glaubt, daß die Wirkung sich sogar noch weiter erstreckt haben mag, indem der einmal vermehrte Edelmetallzufluß seine Wirkung erst nach und nach voll entfaltete. Und dementsprechend führt er den Tiefstand der Preise im dritten Dezennium des vorigen Jahrhunderts auch auf eine Silberdeflation zurück, — neben der als Kriegsfolge eingetretenen »Verarmung großer Bevölkerungsschichten«, neben reichen Erntejahren und der zunehmenden Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft.

So viel über die I. Periode; in der II. liegen die Dinge etwas komplizierter. N. weist darauf hin, daß das Fallen der Preise 1892—96 ebenso, wie ihr Steigen nach 1896 und insbesondere 1900—12, jeweils mit Rückgang resp. mit Steigerung der Goldausbeute zusammenfällt. Aber auf der anderen Seite, namentlich für das letzte Jahrzehnt vor

[3]) Z. B. mit den Indexberechnungen von Hanauer für Elsaß in der Periode 1801—30.



dem Kriege, spielt seiner Meinung nach die monopolistische Preispolitik von Verbänden, die bis zur »willkürlichen Einschränkung der Bedarfsdeckung durch Verminderung der Produktion« (S. 195 f.) gereicht hat, eine große Rolle. Folglich kann sich N. nicht entscheiden, ob er die Preisniveauänderungen vor dem Weltkrieg von der Waren- oder der Geldseite her erklären soll; er neigt aber doch zu der Erklärung von der Warenseite. Wie man sieht, ist ihm der Unterschied zwischen Veränderungen der relativen Preise und Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus aus den Fingern geglitten; die Heranziehung von »Monopolen« für säkulare Preisniveauerklärung hätte eigentlich nicht vorkommen dürfen. Des Näheren will er die Behauptung, daß die Goldproduktion und die Kreditmenge keinen entscheidenden Einfluß in der fraglichen Periode ausgeübt haben können, durch folgende Argumente begründen:

a) Veränderungen »auf dem Gebiete des Geldwesens« laufen nicht ganz parallel mit den Konjunkturen, die sich mit den Preisniveauschwankungen decken. Ein etwas schwächliches Argument, da ja die Aufgabe gar nicht war, konjunkturelle Aenderungen des Geldwertes, sondern relativ langfristige Schwankungen desselben, zu erklären.

b) Warenpreisniveau und Zinssätze für kurzfristigen Kredit haben sich ziemlich parallel entwickelt, behauptet N. und benutzt dazu Jahresdurchschnitte der Marktdiskontsätze. Nun müssen, meint er mit Recht, bei Preisniveauänderungen, die von der Geldseite ausgehen, die Zusammenhänge derart laufen, daß bei steigendem Diskontsatz die Preise sinken und bei sinkendem Diskont die Preise steigen. Im Anschluß an Helfferich wird nun behauptet, daß der Sachverhalt gerade der umgekehrte gewesen sei (vor dem Kriege). Ein methodisch zweifelhaftes Argument, das gar nicht nach Herkunft und Zusammensetzung der angeblichen Diskontdurchschnitte frägt. Es übersieht auch das konjunkturelle Element in diesem Zusammenhang, das vorher ausgeschaltet werden muß, bevor Schlüsse über allgemeine Entwicklungstendenzen langfristiger Art gezogen werden. Es rächt sich hier der Umstand, daß der Verfasser mit moderneren statistischen Untersuchungsmethoden — außer Indexzahlen — nicht ganz vertraut ist.

c) Schließlich sollen die Preisniveauänderungen positiv von der Warenseite her erklärt werden können; wiederum braucht man sich damit nicht näher auseinanderzusetzen, da es der Verfasser an dem Unterschied zwischen konjunkturellen und säkularen Schwankungen fehlen läßt.

Dagegen wird man ihm vielleicht zustimmen können, wenn er ausführlich (S. 199 ff.) darlegt, daß die Preisrevolution während des Krieges in keinen direkten Zusammenhang mit Aenderungen der Gold- oder Kreditmenge gebracht werden kann; wenn er auch zugeben muß, daß speziell in der Schweiz die Goldzufuhr während des Krieges eine »Kreditgeldinflation" ermöglicht hat. Für die Nachkriegsjahre, insbesondere für 1921—23 sieht er eine Kompensierung

der Goldinflation (infolge steigenden Goldzuflusses) mit der Kreditdeflation (von 1009 Millionen auf 784 Millionen in wenigen Monaten in der Schweiz) und führt das geringe Steigen des dortigen Preisniveaus 1923 nicht auf Faktoren der Warenseite, sondern auf die Entwicklung des schweizerischen Wechselkurses, nämlich aus der höheren Kaufkraft des Schweizer Frankens im Inlande als im Auslande zurück.

Schließlich die Reallöhne. Für die Nominallöhne wird Material bis auf 1767 zurückgehend beigebracht; in einer so ordentlichen Stadt wie Basel kann man z. B. nach dem »Kompetenzbuch« von 1813 das Schema der staatlichen Besoldungen für Amtsdiener und Briefträger, für Postmeister und Universitätsprofessoren ganz genau feststellen. Auch für Taglöhne fließt das Material für 1804—31, wenn nicht reichlich, so doch einigermaßen; ein Vergleich mit Bowleys Londoner Ziffern für die gleiche Periode und die gleiche Arbeiterkategorie zeigt, daß man dort das Doppelte bis Dreifache der Baseler Geldlöhne gezahlt hat. N. wählt die Briefträgerbesoldung als »Standard für die Darstellung der Bewegung der Einkommen der minderbemittelten Bevölkerungsklassen und für die Berechnung der Reallöhne in den beiden Untersuchungsperioden« (S. 225). Nimmt man das Briefträgereinkommen in den Jahren 1911—13 mit dem damals geltenden Besoldungsmaximum von 2700 Franken als Vergleichsbasis (S. 229 f.), so ergibt das einen Index für den durchschnittlichen Nominallohn von 25—30 (aufsteigend) in der I. Periode und von 77—164,3 in der II. Periode (bis 1923). Die Reallöhne sind freilich nicht in dem entsprechenden Maße gestiegen. Der Reallohnindex steigt zwar vom 1.—3. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts von 40,5 auf 56,5 und beträgt im letzten Jahrzehnt sogar 95,3, um in den folgenden 14 Jahren (bis 1913) weiter ein wenig zu steigen; aber die Periode 1914—23 bringt einen Rückschlag bis auf 95, also auf den Stand der 90er Jahre zurück. Für das ganze Jahrhundert ist das Bild der Reallohnentwicklung das gleich günstige wie anderweitig; es wird ergänzend noch belegt durch stichprobenweise Vergleiche bezüglich der Bekleidungs-, Wohnungs-, Heizungs- und Beleuchtungsausgaben, für deren Berechnung Haushaltungsbudgets aus den Jahren 1806, 1912 und 1922 herangezogen werden. (Der Preisindex an sich enthielt ja lediglich Nahrungsmittelpreise.) Die Analyse zeigt mithin, daß in Perioden steigender Preise der Reallohn im großen und ganzen gleichbleibt oder sogar (seit 1910) beträchtlich zurückgeht; die Reallohnsteigerung des Jahrhunderts entfällt also vollständig auf die Perioden sinkender Güterpreise. Ein Ergebnis, das dem Geldtheoretiker nicht neu ist (und das der Verf. nicht hervorhebt); aber um so wichtiger ist es, dafür neue Belege zu haben, — für alle Diskussionen über Vor- und Nachteile verschiedener Preisrichtungen. Mit das letzte Wort der ganzen Betrachtung ist die Feststellung des Verfassers, daß das Lebenshaltungsniveau der gelernten Arbeiter, Angestellten und niedrigeren Beamten in Basel »im Verlaufe der letzten 100 Jahre sich ungefähr auf den

Stand einer mittelbürgerlichen Lebenshaltung im Jahre 1806 gehoben hat«.

Im ganzen eine sehr feine statistische Arbeit, die das Material des Geldtheoretikers wesentlich bereichert. Er wird dem Verfasser dafür vollen Dank wissen.

LITERATUR-ANZEIGER.

I. Sozial-, Kultur- und Rechtsphilosophie.

Graeser, Wolfgang: Körpersinn. Gymnastik, Tanz, Sport. München, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1927, 149 S. Preis M. 5.—.

Das quälendste Problem für die Menschen, die an der Zeitwende vom 19. zum 20. Jahrhundert tätigen Anteil genommen haben, heißt: wie sehen die Heranwachsenden aus? Welches ist ihre lebendige Substanz? Daß aus den Programmen der »Richtungen«, die in diesen letzten Jahrzehnten Kulturpolitik getrieben haben (von Parteipolitik gar nicht zu reden), nicht eben viel Lebensfähiges sich verwirklicht hat, müssen auch Optimisten zugestehen. Der Gegensatz zwischen tönenden Worten und menschlicher Wirklichkeit ist allzu groß. Vertrauen kann erst wieder sprießen, wenn sich redliche Einheit zwischen Sein und Schein (oder Erscheinung, Haltung) bewährt. Bedroht werden die Jüngeren, Expansiven heute vor allem von einer Gefahr: daß sie den Tiefgang der kritischen Uebergangsphase unterschätzen und kurzsichtiger Re-Aktion verfallen, aus der im Augenblick die Illusion der Kraft, der klaren Gestalt erwachsen mag. — In dieser Hinsicht bedeutet Graeser einen der wenigen Lichtpunkte: er hat sich keinen billigen prahlenden Optimismus angeredet, sondern trachtet danach, mitten aus sorgsamer Anerkennung der konfliktreichen Kulturlage die Gründe für einen Optimismus seiner Generation aufzudecken. Indem er sich derart aus Spenglers Untergangslehre (offenbar in persönlichem Kontakt) erlöst, werden ihm die bis heute noch unzulänglich eingeschätzten reinigenden und zugleich schöpferischen Kräfte zuteil, die aus Nietzsche, Bachofen, Klages dem aufgeschlossenen Zeitgenossen zuströmen können. In der Tat sind diese untergründigen Strömungen gar nicht zu verstehen, wenn man nicht ansetzen kann bei dem »Körpersinn«, der »Leib-Seele-Einheit«, wie Ref. sein letztes Buch genannt hat, in dem die Ahnenschaft dieser Orientierung im Weltbilde sichtbar gemacht wird. Es handelt sich für die junge Generation nicht mehr um wissenschaftliche Klärungen von »Problemen«, sondern um Ent-

scheidung für eine Haltung zur Welt. Das haben für sich in der Generation, die heute zwischen 40 und 60 steht, nur wenige zu erkennen oder gar zu vollbringen vermocht, und stets in schärfstem Kampfe gegen geltende Traditionen aus dem 19. Jahrhundert, wenn auch meist zugleich für ältere z. T. überzeitliche Werte. Diese Kämpfe wären vergeblich gewesen, wenn nicht heute die jüngere Generation zwischen 20 und 30 auf breiterer Front die Weckrufe aufnehmen würde, die aus Nietzsches Munde noch fast ins Leere oder denn im Ohr von Aestheten zu peinlicher Mißdeutung verhallten. Was Graeser, der sich durch die Zusammenfügung von Bachs »Kunst der Fuge« zu einem spielbaren Gesamtwerk rasch einen Namen als Musiker gemacht hat, in seinem Buche in schlichter, einprägsamer Sprache entwickelt (Metaphysik der Körperkultur, Hierarchie der Sinneswelten, Umschichtung der Alltagswelt heißen einige Kapitel), das ist die Kundgabe einer Lebenshaltung, nicht eine »Abhandlung über . . . .«. Aber es ist die Kundgabe und bisher reifste, eindeutigste Gestaltung eines Lebensgefühls, von dessen Echtheit und Stärke unsere Zukunft abhängt. Um so schmerzlicher ist es zu beklagen, daß dieser feine, tief und redlich begabte junge Mensch als Persönlichkeit den Brutalitäten des praktischen Lebens nicht gewachsen war und sich in diesen Wochen still daraus entfernt hat. (Hans Prinzhorn.)

Levy-Koref, H.: Hegel und Marx. Philo-Verlag. 1926.

In dieser Schrift versucht Dr. Levy-Koref zu zeigen, daß die die Marxschen Schriften »durchwirkende Dialektik nicht jüdischer Provenienz, sondern Geist von Hegelschem Geist« ist (24).

Das Unternehmen des Verfassers ist, in Anbetracht der neuesten Ergebnisse der anthropologischen Wissenschaften, völlig unnötig. Denn nicht nur sind die aufregenden Hypothesen Gobineaus und seiner Nachfolger und Ergänzer, Chamberlain, Woltmann usw. um den Mythus der Rassentheorie von Ripley, Sergi, Boas und anderen [1]) längst in die Rumpelkammer geschoben worden, sondern auch die sehr verbreitete und populäre Annahme, daß jede „Nation" mittelst bestimmter und exklusiver Merkmale von jeder anderen unterscheidbar ist, hat sich nach wissenschaftlicher Prüfung als nicht haltbar erwiesen. Es ist also überflüssig, die Legende vom jüdischen Marxismus zu widerlegen, denn die Wissenschaft bietet uns keine definitiven »jüdischen« Charakteristiken.

Abgesehen davon, war es für den Verfasser auch unmöglich, durch sein Verfahren seine These zu beweisen. Denn seine Ausführungen beschränken sich auf den Hinweis, daß Marx von Hegel beeinflußt worden ist. Er zieht den Fehlschluß: Marx ist kein Abkömmling des jüdischen Geistes. Diese Folgerung wäre nur dann berechtigt, wenn die Möglichkeit der Einflüsse auf Marx sich auf eine Quelle beschränken würde. Aber wie Engels gezeigt hat [2]), und wie der Verfasser selbst zugibt (S. 25), ist die klassische deutsche Philosophie nicht der einzige Anknüpfungspunkt für den wissenschaftlichen Sozialismus.

[1]) Vgl. besonders die Ergebnisse des ersten Welt-Rassen-Kongresses 1911.

[2]) S. Vorwort zur ersten Auflage der »Entwicklung des Sozialismus von Utopie zur Wissenschaft« und seine Ausführungen zu Fouriers Fragment über den Handel (Nachlaß II, 407 ff.).

Wir wollen aber die eigentliche Absicht des Verfassers nicht weiter besprechen und wenden uns dem in seiner Schrift nur an zweiter Stelle berücksichtigten, aber viel wichtigeren Problem zu: der Frage von der genetisch-historischen und logisch-metaphysischen Beziehung zwischen Hegel und Marx. Die Frage, wie aus einem der abstraktesten Philosophen ein Denker sich entwickelte, dem die Empirie so viel galt, und wie aus einem der scheinbar reaktionärsten Systeme die revolutionärste soziale Philosophie entstand, ist eines der interessantesten Kapitel in der Geistesgeschichte. Wie bei Spinoza und Leibniz finden wir hier großen Kontrast und innigen Zusammenhang.

Dr. Levy-Koref widmet den größten Teil seiner Schrift diesem Problem, aber er reicht uns nur eine Wiederkäuerei der allgemein bekannten Beziehungspunkte zwischen Hegel und Marx, nämlich: die trichotomische Gliederung der dialektischen Methode, das historisch gerechtfertigte Sein jeder Epoche und die kritisch-revolutionäre Seite der kausaldeterministischen Entwicklung. Auch die von Levy-Koref besprochene und weniger bekannte Abhängigkeit der Marxschen Theorie des Proletariats (Akkumulation — Konzentration — Verelendungstheorie) von Hegel ist auch schon früher, wenn nicht so oft, aufgezeigt worden und der Verfasser bringt auch hier nichts Neues. Aber in seinem Eifer, den innigen Zusammenhang von Hegel und Marx womöglich in allen Richtungen darzulegen, bemüht sich der Verfasser zu zeigen, daß selbst das idealistische Gepräge der Hegelschen Philosophie, die große Bedeutung der Selbsterkenntnis des Geistes, von Marx bewahrt worden ist. Daß das letztere zur Widerlegung des historischen Materialismus, z. B. von Masaryk angewandt wird, scheint der Verfasser nicht zu wissen; wenigstens scheinen ihn die logischen Schwierigkeiten, in die der historische Materialismus dadurch gerät, nicht im geringsten zu beunruhigen [3]).

Die landläufige Auffassung des Problems, der sich der Verfasser anschließt (19), ist durch den Namen Ludwig Feuerbach gekennzeichnet. Von Hegel, dem abstrakten, in den dünnen Sphären der Unwirklichkeit schwebenden Philosophen, zieht man die Brücke Feuerbach hinüber zu der empirischen, der Wirklichkeit huldigenden Philosophie Karl Marxens. Es wird gewöhnlich auf Engels Buch über Feuerbach hingewiesen, wo Engels von der allgemeinen Begeisterung über Feuerbachs »Wesen des Christentums« spricht. Dazu ist zu bemerken, daß diese Notiz auf Marx nicht stimmen kann. Marx, als Redakteur der Rheinischen Zeitung bis zu Anfang des Jahres 1843, war, wie auch Mehring zugibt (Lit. Nachlaß I, 336), von Feuerbach noch nicht beeinflußt worden. Ferner muß betont werden, daß, wenn man sich die Mühe gibt, Feuerbachs Werke zu lesen, anstatt sein »der Mensch ist, was er ißt« zu zitieren, seine Revolution der Hegelschen Philosophie sich als eine Wortfechterei erweist. Nicht nur sind die Schriften zwischen den Jahren 1835—39 von Hegelschem Panlogismus durchtränkt, sondern ein sorgfältiges Lesen auch solcher vermeintlich anti-Hegelschen Schriften, wie »Wider den Dualismus von Leib und Seele« und »Grundsätze der Philosophie der Zukunft«, zeigt, daß Kant-Hegelsche Kategorien, also nichtempirische Elemente bei Feuerbach wiederholt zum Durchbruch gelangen. Und was Feuerbachs Materialismus anbetrifft, so setzt dieser (wenn überhaupt)

---

[3]) Wir wollen hier bemerken, daß Masaryks Argument mit Hilfe von Bertrand Russels »Theory of Types« beantwortet werden kann.



höchstens mit seiner Moleschott-Rezension ein, wo das berühmte »der Mensch ist, was er ißt« vorkommt. Und diese Rezension wurde erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts geschrieben. In seinen früheren Werken finden wir höchstens einen Naturalismus, ähnlich dem eines Aristoteles oder Santayana [4]).

Fragen wir uns, was Marx vor dem Jahre 1848 von Feuerbach lernen konnte: als Marx die Universität verließ, hatte er eine gründliche philosophische Bildung. Die von Feuerbach angestrebte Verbindung der Philosophie mit den Naturwissenschaften hatte schon Schelling versucht. Auch den von Feuerbach angestrebten, aber nicht durchgeführten Empirismus finden wir schon viel konsequenter bei den Franzosen und Engländern der Schulen von Comte und Mill. Bleibt dann nur Feuerbachs Wirkung als Vorbild: er war der erste, der es gewagt hat, einen scharfen Bruch mit Hegels Philosophie vollbringen zu wollen. Und in der Religionsphilosophie hat er die religiösen Ideale auf praktische Realitäten zurückgeführt. Das mag Marx als Vorbild gedient haben für seine Zurückführung der Geschichte der Ideen auf die Geschichte ihrer materiellen Bedingungen. Daß Marx später sich als Fortsetzer Feuerbachs bezeichnet, ist wahr; daß aber Feuerbachs Philosophie den Weg von Hegels Idealismus zu Marxens Materialismus bahnen konnte (wir sprechen nicht von möglichen psychologischen, sondern von rein logischen Zusammenhängen), ist eine Formel, die sich der Legende nähert.

Es scheint uns, daß die Genesis der Marxschen Philosophie leichter erklärt werden kann, wenn man, anstatt Vermittlungsbrücken zu suchen, Hegels Philosophie selbst daraufhin betrachtet, und zwar nicht wie Levy-Koref es getan hat, der Marx an Hegel kettete, indem er den Realisten Marx zum Idealismus emporhob, sondern umgekehrt, indem man den Idealisten Hegel dem Naturalismus näherbringt. Der Rahmen dieser Besprechung erlaubt uns nur in fragmentarischer Weise darauf hinzuweisen.

Die dunkle Terminologie Hegels hat dazu beigetragen, daß er als einer der abstraktesten Theoretiker angesehen wird. Hegel ist aber dennoch der Denker, der nur »das Konkrete und schlechthin Gegenwärtige« als Objekt der Philosophie ansah und der nur »aus dem Bewußtsein der Lebendigkeit« heraus schaffen wollte. In jenem vielzitierten Jugendbrief von Marx aus dem Jahre 1837 schreibt der 19jährige Student seinem Vater, daß er sich von Kant und Fichte abwenden wolle, um die Dinge »im konkreten Ausdruck einer lebendigen Gedankenwelt« zu erfassen. Er schrieb dies à propos seiner Hinwendung zu Hegel. Es geht schon aus der Vorrede und aus der zweiten Hälfte der »Phänomenologie«, wie auch aus der Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaft und aus der »Philosophie der Geschichte« klar hervor, daß es Hegel fern lag, die gegebene, sinnliche Wirklichkeit in dunstige Gebilde aufzulösen. In einem Sinne, in ihrer Polemik gegen die Romantik, ist Hegels Philosophie eine Rückkehr zur Wirklichkeit. In der Phänomenologie heißt es: »Nicht das Abstrakte oder Unwirkliche ist ihr (der Philosophie) Element und Inhalt, sondern das Wirkliche, sich selbst Setzende und in sich Lebende«. Wenn dieses Wirkliche für Hegel ein Begriff war, so war der letztere eins mit dem Konkreten. Hegel suchte die Idee im Wirklichen auf, um die Bezeich-

[4]) Sogar vitalistische und teleologische Andeutungen finden sich z. B. in »Wider den Dualismus von Leib und Seele«.



nung von Marxens Jugendbrief zu gebrauchen. Auch die landläufige Auffassung, die Hegel als einen absoluten Panlogisten betrachtet, dürfte mindestens zweifelhaft erscheinen in Anbetracht des § 143—146 der Logik der Enzyklopädie. Es ist bezeichnend, daß solch ein ausgesprochener Naturalist wie George Santayana in seiner Einleitung zu der zweiten Auflage seines berühmten »Life of Reason« zugesteht, daß es Hegels Phänomenologie war, die ihm den eigentlichen Anstoß zu seinem naturalistischen System gab.

Auch das revolutionäre Element in Marxens Philosophie ist schon in Hegels berühmtem bon-mot von Vernunft und Wirklichkeit enthalten. Denn, wenn die Konservativen meinten, daß das, was existiert, schon auf Grund seiner Existenz vernünftig sein muß, so sagte man sich auf der anderen Seite, nur das Vernünftige habe das Recht auf Existenz. Wenn demnach das Vorhandene sich als unvernünftig erweise, habe es sein Recht auf Existenz eingebüßt und muß folglich aufgehoben werden.

Man kann also behaupten, daß der angebliche Bruch zwischen Hegel und Marx theoretisch und logisch gar nicht so schroff ist, wie er gewöhnlich hingestellt wird, obwohl die praktische Differenz entscheidend wurde. Marx hat den vollen naturalistischen Sinn der Hegelschen Philosophie nicht begriffen. Hegel betonte nicht die Naturseite. Nicht, daß er sie vollständig übersehen hätte. Er hat ja ein ganzes Kapitel über die geographische Unterlage der Weltgeschichte; auch hebt er die Bedeutung des Wirtschaftlichen hervor. Die geistigen Produkte stehen aber bei ihm im Vordergrunde.

Das Hegel-Marx-Problem ist trotz der Levy-Koref-Broschüre und trotz der Arbeiten von Leseine, Bonnier, Plenge, Helander, R. Cooper [5]), Cunow, Korsch, Lucacs, Marck weder historisch noch logisch zur Genüge behandelt worden. Dem Hegel-Marx-Forscher bleiben noch wesentliche Probleme übrig: Die Frage der Möglichkeit des revolutionären Eingreifens in eine determinierte Entwicklung (vorausgesetzt, daß Marx als voller Determinist aufgefaßt werden kann, was durchaus fraglich ist!); das Verhältnis von Hegels Identitätslehre von Denken und Sein zur Marx-Engelsschen »Bildertheorie«; das Verhältnis von Hegels Rationalismus zu Marxens Empirismus müßte genauer untersucht werden — Marx kann nicht in ein Schubfach mit Mill, Mach und Avenarius geschoben werden. (Harry Slochower.)

II. Soziologie und Sozialgeschichte.

Manuel Nuñez de Arenas: Don Ramón de la Sagra, Reformador Social. Paris-New York, Ed. Revue Hispanique, 1926. 201 Seiten.

Diese Biographie des spanischen Denkers, Politikers und Reformators Don Ramón de la Sagra ist bemüht, von diesem Manne, der zu Beginn des vorigen Jahrhunderts lebte und die verschiedensten geistigen Beziehungen pflegte, ein entsprechendes Bild zu geben. Ramón

[5]) »The Logical Influence of Hegel on Marx« Univ. of Washington Publications in the Social Sciences: Vol. 2, No. 2, Pp. 79—182. Diese Arbeit zieht das vorhandene Material nicht heran und ihr negatives Ergebnis dürfte als verfehlt betrachtet werden.



de la Sagra ist eine sehr belangreiche Persönlichkeit in der spanischen Sozialgeschichte und wäre eines eingehenderen Studiums, für welches die Arbeit Manuel Nuñez de Arenas wertvolle Fingerzeige gewährt, wohl wert. Er bemühte sich, voll im Leben seiner Zeit und in deren geistigen Interessen stehend, darum, Spanien mit den Lehren Emanuel Kants bekanntzumachen. Enger aber noch und dauernder waren seine Beziehungen zu den verschiedenen Schulen des französischen Sozialismus, Fourier, Pecqueur, Proudhon, für dessen Volksbankprojekt er sich lebhaft einsetzte. Einen definitiven Standpunkt zwischen diesen verschiedenen Schulen scheint (soweit wir zu urteilen vermögen) Don Ramón freilich nicht eingenommen zu haben. Spanien spielte übrigens in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts exemplifikatorisch eine gewisse Rolle in der europäischen Geistesgeschichte. Fourier erblickte in ihm (in seiner Schrift L'Anarchie industrielle et scientifique) bekanntlich das Gegenstück zu dem überindustrialisierten England, und in gewissem Sinne ein Eldorado für den Arbeiter. Während die Maschine in England und Frankreich (und selbst in den industriellen Provinzen Cataloniens) auch den Arbeitswilligen aufs Pflaster werfe, finde der seine Apathie überwindende eigentliche Spanier in seinem maschinenlosen Vaterlande überall Arbeit in Hülle und Fülle. Dagegen war es freilich auffallend genug, daß Don Ramón de la Sagra noch 1841 gegen eine Einbürgerung der Baumwollindustrie in Catalonien Stellung nahm, da von ihrer Einführung nur Nachteile zu befürchten seien. Zudem fehle es dort sowohl an Kenntnissen, als an Maschinen und Arbeitskräften (S. 107). (Robert Michels.)

Burns, Arthur R.: Money and Monetary Policy in Early Times. New York, Alfred A. Knopf, 1927. Gr. 8⁰. XIII u. 517 S. With 16 plates, one Map and 4 Figures in the Text.

An einem umfassenden Werk über die antike Geldgeschichte, das historisches Wissen und ökonomisches Verständnis vereinigt, hat es bisher gefehlt. Wir sind B. daher zu großem Dank verpflichtet, daß er als Nationalökonom es unternommen hat, das historische Material, das hauptsächlich von der Numismatik beigestellt wird, mit unendlichem Fleiß zusammenzutragen, dem trockenen Stoff — soweit es die sehr mangelhaften Quellen gestatten — wirtschaftliches Leben einzuhauchen und so ein verhältnismäßig anschauliches Bild vom Geldwesen im Altertum zu entwerfen. B.s Untersuchungen erstrecken sich auf den europäisch-westasiatischen Kulturkreis (mit gelegentlichen Seitenblicken auf China) und behandeln die Periode vom ersten Auftauchen geschichtlicher Nachrichten bis in die römische Kaiserzeit im 5. Jahrhundert n. Chr. Auch abgesehen von der vorgriechischen Zeit sind die Quellen äußerst spärlich. An direkten Nachrichten über die gesetzliche Regelung des Geldwesens, über die Motive der Regierungen bei der Geldpolitik und die wirtschaftlichen Hintergründe fehlt es fast vollständig — auch aus der Zeit des römischen Imperiums. Alles was sich darüber sagen läßt — und es ist erstaunlich wieviel B. darüber zu sagen weiß — muß aus den toten Ueberresten des Geldwesens, aus den Münzen und aus gelegentlichen Bemerkungen antiker Schriftsteller über Münzänderungen u. dgl. erschlossen werden.

Ueber die erste Entstehung des Geldes läßt sich naturgemäß nur sehr wenig berichten. Rein naturaler Tauschverkehr, ohne das Dazwischentreten eines allgemeinen Tauschmittels, dürfte nie bestanden

haben. Die Münze ist jedoch eine auffallend späte Erfindung des menschlichen Geistes. Nachdem sich aber ein halbwegs geordnetes Münzwesen einmal herausgebildet hatte, ergaben sich viele der uns vertrauten Geldprobleme in überraschend kurzer Zeit. Gold- und Silberbimetallismus scheint ebenso alt zu sein wie ein geordnetes Münzwesen selbst; die Notwendigkeit von Münzunionen ergab sich bereits aus der Kleinheit der griechischen Stadtstaaten. Schon in den asiatischen Monarchien ist die Münzprägung zum staatlichen Vorrecht geworden. Der Mißbrauch des Geldschöpfungsmonopoles zu fiskalischen Zwecken durch Inflation mittels Münzverschlechterung dürfte bereits eine Erfindung der griechischen Tyrannen sein. In den kleinen demokratischen griechischen Staaten spielte der auswärtige Wechselkurs bereits eine große Rolle und der absichtlichen Geldentwertung war damit ein Riegel vorgeschoben. Inflation im großen Maßstab wurde erst in Rom getrieben, im Pyrrhischen Krieg, im zweiten Punischen Krieg und im größten Stil durch zwei Jahrhunderte hindurch von Nero und seinen Nachfolgern. Diese letztgenannte Inflationsperiode brachte eine vollständige Zerrüttung des Münzwesens mit sich, es kam neuerdings zu einer reinen Goldgewichtswährung und erst im 4. Jahrhundert n. Chr. wurde ein geordneter Gold- und Silberbimetallismus wiederhergestellt. Zeichengeld ohne Stoffwert kam verhältnismäßig spät auf. Der Bedarf an handlichem Kleingeld gab den ersten Anstoß zur Prägung unterwertiger Bronzemünzen, zuerst auf Sizilien im letzten Jahrzehnt des 3. Jahrhunderts v. Chr. zur Zeit der Besetzung durch die Athener. Von hier aus verbreitete sich der Gebrauch schnell über Griechenland und Rom. Praktisch blieb der Gebrauch von Zeichengeld auf das Kleingeld beschränkt.

Die übersichtliche sachliche Anordnung des Stoffes in Kapitel (1. Before the Introduction of coins, 2. u. 3. The Evolution and Development of Coins, 4. The Prerogative of Issue, 5.—7. Types, Materials and Fineness of the Coins, 8.—10. Weight Standards, 11. Subdivisions of the Money Unit. 12. Token Coinage, 13.—16. Monetary Policy) und geographische Unterteilung der Kapitel in Paragraphen, sowie die Beigabe einer Zusammenfassung zu jedem Kapitel und einer kurz gefaßten Gesamtübersicht erleichtert den Gebrauch des ziemlich umfangreichen Werkes sehr.

(Gottfried Haberler.)

Eastman, Max: Marx, Lenin and the science of revolution. London, Allen & Unwin. 263 S.

Eastman, ein amerikanischer Kommunist, der von der herrschenden bolschewistischen Richtung als »Trotzkist« bezeichnet wird, entwickelt in seinem sprachlich für Deutsche recht schwierigen Buch außerordentlich originelle Anschauungen. Weil der Leitgedanke, die politische Tendenz und eine Menge Details neu und interessant sind, verdient das Werk Beachtung, ja es würde vielleicht sogar eine deutsche Uebersetzung lohnen, obgleich andererseits gedankliche Unklarheiten und grobe Mißverständnisse Marxscher Texte häufig vorkommen, und ganze Kapitel — z. B. das über »Marxismus und Freudsche Psychologie« — unverzeihlich dilettantisch sind.

Das Buch zerfällt in zwei Teile mit je zwölf Kapiteln. Der erste Teil behandelt die »Philosophie des Marxismus«, der zweite die Lehre von der Technik revolutionärer Arbeit (»the science of revolutionary

engineering«). Der erste Teil enthält eine äußerst scharfe, durch Wiederholungen ermüdende Kritik der Marxschen Geschichtsphilosophie von einem absolut unphilosophischen Standpunkt, der nur empirische Einzeltatsachen gelten läßt. Für Eastman sind Biologie und genetische Psychologie die Grundwissenschaften, deren Unkenntnis er Marx und deren absichtliche Ignorierung er den bolschewistischen Theoretikern vorwirft. Nicht nur jede Metaphysik, sondern alle Philosophie einschließlich der Erkenntniskritik sind in Eastmans Augen vom Uebel. Der Gipfel des reaktionären idealistischen Unsinns aber sei die Hegelsche Philosophie, und da Marx, trotz seiner revolutionären Charakteranlage und seiner Bemühungen, einen wissenschaftlichen, d. h. streng materialistischen Standpunkt zu gewinnen, in seiner Geschichtsphilosophie stets Hegelianer geblieben sei, so müsse man den auf halbem Wege steckengebliebenen Marxismus fortführen, d. h. von allen metaphysischen Schlacken befreien und sozusagen zu einer revolutionären Kunstlehre ausgestalten. In seiner heutigen Form sei der Marxismus nicht ein Schritt vom utopischen zum wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. nicht ein Schritt vom wirkungslosen Gerede über eine bessere Gesellschaftsform zu einem praktischen, auf genauester Kenntnis der Menschen und Verhältnisse aufgebauten *Plan zur Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung*, — sondern nur ein Schritt vom utopischen Sozialismus zu einer sozialistischen *Religion*, die den Gläubigen die Gewißheit gebe, daß das Universum eine höhere Gesellschaftsform von selbst hervorzubringen im Begriff sei. Da aber die Entwicklung sich durchaus nicht nach hegelianischen Spekulationen über »höhere« und »niedere« Formen richte, sondern überhaupt kein vorbestimmtes Ziel habe, so müßten die Revolutionäre ihre Mittel und Zwecke scharf ins Auge fassen, um dann planvoll zu handeln.

Schon hier werden die fundamentalen Schwächen der Eastmanschen Position klar. Zunächst verkennt gerade Eastman, der doch so viel von der Psychologie hält, die ungeheure *seelische Wirkung der Marxschen Determinationslehre*. Manche Stellen zeigen, daß Eastman es einfach nicht zu fassen vermag, daß die Stärke der Arbeiterbewegung zu einem wesentlichen Teil auf einer bloßen »philosophischen Ueberzeugung« beruhen soll (S. 41 und 175 ff.). Aber wenn schon Eastman jenen fast allgemein menschlichen Drang, den William James als den »Willen zum Glauben« beschrieben hat, bei den Proletariern unbefriedigt lassen will, so müßte er um so mehr darauf bedacht sein, seiner revolutionären Forderung ein tragfähiges ethisches Fundament zu geben. Aber auch daran läßt er es fehlen. Auf die — für Eastman anscheinend müßige — Frage, warum denn überhaupt eine Revolution nötig sei, erhält man nur gelegentlich zur Antwort, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, wie ja Marx ganz richtig gezeigt habe, unzweckmäßig (unexpedient), unzivilisiert und voller Kriegsgefahren sei, so daß kein Mensch, der ein freies und wahres Gemeinwesen erstrebe, mit ihr zufrieden sein könne. Daß aber — selbst wenn man die Verwerflichkeit der jetzigen Gesellschaftsordnung einmal zugeben wollte — immer noch die größten Meinungsverschiedenheiten über die für den Aufbau der neuen Gesellschaft maßgebenden Ideale bestehen bleiben würden —, das macht Eastman wenig Kopfzerbrechen. Er erklärt, absolute moralische Gebote gebe es nicht, sondern die wahre Sittlichkeit ergebe sich, nach der richtigen hellenischen Anschauung,

aus der Anwendung der Urteilskraft auf die jeweiligen Probleme der praktischen Lebensführung, und die Wahrheit sei hier immer konkret. Und mit so schwachen, übrigens nur beiläufig geäußerten Argumenten will Eastman nicht nur das am Umsturz klassenmäßig interessierte Proletariat, sondern, wie er ausdrücklich betont, auch die materiell nicht interessierte Intelligenz für die Sache der Revolution gewinnen!

Nach der Kritik der Marxschen Geschichtsphilosophie gibt Eastman im zweiten, viel wertvolleren Teile seines Werkes die Grundzüge seiner eigenen Lehre von der Revolution, indem er aus dem utopischen Sozialismus, dem Anarchismus, Syndikalismus, Bolschewismus und selbst Revisionismus die ihm zusagenden Elemente auswählt und zu einer Synthese zu bringen sucht. Das Hauptverdienst des utopischen Sozialismus wird darin erblickt, daß er sich, im Gegensatz zu Marx, ein Bild von der erstrebenswerten Gesellschaftsordnung gemacht habe, während der einzig gangbare Weg zu ihr, nämlich Klassenkampf und Revolution, von den Utopisten nicht gesehen worden sei. Die Anarchisten seien, außer durch ihre Bemühungen um die Klärung des revolutionären Endzieles, den Marxisten auch durch ihre geringere Belastung mit Metaphysik überlegen. Am Syndikalismus sei zu rühmen, daß er die Bedeutung der Gewerkschaften für die künftige Gesellschaftsordnung und vor allem auch die Notwendigkeit absolut ehrlicher und heroischer Führer im Klassenkampf ins rechte Licht gerückt habe. Selbst an den Revisionisten findet Eastman ein Verdienst, nämlich daß sie mit wissenschaftlichen Mitteln die Marxsche Zusammenbruchstheorie widerlegt hätten.

Das weitaus Beste in dem Buch aber sind die Kapitel über Lenin und den Bolschewismus, den Eastman aus eigener Anschauung und dem Studium der russischen Quellen kennt. Eastman erblickt Lenins größtes historisches Verdienst in seiner 25jährigen Tätigkeit als Parteibildner und -führer, die auf der Idee einer Organisation von berufsmäßigen, selbst keiner Klasse zugehörigen Revolutionären beruht habe. Lenins, wie übrigens auch Trotzkis ganze praktische Wirksamkeit, die in der sog. »Politik der scharfen Wendungen«, der blitzartigen Anpassung an den Moment, ihren bezeichnendsten Ausdruck gefunden habe, sei tatsächlich eine einzige Desavouierung der Marxschen Determinationslehre, an der beide unbegreiflicherweise glaubten theoretisch starr festhalten zu müssen. Obwohl Eastman auf die bei Marx selbst vorhandenen schwierigen psychologischen Probleme nicht eingeht, sind doch seine Ausführungen über die Widersprüche zwischen der Marxschen Theorie und der bolschewistischen Praxis, über den ungeheuren, selbst die Naturwissenschaften beherrschenden Einfluß der Marxschen Dialektik in Sowjetrußland usw. außerordentlich interessant. Das im guten wie im schlechten Sinne originelle Buch gipfelt in der Forderung, die Theorie der revolutionären Bewegung im Geiste der bolschewistischen Praxis zu reformieren.

(Arthur Prinz.)

Michaud, Régis: Le roman américain d'aujourd'hui. Paris, Boivin, 1927. 247 pp.

Ausgezeichnete kritische Studie über die Reflexe, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsleben in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf die dortige junge Romanliteratur werfen. Die Signaturen derselben mögen etwa folgendermaßen angegeben werden: Sturm und

Drang, Kampf der zum Teil aus Europa stammenden (Juden, Deutsche, Italiener, Skandinavier), an den altamerikanischen Traditionen keinen Anteil habenden neuen Kräfte gegen Puritanismus und Hypokrisie; erotisches Ausleben; daneben biologische Verherrlichung des Millionärs und Großindustriellen, der als »Held« in der Wirtschaft begriffen wird, und vielfaches Sichbescheiden der Rebellen nach mißglücktem Hochflug im gegebenen Milieu. Der Verfasser ist Professor an der California University und lehrte letztes Sommersemester an der Universität Chicago. (Robert Michels.)

Peuckert, Wilh. Erich: Die Rosenkreutzer. Jena, Eugen Diederichs, 1928. Preis M. 17.—, 453 S.

Die Rosenkreutzerbewegung des 17. Jahrhunderts war eine erneuerte Reformationsbestrebung. Sie wurde durch die vielen Religionsstreitigkeiten hervorgerufen, die eine gewisse allgemeine Müdigkeit und Unsicherheit verursachten. Die große, wenn auch nur kurz andauernde Wirkung der Rosenkreutzer beruhte eben darauf, daß ihre Schriften der Sehnsucht der Menge, einen Weg aus diesen verwirrenden Streitigkeiten zu finden, entgegenkamen, indem sie eine sozusagen allmächtige Brüderschaft, die die Vollendung der Reformation bewirken sollte, ankündigten.

Die Bewegung selbst beruhte auf einer eigentümlichen Vereinigung von stark subjektiv-innerlicher, nicht kirchlich orthodoxer Religiosität und wissenschaftlich fundiertem Erkennenwollen, das in der großen astrologischen und alchimistischen Literatur sich kundgab. Es war nur eine kurz andauernde Bewegung, in der sich diese zwei Elemente rationales und religiöses Erkennenwollen ungeschieden zu einer Einheit zusammenschließen konnten, in der Natur und Bibel die Erkenntnisquellen, Welt und Gott die Erkenntnisziele waren. Diese Einheit war aber nur ein Uebergangsstadium, und sie verzweigte sich bald in verschiedene Strömungen. Die Weiterentwicklung der rationalen Linie mündete in die Aufklärung, der religiösen in den Pietismus ein. Die Hauptmerkmale und die Entwicklung der Bewegung — hauptsächlich der religiöser Seite — schildert Peuckert in seinem Werk.

Seine Darstellung abgesehen von einer Charakterisierung der Gesamtsituation der Jahrhundertwende, beruht hauptsächlich auf der Analyse der einzelnen Träger dieser Weltanschauung und demgemäß löst sich der Gesamtzusammenhang in den Entwicklungsgang der einzelnen Individuen auf. Diese Methode führt hier zu einer lebendigen Anschaulichkeit der Darstellung; die geistigen Strömungen werden als konkrete an einzelne Menschen gebundene Fragestellungen lebendig. Ein Nachteil ist es aber, daß einerseits der Zusammenhang mit der vorhergehenden Epoche, die Genesis dieser Gedankenwelt nur angedeutet, aber nicht eigentlich herausgearbeitet wird, daß andererseits durch den Ausgang von der Einzelpersönlichkeit die Frage: warum oder wodurch ist hier diese Vereinigung zustande gekommen, nicht aufkommt.

Peuckert nennt als die drei charakteristischen Merkmale der Rosenkreutzerbewegung 1. die Entstehung der Theosophie aus parazelsischen und pansophischen Wurzeln, 2. die dauernden Versuche, Sozietäten zu bilden und 3. die Reformationsidee (S. 380). Diese drei Merkmale fordern aber zu Fragen heraus, die in dem Buche nicht gestellt und nicht beantwortet sind. Man könnte erstens die schon oben angedeutete stellen: welche Umstände machen die Entstehung dieser

Theosophie möglich. Zweitens: warum konnten sich die Träger dieser Theosophie die Verwirklichung der ersehnten Reformation nur auf dem Wege der Sozietätsbildung vorstellen und schließlich: was bedeutet für sie der Begriff Reformation, was verstehen sie unter der »universalen« Reformation?

Das erste Merkmal ist das eigentlich Charakteristische, das Streben nach der Erkenntnis von Gott und Welt, das religiös gefärbte Erfassen- und Begreifenwollen des Ganzen. Diese Vermischung der Erkenntnisziele Gott und Welt bedeutet aber eine Wandlung gegenüber der früheren Religiosität, eine Wandlung, die hier nicht klar herausgearbeitet worden ist. Auch die Rosenkreutzer betonen den Geist, die innere Erleuchtung, die Offenbarung, aber nicht mehr in dem alten Sinne des passiven Hinnehmens der geoffenbarten Wahrheit, das eigentlich nur eine unmittelbare Verbindung mit Gott bedeutet, sondern hier liegt eine positive Offenbarung der Wahrheit im Sinne der Erkenntnis der Welt vor, die auch zu einer Beherrschung der Welt führt. Daß hier von einer anderen Wahrheit die Rede ist als z. B. bei den ebenfalls den Geist, die Offenbarung betonenden »Schwärmern« des 16. Jahrhunderts, das zeigt sich auch darin, daß diese Erkenntnis nicht intolerant, nicht sektenbildend wirkt. Vielleicht erklärt sich dies daraus, daß die Träger dieser Bewegung hauptsächlich Intellektuelle oder Wissenschaftler waren und auch keine ausgeprägte, aktive Volksbewegung hinter ihnen stand. Sie sind eben nicht Sektierer, die allein die Wahrheit Gottes und die Vereinigung mit Gott suchen und sich in der Richtung ihres Wollens vollkommen bestimmen lassen von dem Idealbild der urchristlichen Gemeinde und die in ihrer Sekte schon eine Gemeinschaft zur Ausführung ihrer Ziele haben. Die Rosenkreutzer sind, wie Peuckert nachweist, nur einzelne Menschen, keine Sekte, nicht einmal eine Brüderschaft. Sie bleiben innerhalb der Kirche, sind aber eben dadurch nur einzelne innerhalb einer ihnen nicht angemessenen Gemeinschaft. Vielleicht ist diese vereinzelte Stellung der eine Grund der dauernden Bemühungen, Sozietäten zu gründen, sich mit Gleichgesinnten zu vereinigen. Denn ihre Religiosität ist keine kirchlich gebundene, sie umfaßt Gott und Welt, Gott steht für sie eben nicht außerhalb der Welt, sondern wird in allem sichtbar. Diese pantheistisch gefärbte Religiosität ist der Ausdruck einer Annäherung an die Natur, an die Welt überhaupt, denn die Erkenntnis der Natur, der Welt ist zugleich die Erkenntnis Gottes. Die Welt steht ihnen als Geheimnis gegenüber und die Entschleierung dieses Geheimnisses ist nicht nur ein religiöses Ziel, das durch die unmittelbare göttliche Offenbarung erreicht wird, sondern es ist zugleich eine menschlich-wissenschaftliche Aufgabe, die von den Menschen geleistet werden kann. Dies zeigt sich schon in dem Bedeutungswandel des Reformationsbegriffes. Die alte Reformation an »Haupt und Gliedern«, die ja hauptsächlich eine Erneuerung des religiösen Lebens bezweckte, schrumpft hier schließlich zu einer Reformation der Philosophie zusammen. Darin zeigt sich schon, daß ihre Reformation von Anfang an eine wissenschaftlich-weltlich gerichtete war. Von der Reformation erhofften sie, daß sie durch sie »alles Verborgene entdecken« (S. 50) werden und das ist es, was sie wollen: das Sichtbarwerden alles Verborgenen, was zugleich die Lösung der Probleme der Zeit bedeuten würde. Dieses Suchen, diese ungeheure Sehnsucht nach dem Erkennen und Erfassen des Ganzen wird in der Darstellung Peuckerts ganz unmittelbar lebendig.

Die Weiterentwicklung (man könnte sie auch einen Zusammenbruch nennen, darauf deuten jedenfalls die Konversionen hin) ist die Wiederkehr zum stärker betonten Christentum und zur Kirchlichkeit. Die weltlich rationalen Elemente zeigen sich nur noch in der Aufnahme oder stärkeren Hervorhebung der Probleme des täglichen Lebens, pädagogische und praktisch religiöse Fragen stehen im Vordergrund. Die religiöse und sittliche Erziehung der Menschen, die religiöse Gestaltung des täglichen Lebens beschäftigt sowohl die Orthodoxie, die es auf dem Wege der Stärkung der kirchlichen Organisationen, wie den Pietismus, der es außerkirchlich durch kleine Vereinigungen der Gemeindemitglieder zu erreichen sucht.

Peuckert schildert noch die schlesische Bewegung, hauptsächlich ihre hervorragendsten Vertreter Jakob Böhme und Frankenberg. Hier erfolgte auch eine »Ueberwindung« der Rosenkreutzerideen, jedoch in einer etwas anderen Richtung, die aber von Peuckert nicht näher gekennzeichnet wird, da er nur den Prozeß der Ueberwindung selbst betont. Jedenfalls lagen hier die Umstände anders, die Träger der pansophisch-rosenkreutzerischen Ideen waren nicht Wissenschaftler oder doch nicht hauptsächlich Wissenschaftler (J. Böhme), außerdem war das Volk stark aktiv religiös (Bauernprediger), so vollzog sich die Wandlung zwar der Christlichkeit nicht aber der Kirchlichkeit zu.

Auf die einzelnen sachlichen Erörterungen Peuckerts wie die Autorschaftsfrage der »Fama« und »Confessio« (er schreibt sie beide Andreä zu) und die tatsächliche Existenz der Rosenkreutzerbrüderschaft wollen wir nicht näher eingehen. Es kommt auch in der Darstellung Peuckerts mehr auf die Charakterisierung der Eigenart der rosenkreutzerischen Ideenwelt und auf das richtige Verständnis der einzelnen führenden Persönlichkeiten an. (Alice Berger †.)

Pollack-Parnau, Franz von: Eine österreichisch-ostindische Handelskompanie 1775—1785. Ein Beitrag zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte unter Maria Theresia und Joseph II. (Beihefte zur Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Herausgegeben von Prof. Dr. G. v. Below, XII. Heft.) Stuttgart, W. Kohlhammer, 1927. 108 S.

Alchemie, Bergbau, Steuerschraube, Gründungsfieber sind die Bausteine des Merkantilismus österreichischer Prägung, der durch das allgemein angeführte Streben nach aktiver Handelsbilanz keineswegs ausreichend charakterisiert erscheint. Abenteurer und Projektemacher, Proponenten der Errichtung von Handelskompanien zwecks Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen mit Uebersee fanden bei den Regierenden ein aus Optimismus, Phantasie und Geldbedürftigkeit gemischtes Entgegenkommen. Eine geschlossene Linie führt von der Kunst »Gold zu machen«, von Wilhelm von Schröders »Fürstlicher Schatz- und Rentkammer« zum denkwürdigen »Krach« des Jahres 1873, der sich somit auf eine ehrwürdige Tradition stützt.

Eine Etappe dieses leidensvollen Entwicklungsweges bildet die hier geschilderte österreichisch-ostindische Handelskompanie. Der Verlust Schlesiens sollte durch überseeische Absatzgebiete kompensiert werden. Ein ehemaliger Beamter der englisch-ostindischen Kompanie namens Bolts legte dem Hof die Gründung einer österreichischen Kompanie nahe, welche von Triest aus direkten Handel mit Ostasien treiben sollte. Nach mancherlei Reibungen mit England, das ein Interesse

daran hatte, die Errichtung dieser Kompanie zu verhindern, kam es endlich dazu, daß das Geschwader derselben, die Schiffe »Kolowrat«, »Joseph und Theresia«, »Stadt Wien«, chinesische Waren nach Triest und Livorno verfrachteten. Aber es zeigte sich, daß der Verteilungsapparat den Absatz dieser Waren nicht zu bewältigen vermochte. Unstimmigkeiten zwischen den Gesellschaftern, der Zusammenbruch der von der Kompanie gegründeten Faktoreien, vor allem aber die Zahlungsschwierigkeiten ihres Leiters brachten den Hof endlich zur Erkenntnis, daß die österreichische Operationsbasis für hochfliegende kolonialpolitische Pläne unzulänglich war.

Kolonialpolitik, charakteristisch für den Merkantilismus der Küstenländer des Westens, erweist sich, angewendet auf Oesterreich, als ein Symptom des beginnenden Zersetzungsprozesses jener merkantilistischen Doktrin, welche die Binnenländer des Ostens ausgebildet hatten: Der klassische Merkantilismus in seiner spezifisch österreichischen Ausprägung, Kameralismus genannt, hätte sich gegen die Errichtung von Handelskompanien wenden müssen, denn der Import von Waren aus Indien oder China widersprach dem Hauptpostulat des binnenländischen Merkantilismus: der Forderung nach aktiver Handelsbilanz. Das Streben nach Exportförderung und Importbeschränkung weicht somit politisch-imperialistischen Expansionsgelüsten, die in der Gründung von Kompanien zum Ausdruck kommen.

Die Schrift P.s zeigt gründliche Arbeit und flüssigen Stil. Ihr Wert als »Aktenarbeit« wird jedoch insofern beeinträchtigt, als, wie der Verfasser selbst bemerkt (S. 21), das herangezogene Aktenmaterial vom Leiter der Kompanie Bolts in einem »Recueil« vom Jahre 1787 fast vollständig veröffentlicht worden ist. (Louise Sommer.)

Stern, Alfred: Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben. Stuttgart und Berlin, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, 1928. 248 S.

Das zu besprechende Buch des bekannten Züricher Historikers unterscheidet sich von den meisten Werken desselben Verfassers vor allem dadurch, daß in den Mittelpunkt der Darstellung diesmal nicht politische, sondern geistesgeschichtliche Erscheinungen gerückt werden. Wie schon im Vorwort betont wird, bildet nicht »die Nachwirkung französischer Vorbilder auf die Einrichtungen und Gesetze deutscher Staaten«, sondern »die Geschichte der Ideen«, die friedliche und feindliche Auseinandersetzung des deutschen Geisteslebens mit dem Einfluß Frankreichs, den eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Das einleitende Kapitel — »Erste Eindrücke und Aeußerungen« — behandelt die Stellungnahme führender deutscher Schriftsteller zur Revolution im Momente ihres Ausbruchs; bekannte Gedichte von Klopstock und Bürger, Schubart und Voß finden sich hier neben Bekenntnissen von Schlözer, Hölderlin, Johannes von Müller. Im zweiten Abschnitt kommen »Deutsche in Paris« zu Worte; einige der hier angeführten Zitate zeigen die Revolution in lebendiger Anschaulichkeit aus unmittelbarer Nähe, so daß der Leser die Stimmungen, von denen die Zeitgenossen jener Ereignisse bewegt wurden, ergriffen nacherlebt. Durch zahlreiche Aeußerungen von Lavater, Pestalozzi, Stapfer, Usteri u. a. ist sodann »die deutsche Schweiz« vertreten.

Erwähnenswert ist, daß Lavaters anfängliche Bewunderung der Revolution sich 1792 in grimmigen Abscheu wandelte, während Pestalozzi, der Frankreich als sein zweites Vaterland bezeichnete, seine Zustimmung zur Revolution auch dann nicht widerrief, als ihm die Einmischung des Direktoriums in die Umbildung der Eidgenossenschaft schwere Enttäuschungen brachte. Sehr eingehende Wiedergabe erfahren die Meinungen und Urteile der »Gegner und Bekehrten in Deutschland« (Möser, Lichtenberg, Niebuhr, Schlosser u. a. m.), worauf sich Stern der »Weimarer Dichtergruppe« zuwendet. Die Abschnitte über Wieland, Herder, Goethe und Schiller enthalten zwar interessantes Material (unter den Aeußerungen Wielands ist besonders jene bemerkenswert, die im März 1798 General Bonaparte in überaus bestimmter Form die Herrschaft über Frankreich prophezeite), aber all dieser Stoff ist doch nur locker aneinandergefügt und nicht zu prägnanten Linien gestaltet. Die Beurteilung der französischen Revolution durch die »philosophischen Denker« (Kant, Fichte, Hegel, Schelling) wäre wohl tiefer erfaßt worden, wenn der Verfasser konsequent das ganze System jedes Denkers ins Auge gefaßt hätte, statt sich vorwiegend nur auf solche Zitate zu stützen, die sich ausdrücklich auf die französische Revolution beziehen und daher meist nur Werturteile, keine logischen Deduktionen enthalten. Ebenso hätte die Weltanschauung der Romantik eingehender dargestellt werden dürfen, da sie doch, wie Stern(S. 193) selbst betont, die Stellung eines Friedrich Schlegel, Tieck, Novalis oder Schleiermacher gegenüber der französischen Revolution »wesentlich bestimmt hat«. Der letzte Abschnitt (»Weltbürgertum, Vaterlandsliebe, Nationalstaat«) mündet in die interessante, jedoch nicht unanfechtbare These aus, daß die französische Revolution immer als der »Urquell« erscheine, »aus dem das weltgeschichtliche Problem der Umbildung des deutschen Geisteslebens vom Kosmopolitismus zum Nationalismus entsprang« (S. 235).

Wenn einerseits dem ausgebreiteten Wissen des Verfassers große Bewunderung gezollt werden muß, so läßt sich anderseits eine Reihe von kritischen Einwänden gegen den gedanklichen Aufbau seiner Arbeit keineswegs unterdrücken.

Zunächst ist zu bemerken, daß der Inhalt des Buches dem Titel desselben eigentlich nicht entspricht. Schon ganz abgesehen davon, daß die Abhandlung den Einfluß der französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben nur in einem engbegrenzten Zeitraum (1789 bis 1814) untersucht, in einem Zeitraum also, in welchem dieser Einfluß seine bedeutendsten Wirkungen wohl kaum schon zeitigen konnte, muß doch festgestellt werden, daß Stern nicht so sehr den Einfluß Frankreichs auf Deutschland, als vielmehr die Stellungnahme repräsentativer Deutscher zur französischen Revolution erörtert, weshalb man seine Arbeit im Grunde genommen als eine Sammlung von Reflexionen und Werturteilen zeitgenössischer deutscher Schriftsteller über die in Frankreich sich abspielende Umwälzung ansprechen könnte.

Weiterhin ist, vom methodologischen Standpunkte aus, zu konstatieren, daß der Verfasser die Behandlung seines Themas nicht auf soziologischer Grundlage durchgeführt hat. Als die Ideen der französischen Revolution sich in Deutschland Eingang verschafften, wurde sowohl ihre Ausbreitung als auch ihre Ablehnung in erster Linie durch die damals herrschenden sozialen und politischen Verhältnisse be-

dingt. Warum und wie das deutsche Volk von französischen Gedanken beeinflußt wurde, und innerhalb welcher Grenzen dieser Einfluß bleiben mußte, vermag Stern in seinen Ausführungen nicht zu erklären, weil er den Vorgang der »Beeinflussung« im Sinne der Rankeschen Ideenlehre nahezu als mystische, außerhalb rationaler Kausalitätsbeziehung stehende »Fernwirkung« zu betrachten scheint. Wäre der Verfasser dagegen von der Tatsache ausgegangen, daß eine Gemeinschaft, welche dem Eindringen fremder Ideen ausgesetzt ist, nur das in sich aufnimmt, was ihrer eigenen sozialen Struktur entspricht, alles aber, was ihren Entwicklungstendenzen zuwiderläuft, entschieden ablehnt, so hätte er sein Hauptaugenmerk auf die konkreten Bestrebungen der verschiedenen Interessengruppen des damaligen Deutschland gerichtet und daraus das Verhalten der deutschen Nation zu den Ideen des revolutionären Frankreich in allgemeinen Zügen abzuleiten vermocht.

Der Mangel an soziologischer Begriffsbildung macht sich auch darin bemerkbar, daß Stern die von ihm zitierten siebenundachtzig deutschen Schriftsteller mit dem »deutschen Geistesleben« identifiziert. Mögen die Autoren auch noch so geschickt gewählt sein, — das »deutsche Geistesleben« einer bestimmten Epoche stellt doch eine Einheit höherer Ordnung, eine Ganzheit dar, die man nicht in Atome auflösen, sondern nur durch synthetische Betrachtung erfassen kann. Es hätte deshalb auch die Gliederung des Stoffes nicht nach Autoren, sondern nach den verschiedenen Aspekten des deutschen Geisteslebens erfolgen sollen; dann wäre der Einfluß der französischen Revolution (beispielsweise) auf die politische Ideologie, auf das religiöse Leben, auf die moralischen, philosophischen und rechtlichen Anschauungen, auf die öffentliche Meinung und die Presse, auf die schöne Literatur und das Theater der Deutschen klar in Erscheinung getreten, und darin vor allem hätte eine wesentliche Förderung der wissenschaftlichen Erkenntnis erblickt werden müssen.

Die Unzulänglichkeiten, mit denen die vorliegende Arbeit Sterns behaftet ist, sind m. E. darauf zurückzuführen, daß der Verfasser die von ihm in so hervorragender Weise gehandhabten Methoden der politischen Geschichte auf ein geistesgeschichtliches Problem glaubte übertragen zu dürfen. Und gerade weil Stern zu den bedeutendsten Vertretern der politischen Geschichtsauffassung gehört, beweist das wenig befriedigende Resultat seiner Abhandlung um so offenkundiger, daß die historische Wissenschaft, sobald sie kulturgeschichtliche Forschungsaufgaben ins Auge faßt, der soziologischen Begriffsbildung gar nicht entbehren kann. (Valentin Gitermann.)

Thibert, Marguerite: Le Role Social de l'Art d'après les Saint-Simoniens. Paris, Marcel Rivière, 1927. 74 S.

Vorliegende Schrift schildert, auf reichliches Quellenstudium gestützt, in sehr anschaulicher Weise die Stellung des Saint-Simonismus zur Kunst. Diese war völlig in der Theorie verankert. Das kam einmal darin zum Ausdruck, daß sie Propagandamittel war (Arbeiterchöre), und zwar gilt das hauptsächlich für den Text der Lieder, welcher die Theorie des Produktivismus widerspiegelte, jene höhere Vereinigung von Proletariat und Bourgeoisie im Begriffe des Producteurs, der in der Lyrik der Klassenharmonie so nahe kam.

Les bourgeois vantaient notre esprit,
Le Peuple aimera notre coeur;
Les bourgeois lisaient nos journaux,
Le Peuple répète nos chants, Gloire à Dieu! (p. 43.)

Die mystische, priesterliche, etwas »hochstelzige« Art des Saint-Simonistischen Lyrismus versuchte somit ein art nouveau zu kreieren, zu dem doppelten Zwecke, die Arbeit des Proletariats zu verherrlichen und dadurch die Arbeit zu heben und gleichzeitig die anderen Stände für es zu interessieren und für es zu gewinnen. Diese Kunstauffassung blieb im französischen Sozialismus bis zu Proudhon überwiegend, der zwar nicht, wie die Verfasserin meint, derjenigen Saint-Simons als Antipode entgegentrat (p. 54), der aber durch seine rationelle Auffassung der Kunst, derzufolge nur eine klare und verständliche Sprachführung für das Proletariat Belang habe, die hieratische Form abwies. Wichtig hiefür ist auch die (der Verfasserin entgangene) kleine, aus einem an der Ecole des Hautes Etudes Sociales in Paris gehaltenen Vortrag hervorgegangene Schrift von Georges Sorel (La Valeur Sociale de l'Art, Paris 1901, Jacques). (Robert Michels.)

III. Oekonomische Theorie und Dogmengeschichte.

Altschul, Eugen, Dr.: *Berechnung und Ausschaltung von Saisonschwankungen.* Merkbl. II/III der Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung. Karlsruhe, G. Braun, 1927.

Augenblicklich herrscht Hochkonjunktur für Konjunkturforschung. Da Unkenntnis der zugrundeliegenden mathematischen Methoden zu falschen Auffassungen über die Bedeutung solcher Untersuchungen führen muß, besteht ein starkes Bedürfnis für allgemein verständliche Darstellungen. Die mathematische Ableitung der Methoden tritt demgegenüber an Bedeutung zurück.

Die vorliegende, sehr ansprechend geschriebene Broschüre behandelt die Saisonschwankungen. Die säkularen Schwankungen sollen später behandelt werden. Ohne Verwendung von Formeln werden die dabei üblichen Methoden an zwei Beispielen, der monatlichen Stromabgabe des Frankfurter Elektrizitätswerkes für Licht und für Straßenbahnverbrauch in den Jahren 1900—1913 vorgeführt. Nach der einfachen Methode werden für die einzelnen Monate der gegebenen Jahre Durchschnittswerte berechnet. Dividiert man sie durch das gemeinsame Mittel und schaltet die als linear angenommene Bewegungsrichtung aus, so erhält man Saisonindices. Nach Persons Methode bildet man aus den Monatszahlen der einzelnen Jahre durch Division der jeweils benachbarten Werte die Gliedziffern, aus ihren monatlichen Medianwerten und deren geometrischem Mittel die berichtigten Medianwerte, durch deren fortlaufende Multiplikation die Kettenwerte. Division durch deren Mittelwert gibt dann Saisonindices. In den durchgeführten Beispielen führen beide Methoden angenähert auf die gleichen Werte. Der Vorteil der komplizierteren Methode liegt darin, daß sie das Gewicht, welches extreme Werte besitzen, abschwächt oder sie überhaupt ausschaltet (letzteres scheint mir nicht ganz zulässig) und

in der Dispersion der Gliedziffern um ihren Medianwert ein Kriterium dafür gibt, inwieweit die Berechnung von Saisonindices überhaupt zulässig ist. Divisionen der Beobachtungen durch die Saisonindices schalten die saisonmäßige Komponente aus und lassen die anderen Komponenten übrig.

Ueber die mögliche Rückwirkung der Konjunkturforschung auf die Wirtschaft sind zur Zeit starke Illusionen verbreitet. In einer populären Darstellung hätte man daher vielleicht auch die Bedingungen und Grenzen, innerhalb deren die Konjunkturkunde etwas leisten kann, erwähnen können. (E. J. Gumbel.)

Heinrich, Dr. *Walter: Grundlagen einer universalistischen Krisenlehre.* (Deutsche Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre. Hrsg. von O. Spann und G. v. Below. Bd. 5.) Jena, Gustav Fischer, 1928. XII und 364 Seiten.

Der erste Teil des Buches, der der Darstellung und Kritik der Krisentheorien gewidmet ist, zeugt von einer guten Vertrautheit mit den deutschen Theorien; die ausländische Literatur scheint der Verfasser zum großen Teil nur aus zweiter Hand zu kennen. Die Darstellung der Theorien ist knapp gehalten und beschränkt sich auf die Grundzüge. Die Kritik zerfällt in zwei Teile, eine sachliche Detailkritik, die sich der gangbaren Argumente für und wider bedient, und eine phraseologische Generalkritik; diese besteht erstens in der Behauptung, daß alle herrschenden Konjunkturtheorien dem »meistens allerdings heimlichen und unbewußten Einfluß der marxistischen Krisentheorie« (VI.) unterliegen, und zweitens in der stereotypen Wiederholung des Vorwurfes, daß alle herrschenden Theorien anorganisch, individualistisch, atomistisch, mechanistisch usw. seien.

H. teilt die Theorien folgendermaßen ein: 1. Disproportionalitätstheorien im engeren Sinn, 2. monetäre Krisentheorien, 3. die Naturtheorien (z. B. Sonnenfleckentheorie) und psychische Erklärungen der Konjunkturen. Diese Einteilung läßt als solche und in ihrer Durchführung viel zu wünschen übrig. Es soll jedoch dem Verfasser daraus kein Vorwurf gemacht werden. Eine befriedigende Einteilung ist nicht so leicht. Man hätte da wohl zwischen Beschreibung und ursächlicher Erklärung des Krisenphänomens durch die verschiedenen Theorien zu unterscheiden. Diese Aufgabe läßt sich aber mit dem primitiven Begriffsapparat der Spannschen Theorie, dessen sich H. bedient, natürlich nicht durchführen. H. beginnt mit der Darstellung der klassischen Lehre vom Gleichgewicht und den daran anknüpfenden Uebererzeugungs- und Unterverbrauchstheorien von Malthus, Rodbertus, Marx und den Neomarxisten, Tugan-Baranovsky, Hilferding, R. Luxemburg u. a. Die Widerlegung dieser Lehren, die gar nicht so leicht ist, wie meistens angenommen wird, macht sich H. jedoch viel zu leicht. Worauf es eigentlich ankommt, hätte er aus einem interessanten Aufsatz von H. Neißer (Kölner Vierteljahrshefte für Sozialpolitik 1927) entnehmen können. Statt dessen begnügt er sich mit der Ablehnung der Arbeitswertlehre und des ehernen Lohngesetzes und der Wiederholung der Phrase, daß dieser Theorie »die mechanische und isolierende Anschauung des Wirtschaftslebens usw.« zugrunde liege, womit natürlich nichts getan ist.

Es versteht sich von selbst, daß Adam Müller »auch (in) der Krisen-

lehre eine völlige Wendung« (44) gebracht hat. Bei ihm ist die »ungeheuere Wandlung geschehen«, daß »das tote Gleichgewicht, der mechanische Ausgleich« zum »lebendigen ökonomischen Gleichgewicht oder Vollständigkeit der inneren Oekonomie« wurde. »Mit einer genialen Wendung wird dieses höhere Gleichgewicht gleichgesetzt dem Kredit, dem Staate selbst, dem Glauben an den Staat usw.« (46). Im übrigen reduziert sich genau besehen Müllers »Theorie« auf die unbestreitbare Behauptung, daß in der Volkswirtschaft irgend etwas nicht in Ordnung sein müsse, wenn es zu einer Krise kommt. Mit der nebensächlichen Frage, wo der Fehler liegt, befaßt sich M. zwar nicht; aber er kommt zu der »wichtigen Folgerung«, »daß in den Größen, in den Summen und Massen an sich der Fehler nicht liegen könne, daß es einen tieferen Grund des Uebels geben, daß nicht in der zirkulierenden Materie der Waren und des Geldes, sondern in dem Organismus des Trägers dieser Materie dem Grunde der unglücklichen Erscheinung nachgespürt werden müsse. Es gilt daher auf die Verhältnisse, auf die geometrisch sphärischen Verhältnisse zum Ganzen, auf die Lebensrichtungen aller dieser Dinge nach dem Mittelpunkte des Lebens hin Rücksicht zu nehmen usw.« (47). In der Lehre Lists scheint dem Verfasser »am wichtigsten zu sein, daß er dem in der ferneren Krisentheorie überhaupt nicht erkannten (!?) Gedanken Ausdruck gab, daß die Art der Einordnung einer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft vor allem entscheidend wird für die Störungen, denen sie ausgesetzt ist« (50). Das ist »das gewaltige Gedankengut« (52), das »die Gegenbewegung gegen die mechanische Lehre vom Gleichgewicht und die einheitliche Krisentheorie« (52) bildet.

Nach einer kurzen Besprechung der Historiker geht H. auf die modernen Theorien über. Die Darstellung beschränkt sich auf die Grundgedanken. Im einzelnen wäre noch manches zu sagen, doch verlohnt es sich nicht, weil neue Gedanken nicht zum Vorschein kommen. H. erkennt an, daß an den meisten Theorien etwas daran sei und daß die unzähligen Krisengründe, die von den verschiedenen Theorien angeführt wurden, bei der Entstehung der Krisen alle irgendwie mitspielen. Für ihn handelt es sich nun darum, im »aufbauenden Teil« die Krisengründe ins richtige Verhältnis zu setzen, ihnen ihre »systemgemäße Stellung zu geben« (197) d. h. eine »Hierarchie der Krisengründe aufzustellen« (348).

»Das Lehrgebäude und Verfahren des kinetischen Universalismus, das Othmar Spann begründet hat« (197), bildet die theoretische Unterlage. Auf diesem »Fundament« [1]), das bei anderer Gelegenheit kritisch geprüft werden soll, aufbauend, entwickelt H. nun den »universalistischen« Begriff der Konjunktur und Krise. »Konjunktur im weiteren Sinn des Wortes (ist der) Gesamtverlauf des wirtschaftlichen Umgliederungsvorganges« [2]) (211); und Krisen sind »alle Störungen der

[1]) Eine kritische Würdigung des »Universalismus« vom logisch-erkenntnistheoretischen Standpunkt hat Sander in seinem ausgezeichneten Aufsatz: »Othmar Spanns Ueberwindung der individualistischen Gesellschaftslehre« gegeben. (S. dieses Archiv Bd. 53.) — Eine sachliche Erwiderung wurde nicht versucht.

[2]) Der Leser muß sich an einige Spracheigentümlichkeiten gewöhnen: Gleichgewicht = Entsprechung, Teil = Glied, Anpassung, Verschiebung, Aenderung = Umgliederung. Uebrigens besorgt der Verfasser die Uebersetzung der universalistischen Phraseologie in verständliches Deutsch meistens selbst. Wo-

Entsprechungsverhältnisse, wie sie mit der Umgliedrung der Wirtschaft verbunden sind« (210/211); also jede Aenderung, jede Verschiebung in der Wirtschaft, ob groß, ob klein, ob sie glatt oder nur unter Widerständen und Reibungen vor sich geht, ist zugleich Konjunktur und Krise. H. muß natürlich sofort einschränken und sagen, Krisen im engeren Sinne seien nur die »heftigen Entsprechungsstörungen« (213). Was nun auf den restlichen 120 Seiten folgt, ist eine Aneinanderreihung aller möglichen Vorgänge und Umstände, die zu einer Störung des wirtschaftlichen Kreislaufes führen können. Das wirre Durcheinander dieser Aufzählung ist durch eine oberflächliche Einteilung der Störungsursachen nur notdürftig verkleistert.

Solche Störungsgründe sind erstens »Zieländerungen d. h. Wandlungen der gesellschaftlichen Gesamtverfassung«: Handelsverträge, Zollmaßnahmen, Aenderungen im Handels-, Versicherungs-, Kreditrecht, Steuern, Aenderungen der Ernährungsweise, sozialpolitische Maßnahmen, der Anschluß Oesterreichs an Deutschland, Warenboykott, Bodenreform, Krieg, Mode, Bevölkerungszunahme (215 bis 226). Für jeden dieser Umstände hat H. ein paar belehrende Bemerkungen in der Art, wie man sie in volkswirtschaftlichen Lesebüchern findet. Die zweite große Gruppe von Störungen entstammen dem Bereich der Mittel. Dazwischen gibt H. aber noch »eine Skizze der Teilganzen«. Ich gestatte mir nur einige Proben herzusetzen. »A. Die Gemeinsamkeitsreife besteht darin, daß die übrigen gesellschaftlichen Teilganzen, vor allem der Staat . . . ferner Recht und Sitte ihre Zweckhaftigkeit . . . ablegen und Wirtschaftsmittel werden« (228). »Das Geld- und Kreditwesen mit allen zugehörigen... Vorkehrungen ist ursprüngliches und universelles Kapital höherer Ordnung besonders vorrangbegabter, durch verbindender Leistsamkeit auf der Stufe der Volkswirtschaft« (230)[3]. Es folgt dann die Staatsreife, die Vorreife, die Hervorbringungsreife. »Die Banken sind jene Gebilde höherer Ordnung der Wirtschaft, die dem Gelde die Marktreife verleihen« (236)[4]. Und nun, auf Grund dieser Vorbereitung kommt der Kern der universalistischen Krisentheorie, ihr »wesentlicher Vorzug«, mit dem sie alle anderen Theorien aus dem Feld schlägt. »Die Erkenntnis der Ausgliederungsordnung . . . gibt die Möglichkeit, ein wahrhaft organisches Bild der Krisengründe zu entwerfen[5]), was die bisherige Krisenlehre nicht vermochte: Je nach dem Teilganzen, in dem der Krisengrund liegt, ist sein Rang, sein organischer Wert bestimmt . . . Es gilt der Satz: Je höher der Vorrang einer Leistung, um so mehr krisenbegründend ist ihr Fehler, je höheren Vorrang ein Teilganzes innehat, desto mächtiger (krisenerzeugender)[6]) ist der in ihm liegende Krisengrund«

---

her sollte man auch wissen, daß »Marktreifeverleihung des Geldes« gleichbedeutend ist mit »Geldvermehrung« u. dgl. m., wenn es nicht in Klammer daneben stünde?

[3]) Im Original gesperrt! Kein Druckfehler!

[4]) Im Original gesperrt!

[5]) Im Original gesperrt!

[6]) Es ist amüsant zu beobachten, wie peinlich es H. vermeidet, das Wort »Ursache« zu verwenden. Es ist fortwährend die Rede davon, daß gewisse Um-

(242/243) [7]. Das bedeutet, wie aus der Erläuterung auf der nächsten Seite hervorgeht, folgendes: Ein Fehler im Bankwesen, ein schlechter Handelsvertrag, eine Inflation usw. hat eine viel größere Wirkung als etwa eine verfehlte Investition eines einzelnen Unternehmens oder ein Unglücksfall in einem Betrieb; denn jene Umstände gehören der vorrangbegabten Gemeinsamkeitsreife an, während hier die Krise auf ein Teilganzes beschränkt bleiben kann. »Wenn z. B. der Unternehmer oder Betriebsleiter einen Fehler begeht, ist das viel gefährlicher als ein Fehler eines Werkmeisters oder gar nur eines Arbeiters« (244). Niemand wird bestreiten wollen, daß das unendlich wichtige, geradezu umstürzende, wahrhaft organische Erkenntnisse sind, wofür unsere Wissenschaft dem kinetischen Universalismus zu größtem Dank verpflichtet ist. Die herrschende marxistisch verseuchte Theorie wäre niemals auf diese geniale Idee gekommen!

Es folgt nun wieder die Aufzählung aller möglicher Störungsursachen. 1. In der Gemeinsamkeitsreife: Wirtschaftfehler der Unternehmer und Betriebsleiter, schlechte Betriebsordnung, Fehler eines Bankdirektors bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit, Fehler des Staatsmannes bei Abschluß eines Handelsvertrages, falsche Kartellordnung usw. Dann: Devisenpolitik und Ueberkapitalisierung, Ueberspannung des freien Wettbewerbes, Ueberkonzentration, falsche Besteuerung. »Krisengründe in der Marktverleihungsreife des Geldes (Geldvermehrung)« (262 ff.). 2. »Die Krisengründe in der Vorreife und der Hervorbringungsreife«. Hierher gehören: »Konzernbildung, Kartellierung, Vertrustung, neue Handelsverträge, Gesetz-, Steuer- und Verwaltungsverbesserungen, Organisation der Märkte« usw. Die ganze Fülle des Gebotenen kann hier natürlich nur angedeutet werden. Als besonders bedeutsam sei nur noch hervorgehoben, daß »der Verlauf der Umgliederung sich danach bestimmt, wem der Fruchtbarkeitsfortschritt zugute kommt: Es ist m. E. nicht gleichgültig, ob durch eine Erfindung die Erzeugung von Brokatschuhen billiger wird oder jene einfacher Gebrauchsschuhe; ob Kaviar billiger wird oder Brot« (291). Die Analyse der eigentlichen Expansionskonjunktur und Krise, also jener Erscheinung, die man sonst Konjunktur und Krise nennt, ist auf S. 294—297 zusammengedrängt.

H. meint, daß die herrschende Lehre gegen seine Theorie in erster Linie den Einwand erheben wird, daß sein Konjunkturbegriff zu weit sei. Mit dieser Annahme irrt er. Die herrschende Lehre wird es niemand verbieten mit den Worten »Konjunktur« und »Krise« zu bezeichnen, was er will. Mitunter mag sich eine solche Ausweitung von Begriffen, wie sie H. mit den Begriffen »Konjunktur« und »Krise« vornimmt, sehr empfehlen, z. B. weil es dann leicht ist, ohne große Gedankenarbeit viele Seiten mit Aussagen über den betreffenden Gegenstand anzufüllen.

---

stände oder Vorgänge Störungen hervorrufen, herbeiführen, veranlassen; Krisengrund ist doch offenbar gleich »Krisenursache«. Der Verfasser will das aber nicht wahr haben und versichert immer wieder, daß »der Begriff des Krisengrundes durchaus gliedhaft d. h. sinnvoll und unmechanisch zu fassen ist; er bezeichnet den zur Krise führenden neuen Wirtschaftsvorgang« (228. Im Original gesperrt). Mit Worten läßt sich trefflich streiten . . .!

[7]) Im Original gesperrt!

Hoffen wir, daß der Verfasser, dem man ja großen Fleiß und schriftstellerisches Talent nicht absprechen kann, bald zur Einsicht kommen wird, daß es ein unnützes Beginnen ist, gewöhnlichen Lehrbuchstoff in eine »universalistische« Phraseologie zu übersetzen!

(Gottfried Haberler.)

Mohrmann, Dr. *Warthold: Produktion und Absatz.* München, Verlag Dr. Franz A. Pfeiffer, 1927. 44 Seiten.

Der Verfasser dieser kleinen Schrift hat einen Gedanken erfaßt, der nicht ohne Wert ist, übertreibt aber den an sich annehmbaren Einfall bis zur Utopie. Er weist nämlich darauf hin, daß sich die unmittelbar der Erzeugung und ihrer Erweiterung dienenden Umlaufsmittel infolge der Einrichtungen des Wechsels und der Notenbanken dem Bedarf mehr oder weniger biegsam anpassen; es fehle aber aus mancherlei Gründen an ähnlichen selbsttätigen Anpassungen bei jenem Teile der Umlaufsmittel, die nicht für die Erzeugung, sondern für den Verbrauch der Endfabrikate oder unmittelbar genußreifer Rohstoffe (Salz, Hausbrand, frisches Obst usw.) benötigt werden. Die Handels- und Industriekreise der Vereinigten Staaten, aber auch mancher europäischer Länder suchten, ohne die theoretischen Erwägungen Mohrmanns, nur in Verfolgung ihrer unmittelbaren geschäftlichen Ziele, diese Lücke durch die sogenannte Konsumfinanzierung auszufüllen. Diese bewegt sich zumeist in den altbekannten Bahnen des Ratengeschäfts, ist nur für Ankäufe, die etwas größere Beträge umfassen, geeignet und kann in ihren Auswirkungen die Gefahren der Inflation sowie eine stärkere Belastung der Käuferschaft mit den derzeit so hohen Zinsen kaum vermeiden.

Der Verfasser schlägt aber vor, es sei den »Verbrauchern« von Staats wegen ein »zusätzliches Einkommen« in Gestalt von Umlaufsmitteln, seien es Bank- oder Staatsnoten, seien es Gutscheine von Industrieverbänden, ohne Rückzahlungsverpflichtung zu gewähren, um sie in den Stand zu setzen, die technisch höchstmöglichen Leistungen der Erzeugung aufzunehmen. Er verspricht sich hievon die befriedigende Lösung so gut wie aller volks- und weltwirtschaftlichen sowie sozialen Fragen. Er sieht wohl ein, daß man ihm sofort vorhalten werde, diese »Schaffung zusätzlicher Kaufkraft« sei ausgesprochene Inflation, sucht aber dieses naheliegende Bedenken durch die nicht ganz überzeugende Behauptung zu entkräften, es handle sich gar nicht um einen regelmäßigen, beständigen Vorgang, sondern nur um die gelegentliche Abgabe mäßig großer Mengen von Umlaufsmitteln zu Zeiten des Hochstandes der Konjunktur, um ihr Hinabgleiten in arge Tiefstände zu verhüten (S. 26). Dem Mangel einer genaueren Darlegung der Art und Weise, wie sich diese staatliche wirtschaftliche Vorsehung in Gestalt währungs- und finanzpolitischer Maßnahmen betätigen soll, wird der Verfasser vielleicht in einer in der Einleitung versprochenen umfangreicheren »Allgemeinen Volkswirtschaftslehre« abhelfen. Entscheidender ist ein anderer Fehler: der tiefe Einschnitt durch die Weltwirtschaft geht gar nicht, wie Mohrmann annimmt, zwischen Erzeugern und Verbrauchern hindurch, sondern zwischen der Landwirtschaft einerseits, den übrigen Erwerbszweigen, insbesondere Industrie und Bergbau anderseits. Dort wo er aber ganz kurz auf die Landwirtschaft zu sprechen kommt (S. 31), geschieht dies in einer Weise, als ob sie nur Brotgetreide liefern würde. Auch über die weltwirtschaftlichen

Schwierigkeiten seines in erster Linie volkswirtschaftlich entworfenen Planes setzt er sich zu leicht hinweg, indem er behauptet, daß sich diese Schwierigkeiten in Wohlgefallen auflösen würden, sobald erst sein Vorschlag in allen Volkswirtschaften verwirklicht sein werde.

(S. Schilder.)

IV. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Gewerkschaftsbewegung in Sowjetrußland. Internationales Arbeitsamt. Genf, 1927. 304 S.

Das neue, vom internationalen Arbeitsamt herausgegebene vorzügliche Werk beginnt mit einem Kapitel, in welchem die kommunistische Theorie vom Gewerkschaftswesen dargestellt wird. Es werden laut dieser Theorie die Gewerkschaften unter der »Diktatur des Proletariats« als Organisatoren der Arbeiterklasse angesehen. Die organisatorische Aufgabe kann von den Gewerkschaften nur dann gelöst werden, wenn sie nach bestimmten Grundsätzen aufgebaut sind. Dies sind die Grundsätze des ausschließlichen Bestehens von kommunistischen Gewerkschaften, des einheitlichen Industrieverbandes und der Zentralisierung. Die Grundsätze lassen sich aber nur dann verwirklichen, wenn das gesamte Gewerkschaftssystem verstaatlicht ist. Im folgenden Kapitel wird die Durchführung dieser Grundsätze durch die russische kommunistische Partei verfolgt, und zwar getrennt für die Zeiten vor der Erlangung der Staatsgewalt, die Jahre des kommunistischen Experimentes und die Periode der NEP.

Es folgen dann Kapitel, in welchen der innere Aufbau der Gewerkschaften untersucht wird. Auch hier wird zwischen den ersten Jahren des Regimes und der heutigen Zeit unterschieden. Es wird u. a. mitgeteilt, daß heutzutage ca. 90% der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, dabei aber sofort darauf hingewiesen, daß der wirkliche Wert dieser Zahl von den Ergebnissen der weiteren Untersuchung abhängt. Betriebsräte verschiedener Arten gibt es heute ca. 50 000 mit 226 000 Mitgliedern, von welchen 28 000 von jeder Arbeit befreit sind.

Eine Reihe von Kapiteln ist der Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gewerkschaften gewidmet. Es wird ihre Tätigkeit auf den Gebieten des Wirtschaftslebens, der Organisation des Arbeitsmarktes, der Lohnpolitik, der Kollektivverträge, der Beilegung der Arbeitsstreitigkeiten, des Arbeiterschutzes und des kulturellen Lebens untersucht. Es kommt dabei die Besonderheit der Lage der russischen Gewerkschaften klar zum Vorschein, die dadurch bedingt ist, daß sie verkappte Staatsorgane sind und zugleich vorwiegend staatlichen Unternehmungen gegenüberstehen.

In einem sehr interessanten Kapitel werden die Beziehungen zwischen den russischen Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaftsbewegung dargestellt.

Die Resultate der einzelnen Untersuchungen werden in einem meisterhaft geschriebenen Schlußwort zusammengestellt. Die Eigenart des russischen Syndikalismus wird in folgenden Worten ausgedrückt: »Jeder Lohnarbeiter besitzt das Recht, seine Interessen durch ein gewerkschaftliches Organ zu wahren . . . Jedoch können die Arbeiter Gewerkschaften nur in der gegebenen gewerkschaftlichen Organisation bilden, d. h. im Rahmen der kommunistisch organisierten Verbände.

Sollte ein Arbeiterverband von höheren Instanzen nicht gutgeheißen werden, so darf er sich nicht Gewerkschaft nennen und hat keinen Anspruch auf die Rechte und Privilegien der Gewerkschaften. In Wirklichkeit ist diese Exklusivität der kommunistischen Gewerkschaften noch viel größer. Nicht nur ist dem Arbeiter das Recht genommen, nach seinem eigenen Willen eine Gewerkschaft zu wählen, er ist tatsächlich gezwungen, in die existierenden Gewerkschaften einzutreten.« So verliert die oben angegebene Zahl von 90% organisierten Arbeitern jeden Wert: es müßten sich eigentlich volle 100% in den Gewerkschaften befinden.

Die eigenartige Lage der russischen Gewerkschaften erklärt die spezifischen Schwierigkeiten, mit welchen sie zu kämpfen haben. Sie sind staatliche Organe, die die Rechte der Arbeiter gegen andere staatliche Organe zu schützen haben. Andererseits vereinigt jede Gewerkschaft so verschiedene Berufe, daß dadurch ihre Arbeit außerordentlich erschwert wird.

Die Idee der gewerkschaftlichen Freiheit scheint allmählich wieder aufzutauchen. Ihre Verwirklichung steht aber in den ersten Anfängen. »Denn einerseits hängt die Aktionsfreiheit der Gewerkschaften gänzlich von den Führern ab, welche in der Tat durch die kommunistische Partei erwählt werden; andererseits ist durch die Anwesenheit einer großen Zahl Arbeitsloser sowie durch den Umstand, daß die Arbeiter faktisch gezwungen sind, sich den Gewerkschaften anzugliedern, um nicht der Vorteile verlustig zu werden, die gewerkschaftlich Organisierten eingeräumt sind, die persönliche Freiheit der Arbeiter und also auch die gewerkschaftliche Freiheit noch äußerst begrenzt.«

Durch diese kurzen Angaben ist der reiche Inhalt des Buches lange nicht erschöpft. Unter einem eigenartigen Gesichtswinkel eröffnet es einen Einblick in die hauptsächlichen wirtschaftlichen Probleme Sowjet-Rußlands und führt den Leser in die Eigenart der Existenz des russischen Arbeiters ein. Es muß mit dem Werke jedermann rechnen, den die Lage des heutigen Rußlands interessiert. (N. Timaschew.)

Moldenhauer, Prof. Dr. *Paul: Internationale Sozialpolitik.* Schriftenreihe der Weltwirtsch. Gesellschaft zu Münster i. W., Heft 14. Leipzig, Quelle & Meyer, 1927. 23 S.

M. stellt fest, daß die Entwicklung der Sozialpolitik »neben starker Uebereinstimmung in Zielen und Methode, doch auch wieder starke Verschiedenheiten« erkennen läßt. Weitgehende Abweichungen bestehen namentlich zwischen dem amerikanischen System der Sozialpolitik und dem aller übrigen Völker. In Amerika wird die Lösung der sozialen Fragen vornehmlich auf zwei Wegen versucht: »einmal über die hohen Löhne und zum anderen über die Selbsthilfe«. Amerika als Vorbild für Europa zu nehmen, hält Verfasser nicht für angebracht. In Europa nimmt Rußland eine gewisse Sonderstellung ein, doch bestehen dort, trotz der Ablösung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus, im wesentlichen dieselben sozialpolitischen Probleme wie anderwärts. Abgesehen von Amerika sind alle Länder gezwungen, zur Lösung dieser Probleme Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung zu ergreifen. Es wird die Frage aufgeworfen (S. 12), ob sich hierin so viele übereinstimmende Züge entdecken lassen, daß aus ihnen die Notwendigkeit einer internationalen Sozialpolitik gefolgert werden kann. Die Antwort darauf ist bejahend (S. 19); alle Er-

wägungen zeigen, daß bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik gemeinsames Handeln wünschenswert ist. Diese Einsicht gab auch Anlaß zur Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation, die M. auf S. 20 bis 23 kurz behandelt. Er warnt davor, deren praktische Bedeutung lediglich nach der Zahl der vollzogenen Ratifikationen internationaler sozialpolitischer Uebereinkommen einzuschätzen: »Es beginnt eine langsame Orientierung nach den (von der I.A.O. aufgestellten) Leitsätzen, wenn man auch nicht so weit gehen will, sich ihnen sklavisch zu unterwerfen.« Voraussetzung für wirklichen Fortschritt der internationalen Sozialpolitik ist die Ausbildung einer »gemeinsamen sozialpolitischen Ueberzeugung in den einzelnen Ländern«.

(H. Fehlinger.)

Ricci, Umberto: Dal Protezionismo al Sindicalismo. Bari, Laterza, 1926. 188 S.

Auch diese Schrift darf als eine der geistreichsten bezeichnet werden, welche die liberistische Schule nach Bastiat produziert hat. Sie enthält drei an den großen Universitäten, Bologna, Pisa und Rom, an denen d r Verfasser doziert hat (er ist heute als Nachfolger von Pantaleoni Ordinarius für Nationalökonomie in Rom) gehaltene Vorlesungen. Mit besonderem Nachdruck untersucht er die Ursachen für die andauernde Unpopularität unserer Wissenschaft (S. 1 ff., 71 ff.). Auch bei Ricci wird der bei den modernen Liberalen häufige Versuch betont, sich vom Gängelbande der Industrieherrschaft zu befreien. Kräftiger noch ist die Position Riccis gegen den Sozialismus (S. 26 ff., 55 ff., 111 ff.) und gegen ein Ueberhandnehmen der Gewerkschaftsbewegung ausgebaut. Bemerkenswert ist seine Auseinandersetzung mit Norman Angell und der Theorie von der ökonomischen Unmöglichkeit der Kriege (S. 3). Ricci erkennt auch, daß die These vom Verschwinden des Industrieherrentums in seiner individualistischen Form (S. 154) wohl zum mindesten verfrüht ist. Es erübrigt sich zu sagen, daß der handelspolitische Standpunkt des Verfassers ein »unentwegt« freihändlerischer genannt werden kann. (Rob. Michels.)

V. Rechtswesen.

Nawiasky, Hans, Professor an der Universität München: *Grundprobleme der Reichsverfassung*, 1. Teil, Das Reich als Bundesstaat. Berlin, Julius Springer, 1928. X, 200 S. M. 10.80, geb. M. 12.80.

Daß die deutsche Staatsrechtswissenschaft in den letzten Jahren einen beachtlichen Stellungswechsel vom »rein Juristischen« ins »Politische« vorgenommen hat, ist oftmals betont worden. Diese grundsätzliche Einstellung, in den politischen Fragen das Erste und Wesentliche staatsrechtlicher Betrachtung zu sehen, ist auch in dem neuen Werke Nawiaskys unverkennbar. Für ihn kreisen die »Grundprobleme der Reichsverfassung« zunächst um die großen politischen Fragen; danach ist auch der Aufbau des breit angelegten Werkes gegliedert, dessen erster jetzt vorgelegter Teil das Reich als Bundesstaat behandelt, während die (hoffentlich bald) folgenden Bände den inneren Aufbau der

Reichsgewalt und die Stellung der Einzelperson im Staate zum Gegenstand haben sollen.

Angesichts des recht erheblichen Umfanges des vorliegenden ersten Bandes fühlt man sich versucht, an der Berechtigung des Titels »Grundprobleme« zu zweifeln. Allerdings hat sich das neue Werk des Münchener Staatsrechtslehrers aus einer 1920 erschienenen, damals recht bedeutsamen Schrift »Die Grundgedanken der Reichsverfassung« entwickelt, deren Ideengehalt unter Berücksichtigung der fast zehnjährigen Zwischenentwicklung nunmehr in drei Bände verteilt und vertieft werden soll. Trotzdem möchte ich betonen, daß Nawiasky sich bewußt eben auf diese Grundprobleme beschränkt, diese allerdings in jeder wünschenswerten Vertiefung bringt, und damit wird dem Werke ein durchaus eigenartiger Charakter aufgeprägt, der es von der bisherigen Literatur zum Weimarer Verfassungswerk unterscheidet.

Man erwarte also kein Lehrbuch, noch weniger einen Kommentar. Die bekannten juristischen Streitfragen spielen bei Nawiasky kaum eine Rolle, scheinen sogar häufig geflissentlich übergangen zu sein. Man erwarte aber ebensowenig, etwas über den sog. »Geist der Weimarer Verfassung« bei Nawiasky zu finden. Er ist auch im Bereiche des Politischen viel zu sehr Positivist, um sich seiner grundsätzlichen Einstellung nach um die Einfangung eines in den Lüften schwebenden Geistes bemühen zu wollen. Was er bringt und was m. E. den Hauptwert des Buches ausmacht, das ist die sorgfältige Verfolgung der grundsätzlichen politischen Probleme in den Einzelheiten des Verfassungslebens, die Ausbeutung des einzelnen Symptoms in der Richtung der in ihm bekundeten politischen Entscheidung.

In dieser Richtung bietet das Buch oftmals überraschende und neue Gesichtspunkte; manches bisher wenig oder gar nicht Beachtete wird in seiner grundsätzlichen Bedeutung beleuchtet. Einige charakteristische Beispiele seien hervorgehoben: Die übliche Meinung betrachtet den Einfluß der Gliedstaaten im Bereiche der Außenpolitik Deutschlands als gering. Nawiasky legt (S. 15) dar, daß sich die Länder im Wege der parlamentarischen Erörterung außenpolitischer Fragen in den Landtagen einen verhältnismäßig großen Anteil an der Reichsaußenpolitik gesichert haben, der durch die mehr und mehr üblichen Konferenzen der Ministerpräsidenten gleichsam eine Legalisierung erfahren hat. Ueberhaupt wird dem § 26 der Geschäftsordnung der Reichsregierung von 1924, welcher diese Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner der Länder zur ständigen Institution macht, mit Recht eine erhebliche Bedeutung beigemessen (vgl. S. 42). — Neuartig und lehrreich ist die Gegenüberstellung von hegemonialem und sog. echtem oder Neu-Föderalismus (grundsätzlich S. 85); der Neuföderalismus (vertreten namentlich in Bayern) hat eine ausgesprochen antihegemoniale, praktisch antipreußische Spitze; er ist also weniger gegen das Reich gerichtet, als gegen die in diesen Kreisen immer noch behauptete übermäßige Vormachtstellung Preußens im Reichsorganismus. Trotz der Bezeichnung »Neuföderalismus« möchte ich eigentlich annehmen, daß diese Tendenz eher eine gradlinige Fortsetzung der früheren süddeutschen Einstellung bedeutet, die schon im kaiserlichen Bundesstaat gelegentlich hervortrat, wenn sie auch niemals zur politischen Krise geführt hat. Das neue und bisher viel zu wenig beachtete Problem des Föderalismus in Deutschland liegt eher darin, daß es heute auch und sogar in erster Linie einen preußischen Föderalismus gibt, und dieser ist dem

Reichsgedanken und der Reichsstruktur viel gefährlicher als der süddeutsche Föderalismus, weil es sich für Preußen um ein bisher völlig ungelöstes Problem und gleichzeitig auch um eine völlig unerträgliche Lage handelt. Mit Recht stellt daher Nawiasky das preußisch-deutsche Problem stark in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen, während das scheinbar davon völlig losgelöste bayrisch-deutsche Problem als längst nicht von so großer Wichtigkeit erkannt wird. Ueberraschend ist auch der Nachweis, daß beide föderalistische Problemkreise in einer engen innerlichen Wechselbeziehung stehen. Die preußische Frage ist ohne Bayern nicht lösbar, und jeder Lösungsversuch wird in Süddeutschland mit argwöhnischen Augen angesehen, weil jedwede Neugestaltung die weitesttragenden Folgen auch für Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten zeitigen muß.

Im letzten Teil seiner Darlegungen macht Nawiasky den Versuch, die Richtlinien zur Lösung des preußisch-deutschen Problems aufzuzeigen. Ich muß gestehen, daß es mich einigermaßen überrascht hat, aus dem Munde eines so guten Sachkenners der bundesstaatlichen Fragen das Geständnis zu vernehmen, daß das preußisch-deutsche Problem vorderhand unlösbar sei. Die verschiedenen längst bekannten und vielfach diskutierten Vorschläge zur Lösung werden zwar übersichtlich zusammengestellt und erläutert, aber für eine der möglichen endgültigen Lösungen will sich Nawiasky nicht aussprechen; was er empfiehlt, ist vorläufig nur eine »Auflockerung« Preußens durch stärkere Betonung der Selbständigkeit seiner Provinzen, aber unter Erhaltung seines Charakters als Bundesstaat. Diese Zwischenlösung läßt für das Reich jede Möglichkeit zum Einheits- wie zum Föderativstaat offen. Es erscheint mir nicht unbedenklich, gerade hier eine solche Zwischenlösung in Vorschlag zu bringen. Die Weimarer Verfassung ist übergenug mit ungelösten Kompromissen belastet, will man auch jetzt wieder herausschieben und nichts Endgültiges gestalten, so erscheint es fast besser, die unausbleiblichen politischen Kämpfe um diese Zwischenlösung zu vermeiden.

Das Buch zerfällt in drei Hauptabschnitte. Im ersten Teil wird der gegenwärtige Rechtszustand in kurzer Zusammenfassung und möglichster Objektivität dargestellt; der zweite (mir wichtigste) Teil bringt eine Antithese der grundsätzlichen Einstellungen, Wünsche und Kritik des betonten Unitaristen und des ausgesprochenen Föderalisten. Auch hier befleißigt sich Nawiasky, obwohl er sich auf dem schwierigsten politischen Gebiete bewegt, einer bemerkenswert zurückhaltenden Objektivität. Man kann fast sagen, daß der Unitarier wie der Föderalist in Nawiaskys Darstellung zu »Idealtypen« bestimmter politischer Richtungen geworden sind, und die einheitliche Durchführung dieser Grundeinstellungen zu allen wesentlichen Fragen des Verfassungslebens ist neu und beachtenswert. Matter wirkt der letzte Teil, »Würdigung« überschrieben. Der Versuch, eines der wichtigsten und schwierigsten Grundprobleme der Weimarer Verfassung mit wissenschaftlicher Objektivität zu lösen, ist gewiß anerkennenswert, aber es wurde schon vorher betont, daß eine Lösung im eigentlichen Sinne kaum gegeben wird. Die positiven Reformvorschläge Nawiaskys sind überraschend gering und gerade durch die aus seiner überpolitischen Einstellung fließende Bedenklichkeit gehemmt. Man möchte nach der Lektüre behaupten, daß die un- oder überpolitische Behandlung politischer Fragen eben doch eine contradictio in adjecto darstellt.

Ich begnüge mich mit der Heraushebung der Richtlinien des Werkes. Bedenken, die man gegenüber Einzelheiten erheben möchte, machen in einer doch nur kurzen Besprechung leicht den Eindruck der Ueberheblichkeit und des Besserwissens, den ich dem auf jeden Fall lehrreichen Werke von Nawiasky gegenüber vermeiden möchte. Um einiges Wenige doch noch zu streifen, sei auf Folgendes hingewiesen: S. 18 ist von Heerwesen die Rede. Nawiasky behauptet: »Die praktischen Wirkungen der Aufhebung der Kontingentsverfassung sind nach alle dem wohl sehr stark abgemildert, der Unterschied gegen früher liegt letzten Endes mehr in der Form als in der Sache.« Derartiges scheint mir der politischen Kräfteverteilung nicht unbedingt gerecht zu werden. Wenn unser Heerwesen heute ausgesprochenermaßen Reichssache ist, so liegt eben darin eine wirkliche capitis diminutio der Länder, die mehr als bloße formale Bedeutung hat (namentlich im Hinblick auf Art. 48 Abs. 1). — Auf S. 59 ist die (in der Staatslehre freilich übliche) Scheidung von sog. reinen Rechtsfragen gegenüber den politischen Konflikten in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes erneut hervorgehoben. Läßt sich diese Scheidung wirklich durchführen? Liegt hier nicht ein in der Schiefwertung gefährlicher Glaube an die Allmacht des Justizförmigen vor, der hindert, die Institution des Staatsgerichtshofes richtig auszuwerten? So erscheint es mir auch mehr als zweifelhaft, ob sich die (S. 68) vorgetragene Lehre praktisch durchsetzen wird, das Land habe es in der Hand, eine Reichsexekution nach Art. 48 Abs. 1 zu verhindern, wenn es den Weg der gerichtlichen Austragung des Streites betritt. Gewiß, rein juristisch läßt sich über diese aus Art. 19 Abs. 2 gezogene Folgerung reden. Ob sich aber im Ernstfall diese Berufung auf den Suspensiveffekt des beim Staatsgerichtshof eingelegten Rechtsmittels dem Reiche gegenüber durchsetzen läßt, dürfte einigermaßen zweifelhaft sein, und wenn man hier die in allen politischen Dingen entscheidende Grundfrage stellt: quis judicabit?, so zeigt sich eben, daß es das Reich ist, dem die letzte Entscheidung durch die Verfassung anheimgegeben ist.

Auch in mancher anderen Einzelheit wird man je nach seiner wissenschaftlichen Einstellung zu grundlegenden Verfassungsfragen Nawiasky nicht folgen können. Das hindert nicht, daß jeder, der sich in das Werk Nawiaskys vertieft, aus ihm reiche Anregung schöpfen kann. Schon die Tatsache, daß hier schwer zugängliches und wenig bekanntes Material zusammengefaßt ausgewertet worden ist, macht das Buch wertvoll, und der Standpunkt Nawiaskys ist in seiner Konsequenz stets interessant und selbst dort lehrreich, wo man sich im Grundsätzlichen seiner Ideenrichtung nicht anzuschließen vermag.

(Albert Hensel.)

VI. Politik.

Grabowsky, A.: Deutschland und das Weltbild der Gegenwart. Berlin, Zentralverlag, 1928.

Das Büchlein gibt in zwei Abschnitten eine Darstellung des »Weltbildes der Gegenwart« und der außenpolitischen Probleme Deutschlands, wie sie sich dem Verfasser von geopolitischen Gesichtspunkten aus ergeben. Da die Arbeit offenbar populäre Absichten verfolgt, wäre es

ungerecht, sich ihr mit allzu scharfer Sonde zu nähern. Dafür wird etwa später Gelegenheit sein, wenn die weltpolitische Bücherei erscheinen wird, zu der die vorliegende Arbeit ein Vorläufer sei.

Die geopolitische Methode der Betrachtung außenpolitischer Probleme kommt neuerdings immer mehr in Aufnahme, ohne daß man eigentlich sähe, was denn prinzipiell eigentlich Neues dabei herausgekommen sei. Entweder scheint sie auf Selbstverständlichkeiten herauszulaufen oder in Betrachtungen ökonomischer Art oder endlich in eine sonderbare Raummystik umzuschlagen. Für dies sogenannte Gesetz der wachsenden Räume, eine pseudowissenschaftliche Verhüllung für höchst handfeste imperialistische Tatbestände, braucht man schließlich nicht eine so nüchterne Wissenschaft wie die Geographie durch geheimnisvolle Umbiegung rational nicht erfaßbarer Kurven in ein gesetzmäßiges Koordinatensystem zu vergewaltigen.

Deutlicher als in einigen dem Abschnitt »Deutschland« beigegebenen Karten kann z. B. diese geradezu gefährliche Spielerei mit geographischen Anschauungen zu politischen Zwecken kaum in Erscheinung treten. Aber auch, daß dieser Methode jede Eindeutigkeit mangelt, so daß sie zum Mißbrauch von allen politisch interessierten Seiten geradezu prädestiniert ist. Z. B. zeigt Karte 49 nach Ansicht des Verfassers, daß »Süddeutschlands Sockelstellung im Deutschen Reich denkbar ungünstig sei: der Sockel ist viel zu schmal, um den riesigen Oberbau Norddeutschlands zu tragen . . . Hier liegt geopolitisch die Notwendigkeit des Anschlusses Oesterreichs an das Deutsche Reich, er schafft geopolitische Harmonie« (S. 61/62). Der Verfasser will eben den Anschluß als eine politische Notwendigkeit begründen. Von anderen Zielsetzungen aus ließe sich natürlich ebenso einwandfrei geopolitisch nachweisen, daß die geopolitische Harmonie eine Abtrennung des Sockels notwendig mache und alsdann seine Vereinigung mit Oesterreich oder mit Böhmen; oder eine Vereinigung aller genannten Gebiete.

Wie gesagt, eine nähere Auseinandersetzung mit den im Text dargelegten Ansichten des Verfassers ist bei diesem Anlaß nicht am Platz. Das Buch ist mit vielen Karten versehen. Das ist bei der gewählten Methode eine Selbstverständlichkeit, aber zweifellos ein großes Verdienst der Arbeit, wenn auch bezweifelt werden mag, daß das erreichbar ist, was dem Verfasser vorschwebt: »plastisches weltpolitisches Sehen.« Nicht alle Karten sind fehlerfrei; im Interesse der weiteren Ausgestaltung dieser erst im Beginn stehenden Art der Veranschaulichung fühlt sich der Rezensent berechtigt, auf folgende Fehler hinzuweisen, die ihm bei der Lektüre aufgefallen sind:

Karte 5: Weder Nordkanada noch die Inseln des Eismeers dürften als Siedlungsgebiete für Weiße in Frage kommen. Dagegen wäre vielleicht als solches ein Teil des entstehenden ostafrikanischen Dominions (Lord Delamere) aufzunehmen.

Karte 6: Long Island ist niemals eine eigene Kolonie oder Staat der Union gewesen, gehörte vielmehr zu New York. Unter den Staaten fehlt als 13. sowohl auf der Karte wie im Verzeichnis Delaware. Die für Massachusetts und New Hampshire angegebenen Nummern sind auf der Karte falsch eingedruckt. Auch die Staatsgrenzen sind nicht immer richtig, z. B. grenzt Pennsylvanien ans Meer.

Karte 7: Wenn schon auf ein vollständiges Bild der Rohstoffverteilung verzichtet werden sollte, müßten zum mindesten doch für Rußland die Steinkohlen Südrußlands und die Baumwolle Turke-

stans, für Kanada die Kohlenvorkommen im Osten des Landes erwähnt werden.

Karte 29: Angola ist nicht als portugiesisches Gebiet markiert. Auch Karte 1 dürfte in der Grenzziehung zu Zweifeln Anlaß geben.

(G. Lütkens.)

Kaff, Siegmund: Der Austro-Bolschewismus. Heft 9 von »Gegen den Strom! Flugschriften in zwölfter Stunde«. Wien 1927. 72 Seiten. Preis M. 1.50.

Vorliegende Schrift gehört in die große Reihe derjenigen, deren Verfassern, obwohl durchaus nicht arbeiterfeindlich oder unsozial eingestellt, der marxistische Klassenkampfbegriff zum Gegenstand von mancherlei Zweifeln und Bedenken geworden ist, wofern diese Schriftsteller nicht von vornherein, ähnlich den meisten englischen Sozialisten und Arbeiterparteilern, auf einer anderen Grundlage standen. Mit viel Sorgfalt und Belesenheit hat Kaff Stimmen aus dem sozialistisch-marxistischen Lager gesammelt, denen derartige Zweifel und Bedenken oder doch wenigstens eine gewisse innere Unsicherheit zu entnehmen sind, und vermag hier sogar auf einzelne Aeußerungen von Karl Kautsky hinzuweisen. In der Hitze des Gefechts läßt sich Kaff freilich mitunter zu Darlegungen verleiten, die, in allzu schroffer Ablehnung der Uebertreibungen des Klassenkampfes, Aeußerungen von Unternehmersekretären oder antiparlamentarischen Fascisten (S. 66 oben) nahekommen. Er fügt zwar (S. 30) die Verwahrung ein: »Keineswegs soll der bittere Zwang des proletarischen Klassenkampfes bestritten werden, sofern er durch den Interessengegensatz diktiert und von der kapitalistischen Klasse aufgenötigt erscheint.“ Aber die entscheidende Frage, wie dieser unvermeidliche, sozusagen naturnotwendige Klassenkampf von den mit Recht gerügten Uebertreibungen abzugrenzen sei, wird von ihm auch nur mit einiger Bestimmtheit nicht beantwortet.

Insofern er die marxistische Anschauung von der Beendigung des Klassenkampfes durch Aufrichtung einer klassenlosen Gesellschaft als weltfremd und unsachlich, als unbewiesene Glaubensvorstellung ohne Möglichkeit einer überzeugenden Begründung ablehnt, befindet er sich auf sicherem Boden. Zweifellos wird es immer Kräfte geben, die zu Klassenscheidungen drängen. Aber auch hier taucht die von ihm mehr gestreifte als beantwortete Frage nach Maß und Umfang auf: Sollen die Klassenscheidungen so schroff bleiben, wie sie derzeit häufig noch sind?

Ueberdies vergißt Kaff die ausgezeichnete Eignung der Begriffswelt des marxistischen Klassenkampfes für eine »Diesseitsreligion«, die den dem Kirchenglauben entfremdeten breiten Arbeitermassen und nicht nur diesen in Fortdauer uralter, irgendwie zu befriedigender seelischer Bedürfnisse zur innern Notwendigkeit geworden ist: die klassenlose Zukunftsgesellschaft als Himmel, der auf absehbare Zeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft noch durchzuführende Klassenkampf als Fegefeuer, die als noch ärger betrachtete, da und dort aber immer wieder auflebende Vergangenheit (Greuel des Frühkapitalismus) als Hölle. Gegenüber einem solchen »diesseitsreligiösen« Bedürfnis versagen alle Gründe der politischen und Wirtschaftswissenschaften.

Ein nicht geringer Teil der Schrift, deren Hauptwert in den Dar

legungen über den Klassenkampf liegt, ist scharfen Auseinandersetzungen mit der österreichischen Sozialdemokratie gewidmet, die aber für nichtösterreichische Leser kaum verständlich und sicherlich, da es sich um einen für die große Welt nicht sehr bedeutsamen Kleinstaat handelt, wenig belangreich sind. Aber eben das Eingesperrtsein in beengte, stockende Verhältnisse erklärt zum Teile die übermäßige Heftigkeit des Tons. (S. Schilder.)

Scheffer, Egon: Oesterreichs wirtschaftliche Sendung. Grundlagen einer gesamtdeutschen Volkswirtschaft. Wien, Hölder-Pichler-Tempsky, 1927. VIII und 296 S.

Trotzdem der Titel dieser Schrift nur auf eine wirtschaftspolitische und wirtschaftsbeschreibende Arbeit schließen ließe, hat man es hier in hervorragendem Maße auch mit einem wirtschaftstheoretisch-soziologischen Bekenntnisbuch zu tun, das sich auf seinen ersten 43 Seiten und in manchen späteren Ausführungen (so z. B. S. 267—275 in Darlegungen über »Syndizierung« oder »ständische Organisation«) für die viel umstrittenen, hier nicht näher zu behandelnden Lehren Othmar Spanns geradezu leidenschaftlich ausspricht; diese Lehren dürften in ihrer tatsächlichen Auswirkung den derzeitigen sozialen Künsteleien des italienischen Fascismus nahekommen. Den Hauptinhalt der viel Stoff und Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftskunde Oesterreichs und der anderen Nachfolgestaaten sowie Deutschlands verarbeitenden Schrift bilden nicht etwa die nur nebenher behandelten schweren Wirtschaftsnöte Oesterreichs sowie die Mittel zu ihrer Behebung, sondern Darstellungen der wirtschaftlich-sittlichen wechselseitigen Hebung und Förderung, die vom Gelingen des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland zu erwarten wären.

Manche verfehlte Einzelheiten wären zu bemerken, so eine durchgängige Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft Oesterreichs und Deutschlands, die ja einer beständig, wenn auch langsamer als vor dem Weltkrieg wachsenden städtisch-industriellen Bevölkerung gegenübersteht; ferner ein etwas phantastischer Plan, die rund anderthalb Milliarden Schilling, welcher die österreichische Landwirtschaft zur Erreichung ihrer wünschenswerten und rein technisch möglichen Leistungsfähigkeit bedarf, durch Selbstbesteuerung auf genossenschaftlichem Wege, unter Verzicht auf Auslandskapital, aufzubringen, wobei auf den Kopf der Landbevölkerung zehn Groschen täglich durch zwanzig Jahre hindurch entfielen. Tatsächlich vermochte aber die verarmte österreichische Landbevölkerung und ihre Genossenschaften, als im Sommer 1927 in Wien die »Girozentrale« benannte Kredithauptstelle des landwirtschaftlich-gewerblichen Genossenschaftswesens begründet wurde, so gut wie nichts beizusteuern; vom fünf Millionen Schilling betragenden Aktienkapital wurden drei Millionen von reichsdeutschen genossenschaftlichen Anstalten und Verbänden (eben im Sinne einer planmäßig-klugen Anschlußpolitik) und zwei Millionen von einer Wiener Großbank, der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt gezeichnet. Es erregt auch Bedenken, daß Scheffer den Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland ebenso unbefangen und selbstverständlich behandelt wie jenen Oesterreichs. Tatsächlich stehen schon dem österreichischen Anschluß nicht geringe, von Scheffer selbst besprochene Schwierigkeiten entgegen. Wie aber jener von Sudetendeutschland ohne kriegerische Verwick-

lungen herbeizuführen wäre, läßt sich vorläufig nicht absehen. Eher könnte die gesamte, auf einen umfangreichen Binnenmarkt ihrer Industrien angewiesene Tschechoslowakei auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen für den Anschlußgedanken älteren Formats gewonnen werden, der das ganze damalige Oesterreich-Ungarn und seit 1916 auch Polen mitumfaßte. Dem steht aber des Verfassers allzu einseitig völkische Einstellung gegenüber.

Anderseits finden sich recht gute Darlegungen besonders im industriepolitischen Teil der Schrift, so z. B. der Hinweis darauf, daß Oesterreichs Holzindustrie derzeit aus dem Waldreichtum der Alpenländer wenig Nutzen ziehen könne, dazu aber in hohem Ausmaß imstande sein werde, sobald der zollpolitische Anschluß an Deutschland verwirklicht sein wird; daß ferner die Blüte der österreichischen Papier- und Zellstoffindustrie zum nicht geringen Teile auf den gegenwärtig besonders gegen Deutschland gerichteten österreichischen Ausfuhrabgaben für Rohholz beruhe, daß aber nach vollzogenem Anschluß ein befriedigender Ausgleich zwischen Oesterreichs Waldwirtschaft, Holzindustrie sowie Zellstoff- und Papierfabrikation ohne irgendwelchen Schaden für Deutschland zustandekommen dürfte; daß endlich allen derzeit übrigens nur mehr vereinzelten Besorgnissen österreichischer Industrieller hinsichtlich des überlegenen reichsdeutschen Wettbewerbs durch geschickte gesamtdeutsche Kartellabmachungen begegnet werden könnte. Auch über Oesterreichs Großbanken, Börsenwesen, Währung und Notenbank im Falle eines engeren Anschlusses an Deutschland wird mit treffenden und zugleich ermutigenden Worten gesprochen.

Im großen und ganzen wäre über dieses Buch zu sagen, daß man darin manches nicht findet, was zu erwarten wäre, daß aber anderseits dort mancherlei wertvolle Darlegungen über Deutschland und die Nachfolgestaaten (namentlich über die besonders eingehend behandelte Tschechoslowakei) auftauchen, auf die man in dieser Schrift kaum gerechnet haben dürfte. Mangelhaft dargestellt ist jedenfalls die Verbindungslinie zwischen der glänzenden Zukunft, die der Verfasser vor Augen führt, und der traurigen Gegenwart, in der Oesterreich und Deutschland ihr Dasein fristen müssen und sogar die Tschechoslowakei mannigfachen Schwierigkeiten und Leiden nicht zu entgehen vermag.

(S. Schilder.)

VII. Nebengebiete.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen — Printed in Germany

ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

BEGRÜNDET VON

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND EDGAR JAFFE

IN VERBINDUNG MIT

JOSEPH SCHUMPETER UND ALFRED WEBER

HERAUSGEGEBEN VON

EMIL LEDERER



60. BAND / 3. HEFT



TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1928

Band 60

INHALT DES DRITTEN HEFTES

(Dezember 1928)

Seite

I. ABHANDLUNGEN

II. LITERATUR

III. LITERATUR-ANZEIGER

Voranzeige.

Das 1. Heft des 61. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

I. Abhandlungen: 1. Prof. John D. Black, Cambridge (Mass.): Die Lage der amerikanischen Landwirtschaft. 2. Prof. Boris Brutzkus, Berlin: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution. 3. Wladimir Woytinsky, Berlin: Lebensmittelpreise, Beschäftigungsgrad und Kriminalität. 4. Dr. Fritz Elsas, Vizepräsident des deutschen Städtetages, Berlin: Die Entwicklung der kommunalen Finanzen seit dem Kriegsende. 5. Dr. Paul Wittek, Konstantinopel: Türkentum und Islam II. 6 Moritz Jaffé, Gerichtsassessor a. D., Berlin: Gedanken zur venetianischen Geschichte II.

II. Literatur: 1. K. A. Wittfogel, Frankfurt a. M.: Voraussetzungen und Grundelemente der chinesischen Landwirtschaft. 2. Prof. Dr. Albert Hensel, Bonn: Staatslehre und Verfassung. 3. Prof. Dr. Paul Mombert, Gießen: Neuere Literatur auf dem Gebiet der Bevölkerungslehre.

Zuschriften und Zusendungen sind an Herrn Dr. A. von Schelting für die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.

Die Aufnahme eines dieser Zeitschrift zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripts steht selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Verfasser nicht gleichzeitig in einer anderen Zeitschrift denselben Gegenstand behandelt.

Mit einer Beilage der Firmen Duncker & Humblot in München, R. L. Prager in Berlin und 2 Beilagen der Verlagsbuchhandlung.

Die Fragestellung nach der Wirklichkeit im historischen Materialismus.

Von

PAUL EPPSTEIN.

I.

Der Marxismus hat einen spezifischen Wirklichkeitsbegriff. Den gilt es, in dieser Untersuchung zu analysieren. Neuere Arbeiten (von Karl Mannheim[1])) haben gezeigt, daß unser Denken keines-

[1]) Vgl. Karl Mannheim u. a. Das konservative Denken, insbes. II, Archiv für Soz.-Wiss., Bd. 57, S. 453 ff.

wegs auf einer einheitlichen Basis beruht. Es wurde klar, daß (unter anderem) auch das Grundlegendste in unserem Denksystem, der Wirklichkeitsbegriff, bereits uneinheitlich ist und je nach den verschiedenen sich bekämpfenden Strömungen differiert. Es wurde auch, was noch wichtiger ist, sichtbar, wie hinter der Differenzierung des Wirklichkeitsbegriffs eine historische, soziale und politische Differenzierung steht —, daß also in diesem Sinne unsere Wirklichkeitsbegriffe historisch-sozial differenziert sind.

Der marxistische Wirklichkeitsbegriff erwies sich in dieser historischen und soziologischen Analyse zunächst als ein Gegenbegriff des romantischen »Lebensbegriffs«. Schon bei Hegel vollzog sich durch die Abhebung seines »Geist«-begriffs ein Vorstoß gegen das bloß irrationale Dahinströmen und gegen das Unerfaßbare des verinnerlichten Lebensbegriffs der Romantik. Insofern wurde Hegel ein Vorläufer der marxistischen Intention, die sich aber dann in ganz anderer Weise konkretisierte.

Während Mannheim rein historisch-soziologisch verfährt und die Genesis des marxistischen Wirklichkeitsbegriffs aufweist, soll unsere Fragestellung zunächst eine »systematische«, das soll heißen, eine unhistorische unsoziologische sein. In phänomenologischer Analyse wollen wir denjenigen Wirklichkeitsbegriff, der vom historischen Materialismus als der Geschichtsauffassung des Marxismus vorausgesetzt wird, uns vergegenwärtigen und in seinen verschiedenen Spielarten betrachten.

Diese Betrachtung wird zeigen, wie innerhalb des Marxismus selber die Wirklichkeitsbegriffe differieren. Zwei Pole stellen sich deutlich heraus, in denen sich das Problem der Wirklichkeit und die Bewältigung des Erkenntnisaktes gestaltet: Der Versuch einer abbildtheoretischen Auslegung und ihm gegenüber der Versuch einer identitätsphilosophischen Lösung. Als Vertreter dieser polaren Auffassungen werden wir Lenin und Lukacs einander konfrontieren.

Sachlich haben wir uns zur Aufgabe gestellt zu zeigen, und zwar auf Grund einer phänomenologischen Analyse, was die Abbildtheorie des historischen Materialismus eigentlich meint und was ihr Wesen ausmacht. Dies geschieht an Hand eines ihrer neueren ausgesprochenen Vertreter: Lenin. Der so herausgestellte Wirklichkeitsbegriff wird dann dem dialektischen, etwa in der Prägung von Lukacs, gegenübergestellt und gefragt, ob und wie sich die Abbildtheorie (Lenin) mit der Subjekt-Objekt-Identität (Lukacs) vereinbaren läßt. Dahinter spielt sich der methodische Streit der Wissenssoziologie ab, deren Auseinandersetzung mit der Problematik des historischen Materialismus es für die Gestaltung seines Wirklichkeitsansatzes fruchtbar zu machen gilt.

Sofort taucht aber ein Bedenken auf und zwar die Frage, ob unsere Methode, mit der wir an die Analyse herangehen, wirklich standpunktfrei sei. Die Phänomenologie gibt vor, standpunktfrei zu sein. Die Berechtigung, aber auch die Grenzen dieses Anspruchs lassen sich in der Anwendung der Methode am ehesten zeigen. Als



Nebenprodukt dieser Untersuchung wird sich aufweisen lassen, wie diese Methode am historischen Gegenstand anfangs fruchtbar zu machen ist, aber am Rande der Problematik fraglich wird, ja, daß die phänomenologische Methode einstweilen am Problem der Geschichte scheitert [2]).

Methodisch versuchen wir also, einen in der Zeit entstandenen geschichtsphilosophischen Aspekt, den historischen Materialismus, phänomenologisch zu analysieren. Gelingt es der phänomenologischen Analyse, das Wesen der Wirklichkeit im Geschichtsmaterialismus standpunktfrei zu offenbaren? Oder wird nicht gerade ihr Ergebnis erst recht zu einer Enthüllung des Standpunkts (»der Perspektive«) führen müssen, also trotz der Absicht unhistorisch zu sein, wie es die statische Richtung der Phänomenologie vorgibt, wieder die Genesis einschalten und historisch werden müssen? Gerade wegen dieser Bedenken gegen die Methode wollen wir versuchen, sie am historischen Objekt konsequent zu Ende zu denken. Wir glauben, den Nachweis erbringen zu können, daß einstweilen die spezifisch statische Denkweise der phänomenologischen Methode den dialektischen Wirklichkeitsbegriff des Marxismus nicht zu erfassen vermag.

Der historische Materialismus soll hingenommen werden mit seinem Geltungsanspruch auf allgemeine Gültigkeit, so wie er sich selbst gibt. Er erscheint vorerst als sich entfaltender geistiger Gehalt, als geschichtsphilosophischer Aspekt, der das historische Werden in seiner Determinierung durch den ökonomischen Prozeß einsichtig macht. Dieser sich absolut gebende historische Materialismus hat (wie oben gesagt) selbst mehrere Spielarten und dementsprechend auch mehrere Wirklichkeitsbegriffe. Ihre Verschiedenheit wollen wir mit der phänomenologischen Methode herausarbeiten und zugleich aber auch fragen, ob man diese Differenzen als Nuancen interpretieren könnte und ob hinter ihnen nicht doch ein spezifischer sie umfassender, sie erst ermöglichender Wirklichkeitsbegriff durchscheint. In diesem Sinne wollen wir eine »Objektivierung« versuchen, das soll heißen, eine Art des Hinnehmens einer Theorie in ihrer Apodiktizität, in der von ihr selbst beanspruchten Geltung. Dieser Versuch bedeutet aber — und das ist das Problematische an ihm — ein Hinausgehen über eine perspektivische Zurechnung. Im Ergebnis wird sich zeigen lassen, daß eben trotz aller Objektivierungsversuche schon der Wirklichkeits*ansatz* perspektivisch gebrochen ist.

Bisher konnte man zu dieser Fragestellung nicht kommen, weil man einen aus einem jeweils herangebrachten System stammenden Wirklichkeitsbegriff ohne weiteres in den Marxismus hineinprojizierte;

---

[2]) Heidegger nimmt in dieser Hinsicht eine Sonderstellung ein; er verhehlt sich nicht, daß die phänomenologische Methode gegenüber dem historischen Objekt fraglich wird. Weitgehende Ansätze zu dieser Problemstellung finden sich in der Analyse der Geschichtlichkeit des Daseins in »Sein und Zeit«, Jahrb. f. Phänomenologie, Bd. VIII, 1927. Fürs erste bricht aber auch Heidegger die Frage dort ab, wo sie für uns gerade wesentlich wird, wo das »Wagnis« der formaldialektischen Konstruktion des Zusammenhangs von Geist und Zeit (etwa in der Hegelschen Konzeption) zur Diskussion steht (vgl. S. 388, 435).



so etwa Max Adler einen gebrochenen Kantischen Wirklichkeitsbegriff, andere einen Machistischen oder Hegelischen Wirklichkeitsbegriff. Diese Projektionen, die systematischen Ursprungs sind, müssen als solche enthüllt werden, damit die spezifische Wirklichkeitsstruktur des marxistischen Denkens sich herausstellen kann.

Um zu einem bereinigten und theoretisch diskutierbaren Bild des Marxismus zu gelangen, müssen wir bewußt bestimmte Elemente streichen, so etwa propagandistische und konstruktive Elemente, wie der berüchtigte »Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit« oder die Entwicklung »von der Unvernunft zur Vernunft«. Jedenfalls sind diese Punkte, die man als propagandistisch bezeichnen könnte, für uns nicht entscheidend; sie stehen als solche hier ja gar nicht in Frage.

Bestimmte wichtige und interessante Fragestellungen aus der Kontroverse um den historischen Materialismus fallen weiterhin aus unserem Untersuchungsbezirk heraus: Zunächst die Frage, ob der historische Materialismus Weltanschauung, Geschichtsphilosophie, Geschichtstheorie, psychologische Hypothese [3]) oder nur Leitfaden, a priorisches teleologisches Prinzip [4]), ein als Untersuchungsprinzip dienendes Orientierungsmittel [5]) bedeute. Auch geht der Streit um die Spannungen zwischen der Unbedingtheit eines strengen Kausaldeterminismus [6]), sozialer oder gar naturaler Observanz [7]) und einer voluntaristischen Auslegung [8]). Hierbei kann gerade der Voluntaris-

---

Dies tritt auch deutlich hervor in dem (nach Einreichung dieser Arbeit, die im Mai 1928 abgeschlossen wurde) erschienenen Heft I der Philosophischen Hefte (Herausg. M. Beck, Berlin). Abgesehen von der Darstellung der Uebereinstimmungen zwischen Marx und Heidegger in dem Referat von Beck (S. 9) berührt sich mit unserer methodischen Fragestellung der interessante Aufsatz von Herbert Marcuse »Beiträge zu einer Phänomenologie des historischen Materialismus« (S. 45), der »eine Korrektur der Phänomenologie im Sinn der dialektischen Methode« fordert, die sich als der gemäße Zugang zu allen geschichtlichen Gegenständen erweise (S. 45, 58), der selbst eine »dialektische Phänomenologie« entwirft (S. 57) und die Grenzen der Position Heideggers in dieser Hinsicht aufweist (S. 53/56, 59). Marcuse fordert, daß die Heideggersche Phänomenologie des Daseins bis zur dialektischen Konkretion vorstoße und daß die dialektische Methode phänomenologisch anzuwenden sei (vgl. S. 59).

In Ergänzung zu unseren Ausführungen möchten wir nachdrücklich auf den Aufsatz von Marcuse — wertvolle Einzelheiten können jetzt leider nicht mehr besprochen werden — hinweisen.

[3]) Simmel, Probleme der Geschichtsphilosophie, 4. Aufl., 1922, S. 209.

[4]) Woltmann, Historischer Materialismus, 1906, S. 178.

[5]) Labriola, Philosophie des historischen Materialismus, S. 232.

[6]) Loria, Alte und neue Einwände gegen den historischen Materialismus. Arch. f. Sozw., Bd. 35, S. 603. Kautsky (die materialistische Geschichtsauffassung, 2. Bd., S. H. W. Dietz, 1928) beabsichtigt in erster Linie eine historische Anwendung des historischen Materialismus und unterläßt daher eine Auseinandersetzung mit Lukacs und Lenin (I, S. 15).

[7]) Bucharin, Theorie des hist. Mat., 1922, S. 9 ff., in Parallele der naive Naturmonismus Dietzgens.

[8]) Hendrik de Man, Psychologie des Sozialismus, 1926.

mus, indem er die Konservierung des historischen Materialismus in der proletarischen Masse, in dem konkreten Individuum des Arbeiters [9]) in den Blick bekommen will, einen berechtigten »Wirklichkeits«-anspruch erheben, der sich allerdings als psychologischer von dem hier zu exponierenden erkenntnistheoretischen Wirklichkeitsaspekt grundsätzlich unterscheidet. Daher sind auch alle diese Probleme für unsere Fragestellung nicht relevant.

Auch kann hier nicht einmal der Versuch angedeutet werden, das Problem der Wirklichkeit schulphilosophisch und systemgenetisch zu entwickeln, um die Aequivokationen des Wirklichkeitsbegriffes vorwegzunehmen und zunächst das »Wesen« der Wirklichkeit auszulegen, wie es sich den einzelnen Systemen präsentiert. Auch diese im engeren Sinn philosophische Fragestellung muß für uns ausschalten [10]).

Als Crux der marxistischen Wirklichkeitsproblematik erscheint die Entwicklung von einer naiv empiristischen Abbildtheorie zu der Subjekt-Objekt-Identität neuhegelischer Observanz. Der Prozeß beginnt damit, daß Marx und Engels sich gegen die Hegelsche Ontologie (einer Identität von Denken und Sein) wandten und daß sie eine idealistische Abbildtheorie (mit der Annahme einer Präexistenz der Idee) ablehnten [11]), dieser eine naiv empiristische Abbildtheorie entgegensetzten, die dann Lenin besonders ausgebildet hat. Diese empiristische naiv-realistische Abbildtheorie (die als umgekehrter Platonismus kritisiert werden konnte) schlägt im Fortgang

---

[9]) Vgl. die Enquête von Gertrud Hermes in »Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters«, 1927.

[10]) An Stelle der kaum erschöpfend zu nennenden Literatur sei hier nur auf die Charakterisierung des Problems bei Heidegger (Sein und Zeit, S. 201) verwiesen: Unter dem Titel »Realitätsproblem« vermengen sich verschiedene Fragen: 1. ob das vermeintlich bewußtseinstranszendente Seiende überhaupt sei; 2. ob diese Realität der Außenwelt zureichend bewiesen werden könnte; 3. inwieweit dieses Seiende, wenn es real ist, in seinem An-sich-Sein zu erkennen sei; 4. was der Sinn dieses Seienden, was Realität überhaupt bedeutet.

Wir bemerken ausdrücklich, daß wir terminologisch an die überkommene Bezeichnung Wirklichkeits»begriff« anknüpfen und sie daher auch gelegentlich beibehalten. Wenn wir methodisch richtiger von Wirklichkeits aspekt oder -ansatz sprechen, so meinen wir damit diejenige Wirklichkeit, wie sie sich der Intention des historischen Materialismus gibt. Jedenfalls können und brauchen wir nicht die engere sich aus dem Terminus »Begriff« möglicherweise aufdrängende erkenntnistheoretische Problematik hier aufgreifen.

[11]) Siehe Vogel, Hegels Gesellschaftsbegriff, Erg. Hefte der Kantstudien, Nr. 59, 1925, S. 276 ff. Ferner H. Levy, Die Hegel-Renaissance in der deutschen Philosophie, Kantvorträge Nr. 30 u. a. S. 13; Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein (Malikverlag) u. a. S. 220 ff.

Die Frage ist also, wie ein Minimum an Metaphysik oder gar die unphilosophische natürliche Weltansicht in ihrer naiven Wirklichkeitsgewißheit und ein Maximum von Spekulation in der Identitätsphilosophie der Begründung des historischen Materialismus dienen oder vielmehr als Theorie das Phänomen der historischen Erkenntnis überbauen kann (vgl. in anderem Zusammenhang Nikolai Hartmann, Grundzüge einer Metaphysik der Erkenntnis (2. Aufl. 1925), S. 174/75).

des Prozesses (bei Lukacs) um in eine Identitätsphilosophie neuhegelscher Spielart.

Weil also in der Entwicklung der Problematik die Abbildtheorie im Zentrum stand, wird auch in unseren Ausführungen und unserer Kritik die Analyse der Abbildtheorie eine zentrale Stellung einnehmen müssen. Mit dem Vorwurf der Plumpheit, Primitivität und Naivität ist die Abbildtheorie[12]) noch nicht erledigt. Gerade im Hinblick darauf, daß sie in ihrer Grundintention an entscheidenden Punkten der Orientierung über das Erkenntnisphänomen immer wieder auftaucht, erscheint die Untersuchung gerechtfertigt, ob ihr nicht doch, wenn auch in sublimierter Gestalt (unter Ersetzung des Abbilds durch Repräsentation), ein phänomenal aufweisbarer Wahrheitsgehalt innewohnt.

II.

Neuere Untersuchungen über die erkenntnistheoretische Begründung des historischen Materialismus — wir wollen zunächst einen kurzen Hinweis auf die literarische Situation unserer Problemstellung geben — weisen im Geschichtsmaterialismus übereinstimmend realistische objektivistische Elemente auf. Dies ist schon darin begründet, daß zunächst der Uebergang von Hegel über Feuerbach zu Marx-Engels[13]) dargestellt und gezeigt werden mußte, wie die Aufgabe Marxens[14]) dazu führte, konkreten Ausdruck lebendiger Gedankenwelt zu suchen. Dabei werden besondere Erkenntnisbedingungen je nach der gesellschaftlichen Lagerung anerkannt: »Die Wirklichkeit drängt sich zum Gedanken« nur für diejenige Schicht, deren partikulare Interessiertheit der allgemeinen Richtung der gesellschaftlichen Bewegung entspricht, die also dann Träger des richtigen Bewußtseins wird.

Man kann aus den erkenntnistheoretischen Interpretationen des historischen Materialismus drei Typen herausgreifen, die eine empirio-sensualistische, kritizistische oder hegelische Deutung versuchen.

---

[12]) Vgl. auch die Kritik von Back an der Abbild- und Ordnungstheorie, Nationalökonomie und phänomenologische Philosophie, Conrads Jahrb., 3. Folge, Bd. 71, S. 231 ff.

Man könnte uns vorwerfen, wir schraubten die Fragestellung zurück, da wir ja die Abbildtheorie faktisch überwunden haben, indem wir die Beschränkung des Sensualismus aufdecken und das Problem des Erkenntnisursprungs anders ansetzen als es die psychologisch verhaftete, von Empfindungen, Vorstellungen und Wahrnehmungen ausgehende Erkenntnistheorie des naiven Realismus tat. Aber gerade, wenn man eine phänomenologische Analyse der Erkenntnis zugrunde legt, drängt sich von neuem die Frage auf, ob in der phänomenologischen Erfassung des Erkenntnisvorgangs nicht auch eine Sublimierung der alten Abbildtheorie stattfinde, trotzdem die Phänomenologie, über deren Position und Stellung zur Abbildtheorie wir später (S. 472) noch einige Hinweise geben werden, das Haben von Bildern im Bewußtsein im Sinne der Abbildtheorie ausdrücklich verneint.

[13]) Auf diese Frage kann auch nicht einmal differenzierend eingegangen werden, wie etwa Troeltsch bezüglich der Dialektik (Ges. Schr., Bd. 3, I, S. 314 ff).

[14]) Marx, Nachlaß I, S. 17.

Gottfried Salomon [15]) bezeichnet die Marxsche Ideologienlehre im wesentlichen als Empirio-Sensualismus und Interessenpsychologie. Im übrigen wird jedoch das nominalistische Element, das Salomon nachzuweisen sucht, kaum anerkannt werden können, trotzdem die revolutionäre Wirkung des Nominalismus zuzugeben ist. Salomon scheint durch seine wesentlich historische Forschung, in der er die Fäden aufdeckt, wo der historische Materialismus anknüpft, die realistische Schwere seines Wirklichkeitsansatzes zu verkennen, wie sie die Innenbetrachtung des historischen Materialismus, wie wir sie vornehmen wollen, offenlegt [16]).

Marck zeigt — selbst kritizistisch —, daß die erkenntnistheoretische Begründung der Dialektik im Marxismus weder kritizistisch noch hegelisch sei, sondern positivistisch und naiv realistisch [17]). Die dialektischen Bestimmungen der Realität seien Merkmale einer an sich gegebenen, lediglich abzubildenden Wirklichkeit in dem Sinn und in der Form der Abbildtheorie, in der jeder Rest eines methodisch kritischen Idealismus geschwunden sei; die Marxsche Geschichtsphilosophie, die sich nach Marck zwischen den Polen von Hegelianismus und Positivismus bewegt, sei Rousseauismus im Gewande Hegelscher Terminologie. Auch diese Bezeichnung offenbart das Schwergewicht der historischen Anknüpfung.

Vogel [18]) versucht die Hegelischen Elemente im anti-Hegelischen Marxismus herauszuarbeiten, die trotz aller Hegelfeindschaft in den historischen Materialismus übergegangen seien; er wird dadurch zum Gegenspieler von Salomon und der von ihm verdeckten Komponenten.

Dieser (ganz kursorische) Hinweis auf literarische Bearbeitungsversuche, die in unsere Fragestellung hineinmünden, möge genügen. Im folgenden soll versucht werden, diejenige Wirklichkeit auszulegen, auf die Marx in der »deutschen Ideologie« gerichtet ist. Auf sie wird auch unsere spätere Analyse abgestellt sein, ohne daß unser Interesse historischen Anknüpfungspunkten zugewandt ist.

Bei Marx wird die Dialektik konkretisiert in der Aufstellung der These eines Konflikts zwischen Produktivkräften und Produktions-

---

[15]) Salomon, Historischer Materialismus und Ideologienlehre, Jahrb. f. Soziologie, II, 1926, S. 395.

[16]) Die Differenz von den Ausführungen Salomons kann hier nicht ausführlich dargestellt werden. Wir können auf diese Darstellung auch verzichten, weil viel Wertvolles der Analyse Salomons anzuerkennen ist; wir greifen gelegentlich darauf zurück. Jedoch läßt die Untersuchung von S. den Anschein aufkommen, als ob sie in erster Linie literarische Anknüpfungspunkte aufzeigen wollte. Solche führen natürlich an die Schwierigkeit der eigentlichen Problemstellung nicht heran. Vgl. auch die Ablehnung von Ableitungen, wie sie bei S. vorkommen, durch die Aeußerung Lenins über die »stinkenden Quellen der französischen Positivisten« (Empiriokritizismus 1927, Vorw. z. deutschen Ausgabe von Deborin, S. XV).

[17]) Marck, Hegelianismus und Marxismus, Schr. d. Kantges., Nr. 27, S. 13 ff., ferner Kant und Hegel, Tübingen 1917.

[18]) Vogel, Hegels Gesellschaftsbegriff, Kantstudien, Ergänzungsheft 59, S. 365 ff. u. a.

verhältnissen, bei der es sich — wenn wir von Begriffserweiterungen [19]) absehen — im wesentlichen um eine kausale Evolution handelt. Dem entspricht auch der Wirklichkeitsansatz, der aber noch deutlich trotz aller Gegnerschaft die Beeinflussung durch Feuerbach zeigt. Feuerbachs [20]) universaler Anthropologismus nimmt Wahrheit, Wirklichkeit und Sinnlichkeit als identisch. Denken ist aus dem Sein, Sein ist aus sich und durch sich. Die Einwirkungen der Außenwelt spiegeln sich als Gedanken, Gefühle und Willensbestimmungen im Sinne des charakteristischen »Durchgangs durch den Kopf« der sensualistischen Spiegelbildertheorie. Die Marxschen »Feuerbach-Thesen« und die »deutsche Ideologie« [21]) enthalten die Elemente dieser Grundhaltung.

Für den historischen Materialismus naiv-realistischer Prägung ist zunächst Wirklichkeit: die Sinnlichkeit, die Praxis (»sinnliche Tätigkeit« [22])). Auch die bei Hegel noch als zeitloses logisches Geschehen aufzufassende Dialektik wird Realdialektik. Absolut ist nur die soziale Wirklichkeit, und die diese Wirklichkeit erkennende Klasse ist das Proletariat [23]). Das Denken an sich wird enthüllt als Glauben an eine höhere Wirklichkeit [24]). Es wird eine objektive, vom menschlichen Bewußtsein unabhängige Existenz der Dinge angenommen [25]). Das Ideelle ist das im Menschenkopf umgesetzte Materielle.

Es ergibt sich, daß der marxistische Gesetzesmonismus entweder Identität oder Parallelität von Sein und Bewußtsein voraussetzt, jedenfalls aber eine Entsprechung; eine Werdenseinheit von Sein und Bewußtsein ist Wirklichkeit als Wirksamkeit der Menschen [26]). In dieser Beziehung des Bewußtseins auf das Sein bleibt das Sein einzige sinnliche Wirklichkeit. Die Bewußtseinsformen müssen zu jener Wirklichkeit passen, um selber wirklich zu sein [27]).

In der Deckung von Subjekt und Objekt, von Sein und Bewußtsein, deren Einheit der historische Materialismus intendiert, liegt

---

[19]) Vgl. Altschul, Logisches System des historischen Materialismus, Arch. f. Sozw., Bd. 37, S. 46; ferner Muß, Antimarx 1927, S. 42.

[20]) Feuerbach, Werke, II, S. 263.

[21]) Im Marx-Engels Archiv I, S. 230 (ferner vgl. Dok. d. Soz. IV, S. 267).

[22]) Vgl. hierzu die romantische Wurzel der Erkenntnis als Tätigkeit, das Fichtesche erkennende Ich als tätiges Ich, der Zusammenhang zwischen Erkenntnis und Entscheidung, wie er sich in der »Praxis« als Kriterium offenbart.

[23]) Salomon, a. a. O., S. 404, 410, 415, 419.

[24]) Durch empiristische Bestreitung der Abstraktionslehre, sagt Salomon, werden die Ideen als Selbstentfremdung und Selbstentäußerung depraviert und als Abbild, Ausdruck, Reflex und Symptom deriviert, durch sensualistische Zurückführung der Immanenzlehre.

[25]) Bucharin, Theorie des histor. Mater., 1922, S. 53.

[26]) Vgl. Salomon, a. a. O., S. 405, ferner S. 407: Die Gesetze des Marxismus haben den Sinn, daß die objektive Gesetzmäßigkeit sich zwar im Bewußtsein des Menschen darstellt, aber objektiv bleibt, indem die logische Struktur ihres Sachgehaltes über jede Modifikation durch das individuelle Bewußtsein erhaben ist.

[27]) Vgl. Salomon, a. a. O., S. 420.

schon ein Hinausweisen über die naive Abbildtheorie, wenn man diese nicht selbst schon als einen Versuch deuten will, die Dualität von Sein und Bewußtsein zu überwinden, indem das Sein (als einziges) naiv-realistisch als gegebene »wirkliche« Außenwelt vorgestellt wird, die sich im Bewußtsein abbildet. Diese Abbildungen sind wandelbar im Sinne der Auffassung der Wirklichkeit als eines Prozesses, und zugleich auch selbst Wirklichkeit [28]).

Die Deutung des philosophischen Ursprungs, wonach der historische Materialismus ursprünglich empirio-sensualistisch, Ausdruck theoretischer Verhaltungsweise zu dem Sein als nur sinnlicher Wirklichkeit sei (Salomon), kann für uns dahingestellt bleiben; jedenfalls will unsere Fragestellung weiter gehen. Wenn der historische Materialismus immer auch auf dem Boden des empiristischen Sensualismus entstanden sein mag, so ist diese Auslegung ja nur eine Art, das »natürliche Weltbild«, auf das gerade der Geschichtsmaterialismus immer wieder rekurriert, theoretisch zu rechtfertigen. Die sublimierte Abbildtheorie, die die Position Lenins in unmittelbarem Anschluß an Marx-Engels fundiert, drängt die Frage auf, ob sich die in dieser theoretischen Form aussprechende Haltung zur Wirklichkeit nicht als Transzendental-Realismus aufweisen läßt [29]).

III.

Wir wenden uns nun der Innenbetrachtung [30]) des historischen Materialismus zu, wie er sich in der Intention von Lenin gibt.

---

[28]) Vgl. in anderem Zusammenhang über die Unsicherheit des Wirklichkeitsgehaltes im Ueberbau: Hammacher, Das philos.-ökonomische System des Marxismus, 1909, S. 391.

[29]) Wir verstehen unter Transzendentalrealismus eine Erkenntnishaltung, die den Erkenntnisgegenstand außerhalb unseres Bewußtseins (an sich) ansetzt; unser Erfassen des Gegenstandes ist ein nur partikulares in einer Repräsentation des Gegenstandes im Bewußtsein; dabei hat die partikulare Erfassung die Tendenz zur Totalität.

Wir verweisen, ohne auf die erkenntnistheoretische Problematik und auf Differenzen unserer Auffassung eingehen zu können, auf die jüngst erschienene Abhandlung von Willi Freytag, »Der Realismus und das Transzendenzproblem«, Arch. f. d. ges. Psychologie (Akad. Verl. Ges. Lpzg.), Bd. 63, Heft 1 und 2, 1928, S. 1—236.

Zur engeren Fragestellung, vgl. Lenin, Empiriokritizismus, etwa S. 93: »Der Materialist beansprucht Existenz und Erkennbarkeit der Dinge an sich.« Hierbei ist eben die Erkennbarkeit der Dinge an sich fraglich.

[30]) Diese Innenbetrachtung geschieht als immanente Interpretation im Sinne von Karl Mannheim, Ideologische und soziol. Interpretation der geist. Gebilde, Jahrb. f. Soz., Bd. 2, 1926, S. 435. Ueberhaupt läßt sich die Einteilung der möglichen Interpretationen, wie sie Mannheim vornimmt, für unsere Frage sehr fruchtbar verwerten.

Wir versuchen also zunächst eine immanente Interpretation, die den gemeinten Sinngehalt erfassen will. Lenins Lehre soll so dargestellt werden, wie »der Autor sie selbst gemeint und verstanden haben wollte«. Wir gehen aber auch über diese auf den subjektiv gemeinten Sinn gerichtete Interpretation hinaus

Das Erkenntnisphänomen wird durch den historischen Materialismus, wie die an Marx-Engels anschließende Interpretation Lenins gegen den Empirio-Kritizismus darzustellen unternimmt, theoretisch zugänglich zu machen gesucht durch die Frage nach dem Zustandekommen der Erkenntnis. Dies macht auch die sensualistische Deutung des Bewußtseins»inhalts« verständlich, wenn auch damit zunächst nur der psychologische Kreis des Erkenntnisphänomens gefaßt und die antropomorphe Vorherrschaft des Sinneszeugnisses begreiflich erscheint, wie sie die empiristische Abbildtheorie charakterisiert. So wenig das engere Erkenntnisphänomen damit exponiert ist, so sehr spricht die »natürliche Anschauung«, das unreflektierte Weltbild für die Ansetzung der Frage nach dem Zustandekommen der Erkenntnis, ohne sie bis zur Frage des Erkenntnisursprungs vorzutreiben, der Frage, wie sich das Objekt (als Objiziertes) ins Subjektbewußtsein als »Erkenntnis« umsetzt, obzwar jene »naive« »Theorie« auch hierauf gelegentlich übergreift.

Im »Zustandekommen« liegt aber nicht nur die Aequivokation des psychologischen, sondern auch des historischen Erkenntnisprozesses. Letztere, wenn man so will, in engerem Sinn »geschichtliche« Fragestellung wird zunächst zugunsten einer auf den »Gegenstand« lokalisierten Erkenntnis stabilisiert. Dabei liegt auch hier die Dialektik als Universalprinzip zugrunde. Allerdings wird sie erst »später« auf die Bildertheorie angewandt [31]). Diese Fixierung auf einen (ungeschichtlichen) Erkenntnisgegenstand schlechthin ist schon Standpunkt. Der Gegenstandpunkt hält das Erkenntnisfortschreiten prädominant, und damit löst sich für ihn die Frage nach dem Er-

---

zu einer objektiven Interpretation. Wir versuchen, den Autor (Lenin und später Lukacs) dahingehend auszulegen, was seinen Intentionen am ehesten gerecht wird, ohne daß er es unbedingt so formuliert haben müßte. Wir wollen also aus den dem Autor entsprechenden Prämissen die richtigen Konsequenzen ziehen.

Schließlich wenden wir im Laufe unserer Untersuchung methodisch auch eine dritte Art der Innenbetrachtung an, die Interpretation aus einem fremden System heraus, indem wir den historischen Materialismus aus einem ihm fremden »System« phänomenologisch zu exponieren versuchen. Diese Betrachtung wird uns auch rückwirkend veranlassen können, die Phänomenologie von der Position des historischen Materialismus aus (wissenssoziologisch) auszulegen. So könnte man fragen, warum und wieso, aus welchem sozialen Untergrund und mit welcher gesellschaftlichen Sicht die Phänomenologie aufgekommen ist und ihre Methode auch im Bereich der Gesellschaftswissenschaften angewandt werden kann. Vgl. hierzu die Versuche, die Phänomenologie aus dem katholischen Ewigkeitsdenken zu deuten, etwa bei Mannheim, Soz. d. Wissens, Archiv f. Soz.-Wiss., Bd. 53, S. 602, ferner Siegfried Behn, Die Wahrheit im Wandel der Weltanschauung 1924, S. 290 ff. u. a. Eine Ausdehnung der Fragestellung auf dieses Problem ist hier nicht beabsichtigt.

Demgemäß bedienen wir uns in dieser Untersuchung der immanenten und der objektiven Interpretation und der Interpretation aus einem fremden System heraus.

[31]) Siehe Lenin, Materialismus und Empirio-Kritizismus, 1909, deutsch 1927 (Redaktion Borowski, Vorw. Deborin), S. 397.

kenntnisgegenstand aus der scheinbar atomisierten dinghaften Sphäre heraus und schaltet sich »gleich« in die dialektische Spannung ein.

Beide Frageperspektiven gehen vom Erkenntnisphänomen aus, dessen »Natürlichkeit« die Abbildtheorie Rechnung zu tragen vermeint [32]). Existent, faktisch gegeben ist die Außenwelt [33]). Im Bewußtsein erscheint ihr Abbild. Die objektiv unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existierende und von ihm abgebildete Realität wird zusammengefaßt in dem Begriff der Materie [34]). Diese physische Welt hat vor aller menschlichen Erfahrung existiert. Alles Gegebene besitzt die gleiche Realität; der Terminus »Welt« bedeutet schlechthin Außenwelt. Die Dinge sind für den Menschen Dinge außer ihm und zugleich Dinge an sich, die sich als notwendiges Korrelat in Dinge »für uns« verwandeln, ohne Dinge für sich zu bleiben [35]). Die Gegebenheit der Außenwelt wird ohne kritischen Zweifel hingenommen. So umschreibt die Abbildtheorie das Erkenntnisphänomen als Erfassen eines Objekts durch das Subjekt; soweit entspricht sie jener Subjekt-Objekt-Relation, die das Wesen der Erkenntnis ausmacht [36]).

Das Erscheinen des Objekts »im« Bewußtsein wird aber nun sensualistisch an die Sinnesorgane gebunden: Empfindungen, Wahrnehmungen, Vorstellungen und überhaupt das Bewußtsein des Menschen »bilden« das Abbild der objektiven Realität. Die Sinne zeugen von jener Realität, ja im Sinneszeugnis ist jene Realität »gegeben«; denn die Vorstellungen, Empfindungen werden durch die Wirksamkeit objektiver Gegenstände hervorgerufen. Durch jene Gegenstände wird der Erfahrungsakt: der Empfindungsinhalt [37]) »erzeugt«. Die objektive Realität »gehört« also selbst »der Wahrnehmung an«, ist Quelle der Wahrnehmung [38]). Der Materialist »glaubt« [39]) an die

---

[32]) Daher gebraucht auch Lenin immer statt Realismus Materialismus (S. 43/44), um einer Aequivokation mit dem Positivismus zu entgehen, der die Empfindungen (als Erfahrung) gegeben nimmt, ohne nach dem Gebenden, der vom Menschen unabhängigen materiellen Welt (als Außenwelt) zu fragen oder ihr Dasein (im besten Fall) als ungewiß hinzustellen (S. 394). Das Nur-im-Bewußtsein-Sein des Gegebenen ist aber idealistisch, wenn nicht die Frage der Entsprechung gestellt wird.

[33]) Engels, Ueber hist. Materialismus, Neue Zeit, 1892/93. S. 15 ff.

[34]) Lenin, a. a. O., S. 262, 224/25.

[35]) Vgl. die terminologische und sachliche Kritik an Engels Mißverständnis der Praxis bei Lucacs, a. a. O., S. 145.

[36]) Trotz der Gefahr einer Mißdeutung durch die Mach-Avenariussche empiriokritizistische Prinzipialkoordination, wo bekanntlich das Ich als Zentralglied, die Umgebung als Gegenglied in unauflöslicher Korrelation das Wesen der Erkenntnis bezeichnen soll.

[37]) Vgl. hierzu Scheler, Formalismus in der Ethik . . . 1916, S. 53.

[38]) So sind die Materialisten für Kantianer Metaphysiker, weil sie die »Gegebenheit« einer objektiven Realität anerkennen; diejenigen, die diese Gegebenheit bezweifeln, sind für die Materialisten Agnostiker.

[39]) Demgegenüber ist das Glaubenselement in der dialektisch fundierten Position die Gewißheit des Untergangs des Kapitalismus, durch die dialektische Methode »garantiert«. Vgl. Lucacs, a. a. O., S. 54/55.

objektive Realität, hält sie für beweisbar und meint, diesen Beweis auch erbracht zu haben, philosophisch durch eine Aufhebung der Transzendenz und durch die Einbeziehung der Praxis als Bewährung. Wohl kommt dieser »Glaube« der »elementaren, instinktiven, ungeformten, philosophisch unbewußt aufgebauten Ueberzeugung« entgegen; es ist nur fraglich, ob damit nicht schon eine Vergewaltigung des Erkenntnisphänomens stattfindet.

Die Qualität des Sinneszeugnisses geht mit dem Anspruch, Abbild zu sein, über die Bekundung einer Realität hinaus, versucht also gerade die »Verdoppelung« der Welt in Denken und Sein aufzulösen durch einen Monismus, der das objektivierte Sein [40]) als letzte Einheit auch metaphysisch hypostasiert. In diesem Sinne wird der Vorwurf einer Verdoppelung der Welt der Intention der Abbildtheorie kaum gerecht. So sehr die Unselbständigkeit der Erkenntnis durch die Sinne betont, eine Spontaneität des Bewußtseins abgewiesen wird, so ist doch in ihr ein naturalistisches Element enthalten, insofern eine Affizierung der Sinne und ihr Reagieren und damit ein Kriterium der Uebereinstimmung der Bilder vorausgesetzt wird. Mit der Hervorhebung der Sinne als des einzigen erkenntnisvermittelnden Mediums wird das Phänomen in erster Linie auf die Erkenntnis a posteriori beschränkt, die sich in Empfindungen und Wahrnehmungen unmittelbar gibt. Diesem Phänomen wird der idealistische Antisensualismus mit seiner Autonomie des Denkens auch nicht gerecht [41]); jedenfalls geben die Sinne in letzter Instanz ein Bewußtsein von der Wirklichkeit, ein Realitätszeugnis. Es steht allerdings noch dahin, ob dies auch die These der Adäquanz Bild — Gegenstand (im Sinne von Urbild und Abbild) rechtfertigt [42]).

Das Sinneszeugnis liegt auch der — scheinbaren — Abweisung der Transzendenz zugrunde. Die Opposition gegen das »unfaßbare« Kantische Ding an sich, das grundsätzlich unerkennbar bleibt, und gegen den Humeismus jener Fassung, welche die Sinnesvorstellung für die außer uns existierende Welt nimmt und so das Sein mit dem Bewußtsein identifiziert [43]), die Außenwelt in das menschliche Hirn hineinverlegt, diese Opposition führt überpointiert zu einer Problemabweisung der Transzendenz. Der Materialismus anerkennt die Objekte an sich außerhalb des Geistes [44]), ohne einen Unterschied, eine prinzipielle Grenze zwischen Erscheinung und Ding an sich zu be-

---

[40]) Dieses Sein als Wirklichkeit, nicht als dem Denken Gegenstand-sein.

[41]) Dabei muß allerdings auf die berechtigte Einschränkung Schelers (Formalismus, S. 55, 62) verwiesen werden: Aufgabe der Philosophie ist nicht vermeintlicher Aufbau der Inhalte der Anschauung aus Empfindungen, sondern möglichste Reinigung von den diese Inhalte begleitenden Organempfindungen. (Es ist eben nicht nur ein ungeordnetes Chaos von Sinneseindrücken gegeben, wie ja schon hier mittelbar die Frage des Apriorischen hineinspielt.)

[42]) Abbild und Spiegelbild einstweilen synonym. Vgl. Lenin, S. 85, Fußnote.

[43]) Lenin, a. a. O., S. 99 ff., 101, 328/29.

[44]) Vgl. Engels, Anti-Dühring, 5. Aufl., Stuttgart 1904, S. 6, 21; desgl. Belege bei Lenin, S. 46, 53, 57, 59, 75, 84, 134, 156/57, 343.

haupten. Einen Unterschied gibt es nur zwischen schon Erkanntem und noch nicht Erkanntem [45]). Eine Transzendenz könne deshalb nicht vollzogen werden, weil die Sphäre der Erscheinungen eben die Sphäre der sinnlichen Welt sei, außerhalb derer es nichts gäbe [46]). Die Außenwelt, die Dinge an sich, seien nicht jenseitig und transzendent. Ueber etwas sagen, daß es existiert, heißt sagen, daß die Existenz des Dinges der Erkenntnis zugänglich, daß das Nichterkennbare bereits durchbrochen ist [47]). Wohl ist ein Unterschied zwischen Ding an sich und Ding für uns, aber lediglich wie vom Ganzen zum Teil [48]). Das Ding an sich ist ein erscheinendes Ding; Erscheinung ist nicht einfach Illusion, sondern eben Erscheinung des Dings an sich. Das Ding an sich verwandelt sich dadurch, daß es in ein Verhältnis zu unserer Sinnlichkeit tritt, allerdings in etwas »anderes«, in eine Erscheinung, die ihr Anders-sein ist. Aus subjektiven Vorstellungen oder Erscheinungen stellen wir die objektive Realität wieder her. Wir können dies deshalb, weil die objektive Realität der Dinge außer uns das Ursprüngliche ist, was in uns die Erscheinung hervorruft. Das Ding an sich geht in die Erscheinung über, die Erscheinung verwandelt sich wieder in die objektive Realität, unabhängig vom menschlichen Bewußtsein und verbunden mit dem Inbegriff der Dinge im System des Weltgebäudes als konkrete Einheit [49]). Das ist die Dialektik des Erkennens.

Das erscheinende Ding offenbart das Ding an sich. Dinge an sich und ihre Erscheinungen decken sich nur in dem Sinne nicht, daß infolge der unerschöpflichen Beziehungen und Eigenschaften der Dinge ihre absolute Kenntnis uns nicht zugänglich ist. Unser teilweises Wissen ist Wissen von den Teilerscheinungen der objektiven Welt, ist aber objektives Wissen.

Die Verwandlung des Nichtwissens in Wissen deutet zugleich mit der Existenz eines Unerkannten auf ein Unbekanntes hin, auf ein Unendliches: das »Transobjektive«, die Totalität. Die auf Ganzheit gerichtete Haltung des Subjekts ist nichts anderes als sein Eingebettetsein in diese Ganzheit, sein (ontisches) Teil-Sein. Auch das Irrationale geht in die Erkenntnis ein, insofern der unendliche Rest nicht rationalistisch geleugnet, sondern als solcher in der Totalität einbegriffen wird [50]). Das Seiende ist nicht nur das Erkannte, auch nicht

---

[45]) Lenin, a. a. O., S. 88.

[46]) Wer dies anerkennt und trotzdem die Setzung der Außenwelt für metaphysisch erklärt, also Agnostiker ist, ist (Engels) »verschämter Materialist«. Vgl. Lenin, S. 139, 192, 298, 395.

[47]) Vgl. hierzu den Problemansatz des Wissens vom Nichtwissen im Erkenntnisprogreß im andern Zusammenhang unter Einbeziehung apriorischer Elemente bei N. Hartmann, Metaphysik, S. 433/34.

[48]) Vgl. Lenin, a. a. O., S. 105.

[49]) Vgl. hierzu Deborin, Dialektik bei Kant, Marx-Engels-Archiv I, S. 51/52 ff.

[50]) Vgl. den Ursprung der Dialektik aus dem Verhältnis von Rationalem und Irrationalem bei Jonas Cohn, Theorie der Dialektik, 1923, S. 147 und S. 349 als Denken auf das Absolute hin.

nur das Erkennbare, es ist vielmehr in allgemeinstem Sinn Eins aus sich [51]). Hier liegt auch die Wurzel der Identitätsthese, der ursprünglichen Einheit im Absoluten, dessen Differenzierung erst die Relation Subjekt-Objekt ergibt. Diese Dualität ist in einer letzten Einheit aufgehoben, die — kritisch — nur metaphysische Hypostase sein kann: Subjekt und Objekt weisen identische Struktur auf. Die Spaltung des Einheitlichen wird als universale Deduktion in der Dialektik entwickelt: die Gegensätze sind identisch »oder richtiger, sie bilden eine Einheit« [52]). Bedingung der Erkenntnis aller Weltvorgänge in ihrer Selbstbewegung, in ihrer »spontanen« Entwicklung, in ihrem lebendigen Sein ist die Erkenntnis derselben als Einheit der Gegensätze. Die Dialektik als lebendige Erkenntnis tendiert auf Ganzheit, auf Annäherung an die Wirklichkeit als Leben.

Dieser Haltung entspricht kein Empirismus, der bei der Gegebenheit der Erscheinung, bei der »kruden Faktizität« (Lukacs) stehen bleibt. Hier scheiden sich die Wege von dem als wirklich Erscheinenden zur Wirklichkeit der Erkenntnis. Entweder man rekonstruiert aus der Erscheinung (als Abbild) die objektive Realität, deren Strukturprinzipien die Erkenntnis determinieren, die aber an sich unabhängig von uns existiert. Oder aber man löst die Kontemplation auf, indem man die objektive Realität als Selbstobjektivierung der menschlichen Gesellschaft, als konkrete Ganzheit faßt und zur Bewältigung der unmittelbaren Wirklichkeit den Standpunkt der Unmittelbarkeit verläßt [53]).

Das Ding an sich-Problem, die zentrale Frage kritischer Philosophie, enthält durch die einstweilige Ausschaltung der Genesis die Gefahr der Erstarrung: das Gegebene als Vorfindliches wird nur in seinem Gewordensein als Gegebenes konzipiert und in der Gegebenheitssphäre stabilisiert [54]). Die Beziehung zum Gebenden und dessen Entfaltung im Werden, also die eigentliche historisierte Dialektik [55]), ist bei diesem Ansatz der Erkenntnis noch nicht zum Durchbruch gelangt. Bei Einschaltung der Genesis umgreift der Prozeß (die Geschichte) den Gegenstand der Erkenntnis, ja wird selber »Gegenstand«. Auch bei dieser historistischen Dynamisierung des Denkens als Moment des Gesamtprozesses wird von der Außenweltthese der natürlichen Weltansicht ausgegangen. Nur ist Denken und Sein in den realgeschichtlichen Prozeß eingesenkt, in dem sich der Grundwiderspruch von Endlichem und Unendlichem löst: das Unendliche wird

---

[51]) Wobei hier nicht die Substanzfrage, die Frage nach dem Wesen der Materie und ihrer Bewegung, ebenso nicht nach ihrem Ursprung angeschnitten werden soll.

[52]) Lenin, Zur Frage der Dialektik, a. a. O., S. 375.

[53]) Lukacs, a. a. O., S. 212.

[54]) Uebrigens unterliegt jede so ausgerichtete phänomenologische Reduktion einer ähnlichen Gefahr. Siehe auch Jonas Cohn, a. a. O., S. 51.

[55]) Vgl. Lenin, Ueber das Absolute im Relativen, das Moment des Skeptizismus in der Dialektik, ohne sich auf Relativismus zu reduzieren, a. a. O., S. 125 und in ähnlichem Zusammenhang Lukacs, a. a. O., S. 405/407.

durch Endliches im Werdensprozeß erkannt. Nicht als ob damit das Unendliche rationalistisch aufgehoben würde; das Ganze, die Totalität ist eben in der Erfahrung nicht gegeben. Aber jede Erscheinung erfordert »die ganze Welt« als Grundlage. Das in der Erscheinung Gegebene weist als solches schon über sich hinaus.

Uebereinstimmung besteht also in der Realitätsthesis einer an sich seienden, jedenfalls außer uns seienden Wirklichkeit. Differenzen bestehen aber in der Frage der Entsprechung zwischen Erkenntnisbild und seinem Gegenstand, in der Adäquatheit-These. Um diesem Problem näher zu kommen, ist die Frage nach der Transzendenz zunächst von der Abbildtheorie aus zu untersuchen.

IV.

Abbild heiße die immanente Repräsentation des Objekts im Bewußtsein des Subjekts. Es handelt sich dabei nicht um das unveränderliche Wesen der Dinge und auch nicht um das unveränderliche Bewußtsein, sondern um die Uebereinstimmung »zwischen dem die Natur abbildenden Bewußtsein und der im Bewußtsein abgebildeten Natur« [56]). Das Primat der Natur [57]) in der erkenntnistheoretischen Grundfrage schließt dabei noch nicht die Wirklichkeit des Denkens aus, die aus jener aufsteigt, wenn man überhaupt diese Hypothese aufrechterhalten will [58]). Der Bewußtseinsinhalt in seiner Bezogenheit auf den Gegenstand ist also keine Illusion, er beansprucht vielmehr Uebereinstimmung oder Entsprechung. Da das Geschehen im Bewußtsein sensualistisch sich passiv vollzieht, so müßte ja das Abbild im Sinne des Spiegelbildes dem Gegenstand adäquat sein. Es müßte also Zeugnis einer an sich seienden Realität und durch die Sinnesfunktion ein nicht nur im Subjekt, sondern auch bei verschiedenen Subjekten adäquates Abbild sein. Durch die Sinnesorgane müßte also die objektive Wahrheit zugänglich werden können [59]), wenn auch das Kriterium der Richtigkeit der Abbilder nicht eindeutig feststeht [60]). Ein Kriterium gibt es jedenfalls, die Praxis; diejenigen Erkenntnisbilder, die durch die Praxis bestätigt werden, sind richtig und real [61]).

Abgesehen von der engeren Problematik des Sensualismus, ob die Sinne uns überhaupt Eigenschaften der Dinge vermitteln können, Fragen, in denen der Sensualismus wohl als überwunden gelten

[56]) Lenin, S. 96, 112, 115.

[57]) Lenin, S. 46, 53, 134, 137.

[58]) Die naturphilosophische Abart des Materialismus mit seiner Spekulation steht hier außerhalb der Frage.

[59]) Lenin, S. 112, 120.

[60]) Lenin, S. 99.

[61]) Für die Richtigkeit eines Schrittes in bezug auf die Gesamtrichtung gilt (Lukacs, a. a. O., S. 217) das Kriterium des proletarischen Klassenbewußtseins, was jedoch auf eine andere Fundierung des Problems der Entsprechung hinweist.

kann [62]), insofern von Vorstellung, Empfindung und Wahrnehmung zum Denken und zum Denkgebilde als Erkenntnis konstituierend übergegangen wird, ist das Abbild dieser sensualistischen Einengung zu entkleiden und als Gegenbild zum Objekt (als Ding an sich) zu nehmen, das sich wohl dem Charakter eines Abbilds nähern kann, ohne es unbedingt erreichen zu müssen. Dieses Gegenbild, womit das Subjekt das Objekt »erfaßt«, ist dessen »Repräsentation« im Bewußtsein. Der Gegenstand geht also nicht als solcher ins Bewußtsein ein, wird auch nicht vom Bewußtsein erzeugt. Er bleibt vielmehr jenseits des Bewußtseins stehen, ist also transzendent [63]) und wird vom Bewußtsein »nach«gebildet. Wir gehen sogar soweit, uns hier nicht auf reine Rezeptivität zu beschränken, sondern apriorische Elemente und Denkmittel (aus dem Gegenstand in die Objektgerichtetheit der Erkenntnis) einzuschalten. Zu behaupten, das erscheinende Ding sei Ding an sich, bedeutet eine Vergewaltigung des natürlichen Phänomens des »Gegenüber«. Es tritt auch hier ein methodischer Immanenzstandpunkt zur Erfassung transzendenter Sachverhalte in Kraft [64]). Der phänomenale Sachverhalt erweist die Existenz an sich seiender Objekte mit gegenständlicher Struktur, deren Repräsentation im Bewußtsein erscheint. Dieses Erkenntnisbild verwirklicht eine apriorische Realitätsthese, besagt aber noch wenig über die Adäquanz.

Andererseits ist eine Entsprechung des Erkenntnisbildes im Sinn einer partialen Identität mit dem Gegenstand durch das ontologische Bedingungsverhältnis zwischen Objekt und Subjekt einsichtig. Das An-sich-Sein meint nicht grundsätzliche Unerkennbarkeit im Sinne der Kantischen Transzendenz, sondern ist zunächst nur gnoseologische Transzendenz, jedenfalls transsubjektives An-sich-Sein. Ontologisch sind Erscheinung und Ding an sich homogen. So verwandelt sich das Ding an sich in seine Erscheinung, so wird mit dem Bild Transzendentes gemeint, ein außerhalb des Bewußtseins Befindliches [65]); das Denken repräsentiert ein Denkfremdes, eben den transzendenten Gegenstand. Der Erscheinung muß korrelativ das Ding an sich ent-

---

[62]) Gerade die Ablehnung des Solipsismus, der doch nur konsequentester Sensualismus ist, müßte ein Abrücken von der sensualistischen Erkenntnistheorie des historischen Materialismus nahelegen.

[63]) Vgl. Lenin über den Transzensus, S. 107: Wenn auch kein prinzipieller Unterschied zwischen den Sphären (Erscheinungen und Dinge an sich), keine Transzendenz, keine angeborene Unverträglichkeit besteht, so ist ein Unterschied selbstverständlich vorhanden: es ist vorhanden ein Uebergang über die Grenzen der sinnlichen Wahrnehmungen hinaus zur Existenz der Dinge außer uns.

[64]) Ebenso wie in der Phänomenologie, wenn auch nicht in dem Stigmatismus der Anschauung, des gebenden Aktes der Intention. Man kann aber auch die Intention selbst als »Bild« fassen; als immanentes Meinen stößt sie nicht bis zum seienden Gegenstand vor. Vgl. N. Hartmann, Ueber phänomenologischen Idealismus, Metaphysik: S. 164 ff.

[65]) Die Gefahr einer Mißdeutung von »außerhalb« und »innerhalb« des Bewußtseins führt ja nachher zur phänomenologischen Infragestellung der Außenweltthese. Ueber »Abbild« vgl. Hartmann, a. a. O., S. 44 ff., 56, 77, 99, 103 ff., 119, 130, 223 ff., 314, 324, 327, 349, 368, 371, 382, 391, 429, 453.

sprechen. Das Ding an sich ist allerdings »mehr« als seine Erscheinung, es ist ihr gegenüber ihre Totalität, von der sie nur Teil ist.

Die apriorische Realitätsthese des naiven Realismus mit ihrer Fassung der Welt als Ding behauptet diese Welt der an sich seienden Dinge als Wirklichkeit. So sehr damit der unmittelbaren Gegebenheit der Faktizität Rechnung getragen ist und zwar noch ungebrochen, liegt schon dadurch, daß diese von uns objizierte Welt nur ein Ausschnitt ist, Veranlassung vor, die Wirklichkeit des Erscheinenden »hinter« der Erscheinung und ihrer Vergänglichkeit zu suchen, oder sie »über das Gegebene hinaus« zu vermuten. Die Dualität von Objekt und Subjekt wird durch die Einhebung des Subjekts in das Objekt zu lösen versucht. Die Materie wird metaphysisch hypostasiert, obzwar es damit nicht gelingt, die psychophysische Grundrelation, die »Verursachung« des Psychischen durch das Physische restlos aufzuhellen. Die naiv-realistische Abbildtheorie strebt darnach, dieses Umsetzen des Materiellen ins Geistige zu »erklären«, indem sie das Körperliche der Sinnesfunktionen als Vermittlungsorgan benutzt. Das Problem der Wahrheit wird nur als Uebereinstimmung des Erkenntnisbildes mit den Dingen gesehen, Warheit ist, was die menschliche Gesamtpraxis bestätigt; alle unsere Kenntnis ist geschichtlich bedingt, trotzdem nähern wir uns der objektiven Wahrheit, passen uns ihr an (etwa durch nachträgliche Korrektur), ohne sie jeweils zu erschöpfen [66]). Dieser Anpassungsprozeß an die absolute Wahrheit der objektiven Realität bedeutet, daß die »relativen« Wahrheiten nur relativ richtige Abbilder der Objekte sind.

Dieses Verhältnis der Abbildlichkeit und damit das Primat des Abgebildeten wird auch für die Kausalität beibehalten. Die menschlichen Vorstellungen von Ordnung, Zweck und Gesetz sind »Uebersetzungen der Werke der Natur in die menschliche Sprache«; von einer Identität von Denken und Sein derart, daß jene Vorstellungsformen in der Natur gleich wie im Kopf des Menschen bestehen, könne nicht gesprochen werden [67]). Eine monistische Identitätsthese wird auf dieser Stufe des naiven Realismus streng geleugnet und zwar sowohl natürlich im subjektivistisch-idealistischen, als aber auch im objektivistisch-realistischen Sinne als Gleichsetzung des Denkens und des Seienden in einer übergreifenden Seinseinheit oder als gnoseologischer Monismus einer Identität der Gegenstands- und Erkenntnisprinzipien.

Diese Form der Abbildtheorie zeigt, wenn sie eine Fundierung des historischen Materialismus versucht, deutlich die Struktur der naturwissenschaftlichen Ausdeutung der »natürlichen« Realitätsthese. Der historische Materialismus wird naturalistisch erweitert: es gibt für Engels keinen Zweifel an der Existenz einer »blinden Notwendigkeit«, die vom Menschen unabhängig besteht. Die Naturnotwendigkeit ist das Primäre, des Menschen Wille, sein Bewußtsein und seine Einsicht müssen sich ihr notwendig anpassen [68]). »Wenn wir diese Not-

[66]) Lenin, a. a. O., S. 132.
[67]) Lenin, a. a. O., S. 144, 150, 152, 160, 162.
[68]) Lenin, a. a. O., S. 182/83.

wendigkeit auch nicht kennen, so wissen wir doch, daß eine solche Notwendigkeit existiert und zwar aus derselben Quelle, aus der wir wissen, daß die Dinge außerhalb unseres Bewußtseins und unabhängig davon existieren, nämlich aus der Entwicklung unserer Kenntnisse«, die die Verwandlung von Nichtwissen in Wissen (sensualistisch: durch Wirkung des Gegenstandes auf die Sinnesorgane) zeigt. Abgesehen davon, daß hier Kenntnis und Erkenntnis noch undifferenziert bleiben, wird das »Wissen« von der Außenwelt und ihrer Notwendigkeit durch Rückschluß gedeutet und »bewiesen«. So verständlich die Ueberbetonung dieser Position aus der polemischen und oppositionellen Haltung zu Rationalismus und Idealismus und besonders zur kantischen Transzendenz ist, so wird aber »die faktische Gegebenheit der Außenwelt« in einer Weise [69]) zu belegen versucht, die entweder das Transzendenzproblem naiv und grob gar nicht ansetzt und leugnet oder es »nachträglich« zur Rechtfertigung der Position abweist.

Die am Phänomen orientierte Analyse, die von der Subjekt-Objekt-Relation ausgeht, kann aber die Transzendenz als Problem nicht abweisen. Der historische Materialismus aus Angst vor dem positivistisch-rationalistischen Vorwurf der Metaphysik ging der Transzendenz aus dem Wege und griff seinerseits alle Immanenzphilosophie als agnostisch an. Das philosophiegeschichtlich schwer belastete Transzendenzproblem wird schon deshalb ausgeschaltet, um »dem Gegner keine terminologischen Zugeständnisse zu machen«, die der Klarheit des eigenen »Standpunkts« [70]) schaden. Diesen Standpunkt gilt es aber, zunächst auf das überkommene Problem zu reduzieren, wie es sich terminologisch in der »Transzendenz« ausdrückt.

Versteht man unter Erfahrung das im Bewußtsein »unmittelbar« Gegebene und erklärt bestenfalls das Gebende — wenn nicht als Akt, in dem schon das Subjekt-Element präponderiert, — die Außenwelt für ungewiß, so trägt dieser agnostische Positivismus in sich die Tendenz, idealistisch gedeutet zu werden. Vor dieser Art Immanenz besteht im historischen Materialismus berechtigte Vorsicht. Erkennen bedeutet aber ein immanentes Bild des »Gegenstandes« als Entgegen-Stehendem, als Widerstand. Dieses Bild nimmt der naiv-realistische Materialismus als Abbild, d. h. als das (ganz so, wie es an sich ist), erscheinende Ding. Die Objektivität der Erkenntnis wird zu rechtfertigen gesucht, indem aus dem Abbild als Bewußtseinsinhalt die objektive Realität »rekonstruiert« werden kann, sie sich also im Abbild selbst gibt. Das empirische Subjekt ist also in seinem Erkenntnisvermögen beschränkt auf die passive Entgegennahme von »Ein-

[69]) Die Frage der Außenwelt und mit ihr die Struktur der Außenwelt (der Dinge) wird durch die Kategorie des empirischen Ich getragen, für das die Gesetze des Dingdeterminismus ebenso gelten wie für die Außenwelt im engeren Sinn. Vgl. Lukacs, a. a. O., S. 211, ferner 89/90: Das verdinglichte Bewußtsein ist, in solchem Empirismus befangen, völlig passiv als Zuschauer einer gesetzlichen Bewegung der Dinge, in die man nicht eingreifen kann.

[70]) Vgl. Plechanow bei Lenin, a. a. O., S. 396.



drücken«, die als Abbilder ein zeitliches Prius [71]) des Abgebildeten implizieren, aber das Abzubildende in seiner Fülle, in seiner Ganzheit eben jenseitig stehen lassen. Die faktische Gegebenheit der Außenwelt im Abbild bedeutet (abgesehen von dem phänomenologisch unscharfen Problemansatz) schon ein Transzendieren des Bewußtseins»inhalts« trotz des immanenten Ausgangspunkts des Erkenntnisvorgangs.

Denn das Realitätszeugnis, das auch das Erkenntnisphänomen etwa in Wahrnehmung und Empfindung liefert, besagt noch nichts über die Uebereinstimmung der Bilder [72]). Die Metapher des Spiegelbildes enthüllt sich als Mythologie; man begnügt sich mit der Ansetzung einer existentialen realen Außenwelt, der Realitätsmodus des Spiegelbildes, dessen, was uns bewußt ist, wird, soweit er überhaupt in Frage steht, als »Parallelität« von Sein als Seiendem und dem ins Bewußtsein gelangten Sein gedeutet. Diese Parallelität [73]) wird als Entsprechung, Uebereinstimmung zu umschreiben versucht, jedenfalls aber nicht im Sinne von »Zusammenfallen« und »Dasselbesein« [74]), also im Sinne einer Identität. Es gibt also ein unabhängig vom Bewußtsein Seiendes, ohne daß dies erst bewußt geworden, immanent zu werden braucht. Daß der Materialismus auch die Subjekt-Objekt-Relation verwenden muß, um Erkenntnis zu konstituieren, obwohl er das Subjekt quasi in das Objekt hineindeutet, macht die Problematik seiner Immanenz aus. Er geht vom faktisch Gegebenen, vom Sinnlichen, vom Unmittelbaren aus. Von da aber kann man auch zum Solipsismus gelangen, denn alles zu Bewußtsein Kommende ist eben subjektiv, es sei denn, daß man fälschlich das Immanente gleich dem Erscheinenden setzt, also — machistisch — Empfindungskomplexe als Außenwelt behauptet.

Der Materialist aber meint mit der ursprünglich naiv-realistischen Abbildthese ein »hinter den Grenzen der Sinneswahrnehmungen, Vorstellungen und Eindrücke des Menschen liegendes reales Sein« [75]). Er

---

[71]) Siehe auch trotz seiner »immanenten Teleologie«: L. Stein, Soziale Frage im Lichte der Phil., Stuttgart 1897, S. 400: Das gesellschaftliche Sein hat ein zeitliches Prius vor dem gesellschaftlichen Bewußtsein, was aber noch nicht logische Kausalität oder ethische Superiorität bedeute.

[72]) Abgesehen von den Schwierigkeiten, die der Erkenntnis von jedenfalls zunächst nicht gegenständlich zu fassenden Phänomenen etwa des idealen Seins erwachsen.

[73]) So gelangt man auch zu der verhältnismäßig einfachen Formel über Bewußtsein und Sein: Das gesellschaftliche Sein ist unabhängig vom gesellschaftlichen Bewußtsein, das nur eine, bestenfalls ideal-exakte, adäquate Widerspiegelung ist, ohne daß von einer Identität von gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein gesprochen werden könnte. Daraus, daß die Menschen als bewußte Wesen miteinander in Verkehr treten, folgt keineswegs diese Identität. Dieses Festhalten an der phänomenalen Dualität und die idealistische Verdächtigung einer Identitätsthese von Bewußtsein und Sein, die doch dann tatsächlich gesetzt wird, ist eben gerade das Problematische (vgl. Lenin, a. a. O., S. 224, 322, 373, 399).

[74]) Vgl. Lenins ausdrücklichen Hinweis, S. 100.

[75]) Lenin, a. a. O., S. 98.

vollzieht (mit dieser Deutung der Abbildtheorie) in der Tat einen Transzensus, allerdings in seinem Sinne durchaus gerechtfertigt durch das Uebergewicht des Seins. Deshalb richtet sich seine Abwehr, transzendental »gescholten« zu werden, auch nur gegen den kantischen Begriff der Transzendenz, gegen die Unerkennbarkeit der Dinge an sich, gegen den Vorwurf »unberechtigter« Transzendenz [76]). Sonst aber trifft die phänomenologische Analyse der Erkenntnis [77]) als eines »Gegenüber« von Subjekt und Objekt, — eines »Hinausgreifens«, Transzendierens des Subjekts in die Objektssphäre, Erfassen eines Seienden, ohne daß das Objekt immanent oder selber verändert würde, Repräsentation des Objekts durch ein Erkenntnisbild im Bewußtsein — auch für den historischen Materialismus durchaus zu, sofern er die dogmatische Haltung der naiven Abbildtheorie und seine noch am rationalistischen Vorurteil haftende Metaphysikfeindlichkeit kritisch modifiziert. Die Erkenntnistheorie des historischen Materialismus kann, wenn auf den Terminus Gewicht gelegt werden sollte, als transzendental-realistisch aufgewiesen werden. An dieser Bezeichnung liegt dabei viel weniger, als daß durch das damit bezeichnete Faktum der natürlichen Realitätsthesis Genüge geleistet, darüber hinaus der Weg zu einer »Aufhebung« der Unmittelbarkeit geebnet ist, die als Wirklichkeitskategorie nunmehr die konkrete Totalität des realgeschichtlichen Prozesses einzuschalten gestattet.

V.

Die Abbildtheorie in ihrer naiven Form läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Der Gegenstand, das Erkenntnisobjekt ist in seiner Totalität grundsätzlich transzendent; das Erkenntnisgebilde — wir ersetzten »Abbild« durch »Repräsentation« — ist nur ein teilhaftes Erfassen. Wir halten als einstweiliges Ergebnis die Aufweisung der (sublimierten) Abbildtheorie als Transzendentalrealismus fest.

Die Analyse hat sich nunmehr auf den Erkenntnisakt selbst zu konzentrieren. Wir glauben, dabei Ansatzpunkte aufweisen zu können, — wir deuten sie hier allerdings nur an — die bezeugen, daß wesentliche Uebereinstimmungen der phänomenologischen Erkenntnishaltung und derjenigen der sublimierten Abbildtheorie vorzufinden sind.

Die Faktizität der Außenwelt, die den Inhalt des ursprünglichen Wirklichkeitsbegriffes ausmacht, wird durch eine Erweiterung des Horizontes der Fragestellung problematisch. Die naive Beruhigung bei diesem Wirklichkeitsansatz steht trotz aller ausgesprochenen Opposition gegen den Rationalismus unter der rationalistischen Gefährdung, Wirkliches als Gesetzmäßiges zu konstituieren. Die aus der transzendentalen Fragestellung aufzuweisende Bedingung der Möglichkeit geschichtlicher Erfahrung würde erst Voraussetzung der

[76]) Nicht aber etwa gegen Transzendenz im Hegelschen Sinne der Verwandlung von Dingen an sich, was nicht Dinge für sich bedeutet, in Dinge für uns.

[77]) Vgl. etwa die Analyse bei N. Hartmann, a. a. O., S. 43 ff.; ferner: Diesseits von Idealismus und Realismus, Kantst. XXIX, 1924, S. 168, 177, 184, 186.

historischen Wirklichkeit werden, wo gerade historische Wirklichkeit selbst gegeben erscheint. So evident der Bestand der Wirklichkeit der Geschichte als Zeitlich-Sein des Seienden sein mag, so fraglich ist der Ansatz eines gemeinsam anerkannten Bestandes der Wirklichkeit in der Geschichte [78]). Der Uebergang der Außenwelt als naivem Wirklichkeitsansatz in das Wirklichkeit-Werden der Geschichte und damit der Ursprung der Dialektik [79]) rückt in den Horizont der Frage ein. In diesem Horizont läßt sich überhaupt erst die Grundintention der Abbildtheorie sichtbar machen, wie sie den historischen Materialismus (erkenntnistheoretisch) fundiert und wie sie sich einer objektiven Interpretation erschließt. Sie fixiert nicht die Wirklichkeit im Sein, das dem Denken starr gegenübersteht; sondern das Wesen der Repräsentation des (»draußen« an sich seienden) Gegenstandes offenbart über ihre Partikularität hinaus eine Tendenz zur Totalität der Gegenstandswelt, die nicht dinghaft atomisiert, sondern als Ganzheit konzipiert wird. Eine solche Fassung des Erkenntnisvorganges macht die Grundintention der sublimierten Abbildtheorie nach einem dynamischen Wirklichkeitsbegriff zugänglich.

Um diese Position zu erhärten, kontrollieren wir den in der Abbildtheorie als Außenwelt gefaßten Wirklichkeitsansatz an einer phänomenologischen Analyse [80]) des Erkenntnisvorgangs. Diese Ana-

[78]) Vgl. Scheler, Transzendentale und psychologische Methode, Leipzig 1900, S. 32, 56, 69, 103, 117, 161. Hier wird auch im Begriff der »Arbeitswelt« ein solcher Bestand gemeinsam anerkannter Wirklichkeit aufzuzeigen versucht.

[79]) Im Sinn des historischen Materialismus und ohne auf die terminologischen Differenzierungen (etwa bei Jonas Cohn, Theorie der Dialektik, 1923, S. 117 ff.) einzugehen. Uebrigens bereitet sich schon bei dieser Frage die In-Einssetzung von Denken und Sein vor, eine monistische Identitätslösung, die Schelling-Hegelsche Elemente in die Synthese aufnimmt und damit deutlich gegenüber der von der naturwissenschaftlich-rationalistischen Seite überkommenen Ding-an-sich-Problematik romantische Züge einer »Lebens«wirklichkeit in die Dialektik einbezieht.

[80]) Wir sind uns wohl klar, daß, wenn wir von phänomenologischer Methode oder Analyse sprechen, keine einheitliche phänomenologische Position, sondern verschiedene Richtungen vorhanden sind. Wir nehmen auch hier (allerdings im Bewußtsein der Problematik eines solchen Versuchs) eine objektive Interpretation derart vor, daß wir dasjenige zu einer phänomenologischen Grundposition amalgamieren, was sich in den verschiedenen Richtungen als Erfassen des Erkenntnisvorganges gibt.

Die Phänomenologie ist, was sie auch selbst am ehesten ablehnen würde, nicht als einheitliche »Schule« aufzufassen. Während Husserl noch durchaus in den Idealismus zurückfällt, die Schelersche Wissenssoziologie trotz ihrer Orientierung am Sein die Eigengesetzlichkeit der idealen Sinnwelt stehen läßt, hat die Hermeneutik Heideggers und die Aporetik Nikolai Hartmanns ausgesprochen realistische Züge. So wenig diese schulphilosophische Scheidung allgemein besagt, da ja die Phänomenologie vorgibt, keine Standpunktphilosophie zu sein, so offenbaren sich doch Berührungspunkte mit einer sublimierten Abbildtheorie, die tiefer liegen als nur terminologische Analogien.

Gerade Nikolai Hartmanns »Grundzüge einer Metaphysik der Erkenntnis« (2. Aufl., 1925) zeigen, was der gelegentlich so genannte Neu-Platonismus auch erwarten läßt, offensichtliche Parallelen mit einer sublimierten Abbildtheorie,

lyse betrifft zunächst die Außenweltthese (Außenwelt als ein dem Denken starr gegenüberstehendes Sein) in der Frage ihrer Beweislast [81]). Die Erkenntnistheorie des historischen Materialismus in der dogmatischen Form des naiven Realismus versäumt die existentiale Analyse des Daseins überhaupt. Die Begriffe: Sein, Bewußtsein werden in naiver Selbstbeschränkung als solche letzter Instanz fixiert. Die Anerkennung einer objektiven Außenwelt »mit gegebener Ordnung« will ja nicht Erkenntnis ausdrücken, trotzdem Beweise versucht werden. Die Außenwelt »ist« nicht, sie wird nur als solche anerkannt und zwar zunächst als seiende, dann als werdende. Erst wenn die Außenwelt problematisch aus dem Bereich der Setzung des Glaubens oder der Offenbarung herausgelöst wird, öffnet sich die Sicht auf das, was überhaupt unter dem Terminus »Welt« gemeint ist.

Abgesehen von der Beweisbarkeit der Außenwelt ist sie jedenfalls als gemeinte Welt da, und so unvollkommen ihre Gegebenheitsweise auch sein mag, wir nehmen die Wirklichkeit, die wir als daseiende vorfinden, in natürlicher Weise hin [82]). Die Außenwelt tut sich dem Bewußtsein kund, das seinerseits in der Weise des Meinens auf sie gerichtet ist. Die Existenz der Außenwelt ist evident. Die Realität ist vom Bewußtsein unabhängig. So weit trifft eine phänomenologische Analyse mit der Position des historischen Materialismus zusammen. Während dieser aber sich bei der Festhaltung der unabhängigen Existenz der Außenwelt beruhigt, stellt jene auch das Sein des Bewußtseins in Frage, untersucht, inwiefern eine Transzendenz des Bewußtseins in die Sphäre des Realen möglich ist. Denn das Reale wird doch vom Bewußtsein im anschauenden Erkennen [83]) erfaßt, wobei dies Erfassen durch den Geschichtsmaterialismus als Abbild umschrieben wird, weil er nur auf das Dasein der Außenwelt gerichtet ist.

Die Grundaussage einer phänomenologischen Analyse des Daseins

---

vor allem im Ausgang von dem an sich seienden Gegenstand und seinem »Erfassen«, seiner Repräsentation im Bewußtsein. Die Verfeinerungen sind allerdings sehr entscheidend und Hartmann wehrt sich von vornherein gegen eine Identifizierung mit »Standpunkten« (etwa bezüglich der Abbildtheorie, S. 182, 223, 314 ff., außerdem 193).

[81]) Dabei wird sich vieles der erkenntnistheoretischen Position des historischen Materialismus phänomenologisch aufrecht erhalten lassen in der Gemeinsamkeit des Ausgangspunktes von der »natürlichen Weltansicht«.

[82]) Vgl. auch im folgenden hierzu Husserl, Ideen zu einer reinen Phänomenologie 1913, I, S. 52, 60, 87; Heidegger, Sein und Zeit, S. 205 ff., 207, 211; Reyer, Einführung in die Phänomenologie 1927, S. 118, 121, 123, 139; ferner Scheler, Formalismus in der Ethik 1916, S. 43 ff. (zur Frage Apriori-Setzung-Selbstgegebenheit); Scheler, Erkenntnis und Arbeit (die Wissensformen und die Gesellschaft, 1926, S. 233 ff.), S. 280: So-Sein in mente, Da-Sein extra mentem, Rechtfertigung der Leugnung des Abbildes); Scheler, Idole der Selbsterkenntnis, 1915, S. 62 ff.

[83]) Vgl. über Husserls Begriff der Wesensschau in bezug auf den Begriff der Anschauung: Frischeisen-Köhler, Philosophie und Leben, Kantstudien, Bd. 26, 1921, S. 125.

ist in der Terminologie Heideggers [84]): Dasein ist In-der-Welt-Sein; mit dem Dasein als In-der-Welt-Sein ist innerweltlich Seiendes je schon erschlossen. Mit dieser existential-ontologischen Aussage wird ein Realitätsbeweis der Außenwelt gar nicht mehr notwendig. Sein ist nur verstehbar im Dasein; das innerweltlich Seiende ist im Dasein eben vorhanden.

Wenn der historische Materialismus versucht, die Realität der Außenwelt zu beweisen, schließt er ein seiner Welt nicht sicheres, konstruktiv isoliertes Subjekt ein. Auch begnügt er sich nicht, das im Erkenntnisvorgang Vorfindliche zu beschreiben, er versucht es zugleich zu deuten: Die Abbildtheorie behauptet ein »korrelatives« Erkennen des an sich (als einzige Realität) Seienden, ohne zu klären, was der Sinn des »Realen« ist.

Jedenfalls ist das Ding als solches nicht immanent wahrnehmbar, im Erlebniszusammenhang vorfindlich; sondern es heißt transzendent [85]). Dies entspricht auch der Position der (sublimierten) Abbildtheorie. In ihrer naiven Form identifiziert sie allerdings das sinnlich wahrnehmbar Gegebene mit Wirklichkeit schlechthin. In dieser sensualistischen Beschränktheit wird sie dem Wesen der Wirklichkeit nicht gerecht. Die Seinsweisen von Bewußtsein und Realität sind grundsätzlich verschieden; die (naive) Abbildtheorie ist aber nur auf die reale Außenwelt gerichtet, ohne den Realitätsmodus des Bewußtseins in Frage zu stellen. Für sie ist das Seiende bereits Sein (im phänomenologischen Sinn) ohne Differenzierung der Seinsschichten, unter denen Realität eine unter anderen bedeutet.

So erledigt sich für den Materialisten das Problem der Geltung [86]) der Erkenntnis primitiv, indem er sie vom Objekt her determiniert sein läßt, dessen Abbild im Denken »relative Wahrheit« liefert, während die absolute Wahrheit in der objektiven Realität der Außenwelt »verbürgt« erscheint. Jedenfalls besitzt das Spiegelbild keine eigene Geltung. Da das Objekt zum Subjekt »hereinkommt«, wird die allgemeine Gültigkeit »mechanisch« durch das Abbild und in ihm

---

[84]) Siehe Heidegger, zur Frage Innen und Außen, a. a. O., S. 62, 203 (ferner auch Husserl, Ideen I, u. a., S. 93).

[85]) Siehe Husserl, Ideen I, S. 77, ferner in anderem Zusammenhang Scheler Formalismus, S. 47 ff., 59, 61 über die sensualistische und rationalistische Lösung des Erkenntnisproblems.

[86]) Vgl. in anderem Zusammenhang S. Frank, Zur Phänomenologie der sozialen Erscheinung, Archiv f. Soz.-W., Bd. 59, S. 75 ff., wo auch das Phänomen der Geltung für die Konstituierung des objektiven Elementes der sozialen Erscheinung in ihrer »massiven greifbaren Wirklichkeit« herangezogen wird (S. 86/87), wo auch wesentliche Hinweise für eine phänomenologische Betrachtung der sozialen Wirklichkeit zu finden sind, wenn auch fürs erste der Ideal-Realismus der sozialen Erscheinung, der seinen Ursprung in dem letzten Wesen des Seins als idealrealistische Einheit hat, und die Betrachtung der sozialen Wirklichkeit als sichtbare Offenbarung von außermenschlichen Potenzen im Menschenleben trotz aller »Diesseitigkeit von Realismus und Idealismus« eine idealistische Prägung aufweist.

angenommen, wenn auch mit dem Postulat der Bewährung durch die Praxis.

Dieser vereinfachenden Lösung, die das Schwergewicht auf die Objektseite der Erkenntnisrelation verlegt, steht aber die phänomenale Scheidung von Sein und Seiendem gegenüber: Außenwelt ist eigentlich das innerweltlich Seiende (als vorhandener Dingzusammenhang). Daran orientiert sich die phänomenologische Seins-Auslegung. Das Sein gegenüber dem Seienden erhält den Sinn von Realität. Dieses zu erfassende Sein ist aber nicht mit der sinnlich erfahrbaren Realität zu identifizieren; denn Sachzusammenhänge oder Sachverhalte, die das Erkenntnisobjekt [87]) bilden, sind nicht mit den Sinnen, also auch nicht in der sinnlichen Erscheinungsform der Wirklichkeit zu erkennen. Allerdings ist das Sein des Seienden als Sachverhalt »in« der Wirklichkeit gegeben und selbst wirklich.

Die phänomenale Scheidung von Seiendem und Sein zeigt die naive Abbildtheorie [88]) stehenbleibend auf der Stufe des rein Seienden.

---

[87]) Vgl. Back, Nationalökonomie und phän. Philosophie, Conrads Jahrb. 71. Bd., S. 238, ferner 233, 235, 256. Außerdem über den Korrelationscharakter der Erkenntnis in der Intentionalität des Bewußtseins und über die Theorie des Urteils: Heidegger, a. a. O., S. 155, Husserl, Log. Untersuchungen 1924, II, 2, 2. Aufl., S. 140/41, Reyer, a. a. O., S. 119, Scheler, Formalismus u. a., S. 50.

[88]) Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung sei mit wenigen Bemerkungen auf die Stellung der Phänomenologie zur Abbildtheorie verwiesen. (Vgl. hierzu bes. Husserl, Log. Unters. II, 1, S. 421 ff., 502 ff., Scheler, Erkenntnis und Arbeit, 1926, Wissensformen S. 233 ff., 272, 280; Scheler, Vom Ewigen im Menschen I, Vorrede zur zweiten Auflage.)

Die Beziehung von Abbild und Abgebildetem wird naiv so gedeutet: draußen ist das Ding selbst; im Bewußtsein ist als sein Stellvertreter sein Bild. Hierbei werde übersehen, daß wir im bildlichen Vorstellen auf Grund des erscheinenden »Bildobjekts« das abgebildete Objekt (das Bildsujet) meinen. Allein gegeben im Bewußtsein ist das Bild. Wir vermögen es zunächst nicht auf ein bewußtseinsfremdes Objekt mit Gewißheit zu beziehen. Problematisch ist das Kriterium für die Uebereinstimmung, da ja auch die Aehnlichkeit des Bildes mit dem Abgebildeten nicht bewiesen, sondern nur »geglaubt« wird. Das Bild wird überhaupt erst zum Bilde, indem es ein anderes repräsentiert, aber nur selber anschaulich gegenwärtig ist. Die reflektive und beziehende Rede, die Bildobjekt und Bildsubjekt einander gegenübersetzt, weist nicht auf zweierlei wirklich erscheinende Objekte in dem imaginativen Akt hin. Die Erfassung als Bild setzt schon ein dem Bewußtsein intentional gegebenes Objekt voraus. Man könne also nicht von inneren Bildern im Gegensatz zu äußeren Gegenständen sprechen. Es sei nicht ein der transzendenten Sache ähnlicher »Inhalt« einfach im Bewußtsein. Man könne auch nicht immanente oder intentionale Gegenstände und ihnen entsprechende transzendente auf der andern Seite gegenüberstellen, indem man von im Bewußtsein reell vorhandenen Zeichen oder Bildern und der bezeichneten oder abgebildeten Sache spricht.

Hier setzt nun die idealistische Umbiegung in der phänomenologischen Position ein. Der intentionale Gegenstand der Vorstellung sei derselbe wie der wirkliche und gegebenenfalls äußere Gegenstand; der transzendente Gegenstand sei eben der gemeinte. Sofern von Selbstgegebenheit gesprochen wird, sei das Gegenständliche selbst, nicht etwa ein Abbild oder Zeichen von ihm gegeben. Selbstgegebenheit habe auch nichts mit der empirischen Beobachtung des Gegen-

Das unmittelbar Seiende, »gegebene« Tatsachen werden mit ihrem Sein gleichgesetzt. Das Seiende ist unabhängig von Erfahrung, Kenntnis und Erfassung, wodurch es erschlossen, entdeckt und bestimmt wird. Das Transzendente wird zunächst nur in der Erscheinung, nicht in seinem Sein bewußt. Das unmittelbar nur in der Wirklichkeit des Bewußtseins Gegebene tut Transzendentes kund. Das Bewußtsein untersteht Einwirkungen, die es sinnhaft als solche Bekundungen (eines von ihm unabhängig bestehenden realen Daseins) erfaßt. Nur so ist das Transzendente als reales, sinnhaftes Sein denkbar, wenn wir ihm die Fähigkeit, »Wirkungen auszuüben«, zusprechen. Das Reale ist also dem Bewußtsein, nicht im Bewußtsein gegeben [89]. Wahres Sein wäre demnach phänomenologisch ein durchaus anders bestimmtes Sein als das in der Wahrnehmung als leibhaftige Wirklichkeit gegebene; jedenfalls ist es nicht von sensuellen Daten abhängig. So kann wohl als erwiesen betrachtet werden, daß die sensualistische Beschränkung des Wirklichkeits-Ansatzes auf eine sinnlich-leibhaftige »Außenwelt«, wie er in der naiven Abbildtheorie vollzogen wird, nicht aufrecht erhalten werden kann, weil diese Beschränkung der Grundintention der Abbildtheorie, dem Gerichtetsein auf ein Bewußtseinstranszendentes, widerspricht.

Was uns die phänomenologische Auslegung der Grundintention der Abbildtheorie bisher im wesentlichen gezeigt hat, ist die Durchbrechung der unmittelbar (sinnlich) gegebenen Wirklichkeit als einziger Wirklichkeit. Phänomenologisch können wir in dieser Durchbrechung der Unmittelbarkeit noch weiter gehen. Durch die Erscheinung hindurch sind wir intentional auf Erscheinendes gerichtet [90]. Das Beibringen des Seins, seine Freilegung beruht auf einer rechten Beibringung des Seienden. Als Erscheinung von etwas meint sie das

---

stands, seinem Mehr- oder Weniger-Gegebensein zu tun. Wo das Bild die Funktion einer Stellvertretung, einer Repräsentation besitze, so besage dies soviel wie Vorstellungsanregung.

Die weitere Begründung der Abweisung der Abbildtheorie bedürfte einer hier nicht vollziehbaren ausführlichen Darlegung. Ohne noch auf die Differenzen der phänomenologischen Standorte und Richtungen einzugehen, kann man aber auch in der Intention als Meinen des transzendenten Gegenstands das Vorhandensein eines Erkenntnisgebildes einsichtig machen, wie die transzendental-realistische Haltung es als Erfassen des Objekts durch das Subjekt deutet. Wir können hier nicht im Besonderen auf die Einwendungen Schelers eingehen. Man kann aber nachzuweisen versuchen, wie der Transzensus faktisch vollzogen wird, wenn das intendierte »Transzendente« das Erkenntnisgebilde selbst »ist«, nur auf besonderem Wege, dem des intuitiven Erschauens beigebracht. Jedenfalls ist das Gegenüber von Subjekt und Objekt, von Vorstellung und Objekt der Vorstellung das phänomenal Gegebene.

[89]) Vgl. Reyer, a. a. O., S. 41, 117, 122; Husserl, Ideen, I, S. 88 ff.

[90]) Es ist also nicht so, sagt Reyer, a. a. O., S. 131, 135, daß uns die Erscheinung als eine Art Abbild bewußt wäre, von dem wir im Akte des Meinens hinübergleiten in das Meinen dessen, was es abbildet. Wir lassen diese Formulierung im Hinblick auf die nicht ganz klare (anscheinend stärker idealistische) Position Reyers dahingestellt.

Sichmelden von etwas, das sich nicht zeigt durch etwas, das sich zeigt. Wenn Phänomenologie also das sich zumeist Nicht-zeigende »sehen lassen« will, was Grund und Sinn des Sich-»zeigenden« ausmacht, so statuiert sie zwei verschiedene Zusammenhänge des Wesens und der Tatsachen, in denen alle Objekte darin stehen [91]). Hier schließen wir uns einer uns wesentlich scheinenden Erweiterung Mannheims [92]) an: Tatsachenforschung und Wesensanalyse müssen sich ergänzen, wobei Wesenserkenntnis »Verlängerung« und Vertiefung der Tatsachenerkenntnis bedeutet, da beide Erkenntnisarten trotz Dignitäts- und Qualitätsunterschieden ineinander gebettet sind und kein »Sprung« zwischen beiden, vielmehr eine Kontinuierlichkeit des Uebergangs besteht.

Diese Erkenntnishaltung haben wir nun — und damit gehen wir einen Schritt weiter — auf die Erkenntnis des Oekonomischen anzuwenden, wie sie der historische Materialismus intendiert. Auch diese Erkenntnis ist trotz aller (historisch verstehbaren) sensualistischen Verdeckungen im Grund an dem Phänomenalen ausgerichtet [93]). Man kann die Methode von Marx daraufhin zu interpretieren versuchen, und die berühmten Stellen im »Kapital« [94]) lassen sich im Sinne dieser Interpretation verwerten: »... alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen.« »Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz und daher auch in den Vorstellungen, worin Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klar zu werden versuchen, sind sehr verschieden von — und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu — ihrer inneren wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt.« Jene wesenhafte Wirklichkeit bleibt solange unerschlossen, als man nur das Unmittelbare als wirklich nimmt, das sich im Bewußtsein »abbildet«. Dieses Unmittelbare als Wirklichkeit muß zugunsten jener (dahinterliegenden) wesenhaften Wirklichkeit durchbrochen wer-

---

[91]) Vgl. Heidegger über Phänomen und Erscheinung, a. a. O., S. 28, 31, 37/38 u. a., siehe auch Back, a. a. O., S. 224, 229, 250, 251, 254/55.

[92]) Diese Erweiterung auf Grund von Mannheim, Problem einer Soziologie des Wissens, Archiv f. Soz.-W., Bd. 53, S. 629.

[93]) Eine phänomenologische Analyse der Oekonomie betrifft zunächst die soziale Statik (neben der unaufgebbaren Dialektik). Durch die Kombination von Mensch und Gut (als Ware), durch den Markt, durch den Zins u. a., durch die gesamte Organisation der kapitalistischen Wirtschaft, aber zunächst auch nur dieser, kann ein phänomenologischer Querschnitt gelegt werden, der aber nicht nur die Erscheinungen der Wirtschaft und der Gesellschaft in ihrem Sein sondern auch die Denkgehäuse über das Sein in ihrem So-Sein, also in ihrer Pseudoexistenz, umfaßt. Eine Phänomenologie der Sozialökonomik betrachtet das Nebeneinander, sie intendiert keine Theorie, sondern nur eine Beschreibung von Zentralphänomenen und dann womöglich eine Deutung, die selbständige Aufgabe einer ökonomischen Symptomatologie darstellt. Das Wesen einer Symptomatologie ist gerade eine innige Verflechtung phänomenaler mit funktionaler Analyse. Diese Problematik bleibt einer besonderen Arbeit vorbehalten.

[94]) Marx, Kapital, Herausgeber Engels, 1894, III, 2, S. 352, III, 1, S. 188.

den [95]). Der Wirklichkeits-Ansatz bei dem unmittelbar Gegebenen, wie ihn die naive Abbildtheorie vollzieht, wird von ihr selbst durchbrochen, wenn man nur ihr Wesen einzusehen versucht. Um diese Durchbrechung deutlich zu machen, interessiert uns die Frage, wie es zu dieser Konfrontierung A u ß e n w e l t - B e w u ß t s e i n kommt.

Die Abbildtheorie versucht, dem phänomenalen Gegenüber von Subjekt und Objekt Rechnung zu tragen. Das Bewußtsein konfrontiert sich selbst das unmittelbar Gegebene als Außenwelt, es sondert den Bewußtseinsinhalt (das bewußte Sein) als an und für sich [96]) dem Bewußtsein gegenüber Stehendes aus. Dieser Ansatz der Außenwelt als eine dem Bewußtsein gegenüber trägt schon die Tendenz zur Aufhebung der Zweiheit in sich: Wirklich ist allein die Außenwelt, während das empirische Subjekt nur Spiegelbilder von ihr »empfängt«, sein ganzes Denken ist von »jener« Wirklichkeit determiniert und damit als Wirklichkeit an sich aufgehoben. Nicht als ob das Denken über die Außenwelt unwirklich wäre, Illusion oder Schein [97]), soweit es überhaupt Anspruch darauf macht, Erkenntnis zu sein, ist es A b b i l d der dinghaft gegenständlich gefaßten Welt.

Die Aufhebung des Subjekts in das Objekt ist in der materialistischen Metaphysik begründet, die das substantiell Identische an Subjekt und Objekt (eben die hypostasierte »Materie«) fixiert. In der realen Welt wird alles naturgesetzlich determiniert. Dieser naturgesetzliche Determinismus setzt sich in die Form der D i a l e k t i k um, die aus der Hegelschen Metaphysik herausgelöst wird. Damit scheint die Dialektik ihren apriorischen Charakter aufzugeben (etwa als souveräne Denkart gegenüber der Wirklichkeit); trotzdem wird sie universal anerkannt: die dialektische Bewegung ist die Daseinsweise des in der Geschichte ablaufenden Lebens [98]).

Dabei dominiert auch wieder die Dialektik der wirklichen Welt [99]); die Begriffsdialektik ist nur »das Abbild«, der Reflex der Realdialektik. Das Moment der G a n z h e i t, das die Gestaltlehre beherrscht, formt hier in umfassender Weise das Erkenntnisbild: schon in der phänomenologischen Sichtung der ökonomischen Erscheinungen offenbart sich ein Durchbrechen des reinen »Reflexionszusammenhangs« der Tatsachen [100]). Diese Ganzheit ist zunächst aber selbst noch auf den

---

[95]) Darüber hinaus zeigt nähere Analyse, daß das Unmittelbare selbst schon vermittelt ist, da auch in dieser scheinbaren Unmittelbarkeit die konkrete Individualität noch nicht erfaßt ist.

[96]) Siehe Husserl, Ideen, I, S. 71.

[97]) Der wirkliche Lebensprozeß der Menschen ist ihr wirkliches Sein; »selbständige« Philosophie verliert damit ihr Existenzmedium. Marx-Engels-Archiv, I, S. 238, 248, 263.

[98]) Es sei hier nur als Frage angemerkt, inwieweit die Dialektik auch die Daseinsweise der N a t u r ist, was jedenfalls bestritten wird.

[99]) Vgl. in diesem Zusammenhang Feuerbach, Werke II, S. 38.

[100]) Daraus ließe sich die Problematik der ökonomischen Theorie formulieren, insofern sie die Realität als Erkenntnisobjekt neu zu substituieren, die ökonomische Realität als gesellschaftliche, als politische zu erkennen, also eine

Dingzusammenhang bezogen, ohne schon Totalität im dialektischen Sinn zu sein. In der dialektischen Konzeption der Wirklichkeit wird die Starrheit des Abbilds, der Dualität von Denken und Sein überwunden. Diese dialektisch-dynamische Wirklichkeit ist jene wesenhafte Wirklichkeit, auf die die Abbildtheorie durch das Unmittelbare hindurch gerichtet ist. Eine so ausgeweitete Abbildtheorie trägt in sich schon den Keim, die Gesetze des Denkens als Spiegelung der Seinsgesetze [101]) aufzufassen, sie zu identifizieren.

Wird die Abbildtheorie ihrer mythologischen Ausdrucksform entkleidet und werden die rationalistischen Elemente ausgeschieden, so läßt sich aufweisen, wie sie einen dynamischen Wirklichkeitsbegriff intendiert, der keine Stabilisierung im Sinne einer statischen Metaphysik duldet. Ja, die Abbildtheorie, wenn sie auch eine starre Dualität von Denken und Sein auszudrücken scheint, intendiert selbst eine Identität von Sein und Denken, steht also trotz formalen und ausdrücklichen Protestes unter dem Aspekt der Hegelschen Ontologie: Subjekt und Objekt sind eingebettet in die Gesellschaft, und diese ist selber historisch bedingt. Die Dialektik wird Erkenntnismethode und zugleich Entwicklungsgesetz. Marxistische Erkenntnistheorie geht über die Gnoseologie hinaus zur Ontologie.

Damit haben wir die Intention einer sublimierten Abbildtheorie freigelegt. Die phänomenologische Analyse des Erkenntnisvorganges, besonders des uns interessierenden Ansatzes der Wirklichkeit, hat dabei Kontrollfunktion ausgeübt; denn diese Analyse — darin erkennen wir ihren methodischen Wert besonders — wird am ehesten der natürlichen Realitätsthesis als Ausgangspunkt gerecht. Mit ihrer Hilfe konnten wir auch das Wesen der dem historischen Materialismus zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Haltung der Abbildtheorie aufsuchen. Ja wir könnten soweit gehen zu behaupten, daß in der phänomenologischen Methode selbst diese sublimierte Abbildtheorie weitgehende Verwirklichung gefunden hat. Wir legen auf dieses Nebenprodukt unserer Untersuchung, das erst gegen alle Einwände verteidigt werden müßte, um unbestritten zu sein, kein entscheidendes Gewicht. Wichtig ist für uns, nachdem wir den Umschlag der Abbildtheorie aus der ursprünglich starr konzipierten Dualität von Denken und Sein in die Subjekt-Objekt-Identität als möglich aufgewiesen und zugleich ihre Intention nach einem dynamischen Wirklichkeitsbegriff freigelegt haben, zu untersuchen, wie dieser Umschlag wirklich (bei Lukacs) erfolgt ist.

---

soziologische Theorie zu geben hat. In der immer deutlicher ausgesprochenen Antithese: Macht oder ökonomisches Gesetz, in der Emanzipation der Soziologie u. a. auch als Wissenschaft von der Bildung der Mächte, gar in der Suche nach dem Gesetz der Macht, ist dokumentiert, daß ökonomische Theorie aufgehört hatte, Sozialtheorie zu sein. Bei der Gestaltung der »neuen« Theorie, des offenen interdependenten Systems vermag, was hier nur als Hinweis angedeutet sei, das dynamische Denken des historischen Materialismus wesentliche Hilfe zu leisten.

[101]) Vgl. Vogel, Der Gesellschaftsbegriff bei Marx und Engels, a. a. O., S. 276, 283.

Zunächst wollen wir (im nächsten Kapitel) den dynamischen Wirklichkeitsbegriff, wie ihn die sublimierte Abbildtheorie des historischen Materialismus intendiert, noch näher zu umschreiben versuchen.

VI.

Die Frage nach der Wirklichkeit wird gestellt im Sinn einer ontologischen Erkenntnistheorie jenes Typus [102]), der zunächst alles als Sein im weitesten Sinn nimmt. Auch das erkennende Subjekt ist ein Glied des Seins. Der historische Materialismus scheint demnach naiv-ontologisch fundiert: Sein ist für uns gegebenes (bewußt gewordenes und bewußt werdendes) Sein. Zu fragen ist nach den möglichen Arten des Seins und ihren Beziehungen zueinander, welche Seinssphäre als letzthin wirkliche verabsolutiert wird.

In der Entwicklung des historischen Materialismus vom Dogmatismus (eines naiven Realismus) über den Skeptizismus (eines empiristischen Positivismus) zum Kritizismus hat die erkenntnistheoretische Problematik über die kontemplative Beruhigung hinausgewiesen, die sich mit einer Trennung von Erkenntnisgegenstand und Erkenntnissubjekt im Sinne zweier heterogener Sphären zufrieden gab. In Frage steht die Aufhebung des Dualismus zwischen Sein und Denken in einer Identität von Subjekt und Objekt im Erkenntnisprozeß, die Durchbrechung der »Verdinglichungsschranke«. Die phänomenale Dualität wird theoretisch [103]) in einer Einheit von Bewußtsein und Sein zu überwinden versucht, einer Einheit, wie sie auch der sublimierten Abbildtheorie im Grunde vorschwebt.

Der Ansatz einer Realität, die unfunktionalisiert als »einzige« da ist, kann sich nicht in der naiv-objektivistischen Fassung der Außenwelt erschöpfen. So wenig das Hinnehmen der kruden Faktizität genügt, um über die reine Kontemplation als »System« oder als Bewußtsein post festum hinauszugelangen, so fraglich wird (auch bei Annahme einer Realdialektik) in bezug auf die Totalität der Wirklichkeitsakzent der unmittelbar gegebenen Tatsachen und Sachverhalte, ganz zu schweigen von der Wirklichkeit der in sinnlicher Anschaulichkeit gegebenen »realen« Dinge in der Empirie.

In dem Augenblick, wo sich der Zweifel jener Existenz als Dasein einer objektiven Realität bemächtigt, hören die »natürlichen« Setzungen auf, als letzte zu gelten, und eröffnen die Sicht auf Wirklichkeitsstufen, auf die hin jene unmittelbare Wirklichkeit bezogen wird. Mit diesem Zweifel wird nicht etwa die Existenz der Außenwelt als solche agnostisch geleugnet; im Gegenteil, ihre grundsätzliche Erkennbar-

---

[102]) Vgl. hierzu das Postulat einer »erkenntnistheoretischen Neuorientierung auf der Grundlage eines seinsverbundenen Denkens und Erkennens« bei Mannheim, Soziologie des Wissens, Arch. f. Sozialw., Bd. 53, S. 631.

[103]) Vgl. hierzu im folgenden Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Malikverlag 1922. »Die hier gemeinte theoretische Einheit widerspricht nicht der von uns aufgewiesenen gnoseologischen Transzendenz von Subjekt und Objekt, wie sie phänomenal gegeben ist«.

keit im Vollzug des Transzensus läßt überhaupt erst die Frage aufkommen, ob eine Reduktion, eine Erkenntnis im Sinne eines Abbaues der natürlichen Anschauung möglich ist. An Stelle der alten Setzungen hellt diese Stufe des Erkenntnisprozesses genügend evidente neue Setzungen auf, bei denen die Einsicht einstweilen Halt macht. Das Bewußtsein wird sich selber Gegenstand, die Erkenntnisakte richten sich unmittelbar auf die Reflexionen. Für alles Denken ist auch weiterhin die Seinsgrundlage bestimmend, und es braucht weder ein spontanes Erzeugen des Gegenstandes, noch eine Erkenntnisvermittlung durch Denkformen angenommen zu werden. So ergeben sich verschiedene Schichten von Wirklichkeiten, Seinsschichten mit verschiedenem ontischem Akzent.

Die Hierarchie dieser Seinsschichten konnte der dogmatischen Geschlossenheit des kruden Materialismus nicht einsichtig werden. Daß sie aber dem historischen Materialismus als metaphysische Basis innewohnt, ist ebenso sicher, wie jenes metaphysische Einheitsbedürfnis, aus dem heraus die Hierarchie den Stellenwert ihrer Stufen bezieht.

Diese Auffassung des historischen Materialismus als metaphysisch fundiert, als »metaphysiklose Metaphysik« (Vogel) [104]), eine Metaphysik allerdings, die das Spekulative auf das Minimum einer Hypothese von relativer Gewißheit reduziert, die doch wenigstens zur kontrollfähigen Evidenz zu bringen möglich ist, diese Auffassung entfernt sich natürlich von der naiv-realistischen und positivistischen Dogmatik. Will man ihr das Recht absprechen, sich noch orthodoxer Marxismus zu nennen, weil man schon mit der Anerkennung irgendwelcher Entitäten innerhalb des historischen Materialismus nur eine uneingestandene Form fideistischer Gottmacherei vertrete, so ist dem entgegenzuhalten, daß diese Auffassung sich aus der historischen Fortbildung des historischen Materialismus selbst ergeben hat, die ja zunächst seine Anwendung auf sich selber, nicht nur im Sinne einer Ideologie, sondern im Sinn eines Wandels seiner eigenen Funktionalität fordert. Man kann dabei auch an den Uebergang von einer Unterdrückten-Ideologie zu der Ideologie einer nunmehr (proletarisch) herrschenden Klasse denken. Entscheidend ist für uns, daß die mit der ökonomischen Entwicklung sich umwälzende Erkenntnistheorie die revolutionären Elemente selbst in den Wirklichkeitsbegriff hineingestaltet, also einen »revolutionären« Wirklichkeitsbegriff freilegt. Diese Freilegung kann schon deshalb in gar keiner Weise opportunistische Thesen rechtfertigen, da gerade sie das Erfassen der Wirklichkeit in der Verwirklichung, das Fundament der Aktion, einschließt. Es ist dabei nicht außer acht zu lassen, daß auch die erkenntnistheoretische Fragestellung der dialektischen Spannung unterliegt. Sie ist aber auch der Gefahr der Erstarrung unterworfen,

---

[104]) Vogel, a. a. O., S. 283, 368, vgl. auch Sombart, Proletarischer Sozialismus I, S. 234 über die Motive der proletarischen Klasse zur Ausschaltung der Metaphysik.

wie etwa die Gesetze der klassischen Oekonomie als Bewegung an Tatsachen das unmittelbar Gegebene dem Menschen entfremden und nur ein Durchbrechen dieser Versachlichung die dialektische Spannung ermöglicht.

Dieser revolutionäre Wirklichkeitsaspekt, der das unmittelbar Gegebene in seiner Fülle stehen läßt, ohne es durch begriffliche Schematisierung seines lebendigen Inhalts zu berauben, der über das Unmittelbare hinaus aber auf die Totalität sowohl des historischen Prozesses als auch der dinglichen, raumzeitlichen Verbundenheit gerichtet ist, intendiert die Vermittlung des Erscheinenden, wie es sich in der Erscheinung unmittelbar gibt; er ist selber dialektisch.

Daher entspricht ihm eine Scheidung von Wirklichkeitsstufen. Die bloße Tatsächlichkeit wird gefaßt als Unmittelbarkeit einer objektiven Wirklichkeit, die durch Vermittlungskategorien ins Bewußtsein »gehoben« wird. Die über das unmittelbar Wirkliche hinausgehende geschichtliche Wirklichkeit ist aber das Ganze des Geschichtsprozesses, nicht das Gerade-so-sein des Faktischen [105]). Das in der Erscheinung unmittelbar Wirkliche, die empirische Realität ist (in ihrer einzelhaften dinghaften Zerspaltung) in das wirklich Erscheinende, in die gegliederte Ganzheit der Gesellschaft eingesenkt, und diese ist wieder in die Geschichte als den Weg der Gesellschaft eingebettet. Denn das Inhaltliche der Gesellschaft als Funktionszusammenhang erhält eben seine Bestimmung durch die Geschichte. Von diesem Zentrum aus wird das Ganze des sozialen Prozesses aufzuhellen versucht [106]). Die Hinwendung zur Menschenbeziehung statt der Fixierung eines Dingdeterminismus, der Ausgang von der konkreten unmittelbaren Wirklichkeit, von wirklichen wirkenden Menschen, wie sie in der Gesellschaft historisch wirklich geworden sind, tendiert zu einer Verankerung in einem metaphysischen Lebenszentrum, gerade wenn letzthin das sittliche Pathos der Lebensnot der Masse entscheidend wird.

Die phänomenale Scheidung von Subjekt und Objekt erweist sich also als provisorisch. Sie tendiert, in einer theoretischen Einheit aufgehoben zu werden. Diese Einheit als Materie (als letzte Sphäre

---

[105]) Geschichtliche Wandlungen können nur erfaßt werden durch ein »System« von Beziehungen, das die Totalität der Empirie umspannt und sich von der bloßen Unmittelbarkeit entfernt. Aufgabe ist (nach Lukacs) »für jede Problemstellung den gesellschaftlich-geschichtlichen Grund zu suchen«, den Rationalismus zu überwinden in einer logischen Lösung des Irrationalitätsproblems durch den »intuitiven Verstand« der dialektischen Methode im dialektischen Prozeß zwischen Subjekt und Objekt.

Die Darstellung von Lukacs ist übrigens nicht ganz eindeutig, wenn er »die gedachte Welt als vollendetes konkretes, sinnvolles, von uns »erzeugtes«, in uns zum Selbstbewußtsein gelangtes System« setzt. Lenin (a. a. O., S. 399) erhebt demgegenüber mit Recht den Vorwurf idealistischer Prägung, insbes. in bezug auf den Agnostizismus.

[106]) Hinzu kommen noch Atavismen der Hegelschen Vernunft-Wirklichkeit; nur wird das »Vernünftige« (aufklärerisch-humanistisch teleologisiert) in die historische Entfaltung mit hineingestaltet.

der Bezogenheit) ist aber für uns spekulativ kraftlos und damit theoretisch unbefriedigend und unhaltbar geworden. Fraglich ist demnach, wo diese letzte Wirklichkeit anzusetzen ist, auf die hin das unmittelbar »Gegebene« in seiner tatsächlichen Existenz bezogen wird. Damit ist schon über die dogmatische Fixierung eines auf die Geschichte übergreifenden naturalistischen Determinismus hinausgegangen. Immer bleibt aber zunächst die »natürliche Weltansicht« bestehen. In der Deutung des Erkenntnisvorganges als Abbildung liegt wohl die Gefahr einer Erstarrung von Denken und Sein (als gnoseologisch heterogene Sphären); aber schon hier wird der ontische Akzent auf die »Wirklichkeit« verlegt, die das Abbild »hervorruft« und der das Abbild adäquat sein muß. Die Dialektik dynamisiert dieses Verhältnis der Abbildlichkeit und weist damit über die phänomenale Dualität von Sein und Denken auf jene »letzte Substanz« hinaus, auf die sich Sein und Denken als auf einen einheitlichen Wesenskern reduzieren lassen, auf dem die Identität von Subjekt und Objekt beruht, jenen Wesenskern der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit, die sich nun selber als Sinngebilde in ihrer dialektisch-dynamischen Bewegung enthüllt. Die gnoseologisch getrennten Sphären werden ontologisch homogen.

Die gesellschaftlich-geschichtliche Wirklichkeit gab sich zunächst noch nicht selbst, sie war verdeckt durch eine naturalistische Fragestellung. Die Problematik des Naturgeschehens wurde auch auf sie übertragen und ergab ihre kausal-mechanistische Deutung. Dabei wurde das »wahrhaft« Reale potenziert in die Substanz der Materie. In dieser Verabsolutierung war die Dialektik nur Bewegung schlechthin. Als blindes Naturgeschehen war sie in die unabänderliche Notwendigkeit der Entwicklung aufgelöst, die auch auf das Geschichtliche übergreife. Die tatsächliche Grundlage der sozialen Dialektik bildet aber der Antagonismus in der Gesellschaft, die Heterogonie der Zwecke [107]). Die eigentlich dialektische Fragestellung gestattet erst, durch die naturalistischen Verdeckungen hindurch den Zugang zu der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit zu finden.

Schon im Wirklichkeitsbegriff der Geschichte lassen sich demnach diejenigen Elemente aufweisen, die zugleich die Verhaltungsweise zur Wirklichkeit ausdrücken (wir werden diese Ansatzpunkte noch aufgreifen): naturgesetzlicher Determinismus, der die übermenschliche, jenseitige Eigengesetzlichkeit der ökonomischen Entwicklung statuiert und sie möglicherweise evolutionistisch und opportunistisch rechtfertigt; dialektische Spannung, Umwälzung der Gegenständlichkeit der Erkenntnis, Dialektik zwischen Denken und Sein, die revolutionär die »Tathandlung«, Erkenntnis als Entscheidung fordert; schließlich die Synthese, in der naturalistische Gesetzlichkeit historistisch gedeutet, die Funktion

[107]) Was ursprünglich als Struktur des Denkens aufsprang, wird in die gegenständliche Struktur hineinverlegt; die gegenständliche Struktur spiegelt sich in der Denkform der Dialektik. Was die Entwicklung des Begriffs begreiflich machte, wird aus der widerspruchsvollen Struktur der Gesellschaft abgezogen.

des Proletariats (als »im Besitz der Erkenntnischance befindlich«) und damit die Anpassung der menschlichen »Entscheidung« an die »Naturnotwendigkeit« aufgewiesen wird.

Das Gegenüber von Subjekt und Objekt [108]) verkörpert, wenn in phänomenaler Geschiedenheit Subjekt und Objekt stehen bleibt, eine statische Art zu denken, das Erkenntnisobjekt in seiner von der geschichtlichen Wirklichkeit produzierten Fertigkeit anzusehen und das Subjekt aus seiner historisch-konkreten Gestalt, aus seinem lebendigen Wirken und Handeln herauszulösen und es, wenn überhaupt empirisch konkretisiert, als den Menschen, durch die Brille der Philosophen gesehen, zu konstituieren. Solche Haltung ist gezwungen, die empirisch materielle Starrheit des Seins und die logische Starrheit der Begriffe als unabwendbar hinzunehmen. Für Marxens »praktische Philosophie« ist die Wirklichkeit ein »Komplex« von Prozessen: die Entwicklungstendenzen der Geschichte [109]) repräsentieren gegenüber der starren dinghaften Faktizität der Empirie eine aus ihr selbst entsteigende, also keineswegs jenseitige, aber doch höhere, wahre Wirklichkeit. Der dialektische Prozeß ist mit der geschichtlichen Entwicklung identisch.

VII.

Nach der Aufweisung des von der sublimierten Abbildtheorie intendierten dynamischen Wirklichkeitsbegriffes gehen wir nunmehr dazu über, den dialektischen Wirklichkeitsbegriff der Position Lukacs' zu entwickeln und diese Position von der Lenins abzuheben. Diese Abhebung soll trotz der Herausstellung von Differenzen auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Wirklichkeitsaspektes im Auge behalten. Drei Problemgruppen werden dabei besonders in den Kreis unseres Interesses treten: Die Frage nach dem Konkreten in der Geschichte, die Relevanz der Dialektik für die geschichtliche Erkenntnis und die Vereinbarung der Subjekt-Objekt-Identität mit der von uns phänomenal aufgewiesenen gnoseologischen Transzendenz.

In der Geschichte ist die Gesellschaft konkrete Totalität [110]) als Produktionsordnung auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung und die dadurch bewirkte Gliederung der Gesellschaft in Klassen. Das Konkrete in der Geschichte ist also nicht ein empirisches Individuum mit seinem empirisch gegebenen (psychologischen) Bewußtsein. Die wirklich bewegenden Kräfte der Geschichte sind vom individuellen Bewußtsein unabhängig. Die Klasse als erkennende Gruppe, als Ideologienträger gemäß ihrer Lage im Gesamtprozeß ist zu wahrer, wirklicher Erkenntnis berufen, die den Wirklichkeitszusammenhang im Beziehen auf das Ganze sieht und die auf den Mittelpunkt der Wirklichkeit, »auf das, was man Endziel zu nennen pflegt« gerichtet ist. Für das Proletariat fallen — auf die nähere Entwicklung können

---

[108]) Diese Geschiedenheit spiegelt sich ja auch in der Dualität von Erscheinung und Ding an sich.

[109]) Vgl. Lukacs, a. a. O, S. 200, 202, 222.

[110]) Lukacs, Was ist orthodoxer Marxismus?, a. a. O., S. 38.

wir hier nicht eingehen — Selbsterkenntnis und Erkenntnis der Totalität zusammen; es ist zugleich Subjekt und Objekt der eigenen Erkenntnis, in seinem Klassenstandpunkt offenbart sich erst die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Einheit von Theorie und Praxis [111]). Die Kategorie des Klassenkampfes tritt in Funktion; das Klassenbewußtsein ist bewußt gewordener Sinn der gesellschaftlichen Lage der Klasse [112]).

Das Bewußtsein wohnt der realen geschichtlichen Entwicklung inne. Die Tendenz zur Ganzheit, das Erfassen aus der Totalität heraus, bedeutet also kein zur Unfaßbarkeit gesteigertes Transzendieren des materiellen Substrats der Wirklichkeit, sondern die Richtung auf die materielle Totalität des Erkennbaren, des zu Erkennenden, auf die Frage nach wirklichem Wesen und Substrat jener Formen, in denen sich das zugrunde liegende Sein äußert [113]). Die dialektische Methode löst die Ding-an-sich-Irrationalität in einer der Forderung des intuitiven Verstandes [114]) entsprechenden Weise auf. Hier gipfelt die Opposition gegen den Rationalismus und auch gegen Hegel.

Die historisch unmittelbare Einstellung zu den Tatsachen erweist sich (nach Lukacs) selber als durch subjektive Denkformen vermittelt, die eben den Inhalt objektiviert fertig stehen lassen [115]). Um über diese Unmittelbarkeit hinaus zu gelangen, versucht Lukacs [116]) durch die Annahme einer »Erzeugung« des Objekts die über die Unmittelbarkeit (des Daseins der gegebenen Gegenstände) hinausführenden Vermittlungsformen als Aufbauprinzipien und reale Bewegungstendenzen der Gegenstände selbst aufzuzeigen, also in weitester Auslegung Bestimmtheiten des Seins durch Denkbestimmungen zu intendieren [117]).

Der phänomenale Bestand zeigt ein relationales Gegenüber von

[111]) Belege für diese Einheit bei Lukacs, S. 46, 63, 76, 84, 91, 106, 122, 139, 149, 157 u. a.

[112]) Das Klassenbewußtsein braucht aber nicht psychologische Wirklichkeit zu sein. Vgl. Lukacs, a. a. O., S. 180/82.

[113]) Die rationalistische Philosophie des Kritizismus hat das ihr letzthin zugrunde liegende materielle Substrat in unangetasteter Irrationalität als Gegebenheit auf sich beruhen lassen und darauf verzichtet, die Wirklichkeit als Ganzes und als Sein zu begreifen. Vgl. Lukacs, a. a. O., S. 133.

[114]) Lukacs, a. a. O., S. 156. Dabei besteht die Gefahr, daß der intellectus intuitivus als »Rationalität höherer Ordnung« aus dem ontologischen Weltbild ein idealistisches macht. So sehr der intuitive Verstand der universalen Deduktion entgegenkommt, so ist die kontrollfähige Evidenz seines metaphysisch-spekulativen Horizontes zunächst fraglich; Denken ist eben nur eine Art des Seins.

[115]) Dies trifft auf den ersten Anschein auch für die phänomenologische Methode zu, was hier nicht näher dargelegt werden kann.

[116]) Vgl. Lukacs, a. a. O., S. 171 ff.

[117]) Wenn der Ausdruck »Erzeugung« mehr bedeutet als eine Metapher, so kann der Gedankengang von Lukacs jedenfalls anthropomorphistisch mißdeutet und als idealistisch angegriffen werden, sofern in ihm das Sein nach Analogie des menschlichen Gedankens aufzufassen wäre. Vgl. in anderem Zusammenhang Hartmann, a. a. O., S. 219, 279, 300.

Subjekt und Objekt, wobei das Denken als Erkennen in das Sein eingebettet ist. Die ursprüngliche ontologische Verknüpfung von Subjekt und Objekt, wie wir sie der Intention einer sublimierten Abbildtheorie unterstellen zu können glauben, wird von spekulativen Gesichtspunkten aus und nicht zuletzt mit Hilfe von Methoden »höherer Rationalität« konstruiert. Als solche Methode offenbart sich eben die in den historischen Materialismus eingegangene Hegelsche Dialektik, wie sie Lukacs zu erweisen sucht: Das Unmittelbare wird zum Schein depraviert, die Erscheinung aus einem höheren Sein zu begreifen versucht, das in substantielle Bestimmtheiten eingeht, sei es in die »Materie« oder sei es in die Substanz als Subjekt, Weltgeist im Hegelschen Sinn. Wird die Dialektik der Geschichte als Methode »höherer Rationalität« aus dem phänomenalen Bereich in die Denkimmanenz[118]) eingegrenzt, so ist, wenn auch als Methode gerechtfertigt, ihre Relevanz, ihre Ausschließlichkeit für den historischen Prozeß noch nicht erwiesen.

Lukacs' Protest wendet sich insbesondere gegen die »bürgerliche« Befangenheit in der erkenntnistheoretischen »Bedingung der Möglichkeit«, die das Wirkliche aus dem zunächst Möglichen durch die Notwendigkeit zu begreifen sucht, wobei durch diese Art Nach-Denken[119]) das Unmittelbare verewigt in formale Gesetze einbezogen wird. Wird »Erzeugung« von Subjekt und Objekt genetisch gefaßt, so offenbart sich die Geschichte als Subjekt und Objekt umgreifendes Medium der Vermittlung des unmittelbar Erscheinenden. Die Vermittlungskategorie bedeutet in ihrer Hegelschen Art bei Lukacs kein Transzendieren[120]); in der Immanenz des gesellschaftlichen Seins offenbaren sich vielmehr die Gegenstände der Empirie selbst als Momente der Totalität. Ansatz und Ziel der Erkenntnis wird nicht mehr die Tatsache, sondern die Tathandlung. Im Geschichtsprozeß offenbaren sich Erkenntnisobjekt und -subjekt, der »konkrete« Mensch, als dasselbe. Nur bedingt der Standort innerhalb der Gesellschaft, deren Sein (Bourgeoisie und Proletariat) »unmittelbar« gegeben ist, durch die Kategorie des Klasseninteresses eine klassenmäßig verschiedene Perspektive. Das Tun des Subjekts gestaltet das Objekt mit, nur daß dieses Subjekt kein isoliertes »Subjekt überhaupt« ist, sondern hinter dem Individuum als scheinbarem Subjekt, als unmittelbarem Träger der Erkenntnis, steht die Klasse, die sein Bewußtsein vorbestimmt[121]). Die Dialektik der Klassenlage treibt das Proletariat über

---

118) Vgl. auch Jonas Cohn, a. a. O., S. 38 ff.: Die Unmittelbarkeit der Anschauung ist bei Hegel nichts Letztes. Wahrheit ist Denken der Anschauung. Scheinbar das Bestimmteste, das Jetzt und Hier, ist doch nur denkbar als Allgemeines. Es ist nur bestimmbar in seinem Ganzen. Alles Unmittelbare ist also selbst vermittelt.

119) Auch die Lebensphilosophie, die schlechthin »alles« für gegeben hält und in der reinen »durée« aufhebt, wird von Lukacs (S. 121) nur als Versuch zu einer Lösung, nicht als Lösung angesprochen.

120) Lukacs, a. a. O., S. 178.

121) Der Arbeiter — dies ist etwa der Gedankengang Lukacs — ist in seinem gesellschaftlichen Sein unmittelbar auf die Objektseite gestellt (Arbeit als Ware).

die Unmittelbarkeit hinaus. Das Wesen der geschichtlichen Entwicklung ist objektiv dialektisch, d. h. die Widersprüche treten an den Gegenständen selber heraus; die Erscheinungsformen sind also nicht nur Gedankenformen, sondern Gegenständlichkeitsformen. Aufhebung muß also die Gegenständlichkeitsform betreffen, die Lebensform der Gesellschaft. Die Einheit von Theorie und Praxis ist notwendige Folge, wenn die Dialektik nicht in der Geschichte angewendet oder in sie hineingetragen, sondern aus der Geschichte selbst als ihre notwendige Erscheinungsform bewußt wird [122]. Dialektische Notwendigkeit ist nicht mechanisch-kausal; das »Neue«, das hinzutritt, ist der Uebergang des Bewußtwerdens in die Praxis der Umwälzung der Gegenständlichkeitsform seiner Objekte. Alle rationelle Kalkulation vergegenständlicht ihre Objekte in System und Gesetz, den Tatsachen der Empirie [123]) wird schon »Wirklichkeit« zugestanden, da dem Rationalismus die Gesamttendenzen der Entwicklung als Ganzheit nicht einsichtig werden konnten. Alle Tatsachen sind »Momente« des Gesamtprozesses [124]). Die Erfassung des Neben- und Nacheinander der Dinge wird über die kategoriale Erstarrung hinaus selber dynamisiert. Die Geschichte wird selbst schöpferisch, sie bringt das Neue hervor, drängt es der durch ihr Klasseninteresse determinierten Klasse ins Bewußtsein [125]), die Erfassung ihrer Entfaltung ist also jeder Transzendenz, sei es — wie wir vorgreifend anmerken — einer Anthropologie oder einer Wertskala, abhold.

Die Geschichte als Werden ist zugleich Vermittlung zwischen konkreter historischer Vergangenheit und historischer Zukunft. Das Neue entsteht in ihr »nur mit unserer bewußten Hilfe«. Die Wirklichkeit, die das Kriterium der Richtigkeit des Denkens bleibt, wird nicht ohne Zutun des Denkens [126]). Das, was also das Bewußt-

---

Er wird über sich selbst bewußt. Sein Bewußtsein ist aber nicht Bewußtsein »über« einen Gegenstand (wobei das adäquat erkannte Objekt in seiner Struktur vom erkennenden Subjekt unberührt bleibt), sondern als Selbstbewußtsein und Selbsterkenntnis praktisch, die Struktur des Erkenntnisobjekts verändernd. Damit ist Subjekt und Objekt selber dialektisch geworden.

[122]) Lukacs, a. a. O., S. 194.

[123]) Vgl. Lukacs, S. 201 ff.

[124]) Geschichte vollzieht sich also nicht an den Menschen, in Tatsachen, oder »durch« transzendente Werte; sie ist Produkt der Tätigkeit der Menschen, dann aber die Aufeinanderfolge der Prozesse, in denen sich die menschlichen Tätigkeitsformen und Beziehungen zueinander umwälzen. Vgl. Lukacs, S. 203.

[125]) Lukacs, a. a. O., S. 211.

[126]) Vgl. den ähnlichen Standpunkt bei Korsch, Marxismus und Philosophie 1923, S. 22, 45, 54, 63 ff., 69: Die Krisen des Marxismus bis zur Selbstaufhebung der Philosophie, von der nur Denklehre und Dialektik übrig bleiben, sind mit dem Wandel der ökonomischen Situation selbst dialektisch zu deuten, was K. durch Perioden hindurch verfolgt. Dabei ist alle Ideologie, also auch Philosophie, zunächst einmal als wirklicher, wenn auch ideeller Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit zu begreifen. Die ideologische Struktur der Gesellschaft ist also keine Scheinwirklichkeit. Gegenüber dem transzendentalen Standpunkt, der die Inhalte für empirisch und historisch, die Form aber für allgemein-

sein des Proletariats »abbildet«[127]), ist das aus dem dialektischen Widerspruch der kapitalistischen Entwicklung entspringende Neue (und zwar kein etwa ad hoc geschaffenes Neue), das aus dem Entwicklungsprozeß in seiner Totalität ins Bewußtsein des Proletariats getreten ist und von diesem praktisch gemacht wird. So wird in der Geschichtserkenntnis durch die Subjekt-Objekt-Identität die Erkenntnis zuerst Theorie der Praxis, der proletarischen Tat.

Es hat auf den ersten Blick den Anschein, als ob in der Geschichte mit dieser Ineinssetzung von Subjekt und Objekt sowohl deren phänomenale Geschiedenheit als auch alle gnoseologische Transzendenz aufgehoben sei. Dies erweist sich aber nur als scheinbar, insofern in der Fragestellung von Lukacs das Subjekt in der Geschichte sich selber objiziert und dabei in der Tat nicht nur als (kontemplativ) erkennendes, sondern auch als handelndes erscheint. Das Objektive ist die Geschichte, aus der das die Geschichte erkennen wollende Subjekt seine Bestimmtheiten erhält. Das Subjekt wirkt aber selber wieder an der Bestimmung des Objekts, an der Gestaltung der konkreten historischen Situation mit. So eingesehene Erkenntnis des Geschichtlichen duldet keine passive Beruhigung im Erfaßt-»haben« des Wirklichen, sondern tendiert durch die Einschaltung der proletarischen Klassenlage, deren Funktion trotz und wegen ihres selektorischen Charakters es ist, innerhalb der Gesellschaft, die Tendenz zur Totalität zu realisieren, zu einer »Berichtigung« des Wirklichen,

---

gültig und notwendig erklärt, bezieht der dialektische Standpunkt auch die Form in die Vergänglichkeit des Empirischen und Historischen ein.

Bezüglich der Abbildthese ist das Verhältnis von Bild und Gegenstand nur scheinbare Trennung von Denken und Sein; in Wirklichkeit ist das Verhältnis in dem die ökonomischen Vorstellungen zur Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse stehen, das eines besonders eigentümlich bestimmten Teils eines Ganzen zu andern Teilen des Ganzen. Aus dieser zentralen Position wird auch das Denken wirklich und wirksam. Dies bedeutet für den Ueberbau die Rechtfertigung der weiteren Interpretation der Engelsschen Wechselwirkungsthese.

[127]) In seiner Kritik der Abbildtheorie behauptet Lukacs, a. a. O., S. 218 ff., daß in ihr sich die unüberwindliche Starrheit der Dualität von Denken und Sein objektiviere. Im Kantischen Sinn sei das Objekt des Denkens als »Gegenübergestelltes« etwas Subjektfremdes, es klaffe ein Abgrund zwischen subjektiver Denkform und der Objektivität des seienden Gegenstands. Denken und Sein erscheinen dem kontemplativen Verhalten als einander prinzipiell heterogen. Dialektisches Denken müsse dagegen fragen, auf welchem konkreten Boden »die Starrheit dieser beiden Grundgegebenheiten entstanden ist, welche realen Momente in ihnen selbst stecken, die in der Richtung der Ueberwindung dieser Starrheit am Werke sind«. Die dinghaft starre Struktur von Denken und Sein liege nur unmittelbar vor; Wirklichkeit kann also nicht im empirisch-faktischen Sein bestehen. Wirklichkeit ist ein Komplex von Prozessen, kein Sein, sondern ein Werden. So erscheint das Denken selbst als Wirklichkeitsform, als Moment des Gesamtprozesses. Denn eine nur logische Aufhebung der Dualität von Sein und Denken kann deshalb nicht befriedigen, weil darin das Denken von aller konkreten Beziehung zum Sein freigemacht, das Reale zum Idealen umgedeutet wird.

zu einer Revolutionierung der gesellschaftlichen Konstellation im Dienste jenes »wahrhaft« Wirklichwerdens der in der Geschichte selbst offenbar werdenden »Tendenzen«. Die dialektische Spannung dieses Umschlags der Erkenntnis in Praxis ist in der Identitätsthese enthalten, die in der Geschichte das reale Sein als Werden begreift, Sein im Wirklichwerden und Werden im Wirklichsein vereinigt.

So sehr das Hinausgehen über das Unmittelbare den Ansatz eines Transzendenten annehmen ließe, so wird trotzdem die Seinsimmanenz der Geschichte verabsolutiert, in die die (zunächst denkimmanente) Dialektik eingesenkt ist. Die Hypostasierung der Geschichte als realen Seins ist nur der Vollzug des (im Hegelschen Geiste schon liegenden) Uebergangs zur Ontologie. Die Identität des Vernünftigen und Wirklichen, die bei Hegel alles Wirkliche aus der dialektischen Vernunft zu deduzieren ermöglichte, wird in der Verabsolutierung der Dialektik als Universalprinzip in der Geschichte »realisiert«.

Während die empiristische Abbildtheorie (auch in der Prägung Lenins) noch eine »Anwendung« der Dialektik auf die Abbilder vornahm, wobei Sein und Denken sich parallel und entsprechend dialektisch entfalteten und die dialektische Entwicklung des Seienden diejenige des Denkens bestimmte, so wird nunmehr auch die dialektische »Wirkung« vom Denken auf das Sein zugestanden. Solange man als Wirklichkeit nur die »Außenwelt« einsah, die sich als seiende sensualistisch abbildete, war das Irrationale nur in einer höheren Art Rationalität, in der Dialektik zu bewältigen, die selber eine objektive, eine Realdialektik sein mußte. Aus der Erkenntnis a posteriori rekonstruierte man die objektive Realität, die aber dabei keineswegs als zeitlose und ewige gefaßt wurde, sondern als geschichtlich gewordene und werdende, methodisch determiniert durch die und identifiziert mit der Erfassung der Entwicklung der Natur. Die »Naturwirklichkeit« wurde als unter »eigenen« Gesetzen stehend vorgestellt, deren Auffindung ihre Beherrschung ermöglichte. Wo immer also die »Gesetze« der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit (in einem historischen gegenwärtigen Moment) »entdeckt« wären, wäre zugleich die Möglichkeit einer Umgestaltung aufgewiesen.

Diese Möglichkeit war nun als Notwendigkeit zu erweisen. Die Notwendigkeit, die die Wirklichkeit der sich entfaltenden geschichtlichen Tendenzen zu konstituieren hat, kann nicht aus einer Ding-an-sich-Irrationalität der Geschichte, sondern nur aus ihrem Charakter als konkrete Totalität entspringen, nicht aus dem Dasein einer dinghaften Welt, sondern aus dem Dasein der Welt, wie es die ihm zugrunde liegenden menschlichen Beziehungen bestimmen. Es wird dabei nicht über die Immanenz des gesellschaftlichen Seins hinausgegangen, nichts Jenseitiges als Substrat hypostasiert. In der Geschichte selbst werden die über die Dinglichkeit hinausweisenden Tendenzen bewußt. Im Geschichtsprozeß ist jedes Moment Ansatz zur Ganzheit. Die unmittelbare Wirklichkeit besitzt ihre Funktion im Gesamtprozeß und dient nur als Ausgangspunkt, um die volle Wirklichkeit gedanklich zu reproduzieren. Die konkrete To-

talität ist die eigentliche Wirklichkeitskategorie[128]). Das Konkrete als Einheit des Mannigfaltigen ist im Denken etwas anderes als in der Anschauung; dort erscheint es als Resultat, hier als Ausgangspunkt. Damit wird das anschaulich Wirkliche ungenügend; die »wirkliche« Wirklichkeit ist nicht mehr »unmittelbar« »gegeben«.

Hegel hat die wirklich treibenden Kräfte der Geschichte noch mythologisiert; im historischen Materialismus bilden Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens das »in letzter Instanz«[129]) bestimmende Moment. Der Dualismus von Denken und Sein, von Form und »Materie«, wird durch Erkenntnis ihrer dialektischen Verknüpfung aufgehoben. Die Denkhaltung, der sich die »Materie« darbietet, ist durch sie als historisierte Seinseinheit bestimmt. Die an sich seiende Gegenständlichkeit ist — als Gipfel der Opposition zum Rationalismus — in den Wandel einbezogen, das »Denken nach den Prinzipien der formellen Logik ist nur als spezieller Fall des dialektischen Denkens«, »wie die Ruhe ein Spezialfall der Bewegung« aufzufassen[130]) und damit als letzte Realität die der Bewegung aufgedeckt.

VIII.

Diese historistische Position erhält im historischen Materialismus ihre besondere Prägung durch die Zentrierung um die ökonomischen Verhältnisse, die als Funktionalisierungsebene des Historischen, als »bestimmend« Wirkliches mit ontischem Akzent in den Mittelpunkt treten. Hier öffnet sich der Blick auf die Dualität von Ueberbau und Unterbau, von Ideal- und Realfaktoren in der Geschichte.

Aber schon der Ansatz des Erkenntnisproblems zeigt in der möglichen Scheidung naturalistischer und historistischer Elemente — wir greifen die früher angedeuteten Ansatzpunkte wieder auf — die Weise, wie Natur- und Geschichtserkenntnis die Fragestellung nach der Wirklichkeit beeinflußt, wie der historische Materialismus die monistische Synthese naturalistisch und historistisch vollzieht, wie sich diese Synthese schon in der Konzeption des Erkenntnisursprungs ausdrückt in der naturalistisch ausgerichteten Abbildtheorie und in der historistischen (neu-Hegelschen) Subjekt-Objekt-Identität.

Die Außenweltthese, die aus der in Frage gestellten Natur resultiert, scheint dem Phänomen der historischen Erkenntnis nicht zu genügen. Der Ansatz der Außenwelt besagt, daß wir unabhängig von uns sich vollziehende gesetzmäßige Verläufe im Bewußtsein abbilden, Erkenntnis bedeutet Anpassung, Annäherung an die »äußere« Wirklichkeit. Das Subjekt ist wohl selbst Naturwesen, sofern es in seiner konkreten Individualität gesetzt wird; obwohl es den Naturgesetzen unterworfen ist, kann die Gegenständlichkeit der ihm so gegebenen Natur in ihren biologischen Abläufen nicht umgewälzt werden. Um-

[128]) Lukacs, a. a. O., S. 23.
[129]) Lukacs, a. a. O., S. 32.
[130]) Siehe Plechanow, Grundprobleme des Marxismus, Dietz 1910, S. 33.

gewälzt wird nur das Weltbild der Natur, so wie sie Gegenstand unseres Denkens ist. Die Naturgesetze werden als Reflexionszusammenhänge über das vorgefundene Material bewußt. Naturerkenntnis bedeutet in diesem Sinne Nachbilden einer »gegebenen« Ordnung in einer Wiederkehr von Gleichem, ohne Ur-Sprung eines Neuen, obwohl die positive Kenntnis sich induktiv ausdehnt.

Die Geschichtserkenntnis[131]) scheint sich der Analogie mit der Naturwirklichkeit zu entziehen, obwohl alles Geschehen »natürlich« mitbedingt sein mag. Das bewegte und bewegende Element in der Geschichte ist der Mensch und zwar nicht das natürliche Gattungswesen, sondern der in historischer Einmaligkeit und Einzigartigkeit lebende, erkennende und handelnde Mensch einer bestimmten Gesellschaft. Um zu dieser Konkretion vorzustoßen, ist seine Determinierung durch die Klassenlage, durch seinen Standort im ökonomischen Prozeß wesentlich, wodurch überhaupt erst seine Erkenntnisintention enthüllt werden kann. Diese Intention geht auf das Ganze der historisch-sozialen Wirklichkeit als gesellschaftliches Leben, wie es »produziert und reproduziert« wird. Was ihm also als Produkt erscheint, hat er selber zu reproduzieren. Als Subjekt und Objekt der Geschichte ist er derselbe; die Reproduktion ist nicht pures Abbilden, sondern ist auf eine Gestaltung der Welt gerichtet aus der Bewußtwerdung der in ihr nach Gestaltung verlangenden Tendenzen. Solches »Abbilden« der aus ihrer Klassenlage zur Intention auf die historisch-soziale Ganzheit berufenen Klasse des Proletariats ist gerade das Neue und Schöpferische, in welchem der Geschichtsprozeß im proletarischen Klassenbewußtsein innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bewußt geworden ist[132]). Die Subjekt-Objekt-Identität in der Geschichte wäre also eine Identität im Sinne des Sich-selbst-Wissens.

Damit wird das Denken gegenüber der sensualistischen Betonung des Sinneszeugnisses für die Ansetzung der Realität konstitutiv. Und auch hier zeigt sich der Durchgang durch den Idealismus. Im dialektischen Denken, im Innensein wird Wirklichkeit bewußt. In der Seinsimmanenz wird die Geschichte als Sinnzusammenhang begriffen. Alles scheinbare Transzendieren ist in dieser Immanenz umschlossen. Wo immer aber die phänomenologische Geschiedenheit von Sein und Sinn, der phänomenale Dualismus von Subjekt und Objekt, in einer »Theorie« der Erkenntnis monistisch aufgelöst wird, kann Identität sowohl Einbeziehung des Subjekts in das Objekt, als auch

[131]) Diese Frage berührt auch das Problem der Einteilung der Wissenschaften, ohne daß sie hier in diesem Umfange gestellt werden kann. Es muß daher auch darauf verzichtet werden, die methodischen Ergebnisse der Diskussion dieser Problematik zu verwerten. Zur kausalgenetischen Methode vgl. Troeltsch, Dynamik der Geschichte, Kantvortr. Nr. 23, 1919, S. 11 ff.

[132]) Eben als »Linksopposition« gegen den Rationalismus (vgl. Mannheim Soziologie des Wissens, a. a. O., S. 616, Anm. 14), die die Geschichte als Bundesgenossen wählt, weil sie als aufsteigende Klasse die Totalität aus dem status nascendi sieht und so das »Zeitliche segnet«, also eine progressive Konzeption des Historismus vollzieht.



Einbeziehung des Objekts in das Subjekt bedeuten, womit im letzteren Fall Erkenntnis eben auch im »opponierten« Gegenstand subjektiv bleibt, ja, wobei subjektive Allgemeingültigkeit noch nichts über »objektive Richtigkeit« sagt. Jene Art Richtigkeit, — die sich von der logischen Richtigkeit als Notwendigsein unterscheidet, — konstituiert aber erst die wahrhafte Wirklichkeit im Sinne eines transzendental-ontologischen Wahrheitskriteriums [133]).

Subjekt-Objekt-Identität könnte demnach auch einer idealistischen »Theorie« faßbar sein, gerade wenn sie im besonderen Maße »Praxis« fundiert. Nicht umsonst wehrt man sich in der Abbildtheorie gegen eine Identifizierung von Außenwelt und Bewußtseins»inhalt«. Trotz aller ontologischen Bedingtheit des Denkens durch das Sein muß das gnoseologische Ansichsein des Objekts auch in der Geschichte aufweisbar sein.

Die monistische Synthese der phänomenalen Dualität von Unterbau und Ueberbau wird im historischen Materialismus von zwei Seiten versucht: naturalistisch in der metaphysischen Konzeption der Materie, historistisch in der Metaphysizierung des Geschichtsprozesses; in beiden Fällen wird ein Zusammenhang beider Sphären zu fassen gesucht: in der naiv dogmatischen Form durch eine spekulative Hypothese, in der historistischen Form durch eine Sinn-auf-Sinn beziehende Einheitsetzung. Die Hypostasierung der Materie verbürgt wohl ein höheres Maß systematischer Einsicht, aber mindere Gewißheit (im Sinne eines metaphysischen Minimums); sie wird aus diesem Grunde kaum aufrechtzuerhalten sein. Dagegen besitzt die Metaphysizierung der Geschichte in dem Wesen des Seienden als zeitlichem [134]) einen phänomenalen Anhaltspunkt, wenn sich dabei auch der Widerstand gegen Hegels Gleichsetzung der idealen und realen Sphäre, des Vernünftigen und Wirklichen in Hegels »Aufhebung« noch auszuwirken vermag. Die radikale Umstürzung Hegels bedeutet eine Aufhebung der idealen Sphäre in der realen; die reale Sphäre erscheint dabei als »wirkliche«, die ideale als ihre Ableitung [135]). Eine immanente Betrachtungsweise wird die reale Sphäre und (in engerem

---

[133]) Methodisch fragen wir implizite im folgenden auch darnach, ob eine Synthese zwischen dialektischer und transzendental-realistischer Einstellung möglich ist. Vgl. hierzu H. Levy, Die Hegel-Renaissance, Kantvorträge Nr. 30, S. 52 über Hartmann.

[134]) Vgl. hierzu Heidegger, Sein und Zeit, S. 376: Die Analyse der Geschichtlichkeit des Daseins versucht zu zeigen, daß das Seiende nicht »zeitlich« ist, weil es »in der Geschichte steht«, sondern daß es umgekehrt geschichtlich nur existiert und existieren kann, weil es im Grunde seines Seins zeitlich ist.

S. 379: Geschichte ist das in der Zeit sich begebende spezifische Geschehen des existierenden Daseins, so zwar, daß das im Miteinandersein »Vergangene« und zugleich »Ueberlieferte« und fortwirkende Geschehen im betonten Sinn als Geschichte gilt. Ferner S. 388 und 435: Daß die formal-dialektische »Konstruktion« des Zusammenhangs von Geist und Zeit überhaupt gewagt werden kann, offenbart eine ursprüngliche Verwandtschaft beider. Dabei wird dahingestellt, ob Hegels Interpretation auf ontologisch ursprünglichen Fundamenten ruht.

[135]) Hier setzt ja bekanntlich das engere Problem der Ideologienlehre ein.

Sinn) den ökonomisch zentrierten Sozialprozeß der Gesellschaft selbst als Sinnzusammenhang, als geistig gestaltet konzipieren [136]), während eine transzendentale Einstellung den realen Prozeß in »jenseitiger« Eigengesetzlichkeit ansetzen wird. Die ökonomische Dynamik des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wird im historischen Materialismus als Wesen der geschichtlichen Entfaltung auch des gesellschaftlichen Ueberbaus freigelegt. Im Vollzug der perspektivischen Zurechnung bedeutet also der Ueberbau doch eine »Widerspiegelung« der Realfaktoren, eine Widerspiegelung, die den Zusammenhang zwischen existentiellem Hintergrund und geistigen Gehalten ausdrückt. Trotz aller Immanenz (trotz allem Innensein) ist die Geschichte selbst »wie ein Ding an sich« gegeben, das in keiner Perspektive in absoluter Totalität erfaßbar ist, auf das sich aber alle Perspektiven richten [137]). Das An-Sich-Gegebensein des totalen Geschichtsprozesses bedeutet eine unaufhörliche Umwälzungsbewegung in der Zeit, (der auch unser Bewußtsein unterliegt) zugleich aber, aus der ontologischen Determinierung des Subjekts durch das Objekt, die Begründung unserer Fähigkeit, je nach unserem Standort in die geschichtliche Entfaltung hineinzublicken und aktiv an ihr teilzunehmen. Gnoseologisch ist also auch die Geschichte als Totalität transzendent. Ontologisch ist Subjekt und Objekt in der Geschichte (und die Geschichte als Objekt) homogen. Der Zusammenhang von Realfaktoren (existentiellem Hintergrund) und geistigen Gehalten entspricht also trotz allen gnoseologischen An-sich-seins von Subjekt und Objekt der ontologischen Einbettung des Subjekts in das Objekt.

Auf diese Weise rechtfertigt sich unsere (in diesem Sinn gemeinte) transzendental-realistische Auslegung der Abbildtheorie auch für die Erkenntnis des Geschichtlichen, allerdings mit einer wesentlichen Ergänzung: Die Dialektik erhält den Charakter transzendenter Gültigkeit. In dieser Konzeption wird auch in der immanenten Betrachtungsweise der Geschichte eine transzendentale Einstellung verwirklicht.

Fassen wir das Ergebnis soweit zusammen: Es zeigte sich, daß die Positionen Lenins und Lukacs' gemeinsam auf einen dynamischen Wirklichkeitsbegriff in der Geschichte gerichtet sind. Im Wirklichkeitsbegriff des historischen Materialismus sind naturalistische und historische Elemente enthalten. Wir versuchten deren Einflüsse auf die Fragestellung nach der Wirklichkeit aufzuzeigen, denn die Wirklichkeit gibt sich anders, je nachdem, ob naturalistisch oder historistisch »gefragt« wird. Die Position Lenins ist besonders von den naturalistischen Elementen beeinflußt, während die Position Lukacs' sich auf den historistischen Elementen aufbaut. Wir haben weiter versucht darzulegen, wie und warum eine naturalistische Betrachtungsweise dem Geschichtlichen nicht adäquat ist und in welcher Weise die subli-

[136]) Vgl. Mannheim, Jahrb. f. Soziologie II, S. 431 ff., Soz. d. Wissens, a. a. O., S. 613.

[137]) Vgl. Mannheim, Soziologie d. Wissens, Arch. f. Soz.-Wiss., Bd. 53, S. 624.

mierte Abbildtheorie des historischen Materialismus auch dem Wesen des Geschichtlichen gerecht werden kann.

IX.

Mit dem Aufweisen naturalistischer und historistischer Elemente im historischen Materialismus sind wir auf eine zentrale wissenssoziologische Problematik gestoßen. Diese Problematik berührt unsere Fragestellung besonders. Da der historische Materialismus eine Funktionalisierung des Wissens auf die Klassenlage im ökonomisch-sozialen Prozeß anstrebt, so ist die Wissenssoziologie methodisch gezwungen, sich mit seinem Wirklichkeitsaspekt auseinanderzusetzen [138].

---

[138]) Es kann hier nur kurz referierend auf die Abgrenzung der Wissenssoziologie gegenüber der methodischen Haltung des historischen Materialismus eingegangen werden. Es ist vor allem leider nicht möglich, die Position Max Schelers entsprechend zu würdigen, der bekanntlich die vorfindliche Dualität der Sphären selber zugrunde legt und an vielen Stellen (Formen des Wissens und der Bildung, Bonn 1925, die Wissensformen und die Gesellschaft, Leipzig 1926, S. 2, 32, 44, 97, 103, 118, 130, 150, 168, 199, 207, 209, 218 u. a.) ausgesprochen und unausgesprochen zum historischen Materialismus Stellung nimmt. Es war ja leider auch nicht möglich, die erkenntnistheoretische Kritik Schelers an der Abbildtheorie (bezüglich des Da-seins und So-seins der Sachen in ihrem Verhältnis zum Intellekt) gegenüber der hier vertretenen Auffassung ausführlich darzulegen.

Scheler versucht unter Ablehnung der (zu engen) naturalistischen Geschichtstheorie, historistische Elemente in eine im Grund statisch orientierte Geschichtsbetrachtung aufzunehmen. Auch für Scheler gilt, daß das Sein des Menschen auch sein mögliches Bewußtsein bestimme; die Verstehens- und Erlebnisgrenzen der Menschen richten sich nach ihrem ganzen Sein (nicht nur nach ihrem ökonomischen). Eine eindeutige Inhaltsbestimmung der geistigen Kulturgehalte von seiten der realen Faktoren könne nicht stattfinden (Wissensformen, S. 31, 34, 36, 40, 100, 103, 118/119.

Den grundsätzlichen Fehler aller naturalistischen Geschichtserklärung sieht Scheler darin, daß neben der Annahme einer eindeutigen Determinierung der idealen Sinnwelt durch Realfaktoren unter den Realfaktoren selbst bestimmte, etwa die Produktionsverhältnisse, als unabhängig variable gesetzt werden. Scheler behauptet demgegenüber eine Gleich-Gültigkeit der realen Geschichte gegenüber der Geistesgeschichte. Er bestreitet dabei nicht, daß reale Faktoren auf den Ueberbau wirken (im Sinn seines Bildes vom Schleußenöffnen und Schleußenschließen); nur die eindeutige Inhaltsbestimmung der geistigen Gehalte durch die Realfaktoren wird abgelehnt, damit auch die Setzung eines Realfaktors als unabhängig Variable für die ganze Dauer der Geschichte. Dagegen konzediert er dem »Oekonomismus« Geltung für die Spätphase des abendländischen Kapitalismus, die vorwiegend ökonomisch bestimmt sei. Die Marxsche Geschichtsauffassung wäre dann so zu verstehen, daß er die Bewegungsgesetze des Hochkapitalismus naturalistisch übersteigerte, sie außerdem für die Universalgeschichte verallgemeinerte und nur so alle bisherige Geschichte als Abfolge von Klassenkämpfen auffassen konnte.

Scheler behauptet umgekehrt wie Marx: Es gibt keine Konstanz im Wirkprimat der Realfaktoren, aber es besteht ein Grundverhältnis der Ideal - zu den Realfaktoren überhaupt, das Konstanz besitzt. Für ihn ist also keiner der beiden

Für den an dieser Stelle zu leistenden Nachweis muß uns ein kursorischer Einblick genügen, trotzdem wir dabei dem Leser schon eine erhebliche Kenntnis der Sachlage zumuten und auch eine Vertrautheit mit den wichtigsten Arbeiten voraussetzen müssen. Es ist uns aber räumlich nicht möglich, wenn überhaupt dieser Hinweis stattfinden soll, die Frage in aller Ausführlichkeit auszubreiten. Für uns besonders wichtig ist die Position von Karl Mannheim[139]), weil ihm Phänomenologie und historischen Materialismus methodisch gemeinsam anzuwenden gelungen ist. Daraus ergaben sich bestimmte Abgrenzungen und Sublimierungen gegenüber dem historischen Materialismus.

Zunächst werden an Hand einer phänomenologischen Sichtung sehr wertvolle Sublimierungen vorgenommen: Während der Geschichtsmaterialismus, an einer Interessenpsychologie orientiert, die Beziehung von Ideengehalten und sozialem Sein nur durch das verknüpfende Band des Interessiertseins verstehen kann, wird hier die umfassendere und adäquat innere Verhaltungsweise des »Engagiertseins« bestimmter Schichten an bestimmten Ideen präziser gefaßt. Soziale Gruppen sind in diesem Sinne mit ihren Ideen nicht nur infolge einer Interessiertheit, sondern durch einen den kulturellen Tatbeständen entsprechenden Bezug des »Engagiertseins« mit einer Weltanschauung verbunden.

Faktoren Weltursache oder unabhängige Variable der andern; er führt aber eine neue unabhängige Variable ein, die je vorhandene Triebstruktur der Führer der Gesellschaft in engster Einheit mit dem Ethos, den leitenden Werten und Ideen, auf welche die Führer der Gruppen und durch sie hindurch die Gruppen selbst gemeinsam gerichtet sind. Zu diesem Ethos rechnet er auch die geistige Wirtschaftsgesinnung.

Während Marx die ausschlaggebende kausale Abhängigkeit aller geistigen Gehalte von den ökonomischen Produktionsverhältnissen sieht, während er die herrschende Religion, die Metaphysik und das Ethos selbst aus den ökonomischen Verhältnissen verstehen will, behauptet Scheler, daß Religion, Metaphysik, Ethos und Produktionsverhältnisse das mögliche Zustandekommen der positiven Wissenschaft und der Technik mit entscheiden, also eine zweite unabhängig Variable bilden, die nur geistesgeschichtlich zu verstehen ist.

Auch hier anerkennt Scheler das gemeinsame Wahrheitselement naturalistischer Geschichtsauffassung, insofern Ideen, die sich mit Interessen, Trieben oder Tendenzen vereinen, indirekt Macht und Wirksamkeitsmöglichkeit beweisen. Als Spielraum neu werdender Realfaktoren nimmt er die Determinierung durch die vorher gegebenen Realfaktoren; »Geist« habe nur hemmende oder enthemmende kausale Bedeutung. Die marxistische Ueberbaufassung wird von Scheler dadurch zu überwinden versucht, daß er an Stelle des strengen Kausalismus, der das theoretische Weltbild durch die jeweils praktische Wirklichkeitswelt bestimmt sein ließ, eine beide Sphären bestimmende Einheit, die Ethos- und Trieb-Struktur, als ursprüngliche setzt.

[139]) Mannheim, Das Problem einer Soziologie des Wissens, Archiv f. Soz.-W., Bd. 53, S. 577 ff. Für unsern Hinweis ist als Auslesemoment maßgebend der Versuch einer (dem historischen Materialismus entsprechenden) monistischen Synthese historistischer (Mannheim) oder naturalistischer (Pareto-Ziegler) Observanz.

Auch werden bei Mannheim Weltanschauungspositionen nicht unmittelbar auf Klassenlagen bezogen, sondern es werden vermittelnde Einheiten, die der geistigen Schichten, dazwischen geschoben. Bestimmte voluntaristische weltanschauliche Strömungen werden von bestimmten geistigen Schichten getragen. Diese geistigen Schichten rekrutieren sich aber in einer der Forschung zugänglichen Weise aus bestimmten sozialen Klassen. Entsprechend diesen Sublimierungen kann auch der Denkstandort nicht mehr eindeutig [140]) mit einer bestimmten sozialen Klasse gleichgesetzt werden, wenn auch bestimmte Beziehungen sich herstellen lassen. Nicht unmittelbar werden geistige Gehalte auf Klassen bezogen, sondern durch Vermittlung der dazwischen geschobenen geistigen Schichten erfaßt.

Die phänomenologische Analyse [141]) dient bei M. auch dazu, eine Unterscheidung von Real- und Idealfaktoren zunächst zuzugestehen, um dann aber von einem erweiterten Gesichtspunkt dieser Scheidung nur einen provisorischen Charakter beizumessen. Die Geschichte wird bei M. im Sinne einer dynamisch-geistigen Totalität, als eine einheitliche dynamische Wirklichkeit gesehen, als deren »Teil« auch das seinsrelative Denken erscheint. Dieser Auffassung entspricht notwendig eine Ablehnung der Materie als letzter Bezogenheitssphäre [142]).

Es verschwindet hier auch die sonst so grobe und nur aus reiner Opposition gegen den Idealismus vollzogene Benennung der ökonomischen Sphäre als einer materialistischen, und es wird darauf hingewiesen, daß ja auch der ökonomische Zusammenhang ein geistiger Zusammenhang sei und nicht etwa einer der bloßen Physis. Die Präponderanz der ökonomistischen Deutung wird als eine heuristisch fruchtbare Hypothese in der Gegenwartssituation betont, als »äußerst geeignete Struktur« [143]) beibehalten. Durch das Aufweisen des Tatbestands, daß Oekonomie ja auch ein geistiger Zusammenhang sei, wird die verabsolutierte Fremdheit von Ideologie und ökonomischer Wirklichkeit gemildert, wenn auch, was sehr betont werden muß, dadurch nicht einem Idealismus Vorschub geleistet wird. Der in den ökonomischen Relationen als »objektiver Geist« sich niederschlagende Zusammenhang ist nicht im selben Sinne vorstellungsmäßig »ideal«, wie die darüber entstehenden Denkgehäuse als Ideologien. Es gibt bei M. auch ein bloß Naturales und »Materielles«, das aber in der Ge-

---

[140]) Mannheim, a. a. O., S. 642 (644 ff., 647).

[141]) Methodisch ist dabei die phänomenologische Analyse (wie wir schon früher [S. 474] bemerkten) derart verwandt, daß zwischen Tatsachen- und Wesenserkenntnis kein Sprung, sondern ein kontinuierlicher Uebergang angenommen wird (Mannheim, a. a. O., S. 629), daß aber das Sich-Umsetzen des Realen in Geistiges phänomenologisch nicht faßbar sei (S. 618). Hier wird die Genesis eingeschaltet: für den progressiven Historismus hat der Mensch nur in der Geschichte einen Zugang zu den eine bestimmte Epoche leitenden Wesenheiten.

[142]) Mannheim, a. a. O., S. 611.

[143]) Mannheim, a. a. O., S. 614 Fußnote, ferner S. 587, 589, 633.

schichte und für die Geschichte nur im Sinn seiner geistigen Relevanz in Erscheinung tritt.

Ein weiterer Gedanke ist, daß Geschichte nur aus sich selber sichtbar werden kann, nicht durch Hypostasierung eines geschichts jenseitigen Standortes, »durch einen Sprung aus der Geschichte heraus«. Hierdurch wird mit dem Historismus Ernst gemacht, ohne daß der Strom des Werdens durch einen deus ex machina durchbrochen würde. Die Geschichtstotalität ist stets nur aus Ergänzungen erfaßbar, und in der Verschiedenheit der Ergänzungsmöglichkeiten sind die verschiedenen Geschichtsanschauungen verstehbar. Es wird aufgewiesen, wie eine jede Denkströmung die Ergänzung von ihrer sozial-voluntaristischen Zielsetzung her vornimmt. Eine jede Denkströmung setzt daher eine gegenwärtige Tendenz an die Stelle des noch nicht gegebenen Sinnzieles, nach dem sie selber strebt. Das Sinnziel wird also perspektivisch verschieden gesehen, je nach dem Punkte, auf dem man im Gesamtprozeß steht. Die ausschließliche Erkenntnisberufenheit zugleich als Handlungsberufenheit des Proletariats, wie sie der historische Materialismus zu erweisen sucht, wird hier als eine standortgebundene Perspektive unter anderen dargestellt. Diese standortgebundenen Ergänzungen münden in keinen Relativismus und Illusionismus, wie vielleicht zu erwarten wäre, sondern jede sozialgebundene Ergänzung erweist sich als heuristische Hypothese zur schärferen Beleuchtung bestimmter Partikularzusammenhänge im Elemente des werdenden Totalgeschehens [144]).

Mit der Totalität wird insofern Ernst gemacht, als alle geistigen Gehalte, die einer Gesellschaft als Ganzes entstammen, in ihrem Zusammenhang gesehen auf eine Funktionalisierungsebene bezogen werden. Je mehr sich der Realitätsakzent auf die Produktionsverhältnisse im Unterbau verschiebt, umso eher werden diese als bestimmende Variable in der Geschichte anerkannt [145]). Dabei liegt die Auffassung zugrunde, daß sich der Werdeprozeß des Geistes auch im Unterbau abspielt. Aber auch diese Auffassung ist wieder realistisch an der »unmittelbaren« Wirklichkeit orientiert: die realen Fakta besitzen die »Massivität« der Gegebenheit [146]), sind also in unmittelbarem Sinn wirklich [147]). In dieser Konzeption der wissenssoziolo-

---

[144]) So erscheint es als einseitig, das Gesamtwerden mit dem Wollen einer Klasse zusammenfallen zu lassen. Das Proletariat als aufsteigende Klasse, die schon als solche die realen Faktoren wesenhaft erlebt, hat nur eine Funktion im Gesamtprozeß; ihr Teilsein kann nicht für das Ganze gesetzt werden (S. 634), sonst würde ja ihr eigener Standort als Abschluß der Dynamik gesetzt oder für die Zukunft das dynamisch-soziologische Bedingtsein aufgehoben (S. 637). Die Willensrichtung des aufsteigenden Proletariats bewirkt einen Funktionswandel der Dialektik, die nunmehr (nicht wie bei Hegel auf die Gegenwart), sondern auf die Zukunft hin bezogen wird.

[145]) Mannheim, a. a. O., S. 632.

[146]) Mannheim, a. a. O., S. 624 ff.

[147]) Diese Fakta können aber nur innerhalb eines Sinnzusammenhangs, nicht als sinnfremde, erfaßt werden. Denn wenn die Geschichtserfassung auf Totalität gerichtet ist, so muß sie, wenn auch metaphysisch, »Partialitäten zu

gischen Problematik erscheint der historische Marerialismus als progressiver Historismus.

Gegen diese Position macht sich ein Widerspruch geltend, wie er neuerdings von Ziegler[148]) im Anschluß an Pareto vertreten wird. Eiese Opposition interessiert uns weniger wegen der Art des Problemansatzes einer Wissenssoziologie als in ihrer Stellung zum historischen Materialismus. Um die Einwände Zieglers recht zu würdigen, müssen wir vorerst aufzeigen, aus welcher Grundlage, ja man wäre versucht zu sagen, aus welchen Motiven dieser Widerspruch stammt. Es ist die Tendenz, aus dem historistischen Relationismus sich in eine Absolutheitsposition »aufzuheben«, ohne den Relationismus zu opfern.

Aus dieser Tendenz heraus könnte auch von proletarischer Seite Widerspruch gegen die Position Mannheims erhoben werden. Der absolute Geltungsanspruch, mit dem der historische Materialismus selber auftritt, duldet keine Depravierung; durch die Einordnung des historischen Materialismus als Partikularaspekt droht aber eine solche Depravierung. Dem soll entgangen werden. Wird die Geschichtsdynamik verabsolutiert, die soziologische Bedingtheit der Sphären geschichtsphilosophisch ausgeweitet, dann kann der historische Materialismus als eine neue Art Fortschrittsideologie entkräftet werden, die die Geschichte im Dienst der aufsteigenden Klasse »produziert«.

So ist zu verstehen, wenn der historische Materialismus eine Bezugsebene fixiert, die dem historischen Wandel, ihn bestimmend, entzogen ist, sich selber aber dynamisch entfaltet. Die Konfliktthese (eines Antagonismus zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) ist ja nichts anderes als die Feststellung einer »Eigen«-gesetzlichkeit der ökonomischen Entfaltung, der die Entfaltung des Ueberbaus folgt. Sobald Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ihres spezifischen jeweiligen historischen Inhalts entleert und zu rein schematischen Formen gestaltet werden, in denen sich die Geschichtsbewegung abspielt, sind ja anscheinend die »Konstanten« des Prozesses aufgedeckt. Auch die Konzeption einer Realdialektik soll ja »ein Prinzip« der Geschichte enthüllen. Im Sinn des progressiven Historismus werden »Eigengesetzlichkeit« und »Prinzip« aber schon selbst als Sinnprinzip der »Realität «unterstellt. Demgegenüber verlegt der historische Materialismus diese Eigengesetzlichkeit der Geschichte als sinnfremde »in« die Außenwelt, »aus« der sie uns bewußt wird.

Ein in dieser Richtung liegender Einwand gegen die Position Mannheims läßt sich aber aus seiner Position selbst heraus ent-

---

Sinntotalitäten« ergänzen (S. 624 ff.). Dies bedeutet auch eine Funktionalisierung der metaphysischen Entitäten auf jene Ebene hin, in der sich für uns die Welt als real konstituiert. Alle Transzendenz ist ihrem Ursprung nach in die Immenanz eingesenkt (S. 628).

[148]) Vgl. Pareto, Traité du sociologie générale, Paris 1917, hierzu Bousquet, Grundriß der Soziologie nach Pareto, Karlsruhe, ferner Ziegler, Ideologienlehre, Archiv f. Soz.-W., Bd. 57, S. 657 ff., auf den hier im folgenden besonders Bezug genommen wird.

kräften. Das der Realität unterstellte »Sinnprinzip« der Geschichte legt einen vorfindlichen Sachverhalt aus, trifft also einen realen Tatbestand. Deswegen ist die Anerkennung dieses Sinnprinzips auch nicht schlechthin als idealistisch anzugreifen, sondern ist vielmehr ausgesprochen realistisch orientiert. Auch Mannheim stößt bei der Aufzeigung von Partikularaspekten auf das Problem der Entscheidung, der Vorliebe zu einem der möglichen Aspekte. Indem er selbst das Dynamische des historistischen Denkens anwendet, erkennt er (in erweitertem Sinn) den optimalen heuristischen Wert der Einstellung des historischen Materialismus an.

Es läßt sich also zeigen, wie bestimmte Elemente der Denkhaltung des historischen Materialismus in die Position Mannheims eingegangen sind. Wir fragen uns aber immer noch, wo, wenn überhaupt, Konstanten des Geschichtsprozesses freigelegt werden können. Zunächst haben wir das Sinnprinzip der dialektischen Bewegung als diejenige »Konstante« erkannt, die der Denkhaltung gemäß ist. Die Konstanten müssen weder in einer naturalistischen außergeschichtlichen »Wahrheit« gesucht werden, noch in einem Bezugssystem, das in der Trieb- und Affektenlehre einer philosophischen Anthropologie die Konstanten fixiert; sie müssen also weder so »tief« wie bei Pareto noch so »hoch« wie bei Scheler angesetzt werden. Denn es kann sich für unsere Frage ja nur um relative Konstanten handeln, die nicht zeitlos, »jenseits« der Zeit a priorisch sichtbar zu machen sind, sondern die »in« einer Zeitperiode a posteriorisch »gegeben« erscheinen. Damit müssen wir die historische Veränderlichkeit dieser relativen Konstanten zugestehen und können uns höchstens auf die Konstanz jenes Sinnprinzips der Geschichte zurückziehen.

Immer noch droht aber die Depravierungsgefahr. Bei Lukacs etwa wird »Totalität« realisiert durch das proletarische Klassenbewußtsein in der Ausrichtung auf die aufzulösende spezifisch bürgerliche Verdinglichung des Kapitalismus. Bei Mannheim wird eine besondere proletarische Erkenntnischance nicht in einer besonderen proletarischen mit höherer Dignität ausgestatteten Wissenschaft [149]),

[149]) Vgl. Mannheim, a. a. O., S. 642. Ferner die scharfe Ablehnung bei Scheler, Wissensformen, S. 97, 209, 485 u. a. Dies im besonderen Hinblick auf eine soziologische Idolenlehre, eine Logik der Klassen und auf die prinzipielle Unschlichtbarkeit des phänomenologischen Streites, auf das Problem der Ueberwindung von Vorurteilen der Klassenlage. Auf diese grundsätzliche und entscheidende Frage kann hier nur verwiesen werden. Vgl. bes. Scheler, Wesen der Philosophie (Vom Ewigen im Menschen, 2. Aufl. I, 1, 1923, Vorrede, S. 16: ». . . denn warum sollte es ausgeschlossen sein, daß bestimmte Sachgehalte nur einer bestimmten individuellen Person . . . oder einer bestimmten Phase der historischen Entwicklung erkenntnismäßig zugänglich sind? . . . Der »Streit« — der phänomenologische Streit, wie ich ihn nenne, d. h. der tiefste Streit, den es gibt —, ist eben sozial unschlichtbar, man kann also den andern nur »stehen« und seiner Wege gehen lassen«. Welche Konsequenzen sich aus dieser (im engeren Sinn auf das Problem der Evidenztäuschung bezogenen) Formulierung für unsere Fragestellung gezogen werden können, wie weit überhaupt das Problem der All-

nur noch aus dem »status nascendi«, aus der geistigen Position des In-die-Zukunft-Gewandtseins aufrechterhalten[150]. Von der wissenssoziologischen Problematik aus bedeutet die Standortzurechnung eben eine Außenbetrachtung, die mit der Einordnung des Denk»typus« einen Mitvollzug des Sinngehaltes, ein inneres Sich-Identifizieren mit dem Standort (in dem besonderen Sinn des »tätigen« Erkennens, wie es die Subjekt-Objekt-Identität auszuweisen sucht) ablehnt. Die Klasse ist nur ein Teil des Werdenden, die Verabsolutierung ihrer partikularen Funktion gilt nur dem, der die Wertgehalte ihrer Perspektive mitvollzieht. So wird durch diese Position der geschichtsphilosophische Wahrheitsanspruch des historischen Materialismus auf das Maximum an Wirklichkeitsnähe »partikular« entkräftet. Ein Partialaspekt ergänzt sich zu einem Totalaspekt; dann offenbart sich aber immer nur eine Partikularwahrheit. Diese jedoch (als Synthese zwischen der totalen Wahrheit und der jeweiligen historischen Konstellation) bildet ein der historischen Forschung zugängliches Objekt. Die Aufspaltung von Partikularaspekten bei Mannheim ist demnach keine Ideologisierung eines Aspektes zugunsten eines andern; vielmehr konstituiert sich die Wahrheit erst aus der Gesamtheit dieser partikularen Aspekte.

Diese Auslegung könnte den (möglichen) Einwand einer Ideologisierung des historischen Materialismus, wenn auch nicht beseitigen, so doch entkräften; wir wollen uns jedenfalls seinem Gewicht nicht entziehen, auch wenn wir sehen werden, daß die besonderen Einwendungen Zieglers, zu deren Diskussion wir nun übergehen, nicht haltbar sind.

Während in der Position Mannheims noch Platz ist für die metaphysische Ausweitung der Perspektive, schüttet Ziegler — in der Sehnsucht, aus der ideologischen Entkräftung herauszukommen — das Kind mit dem Bade aus, indem er — jede Geschichtserkenntnis rationalistisch abweist und eine Desavouierung der Bedeutung des Zeitlichen für die Absolutssphäre versucht. Alle Geschichtsphilosophie sei schon ein Verabsolutieren der historischen Sphäre. Die Absolutsphäre werde in die Geschichte hineinverlegt, die Metaphysizierung der Geschichte wird durch Ziegler als Geschichtsgläubigkeit[151] selber

---

gemeingültigkeit (in dem bewußten Willen, Idole zu überwinden) sich in der Frage nach dem Kriterium in der Ideologienlehre stellen läßt, kann hier nur als Frage aufgeworfen werden.

[150]) Vgl. die äußerst fruchtbare Bezeichnung der beiden Hauptaspekte: status nascendi und post festum bei Mannheim, Soz. d. W. Arch. f. Soz.Wiss., Bd. 53, S. 616. Anm.

[151]) Siehe Ziegler, a. a. O., S. 685. Wir möchten bestreiten, daß die Soziologie Paretos die Kritik einer geschichtsphilosophisch fundierten Auffassung leisten kann. In Wirklichkeit kommt sie gar nicht an das Problem der Geschichte heran. In einer Hinsicht sieht sie allerdings vereinfachend klar: durch grundsätzliche Ablehnung jeder Metaphysik — wobei die Möglichkeit einer solchen Position dahingestellt sei (vgl. etwa Positivismus und Vitalssphäre) — enthält sie sich einer Wertsetzung; alles Verhalten in der Welt sei nur Sozialtechnik. In bezug

zur Ideologie depraviert. Damit gerät Ziegler aber völlig in den Bann der Paretoschen formalistischen Sozialmechanik und vertritt der Geschichte und der Geschichtserkenntnis gegenüber einen kaum haltbaren Agnostizismus, jedenfalls eine nicht notwendige Skepsis.

Dem romantischen Element der identitätsphilosophischen Erkenntnisposition des historischen Materialismus tritt damit ein neuer Rationalismus entgegen, ein Rationalismus allerdings, der die Lebensdynamik nicht auf einer höheren Stufe einzufangen trachtet, wie noch die Dialektik, sondern sich positivistisch mit einer soziologischen Betrachtung der äußeren Gleichförmigkeiten sozialer Phänomene begnügt. Wenn die Position Pareto-Ziegler schon jede historisch-konkrete Kausalfrage abweist, um wieviel mehr wird dann in ihr jeder Erklärungsmonismus als metaphysisch ausgeschieden. Das Aufstellen eines »Endzwecks« in der Geschichte oder in der Gesellschaftsentwicklung, das in der Herrschaft der eigenen Klasse schließlich seinen Erfolg findet, wird als Mittel zur Verhüllung oder Rechtfertigung des konstant wiederkehrenden Machtkampfes betrachtet, während Mannheim den »Endzweck« in der Geschichte (wenn auch) als (problematische) Hypothese gelten läßt. Die kritische Position einer solchen (von Ziegler anscheinend vertretenen) anti-evolutionären Geschichtsbetrachtung richtet sich methodisch nach zwei Gesichtspunkten aus; nach der Erkenntnishaltung und nach der zu erkennenden Wirklichkeit.

In der Erkenntnishaltung[152]) differieren die beiden Positionen grundsätzlich. Man kann die historische Einmaligkeit nur »verstehen« im Sinn einer individuellen Anschauung und mit einer dementsprechende Gestaltbegriffe schaffenden logischen Apparatur. Demgegenüber wird von Pareto-Ziegler die Allgemeingültigkeit einer Erkenntnis erst als durch generelle Elemente konstituiert betrachtet. Jene generellen Elemente etwa der menschlichen Natur (Triebe oder Affekte) oder typische Verhaltungsweisen bilden die letztlich aufzuweisende Realität, während sie im Sinne des Historismus nur Annäherung der Erfassung an konkrete individuelle Inhalte bedeuten. Die historistische Position leugnet dabei nicht — wie Ziegler fälschlich behauptet — die Rolle der generellen Erkenntnis, sondern will nur ihrer relativen Unzulänglichkeit gegenüber der Erkenntnis einer historisch lebendigen Einmaligkeitsstruktur Rechnung tragen.

Bezüglich der zu erkennenden Wirklichkeit wird die Verabsolutierung der geschichtlichen Welt zur einzigen Wirklichkeit (von Ziegler) als unberechtigt erklärt, weil es Aufgabe sei, das

---

auf ihre Wertpositionen stünden sich demnach die Ideologien unentscheidbar gegenüber.

Uebrigens identifiziert sich ja Ziegler nicht unbedingt mit der Position Paretos, und wenn er Pareto im Sinn eines (geradezu pragmatistischen) Herrschaftswissens deutet, gibt er ja — wie auch an anderen Stellen — implizite die metaphysische Ungeschlossenheit oder — Unberufenheit dieser Position zu.

[152]) Vgl. hierzu Mannheim, Strukturanalyse der Erkenntnistheorie, Erg.-Heft d. Kantstudien, Nr. 57, 1922, S. 53.

Geschichtliche selbst »einzuordnen« und zu begrenzen von einer außergeschichtlichen Sphäre her [153]). Es ist nun zu fragen, welche Kriterien für die Beurteilung geistiger Gehalte bestehen und ob es Erkenntnisziel einer Geschichtsbetrachtung sei, die Einmaligkeit unmittelbar zu erkennen oder durch Vermittlung genereller Elemente typische Konstanten aufzudecken.

Als solche Kriterien werden (von Ziegler) Wahrheitswert und Entsprechung aufgeführt. Das Recht eines »Naturalismus« wird insofern vertreten, als der Geist selbst als Mittel des sozialen Machtkampfes erscheint und in der Vitalsphäre die »identischen« Konstanten aufzuweisen sind; die grundsätzliche Dynamisierung des Geschehens wird damit zugunsten einer statischen Kreislaufvorstellung zurückgezogen und die Fassung der Geschichte als Werdenszusammenhang abgelehnt. Die »Entsprechung« erfordere nämlich eine bestimmte Beziehungsebene, die selber aus bedingenden sinnfremden Faktoren bestehen müsse, um das Urteil der Adäquanz zu ermöglichen. Dieser »Naturalismus« intendiert also die Aufdeckung »echter Wesenheiten«, auf die bezogen das Bewußtsein bestimmter Schichten seine Funktion im Geschichtsprozeß erhält. Problematisch ist aber auch hier wieder die Funktionalisierungsebene; denn trotz allen Versuchens, objektiv nachzuweisen, daß es unrichtig sei, eine Sphäre menschlichen Geschehens zur einzig realen zu verabsolutieren und alle anderen [154]) zu leugnen, fordert die Aufstellung einer Dignitätsordnung der Sphären eine solche Verabsolutierung, wenn überhaupt man zu einer geschichtsphilosophischen Erkenntnis vorstoßen will. Während im historischen Materialismus die ökonomische Sphäre in ihrer geschichtlichen Entfaltung im Werdeprozeß des Ganzen als unabhängige Variable gesetzt wird, kann alle »naturalistische« Konstruktion, auch wenn sie versucht historistische Elemente in sich aufzunehmen, nur eine naturale Grundstruktur des ahistorischen Menschen aufdecken. Die Möglichkeit der »Einordnung« des Geschichtlichen wird mit dem Verlust der unmittelbaren historischen Wirklichkeit erkauft.

Man könnte als anderes Kriterium den Wirklichkeitsaspekt aufzuweisen versuchen. Der Zusammenhang von Wirklichkeitsaspekt und Erkenntnishaltung, von Vitalsphäre und Geistsphäre müßte in Frage gestellt werden [155]); denn schon die Art, ob und wie die Frage nach der Wirklichkeit auch im Problem der Ideologie gestellt wird, macht die Erkenntnis-Intention einsichtig.

---

[153]) Es müssen also sinnfremde Faktoren sein, die neben oder über dem Geschichtsprozeß ihre Bedeutung nicht von einem Situationssinn erhalten, sondern ihn bestimmen, die also selbst als Seinsverhalte, Kräfte oder Verhaltungsweisen die Geschichtlichkeit transzendieren, der Vergeschichtlichung entzogen sind.

[154]) Vgl. auch Scheler, Formen des Wissens, S. 47, 50, ferner Wissensformen und die Gesellschaft, S. 2, Fußnote.

[155]) Weiterhin die Frage, ob naturalistische und historistische Soziologie nur zwei Formen sind, in denen das Problem der Ideologienlehre gestellt werden kann, oder ob beide »auf einer Ebene« um den Warheitswert streiten können.

Historistisch gesehen ist nur das Individuelle konkret und real, in das man unmittelbar oder mit entsprechend angepaßten Denkmitteln eindringen muß. Das seinsbezogene Denken ist zugleich sinnbezogen, der dynamisierte Sinn ist die einzige und zentrale historische Realität. Wenn man diese Position (wie Ziegler) idealistisch nennt, dann täuscht man sich selbst einen falschen Naturalismus vor, in der Meinung, realistisch zu sein. Die Position Mannheims läßt sich durchaus realistisch rechtfertigen; nur versteht M. unter Realismus keinen Naturalismus, da er die Seinsstrukturen sieht. Strukturen sind aber nicht Stoff oder Materie, sondern sie bilden einen rational zugänglichen Sinnzusammenhang, nicht als Vorstellungsweise in irgendeinem idealistischen Sinn, sondern als objektivierte Gestalt eines Zusammenhangs. So ist Zieglers Einwand [156]), es liege eine idealistisch verknüpfte Einheit von Geist, Sinn und Geschichte in der Position von Mannheim vor, nicht durchschlagend.

Immerhin ergibt sich aus diesem Einwand die Formulierung der Frage, ob die naturalen und ökonomischen Faktoren als sinnfremd bezeichnet werden dürfen, da es eine Entsprechung nur geben könne, wenn geist- und sinnfremde Faktoren als Beziehungsebene [157]) gesetzt werden. Dieses Problem, auf das wir uns nun zu konzentrieren haben, betrifft die Frage nach dem Wesen des Oekonomischen, die Frage, ob wir es als sinnhaft oder als sinnfremd zu fassen haben.

Für die naturalistische Position beginnt die Erkenntnismöglichkeit erst mit der Aufstellung einer sinnfremden Sphäre, die der Historisierung entzogen ist. Die historistische Position bezieht auch das Oekonomische als sinnhaft gestaltet in die Geschichte ein. Ziegler gegenüber ist aber festzuhalten, daß er jedenfalls eine viel zu »allgemeine« Form idealistischer Auffassung gegen Mannheim ins Feld führt. Zudem interpretiert er M. falsch, wenn er seine Auffassung des Unterbaus idealistisch nennt. Der »Materialismus« des Unterbaus wird (etwa im Sinn des historischen Materialismus Lukacsscher Prägung) innegehalten, auch wenn für ihn der Sinnzusammenhang in Anspruch genommen wird. Der grobe Materialismus der ökonomischen Sphäre ist doch nicht dadurch zu retten, daß man sich etwa darauf beruft, daß darin Eisen und andere »Stoffe« vorkommen! Die Realität dieser Sphäre wird — wie sie ja auch die Sozialökonomik zu untersuchen unternimmt — in ihrer rational zugänglichen Strukturiertheit erfaßbar. M. setzt viel zu sehr reale Kontrolle ein, als daß ihn (trotz aller Sinnhaftigkeit und Gestaltetheit des Unterbaus) der Einwand idealistischer Auffassung als Vorwurf wirklich träfe. Möge man sich gegen die Sinnhaftigkeit aller Geschichtsrealität wehren, jedenfalls wird das Problem der Geschichte in dieser Sinnhaftigkeit adäquat gefaßt, da Zieglers Sehnsucht nach Konstanten überhaupt

[156]) Ziegler, a. a. O., S. 691, Fußnote.

[157]) Nur so sei Ideologienlehre als Kritik des geschichtlichen Menschen, der zeitlich und sozial gebundenen Inhalte und Formen seiner Existenz möglich.

nicht das Problem der Geschichte angreift und in einem vorhistoristischen Stadium der Erkenntnis stehen bleibt.

Wenn der historische Materialismus der ideologischen Sphäre die ökonomische entgegensetzt und sie als Funktionalisierungsebene verabsolutiert, auf die hin die geistigen Gehalte bezogen werden, so widerspricht es offenbar dem phänomenalen Bestande, die ökonomische Sphäre als außerhalb der geschichtlichen Entfaltung, als an sich seiend zu fixieren. Wenn auch die ökonomische Sphäre (in unserer Zeit) unabhängige Variable der Geschichte ist, so ist sie als solche bereits in die Sinnhaftigkeit der Geschichte einbezogen, also Ausdruck des sich in der Geschichte verwirklichenden Geistes. Dem Wirklichkeitsaspekt nach ist die historistische Position jedenfalls »unmittelbarer«, weil sie sich selbst in den Prozeß einordnet. Sie gibt damit allerdings die Aufstellung eines »statischen Systems« auf, stellt aber zugleich mit dem Problem der Ideologie das der persönlichen Entscheidung.

Im historischen Materialismus offenbaren sich also, wenn wir bis dahin zusammenfassen, historistische und naturalistische Elemente auch in der Weise des Wirklichkeits-Ansatzes und in der Deutung der Wirklichkeit. Wissenssoziologisch konstituiert seine historistische Komponente (als progressiver Historismus) die »unmittelbare« Erfassung der historischen Wirklichkeit, während die naturalistische die unabhängige Variable zur Konstanten zu fixieren sucht [158]). Allerdings sind auch die Schnittpunkte dieser Komponenten zu bedenken: jene auf »ewige« Wesenheiten gerichtete Betrachtung zielt auf eine kontemplative Ordnung, während der progressive Historismus eine dialektische Konstruktion der Geschichte auf die Zukunft hin intendiert gemäß der romantischen Wurzel seiner Absicht, »das Leben« zu erkennen.

Das Kriterium der Entsprechung bedeutet Adäquanz zur Lage im ökonomischen Prozeß, wobei dem Klassenaufstieg und damit der aufsteigenden Klasse eine spezifische Wertposition als Erkenntnischance zuteil wird, weil sie gegenüber der stabilisierenden Verteidigungsposition der »absteigenden« (und auch der »possedierenden«) Schichten sich in ihrer Fortschritts-Ideologie den »weiteren« Horizont im Sinn der Lebensunmittelbarkeit leisten kann [159]) und muß.

---

[158]) Es bedürfte dabei noch genauerer Darlegung, wie (in einer genetischen Betrachtung) Sinnhaftes sich verdinglichen kann und dann in scheinbar eigener Gesetzlichkeit dem Menschen quasi sinnfremd gegenübertritt. Wenn der historische Materialismus in seiner dogmatischen Form »naturalistische« Geschichtsdetermination behauptet und damit der Notwendigkeit des Umschlags (evolutionär) sicher ist, scheint uns die Betrachtung des Oekonomischen als selbst schon geistig gestalteter Sphäre, die aber der Gefahr der Sinn-Entfremdung unterliegt und unterlegen ist, eher zu dem »wirklichen« Menschen durchzustoßen.

[159]) Hier handelt es sich nur um den Zusammenhang mit der Fragestellung nach der Wirklichkeit; eine Ausführung, mit welchen Kriterien der Streit um die Anerkennung einer naturalistisch-generalisierenden oder historistischen Betrachtung geschlichtet werden kann oder ob er grundsätzlich unschlichtbar bleibt, muß vorläufig aufgeschoben werden.



X.

Es obliegt uns nun, den Gang der Untersuchung und ihre Ergebnisse zusammenfassend darzustellen. Wir gingen nach der Exponierung der Problemstellung (I und II) an die Untersuchung des Wirklichkeits-Ansatzes in einer Innenbetrachtung der Abbildtheorie (wie sie von Lenin vertreten wird) (III und IV). Es gelang uns dabei, diese Erkenntnishaltung entgegen der üblichen empirio-sensualistischen Auffassung als Transzendentalrealismus aufzuweisen. Wir haben vorgeschlagen, »Abbild« durch das, was ihm wesentlich ist, durch »Repräsentation« zu ersetzen. Wir haben den (an der sogenannten sublimierten Abbildtheorie gewonnenen) Wirklichkeits-Ansatz an einer phänomenologischen Analyse des Erkenntnisaktes geprüft (V). Im Verlauf dieser Prüfung wurde die Intention der Abbildtheorie nach einem dynamischen Wirklichkeitsbegriff einsichtig. Auf diese Intention sind wir näher eingegangen und haben die Möglichkeit des Umschlags der an Sein und Denken orientierten Abbildtheorie in den dialektischen Wirklichkeitsbegriff als Einheit von Sein und Denken dargestellt (VI). Mit der Entwicklung der Position von Lukacs haben wir dann den Umschlag selbst beschrieben (VII) und damit den beiden Positionen (Lenin und Lukacs) zugrundeliegenden dynamischen Wirklichkeitsaspekt aufweisen können (VIII). Damit öffnete sich unser Blick auf naturalistische und historistische Elemente im historischen Materialismus, die den Wirklichkeits-Ansatz mitgestalten (VIII). Die Art dieser Gestaltung ließ sich an der Problematik der Wissenssoziologie aufhellen und uns für einen progressiven Historismus entscheiden (IX).

Unsere ursprüngliche Absicht, rein statisch (phänomenologisch) das Wesen des Geschichtlichen auszulegen, hätte als Suche nach (geschichtstranszendenten) Konstanten mißdeutet werden können; unsere Entscheidung erweist, daß uns das Aufsuchen geschichtsjenseitiger Konstanten nicht die Lösung des Problems der Geschichtserkenntnis zu enthalten scheint. Im Hinblick auf das Kriterium der Wirklichkeit versuchten wir, die dialektische Bewegung selber als jene »Konstante« (wenn überhaupt das Wort gebraucht werden kann), als Wesen der Geschichte aufzuzeigen. In unsere ursprünglich »systematische« Fragestellung hat sich so die Genesis selber eingeschaltet, derzufolge zeitlose Wesenheit jenseits der Geschichte auch im Wirklichkeits-Aspekt nicht aufweisbar ist, sondern diese Wesenheit verweist immer wieder in die Geschichte zurück.

Neben diesen aus dem Gang der Untersuchung zugleich unsere methodische Fragestellung betreffenden Ergebnissen können wir folgende Gesamtentwicklung der Fragestellung nach der Wirklichkeit im historischen Materialismus feststellen:

Erkenntnistheoretisch ist der historische Materialismus ontologisch zu fundieren. Die Subjekt-Objekt-Korrelation, die im historischen Materialismus als Relation von Bewußtsein und Sein ge-

faßt ist, wird so aufgelöst, daß das Objekt das determinierende Uebergewicht besitzt, das Bewußtsein durch das Sein und zwar im engeren Sinne durch das ökonomische Sein determiniert wird, wobei es in der naiv-dogmatischen Form so erscheint, als ob die Objektseite überhaupt verabsolutiert und damit ein Nachsinnen über den Erkenntnisvorgang unmöglich gemacht sei. In Wirklichkeit wird aber Bewußtsein und Sein auf derselben Seinsmaterie vorgestellt, so daß eine unmittelbare Relation zwischen Erkennendem und Zu-Erkennendem besteht. Diese Relation wird in der naiv-realistischen Theorie als Grund-Folgeverhältnis »erklärt«, in der transzendental-realistischen Haltung als Teil-Ganzes-Verhältnis festgestellt. Nach der naiven Auffassung »bringt« die Einwirkung der Außenwelt auf unsere Sinne die Abbilder »hervor«, es vollzieht sich ein passives Geschehen im Bewußtsein; die sensualistische Bestimmung des Bewußtseins»inhaltes« wird aufgehoben, anstelle der alleinigen erkenntnisvermittelnden Funktion der Sinneswahrnehmungen tritt das Denken, in dem trotz der betonten objektiven Determinierung des Abbilds das Nachschöpfen, das Nachbilden, das subjektive Gestalten dessen sich vollzieht, was »aus der Außenwelt das Subjekt trifft«. Naiv-metaphysisch wird die Gegenständlichkeit der Empirie als »gegeben« betrachtet, ohne den eigentlichen erkenntnistheoretischen Zweifel auch am Bewußtsein anzusetzen, insofern für uns Sein nur gewußtes Sein ist. Dies muß zu einer Revision der Außenweltthese führen, für die die phänomenologische Analyse wertvolle Hilfe zu bieten hat. Im Subjekt ist nicht ein »Abbild« des Objekts (in der naiv-realistischen Weise einer »Erklärung« des Erkenntnisphänomens), sondern eine Repräsentation [160]), die auf die Totalität des (gnoseologisch transzendenten) Objektiven tendiert. Erkenntnis kommt zustande durch ein Hinausgreifen über das Subjekt, ein Transzendieren in eine hinter den Grenzen der sinnlichen Wahrnehmung an sich seiende objektive Welt.

Diese der natürlichen Realitätsthesis entsprechende Auffassung umgreift auch das Irrationalitätsproblem (ohne als künstliche Lösung die logische Ineinssetzung von Subjekt und Objekt nötig zu machen). Die Dialektik, die ursprünglich als Realdialektik konzipiert ist, wird als dem Realen und dem Idealen strukturidentisch aufgewiesen. Dadurch ist die starre Dualität des Abbilds aufgehoben und das unmittelbare Anteilhaben des Subjekts am Objekt und die Anteilnahme des Objekts am Subjekt in aktivistischer Spannung verwirklicht. Voraussetzung dafür ist aber, daß Subjekt und Objekt, Sein und Denken derselben Seinsmaterie entstammen [161]), also ontologisch homogen sind. Diese ontologische Immanenz, die Immanenz des Denkens

[160]) Wir bleiben bei dieser Formulierung, ohne allerdings an dieser Stelle aufweisen zu können, inwiefern die ausdrückliche Abweisung aller Zeichen, Bilder und Repräsentationen im Bewußtsein (wie sie etwa auch der Analyse Schelers entspricht) ihren Rückhalt in einem Immanenzstandpunkt hat, der in der Intention wohl den Gegenstand meint, aber nicht zu der (transzendenten) Realität vorstößt.

[161]) Vgl. in a. Zusammenhang Mannheim, Strukturanalyse, a. a. O., S. 64.

im Sein als An-Sich-Sein, läßt im historischen Materialismus in der Tendenz zur Totalität jenseits des Erkannten ein erkennbares Nicht-Erkanntes stehen. Schon in der Geschichte als absoluter Totalität wird ein »Jenseits« der Reichweite der ratio zugestanden, — auch hier in Opposition zu Hegel, für den alles Seiende an sich erkennbar war, — die Dialektik versucht das Irrationale des historischen Flusses in einer Methode »höherer Art« zu rationalisieren. Für den historischen Materialismus gilt ein transzendental-ontologisches Wahrheitskriterium: Wahrheit ist Entsprechung der (Seins-)Wirklichkeit [162]).

Diese Wirklichkeit wird in der naiven Abbildtheorie als empirisch gegeben angesehen und ist als »Außenwelt« grundsätzlich erkennbar. Das Noch-Nicht-Erkannte ist nicht unerkennbar [163]). Daraus wird auch die Induktionsgläubigkeit, Transzendenzabweisung und Metaphysikfeindlichkeit des naiven Materialismus einsichtig; es wird an die grundsätzliche Erweiterungsmöglichkeit des Wissens als Kenntnis »geglaubt«, wie sie naturwissenschaftlich grundsätzlich inauguriert ist. Trotzdem geht der historische Materialismus über die empirische Realität als Gegebenheit hinaus und versucht, zu Wesensbestimmungen zu gelangen, wenn er die Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte als eine bestimmte Periode bestimmend herausstellt. Diese »Herauslösung« scheint insofern induktiv, als von bestehenden ökonomischen Verhältnissen, also von Tatsachenzusammenhängen aus auf die ihnen »zugrunde liegenden« Produktivkräfte (das dialektische Gegenglied) geschlossen wird. Hier scheint aber eine Umbiegung der Methode vorzuliegen: eine ursprünglich auf das Wesen der Erscheinung zielende Erkenntnishaltung wird im Sinne einer historischen Verifikation in eine Scheininduktion umgedeutet. In Wirklichkeit wird aber im historischen Materialismus eine Wesensgesetzlichkeit der historischen Entwicklung freigelegt, indem die gesellschaftlichen Erscheinungen auf die ökonomischen hin funktionalisiert und in diesen in einer weiteren Reduktion die bestimmenden Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung hypostasiert werden.

Dem rationalen »System« gegenüber schließt die lebendige Totalität der Geschichte das Irrationale ein; sie beruht auf derselben ontologischen Grundlage wie die Erkenntnis und bildet im Grunde die Einheit des Transzendenten und Immanenten. Mit dieser ontologischen Ausrichtung als natürlichem unspekulativem Monismus [164]) ist das geleistet, was die Identitätsphilosophie durch künstliche Konstruktion

---

[162]) Hier wäre auch das Problem der Erkennbarkeitsgrenze und der Denkbarkeitsgrenze, die nicht zusammenfallen, anzuschneiden, wobei das »Denkbare« als Immanenz des Seins im Denken der natürlichen Realitätsthese widerspräche und deshalb nicht die Grenze des Erkennbaren zu markieren vermag. Vgl. Hartmann, a. a. O., S. 266.

[163]) Dies ist aber genau so »Setzung« wie die Außenweltthese; sonst ließe sich das Unerkennbare als Unerkanntes, das Nicht-Wissen als Wissen vom Nicht-Wissen systematisch auflösen, womit das Irrationale an die Grenze des Rationalen geschoben wäre.

[164]) Vgl. Hartmann, a. a. O., S. 192, 207, 247, 302, 360, 392, ferner auch Hartmann, Logische und ontologische Wirklichkeit, Kantstudien, Bd. 20, S. 13 ff.

gesucht hat. Subjekt und Objekt sind im Sein eingebettet. Der historische Materialismus erkennt also wohl eine Bewußtseinstranszendenz an, lehnt aber eine Denktranszendenz ab. Damit ist für ihn der Realitätsmodus der »Außenwelt« und ihrer Repräsentation fundiert; Sein und Denken sind nicht sinnfremd, sie sind durch ihre ontologische Homogenität verknüpft [165]).

Zur Ueberwindung der naiven Metaphysik muß im historischen Materialismus die ontologische Hypostase bis in die letzten Elemente hinausgeschoben werden; die Seinsschichten müssen bis zu jener Schicht hin aufgebaut werden, die den ausgesprochen ontischen Akzent als wirkliches Sein besitzt. Sowenig dieses ens realissimum »fideistisch« hingenommen werden kann, sowenig befriedigt die Verabsolutierung der Materie als letzter Substanz. Das Beunruhigende in der Fragestellung nach der Wirklichkeit liegt also im Ansatz der ontologischen Hypostase, wenn auch so viel feststeht, daß sie sich phänomenal an der ökonomischen Zentrierung des Sozialprozesses zu orientieren hat.

Ist Ideologie eine »notwendige« Art zu denken [166]), die ihrerseits fundiert ist in den ökonomischen Erscheinungen, so offenbart ihre Reduktion die Verknüpfung von Unterbau und Ueberbau, eine Funktionalisierung. auf das materielle Sein der Menschen, auf ihr ökonomisches Handeln im Sozialprozeß. Die dynamische Struktur der Produktionsverhältnisse, ihr Zusammenhang mit der Klassendynamik und deren Zusammenhang mit der geistig-seelischen Dynamik läßt eine starre Wirklichkeit nicht zu; die Wirklichkeit wird selber als dynamische, als sich in dauerndem Werden befindliche Umwälzung begriffen. Damit ist auch alle Theorie Funktion dieser Wandlung. Der historische Materialismus intendiert auch gar keine »Theorie«, sondern liefert einen Kollektiv-Aspekt, in dem die Bewegung als dialektische rational einzufangen versucht wird.

Man kann diesen Wirklichkeitsbegriff perspektivisch [167]) relativieren, da er der aufsteigenden Schicht, die die realen Faktoren als »für sich arbeitend« konstruiert, entspricht; damit wäre die »Ideologisierung« oder, wie wir besser sagen, »Partikularisierung« bis in den Ansatz der Wirklichkeit vollzogen. Die Fragestellung nach der Wirklichkeit versucht zwar, über die perspektivische Zurechnung hinaus-

---

[165]) Entsprechung der Repräsentation des Objekts mit dem Objekt setzt zur Konstituierung ihrer Möglichkeit »partiale Identität« der kategorialen Grundrelation voraus. Vgl. Hartmann, a. a. O., S. 353 ff.

[166]) Wenn Back (Conrads Jahrbücher 71, S. 253) behauptet, Marx habe den allgemeinen Charakter der Wesenszusammenhänge, die nur die Ordnung des Seins betreffen, verkannt, weil er glaubte, alle geistige Kultur auf die konkrete wirtschaftliche Lage der Menschen wesensnotwendig zurückführen zu können, wobei er die tatsächlichen Motivationen nichtwirtschaftlicher Art für Schein erklärte, so bleibt B. selbst im Bereich des phänomenal Vorfindlichen, ohne der Dynamik »als Theorie« gerecht werden zu können.

[167]) »Linksopposition« gegen bürgerlichen Rationalismus und zugleich Synthese aus romantischen Elementen und dem Lebensbegriff der Lebensphilosophie. Vgl. Mannheim, Das konservative Denken, a. a. O., S. 493 ff.

zugreifen und nach einem erkenntnistheoretischen Kriterium zu suchen, um diesen Wirklichkeitsbegriff zu rechtfertigen[168]). Aber schon in der Frage steckt eine formalistische Erkenntnisintention, die sich von der vollen Konkretion der historischen Realität abwendet und allein das So-Sein des geistigen Gehaltes einer ökonomischen Geschichtsauffassung auszulegen intendiert.

Hier zeigt sich eine vorläufige Grenze der phänomenologischen Analyse von geistigen Gehalten geschichtsphilosophischer Observanz. Sie sind eben als solche nur genetisch erfaßbar, weil sie aus der Sphäre zeitloser Wesenheit in die Geschichte selbst zurückverweisen. Die eingangs methodisch gestellte Frage nach der Grenze der phänomenologischen Methode macht sich hier mit vollem Gewicht geltend. Die phänomenologische Methode bringt in erster Linie die »Vorgegebenheiten« an den Dingen zur Sicht. Ihre Anwendbarkeit als Wesensschau auf einen dynamischen Prozeß muß methodisch so lange bestritten werden, als sie sich nicht im Sinn der dialektischen Methode modifiziert. So sehr wir phänomenologische Analyse bei der Entwicklung unserer Frage uns haben dienen lassen, so weist doch unser Ergebnis in die Richtung einer Modifikation der Methode, wenn sie dem Geschichtlichen adäquat werden will. Denn es handelt sich gerade nicht darum, neuerdings naturalisierend zu verfahren, also zeitlose Wesenheiten jenseits der Geschichte zur Gegebenheit zu bringen. Die historische Totalität wird durch die phänomenologische Analyse von einem Standort aus aufgelöst, während eine auf die Ganzheit des Geschichtsprozesses gerichtete Auslegung sein Wesen als dialektische Bewegung evident machen kann. Beide Ergebnisse (material und formal) einer phänomenologischen Analyse des Geschichtlichen sind schon wesentliche Einsichten; so lange sie aber »getrennt« aufgewiesen werden, gelingt es nicht, einen dem historischen Prozeß adäquaten Wirklichkeitsaspekt als ausschließlich und wesenhaft »notwendig« zu offenbaren. Immer wird diese »Notwendigkeit« durch ihre perspektivische Zurechnung relativiert werden.

Die Frage nach einem solchen Kriterium (dies sei nur kurz angedeutet) ist nicht in logischem Sinn etwa durch Ueberordnung der Notwendigkeit »über« die Wirklichkeit zu lösen, demzufolge das Im-System-Sein, das im Gesetzes-Zusammenhang stehende »Notwendige« das Seiende erst wirklich sein läßt. Das Wirkliche ist auch in der Geschichte »vorhanden«; der Mensch sieht allerdings nur einen Aspekt dieses Wirklichen »gegeben«. Demnach ist auch das sinnlich Gegebene nicht allein das Wirkliche, wenn auch das Sinneszeugnis der natürlichen Realitätsthesis dafür spricht. Schon die Durchbrechung der un-

---

[168]) Dazu müßten erst die zeitgebundenen Bestimmungen des historischen Materialismus genetisch aufgezeigt werden, die teils aus seinem philosophischen Ursprung, teils aus seinem Charakter als Angriffsinstrument der aufsteigenden Klasse herrühren. So würde dann die Frage lauten, auf welche Wesenselemente sich der historische Materialismus unter Ausklammerung seiner historischen Erscheinungsform und der Parteien, die sie tragen, würde reduzieren lassen.



mittelbaren Gegebenheit überwindet die sensualistische Fundierung des Wirklichen.

Das als Kriterium aufzuweisende Notwendigsein eines Wirklichkeitsaspektes kann durch das geschichtsphilosophische System ersetzt werden, wonach der Partialaspekt des Wirklichen zu einem — metaphysischen — Totalaspekt ergänzt wird. Aber auch hierbei führt die Aufwerfung des Geltungsproblems zu keinem Kriterium, solange die metaphysische Entscheidung, Wert- und Sinngehalt des Standorts nicht mitvollzogen werden. So scheint das Kriterium nicht in logisch-kategorialer Form gesucht werden zu können, sondern in dem Evidenzgefühl der metaphysischen Entscheidung selbst, die den Wirklichkeitsaspekt mitkonstituiert.

Die mit dieser Frage angeschnittene erkenntnistheoretische Problematik offenbart noch einmal unsere eigene Erkenntnisintention in dieser Untersuchung: die Fragestellung aufzuweisen, die den Wirklichkeitsaspekt des historischen Materialismus zugänglich machen kann. Mit dieser Fragestellung ist der historische Materialismus, wie er im Sinne einer sublimierten Abbildtheorie die gesellschaftlich-geschichtliche Wirklichkeit dialektisch dynamisiert, in perspektivischer Relation zu anderen Perspektiven und zugleich als Erkenntnis-Chance aus dem status nascendi einsichtig geworden.

Der Bundschuh.

Eine Studie zur Vorgeschichte des deutschen Bauernkrieges*).

Von

WILLY ANDREAS.

Bis zum heutigen Tage hat das Wort Bundschuh jenes geheimnisvolle, erregende Etwas nicht ganz eingebüßt, das die Abzeichen des Kampfes und der Treue, der Gemeinschaft und Verschwörung schicksalsvoll umwittert, und bedeutet ursprünglich doch nur den mit Riemen gebundenen groben, rindledernen Schuh des Bauern im Unterschied vom Reiterstiefel der Herren

*) Das im Vorjahr (1927) vom Wissenschaftlichen Institut der Elsaß-Lothringer im Reich herausgegebene zweibändige Werk von Lic. Albert Rosenkranz (Der Bundschuh, die Erhebungen des südwestdeutschen Bauernstandes in den Jahren 1493 bis 1517; Bd. I: Darstellung (500 S.), Bd. II: Quellen (336 S.); C. Winter, Heidelberg) hat in seiner Doppeleigenschaft als wissenschaftliche Bearbeitung und Quellenedition, der K. Stenzel wertvolle Archivstücke überlassen hat, die frühere Bundschuhliteratur (die erste quellenmäßige Veröffentlichung von Heinrich Schreiber und die Teiluntersuchung von Richard Herold) überholt und uns über diesen historisch ebenso bedeutungsvollen wie spannenden Gegenstand in weit erheblicherem Maße Aufklärung gebracht als die bisher ausführlichste, aber nicht erschöpfende Besprechung von W. Stolze (Bundschuh und Bauernkrieg. Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins, N.F. Bd. 42, 1928) erkennen läßt. Von Stolzes eigenen, nicht immer glücklichen Aufstellungen weiche ich, wie der kundige Leser leicht erkennen wird, mehrfach ab. So kann ich mich der neuerdings auch von H. Wopfner (Histor. Zeitschr. Bd. 138, S. 193) beanstandeten zu geringen Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen und der übertrieben scharfen Abgrenzung von Bundschuh und Bauernkrieg nicht anschließen: Natürlich sind Verschiedenheiten vorhanden; aber darüber hinaus bleibt vieles Gemeinsame, worauf ich in der folgenden Studie hinweise. Sie fühlt sich, was ausdrücklich betont sei, in sachlicher Hinsicht und den tatsächlichen Ergebnissen über Ursachen und Verlauf der Bundschuhbewegung dem Werke von Rosenkranz verpflichtet, ohne diesem in jeder Einzelheit und Nüance der Auffassung und Beurteilung zu folgen. Bedingte an sich schon meine gedrängte Darstellung den Zwang zu möglichst eindringlicher Formulierung, so hoffe ich weiter durch kritische Fragestellung meinerseits dazu beigetragen zu haben, Sinn und Gehalt dieser Bewegung, ihre Problematik, historische Einordnung und Bedeutung zu klären

und Ritter. Aber eben darum, seiner volksmäßigen Ausdruckskraft und Vertrautheit wegen, konnte es im späteren Mittelalter zum gefürchteten Symbol bäuerlicher Selbsthilfe, des Widerstandes gegen Bedrückung, ja zur Fahne des offenen Aufruhrs und der Erhebung des Armen Mannes werden. Es ist denn auch nicht das erstemal, wenn es am Vorabend der Zeitenwende, zu Ausgang des 15. und Beginn des 16. Jahrhunderts beunruhigend und düsteren Klanges in gewissen Landschaften von Mund zu Munde geht. Denn auch frühere Widersetzlichkeiten von Bauern wurden so benannt, wie überhaupt eine lange Reihe von bäuerlichen Erhebungen das ganze Jahrhundert vor dem deutschen Bauernkrieg durchzuckt. Unter seinen zahlreichen Vorspielen, die sich gegen Ende dieses Zeitraumes häufen, kommt den Umtrieben des Bundschuhs am Oberrhein eine besondere Bedeutung zu, schon um der zeitlichen und räumlichen Nähe willen. Trennen ihn doch nur wenige Jahre vom Bauernkrieg, und ihrer beider Schauplatz, wenn auch im einen Fall in weiterer Ausdehnung, war der zerklüftete Südwesten des alten Reiches, der Hauptsitz der Kleinstaaterei. Darüber hinaus bestehen jedoch andere Zu-

und plastischer herauszuarbeiten. Es kam mir nicht bloß darauf an, den äußeren und inneren Hergang einer historischen Begebenheit richtig zu erfassen, die übrigens auch mein Heimatempfinden nahe berührt, sondern auch eine sozialwissenschaftliche Analyse zu liefern, die freilich Anschauungs- und Darstellungsform des Historikers festhält. Leider hat sich die eigentlich soziologische Betrachtung gerade den ländlichen Geheimbünden und der Deutung ihres Wesensgehalts nicht zugewandt, so daß sich im Vergleich mit den systematischen Untersuchungen über Ziele und Methoden moderner Revolutionsbewegungen, die vom Boden der Stadt, der Industrie und einer differenzierteren Kultur herkommen und sich ausgeformter wissenschaftlicher und weltanschauungsmäßiger Ideologien bedienen, eine Lücke zeigt, die einmal ausgefüllt werden sollte! Ich habe mich zwar bemüht, auch die eigentümliche seelische Verfassung und Ausdrucksform eines solchen ländlichen deutschen Verschwörerbundes im soziologischen Sinn zu erfassen, mußte mich aber in der Hauptsache darauf beschränken, die umfangreiche allgemeinere Literatur über agrarische Zustände im Südwesten Deutschlands zu Ende des Mittelalters und die historische Spezialforschung über den Bauernkrieg und seine Vorgeschichte vergleichend heranzuziehen. Indem ich die daraus sich ergebenden Maßstäbe und Fragestellungen an den besonderen Gegenstand herantrug, hoffe ich ihn auch von dieser Seite her in schärfere Beleuchtung gerückt zu haben. Da ich die Anmerkungen nicht mit Literaturangaben überhäufen möchte, begnüge ich mich mit der Feststellung, daß ich den Arbeiten von Friedr. von Bezold, Hermann Haupt, Kurt Kaser, Richard Krebs, Karl Seith, Wilh. Stolze, Heinr. Ulmann und Hermann Wopfner manche Belehrung schulde, und daß ich namentlich der Religions- und Wirtschaftshistoriker, die mir durch gemeinsame Arbeit an der Geschichte der oberrheinischen Lande und persönliche Anregungen nahe gekommen sind, meines Heidelberger Kollegen Hans von Schubert und meiner verstorbenen Lehrer, Eberhard Gothein und Georg von Below, auch an dieser Stelle in Dankbarkeit und Pietät gedenke.

sammenhänge von sachlichem Gewicht. Nur voreingenommene, einseitige Betrachtung könnte sie nach dem gegenwärtigen Stande der Forschung noch in Abrede stellen.

Es unterscheidet die beiden Begebenheiten, daß es im einen Fall über zu früh entdeckte und ziemlich mühelos vereitelte Verschwörungsversuche nicht hinausgekommen ist, während im andern Fall der aufgespeicherte Ingrimm sich unterm Gluthauch allgemeiner, das ganze Volk aufwühlender Zeitereignisse, eben der Reformation Luthers, in furchtbaren Ausbrüchen offen entlud, die man in Strömen von Blut erstickte.

Jedoch in Ursachen, Zielen und Angriffspunkten haben Bundschuh und Bauernkrieg mancherlei gemeinsam. Ihr Widerstand hat sich in beiden Fällen sowohl gegen Landesregierungen, wie gegen kirchliche, städtische und grundherrliche Gewalten gerichtet, je nach Ort und Umständen. Besondere Anlässe zur Unzufriedenheit und Beschwerden der bäuerlichen Bevölkerung lagen hier wie dort vor, und zwar sind sie sowohl auf wirtschaftlichem, wie rechtlichem und sozialem Gebiet zu suchen, in mannigfaltigsten Abtönungen, Stärkegraden und Mischungen. Am einen Ort ist es das, am anderen jenes, was den Bauern quält und von ihm am drückendsten empfunden wird. Aber entsprechend der verwirrenden Vielzahl von Territorien mittlerer, kleiner und kleinster Herrschaften, geistlicher und weltlicher, fürstlicher und städtischer Obrigkeiten, bei der unsagbaren Zerrissenheit der betroffenen Landschaften weisen in jedem einzelnen ihrer Bereiche die vorhandenen, vielfach gemeinsamen Mißstände häufig bestimmte Züge und Besonderheiten auf, die gerade ihm eigentümlich sind und ihn von den Nachbarn abheben. Weder der Bundschuh noch der Bauernkrieg lassen sich auf eine oder auch nur wenige Ursachen zurückführen; es gibt deren vielmehr ein ganzes Bündel. Auch wäre es ein Fehlschluß, wollte man annehmen, daß der Bestand von agrarischen Nöten und Beschwerden, die uns aus der Geschichte des Bundschuhs entgegentreten, gleichbedeutend sei mit der Summe sämtlicher am Oberrhein vorhandener Uebel. Gibt es doch Schäden, deren in diesen Verwickelungen, vielmehr in der immer noch lückenhaften Ueberlieferung, kaum mit einem Wort Erwähnung geschieht. Und anderes wieder ist unserer Erkenntnis überhaupt unzugänglich und verschlossen. Ebensowenig läßt sich von den Beschwerden, gegen die sich der

Bundschuh gewandt hat, behaupten, daß sie im selben Maße in sämtlichen Nachbarterritorien erhoben wurden. Nicht alle Klagen auch, von denen wir wissen, dürften ganz genau der Wirklichkeit entsprochen haben. Jedenfalls: Stoff zur Erbitterung war in diesen Gegenden fast allerorten aufgehäuft. Fiel aber der zündende Funke hinein, so lag es bei den sich überschneidenden Territorialverhältnissen, bei der bunten Gemengelage der einzelnen Herrschaften im Südwesten des Reiches nur zu nahe, daß der Brand von einem Gebiet aufs andere übergriff, ganz abgesehen davon, daß die Erregung des Landvolkes vielfach gleicher oder verwandter Wurzel entstammte.

Es ist ohnehin in der unberechenbaren Natur solcher Unruhen, zum mindesten aber in ihrem Möglichkeitsbereich gegeben, daß sie über die unmittelbar zugrunde liegenden Ursachen und das Verlangen, einzelne Uebelstände örtlicher und landschaftlicher Natur abzuschaffen hinausschießen und sich allgemeineren Zielsetzungen zuwenden. Sowohl Bauernkrieg wie Bundschuh bieten hierfür Beispiele, wenn es auch nicht immer leicht ist, in ihren Absichten das Ursprüngliche vom Hinzugetretenen, ersten Ansatzpunkt und spätere Angriffsfront scharf zu unterscheiden. Daß die tiefsten Beweggründe mit den Mißständen örtlicher und zeitlich vorübergehender Art erschöpft seien, ist auch da nicht anzunehmen, wo die Quellen nur diese nächstliegenden Beschwerden erwähnen. Klagen über pfaffenfeindliche Stimmungen, die von der Geschichte eines ganzen Jahrhunderts genährt sind, machen sich bereits im Bundschuh Luft und die Berufung auf das göttliche Recht klingt vernehmlich an. Unterm Ansturm der Reformation sollten dann freilich beide Motive fortreißendere Gewalt gewinnen, indem sie Beschwerden wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Natur mit ihrer erregenden und beflügelnden Kraft durchdringen. Aber auch davon ist im Bundschuh, wie gesagt, schon einiges zu spüren, ohne daß man ihn geradezu kirchenfeindlicher Gesinnung bezichtigen oder behaupten könnte, daß lediglich in den geistlichen Herrschaften die Mißstände eingenistet gewesen wären.

Hier wie dort wirken überdies allgemeinere Vorgänge auf die Seele der niederen Bevölkerung ein, so insbesondere das Vorbild der Eidgenossen, das sich den Bauern schon durch die räumliche Nähe der Schweiz und zahlreiche, bis in den Alltag hineinreichende unmittelbare Beziehungen aufdrängte. Daß der Blick

der Bauern hier in der Südwestecke des Reiches immer wieder sehnsüchtig und hoffnungsvoll sich hinüberrichtete, ist in den Quellen zur Geschichte des Bundschuhs mehrfach bezeugt. Im gleichen Maße allerdings kannten manche Kreise auch bereits die Besorgnis vor den Schweizern, und gerade deren Waffentaten, ihre rasch gehobene politische Stellung trugen viel dazu bei, daß in Regierenden und Besitzenden Süd- und Mitteldeutschlands die Vorstellung, wie gefährlich die Bauern überhaupt seien, sich verstärkte. Später, zur Zeit des Bauernkrieges, ist gerade in dem Raum zwischen Bodensee und Basel die Atmosphäre geladener als in irgendeinem Teile Deutschlands, wirbeln die verschiedensten Wünsche, Hoffnungen und Absichten hier durcheinander; insbesondere schwingen die religiösen Erregungswellen über die Grenze hin und her. Freilich sollten sich die aufständischen Bauern in ihrer vertrauensseligen Hoffnung auf tatkräftige Hilfe durch die Eidgenossen betrogen sehen, und die förmliche Bitte um Aufnahme in die Eidgenossenschaft, wie sie aus dem Kreise der Waldshuter, der Bauern im Hegau, Schwarzwald und Sundgau geäußert wurde, traf auf keine Gegenliebe. Zwar gärte es auch drüben, und kleinere Haufen evangelisch gesinnter Schweizer aus benachbarten Kantonen stießen auf eigene Faust zu ihnen; auch fanden Flüchtlinge und Verfolgte vom rechten Rheinufer auf eidgenössischem Boden Unterschlupf und Schutz. Aber Wesentliches kam nicht heraus für die Sache der Bauern.

Was nun den Bundschuh und seine Beziehungen zur Schweiz anlangt, so ist zwar daran nicht zu zweifeln, daß einige Fäden hinübergesponnen wurden. Aber die Verbindung war viel dünner als im Bauernkrieg und die Anknüpfungen müssen damals noch recht lose und vereinzelt gewesen sein. Des Genaueren nachweisbar sind sie nicht. Ein greifbarer Erfolg ist vollends nicht festzustellen.

Die Hoffnungen, die man an die Schweiz knüpfte, zerflossen in nichts. Wohl heißt es schon bei der ersten Geheimversammlung der oberelsässischen Bauern, die neugewählten Hauptleute sollten sich an die Eidgenossen wenden und bei Zürich und Bern Beistand zu erlangen suchen. Die Aussicht, daß es gelinge, war von vornherein mehr als ungewiß, und davon, daß ernstlich in dieser Richtung etwas geschehen sei, ist nirgends die Rede. Bei der raschen Entdeckung des Bundes blieb den Mitgliedern gar keine Zeit gegönnt solche Verhandlungen zu führen.

Für die Bauern aber des Bruchsaler Bundschuhs mußte das Vorbild der Schweizer Bauernrepubliken um so mehr etwas Anstachelndes haben, als diese nur wenige Jahre zuvor sich ihre tatsächliche Unabhängigkeit vom Reich erkämpft hatten. Die Befreiten sollten für sie zu Befreiern werden! Aber wenn die Botschaften der Geheimbündler überhaupt an einflußreiche Schweizer Stellen oder an Personen von Gewicht gelangt sein sollten (was keineswegs ausgemacht ist), so brachten die Sendlinge allenfalls ein paar unverbindliche freundliche Worte zurück, aber keine wirkliche Förderung ihres Vorhabens.

Indessen wer weiß, vielleicht war die Kunde von dem günstigen Bescheid, den sie erhalten haben sollen, nur ein absichtlich in Umlauf gesetztes, ermutigendes Gerücht oder ein Gerede, und schließlich verlangt ja wohl das bäuerliche Empfinden, wenn es sich für ein schweres Unterfangen erwärmen soll, daß man starke Farben auftrage! Im übrigen, je weniger durchgedacht, je weniger umsturzerfahren und machtsicher eine Verschwörung ist, desto leichter pflegen ihre Mitglieder von Außenstehenden oder der Fremde her Hilfe zu erwarten. Kurz vor dem breisgauischen Anschlag aber waren in Bern, Luzern und Solothurn ländliche Unruhen ausgebrochen, die Erfolge hatten. Mehr noch als zuvor horchte der Bauer auf. Wie dem auch sei, Hoffnung und Vertrauensseligkeit der guten Leute, die gewiß von den eidgenössischen Zuständen sich übertriebene Vorstellungen machten und sich die Schweiz als eine Art Bauernparadies dachten, waren lediglich als Symptom ihrer eigenen Seelenverfassung bedeutungsvoll. Die Wirklichkeit, d. h. der Ablauf der Begebenheiten selber wurde davon nicht berührt.

Die Art, wie sich das Landvolk innerlich mit den Eidgenossen beschäftigt und jenes Gemeinwesen bäuerlicher Freiheit mit seinen Wunschbildern verknüpft, ohne sich klarzumachen, daß es auch drüben Herren und Knechte gab, fließt zum Teil aber auch aus der brodelnden, allgemeinen Unruhe der Zeit, die mit ihren vielverschlungenen Ursachen den gemeinsamen Hintergrund sowohl für Bundschuh wie Bauernkrieg abgibt. Hier sind Dinge im Spiel, die in den Aufzeichnungen und Akten über die Geheimbündelei in der Rheinebene, in Schwarzwald und Vogesen nicht ausdrücklich namhaft gemacht werden und doch nicht spurlos am Empfinden des gemeinen Mannes vorübergegangen sind. Denn die Gravamina der Nation und die Gebresten des Reichs-

körpers, die zu den öffentlichen Verhandlungsgegenständen jener Tage gehörten, gaben Gesprächsstoffe ab, die gerade in diesem Teile Deutschlands sich mit Bitterkeit durchsetzen mußten, wo man das lähmende Neben- und Gegeneinander so vieler Staatsgewalten und die Schwäche der Reichsspitze anschaulich vor Augen hatte. Das Verschiedenartigste hat hier zusammengewirkt, und wie vieles ist es, was sich in kurzer Zeit zusammenbraut: die jahrelangen, erregenden und zugleich so bitter enttäuschenden Verhandlungen über die Reichsreform, ihre zeitweilige Versumpfung und bruchstückhaften Ergebnisse und das Versagen der Obrigkeit, das sich dabei gezeigt, die nur wenig geminderte Fortdauer von recht- und friedlosen Verhältnissen im Reich, das tiefe Ungenügen darüber und der von so vielen beschrittene Ausweg, nun so gut es eben ging, selber mit den nächsten Genossen sich Recht und Sicherheit zu verschaffen, die Kämpfe des Kaisers gegen das Ausland mit ihrem ganzen Gefolge von Durchzügen, Werbungen, Truppenentlassungen und Streifereien herrenlosen Gesindels, der allgemeine Schrei nach Besserung, nach Erneuerung auf allen möglichen Gebieten angesichts zahlreicher Niedergangserscheinungen, namentlich die Reformbedürftigkeit der kirchlichen Zustände, die Unausgeglichenheit einer bereits erschütterten Seelen- und Weltanschauungslage, die Widersprüche, Umschwünge und Zerrissenheiten der Lebensstimmung, Zuckungen und Krämpfe einer Uebergangszeit, die sich anschickte etwas neues zu gebären — das alles konnte unmittelbar oder rückwirkend nicht ohne Eindruck auf die niederen Stände und auch auf den beharrungszähen, schwerfälligen Bauern bleiben, auf den die Obrigkeit und schärfere Beobachter bereits seit langem mit Sorge blickten. Sie hatten Grund dazu und hätten gut daran getan, nach den tieferen Ursachen zu fragen! Denn es hatte sich seine Lage, soweit man darüber ein allgemeines Urteil wagen kann, im Südwesten fast durchgehends, jedenfalls an vielen Orten in mehr als einer Hinsicht verschlechtert, nicht immer aus reiner Willkür der ihm vorgesetzten Gewalten. Aber was fragt der Betroffene, und zumal der einfache Mann darnach, ob Zwangsläufigkeiten allgemeinerer, staatlicher und wirtschaftlicher Umbildungen an seinem Unglück schuld sind? Sie werden von ihm darum doch nicht minder scharf empfunden: der Arme und Gedrückte trug den Stachel im Herzen, weil es ihm schlecht ging; den Wohlhabenden dagegen mußte gerade das Mißver-

hältnis zu seiner gesellschaftlich tieferen Stellung und rechtlichen Gebundenheit reizen. Kurz, entgegengesetztes fand sich zusammen und wirkte in gleicher Richtung auf den Sinn des Bauern, für den doch nicht grundlos die Bezeichnung des »Armen Mannes« aufgekommen war. Die allgemeine Schärfe der Standesgegensätze und haßerfüllter Vorurteile, die eine Gesellschaftsschicht der anderen entgegenbrachte, war ohnehin nicht dazu angetan, soziale Verärgerung zu mildern. Dazu Teuerungen, Wasserschäden, Hungersnöte, Seuchen und seltsame Himmelserscheinungen, alles Dinge, die in den Massen das Umsichgreifen düsterer, aufregender, schreckhafter Stimmungen förderten, ferner die zahlreichen Prophezeihungen der Jahrhundertwende von Weltuntergang und Sintflut [1]). In einem Wort: unendlich viel stürmt von den verschiedensten Seiten her aufs Gemüt des gemeinen Mannes ein, um ihn mit dem Gedanken großer, unmittelbar bevorstehender politischer Umwälzungen vertraut zu machen. Wenn aber schon die Zeitumgebung so vielerlei enthielt, was den inneren Aufruhr der Brust steigerte statt beschwichtigte, so ist es kein Wunder, daß unterm Antrieb besonderer Verhältnisse, die das bäuerliche Leben überschatteten, der Entschluß, selber Abhilfe und Besserung für seine Leiden zu schaffen unterm Landvolk Gestalt gewann und Wirklichkeit wurde.

Es sind im ganzen v i e r Bauernverschwörungen, die nacheinander in Abständen von ein paar Jahren in mehreren Landschaften des Oberrheins im Zeichen des Bundschuhs ins Werk gesetzt werden. Der mißlungene Auflehnungsversuch des Gugelbastian in der Gegend von Bühl (1514) gehört zwar als Glied einer historischen Kette und nach seinen Ursachen mit jenen zusammen in die Vorgeschichte des großen Bauernkrieges, ist aber mehr als Ausläufer oder Nachahmung des württembergischen Armen Konrad anzusehen, der von dort herüber auf die Stimmung wirkte; er blieb im übrigen nur das verhältnismäßig harmlose, unbedachte, lärmende Zwischenspiel einiger erregter Junitage, dem ein Ende mit Schrecken folgte.

[1]) Auf diese seelische Stimmung der Uebergangszeit um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert werde ich in einem im Entstehen begriffenen größeren Werke über die deutsche Kultur zu Ende des Mittelalters und ihre Krisenerscheinungen des näheren eingehen. Vorliegender Aufsatz ist eine Vorstudie zu diesem Buch.

Die erste Bewegung setzt ein im Oberelsaß bei Schlettstadt, noch im 15. Jahrhundert (1493); der zweite Bundschuh, der von Bruchsal (1502), fällt bereits in den Beginn des 16. Jahrhunderts; der gleiche Führer bringt ihn elf Jahre darauf (1513) im Breisgau zum Wiederaufleben; und in dem Sommer, der Luthers Thesenanschlag vorangeht (1517), hat sich abermals ein Geheimbund auf beiden Seiten des Rheins in zahlreichen Ortschaften, von den Höhen des Schwarzwaldes bis zum Wasgenwald hinüber eingenistet.

Wiewohl eine Reihe von Mißständen in jedem dieser Einzelfälle zur Sprache kommt und allen Beschwerden und Aufstandsversuchen gemeinsam zugrunde liegt, sind doch die eigentlichen Ausgangspunkte stets verschieden, und in jeder Landschaft waren bestimmte Ursachen vorhanden, die besonders aufreizend auf die Gemüter wirkten. Aber alsbald sieht man, wie Wünsche und Forderungen allgemeinerer Art eindringen, wenn auch offenbar nicht im gleichen Grade und bisweilen in wenig greifbarer Form. Durchweg zeigten diese Erhebungsversuche, die von bäuerlichen Nöten ausgingen, eine Neigung, über den örtlichen und nächsten landschaftlichen Umkreis hinauszuwachsen. Die Bauern im Brurain suchten mit den Pfälzern und Badenern Fühlung; im Breisgauer Bundschuh waren auch Leute aus den Herrschaften Badenweiler und Hochberg dabei. Vor allem war unverkennbar ein bewußtes Streben vorhanden, die städtische Bevölkerung in die Empörung hineinziehen, zuerst in Schlettstadt, dann Bruchsal und zuletzt Freiburg und Breisach. Das ist so gut wie gar nicht gelungen, oder zum mindesten, wenn überhaupt je die Aussicht bestand, sich bestimmte Schichten oder verärgerte Gruppen zu verbinden, ganz in den Anfängen stecken geblieben.

Das Bäuerliche überwiegt durchaus in Ausgangspunkt, Führertum, Ziel und, man kann sagen in der ganzen Art des Vorhabens und seiner Ausführung, die bei aller Heimlichkeit und manchem verschmitzten Einzelzug doch etwas Unbeholfenes hat. Es handelt sich, wie Verhöre, Aussagen und Verhalten der Eingeweihten erkennen lassen, bei ihnen zumeist um einfache, ungefüge Menschen sehr ursprünglicher Art, naturgebunden und im engsten Kreise wurzelnd, Leute von dumpfer, aber starker Empfindung für ihre Beschwernisse, der eigenen Kraft und Leidenschaft, die in ihrem Schlage steckte, nur dunkel

bewußt, gewiß in den seltensten Fällen fähig, Tragweite und Auswirkung ihrer Pläne sachlich und nüchtern bis zum letzten sich vorzustellen, die einen auch als Aufrührer zahm und voll ängstlicher Scheu vor der Obrigkeit, manche von vornherein beklommen, unsicher, und mehr mitgezogen als freudig mitmachend, andere erbittert oder tollpatschig zum Drauflosgehen bereit und entschlossen, die Herren gleichviel ob Adel oder Ehrbarkeit, totzuschlagen und ihnen den roten Hahn aufs Dach zu setzen. Es sind, soweit nicht ein paar Handwerker und namentlich in der spätesten dieser Verschwörungen Landsknechte und fahrendes Volk daran beteiligt sind, richtige deutsche Bauern mit allen Zeichen der Bodenständigkeit und volkhafter Echtheit in Wort, Gebärden und Handlung. Man sieht sie bei ihren geheimen Werbungen, wie einer sich an den anderen heranmacht, da während der Arbeit auf dem Acker, dort bei einer zufälligen Begegnung im Walde; oder wie man ein andermal im Wirtshaus oder beim Besuch der Kirchweih es sich zuraunt. Denn bei sämtlichen Bundschuhbewegungen ist man in dieser gleichen Weise, zuletzt erst mit einem Anlauf zu planmäßiger Steigerung vorgegangen: wer ins Vertrauen gezogen war, wurde selber zum Werber. Ein sehr simples Verfahren also, wie es dem Denken ursprünglicher, ungelenker, primitiver Menschen entspricht! Die ersten Zusammenkünfte der Eingeweihten finden draußen im Freien an einsamen Orten statt, beim elsässischen Bundschuh auf dem wilden Gipfel des Ungersberg, wo weit und breit kein Lauscher zu befürchten war; die Bauern von Lehen im Breisgau treffen sich in der Dämmerung, nachdem die Betglocke geläutet, auf einem vom Dorfe abgelegenen Feld, der Hartmatte nah einem Waldstück. Nicht viel Umstände, kein kunstvoller Formelkram, keine verwickelten Satzungen und ausgeklügelten Gebräuche, wie sie für Geheimbünde anderer höherer Gesellschaftsschichten von abgestufteren Kulturverhältnissen und verstandesmäßigeren Denkmitteln bezeichnend sind! Man hört die Menschen reden in ihrer bäuerlichen Sprache, in der wortkargen, kernigen Ausdrucksweise des gemeinen Mannes und wird inne, wie ihr ganzes Vorstellungsleben im Gegenständlichen, Bildhaften und Sinnfälligen west. Daher auch die geheimnisvoll drohende und beschwörende Kraft des Erkennungs- und Losungswortes, das von Mund zu Munde läuft, Gelöbnisse und symbolische Handlungen, aber solche ganz schlichter Art, wie das Volk sie liebt. So wenn man bei der zweiten Versamm-

lung auf dem Ungersberg, als der Bund schon verraten und im Zerbröckeln war, diejenigen, die treu bleiben wollten, unter einem Spieße durchlaufen ließ. Mit dem Sinn fürs Volkstümliche traf verschmitzte Ueberlegung zusammen, wenn bei der breisgauischen Sache die Bienger Kirmes als Probemobilmachung gedacht war! Hier bei der Kirchweih, wo viele Menschen scheinbar harmlos sich einfinden konnten, wo Tanz und Fändelschwenken nichts auffallendes war, wollte man im Ueberschwang des Festtrubels auch das Banner mit dem Bundschuh aufflattern lassen, als ob es ohne böswillige Absicht in ausgelassener Laune geschehe; dann sollte die Wirkung auf die Anwesenden beobachtet und gegebenfalls losgeschlagen werden. Geradezu ergreifend aber ist es, zu sehen, wie auch über Leiden und Empörung des Volkes sein Christenglaube und seine Erlösungszuflucht aufgerichtet blieb; die Beschaffenheit der Bundschuhfahne und gewisser religiöser Gebräuche beim Eintritt in die Bruchsaler Verschwörung beweisen es. Während man im Elsaß die Mitglieder eidlich verpflichtete, das Geheimnis zu hüten, hatte hier der Neuling bei der Aufnahme in den Bund fünfmal das Vaterunser und das Ave Maria zu beten. So drückte man volkstümlich und zugleich feierlich aus, daß man sich zu gottgewolltem Werke anschicke, indem man es mit frommer Weihe umkleidete. Mittelalterliche Menschen sind es, die sich zusammentun, und Bauern: Natur, Gott und ihre Heiligen sind um sie auch in Aufruhr und Verbrechen!

Sämtliche Verschwörungen des Bundschuh haben an einem Beisatz von Selbsttäuschung, Ueberschätzung der eigenen Aussichten, an einer Verkennung des in der breiten Bevölkerung lebenden Bedürfnisses nach Beharren, Ruhe und Ordnung gelitten. Namentlich von den Städten dürften sich die Anführer zu viel versprochen haben; denn trotz einiger Ansatzpunkte unter den Unzufriedenen war doch nur ein sehr geringer Teil der Bürgerschaft revolutionsreif, und sicherlich eine verschwindend kleine Zahl wirklich tatbereit.

Die Vorbereitungen selbst waren, wofür gleichfalls Anzeichen vorliegen, nicht so bis ins letzte durchdacht, daß ihnen ein Erfolg sicher war und überraschende unliebsame Wendungen abgeschwächt oder in Vorteile gewandelt werden konnten. Schließlich waren doch auch die Machtmittel, trotz der im Geheimnis befindlichen Reisläufer und herrenlosen Landsknechte, recht begrenzter Art. Die Frage der Bewaffnung, von der in den Verhören

und den aufgelaufenen Akten der Behörden gar keine Rede ist, hat man offenbar viel zu leicht genommen; doppelt bedenklich, da die Obrigkeiten ganz anders gerüstet waren. Immer wieder glaubt man zu bemerken, daß der Anführer und seine nächsten Vertrauten sich zu sehr auf die fortreißende Kraft der Bewegung verließen, sowie sie einmal zum offenen Ausbruch gekommen sein würde. Aber eben zu dieser entscheidenden Probe ihrer Volkstümlichkeit und ihrer als selbstverständlich vorausgesetzten Wirkung kam es weder im Elsaß, noch im Brurain, im Breisgau und der Schwarzwaldbewegung. So wenig das Ganze bloß eine unüberlegte Spielerei oder Putscherei war, da doch die Teilnehmer wußten, daß es um Kopf und Kragen gehe, so haften unzweifelhaft doch all diesen Aufruhrversuchen einige auffallende Schwächen an, die zum Teil wohl in der bäuerlich-naiven Gläubigkeit des gemeinen Mannes an seine gute Sache, zum Teil auch in mangelnder Kenntnis sämtlicher in Betracht kommenden Tatsachen und Möglichkeiten begründet sein mag. Diese Menschen waren keineswegs ohne Wirklichkeitssinn; aber er reichte, so muß man annehmen, über einen gewissen ländlichen Erfahrungsausschnitt und Vorstellungskreis nicht hinaus.

Jedesmal zeigt es sich dann weiter, daß das Geheimnis, die Stärke und Schwäche solcher Anschläge, nicht gewahrt wurde.

Mit einem unsichtbaren Band grenzte es den Mitwisserkreis gegen die Umwelt ab; aber es barg vom ersten Augenblick an auch die Versuchung, ihn durch Preisgabe der Verschwiegenheit zu sprengen, und die Gefahr war in diesem Fall doppelt groß, weil bei diesen einfachen Menschen, soweit sie sich in ihrer bäuerlichen Umgebung ergingen, Denken und Sprechen so nahe beieinander lagen und fast eins waren. Keinem der Beteiligten wurde bei seinem Eintritt eine Probe auf seine Vertrauenswürdigkeit zugemutet, niemand in die Schule des Schweigens genommen, das in Bünden von feinerem und umständlicherem Aufbau planmäßig gelehrt und vorsichtig anerzogen wird. Man hört nicht einmal etwas von Strafandrohung oder Rache im Falle eines Treubruchs. Man verließ sich auf das schlichte, feierliche Mittel des Eides oder die bindende Kraft der Gebetshandlung beim Eintritt.

Einer aber zum mindesten war stets dabei, der, aus welchen Beweggründen immer, zum Verräter wurde. In sämtlichen vier Fällen wurde das Unternehmen vorzeitig entdeckt, so daß es über-

haupt nicht zum Ausbruch kam, sondern, noch bevor die letzten Vorbereitungen getroffen waren, erstickt wurde. Die Genossen wurden auseinandergesprengt und, soweit man ihrer habhaft werden konnte, aufs strengste bestraft. Zum Teil hatte man bei Gewinnung von Vertrauensleuten wohl von vornherein nicht das nötige Maß von Vorsicht beobachtet. Ueberstürzungen kamen vor. Aber selbst, wenn hierin keine Fahrlässigkeit unterlaufen wäre, mußte man doch damit rechnen, daß der Schleier bei der leisesten unvorhergesehenen Berührung von außen reißen konnte.

Die Aufdeckung des oberelsässischen Bundschuhs erfolgte anscheinend, weil einzelne Personen unvorsichtige Aeußerungen taten und Umworbene, nachdem sie den Beitritt verweigert hatten, die Sache den Behörden hinterbrachten. Die Bruchsaler Verschwörung kam an den Tag, weil sie von einem entlassenen badischen Soldaten verraten wurde und ein Odenheimer Bürger, dem ein Bauer aus Neudorf die wichtigsten Geheimnisse ausgeplaudert hatte, gleichfalls Meldung erstattete. Der Geheimbund im Breisgau wurde von einem Bauern, den ein paar Hitzköpfe unter Anwendung von Gewalt hatten hineinzwingen wollen, seinem Priester geoffenbart, der es dem Magister Johann Cäsar, einem Professor der Universität anvertraute. Auf diesem Umweg gelangte die Nachricht schließlich an den Freiburger Stadtrat. Das war schon die zweite Warnung: denn ein Anstreicher namens Theodosion, der um die Anfertigung eines Bundschuhfähnleins gebeten worden war, hatte in seiner Angst dies Ansinnen bereits gemeldet. Die näheren Anhaltspunkte zur Verfolgung lieferte freilich erst die Anzeige, die ein mitverschworener Bauer beim Markgrafen Philipp von Baden auf Schloß Rötteln anbrachte. Dieser Mann hatte sich eines Totschlags schuldig gemacht und enthüllte nun den ganzen Plan in der Hoffnung, dadurch der Strafe zu entgehen, die für jenes andere Verbrechen über seinem Haupte schwebte. Die letzte, weit größere Bewegung kam auf folgende Weise ans Licht: einer der bäuerlichen Teilnehmer, der mit einigen Eingeweihten zusammen in Freiburg Feuersbrünste anlegen sollte, wie es auch in anderen Städten für die entscheidenden Tage vorgesehen war, um den Anschlag in der allgemeinen Verwirrung desto leichter zum Ziele zu führen, hatte Angst bekommen und sich seinem Pfarrer eröffnet. Der erschrak und gab der Obrigkeit Kenntnis von dem, was im Werke

war. Indessen fiel es zunächst schwer, Schuldige zu fassen, und erst durch einen Glücksfall, die Verhaftung des Michel von Dinkelsbühl, eines Kerls, der schon am württembergischen Aufstand des Armen Konrad beteiligt war und als Gaukler mit einer Art Wünschelrute, die man Lotterholz nannte, das Land durchzog, gelang es, den Geheimplan bis in kleinste Einzelheiten kennenzulernen, da dieser Bundschuher auch ohne Folterung ausführliche Geständnisse ablegte.

So spielten den Verschworenen überall Zufälle, menschliche Schwächen und Gewissensängste im eigenen Lager einen Streich, und trotz aller Mühe, die von den Bündlern hineingesteckt war, zeigte sich alsbald, daß ihre Sache auf schwachen Füßen stand. Denn nirgends haben die anfangs überraschten, dann durch die Wiederholung des Vorgangs argwöhnischer, aber nicht gerade scharfsichtiger gewordenen Behörden der Fürsten, Bischöfe und Städte, trotz ihrer Schwerfälligkeit, der Umständlichkeit des Nachrichtenaustausches, des Gerichts- und Auslieferungsverfahrens, und obwohl sich alsbald eine Wolke von Aktenstaub und Zuständigkeitsfragen über der bösen Sache erhob, Mühe gehabt, ihrer Herr zu werden. Wenn dieser Ausdruck überhaupt am Platze ist, da ja doch nach der Entlarvung die geheimen Machenschaften stets wie dünne Nebelschleier zerrissen und hinschwanden! Einer Zahl von Leuten glückte es zwar allemal noch zu entkommen, und im gelinden Fall kamen einige der Bauern als verführte Toren glimpflich oder gar straflos weg. Andere aber, die man als Hochverräter und Volksaufwiegler aburteilte, traf die blutige Schärfe des Gesetzes. Soweit die Quellen noch genaueren Aufschluß darüber geben, endete jede Verschwörung mit der Hinrichtung einiger Rädelsführer, die enthauptet, gehenkt und gevierteilt wurden. Jedesmal wurde eine gewisse Anzahl zum Abhacken der Schwurfinger verurteilt und des Landes verwiesen, andere als Mitwisser an Geld und Gut gebüßt.

Die Landflüchtigen aber, die Verbannten und Verstümmelten, trieben nun im Strom der Entwurzelten und lichtscheuen Zünfte mit dahin, von denen die Straßen und Märkte des spätmittelalterlichen Deutschland überflutet sind. Man braucht sich ihre Empfindungen nicht ausmalen: als Stütze der Ordnung und des Friedens wirkten sie schwerlich in dieser unruhvollen Zeit. Wie mancher unter ihnen mag nur auf Stunde und Gelegenheit gewartet haben, um der Obrigkeit wieder aufsässig zu werden;

und mehr als einer der in der Heimat Verbliebenen, auch die Verwandten der Verurteilten mochten, wenn sie über das Geschehene nachgrübelten und feststellten, daß sich in der bäuerlichen Lage und den Beschwernissen, die man hatte beseitigen wollen, schlechterdings nichts geändert hatte, der Hoffnung nachhängen, daß eines Tages doch die Stunde des gemeinen Mannes, seiner Befreiung und seiner Rache kommen werde.

Denn dies nun ist eine entscheidende Tatsache, die einen klaren inneren Zusammenhang zwischen dem großen Bauernkrieg und seinen Vorspielen, eben den Umsturzversuchen des Bundschuh erschließt: keine einzige der geistlichen und weltlichen Herrschaften, in denen sie sich abspielten, hat daraus gelernt und etwas getan, die Uebelstände abzustellen und dem Bauernstand Erleichterung zu schaffen. Nicht einmal zu wirklichen Ansätzen ist es gekommen. Sie alle waren tief beunruhigt, und namentlich der nervöse Eifer der Ratsobrigkeiten läßt ihre Angst, aber auch die Kluft des Empfindens erkennen, die das Bürgertum vom Bauern trennte. Jeder Entdeckung folgten alsbald Sicherheits- und Vorkehrungsmaßnahmen gegen die Wiederkehr solcher Umtriebe: Streifen nach verdächtigem Gesindel auf den Straßen und das Abschieben entlassener Landsknechte und jüngerer Bettler, Einführung strengerer Polizeistunden in den Wirtshäusern und Verbote Getränke zu verabfolgen, Einschreiten gegen Würfel und Kartenspiel. Aber war davon mehr zu erwarten als eine Glättung der Oberfläche, solange die Uebel unverrückt weiterbestanden? Die Obrigkeiten hatten wohl den Mut der Unterdrückung, aber nicht den der Selbsteinkehr und zeigten keinen Willen zur Besserung oder Linderung der Verhältnisse. Kein Wunder, daß die bäuerlichen Bestrebungen zur Selbsthilfe nicht abrissen, vielmehr immer wieder emporflackerten. Ja, man kann es einigermaßen verfolgen, wie die Unruhe im Laufe der Jahre steigt, wie spätere Bundschuhversuche, zum mindesten der zweite und vierte dem äußeren Umfang, der Teilnehmerzahl wie der landschaftlichen Ausdehnung nach über den ersten Anlauf vom Oberelsaß hinauswachsen, und wie sie zugleich an Planmäßigkeit der Vorbereitung, an Heftigkeit des Wollens und der letzten Ziele, an Haß gegen die regierenden Gewalten zunehmen.

Es ist kein Zufall, daß der Ursprung der Bewegung in einem Schicksalslande deutscher Geschichte liegt. Als solches lebt das

Elsaß vielfach schon um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert im Bewußtsein der Zeitgenossen [2]). Politisch gesehen, boten rechtes und linkes Rheinufer ein ähnliches Bild: Zwischen Basel und Weißenburg lagen die kleineren Herrschaften in buntem Gemenge durcheinander, keine so stark, daß sie dem Untertanen in den Fährlichkeiten der Zeit unbedingt hätte Schutz gewähren können. Gerade hier im Südwesten des Reiches, an der Grenze eines mächtig aufstrebenden Nachbarreichs, machte sich der Mangel einer straffen, einheitlichen Staatsgewalt empfindlich bemerkbar und der Gedanke der Selbsthilfe, der ohnehin in dem recht- und friedlosen Deutschland jener Tage den Körperschaften wie dem einzelnen nahe lag, drängte sich um so leichter dem gemeinen Manne auf, als der Bauer in der Gegend zwischen Schlettstadt und Straßburg allerhand Klagen auf dem Herzen hatte. Hauptsächlich richteten sie sich gegen die Mißbräuche, die sich im Gerichtswesen eingenistet hatten, vor allem gegen die Verschleppung der Rechtssachen vor das geistliche Gericht in Straßburg und das Kaiserliche Hofgericht in Rottweil, während die örtlichen Gerichte, bei denen der Bauer auf mehr Verständnis für seine oft verzweifelte Lage hätte rechnen können, umgangen wurden. Seine Gläubiger bedienten sich jener anderen Stellen, die mit sehr viel Zeitverlust und Kostenaufwand arbeiteten. Daß sie überdies voreingenommen und der Bestechung zugänglich waren und die Bauern mit endlosen Plackereien kleinzukriegen suchten, ist quellenmäßig erwiesen. Angesichts dieser besonderen Verhältnisse fand auch der Pfaffenhaß, der infolge der kirchlichen Niedergangserscheinungen der breiten Bevölkerung längst nicht mehr fremd war, neue Nahrung, und ebenso der Haß gegen die Juden, der schon einmal vor mehr als einem halben Jahrhundert in der Gegend von Worms zu bedenklichen Unruhen geführt hatte. Daß sie, wie aus manchen anderen Reichsstädten, so auch aus denen des Elsaß vertrieben wurden, fiel rückwirkend wiederum auf den Bauern zurück, der überhaupt in den damaligen Zeitläuften so leicht auch in anderer Hinsicht zum Prügelknaben der sich wandelnden Entwicklungstatsachen wurde. Denn gegen ihn wandten nun die Geldverleiher jenes schonungslos gehandhabte Gerichtsverfahren an.

[2]) Vergleiche dazu neuerdings Emil von Borries, Wimpfeling und Murner im Kampf um die ältere Geschichte des Elsasses. Ein Beitrag zur Charakteristik des deutschen Frühhumanismus. (C. Winter, Heidelberg 1926), herausgegeben in den Schriften des Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich.

In den Beschwerden gegen die Mißbräuche im Gerichtswesen und gegen die Juden lagen die eigentlichen Wurzeln des elsässischen Bundschuhs. Wenn außerdem aber die Forderung erhoben wurde, daß man die Kleriker auf eine einzige Pfründe beschränken müsse, weil ihr Einkommen zu ungleich verteilt und auf einzelne zu viel Einnahmen gehäuft seien, wenn des weiteren schon gleich auf dem Ungersberg der Vorschlag einer Steuerreform gemacht wurde, so griff man über den örtlichen Rahmen bereits hinaus. Umfassende Fragen des öffentlichen Lebens waren damit aufgeworfen, und es zeigten sich darin allgemeinere, weitergehende Neigungen, wie sie bei allen folgenden Bauernverschwörungen am Oberrhein sich bemerkbar machen.

Den Anstoß dazu, daß sich die Unzufriedenen in den Dörfern zu gemeinsamem Vorgehen zusammenfanden, scheint Jakob Hanser, der Schultheiß von Blienschweiler, gegeben zu haben, der übrigens nach der Entdeckung spurlos verschwand. Indessen war er nicht der eigentliche Hauptführer.

Leiter und Mittelpunkt des oberelsässischen Geheimbundes, der durch diese Persönlichkeit eine eigenartige Färbung gewann, wurde Hans Ulmann aus Schlettstadt, der sich von seiner Vaterstadt verstoßen fühlte und Rückhalt beim Landvolk suchte. Mit einer Gruppe von Anhängern und Unzufriedenen, deren Zahl er überschätzt haben wird, trachtete er innerhalb seiner Stadt durch den bäuerlichen Aufstand wieder hochzukommen, während er diesem einen festen Stützpunkt sichern wollte. Metzger von Beruf, soldatisch erfahren und erprobt, wurde der gestürzte Ratsherr und ehemalige Bürgermeister, der jahrelang die höchsten Würden der städtischen Verwaltung bekleidet hatte, aus gekränktem Ehrgeiz zum Bauernaufwiegler und Staatsverbesserer: ein rücksichtsloser, herrischer Mensch, der wieder ans Ruder wollte, nicht ohne Spielereigenschaften und einen Zug zum Abenteuerlichen. Die Rechnung, die er anstellte, hatte denn auch ihre Fehler und die Niederlage war da, ehe noch der Kampf begonnen hatte. Wenige Tage nach jener grundlegenden Versammlung auf dem Ungersberg war das Vorhaben schon entdeckt und es bleibt fraglich, ob es in d e m Maße, auf das man rechnete, weitere Anhängerschaft gefunden hätte. Im Augenblick der Entlarvung dürfte die Teilnehmerschaft sich auf nicht viel mehr als hundert Personen belaufen haben; noch steckte man ganz in den Anfängen. Ulmanns Haupt fiel zu Basel unterm Richtschwert, ohne daß sein geplanter

Handstreich auch nur die erste Probe auf die Durchführbarkeit des Unternehmens hätte bestehen können.

Weiter vorgeschritten in der Vorbereitung, stärker an Gefährtenzahl, räumlich ausgedehnter war der Bruchsaler Bundschuh. Er zog sich übrigens in den Wochen zusammen, als der französische Kardinal Raimund Peraudi von Speyer aus, wie auch anderwärts am Oberrhein, seine Predigten und Werbungen zugunsten des großen päpstlichen Jubelablasses veranstaltete und ansehnliche Summen aus der Bevölkerung herausholte. Ein Zeichen, daß es nicht an religiösem Sinn und Opferwilligkeit fehlte! Die waren freilich nicht gleichbedeutend mit allgemeiner Anerkennung aller kirchlichen Zustände und Einrichtungen. Denn es meldete sich im Gebiete von Bruchsal, das zum Bistum Speyer gehörte, sogar scharfer Groll gegen die Geistlichkeit zu Wort, deren sittliche Verfassung, wie wir aus anderen Quellen wissen, dortzulande nicht die beste war. Wie unter den elsässischen Bauern, so lief auch in diesem Verschworenenkreise die Ansicht um, es seien der Priester zu viele, die Pfründenbesitzer und Klöster zu wohlhabend. Weit verbreitet war ja in oberen und unteren Schichten der Nation die Meinung, daß ein Stand, der seinen Arbeitspflichten nicht mehr voll genüge, sein Brot nicht mit Fug und Recht esse, geschweige denn vor anderen Bevorzugungen und Privilegien genießen dürfe. Aber man ging über diese Erkenntnis hinaus und überlegte bereits, wie man sie in die Tat umsetzen könne. Sowohl die Aufzeichnungen des Abtes Trithemius wie Zeugnisse aus dem Kreise der Verschworenen selbst lassen erkennen, daß den Bruchsaler Bauern schon eine Einziehung und Verteilung von Kirchengut vorschwebte, und daß das Stichwort der Säkularisation, das in der Reformation so oft fallen sollte, ihren Gedanken und Wünschen nicht mehr fern lag. Sie fragten sich auch — und das erinnert bereits an die Aufkündigung und Sperrung der Leistungen, zu denen dann im Bauernkrieg die Aufständischen griffen: Warum nicht Einschränkungen und Abgaben ganz loswerden? So zum Beispiel die mittelbaren und unmittelbaren Steuern, die auf Besitz und Verbrauch lasteten, vor allem das lästige Ungelt, das gerade die Unbemittelten traf, während von ihm und anderen Abgaben der Klerus bis auf geringfügige Ausnahmen befreit war; übrigens wurde auch die besitzende Schicht der Stadt Bruchsal durch das

Ungelt eher geschont als belastet. Dabei erwies sich seine Einführung als verfehlt, da es die Kassen doch nicht füllte, und so wurde es bald nach der Entdeckung des Bundschuhs auch wieder abgeschafft; soviel man sieht, die einzige Zurücknahme bekämpfter Einrichtungen im Bruchsaler Gebiet.

Aus Pfaffenhaß ist in dieser Gegend der Bundschuh geboren, wie schon die Parole verrät: »Gott grüß dich, Gesell, was ist nun für ein Wesen?« Antwort: »Wir mögen von den Pfaffen nit genesen!« Diese Abneigung war nicht kirchenfeindlichen oder religiösen Ursprungs, wiewohl der Widerspruch zwischen der persönlichen Haltung mancher Kleriker und den hohen Aufgaben ihres Amtes sicher dem frommen Empfinden anstößig war. Sie entsprang sozialer Verstimmung und war zudem politischer Natur. Der Haß ergab sich ohne weiteres daraus, daß die Obrigkeit, gegen die man sich auflehnte, keine weltliche, sondern eben eine geistliche war. Um so begreiflicher, daß sich der vorhandene Unwille erst in zweiter Linie gegen die Adelsherrschaft richtete, vornehmlich aber gegen das durch Bischof und Domkapitel verkörperte Landesregiment, das sich durch die Handhabung der Verwaltung mißliebig machte. Nicht daß es ihr unter dem zur Zeit regierenden Bischof Ludwig aus dem Geschlechte der Helmstädt gänzlich an Zügen des Wohlwollens gefehlt hätte. Aber fühlbarer und entscheidender wurde all das, was man gegen ihn auf dem Herzen hatte. Im vergeblichen Kampf gegen seine Verschuldung geriet der geistliche Herr in immer stärkere Geldnot. Desto mehr verdroß es die Leute, daß er trotzdem neue Güter und Schlösser ankaufte und sich kostspielige Bauten leistete. Wie in anderen Staaten schöpfte das aufstrebende Territorialfürstentum, um seine Aufgaben erfüllen zu können, auch im Bistum Speyer die Einnahmequellen der Landesverwaltung bis auf den Grund aus. Dabei überspannte das Beamtentum, das mitunter auch willkürlich verfuhr und nicht immer einwandfrei war, mehrfach Ziele und Mittel und es kam zu Maßnahmen, die in der bäuerlichen Bevölkerung böses Blut machen mußten. Im Bedürfnis, so viel herauszuholen, als man angesichts der Not und Verschuldung des Landes brauchte, entschlug man sich der notwendigsten Rücksicht: den obrigkeitlichen Anordnungen haftet Kleinlichkeit und Härte an. Es war doch ein sehr empfindlicher Eingriff, wenn zum Beispiel der Bischof zur Schonung seines Weidelandes eine Herabsetzung des bäuerlichen Viehbestandes

anordnete. Ein unverständiger Befehl, der tief ins Leben des einzelnen Bauernhofes einschneiden mußte! Gerade die aufstrebenden Familien, zumal solche, die einer größeren Kinderschar gesicherten Besitz und einträglichen Viehstand vermachen wollten, sahen sich durch eine solche Anordnung in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und in ihrer Arbeitsfreude entmutigt. Wie konnte man den Wohlstand braver Leute künstlich klein halten wollen, nur um dem Landesherrn fettere Erträge zu sichern! Im Bauerntum war die Erinnerung an jene altgermanischen Zustände noch nicht völlig erloschen, wo Holz und Wild des Waldes, die Fische im Wasser und das Gras auf der Weide Eigentum der Volksgemeinde waren. Wenn in dem benachbarten Ländchen Markgraf Christophs [3]), damit der Bauer der Haardtdörfer seinen Anteil an Brennholz erhalte, ein vierfacher Instanzenzug und zwei Anweisungen des Hofmeisters in Baden vorgeschrieben waren, so war diese papierne Verordnungswut lästig, aber schwerlich durchführbar und wirksam. Das aufkommende fürstliche Beamtentum verdroß den gemeinen Mann hier wie anderwärts durch Schreiberweisheit und Bevormundung, wollte ihm aber doch nicht eigentlich die Nutzung von Wald und Weide entwinden, wozu man in anderen Landes- und Grundherrschaften auf dem Wege war. In Bruchsal gingen die Behörden weiter als im Nachbarterritorium. Hier erregten die neuerdings erfolgten bischöflichen Einschränkungen des Weiderechts und des Anspruchs auf Bau- und Brennholz viel Unmut. Dies um so mehr, als die einschlägigen Verordnungen den fiskalischen und herrschaftlichen Standpunkt in verletzendster Weise hervorkehrten. Die bischöfliche Verwaltung hatte Gebote und Androhungen in solcher Zahl erlassen, daß der ohnehin belastete Untertan sich vorkommen mußte, als sei er von Netzen und Fallen umstellt. Bei jedem Schritt und Tritt stieß er an, und fiel es schon schwer, sich in der Menge von obrigkeitlichen Anweisungen zurechtzufinden, so erschien es schier unmöglich, ihnen allen gewissenhaft nachzukommen. Die Beamten aber durften keine Nachsicht walten lassen; störend griff eine überspannte staatliche Aufsicht mit

[3]) Vergleiche darüber Eberhard Gothein, Die Lage des Bauernstandes am Ende des Mittelalters, vornehmlich in Südwestdeutschland. Westdeutsche Zeitschr. f. Gesch. u. Kunst. Band IV (1885), S. 11. Ueber »die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert« siehe gleichfalls E. Gothein, Neujahrsblatt der Bad. Histor. Kommission 1910, ein Kabinettsstück territorialer Geschichtsschreibung.

ihren lästigen Bestimmungen in die Freiheit des Einzelnen und das Leben der Familie ein.

Es milderte gewiß nicht die Bitterkeit, als während der großen Teuerung, die um diese Zeit (1501) das südwestliche Deutschland heimsuchte, einlaufende Hilfsgesuche der Ortschaften um Stundung und Erlaß der Abgaben, um Korn- und Geldanleihen geringes Entgegenkommen von seiten des Domkapitels und bestenfalls eine kaufmännische, rein verwaltungsmäßige Behandlung erfuhren.

So entwickelte sich aus all dem aufgespeicherten Ingrimm der Entschluß, der Obrigkeit mit Gewalt zu begegnen. In dieser Stimmung wurde es entscheidend, daß ein Mann aufstand, der befähigt war, die Führung zu übernehmen.

Joß Fritz aus Untergrombach mochte damals in den Dreißig stehen; anscheinend war er kein entwurzelter Habenichts, sondern gehörte zu den eingesessenen Bauern. Ein verschlagener Mensch, mit Land und Leuten wohl vertraut, geschickt in ihrer Behandlung und in der Kunst der Ueberredung, so daß seine Gegner glaubten, der Teufel spreche aus ihm. In der Tat, ein dämonischer Mann von gefährlicher Wirkung, bewundernswürdig im Festhalten des einmal gesteckten Zieles, nicht abzubringen von seinem Wege, weder durch Hindernisse noch Verfolgungen, kaltblütig und nie verzagt, auch wenn die anderen meinten, nun sei es aus. Dabei ging es immer um seinen Kopf. In allen Anschlägen, bei denen er beteiligt war, wiederholt sich das gleiche Schauspiel: Die Häscher ihm auf den Fersen, er dreist und verwegen bis zur Waghalsigkeit, und immer glücklich im Entrinnen. Alle seine Unternehmungen sind gescheitert, aber kein Fehlschlag hat seine Zuversicht gebrochen! Eher mögen dadurch die gewalttätigen und wilden Instinkte seiner Natur um so heftiger hervorgelockt und aufgepeitscht worden sein. Ein Mann solchen Schlages war mehr als nur bauernschlau und zäh über alle Maßen. Er muß imstande gewesen sein, über seinen nächsten Umkreis hinauszublicken und seine Pläne auf weitere Ueberlegungen und Zusammenhänge zu gründen, wiewohl ihm dabei auch Rechenfehler unterliefen. Seine Beziehungen reichten ins Elsaß und in die Schweiz, möglicherweise darüber hinaus. Die Unstetheit des Verfolgten, der an einem Ort verschwindet, um geheimnisvoll an einem andern wieder aufzutauchen, der häufige Wechsel von Schauplatz und Umgebung mußten seine Menschenkenntnis

im Laufe der Jahre bereichern, und auch das glaubt man zu spüren, daß er aus jedem Aufenthalt neuen Stoff und Antrieb schöpfte für seine Aufruhrpläne. In Anlage und Forderung wuchsen sie über die Abstellung örtlicher Beschwerden hinaus, seine Ziele wurden weiter und umwälzender. Wir wissen nicht, ob ihn verwundetes Rechtsempfinden und Mitgefühl für die Bedrückten, ob ihn persönliche Erbitterung, Rachsucht, ehrgeizige Führerträume oder Freude am Umsturz auf diese Bahn getrieben haben. Wohl möglich, daß verschiedenes dieser Art zusammenwirkte oder Funken davon in seinem Herzen glühten. Aber so viel ist gewiß: dieser Mann, dem die Lust zum gewaltsamen Abenteuer, geheimer Wühlarbeit und der Wunsch, die bestehenden Gewalten zu stürzen, letzte Triebfeder seines Daseins geworden sein müssen, war schließlich auf dem Wege, eine Bauernerhebung von beträchtlichem Ausmaß ins Werk zu setzen; und so mündet sein rastloses Verschwörerdasein, nachdem er das Mißlingen dreier von ihm angezettelter und geleiteter Bundschuhbewegungen erlebt hatte und zum Aufrührer von Beruf geworden war, sinngemäß ein in den gewaltigen Bauernkrieg, in dem er noch einmal, inzwischen zum Graubart geworden, zu Anfang im Hegau auftaucht und sich allwegen hören ließ, er könne oder möge nicht ersterben, der Bundschuh habe denn zuvor seinen Fürgang erlangt [4])! Dann geht seine Spur unter, und die Flammen des Aufruhrs, s e i n e r Bauernrevolution, die der Glaube dieses Menschen geworden war, schlagen über ihm zusammen.

So beschaffen war der Mann, der nach der vorzeitigen Entdeckung des Bruchsaler Anschlags und seiner Flucht von der heimatlichen Scholle elf Jahre später den Samen des Umsturzes im vorderösterreichischen Breisgau ausstreute. Dort hatte er sich inzwischen in Lehen nahe bei Freiburg niedergelassen, ohne daß die Obrigkeit wußte, was für einen gefährlichen Burschen sie im Dorf hatte. Es war ihm sogar gelungen, Bannwart zu werden; als Feldhüter kam er um so leichter in Berührung mit den anderen Bauern des Ortes, die in Balthasar von Blumeneck einen unfreundlichen, willkürlich verfahrenden Herrn hatten.

Wahrscheinlich hielt Joß Fritz den Augenblick, abermals den Bundschuh aufzuwerfen, für günstig, weil gerade um diese Zeit

[4]) Siehe J a n s s e n , Gesch. d. deutschen Volkes, II [19] und [20] 1915, 560.

in der Schweiz und in einer ganzen Reihe von deutschen Städten Empörungen des niederen Volkes ausbrachen: von Braunschweig, Speyer und Worms bis nach Luzern und Bern verlangte der gemeine Mann sein Recht. Nun war diesmal das Handwerk durch einen Schneider vertreten, und sogar ein Nachtwächter aus Freiburg ins Vertrauen gezogen! Dort Fuß zu fassen, wünschte Joß Fritz von Anfang an; aber es scheint, daß die Werbung hier noch in den allerersten Anfängen steckte, als die Sache herauskam. Unzufriedene gab es natürlich auch in dieser Stadt wie in anderen Gemeinwesen. Von einer größeren Bewegung, wie sie anderwärts ausgebrochen, war indessen nichts zu spüren. Obwohl der Führer gern vom Bundschuh redete, der sich den Rhein hinab bis Köln erstrecken sollte, kam es innerhalb der Stadt, deren Obrigkeit besonders streng und argwöhnisch gegen Umtriebe war, nicht einmal zu einer Aufstellung von Forderungen, die für die Freiburger eine Losung zum Aufruhr hätte geben können: eine bedenkliche Lücke im Ganzen! Den Hauptkern der Verschwörung bildeten auch diesmal Bauern.

Auch im Breisgau hatten sie über mancherlei zu klagen. Hier wie im Elsaß wurden ländliche Prozesse vor die geistlichen Richter oder das Rottweiler Hofgericht geschleppt. Die Bauern vermerkten das übel und forderten Abstellung der Willkür. Es fehlt in den Leitsätzen des Joß Fritz und seiner Freunde auch nicht das Verlangen der Pfründenbeschränkung und einer gerechten Verteilung des Kirchen- und Klostergutes. Es wurde davon gesprochen, daß die Geistlichen lediglich so viel haben sollten, als sie zum Lebensunterhalt gebrauchten, die Bauern aber sich in den Genuß der übrigen Einkünfte und Besitzungen teilen sollten. Wie in früheren Bundschuhbewegungen und auch sonst künden sich hier gegen die Kirche gerichtete Enteignungswünsche an. Wenn aber im Losungsspruch der Bruchsaler Verschwörung der Haß gegen die Pfaffen aufflammt, werden sie nun im Kennwort der breisgauischen Bauern nicht ausdrücklich genannt und es heißt schlechthin darin nur, daß der arme Mann nicht mehr in der Welt bestehen könne. Mindestens ebensoviel Raum nahm neben jenen Beschwerden gegen den Klerus die Klage über Bedrückungen von seiten der adligen Grundherren ein; und zwar scheint die Leibeigenschaft als solche wie es ja auch sonst oft der Fall ist, nicht das schlimmste der Uebel gewesen zu sein und weniger auf den Bauern gelastet zu haben als der Druck gesteigerter Dienste und erhöhter

Leistungen, insbesondere derjenigen, die sich auf die Gerichtsherrschaft bezogen. Wie anderwärts, erschallt auch im Breisgau der Ruf nach Wiederherstellung von altem Brauch und Recht! Im Hinblick auf die hier vorhandenen Mißstände begehrten die Bauern, wie aus den Verhören hervorgeht, Ermäßigung der Zinsen, ja ihre Abschüttelung und Vernichtung des Schuldbriefes, wenn sie die Höhe des Hauptgutes erreicht hätten. Gefordert wurde außerdem billige Festsetzung der vielfach ungemessenen Frondienste, die den Bauern seiner eigenen Arbeit entfremdeten, völlige Freigabe von Wald und Jagd, da sie auch hier unvolkstümliche Herabminderungen von seiten der Obrigkeit erfahren hatten, und früheres Herkommen verletzt war. Ein im ganzen ziemlich nüchternes Programm also, von keineswegs radikalem Inhalt! Im Hintergrund freilich steht die Drohung mit der Gewalt; denn es hieß, man solle totschlagen, wer sich widersetze! Indessen, den vollen Schwung gewannen die Leitsätze erst dadurch, daß zugleich der Ruf nach der göttlichen Gerechtigkeit laut wurde und ihnen beflügelnde Kraft lieh.

Der mittelalterliche Mensch hat stets seine innersten Anliegen auch religiös zu begründen und zu rechtfertigen gesucht; wie konnte es anders sein, da doch die Kirche sein ganzes Weltbild beherrschte! Insbesondere die Kampfliteratur und die Verfechter des Widerstandsrechts machten ihre Anleihen bei den heiligen Schriften.

Zweifellos erhielt aber das Bedürfnis, sowohl die überlieferten Ordnungen wie umwälzende Zukunftsforderungen nach überirdischen Geboten und Maßstäben auszurichten durch die Hussitenkämpfe neuen Anstoß, in denen die religiöse Revolution mit nationalen Triebkräften und zugleich sozialer Leidenschaft sich durchdrang. Die Idee vom göttlichen Recht war aber nicht bloß ins Denken einiger gelehrter Köpfe eingegangen, sondern sickerte durch allerlei Verbindungen und zum Teil unterirdische Kanäle, die sich gar nicht genau verfolgen lassen, in den Vorstellungskreis des niederen Volkes ein, wie ja überhaupt die Stimmungen und Schlagworte der böhmischen Ketzer von Böhmen in das südwestliche und mittlere Deutschland herübersprühen. Die religiöse Gärung war ohnehin nirgends spurlos am gemeinen Mann vorübergegangen. Wenn die Bauern ihre Forderungen im Namen des göttlichen Rechts erhoben, so wie sie es dann im Bauernkrieg noch in verstärktem Maße taten und sich aufs Evangelium beriefen, so

war es leicht, mittels dieser vieldeutigen Formel und ihrem satzungsprengenden Gehalt Widerstand zum Verbrechen zu stempeln und Anwandlungen von Bedenklichkeit als Kleinglauben zu brandmarken.

So liegen Anzeichen vor, daß man sich nicht damit begnügte, Schlagworte aufzugreifen und weiterzugeben, wie sie schon damals in den Bruchsaler Umtrieben, offenbar aber nur nebenher, anklangen, sondern daß man sich daran machte, ihren Inhalt auch aus der Heiligen Schrift zu erläutern. Jedenfalls gibt es zu denken, daß auch der Pfarrer Schwarz von Lehen sich unter den Verschworenen befand, wenn er auch nicht gerade im Vordergrunde erscheint. Nach dem Scheitern des Anschlags gelang es ihm, ins Elsaß zu entkommen, wo sich seine Spur verliert. Er mag dem Joß Fritz und seinen Genossen manchen Bibelspruch mitgeteilt haben, der die Rechtmäßigkeit der bäuerlichen Forderungen in den Augen des Volkes erhärten sollte. Dieser Mann, der die wirtschaftliche Lage seiner Pfarrkinder genau kannte und anscheinend auch durch Anspielungen von der Kanzel aus die Unzufriedenheit geschürt hat, war ein Vorläufer jener umstürzlerischen Prediger und Schwarmgeister, die nachher im großen Bauernkrieg mit der Berufung auf das Evangelium und das göttliche Recht arbeiten. Seine Gestalt gewinnt für uns zwar noch kaum Farbe und Umriß, und bedeutsam erscheint er in dieser Umgebung mehr in seiner Eigenschaft als Vertreter eines anderen, eines gebildeten Standes und einer bestimmten Denkweise, die den Bauern einige Bundesgenossen zugeführt haben. Man erinnert sich, daß wenige Jahre später hier im Oberland der sogenannte Karsthans, Prediger, Arzt und Holzhauer in einer Person, sein Wesen trieb und als wandernder Bauernapostel seine Lehren ausstreute.

Und hier im gleichen alemannischen Gebiet, in der Gegend von Kolmar oder Freiburg, hatte vor kurzem (1510) ein gelehrter Strudelkopf unbekannten Namens seine endlosen leidenschaftlichen Ergüsse zu Papier gebracht [5]), in denen schäumende Erbitterung gegen den Klerus und maßlose Ausfälle gegen die weltlichen Regenten, düstere Sittengemälde und Schwarmgeisterei, astrologischer Unsinn und Weissagungen, Umsturzpläne, Reform-

---

[5]) Siehe darüber »Ein oberrheinischer Revolutionär aus dem Zeitalter Kaiser Maximilians I.«. Mitteilungen aus einer kirchlich-politischen Reformschrift des ersten Dezenniums des 16. Jahrhunderts von Hermann Haupt, Westdeutsche Zeitschr. f. Geschichte u. Kunst, Ergänzungsheft VIII (1893).



träume und apokalyptische Zukunftsbilder heftig durcheinandertaumeln. An sich waren diese fünfhundert Folioseiten, Phantasien eines überreizten Eigenbrötlers, gewiß nicht dazu angetan, als Schrift unmittelbar unter dem Landvolk zu wirken, das doch in den seltensten Fällen des Lesens kundig war; und ob der Rätselhafte die aufreizenden Angriffe gegen die herrschenden Gewalten und die Drohungen, von denen sein Werk wimmelt, im persönlichen Verkehr unter den Leuten verbreitete und für Einziehung des kirchlichen Besitzes, für brüderliche Gütergemeinschaft Stimmung zu machen suchte, bleibt nach wie vor eine offene Frage. Tatsache ist, daß er mit dem Bauern fühlte, daß er seine Nöte kannte, daß auch er, während er das Kommen des Erlösers in Gestalt eines Volkskaisertums ausmalt, immer wieder doch in den Schrei ausbricht, sich selbst zu helfen und loszuschlagen, und daß er mit dem Umsturz als letztem Auskunftsmittel spielt. Wenn er aber über die Hartherzigkeit der Amtleute, die Uebergriffe des Rottweiler Hofgerichts und über die Unbarmherzigkeit wucherischer Geldverleiher loszieht, wenn er sich über Jagd- und Wildschäden, Kriegssteuern, Ungelt, Entziehung des Allmendgenusses entrüstet, wenn er über Fronden, Zinsüberlastung und bäuerliche Schutzlosigkeit klagt, so berührt und deckt sich das unzweideutig mit einer ganzen Reihe von Bundschuhbeschwerden und bliebe auch ohne unmittelbaren Zusammenhang seiner Gedankengänge mit dieser Bewegung als Stimmungsbild bedeutsam genug. Es kommt hinzu, daß gerade erhitzte Empfindung, wie sie in dem wunderlichen Mann, aber auch bei anderen Zeitgenossen und namentlich in Flugschriften zu Wort kommen, eben deshalb, weil sie so dunkel und verworren sind, einen erregenden Reiz ausströmen, und gerade ihr unbestimmter Gehalt und ihr ausschweifender Vortrag ist es, durch den sie auf den gemeinen Mann wirken, vollends aber auf den Sinn einer Bevölkerung, die so zum phantasievollen Grübeln neigt und dabei voll schwerblütiger Leidenschaft ist wie unsere alemannischen Bauern.

Die Absicht, das Vorhaben in die Obhut höherer Seelenmächte zu stellen und für das Ganze zugleich einen sinnfälligen Ausdruck zu finden, drückt sich geradezu ergreifend aus in dem Bemühen, ein Fähnlein zu bekommen.

Wir wissen auch aus der Welt der Landsknechte, welchen beinahe abergläubischen Zauber es für den gemeinen Mann hatte. Das Mittelalter lebt ja ganz im Symbol, und eines von volkstüm-

licher Werbekraft galt es hier zu schaffen. Nachdem zwei Maler abgelehnt hatten, das schon anrüchig gewordene Zeichen des Bundschuhs auf ein Stück Seide zu malen, brachte schließlich Joß Fritz, der eigens zu diesem Behuf nach Heilbronn gereist war, von dort die gewünschte Fahne mit zurück. Dem Mann, der sie anfertigte, hatte er den wahren Zweck verheimlicht, indem er sich als Schuhmacherssohn ausgab und ihm ein Kriegsgelübde vortäuschte, das ihn zu seinem Wunsche veranlasse. Auf der Fahne war der Bundschuh aufgemalt; auch der Heiland am Kreuz, umgeben von St. Johannes und der Mutter Gottes, befand sich darauf; ein Bauer schaute kniend zu ihm auf!

Dies blauweiße Seidenfähnlein trug Joß Fritz noch in der Schweiz auf dem Körper, als er dorthin nach dem Verrat des Geheimnisses entronnen war. Als es ihm jedoch zu sehr auf dem Leibe brannte, brachte es der Schlaukopf fertig, das Zeichen des Aufruhrs als Weihgabe am Wallfahrtsort Mariä Einsiedeln unter die frommen Gaben einzuschmuggeln, die der Mutter Gottes von den Gläubigen dargebracht wurden.

Noch einmal sollte Joß Fritz den geistlichen und weltlichen Herrschaften am Oberrhein zu schaffen machen. Vier Jahre später ist er wieder die Seele einer Bewegung, deren Bedeutsamkeit darin liegt, daß sie an beiden Ufern des Stromes sich ausbreitet. Ihr Bereich ist erheblich weiter gespannt als der ihrer Vorläuferinnen. Schon die Bruchsaler Werbungen hatten an der Speyrer Landesgrenze nicht innegehalten. Offenbar waren damals Bauern aus der nahen Pfalz mit im Spiel, und es war auch davon die Rede, in die Markgrafschaft Baden überzugreifen. Im Brurain wie im Breisgau unterhielten die Verschwörer Beziehungen ins Elsaß hinüber, wenn man ihnen auch im einzelnen nicht nachgehen kann. Diesmal liefen die Fäden von den Tälern des südlichen Schwarzwaldes bis hinüber in die Gegend von Schlettstadt, durchsetzten das Unterelsaß bis Weißenburg hin und endeten nördlich am rechten Rheinufer etwa in der Nähe von Bretten, in Württemberg bei Horb und Ehingen. Es sind etwa hundert Ortschaften, in denen Eingeweihte nachzuweisen sind. An der Südostecke des Schwarzwaldes, dessen einsame Höhen und dunklen Tannengründe eine Menge von Schlupfwinkeln und Verstecken bot, ist der Hauptherd der Verschwörungen anzunehmen. Von dort gingen offenbar die Werbegänge der Anführer und ihrer Hilfs-

mannschaften aus. Diesmal traten im Unterschied zu den früheren Empörungsversuchen nicht bloß bestimmte örtliche Ursachen hervor, obwohl daran gewiß kein Mangel war und man sicherlich bei der Bearbeitung der Leute daran anknüpfte. Es sind nun nicht Untertanen bloß ein und derselben Herrschaft, die ihre Aufruhrpläne schmieden. Durch eine ganze Zahl von Territorien läuft die Verschwörung hindurch, zu beiden Seiten des Stroms, und so zeigen sich denn auch Umrisse einer zwar verschwommenen, aber sehr allgemeinen Zielsetzung: Aufwiegelung und Befreiung des armen Mannes, wo man ihn gewinnen kann, in Stadt oder Land; Sturz jeder Herrschaft und Obrigkeit, ob bürgerlicher oder adliger Art, ob weltlich oder geistlich. Gegen die Kirche als solche gedachte man nicht vorzugehen; nur ihre weltliche Gewalt wünschte man zu beseitigen. Religionsfeindliche Absichten oder die Antastung der Kirche als Heilsanstalt lagen dieser Bewegung fern: als Führer der Christenheit erkannte man Papsttum und Priesterschaft ausdrücklich an. So dachte man. Indessen, eine Bürgschaft, daß man diese Linie auch wirklich einhalten würde, war damit nicht gegeben. Die entfesselte Leidenschaft konnte unter Umständen auch den letzten Damm wegreißen. Es gab ja radikale Unterströmungen in Süddeutschland und sie sind oft genug, von der berühmten Reformation Kaiser Sigismunds angefangen, immer wieder auch in Flugschriften laut geworden. Schon die Anhänger des Paukers von Niklashausen, jenes schwärmerischen Jünglings vom Taubergrund, die gleichfalls Bauern waren, hatten einst Wallfahrtsgesänge angestimmt, in denen das Kyrie Eleison und blutrünstige Drohungen gegen die Pfaffen unheimlich durcheinandertönten [6]). Und der Umsturzprophet vom Oberrhein hatte damals schon, als Joß Fritz und seine Freunde für den Bundschuh warben, in dunkeln Sätzen die schauerlichen Boten des göttlichen Zorns angekündigt, die überm Schwarzwald die Gefäße des Unheils ausschütten, den Papst aber und die Seinen vertreiben würden! Einer, so schrieb er, würde darunter sein im linnenen Gewand, der die Losung ausgeben werde: »Fanget an den

[6]) So nach der Chronik des Pfarrers Widmann, herausgegeben von der Württ. Kommission für Landesgeschichte Band VI (1904), S. 216 ff. Sie enthält als einzige Aufzeichnung den Vers jenes Liedes:

»Wir wollen's Gott vom Himmel klagen,
Kyrie eleison,
Daß wir die Pfaffen nit zu Tod sollen schlagen,
Kyrie eleison.«

Häuptern an, die meinen Schatz sollten verwahren, und höret nicht auf zu strafen vom Papst bis auf den kleinen Schüler. Schlagt sie alle zu tot«[7])!

Wie sich im einzelnen die Bundschuhgefährten den Aufbau der künftigen Neuordnung dachten, dafür liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, als daß man eben in unbestimmter Weise von einem Fortbestand der obersten Reichsgewalt träumte und sie enger an das niedere Volk anzulehnen suchte. Warum sollte der gemeine Mann, so sagte man sich, nicht ohne das Hindernis lästiger Zwischengewalten mit seinem Kaiser verkehren können! Immer noch flogen ihm Gemütskräfte, Phantasie und Sehnsucht des Volkes zu: in manchem einfältigen Herzen mochten verwandte Gefühle und Hoffnungen schlummern, wie sie, in mystischen Fieberglanz getaucht, jener wunderliche Mann am Oberrhein aussprach: daß eines Tages als Richter der verderbten Menschheit und zugleich gnadenreich wie ein Messias Kaiser Friedrich wiederkomme, der allen Prüfungen ein Ende machen und den Schwachen zu ihrem Recht verhelfen werde: Der »König auf dem Schwarzwald«, wie er ihn nennt, der »den gemeinen Mann zu sich berufen und den Bauersmann an sich nehmen wird«!

In jedem Bundschuh, so sahen wir, zucken Spuren auf und meldet sich der Drang, über den nächsten Umkreis und Anlaß hinaus sich auszudehnen, und immer tauchten auch früher schon in der Ferne weitergehende Ziele auf, und sei es nur in ganz flüchtigen Umrissen. Reichlich verschwommen und schwer zu umreißen ist allerdings auch das Zukunftsbild dieses so viel weiter ausgreifenden, letzten Bundschuhanlaufs, obwohl es diesmal stärker und wesentlich bewußter im Vordergrund des Empfindens gestanden haben muß. Aber die Erbitterten und Verzweifelten, die auf den Sturz des Bestehenden sinnen, pflegen selten, namentlich wenn sie den unteren Volksschichten angehören, sich eine ins einzelne ausgedachte Vorstellung von dem Zustand zu machen, der an die Stelle treten soll. Indessen gerade dieser stärkere Beisatz von Radikalismus und Schwärmerei ist bezeichnend für das neue Bundschuhunternehmen des Joß Fritz, der in den verschiedensten Verkleidungen die Gegend durchstreifte und bisweilen in der geschwollenen Tracht und dem grellen Aufputz der Landsknechte in Federbarett, geschlitzten Hosen und Wams — gesehen wurde. Das Fehlschlagen seiner früheren Hoffnungen und

---

[7]) Siehe H. Haupt a. a. O., S. 212.

die immer wieder erneuten Versuche, sie doch zu verwirklichen, haben den Sinn des hartnäckigen Mannes gewiß nicht milder gestimmt und ihn in immer radikalere Geleise getrieben.

Auch seine Frau, von der die Behörden zu berichten wußten, sie habe sich gern in fragwürdiger Gesellschaft bewegt, verwandte er als Späherin und Mittelsperson. Ueberhaupt werden diesmal Namen von Weibern genannt, die mit ins Geheimnis gezogen waren und Werbedienste leisteten: da eine hübsche Wirtin, dort eine Näherin, die von Haus zu Haus ging, oder eine Dirne, die sich auf Jahrmärkten, Kirchweihen und in den Schenken mit Männern abgab.

Dies ist ein anderes, was die Bewegung von den ihr vorausgegangenen abhebt: ihre Zusammensetzung und die daran anknüpfenden ersten Ansätze zu einer primitiven Gliederung innerhalb des Bundes und einer Art Arbeitsteilung der Mitwisser. Angelegt war der Plan zwar auf die Beteiligung der armen gedrückten Bauern, die es allerorten gab. Man rechnete damit, ihre Gefolgschaft zu gewinnen, sie in Massen mitzureißen. Aber die eigentlich treibenden Kräfte, die Aufwiegler, die Werbepersonen, die Gebirge, Täler und Ebene durchzogen, sind in einer noch tieferen Schicht zu suchen, unter den Wurzellosen, den Bettlern und Entgleisten. In diese Sphäre deuten wohl auch die Anhänger hin, auf die man innerhalb der Städte rechnete, oder vereinzelte Adlige, die sich in die Machenschaften verwickeln ließen.

Planmäßig stellte Joß Fritz die Scharen von Obdachlosen und Umhertreibern, von denen es im ausgehenden Mittelalter auf den Landstraßen und Märkten wimmelte, als Boten und Aufwiegler in den Dienst der Sache. So gesellte sich zu den eingesessenen Mitverschworenen und Werbern, die in ihrem Dorf und seiner engeren Umgebung wühlten, ein ganzer Stab solcher wurzel- und heimatloser Existenzen. Sie wurden aufgeboten, den Aufruhr von Ort zu Ort zu tragen und die weit voneinander entfernten Mitglieder miteinander zu verbinden.

Aus den Verhören kennen wir eine Reihe dieser Gestalten mit Namen; sogar ihre geheimen Abzeichen sind uns bekannt, durch die sie untereinander sich verständigten und zu erkennen gaben, indem sie es vor sich in den Sand zeichneten oder sonstwie anbrachten: der eine ein Rebmesser mit einem Kreuz darauf, der andere einen Misthaken oder eine Sense, dieser eine Narrenkappe, jener eine Jakobsmuschel oder ein Michelshorn.

Andere Personen, deren sich der verschmitzte Bauernaufwiegler bediente, waren die Gewürzkrämer und Wurmsamenhändler, kleine Hausierer und die fragwürdige Gesellschaft der Reliquienmakler und Heiltumsschwindler, die falschen Pilgrime, Gaukler, Hackbrettspieler und Bänkelsänger, Sprücheklopfer, die mit neuer Zeitung, Flugschriften, Einblattdrucken, Bauernkalendern und Wetterprophezeiungen von Markt zu Markte wanderten und sich zum Verschwörerhandwerk empfahlen, weil sie ein großes Maul hatten und den Bauern in wortreichen Ergüssen das vorsetzen konnten, worauf es in diesem Fall ankam. Nicht zuletzt zog Joß Fritz, der möglicherweise selber früher Soldat war oder vorübergehend Landsknechtsdienste angenommen haben könnte, die Reisläufer als Bundesgenossen an sich heran, auf die er schon in seiner Bruchsaler Zeit sein Augenmerk gerichtet hatte. Einzeln und in Gruppen trieben sie in dieser wirren und krisenreichen Zeit durch die Lande zu beiden Ufern des Rheins herauf und herunter, entlassene Landsknechte in Menge, denen niemand so recht nachweisen konnte, woher sie kamen und wohin sie gingen; abenteuerliche Gestalten, wie man sie aus den Federzeichnungen des Urs Graf, des gesinnungsverwandten Schweizer Künstlers kennt, tolle Gesellen, die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hatten, bereit zu jedem Ding, das gemeine und wilde Lebensfreuden verhieß. — Gerade sie als waffengeübte Männer konnten ein besonders wichtiger Bestandteil der Verschwörung werden; weiß man doch, daß einzelne Führer des Bauernkrieges alte Soldaten waren [8]) und ihre Haufen einiges dem militärischen Aufbau und der Ordnung des Landsknechtswesens verdankten, das in der Schweiz und den benachbarten Gebieten am Bodensee und am Oberrhein seine eigentliche Heimat hatte. So rechnete man schon im Bundschuh, dem stummen Vorspiel des Bauernkrieges, stark auf ihre Mitwirkung fürs Gelingen des Ganzen. Mit den zusammenströmenden Bauernhaufen sollten diese herrenlosen Söldner, wenn es drüben im Elsaß auf der Zaberner Kirchweih und im Schwarzwald nach dem letzten Treffen der Verschworenen auf dem Kniebispaß losging, ihre Vorstöße gegen die Landesherrschaften machen. Es war drei Jahre nach dem Aufstand des Armen Konrad in Württemberg, zwei nach der Bauernerhebung in den österreichischen Ländern

[8]) Neuerdings mit Recht stark betont von H. von Schubert, Revolution und Reformation (1927) S. 32.

Kärnten, Krain und Steiermark! — So viel sorgfältiger diesmal Organisation und Aufbau überlegt, und obgleich das ganze genauer ausgearbeitet, wennschon nicht bis zum letzten durchdacht war, hatte auch dieser Bund das Schicksal seiner Vorläufer, und einen Monat vor dem Losschlagen kam die Sache an den Tag.

Eine Geschichtsbetrachtung, die Bewegungen solcher Art lediglich nach ihrem Mißlingen beurteilte, hätte kurze Beine. Und selbst, wenn man im Bundschuh nicht mehr sehen wollte als unreife Machenschaften und ein verunglücktes Vorspiel des Bauernkrieges, so käme ihm schon deshalb eine nicht geringe historische Bedeutung zu. Wenn der Bauer, das beharrungstreueste und schwerfälligste Glied der Gesellschaft, das über den engen Alltagskreis nachbarlicher Arbeitsaushilfe hinaus so schwer zum gemeinsamen Handeln zu bewegen ist, mit seinesgleichen sich zusammenrottet und Pläne schmiedet mit dem Vorsatz, die Hand wider die Obrigkeit zu erheben und die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in wichtigen Stücken umzustoßen, wenn seine Leidenschaft sich aufbäumt und zu gewaltsamem Vorgehen im Staate anschickt, so hat diese Tatsache von der seelischen Seite her an sich schon mehr Gewicht, als wenn beweglichere und weniger wurzelhafte Bevölkerungsgruppen in alter und neuer Zeit auf Widerstand und Empörung gegen die Staatsgewalt sinnen. Geschieht jenes, dann müssen sehr ernste Gründe und Anlässe vorhanden sein, müssen die Uebel schon recht tief sitzen und unleidlich geworden sein. Daß sie es waren, oder daß sie zum mindesten so empfunden wurden, darauf deutet schon die Tatsache hin, daß Joß Fritz für seine zähen Bestrebungen immer wieder Boden und Anhänger fand, obwohl doch das Scheitern der früheren Verschwörungen und ihre blutige Unterdrückung hätten abschrecken müssen. Stets folgt der Entdeckung des Anschlags eine sehr lebhafte Gerüchtbildung und es kommt zu besorgten Umfragen der in Mitleidenschaft gezogenen Behörden bei anderen Obrigkeiten, ob nicht auch sie an ihrem Ort Unruhe unterm Landvolk wahrgenommen hätten, und es fehlt nicht an deutlichen Winken, doch ja nicht weich zu verfahren: alles Anzeichen, daß die Vorgänge nicht leicht genommen wurden. So war am Bundschuh mehr, als daß nur ein paar Verzweifelte und Narren sich zusammentaten,

die ihren Hirngespinsten nachjagen. Im Bruchsalischen war das ganze Dorf Untergrombach, wo Joß Fritz ansässig war, mit ihm im Bunde und für die Gemeinde Jöhlingen gilt ungefähr das gleiche. Waren es hier Bauern fränkischen Stammes, also etwas beweglicheren Schlages als es die im Breisgau, im Sundgau und auf dem Schwarzwald waren, so regt sich da oben der schwerflüssigere Alemanne mit seiner verhaltenen Leidenschaft und der schwäbische Bauer mit seinem Trotz, der beim angestammten Recht beharren will, Eigenschaften, die doppelt gefährlich waren. Im Hotzenwald schlägt der alte Verschwörergeist noch einmal im 18. Jahrhundert durch in dem merkwürdigen Salpetereraufstand. War auch die ländliche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit schwer zum Handeln fortzureißen, so gibt es doch zu denken, daß die gestrengen Ratsherrn von Freiburg bei der Untersuchung eingestehen mußten, der Mann auf dem Lande erachte den Bundschuh leider für nicht so bös wie er in Wirklichkeit sei! Ansatzpunkte dazu, die Masse der Bauern im günstigeren Augenblick zu gewinnen, ergeben sich aus der Verschlimmerung ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Lage, sowie ihrem auch aus anderen Gründen reizbarer gewordenen Klassengefühl [9]). Sehr ernst mußten die Dinge werden, wenn mit dem unsteten, besitzlosen Landstraßenproletariat zugleich die bodenständigen Schichten des Kleinbauerntums in der Rheinebene und der steifnackigen großen Hofbesitzer auf den Bergweiden und in den Tälern des hohen Schwarzwalds in Bewegung kamen und in gemeinsame Front einrückten. Mehr wie einmal blitzt in diesen geheimen Machenschaften schon der Gedanke einer allgemeinen Bauernbefreiung auf. Daß etwas Unheimliches in der Luft lag, haben viele Menschen damals gespürt; die schwüle Atmosphäre der heraufziehenden Epochenwende war dem Ausbruch günstig.

Kaum eine Erhebung ist seit langem so gefürchtet, aber auch so beharrlich und von mehr als einer Seite vorausgesagt worden wie der Bauernkrieg. Und vielleicht ist in der Tat die

---

[9]) Friedr. v. Bezold hat in seinem bekannten Aufsatze »die armen Leute und die deutsche Literatur des späteren Mittelalters« den Nachweis dafür geliefert, wie der Bauer Gegenstand sowohl der hochmütigsten Verachtung wie verherrlichender Ueberschätzung geworden war, die Rückwirkung dieser widerstreitenden Empfindungen in seiner eigenen Seele aber nicht ausbleiben konnte.

Neben Verachtung des »einfältigen« Bauern und Furcht vor dem »mutwilligen Pöbel« kommen Anschauungen auf, die gerade vom Bauern und den Armen das Heil erwarteten.



Verwunderung am Platz [10]), daß die Glocke nicht früher schon Sturm läutete. Der Bauernkrieg kam herauf, obgleich der Bundschuh mißlungen war, und er brach los, weil jener gescheitert war! Denn die Mißstände zu beseitigen, wurde nach seiner Entdeckung nichts unternommen. Nicht einmal denjenigen Uebeln rückte man zu Leib, die man, ohne die überkommene Agrarverfassung und Gesellschaftsordnung als solche anzutasten, leicht hätte abstellen können. Alles blieb beim alten, und diese Verstockheit blinder Regierenden war es, die den Knoten des Schicksals schürzte! Schwerlich hätte die Reformation bei allem Ungestüm und aller umbildenden Kraft, die ihr innewohnte, aus sich allein heraus vermocht, eine Revolution von der Art zu entfesseln, wie es der Bauernkrieg war, wenn sie nicht jenes Mißerbe auf wirtschaftlichem, sozialem und rechtlichem Gebiet vorgefunden hätte [11])! Der Bauernkrieg, den Ranke das größte Naturereignis des deutschen Staates genannt hat, wuchs an räumlicher Ausdehnung, an Gewalt der Leidenschaften, an Fassung der Ziele wie an agrarischer Bedeutung über den Bundschuh hinaus, mit dem er so viel gemeinsam hat. Auch an Härte und Grausamkeit der Unterdrückung! Es brach nicht das goldene Zeitalter an, das jener Schwärmer im Oberland nach dem nahenden Umsturz aller Dinge erträumt hatte, und seine gegen die Herren gerichtete Weissagung, es würden Tage kommen, wo man Blut statt Wein trinken werde, kehrte sich zuletzt gegen das niedere Volk, für das er seine Stimme erhoben hatte. Der Bauer blieb auf Jahrhunderte hinaus, was er gewesen: der Arme Mann, das Arbeitstier der Nation! Stand der Bundschuh als Vorläufer des Bauernkrieges hinter ihm zurück an historischer Tragweite, so auch an geschichtlicher Tragik.

---

[10]) E. Gothein hat sie in dem oben erwähnten Aufsatz geäußert.

[11]) Mit Recht neuerdings wieder von K. Stenzel gegen Stolze betont (Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins N.F. XXXXII (1928), S. 329) unter nachdrücklichem Hinweis auf die Verbindung zwischen Bauernkrieg und Bundschuhbewegungen.

Einige Materialien zur Geschichte und Soziologie des italienischen Hochschulwesens *).

Von

ROBERT MICHELS.

I. Mittelalter.

Auf selbstverständlicher katholischer und lateinischer Grundlage waren die italienischen Universitäten im Mittelalter international, d. h. nach Nationen geordnet, unter denen die Deutschen, besonders in Bologna, stark und angesehen waren. Der Begriff der Nation war freilich ein ausnehmend retrospektiver, und hält der historischen Kritik nicht Stand. Ihm zufolge waren die Italiener selbst in Nationen gespalten, während andererseits manchmal mehrere, schon leidlich untereinander differenzierte nordische Völker zusammen eine einzige Nation bildeten. Der Formenreichtum war auch lokal innerhalb der gleichen Periode sehr groß [1]).

Auch das Professorenkollegium des italienischen Mittelalters war mit ultramontanen Elementen durchsetzt. Professoren von jenseits der Alpen waren keine Seltenheiten [2]).

*) Vorstudien zu einem am 10. Juli 1928 im Romanischen Institut der Universität Bonn über das Italienische Universitätswesen gehaltenen Vortrag.

[1]) Pisa unterschied erst 1546 zwischen einer ligurischen, einer piemontesischen, einer emilianischen und einer lombardischen »Natio«; bis dahin waren diese alle in der Natio longobarda zusammengeschlossen gewesen (Giuseppe Manacorda, Professori e Studenti piemontesi, lombardi e liguri nell'Università di Pisa 1470—1800. Pisa 1899, Vannucchi, p. 13).

[2]) An der Turiner Universität lehrte Jacques Cujas (1522—90), einer der größten Juristen seines Zeitalters. (Vgl. Buraggi, Jacques Cujas, professeur à l'Université de Turin, in d. Nouvelle Revue Historique du Droit Français, XXXII, 1908, p. 578 ff.) In Turin amtete im 15. Jahrhundert auch ein Deutscher, namens Joh. Herrgot aus Marburg a. d. L., als Rektor (vgl. Theodor Klette, Johannes Herrgot und Johannes Marius Phidelphus in Turin, 1444—55. Ein Beitrag zur Geschichte der Universität Turin im fünfzehnten

Um den Gefahren der Vetternwirtschaft zu entgehen, erließ der Rat in Perugia ein Gesetz, dem entsprechend alle Professoren des Peruginer Studio Ausländer (stranieri, d. h. Landesfremde) sein mußten (1336) [3]; außerdem wurden die päpstlichen Offiziere (gli ufficiali delle Milizie Pontificie) vom Recht auf Immatrikulation ausgeschlossen.

Das Studententum bestand in gewissen Perioden aus Vagantentum, Goliardentum (noch heute bezeichnet sich der italienische Student mit Vorliebe als Goliarde); es besaß etwas Unfertiges, Unbodenständiges, Vagabundenhaftes, oft Ungezügeltes [4], manchen Formen der Bohême Verwandtes [5]. Inwieweit diese Erscheinung eine Erscheinung wirtschaftlicher Verelendung, inwieweit vielmehr eine solche der, wahrscheinlich überwiegend arabischen, Tradition war, erscheint als nicht ganz aufgeklärt. In späteren Zeiten mußten die Behörden aber auch oft gegen übergroßen Luxus einschreiten. In Catania verbot der Vizekönig (1679) den Studenten das Tragen von seidenen Strümpfen und langen Haaren sowie das Halten von mehr als einem Diener pro Person [6]. Lange erhielt sich die Gewohnheit, daß der Professor im eigenen Hause, zuerst in privatrechtlichem Sinne eigenen, dann von der Gemeinde oder auch von den Studenten für ihn gemieteten Hause, Kolleg hielt. Erst später, in Pistoja sogar erst im 16. Jahrhundert, entsteht mit dem Studiengebäude die Trennung zwischen Wohn- und Arbeits- (Lehr-) Stätte [7].

Die Universitäten lagen miteinander häufig in Fehde. Noch häufiger lagen die Städte miteinander in Fehde um die Universitäten. Diese wiesen stark konkurrenziellen Charakter auf und suchten

Jahrhundert, Bonn 1898, p. 7). Ueber die kuriose, selbst den Gegenden des eigentlichen Piemont gesondert Rechnung tragende Einteilung nach Nationes, wie sie an der Universität Turin noch im 17. Jahrhundert üblich war, vgl. Francesco Ruffini, Cenno storico e disposizioni legislative della R. Università di Torino (herausgegeben vom Ministero della Pubblica Istruzione: Monografie delle Università e degli Istituti Superiori, Roma 1911, vol. I, p. 549).

[3]) P. D. Vincenzio Bini, Memorie Istoriche della Perugina Università degli Studi e dei sui professori. Perugia 1816, Calindri, p. 38.

[4]) Vgl. die Lieder, etwa bei Corrado Corradini, Canti dei Goliardi, Torino (1891), Roux.

[5]) Vgl. z. B. Fernand Baldensperger, Bohême et Bohême: un doublet linguistique et sa fortune littéraire. (Extrait.)

[6]) M. Mandalari e V. Casagrandi, Notizie storiche e descrittive della R. Università di Catania e dei suoi Istituti (1444—1909), in: Monografie ecc. l. c., p. 107.

[7]) Giuseppe Manacorda, Storia della Università in Italia. Vol. I. Il Medio Evo. Palermo 1913, Sandron, p. 176.



einander so viel als möglich Professoren und Studenten abspenstig zu machen, d. h. auszuspannen. Daher bisweilen als Gegenmine der Versuch der Universitäten, die gewonnenen Professoren kontraktlich lebenslänglich an sich zu binden [8]). Häufig traten förmliche Massenabwanderungen von Studenten ein, die auf Grund von Versprechungen der Studienerleichterung, reichlicher und billiger Studentenwohnungen die Alma Mater verließen um am Orte der Verführung und gemachten Versprechungen eine neue Universität zu gründen. So entstand 1222 Padua aus einem (teilweisen) Exodus aus Bologna, 1228 Vercelli aus einem (teilweisen) Exodus aus Padua [9]). Anderen Ortes, wie in Turin, erhielten die Studenten zwar Vergünstigungen bei Zuckerbäckern und jüdischen Wechslern zugesichert, durften aber nicht mehr außer Landes studieren gehn [10]).

In Italien haben zu allen Zeiten Frauen, die sich wissenschaftlichen und künstlerischen Disziplinen widmeten, in großem Ansehen gestanden. Dafür legten schon die Verse von Ariosto ein beredtes Zeugnis ab:

> Le donne son venute in eccellenza
> Di ciascun' arte ove hanno posto cura.

Dieser ihrer hohen Geltung entspricht die Rolle der lehrenden Frau an den italienischen Universitäten des Mittelalters.

Eine der charakteristischsten Erscheinungen der Universitäten des italiensichen Mittelalters ist in der Tat das Auftreten lehrender Frauen, die als gelehrte Juristinnen, Philosophinnen und Gräzistinnen, wenn auch offenbar meist als jeweilige Stellvertreterinnen verhinderter Väter oder Gatten, das Katheder bestiegen und lasen. Besonders das altehrwürdige Bologna rühmt sich seiner Professorinnen, von denen die eine, Novella d'Andrea, die im 14. Jahrhundert lebte [11]), so schön gewesen sein soll, daß sie sich während der Kollegs unter einem dichten Schleier verbergen mußte, um durch die Schönheit ihrer Augen die Studenten nicht zu verwirren. Eine andere, Olimpia Morata, in der Renaissancezeit,

---

[8]) So in Bologna 1189 (Paul Ssymark und Friedrich Schulze, Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1910, Voigtländer, p. 25). Friedrich Heinrich Suso Denifle, Die Universität des Mittelalters bis 1400. Berlin 1885.

[9]) R. Università di Padova, in Monografie ecc., l. c., p. 178.

[10]) Ruffini, l. c., p. 548.

[11]) Emma Tettoni, Le Scienziate Italiane. Im Sammelwerk: La Donna Italiana descritta da Scrittrici Italiane. Firenze 1896, Civelli, p. 272 ff.

ging ins Ausland und las griechische Philologie in Heidelberg [12]). Im Zeitalter Ludwig XIV. lehrte die Venezianerin Elena Lucrezia Cornaro Piscopia in ihrer Vaterstadt Philosophie und Theologie. Bei einer besonderen Gelegenheit setzte selbst der venezianische Senat eine seiner Sitzungen aus, um ihrem Vortrage lauschen zu können.

* * *

In die Mitte des 18. Jahrhunderts fällt die Gründung des ersten Lehrstuhls für Nationalökonomie, mit dem 1754 Antonio Genovesi in Neapel betraut wird (cattedra di commercio e meccanica), und der, wenn man von den kameralistischen Kathedern in Deutschland absieht, bei weitem das früheste Eindringen der Volkswirtschaftslehre in ihrer modernen Gestalt in das europäische Hochschulleben darstellt [13]).

II. Risorgimento.

Mit ungeheurem Schwung beginnt im Italien der ersten Jahre des 19. Jahrhunderts das Aufleben der alten Traditionen, zumal auf wissenschaftlichen Gebieten. Ein Mailänder Patrizier, der Baron Custodi, läßt vom Jahre 1802 ab auf seine Kosten die Klassiker der italienischen Nationalökonomie (Scrittori Classici Italiani di Economia Politica) sammeln und auf bestem Papier in fünfzig stattlichen Bänden veröffentlichen. Eine Großtat, mit welcher Italien heute noch unter den Nationen, welche auf dem Gebiete der Volkswirtschaft Erhebliches geleistet haben, allein steht. Die Veröffentlichung geschah, wie in der Vorrede feierlich verkündet wird, ausdrücklich zum Ruhme des Vaterlandes. Und in diesem Sinne wurde sie auch in einer begeisterten Ankündigung 1804 von dem neapolitanischen Patrioten Vincenzo Cuoco im Giornale Italiano begrüßt [14]). Ein anderer Mailänder Patriot, der Graf Giuseppe Pecchio, schrieb 1829, im Anschluß an die Custo-

[12]) Ueber die Morata, die einen deutschen Gelehrten geheiratet hatte, vgl. auch Ottilie Wildermuth, Olympia Morata, ein christliches Lebensbild. Stuttgart 1854.

[13]) Vgl. Roberto Michels, La Teoria di Carlo Marx sulla Miseria crescente e le sue Origini. Anhang: Le Benemerenze dell'Economia classica italiana e la prima Cattedra di Scienza economica in Italia (Torino 1922, Bocca, p. 223—34).

[14]) Vincenzo Cuoco, im Giornale Italiano Nr. 10, 38, 46, 80, 141; 23 gennaio, 28 marzo, 16 aprile, 4 luglio e 24 novembre 1804.

dische Sammlung, die Geschichte der italienischen Nationalökonomie [15]) und damit die erste nationale Geschichte dieser Wissenschaft überhaupt. Unter den Gefühlen des Stolzes, welche die italienische Brust im Risorgimento schwellen machten, befand sich auch das Bewußtsein, mit Davanzati, Botero, Pandolfini und Scialoja eine solide und wirklich großzügige Volkswirtschaftslehre geschaffen zu haben [16]).

Jedoch das Wiederaufleben der Wissenschaften beschränkte sich nicht auf die Nationalökonomie. Im Jahre 1805 wurde, unter der Aegide von Ludovico Valeriani, zur Veröffentlichung der schönsten unter den der Vergessenheit anheimgefallenen politischen Traktaten der italienischen politischen und ethischen Wissenschaften geschritten. In demselben Jahre begann Sonzogno in Mailand seine Biblioteca di Giurisprudenza Italiana. Im Jahre 1814 lagen von der ebenfalls unternommenen Bilioteca dei Classici Italiani bereits 250 Bände fertig vor.

So war es denn berechtigt, wenn 1808 der Venezianer Antonio Meneghelli u. a. auch auf die Leistungen der Italiener in der Medizin (Ramazzini), in den Naturwissenschaften (Galilei, Volta, Galvani), in der Bildhauerkunst (Canova) hinweisend mit Nachdruck das Recht Italiens auf die Achtung der übrigen Nationen vertrat [17]).

Ein weiteres Mittel zur Anbahnung eines wissenschaftlichen Gedankenaustausches und zugleich eines gemeinsamen Nationalgefühls bestand in der Abhaltung von Kongressen. Zu besonderer Wichtigkeit dabei wurde der Congresso degli Scienziati, der 1846 in Genua stattfand, bemerkenswert durch die, wenn auch nur bärbeißig gewährte Unterstützung der piemontesischen Regierung und die Teilnahme der Gelehrten aus dem Kirchenstaate [18]).

In Oesterreich wurde im Jahr 1817 in den italienischen Pro-

---

[15]) Pecchio, Storia della Economia Pubblica in Italia ossia Epilogo critico degli Economisti Italiani. 3a ed. Lugano 1849, Tip. della Svizzera italiana.

[16]) Italien galt nunmehr als die »Patria dell'Economia Politica, bene e liberalmente scritta« (Cesare Balbo, Speranze d'Italia, p. 462). Aehnlich auch Gioberti, der freilich andere Namen wie Filangieri, Pagano, Genovesi, Beccaria, Verri, Gioia, Romagnosi nennt (Vincenzo Gioberti, Del Primato morale e civile degli Italiani. Milano 1848, Reina, p. 149).

[17]) Abate Antonio Meneghelli, Dei Diritti degl'Italiani alla stima delle Nazioni. Venezia 1808, Vitarelli, pp. XXIV—XXV.

[18]) Francesco Predari, I Primi Vagiti della Libertà Italiana in Piemonte sono Documenti, Aneddoti ignoti o mal noti. Milano 1861, Vallardi, p. 326.

vinzen (in den übrigen Provinzen 1819) der Besuch ausländischer Universitäten bei Geldstrafe untersagt; 1830 wurde den Ungarn ein kleines Zugeständnis, das ihren Theologen bisher noch gelassen worden war, gleichfalls entzogen. Nicht genug mit der Abhaltung der Inländer vom Auslande, sollte auch (bis 1832) kein Ausländer, nicht etwa nur als Lehrer, sondern auch als Schüler von über 10 Jahren in österreichischen Anstalten Aufnahme finden, und selbst jüngere Kinder nicht ohne Zustimmung des Landchefs zugelassen werden[19]). Diesen Absperrungsversuchen erging es wie den Hemmungen, welche die Regierungen im Beginn den Eisenbahnen bereiteten: sie wirkten lächerlich und aufreizend und somit im doppelten Sinne auf die nationalen Ansprüche der beherrschten Völker belebend. Die Italiener wurden stolzer als je auf ihre Bildung. Die Statistiken Cesare Correntis, die von patriotischem Geiste durchdrungen waren, stellten fest, daß im Jahre 1852/53 in den Staaten der österreichischen Monarchie 2723 Schriften in italienischer Sprache und nur wenig mehr, 2787, in den so viel ausgedehnteren Gauen der deutschen Sprachgeltung gedruckt worden waren, trotzdem die deutsche Sprache offizielle Staatssprache und von einem viel größeren Bevölkerungsteil gesprochen wurde, die Italiener dagegen bloß den sechsten Teil des Habsburgerstaates ausmachten; ferner gehe die Zahl der Studenten auf allen österreichischen Universitäten zurück, mit alleiniger Ausnahme derer italienischer Zunge, Padua und Pavia [20]).

Die italienische Studentesca wurde zur eigentlichen Trägerin der Freiheitsbewegung im nationalen Sinne. Sie lieferte die ersten Helden, sie die ersten Blutopfer. Im übrigen verharrte sie, zumal auf den Universitäten des österreichischen Königreichs des Lombardo-Veneto in passiver Resistenz [21]).

* * *

[19]) Georg Gottfried Gervinus, Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Leipzig 1853, Engelmann (I. Band der Geschichte des 19. Jahrhunderts), p. 482.

[20]) Cesare Correnti, Annuario Statistico Italiano. Anno I, 1857—58. Torino-Milano 1858, Canadelli.

[21]) Ueber die auch humorvolle Seite derselben Arnaldo Fraccaroli, Gli Studenti di Padova, in der »Lettura«, anno IX No. 6, giugno 1909, p. 482.

III. Die Periode vom italienischen Einheitsstaat bis zum Weltkrieg.

Dem neuen liberalen Einheitsstaat stellte sich sofort das Problem der akademischen Freiheit (1860—1870); in Wirklichkeit gab es deren zwei, in ihrer Art voneinander sehr verschiedene. Die eine war die Lehrfreiheit; diese wurde von der Legge Casati in positivem Sinn entschieden, da es dem jugendlichen Liberalismus schien, daß dem liberalen Prinzip eine so große Heilkraft innewohne, daß es auch der etwaigen gegnerischen Vertretung z. B. sozialistischer Prinzipien gegenüber leichtes Spiel haben würde. Die andere wurde negativ gelöst; ein freies Hochschulwesen neben dem offiziellen, staatlichen, wurde nicht geduldet [22]).

Aus dieser doppelten Lösung ergab sich auf der einen Seite eine edle, wenn auch in politischen Krisenzeiten bisweilen unterbrochene Toleranz [23]). Lange Zeit war Italien in Europa der einzige Staat, an dessen Universitäten strenge Marxisten und Mitglieder der sozialistischen Parteien lehren und selbst Ordinarien werden konnten. Einer der besten dieser sozialistischen Universitätslehrer, Arturo Labriola, hat einmal die richtige Bemerkung gemacht, die Lehrfreiheit habe in Italien geradezu ihr Ideal, ihr nec plus ultra, erreicht [24]). Dasselbe galt indessen nicht gegenüber den Katholiken. Sei es, daß sie als in der nationalen Frage anrüchiger galten, sei es, daß ihr Geist dem auf den Universitäten herrschenden Liberalismus doch noch heftiger widersprach, als es bei der Mentalität der sozialistischen Dozenten der Fall war, feststeht jedenfalls, daß ihre Laufbahn schwieriger und dorniger war. Besonders schmerzlich empfanden die streng katholischen Kreise in Italien aber das staatliche Verbot, den liberalen Universitäten mit der Gründung eigener katholischer, sogenannt freier Universitäten, wie es z. B. in Belgien und Frankreich geschehen war, ihrerseits entgegentreten zu können [25]). Ganz

---

[22]) Dario Lupi, La Riforma Gentile e la Nuova Anima della Scuola. Milano 1924, Mondadori, p. 112 ff.

[23]) Vgl. Robert Michels, Sozialismus in Italien. Intellektuelle Strömungen. München 1925, Meyer & Jessen, p. 65 f., 299, 334.

[24]) Arturo Labriola, Sul momento attuale della scienza economica. Prelezione ad un corso di economia politica. Pagine Libere, anno I No 1, Lugano, dicembre 1906, p. 5 ff.

[25]) Giuseppe Piovano, La libertà d'insegnamento in Italia nell'ora volgente. Monza 1909.

ist dieser letzte Spalt auch heute noch nicht ausgefüllt, wenn auch in Mailand der Staat seinen früheren Prinzipien entgegen vor etwa einem Jahrzehnt die Gründung einer katholischen Universität, der Università Cattolica del Sacro Cuore, dessen Rektor, der Naturwissenschafter Padre Gemelli, der in Bonn am Rhein studiert hat, zuließ, und Benito Mussolini selbst an der neuen Staatswissenschaftlichen Fakultät in Perugia einen Geistlichen, nämlich den Pater Capra zum Professor für Kolonialwirtschaft hat ernennen lassen.

* * *

In der praktischen Lebensführung blieb zwar die italienische Frau noch des 19. Jahrhunderts fast durchgehends an Haus und Familie gebunden und in ihrer eherechtlichen und wirtschaftsrechtlichen Stellung dem Manne (Vater, Gatten) untertan. Desto höher und trotzdem unwidersprochen war demgegenüber der Flug, den dann einige Späthumanisten, wie Morelli [26]), zugunsten einer Auffassung unternahmen, welche jeden geistigen Unterschied zwischen Mann und Weib überhaupt grundsätzlich zu leugnen versuchte.

Das mit der staatlichen Einheit Italiens zur Herrschaft gelangende liberale System verhielt sich dem Frauenstudium gegenüber von Beginn an außerordentlich freundlich und wohlwollend und beließ es keineswegs bei der Theorie. So kam es, daß ein Ministerialerlaß schon 1876 sämtliche Knabenmittelschulen den Mädchen öffnete, so daß die Gymnasialfrage, die in Deutschland so schwere Kämpfe kosten sollte, in Italien als erstem Land in Europa ohne Schwertstreich gelöst wurde. Das Universitätsstudium war ebenfalls frei und beiden Geschlechtern unter den gleichen sachlichen Bedingungen zugänglich. Aber nicht überall folgte die Sitte dem Gesetz. In Rom schied eine Zeitlang das Mädchen, welches es wagte, über die Schwelle der Universität zu treten, damit fast aus der Gesellschaft aus. Schon gegen Ende des Jahrhunderts hingegen wurde die junge Römer Doktorin den jungen Mädchen aus der Intelligenz zur Nachahmung empfohlen [27]).

In Neapel blühte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts

---

[26]) Salvatore Morelli, La Donna e la Scienza o La Soluzione del Problema sociale. Napoli 1869, Soc. tip. ed.

[27]) Maria Montessori auf dem Internationalen Kongreß für Frauenwerk und Frauenbestrebungen, Berlin 19.—26. September 1896. Berlin 1897, Walther, p. 48.

hinein neben der Universität der freie individuelle akademische Lehrbetrieb [28]), und zwar in Gestalt einer großen Reihe von von einzelnen Privatgelehrten auf eigenes Risiko eröffneter Studii. Dieser Lehrbetrieb stand seltsamerweise an Ansehn weit über dem der Universität. Was die freien Dozenten über die Professoren erhob, das war ihr höherer Enthusiasmus, ihre ganze freiere, auch politisch freiere, dazu weniger verzopfte und hochstelzige Art, ihr größeres sachliches Wissen, zum Teil Errungenschaften der freien wirtschaftlichen Konkurrenz, die unter diesen Schulen bestand und die — etwa im Sinne von Adam Smiths Anschauungen [29]) — als Stimulus auf die Energie und Höhe der wissenschaftlichen Leistungen von größtem und erfreulichstem Einfluß waren.

* * *

Aus hier nicht zu erörternden, weil an anderer Stelle ausführlich dargestellten Gründen [30]) ist die italienische Universität ein mächtiges Reservoir für alle großen sozialen und nationalen Ideale gewesen: Patriotismus, Republikanismus, Sozialismus haben auf ihrem Boden Wurzel geschlagen uud geblüht.

Als die Fremdherrschaft überwunden und Italien, wenigstens bis Verona und Udine, ein Nationalstaat geworden war, da vollzog sich allmählich in der Sinnesrichtung der Studentenschaft eine Umwandlung. Langsam aber sicher traten innerpolitische — konstitutionelle und soziale — Ideale an die Stelle der alten patriotischen. Zunächst freilich zitterten diese letzteren in den Formen lebhaftester irredentistischer Begeisterung, die auch weiter noch viele Anhänger in der Gesamtstudentenschaft zählte und bei großen Tagesmomenten in ihr stets ein herrliches Pathos sittlicher Empörung auszulösen vermochte, noch geraume Zeit die Köpfe beherrschend nach, bis dann schließlich die menschheitlichen Ideale über die rein völkischen überwogen. Die mazzinische Idee einer sozialisierenden, »assoziativen« Republik packte mächtig. Mit der Kräftigung der Arbeiterklasse

---

28) Alfredo Zazo, Le Scuole Private Universitarie a Napoli, dal 1799 al 1860. Napoli 1926, Itea, p. 188 ff. Vgl. auch Zazo, Storia dell'Università di Napoli. Napoli 1924, Ricciardi.

29) Adam Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. London 1826, Dove, p. 714 ff.

30) Vgl. meinen ganz wesentlich über diesen Gegenstand handelnden Band: Sozialismus in Italien. Intellektuelle Strömungen, l. c.

als eines parteibildenden und klassenbewußten Elementes, das für eine Gesellschaftsordnung in die Arena der Geschichte trat, welche dem mazzinistischen Ideal entsprach, dasselbe aber noch erweiterte und präzisierte, gewann der Sozialismus dem Mazzinismus und dem Irredentismus zugleich Boden ab und erkämpfte sich bald an den größeren Universitäten Italiens Bürgerrecht. Emile de Laveleye, der Ende der 70er Jahre Italien bereiste, erhielt auf sein Befragen von einem Studenten in Neapel die Antwort: »Die revolutionären Elemente (les extrêmes) in der Studentenschaft sind nicht mehr Anhänger der Republikaner. Wozu einen König stürzen, der sich mehr mit seinem Lande beschäftigt als der beste Präsident? Aber Sozialisten gibt es unter uns viele« [31])! In der Tat bildete sich bereits 1884 ein ausgesprochen sozialistischer Studentenverein, die Lega degli Studenti Socialisti Italiani, welche in ihrem Aufruf die Wissenschaft als Werkzeug der Bedrückung erklärte, das nur dadurch in ein solches der Freiheit umgestaltet werden könnte, daß die Studenten sich der Arbeiterbewegung anzuschließen entschieden [32]).

Eine Zeitlang schien es, als wollte sich über ganz Italien ein Netz fester studentischer Organisationen mit ausgesprochen sozialistischem Charakter bilden.

Am 31. März 1897 versammelten sich die sozialistischen Studenten der Universität Pisa zur Beratung darüber, wie sie sich dem in ihrer Stadt stattfindenden IV. allgemeinen Studentenkongreß gegenüber zu verhalten hätten [33]). Nach langen Debatten wurde mit sehr großer Majorität die Teilnahme beschlossen. Es wurde ferner vereinbart, dem Kongreß eine Resolution vorzulegen, in welcher dem Proletariat feierlich ein Anrecht auf akademische Bildung zugesprochen und demgemäß bei der Regierung auf eine sofortige Reformaktion, die ihm eine solche ermöglichen sollte, zu dringen sei. Es gelangten folgende Resolutionen zur Annahme, die ein klareres Bild von der Trefflich-

---

[31]) Emile de Laveleye, Le Socialisme contemporain. Paris 1881. Deutsche Uebersetzung: Die sozialen Parteien der Gegenwart. Tübingen 1884, Laupp, p. 321.

[32]) Nach der Questione Sociale, von Andrea Costa. Milano 1882, Vol. I, p. 12 (1884).

[33]) Siehe die interessante Broschüre: Relazione dei Lavori del I° Congresso Socialista Universitario Italiano, Pisa, Aprile 1897. Livorno 1898, Tipografia Popolare.

keit der inszenierten Studentenbewegung zu geben vermögen, als es eine Deskription zu tun imstande wäre:

»I. In Anbetracht des Leitsatzes, daß die Freiheit der Wissenschaft heilig und unverletzlich ist,

daß deshalb die Polizei als ein Werkzeug politischer Macht in den Universitäten nichts zu suchen haben darf

und daß ferner zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin das Ansehen und die Autorität der Professoren genügen muß,

sowie endlich in Anbetracht der Tatsache, daß die kürzlichen Studentenkrawalle in Rom und Bologna, welche zur Bestrafung von Kommilitonen Veranlassung gaben, durch das gegen jene höchsten Leitsätze verstoßende Benehmen der akademischen und politischen Behörden provoziert worden sind,

fordern die zum IV. Universitätskongreß versammelten Studenten,

daß jene Bestrafungen sobald als möglich rückgängig gemacht und den Bestraften richterliche Genugtuung zuteil werde.

II. In der Ueberzeugung, daß es ein unveräußerliches Recht eines jeden ist, an den Gütern der höheren Bildung teilzunehmen,

daß aber die eventuelle Gründung von Stipendienkassen für studentische Vereine eine mit dem prinzipiellen Recht auf Bildung unvereinbare Form der Wohltätigkeit darstellt,

beschließen die zum IV. Universitätskongreß versammelten Studenten,

die Staatsregierung aufzufordern, allen denen, welche die erforderlichen Bedingungen geistiger Fähigkeit erfüllen, aber nicht in der wirtschaftlichen Lage sind, die Kollegien zu besuchen, mit Subventionen beizustehen.

III. In Anbetracht, daß das einjährig-freiwillige Dienstjahr ein Privileg der besitzenden Klasse bedeutet,

und daß die Gesetzwerdung des Gesetzentwurfes Mocenni zu einem Privileg der studentischen vor den nichtstudentischen Proletariern führen müßte, machen die zum IV. italienischen Universitätskongreß versammelten Studenten den Gegenvorschlag,

das Privileg des einjährig-freiwilligen Jahres überhaupt abzuschaffen.

IV. Zurückweisung des Vorschlags betreffs Ermäßigung der Eisenbahnfahrpreise.

V. Die auf dem IV. Universitätskongreß versammelten Stu-

denten senden den Aufständischen in Candia ihren Gruß und protestieren gegen die Intervention der Großmächte, welche, angeblich im Namen der Zivilisation, in Wirklichkeit aber im Interesse des Kapitalismus und seiner gegen die Zivilisation gerichteten brutalen Gewalt, nicht völkerbefreiend, sondern völkerunterdrückend auf den Plan getreten sind.« —

Natürlich kam es schon ehe diese Resolutionen auf die Tagesordnung gesetzt worden waren, schon auf die bloße Bekanntmachung derselben hin, zu heftigen Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Kongreßmajorität. Unter dem feindlichen Ruf: Àbbasso i Garofani Rossi! Nieder mit den roten Nelken! sahen sich die sozialistischen Studenten schließlich gezwungen, den Saal zu verlassen. Sofort darauf aber eröffneten sie ihren eigenen sozialistischen Universitätskongreß. Vertreten war die Studentenschaft von Genua, Florenz, Bologna, Rom, Mailand, Venedig, Pisa, Parma, Siena und Macerata, also von insgesamt zehn Universitäten und sonstigen Hochschulen (Florenz, Mailand, Venedig). Auf diesem Kongreß, dessen Ergebnis sich im ganzen innerhalb der Forderungen des Vorkongresses der Pisaner sozialistischen Studenten bewegte und der zwei Tage in Anspruch nahm, traten noch mehrere weiteren neuen Ideen zutage, die eine Erwähnung verdienen. Zunächst wurde mit allen gegen eine Stimme die Anregung zur Errichtung einer freien sozialistischen Universität in Italien nach dem Muster der Université Nouvelle in Brüssel beschlossen, um auf diese Weise die sozialistischen Professoren vor jeder eventuellen Verfolgung und Bestrafung seitens der Behörden zu schützen und in bezug auf Gründlichkeit und wahre Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft, sowie auf Pflichttreue und Arbeitsamkeit der Professoren und Studierenden eine Musteranstalt zu schaffen, welche die bürgerlichen Universitäten in jeder Hinsicht in den Schatten stellen und beschämen solle. Einem Vorschlag, sich für die Abschaffung aller akademischen Grade auszusprechen, um es dadurch auch dem handarbeitenden Autodidakten schon heute zu ermöglichen, auch ohne vorhergegangene akademische Vorstudien, nach bestandener Prüfung seiner Kenntnisse sich als Privatdozent zu habilitieren und Professor zu werden, wurde zwar im Prinzip zugestimmt, jedoch als Material dem nächsten Kongresse überwiesen. Auch die Stellung der sozialistischen Studenten innerhalb der Partei war Gegenstand der Erörterung. Es wurde davon abgesehen, sozialistische Studentenvereine zu

gründen, dafür aber beschlossen, studentische Gruppen in den sozialistischen Wahlvereinen zu bilden, ein Sieg des Prinzips der kollektivistischen Disziplin über das der individualistischen Autonomie.

* * *

Die Universitäten sind in Italien zu zahlreich und erfreuen sich überdies geographisch nicht einmal überall einer zweckentsprechenden Verteilung. Mehrere Landschaften besitzen deren drei; so Sizilien (Palermo, Messina, Catania), Toskana (Pisa, Siena, Florenz), die Marken (Urbino, Macerata, Camerino); Emilia gar vier (Parma, Modena, Bologna, Ferrara). Bei geschickter Ausnutzung der Fahrgelegenheit könnte ein italienischer Student in einzelnen Gegenden an einem Tag an drei oder vier verschiedenen Universitäten Kolleg hören (was man freilich auch von Universitäten in einigen anderen Ländern, wie der Schweiz und Deutschland, wiederholen könnte). In Anbetracht der hohen Zahl der Analphabeten konnte ein römischer Bürgermeister noch 1906 sagen, die Schulstatistik beweise, daß die Italiener gleichzeitig zu gebildet und zu ungebildet seien: »in relazione alla nostra posizione sociale siamo troppo colti e troppo incolti«[34]); mit anderen Worten, Italien weise einen übertrieben hohen Bruchteil Intellektueller und gleichzeitig auch einen zu hohen Bruchteil des Lesens und Schreibens Unkundiger auf. Gegenüber den etwa 32 000 Studenten in Frankreich, den 25 500 in Oesterreich-Ungarn, den 38 000 in Deutschland, den 40 000 in Großbritannien erschien die Zahl von an die 28 000 Studenten in Italien (1902) als Ueberfülle, nicht so sehr vielleicht im Verhältnis zur Bevölkerungszahl als vielmehr im Verhältnis zur Gesamtbildung des Volkes.

Als Bildungsinstitute für die Landespolitik haben die Universitäten in Italien eine größere Rolle gespielt als wohl irgendwo sonst. Die italienischen Hochschulen haben sozusagen das gesamte Personal geliefert, dessen der Parlamentarismus, und zwar sowohl das aristokratisch als das demokratisch gerichtete Organ des-

---

[34]) Ernesto Nathan, Vent'anni di vita italiana attraverso all'Annuario. Roma 1906, Roux, p. 131. Auch Bonghi bemerkt in naheliegender Hinzielung auf italienische Verhältnisse, daß ein Volk eine bedeutende Wissenschaft und Literatur besitzen könne, ohne doch als Ganzes Anspruch auf Kultur erheben zu dürfen. (Ruggiero Bonghi, Perchè la Letteratura italiana non sia popolare in Italia. Lettere critiche. 3a ed., Milano-Padova 1873, Valentiner & Mues, p. 14 ss.

selben, zu seinem schlechten oder rechten Fonctionnement bedurfte. Nahezu 80 % der Abgeordneten und sämtliche Mitglieder des Herrenhauses (Senatori) sind aus den Universitäten hervorgegangen [35]).

Dazu möge ferner bemerkt werden, daß im Italien des Vorfaszismus besonders die Hochschulprofessoren selbst dem politischen Leben sehr nahe zu stehen pflegten. Die Professoren waren im Parlament stets sehr zahlreich vertreten. Selbst die sozialistische Kammerfraktion zählte 1903 unter ihren 34 Mitgliedern nicht weniger als 10 Universitätsdozenten [36]). Zur Zeit als Mosca und ich an der Universität Turin wirkten, waren an die acht Mitglieder des Lehrkörpers Deputierte und Senatoren. Die intimen Beziehungen zwischen Universität und Politik in Italien wiesen zwei Seiten auf, eine positive und eine negative. Zur letzteren muß vor allem der Schaden gerechnet werden, welchen der akademische Lehrbetrieb an der Regelmäßigkeit und ordentlichen selbstzwecklichen Abwicklung durch die örtliche und häufig auch geistige Abwesenheit eines Teiles der besten Professoren erfuhr. Der Unterricht mußte unter solchen Umständen erheblich Not leiden. Eine boshafte, aber von sachkundiger Feder an Hand der Vorlesungsregister geschriebene Zusammenstellung, die im Jahre 1912 unter der Chiffre e. a. im römischen Avanti erschien, konnte feststellen, wie weit die Herrn Deputierten und Senatoren davon entfernt waren, ihre akademischen Pflichten zu erfüllen. Es gab deren sogar, die es sich mit der Abhaltung von 15 Kollegstunden jährlich genug sein ließen [37]). Indes auch die guten Seiten der engen Verbindung von Universität und Politik in Italien waren vollauf ernst zu nehmen: sie bestanden insbesondere in der Fruchtbarkeit der beiderseitigen Beziehungen; die Wissenschaft, welche durch die Praxis vom Vertrocknen bewahrt wurde; die Praxis des politischen Lebens, welche durch die Mitarbeit der Gelehrten an Einsicht und Zuverlässigkeit gewann. Immerhin wagen wir nicht zu behaupten, daß diese Seite im ganzen dem italienischen Leben mehr Vorteile geboten habe als die andere Seite Nachteile.

* * *

---

[35]) Giuseppe Prezzolini, La Coltura Italiana. Firenze 1923, Voce p. 280.

[36]) Robert Michels, Sozialismus in Italien. Intellektuelle Strömungen, p. 164.

[37]) Avanti vom 12. Januar 1912.

Ueber diese angedeuteten spezifisch italienischen Universitätsdrangsale hinaus litt man in dieser Periode auch noch an all den Uebeln, die dem Hochschulwesen an sich überall anhaften. Die Klagen darüber, die zu einer reichen Literatur Veranlassung gaben, wurden entweder in ein Bett italienischer Akzidentien gehüllt vorgetragen [38]) oder aber beanspruchten rein prinzipiellen Charakter wie den der Antinomie der Universität als Gelehrten- und Beamtenschule [39]).

In vielen Wissenschaftszweigen — wir nennen nur die Chemie, die Kinderheilkunde und die Augenheilkunde, überhaupt mehr die technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen — blieb die italienische Universität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und den ersten Lustren des zwanzigsten noch willige und gelehrige Schülerin Deutschlands und seiner Hochschulen. In manchen anderen Fächern brauchte Italien Deutschland nicht, weil es ihm in seinen Leistungen zum Teil seit Jahrhunderten überlegen war, so in der theoretischen Strafrechtslehre, in gewissen Zweigen der Anthropologie und zumal in der Nationalökonomie, in der Italien, wie bemerkt, schon unter Napoleon I. hatte darangehen können, in fünfzig starken Bänden eine Sammlung der Klassiker der Volkswirtschaftslehre (Economisti Classici Italiani) herauszugeben (eine Leistung, welche bekanntlich die deutsche Nationalökonomie für ihren Teil noch heute nicht aufzuweisen hat). In einer dritten Kategorie Wissenschaftszweige, wie der Philosophie, erhielt die italienische Gelehrtenschaft gewiß viel Anregungen aus Deutschland — Herbart, Hegel — aber es überwog doch allmählich gerade hier der Eindruck, daß die deutsche Wissenschaft ihren spekulativen, schöpferischen Charakter eingebüßt habe und entweder positivistisch, neokantianisch oder gar philologisch geworden sei [40]). In Anbetracht der damals liberalen

---

[38]) Tullio Martello, La Decadenza dell'Università Italiana. Annuario della R. Università di Bologna 1890. Federico Garlanda, La terza Italia. Lettere di un Yankee. 3a ed. Roma s. a. Biblioteca della Rivista Minerva, No. 15. Soc. Editr. Laziale, p. 122—37.

[39]) Ueber den immanenten Gegensatz zwischen der Università Professionale und der Università Scientifica vgl. Francesco Enriquez in den Atti dell'Assemblea Generale dell'Associazione Nazionale frai Professori Universitari. Roma, Gennajo 1911. Torino 1911, Gussoni, p. 126 ff. Ganz ähnlich etwas später in Deutschland Friedrich von der Leyen, Deutsche Universität und deutsche Zukunft. Jena 1906, Diederichs, p. 73.

[40]) Benedetto Croce, Storia d'Italia dal 1871 al 1915. 3a ed., Bari 1928, Laterza, p. 136.

Richtung der italienischen Gelehrten stieß auch die zentrale Autoritas des Staates, zumal in dessen preußischer Form, bei vielen auf heftigen Widerspruch [41]). Dennoch darf alles in allem gesagt werden, daß die deutsche Wissenschaft auf italienischen Hochschulen gewaltigen Kredit besaß und heute noch besitzt. Es ist wohl, um das Verhältnis zwischen den beiden Ländern auf die kürzeste Formel zu bringen, bemerkt worden, die Deutschen besäßen für Italien Liebe ohne Achtung, die Italiener für Deutschland Achtung ohne Liebe. Wenn das Diktum der Wahrheit entspräche, ließe sich für die Beziehungen zwischen den beiden großen Kulturnationen kaum eine falschere, schiefere, gefährlichere Basis denken. Jedenfalls sollte sich, zum Teil wenigstens, die italienische Achtung noch sogar während des Weltkrieges bewahrheiten, in welchem die italienischen Universitätsprofessoren das Eintreten ihres Landes in den Krieg mit einem Schwanengesang auf Deutschland begleiteten, das nur deshalb angeklagt wurde, weil es sich in der Gefolgschaft Oesterreichs befände [42]).

* * *

Zumal in Nord- und Mittelitalien machten sich — wie Benini hervorgehoben hat — starke Schwankungen in der Frequenz der einzelnen Universitätsfakultäten bemerkbar, die eine hervorragende Elastizität des Universitätsstudiums in seiner Anpassungsfähigkeit an den Arbeitsmarkt und dessen Konjunkturverhältnisse in die Erscheinung treten ließen [43]). Es schien, als ob der italienische Nationalökonom Graf Giuseppe Pecchio Recht behalten sollte, der im Jahre 1832 die Behauptung aufgestellt und in einer besonderen Schrift des Ausführlicheren belegt hatte, daß auch die geistigen Erzeugnisse allgemeinen Wirtschaftsgesetzen vom Angebot und der Nachfrage unterliegen [44]).

Die Formen, in denen sich das Studium in dem industrie-

---

[41]) Antonio Labriola, Del Materialismo Storico. 2a ed. Roma 1902, Loescher, p. 43.

[42]) Giorgio Del Vecchio, P. Fedozzi, C. Errera, P. S. Leicht, Leonardo Bianchi, Pietro Bonfante, Gino Arias, Ad. Solmi, G. Albini, La nostra Guerra. Pubbl. dell' Associazione nazionale frai professori universitari. Firenze 1915, Tip. Domenicana, vgl. p. 14 ff.

[43]) Rodolfo Benini, Lezioni di Statistica Economica. Roma, Sampaolesi, p. 81. — Vgl. unsere Tabelle auf p. 576.

[44]) Giuseppe Pecchio, Dissertazione sino a qual punto le Produzioni scientifiche e letterarie seguano le Leggi economiche della produzione in generale. (Lugano 1832, Ruggia).

armen Süditalien vollzieht, reihen sich dem Gesagten an. Hier hat es nicht nur lange ein Ueberangebot an intellektuellen Arbeitskräften und mithin ein intellektuelles Proletariat gegeben[45], sondern auch die Verteilung der Studierenden auf die einzelnen Fakultäten war (und ist zum Teil heute noch) ungesund, oder vielmehr das Symptom eines wirtschaftlich ungesunden Zustandes. Die Zählung von 1870 stellte fest, daß auf je 10 000 Einwohner in Norditalien 7 und in Süditalien 12 Advokaten entfielen. Im Jahre 1870 besaß das Land beider Sizilien unter seinen 9 859 410 Einwohnern die stattliche Anzahl von 12 529 Juristen (also 13 für je 10 000 Einwohner). Die Volkszählung des Jahres 1911 ermittelte in der Berufsgruppe: Professioni e aziende legali für Norditalien 7, für Süditalien (einschließlich Abruzzen und den Inseln) aber 15 Juristen auf je 10 000 Einwohner. In Campanien entfielen sogar 6865 Juristen auf 3 311 990 Einwohner, also nicht weniger als 20 Juristen pro 10 000 Einwohner.

Der Unterschied zwischen dem industriell fortgeschrittenen und hochzivilisierten Norden und dem agrarischen Süden spielt eben auch hier mit hinein.

Die ziffernmäßige Stärke der juristischen Fakultät in den süditalienischen Universitäten und die relative Vernachlässigung der mehr auf das moderne technisch-industrielle Leben gerichteten Wissenszweige[46] ist durch den Mangel an Betätigungsmöglichkeiten auf diesen Gebieten in Süditalien verursacht. Was soll der junge Mann aus guter Familie anders studieren können als Jurisprudenz, wenn ihm keine Berufe in industriellen Großbetrieben zur Verfügung stehen?

* * *

IV. Nachkriegszeit.

Politisch brachte das Kriegsende einen Umschwung in der Studentenschaft mit sich: den ihrer Gesinnungen. Aus Ursachen,

[45]) Wie der piemontesische Diplomat Graf Costantino Nigra im Jahre 1861 aus Neapel berichtet, waren die reich dotierten Wohltätigkeitsinstitute dort förmlich umlagert und ausgepowert von einer unendlichen Schar von Beamten, Verwaltern, Ingenieuren und Advokaten. (Costantino Nigra, Napoli nel 1861. Rapporto, pubbl. nella Nuova Antologia, XXXVII, fasc. 722, p. 324.)

[46]) Vgl. die diesbezüglichen Angaben bei Vincenzo Castrilli, Gli Studenti delle Università italiane. Indagini statistiche. Roma 1923, Tip. operaia romana coop. p. 89 ff.

die ich an anderer Stelle ausführlich und, wie mir scheint, überzeugend dargestellt habe[47]) und hier deshalb nicht zu wiederholen brauche, stand das aus den Schützengräben patriotisch aber verarmt herauskommende studentische Reserveoffiziertum den kommunistisch gerichteten, aber in ihrer Lohnhöhe aufgebesserten Arbeitern plötzlich als Gegner gegenüber. Ein politisch nicht zu unterschätzendes Symptom des studentischen Gesinnungswechsels bestand in dem Umzug durch die Stadt, den, entgegen allen Traditionen der akademischen Jugend Italiens, die Studentenschaft von Universität und Polytechnikum in Turin 1922 aus Freude über den Wahlsieg der bürgerlichen Partei und als Protest gegen die kurz zuvor vom Proletariat versuchte dauernde Besetzung der Industriebetriebe veranstaltete.

Dieser Umschwung äußerte sich dauernd in der starken Beteiligung der Studenten an der fascistischen Bewegung, ferner auch darin, daß in den darauffolgenden Kampfesjahren die antifaszistischen Strömungen (Katholiken, Liberale, Demokraten, Republikaner, Sozialisten und Kommunisten) gerade in der Studentenschaft gering vertreten waren; jedenfalls viel geringer als in den anderen Gesellschaftsschichten, einschließlich der Studierten. Heute sind, während die übrigen Parteien aufgelöst und verboten sind, die fascistischen Studenten in Centurien politisch-militärisch straff organisiert. Sie machen nicht überall die Mehrzahl unter ihren Kommilitonen aus[48]). Das brauchen sie auch nicht, denn die Fascistenpartei beruft sich auf das Prinzip der Minderheit. Seit Januar 1928 sind überhaupt die Pforten der Partei für Neubeitretende geschlossen und werden nur in ganz vereinzelten Fällen, auf Anweisung der Zentralparteileitung, die in den Händen von Augusto Turati liegt, hin geöffnet[49]).

Im übrigen waren die Nachkriegserscheinungen in Italien etwa die gleichen wie in Deutschland.

---

[47]) Vgl. meinen Sozialismus und Fascismus in Italien. München 1925, Meyer u. Jessen, p. 242 ff.

[48]) Oder doch? Ein wissenschaftlicher und politischer Gegner des Fascismus, Arturo Labriola, hat vor nicht langem ausgeführt: »In einem gewissen Sinne liegt die wahre Kraft des Fascismus nicht so sehr in dem bewaffneten Heer, über das er verfügt, sondern vielmehr im nationalen Fanatismus der studierenden Jugend. Dieser Nationalismus ist spontan, aufrichtig, uninteressiert, wie es eben meistens die Ideen der Jugend sind.« (Arturo Labriola, Die gegenwärtige Phase des Fascismus. in »Gesellschaft«. V, 1 [1928] p. 36.)

[49]) Bisher (August 1928), wie verlautet, nur in 6 Einzelfällen, die Ehrenmitgliedschaftscharakter hatten.

Der Weltkrieg hatte die Gebildeten in eine üble Lage gebracht. Auf der einen Seite hatte ein Teil der Bourgeoisie während des Krieges ungeheure Profite angehäuft; auf der andern Seite standen weite Schichten der Arbeiterschaft, denen es ebenfalls geglückt war, ihre Lage beträchtlich zu heben. Dazwischen eingekeilt lebten klein- und mittelbürgerliche Rentnerschichten, denen der Rückgang der Kaufkraft des Geldes die Rente je nach den einzelnen Landesteilen auf ein Drittel bis Fünfzehntel des ehemaligen Wertes verkürzt hatte, sowie die Mehrzahl der sogenannten Gebildeten und Akademiker, deren Einkommen, insoweit sie sich nicht zu industrialisieren vermocht hatten, ebenfalls durch die Geldentwertung stark herabgedrückt worden war. Das gilt mehr oder weniger für ganz Europa.

Man kann vielleicht mitleidslos sein und daran erinnern, wie sehr die Gebildeten, zumal in den kriegführenden Ländern, mit Schuld beladen sind. Waren sie doch in hohem Grade die Träger des nationalen Hasses und die Wortführer in dem Kampfe, bis zur Verblendung. Jedoch mit diesem Hinweise würde die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß das Elend, dem diese Kreise entgegengingen, am Marke der Völker selbst gezehrt hat. Denn, trotz allem, was gegen sie gesagt werden kann und darf, sind diese Schichten doch die Repräsentanten der altaufgespeicherten Kultur der Völker, denen sie angehören. Ihr Niedergang mußte mithin auch diese selbst treffen. Ganz abgesehen davon, daß, wie wir an anderer Stelle auseinandergesetzt, gerade die italienische Studentenschaft an Tapferkeit und Aufopferungsfähigkeit im Kriege ihr möglichstes geleistet hat.

Beispiele für den Niedergang der Gebildeten sind außerordentlich zahlreich. Sie gehen zum Teil indirekt aus einem Vergleich zwischen den Gehaltsaufschlägen der unteren, nicht studierten Klassen mit den entsprechenden der oberen, studierten hervor. Aus vielen Einzeltatsachen aus den verschiedensten Ländern läßt sich beweisen, daß erstere bedeutend mehr gewachsen sind als letztere. Es gab in der unmittelbaren Nachkriegszeit Länder, in denen z. B. ein Weichensteller mehr Jahreseinkommen als ein Kreisarzt oder ein Extraordinarius an der Universität hatte. Ein besonders treffendes Beispiel bildete die Stadt Venedig. Hier erhielt eine von der Gemeinde angestellte Bürgerschullehrerin ein Salär von etwa 10 000 Lire jährlich. In der gleichen Stadt wurden die von der Regierung abhängigen Mittelschullehrerinnen

nur mit 6—7000 Lire (bei einem Maximum von 10 200 Lire) besoldet. So konnte es vorkommen, daß sich junge Lehrerinnen unter Verzicht auf die Verwendung ihrer höheren Leistungsfähigkeit und ihren Anspruch auf Anstellung an sozial höheren Posten, an technischen Schulen oder Lateinschulen, aus finanziellen Gründen dazu entschlossen, von ihrer Qualifikation keinen Gebrauch zu machen und bei den Elementarschulen unterzukommen versuchten.

In den meisten italienischen Universitätsstädten waren die Zimmer so selten und so teuer, die Pensionen so unerschwinglich geworden, daß die Zahl der Studenten oft absolut, stets aber relativ d. h. gemessen an der Zahl der tatsächlichen Frequenz zurückgegangen war. Es war selten, daß Studenten, die ihre Eltern nicht in der Stadt wohnen hatten, in welcher der Sitz der Universität war, diese Stadt bewohnten. In der Mehrzahl der Fälle verblieben sie vielmehr ruhig im Elternhaus und reisten in die Universitätsstadt schlechterdings zur Immatrikulation und zu den Examina. Auch der Kollegienbesuch der wirklich die Stadt bewohnenden Studenten war ein sehr mäßiger, da die Zahl derer rapid wuchs, die sich während ihrer Studienzeit auf der Universität nach einem Erwerb umsahen und infolgedessen keine Zeit hatten, den Vorlesungen nachzugehen.

Besonders nachteilig wirkten derartige Zustände auch auf die Privatdozenten der italiensichen Universitäten. Während noch 1913 in den großen juristischen Fakultäten fleißige und beliebte Privatdozenten auf etwa 250 Studenten pro Jahr rechnen konnten, war 1921 die entsprechende Zahl etwa 30, was einem Jahreseinkommen von circa 450 Lire gleichkam.

* * *

Da bei der Immatrikulation des italienischen Studenten weder der Beruf des Vaters noch die bürgerliche oder adlige Herkunft (der Student als solcher trägt keinen Titel) erfaßt sind, so sind Studien über die soziale Struktur der Studentenschaft und deren allfällige Veränderungen, wie solche mit sehr interessanten Resultaten an einigen deutschen Universitäten ausgeführt werden konnten [50]), in Italien, als ihrer natürlichen Grundlage entbeh-

---

[50]) Wir nennen Aloys Fischer, Die wirtschaftliche Lage der Studentenschaft Münchens und die Bedeutung der Studentenfürsorge. München 1921, Mahr. Albert Rienhardt, Das Universitätsstudium der Württem-

rend, von vornherein ausgeschlossen. Eine freilich nur in sehr kleinem Umfange vom Schreiber dieses im Jahre 1913 an der Universität Turin unter den regelmäßigen Besuchern seiner Vorlesungen (eingeschriebene 302) vorgenommene Privatenquete ergab, daß unter 46 Studenten 32 Söhne von Juristen (darunter 11 von Staatsbeamten), 6 von Medizinern, 4 von Industriellen und Kaufleuten, 2 von Mittelschulprofessoren und 2 von Hochschulprofessoren waren. 11 gehörten dem (meist piemontesischen) Adel an. Bauern- und Arbeitersöhne waren nicht darunter. Das ist meiner Schätzung nach ein auch für heute zutreffendes Bild.

* * *

In Italien wie überall ließ die Nachkriegszeit die Zahlen der Studierenden an den Universitäten mächtig anschwellen. 1913/14 beliefen sie sich auf 25 548, 1914/15 auf 26 537, 1920/21 auf 43 865, 1921/22 auf 40 881 [51]). Die Ursachen dieser Erscheinung sind die gleichen wie die im übrigen Kriegseuropa, wozu noch die Tatsache der starken allgemeinen Volkszunahme, die allein Italien während des Krieges zu verzeichnen hatte, kam. Dabei ergab es sich, daß zumal einige Wissenschaftszweige, die vor dem Kriege an den Hochschulen nur schwächlich vertreten gewesen waren, wie Chemie, Arzneikunde (Pharmakologie) und Tierheilkunde, einen mit dem Krieg ursächlich zusammenhängenden Aufschwung nahmen [52]). Bemerkenswert ist vor allem die starke Zunahme in den naturwissenschaftlichen Fächern [53]).

* * *

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich das Frauenstudium, trotzdem die Nachkriegszeit und die geistigen und poli-

berger seit der Reichsgründung. Tübingen 1918. Walter Schöne, Die wirtschaftliche Lage der Studierenden an der Universität Leipzig. Leipzig 1920, Lorentz. Paul Mombert, Zur Frage der Klassenbildung. Kölner Vierteljahrshefte für Sozialwissenschaften, 1. Jahrgang (1921), Heft 3.

[51]) Vincenzo Castrilli, l. c., p. 198. — Die Ziffern umfassen außer den Studierenden der Universitäten selbst noch die der Veterinärhochschulen in Turin, Mailand und Neapel, der Marinehochschulen in Genua und Neapel, der Polytechniken in Turin, Mailand und Neapel, der Ingenieurhochschulen in Bologna und Rom, der technischen Hochschule in Florenz und der Architekturhochschule in Rom. Es fehlen also einige der in unserer Tabelle auf S. 575 mit inbegriffenen Kategorien von Unterrichtsinstituten.

[52]) Castrilli, p. 200. — Vgl. unsere Tabelle S. 576.

[53]) An der Hand einer Kartothek der statistischen Abteilung des italienischen Unterrichtsministeriums, in welcher jeder an italienischen Universitäten

tischen Strömungen, die sich in ihr bemerklich machten, ihm keineswegs durchweg günstig waren, seit Kriegsbeginn mehr als verdoppelt hat und über die Jahre hinweg in ununterbrochenem Aufstieg begriffen ist.

Zahl der an den italienischen Universitäten immatrikulierten weiblichen Studierenden[54]).

Studienjahr	Fakultäten				
	juristische	medizinische	naturwissenschaftliche	philosophische	Insgesamt
1915—16	36	86	598	766	1486
1916—17	47	103	743	873	1766
1917—18	56	132	878	1045	2111
1918—19	71	149	1185	1108	2513
1919—20	109	190	1645	1319	3263
1920—21	150	237	1628	1495	3510
1921—22	195	229	1628	1518	3570
1922—23	235	207	1629	1744	3815
1926—27 [55])	—	—	—	—	5467

* * *

Ueber manche der vielen, wie manche meinten, zu vielen italienischen Universitäten hing seit langen Jahren — schon unter dem liberalen Beginn der Vorkriegszeit — ein Damoklesschwert. Von Zeit zu Zeite tauchte im Unterrichtsministerium das Projekt auf, wenigstens einige der schwächst besuchten und mit wissenschaftlichen Hilfsmitteln knappst versehenen Hochschulen aufzulösen. Jedesmal erhob sich indes ein Sturm der Entrüstung

immatrikulierte Student mit ergiebigen Daten über seine Vorbildung und seine Examensresultate usw. figuriert, hat Alfredo Niceforo den Beweis dafür geliefert, daß die Studenten mit vorwiegend technischer Vorbildung, d. h. nach Absolvierung des »Istituto Tecnico«, in den naturwissenschaftlichen Fächern auf der Universität bessere Examina liefern als die Studenten mit klassischer Vorbildung, d. h. nach Absolvierung des »Liceo«. Niceforo wagt aus dem reichlichen Material freilich nicht den Schluß zu ziehen, daß die Studierenden der ersteren Gruppe dem Elitecharakter näher kommen als ihre Kommilitonen aus der letzteren Gruppe, gibt die Möglichkeit einer derartigen Ueberlegenheit indes zu. (Alfredo Niceforo, Les »Classiques« et les »Tecniciens« dans leur note d'examen à la Faculté des Sciences, im Journal de la Société de Statistique de Paris, octobre 1913, p. 23.)

[54]) Ministero della Pubblica Istruzione, Direzione Generale per l'Istruzione Superiore: Statistica della popolazione scolastica delle Università e degli Istituti Superiori. Roma 1925 und Roma 1926, Libreria dello Stato, p. 96 ff. und p. 98 ff.

[55]) Für die Studienjahre 1923—25 waren die Daten nicht zu ermitteln; für 1926—27 (s. Annuario Statistico Italiano, 1928) fehlt die Einteilung nach Fakultäten.

unter den Betroffenen, die vielfach auf eine glorreiche Tradition ihrer Einrichtungen zurückblicken, immer aber auf starken Lokalpatriotismus rechnen konnten, ein Sturm, vor dem die ministerielle Absicht jedesmal in ihr Schneckenhaus zurückkroch. Die Universität Sassari war sogar auf Erlaß des Unterrichtsministeriums bereits wirklich einmal abgeschafft worden, als sie durch mit großer Mehrheit gefaßten Parlamentsbeschluß sofort wieder neu errichtet wurde. Ein andermal war die Universität Messina im Begriff gewesen, geschlossen zu werden, als eine Revolution dort auszubrechen drohte und der Minister von den Studenten in Effigie öffentlich verbrannt wurde.

Im Jahre 1921 schien aber nun endlich ein fester Wille hinter der alten Absicht zu stehen. Die Faszisten waren am Ruder, und der Philosoph Giovanni Gentile saß im Ministerium. Dieser sprach es aus: es gibt sowohl zu viele Universitäten als zu viele Studendenten [56]). Diesmal blies der Sturmwind mächtig, aber tüchtig war auch die Abwehr. Das Ende vom Liede war, daß nicht nur die 21 Universitäten ausnahmslos am Leben blieben, sondern die Regierung noch drei neue, Mailand, Florenz und Bari (die das überbürdete Neapel entlasten und das aller Hochschulen bare Südostitalien versorgen sollte, und die außerdem dazu bestimmt war, auf die Balkanländer zu wirken) hinzugründete, so daß Italien nunmehr 25 Universitäten besitzt [57]). Immerhin brachte Gentile dabei eine einschneidende Reform zustande. Die Universitäten wurden jetzt in drei Typen eingeteilt. Eine Anzahl (10) von Universitäten, je eine pro Landesteil, wurde nicht auf Grund des Kriteriums der Stadtgröße, sondern des der Bedeutung der Alma Mater in der Geschichte ausgewählt, und als dem Typus A zugehörig erklärt: Bologna, Cagliari, Genova, Napoli, Padova, Palermo, Pavia, Pisa, Roma, Torino. Alle anderen (11) Staatsuniversitäten kamen in die Kategorie B: Bari, Catania, Firenze, Macerata, Messina, Milano, Modena, Parma, Perugia, Sassari, Siena. Die (4) Privatuniversitäten endlich wurden in eine dritte Kategorie C untergebracht: Urbino, Camerino, Ferrara und die Università cattolica del Sacro Cuore in Mailand. A und B wurden in Gehaltsverhältnissen und Ernennungsmodalitäten der Profes-

---

[56]) Giovanni Gentile, La Riforma della Scuola. Bari 1924, Laterza, p. 27.

[57]) Dazu kommt noch die Regia Università degli Studi Economici e Commerciali in Triest, die aber trotz ihres Titels noch den Charakter einer Handelshochschule aufweist.

soren, sowie in Studienordnung einander völlig gleichgestellt. Der einzig wichtige Unterschied zwischen beiden Gruppen besteht in der Finanzierung. Während die Unterhaltungskosten der zehn Universitäten des Typus A vom Staate allein gedeckt werden, erhalten die vom Typus B zwar einen kleinen Staatszuschuß, müssen aber im übrigen ihre Ausgaben aus eigenem Vermögen bestreiten. Es spricht in hohem Grade für den Geist von Universität und Bürgerschaft (Provinzen, Handelskammern, Banken usw.), daß keiner einzigen Universität dieses letzten Typus durch die genannte Bestimmung der Riforma Gentile der Lebensfaden abgeschnitten worden ist, und daß alle die nötigen Mittel zur Erhaltung selbst aufgebracht haben. Gentile hatte einen leisen Zweifel ausgesprochen: »ed è ad ogni modo da ritenersi che, col costante ed efficace concorso degli enti locali, (tali università) potranno, in seguito alla riforma, utilmente e rigorosamente prosperare, sempre che rispondano a reali bisogni della regione« [58]). Heute hat sich herausgestellt, daß alle Schwarzseher unrecht hatten. Ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte der alten Kommunen, welche nun mit erneuter Kraft und unter neuen Voraussetzungen darauf verweisen können, daß sie weiter dazu imstande sind, Kulturwerke auf ihren eigenen Schultern zu tragen, ist entstanden. Die (meist sehr kleinen) Universitäten des dritten Typus C, die sich völlig allein unterhalten müssen, tun es ebenfalls mit leidlichem Erfolg.

* * *

In den letzten Jahren sind auch einige neuen besonderen Fakultäten entstanden, welche sich als Staatswissenschaftliche bezeichnen lassen (Facoltà die Scienze Politiche). Diese, bisher drei neuen Fakultäten (in Rom, Pavia, Perugia) [59]), haben eine politische, eine wissenschaftliche und eine berufliche Entstehungsursache. Erstere ist klar: die Ideen des neuen Staatsgedankens, seiner Entwicklung und seiner Entwicklungsmöglichkeiten in das Hochschulleben einzuführen, Herrschaft zu gewinnen über die Ge-

[58]) Ugo FraschereIli, La Riforma. Per l'Istruzione superiore, in: La Riforma Gentile e la nuova anima della Scuola, a cura dell'on. Dario Lupi. Milano-Roma 1924, Mondadori, p. 126.

[59]) Die Frequenzziffern sind für Rom 1926/27: 162, 1927/28: etwa 400; für Pavia 1926/27: 63; für Perugia 1928 (erstes Jahr): 96. Vgl. für das letztere den kurzen Bericht von Sergio Panunzio, in der Glossa, rivista mensile degli Studenti della Facoltà Fascista di Scienze Politiche della R. Università di Perugia; I, 2 (Luglio 1928), p. 27.

müter, dem dem Fascismus zum Teil noch feindlichen oder gleichgültigen, dem alten Liberalismus holden Geist der Professorenschaft in den anderen Fakultäten eine neue Quelle entgegenzusetzen [60]).

Die zweite, mehr beruflich gerichtete Entstehungsursache der neuen Fakultäten hängt mit den neuen oder umgeformten Lebenszweigen des Staates zusammen, der ein seinen erweiterten Bedürfnissen entsprechendes Beamtenmaterial braucht: mit wirtschaftlichen Funktionen ausgestattete Richter (die in der Carta del Lavoro vorgesehenen Schiedsrichter) [61]), fascistische Gewerkschaftsleiter, Konsuln, Diplomaten, Kolonialbeamte; eine ganze junge Generation, die dazu bestimmt ist, die italienische Zukunft von Grund aus zu fascistisieren, denn das fascistische Italien teilt mit dem bolschewistischen Rußland die Erkenntnis, daß die Zukunft dem gehört, der die Jugend für sich hat, und legt deshalb seine Politik auf die erzieherische Erfüllung dieser mit seinen Ideen an: auf die Bildung eines neuen Beamtenkörpers.

Die dritte Ursache der Gründung der neuen Fakultäten besteht in der Notwendigkeit der Einführung einer ganzen Reihe neuer Wissenschaftszweige in den Rahmen der konsakrierten Wissenschaftssphäre, wodurch eine notwendige Modernierung der Wissenschaft selbst bewirkt werden soll. Wir machen einige dieser Zweige namhaft [62]): Geschichte der politischen Lehrmeinungen, volkswirtschaftliche Dogmengeschichte, Kolonialrecht, Zeitungswesen, Verfassungsgeschichte, Presserecht und vergleichendes Presserecht, korporatives Recht (Diritto sindacale), Fremdenökonomie (Economia Turistica), für Italien von höchster Bedeutung (nur in Rom gelehrt). Dazu, den politischen Bedürfnissen entprechend, Geschichte und Theorie des Fascismus, Geschichte

[60]) Die Universität Bologna bot 1923 Benito Mussolini den Doctor honoris causa an. Mussolini erwiderte dankend, aber ablehnend, er wolle guadagnarselo, come ogni altra cosa della sua vita (Margherita Sarfatti, Dux. Milano 1920, Mondadori, p. 261). Mit anderen Worten: er wolle nichts geschenkt haben, wie er nie in seinem Leben etwas geschenkt bekommen habe; er wolle sich den Doktorhut verdienen. Er hat sich dann eine Zeitlang mit der Absicht getragen, eine Dissertation über den Staatsmannbegriff Machiavellis zu schreiben, auch mit einer Reihe von sachkundigen Gelehrten über das Thema konferiert, dann aber, aus äußeren und inneren Gründen, den Gedanken fallen gelassen.

[61]) Vgl. meinen Aufsatz: Das neue Arbeitsgesetz in Italien, in der »Relazione annuale della Camera di Commercio Italo-Germanica«, 1925. Frankfurt a. M., p. 24—41.

[62]) Regia Università degli Studi, Perugia, La Facoltà Fascista delle Scienze Politiche. Perugia, anno VI, Bartelli, p. 14.

der fascistischen Gesetzgebung, und als Prüfungsfächer noch die üblichen Fächer der juristischen Fakultät und die bekannten nationalökonomischen Lehrgegenstände. Von dem in diesen neuen Fakultäten herrschenden studentischen Geiste kann Schreiber dieses aus Erfahrung bezeugen, daß er vorurteilslos und sehr lernbegierig ist. Die Immatrikulation steht nur dem Fascio eingeschriebenen Studierenden offen. In 80 von 100 Fällen handelt es sich übrigens um einen zwei Jahre nach dem Abschluß der juristischen Studien und dem entsprechenden Doktorexamen als Ergänzung zu erwerbenden zweiten Doktorgrad [63]). Mit anderen Worten die Quasitotalität der Studenten der neuen Fakultäten hat bereits in einer anderen Fakultät doktoriert und besitzt einen diesem wichtigen Umstand entsprechenden höheren Alters- und Reifegrad. Die große Mehrzahl hat bisher, zumal in den nationalökonomischen und historischen Fächern, ausgezeichnete, oft ganz hervorragende Prüfungen abgelegt. Die Zahl der bei Vorhandensein des an einer anderen Fakultät erworbenen Doktortitels in zwei Jahren abzulegenden Examina ist achtzehn.

Die Riforma Gentile (Dekret vom 30. September 1923) bezweckte, den Studenten größere Lernfreiheit, größere Auswahl in den — immer noch äußerst zahlreichen — Examensfächern zu gewähren, damit der individuellen Verschiedenheit der Studierenden besser Rechnung getragen werde; ferner Einführung eines Staatsexamens, damit das Doktorexamen seinen Charakter einer rein wissenschaftlichen Prüfung wiedergewinnen könne. In den neuen staatswissenschaftlichen Fakultäten kommt diese Tendenz (nach den Statuten) dadurch zum Ausdruck, daß z. B. in Rom von den 19 vor der Doktorprüfung abzulegenden Examen 14 obligatorisch (vorgeschriebene Fächer), aber 5 weitere aus 12 fakultativen Fächern frei ausgewählt werden können. In Perugia haben die Doktoranden der Staatswissenschaften das Recht, unter 22 Fächern 18 auszuwählen; wollen sie sich einer der fünf verschiedenen Spezialkarrieren (Verwaltungspolitik, Gewerkschaftspolitik, diplomatisch-konsulare Politik, Kolonialpolitik, Journalistik) zuwenden, so haben sie sich der Prüfung in je drei obligatorischen Fächern zu unterziehen, während sie unter 26 weiteren Fächern 15 auswählen können.

---

[63]) Die übrigen sind zumeist Doktoren anderer Fakultäten (Medizin und Philosophie), und müssen wegen ihrer heterogenen Vorbildung drei Jahre lang an der Fakultät immatrikuliert bleiben.

Die Privatdozenturen und Berufungen für vakante Lehrstühle der kleineren Universitäten, welch letztere gleichzeitig als Eingangspforten für die größeren, die durch Berufung seitens der Fakultäten besetzt werden, fungieren, werden durch eine alljährlich für jedes Fach neu zusammengesetzte fünfgliedrige Zentralfachkommission besetzt, zu der ein Mitglied vom Unterrichtsminister bestellt wird, zwei durch eine Art Referendum durch alle an den Universitäten des Reiches tätige Ordinarien des entsprechenden Faches bestimmt werden und weitere zwei von der Universität, an welcher der Lehrstuhl frei ist oder die Habilitation vor sich gehen soll, ernannt werden (diese müssen ebenfalls Fachkollegen sein, der eine aus dem Schoße der betreffenden Universität, der zweite aus einer beliebigen anderen Universität). Das Verfahren ist kompliziert, gibt aber leidliche Gewähr für eine gerechte, dem »Schul«- und Cliquenwesen nach Möglichkeit entzogene Auswahl der Würdigen.

* * *

Die Gehaltsverhältnisse der italienischen Universitätsprofessoren sind außerordentlich schlecht. Das nach 15 Jahren Ordinariat erreichte Höchstgehalt des ordentlichen Professors (professore ordinario, jetzt professore stabile) beläuft sich als Bruttogehalt, d. h. ohne Steuerabzug auf 27 500 Lire jährlich, wozu noch 9 500 (ebenfalls brutto) sogenannte attività di servizio kommt. Total: 37 000 Lire (brutto). An Nebeneinnahmen nur einige Examensporteln (propine d'esame). Kollegeinnahmen gibt es nicht.

Die schlechten Gehälter der italienischen Universitätsprofessoren stehen in absolutem Widerspruch mit dem Einfluß dieser Kategorie im öffentlichen Leben. Dazu ist freilich zu bemerken: erstens, daß das wesentliche Rekrutierungsgebiet der Hochschuldozenten im begüterten, alteingesessenen, gebildeten Bürgertum liegt[64]), dem aus anderen Quellen Einnahmen zufließen, welche

[64]) Eine merkwürdige statistische, zum Teil auch im Zusammenhang mit der Frage nach der Erhärtung der oft angeregten Probleme der höheren Intelligenzentwicklung in den Erstgeborenen stehende Untersuchung über die Gebürtigkeit der italienischen Universitätsprofessoren hat ergeben, daß die faktische Zahl der Erstgeborenen unter ihnen in der Tat beträchtlich höher ist, als sie theoretisch sein dürfte. Ist damit der Beweis für die höhere Intelligenzentwicklung der Erstgeburten erbracht? Mit Recht weist der Bearbeiter der Statistik selbst darauf hin, daß diese Annahme deshalb nicht zwingend sei, weil von den Familien selbst die erstgeborenen Söhne häufig dazu bestimmt

die eigentliche Berufseinnahme oft nur als Nebeneinnahme erscheinen läßt; zweitens, und noch wesentlicher, daß in Italien nicht nur die Mediziner und die Naturwissenschafter (ähnlich wie an den Universitäten der meisten anderen Staaten) durch Ausübung eines Privatnebenberufes viel Geld verdienen, sondern daß dort auch die Juristen in der gleichen Lage sind (Gutachten, Advokatenberuf), und zu dieser Beschäftigung zum Teil auch gerade durch die schlechten Gehaltsverhältnisse sozusagen gedrängt werden.

* * *

Ein noch nicht gelöstes Problem des modernen italienischen Universitätslebens ist das der ausländischen Studenten. Im Mittelalter waren die italienischen Studi die wahren almae matres der europäischen Studentenschaft. Nach dem Rinascimento wurde das anders. Der Zusammenbruch des die Christenheit verbindenden Latein als Gelehrtensprache, die Entstehung neuer Gelehrtensprachen aus den Vulgärsprachen sowie mächtiger Nationalstaaten jenseits der Alpen bei gleichzeitiger Zerrüttung und Zerklüftung des staatlichen Italiens, das Ueberhandnehmen von Spagnolismus, Marinismus und Akademismus in Italien selbst, mußten die italienischen Hochschulen dem europäischen Universitätskreis einigermaßen entfremden. Die Brennpunkte internationaler Universitätsbesucher heißen heute in fast monopolistisch zu nennender Weise Frankreich und Deutschland (sowie die kulturell zu einem dieser beiden gehörige Schweiz und das deutsche Wien), wozu, überwiegend für die Völker des fernen und fernsten Ostens, noch die angelsächsischen Sprachgebiete, England und Amerika, sowie nicht zu vergessen, Rußland in Betracht kommen. Zu diesen Quellengebieten internationalen Lernens gehört Italien heute nicht, oder doch nur in sehr bescheidenem Maße, was aus mehr als einem Grunde unrecht ist; nicht nur wegen der Bedeutung und Schönheit der italienischen Sprache und der Tüchtigkeit der italienischen Wissenschaft auf so vielen Gebieten, sondern vor-

---

würden, die Universitätslaufbahn einzuschlagen, weil angenommen werden könne, daß sie auf diese Weise der Familie am ehesten Ehre machen werden (Corrado Gini, Nuove Osservazioni sui Problemi dell'Eugenica: la Distribuzione dei professori delle Università Italiane secondo l'ordine di nascita Rivista Italiana di Sociologia, XVIII. Marzo/Aprile 1914). Die Intelligenz der italienischen Professoren hinge also sozusagen mehr von der Intelligenz der Familien, aus denen sie hervorgehen, als von ihrer häufigen Erstgebürtigkeit ab.

nehmlich auch deshalb, weil gerade der italienische Hochschulprofessor im Durchschnitt über eine Kenntnis der fremdsprachlichen einschlägigen Literatur verfügt wie kaum ein anderer entsprechender Gelehrter in Europa, und gerade die italienische Hochschule folglich wirklich einen ganz besonders hohen Grad von geistigem Internationalismus aufweist [65]).

Die Zahl der ausländischen Universitätsstudenten betrug, Ferraris zufolge, in Frankreich für das Studienjahr 1907/08 4181; in Deutschland 1908/09 3879; in Oesterreich 1907/08 1924 [66]). Für Italien gibt der gleiche, um die Universitätsstatistik verdiente Autor den aus den sechs Jahren von 1905 bis 1911 sich ergebenden entsprechenden Jahresdurchschnitt, und zwar einschließlich der an Polytechniken, Handelshochschulen, Landwirtschafts-Akademien usw. immatrikulierten studierenden Ausländer, mit 241,2 an [67]). Der große Abstand zwischen der Zahl der ausländischen Studierenden in Italien und der in den oben genannten Ländern wird um so augenfälliger, wenn man in Betracht zieht, daß in den auf letztere bezüglichen Ziffern nur die Universitäten, in den für Italien angegebenen Ziffern dagegen, wie wir sahen, auch die übrigen Hochschulen mit inbegriffen sind.

Seither ist die Zahl der ausländischen Studierenden in Italien allerdings etwas gewachsen. Aus den Daten der amtlichen Statistiken [68]) konnte ich für die Zeit während und nach dem Weltkrieg folgende Tabelle zusammenstellen (nächste Seite):

Zur Herstellung des Gleichgewichtes und da aus politischen wie aus ökonomischen Gründen es dem Fascismus ohnehin lieber sein muß, die internationalen Beziehungen so einzurichten, daß mehr Fremde nach Italien kommen als Italiener in die Fremde

---

[65]) Vgl. mein Begleitwort zu Friedrich Voechting, Die Romagna. Eine Studie über Halbpacht und Landarbeiterwesen in Italien. Karlsruhe 1927, Braun, p. VII.

[66]) Carlo F. Ferraris, Di alcuni caratteri internazionali dell'istruzione superiore. Discorso nella seduta della R. Accademia dei Lincei del 4 giugno 1911. Roma 1911, R. Accademia dei Lincei, p. 517.

[67]) Carlo F. Ferraris, Stranieri inscritti nel sessennio scolastico dal 1906/07 al 1911/12 e laureati e diplomati nel sessennio scolastico dal 1905/06 al 1910/11 nelle Università e negli Istituti Superiori Italiani. Venezia 1912, Ferraris, p. 238.

[68]) Ministero della Pubblica Istruzione, Direzione Generale per l'Istruzione Superiore: Statistica della popolazione scolastica delle Università e degli Istituti Superiori l. c., 1925 und 1926, p. 97 ff. und p. 99 ff.

Zahl der immatrikulierten Ausländer

Studienjahr	an den Universitäten	an den übrigen Hochschulen	insgesamt
1915—16	206	108	314
1916—17	182	93	275
1917—18	245	128	373
1918—19	143	68	211
1919—20	237	113	350
1920—21	302	163	465
1921—22	366	162	528
1922—23	374	135	509

gehen [69]), hat Mussolini zur Anlockung ausländischer Studenten kein erfolgversprechendes Mittel gescheut. Zunächst erließ er eine Verfügung, durch welche die ausländischen Studenten auf italienischen Hochschulen von allen Gebühren befreit werden, d. h. ihr Studium unentgeltlich machen können. Ferner wurde 1926 in Perugia neben und unabhängig von der alten Universität, welche auf das Jahr 1276 zurückgeht und somit die zweitälteste in Italien sein dürfte (nach Bologna), eine offizielle (königliche) Universität für Ausländer (R. Università degli Stranieri) gegründet, die 1927 von etwa 219 Studenten aus allen Teilen der Welt besucht wurde (Juli-Oktober) und auf der nach bestandenem Examen Diplome des Befähigungsnachweises zur Erteilung italienischen Unterrichtes im Auslande ausgestellt werden [70]).

Die auf diesem Gebiete erzielten Erfolge haben den ausschließlich italienischen Charakter der Studentenschaft an den italienischen Universitäten bisher nur zu wenig beeinträchtigen können (umgekehrt ist es z. B. den Schweizer, aber auch einigen französischen und deutschen Universitäten ergangen, bei denen die Gefahr der Ueberfremdung besteht).

* * *

Die italienische Wissenschaft ist, ähnlich wie die deutsche, ganz wesentlich Universitätsgut. In England bestanden und bestehen beträchtliche Teile der bedeutenderen Gelehrtenwelt aus Privatgelehrten, reichen Herren, die mit dem Organismus der

---

[69]) Antonio Bruers, Giovani Italiani all'estero o giovani stranieri in Italia? im: Lavoro d'Italia vom 29. Mai 1928. — Giorgio Del Vecchio, Relazione sull'Anno accademico 1926—27 (V). Roma 1927, Tip. Pallotta, p. 7.

[70]) Astorre Lupatelli, Annuario della R. Università italiana per Stranieri di Perugia. Anni accademici 1926 e 1927. Perugia 1927, Bartelli, p. 92.

Universitäten beruflich-technisch nichts zu tun haben. Es ist in Italien selten, daß ein Privatgelehrter auf die Jugend Einfluß gewinnt. Man könnte hier eigentlich nur den Namen Benedetto Croce nennen, und dem vielleicht noch Guglielmo Ferrero und Giuseppe Prezzolini hinzufügen. Im übrigen ist alles, was in der Wissenschaft Namen und Einfluß besitzt, dem Lehrkörper an den Universitäten angehörig oder, um mit Börne (aber ohne despektierlichen Nebensinn) zu reden, am Staatskarren attaschiert. Diese Tendenz ist unter dem fascistischen Regime in Italien eher noch stärker geworden als vorher, insofern als gerade dieses darauf bedacht ist, auch mit akademischer Bildung versehene Politiker und Journalisten, insoweit sie in ihren Arbeiten wissenschaftliche Qualifikation aufweisen, mit Lehrstühlen zu versehen und so ihre Tätigkeit der Universität zuzuführen.

* * *

Noch auf einige weiteren Besonderheiten der italienischen Universitäten möge aufmerksam gemacht werden. Wie in Frankreich, so gibt es auch in Italien keine theologischen Fakultäten. An diesem Umstand hat selbst die freundliche Haltung der fascistischen Regierung zur katholischen Kirche nichts geändert[71]). Man ist nach wie vor in Italien der Ansicht, daß die geistliche Berufsbildung, insoweit die Theologie Glaube und nicht Wissenschaft ist, auf kirchlichen Berufsschulen (bischöflichen Seminarien), insoweit sie aber wissenschaftliche Fächer mit umfaßt (Kirchenrecht, Religionsgeschichte, Philosophie), diese an Ort und Stelle der zugehörigen Fakultäten auf den Universitäten, zu denen die Geistlichen, insofern ihre Bildung den allgemein gültigen Regeln entspricht, selbstverständlich freien Zugang haben, erworben werden solle. In der Tat ist an den italienischen Universitäten eine beträchtliche Anzahl von Geistlichen immatrikuliert.

Die andere Bemerkung betrifft die Soziologie. Obgleich Italien gerade auf diesem Gebiet viel früher und kräftiger hervorgetreten ist, als wohl die meisten anderen Völker (der Name Giambattista Vico möge hier genügen), sodaß sie sogar mit guten Grün-

---

[71]) Vgl. meinen Artikel »Fascismus« in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, Bd. II. Tübingen 1928, Siebeck, p. 524—29.

den als typisch italienischer Wissenschaftszweig hat bezeichnet werden können [72]), ist es gerade in Italien um ihr akademisches Bürgerrecht immer noch schlecht bestellt. Bekanntlich ist die Soziologie als Lehrfach ganz wesentlich englische und französische Disziplin [73]). Dagegen stieß die nuova scienza in Italien wie in Deutschland lange auf offiziellen wie offiziösen Widerspruch, der in Deutschland erst nach der Revolution fallen gelassen wurde, in Italien hingegen, wenn auch in verminderter Form, weiter besteht. Heute fristet die Soziologie auf italienischen Universitäten nur in Rom und Padua mit je einem Lehrauftrage ein sehr bescheidenes, kaum bemerktes Dasein.

Der Besuch der philosophischen Fakultäten ist im allgemeinen, selbst da, wo ihre Dozenten zum Teil Weltruf genießen, wie z. B. in Rom, unbedeutend, etwa um ein Viertel geringer als der juristischen und etwas mehr als zwei Drittel der medizinischen Fakultät. Da die philosophischen Fakultäten in Italien fast nur zu den Mittelschulkarrieren führen (nicht wie in Deutschland auch zum Journalismus und zum »Prestige«, zu welch letzterem Behufe der Italiener den Dr. jur. vorzieht), so ist hier die Zahl der Laienstudenten vielfach so gering, daß die Fakultät vielfach nur von jungen Geistlichen und studierenden Mädchen besucht wird, so daß man sie im akademischen Jargon spöttisch als Facoltà delle Gonne oder delle Sottane (Fakultät der Röcke) bezeichnen hört. Immerhin läßt die internationale Universitätsstatistik kaum schlüssige Vergleiche zu, da auf deutschen Universitäten zur philosophischen Fakultät auch die Naturwissenschafter, welche in Italien eine besondere Fakultät, die Facoltà delle Scienze bilden sowie (wenigstens bis vor kurzem) auch die zahlreichen Scharen

---

[72]) Arcangelo Ghisleri, Sociologia italiana, in der Rivista d'Italia, 1919, Bd. II, H. IV.

[73]) Das erhellt typisch aus dem Verhalten der Schweizer Universitäten, die, insoweit sie französischer Zunge und Mentalität sind, sich der Soziologie nicht verschlossen haben (Lausanne: Pareto; Genf: L. Wuarin, G. L. Duprat), während die Schweizer Hochschulen deutscher Zunge, die doch sonst in allem in die Fußspuren Deutschlands treten, sich selbst jetzt noch gegen die gleichberechtigte Einführung der Soziologie sperren, wie sie auf reichsdeutschen Universitäten erfolgt ist. Wie ich soeben erfahre, hat man in Basel, wo ich vierzehn Jahre lang Nationalökonomie gelesen und Soziologie nur von Zeit zu Zeit in einem Nebenkolleg fast heimlich gehalten (und natürlich in den Prüfungen nie aus diesem Fragen zu stellen gewagt habe), nach meiner Berufung nach Perugia dem von mir innegehabten Lehrstuhl die Worte »und Soziologie« nachträglich angehängt. Was reichlich spät und post festum war und doch ein erfreuliches Zeichen später Einsicht ist.

der Nationalökonomen, welche in Italien in die juristische Fakultät hineingehören, zählen.

* * *

In den letzten Jahrzehnten ist auch eine gewisse sozialethische und volkswirtschaftliche Vorbedingung für die Erhöhung der Frequenzen auf den italienischen Hochschulen eingetreten. Diese Vorbedingung ist im starken Rückgang des Analphabetentums zu erblicken, denn dieser macht die Volkswirtschaft für das Studententum tragfähiger.

Man sollte z. B. für den ärztlichen Stand annehmen können, daß in Gegenden, wo die Bevölkerung Schulbildung genossen hat, sie eher gewillt sein würde, sich in Krankheitsfällen des Arztes zu bedienen; womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß Analphabeten der ärztlichen Pflege weniger benötigten als des Lesens und Schreibens kundige Personen. Eher umgekehrt. Aber eine völlig unwissende Bevölkerung ist Aberglauben und Hexenspuk zugänglich und hegt Argwohn gegen den Aerzteberuf. So war es bisweilen im Süden zur Zeit des Ausbruches von Epidemien bei der wilden Aufregung, die sich in solchen Fällen der Bevölkerung zu bemäch-

Zahl der des Lesens und Schreibens kundigen Einwohnerschaft Italiens nach den Volkszählungen von 1872—1921.

Volkszählungen	Absolute Zahlen			Pro 100 Einwohner, deren Bildungsstand bekannt [74])			Pro 100 Einw.
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insges.	
1872 (1. Januar) . .	4 422 347	2 791 891	7 214 238	38	24	31	27
1882 (1. Januar) . .	5 533 136	3 736 112	9 269 248	45	31	38	33
1901 (10. Februar) . .	7 841 847	6 342 366	14 184 213	58	46	52	44
1911 (10. Juni) . . .	9 662 734	8 660 189	18 322 918	67	58	62	53
1921 (1. Dezember):							
Innerhalb der Vorkriegsgrenzen . . .	12 070 482	11 480 368	23 550 850	75	69	72	63
Einschließlich der neu hinzu gekommenen Gebiete	12 713 890	12 108 130	24 822 020	76	70	73	63

[74]) Presidenza del Consiglio dei Ministri, Istituto Centrale di Statistica del Regno d'Italia: Annuario Statistico Italiano, anno 1927 — V — terza serie, vol. I. Roma 1927, anno VI, p. 67. — Zu weiterem Vergleich haben wir dieser Tabelle noch die Verhältniszahlen zu je 100 insgesamt am Tage der Volkszählung in Italien anwesenden Einwohnern angefügt, wobei allerdings die unter ihnen vorhandenen Kinder unter 6 Jahren den Prozentsatz als zu tief herabgedrückt erscheinen lassen.

Zahl der des Lesens und Schreibens Kundigen unter je 100 Eheschließenden in Italien, aus den Jahren 1921—1926.

Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt
1921	87,8	79,7	83 7
1922	88,3	80,5	84,4
1923	88,8	81,4	85,1
1924	89,4	82,9	86,2
1925	89,6	83,4	86,5
1926	89,6	83,4	86,5

Anzahl der Studierenden auf den italienischen Universitäten und anderen italienischen Hochschulen, einschließlich der Handelshochschulen, der Ausbildungsinstitute für Lehrer und Lehrerinnen und der Landwirtschaftsakademien[75]).

Bevölkerungszahl vom 31. Dezember		Studierende in den Jahrgängen		Anzahl der Studierenden pro 100 000 Einw.
1893	30 981 548	1893/94	21 870	70,6
1894	31 191 564	1894/95	23 257	74,6
1895	31 401 580	1895/96	24 123	76,8
1896	31 612 172	1896/97	25 321	80,1
1897	31 822 188	1897/98	25 598	80,4
1898	32 032 204	1898/99	25 519	79,7
1899	32 242 220	1899/00	26 062	80,8
1900	32 452 236	1900/01	26 761	82,5
1901	32 614 437	1901/02	27 388	84,0
1902	32 784 583	1902/03	26 401	80,5
1903	32 894 435	1903/04	25 917	78,8
1904	33 138 033	1904/05	25 801	77,9
1905	33 248 545	1905/06	26 393	79,4
1906	33 401 650	1906/07	27 152	81,3
1907	33 627 753	1907/08	26 935	80,1
1908	33 948 340	1908/09	27 295	80,4
1909	34 205 795	1909/10	26 850	78,5
1910	34 547 424	1910/11	26 682	77,2
1911	34 813 975	1911/12	26 115	75,0
1913	35 238 997	1913/14	31 395	89,1
1914	35 597 784	1914/15	33 132	93,1
1920	36 000 000	1920/21	60 110	166,9
1921	38 710 576	1921/22	54 868	141,7
1922	38 790 000	1922/23	51 219	132,0
1923	39 136 000	1923/24	44 944	114,3
1924	39 401 000	1924/25	44 328	112,5
1925	39 693 000	1925/26	45 557	114,8
1926	40 064 000	1926/27	52 546	131,2

[75]) Die Daten zu obiger sowie zu der folgenden Tabelle sind, außer den beiden von uns zitierten Aufsätzen von Ferraris und dem Werke von Castrilli, l. c., vom Jahre 1921 ab entnommen dem Annuario Statistico Italiano, l. c., anno 1927 V, p. 77, und anno 1928 VI, p. 80—81.

Die Verteilung der Studierenden in Italien auf die einzelnen Fächer und die periodischen Schwankungen in der Frequenz derselben.

Fächer	1892/93 Anzahl	1902/03 Anzahl	1902/03 Zunahme bzw. Abnahme seit 1892/93	1911/12 Anzahl	1911/12 Zunahme bzw. Abnahme seit 1902/03	1914/15 Anzahl	1914/15 Zunahme bzw. Abnahme seit 1911/12	1921/22 Anzahl	1921/22 Zunahme bzw. Abnahme seit 1914/15
Jurisprudenz (Doktorexaminanden)	5690	7177	+ 1487	9235	+ 2058	8848	— 866	8517	— 331
Notariatsaspiranten	571	792	+ 221	479	— 313				
Medizin	6521	5872	— 643	4610	— 1262	5664	+ 1054	9963	+ 4299
Mathematik	366	485	+ 119	569	+ 84				
Ingenieure	1426	1416	— 10	2876	+ 1460				
Physik	70	100	+ 30	84	— 16	8247	+ 1755	15711	+ 7464
Chemie	69	536	+ 467	293	— 243				
Naturwissenschaften	226	382	+ 516	255	— 127				
Polytechnikum	1346	1221	— 125	2415	+ 1194				
Philosophie u. Literatur	1325	1541	+ 216	1762	+ 221	2265	+ 503	3241	+ 976
Pharmazeutik	1888	3620	+ 1732	1223	— 2397	1134	— 89	2531	+ 1397
Veterinärkunde	—	—	—	—	—	379	—	981	+ 602

tigen pflegte, manchmal direkt lebensgefährlich, Arzt zu sein. Im Norden wird der Arzt fast dem Künstler gleich geachtet, im Neapolitanischen hat man noch in der letzten Cholerazeit auf die Aerzte geschossen.

Aehnlich liegt es bei den Rechtsanwälten. Der analphabetische Bauer sucht seine Streitsachen direkt in persönlichen Händeln auszutragen und scheut sich davor, sich einem Rechtsanwalt anzuvertrauen. Oder aber seine Ehrfurcht vor dem Codices und dessen Vertretern macht ihn so unbeholfen und ängstlich, daß er gar nicht wagt, seine Rechte in welcher Form immer geltend zu machen. Der des Lesens und Schreibens kundige Bauer dagegen pflegt seine rechtlichen Interessen wahrzunehmen, was bei ihm allerdings manchmal zu Prozeßsucht ausarten kann.

Die Wirtschaft als Kreislauf.

Von

W. LEONTIEFF.

Betrachtet man die gegenwärtige Lage der Wirtschaftstheorie, so erstreckt sich zunächst vor den Augen ein buntes Durcheinander von Grundprinzipien und Grundanschauungen, von Wert- und Preistheorien, die meistens gegeneinander reden, ohne daß irgendeine Richtung als die herrschende das Feld behauptete, wie es noch vor kurzer Zeit von der Grenznutzenschule gesagt werden konnte. Ueberschlägt man nun aber die scharfen Kritiken und die allgemeinen Einführungen, gelangt zu den positiven Ausführungen, was leider häufig durch eine kreuzworträtselartige Terminologie sehr erschwert wird, so erscheinen alle die Gegensätze bei weitem nicht so durchgreifend,

wie es die einzelnen Theoretiker selbst zu wissen glauben. Man sieht, daß die Grundanschauungen, ja selbst die Methoden in gewissen Grenzen trotz allen Methodenstreites in gemeinsame Bahnen laufen, und wenn sie dennoch aneinander vorbeireden, so liegt es zum großen Teil bloß an den Worten. Es steht um die nationalökonomische Theorie gar nicht so verzweifelt schlecht, wie es manche Pessimisten (Gottl-Ottlilienfeld, Stolzmann, Salin) verkünden.

Man könnte aber denken, daß dieses den einzelnen Theorien Gemeinsame bloß eine Anzahl von Selbstverständlichkeiten sei, welche einem „erfahrenen Praktiker“ ohne jede Wissenschaft vertraut seien. Die weitere Untersuchung soll das Gegenteil beweisen. Keine „praktischen Evidenzen“ liegen der heutigen, und nicht nur der heutigen, Wirtschaftstheorie zugrunde, sondern höchst abstrakte, ja sogar aprioristische Auffassungen.

Wirtschaft als Kreislauf — dieses Schlagwort scheint am besten geeignet zu sein, den Grundzug der modernen Wirtschaftstheorie auszudrücken.

Wenn wir von der Wirtschaftstheorie sprechen, so ist damit keinesfalls der gesamte begriffliche Apparat der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung gemeint. Unsere Untersuchung gilt lediglich den rationalen Konstruktionen, welche in Form einer »reinen« Wirtschaftstheorie z. B. die Preisgesetze behandeln.

Indem wir im Laufe der weiteren Analyse in einer gewissen Richtung etwas tiefer durchzudringen versuchen, so geschieht es mit klarem Bewußtsein dessen, daß, wie die Problemstellung, so auch die Fragebeantwortung sich immer in dem engen Kreise der isolierenden Methode bewegt. Niemals handelt es sich dabei um etwas Seiendes, sondern lediglich um ein Mögliches.

Allerdings werden dabei die Schranken der eigentlichen Preistheorie überschritten. Es scheint uns aber, daß die abstrakte Methode durchaus nicht an ein bestimmtes Erkenntnisgebiet gebunden ist, sondern eher ein bestimmtes Erkenntnisniveau kennzeichnet.

Es ist durchaus verständlich, daß die rationale Erkenntnis zunächst auf diejenigen Erscheinungen gerichtet worden ist, welche ihrem Wesen und Inhalt nach von einer subjektiven Rationalität getragen werden — auf die Markterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft; hier fallen sozusagen Theorie und Praxis zusammen. Daher die triviale Selbstverständlichkeit der meisten »Preisgesetze«.

Sobald es sich aber herausstellt, daß sogar in diesen engen Grenzen durchaus keine reine Kultur des homo oeconomicus zu finden ist, sind für die abstrakte Theorie nur zwei positive Auswege vorhanden. Entweder hält man an der Identität richtiger Parallelität der praktischen und theoretischen Vernunft fest und betreibt die Wirtschaftstheorie als eine normative Disziplin — eine Lehre von der »richtigen Wirtschaft«[1]) —, oder aber man läßt die unmittelbare Verbindung

[1]) s. z. B. Ernst Schuster, »Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis« 1928. I. Bensheimer, Mannheim.

zwischen dem rationalen Erkenntnisschema und rationellen Erkenntnisobjekt fallen. Man versucht, auch Dinge, welche der praktischen ratio widersprechen oder überhaupt mit dieser nichts zu tun haben, rational zu erkennen [1a]).

Wir machen uns die letztere Methode zu eigen. Aber eben dadurch, daß alle äußeren Schranken der rationellen Erkenntnis aufgehoben werden, muß ihre innere Begrenztheit besonders deutlich zutage treten. Auch die feinste Hypothese enthält keine einzige Aussage über die Wirklichkeit. In diesem Sinne könnte man sagen, daß die rationale Theorie überhaupt noch keine Erkenntnis ist, sondern ein bloßes Erkenntnismittel. Nur als ein Werkzeug betrachten wir auch die Theorie des wirtschaftlichen Kreislaufes. Wir glauben aber feststellen zu können, daß dieses Werkzeug sich im Laufe der Entwicklung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse wohl bewährt hat.

Es ist eine häufige Erscheinung, daß gewisse Bestandteile eines theoretischen Systems zunächst als immanente Eigenschaften des Erkenntnisobjekts betrachtet und ausgearbeitet worden sind, um dann allmählich sich von diesem abzusondern und endlich als methodologische, d. h. von außen hereingetragene Prinzipien erkannt zu werden. Auch der wirtschaftliche Kreislauf ist seit je Objekt theoretischer Betrachtung gewesen; erst in der jüngsten Zeit wird aber das Problem bewußt als ein besonderes hervorgehoben.

Demgemäß stellt sich die Aufgabe der methodologisch orientierten Forschung nicht als ein Versuch dar, mit Hilfe eines »neuen Organon« eine »neue Wissenschaft« aufzubauen, sondern eher als eine viel bescheidenere Aufräumungsarbeit innerhalb des alten theoretischen Gebäudes. Man hat nur die letzten Konsequenzen zu ziehen. Somit erhält auch unsere Untersuchung eigentlich einen kritischen Charakter.

Das Problem des wirtschaftlichen Kreislaufes hat sich aber noch so wenig herausdifferenziert, haftet so wenig an irgendeiner einzelnen theoretischen Richtung, bestimmten Lehrmeinung oder ein System eines einzelnen Autors, daß jede rein kritische Einstellung eine schwerfällige Zitiermaschinerie in Bewegung setzen müßte, an deren Buntheit und Uneinheitlichkeit jede systematische Kritik letzten Endes doch scheitern müßte. Es erscheint viel zweckmäßiger, auf eine fortwährende Bezugnahme auf einzelne Lehrmeinungen zu verzichten und das Problem zunächst rein analytisch zu behandeln.

A. Das allgemeine Schema des wirtschaftlichen Kreislaufes.

Das Erkenntnisobjekt.

Häufig hält der Forscher es für seine erste Pflicht, ehe er die eigentliche Untersuchung einleitet, zunächst sein Erkenntnisobjekt

[1a]) Diese erkenntnistheoretische Spaltung kann allerdings leicht durch einen metaphysischen Ausgleich behoben werden. Wird der Begriff einer höheren allgemeinen Vernunft gefunden, so kann dadurch das »scheinbar« Wider- und Unvernünftige letzten Endes doch seine rationale Rechtfertigung finden. Das ist der Sinn des philosophischen Rationalismus: Alles Seiende ist vernünftig!

streng zu definieren, von den Nebengebieten sorgfältig abzustecken, um nachher in voller Sicherheit das eigene Feld zu bearbeiten, — ein methodologisch völlig unbegründetes Vorurteil.

Absolute, von der Natur gegebene Grenzen zwischen verschiedenen Erkenntnisobjekten gibt es ja überhaupt nicht. Je mehr man in die Tiefe dringt, desto weiter kann man auch in die Breite greifen. Wie weit, das kann in jedem einzelnen Falle nur nach dem schon erfolgten Abschluß der Untersuchung festgestellt werden. So hatte Simmel recht mit seinem Hinweis darauf, daß »... es einmal eine Eigenschaft unseres Geistes (sei), daß er auf begrifflich noch unsicheren Fundamenten doch ein sicheres Gebäude aufführen kann«. Der Abschnitt über das Objekt muß logischerweise der letzte sein.

Zunächst ist ein allgemeiner Hinweis, keine Definition, sondern eine Bezeichnung erforderlich, welche möglichst wenig Begrifflichkeit, aber desto mehr Anschaulichkeit in sich tragen muß.

Unser Erkenntnisobjekt ist die Wirtschaft im weitesten Sinne, d. h. in aller erdenklichen Vielseitigkeit der Bedeutung dieses Wortes.

Der Zweck in der Wirtschaft.

Es ist ein Prozeß, der darin besteht, daß gewisse Elemente in bestimmten Beziehungen zueinander stehen und in rastlosem Fluß einander ablösen. Diese Elemente sind von verschiedenster Art: Sachen, Dienste, Empfindungen usw.

Nun stellt sich aber die Frage: Wie können diese einzelnen, einander fremden Elemente ein einheitliches Gefüge bilden? Mit Absicht vermeiden wir hier die Frage nach dem Zweck, sondern begnügen uns mit dem Problem der Möglichkeit; denn, müßte die Wirtschaft auch von irgendeinem höheren Zwecke abhängen, so wäre zunächst doch die objektive Möglichkeit der Zweckerfüllung und ihre Bedingungen zu ergründen. Ist aber irgendein Zweck selbst im Erkenntnisobjekt wirksam, z. B. in der Form des »ökonomischen Prinzips« — eines Strebens nach maximaler Bedürfnisbefriedigung, so kann unsere Analyse, die ja keine praktische, sondern eine rein theoretische ist, die Zweckerfüllung (in größerem oder kleinerem Maße) als vorausgesetzt annehmen und wiederum auf das »Wie« sich beschränken.

Technik und Wirtschaft.

Vom Standpunkte der Kreislaufvorstellung scheint auch die ganze Diskussion über die Beziehung der »Technik« zur »Wirtschaft« außer der Tragweite des eigentlichen Fragenkomplexes zu liegen.

Es ist geradezu erstaunlich, wie einig die meisten Theoretiker trotz aller Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit ihrer Systeme in diesem Punkte sind, wie einstimmig sie die strenge Scheidung der Technik und Wirtschaft zum höchsten methodologischen Gebot erheben und wie eifrig sie demgemäß dessen Verletzung einander vorwerfen.

Hier sind zwei Betrachtungsweisen zu unterscheiden. Erstens sucht man die beiden Gebiete objektiv als zwei verschiedene, wesensfremde Gegenstände voneinander abzugrenzen. Etwa in der Art, daß alles, was in einer Fabrik an mechanischen Prozessen vorgeht, zur Technik, dagegen dasjenige, was im Kopfe der Menschen an allerlei wirtschaftlichen Ueberlegungen und Schätzungen abläuft, zur Wirtschaft gerechnet wird. Die Scheidungslinie läuft dabei entweder ganz eng am Psychischen vorbei (z. B. Liefmann), oder sie wird weiter ins Materielle hinausgeschoben.

Die andere Auffassungsweise hat einen logischen, richtiger teleologischen Charakter, indem zwei Einstellungsweisen, zwei verschiedene Gesichtspunkte einander gegenübergestellt werden, so daß jede Erscheinung sowohl unter dem ersten als auch unter dem zweiten Gesichtswinkel betrachtet werden könnte. Die Definition von Gottl-Ottlilienfeld lautet z. B.: »Wirtschaft ist eine ‚endzweckmäßige' Gestaltung des Handelns, Technik ist eine ‚Mittelsuche'« [2]).

Die beiden Einstellungen müßten eigentlich auf einem gewissen Niveau zusammentreffen. Darum besteht auch tatsächlich die Tendenz zu ihrer Kombination. Nun leiden aber die meisten solcher Kombinationsversuche an Künstlichkeit und Gezwungenheit. Die Ursache dafür scheint die zu sein, daß weder von der einen noch von der anderen Seite das entsprechende Niveau erreicht wird. Bei der objektiven Scheidung müßte die »Wirtschaft« zur reinen Idee (nach Art des Erkenntnisobjektes bei Rickert) zusammenschrumpfen, d. h. jeder Gegenständlichkeit beraubt werden, und das wäre für die objektive Abgrenzungsweise unannehmbar. Im zweiten Falle müßte man eigentlich den Ausgangspunkt der verschiedenen Betrachtungsweisen ganz über die Wirtschaft erheben, und das erscheint auch unmöglich, weil man ihn hier in den Menschen, d. h. in das Objekt selbst, versetzt, nach der Art eines »immanenten Telos«.

Für uns sind sowohl die »technischen« als auch die »wirtschaftlichen« (im Sinne der objektiven Unterscheidung) Tatsachen feststehende Daten, welche als Ausgangspunkt für die weitere Analyse benutzt werden, und dabei alle in gleicher Weise, ohne jeden Unterschied, ebenso wie z. B. ein Physiker bei Erforschung von Schwimm- und Tauchgesetzen bloß Körper von verschiedenen spezifischen Gewichten kennt und auf ihre Struktur, chemische Beschaffenheit und alle anderen Eigenschaften keine Rücksicht nimmt. Nur wenn seine Ausgangsdaten, die einzelnen spezifischen Gewichte, selbst zum Objekt der Untersuchung werden, kommt eine weitere Differenzierung in Frage. Eine systematische Analyse, und das ist für unseren Fall von besonderer Wichtigkeit, ist hier eben wegen der unvermeidlichen Differenzierung unmöglich, weil von diesem Punkte ab die einzelnen Kausationsketten nach ganz verschiedenen Richtungen laufen.

Wollte man die einzelnen Elemente des wirtschaftlichen Kreis-

---

[2]) Grundriß d. Sozialök., II. Abt., II. T., 1923, S. 14, 16.



laufes in ihrer spezifischen Gestaltung untersuchen, so müßte eine große Zahl von Sozial- und Naturwissenschaften zu Hilfe genommen werden. Die Zusammenhänge, welche alle diese Elemente zu einem einheitlichen Ganzen, der Wirtschaft, verbinden, sind keine spezifisch wirtschaftlichen, sondern so verschiedenartig, wie diese Elemente selber: physikalisch, biologisch, psychologisch, soziologisch usw. Und wenn der Wirtschaftstheoretiker im Gegensatz zum Praktiker für die Analyse des wirtschaftlichen Kreislaufes weder physikalischer oder biologischer, noch irgendwelcher anderer spezieller Kenntnisse bedarf, so eben darum, weil er die Existenz dieser Beziehungen als gegeben ansieht und nach keiner weiteren Erklärung sucht. Dabei könnte es sein, daß die spezielle Erforschung mancher von ihnen auch im Arbeitsgebiet anderer Wissenschaften nicht zu finden ist — so ist z. B. die psychologische Gesetzmäßigkeit der Bedürfnisbefriedigung von der Fachpsychologie nur in sehr beschränktem Umfange aufgeklärt worden. Der Nationalökonom kann darangehen, die Lücke auszufüllen; dabei treibt er aber eben Psychologie, ebenso wie er zwecks Aufklärung der anderen Zusammenhänge metereologische, ja selbst (wie seinerzeit Jevons, neuerdings Moore) astronomische Studien treiben kann. Methodologisch überschreiten alle diese Forschungen — auf das Wort kommt es nicht an, man mag sie auch ökonomische nennen — die Grenzen des eigentlichen Problems.

Kosten und Ertrag.

Die Form der Beziehungen, welche zwischen den einzelnen Elementen des wirtschaftlichen Geschehens bestehen, ist die einzig mögliche Form des reellen Zusammenhanges, nämlich eine kausale. Die einen werden im Prozeß der Produktion durch die anderen hervorgebracht, um wiederum im Laufe der weiteren Produktion verwendet, verbraucht zu werden.

Vom Standpunkte der meisten Theorien findet freilich dieser Prozeß im Akte der sogenannten letzten Konsumtion sein Ende. Um einige Grundbegriffe gewinnen zu können, wollen wir einstweilen diese strittige Frage vermeiden und zunächst im Gebiet der »eigentlichen« Produktion im engsten Sinne des Wortes bleiben.

Kosten und Ertrag sind diese beiden korrelativen Grundbegriffe. Kostengüter sind diejenigen wirtschaftlichen Elemente, deren Verbrauch im Produktionsprozeß die Entstehung entsprechender Ertragsgüter verursacht.

Der Sachverhalt scheint zunächst äußerst einfach zu sein. Zur Produktion einer bestimmten Menge Brot ist soundso viel Mehl, Kohle zur Heizung usw. notwendig, zur Produktion von einem Sack Getreide wird soundso viel Arbeit, Saatgut, Dünger und andere Güter verwendet. Nun kann aber im ersten Fall durch eine unzweckmäßige Wärmewirtschaft mehr Kohle verbraucht werden, ebenso wie im zweiten Fall ein Teil des Saatgutes wegen ungünstiger Witterung vergeudet sein kann. Ist dieser Verbrauchsüberschuß auch ein Be-

standteil der Kosten, oder bildet er vielleicht einen »unproduktiven Verbrauch«? Man kann noch weitergehen und behaupten, daß der produktive Kohlenverbrauch einer Dampfmaschine z. B. eigentlich durch das thermodynamische Aequivalent ihrer effektiven Leistung begrenzt ist und alles übrige (etwa 70—80% des Gesamtverbrauches) in die Luft verpufft, d. h. »unproduktiv« verwendet ist. Dagegen müßte, physikalisch betrachtet, der bei dem Verbrennungsprozeß verbrauchte Sauerstoff ein Kostenelement darstellen.

Da aber für eine unbefangene Betrachtungsweise weder das eine noch das andere zutrifft, scheint eine Kollision zwischen der technischen und der wirtschaftlichen Betrachtungsweise wieder auf der Hand zu liegen. Tatsächlich pflegt an diesem Punkte die Wirtschaftstheorie ihre spezifische Einstellung zu Hilfe zu nehmen. Hier setzt der Knappheitsbegriff, die Unterscheidung freier und wirtschaftlicher Güter usw. ein. Diese Umstellung auf ein völlig neues Gleis scheint uns nicht notwendig zu sein. Es soll versucht werden, jeden Riß zu vermeiden und auf dem Boden der objektiven Gegebenheit die scheinbar widerspruchsvolle Frage zu lösen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet gestaltet sich das Problem in folgender Weise:

Wirtschaft als Kreislauf.

Man nehme an, daß das gesamte Gebiet des Geschehens, in dessen Bereich die sogenannten wirtschaftlichen Erscheinungen fallen, in seiner ganzen Kompliziertheit vollständig und restlos durchforscht sei, d. h. alle seine einzelnen Elemente bis zu den letzten und feinsten in ihren gesetzmäßigen Beziehungen bekannt seien. Wie wäre es möglich, aus allen diesen letzten Elementen das Gebiet der Wirtschaft objektiv abzugrenzen?

Am einfachsten müßte die Lösung sein in dem Falle, wenn alle die gesuchten Erscheinungen als eng miteinander verbundene Glieder einer und derselben Kausalkette dastünden. Das ist aber nicht der Fall. Das wirtschaftliche Geschehen geht nicht parallel der gesamten Bewegung, sondern durchquert sie gewissermaßen. Manche Kausationsfäden ragen, wie wir gezeigt haben, aus dem Gewebe des wirtschaftlichen Prozesses in das Bereich des nichtwirtschaftlichen heraus [3]).

Und doch ist eine objektive Ausscheidungsmöglichkeit gegeben. Nämlich mit Hilfe der Kreislaufvorstellung.

Es muß zunächst erwähnt werden, daß die letzten Elemente des wirtschaftlichen Prozesses (richtiger der Wirtschaftstheorie) auf viel niedrigerer Stufe der begrifflichen Abstraktion stehen, als die

[3]) Es ist mehrfach — und mit Recht — darauf hingewiesen worden, daß der wirtschaftliche Prozeß in seiner Entwicklung die Tendenz aufweist, der allgemeinen Kausationsrichtung sich anzupassen. Zu oft sieht man aber dabei nur die eine, praktisch erwünschte Seite dieses Vorgangs — die wachsende Utilisierung der Kosten —, ohne die andere — den fallenden Anteil der sogenannten freien Kräfte — zu berücksichtigen.



»letzten Elemente« der soeben fingierten erschöpfenden Analyse. (Nur deswegen kann ja die Wirtschaftstheorie als ein besonderes, spezielles System auftreten.)

Daraus folgt auch die für die wirtschaftlichen Erscheinungen charakteristische Mehrdeutigkeit der Beziehungen, z. B. Verschiedenheit der zur Produktion eines Gutes verwendeten Kostengüter und verschiedene Verwendungsmöglichkeiten eines und desselben Gutes — was eigentlich vom »absoluten« Standpunkte betrachtet eine Verkoppelung paralleler Reihen darstellt. Damit ist auch der innere Zusammenhang wirtschaftlicher Prozesse gegeben, welcher durch die »bis zuletzt« gehende Analyse gesprengt sein müßte. Es wird damit aber keinesfalls die Abgrenzung von außen gegeben; denn die Verschmelzung mit dem nichtökonomischen Raum muß gerade wegen der Vieldeutigkeit der Beziehungen besonders eng sein.

Eben hier erscheint das Einsetzen eines spezifischen Gesichtspunktes notwendig zu sein — in der Form der Kreislaufvorstellung. Von den in Frage kommenden Beziehungen werden nur diejenigen in Betracht gezogen, deren Weiterverfolgung zum Ausgangspunkte zurückführt.

Eine tiefere Begründung dieses Prinzips kommt im weiteren. Zunächst ein Beispiel seiner Anwendung: Man versuche, die Entstehung der natürlichen Wasserkraft, welche die Turbinen eines Kraftwerkes in Bewegung setzt, die Herkunft der Sonnenstrahlen — Hauptbedingung jedes Vegetationsprozesses — oder die Wirkung des im Zylinder einer Dampfmaschine abgearbeiteten Dampfes zu verfolgen. Der Weg wird in die entlegensten Gebiete des Geschehens führen, ohne jemals zurückzuleiten. Dagegen ist es im Falle der wirtschaftlichen Kostengüter, sei es verbrauchte Kohle oder eine abgebrauchte Maschine, möglich, den ganzen Prozeß ihrer »Reproduktion« Schritt für Schritt zu verfolgen.

Anschaulich kann das ganze System der wirtschaftlichen Beziehungen als eine lange Straße dargestellt werden, die einen breiten Kreis umschreibt und zum Ausgangspunkt zurückführt. Sie verzweigt sich auf der ganzen Strecke in eine große Anzahl kleinerer Wege, welche sich teilweise in den verschiedensten Kombinationen wieder vereinigen, teilweise aber ganz abseits führen. Für den Forscher kommen dabei nur diejenigen Richtungen in Betracht, welche eine Rundreise ermöglichen.

Auf diese Weise wird die Möglichkeit geboten, die Kluft zwischen der »technischen« und »wirtschaftlichen« Betrachtungsweise zu vermeiden. Die beiden Standpunkte sind nicht entgegengesetzt, sondern eng miteinander verbunden in der Weise, daß das technische (im objektiven Sinne) Gerüst schon dastehen muß, um auf seiner Grundlage, richtiger aus seinen Elementen, das wirtschaftliche (richtiger wirtschaftswissenschaftliche) System errichten zu können.

Technische Koeffizienten.

Jeder Produktionsvorgang ist zunächst qualitativ gemäß der Art der Kosten- und Ertragsgüter und zweitens quantitativ gemäß dem zahlenmäßigen Verhältnis dieser einzelnen Elemente zueinander festgelegt. Die Eindeutigkeit einer qualitativen Charakterisierung der Kosten- und Ertragsgüter wird durch eine strenge Terminologie ohne weiteres erzielt. (Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß wir auf jede Unterscheidung zwischen sogenannten Haupt- und Hilfsmaterialien vom theoretischen Standpunkte aus vollständig verzichten.)

Die quantitativen Verhältnisse innerhalb eines qualitativ bestimmten Prozesses kann man selbstverständlich auf verschiedenste Weise ausdrücken. Es scheint eine Kombination folgender Relativzahlen — technischer Koeffizienten — zu diesem Zwecke am geeignetsten zu sein.

1. Die Kostenkoeffizienten — die Relationen der Zahl von Kosteneinheiten jeder spezifischen Art, welche an einem bestimmten Produktionsprozeß teilnehmen, zu der Anzahl von Einheiten irgendeines andern an der Produktion mitbeteiligten Kostengutes.

Gewöhnlich wird nicht eine einzelne Kostengruppe, sondern der Ertrag im Nenner aufgestellt. Aber für unseren Zweck ist diese Relativzahl unbrauchbar, da sie von dem Produktivitätsgrad abhängt, für den wir einen selbständigen Koeffizienten einführen.

2. Das quantitative Verhältnis des Ertrages zu den Kosten — der Produktivitätskoeffizient — findet seinen Ausdruck in der Relation des in seinen spezifischen Einheiten gemessenen Gesamtertrages zu einer von den genannten Kostengruppen.

3. Und endlich die Verteilung des Ertrages — seine Verwendung an verschiedenen Punkten des Kreislaufes kann durch eine dem Kostenkoeffizienten analoge Relationszahl — man könnte sie Verteilungskoeffizient nennen — dargestellt werden. Man beziehe die einer spezifischen Verwendung zugewendeten Ertragseinheiten auf ihre Gesamtzahl.

Welche Kostenart bei der Berechnung der beiden ersten technischen Koeffizienten als Divisor gewählt wird, ist ganz gleich, denn es kommt auf die absolute Größe der technischen Koeffizienten nicht an.

Werden z. B. bei der Produktion von 6 Naturaleinheiten des Gutes Nr. 1, 4 Einheiten vom Gute Nr. 2 und 10 Einheiten des Gutes Nr. 3 verbraucht, so ist der Kostenkoeffizient von Nr. 1, wenn wir dieselbe Gruppe zum Divisor wählen, gleich 1, derjenige von Nr. 2 gleich 2½. Der Produktivitätskoeffizient ist gleich 1½. Verteilen sich die Vortragselemente auf die Weise, daß von ihnen in einem, die 4 übrigen in einem anderen Produktionsprozeß verwendet werden, so sind die entsprechenden Verteilungskoeffizienten ⅓ und ⅔.

»Neue Kombinationen.«

Bis jetzt haben wir den wirtschaftlichen Kreislauf als eine sich ewig wiederholende Rotationsbewegung betrachtet. Jetzt soll die Veränderungsmöglichkeit untersucht werden. Dabei handelt es sich wiederum nicht um irgendwelche treibenden Kräfte und Ursachen, sondern lediglich um die formalen Bedingungen wirtschaftlicher Wandlungen.

Würde der wirtschaftliche Kreislauf ein »technisch« vollkommen abgeschlossenes System darstellen, so wäre selbstverständlich überhaupt keine Veränderung möglich. Er wäre eine Art perpetuum mobile, welches, einmal in Gang gesetzt, seine gleichmäßige Bewegung ohne Ende wiederholen müßte. Nun ist aber der wirtschaftliche Prozeß nur ein Ausschnitt aus einem größeren Zusammenhange, und als solcher kann er durch Eingliederung neuer oder Ausscheidung alter Elemente seinen Inhalt verändern.

Es ist die Sache der technischen Wissenschaften, die objektiven, die Sache der Psychologie, die subjektiven Chancen aller einzelnen speziellen Veränderungen zu untersuchen. Vom Standpunkte des wirtschaftlichen Kreislaufes kann man alle Veränderungsmöglichkeiten prinzipiell als unbeschränkt betrachten.

Das übl.che Schlagwort, mit welchem die technische Veränderung abgefertigt wird, lautet »neue Kombination«. Falsch ist es nicht, aber so unbestimmt, daß es besser wäre, nichts zu sagen, als bloß dies zu sagen.

Z. B. die Kombination von drei Webstühlen, einem Arbeiter und soundso viel Baumwolle erzeugt eine bestimmte Menge Garn. Stellt man bessere Maschinen, die mit weniger Abfall arbeiten, so kann eine größere Menge Garn fabriziert werden. Eine technische Veränderung hat sich vollzogen, die Kombination aber bleibt dieselbe: drei Webstühle, ein Arbeiter und auch ebensoviel Rohstoffe als vorher. Man möchte glauben, es handle sich um ein bloßes Mißverständnis, es sei eine neue Kombination innerhalb des Produktionsfaktors »Maschine« gemeint.

Und tatsächlich, »zerlegt« man die neuen Webstühle in ihre Kostenelemente, so wird es sich wahrscheinlich herausstellen, daß ihre Produktion mit einer anderen Kostenzusammensetzung als die der alten erfolgt ist. Es heißt, daß die »neue Kombination« nur auf einem bestimmten Niveau der begrifflichen Verfeinerung »erreicht« werden kann.

Andererseits haben wir aber gesehen, daß das ganze Objekt »Wirtschaft« selbst an ein gewisses Niveau der Abstraktion gebunden ist. Ist diese Schwelle überschritten, so müssen die einzelnen Kausationsketten auseinanderfallen und damit auch das wirtschaftswissenschaftliche Objekt als solches.

Je tiefer der Punkt, an welchem die neue Kombination eingetreten ist, liegt, desto feiner muß das Netz der Kostenbeziehungen

begrifflich ausgesponnen werden, um ihn zu erreichen. Die wirtschaftliche Zerlegung kann aber, wie wir gesehen haben, mit der »technischen« nur bis zu der genannten Schwelle Schritt halten. Liegt der gesuchte Veränderungspunkt unterhalb dieser Grenze, so kann die tatsächlich vorhandene neue Kombination nicht als eine wirtschaftliche bezeichnet werden.

Insoweit als die Kombination der Kostenelemente ihren Ausdruck in den Kostenkoeffizienten findet und andererseits nicht jede wirtschaftliche Veränderung unbedingt eine Veränderung eben dieser technischen Koeffizienten ist, ist der Satz von den »neuen Kombinationen« in seiner allgemeinen Fassung unhaltbar.

Elementares Schema des wirtschaftlichen Kreislaufs.

Um eine strenge Analyse zu ermöglichen, muß unsere bisherige Kreislaufsvorstellung eine begriffliche Präzisierung erfahren.

Wir stellen uns den wirtschaftlichen Prozeß als eine geschlossene Kausalkette vor. Zwischen zwei benachbarten Gliedern einer solchen

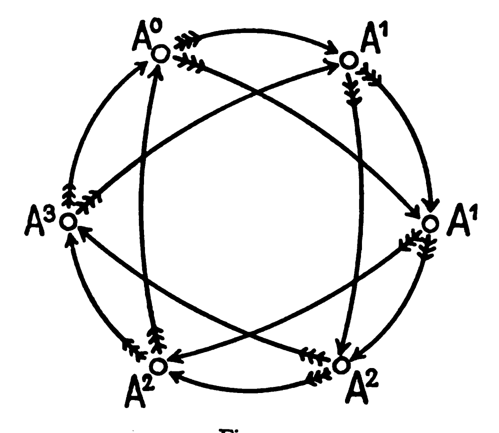


Fig. 1.

Kette, von denen das eine als Ursache, das andere als ihre unmittelbare Wirkung erscheint, liegt ein bestimmter unendlich kleiner Zeitraum. Diesen wollen wir elementare Produktionsperiode nennen. Während dieses kurzen Zeitabschnitts wird in jedem Produktionspunkte ein gewisses, gleichfalls unendlich kleines Quantum bestimmter wirtschaftlicher Elemente verbraucht und erzeugt. Man kann diese als Elementarerträge bzw. -kosten bezeichnen. Bezieht man diese unendlich kleinen Größen aufeinander, so entstehen endliche Relativzahlen, mit welchen man sehr wohl rechnen kann. Da von allen den genannten Elementargrößen — Produktionsperioden, Elementarkosten und -erträge — nur die Produktionsperiode in allen Produktionsprozessen dieselbe ist, so ist es am zweckmäßigsten, sie gleich 1 zu

setzen und die verschiedenen Elementarerträge bzw. -kosten auf diese Basis zurückzuführen. Wenn im Laufe der weiteren Ausführungen doch mit absoluten Zahlen operiert wird, so geschieht es nur der Einfachheit wegen.

Dazu kommen noch zwei andere Begriffe. Der kürzeste in Produktionsperioden gemessene Weg, den eine Gütersubstanz (das Wort ist hier nur als ein Symbol zu verstehen, dessen Bedeutung demnächst klar wird) zurücklegen müßte, um von einem gegebenen Punkte des wirtschaftlichen Kreislaufes auf einem der vielen möglichen Produktionswege einen vollen Kreis zu umschreiben und zum Ausgangspunkte zurückzukehren. Diese Periode sei die »kürzeste Reproduktionsperiode« genannt.

Nun kann aber dieselbe Substanz, da die Produktionsbahnen sich verzweigen, auch viele andere Wege laufen. Den längsten von ihnen wollen wir die »längste Reproduktionsperiode« nennen. Dabei ist selbstverständlich jede auch nur teilweise Wiederholung derselben Bahn ausgeschlossen. Es erübrigt sich, zu beweisen, daß alle Produktionselemente Reproduktionsperioden von verschiedener Länge haben können.

Mit Hilfe dieses Schemas kann man das ganze Netzwerk des wirtschaftlichen Kreislaufes in bezug auf ein beliebiges Element A untersuchen in der Weise, daß alle übrigen Elemente gemäß ihrem kürzesten, in der Produktionsrichtung durch Produktionsperioden gemessenen Abständen in Gruppen — Zonen — aufgeteilt werden, von denen jede durch einen entsprechenden Entfernungsindex gekennzeichnet werden kann.

Alle Punkte, deren Entfernung von einem Punkte A in der Produktionsrichtung gerechnet einer Produktionsperiode gleich ist, d. h. alle diejenigen, in denen das Element A als Produktionskostenelement verbraucht wird, bekommen die Bezeichnung A^1, die Punkte der nächsten Zone heißen A^2 usw. (siehe Fig. 1).

Gleichartige Systeme können in bezug auf alle einzelnen Punkte des wirtschaftlichen Kreislaufes aufgestellt werden. Vereinigt man nun alle Bezeichnungen, welche irgendein Element in allen diesen Systemen bekommt, in einer einzigen Formel, so wird durch diese die Lage des gegebenen Elementes im wirtschaftlichen Kreislauf eindeutig und erschöpfend charakterisiert.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Formel nicht ohne weiteres umkehrbar ist, weil die Abstände nur in einer bestimmten Richtung gemessen werden können. Um die Benutzung von langwierigen (mittels der kürzesten Reproduktionskreise berechenbaren) Umkehrungsformeln zu vermeiden, kann man einfach den Begriff der negativen Entfernung einführen, wobei z. B. A^{-1} alle Kostenelemente von A^0 bezeichnen würde.

Produktionsstufen.

Das Netz der Produktionsbeziehungen innerhalb eines Kreislaufsystems kann entweder einheitlich aufgebaut werden, d. h. so, daß

die Reproduktion jedes einzelnen Elementes letzten Endes unmittelbar oder mittelbar von der selbständigen gleichzeitigen Existenz aller übrigen abhängig ist, oder aber zusammengesetzt, indem das ganze aus mehreren, unabhängig reproduzierbaren Gruppen besteht, von denen jede (unmittelbar oder mittelbar) für die Produktion aller übrigen und also auch für die eigene Reproduktion genügt. In diesem Fall handelt es sich eigentlich um mehrere vollkommen gleiche Reproduktionssysteme, welche mit einer gewissen Phasenverschiebung nebeneinander bestehen.

Z. B. bei dem folgenden viergliederigen System:

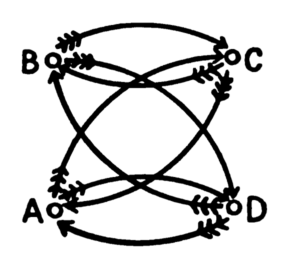


Fig. 2.

$$aA + bB \rightarrow C \qquad dD + cC \rightarrow A$$ [4])

$$(1 + a) A + (1 - b) B \rightarrow D \qquad (1 - d) D + (1 - c) C \rightarrow B$$

sind es die Elemente A, B einerseits und C, D andererseits, welche solche unabhängig reproduzierbaren Gruppen bilden. Es handelt sich also eigentlich um die Verdoppelung des Kreislaufes $(A + B) \rightarrow (C + D) \rightarrow (A + B) \rightarrow (C + D)$ usw. mit solcher Phasenverschiebung, daß $(A + B)$ und $(C + D)$ gleichzeitig existieren.

Die unabhängigen Elementargruppen A, B und C, D kann man als verschiedene Produktionsstufen bezeichnen [5]). Jede solche Produktionsstufe kann für sich selbstverständlich ein höchst kompliziertes System darstellen.

Drei Phasen des lokalen Produktivitätsrückganges.

An Hand des elementaren Kreislaufschemas können wir nun die Wirkung eines lokalen Produktivitätsrückganges analysieren. Den ganzen Prozeß kann man in einzelne Produktionsperioden aufteilen:

[4]) a und (1 — a), b und (1 — b), c und (1 — c), d und (1 — d), sind die Verteilungskoeffizienten von A, B, C und D. Einzelne wirtschaftliche Elemente treten in der Form von spezifischen Einheiten auf, die keiner Aufteilung unterworfen werden können und somit die untere Grenze aller technischen koeffiziente darstellen. Darüber siehe unsern Aufsatz »Ueber die Theorie und statistik der konzentration« in d. Jahrb. f. Nat. u. Stat. Bd. 126, S. 301.

[5]) Absichtlich ist hier das Wort Produktionsstufe gebraucht. Prinzipiell entspricht unser Begriff vollständig dem, was man gewöhnlich darunter versteht. Allerdings denkt man dabei immer an ein einseitiges Verhältnis. Das geschieht aber deswegen, weil man nicht den ganzen großen Kreis, sondern nur dessen Ausschnitt sieht.

o-Periode: — wo noch die einfache Reproduktion ohne jede Veränderung stattfindet.

1. Periode: — Im Punkte A^0 sinkt die Produktivität auf $\frac{1}{n}$ ihrer bisherigen Höhe. Daraus entsteht die folgende Sachlage: In allen Punkten der ersten Zone, die von A^0 ihre Kostengüter beziehen, wird der Verbrauch an A um $\frac{1}{n}$ kleiner als in der Produktionsperiode o. Alles übrige bleibt wie in der Produktionsperiode o.

2. Periode: — Im Punkte A^0 bleibt der Ertrag auf der Höhe der ersten Produktionsperiode, da die Zustellung an Kostengütern noch derjenigen der Produktionsperiode o gleich ist. In den Punkten der ersten Zone wird der Ertrag durch den geringeren Zufluß an Kostengütern um $\frac{1}{n}$ sinken. Dabei bleibt $\frac{1}{n}$ der komplementären Elemente, welche nebst den Ertragsgütern von A^0 hier verbraucht werden, unverwendet.

3. Periode: — Im Punkte A^0 und Zone A^1 bleibt alles unverändert. Die Veränderungen, welche im Laufe der vorhergehenden Periode in der ersten Zone herrschten, wiederholen sich in der Zone A^2.

Auf analoge Weise geht die Veränderung weiter, bis die zweite Phase der Entwicklung eintritt. Wir haben gesehen, daß parallel der schrittweisen Auswirkung des primären Produktivitätsrückganges aus dem Punkte A^0 auf die Zonen A^1, A^2, A^3 usw. der Verbrauch an allen anderen komplementären Elementen in gleicher Proportion wie der des Elementes A eingeschränkt wird. Insoweit aber wie die Produktionspunkte dieser Elemente von der Welle der Produktionseinschränkung noch nicht erreicht worden sind, entsteht ein unbrauchbarer Ueberschuß an deren Ertragsgütern. Nun aber kommen auch diese an die Reihe, auch sie bekommen eine gekürzte Ration von Kostengütern. Der Ertrag fällt. Die überschüssige Produktion verschwindet.

Schematisch kann der Prozeß folgendermaßen dargestellt werden: A^0 ist der Ausgangspunkt der Veränderung, A^p und $A^{(p-1}A^q$ zwei andere Produktionspunkte. Die Indizes p, 1 und p — 1 bezeichnen die zwischen diesen drei Elementen bestehenden Beziehungen: Ist $p > q$, so muß, da die Lage der dritten Gruppe gegenüber der zweiten andererseits durch den Index (— 1) bezeichnet ist, $p - 1 = q$ sein. In diesem Fall sind es zwei aufeinanderfolgende Zonen von A^0. Ist dagegen $p > q$, so haben wir den oben besprochenen Fall. Die Verbrauchseinschränkung von $(A^{p-1})A^q$ wird in der Periode P eintreten, der dadurch verursachte Produktionsüberschuß dauert (q—p) Perioden, bis er in der Periode q durch eine gleiche Ertragskürzung ausgeglichen wird.

4. Periode: — Nun kommt die vierte Phase. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß die Welle der Ertragssenkung die einmal schon von ihr betroffenen Punkte auf dem kürzesten Reproduktionswege von neuem erreicht. Die einzelnen Teile des Systems werden von diesem Rückschlag zu ganz verschiedenen Zeiten betroffen. Wenn die einen Produktionspunkte noch kaum von den ersten Folgen des primären

Produktivitätsrückganges berührt werden, können die anderen schon eine abermalige Ertragsminderung erlitten haben.

Mit der Zeit wird diese Phasendifferenz immer größer. Sind die Entfernungen zweier Produktionspunkte von dem Ausgangspunkte der ganzen Bewegung gleich K^1 und K^2 und ihre kürzesten Reproduktionsperioden gleich M^1 bzw. M^2, so wird in V Perioden nach dem primären Produktivitätsrückgange folgende Phasendifferenz D zwischen ihnen bestehen:

$$\left(1 + \frac{V - K^1}{M^1}\right) - \left(1 + \frac{V - K^2}{M^2}\right) = D$$

oder:

$$\frac{V(M^2 - M^1) + (1 - M^2)\,K^2M^1 - (1 - M^1)\,K^1M^2}{M^1\,M^2} = D.$$

Man sieht, je größer das V ist, desto größer ist auch D.

Die relativen Ertragsunterschiede aber, welche durch eine solche Phasendifferenz verursacht werden, sind nach Ablauf einer genügend großen Periodenzahl im stetigen Fallen begriffen, und zwar beim primären Produktivitätsrückgang gleich $\frac{1}{n}$, nach folgender Formel:

$$\left(1 - \frac{1}{n}\right)\frac{V + 1 - M^1 + K^1}{M^1} - \left(1 - \frac{1}{n}\right)\frac{V + 1 - M^2 + K^2}{M^2}.$$

Lokale Produktivitätssteigerung.

Eine lokale Produktivitätssteigerung kann bei unveränderlichen Kostenkoeffizienten der ersten Zone im Gegensatz zum Fall eines Produktivitätsrückganges überhaupt gar keine Veränderung im System des wirtschaftlichen Kreislaufes bewirken. Die zusätzlichen Ertragselemente, die durch die Produktivitätssteigerung hervorgebracht werden, können bei gleichbleibender Zufuhr an komplementären Gütern keine Verwendung finden. Sie bleiben außerhalb des wirtschaftlichen Kreislaufes.

Kostenverschiebung.

Somit können wir uns der zweiten Art quantitativer Veränderungen zuwenden, der Kostenverschiebung, d. h. der Veränderung der Kostenkoeffizienten.

Ist der Kostenkoeffizient eines Elementes der Zone A^{-1} im Produktionspunkte A^0 auf $\frac{1}{n}$ gestiegen, so wird damit der Ertrag von A^0 auf n eingeschränkt, denn bei der neuen Kostenverteilung reichen die Lieferungen aus dem Punkte A^{-1} für den früheren Produktionsumfang nicht aus. Dabei wird aber andererseits $\frac{1}{n}$ aller anderen Elemente der Zone A^{-1} keine Anwendung finden.

Die Ertragsabnahme im Punkte A^0 muß sich selbstverständlich ebenso auswirken, wie im Falle eines einfachen Produktivitätsrückganges.

Bei einer entgegengesetzten Kostenverschiebung, d. h. wenn der Kostenkoeffizient eines Elementes kleiner geworden ist, wird der

Ertrag keine Veränderung erfahren, $\frac{1}{n}$ des genannten Kostengutes wird aber freigesetzt.

Also auch dieser Fall läßt sich ohne weiteres auf die schon bekannte Erscheinung der lokalen Ueberproduktion zurückführen.

Veränderung der Verteilungskoeffizienten.

Endlich eine lokale Veränderung der Verteilungskoeffizienten muß in den Produktionspunkten, deren Belieferung zurückgegangen ist, als eine Unterproduktion, in den anderen, zu deren Gunsten die Verschiebung stattgefunden hat, als eine Ueberproduktion sich auswirken.

Kombinierte Veränderung.

Nun liegt es nahe, die Kombinationen elementarer quantitativer Veränderungen zu untersuchen. Die Wirkungen gleichgerichteter (also nur positiver oder nur negativer) Veränderungen werden sich einfach addieren. Entgegengesetzte Veränderungen müssen sich dagegen kompensieren. Dabei läßt es sich leicht feststellen, daß eine volle Kompensation lediglich zwischen konträren Veränderungen verschiedener Art möglich ist, gleichartige, obwohl auch entgegengesetzte Veränderungen sich niemals restlos kompensieren können.

Jede Produktivitätsveränderung im Punkte A^0 kann in der Zone A^1 durch eine entgegengesetzte Verschiebung der Kostenkoeffizienten ausgeglichen werden.

Konträre Veränderungen gleicher Art können dagegen lediglich in Verbindung mit einer entsprechenden Verschiebung der Verteilungskoeffizienten einander ausgleichen.

Nach einem lokalen Produktivitätszuwachs kann der wirtschaftliche Kreislauf niemals durch eine neue Verteilung endgültig ausbalanciert werden; wohl ist es aber möglich, bei verhältnismäßig kleinen Verschiebungen eine akute Ueberproduktion für die Dauer einiger Produktionsperioden aufzuschieben.

Ein einfaches Beispiel kann den Sachverhalt erläutern. Man denke sich ein wirtschaftliches System, welches aus drei Elementen besteht, die zunächst in den Mengen A, B und C produziert werden. Die Erzeugung geschieht nach der Formel:

$$\tfrac{1}{2}\,B + \tfrac{1}{2}\,C \rightarrow A,$$
$$\tfrac{1}{2}\,A + \tfrac{1}{2}\,C \rightarrow B,$$
$$\tfrac{1}{2}\,A + \tfrac{1}{2}\,B \rightarrow C.$$

Nun steigt aber im Zeitpunkte o der Ertrag an A um $\frac{1}{10}$. Die entsprechenden Verteilungsverschiebungen wollen wir schematisch darstellen.

Zur graphischen Darstellung läßt sich dabei das bisher gebrauchte Kreisbild kaum verwenden. Wir wollen uns einer tabellarischen Darstellungsweise bedienen:

Periode	Ertrag an A:	Verbrauch von A zur Produktion von B	Verbrauch von A zur Produktion von C	Ertrag an B:	Verbrauch von B zur Produktion von A	Verbrauch von B zur Produktion von C	Ertrag an C:	Verbrauch von C zur Produktion von A	Verbrauch von C zur Produktion von B
— 1	1	0,5	0,5	1	0,5	0,5	1	0,5	0,5
0	1,1	0,55	0,55	1	0,45	0,55	1	0,45	0,55
+ 1	0,99	0,495	0,495	1,1	0,605	0,495	1,1	0,605	0,495
+ 2	1, 331	0,6655	0,6655	0,99	0,3245	0,6655	0,99	0,3245	0,6655
+ 3	0,7139	0,30645	0,30645	1,331	0,3245	0,30645	1,331	1,02455	0,30645
+ 4	2,25301			0,7139	1,02455		0,7139		

Man sieht, daß anstatt der gleichmäßigen Abwicklung des Kreislaufes nach der genannten Produktionssteigerung eine pendelartige Bewegung einsetzt. Dabei ist der Ausschlag von einer Reproduktionsperiode zur anderen in ständigem Wachstum begriffen, so daß schließlich eine volle Ausnutzung des von dem Produktionszuwachs betroffenen Gutes doch unmöglich wird. Wie bald diese, sagen wir »absolute Disproportionalität« eintritt, das hängt von der Größe der ursprünglichen Produktivitätsveränderung ab. In unserem Beispiel geschieht es in der vierten Reproduktionsperiode. Bei fünfzigprozentiger Produktivitätszunahme ist schon nach zwei Produktionsperioden ein Ueberschuß unvermeidlich, dagegen bei einer einprozentigen Produktivitätserhöhung läßt sich die Ueberproduktion bis auf die zehnte Reproduktionsperiode hinausschieben.

Bei einem Produktivitätsrückgang spielt sich der ganze Prozeß auf eine vollständig analoge Weise ab.

Qualitative Veränderungen.

Qualitative Veränderungen können ebenso wie die quantitativen in positive und negative eingeteilt werden: Auftreten neuer und Verschwinden alter Arten wirtschaftlicher Elemente.

Man nehme wiederum ein Elementarbeispiel. In einem gewissen Punkte des Kreislaufes ist ohne jede Kostenveränderung anstatt des Produktes der Art Nr. 1 ein Produkt von der neuen Art Nr. 2 entstanden. Finden diese neuen Elemente (Nr. 2) keinen Anschluß an die Produktionspunkte der nächsten Zone, so ist es gleichbedeutend mit einer Senkung der Produktivität im Ausgangspunkte auf 0. Der Kreislauf ist vollständig zerstört, ebenso als ob anstatt Nr. 1 nichts produziert worden wäre.

Hat sich die Zusammensetzung der Kostenelemente in irgendeinem Produktionspunkte auf die Weise verändert, daß einer oder mehrere von ihnen völlig ausgefallen sind, so entsteht eine entsprechende Ueberproduktion an den unbrauchbar gewordenen Gütern. Man sieht, jede lokale qualitative Veränderung erscheint in ihrer Wirkung als ein Grenzfall einer entsprechenden mengenmäßigen Verschiebung.

Gesamtbild der wirtschaftlichen Veränderung.

Nachdem wir die Einzelelemente der wirtschaftlichen Veränderung kennengelernt haben, wollen wir nun versuchen, das Gesamtbild eines veränderlichen Kreislaufes zu gewinnen. Die Möglichkeiten einer technischen Veränderung werden dabei, wie schon gesagt, als unbeschränkt vorausgesetzt.

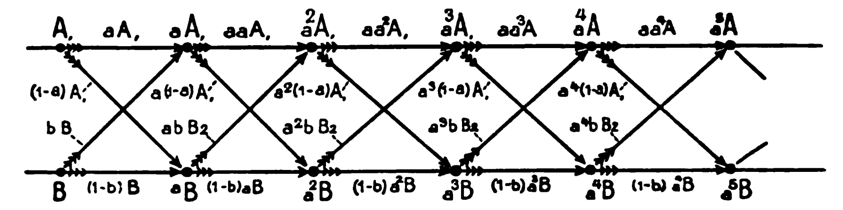
Die genaue Fragestellung ist also die folgende: Bei welcher Art der Veränderung der technischen Daten eines wirtschaftlichen Prozesses behält dieser die Merkmale des wirtschaftlichen Kreislaufes? Es handelt sich also darum, ex definitione ein Gesamtschema der wirtschaftlichen Veränderung aufzustellen.

Gleichmäßige Veränderung.

Zunächst müssen gemäß unserer grundsätzlichen Voraussetzung alle diejenigen Veränderungsreihen ausscheiden, welche dem Reproduktionsprinzip überhaupt nicht entsprechen. Nun gibt es aber einen Kreislauftypus, welcher den erwähnten Grundsätzen vollständig genügt und doch eine stetige Veränderung aufweist.

Bei der Analyse des lokalen Produktivitätsrückganges haben wir einen Kreislauf dieser Art schon kennengelernt. Bei unveränderter Kostenzusammensetzung gleichbleibender Elemente, ist der Gesamtertrag von einer Produktionsperiode zur anderen in ständigem Abnehmen begriffen. Das Gegenstück zu dieser regressiven Veränderung bildet eine analoge progressive Entwicklung. Freilich kann die letztere, wie wir gesehen haben, nicht durch eine lokale Produktivitätserhöhung ausgelöst werden, sondern nur durch eine gleichzeitige und proportionelle in allen Punkten des Kreislaufes.

Das Bild dieses gleichmäßigen Entwicklungstypus läßt sich leicht als ein Spezialfall des gleichmäßigen Kreislaufes überhaupt auffassen.



Bei $a = 1$ ist es eine unveränderliche, gleichmäßige Entwicklung, bei $a < 1$ eine regressive und bei $a > 1$ eine progressive gleichmäßige Veränderung.

Unregelmäßige Veränderung.

Die absolute — unregelmäßige Veränderung läßt sich in der Weise konstruieren, daß man zunächst einen Teil der Elemente eines Reproduktionsprozesses variiert, die anderen aber unverändert läßt,



dann aber die neuen unverändert läßt, dagegen die alten einer Veränderung unterzieht.

Bei einer solchen schrittartigen Veränderung wird durch die Wiederholung gleicher Elemente in allen benachbarten Produktionsperioden das Kreislaufprinzip gewahrt und doch eine auf lange Sicht unbegrenzte Veränderungsmöglichkeit geboten.

Dieses scheinbar so willkürliche Schema entspricht aber auch der »praktischen«, unvoreingenommenen Auffassungsweise. Will man die Wirtschaft als eine gewisse rationale, planmäßige Tätigkeit betrachten, so muß sich jede Veränderung unbedingt an eine teilweise Wiederholung anknüpfen. Ununterbrochener, stetiger Wandel des wirtschaftlichen Prozesses ist eben von diesem Standpunkte aus gesehen ganz unverständlich. Denn ein unendlicher, kontinuierlicher Prozeß wie der wirtschaftliche kann rational-bewußt nur als ein immerwährendes Wiederholen aufgebaut und gelenkt werden. Alles Neue erscheint als ein neues Mittel zum alten Zweck. Eine neue Maschine produziert »alte« Gegenstände. Wenn auch diese neu sind, so werden sie ihrerseits zum alten Zweck verwendet. Wie lang dieser Umweg auch sei, er muß unbedingt einen Anschluß an das Frühere haben. Nachher kann dieses Neue seinerseits zum ruhenden Punkte werden. Aber eben deswegen muß es sich unbedingt wiederholen.

Die Kostensubstitution.

Bis jetzt betrachteten wir den wirtschaftlichen Kreislauf in der Form, wie er in unserem Elementarschema dargestellt ist. Nun zeigt aber eine nähere Betrachtung seiner Elemente, daß es nur einen gewissen Grenzfall darstellt. Das Kostenertragsverhältnis weist, wie auch jeder andere Begriff eines ursächlichen Zusammenhanges, eine gewisse Dehnbarkeit auf.

Was sind die Kosten von 100 Pfund Brot? Bei erschöpfender Kenntnis des Sachverhaltes können auf diese Frage sehr viele, ganz verschiedene Antworten gegeben werden, die aber alle gleich richtig sind. Die eine lautet: soundso viel Teig plus soundso viel Kohle und Arbeit des Bäckers; die andere soundso viel Mehl, Hefe, Wasser und Kohle; eine dritte, ebenfalls einwandfreie Antwort endlich könnte heißen: soundso viel Saatgut, Dünger, landwirtschaftliche Maschinen, soundso viel kohlehaltiges Gelände usw.

Jedes der vorausgehenden Glieder einer Kausalkette kann als Ursache jedes folgenden Gliedes betrachtet werden.

Demgemäß können wir auch unser Schema nach beliebiger Richtung modifizieren. Den Kreislauf, welcher ursprünglich aus vier Elementen besteht, können wir z. B. auf drei Elemente reduzieren [5a]).

$$4_3^{n-1} + 1_4^{n-1} \rightarrow 15_1^n \qquad 4_1^{n-1} + 2_2^{n-1} \rightarrow 10_3^n$$
$$8_1^{n-1} + 12_4^{n-1} \rightarrow 4_2^n \qquad 3_1^{n-1} + 2_2^{n-1} + 6_3 \rightarrow 13_4^n\,.$$

Wir ersetzen 1_2 durch seine Kosten $(2_1 + 3_4)$

[5a]) Die oberen Indices bezeichnen die Zeitabstände, die unteren — verschiedene Arten der wirtschaftlichen Elemente.

$$4_3^{n-1} + 1_4^{n-1} \rightarrow 15_1^n$$
$$4_1^{n-1} + (4_1 + 6_4)^{n-2} \rightarrow 10_3^n$$
$$3_1^{n-1} + (4_1 + 6_4)^{n-2} + 6_3 \rightarrow 13_4^n\,.$$

Auf gleiche Weise könnte man auch ein zweites Element ausschalten [6]).

Dabei entsteht aber eine neue Art von Kostenzusammensetzung, wo die einzelnen Elemente nicht nur qualitativ und quantitativ sich voneinander unterscheiden, sondern auch in bezug auf ihre Lage in der Reihe aufeinanderfolgender Produktionsperioden: Unser neues, reduziertes Schema enthält z. B. nicht nur einfache Produktionsperioden, sondern auch doppelte. Das muß auch bei der Zonenverteilung in Betracht gezogen werden.

Eine Veränderung im Punkte, welcher bei der Reduktion ausgeschaltet worden ist, kann sich im neuen Schema nur auf indirektem Wege äußern. Der Vorgang, welcher im ersten Schema sich ganz kurz und einfach darstellen läßt, würde sich hier nur auf eine höchst komplizierte Weise abspiegeln.

»Kapitalelemente.«

Betrachtet man die am Ende der (n—1)-ten Periode vorhandenen wirtschaftlichen Elemente, so haben wir zunächst den Ertrag dieser Periode gleich 15_1, 10_4 und 13_3. Dabei stehen aber auch noch 8_1 und 12_4, welche zwar schon in der Periode (n — 2) produziert, aber erst im Zeitpunkte n zum Verbrauch gelangt sind, in der Zwischenzeit aber gemäß der verkürzten Darstellungsweise außerhalb des Kreislaufes stehen. Diese wollen wir »Kapitalelemente« nennen.

Der Kapitalbegriff in diesem Sinne des Wortes ist also weder eine spezielle noch eine allgemeine Eigenschaft oder überhaupt ein Merkmal einzelner wirtschaftlicher Elemente, sondern nur ein Ausdruck einer besonderen Auffassungs-, besser gesagt Rechnungsweise.

Die Größe des »Kapitalbestandes« wächst proportional der Zahl der durch die betreffenden Kostenelemente substituierten Produktionspunkte.

Ausgleichsvorräte.

Wir haben die Wandlungen technischer Koeffizienten und die formalen Bedingungen der Kombination dieser Grundelemente kennengelernt.

---

[6]) Die Grenze der Substitutionsmöglichkeiten wird durch die qualitative Kostenzusammensetzung des letzten der ausgeschalteten Elemente bestimmt. Keine einzige Kostengruppe besteht in unserem Beispiel aus weniger als zwei komplementären Güterarten. Da es aber insgesamt vier Produktionspunkte enthält, so lassen sich nicht mehr als zwei ausschalten.

Es erübrigt sich, besonders zu beweisen, daß das ganze Verfahren auf Grund des momentan geltenden Reproduktionsschemas durchgeführt werden muß. Mit der tatsächlichen, vielleicht durch technische Veränderungen bewirkten »Entstehungsgeschichte« einzelner Elemente hat man dabei nichts zu tun.

Nun wissen wir aber, daß die letzten Elemente des wirtschaftlichen Systems keine absolut einfachen sind, und demgemäß auch ihre gegenseitigen Beziehungen nicht die absolute Konstanz der tatsächlichen »letzten« Beziehungen besitzen können. Somit sind auch die konstanten technischen Koeffizienten, welche wir untersucht haben, streng gesagt nur gewisse Durchschnittsgrößen, um welche die tatsächlichen Einzelfälle oszillieren. Ist dem so, dann kann der glatte Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses nur in der Weise gedacht werden, daß in jedem Produktionspunkte gewisse Vorräte vorhanden sind, welche alle Abweichungen der Kosten- bzw. Produktivitätskoeffizienten ausgleichen. Die Größe dieser Ausgleichsvorräte hängt von den Ausmaßen der zufälligen Schwankungen und der Länge der Zeitperiode ab, in deren Laufe sie sich gegenseitig ausgleichen. Da aber eine absolute Unterscheidung zufälliger und nichtzufälliger Veränderungen unmöglich ist, so kann man alle diese Ausgleichsvorräte nur mit gewisser Wahrscheinlichkeit als wirtschaftliche Elemente betrachten.

Es erübrigt sich, auseinanderzusetzen, daß auch die periodisch wiederkehrenden, aber nicht zufälligen technischen Veränderungen (deren Ursachen also bekannt sind) ebensolche Ausgleichsvorräte erfordern, wie die zufälligen. (Genaueres über die Ausgleichsvorräte S. 610 ff.)

Exkurs.

Die Tauschproportion.

Der wirtschaftliche Kreislauf wird bis in die kleinsten Einzelheiten in seinem Ablaufe durch immanente Kostengesetze bestimmt. Nun aber reichen diese bei einer tauschwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft nicht aus; denn hier tritt neben das schon bekannte Produktionsverhältnis ein zweites, das Tauschverhältnis.

Genereller und spezieller Tausch.

Die gegenübergestellten Gütermengen sind in beiden Fällen eigentlich dieselben — die Ertragsgüter einerseits und die ihnen entsprechenden Kostenelemente andererseits. Würde sich dabei der Austausch so gestalten, daß alle Produzenten ihre für den Austausch bestimmten Produkte in einen Haufen zusammenwerfen, um nachher die nötigen Kostengüter daraus herauszuholen (und auf diese Weise sucht man sehr häufig den Ablauf des gesellschaftlichen Tauschprozesses anschaulich darzustellen), so würde überhaupt kein besonderes Problem vorliegen. Das Austauschverhältnis wäre nichts anderes als einfach das schon bekannte Kosten-Ertragsverhältnis. Tatsächlich findet aber keine generelle Abrechnung statt, sondern eine spezielle, d. h. die Güter werden nicht gruppenweise, wie im Produktionsprozeß, einander gegenübergestellt, sondern paarweise. Das letzte Resultat des Austausches ist bei der generellen und speziellen Abrechnung dasselbe; die Wege sind aber verschieden.

Unbestimmte Tauschgleichungen.

Ohne auf die inneren Gründe und Ursachen dieser oder jener Gestaltung der Tauschproportionen einzugehen, wollen wir die allgemeinen Bedingungen, die im Rahmen des wirtschaftlichen Kreislaufes unbedingt erfüllt werden müssen, betrachten.

Die präzise Problemstellung ist die folgende:

Der Gesamtertrag, d. h. die Summe der Einzelerträge, aller Produktionspunkte einer Produktionsperiode ist so auf einzelne Eigentumsbereiche verteilt, daß eine weitere Produktion innerhalb einzelner dieser Gruppen nicht stattfinden kann. Auf dem Wege des speziellen Tausches soll eine Neuverteilung stattfinden, die alle wirtschaftlichen Elemente entsprechend den geltenden Kostenkoeffizienten in für die Fortsetzung des Kreislaufes notwendige — »produktionsfähige« Kostengruppen vereint. Es fragt sich, nach welchen Tauschproportionen dies geschehen kann.

Zur Vereinfachung nehmen wir zunächst an, daß die ursprüngliche Eigentumsverteilung der qualitativen Gliederung des Ertrages entspricht, d. h. daß der Ertrag jedes einzelnen Produktionsproduktes eine selbständige Eigentumsgruppe bildet.

Um die ganze Deduktion in algebraischer Form übersichtlich zu machen, soll der Wertbegriff eingeführt werden. Darunter soll aber keinesfalls irgendeine neue Eigenschaft der Güter verstanden werden, sondern eben das aus allen von uns untersuchten Beziehungen resultierende Austauschverhältnis.

Es ist ein System gegeben, welches aus zwei Elementen besteht, die in folgenden Reproduktionsbeziehungen zueinanderstehen:

$$aA + bB \rightarrow A,$$
$$(1 - a).\ A + (1 - b)B \rightarrow B.$$

Die zwei ursprünglichen Eigentumsgruppen sollen sich mit den qualitativ verschiedenen Ertragsgruppen decken.

»Produktionsfähige« Kostengruppen lassen sich in folgender allgemeiner Formel ausdrücken:

$$k(aA + bB) \text{ und } m[(1 - a)A + (1 - bB)],$$

wobei die »Eigentumskoeffizienten« k und m alle Werte von 0 bis 1 annehmen können.

Die zwei allgemeinen Tauschgleichungen sind also folgende:

$$\text{(I)} \qquad Ap_1 = k(aAp_1 + bBp_2) + m[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)Bp_2],$$
$$Bp_2 = l(aAp_1 + bBp_2) + r[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)Bp_2].$$

Von den beiden Preisen p_1 und p_2 kann der eine, da es sich nur um Relationen handelt, gleich 1 gesetzt werden.

Andererseits ist:

$$\text{(II)} \qquad k + l = 1,$$
$$m + r = 1.$$

Es sind vier Gleichungen bei fünf Unbekannten.

Eine eindeutige Lösung ist unmöglich. Die Tauschproportionen und dementsprechend die Verteilungsverhältnisse des Eigentums kann

man nach Belieben variieren, ohne daß dabei der Kreislauf der Wirtschaft irgendwie beeinträchtigt würde. Ein bestimmtes System der Preisverhältnisse ist also von diesem Standpunkte gesehen eine »zufällige« Erscheinung.

Eigentumseinkommen.

Aus diesem Resultate sieht man, daß eine eindeutige Lösung des Tauschproblems keinesfalls im Bereiche des bisherigen Begriffskreises liegen kann. Alle Momente, die ihren unmittelbaren Ausdruck in den technischen Koeffizienten finden, sind schon in Rechnung gezogen worden. Das Problem muß von einer anderen Seite betrachtet werden.

Zwischen den verschiedenen Faktoren, welche diese oder jene Kostenzusammensetzung bestimmen, befinden sich, wie schon erwähnt wurde, neben allen möglichen natürlichen Daten auch die sozialen Ursachen. Wie alle übrigen, so konnten bisher auch diese ohne nähere spezielle Nachforschung als »gegebene« Tatbestände betrachtet werden.

Nun aber wird bei der Tauschanalyse eine von diesen »Voraussetzungen«, nämlich die Eigentumsverteilung, unmittelbar in Betracht gezogen. Ihre indirekte Wirkung auf die Kostenzusammensetzung bleibt dabei aber selbstverständlich bestehen.

Somit wird für eine erschöpfende Erkenntnis der Tauschverhältnisse eine eingehende Erforschung des Zusammenhanges zwischen der Eigentumsverteilung und ihrer Wirkung auf die bestehenden technischen Koeffizienten erforderlich. Diese besteht darin, daß dem Eigentumsphänomen eine besondere Art der Kostenelemente, das sogenannte Eigentumseinkommen, entspricht. (Ueber Einkommen als Kostenelement siehe S. 619 f.)

Die einfache Tauschwirtschaft.

Die engen Beziehungen zwischen dem Wertproblem und dem Problem des Eigentumseinkommens treten besonders klar zum Vorschein, wenn man bedenkt, daß eine hypothetische Tauschwirtschaft ohne Eigentumseinkommen jedes »notwendigen« Preissystems entbehrt.

Man stelle sich eine Reproduktion von zwei Güterarten vor, z. B. »Konsummittel« und »Produktionsmittel« (sogenannte Kapitalgüter). Bei einem gewissen, gemäß den unbestimmten Preisgleichungen willkürlich festgesetzten Tauschverhältnis gehört jeder der beiden Produktionszweige einem besonderen »Eigentümer«.

Geschieht nun eine Preisverschiebung, so wird der eine von den beiden weniger Kostengüter eintauschen können, als früher, dabei auch weniger von seinen persönlichen Einkommensgütern, die er zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft braucht. Als Eigentümer bekommt er in einer einfachen »profitlosen« Wirtschaft nichts.

Der andere Eigentümer aber, zu dessen Gunsten die Preisrelation sich verschoben hat, wird in der Lage sein, den üblichen Einkauf von

Kostengütern zu erweitern. Ist es der Kapitalgüterproduzent z. B., so wird er nicht nur die Kostenelemente der Kapitalgüterproduktion, sondern auch denjenigen Teil der für die Produktion von Konsumtionsgütern notwendigen Elemente in seinen Eigentumsbereich bringen, welcher von dem anderen wegen seines Kaufkraftverlustes nicht erworben worden ist. Ein Teil der Konsumgüterproduktion wird demzufolge unter die Eigentumskontrolle des Kapitalgüterproduzenten kommen. Dabei wird aber auch die in seinem eigenen »Geschäft« teilweise unausgenutzt gebliebene Arbeitskraft des durch die Preisverschiebung benachteiligten Konsumgüterproduzenten in derselben »Branche«, aber schon unter fremder Eigentumshoheit, verwendet. Sein persönliches Einkommen bleibt nach der erfolgten Preisverschiebung dasselbe wie zuvor. Ein »Interesse« für diese oder jene Preisgestaltung würde in diesem Fall vollständig fehlen, demzufolge auch jeder Gleichgewichtszustand des Preissystems.

Die zweite Wertgleichung.

Das Eigentumseinkommen wird selbstverständlich auch ohne jede direkte Bezugnahme auf seine Ursache (das Eigentumsphänomen) im allgemeinen Kreislaufschema neben anderen Kostenelementen berücksichtigt. Es ist eine Aufgabe der Zinstheorie, diesen ursächlichen Beziehungen nachzukommen.

Wir können uns auf das spezielle Gebiet nicht einlassen und wollen einfach das für die Tauschtheorie maßgebende Ergebnis vorwegnehmen. Es ist die Tendenz zur Wertgleichheit zwischen den im Bereiche einer gegebenen Eigentumsgruppe verbrauchten Kostengütern und den Ertragsgütern, welche aus diesen produziert worden sind.

Diese Feststellung kann zur Erweiterung unseres Gleichungssystems dienen.

Um jede unnötige komplizierte Rechnung zu vermeiden, wollen wir den schon bekannten Elementarfall eines zweigliedrigen Kreislaufschemas betrachten.

Dementsprechend gestaltet sich die erste, Gruppe von Tauschgleichungen folgendermaßen:

$$\text{(III)}\quad Ap_1 = k[(aAp_1 + bB_2) + m[(1-a)Ap_1 + (1-b)Bp_2],$$
$$Bp_2 = (1-k)(aAp_1 + bBp_2) + (1-m)[(0-a)Ap_1 + (1-b)Bp_2)].$$

Dazu kommen noch zwei neue Gleichungen, welche auf Grund des soeben erwähnten Prinzips aufgestellt sind.

$$\text{(IV)}\quad Ap_1 = kAp_1 + mBp_2 \qquad p_2 = 1.$$
$$Bp_2 = (1-k)Ap_1 + (1-m)Bp_2$$

Um die Tauschproportion zu ermitteln, muß das gesamte Gleichungssystem nach p_1 aufgelöst werden. Dabei muß in jedem der beiden Gleichungspaare eine Gleichung unverändert bleiben, da sich sonst zum Schluß eine Identitätsgleichung ergeben würde. So nehmen wir die folgenden zwei Formeln:

$$(III_1, I) \qquad Ap_1 = k(aAp_1 + bB) + m[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)B].$$
$$(IV_1, I) \qquad Ap_1 = kAp_1 + mB.$$

Daraus ergibt sich:

$$(V) \qquad k(aAp_1 + bB) + m[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)B] = kAp + mB$$

oder:

$$(k - m)(aAp_1 + bB - Ap_1) = 0.$$

Daraus folgt, daß entweder $(k - m) = 0$ oder $aAp + bB - Ap = 0$ ist. Die erste Lösung $(k = m)$ bedeutet, daß alle einzelnen Produktionszweige auf beide Eigentumsgruppen proportionell verteilt sind. In diesem Fall ist aber zum Austausch kein Anlaß vorhanden. Als Tauschproportion kommt also der entsprechende Wert von p_1 nicht in Frage.

Es bleibt die Gleichung $aAp + bB - Ap = 0$. Diese Formel bedeutet, daß der Wert eines Gutes und derjenige seiner Kosten gleich ist. Dies ist aber das »Wertgesetz« der sogenannten objektiven Wertlehre. Dieses Kostengesetz spielt in der Werttheorie ungefähr dieselbe Rolle, wie die »Verkehrsgleichung« in der Geldtheorie. Die in der Formel ihren Ausdruck findende funktionelle Beziehung wird von allen Theoretikern anerkannt. Desto heftiger streitet man aber darüber, welchem Element dabei die ausschlaggebende Bedeutung zuzuschreiben ist.

Es scheint an dieser Stelle, wo das Kreislaufproblem behandelt wird, zweckmäßig zu sein, diesen Satz in seine beiden Komponenten zu zerlegen (die erste und die zweite Art der Tauschgleichungen) und das kreislaufmäßige Element von dem anderen, welches man vielleicht als das eigentliche Wertprinzip bezeichnen könnte, abzusondern.

Die Tauschproportion im veränderlichen Kreislauf.

Bei einem veränderlichen Kreislauf lassen sich dieselben Gleichungen anwenden, wie im Fall der gleichmäßigen Reproduktion. Man nehme z. B. an, daß in der nächsten nach der soeben betrachteten Produktionsperiode im Produktionspunkte Nr. 2 ein neues Element erzeugt wird, welches im weiteren an die übrigen Anschluß findet.

Die neue Produktionsformel sei z. B.

$$\begin{matrix} aA + bB \rightarrow A \\ (1 - a)A + (1 - b)B \rightarrow C \end{matrix} \quad \text{und nachher:} \quad \begin{matrix} aA + cC \rightarrow A \\ (1 - a)A + (1 - c)C \rightarrow C \end{matrix}$$

In der dritten Produktionsperiode wird das neue Element sowohl zu seiner eigenen Reproduktion als auch zur Produktion der Güterart Nr. 1 verwendet. Dabei erscheinen zwei neue unbekannte Preise, derjenige des neuen Produktes und auch der des alten, aber mit neuen Produktionskosten hervorgebrachten Elementes Nr. 1.

Der Kürze halber wollen wir schon in der zweiten Periode den Preis des Elements Nr. 1 als unbekannt betrachten. Dann wird sich ein besonderer Beweis für die folgende Periode erübrigen.

Das erste Gleichungspaar lautet, indem es an die Formel (IV) anknüpft:



(VI) $kAp_1 + mB = l(aAp_1 + bB) + r[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)B]$
$(1 - k)Ap_1 + (1 - m)B$
$= (1 - l)(aAp_1 + bB) + (1 - r)[(1 - a)\ Ap_1 + (1 - l)B],$
das zweite:
(VII) $kAp_1 + mB = lAp_3 + rCp_4,$
$(1 - k)Ap_1 + (1 - m)B = (1 - l)Ap_3 + (1 - r)Cp_4.$
Beide unbekannte Preise sind p_3 und p_4. Die neuen, auch unbekannten Eigentumskoeffizienten l und r. Die Preise p_1 und p_2 sind aus der früheren Periode bekannt.

Eine Gleichung von dem ersten Paar muß, wie vorher, ausscheiden. Dagegen lassen sich die beiden anderen zusammen verwenden, da im Gegensatz zu der gleichmäßigen Reproduktion ihre Summe keine Identitätsgleichung ergibt.

Drei Gleichungen bei vier Unbekannten. Und doch ergibt sich eine bestimmte Lösung für p_3 und p_4.

$(kAp + mB)$ und $[(1 - k)Ap_1 + (1 - m)B]$ kann der Einfachheit halber gemäß den Gleichungen (II) durch Ap_1 und B ersetzt werden.

$(aAp + bB)$ bezeichnen wir durch x; $[(1 - a)Ap_1 + (1 - b)B]$ durch y.

Aus (VII) folgt:

$$(1 - l)rCp_4 - (1 - l)Ap_1 = l(1 - r)Cp_4 - lB,$$

oder:

$$rCp_4 - Ap_1 + lAp_1 = 1Cp_4 - lB.$$

$$\text{(VIII)} \qquad p_4 = \frac{Ap_1 - lAp_1 - lB.}{rC - lC}$$

Aus (VI, 1) finden wir: $Ap_1 = lx + ry$ oder:

$$\text{(IX)} \qquad l = \frac{Ap_1 - ry.}{x}$$

Aus (VIII) und (IX) folgt:

$$p_4 \frac{Ap_1 \dfrac{Ap_1(Ap_1 - ry)}{x} - \dfrac{B(Ap - ry)}{x}}{C\left[r - \dfrac{(Ap_1 - ry)}{x}\right]} = \frac{Ap_1x - (Ap + B)(Ap - ry)}{C\,(rx - Ap_1 + ry)}$$

da aber: $Ap + B = x + y$, so ist

$$p_4 = \frac{y(rx - Ap_1 + ry)}{C(rx - Ap_1 + ry)} = \frac{y}{C} \text{ oder}$$

$$p_4 = (1 - a)Ap_1 + (1 - b)B.$$

Auf gleiche Weise findet man auch p_3.

Man sieht, das »Kostengesetz« gilt auch für den veränderlichen Kreislauf.

B. Der empirische Kreislauf.

Bis jetzt haben wir den wirtschaftlichen Kreislauf in der Form kennen gelernt, wie er sich aus den elementaren Kostenertragsverhältnissen aufbaut. Der Gegenstand unserer Analyse war eigentlich nicht

der wirtschaftliche Prozeß selbst, sondern ein Modell des wirtschaftlichen Kreislaufs.

Der Uebergang von diesem allgemeinen Schema zu der empirischen Gegebenheit ist unsere nächste Aufgabe.

Keinesfalls handelt es sich aber dabei um eine »abnehmende Abstraktion«. Das neue Problem ist von der gleichen theoretischen Natur wie alle anderen, die wir bisher behandelt haben.

Der empirische Kapitalbegriff.

Die Schwierigkeit des Ueberganges aus dem Bereiche schematischer Konstruktionen in den realen wirtschaftlichen Kreislauf besteht darin, daß wir dort mit unendlich kleinen Zeitabschnitten gerechnet und eine erschöpfende Kenntnis der Ursachenkette vorausgesetzt haben, hier aber weder das Eine noch das Andere möglich ist. Im realen wirtschaftlichen Prozeß kann man beliebig viele Produktionspunkte samt allen zugehörigen technischen Koeffizienten feststellen, niemals aber alle, da ihre Zahl ja unendlich groß ist.

Hier kommt uns der Kapitalbegriff zu Hilfe. Die Kostensubstitution bedeutete bei der schematischen Analyse eine unnötige Komplizierung der elementaren Darstellungsweise, hier bietet sie das einzige Mittel, die unendliche Mannigfaltigkeit durch beliebig wenige Begriffe zu bewältigen.

Das Substitutionsverfahren besteht, wie gezeigt worden ist, darin, daß der Ertrag einer beliebig langen Produktionsreihe direkt auf seine Anfangskosten zurückgeführt wird. Alle Zwischenglieder werden durch eine Kapitalsumme ersetzt. Diese ist dem Produkte der Urkosten und der Zahl substituierter Zwischenperioden gleich. Da aber die Urkosten (in unserem Schema Elementarkosten) dem Ertrage einer Produktionsperiode (in unserem Schema einer elementaren Produktionsperiode) gleich sind, so kann man die Kapitalsumme in der Weise definieren, daß man sagt, das Kapital ist der Summe der Urkosten gleich, welche im Laufe des substituierten Zeitabschnittes verbraucht worden sind.

Diese Größe kann aber für jedes reale wirtschaftliche Element praktisch ohne weiteres ermittelt werden. Und so läßt sich jeder wirtschaftliche Kreislauf mit Hilfe des Kapitalbegriffes auf eine beliebig kleine Zahl von Elementen zurückführen.

Länge der Produktionswege.

Die Ausarbeitung eines empirischen Kreislaufschemas muß demgemäß mit der Feststellung der zeitlichen Verteilung, d. h. der gegenseitigen Entfernung der willkürlich gewählten Stützpunkte beginnen.

Hier stoßen wir aber auf eine bedeutende Schwierigkeit. Die einzelnen Produktionspunkte können auf mehreren Produktionswegen von verschiedener Länge miteinander verbunden sein. Der kürzeste läßt sich allerdings leicht feststellen; denn, wie wir gesehen haben,



verbreitet sich die Ertragsabnahme in einem Punkte eben auf dem kürzesten Wege, und prinzipiell ist die Entfernungsmessung nur mit Hilfe eines solchen »Experiments« möglich [7]). Dagegen muß man zur Feststellung aller anderen Verbindungslinien ihre Richtung Schritt für Schritt verfolgen. Wären alle die unendlich vielen Produktionspunkte in mehreren Richtungen mit einander verbunden, so würde man dabei auf dieselbe Mannigfaltigkeit stoßen, welche durch das Substitutionsverfahren überwunden werden sollte.

Die Kreislauflehre hat nur mit den möglichen Gestaltungen des wirtschaftlichen Prozesses zu tun, und darum läßt sich die Frage, ob die Zahl der Verzweigungen einzelner Produktionswege tatsächlich unendlich groß ist, oder vielleicht doch eine Grenze hat, keinesfalls auf Grund irgendeiner deduktiven Ueberlegung beantworten.

Auf empirischem Wege kann aber der Aufbau des wirtschaftlichen Kreislaufes wegen seiner unendlichen Mannigfaltigkeit, die dazu noch in ständiger Veränderung begriffen ist, niemals endgültig festgestellt werden. So müssen entweder irgendwelche andere theoretische Erwägungen, die nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt des wirtschaftlichen Prozesses analysieren, zu Hilfe genommen werden, oder man bleibt eben bei den unvollständigen empirischen Erkenntnissen. Für die vollständige Auswertung dieser »fragmentarischen« Daten ist aber die methodologische Anleitung der Theorie desto unentbehrlicher.

»Strukturforschung.«

Die empirische Untersuchung bekommt von der Theorie auch das formelle Ordnungsprinzip.

Bei der Analyse des allgemeinen Kreislaufschemas haben wir eine Art stufenartiger Gliederung der Reproduktionsbeziehungen kennengelernt. Als Produktionsstufen haben wir solche Elementargruppen eines Kreislaufsystems bezeichnet, von denen jede zur Produktion aller anderen genügt. Daraus folgt, daß die Entfernung aller Glieder einer solchen Produktionsstufe von denen einer anderen immer die gleiche ist.

Da aber jeder Produktionspunkt eines zusammengesetzten Systems irgendeiner Produktionsstufe angehört, so heißt das, daß alle einer und derselben Produktionsstufe angehörigen Elemente in bezug auf jeden anderen Punkt des Systems in derselben Zone liegen, also andere, längere Produktionswege überhaupt nicht existieren können.

---

[7]) Dieses »Experiment« unterscheidet sich trotz äußerlicher Aehnlichkeit grundsätzlich von dem, auf welchem die sogenannte Zurechnungslehre basiert ist. Dort wird die »spezifische Produktivität« eines Kostenfaktors durch die Veränderung seines Kostenkoeffizienten festgestellt — ein Verfahren, welches an einem innern Widerspruch krankt — denn die »spezifische Produktivität« setzt eigentlich einen bestimmten technischen Koeffizienten voraus. In unserem Fall bleiben die technischen Koeffizienten unverändert; der Verbrauch an allen Kostengütern sinkt gleichmäßig.

Die Aufgabe der empirischen Wirtschaftswissenschaft, insoweit sie in Anlehnung an die Theorie den Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses durchdringen will, besteht eben in der Erforschung des stufenmäßigen Aufbaues des wirtschaftlichen Kreislaufes.

Es scheint uns, daß die modern gewordene »Strukturforschung« eben in diesem Sinne ihre Aufgabe verstehen müßte. Dabei lassen sich zwei Fragenkomplexe unterscheiden: Die Abgrenzung verschiedener Produktionsstufen voneinander — man könnte vielleicht von einer Zonenforschung sprechen — einerseits, Feststellung der Beziehungen, welche zwischen den Elementen einer und derselben Produktionsstufe bestehen — streng genommen wäre hier die Erkenntnis einer einzigen Produktionsstufe genügend — andererseits. Das Verhältnis der »Kreislauftheorie« zur »Strukturforschung« wäre ein typischer Fall der Zusammenarbeit einer rein »nomologischen« Erkenntnisrichtung mit ebenso ausgesprochener »idiographischer« Forschungsweise.

Die genannten, einer und derselben Produktionsstufe angehörigen Stützpunkte lassen sich selbstverständlich der Einfachheit halber auch weiter zusammenlegen, aber damit diese weitere Substitution die Grundbeziehungen richtig wiedergibt, müssen alle diese Punkte schon vorher bekannt sein.

»Kapitalisation.«

Die auf diese oder jene Weise festgestellte zeitliche Verteilung einzelner Produktionspunkte kann in folgender Formel übersichtlich dargestellt werden — als Beispiel wollen wir ein auf zwei Stützpunkte zurückgeführtes Kreislaufschema nehmen.

$$aA^{n-K} + bB^{n-} \quad A^{n}$$
$$(1 - a)A^{n-d} + (1 - b)B^{n-r} \rightarrow B^{n}$$

Zum Zeitmaßstab kann selbstverständlich eine beliebige Zeiteinheit genommen werden. A und B stellen die im Laufe dieser Zeiteinheit produzierbaren Erträge vor.

Dies vorläufige System läßt sich nun »kapitalisieren«:

$$[aA\,(n - k)]^{n-1} + [bB\,(n - l)]^{n-1} \rightarrow A^{n}$$
$$[(1 - a)A \cdot (n - d)]^{n-1} + [(1 - b)B(n - r)]^{n-1} \rightarrow B^{n}\,.$$

Die Kostenertragsverhältnisse sind in diesem neuen System ganz andere als die eines Elementarschemas. Die Kapitalisationskoeffizienten (die Zeitabschnitte zwischen den »Urkosten« und dem »Endprodukt«) sind konstante Größen.

Kapitalakkumulation bzw. -verbrauch.

Erfährt die Kostenzufuhr an den Verbrauchspunkt eine Zunahme, so wird dadurch die »technisch-erforderliche« Kapitalsumme um den zusätzlichen Betrag, multipliziert mit dem Kapitalisationskoeffizienten, größer. Die dem gesteigerten Verbrauch entsprechende Ertragszunahme wird demgemäß nur dann auftreten, wenn das zusätzliche Kapital



»akkumuliert« wird. Dazu ist aber ein der Kapitalisationsperiode gleicher Zeitabschnitt erforderlich. Verminderte Kostenzufuhr bedeutet dagegen eine proportionale Abnahme des notwendigen Kapitalbestandes. Die Differenz zwischen diesem und der tatsächlichen Kapitalmenge kann »verbraucht« werden; dadurch wird der Ertrag eine Zeitlang sein ursprüngliches Niveau behaupten können.

Wir verzichten auf jede weitere Analyse, denn methodologisch scheint die Sache schon auf Grund der gegebenen Beispiele klar zu sein.

Von den modernen Theoretikern sind es Fisher, E. v. Böhm-Bawerk und Clark, die das Kapitalproblem vom morphologischen — wenn man so sagen kann — Standpunkte des wirtschaftlichen Kreislaufes besonders eingehend behandelt haben.

Die Kapitaldefinition von Fisher.

Die knappe Fishersche Definition lautet:

> »A stock of wealth at an instant of time is called capital (J. F.). A flow of service through a period of time is called income«[8].

Von den beiden Begriffspaaren stock und flow einerseits, wealth und service andererseits, auf welchen diese Unterscheidung von Kapital und Einkommen beruht, liegt im Bereiche unserer Problemstellung nur das erste. Diese Gegenüberstellung von Vorrat und Strom kann nach der Fisher eigenen Auffassung nur auf die materiellen Güter (wealth) angewendet werden, weil die Dienste (service) nur im Stromzustande vorstellbar sind. So können wir diese zunächst beiseite lassen.

> Der Strom (flow) ist: »The quantity of any specified thing undergoing any specified change during any specified period of time.«
> Stock ist: »The quantity of any specified thing at any instant«[9].

Kontinuität des wirtschaftlichen Prozesses.

Stellt man sich den wirtschaftlichen Kreislauf grundsätzlich als einen kontinuierlichen Prozeß vor, so entspricht dieser Kapitalbegriff den Elementarerträgen bzw. -kosten in unserem Grundschema[10].

---

[8]) J. F., The natur of capital and income, 2. Aufl. New York 1923, S. 52.

[9]) Ebenda 332, 336.

[10]) Ein kurzes Beispiel zur Erläuterung: Es wird jährlich von einem gewissen Gute eine bestimmte Menge reproduziert. Man kann sich den Vorgang so vorstellen, daß der ganze Prozeß sich einmal im Jahre, z. B. am 31. Dezember, abspielt. Dann würde immer ein dem Jahresprodukte gleicher »Stock« vorhanden sein. Würde die Verwandlung alle sechs Monate, z. B. am 30. Juni und 31. De-



Streng genommen bedeutet das Fishersche »stock« soviel wie die Summe aller Elementarerträge. »Flow« ist dann nichts anderes als ein Mehrfaches dieser Summe.

Nun vermißt man aber bei Fisher jeden Hinweis darauf, wie man diese unendlich große Zahl unendlich kleiner Einheiten überhaupt feststellen kann. Wir haben gesehen, daß auf direktem Wege diese Feststellung prinzipiell unmöglich ist. Die Art, in welcher Fisher an dem Problem der Kapitalberechnung vorübergeht, wäre nur dann verständlich, wenn er den wirtschaftlichen Kreislauf unserer Auffassungsweise entgegen als einen prinzipiell diskontinuierlichen betrachtet hätte. Einen direkten Hinweis darauf findet man bei ihm aber nicht. So wollen wir die Frage für sich behandeln.

Streng genommen läßt sich hier nichts beweisen. Es kommt darauf an, was man eben unter »Wirtschaft« verstehen will. Doch sind wir imstande, zu zeigen, daß auf Grund der üblichen Auffassung die Wirtschaft kaum als ein diskontinuierlicher Prozeß betrachtet werden kann.

Zunächst scheint es kaum bestreitbar zu sein, daß eine absolute, bloß nach »astronomischer Zeit« gemessene Diskontinuität für den wirtschaftlichen Kreislauf völlig irrelevant ist. Man stelle sich z. B. vor, daß das ganze wirtschaftliche Leben samt allen seinen Bedingungen wie durch einen Zauberstab zum völligen Stillstand gebracht worden ist, um nach einem gewissen Zeitraum seinen Lauf wieder aufzunehmen. Es ist ganz klar, daß dieses allgemeine Moratorium, ganz gleich, ob es eine Sekunde oder hundert Jahre dauerte, als wirtschaftliche Tatsache überhaupt nicht verzeichnet werden könnte.

Spricht man von einer Diskontinuität des wirtschaftlichen Prozesses, so kann dabei nur eine relative Unstetigkeit gemeint sein. Anders ausgedrückt: diejenige Verwandlung innerhalb eines wirtschaftlichen Kreislaufes, welche in absoluter Zeit gemessen im Vergleich mit den anderen am gleichmäßigsten — mit den kleinsten Pausen verläuft, kann wirtschaftlich als eine absolut kontinuierliche betrachtet werden. Als wirtschaftlich, d. h. relativ-diskontinuierlich, gelten dabei nur diejenigen Teile des Gesamtprozesses, die in ihrem Ablauf dieses minimale Maß absoluter Diskontinuität übertreffen.

An »praktischen Beispielen« wird es nicht fehlen: Zur Produktion eines guten Weines sind fünfzig Jahre erforderlich; die Erzeugung fertigen Tuches aus Rohwolle nimmt, sagen wir, etwa ein Jahr in Anspruch; irgendein chemischer Prozeß geschieht binnen weniger Minuten. Dasselbe gilt auch vom Verbrauch; dieser ist hier nichts anderes als die Produktion von der Kostenseite her gesehen.

Nun macht sich aber folgender Einwand geltend: Die Periode der Wollstoffproduktion scheint so lang zu sein, nur wenn man sie

---

zember, stattfinden, so müßte nur ein halb so großer Vorrat am Lager liegen, bei monatlicher Reproduktion nur der zwölfte Teil einer Jahresproduktion. Bei einer kontinuierlichen wäre es aber nur ein unendlich kleiner Teil des Gesamtertrages.



von dem Tage ab berechnet, wo die Schafe in Australien geschoren wurden. Nimmt man dagegen zum Ausgangspunkte die Stunde in der das Garn in den Webstuhl eingespannt wird, so braucht die Produktion kaum mehr Zeit, als der erwähnte chemische Prozeß. Will man aber die Erzeugung des gegebenen chemischen Produktes auch auf die Rohstoffproduktion erstrecken, so läßt sich leicht eine mehrmonatliche Produktionsperiode zusammenrechnen. Aehnlich steht es mit dem Wein: ein fünfzigjähriger Tokayer läßt sich leicht binnen 12 Monaten erzeugen, wenn man ihn aus . . . 49jährigem produziert. Dasselbe gilt auch für den Verbrauch.

Es kommt eben darauf an, wo man zu zählen anfängt bzw. wo man mit dem Zählen aufhört. Der Theoretiker, welcher den Kapitalbegriff als eine grundsätzliche Kategorie neben dem Begriff des Güterstromes in sein System einführen will, muß unbedingt eine klare und prinzipiell fundierte Klassifikation der Produktionszweige, »classification of industries«, wie es die Engländer nennen [11]), aufbauen, sonst wird sein Kapitalbegriff überhaupt keinen bestimmten Sinn haben können.

Die sonst so scharfe Analyse Irving Fishers versagt in diesem Punkte. Er spricht von momentanem Gütervorrat wie von einer Selbstverständlichkeit, und anstatt den Begriff systematisch zu untersuchen, konsultiert er dabei 72 Wörterbücher.

Nun gelangt er aber bei Behandlung des Einkommenbegriffes zum Güterstrom, stößt dabei, wie es auch nicht anders sein könnte, auf das Problem der Unterscheidung einzelner Produktionsetappen und behauptet kurzweg, daß man nach eigenem Ermessen durch irgendeine Produktionsfolge eine Linie ziehen kann, fügt auch ganz richtig hinzu, daß die Lage dieser Grenze vom Standpunkte der Einkommensrechnung (wobei Einkommen für ihn dasselbe bedeutet wie Strom) irrelevant ist. Er bemerkt nicht, daß sein Kapitalbegriff dabei jeden Boden verliert.

E. v. Böhm-Bawerks Kapitalbegriff.

In seiner Kritik der Fisherschen Theorie hat auch Böhm-Bawerk den erwähnten Mangel außer acht gelassen. Ja er fragt sogar:

> »In welchem Sinne besteht denn wirklich und streitlos die angerufene Antithese (zwischen Kapital und Einkommen. W. L.)?«

und antwortet:

> »Sicherlich in dem Sinne, auf den Fisher ebenso oft wie nachdrücklich hinweist, daß das Kapital ein ‚Stock' und das Einkommen ein ‚Strom' ist« [12]).

In seiner eigenen Konstruktion hat aber Böhm-Bawerk nichtsdestoweniger die gefährliche Klippe mit seltenem theoretischem Takt vermieden:

---

[11]) Siehe z. B. Jevons, The principles of economics, 1905, S. 107, 114 ff.

[12]) »Kapital und Kapitalzins«, 4. Aufl. Jena 1921, Bd. II 1 S. 4.

»Das Kapital«, heißt es, »ist nichts anderes, als der Inbegriff der Zwischen produkte (W. L.), die auf einzelnen Etappen des ausholenden Produktionsumweges zur Entstehung kommen«[13]).

Handelt es sich nun darum, ein Beispiel zu geben, so sind die »Zwischenprodukte« auf einmal verschwunden. An deren Stelle tritt die vorgetane Arbeit.

Hätte Böhm-Bawerk aber den Versuch gemacht, gemäß der eigenen »realistischen«, wie er sie nennt, Definition alle diese »Zwischenprodukte« aufzuzählen, so wäre seine Lage kaum glücklicher als die von Fisher.

Der Kapitalbegriff von Clark.

Von den modernen Theoretikern scheint Clark die logischen Schwierigkeiten der Kapitaltheorie am besten erkannt zu haben. Aber auch hier vermißt man eine einwandfreie Definition.

> »Capital is this permanent fund of productive goods the indentity of whose component elements is forever changing. Capital goods are the shifting component parts of this permanent aggregate«[14]).

Ein anderes Mal heißt es:

> »We describe these real things by the use of an abstract term (capital, W. L.) just as we describe a thousand other realities«[15]).

Aber über die Art dieses Oberbegriffes scheint Clark selbst nicht in voller Klarheit zu sein. In der großen Anzahl von Analogien, welche er zu Hilfe nimmt, ohne ein einziges Beispiel zu geben, zeigt sich das typische Schwanken zwischen Selbstverständlichkeit und äußerster Unklarheit. Es wird sehr einleuchtend auseinandergesetzt, daß die »capital goods« in ewigem Fluß sich befinden, und daß man um den eigentlichen Kapitalbegriff zu gewinnen, diese doch »in some way constituting a stock« sich vorstellen müsse. Welches dieser »gewisse Weg« ist, das wird nicht gesagt. Auch der Hinweis darauf, daß der »business man« das Kapital meistens als eine Geldsumme darstellt, macht den Begriff nicht klarer; denn ehe man mit dem Wertmaßstab kommt, müssen zunächst die zu bemessenden Objekte in natura festgestellt werden.

»Der Güterstrom.«

Das Bild eines Wasserstromes scheint für Clark, wie auch vielen anderen Theoretikern, besonders aufschlußreich zu sein. Der Vergleich wird etwa in folgenden Parallelsätzen durchgeführt:

1. Die Strecke eines bestimmten Stromabschnittes.	1. Der »Gesamtvorrat« innerhalb eines bestimmten Abschnittes des wirtschaftlichen Kreislaufes.

[13]) Ebenda S. 16.

[14]) »Essentials of economic theory«, New York 1922, S. 29.

[15]) Ebenda S. 32.

2. Die Bewegung einzelner Wasserpartikel der Stromrichtung entlang.	2. Der Uebergang der wirtschaftlichen Güter von einer Produktionsetappe zur anderen.
3. Der Wasservorrat innerhalb einer bestimmten Stromstrecke bleibt konstant, obgleich die einzelnen Wasserpartikel sich immer ablösen.	3. Der »Gütervorrat« innerhalb eines bestimmten Abschnittes des wirtschaftlichen Kreislaufes bleibt unverändert, obgleich die einzelnen Gütereinheiten sich ablösen.

Nun besteht aber zwischen den beiden Strömen der grundsätzliche Unterschied, daß der »Wasservorrat«, falls man von der Lage einzelner seiner Elemente absieht, eine homogene Masse darstellt, der Güterstrom dagegen aus einer bunten Reihe unendlich vieler Elementenarten besteht. Man könnte aber vielleicht den »Gebrauchswert« abstrahieren und im »Tauschwert« den allgemeinen Maßstab finden?

»Instrument of production composes the fund but the dollars serve to describe it«[16]), meint Clark.

Wieder ein falscher Analogieschluß. Man kann, wie gesagt, keine Bewertung vornehmen, wenn es unmöglich ist, die zu bewertenden Elemente genau aufzählen zu können.

Das Volumen einer Wasserstromstrecke kann man entweder direkt feststellen, indem man an einer beliebigen Stelle den Querschnitt des Stromes und dann seine Länge ausmißt, oder auch indirekt auf die Weise, daß man die Wassermenge feststellt, welche eine Schnittfläche im Laufe desjenigen Zeitabschnittes passiert, den jedes einzelne Wasserpartikelchen braucht, um die genannte Strecke zu durchlaufen. — Das Volumen eines Güterstromes läßt sich dagegen nur auf dem zweiten indirekten Wege feststellen (mit Hilfe des Kapitalisationsverfahrens). Das darf bei allen Analogieschlüssen der »Stromtheorie« nicht vergessen werden.

Ausgleichsvorräte.

Fragt man sich zuletzt, warum eigentlich der »realistische« Kapitalbegriff doch so plausibel zu sein scheint, so ist es zweifellos der Umstand, daß es tatsächlich im wirtschaftlichen Prozeß momentane Vorräte von endlicher Größe gibt. Es sind die Ausgleichsvorräte.

Streng genommen muß von jedem Element des wirtschaftlichen Kreislaufes ein solcher Vorrat vorhanden sein (siehe S. 596 ff.). Nur in einigen Punkten erreicht er aber eine endliche Größe; denn sonst müßte ja bei der unendlichen Zahl der Produktionspunkte der Gesamtvorrat unendlich groß sein.

Man sieht schon, daß die Summe endlicher Vorräte keinesfalls der Vorstellung eines momentanen Gesamtvorrates entspricht, welche z. B. der Fisherschen Kapitaldefinition zugrunde liegt.

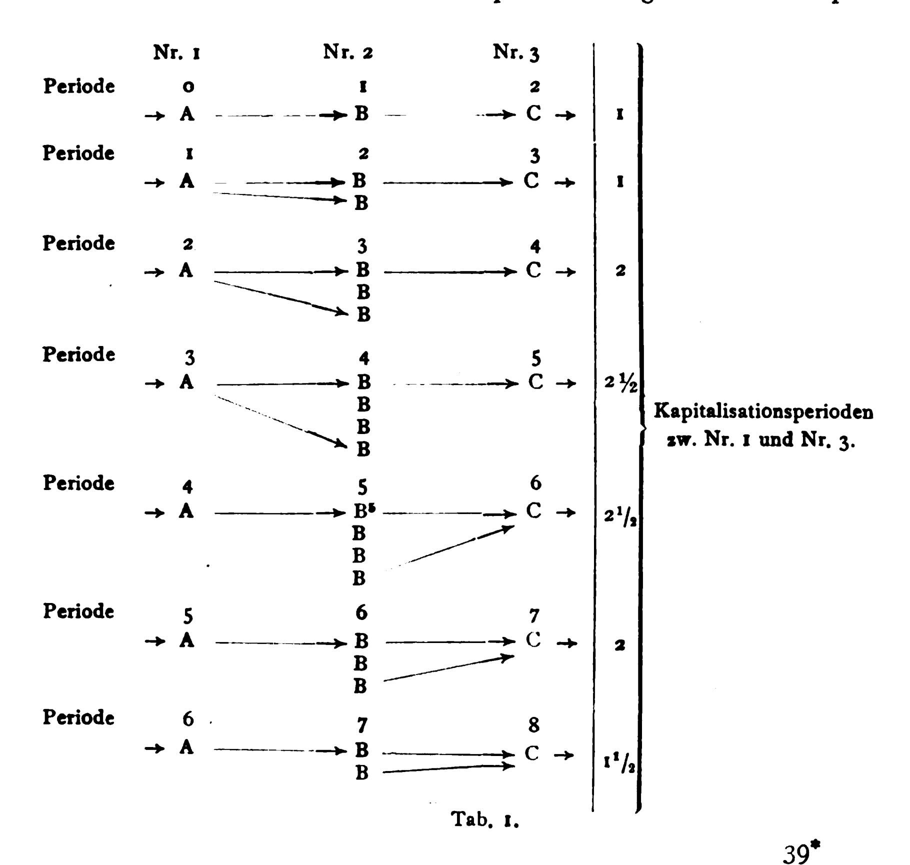
---

[16]) Ebenda S. 31.

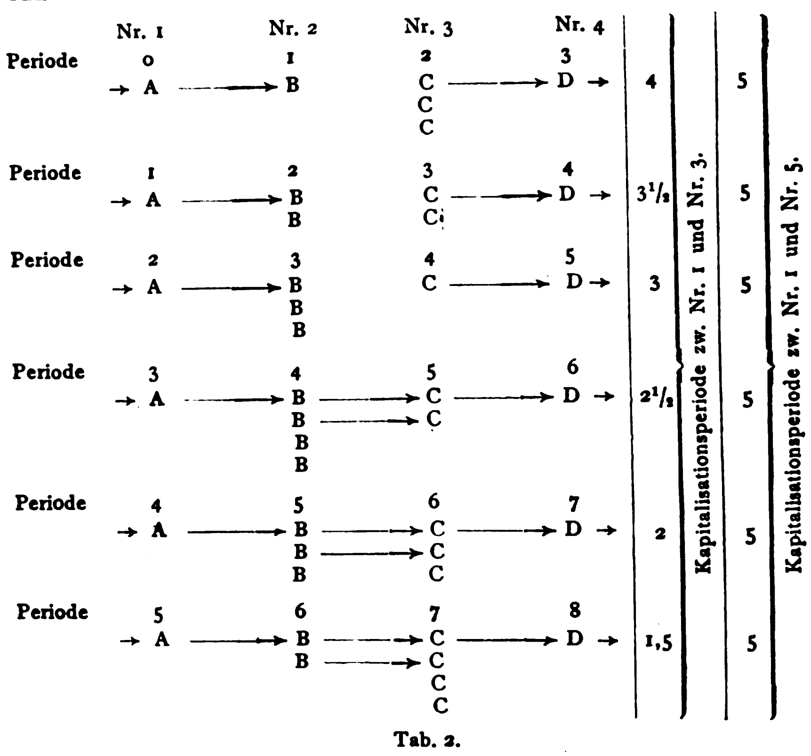
Viel schwieriger ist die Frage, ob durch die Existenz der Ausgleichsvorräte auch unsere »nominalistische« Kapitaldefinition nicht zum Scheitern gebracht wird. Das Problem läßt sich am besten an Hand des bekannten Elementarschemas untersuchen. Wir nehmen einen zwei Perioden langen Ausschnitt aus dem Kreislaufmodell. Der Einfachheit halber soll dabei nur eine einzige Produktionslinie in Betracht gezogen werden. Aus der Güterart Nr. 1 wird die Güterart Nr. 2 produziert, welche wiederum bei der Erzeugung von Nr. 3 verbraucht wird. Der Elementarverbrauch von Nr. 1 ist gleich A. Der Ertrag von Nr. 3 ist gleich C. Der Ertrag und Verbrauch von Nr. 2 unterliegt dagegen infolge gewisser technischer Veränderungen bestimmten Schwankungen. Ginge die Ertrags- und die Verbrauchsveränderung parallel, so wäre der harmonische Ablauf der Reproduktion ohne jeden Vorrat gesichert. Bewegen sich aber die Produktionskoeffizienten unabhängig voneinander, so muß ein Ausgleichsfonds vorhanden sein.

Als Beispiel nehmen wir folgende Reihe (siehe Tabelle 1).

Der Ertrag der Elemente Nr. 2 ist in der ersten Periode gleich B, im Laufe der drei nächsten Produktionsperioden steigt er auf das Dop-



Tab. 1.



Tab. 2.

pelte, um nachher wieder seine ursprüngliche Höhe anzunehmen. Der Verbrauch von Nr. 2 bleibt dagegen im Laufe der vier ersten Perioden (selbstverständlich mit einer entsprechenden Verschiebung auf eine Periode gerechnet) gleich B, die drei letzten gleich 2B.

In den Perioden 1 bis 4 akkumuliert sich demgemäß ein Vorrat von Nr. 2, welcher im Laufe der nächsten 3 Perioden verbraucht wird. Dann fängt die Schwingungsreihe von neuem an.

Etwas anders gestalten sich die Produktionsbeziehungen, wenn ein Produktionsprozeß periodisch völlig stillsteht (z. B. wie in den Saisongewerben). Dann müssen wechselweise zwei Ausgleichsvorräte akkumuliert bzw. verbraucht werden. Einerseits sind es die Ertragsgüter des genannten Produktionsprozesses, andererseits seine Kostengüter. Schematisch können diese Beziehungen folgendermaßen dargestellt werden (siehe Tab. 2).

Um die Vorräte »kapitalisieren« zu können, muß man zunächst mit Hilfe des schon bekannten hypothetischen »Experiments« die Kapitalisationsperiode feststellen.

Wir erzeugen im Punkte Nr. 1 (Tab. 1) eine Veränderung und stellen die Zeitspanne fest, nach deren Verlauf im Punkte Nr. 3 eine entsprechende Veränderung sich bemerkbar macht. Was bedeutet aber eine *entsprechende* Veränderung? Es bedeutet, daß der

Ertrag, eine vollständige Konstanz aller technischen Koeffizienten auf der Zwischenstufe vorausgesetzt, eine der ursprünglichen proportionelle Veränderung erfährt und auf diesem neuen Niveau ebensolange bleibt, wie die Urkosten.

Sowohl die Konstanz der technischen Koeffizienten, als auch die Veränderlichkeit des Ertrages ist dabei als eine relative gedacht. In den vorliegenden Fällen z. B., wo die beiden Größen auch ohne jede besondere »Störung« eine gewisse Schwankung durchmachen, muß diese in den Bereich der »Konstanz« einbezogen werden.

Man stelle sich z. B. vor, daß — infolge einer Produktivitätssteigerung in einem der vorhergehenden Punkte — im Produktionspunkte Nr. 1 seit der Zeitperiode 0 ein verdoppelter Verbrauch einsetzt, also auch ein verdoppelter Ertrag hervorgebracht wird. Nach einer Periode kann auch der Verbrauch dieser Güterart eine entsprechende Steigerung erfahren. Rechnet man die weitere Verschiebung durch die ganze »Schwingungsperiode« nach, so ergibt sich am Ende ein voller Ausgleich.

Periode 6 7 8
N1 N2 N3
A ⟶ B ⟶ C
B ↗
B ⟶ C
B ↗

Dasselbe gilt für alle Ertragsveränderungen vom Gute Nr. 1 in der Periode 0. Die Kapitalisationsperiode ist hier also gleich 1. Sie bleibt die gleiche auch für die Veränderungen in der ersten Periode.

Hätte dagegen die primäre Ertragsveränderung von Nr. 1 erst in der zweiten Periode eingesetzt, so müßte, falls der Verbrauch von dem Gute Nr. 2 schon in dem nächsten Zeitabschnitt zugenommen hätte, am Ende der Schwingungsperiode ein Defizit entstehen. Die Ursache liegt auf der Hand. Die Menge B, welche in der zweiten Periode noch unter alten Produktivitätsverhältnissen erzeugt worden ist, um in den »Vorrat« aufgenommen zu werden und am Ende der Schwingungsperiode dem Ausgleich zu dienen, ist dem inzwischen gestiegenen Verbrauch nicht gewachsen. Bei einem verdoppelten Ertrage von Nr. 1 in der zweiten Periode und sofort darauf folgender proportioneller Verbrauchssteigerung würde das Defizit in der letzten, siebenten Periode gleich 1 B sein. Tritt dagegen die Verbrauchssteigerung nicht in der vierten, sondern erst in der fünften Periode ein, so würde sich am Ende ein voller Ausgleich ergeben.

Die Kapitalisationsperiode ist bei der Verdoppelung der primären Kosten in der zweiten Periode gleich 2. Die Größe und die Richtung der Veränderung spielt bei der Bestimmung der Kapitalisationsperiode auch hier, ebenso wie im Fall einer einfachen Produktionsreihe, keine Rolle. In der dritten Periode ist der Kapitalisationskoeffizient von Nr. 1 gleich 2½, in der vierten ebenso 2½, in der fünften sinkt er auf 2 und endlich in der sechsten beträgt er nur 1½ Perioden.

Auf dieselbe Weise kann man auch die Kapitalisationsperioden im zweiten Fall (nämlich zwischen den Punkten Nr. 1 und Nr. 3 einerseits und Nr. 1 und Nr. 4 andererseits) berechnen (siehe Tab. 2). Im letzteren Falle bildet die Kapitalisationsperiode, wie auch zu erwarten war, eine konstante Größe. Denn die entgegengesetzten Veränderungen beider Vorräte neutralisieren sich gegenseitig [17]).

Exkurs.

Der Warenstrom und der Geldstrom.

Von großem methodologischem Interesse ist es, den »Güterstrom«, wie wir ihn bis jetzt kennengelernt haben, mit dem »Warenstrom« und »Geldstrom«, wie sie in der sogenannten Verkehrsgleichung einander gegenübergestellt werden, zu vergleichen.

Die eine Seite der Gleichung in ihrer üblichen Form enthält die Preissumme aller im Laufe eines gewissen Zeitabschnittes umgesetzten Waren. Auf der anderen Seite steht die gesamte Geldmenge, multipliziert mit der Zahl der Umsätze, welche sie im Laufe derselben Periode erfahren hat. Der Einfachheit halber wollen wir den mehrmaligen Umsatz ein und derselben Ware außer acht lassen. Algebraisch ausgedrückt sieht die Verkehrsgleichung folgendermaßen aus:

$$\Sigma(Q \cdot P) = M \cdot V.$$

Versucht man, sich den realen Vorgang, auf welchen sich diese Gleichung bezieht, vorzustellen, so fällt es sofort auf, daß der Geldstrom vollständiger dargestellt ist als der Warenstrom. Die Umsatzsumme auf der rechten Seite ist in zwei Komponenten zerlegt; auf der linken ist sie als eine einzige Größe gegeben. (Der Umstand, daß auf beiden Seiten der Gleichung je zwei Größen stehen, führt zu einer scheinbaren Symmetrie. Dem Preisfaktor P auf der Warenseite entspricht eigentlich auch ein »Preiskoeffizient« auf der anderen Hälfte der Gleichung; er ist aber, da die Geldeinheit selber die Maßeinheit ist, gleich 1 und kann darum weggelassen werden.)

Wird die Umlaufsgeschwindigkeit als die Zahl der Umsätze definiert, welche ein und dasselbe Geldstück im Laufe eines Zeitabschnittes vollzieht, so ist auf der Warenseite allerdings keine analoge Größe zu finden; denn die meisten Waren werden nur einmal umgesetzt: Der Strom besteht aus immer neuen Einheiten.

Die zwei Komponenten der »Warenumsatzsumme«.

Man kann aber die Umlaufgeschwindigkeit so betrachten, als ob sie einfach angibt, wieviel mal eine gegebene Geldmenge im Laufe eines bestimmten Zeitabschnittes *gleichzeitig* ausgegeben worden ist.

[17]) Es wäre aber durchaus falsch, von einem »ständigen Vorrat« zu sprechen. Dieser Begriff enthält einen inneren Widerspruch. Der Vorrat ist immer ein Ausgleichsfonds. Als solcher muß er nicht nur »schwankend« sein, sondern von Zeit zu Zeit auch auf den Nullpunkt sinken. Der »minimale Vorrat« gehört nicht in den wirtschaftlichen Kreislauf.

Dann läßt sich auch das Q in zwei analoge Komponenten zerlegen: einerseits die Warenmenge, welche einmalig ausgetauscht wird; man kann sie durch M_w bezeichnen; andererseits die Zahl solcher Tauschakte in einem bestimmten Zeitabschnitt — V_w.

$$M_w \cdot V_w = Q.$$

Die Verkehrsgleichung nimmt dann folgende Form an:

$$M_w \cdot V_w \cdot P = M \cdot V.$$

Die drei Arten der Umlaufsgeschwindigkeit.

Der ganz klare Begriff des gesamten Geldumsatzes ist der Ausgangspunkt bei der Betrachtung des Geldstromes: es ist die Gesamtsumme aller im Laufe einer bestimmten Periode für die auf der linken Seite der Verkehrsgleichung bezeichneten Waren geleisteten Zahlungen. Schwieriger ist die Zerlegung dieser Größe in ihre beiden Komponenten M und V. Diese müssen allerdings ex definitione korrelative Begriffe sein. Es genügt, den einen genau zu definieren, um den anderen auf deduktive Weise zu finden.

Da die Geldmenge etwas Greifbareres ist als die Umlaufsgeschwindigkeit, so wird meistens eben diese zunächst definiert.

Gewöhnlich werden zwei verschiedene Geldmengen unterschieden: 1. die gesamte vorhandene und 2. die zirkulierende. Zur zirkulierenden oder effektiven gehört nur der Teil der vorhandenen Geldmenge, welcher während der Beobachtungsperiode wenigstens einmal umgesetzt worden ist.

Wir fügen einen dritten Begriff hinzu: 3. die *gleichzeitig* umgesetzte Geldmenge.

Auf entsprechende Weise gewinnt man auch die drei verschiedenen Begriffe der Umsatzgeschwindigkeit. Ein einfaches Beispiel macht die Unterschiede zwischen allen drei Begriffspaaren klar.

Im Laufe eines Jahres sind 1000 M. Zahlungen geleistet worden. Dabei sind insgesamt 500 M. vorhanden. Eine Hälfte davon ist überhaupt nicht in den Verkehr gelangt. Die anderen 250 M. sind dagegen viermal umgesetzt worden, und zwar in der Weise, daß zu verschiedenen Zeiten 8 Zahlungen zu je 125 M. geleistet worden sind.

1. Die gesamte vorhandene Geldmenge ist, wie gesagt, gleich 500 M. Die entsprechende Umlaufsgeschwindigkeit finden wir durch eine Division der Umsatzsumme durch die Geldmenge: $1000:500 = 2$.

2. Die im Umlauf befindliche Geldmenge beträgt 250 M. Ihre Umlaufsgeschwindigkeit ist $1000 : 250 = 4$.

3. Endlich die gleichzeitig ausgezahlte Geldmenge ist gleich 125 M., also die Umlaufsgeschwindigkeit ist $1000 : 125 = 8$.

Die Rangordnung der sechs Größen ist folgende: $M^1 \geq M^2 \geq M^3$ und andererseits $V^1 \leq V^2 \leq V^3$.

Jede Veränderung der Umsatzsumme kann auf dreierlei Weise dargestellt werden. Wenn in unserem Beispiel der gesamte Geldvorrat derselbe bleibt, die zirkulierende Geldmenge bis auf 375 M. steigt und in 15 Zahlungen zu je 100 M. umgeschlagen wird (die

Umsatzsumme ist dann gleich 1500), so kann die resultierende Zunahme der Umsatzsumme folgendermaßen dargestellt werden:

$$1.\ M^1 = 500 \quad V^1 = 1500 : 500 = 3,$$
$$2.\ M^2 = 375 \quad V^2 = 1500 : 375 = 4,$$
$$3.\ M^3 = 100 \quad V^3 = 1500 : 100 = 15.$$

Entweder ist es eine um die Hälfte gestiegene Umlaufsgeschwindigkeit bei konstanter Geldmenge oder eine um die Hälfte vergrößerte Geldmenge bei konstanter Umlaufsgeschwindigkeit oder endlich eine um $^1/_5$ verminderte Geldmenge bei einer beinahe verdoppelten Umlaufsgeschwindigkeit.

Die Veränderung des »Geldstromes« wird zweifellos mit der letzten Methode am »getreuesten« wiedergegeben.

Die Umlaufsgeschwindigkeit der Waren und des Geldes.

Das Verhältnis des Geldstromes zum Warenstrom kann sich auf dreierlei Weise gestalten:

1. Bei einem Barzahlungsgeschäft muß die Umlaufsgeschwindigkeit der beiden in jeder einzelnen Tauschreihe die gleiche sein ($V = V_w$). 2. Die Ratenzahlung bedeutet, daß auf eine Warenübertragung mehrere Geldübertragungen entfallen; hier ist ($V > V_w$). 3. Endlich kann auch umgekehrt der Warentransfer häufiger sein als der Geldtransfer ($V > V_w$).

Die Kontinuität oder richtiger Diskontinuität des Warenstromes ist eigentlich eine technisch gegebene Größe. Es wäre aber falsch, sie mit der Dauer einzelner Produktionsprozesse in Verbindung zu setzen. Der älteste Wein kann ebenso kontinuierlich zugestellt werden wie das frische Wasser aus der Wasserleitung. Es ist vielmehr die Konzentrationserscheinung, welche eine seltene Lieferung größerer Mengen bis zu einem gewissen Grade vorteilhafter macht, als eine öftere Uebertragung kleinerer.

Gleichungen des Geldumsatzes.

Zur Darstellung des Geldstromes kann das gewöhnliche Kreislaufschema verwendet werden. Es müssen dabei aber nur diejenigen Produktionspunkte in Betracht gezogen werden, deren Produkte marktgängig sind, und die Bewegung des Stromes soll als eine der Produktionsrichtung entgegengesetzte gedacht werden.

Bei einem dreigliederigen Warenkreislauf kann für jeden »Tauschpunkt« eine den Produktionsformeln analoge Gleichung des Geldumsatzes aufgestellt werden. Diese gilt wie jene für eine bestimmte Zeitperiode.

$$\text{I.}\ (M \cdot V)_1 + (M \cdot V)_2 = (M \cdot V)_3 + (M \cdot V)_6$$
$$\text{II.}\ (M . V)_3 + (M \cdot V)_4 = (M \cdot V)_1 + (M \cdot V)_5$$
$$\text{III.}\ (M \cdot V)_5 + (M \cdot V)_6 = (M \cdot V)_2 + (M \cdot V)_2$$

Auf der linken Seite stehen alle Ein-, auf der rechten alle Auszahlungen.

»Gleichzeitigkeit der Zahlungen.«

An Hand dieses Schemas läßt sich der Sinn der Gleichzeitigkeit der Zahlungen präzisieren. Wie alle Zeitbegriffe, hat auch dieser bei Anwendung auf den wirtschaftlichen Kreislauf keine absolute, sondern eine relative Bedeutung. Für »gleichzeitig« halten wir solche aufeinanderfolgende Einzahlungen, zwischen welchen keine Auszahlungen liegen und umgekehrt. Daraus folgt aber, daß die Anzahl gleichzeitiger Ein- und Auszahlungen, welche von einem Tauschpunkte entgegengenommen bzw. geleistet werden, innerhalb einer bestimmten Zeitperiode einander gleich sein müssen, oder (bei ungerader Zahl der Transaktionen) eine Differenz gleich 1 aufweisen. — Bei einem genügend großen Zeitabschnitt kann diese Differenz kaum von Bedeutung sein [18]).

Veränderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes.

Eine Veränderung in der Umlaufsgeschwindigkeit auf einer Seite der Umsatzgleichung, kann nur bei einer gleichen Veränderung auf der Gegenseite derselben Formel stattfinden. Dabei muß diese auf einzelne Geldmengen so verteilt werden, daß die Umlaufsumme auf der Passivseite derjenigen auf der Aktivseite gleichbleibt.

Andererseits bedeutet aber jede Veränderung der Umsatzsumme in einer Zeile eine entsprechende Verschiebung der »Gegenposten« in den anderen Zeilen. Diese entsprechen wiederum Veränderungen auf den Gegenseiten der Gleichungen usw., bis der Ring geschlossen ist. Es soll dabei nicht unbedingt der ganze Geldkreislauf in Mitleidenschaft gezogen werden. So können in unserem Beispiel die Größen $(M \cdot V)_2$ und $(M \cdot V)_6$ in der I. und III. Zeile verändert werden, ohne

[18]) Es könnte vielleicht scheinen, daß eine und dieselbe Zahlungsfolge im empfangenden Tauschpunkte anders in den Mengen- und Häufigkeitsfaktor zerlegt werden kann, als im auszahlenden. Denn die Dichtigkeit der übrigen Transaktionen in beiden kann eine verschiedene sein. Die nähere Betrachtung zeigt aber, daß in einem geschlossenen System des Geldkreislaufes eine solche Differenz in der Häufigkeit der Aus- bzw. Einzahlungen unmöglich ist. Besonders klar wird diese Unmöglichkeit, wenn man an ein elementares zweigliedriges System denkt. In solchem Falle müßte die Passivseite einer Umsatzgleichung der Aktivseite der anderen gleich sein. Es wären ja zwei Abbildungen einer und derselben Transaktion.

Jeder kompliziertere Geldkreislauf läßt sich aber auf einen zweigliederigen auf die Weise reduzieren, daß man alle Umsatzgleichungen in zwei beliebige Gruppe zusammenfaßt und alle Zahlungsverbindungen zwischen den Tauschpunkten einer und derselben Gruppe einfach außer acht läßt. So könnten in unserem Beispiel die Zeilen II und III verschmolzen werden; dabei würden die Tauschreihen $(M \cdot V)^4$ und $(M \cdot V)^5$ ausgeschaltet, und das System würde folgende Form annehmen:

$$\text{(I)} \quad (M \cdot V)_1 + (M \cdot V)_2 = (M \cdot V)_3 + (M \cdot V)_6$$
$$\text{(II u. III)} \quad (M \cdot V)_3 + (M \cdot V)_6 = (M \cdot V)_1 + (M \cdot V)_2$$



daß dabei die übrigen Zahlungen irgendwie berührt werden. Es geschieht in dem Falle, wenn $M_2 = M_6$ ist.

Die Geschwindigkeit des Geldumlaufes hat verkehrstechnisch betrachtet sehr weite Grenzen. Wäre der Geldkreislauf nicht an das Tempo des Warenaustausches durch die Barzahlung gebunden, so könnte die Folge der Ein- und Auszahlungen eine sehr große Dichtigkeit erreichen.

Desto bedeutender ist aber der innere Widerstand. Die Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit kann, wie wir gesehen haben, nur dann stattfinden, wenn sie gleichzeitig größere Regionen des Geldkreislaufes umfaßt. Die Häufigkeit der Auszahlung ist an die Geschwindigkeit der Einzahlungen gebunden. Die Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit kann also nur in dem Fall eintreten, wenn mehrere Tauschpunkte (die einen »Zahlungskreis« bilden) ihre Auszahlungen beschleunigen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn ein allgemeiner Impuls, z. B. eine drohende Geldentwertung, dazu Anlaß gibt. Eine »lokale« Beschleunigung des Geldumlaufes ist ex definitione unmöglich.

Der Mensch im wirtschaftlichen Kreislauf.

Jetzt wollen wir die Stellung des Menschen im wirtschaftlichen Kreislaufe betrachten. Die Fragestellung mag befremdend wirken, als ob der Mensch nicht der »natürliche« Mittelpunkt des wirtschaftlichen Prozesses wäre.

In den meisten Theorien bildet tatsächlich der Begriff des wirtschaftenden Menschen den Ausgangspunkt der ganzen Deduktion; das andere kommt sozusagen nach Bedarf in ganz undifferenzierter Form hinzu. Wir versuchten dieses »Andere« unter dem Begriffe des wirtschaftlichen Kreislaufes etwas systematischer zusammenzustellen. Wenn dieser der Gepflogenheit entgegen nun auch zum Ausgangspunkte der ganzen Analyse gewählt worden ist, so geschieht es aus zweierlei Gründen (das methodologische Recht dazu darf ja keinem Zweifel unterliegen).

Einerseits ist es unsere kritische Aufgabe. Die Unstimmigkeiten einer theoretischen Konstruktion lassen sich von einem neuen, ungewohnten Gesichtspunkte aus gesehen viel leichter aufweisen, als wenn man sie unter dem üblichen Gesichtswinkel betrachtet. Hier fehlt jede Assoziation, und man läuft keine Gefahr, die meisten Mängel durch eigene Phantasie unbewußt auszugleichen [19]).

Andererseits scheint dem Kreislaufprinzip auch aus rein systematischen Gründen, nämlich seiner Einfachheit wegen, der logische

[19]) Wenn F. Wieser in der Assoziation »eines der wirksamsten Mittel der Forschung« sehen will und jede »neue« Terminologie, die dem Leser jede Assoziation fernhält, eben deswegen verurteilt (siehe »Grundriß d. Sozialök.« Nr. 1, Bd. 2, S. 11), so scheint uns dagegen eine vollständig eindeutige, von jeglichen Assoziationen freie Terminologie die erste Vorbedingung einer wissenschaftlichen Analyse zu sein. Entzieht sie sich aber wegen überflüssiger Anschaulichkeit der strengen Kontrolle des Forschers, so gehört das stumpfe Werkzeug zum alten Eisen.



Vorrang gegenüber dem höchst komplizierten Begriff des wirtschaftenden Menschen zu gebühren.

Einkommen und »Kosten«.

Schematisch lassen sich die genannten Probleme sehr einfach formulieren. Wird der wirtschaftende Mensch als ein »Verwandlungspunkt« innerhalb des gesamten Kreislaufes betrachtet, so kann man alle verschiedenen Elemente des Systems auf zweierlei Weise zu diesem Ausgangspunkte in Beziehung setzen. Entweder der Produktionsrichtung entlang — als Einkommen — oder aber dem Produktionsstrom entgegen — als Kosten im engeren Sinne des Wortes. Jedes Element kann dementsprechend sowohl als Einkommen als auch als »Kosten« betrachtet werden. Die Erträge der letzteren (der ersten negativen) Zone kann man dabei als unmittelbares Einkommen bezeichnen, die Kosten der ersten Zone — als unmittelbare Kosten.

Reines Einkommen.

Nun stoßen wir aber auf die übliche Unterscheidung zwischen dem Netto- und dem Bruttoeinkommen, den »notwendigen« Unterhaltsmitteln und dem »freien« Ueberschuß.

Die Tendenz, das Einkommen aus dem gesamten Kreislaufe auf irgendeine Weise herauszuheben, ist ebenso alt, wie die nationalökonomische Wissenschaft selbst. Das Vorbild der aristotelischen Kälber ist immer wieder auf die oder jene Weise aufgetreten. Die Argumente aber, welche diese Vorstellung rechtfertigen müßten, sind von ganz verschiedener Art. Bei Adam Smith z. B. waren es ganz nüchterne Betrachtungen über die Produktivität der Arbeit, wobei das Rind kaum ungünstiger abschnitt als der Mensch. Bei Schmoller sind es Ueberlegungen mehr ethischer Natur, die eine Herabsetzung des Menschen auf das Niveau einer bloßen Maschine verbieten.

Was die letzte Argumentation angeht, so handelt es sich einerseits um eine Ueberzeugungsfrage, andererseits aber um eine rein terminologische Angelegenheit. Von beiden Seiten also indiskutabel. Den Sinn der Ueberschußtheorie, wie sie von der klassischen Schule (z. B. auch von Ricardo) vertreten worden ist und auch jetzt meistens angenommen wird, begreift man am besten, wenn man nach der Verwendung des »freien« Einkommens fragt. Die Antwort lautet: entweder akkumuliert oder aber unproduktiv verbraucht.

»Akkumulation«.

Akkumulation bedeutet hier eine meßbare wirtschaftliche Veränderung. Daß wirtschaftliche Veränderungen möglich sind, unterliegt keinem Zweifel. Es fragt sich aber, inwieweit und auf welche Weise man sie messen kann.

Bei gleichmäßiger Veränderung, wo alle Einzelerträge eine gleichmäßige Zu- bzw. Abnahme erfahren, genügt es, in einem beliebigen



Produktionspunkte den Veränderungskoeffizienten festzustellen, um auf die Gesamtveränderung schließen zu können.

Wandeln sich aber die technischen Koeffizienten ungleichmäßig, so steht man vor einer prinzipiell unlösbaren Aufgabe: diese unregelmäßigen Veränderungen einzelner Ertragsarten auf einen Nenner zu bringen.

Der Wertmaßstab, welcher bei einer gleichmäßigen Veränderung überflüssig ist, versagt bei der ungleichmäßigen ebenso wie das Naturalmaß. Die Größe, ja sogar die Richtung der Veränderung wird, je nachdem man das eine oder das andere Element zur Maßeinheit wählt, verschieden erscheinen.

Produktiver und unproduktiver Verbrauch.

Die Unterscheidung zwischen produktivem und unproduktivem Verbrauch ist aufs engste mit dem allgemeinen Problem der Produktivität verknüpft, welches wir bei der Begründung des Kreislaufprinzips schon eingehend erörtert haben (siehe S. 583).

Ist der durch Feuerschaden verursachte Verbrauch an Gütern oder die 10—20% unfruchtbarer Keime, welche auch das beste Saatgut enthält, produktiver oder unproduktiver Verbrauch? Nennen kann man es wie man will. Bei dem gegebenen Stande der Wirtschaft sind diese Kostenelemente allerdings ebenso unvermeidlich, wie z. B. der zweifellos »produktive« Verbrauch an Rohstoffen. Jeder Versuch, in der personellen Konsumtion einen produktiven und einen unproduktiven Teil zu unterscheiden, ist ebenso willkürlich, wie bei den »objektiven« Kostengütern.

»Unproduktive« Leistungen.

Manche Theoretiker stellen dem unproduktiven Verbrauch unproduktive Leistungen gegenüber. In diesem Sinne spricht man vom »abgeleiteten Einkommen«. Die Konstruktion in ihrer reinsten Form erinnert an die Wirtschaft einer wohltätigen Lady aus einem alten englischen Roman: »Mylady was very charitable in her own way. She had a charity school for poor children where they were taught to read and write gratis, and where they were kept well to spinning gratis for mylady in return.«

Allerdings wird die »unproduktive« Leistung meistens auch ohne Bezugnahme auf das »abgeleitete« Einkommen für sich selbst charakterisiert. Häufig gelten nur materielle Leistungen, deren Produkte akkumulierbar sind, als produktiv, wobei Akkumulation dem Aufspeichern gleichgesetzt wird. So hat z. B. Malthus eine ganze Skala von mehr oder weniger produktiven Arbeiten aufgestellt, die er nach der »Haltbarkeit« ihrer Produkte unterscheidet. Dasselbe meint ja eigentlich auch Fisher, wenn er den Stock-Begriff nur auf den Güterstrom, nicht aber auf den Dienste-Strom anwendet.

Nach dem, was über den Kapitalbegriff und die Akkumulation gesagt worden ist, erübrigt es sich, die Stichhaltigkeit dieser Argumentation zu widerlegen.

Als starkes methodologisches Argument gilt aber die Möglichkeit, jedes »abgeleitete« Einkommen und jede »unproduktive« Leistung auf ein »primäres« Einkommen bzw. »produktive« Leistung zurückzuführen.

Auf die gleiche Weise wird manchmal das Primat der Arbeit gegenüber dem »Kapital« bewiesen.

»Primäre Produktionsfaktoren.«

Da es sich beide Male um einen und denselben Gedankengang handelt, so wollen wir lieber das zweite Problem etwas näher betrachten. Hier scheint die Reduktionsmethode als Beweismittel besonders mißbraucht zu werden.

Es besteht seit Adam Smith ein großer Streit darüber, ob die beiden Produktionsfaktoren als primär zu betrachten sind oder lediglich die Arbeit, das Kapital dagegen als ein abgeleiteter, auf diesen einzig ursprünglichen reduziert werden kann.

Diese Problemstellung verleitet sehr leicht zur Verquickung zweier ganz verschiedener Fragen, von denen die eine rein historischer, die andere dagegen rein analytischer Natur ist. Einmal handelt es sich darum, die Entstehungsgeschichte der Kapitalgüter in ihrem Verhältnis zur Arbeit zu erforschen, das andere Mal, die Stellung der beiden in einem gegebenen Reproduktionssystem.

Eben diesem letzten Problem wollen wir uns zuwenden. Das Grundverhältnis zwischen den beiden Elementen kann an Hand eines zweigliederigen Schemas untersucht werden:

$$aA^{n-1} + kK^{n-1} \rightarrow A^n$$
$$(1 - a) \cdot A^{n-1} + (1 - k)K^{n-1} \rightarrow K^n .$$

Die Substitution von K (»Kapital«) könnte nach folgendem Schema durchgeführt werden:

Periode:

$n - 1 \qquad aA + \underbrace{kK}$

$n - 2 \qquad \overbrace{k[(1 - a)A + \underbrace{(1 - k)K}]}$

$n - 3 \qquad \overbrace{k(1 - k)[\underbrace{(1 - a)A + (1 - k)K}]}$

$n - 4 \qquad \overbrace{k(1 - k)^2[(1 - a) + (1 - k)K]}$

usw.

Wie auf Grund der früheren Ausführungen zu erwarten ist, ist eine gänzliche Ausschaltung eines Faktors aus dem gegebenen

System grundsätzlich unmöglich. Allerdings läßt sich die Größe des »Kapitalfaktors« durch Zurückgreifen auf immer ältere Perioden auf ein beliebig niedriges Niveau herabdrücken.

Was für einen Zweck kann aber diese Reduzierung haben? Die »Priorität« der Arbeit gegenüber dem Kapital läßt sich damit ebensowenig beweisen, wie sie durch eine genau auf dieselbe Weise ausführbare Reduktion des Arbeitsfaktors auf den Kapitalfaktor widerlegt werden kann.

Das Substitutionsverfahren hat die ganz klare methodologische Aufgabe, zunächst mit Hilfe des Kapitalbegriffs der Erfassung des realen wirtschaftlichen Kreislaufes überhaupt zu ermöglichen und zweitens in jedem speziellen Fall alle für die Analyse unwichtigen Elemente auszuschalten. So kann man z. B. in einem zweigliedrigen Reproduktionssystem das Kapital als etwas Einheitliches der Arbeit gegenüberstellen und die Beziehungen der beiden Elemente, wie sie sich innerhalb einer Reproduktionsperiode gestalten, untersuchen. Eine doppelte, dreifache und noch weitere Reduktion derselben Elemente kommt für den erstgenannten Zweck überhaupt nicht in Frage. Es ist auch keine Vereinfachung; denn die in Betracht kommenden Elemente werden dabei nicht in ihren unmittelbaren Beziehungen, d. h. im Bereich einer Reproduktionsperiode, sondern bloß in einer gewissen Entfernung aufeinander bezogen. Bei unendlicher Reduktion sogar in einer unendlich großen Entfernung.

Am Anfang der Untersuchung ist darauf hingewiesen worden, daß im Grunde genommen ihre Aufgabe eine kritische ist, und sie ihren analytischen Charakter nur aus rein methodischen Rücksichten angenommen hat.

Schluß.

So möchten wir wenigstens am Ende ganz knapp das kritische Ergebnis zusammenfassen.

Zu seiner Zeit hat J. St. Mill gegen die »Katalaktik« Einspruch erhoben. Seitdem hat diese Tendenz, die Wirtschaft als ein Preissystem zu betrachten und die Wirtschaftstheorie als eine reine Preistheorie zu betreiben, zugenommen. Es sind auch mit Recht Stimmen gegen diese prinzipielle Vernachlässigung der »naturalistischen« Gesichtspunkte laut geworden. Es scheint uns falsch zu sein, wenn man die Rehabilitierung dieser dadurch zu erreichen versucht, daß man den Naturalmaßstab an die Seite des Wertmaßstabes setzt, als ob das ganze Problem der Nationalökonomie darin bestünde, einen »richtigen Maßstab« zu finden.

Es genügt, die Grundlagen der »reinen Preistheorie« etwas eingehender zu betrachten, um feststellen zu können, wie stark sie von »naturalistischen« Auffassungen durchdrungen sind. Es genügt, diese Auffassungen etwas systematischer zu ordnen und von dem Gesamtgebäude der Theorie abzusondern, um das richtige Verhältnis zwischen

dem »naturalistischen« und dem »wertmäßigen« Moment wiederherstellen zu können.

Die Frage liegt nicht so, daß entweder der eine oder aber der andere Gesichtspunkt der richtige ist. Sowohl das Eine als auch das Andere muß zu seinem Recht kommen. Allerdings wird bei einer gerechten Verteilung die »wertmäßige« Betrachtungsweise manches zu Unrecht usurpierte Gebiet der »naturalistischen« zuerkennen müssen.

Das Abrüstungsproblem in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Von

JULIUS DEUTSCH.

Das Problem der Abrüstung beschäftigt die Internationale der sozialistischen Arbeiter seitdem es überhaupt eine solche gibt. Es dürfte weder vor noch nach dem Weltkriege eine Tagung der proletarischen Internationale gegeben haben, in der nicht in flammenden Worten gegen den Krieg und die Kriegsrüstungen protestiert, sowie in feierlichen Beschlüssen dem Willen zum Frieden Ausdruck verliehen worden wäre. Erinnern wir uns daran, daß unmittelbar vor dem Weltkrieg in der Sozialistischen Internationale die Resolution Kair Hardie-Vaillant zur Diskussion stand, die verlangte, daß die Arbeitermassen im Falle eines Krieges den Generalstreik proklamieren sollen.

Wohl gelangte diese Resolution nicht zur Annahme, weil der für Wien geplante Kongreß, auf dem ein endgültiger Beschluß gefaßt werden sollte, infolge des Kriegsausbruches nicht mehr abgehalten werden konnte. Aber daß man ihn ernsthaft erwog, zeigt, daß die Sozialistische Internationale bis zum letzten Augenblick — wenn auch vergeblich — bemüht war, Mittel zur Behauptung des Friedens zu finden.

Der Kriegsausbruch hat alle Berechnungen über den Haufen geworfen und eine völlig neue Situation geschaffen. Es zeigte sich, daß die Sozialistische Internationale viel zu schwach war, dem hereinbrechenden Unheile wirksam zu begegnen. Diese verhältnismäßige Schwäche, die der Kriegsausbruch offenbarte, hat Viele sehr erschüttert, die vordem die Machtverhältnisse nicht richtig abgewogen hatten. Mehr noch wirkte auf sie die Tatsache, daß die einzelnen Glieder der Internationale während des Krieges ihre eigenen Wege gingen.

Es ist deshalb verständlich, daß die besten Kräfte der Internationale, kaum daß der Krieg zu Ende war, versuchten, die durch die Elementargewalt der Ereignisse zerrissenen Fäden neu zu knüpfen. Es war klar, daß die neue Internationale, die nun entstand, nicht zu leben vermochte, wenn sie sich in der Beurteilung des Krieges und

der Kriegsrüstungen nicht zu einer einheitlichen Auffassung durchrang. Das war freilich nunmehr noch unendlich schwieriger geworden, als vor dem Kriege, denn es standen ihr nicht nur die inneren Schwierigkeiten im Wege, die die Haltung der sozialistischen Parteien während des Krieges verursacht hatte, sondern überdies noch die gesteigerte Kompliziertheit der politischen und ökonomischen Verhältnisse der Nachkriegszeit.

In einer Beziehung schien allerdings eine Vereinfachung der Situation eingetreten zu sein. Nicht nur die sozialistischen Parteien fochten gegen den Krieg, sondern auch einflußreiche Kreise des Bürgertums bekannten sich sehr nachdrücklich zum Pazifismus. Dem pazifistischen Drucke, den die Völker am Ende des Krieges ausübten, konnten sich die Regierungen nicht entziehen. In der Theorie stimmten sie nunmehr samt und sonders den 14 Punkten Wilsons zu, die künftigen Kriegen einen kräftigen Riegel vorzuschieben versprachen. Es entstand der von den Völkern mit so großen Erwartungen begrüßte Völkerbund. Um ihn scharte sich, was über bloße Ideologien hinaus lebendige Kraft im internationalen Leben werden wollte.

Die pazifistische Woge, die unmittelbar nach dem Kriege durch die Welt ging und auch die Staatskanzleien und Generalstäbe in ihren Bann zog, hat nicht sehr lange vorgehalten. Trotz Völkerbund und Friedenskonferenzen wurden die Kriegsgefahren nicht geringer. Trotz Abrüstungsplänen und mancherlei denkwürdigen Beschlüssen wurde die Rüstung der Staaten nicht leichter. Im Gegenteil, man konnte nicht zweifeln: Die Aufrüstung machte gewaltige Fortschritte.

Der Gegensatz zwischen dem was die Regierungen sagten und dem, was tatsächlich in der Welt vorging, wurde immer offenkundiger. Indem die sozialistischen Parteien diesen Widerspruch aufzeigten, scheint ihre Position gefestigter zu werden. Andererseits war aber nicht zu verkennen, daß die sozialistischen Parteien in der Nachkriegszeit eine ganz andere Stellung zum Staate einnehmen mußten, als dies vor dem Krieg der Fall gewesen war. Zum Teile waren sie bereits Regierungsparteien geworden, zum andern Teil nahe an der Machtergreifung herangerückt und deshalb für das Schicksal ihres Staates mitverantwortlich. Diese Mitverantwortlichkeit zwang ihnen selbst dann eine gewisse Reserve auf, wenn sie augenblicklich nicht in der Regierung waren, denn sie mußten damit rechnen, demnächst am Regierungstisch zu sitzen. Als Regierungspartei, noch dazu dann, wenn dies innerhalb einer Koalition sein mußte, konnte auch eine sozialistische Partei an keine radikale Lösung der Militärfrage schreiten, solange die Abrüstung nicht zu einer allgemeinen geworden war.

So mußte denn die Haltung der sozialistischen Parteien von Land zu Land eine sehr verschiedene und vielfach auch eine ziemlich schwankende sein. Die sozialistischen Parteien mußten, ob sie nun wollten oder nicht, auf die harten Tatsachen der bestehenden Machtverhältnisse Bedacht nehmen. Andererseits konnten sie mit der Verwirklichung ihrer Abrüstungspläne nicht warten, bis die gegenwärtige Gesellschaftsordnung beseitigt und die neue Ordnung des Sozialismus

an ihre Stelle gerückt sein würde. So waren die sozialistischen Parteien auf dem Gebiete der Abrüstung, wie auf so vielen anderen Gebieten der Politik gezwungen, zwischen dem Zukunftsstreben der Arbeiterklasse auf der einen und der notwendigen Gebundenheit an die augenblicklich bestehende Welt auf der anderen Seite einen Ausgleich zu suchen. Sollte dieser Ausgleich ein brauchbarer sein, dann durfte er weder das sozialistische Zukunftsstreben hemmen, noch die leider nun einmal vorhandenen und so unendlich komplizierten Tatsachen der kapitalistischen Welt außer acht lassen.

* * *

In den ersten Jahren nach dem Kriege schien es, als ob es dem mehr wirtschaftlich eingestellten Teile der proletarischen Internationale, nämlich der Internationale der Gewerkschaften eher gelingen könnte, die europäische Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Aktion gegen die Kriegsgefahren zusammenzufassen. Während die politischen Parteien des Proletariats eben erst daran gingen, ihre Internationale aufzubauen, schien die der Gewerkschaften bereits so weit zu sein, in sehr entschiedener und eindeutiger Weise den Kriegsgefahren entgegenwirken zu können. Der Kongreß des internationalen Gewerkschaftsbundes zu Rom entschloß sich in den ersten Nachkriegsjahren zu folgender Stellungnahme [1]):

»Resolution über Krieg und Militarismus.

Der am 20. April 1922 und die folgenden Tage in Rom stattfindende Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes,

der sich aus 107 Delegierten zusammensetzt, die die Landeszentralen von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland, Spanien, Schweiz, Ungarn, Lettland, Jugoslawien, Luxemburg, Bulgarien vertreten,

und der im Namen von insgesamt 24 Millionen organisierten Arbeitern spricht, und an dem Vertreter der folgenden Internationalen Berufssekretariate teilnehmen: Transportarbeiter, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Textilarbeiter, Privatangestellte und Techniker, Post-, Telegraphen- und Telephonangestellte, Oeffentliche Betriebe, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Schneider, Buchbinder, Buchdrucker, Lederarbeiter, Lebens- und Genußmittelarbeiter, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Maler, Litographen, Hutmacher, Diamantarbeiter, Musiker,

erklärt, daß der Kampf gegen Militarismus und Krieg und für den auf die Verbrüderung der Völker gegründeten Weltfrieden eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich den Umsturz des Kapitalismussystems zum Ziele gesetzt hat.

Der Kongreß erklärt, daß es vor allem Pflicht der Gewerkschaftsbewegung ist, gegen jeden politischen und wirtschaftlichen Nationalismus zu kämpfen, ebenso wie gegen den Abschluß oder die Beibehaltung von Bündnissen oder von Vereinbarungen, die zu militärischen Aktionen nach gemeinsamem Plane führen können.

---

[1]) Bericht über den Internationalen Friedenskongreß. Abgehalten im Haag vom 10. bis 15. Dezember 1922. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Amsterdam. S. 5—7.

Der Kongreß bekräftigt noch einmal die Resolution über Krieg und Militarismus, die von dem am 22. bis 27. November 1920 in London abgehaltenen Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß sowie von der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam stattgefundenen Internationalen Konferenz des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter angenommen wurden.

Der Internationale Kongreß erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern.

Der Kongreß erklärt, daß alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie die mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde verbundenen Internationalen Berufssekretariate und ihre respektiven Organisationen die Pflicht haben, durch eine unter den Arbeitern der respektiven Länder in Wort und Schrift ausgeübte Propaganda eine kräftige und unerbittliche Kampagne gegen den Militarismus zu führen, und die Arbeiter für den Kampf gegen den Militarismus vorzubereiten, daß sie willig und bereit sind, jedem Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse Folge zu leisten und wenn nötig, einem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Falle einer tatsächlichen Kriegsdrohung durch sofortige Arbeitsniederlegung nachzukommen.

Der Kongreß unterstützt die Bemühungen der internationalen Berufsorganisationen, die überall die Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial aller Art durchführen, diese Fabrikation einzuschränken und auf das Minimum für den Zivilgebrauch zu reduzieren.

Der Kongreß beschließt, das provisorische Komitee, das von der am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam abgehaltenen Konferenz ernannt wurde und sich aus dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter zusammengesetzt, als Permanentes Komitee zu bestätigen.

Der Kongreß beauftragt dieses Komitee, die Propaganda gegen Krieg und Militarismus, welche von den verschiedenen Landeszentralen sowie den Internationalen Berufssekretariaten und ihren angeschlossenen Organisationen geführt werden soll, aufrechtzuerhalten, zu leiten und zu unterstützen und alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um die von diesem Kongreß beschlossene Aktion und Propaganda gegen Krieg und Militarismus wirksam zu gestalten.

Dieser Beschluß der Gewerkschaften sagte klipp und klar, daß der Ausbruch eines Krieges mit der Proklamierung des Generalstreiks beantwortet werden müsse, daß man sich bemühen werde, eine Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial durchzuführen, ja diese Fabrikation überhaupt einzuschränken und auf das für den Zivilgebrauch notwendige Mindestmaß zu reduzieren. Ein eigenes Komitee, bestehend aus dem Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes und je einem Vertreter des Internationalen Berufssekretariats der

Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter sollte die Durchführung der ganzen Aktion leiten.

Tatsächlich hat dieses Komitee eine sehr eifrige Propagandatätigkeit entfaltet. Mit seiner Unterstützung wurde am 10. bis 15. Dezember 1922 im Haag ein großer Kongreß aller Organisationen abgehalten, die gegen die Kriegsgefahren und Kriegsrüstungen zu kämpfen bereit schienen. Neben den Gewerkschaften und den politischen Parteien der klassenbewußten Arbeiterschaft (Sozialisten und Kommunisten) waren auch die radikalen pazifistischen Organisationen des Bürgertums vertreten. Trotz dieser umfassenden Beteiligung oder gerade wegen ihr, konnte dieser große Internationale Friedenskongreß nicht mehr als eine propagandistische Bedeutung erlangen. Er bestätigte die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu Rom indem er als sein Ziel proklamierte:

»Alle Anstrengungen zur Beseitigung des Kriegsgeistes zu unterstützen und zu kräftigen;

die materielle Entwaffnung herbeizuführen. Kriegsgefahren zu verhindern und den Kampf zu leiten gegen alle Faktoren, welche erst Kriege möglich machen.

Zur Erreichung dieser Ziele muß die Arbeiterbewegung den Kampf für den Frieden organisieren und allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern.«

Die Arbeiterbewegung dürfe sich nicht darauf beschränken

»auf der Grundlage der Romresolution eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial auszuüben, sondern sie muß auch durch gewissenhafte und zähe Propaganda sowie durch Erziehungsarbeit unter den Arbeitern selbst in naher Zukunft die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial unmöglich machen.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben jeder Kriegsgefahr entgegenzuwirken und die Anrufung des Schiedsgerichtes für alle beteiligten Länder zu fördern.

In diesem Sinne obliegt dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verantwortlichkeit, gemäß dem Beschluß des Romkongresses den Generalstreik und den wirtschaftlichen Boykott zu beschließen und durchzuführen.«

Schon wenige Wochen später sollte sich erweisen, ob die Gewerkschaftsinternationale tatsächlich den entschiedenen Worten die Tat werde folgen lassen können. Die französische Regierung schritt zur militärischen Besetzung des Ruhrgebietes. Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte vordem keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Ruhrbesetzung als eine Gewaltpolitik schlimmster Art betrachte, gegen die entschieden anzukämpfen die Pflicht aller Gewerkschaften sei. Als das Ereignis tatsächlich erfolgte, konnte aber der Internationale Gewerkschaftsbund seine Machtmittel doch nicht so, wie es manche erwarteten, in die Wagschale werfen. Er entsandte am 10. Januar 1923 Jouhaux und Oudegeest nach Genf um mit dem

Sekretariat des Völkerbundes die Mittel zur Beendigung des Ruhrkonfliktes zu beraten. Natürlich kam bei diesen Besprechungen nichts heraus. Einige Tage später, am 15. und 16. Januar trat das vom Internationalen Gewerkschaftskongreß zu Rom eingesetzte Komitee zusammen. Trotzdem die internationalen Vertreter der Bergarbeiter, Transportarbeiter und Metallarbeiter erklärten, jede Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit aller Energie unterstützen zu wollen, konnte das Komitee nichts anderes tun, als eine Resolution beschließen, die einen 24stündigen Generalstreik im besetzten Gebiet der Ruhr oder in ganz Deutschland in Aussicht stellte. Sollte es möglich sein, diesen Streik in Deutschland durchzuführen, dann sollte er von einem ebenso langen Generalstreik auch in den anderen Ländern begleitet werden.

Es war klar, daß selbst in dem Falle, als der 24stündige Generalstreik gelungen wäre, er ja nur den Charakter einer Demonstration besessen hätte. Aber es kam nicht einmal zu diesem 24stündigen Generalstreik und schließlich mußte man sich mit der Abfassung einer neuen Resolution begnügen. Am 26. und 27. Januar fand in Amsterdam eine gemeinsame Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Exekutiven der damals bestehenden beiden politischen Internationalen (London und Wien) statt, in der beschlossen wurde [2]):

»Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der beiden politischen Internationalen.

In Uebereinstimmung mit den früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongreß im Haag im Dezember letzten Jahres feierlich bestätigten Resolutionen verurteilen sie auf das Entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebietes und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmethoden in der Lösung der Reparationsfrage.

Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebietes — die unter dem Vorwande des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau erschwert und hinausschiebt — nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigen Kohlen- und Eisenzentren.

Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier, ihr Interesse einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens.

Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten, unbedingt notwendigen und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Oeffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, auf

---

[2]) Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in den Jahren 1922 bis 1924. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Amsterdam 1924. S. 64.

das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden ernsten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Keim zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Sie beschließen:

1. die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken;
2. den ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrechtzuerhalten und zu stärken;
3. in allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkerbund angerufen wird, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen aufgenommen werden muß.«

Aus dem in Rom angedrohten Generalstreik war also im Verlaufe von wenigen Monaten, als es mit seiner Proklamierung ernst werden sollte, eine Resolution geworden, die mit mehr oder weniger großer Entschiedenheit wiederholte, was bereits bei andern Anlässen gesagt worden war.

Begreiflicherweise mußte dieses Ergebnis der so groß angelegten Aktion Enttäuschung hervorrufen. In einem Artikel, den der Sekretär der internationalen Transportarbeiter Föderation Edo Fimmen, unter der Ueberschrift »Schwarzer Januar« erscheinen ließ, kam diese Enttäuschung lebhaft zum Ausdruck.

Der Artikel Fimmens löste eine sehr heftige Diskussion in der Arbeiterpresse aller Länder aus. Sie konnte indes kein anderes Ergebnis zeitigen, als das Einbekenntnis, daß die Gewerkschaften noch lange nicht stark genug seien, durch eine revolutionäre Aktion einen militärischen Gewaltstreich, wie die Ruhrbesetzung, erfolgreich abzuwehren. Diese Erkenntnis war schmerzvoll, aber bei den gegebenen Machtverhältnissen unvermeidlich.

* * *

Die politische Internationale des sozialistischen Proletariats, die sich um diese Zeit erst bildete, mußte aus den Erfahrungen der Gewerkschaften die notwendigen Konsequenzen ziehen. Sie konnte selbstverständlich an dem Problem der Abrüstung nicht vorbeigehen, sondern mußte zu ihm Stellung nehmen. Aber sie tat dies mit der Vorsicht, die nach den soeben von den Gewerkschaften gemachten Erfahrungen geboten war. Der Hamburger Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale (Mai 1923) sagte in seinem Beschluß über die Aufgaben der Arbeiterklasse [3]):

»Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder ist es, die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu überwachen, jeder Maßregel, die die

[3]) Tätigkeitsbericht des Sekretariats der SAI. zum Zweiten Kongreß in Marseille, 22. bis 27. August 1925, S. 67.

Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden droht, mit aller Kraft entgegenzutreten, gegen die Vergewaltigung fremder Völker ihr uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht zu verfechten und bei allen internationalen Konflikten ihre friedliche Lösung, ihre Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten zu fordern. Dieser Kampf, den das internationale Proletariat gegen alle imperialistische Politik zu führen hat, wird die größte Wirkung haben, wenn sich die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihren parlamentarischen und außerparlamentarisch zu Gebote stehenden Mitteln des proletarischen Klassenkampfes wendet und wenn dieser Kampf international immer mehr vereinheitlicht wird....

... Einen dauernden Frieden kann die Arbeiterklasse nur sichern, wenn sie die allgemeine Abrüstung zu Land, Wasser und Luft erzwingt. Die einseitige Entwaffnung der besiegten Völker verstärkt die Gefahren imperialistischer Gewaltherrschaft, die allgemeine Abrüstung hebt diese Gefahren auf. Die Arbeiterklasse muß in jedem Lande einen ständigen Druck auf die Regierung üben, um sie zu zwingen, den anderen Ländern die allgemeine Abrüstung vorzuschlagen.

Die Arbeiterklasse muß alle militärischen Bündnisse bekämpfen, die jeden lokalen Konflikt zu einem allgemeinen Zusammenstoß erweitern; alle Geheimverträge ablehnen, die Gut und Blut der Völker für ihnen unbekannte Zwecke aufs Spiel setzen.«

An Bedachtnahme auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern ließ es dieser Beschluß nicht fehlen. Er begnügte sich mit der Aufstellung allgemeiner Grundsätze, die um so leichter von allen angenommen werden konnten, als sie der Antwort auf die zu lösenden schwierigen Einzelfragen vorsichtig aus dem Wege gingen. Man konnte sich in Hamburg ohne weiteres darüber einigen, das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Völker zu verfechten, solange es nicht notwendig war, zu einem konkreten Einzelfalle Stellung zu nehmen. Ebenso bereitete es keine Schwierigkeiten, die Austragung internationaler Konflikte durch unparteiische Schiedsgerichte zu fordern, solange man nicht zu sagen brauchte, was zu geschehen habe, wenn ein Staat sich einem solchen Schiedsgerichtsverfahren nicht unterwürfe. Daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes gegen ihre eigene imperialistische Bourgeoisie zu kämpfen habe, mußte als eine Selbstverständlichkeit erscheinen. Aber es war mit diesen allgemeinen Worten nicht viel mehr ausgedrückt, als mit der Mahnung, den Kampf der Arbeiterklasse international immer mehr zu vereinheitlichen. Die Frage war ja nicht, ob man überhaupt einheitlich vorgehen sollte, sondern vielmehr die, *wie* diese Vereinheitlichung zustande kommen und *wie* sie innerlich aussehen sollte.

Dagegen enthielt jener Satz des Hamburger Beschlusses, der die allgemeine Abrüstung verlangte und keinen Unterschied zwischen Sieger- und Besiegtenstaaten zuließ, einen zweifellosen Fortschritt. Die anderen Sätze, die die Abrüstung im engeren Sinne behandelten, waren wieder so allgemein (»Druck auf die Regierung«, Ablehnung der Geheimverträge, »die Gut und Blut der Völker für ihnen *unbekannten* Zweck aufs Spiel setzen«), daß sie mancherlei Deutungen zuließen.

Die weltpolitische Lage im Jahre 1923 ließ eine andere Resolution als die der allgemeinen Grundsätze kaum zu. Die Revolution in Mitteleuropa war endgültig zum Stillstand gekommen, die Reaktion in allen Ländern im raschen Aufstiege. Das sozialistische Proletariat, durch den Streit mit den Kommunisten ins Mark getroffen, mußte die größten Anstrengungen machen, um wenigstens jene Teile der Arbeiterschaft, die nicht hypnotisiert nach Moskau blickten, in einer einheitlichen Organisation zu sammeln. Die eben gegründete neue Internationale ging deshalb sorgsam allen Auseinandersetzungen aus dem Weg, die dazu hätten beitragen können, die mühsam errungene Einigkeit zwischen der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu gefährden. Lieber begnügte man sich mit der Beschlußfassung von allgemeinen Resolutionen, als daß man durch das Eingehen auf konkrete Einzelfragen, die der notwendigen Einigung entgegenstehenden Schwierigkeiten vermehrt hätte.

Anders war die Situation zwei Jahre später in Marseille. Die Reaktion war in einigen Ländern, vor allem in Deutschland und in Frankreich im Abklingen begriffen. Das Verhältnis dieser beiden Staaten zueinander hatte sich gebessert. Wenn auch inzwischen die Episode der Arbeiterregierung in England zu Ende gegangen war, stand doch die Welt noch immer unter dem Eindrucke dieses großen historischen Ereignisses. Die in Hamburg gegründete neue sozialistische Internationale hatte sich überraschend schnell durchgesetzt und vereinigte — mit Ausnahme der Kommunisten — nun fast alle größeren Arbeiterorganisationen der Welt in ihrem Rahmen. Jetzt erschien es möglich eine Reihe von konkreten Fragen gründlicher zu behandeln und einer einheitlichen Beschlußfassung zuführen zu können.

Der Marseiller Kongreß (22. bis 27. August 1925) stellte an die Spitze seiner Resolutionen über »die internationale sozialistische Friedenspolitik« eine klare Analyse der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Kriege treibenden Kräfte und fügt hinzu, daß erst der Sozialismus dieselben besiegen und der Welt endgültig den Frieden sichern werde [4]).

»Der Kongreß der SAI. ruft den Arbeitern ins Gedächtnis, daß das kapitalistische Konkurrenzsystem die herrschenden Klassen aller Staaten zum Kampf um die Rohstoffquellen und die Absatzmärkte auf den Plan ruft, um die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern und die Akkumulation des Kapitals zu beschleunigen.

Dieses System ist so stets eine wesentliche Ursache der Kriegsgefahr.

Gestützt bald auf ein engherziges, partikularistisches Schutzzollsystem, bald auf schrankenlose Konkurrenz, die bis zum Dumping geht, treibt es die Welt einer wahren Balkanisierung zu, deren sichtbare Zeichen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Geldwirren, ökonomische und finanzielle Krisen sind.

Produktion, Tauschverkehr und Verbrauch bleiben der gefahrvollen Anarchie der Konkurrenz ausgeliefert und es ist vor allem das Proletariat, das unter den schlimmsten Folgen dieses Systems zu leiden hat.

---

[4]) Protokoll des Kongresses von Marseille 1925. Verlag des Sekretariates der SAI. Zürich, S. 358.

Der Sozialismus allein kann endgültig diesem Zustand ein Ende machen.

Er wird die Verteilung der Rohstoffe regeln, wird die Klassengegensätze aufheben, indem er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, er wird die Produktion auf der Grundlage des Bedarfs statt zum Zweck des Profits organisieren, er wird im ganzen Bereich der Wirtschaft die Gemeinschaftsorganisation an Stelle des unorganisierten regellosen Kampfes setzen, in dem der Stärkere den Schwächeren vernichtet.

Statt die Gegensätze der Völker zu verschärfen, wird er die Harmonie ihrer gemeinsamen Interessen verwirklichen.

Deshalb ist der Sozialismus die große Macht, die der Welt endgültig den Frieden geben wird, und der politische Sieg der Arbeiterklasse in allen oder wenigstens in den wichtigsten Ländern ist die beste Bürgschaft für einen dauernden Weltfrieden.«

Aber dieser Kongreß begnügte sich nicht mit der Aufstellung solcher allgemeinen Grundsätze, sondern schritt zur Behandlung der im Augenblick aktuellen großen Einzelfragen. Die Außenpolitik der russischen Sowjets, die den Frieden im Osten bedrohte, wurde ebenso gründlich erörtert, wie die imperialistische Politik der kapitalistischen Großmächte. Die betreffenden Resolutionen waren keine akademischen Abhandlungen, sondern lebensvolle Durchleuchtungen aktueller Vorgänge.

Für unsere Betrachtung ist insbesondere jener Teil der gefaßten Beschlüsse von Bedeutung, der sich mit dem Völkerbund und dem internationalen Schiedsgerichtsverfahren beschäftigt [5]). Er lautet:

»Die in der SAI. organisierten Arbeiter haben die Schaffung des Völkerbundes gebilligt. Aber sie erklären, daß er niemals die berechtigten Erwartungen erfüllen wird, solange er nicht alle Nationen mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten umfaßt, solange er nicht die Notwendigkeit eines solchen Friedensprogrammes erkennt und solange sich die internationale Organisation nicht eine feste ökonomische Unterlage schafft.

---

[5]) Ueber die Stellung der sozialistischen Parteien zum Völkerbund findet sich im Berichte des Sekretariats der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der dem Brüsseler Kongreß vorgelegt wurde, eine übersichtliche Darstellung (I. Teil, S. 58—80). Sie zeigt, wie der Mißbrauch des Völkerbundes für die Zwecke der siegreichen Ententestaaten bereits in den ersten Monaten des Jahres 1919 das größte Unbehagen in den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft wachrief. Wohl war man über das Maß der Verurteilung der Methoden des neugegründeten Völkerbundes noch nicht ganz einig, aber daß sie zu verurteilen seien, wurde bereits zur allgemeinen Ueberzeugung der sozialistischen Parteien. Selbst die Resolution der gemäßigten Mehrheit der Internationalen Konferenz zu Luzern im August 1919 kritisierte den Völkerbund als »eine Organisation von kapitalistischen und bürgerlichen Staaten« und stellt eine Reihe von Bedingungen für grundlegende Aenderungen, die sofort am Völkerbund vorgenommen werden sollen, so die Aufnahme sämtlicher Nationen und die Schaffung eines wirklichen »Weltparlaments« an Stelle eines »Bundes der Regierungen, in dem die Völker keine direkte Stimme haben«.

Die Minderheit verurteilte den Völkerbund noch schärfer. Sie stand auch der Mitarbeit von Sozialisten am Völkerbund, für die sich die Mehrheit trotz ihrer kritischen Einstellung entschlossen hatte, skeptischer gegenüber.

Diese skeptische Einstellung wurde allerdings nicht beibehalten als Macdonald im Januar 1924 die erste englische Arbeiterregierung bildete und im

Die Arbeiter fordern deshalb einen umfassenden und wahrhaft demokratischen Völkerbund. Sie fordern, daß die Anwendung des Artikels 19 des Paktes, der die Revision der Verträge vorvorsieht, genau präzisiert und wirksam gestaltet wird.

Sie fordern, daß neben dem Internationalen Arbeitsamt die bestehenden wirtschaftlichen Organe des Völkerbundes in einen wirklichen internationalen Wirtschaftsrat umgewandelt werden, an dem die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen beteiligt sind. Dieser hätte die internationalen Probleme der Produktion und des Verbrauches zu prüfen, die Währungsverhältnisse zu überwachen, den internationalen Verkehr und die Transportmöglichkeiten zu erleichtern, eine gerechte Verteilung der Rohstoffe für alle Nationen zu sichern, das Hochschutzzollsystem und den wirtschaftlichen Nationalismus zu bekämpfen, sowie die Anpassung oder die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung herbeizuführen.

Alle Konflikte ohne Ausnahme einschließlich derer, die aus der Interpretation oder aus der Ausführung der Friedensverträge entspringen können, müssen dem obligatorischen Schiedsverfahren unterworfen werden.

Die Arbeiter fordern, daß jede Regierung, die unter welchem Vorwand immer das Schiedsgericht oder eine schiedsgerichtliche Entscheidung ablehnt und zum Kriege schreitet, als Angreifer und als Feind ihres Volkes und der Menschheit angesehen werde.

Sie fordern, daß keine feindselige Handlung gestattet sei, außer im Falle des Widerstandes gegen einen Angriff oder in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Rates oder der Versammlung des Völkerbundes.

Die Arbeiterschaft läßt nicht außer acht, daß alle bisherigen Unzulänglichkeiten des Systems der Reparationen sowie die Weigerung, die interallierten Schulden zu erreichen, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit zur notwendigen Folge hat, und daß deshalb diese Probleme eine Lösung finden müssen, die mit den Prinzipien des Internationalen Sozialismus in Einklang steht.

Sie fordert die Durchdringung von Unterricht und Erziehung mit dem Geist des Friedens, um so mit Sicherheit die moralische Abrüstung und das Verschwinden des Völkerhasses vorzubereiten.

Durch unermüdlichen Klassenkampf werden die Arbeiter diese Ergebnisse erreichen; jeder politische Sieg, jede Stärkung ihrer Organisation wird sich einem immer wachsenden und stets entscheidenderen Einfluß auf die Politik und die Beschlüsse des Völkerbundes umsetzen.

---

gleichen Jahre auch in Dänemark und Schweden Sozialisten in die Regierung eintraten. Das Genfer »Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Konflikte« vom 2. Oktober 1924, das unter dem Drucke der damaligen sozialistischen Regierungen zustande kam, ließ die Hoffnung aufkeimen, daß es den Arbeiterparteien vielleicht doch gelingen könne, den Völkerbund zu einem brauchbaren Instrument ihrer Friedenspolitik zu machen.

Als aber die Wogen der Reaktion über die Arbeiterregierungen in Europa hinwegbrausten und nun wieder nur mehr einige wenige sozialistische Regierungsvertreter nach Genf kommen konnten, schwand die Möglichkeit einer stärkeren Beeinflussung des Völkerbundes. Die Stimmung gegen den Völkerbund oder richtiger gesagt, gegen die Art seiner Zusammensetzung wurde nun in den sozialistischen Parteien wieder kühler.

So sind die organisierten Arbeiter von der Ueberzeugung erfüllt, daß die Sicherheit jedes Volkes, daß der Friede auf Schiedsverfahren und auf allgemeine und vollständige Abrüstung gegründet sein muß. In diesem Sinne werden sie in voller Unabhängigkeit ihren Einfluß auf den Völkerbund ausüben.

Deshalb fordert die Internationale vom Völkerbund, der zu dieser Initiative berufen ist, die Einberufung einer Konferenz, die die Mittel und Wege beschließen soll, die schließlich zur allgemeinen Abrüstung führen.«

Damit war die Stellung der sozialistischen Parteien zum Völkerbund umschrieben. Nicht Kampf gegen den Völkerbund, sondern Kampf um den Völkerbund war die Parole. Aus der gegenwärtig bestehenden internationalen Vereinigung kapitalistischer und imperialistischer Regierungen ein demokratisches Parlament der Völker zu machen, wurde zu einem Ziele sozialistischer Politik erklärt.

Besonders beachtenswert ist jener Teil des Beschlusses, der jede Regierung als außerhalb des gemeinen Rechtes stehend erklärt, die sich in Streitfragen einem internationalen Schiedsgericht nicht beugt. Dieser Gedankengang kehrt in den späteren Beschlüssen der Internationale wieder und führt zur Forderung von Anwendung gewaltsamer Mittel gegen Regierungen, die sich solcherart selbst außerhalb des Rahmens der menschlichen Rechtsgemeinschaft gestellt haben.

Mit der Klarstellung des Verhältnisses der sozialistischen Parteien zum Völkerbund war eine wichtige Vorfrage zur Abrüstung beantwortet worden. Nun galt es, das Abrüstungsproblem selbst im einzelnen zu behandeln. Zu diesem Zwecke setzte die Exekutive der SAI. im April 1926 eine Kommission ein, in die de Brouckère (Belgien), Hermann Müller (Deutschland), Cramp (Großbritannien), Renaudel (Frankreich), Albarda (Holland) und Deutsch (Oesterreich) gewählt wurden. Diese Kommission hat nach gründlichen Beratungen der Exekutive der SAI. das Material vorgelegt, aus dem diese einen Resolutionsentwurf formte. Der so entstandene Vorschlag der Exekutive der SAI. für den Brüsseler Kongreß beginnt mit einer prinzipiellen Einleitung welche lautet:

»Das Ziel, das die SAI. erstrebt, ist die vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Länder zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Aber die SAI. verfällt nicht in den Irrtum zu glauben, daß eine vollständige Abrüstung erreicht werden kann, solange die Regierungen der meisten Länder von kapitalistischen und imperialistischen Klassen beherrscht werden und solange andererseits in vielen Ländern nicht jene Demokratie besteht, die allein die Durchführung internationaler Abrüstungsabkommen unter die Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien, öffentlichen Meinung zu stellen vermag.

Ist aber die vollständige Abrüstung derzeit noch nicht erreichbar, so gibt es doch schon in den gegenwärtige politischen Verhältnissen Kräfte, die nach einer Einschränkung der Rüstungen drängen. Die Furcht der herrschenden Klassen vor neuen Revolutionen, die jeder Krieg entfesseln müßte, und die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht; die infolge der Umwälzungen der Kriegstechnik ungeheuerlich wachsenden Kosten der Rüstungen und das Sicherheitsbedürfnis der im Ausland angelegten Kapitalien; die Erkenntnis endlich, daß die Abrüstung der besiegten Nationen auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, wenn nicht auch die Siegernationen die ver-

tragsmäßig übernommene Verpflichtung zur Beschränkung ihrer Rüstungen erfüllen, all das drängt nach einer Einschränkung der Rüstungen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des internationalen Sozialismus, alle Regierungen unter den stärkstmöglichsten Druck zu setzen, um die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zu internationalen Abrüstungsübereinkommen auszunützen, die ihnen widerstreitenden, mächtigen imperialistischen und militaristischen Gegentendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsübereinkommen durchzusetzen. Dieser Druck wird am wirksamsten durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und die Gefahren der Rüstungen und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen ausgeübt werden.

Im Anschluß an diese allgemeinen Gesichtspunkte zählte die Exekutive die Einzelforderungen der Sozialistischen Arbeiterinternationale auf: Unterwerfung aller internationalen Konflikte unter ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren; Verpflichtung der sozialistischen Parteien, »den stärkstmöglichsten Druck selbst in der Form der Gewalt gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konfliktes ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen«; gleichmäßige Abrüstung der Sieger- und Besiegtenstaaten; Freiheit in der Wahl des Heeressystems für jede Nation; Schaffung eines internationalen Abrüstungsabkommens, das dem Wettrüsten wirksam vorbeugt; dieses Rüstungsübereinkommen soll möglichst kleine Friedensstände in den Kasernen und eine Beschränkung der Waffenvorräte vorsehen; es soll ferner enthalten: Ein Verbot des Gaskrieges, Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge, eine Flottenreduktion, eine Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte, eine nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transports von Kriegsmitteln.

Ein besonderer Abschnitt behandelte die Forderungen nach einer demokratischen Heeresverfassung. Die sozialistischen Parteien wurden aufgefordert, »mit dem Kampfe um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Heer und die Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte« zu verbinden.

Schließlich verlangte der Entwurf ein Verbot der Aufstellung und Erhaltung faschistischer bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen.

* * *

Der Entwurf des Exekutivkomitees war im Februar 1928 der sozialistischen Oeffentlichkeit zur Diskussion gestellt worden. In den lebhaften Auseinandersetzungen, die sich nun entwickelten, war vorerst der prinzipielle Ausgangspunkt des Problems zu klären. Es stellte sich alsbald heraus, daß hier die Gegensätze geringer waren, als man ursprünglich erwarten durfte. Alle in der Sozialistischen Arbeiterinter-

nationale vereinigten Parteien bekundeten, soweit sich ihre Stellungnahme durch öffentliche Enunziationen verfolgen ließ, daß sie eine endgültige Befreiung der Völker von den Kriegsgefahren erst vom Siege des Sozialismus erwarten. Freilich war diese Erkenntnis nicht mit der fatalistischen Ergebung verbunden, daß die Arbeiterklasse nunmehr die Hände in den Schoß zu legen und auf das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu warten habe, ehe sie mit dem Kampfe um die Abrüstung beginne. Wie auf allen Gebieten des politischen Lebens sei vielmehr — so war die allgemeine Auffassung — auch auf dem der Bekämpfung der Kriegsgefahren schon jetzt, schon in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, eine entschlossene, energische Aktion zu führen, die versuchen müsse, gegen die Tendenzen der absterbenden die Tendenzen der aufstrebenden neuen Welt zur Geltung zu bringen.

Schwieriger wurde die Diskussion erst bei der Frage, ob die Sozialistische Arbeiterinternationale alle Kriege gleichmäßig bekämpfen müsse oder ob nicht vielleicht Unterscheidungen wie etwa die zwischen Verteidigungs- und Angriffskriegen zu machen wären. Mit Recht wurde von veschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß es im Augenblicke eines drohenden Krieges für das Proletariat der beteiligten Länder meistenteils sehr schwer sein werde zu entscheiden, welcher Staat sich im Zustande der Verteidigung und welcher sich in dem des Angriffs befinde. Würde das Prinzip der Landesverteidigung anerkannt, dann könnte unter Umständen eine von den Regierungen herbeigeführte falsche Orientierung (mit der immer gerechnet werden muß), das Proletariat eines Landes in die verhängnisvolle Situation bringen, einen Krieg zu unterstützen, der, wie sich nachträglich herausstellt, gar kein Verteidigungskrieg gewesen ist. Andererseits war nicht zu leugnen, daß es auch im Leben der Völker tatsächlich einen Zustand der Notwehr geben konnte. Man brauchte nur an die Bedrohung Oesterreichs durch das reaktionäre Horthy-Ungarn zu denken, oder an die Gefahren, die von dem faschistischen Italien ausgingen. . . .

Der Vorschlag der Exekutive ging diesem Streit aus dem Wege, indem er die Begriffe »Verteidigungskrieg« und »Angriffskrieg« überhaupt nicht mehr gebrauchte, sondern die Staaten danach zu werten suchte, ob sie sich einem internationalen Schiedsgerichtsverfahren unterwerfen oder nicht. Man muß zugeben, daß diese Betrachtungsweise insoferne einen Fortschritt bedeutet, als sie dem Streite über die Frage der Landesverteidigung, der nur sehr schwer zu einem Ergebnis führen kann, durch eine neue, den tatsächlichen Verhältnissen besser angepaßte Problemstellung geschickt ausweicht. Linksorientierte Kreise innerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale wollten sich freilich mit dieser Lösung nicht zufrieden geben und verlangten, wie z. B. die Leipziger Volkszeitung in ihrem Leitartikel vom 22. März 1928 (»Die Arbeiterklasse und der Weltfriede«) eine ausdrückliche Zurückweisung der »Phrase vom Verteidigungskrieg«, . . . »eine Phrase, die in der letzten Zeit vornehmlich bei der Stellungnahme der französischen Genossen zu dem

Paul-Boncourschen Heeresgesetz eine große Rolle spielte und ihren verderblichen Einfluß bis in die linkesten Kreise der französischen Sozialdemokratie ausübte«.

Aber der Brüsseler Kongreß hat sich schließlich einmütig dem Vorschlage der Exekutive zu eigen gemacht und sogar die Forderung, daß sich jeder Staat einem Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen habe, an die Spitze seines Beschlusses über die Abrüstung gestellt. Freilich führte die so nachdrücklich betonte Unterstreichung dieser Forderung notwendigerweise zu der Frage, was mit jenen Regierungen geschehen solle, die sich weigern, einem internationalen Schiedsspruch Folge zu leisten. Wir haben gesehen, daß der Entwurf der Exekutive solche Regierungen mit »dem stärkstmöglichen Druck, selbst in der Form der Gewalt«, bedroht. Die Drohung mit der Gewalt erweckte in dieser Form eine lebhafte Kritik. Abgesehen von gewissen pazifistischen Ueberlegungen spielte da auch die Befürchtung mit, daß unter einer so allgemeinen Ankündigung der Gewalt auch die individuelle Aktion verstanden werden konnte, was von den sozialistischen Parteien, die auf dem Boden der solidarischen Massenaktion stehen, nicht gewollt war.

In den Brüsseler Kommissionsberatungen einigte man sich auf eine gemeinsame Formulierung der französischen und österreichischen Delegation, die von allen sozialistischen Parteien verlangt: »Den stärkstmöglichsten Druck selbst in der revolutionärsten Form, gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle einer internationalen Konflikts ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.«

Diese Formulierung hatte den großen Vorteil, daß sie die Aktion des Proletariats nur für einen bestimmten Fall ankündigte, nämlich für den Fall, als eine Regierung sich durch die Ablehnung des internationalen Gerichtshofes selbst außerhalb des Rahmens des gemeinen Rechtes stellte. Gegen eine solche Regierung müßte, wie Renaudel erklärte, jede Aktion auch die der Insurrektion als gerechtfertigt, ja als eine moralische Pflicht der Völker erscheinen.

Nachdem auf diese Art die revolutionäre Aktion der Massen für einen konkreten Fall vorgesehen worden war, brauchte man keine allgemeinen Drohungen mit Generalstreik und ähnlichem mehr. Die Generalstreikdrohungen hatten sich ja bisher nie verwirklichen lassen. Aber selbst wenn das Proletariat eines Landes sich stark genug fühlen würde, im Falle eines drohenden Krieges zu dieser Waffe zu greifen, so mußte sie sich von allen Skrupeln frei wissen, nicht etwa für einen der beiden Streitteile Partei zu ergreifen. Würde eine sozialistische Partei den Generalstreik proklamieren, ohne die Möglichkeit zu besitzen, ernsthaft prüfen zu können, wer von den kriegführenden Staaten im Rechte ist, dann bedeutete das unter Umständen die Unterstützung des Friedensstörers. Deshalb war es richtig, die revolutionäre proletarische Aktion nur für den Fall anzukündigen, als eine Regierung sich dem internationalen Schiedsgerichtsverfahren nicht unterworfen hatte und es also zweifellos feststand, daß sie sich im Unrecht befand.

Der Entwurf der Exekutive sah internationale Abrüstungsabkommen vor, die von internationalen Abrüstungskonferenzen formuliert werden sollen. Natürlich täuschte sich niemand über die geringen Aussichten, die bei den derzeitigen politischen Machtverhältnissen, diesem Vorschlage zukommen. Trotzdem zählte der Entwurf im einzelnen auf, welche Hauptpunkte ein Rüstungsabkommen enthalten sollte (Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien; Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge; Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte, nationale und internationale Kontrolle), fügte aber auf Antrag des Schweizer Delegierten Ernst Reinhard folgende einschränkende Sätze hinzu: »Der Wert von internationalen Abkommen über das Verbot des Gaskrieges, des chemischen Krieges, des Bakterienkrieges usw. hängt in hohem Maße von der Macht ab, welche die Arbeiterschaft als nationale und internationale Organisation zur Beachtung dieser Abkommen aufbringen kann. Wenn die imperialistischen Klassen die Staatsmacht behalten, werden sie in jedem künftigen Kriege alle solche Abkommen rücksichtslos brechen.

Kein Vertrag wird verhindern können, daß ein kommender imperialistischer Krieg mit allen Mitteln der Chemie und der neuen Kriegstechnik geführt wird.«

Diese Sätze lassen deutlich erkennen, daß sich die Sozialistische Arbeiterinternationale keiner Täuschung über die geringen Möglichkeiten einer ernsten Abrüstung hingibt, solange die kapitalistischen und imperialistischen Klassen die maßgebenden Staaten beherrschen.

Einige Monate vorher, Ende November 1927, hat bekanntlich Litwinow als Führer der sowjetrussischen Delegation in Genf »die vollkommene Abschaffung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte« vorgeschlagen [6]). Sowjetrußland stellte sich so an, als ob es an die Möglichkeit einer sofortigen allgemeinen Abrüstung glaubte, um die kapitalistischen Regierungen vor den Augen ihrer Völker zu demaskieren. So sympatisch an und für sich ein solches Unterfangen berühren mochte, konnte die Sozialistische Arbeiterinternationale doch nicht umhin, zu erkennen, daß die Einzelheiten des russischen Vorschlages einen durchaus unernsten, demagogischen Charakter trugen und hütete sich deshalb, ihn ausdrücklich zu unterstützen, obwohl einige ihrer angeschlossenen Parteien nicht übel Lust dazu zeigten.

Aber wie sollten die großen, verantwortungsbewußten Parteien einem Vorschlage zustimmen, der nicht mehr und nicht weniger verlangte, als »daß alle notwendigen Maßnahmen zur Vernichtung der Kriegsmaterialien innerhalb einer einjährigen Frist abgeschlossen sein müssen« . . . Die Russen machten freilich auch einen Eventualvorschlag, nämlich: »In dem Falle, daß die kapitalistischen Staaten

[6]) Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Genfer Abrüstungskonferenz. Amtliche Dokumente der Sowjetregierung. Ost-Europa-Verlag, Berlin 1928, S. 12.



die sofortige faktische Aufhebung der stehenden Armeen ablehnen, ist die Sowjetregierung in dem Bestreben, die Erzielung einer praktischen Uebereinkunft über die vollkommene Abrüstung zu erleichtern, bereit, den Vorschlag zu machen, daß die vollkommene Abrüstung von allen Vertragsstaaten gleichzeitig in aufeinanderfolgenden Etappen im Verlaufe von vier Jahren durchzuführen ist, wobei die erste Etappe der Abrüstung im Verlaufe des nächsten Jahres verwirklicht werden muß.«

Es war klar, daß dieser Vorschlag so wenig ernst gemeint war, wie der erstere. Deshalb folgte die Sozialistische Arbeiterinternationale den Russen nicht auf ihrem Weg. Sie lehnte es wohl ab, gegen den russischen Vorschlag ausdrücklich zu polemisieren, aber sie ließ sich andererseits durch ihn nicht beirren, eine schrittweise Abrüstung zu erstreben, weil es ganz offenbar war, daß eine sofortige allgemeine Abrüstung bei den derzeitigen Machtverhältnissen nicht zu erreichen ist.

An Kritik der sterilen Unfruchtbarkeit der bisherigen bürgerlichen Abrüstungspolitik ließ es natürlich auch die Sozialistische Arbeiterinternationale nicht fehlen. Sie begnügte sich aber nicht damit, die unfruchtbaren, ja vielfach sogar lächerlichen Manöver der kapitalistischen Regierungen zu brandmarken, sondern bemühte sich, dem unernsten und auf Täuschung der Völker berechneten Gehaben der kapitalistischen Regierungen ein ernstes Programm entgegenzustellen.

Der Entwurf der Exekutive behandelte nicht nur die Abrüstung im engeren Sinne, sondern nahm auch zur Frage der Organisation der Heere Stellung. Danach sollte jedem Volk die Wahl des Heeressystems freistehen. Diese Stellungnahme war schon deshalb geboten, weil die Friedensverträge den besiegten Staaten ein an Zahl und Ausrüstung beschränktes Söldnerheer aufgezwungen hatten, während sie den Siegerstaaten die Aufstellung unbeschränkter Massenheere gestatteten. Gegen diese verschiedenartige Behandlung der Staaten wandte sich die Sozialistische Arbeiterinternationale, indem sie für jedes Volk die Freiheit in der Wahl seines Heeressystems verlangte. Aber noch ein anderer Gesichtspunkt bestimmte die Haltung der proletarischen Internationale. Sie mußte befürchten, daß im Streite um das Heeressystem das wichtigste, nämlich die Heeresverfassung außer acht bleiben könnte, weshalb sie — einem österreichischen Vorschlag entsprechend — es unternahm, dieses Problem in den Vordergrund zu rücken [7]).

Die Schweizer Sozialdemokratie, die auch in verschiedenen anderen Punkten mit dem Entwurf der Exekutive nicht einverstanden war, wandte sich mit besonderer Entschiedenheit gegen die Freigabe des Heeressystems, weil sie darin eine, wenn auch versteckte Aufmunterung zur neuerlichen Rüstung jener Staaten erblickte, die jetzt, wenn auch gezwungenermaßen, schon abgerüstet haben. Ernst

---

[7]) Vgl. Julius Deutsch, »Wehrmacht und Sozialdemokratie«. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1927.



Reinhard trug in einer viel beachteten Broschüre [8]) die Argumente der Schweizer Sozialdemokraten gegen den Entwurf der Exekutive vor. Er verlangte insbesondere eine klare Stellungnahme gegen das System der Miliz, mit dem sie Schweizer Proletarier schlechte Erfahrungen gemacht hätten, nämlich die, »daß das Milizsystem zum Instrument des Klassenstaates geworden ist und gegen die Arbeiterschaft gebraucht wird, wie irgendein Berufs- oder Kasernenheer«.

Trotz dieses Einwandes entschloß sich der Brüsseler Kongreß nicht zu einer ausdrücklichen Stellungnahme gegen ein bestimmtes Heeressystem, sondern begnügte sich damit, vor jenem neuen Typus der Heeresorganisation zu warnen, »der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benützung großer Massen für eine Angriffsaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereint«.

Um so größeres Gewicht legte der Entwurf der Exekutive auf die Forderung nach einer demokratischen Heeresverfassung, die ohne Rücksicht auf das jeweils geltende Heeressystem von den sozialistischen Parteien zu vertreten sei. Die Demokratisierung des Heeres wurde in zweifacher Hinsicht verlangt: Erstens sollte die Verfügungsgewalt über Heer und Flotte den Parlamenten vorbehalten bleiben und zweitens sollte die innere Organisation der Heere so gestaltet werden, daß die Schranken fallen, die bisher das Heer vom Volke getrennt hatten. Von den Einzelheiten, die in dieser Beziehung im Brüsseler Beschlusse enthalten sind, sei — was die Verfügungsgewalt der Parlamente anbelangt — auf die Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen hingewiesen. Eine solche Einrichtung, wenn auch nicht in den gleichen Formen, gibt es bereits in Frankreich, Oesterreich und Schweden [9]).

[8]) Arbeiterinternationale und Abrüstung. Verlag der Laubschen Buchhandlung, Berlin 1928.

[9]) In Frankreich bestimmte bereits das Gesetz vom 17. April 1906 in seinem Artikel 43: »Chaque année, les Commissions des Finances de la Chambre des Députés et du Sénat pourront déléguer chacune deux de leurs membres pour vérifier, sur pièces et sur place, l'état du matériel et des approvisionnements de la Guerre et de la Marine. Les Administrations intéressées devront communiquer à ses délégues tous des documents de nature à les éclairer dans l'exécution de leur mission.«

Das Gesetz vom 15. Juli 1914 ergänzte diese Bestimmung durch die folgende Vorschrift: »En outre, chaque année, les Commissions des Finances de la Chambre des Députés et du Sénat désigneront chacune une Sous-Commission de cinq membres chargés de suivre et de contrôler d'une facon permanent l'emploi des crédits affectes à la défense nationale. Devront être fournis à ces Sous-Commissions tous les renseignements de nature à faciliter leur mission; de plus, un état des travaux en cours et de la situation des crédits leur sera communiqué le 1er octobre de chaque année.«

Wie man daraus sieht, drehte es sich dem französischen Parlament vornehmlich um seine budgetären Rechte, wenngleich seine Abgesandten das Recht haben, in den Kasernen und bei den Truppen die Erhebungen in ziemlich weitgehendem Ausmaße vorzunehmen.

Gegen die Forderung nach einer Demokratisierung des Heeres konnte man einwenden, daß sie nicht unmittelbar eine Abrüstung bedeute. Das Heer sollte ja durch sie nur anders gestaltet, aber nicht vermindert oder beseitigt werden [10]). Dieser Einwand ist nur bedingt richtig. Wohl führt die Demokratisierung eines Heeres nicht zu seinem Abbau, aber es ist doch kaum zu verkennen, daß ein Heer, das nicht mehr durch ein autokratisches Offizierskorps beherrscht wird, in der Kriegspolitik eine andere Rolle spielt, als eine Armee alten Stils. Demokratisierte Armeen sind nicht so leicht zur Ausstrahlung militärischen Geistes zu gebrauchen; sie sind auch kein willenloses Werkzeug für eine kriegshetzerische Politik. Demokratisierte Armeen sind ein Teil des Volkes, fühlen sich als solcher und werden eben deshalb nicht so ohne weiteres kriegsfördernd wirken.

Aber mag man sich zur außenpolitischen Wirksamkeit dieser Reformen wie immer stellen, unbestritten ist ihre innerpolitische Bedeutung. Die Demokratisierung der Heere bewirkt, daß sie nicht so leicht gegen die arbeitenden Klassen des eigenen Volkes verwendet werden können. Wenn man an diese Wirkung denkt, war es durchaus richtig, daß die Sozialistische Arbeiterinternationale neben der außenpolitischen auch die innerpolitische Seite des Heeresproblems in den Kreis ihrer Betrachtungen zog.

Die Diskussion, die in den Monaten vor dem Brüsseler Kongreß stattfand, erleichterte natürlich die Auseinandersetzung am Kongresse selbst. Sie waren trotzdem noch immer schwierig genug, denn die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern machte es ungemein schwer, eine mittlere Linie zu finden. Nur im Wege eines

---

Dagegen ist die schwedische Gesetzgebung mehr auf die parlamentarische Kontrolle der Einhaltung der Gesetze und Vorschriften bedacht, die den einzelnen Soldaten betreffen. Die Instruktion für den »Militieombudsman« des Reichstages vom 14. Mai 1915 bestimmt in seinem Artikel 4:

»Der MO. hat hauptsächlich solche Fehler der Richter oder sonstiger Beamten (des Heeres) zu rügen und zu verfolgen, die aus Eigennutz, Ungerechtigkeit, Willkür oder grober Fahrlässigkeit herrühren oder die eine allgemeine Unsicherheit für die staatsbürgerlichen Rechte verursachen könnten oder die dazu veranlassen könnten, daß das Verteidigungswesen seinen Zweck nicht erfüllt.«

Das österreichische Wehrgesetz vom 18. März 1920 und dessen Novellierung vom Jahre 1925 sagen im Artikel 7:

»Beim Bundesministerium für Heerwesen wird eine ständige Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten errichtet. Sie ist berechtigt, in die Verwaltung der Heeresangelegenheiten Einblick zu nehmen: Verwaltungsbefugnisse stehen ihr nicht zu.«

Die österreichischen Parlamentskommissäre haben das Recht, in allen Akten des Heeresministeriums Einsicht zu nehmen. Jeder Soldat hat das Recht, ohne den Dienstweg einhalten zu müssen, sich unmittelbar an den Parlamentskommissär zu wenden.

[10]) Vgl. I. W. Albarda, Dienstverweigering, Dienstplicht en Sozialdemokratie; ferner Ontwapenings-Vraagstukken. Beide Broschüren im Verlage »Ontwikkeling«, Amsterdam 1927/28.

Kompromisses war aber eine Einigung möglich. Daß dieses Kompromiß zustande kam, zeugt von dem Ernste, mit dem die Sozialistische Arbeiterinternationale an die Lösung des Abrüstungsproblems schritt, aber auch von der großen Verantwortlichkeit, die sie gegenüber den von ihr vertretenen Völkern auf sich ruhen fühlt.

Wir lassen nunmehr den Wortlaut des Brüsseler Beschlusses über die Abrüstung folgen:

Der Beschluß der Internationale über die Abrüstung.

I.

Das Ziel der SAI. ist die vollständige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft, ohne Unterschied zwischen Siegern und besiegten Staaten. Diese Forderung kann nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen.

Die allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus streben zum Krieg. Anderseits ist es richtig, daß die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen Unternehmungen, die gesteigerten Kosten der Rüstungen, die Erkenntnis, daß das Wettrüsten den Krieg automatisch herbeizuführen droht, die Notwendigkeit der Sicherheit für ausländische Anleihen und die Furcht vor neuen Revolutionen, welche jeder Krieg entfesseln kann, gewisse Teile der herrschenden Klassen dazu veranlassen können, im Prinzip einer Einschränkung der Rüstungen zuzustimmen. Es ist

eine der wichtigsten unmittelbaren Aufgaben des internationalen Sozialismus,

alle Regierungen unter den stärkstmöglichen Druck zu setzen, um die in den herrschenden Klassen selbst wirksamen Tendenzen zu internationalen Abrüstungsübereinkommen auszunützen, die ihnen widerstreitenden mächtigen imperialistischen und militärischen Gegentendenzen zu überwinden und auf diese Weise ein internationales Abrüstungsübereinkommen durchzusetzen.

Die Schwierigkeiten, die die Abrüstung bietet, können nur unter dem stärksten politischen Druck überwunden werden. Diesen Druck durch eine ständige und energische Aktion in den Massen und Parlamenten zu üben, ist die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterparteien. Sie werden zu wachen haben, daß die Schwierigkeiten nicht als Vorwand für das Scheitern aller Abrüstungsbestrebungen benützt werden.

Die SAI. betrachtet es als

Pflicht aller sozialistischen Arbeiterparteien:

1. Die Aufnahme eines Gesetzes in die Gesetzgebung ihres Landes zu erlangen, das jede militärische oder industrielle Mobilisierung ausschließt, bevor ein internationaler Konflikt dem Völkerbund oder einem andern Verfahren friedlicher Beilegung vorgelegt ist.

2. Den stärkstmöglichen Druck selbst in der revolutionärsten Form, gegen jede Regierung auszuüben, die es im Falle eines internationalen Konflikts ablehnen würde, sich einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen.

II.

Die SAI. fordert, daß alle internationalen Konflikte dem obligatorischen Schiedsverfahren oder einem andern Verfahren friedlicher Beilegung unterworfen werden.



Die SAI. fordert, daß der allgemeine, allumfassende Schiedsgerichts- und Vermittlungsvertrag, bekannt als Konvention A und entworfen entsprechend dem norwegischen und schwedischen Vorschlag bei der achten Völkerbundversammlung, ohne Vorbehalt angenommen und durch die neunte Versammlung zur Unterzeichnung vorgelegt werde. Sie fordert die in der SAI. vertretenen Parteien auf, in ihren Ländern dafür tätig zu sein, daß die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland so bald wie möglich aufgefordert werden, den Vertrag zu unterzeichnen.

Die SAI. ist sich dessen bewußt, daß ihr Kampf um internationale Rüstungsbeschränkungen desto wirksamer sein wird, je wirksamer sie die Entscheidung aller internationalen Konflikte durch friedliche Mittel zu sichern vermögen wird.

III.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist,

die die Sieger den Besiegten auferlegen.

Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen. Die SAI. verlangt daher für alle Nationen die gleiche Freiheit in der Wahl ihres Heeressystems. Die Herstellung dieser Gleichberechtigung der Nationen erfordert aber zwingend als ersten Schritt und bei den bestehenden politischen Verhältnissen ein internationales Abrüstungsabkommen, das einem neuen Wettrüsten zwischen den Siegern und Besiegten von 1918 wirksam vorbeugt. Dieses Abkommen muß die Methoden der Abrüstung den verschiedenen Heeressystemen anpassen. Um einen solchen Vertrag zu formulieren, soll die Abrüstungskonferenz so bald als möglich einberufen und die Arbeit der vorbereitenden Kommission entsprechend beschleunigt werden.

IV.

Die Hauptaufgabe eines Rüstungsübereinkommens

muß sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und bewaffneter Truppen zu einem Angriff bereit hat. Daher muß das internationale Abkommen sichern:

1. Möglichst kleine Friedensstände in den Kasernen;
2. Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereithalten dürfen.

Soll allen Nationen die Wahl ihres Heeressystems freigestellt werden, so lenkt anderseits die SAI. die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die ein neuer Typus der Heeresorganisation bietet, der einen starken Kern von Berufssoldaten verbindet mit der Möglichkeit schneller Benützung großer Massen für eine Angriffsaktion, so daß er die Gefahren des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereint.

Man muß also verhindern, daß sich irgendwo, namentlich aber in den Ländern des Milizsystems, starke Kerne von Kasernentruppen bilden, und ebenso, daß irgendwo, namentlich in den Ländern der Berufsheere, Vorkehrungen getroffen werden, die es gestatten, gewaltige Massen zu einem plötzlichen Angriff zu verwenden.

Wo das Heer auf die Wehrpflicht gegründet ist, ist zunächst die Dienstzeit auf eine möglichst kurze Ausbildungsdauer zu beschränken.

Weiter ist dann auch die Zahl der zum Heeresdienst Auszubildenden zu beschränken.

Für die Länder, die Söldnerheere halten, ist in analoger Weise der Friedensstand zu begrenzen.

Für alle Länder hat das internationale Abkommen überdies vorzusehen:

1. Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung im Sinne der Grundsätze, die von der Unterkommission des Völkerbundes angenommen wurden.

2. Beschränkung der Zahl der schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge. Beschränkung der Flotte bezüglich der Gesamtgröße als auch nach verschiedenen Schiffskategorien.

3. Beschränkung der finanziellen Aufwendungen für Heer und Flotte.

4. Nationale und internationale Kontrolle der Erzeugung, des Handels und des Transports von Kriegsmitteln.

Die von der Konferenz über den internationalen Waffenhandel ausgearbeitete internationale Konvention über den Handel mit Waffen und Munition soll in möglichst kurzer Zeit von allen Regierungen ratifiziert werden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Organe der Arbeiterbewegung zur Kontrolle der Durchführung der Konvention herangezogen werden.

5. Die Bestrafung von Veröffentlichungen über geheime Rüstungen ist zu verbieten.

6. Internationale Kontrolle der Durchführung aller dieser Beschränkungen durch den Völkerbund oder durch eine weitere, auch die dem Völkerbund nicht angeschlossenen Nationen umfassende Organisation.

Der Wert von internationalen Abkommen über das Verbot des Gaskrieges, des chemischen Krieges, des Bakterienkrieges usw. hängt in hohem Maße von der Macht ab, welche die Arbeiterschaft als nationale und internationale Organisation zur Beachtung dieser Abkommen aufbringen kann. Wenn die imperialistischen Klassen die Staatsmacht behalten, werden sie in jedem künftigen Kriege alle solche Abkommen rücksichtslos brechen.

Kein Vertrag wird verhindern können, daß ein kommender imperialistischer Krieg mit allen Mitteln der Chemie und der neuen Kriegstechnik geführt wird.

Die Umstellung der Friedensbetriebe auf den Kriegsbetrieb ist in allen Kriegen den kriegdienenden Industrien das Werk einiger Stunden, höchstens von ein paar Tagen; die Organisation der chemischen Industrien vor allem wird zu einer ungeheuren Kriegsgefahr, die nur beseitigt werden kann, wenn diese Kriegsindustrien unter staatliche Kontrolle gestellt oder sozialisiert werden. Die Sozialisierung dieser Kriegsindustrien durch Staaten, in denen die Arbeiterschaft einen entscheidenden Einfluß ausübt, wird daher zu einer wirksamen Friedensgarantie.

Die SAI. betont die Notwendigkeit, die Aktion für die Abrüstung zu beschleunigen. Der Weg zur Tat muß entschlossen betreten werden, ohne daß man, wie dies die Großmächte wünschen, warte, bis ein neuer Grad der Sicherheit erreicht ist. Denn die wahre Sicherheit entsteht aus der Kombination und Kontrolle von Schiedsgerichtsbarkeit und Absrüstung.

V.

Unbeschadet des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Rüstungen vorher schon einstelle oder einschränke.

Die Abrüstungsverträge dürfen für jeden Staat nur das Höchstmaß seiner Heeresrüstungen vorschreiben. Kein Staat darf durch internationale Verträge verhalten werden, größere Streitkräfte zu unterhalten, als er selbst es für notwendig findet. Kein Staat darf für die Einschränkung seines Heeresstandes unter das ihm durch



die internationalen Verträge zugebilligte Höchstmaß mit dem Entzug irgendwelcher internationaler Garantien bestraft werden.

VI.

Die SAI. kann sich nicht darauf beschränken, hier das Programm dieser unmittelbaren konstruktiven Aktion zu entwerfen, durch die das Proletariat daran arbeitet, den Frieden zu sichern. So sehr sie jedem, wenn auch nur teilweisen Erfolg für den Frieden Bedeutung beimißt, so muß sie doch die Arbeiter aller Länder daran erinnern, daß

der Krieg erst wenn der Sozialismus gesiegt hat endgültig überwunden

sein wird. Keinerlei Umwandlung des Kapitalismus kann die kriegerischen Kräfte in ihm vernichten, die zu seinem Wesen gehören. Der Imperialismus führt zum Kriege, Krieg in den Kolonien, Krieg in den erst jüngst in den Weltmarkt einbezogenen Gebieten und zwangsläufig zum Krieg zwischen den Industrieländern selbst.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Und der Kampf selbst, den die Finanzmächte mit wachsender Energie gegen die Demokratie führen, indem sie die Zahl der diktatorisch regierten Staaten vermehren, verschärft die Gefahren äußerer Konflikte.

VII.

Angesichts der durch die Entwicklung der modernen Waffentechnik wesentlich vermehrten Gefahren, die jede militärische Organisation, selbst bei der demokratischesten Heeresverfassung, für die Demokratie und für die Arbeiterklasse in sich schließt, müssen die sozialistischen Arbeiterparteien mit dem Kampf um die Abrüstung den Kampf um die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Heer und die Flotte und um die Demokratisierung der inneren Organisation des Heeres und der Flotte verbinden. Zu diesem Zwecke fordern die sozialistischen Arbeiterparteien:

1. Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte. Keine, auch keine teilweise Mobilmachung ohne Parlamentsbeschluß. Kontrolle der inneren Heeresorganisation durch besondere Parlamentskommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

2. Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volk trennen, und aller Einrichtungen und Bestimmungen, die das Heer zu einem Machtinstrument der kapitalistischen Klassen gegen die Arbeiter machen. Zu diesem Zweck bei möglichst kurzer Dienstzeit volle Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten, Schutz der Rechte der Soldaten durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner, Demokratisierung der Ergänzung des Offizierkorps, Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes, Aufhebung der besonderen Militärgerichte in Friedenszeiten.

VIII.

Zur Verhütung der Umgehung der internationalen Abrüstungsabkommen und zur Abwehr der faszistischen Gefahren ist die Aufstellung und Erhaltung faszistischer bewaffneter Milizen und Wehrorganisationen zu verbieten und die Durchführung des Verbots unter internationale Kontrolle zu stellen.

Solange die Regierungen eine imperialistische Politik verfolgen, gibt es keinen sicheren Frieden. Ja sogar ein Vertrag zur Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen zwischen derartigen Regierungen könnte dazu

dienen, die Arbeiter in ein falsches Gefühl der Sicherheit zu wiegen, ihre Aufmerksamkeit von einer gefahrvollen Politik abzulenken. Der internationale Sozialismus hat die Pflicht, den Völkern verständlich zu machen, wie sehr Abrüstungskonferenzen sinnlos werden, wenn die daran teilnehmenden Regierungen dabei verharren, eine kriegerische Politik zu führen.

Die SAI. erklärt, daß es vor allem

die unabhängige und direkte Aktion der internationalen Arbeiterklasse

ist, gerichtet gegen die kapitalistischen Regierungen, die die Völker auf dem Wege der Abrüstung vorwärts führen kann.

Unser Losungswort muß daher lauten:

Umfassende Organisation des Friedens!
Für die völlige Abrüstung!
Rücksichtsloser Kampf gegen alle Formen des Kapitalismus!

Zehn Jahre nach der Beendigung des Weltkrieges konnte die Sozialistische Arbeiterinternationale mit einem einmütigen Beschluß über die Frage der Abrüstung vor die Welt treten. Dieser Beschluß mag in seinen Einzelheiten nicht allen Erwartungen entsprechen, die man vom Standpunkte einer entschlossenen und energischen Friedenspolitik an ihn stellen mochte, aber die Tatsache, daß es zu einer einmütigen Kundgebung kam, ist für die politische Entwicklung überaus beachtenswert. Der Boden gemeinsamen Denkens ist auch auf dem so schwierigen Gebiete einer proletarischen Wehrpolitik gefunden worden. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, diese Uebereinstimmung des Wollens in die Einheit der Aktion umzusetzen.

Sander contra Oppenheimer?

Von

JULIUS KRAFT.

> Nur eine Pflicht trifft den Kritiker wissenschaftlicher Vergangenheit und Gegenwart: Die Pflicht zu möglichst vollständiger und tiefer Fundierung seiner kritischen Ansicht.
> (Sander, Staat und Recht, S. VI.)

I.

Der sachlich-entscheidende Kernpunkt der Polemik Sander-Oppenheimer (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, Heft 2, S. 339—416; Bd. 58, Heft 1, S. 179—190) besteht in nichts anderem als in einer Auseinandersetzung zwischen geisteswissenschaftlicher und naturalistischer Methode in den Sozialwissenschaften überhaupt. Wie denn auch Sander ausdrücklich erklärt, gegen Oppenheimers »Naturalismus die Gedanken der neueren Geisteswissenschaft zu vertreten« (58, 1, 186). Dieser sachliche Gesichtspunkt der Kontroverse, der in der Tat das methodische Grundproblem der Sozialwissenschaften auf allen ihren Gebieten bildet, verdient eine eigene Betrachtung, die der ausgesprochene Vernichtungszweck der Sanderschen »Studie« noch nicht rechtfertigen würde, wenn auch ihre Argumentationsweise als typisches Beispiel moderner Desorientierung in den Sozialwissenschaften bereits eine Charakterisierung fordert.

Sanders axiomatische Analyse der Oppenheimerschen Soziologie beschäftigt sich mit folgenden drei Hauptproblemen:

1. Abgrenzung der Gesellschaftslehre,
2. Wesen und Arten der Gesellschaft,
3. Herrschaft und Staat.

Da Sanders kritische Betrachtungen systematisch-klar geordnet sind, ist es für ihre Beurteilung zweckmäßig, der Sanderschen Disposition zu folgen.

II.

Dabei wäre es zuviel verlangt, sollte man alle Einwendungen Sanders berücksichtigen; dem wissenschaftlichen Interesse genügt es vielmehr, seine Hauptargumente zu betrachten.

Besondere Sorgfalt verwendet Sander auf den Versuch eines Nachweises, daß Oppenheimer schon die Bestimmung der soziologischen Problemstellung überhaupt und ihrer grundlegenden Forschungsmethoden völlig mißlungen sei. Zu seinen diesbezüglichen ausführlichen, methodischen Erörterungen hält sich Sander offenbar infolge seiner umfangreichen philosophischen Publikationen für besonders kompetent. Es wird sich jedoch zeigen, daß nicht der phänomenologischinspirierte Sander, sondern der »naiv-empiristische« Oppenheimer in Wahrheit die gesündere Methodik besitzt.

Nach Sander bewegt sich Oppenheimers Methodenlehre allerdings in einer immer »bedenklicher« werdenden Kette von »Widersprüchen« (342). Oppenheimers »erster Widerspruch« soll in der Gleichsetzung von mathematischer Ableitung und kausaler Erklärung bestehen. Tatsächlich benutzt Oppenheimer die Ausdrücke »Berechnung«, »more mathematico« im Sinne von »Deduktion aus der Lagerung« (S. I, 677, 725), so daß es sich erübrigt, um die Auflösung dieses ersten »Widerspruches« noch weitere Bemühungen anzustellen.

Nun zum zweiten »noch bedenklicheren Widerspruch«, den Oppenheimer durch Gleichsetzung einer »Theorie des sozialen Prozesses und einer Wesenslehre von der Gesellschaft« begehe. Zwar nicht mit diesem Widerspruch selbst, wohl aber mit dem Vorwurf desselben verhält es sich noch bedenklicher. Denn der Ausdruck oder auch nur der Begriff »Wesenslehre von der Gesellschaft« findet sich bei Oppenheimer überhaupt nicht. Sanders Betrachtungen über »Deskription und Kausaltheorie, Wesen und Wirkungszusammenhang, reine Gesellschaftslehre« usw., die sich an sein falsches Zitat anschließen, entbehren daher, abgesehen von ihrer Falschheit, auch jeder kritischen Bedeutung.

Den philosophischen Bannfluch schleudert Sander Oppenheimer schließlich mit der altbekannten Formel entgegen, daß er dem »naturalistischen Vorurteil« und zwar in theoretischer und praktischer Hinsicht verfallen sei. In dem Suchen nach sozialen Gesetzen, in dem Streben, den gesellschaftlichen Elementarprozeß wissenschaftlich zu verstehen und damit beherrschen zu lernen, in dem Streben, damit zur Beseitigung des sozialen Unrechts beizutragen, darin liegt die wahre Todsünde Oppenheimers (344, 345, 375, 380, 386, 393). Dieser Todsünde kann sich allerdings der soziologische Wesensschauer nicht schuldig machen, da er weder nach Gesetzen sucht, noch die wahre, praktische Bedeutung der Wissenschaft verstanden hat. Er begnügt sich mit neoplatonischen Phantasien, die man heutzutage Phänomenologie nennt.

Wie bei der generellen Abgrenzung der Soziologie überhaupt, so »verfolgt« das »naturalistische und utopistische Vorurteil« Oppenheimer auch weiterhin bei seinen Lehrmeinungen über das Verhältnis der Soziologie zur Geschichte und Psychologie (345 ff.). Oppenheimer charakterisiert die Soziologie als »kollektivistisch« gerichtet, d. h. sie schreibt der Masse die eigentlich-geschichtliche Bedeutung zu, während die Historik bis auf den heutigen Tag das führende Individuum, den »Heros« in den Vordergrund stellt, ja fast allein betrachtet. Wie sich nun aus dem Zusammenhang ergibt, ist diese Bemerkung (S. I, 127) historisch gemeint; Sander mißversteht sie aber systematisch und kann dann emphatisch ausrufen, daß offenbar die Frage, ob die »Masse« oder der »Heros« die ausschlaggebende geschichtliche Bedeutung haben, an sich in gar keiner Beziehung zur Soziologie steht. Die Erörterungen dieser Trivialität hätte er sich bei genauerer Lektüre ersparen können.

Wenig ergiebig wäre es, Sanders eingehende »geisteswissenschaftlichen« Betrachtungen über Oppenheimers Bestimmung des Verhältnisses der Soziologie zur Psychologie, sowie der Psychologie im allgemeinen zur Sozialpsychologie zu berücksichtigen. Wer die Weisheit verkündet, daß »Gesellschaft in Erlebnissen besteht, in welchen eigene, aktuell vor sich gehende Handlung des Erlebenden Gegenstand des Erlebnisses sind«, der ist so tief in dem »Aberglauben« und der »Irrmeinung« (359) der »Geisteswissenschaft« (362) verstrickt, daß es geraten ist, mit ihm auf »geisteswissenschaftlichem« Gebiete nicht zu diskutieren.

Fruchtbarer dagegen ist es, Sanders Bemerkungen, die sich auf den Gegenstand der Gesellschaftslehre überhaupt und auf staatssoziologische Grundprobleme beziehen, zu erörtern. In diesen Ausführungen Sanders sind einige beachtenswerte, logische Hinweise enthalten, deren Tragweite er allerdings bedeutend überschätzt. Fehlerhaft ist zunächst seine Annahme, daß Oppenheimer Anhänger des mystischen Organizismus sei. Zwar lassen sich, wie es Sander tut, gelegentliche Bemerkungen Oppenheimers zusammenstellen, die diesen Vorwurf zu rechtfertigen scheinen. In der Sache selbst aber ist damit gar nichts bewiesen, wie klar aus Oppenheimers Kritik des Organizismus (S. I, 60 ff.) und seinen soziologischen Spezialanalysen hervorgeht. Oppenheimer verwendet allerdings als früherer Arzt gern biologische Analogien, ohne aber darum in den Fehler der Homologie zu verfallen. Sander hätte gut daran getan, die soziologischen Einzelausführungen Oppenheimers genau zu studieren, um seine generellen, methodischen Urteile sicherer als er es tat zu basieren. Man lernt die Methode eines Empirikers — und ein solcher ist Oppenheimer vorwiegend — viel besser in seinen speziellen als in seinen allgemeinen Ausführungen kennen. Gerade dies hätte sich Sander als Philosoph sagen müssen. Daß er es nicht tat, macht gegen die Bedeutung seines Philosophems einigermaßen mißtrauisch.

Sanders Bemerkungen über Oppenheimers Lehren

von der Gruppe, von der Masse, sowie vom politischen und ökonomischen Mittel werden zwar der großen empirischen Bedeutung dieser Theorien nicht gerecht, bringen jedoch einige Anregungen für die sozialwissenschaftliche Definitionstechnik.

Auf eine definitionstechnische Kritik beschränkt sich auch in der Hauptsache Sanders Würdigung der Oppenheimerschen Staatssoziologie. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß er in diesen engen Grenzen einiges Beachtenswerte beibringt, ohne daß es ihm indessen gelingen konnte, die »Nichtigkeit« der »Oppenheimerschen Klassentheorie vom Staate« (416) zu beweisen. Sander hätte wissen müssen, daß man aus Definitionen überhaupt keine empirischen Theorien gewinnen, durch Definitionskritik empirische Theorien also auch nicht widerlegen kann[1]). Er macht sich also seine Arbeit etwas zu leicht[2]).

Sucht man auch Sanders Oppenheimer-Kritik so vorurteilslos wie möglich zu beurteilen, so wird man sich doch des Eindrucks nicht erwehren können, daß er an die Lektüre der Oppenheimerschen Schriften mit ausgesprochener Voreingenommenheit herangegangen ist, und daß ihm daher auch die Bedeutung ihrer großen und tiefen empirischen Gedanken völlig verschlossen blieb. Was er positiv beizubringen hat, sind lediglich einige logische Finessen; im übrigen versperrt er sich durch den phänomenologischen Dogmatismus ganz und gar den Weg zu einer fruchtbaren Empirie. Gegen ihn und die antinaturalistische Soziologie überhaupt gilt allerdings wörtlich, was er gegen Kelsen einzuwenden versucht[3]):

> Die Philosophie erscheint immer lächerlich, wenn sie aus eigenen Mitteln, ohne ihre Abhängigkeit von der Erfahrung zu gestehen, das Wissen erweitern und der Welt Gesetze geben will.«
> (Schiller an Goethe, 16. 10. 1795.)

[1]) Diese Einsicht vermißt man auch in der an Sander anknüpfenden Oppenheimer-Kritik Schmitts (Archiv für Sozialw., Bd. 58, 1, S. 31).

[2]) Seiner Stellungnahme zu der Kontroverse Oppenheimer-Kelsen über das Verhältnis der juristischen zur soziologischen Staatslehre zu folgen, besteht an dieser Stelle keine Veranlassung.

[3]) Kelsens Rechtslehre, Tübingen 1923.

Replik auf Julius Kraft's „Sander contra Oppenheimer"?

Von

FRITZ SANDER.

Zu K.s Bemerkungen stelle ich fest:

1. Ich habe niemals gesagt, daß meine Kritik auf eine »Vernichtung« der Soziologie Oppenheimers abzielt.

2. Ich habe niemals gesagt, daß das »Suchen nach sozialen Gesetzen« die »wahre Todsünde« Oppenheimers ist. Vielmehr habe ich nur den Nachweis versucht, daß Oppenheimers sittliche Wünsche für die Zukunft seine soziologische Theorie verwirren.

3. Meine Betrachtungen über »Wesen und Wirkenszusammenhang« schließen sich nicht an ein falsches Zitat an, denn abgesehen von dem Umstande, den ich schon in meiner Duplik gegen Oppenheimer ausgeführt habe, daß nämlich Oppenheimer an der von mir zitierten Stelle (I S. 158) die »allgemeine Soziologie« offenbar als Wesenslehre betrachtet, hat dieses Zitat für meine erwähnte Betrachtung gar keine Bedeutung. Denn ich selbst habe ja auf S. 344 meiner Abhandlung betont, daß Oppenheimer sein »fast ausschließendes Interesse« der »kausal erklärenden Gesellschaftslehre« zuwendet, weshalb ich die bezügliche Belehrung K.s ohne Dank ablehne! Meine Betrachtung über den Gegensatz »von Deskription und Kausaltheorie, Wesen und Wirkungszusammenhang« schließt aber, wie sich aus S. 343 meiner Abhandlung ergibt, gar nicht an jenes angeblich falsche Zitat an, sondern an Zitate aus Oppenheimers Werk, in welchen er der »Deskription« eine geringere Rolle zumißt, was eben meine anschließende Betrachtung bekämpft. Ich frage K., warum er diese unmittelbar vorhergehenden Zitate nicht erwähnt?!

K. sagt, daß meine Argumentationsweise »als typisches Beispiel moderner Desorientierung in den Sozialwissenschaften bereits eine Charakterisierung fordert« und ferner: »es werde sich zeigen, daß nicht der phänomenologisch inspirierte Sander, sondern der »naiv-empiristische« Oppenheimer in Wahrheit die gesündere Methodik besitzt.« Indes, wie und wo zeigt sich dies in K.s Ausführungen?, und wie kann sich dies zeigen, wenn K. mir lediglich ein paar falsche oder ungenaue Zitate und »ausgesprochene Voreingenommenheit« vor-

wirft, im übrigen aber meint, »es sei nicht geraten, mit mir auf geisteswissenschaftlichem Gebiete zu diskutieren«, also gerade dort, wo sich das Angekündigte »zeigen« würde, ausweicht? Da K. meine »Weisheit« offenbar für so groß hält, daß man sie nur anzweifeln, nicht aber mit sachlichen Argumenten bekämpfen kann, bleibt mir schließlich nur die Frage, zu welchem Zwecke überhaupt K. in der Sache »Sander contra Oppenheimer« das Wort ergriffen hat?

LITERATUR-ANZEIGER.

I. Sozial-, Kultur- und Rechtsphilosophie.

Kelsen, Hans, o. ö. Prof. a. d. Univ. Wien: *Die philosophischen Grundlagen der Naturrechtslehre und des Rechtspositivismus.* Charlottenburg 2, Pan-Verlag Rolf Heise, 1928. 8°. V und 78 S. M. 2.50.

Die vorliegende Schrift kommt einem Bedürfnis unserer Zeit entgegen. Denn während die Jurisprudenz des 19. Jahrhunderts positivistisch war, ist heute das Interesse für philosophische Fragen innerhalb dieser Wissenschaft wieder rege geworden, wozu nicht zuletzt unser Autor beigetragen hat. Infolgedessen ist der die Rechtswissenschaft seit jeher beherrschende Gegensatz des Rechtspositivismus und der Naturrechtslehre in den Vordergrund getreten. K. behandelt ihn wohl als erster im engsten Zusammenhang mit den parallelen Strömungen im Bereich der übrigen philosophischen Gebiete.

Weder das Naturrecht noch das positive Recht — so führt der Autor aus — fallen unter die Gesetzlichkeit des Müssens: die Kausalität; sondern in die von ihr wesensverschiedene Gesetzlichkeit des Sollens, die Normativität. Charakteristisch für die Naturrechtslehre, welche als Bestandteil der Theologie oder der Ethik oder als selbständige Disziplin betrieben wurde, ist die Annahme einer »natürlichen« Ordnung, deren Normen, nicht wie die Normen des positiven Rechts, gelten, weil sie »künstlich« von einer bestimmten Autorität gesetzt sind, sondern weil sie aus Gott, der Natur oder Vernunft stammend, gut, richtig, gerecht sind. Der Gegensatz zwischen Naturrecht und positivem Recht ist der Gegensatz eines materialen und eines formalen Geltungsprinzips. Der vielfach mißverständlich bemängelte »Formalismus« des positiven Rechts hat in diesem formalen Geltungsprinzip seine Hauptursache (8). Weil das Naturrecht eine »natürliche« Ordnung zu sein beansprucht, müssen deren Normen aus der Natur, aus Gott oder der Vernunft unmittelbar einsichtig hervorgehen, so daß es keines Zwanges bedarf, um sie zu verwirklichen. Darin unterscheidet es sich aber wesentlich vom positiven Recht. Denn dessen Normen stammen aus der Willkür einer menschlichen Autorität, die ein Lebensverhältnis nicht in der Weise lösen kann, daß es durch Normen des positiven Rechts nicht auch anders geregelt werden könnte. Gerade der Mangel der Evidenz erklärt den Zwang als wesentliches Merkmal des positiven Rechts (9). Darin aber zeigt sich die Schranke des Natur-

rechts, daß es, seiner Idee nach, sich nicht konkretisieren kann, weil es kraft seiner Provenienz aus einem absoluten Wert absolute Geltung beansprucht; während das den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen sich anpassende positive Recht eine bloß hypothetisch-relative Geltung besitzt. Das Naturrecht ist eine statische Ordnung, da seine Normen aus der obersten Grundnorm dieses Systems abgeleitet werden können, zu der sie sich wie die Artbegriffe zum Gattungsbegriff verhalten (18). Das positive Recht dagegen ist ein dynamisches System. Ein solches liegt vor, wenn die Grundnorm sich darauf beschränkt, einen bestimmten menschlichen Willen zur Setzung von Normen zu ermächtigen. Die von der Grundnorm ermächtigte Autorität kann dann ihrerseits, sei es für den ganzen oder für einen Teilbereich ihrer Zuständigkeit, eine andere Autorität delegieren usw. Die Einheit des dynamischen Systems ist die Einheit eines Delegationszusammenhanges (19). Allerdings halten sich die Naturrechtstheorien nicht genau an die Idee des Naturrechts. Immer wieder wird der vergebliche Versuch unternommen, das statische Prinzip des Naturrechts zu verlassen und das positive Recht auf einer naturrechtlichen Delegation zu begründen. Beispiel: die Obrigkeit ist von Gott eingesetzt. Dadurch wird das Naturrecht positiviert, weil die generellen, abstrakten Normen des natürlichen Rechts nicht anders als durch menschlichen Willensakt zu individuellen Normen werden können (15).

Jedoch auch der Positivismus hat seine Schranke. Denn die das System des positiven Rechts begründende Grundnorm kann selbst nicht mehr gesetzt sein, sonst müßte sie von einer noch höheren Norm delegiert sein. Vielmehr ist sie vorausgesetzt. Das durch die Grundnorm begründete nackte Delegationsprinzip kann aber die Rechtsordnung als sinnvolle Ordnung nicht verbürgen, da es jedem Inhalt, auch dem widerspruchsvollsten, Eingang gewährt. Aus diesem Grunde muß der Satz vom Widerspruch in der Grundnorm enthalten sein. Dieser gilt ebenso für die Sollens-Sphäre, wie für die Seins-Sphäre; die beiden Urteile »a soll« und »non a soll« sind ebensowenig zugleich möglich wie die beiden Urteile »a ist« und »non a ist« (21). Die Grundnorm hat die Form des hypothetischen Rechtssatzes. Darum kann die Interpretation als rechtlich irrelevanten Inhalt ignorieren, was nicht in die Form des Rechtssatzes eingeht. Und weil diese Hypothesis jeder positiven Rechtsordnung die Form des Grundgesetzes alles Rechtes hat, ist mit ihr der Gedanke der Gesetzlichkeit selbst eingesetzt (25). Damit hat K. eine bedeutende Einsicht gewonnen, die mit jener Kants verglichen werden kann, der unter Erfahrung nicht mehr die Empfindungen der fünf Sinne, sondern auch die aus dem Verstande stammenden Bestimmungen versteht. Analog kann mit K. als kritischer Rechtspositivismus nicht das Rechtsmaterial allein, sondern auch die die Regeln der Logik enthaltende Grundnorm bezeichnet werden. Wenn jedoch diese Einsicht K. mit Kants Leistung insbesondere auf dem Gebiete der Naturphilosophie in Parallele gestellt werden kann, so wäre es verfehlt, ihn — wie es oft geschehen — als n e u k a n t ischen Rechtsphilosophen hinzustellen. Denn der Kritizismus kann zeigen, daß im Erkenntnisakt kategoriale Vorbedingungen und Verknüpfungen, Synthesen des Mannigfaltigen zur Einheit vorgenommen werden. Da nun die neukantische Ethik und Rechtsphilosophie — auch in diesem Punkte dem unkonsequenten Vorbilde Kants folgend — das transzendentale Minimum des logischen

Apriori zugleich zu ethischen Normen und »sozialen Idealen« heraufzuschrauben sich bemüht, kann sie ihr Ziel, sofern es nicht bei tautologischen, inhaltsleeren Sätzen bleiben soll, nur durch Anleihen bei der Empirie erreichen. Die in letzter Zeit so erfolgreich geführte Kritik an der neukantischen Ethik und Rechtsphilosophie (Scheler, Nik. Hartmann, Troeltsch, Erich Kaufmann) trifft daher K. kritischen Rechtspositivismus nicht.

Nach dieser Charakterisierung des Naturrechts und des positiven Rechts erörtert der Autor das Verhältnis beider zueinander. Er nimmt scharf Stellung gegen jene verbreitete Ansicht, der ein Dichterwort Ausdruck verleiht: »leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.« Denn soll der Satz vom Widerspruch für die Sphäre des Sollens genau so gelten wie für die Sphäre des Seins, dann dürfen zwei Normensysteme, die auf zwei verschiedene Grundnormen zurückzuführen sind und nicht von einer gemeinsamen höheren Grundnorm abgeleitet werden können, nicht nebeneinander bestehen; denn die Geltung des einen Systems müßte die Geltung des anderen Systems aufheben (28). Deshalb ist es nicht richtig zu behaupten, daß die Norm a (als Moralnorm) und die Norm non a (als Rechtsnorm) zugleich gelten, d. h., daß a und non a zugleich soll. Ein solcher Konflikt entsteht dadurch, daß man die Aequivokation des Wortes »Norm« nicht genügend beachtet. Dieses Wort bedeutet nämlich nicht nur das Sollen in seiner spezifischen Geltung, sondern man bezeichnet damit auch das tatsächliche Vorstellen und Wollen einer Norm. In der seelischen Faktizität kann es in der Tat einen Pflichtenkonflikt zwischen einer Moralnorm und einer Rechtsnorm geben, etwa wenn die Moral ein Verhalten gebietet, das Recht dagegen dasselbe Verhalten verbietet. In der normativen Sphäre aber ist ein solcher Konflikt ausgeschlossen.

Ein positives Recht ist neben dem Naturrecht nicht nur von einem formal-logischen Standpunkt aus unmöglich, es ist auch von einem materiell-teleologischen Standpunkt überflüssig. Denn wozu bedürfte es menschlich-willkürlicher Setzung um ein Lebensverhältnis zu regeln, wenn dieses schon in einer »natürlichen«, jedermann evidenten und jedermanns gutem Willen entsprechenden Ordnung seine gerechte Regelung findet (32)? Gerade diese Annahme, daß die Menschen die Eigenschaften des Verstandes und den Willen haben. um die jedermann evidente Gerechtigkeit zu verwirklichen, zeigt den utopischen Charakter der Idee des Naturrechts, die konsequent den Staat verneint, wie denn jede Theorie des Anarchismus eine Naturrechtstheorie ist. Anders ist es allerdings mit der historischen Naturrechtslehre. Diese verneint nicht nur nicht den Staat, sie sucht im Gegenteil den Gegensatz von Naturrecht und positivem Recht zu verwischen und degradiert auf diese Weise das Naturrecht zum Advokaten des positiven Rechts, da sie alle seine Institutionen, so die Obrigkeit, das Privateigentum, die Sklaverei, die Ehe usw. rechtfertigt (38). Deshalb ist die von Stahl und der historischen Schule begründete Behauptung des revolutionären Charakters des Naturrechts irrig. Revolutionär ist die Idee des Naturrechts, die historische Naturrechtslehre dagegen ist, abgesehen von der Theorie Rousseaus, eine als Stütze von Thron und Altar bewährte Lehre (40).

Nun schreitet K. zu den erkenntnistheoretischen und psychologischen Grundlagen des Naturrechts und des Rechtspositivismus.

Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß die naive und unkritische Erkenntnis des Primitiven die Tendenz hat, ihren Gegenstand zu verdoppeln. Dies kommt daher, daß sie sich durchaus nicht damit zufrieden gibt, was sie mit ihren eigenen Sinnen und ihrem eigenen Verstand erfassen kann; sondern sie nimmt hinter diesen Dingen, im metaempirischen Jenseits, die wahren Ursachen oder Ideen, die »Dinge an sich« an, als deren Abbilder ihr die Dinge des Diesseits erscheinen. Genau dieselbe Verdoppelung des Erkenntnisgegenstandes ist im Bereich der Werte zu beobachten. So stellt sich die nach Zeit und Ort besonders gestaltete positive Moral oder Sitte als Emanation eines ewigen und göttlichen Gesetzes dar, so erhebt sich — in der Naturrechtslehre — hinter dem positiven Rechte eines Staates eine natürliche Ordnung eben jenes menschlichen Verhaltens, das die staatliche Ordnung regelt (44). Der psychologische Hintergrund dieser erkenntnistheoretischen Situation ist ein reduziertes Ichgefühl, das die Funktion des menschlichen Geistes zu einem bloß unselbständigen und unschöpferischen Abbilden herabsinken läßt und diesem zugleich gestattet, mit nichts als seinen eigenen Mitteln eine ganze transzendente Welt zu konstruieren (43). Die dualistische Welt- und Lebensanschauung tritt je nach dem Grad, in dem dieser Dualismus durchgeführt wird, in verschiedenen Typen auf, wobei zu beachten ist, daß weder deren schematische Darstellung mit der historisch-genetischen Abfolge einander gesetzlich ablösender Entwicklungsstadien verwechselt werden darf, noch daß ein bestimmter Typus der Naturphilosophie mit dem ihm erkenntnistheoretisch entsprechenden Typus der Rechtsphilosophie zusammenfallen muß (72). Die Natur- und Rechtstheorie des Primitiven ist der Ausdruck seines Minderwertigkeitsgefühls. Zwar erklärt er sich alle Vorgänge in der Außenwelt nach Analogie seines eigenen Selbst. Aber dieses Selbst, dieses Ich der Dinge stellt er sich als eine ihm überlegene Kraft, als eine Gottheit vor. So sieht er hinter jedem Baum eine Dryas, hinter jedem Quell einen Quellgott, hinter der Sonne Apoll, hinter dem Mond Diana. Analog ist die soziale Theorie des Primitiven. Er nimmt das positive Recht als den Ausdruck göttlichen Willens (46). Einen höheren Typus stellt der metaphysisch-religiöse Dualismus dar. Der Mensch hört nun auf, jedes einzelne Ding zu verdoppeln, dafür verdoppelt er die Natur als Ganzes (47). Innerhalb dieses metaphysisch-religiösen Dualismus kann man drei Typen unterscheiden. Der erste Typus legt das Hauptgewicht auf die jenseitige Welt. Das Diesseits ist ihm nur Schein und Täuschung. Dieser pessimistischen Naturphilosophie entspricht auch eine pessimistische Rechtsphilosophie. Der Staat erscheint diesem Typus als Räuberbande, das soziale Ideal sucht er im Jenseits oder in einer unerreichbaren Zukunft. Es ist die soziale Theorie des Revolutionarismus (50). Der nächste Typus ist der optimistische Dualismus. Dieser ist bereits ein Zeichen gestärkten Selbstvertrauens. Der Gegensatz der beiden Welten wird nicht dadurch zu überwinden versucht, daß man die eine durch die andere vernichten läßt, sondern dadurch, daß man zwischen beiden eine Verwandtschaft behauptet. Diese Welt wird für wertvoll, ja sogar für die bestmögliche aller irdischen Welten gehalten. Analog ist die Staatsphilosophie des optimistischen Dualismus: der Konservativismus. Auch dieser rechtfertigt die bestehende soziale Ordnung als die bestmögliche. Seine charakteristischen Züge sind: Pietät für die eigene Geschichte und

Verehrung der Heroen, auf deren von Gott gesegnete Taten man sie zurückführt (54). Der dritte, vermittelnde Typus versucht zwischen der optimistischen und der pessimistischen Gestaltung des metaphysischen Dualismus einen Mittelweg zu finden. Dementsprechend ist auch seine soziale Theorie das Kompromiß. Er glaubt an die Möglichkeit einer Evolution und ist einer notwendigen Reform nicht abgeneigt (59).

Dem metaphysisch-religiösen Dualismus von Jenseits und Diesseits steht die wissenschaftlich-kritische Weltanschauung gegenüber. Diese manifestiert sich durch das Vertrauen zu den eigenen Sinnen und dem eigenen Verstand. Sie lehnt die transzendenten Spekulationen eines Dinges an sich in der Naturphilosophie und eines Naturrechts an sich in der Rechtsphilosophie ab. Wie die erkenntniskritische Naturphilosophie vor allem dem Postulat der Objektivität zu entsprechen sucht, so ist auch das Ideal des juristischen Positivismus: die Reinheit seiner Erkenntnis im Sinne politischer Indifferenz (67). Dem juristischen Positivismus geht es darum, das Ideal der Gerechtigkeit — das bisher nur rein analytische Grundsätze liefern konnte, z. B. der Grundsatz suum cuique, der nichts anderes als der logische Grundsatz der Identität ist — durch das logische Ideal zu ersetzen. Soferne die Grundnorm das positive Recht als widerspruchslose Ordnung konstituiert, kann man den kritischen Rechtspositivismus auch als transzendentallogisches Naturrecht bezeichnen (66).

Es konnte im Rahmen unserer Besprechung leider nicht auf alle Punkte dieser Neuerscheinung hingewiesen werden. Trotzdem hoffen wir, daß aus ihr zu ersehen ist, welche Bedeutung einer Schrift zukommt, die ein rechtsphilosophisches Kardinalproblem in den Zusammenhang der übrigen philosophischen Fragen stellt. Denn angesichts der Vielfalt menschlicher Weltanschauungen ist es nicht möglich, eine alle Gemüter befriedigende Lösung eines Problems zu geben. Indem K. das Problem des Naturrechts und des Rechtspositivismus nicht nur vom Standpunkte kritischer Erkenntnis, sondern auch unter dem Gesichtspunkt metaphysischer Einstellung beleuchtet, gewinnt seine Schrift für jeden, der sich mit diesem Problem beschäftigt, große Wichtigkeit. Wir glauben deshalb nicht fehlzugehen, wenn wir ihr eine entscheidende Rolle in dem Ringen unserer Epoche mit diesem Problem vorhersagen. (Sigmund Rohatyn.)

II. Soziologie und Sozialgeschichte.

Mayo, Katherine: Mutter Indien. Im Anhang: *Indische Antworten.* Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Dr. Dora Mitzky. Frankfurt a. M., Frankfurter Societäts-Druckerei, 1928. 409 S.

Kein Wunder, daß das in seiner Weise starke Aufklärungsbuch der klugen Amerikanerin in den angelsächsischen Ländern und in Indien selbst ungewöhnliches Aufsehen erregt, ja sozusagen schon eine ganze Miss Mayo-Literatur hervorgetrieben hat. Das Buch mußte durch die Art, wie es sein Thema anpackt, in den daran näher interessierten Zonen stärkste Wirkungen auslösen. Ja, ihrem Grade nach scheinen sie fast an ein heftig aufgepeitschtes Sensationsinteresse zu grenzen. Und doch könnte dies nicht aus einer etwa auf groben Effekt gemünzten Absicht oder Aufmachung des Buches erklärt werden. Im

Gegenteil scheint die Erregung seiner indischen Leser vielmehr durch seine eifervolle, aber letztlich unangreifbare Sachlichkeit bewirkt zu sein und durch die peinliche Sorgfalt seiner Methode, an der jeder Versuch einer Widerlegung an zentralen Punkten abprallt. In klarer Voraussicht hat die Verfasserin nicht unterlassen, ihre Darstellungen durchwegs mit (überwiegend amtlichem) Beweismaterial zu belegen. Keine Behauptung ohne pedantischen Hinweis auf die betreffende, unbedingt einwandfreie, d. h. jederzeit nachprüfbare Quelle. Und selbst für ihre Urteile und weiteren Folgerungen hat sie fast regelmäßig namentlich benannte Gewährsmänner zur Hand; vornehmlich führende Inder, die intra muros und von einem meist völlig andern Boden, öfters zu ähnlichen Schlüssen gelangten.

Dieser Zuverlässigkeit des Verfahrens gesellt sich Fähigkeit des Zugriffs, sowie energischen Durchdringens und Zusammensehens einer vielgestaltigen Wirklichkeit, wie sie dem orientierungsbegabten Amerikaner eignet. Nicht minder charakteristisch freilich ist die weitgehende Einseitigkeit des Blickpunkts. Kein Zug des geschilderten Lebens, welches anders als mit dem mitleidsvoll forschenden Auge des humanitär gesinnten, entschlossen fortschrittsgläubigen Sozialreformers angelsächsischer Prägung geschaut wäre — und wohl auch nicht ohne einen leisen Einschlag puritanisch gefärbten Empfindens. Von dieser Haltung bestimmt sich natürlich die Auswahl des Stoffes sowohl wie der Maßstab, der an ihn gelegt wird. Derart eindeutige Werturteile, aus einem einbekannt kulturpolitischen, sozialhygienischen und -moralischen Interesse, jedoch tun innerhalb ihres Geltungsbereiches der Objektivität der Darstellung — zumal da sie sich peinlich im Rahmen des Beweisbaren hält — keinerlei Eintrag. Die Verfasserin steckt die Grenzen ihrer Betrachtung deutlich ab und ein sicherer Takt bewahrt sie, mit ihren rein praktisch-moralischen Kriterien an das Wesen der Phaenomene selbst heranzugehen, die hinter jenem weitschichtigen Wirkungszusammenhange stehen, welchem allein ihre (unstreitig stark affektbetonte) Anteilnahme gilt. Die durchgehend religiöse Verankertheit der vorgefundenen Bräuche und Institutionen, ihr enger Zusammenhang mit dem Kastensystem, mit dem Ahnenkult, dem Seelenwanderungsglauben usw. wird scharf erkannt und auch in den historischen Nexus eingestellt. Worauf es aber ankommt, ist immer nur dies: wie wirken sich diese inneren und äußeren Tatbestände in der indischen Alltagswirklichkeit aus? Und was folgt daraus für das seelische Schicksal und den physisch-materiellen Bestand dieses vollen Achtels der heutigen Menschheit? Was z. B. hat es zu bedeuten, daß von den 247 Millionen Bewohnern Britisch-Indiens ungefähr 25 Prozent (60 Millionen) als »Unberührbare« aus der Gemeinschaft der Kastenreinen ausgestoßen sind? Geächtet und, der größte Teil von ihnen, zu einer untermenschlichen Existenz verdammt, bis zu dem Grade, daß sie aus keinem öffentlichen Brunnen schöpfen, nicht die Straße benützen, selbst ein weitab vom Wege hingeworfenes Almosen erst aufheben dürfen, bis der Geber außer Sehweite und vor ihrem schmählichen Anblick gesichert ist? Daß sie keine öffentliche Schule, keinen Gerichtshof, keine ärztliche Hilfe, ja keine Herberge aufsuchen dürfen usw.? Oder: wie kommt es, daß in dem Lande der Heiligung der Kuh das Verbot ihrer Tötung faktisch zu einem komplizierten System der Mißhandlung führt, zu einem langsamen Aushungern und zu Tode Quälen der wirtschaftlich

unverwertbar gewordenen, unglückseligen Kreatur? Ferner: daß das hinduistische Mädchen gemeinhin die erste Mutterschaft neun Monate nach erreichter Pubertät zu erwarten hat, also zwischen dem 9. und 15. Lebensjahr; während die weibliche Hälfte des mohammedanischen Viertels der Bevölkerung (zumal in den höheren Ständen, die darin übrigens auch für die entsprechende hinduistische Schicht tonangebend geworden sind) vom Reifealter ab lebenslänglicher Einkerkerung in den vier Wänden des Hauses anheimfällt? Willkürlich herausgegriffene Fragen aus dem hier systematisch durchleuchteten, ungeheuern Problemkomplex. Das Resultat ist eine der packendsten Schilderungen unermeßlicher, und für westliches Empfinden — nur hartnäckiger Snobismus vermöchte auf das konkret Tatsächliche dieser Mitteilungen anders zu reagieren — abstrusester Leiden und Nöte. Hand in Hand damit geht die Darstellung der zu ihrer Heilung unternommenen Versuche, britischer und indischer Reformen und Institutionen, und der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die diesen in der traditionalen Ordnung und Anschauung entgegenstehen.

Daß eine ungeschminkte Behandlung dieser Fragen bei dem indischen sowohl als bei dem britischen Leser auf eminent politische Stellungnahmen stößt, liegt auf der Hand. Der Glaube an swaraj (die nationale Selbstbefreiung) steht und fällt mit der Ueberzeugung, daß der Urgrund allen Uebels, welches an sich nicht in Abrede gestellt wird, in der Fremdherrschaft liege, und daß nur eine indische Bewegung und auch überwiegend »nationale« Methoden geeignet seien, Land und Volk aus seinem physischen, geistigen und materiellen Elend zu erlösen. Aus diesen taktisch-propagandistischen Gründen erklärt sich denn auch die Haltung seiner bedeutendsten Führer, Gandhi's, Tagore's, Muherji's u. a., die zwar eine körperliche und sittliche Erneuerung ihres Volkes vielfach auf der gleichen Linie suchen, ja, mit Wort und Schrift und tätigem Beispiel dieselben Schäden bekämpfen, deren Aufdeckung aber nach außenhin auf's schroffste zurückweisen. Auch seltsame Widersprüche in der Bewertung westlicher Methoden, wie etwa: Verwerfung der modernen Medizin zugunsten des aruvedischen Medizinsystems (in dessen Chirurgie beispielsweise der Kuhdung als das Allheilmittel bei Wundenbehandlung immer noch seinen Platz behauptet), finden von hier aus ihre Erklärung. Ein interessanter Bericht über Gandhi, der anläßlich seiner Erkrankung an Blinddarmentzündung eine Operation durch den englischen Arzt und an der Klinik des Indian Medical College der Behandlung des aruvedischen Heilkünstlers entschieden vorzieht — sehr im Gegensatz zu seinen vormaligen Aussprüchen — (»europäische Aerzte seien die ärgsten«, »Krankenhäuser . . . Anstalten zur Verbreitung der Sünde« usw.), wirft ein helles Licht auf die vielleicht notwendig ambivalente Einstellung führender Inder zu allen diesen, zu Mitteln politischen Parteikampfs gestempelten Fragen. Und entsprechend werden diese wohl auch auf britischer Seite nicht immer eine sachlich kühle Beurteilung erfahren.

Dem deutschen Leser, dessen Interesse an indischen Dingen frei von politischen Voreingenommenheiten sein kann, wird das Buch von Katherine Mayo einfach eine äußerst wertvolle — und z. T. erschütternde — Ergänzung seines Wissens sein. Im Prinzipiellen zwar wird es dem Kenner nicht einmal ausgesprochen Neues bringen. Alle die Lebens-

formen und Verhaltungsweisen, von denen wir hier vernehmen, sind im Grunde nichts weiter als die »natürlichen« Konsequenzen des hinduistischen sozialen Systems, sowie der religiösen Mächte, die es mitgeschaffen haben und aus deren Kenntnis allein — so möchte man meinen — sie eigentlich rein logisch deduziert werden könnten. Und doch vermöchte wohl keine theoretische Phantasie aus diesen Aufbaufaktoren allein die ganze Wirklichkeit, und das heißt hier, die tausendfältig konkreten Gestaltungen und Verzerrungen ihres täglich-stündlichen Wirkens konstruktiv zu erschließen. In seltenen Glücksfällen wird diese ausreichen, um das konkret Gegebene, soweit es übersehbar ist, aus den gewußten Untergründen seiner religiös-sozialen Bedingtheiten »deutend zu verstehen«, wie auch Max Webers großes Beispiel zeigt — nicht aber umgekehrt. Es genügt, eine beliebige Tatsachenreihe aus diesem Zusammenhang herauszugreifen, damit uns die ganze Problematik bewußt wird, die in dieser Frage steckt. Ein ganzes Bündel von indischen »Abstrusitäten«, zum Beispiel, wie vor allem die Kinderheirat mit ihren vielfach unnennbaren Greueln, deren immer noch große Verbreitung wir Miss Mayo's Mitteilungen schaudernd entnehmen, läßt sich glatt aus dem hinduistischen Ahnenkult ableiten, d. h. aus der drängenden Sorge nach einem männlichen Nachkommen, der bei und nach des Vaters Tode die vorgeschriebenen religiösen Zeremonien zu verrichten hat. Warum aber hat in Japan oder in China, dessen ganze Lebensordnung auf dem Ahnenkulte ruht, dieses nämliche Begehren nicht zu der gleichen, anscheinend »naheliegenden« Lösung geführt? Warum dort, im Gegenteil, Ausflucht in's Formale: in die erlösende Form der die »Stimme des Blutes« auslöschenden Adoption, also: .kompromißhaft-fromme Täuschung, statt Vergewaltigung der Natur?

Wir fühlen, diese Erwägung zielt auf einen bedeutsamen Kernpunkt des soziologisch Erfaßbaren überhaupt. Doch sie hier weiter zu spinnen würde zu weit führen. Der große Vorzug des K. M.-schen Buches ist aber eben, daß es uns vermöge seiner plastischen Anschaulichkeit und der Dichtigkeit des von ihm bewältigten Lebensstoffs so zwingend zu solchen und ähnlichen Fragen treibt, fast wie das gelebte Leben selbst. Ungeachtet der weltanschaulich wissenschaftlichen Einstellung und des Interessezentrums, auf welchen hin der Kenner und Forscher diesen Problemkreis zu durchdringen strebt, wird er — sofern er nicht selber an Ort und Stelle prüfend und schauend durch alle Lebensbezirke hindurchgegangen war — an dieser Fülle lebendigsten Illustrationsmaterials für die praktische Wirkungsseite der ihm geistig vertrauten Phaenomene nicht vorbeigehen können.

Und schließlich, was die indischerseits heftig bestrittene Zuverlässigkeit des Buches anlangt, möchten wir dem größten seiner Gegner, Gandhi selbst, das Wort überlassen: »Während ich glaube, daß dieses Buch ungeeignet ist, den Amerikanern und Engländern vorgesetzt zu werden (denn es kann ihnen nichts nützen), halte ich es für ein Buch, das jeder Inder mit einigem Vorteil lesen kann. Wir mögen die Anklage so wie sie formuliert ist zurückweisen, aber wir vermögen wohl die Substanz nicht zurückzuweisen, die den vielen Behauptungen, die Miss Mayo aufgestellt hat, zugrunde liegt. . . . Ein mächtiger Reformer könnte sich des Buches zu seinem Vorteil bedienen. . . . Die Agitation gegen dieses Buch läuft Gefahr

übertrieben zu werden.« Ein Zeugnis menschlicher Größe und im Grunde doch unbeirrbarer Sachlichkeit, der die erzieherische Pflicht letzten Endes immerhin höher steht als die taktischen Rücksichten politischer Agitation. (E. Lederer-Seidler.)

III. Oekonomische Theorie und Dogmengeschichte.

Cornelissen, Christian: Der Lohn. Uebersetzt und eingeleitet von Gottfried Salomon. Halberstadt, H. Meyer's Buchdruckerei, 1926. 82 S.

Die Verlegenheit, in die man sich versetzt fühlt, sobald man Werke der Art, wie Cornelissens Büchlein über den Lohn, zu referieren hat oder durchdenkt, entstammt eigentlich mehr einer ästhetischen als logischen Quelle. Die Prätension, theoretische Analyse zu bieten, beeinträchtigt in starkem Maße einen Inhalt, dessen Qualität an sich unzweifelhaft verdienstlich ist. Bis zur Peinlichkeit aber steigert sich der Eindruck solcher Werke, wenn in ihnen gegenüber der vorhandenen Theorie und gegenüber den Theoretikern zur Kritik geschritten wird, die stets und ausnahmslos lediglich auf Mißverständnissen beruht.

Cornelissen führt in seinem »Lohn« die Mannigfaltigkeit der empirischen Bedingungen der Lohngestaltung dem Leser vor Augen und er versucht aus vergleichender Betrachtung der zahlreichen Arten und Sorten von Arbeitsleistungen, der vielfältigen Unterschiedlichkeit der Lohnsätze und der verschiedenartigsten Gestaltung des soziologischen Milieus der Arbeitergruppen ein allgemeines Lohngesetz abzuleiten, dem er die Fassung gibt: »Der Tauschwert und der Marktpreis der Arbeit zeigen die Tendenz, mit den Unterhaltskosten zusammenzufallen, die bei der Grenzkategorie Arbeiter üblich sind, die den höchsten Lebensstandard für sich in Anspruch nimmt, und aus der die kapitalistischen Unternehmer doch die Arbeitskräfte holen müssen, die sie zur Vervollständigung ihres Arbeiterstammes brauchen, der ihnen den guten technischen Fortgang ihrer Unternehmungen gewährleistet.«

Selbst wenn dies Lohngesetz eine richtige empirische Beschreibung der realen Verhältnisse wäre, so ist es noch immer keine Theorie, sondern würde ihr *erst die Aufgabe* stellen, das *so beschriebene Phänomen* nunmehr zu erklären. Trägt man diese Erkenntnis von vornherein an Cornelissens Schrift heran, so kann man eine Position zu ihr gewinnen, die über unsere vorgetragenen Bedenken hinwegsehen läßt und man kann in dieser Studie eine Einführung in die bunte Vielfältigkeit der Tatsachen erblicken, von denen jeder Theoretiker nicht genug wissen kann, von denen aber die großen Theoretiker mehr gewußt haben und wissen, als man ohne theoretisches »Gehör« — wenn dieses Bild aus der Sphäre der Musik gestattet ist — in ihren analytischen Sätzen zu erkennen imstande ist.

(Wilhelm Kromphardt.)

IV. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Internationales Handwörterbuch des *Genossenschaftswesens*, in Gemeinschaft mit Prof. Dr. Ch. Gide (Paris), Prof. F. Hall (Manchester), Dr. W. Krebs (Berlin) und Rob. Schloesser (Köln) usw. Herausgegeben von Prof. Dr. *V. Totomianz.* Berlin, Struppe und Winkler, 1927/28.

Bei der großen Anzahl von Wörterbüchern, die es heute gibt, mag sich die Frage aufwerfen lassen, ob das vorliegende Werk mit seinen über tausend Seiten Lexikonformat einem Bedürfnis entspricht. Die Frage müßte bejaht werden, da auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens (wie auf manchen anderen) bei einer Ueberfülle an Literatur ein Mangel an brauchbarem Material für wissenschaftliche ja sogar praktische Arbeit herrscht. Totomianz, der wie kaum ein anderer eine erschöpfende, bis ins Detail gehende Kenntnis des Genossenschaftswesens in aller Welt besitzt, hat einen alten Plan endlich zur Durchführung gebracht und mit einer großen Schar von Mitarbeitern alles ihm wissenswert Scheinende in die Form eines Handwörterbuches gepreßt. Wer sich fortan mit der Materie beschäftigen will, wird ihm dafür Dank wissen, denn wo hätte man sonst so leicht Erkundigungen z. B. über das Genossenschaftswesen in Persien, die Resultate des Genossenschaftswesens, die Obstbaukolonie Eden, die Personalien der vielen Genossenschaftsführer usw. einziehen können? Gerade die ausführliche Behandlung dieser Personalien, die für die Arbeiter- und Mittelstandsbewegung und ihr Genossenschaftswesen wie die Soziologie gleich wichtig sind, bildet einen besonderen Reiz des Buches, da diese Artikel vielfach autobiographische Berichte sind, und man so unmittelbar von diesen Männern und Frauen hört, was sie von sich zu sagen haben und wie sie ihre Aufgabe auffassen.

Natürlich sind diese Artikel Rohmaterial, wenn auch ein sehr wertvolles. Nicht ganz so wertvoll ist es, wenn aus jedem Kreise genossenschaftlicher Tätigkeit, jeder über das berichtet, was er selbst zu verantworten hat. Wissenschaftliche Kritik und Objektivität wird man dabei nicht erwarten dürfen und vielfach nur dasselbe wiederfinden, was die Genossenschaftsliteratur auch sonst bietet: Apologien und Streitschriften, allerdings in erfreulich zusammengedrängter Form. Schließlich ist das ganze Handwörterbuch aus der Praxis hervorgewachsen, wenn auch eine Reihe von Artikeln durchaus wissenschaftlich gehalten ist. Die große Schar von Organisatoren, Schriftstellern, Lehrern und Sachwaltern des Genossenschaftswesens werden mit Eifer in diesem Werke suchen und finden, nicht zuletzt, wie das so üblich ist, wie man selbst, der eigene Verband, der eigene Verein, wie die Gegenpartei abschneiden usw. Die Wissenschaftler werden sich nicht verhehlen, daß das Material, das dieser stattliche Band vor ihnen ausbreitet, nicht ohne sorgfältige Kritik verwertet werden kann, und daß die wissenschaftliche Leistung eigentlich erst dort anfangen muß, wo die Leistung dieses Handwörterbuches zu Ende ist: bei der Bewältigung dieses Bandes mit seinen widersprechenden Aussagen aus den verschiedenen Lagern, die nun erst auf einen Nenner gebracht werden müssen.

Aber zweifellos kann diese Arbeit besser geleistet werden, seit all

das Material vorliegt, das hier gesammelt worden ist. Auch jetzt wird der wirklich Eingeweihte freilich noch manches vermissen, für das ganz gut hätte Platz geschaffen werden können, wenn die Redaktion ihren Mitarbeitern gegenüber etwas strenger gewesen wäre. So gibt es gleich drei Aufsätze hintereinander über »Arbeiterfrage und Genossenschaften« (von S. Katzenstein, R. Wilbrandt und Franz Staudinger), es gibt aber auch drei Aufsätze über »Gewerkschaften und Genossenschaften«. Fast jede Genossenschaftszeitschrift hat einen besonderen Artikel, statt daß ein sorgfältig zusammenfassender über die Fachpresse vorliegt. Es fehlte eben meist an Vorarbeit und an den Männern, die solche Artikel schreiben konnten. Hier also ist das Handwörterbuch zugleich ein Wegweiser für wissenschaftliche Arbeit. Alles in allem ist die Leistung des Herausgebers Totomjanz bemerkenswert, um so mehr, als er mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Seine Kenntnis der genossenschaftlichen Welt und ihrer Probleme ist durch dieses Lexikon objektiviert, sein Zettelkasten gewissermaßen in ein allgemeines Archiv verwandelt, das Praxis und Wissenschaft wertvolle Dienste leisten wird. (Ernst Grünfeld.)

V. Rechtswesen.

VI. Politik.

VII. Nebengebiete.

Moll, Albert: Polizei und Sitte. Berlin, Gersbach, 1927 133 Seiten.

Diese Abhandlung des verdienten deutschen Sexualforschers ist als Einzelband der von W. Abegg, Staatssekretär im Preußischen Ministerium des Inneren, herausgegebenen Sammlung »Die Polizei in Einzeldarstellungen« erschienen und mit 151 (leider nicht durchweg gut ausgewählten, geschweige denn gut geordneten) Abbildungen illustriert. In ihr behandelt Moll in sachkundiger, populärer und in humanem Geiste gehaltener Weise die Probleme des Schamgefühls, der erotischen Literatur und Kunst, der Prostitution und der Kritik des öffentlichen Lebens. Ueberall schaut aus den Ausführungen der Praktiker heraus. Moll spricht sich nicht für eine Abschaffung der Sittenpolizei, deren Verdienste er anerkennt, aus, sondern nur für eine Anpassung derselben an den Geist ihrer Zeit. Worin freilich auch die Schwierigkeit liegt. Denn welches sind die Kriterien von »Geist« und »Zeit«?
(Robert Michels.)

Druck von H. Laupp jr in Tübingen — Printed in Germany.




GENERAL LIBRARY - U.C. BERKELEY
B000292045